Verhandlungen

der

Kammer der Abgeordneten

des bayerischen Landtages

XXXV. Landtagsversammlung
III. Session

im Jahre 1911.

Beilagen-Band XVI.

(Enthaltend den Entwurf des Finanzgesetzes und das Budget für die Jahre 1912 und 1913.)

Gedruckt in München.

Inhalt des sechzehnten Beilagen-Bandes.

Entwurf des Finanzgesetzes

für die Jahre 1912 und 1913.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Luitpold,

von Gottes Gnaden Königlicher Prinz von Bayern,

Regent.

Wir haben nach Vernehmung des Staatsrats mit Beirat und, soweit die Erhebung der direkten Steuern und die Festsetzung der Maximalbeträge der Tarife für den Transport auf den Eisenbahnen und der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal sowie die Bestimmungen in den §§ 6, 7 in Betracht kommen, mit Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt:

A. Zum Budget für die Jahre 1912 und 1913.

§ 1.

Das Budget der Jahre 1912 und 1913 wird nach Maßgabe der beigefügten Übersicht

im ordentlichen Bedarf

mit 676'214,154 ℳ Ausgaben,
676'214,154 ℳ Einnahmen;

im außerordentlichen Bedarf

mit 62'403,264 ℳ Ausgaben,
62'403,264 ℳ Einnahmen

für ein Jahr festgesetzt.

Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, den im außerordentlichen Budget vorgesehenen, nicht durch anderweitige Mittel gedeckten Bedarf von 103'757,430 ℳ mit dem Betrage von 33'988,430 ℳ durch Aufnahme eines Allgemeinen Anlehens und mit dem Betrage von 69'769,000 ℳ durch Aufnahme eines Eisenbahnanlehens flüssig zu machen.

§ 2.

An direkten Steuern sind für jedes Jahr der Finanzperiode zu erheben:

a) die Normalsteuer nach dem Einkommensteuergesetze, dem Gewerbsteuergesetz und dem Kapitalrentensteuergesetze vom 14. August 1910, dann dem Grundsteuergesetz und dem Haussteuergesetz in der Fassung des Gesetzes vom 14. August 1910, betreffend die Änderung der Gesetze über die allgemeine Grund- und Haussteuer,

b) die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen nach dem Gesetze vom $\frac{\text{10. März 1879}}{\text{20. Dezember 1897}}$ mit einem um zweiundzwanzig vom Hundert erhöhten Betrage.

§ 3.

Bezüglich der Maximalsätze der Tarife für den Transport auf den Staatseisenbahnen sowie der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal verbleiben die in Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Februar 1874, die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1874 betreffend, getroffenen Bestimmungen auch für die Jahre 1912 und 1913 mit dem Abmaß in Geltung, daß in Ansehung der Staatseisenbahnen

a) der bei Benutzung von Schnellzügen zur Erhebung gelangende Zuschlag, für welchen unter dem 7. Februar 1874 der Betrag von 3 Kreuzer für die Meile als Maximalsatz festgesetzt wurde, 85 Pfennig für je auch nur angefangene 75 Kilometer in keiner Klasse übersteigen,

b) für den Transport von Reisegepäck an Stelle des ebenda bekanntgegebenen Satzes von 7,3 Kreuzer für den Zentner und die Meile ein solcher von 35 Pfennig für je angefangene 25 Kilogramm und 25 Kilometer als Maximalsatz gelten soll.

§ 4.

Die Bauschsumme, welche die Brandversicherungsanstalt nach Artikel 90 des Brandversicherungsgesetzes dem Staate zu zahlen hat, beträgt für jedes Jahr der Finanzperiode 1'060,000 ℳ.

§ 5.

Falls die in Artikel 13 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes bezeichneten Mittel nach Abzug der Verwaltungskosten nicht zur Leistung der vollen Entschädigungen hinreichen, ist das Fehlende bis zum Höchstbetrage von 200,000 ℳ jährlich dem Stammkapital (Artikel 12 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes) zu entnehmen.

§ 6.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die in § 4 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 7. April 1911, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1911, (Reichsgesetzblatt S. 113) vorbehaltene Zustimmung zu erklären.

B. Sonstige Bestimmungen.

§ 7.

Der Artikel 68 des Brandversicherungsgesetzes erhält folgende Fassung:

Die Jahresbeiträge werden, soweit sie zur Bestreitung des voraussichtlichen Jahresbedarfs nicht erforderlich sind, um so viele Zehntel ermäßigt, als der Vorschußfonds volle Tausendstel der Versicherungssumme beträgt. Bei Berechnung des Vorschußfonds beiben die zugehörigen Gebäude und Grundstücke sowie die zum Betriebe notwendigen Barbestände, die zu Beginn des Rechnungsjahrs der Hälfte der Jahresbeiträge gleichkommen müssen, außer Ansatz.

Ein am Jahresschlusse verbleibender Überschuß fällt dem Vorschußfonds zu; ein Fehlbetrag wird aus dem Vorschußfonds gedeckt. Zu diesem Zwecke kann die Anstalt gegen Verpfändung von Wertpapieren des Vorschußfonds eine Anleihe aufnehmen.

Für das Rechnungsjahr 1912 und 1913 werden nur halbe Beiträge erhoben, wenn solche nach den bisherigen Bestimmungen zu erheben gewesen wären.

§ 8.

Die Bauschsumme, welche die Hagelversicherungsanstalt nach Artikel 19 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes der Brandversicherungsanstalt zu zahlen hat, beträgt vom Jahre 1912 an 4 Pfennig auf 100 ℳ der Versicherungssumme.

Gegeben . . . .

Für den Entwurf:

Übersicht

der

veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

für die Jahre 1912 und 1913.

I. Ordentliches

A. Einnahme-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme
		M	M	M
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	32,737	1'715,575	1'682,838 Fehlbetrag
2	Direkte Steuern	63'700,000	556,070	63'143,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	34'093,100	563,000	33'530,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	69'995,860	20'181,600	49'814,260
5	Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke	20'713,130	19'704,430	1'008,700
6	Münzanstalt	489,880	408,420	81,460
7	Einnahmen aus dem Betriebe der K. Bank in Nürnberg	3'500,000	—	3'500,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	308'332,800	305'332,800	3'000,000
9	Post- und Telegraphenverwaltung	79'433,000	62'932,778	16'500,222
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	786,240	719,690	66,550
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	87,120	102,260	15,140 Fehlbetrag
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	122,840	221,480	98,640 Fehlbetrag
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	300,600	288,900	11,700
14	Frankenthaler Kanal	7,960	6,590	1,370
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	76,300	34,313	41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	60'806,500	28'378,551	32'427,949
17	Besondere Betriebe des Staates und sonstige Nutzungen aus dem Staatsgute	4'890,220	2'828,300	2'061,920
18	Grundgefälle	4'615,050	1'470,310	3'144,740
19	Überweisungen seitens des Reiches	17'590,117	—	17'590,117
20	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	6'640,700	7,000	6'633,700
	Abschluß der Einnahme-Etats . .	676'214,154	445'452,067	230'762,087

Budget.

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
		ℳ
21	K. Haus und Hof	5'402,475
22	Staatsschuld	16'948,540
23	Landtag	705,100
24	Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	1'989,010
25	Staatsministerium der Justiz	27'646,633
26	Staatsministerium des Innern	40'413,480
27	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	52'251,010
28	Staatsministerium der Finanzen	14'980,200
29	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	67,900
19	Ausgaben für Reichszwecke	48'348,833
30	Pensionen und Unterstützungen	21'321,000
31	Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben	737,906
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	230'762,087

Abgleichung des ordentlichen Budgets.

Staatseinnahmen	676'214,154
Verwaltungs- und Betriebsausgaben	445'452,067
Staatsaufwandsausgaben	230'762,087
Gesamtbetrag der Ausgaben	676'214,154
Verbleibt	—

II. Außerordentliches Budget.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Einnahmen	Ausgaben
	M	M
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	179,209	
Zur teilweisen Deckung der in § 6 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 vorschußweise genehmigten Ausgaben		179,209
Summe I	179,209	179,209
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	7'920,500	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke		1'365,000
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		6'330,500
c. Für Zwecke der Bodenseedampfschiffahrt		225,000
Summe II	7'920,500	7'920,500
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	19'419,055	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke		—
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		2'474,805
c. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		1'250,000
d. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		10'697,750
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten .		4'996,500
Summe III	19'419,055	19'419,055
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	34'884,500	34'884,500
Abschluß des außerordentlichen Budgets . . .	62'403,264	62'403,264

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	M
A. Einnahmen.	
Einnahmen des ordentlichen Budgets	676'214,154
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	62'403,264
Gesamtbetrag der Einnahmen . .	738'617,418
B. Ausgaben.	
Ausgaben des ordentlichen Budgets	676'214,154
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	62'403,264
Gesamtbetrag der Ausgaben . . .	738'617,418
Verbleibt . . .	—

Begründung

zu dem

Entwurfe des Finanzgesetzes

für die Jahre 1912 und 1913.

Der Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1912 und 1913 ist im allgemeinen dem Finanzgesetze für die Jahre 1910 und 1911 nachgebildet.

Im einzelnen ist zu den Bestimmungen des Entwurfs nachstehendes zu bemerken:

Zu § 1.

Der § 1 des Finanzgesetz-Entwurfs gibt den Abschluß des Staatsbudgets wieder und sieht zugleich für den nicht durch anderweitige Mittel gedeckten Ausgabsbedarf des außerordentlichen Budgets im Betrage von 103'757,430 ℳ (51'878,715 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode) die Ermächtigung zur Deckung im Anlehenswege vor.

Zu § 2.

Das ordentliche Budget der Jahre 1912 und 1913 konnte bei Beobachtung entsprechender Sparsamkeit auf der Grundlage des bei der seinerzeitigen Beratung der Steuergesetz-Entwürfe in Aussicht genommenen mutmaßlichen Steuerertrags abgeglichen werden. Infolgedessen sieht der Entwurf des Finanzgesetzes im Vollzuge des Artikel 3 des Einführungsgesetzes vom 14. August 1910 zu den Gesetzen über die direkten Steuern die Bestimmung vor, daß für jedes der beiden Jahre der Finanzperiode die Einkommensteuer, die Gewerbsteuer, die Kapitalrentensteuer sowie die Grund- und die Haussteuer mit der Normalsteuer nach den Gesetzen vom 14. August 1910 zu erheben sind.

Die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen soll für die Finanzperiode 1912 und 1913 mit dem gleichen Betrage wie für die Jahre 1910 und 1911 erhoben und hienach um den für diese beiden Jahre erhobenen 22%igen Zuschlag erhöht werden, da kein Grund besteht, vom Gewerbebetrieb im Umherziehen für die Folge eine geringere Steuer zu erheben wie für die Jahre 1910 und 1911. Die in dieser Weise erhöhte Steuer gilt als Normalsteuer im Sinne des Artikel 3 des Einführungsgesetzes vom 14. August 1910.

Zu § 3.

Der § 3 des Entwurfs entspricht genau der Bestimmung in dem § 3 des letzten Finanzgesetzes.

Zu § 4.

Die gemäß Artikel 90 des Brandversicherungsgesetzes vom $\frac{\text{3. April 1875}}{\text{5. Mai 1890}}$ von der Brandversicherungsanstalt an die Staatskasse zu leistende Bauschsumme war für jedes Jahr der Finanzperiode

1906 und 1907 auf . . . . 889,000 ℳ,
für 1908 auf . . . . 920,000 ℳ,
für 1909 auf . . . . 980,000 ℳ,
für 1909 und 1911 auf je . . . . 1'000,000 ℳ

festgesetzt.

Die Versicherungssumme bei der Brandversicherungsanstalt hat am 1. Oktober

1904	6,807'778,740 ℳ,
1906	7,274'464,920 ℳ,
1908	7,830'421,520 ℳ,
1909	8,126'478,230 ℳ,
1910	8,440'761,190 ℳ

betragen und wird bei gleichmäßiger Fortentwicklung der Anstalt am 1. Oktober 1911 etwa 8'745'000,000 ℳ und bis zur Mitte der Finanzperiode 1912 und 1913 voraussichtlich 9'050'000,000 ℳ erreichen.

Von der finanzgesetzlich bestimmten Bauschsumme entfielen auf 100 ℳ der Versicherungssumme in den Jahren

1881/82 bis 1900/01	$1,_{34}$ ₰,
1904/05	$1,_{27}$ ₰,
1908/09	$1,_{19}$ ₰,
1910/11	$1,_{19}$ ₰.

Die für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 vorgesehene Bauschsumme von 1'060,000 ℳ entspricht bei einer Versicherungssumme von 9,050'000,000 ℳ einem Beitragssatze von $1,_{17}$ ₰ auf 100 ℳ der Versicherungssumme, so daß sich die Verwaltungskosten im Verhältnisse zu dieser abermals mindern.

Zu § 5.

Nach dem Etat des Staatsministeriums des Innern soll die Leistung des Staatszuschusses an die Hagelversicherungsanstalt von jährlich 200,000 ℳ für die Finanzperiode 1912 und 1913 unterbleiben. Auf die Höhe der Schadensvergütungen ist der Zuschuß nur in dem Falle von Einfluß, daß die in Artikel 13 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes vorgesehenen Mittel nicht zur vollen Leistung der angefallenen Entschädigungen ausreichen. Die vorgeschlagene Bestimmung soll verhüten, daß wegen des Wegfalls des Staatszuschusses die Entschädigungen sich mindern.

Zu § 6.

In § 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. April 1911, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das

Rechnungsjahr 1911, (RGBl. S. 113) wird die Bestimmung, welche in § 3 des Gesetzes vom 22. Mai 1910 (RGBl. S. 801) bezüglich der Überweisungen an Branntweinsteuer für die Rechnungsjahre 1909 und 1910 getroffen wurde (vgl. auch § 5 des Finanzgesetzes vom 16. August 1910 — G. u. VOBl. S. 410), auch für das Rechnungsjahr 1911 wiederholt, und zwar soll mit Zustimmung der Königreiche Bayern und Württemberg und des Großherzogtums Baden ein den Sollbetrag der Überweisungen übersteigender Betrag außer zur Deckung der gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1909 (RGBl. S. 743) im Wege des Kredits flüssig gemachten Mittel auch zur Deckung solcher gemeinschaftlicher Ausgaben des außerordentlichen Etats zurückbehalten werden, die nach den Anleihegrundsätzen künftig auf den ordentlichen Etat zu übernehmen sein werden. Dagegen soll ein gegen das Etatssoll der Überweisungen sich ergebender Mindesertrag dem Reich zur Last fallen. Wie in der letzten Finanzperiode wird beantragt, die bayerische Regierung zur Erklärung der vorbehaltenen Zustimmung zu ermächtigen.

Zu § 7.

Nach Artikel 68 des Brandversicherungsgesetzes ist der Jahresbeitrag nur zur Hälfte zu erheben, wenn die Überschüsse eines Jahres die Hälfte der Gesamtsumme der Jahresbeiträge überschreiten. Diese Bestimmung kam seit 1875 in 17 Jahren zur Anwendung, wobei mehrmals zwei Jahre mit ganzen und zwei mit halben Beiträgen aufeinander folgten. Diese erheblichen Schwankungen der jährlichen Beitragsschuldigkeit wurden von den Versicherten, namentlich von den großen Staats- und Privatbetrieben, unangenehm empfunden. Der Wunsch nach einer gleichmäßigen Festsetzung der alljährlichen Beitragsschuld wurde auch in der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten vom 31. März 1908 ausgesprochen.

Diesem Wunsche wird durch die vorgeschlagene Änderung des Artikel 68 Rechnung getragen, die es ermöglichen wird, den Jahresbeitrag vom Rechnungsjahre 1913 und 1914 an — für das Jahr 1911/12 und voraussichtlich auch 1912/13 wird nach den bisherigen Bestimmungen nur ein halber Beitrag zu erheben sein — auf 7/10 zu ermäßigen, da mit dem Überschusse des Jahres 1912/13 der Vorschußfonds rund 30 Millionen Mark, d. s. 3/1000 der Versicherungssumme, betragen wird.

Nach dem Durchschnitte der Rechnungsjahre seit 1875 waren 75% der gesetzlichen Beiträge einzuheben, in den letzten 10 Jahren wurden nur etwa 70% im Durchschnitt eingehoben. Es darf daher angenommen werden, daß in Jahren, welche von außerordentlichen Schäden verschont bleiben, 7/10 des gesetzlichen Beitragssolls zur Deckung des Bedarfs ausreichen werden.

Um diesen Beitrag möglichst auf gleicher Höhe zu erhalten, ist es notwendig, für einen Ausgleichsfonds zu sorgen, welcher dazu bestimmt ist, geringe Überschüsse des einen Jahres zur Deckung geringer Fehlbeträge eines anderen Jahres zu verwenden.

Dies geschieht durch die Bestimmung, daß ein am Jahresschlusse verbleibender Überschuß dem Vorschußfonds zufällt, wogegen ein Fehlbetrag vom Vorschußfonds gedeckt wird.

Dabei muß andererseits Vorsorge gegen eine dauernde nachhaltige Schwächung des Vorschußfonds getroffen werden; denn der Vorschußfonds ist der Reservefonds der Anstalt. Er bildet die Sicherheit für das Risiko, das die Anstalt wegen des Annahmezwanges auf sich nehmen muß. Da nämlich die Landesanstalt verpflichtet ist, jedes Gebäude zu seinem vollen Werte ganz zu versichern, und da sie das Monopol hiefür besitzt, so besteht der Versicherungsstand, namentlich in den großen Städten, zum größten Teile aus sogen. Klumpenversicherungen, bei welchen hohe Werte auf engem Raume und in nächster Nachbarschaft versichert sind. Aus diesem Grunde darf die Reserve nicht zu nieder bemessen werden, und zwar umsoweniger, als die Landesanstalt nicht wie die Privatgesellschaften und viele öffentliche Feuerversicherungsanstalten durch Rückversicherung gedeckt ist. Die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten im Deutschen Reiche besitzen gegenwärtig ein Vermögen von durchschnittlich 3,3 Tausendstel der Versicherungssumme und haben sämtlich das Bestreben, ihre Rücklagen noch weiter zu verstärken. Dementsprechend sollte der Vorschußfonds der Gebäudebrandversicherungsanstalt — ohne Einrechnung der erforderlichen Betriebsmittel und der für die Deckung außerordentlicher Schäden nicht in Betracht kommenden Gebäude und Grundstücke — möglichst bald auf die Höhe von 4/1000 der Versicherungssumme gebracht werden.

Zu diesem Zwecke setzt der Entwurf den Beitragssatz in ein bestimmtes Verhältnis zur Höhe des Vorschußfonds. Würden dessen eigentliche Reservebestände unter 3/10, 2/10, 1/10 der Versicherungssumme herabsinken, so müßte der Jahresbeitrag wieder auf 8/10, 9/10, 10/10 erhöht werden. Mit diesen Möglichkeiten ist jedoch nach 35 jähriger Erfahrung nicht zu rechnen. Im Gegenteil ist anzunehmen, daß, wenn der Entwurf zum Gesetze wird und wenn nicht ganz außerordentliche Schäden eintreten, jene Bestände bis zum Jahre 1919 und 1920 auf 4/1000 der Versicherungssumme angewachsen sein werden und daß alsdann die Beiträge auf 6/10 ermäßigt werden können.

Zu § 8.

Die Entwicklung der Hagelversicherungsanstalt hat auch eine allmähliche Vermehrung des Beamtenpersonals und eine Steigerung der Regiebedürfnisse zur Folge gehabt; auch die Neuregelung der Gehaltsordnung hat die Ausgaben vermehrt. Nach den angestellten Erhebungen reicht der im Jahre 1884 angenommene Satz von 2 Pfennig auf 100 ℳ der Versicherungssumme nicht mehr aus, um alle Leistungen, welche die Brandversicherungsanstalt durch die Verwaltung der Hagelversicherungsanstalt zu übernehmen hat, voll zu decken. Da diese Kosten dermalen 109,880 ℳ betragen, so ist bei einer Versicherungssumme von 273 Millionen Mark ein Satz von 4 Pfennig (= 109,200 ℳ) zur Deckung erforderlich.

Hiebei ist vorausgesetzt, daß die alljährlich schwankenden, je nach dem Zugange zur Versicherung und nach dem Umfange der Hagelschäden wechselnden besonderen Ausgaben für Schadensschätzungen und Aushilfsarbeiter und sonstigen außerordentlichen Ausgaben wie bisher von der Hagelversicherungsanstalt aus eigenen Mitteln getragen werden, so daß die Bauschsumme lediglich die Vergütung für die alljährlich ziemlich gleichbleibenden Ausgaben für Personal, Diensträume, Schreibbedürfnisse, Buchdrucker usw. darstellt.

Budget

des

Königreichs Bayern

für die Jahre

1912 und 1913.

München.
E. Mühlthaler's Buch= und Kunstdruckerei A.G.
1911.

Inhalt.

I.

Haupt-Übersicht.

I. Teil.

Ordentliches Budget.

A. Einnahme-

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	Reineinnahme
		ℳ	ℳ	ℳ
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	32,737	1'715,575	*1'682,838* Fehlbetrag
2	Direkte Steuern	63'700,000	556,070	63'143,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	34'093,100	563,000	33'530,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	69'995,860	20'181,600	49'814,260
5	Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke	20'713,130	19'704,430	1'008,700
6	Münzanstalt	489,880	408,420	81,460
7	K. Bank in Nürnberg	3'500,000	—	3'500,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	308'332,800	305'332,800	3'000,000
9	Post- und Telegraphenverwaltung	79'433,000	62'932'778	16'500,222
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	786,240	719,690	66,550
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	87,120	102,260	*15,140* Fehlbetrag
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	122,840	221,480	*98,640* Fehlbetrag
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	300,600	288,900	11,700
14	Frankenthaler Kanal	7,960	6,590	1,370
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	76,300	34,313	41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	60'806,500	28'378,551	32'427,949
17	Besondere Betriebe des Staates und sonstige Nutzungen aus dem Staatsgute	4'890,220	2'828,300	2'061,920
18	Grundgefälle	4'615,050	1'470,310	3'144,740
19	Überweisungen seitens des Reichs	17'590,117	—	17'590,117
20	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	6'640,700	7,000	6'633,700
	Abschluß der Einnahme-Etats	676'214,154	445'452,067	230'762,087

Etats.

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:			Sohin für 1912 und 1913					
Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme	an Einnahmen		an Verwaltungs- und Betriebsausgaben		Reineinnahme	
			mehr	weniger	mehr	weniger	mehr	weniger
M	M	M	M	M	M	M	M	M
94,273	—	94,273	—	61,536	1'715,575	—	—	1'777,111
59'292,000	209,070	59'082,930	4'408,000	—	347,000	—	4'061,000	—
34'764,100	550,000	34'214,100	—	671,000	13,000	—	—	684,000
65'622,700	20'077,880	45'544,820	4'373,160	—	103,720	—	4'269,440	—
18'241,025	17'234,093	1'006,932	2'472,105	—	2'470,337	—	1,768	—
506,218	402,236	103,982	—	16,338	6,184	—	—	22,522
3'400,000	—	3'400,000	100,000	—	—	—	100,000	—
278'767,510	195'524,000	83'243,510	29'565,290	—	109'808,800	—	—	80'243,510
72'070,910	59'056,420	13'014,490	7'362,090	—	3'876,358	—	3'485,732	—
759,640	709,910	49,730	26,600	—	9,780	—	16,820	—
87,022	108,760	*21,738* Fehlbetrag	98	—	—	6,500	6,598	—
121,470	217,040	*95,570* Fehlbetrag	1,370	—	4,440	—	—	3,070
220,600	216,700	3,900	80,000	—	72,200	—	7,800	—
6,870	8,003	*1,133* Fehlbetrag	1,090	—	—	1,413	2,503	—
74,230	32,243	41,987	2,070	—	2,070	—	—	—
59'608,000	27'401,393	32'206,607	1'198,500	—	977,158	—	221,342	—
4'448,250	2'480,490	1'967,760	441,970	—	347,810	—	94,160	—
4'800,100	1'470,200	3'329,900	—	185,050	110	—	—	185,160
19'368,110	—	19'368,110	—	1'777,993	—	—	—	1'777,993
3'895,600	6,000	3'889,600	2'745,100	—	1,000	—	2'744,100	—
626'148,628	325'704,438	300'444,190	52'777,443	2'711,917	119'755,542	7,913	15'011,263	84'693,366
			50'065,526		119'747,629			69'682,103

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
21	K. Haus und Hof	5'402,475	5'402,475	—	—
22	Staatsschuld	16'948,540	84'796,665	—	67'848,125
23	Landtag	705,100	701,150	3,950	—
24	Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern	1'989,010	1'771,115	217,895	—
25	Staatsministerium der Justiz	27'646,633	26'928,521	718,112	—
26	Staatsministerium des Innern	40'413,480	38'883,429	1'530,051	—
27	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	52'251,010	50'775,054	1'475,956	—
28	Staatsministerium der Finanzen	14'930,200	13'626,750	1'303,450	—
29	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	67,900	66,990	910	—
19	Ausgaben für Reichszwecke	48'348,833	45'420,601	2'928,232	—
30	Pensionen und Unterstützungen	21'321,000	31'641,000	—	10'320,000
31	Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben	737,906	430,440	307,466	—
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	230'762,087	300'444,190	8'486,022	78'168,125
					69'682,103
	Abgleichung des ordentlichen Budgets.				
	Staatseinnahmen	676'214,154	626'148,628	50'065,526	—
	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	445'452,067	325'704,438	119'747,629	—
	Staatsaufwandsausgaben	230'762,087	300'444,190	—	69'682,103
	Gesamtbetrag der Ausgaben	676'214,154	626'148,628	50'065,526	—
	Verbleibt	—	—	—	—

II. Teil.

Außerordentliches Budget.

Einnahmen.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
			mehr	weniger
	M	M	M	M
I. Überschüsse früherer Finanzperioden	179,209	8'941,528	—	8'762,319
II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds	7'920,500	7'531,750	388,750	—
III. Allgemeines Staatsanlehen	19'419,055	25'544,000	—	6'124,945

Ausgaben.

Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
			mehr	weniger
	M	M	M	M
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden.				
Zur teilweisen Deckung der in § 6 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 vorschußweise genehmigten Ausgaben . .	179,209			
Summe I	179,209	8'941,528	—	8'762,319
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds.				
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke	1'365,000			
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung	6'330,500			
c. Für Zwecke der Bodenseedampfschiffahrt	225,000			
Summe II	7'920,500	7'531,750	388,750	—
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens.				
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten und Salzwerke	—			
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung	2'474,805			
c. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz . .	1'250,000			
d. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern .	10'697,750			
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	4'996,500			
Summe III	19'419,055	25'544,000	—	6'124,945

Einnahmen.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
			mehr	weniger
	M	M	M	M
IV. **Staatseisenbahnanlehen**	34'884,500	42'896,600	—	8'012,100
Zur Ergänzung des Budgetbetrags für die Jahre 1910/11:				
V. Anlehensreste der vormaligen Pfalzbahngesellschaften . .	—	1'521,100	—	1'521,100
VI. Besondere Einnahmen der Staatseisenbahnverwaltung.				
Für Zwecke der Staatseisenbahnverwaltung	—	12,274	—	12,274
Hiezu Summe III . . .	19'419,055	25'544,000	—	6'124,945
" II . . .	7'920,500	7'531,750	388,750	—
" I . . .	179,209	8'941,528	—	8'762,319
Summe der Einnahmen . . .	62'403,264	86'447,252	388,750	24'432,738
				24'043,988

Ausgaben.

Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger
	M	M	M	M
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens . . .	34'884,500	42'896,600	—	8'012,100
Zur Ergänzung des Budgetbetrags für die Jahre 1910/11:				
V. Auf Rechnung der Anlehensreste der vormaligen Pfalzbahngesellschaften	—	1'521,100	—	1'521,100
VI. Auf Rechnung der besonderen Einnahmen der Staatseisenbahnverwaltung.				
Für Zwecke der Staatseisenbahnverwaltung	—	12,274	—	12,274
Hiezu Summe III . . .	19'419,055	25'544,000	—	6'124,945
" II . . .	7'920,500	7'531,750	388,750	—
" I . . .	179,209	8'941,528	—	8'762,319
Summe der Ausgaben . . .	62'403,264	86'447,252	388,750	24'432,738
				24'043,988
Abgleichung des außerordentlichen Budgets.				
Einnahmen	62'403,264	86'447,252	—	24'043,988
Ausgaben	62'403,264	86'447,252	—	24'043,988
Rest . . .	—	—	—	—

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
			mehr	weniger
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
A. Einnahmen.				
Einnahmen des ordentlichen Budgets	676'214,154	626'148,628	50'065,526	—
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	62'403,264	86'447,252	—	24'043,988
Gesamtbetrag der Einnahmen . . .	738'617,418	712'595,880	50'065,526	24'043,988
			26'021,538	
B. Ausgaben.				
Ausgaben des ordentlichen Budgets	676'214,154	626'148,628	50'065,526	—
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	62'403,264	86'447,252	—	24'043,988
Gesamtbetrag der Ausgaben . . .	738'617,418	712'595,880	50'065,526	24'043,988
			26'021,538	
Verbleibt . . .	—	—	—	—

München, den 20. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

II.

Einzel-Übersichten

zum

ordentlichen Budget.

Etat Nr. 1.

Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					I. Einnahmen.	
188,547	96				Erloschene und entbehrliche Kredite der ordentlichen Budgets früherer Finanzperioden	32,737
					II. Ausgaben.	
—	—				Zur teilweisen Deckung des Fehlbetrags der Jahre 1908 und 1909	1'715,575
					Außerdem ist zur Deckung dieses Fehlbetrags die Summe von 5'000,000 M zu verwenden, die im Etat der Staatsschuld für die Jahre 1910 und 1911 für die Tilgung des Allgemeinen Anlehens vorgesehen ist.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
94,273	—	61,536	Nach der Nachweisung der Ausgaben auf die übertragenen Kredite der ordentlichen Budgets früherer Finanzperioden (Nachweisung I zur Hauptfinanzrechnung) für die Jahre 1908 und 1909 ist der Betrag von 65,474 M 63 ₰ für die ursprünglich bestimmten Zwecke nicht mehr benötigt. Er war daher nach den allgemeinen Grundsätzen für die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets je mit der Hälfte hier in Einnahme zu stellen.
—	1'715,575	—	Die Hauptfinanzrechnung für die Jahre 1908 und 1909 hat mit einem rechnungsmäßigen Fehlbetrag von . . . . . 13'645,530 M 28 ₰ abgeschlossen. Hiezu kommen noch die nicht verwendeten Kredite, die auf spätere Finanzperioden zu übertragen sind und für die es bei dem angegebenen Rechnungsabschlusse gleichfalls an der erforderlichen Deckung fehlt, mit . . . . . 3'463,100 M 81 ₰, so daß für die Finanzperiode 1908 und 1909 im ganzen ein Fehlbetrag von 17'108,631 M 09 ₰ besteht. Hierunter befinden sich . . . . . 475,986 M 37 ₰ zu übertragende Kredite der Staatseisenbahnverwaltung und . . . . . 201,494 M 86 ₰ zu übertragende Kredite der Post- und Telegraphenverwaltung, für welche die erforderliche Deckung in den Etats der Staatseisenbahnverwaltung und der Post- und Telegraphenverwaltung für die Jahre 1912 und 1913 vorgesehen ist (vgl. den Abschluß zu dem Etat Nr. 8 Kap. I nebst den einschlägigen Erläuterungen unter Ziff. 11 der Anlage B zu diesem Etat dann Kap. 11 des Etats Nr. 9), so daß noch die Summe von . . . . 16'431,149 M 86 ₰ zu decken bleibt. Hievon wurde die Hälfte mit rund . . . . . 8'000,000 M — ₰ von der Staatseisenbahnverwaltung unter der Voraussetzung übernommen, daß dieser Betrag nicht ganz oder teilweise aus etwaigen Überschüssen der Jahre 1910 und 1911 seine Deckung finden kann; die Mittel sind im außerordentlichen Budget für die Jahre 1912 und 1913 — unter Ziff. IV Nr. 6 der Einzelübersicht — berücksichtigt. Die noch verbleibende Summe von . . . . . 8'431,149 M 86 ₰ soll mit dem Betrage von . . . . . 5'000,000 M — ₰ aus den Mitteln gedeckt werden, die im Etat der Staatsschuld für die Jahre 1910 und 1911 (Etat Nr. 23 S. 8/9) für die Tilgung des allgemeinen Anlehens bewilligt sind, und mit dem Reste von . . . . . 3'431,149 M 86 ₰ durch Einstellung in den Etat Nr. 1 des ordentlichen Budgets der Jahre 1912 und 1913, so daß hier die Summe von jährlich rund . . . . . 1'715,575 M — ₰ vorzusehen ist.

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 2.

Direkte Steuern.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
6'968,711	97	1			**Einkommensteuer**	42'500,000
		2			**Gewerbsteuer.**	
17'437,797	43		1		Gewerbsteuer nach dem Gesetze vom 14. August 1910	4'300,000
280,750	06		2		Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen	250,000
17'718,547	49				Summe Kap. 2	4'550,000
10'568,213	13	3			**Kapitalrentensteuer**	4'800,000
12'651,390	31	4			**Grundsteuer**	5'200,000
		5			**Haussteuer.**	
970,920	11		1		Arealsteuer	380,000
11'842,037	71		2		Mietsteuer	6'270,000
12'812,957	82				Summe Kap. 5	6'650,000
60'719,820	72				**Gesamtbetrag der Einnahmen**	63'700,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
59'292,000	4'408,000	—	

Erläuterungen

Solleinnahme	64'000,000 M,
Nachlässe	300,000 M,
Bruttoeinnahme	63'700,000 M.

Das Erträgnis der direkten Steuern für die Finanzperiode 1912 und 1913 infolge der Steuerreform war bei der Beratung der Steuergesetz-Entwürfe auf jährlich 63'000,000 M veranschlagt worden. Infolge des Mehrerträgnisses der Mietsteuerrevision konnte die Summe von 63'700,000 M als Einnahmsvoranschlag eingestellt werden.

Zu der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen soll der 22%ige Zuschlag, wie er für die Jahre 1910 und 1911 erhoben wurde, auch für die kommende Finanzperiode beibehalten werden.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
163,697	43	1			**Kosten auf die Verwaltung der Personalsteuern**	450,000
42,383	25	2			**Kosten auf die Verwaltung der Grund- und der Haussteuer** . . . . Hievon 25,000 M künftig wegfallend.	75,000
30,558	54	3			**Gemeinsame Kosten für die direkten Steuern**	30,000
1,037	08	4			**Passivreichnisse**, und zwar:	
					Steuerentschädigungen der Standesherrn	1,070
—	—	5			**Übrige Ausgaben**	—
237,676	30				**Gesamtbetrag der Ausgaben**	556,070
					Abgleichung zum Etat Nr. 2.	
60'719,820	72				**Einnahmen**	63'700,000
237,676	30				**Ausgaben**	556,070
60'482,144	42				**Reineinnahme**	63'143,930

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
130,000	320,000[1]	—	[1]) Der Mehrbedarf ist durch die Steuerreform veranlaßt (vergl. Verh. d. K. d. Abg. 1909/10 Beil.Bd. XI Beil. 1166 S. 282).
50,000	25,000[2]	—	[2]) Der einmalige Bedarf ist zum Abschlusse der Mietsteuerrevision, insbesondere zur Deckung der Kosten des Reklamationsverfahrens, erforderlich.
28,000	2,000[1]	—	
1,070	—	—	
—	—	—	
209,070	347,000	—	
59'292,000	4'408,000	—	
209,070	347,000	—	
59'082,930	4'061,000	—	

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 3.

Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
					Einnahmen.	
3'633,118	67	1			**Erbschaftssteuer**	1'400,000
		2			**Gebühren und Stempelabgaben.**	
3'515,015	92		1		In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursprozesse . . . . . . Schreibgebühren und Pauschsätze	3'500,000 650,000
21'578,290	52		2		In der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in der Justizverwaltung . . . . Schreibgebühren	21'300,000 150,000
			3		In der gerichtlichen Strafrechtspflege.	
651,426	74			1	In Verbrechens-, Vergehens- und Übertretungssachen	520,000
26,434	02			2	In Forstrügesachen	30,000
677,860	76				Summe § 3 Schreibgebühren und Pauschsätze	550,000 60,000
52,603	16		4		Gebühren aus der Führung von Notariaten für Rechnung des Staates	60,000
926,428	48		5		Gebühren der Gerichtsvollzieher	1'000,000
2'008,073	36		6		In der inneren, Polizei- und Finanzverwaltung, in der Verwaltungsrechtspflege, dann für Anstellungen und besondere Verleihungen . .	2'400,000
1'470,660	17		7		Übrige Gebühren	1'400,000
66,682	40		8		Erlös aus dem Verkaufe von Gebührenmarken	60,000
242,027	10		9		Anteil an den Reichsstempelabgaben nach § 105 des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909	250,000
27,447	16		10		Anteil an der Wechselstempelsteuer des Deutschen Reiches	25,000
93,579	75		11		Sonstige Einnahmen	100,000
30'658,668	78				Summe Kap. 2	31'505,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
	mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ
3'190,000	—	1'790,000
3'300,000	200,000	—
550,000	100,000	—
20'700,000	600,000	—
50,000	100,000	—
520,000	—	—
30,000	—	—
550,000	—	—
50,000	10,000	—
60,000	—	—
1'000,000	—	—
1'300,000	1'100,000	—
1'100,000	300,000	—
60,000	—	—
250,000	—	—
1,000*)	—	1000*)
20,000	5,000	—
100,000	—	—
29'091,000	2'415,000	1000
	2'414,000	

Erläuterungen

Zu Kap. 1.

Durch § 7 des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1906, betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld, war Bayern seither mindestens der Betrag seiner Durchschnittseinnahme an Erbschaftssteuer in den Jahren 1901 bis 1905 garantiert. Diese Garantie fällt nunmehr weg. Die bayerischen Erbschaftssteuereinnahmen werden von da ab nur mehr aus den geringfügigen Einnahmen nach dem früheren bayerischen Erbschaftssteuergesetze und aus dem Viertelsanteil an der in Bayern aufkommenden Reichs-Erbschaftssteuer (§ 5 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1909, betreffend Änderung im Finanzwesen) bestehen.

Zu Kap. 2 § 1.

Die Erhöhung der Ansätze rechtfertigt sich mit Rücksicht auf die Einnahmen des Jahres 1910 und die seither weiter eingetretene erhebliche Steigerung des Anfalls an diesen Gebühren.

Zu Kap. 2 § 2.

Die Einnahmen des Jahres 1910 lassen eine wesentliche Erhöhung der Budgetansätze zu. Bei den Schreibgebühren ist infolge der Erhöhung der Schreibgebühr durch die Gebührennovelle vom 29. April 1910 mit einem Mehranfall von 100,000 ℳ zu rechnen. Dagegen ist zu berücksichtigen, daß bei den Immobiliargebühren in der neuesten Zeit ein mäßiger Rückgang eingetreten ist.

Zu Kap. 2 § 6.

Die Einnahmen des Jahres 1910 sowie die seither weiter eingetretene erhebliche Steigerung des Anfalls an diesen Gebühren, die ihren Grund in der Gebührennovelle vom 29. April 1910 hat, lassen die Erhöhung des Budgetansatzes auf 2'400,000 ℳ gerechtfertigt erscheinen.

Zu Kap. 2 § 7.

Erhöhung mit Rücksicht auf die Einnahmen der Jahre 1909 und 1910.

*) Die bisherige Position Kap. 2 § 9 Tit. 2 „Erlös aus dem Verkauf ungestempelter Formulare rc." kommt in Wegfall. Diese Einnahmen werden nunmehr von der Postverwaltung vereinnahmt.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		3			**Strafen.**	
3,863	10		1		In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursprozesse	6,000
1,776	10		2		In der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in der Justizverwaltung	2,100
			3		In der gerichtlichen Strafrechtspflege.	
942,153	46			1	In Verbrechens-, Vergehens- und Übertretungssachen	940,000
99,267	51			2	In Forstrügesachen	100,000
1'041,420	97				Summe § 3	1'040,000
40,405	84		4		In der inneren, Polizei- und Finanzverwaltung, dann in der Verwaltungsrechtspflege	40,000
1'087,466	01				Summe Kap. 3	1'088,100
—	—	—			Mehraufkommen infolge Änderung des Gesetzes über das Gebührenwesen	—
—	—	4			**Anteil an der Zuwachssteuer**	100,000
30'658,668	78				Hiezu Summe Kap. 2	31'505,000
3'633,118	67				„ „ 1	1'400,000
35'379,253	46				**Summe der Einnahmen**	34'093,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	
6,000	—	—	
2,100	—	—	
920,000	20,000	—	**Zu Kap. 3 § 3 Tit. 1 und § 4.** Erhöhung mit Rücksicht auf die Einnahmen des Jahres 1910.
100,000	—	—	
1'020,000	20,000	—	
35,000	5,000	—	
1'063,100	25,000	—	
1'420,000	—	1'420,000	
—	100,000	—	**Zu Kap. 4.** Nach § 58 des Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 erhält Bayern 10 vom Hundert der in Bayern aufkommenden Zuwachssteuer. Für die Bemessung dieses Anteils Bayerns liegen sichere Berechnungsgrundlagen noch nicht vor. Im Wege der Schätzung wird der Betrag von etwa 100,000 ℳ angesetzt.
29'091,000	2'414,000	—	
3'190,000	—	1'790,000	
34,764,100	2'539,000	3'210,000	
		671,000	

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
2,097	58	1			**Auf die Erbschaftssteuer** (Sächliche Ausgaben)	3,000
		2			**Auf die Gebühren und Strafen.**	
84,353	27		1		Sächliche Ausgaben	90,000
306,775	75		2		Tantiemen	310,000
391,129	02				Summe Kap. 2	400,000
		3			**Auf die Stempelabgaben.**	
81,170	72		1		Sächliche Ausgaben	50,000
—			2		Tantiemen	30,000
81,170	72				Summe Kap. 3	80,000
—	—	4			**Auf die Zuwachssteuer**	5,000
77,994	10	5			**Tagegelder und Reisekosten**	75,000
—	—	6			**Übrige Ausgaben**	—
552,391	42				**Summe der Ausgaben**	563,000
					Abgleichung zum Etat Nr. 3.	
35'379,253	46				**Einnahmen**	34'093,100
552,391	42				**Ausgaben**	563,000
34'826,862	04				**Reineinnahme**	33'530,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
5,000	—	2,000	
85,000	5,000	—	**Zu Kap. 2 § 1.** Mehrung um 5000 ℳ, da beabsichtigt ist, den Gemeinden für die Einhebung der besonderen Abgaben nach Art. 220 des Gebührengesetzes eine Vergütung von 2 vom Hundert zu gewähren.
310,000	—	—	
395,000	5,000	—	
70,000	—	20,000	
—	30,000	—	**Zu Kap. 3 § 2.** Die Tantiemen im vorgesehenen Betrage von 30,000 ℳ werden den Notaren für die Erhebung des Grundstücksübertragungsstempels gewährt.
70,000	10,000	—	
—	5,000	—	
80,000	—	5,000	**Zu Kap. 5.** Minderung mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Änderung der Vorschriften über die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten.
—	—	—	
550,000	20,000	7,000	
	13,000		
34'764,100	—	671,000	
550,000	13,000	—	
34'214,100	—	684,000	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 4.

Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Malzaufschlaggefälle.**	
53'014,762	87		1		Aufschlag von Malz	64'000,000
331,731	53		2		Übergangsabgabe von Bier und geschrotetem Malz	321,000
53'346,494	40				Summe Kap. 1	64'321,000
		2			**Vergütungen aus der Reichskasse für die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Steuergefälle.**	
3'480,644	15		1		Für die Kosten der Zollverwaltung an der Grenze	3'517,600
					Wirkliche Einnahme an Zöllen für 1910 … 41'669,063 M 91 ₰ Ablieferung an das Reich … 38'191,342 M 43 ₰ Bleibt als Vergütung für die Verwaltung … 3'477,721 M 48 ₰ Hiezu Zahlung aus der Reichskasse an Bayern an Verwaltungskosten nach der schließlichen Abrechnung über die Zölle und Reichssteuern für das Jahr 1902 … 2,922 M 67 ₰ 3'480,644 M 15 ₰	
65,202	26		2		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Tabaksteuer	65,000
					Wirkliche Einnahme an Tabaksteuer für 1910 … 784,372 M 83 ₰ Ablieferung an das Reich … 719,170 M 57 ₰ Bleibt als Vergütung für die Verwaltung … 65,202 M 26 ₰	
3'545,846	41				Seite	3'582,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
57'400,000	6'600,000	—		Zu Kap. 1 § 1.
345,000	—	24,000		Zu Kap. 1 § 2.
57'745,000	6'576,000	—		
3'493,500	24,100	—		Zu Kap. 2 § 1.
68,000	—	3,000		Zu Kap. 2 § 2.
3'561,500	24,100	3,000		

Zu Kap. 1 § 1.

Der Malzaufschlag ist veranschlagt auf Grund des wirklichen Anfalls an staatlichem Malzaufschlag in der Zeit vom 1. Juli 1910 mit 30. Juni 1911 im Gesamtbetrage von 63'848,383 ℳ.

Zu Kap. 1 § 2.

Veranschlagt nach Maßgabe der Einfuhr an Bier im Jahre 1910 mit 71,498 hl und unter der Berücksichtigung, daß eine kleine Zunahme stattfinden wird und bei Zugrundelegung des Satzes von 4 ℳ 40 ₰ bezw. 4 ℳ 30 ₰ (vom 1. Oktober 1913 ab) für einen Hektoliter Bier.

Zu Kap. 2 § 1.

Die Vergütung der Kosten, welche an den gegen das Ausland gelegenen Grenzen und im Grenzbezirke für den Schutz und die Erhebung der Zölle erforderlich sind (Art. 38 Ziff. 3a der Reichsverfassung), findet seit 1. April 1882 nach den durch den Bundesratsbeschluß vom 30. Juni 1882 genehmigten Vorschriften für die Vergütung der Zollverwaltungskosten statt. Hienach stellt der Bundesrat für jeden Grenzstaat einen Zollverwaltungskostenetat fest; jeder Grenzstaat ist berechtigt, auf die in den einzelnen Monaten jedes Rechnungsjahres der Reichskasse vorläufig zu überweisenden Zolleinnahmen

a) den entsprechenden Teil der Schlußsumme des letzten berichtigten Etats,
b) die durch die Etatssummen nicht gedeckten, bei der Jahresabrechnung besonders aufzunehmenden Ausgaben, soweit sie im abgelaufenen Jahresteil geleistet worden sind, in Anrechnung zu bringen.

Zu Kap. 2 § 2.

Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 4. Dezember 1884 sind als Vergütung für die Verwaltung der Tabaksteuer bewilligt:

a) 20 ₰ für jedes volle Ar der mit Tabak bepflanzten Grundstücke,
b) 2 vom Hundert der zur Erhebung gekommenen Roh-Solleinnahmen an Tabaksteuer und an Abgabe von Tabaksurrogaten.

Nach diesen Vergütungssätzen hat Bayern vom Reiche erhalten:

für das Rechnungsjahr 1908 . . . . . . 64,100 ℳ
" " " 1909 . . . . . . 69,174 ℳ
" " " 1910 . . . . . . 64,574 ℳ.

Die Gesamtfläche der mit Tabak bepflanzten Grundstücke hat betragen:

im Jahre 1908 . . . . 225,344 Ar
" " 1909 . . . . 263,514 Ar
" " 1910 . . . . 244,878 Ar.

Bei den günstigen Preisen des inländischen Tabaks im Jahre 1910 wird der Tabakbau nicht zurückgehen. Es wird deshalb mit einer Anbaufläche von 250,000 Ar mit einem Anfall von 780,000 ℳ an Tabaksteuer gerechnet werden können. Hiedurch ergibt sich eine Vergütung von 50,000 + 15,000 = 65,000 ℳ.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
3'545,846	41	2			Übertrag	3'582,600
103,578	35		3		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer . .	120,000
					Wirkliche Einnahme an Zigarettensteuer für 1910 . . . 2'142,690 M 51 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 2'039,112 M 16 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . 103,578 M 35 ₰	
363,632	71		4		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Zuckersteuer	380,000
					Wirkliche Einnahme an Zuckersteuer für 1910 . . . . . 14'908,578 M 50 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 14'544,945 M 79 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . 363,632 M 71 ₰	
34,948	95		5		Für die Salzsteuer-Erhebungs- und Aufsichtskosten	35,800
					Wirkliche Einnahme an Salzsteuer für 1910 . . . . . 5'735,164 M 64 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 5'700,215 M 69 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . 34,948 M 95 ₰	
4'048,006	42				Seite	4'118,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1909	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3'561,500	24,100	3,000		
84,000	36,000	—		Zu Kap. 2 § 3.
350,000	30,000	—		Zu Kap. 2 § 4.
34,000	1,800	—		Zu Kap. 2 § 5.
4'029,500	91,900	3,000		

Zu Kap. 2 § 3.

Nach § 45 der Ausführungsbestimmungen zum Zigarettensteuergesetz vom 3. Juli 1906 werden für die Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer jedem Bundesstaate vorläufig 4 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahmen vergütet. Die Roh-Solleinnahme an Zigarettensteuer hat betragen:

im Rechnungsjahre 1908 . . . . . . 1'691,730 ℳ
„ „ 1909 . . . . . . 1'805,163 ℳ
„ „ 1910 . . . . . . 2'795,246 ℳ;

an Vergütung hat Bayern vom Reiche erhalten:

für das Rechnungsjahr 1908 . . . . . 67,669 ℳ
„ „ „ 1909 . . . . . 72,206 ℳ
„ „ „ 1910 . . . . . 111,809 ℳ.

Nach dem bisherigen Anfall an Zigarettensteuer im Jahre 1911 darf auf eine Einnahme an Zigarettensteuer bis zu 3'000,000 ℳ gerechnet werden. Hienach ist eine Vergütung von 120,000 ℳ anzusetzen.

Zu Kap. 2 § 4.

Nach Anlage G der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetze vom 6. Januar 1903 werden für die Verwaltung und Erhebung der Zuckersteuer vom Reiche 4 vom Hundert der zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme, und zwar 3 vom Hundert für die Verwaltung und 1 vom Hundert für die Erhebung vergütet.

Die Vergütung von 3 vom Hundert wird vierteljährig nach der Gesamt-Roh-Solleinnahme an Zuckersteuer festgestellt und nach dem Verhältnisse der aus den Zuckerfabriken entnommenen Zuckererzeugnisse auf die einzelnen Staaten verteilt.

Der Berechnung der Vergütung von 1 vom Hundert ist die Roh-Solleinnahme in den einzelnen Staaten zu Grunde zu legen.

Die Menge der aus den bayerischen Zuckerfabriken entnommenen Zuckerprodukte hat betragen:

im Rechnungsjahre 1908 . . . . . . 1'344,919 dz
„ „ 1909 . . . . . . 1'457,461 dz
„ „ 1910 . . . . . . 1'643,231 dz

bei einer Roh-Solleinnahme

für 1908 von . . . . 13'992,555 ℳ
„ 1909 „ . . . . 14'489,916 ℳ
„ 1910 „ . . . . 16'084,091 ℳ.

An Vergütung hat Bayern erhalten:

für das Rechnungsjahr 1908 . . . . . 337,142 ℳ
„ „ „ 1909 . . . . . 343,053 ℳ
„ „ „ 1910 . . . . . 373,725 ℳ.

Bei der ständigen Zunahme des Zuckerverbrauchs und der Steigerung der Entnahme von Zucker aus den bayerischen Fabriken darf eine Erhöhung der Vergütung im Betrage von 380,000 ℳ in Ansatz gebracht werden.

Zu Kap. 2 § 5.

Seit 1. April 1882 wird die Vergütung der Kosten der Besoldung der mit der Erhebung und Kontrollierung der Salzsteuer auf den Salzwerken beauftragten Beamten (Art. 38 Ziff. 3b der Reichsverfassung) nach den durch Beschluß des Bundesrats vom 30. Juni 1882 genehmigten Vorschriften geleistet.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
4'048,006	42	2			Übertrag	4'118,400
631,876	25		6		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Verbrauchsabgabe für Branntwein . . . . Wirkliche Einnahme an Verbrauchsabgabe für Branntwein für 1910 . . . . 6'727,517 M 65 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 6'095,641 M 40 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . 631,876 M 25 ₰	640,000
14,657	20		7		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Essigsäure-Verbrauchsabgabe . . . . Wirkliche Einnahme an Essigsäure-Verbrauchsabgabe für 1910 . . . . 103,524 M 85 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 88,867 M 65 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . 14,657 M 20 ₰	15,000
24,321	97		8		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Schaumweinsteuer . . Wirkliche Einnahme an Schaumweinsteuer für 1910 . . 491,146 M 23 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 466,824 M 26 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . 24,321 M 97 ₰	25,000
58,246	62		9		Für die Erhebung und Verwaltung der Leuchtmittelsteuer . . . . . . Wirkliche Einnahme an Leuchtmittelsteuer für 1910 . . . 949,965 M 30 ₰ Ablieferung für das Reich . . . . 891,718 M 68 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . . 58,246 M 62 ₰	60,000
4'777,108	46				Seite	4'858,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4'029,500	91,900	3,000		
720,000	—	80,000		Zu Kap. 2 § 6.
—	15,000	—		Zu Kap. 2 § 7.
24,000	1,000	—		Zu Kap. 2 § 8.
60,000	—	—		Zu Kap. 2 § 9.
4'833,500	107,900	83,000		

Zu Kap. 2 § 6.

Nach § 81 der Grundbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz vom 15. Juli 1909 beträgt die Vergütung für die Erhebung und Verwaltung der Verbrauchsabgabe für Branntwein 8 vom Hundert der im Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft zur Verrechnung gekommenen Gesamt-Rohsolleinnahme abzüglich des Gesamtbetrags der angerechneten Kontingentscheine und der aufgerechneten Kontingentswerte. Hievon werden $55\frac{1}{3}$ vom Hundert für die amtliche Überwachung der Betriebsanstalten usw. und $2\frac{2}{3}$ vom Hundert für die Erhebung gewährt.

Die Gesamtvergütung für die amtliche Überwachung wird nach dem Verhältnis der nach den Abnahmebüchern und Abfindungsbüchern erzeugten Alkoholmengen auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt.

Die Vergütung für die Erhebung wird nach der Roh-Solleinnahme der einzelnen Staaten, abzüglich des Betrags der von ihren Direktivbehörden ausgefertigten, bei den Steuerstellen im Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft in Zahlung gegebenen Kontingentscheine sowie der aufgerechneten Kontingentswerte berechnet.

Im Anschluß an die im Kalenderjahr 1910 an Bayern geleistete Vergütung von 631,876 ℳ wird eine Vergütung von 640,000 ℳ in Anschlag gebracht.

Zu Kap. 2 § 7.

Nach § 15 der auf Grund des § 110 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 erlassenen Essigsäure-Ordnung werden für die Erhebung und Verwaltung der Essigsäure-Verbrauchsabgabe jedem Bundesstaate 8 Hundertteile der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet.

Veranschlagt nach dem Ergebnisse des Jahres 1910, nachdem eine Änderung in den Betriebs- und Absatzverhältnissen der Essigsäurefabrikation nicht zu erwarten ist.

Zu Kap. 2 § 8.

Nach § 25 der zu § 28 des Schaumweinsteuergesetzes vom $\frac{\text{9. Mai 1902}}{\text{15. Juli 1909}}$ vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen werden für die Erhebung und Verwaltung der Schaumweinsteuer jedem Bundesstaate vorläufig 4 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet.

Die Roh-Solleinnahme hat in Bayern betragen:

im Rechnungsjahre 1908	309,775 ℳ
„ „ 1909	707,745 ℳ
„ „ 1910	638,048 ℳ.

An Vergütung hat Bayern erhalten:

für das Rechnungsjahr 1908	12,391 ℳ
„ „ „ 1909	28,309 ℳ
„ „ „ 1910	25,521 ℳ.

Zu Kap. 2 § 9.

Nach § 49 der Ausführungsbestimmungen zum Leuchtmittelsteuergesetz vom 15. Juli 1909 werden für die Erhebung und Verwaltung der Leuchtmittelsteuer jedem Bundesstaate 4 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet.

Die Roh-Solleinnahme hat in Bayern betragen:

im Rechnungsjahre 1909	1'081,088 ℳ
„ „ 1910	1'501,948 ℳ.

An Vergütung hat Bayern erhalten:

für das Rechnungsjahr 1909	43,243 ℳ
„ „ „ 1910	60,077 ℳ.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
4'777,108	46	2			Übertrag	4'858,400
78,344	50		10		Für die Erhebung und Verwaltung der Zündwarensteuer	90,000
					Wirkliche Einnahme an Zündwarensteuer für 1910 . . . 1'761,065 M 15 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 1'682,720 M 65 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . . 78,344 M 50 ₰	
7,566	67		11		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der in Bayern zur Erhebung gelangenden Stempelabgaben an Spielkarten	7,500
					Wirkliche Einnahme an Stempelabgaben an Spielkarten für 1910 . . . . 151,957 M 40 ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 144,390 M 73 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . . 7,566 M 67 ₰	
5,206	43		12		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Reichsstempelabgaben für Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge nach Nr. 8 des Tarifs	6,000
					Wirkliche Einnahme an Reichsstempelabgaben für 1910 . . 260,819 M — ₰ Ablieferung an das Reich . . . . 255,612 M 57 ₰ Verbleibt als Vergütung für die Verwaltung . . . . . . 5,206 M 43 ₰	
4'868,226	06				Summe Kap. 2	4'961,900
		3			**Eigene Einnahmen der Zollverwaltung, und zwar Hafengefälle und Zollnebeneinnahmen.**	
8,916	95		1		Hafengefälle zu Lindau, Ludwigshafen a. Rh. und Regensburg	9,000
49,260	52		2		Lagergeld, Lände-, Wag-, Kranen- und Übersetzgebühren	55,000
58,177	47				Summe Kap. 3	64,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4'833'500	107,900	83,000		
100,000	—	10,000		Zu Kap. 2 § 10.
7,500	—	—		Zu Kap. 2 § 11.
3,700	2,300	—		Zu Kap. 2 § 12.
4'944,700	110,200	93,000		
	17,200			
6,600	2,400	—		Zu Kap. 3 § 1.
39,740	15,260	—		Zu Kap. 3 § 2.
46,340	17,660	—		

Zu Kap. 2 § 10.

Nach § 43 der Ausführungsbestimmungen zum Zündwarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 werden für die Erhebung und Verwaltung der Zündwarensteuer jedem Bundesstaate 4 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet.

Die Roh-Solleinnahme hat in Bayern betragen:

im Rechnungsjahre 1909 . . . . . . 1'280,897 ℳ
„ „ 1910 . . . . . . 2'058,293 ℳ.

An Vergütung hat Bayern erhalten:

für das Rechnungsjahr 1909 . . . . . . 51,235 ℳ
„ „ „ 1910 . . . . . . 82,331 ℳ.

Zu Kap. 2 § 11.

Nach § 23 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1878 werden an Erhebungs- und Verwaltungskosten jedem Bundesstaate 5 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Erhebung gelangenden Stempelabgabe vergütet.

Bei einer Roh-Solleinnahme

im Rechnungsjahre 1908 von . . . . . 155,156 ℳ
„ „ 1909 „ . . . . . 156,870 ℳ
„ „ 1910 „ . . . . . 155,783 ℳ

hat Bayern an Vergütung erhalten:

für das Rechnungsjahr 1908 . . . . . . 7,757 ℳ
„ „ „ 1909 . . . . . . 7,843 ℳ
„ „ „ 1910 . . . . . . 7,789 ℳ,

daher im Durchschnitt 7796 ℳ; es werden daher wieder in Ansatz gebracht 7,500 ℳ.

Zu Kap. 2 § 12.

Nach § 105 des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 wird jedem Bundesstaate an Erhebungs- und Verwaltungskosten von der in seinem Gebiete für ausgestellte Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge erzielten jährlichen Einnahme der Betrag von 2 vom Hundert aus der Reichskasse vergütet.

Diese Einnahmen haben in Bayern betragen:

im Rechnungsjahre 1908 . . . . 184,355 ℳ
„ „ 1909 . . . . 226,391 ℳ
„ „ 1910 . . . . 266,985 ℳ.

An Vergütungen hieraus hat Bayern erhalten:

für das Rechnungsjahr 1908 . . . . . . 3,687 ℳ
„ „ „ 1909 . . . . . . 4,527 ℳ
„ „ „ 1910 . . . . . . 5,339 ℳ.

Zu Kap. 3 § 1.

Ansatz nach dem Durchschnittsanfall in den letzten 3 Jahren unter Annahme einer mäßigen Zunahme der Beanspruchung des Winterhafens in Regensburg.

Zu Kap. 3 § 2.

Ansatz nach dem Durchschnitte der Einnahmen in den letzten zwei Jahren und unter Berücksichtigung der seit 1908 erfolgten ständigen Zunahme der Niederlagegebühren sowie insbesondere auch mit Rücksicht auf die Einnahmen aus den mit dem Jahre 1913 zur Benützung gelangenden Lagerräumen des neuen Hauptzollamtsgebäudes in München.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
2'276,978	61	(4)			**Gebühren für das Halten von Hunden**	—
		4			**Gemischte Einnahmen.**	
219,980	88		1		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	240,000
14,743	92		2		Erlöse aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	12,200
121,423	69		3		Gebühren und Strafen aus der Verwaltung	91,000
			4		Nebengebühren für besondere Leistungen.	
133,148	22			1	Vergütung der Gemeinden für die Erhebung des gemeindlichen Malzaufschlags	140,000
151,466	68			2	Gebühren für Zoll- und Steuerabfertigungen	150,000
6,756	14			3	Tantiemen für die Einhebung der tierärztlichen Viehbesichtigungsgebühren, der Gebühren für die Untersuchung des in das Zollinland eingehenden Fleisches und für die Einhebung städtischer Lagergebühren	6,600
336	65			4	Vergütung der Österreichisch-Ungarischen Staatsregierung für die Erhebung und Verwaltung des Malzaufschlags in der österreichischen Gemeinde Mittelberg gemäß Artikel II des Übereinkommens vom 2. Dezember 1890	460
61,634	56		5		Übrige Einnahmen	8,700
709,490	74				Summe Kap. 4	648,960
2'276,978	61				Hiezu " " (4)	—
58,177	47				" " 3	64,000
4'868,226	06				" " 2	4'961,900
53'346,494	40				" " 1	64'321,000
61'259,367	28				**Summe der Einnahmen**	69'995,860

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2'250,000	—	2'250,000		**Zu Kap. (4) des Etats 1910/11.** Die Einnahmen an Gebühren für das Halten von Hunden kommen infolge des Hundeabgabengesetzes vom 14. August 1910 vom 1. Januar 1912 ab für den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern in Wegfall.
225,000	15,000	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Mehrung mit Rücksicht auf den Zugang von Dienst- und Mietwohnungen für Beamte in neuerbauten oder gemieteten Gebäuden und unter gleichzeitiger Berücksichtigung des vollständigen Wegfalls sämtlicher Einnahmen aus der Vermietung der alten Mauthalle an der Neuhauserstraße in München.
10,400	1,800	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Der Ansatz erfolgte nach dem durchschnittlichen Anfalle in den letzten drei Jahren.
85,000	6,000	—		**Zu Kap. 4 § 3.** Der Anschlag ist berechnet nach dem Durchschnitte der letzten drei Jahre unter Berücksichtigung des Wegfalls an Einnahmen aus Hundegebührenstraffällen einerseits und unter Heranziehung der früher dem Gratifikationsfonds zugeflossenen Anteile an Geldstrafen und Erlösen von eingezogenen Gegenständen als Staatseinnahmen anderseits.
140,000	—	—		
157,500	—	7,500		**Zu Kap. 4 § 4 Tit. 2.** Einnahmen an Gebühren für Zoll- und Steuerabfertigungen nach Maßgabe der vom Bundesrat beschlossenen Zollgebührenordnung vom 28. Juni 1905. Minderung wegen Wegfalls einiger Verwaltungskostenbeiträge infolge Einziehung von Beamtenkräften und der Gebühren für Zuteilung der Kennzeichen für außerdeutsche Kraftfahrzeuge.
7,300	—	700		**Zu Kap. 4 § 4 Tit. 3.** Ansatz nach den durchschnittlichen Einnahmen der letzten drei Jahre.
460	—	—		**Zu Kap. 4 § 4 Tit. 4.** Nach Art. II des Übereinkommens zwischen Bayern und Österreich-Ungarn vom 2. Dezember 1890, betreffend den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das System der Besteuerung des Bieres und des Essigs in Bayern, fließt das Erträgnis des Malzaufschlags in dieser Gemeinde sowie die zur Erhebung kommende Übergangsabgabe von Malz und Bier nach Abzug von 15 vom Hundert für die Erhebungs- und Verwaltungskosten in die österreichische Staatskasse.
11,000	—	2,300		**Zu Kap. 4 § 5.** Hierunter 2700 ℳ Anteil Bayerns an der nach Maßgabe des § 62 des Brausteuergesetzes vom 15. Februar 1909 zur technischen und wissenschaftlichen Förderung des Braugewerbes zu verwendenden Summe von 30,000 ℳ. Im übrigen Minderung wegen Wegfalls der Einnahmen aus dem Erlöse an verkauften Hundezeichen und Formularpapieren zum Vollzuge des Hundegebührengesetzes.
636,660	22,800	10,500		
	12,300			
2'250,000	—	2'250,000		
46,340	17,660	—		
49'44,700	17,200	—		
57'745,000	6'576,000	—		
65'622,700	6'623,160	2'250,000		
	4'373,160			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
7'399,852	84		1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 26,120 M künftig wegfallend.	7'772,440
243,572	30		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	246,000
276,313	67		3		Tagegelder und Reisekosten	243,000
7'919,738	81				Summe Kap. 1	8'261,440
		2			**Sächliche Ausgaben.**	
239,595	02		1		Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	260,000
105,591	17		2		Mietzinse für Amtsräume	114,000
12,786	20		3		Übrige sächliche Ausgaben (einschließlich der Kosten der Bewaffnung und Ausrüstung der Grenzwachmannschaft	10,000
357,972	39				Summe Kap. 2	384,000
7,696	28	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	8,000
30,075	01	4			**Umzugskosten**	30,000
70,000	—	5			**Aufwand für Unterstützungen**	70,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1909	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
7'631,950	140,490	—	A S. 27	
232,600	13,400	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Ansatz nach dem Durchschnitte der Jahre 1909 und 1910 und unter Berücksichtigung der durch die Gewährung von Urlaub wegen Erkrankungen und Einberufung zu militärischen Übungen in zunehmendem Maße notwendig werdenden Geschäftsaushilfen. Hier werden nunmehr auch die Besoldungen der Maschinisten bei den Hauptzollämtern München I, Nürnberg und Würzburg verrechnet.
256,400	—	13,400		**Zu Kap. 1 § 3.** Minderung mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Änderung der K. Verordnung vom 11. Februar 1875, die Aufrechnung der Tagegelder und Reisekosten bei auswärtigen Dienstgeschäften der Beamten des Zivilstaatsdienstes betreffend.
8'120,950	153,890	13,400		
	140,490			
215,000	45,000	—		**Zu Kap. 2 § 1.** Mehrung wegen Gewährung von Schreibbedürfnisvergütungen an die Steuerverwalter und Steuerrevisoren, wegen Zugangs neuer Dienstgebäude, Erweiterung von Diensträumen, allgemeiner Steigerung der Holz- und Kohlenpreise, Steigerung der Löhne, voraussichtliche Beschaffung von neuen Drucksachen (Dienstvorschriften der Grenzwache usw.).
94,000	20,000	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Erhöhung infolge des Zugangs neugemieteter Amtsräume sowie infolge der dringend notwendigen Beschaffung von Dienstwohnungen für Beamte des Zollamtes Asch und der Zuckersteuerstelle Frankenthal.
7,700	2,300	—		**Zu Kap. 2 § 3.** Erhöhung wegen Mehrung der Ausgaben für die Technische Prüfungs- und Lehranstalt, Beschaffung von Saccharometern für die Steuerämter und wegen Übernahme der Kosten für den Betrieb des Kranens im Hafen von Regensburg.
316,700	67,300	—		
6,600	1,400	—		**Zu Kap. 3.** Erhöhung wegen erweiterten Gebrauchs des Telephons.
27,000	3,000	—		**Zu Kap. 4.** Ansatz nach dem Durchschnitte der Jahre 1909 und 1910 und in der Annahme, daß die Personaländerungen sich vermindern werden.
70,000	—	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
41,512	06		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalienabfuhr und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	51,000
123,846	43		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hievon 27,840 M künftig wegfallend.	137,840
422	20		3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	128,800
165,780	69				Summe Kap. 6	317,640
		7			**Lasten.**	
5,259	24		1		Kreisumlagen	5,000
555	79		2		Distriktsumlagen	650
6,989	82		3		Gemeindeumlagen	5,500
41,071	76		4		Umgeldentschädigungen und Aufschlagbonifikationen	41,010
38,660	66		5		Passivreichnisse (Zolläquivalente)	38,660
92,537	27				Summe Kap. 7	90,820
		8			**Aufschlagrückvergütungen und Hinauszahlungen.**	
8'725,412	30		1		Rückvergütung für ausgeführtes Bier	10'600,000
9,208	48		2		Hinauszahlung an das Großherzogtum Sachsen für die auf das Vordergericht Ostheim treffenden Anteile an den Aufschlaggefällen	15,200
1,447	11		3		Hinauszahlung an das Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha für die auf den Amtsgerichtbezirk Königsberg treffenden Anteile an den Aufschlaggefällen	5,500
8'736,067	89				Summe Kap. 8	10'620,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
35,000	16,000	—		**Zu Kap. 6 § 1.** Der Durchschnitt der letzten 5 Jahre betrug 32,488 ℳ, wobei bereits berücksichtigt ist, daß 5000 ℳ seit dem Jahre 1908 nicht mehr unter diesem Titel verrechnet werden. Durch Zugang neuer Dienstgebäude und wegen Steigerung der Löhne wird dieser Durchschnitt auf 51,000 ℳ erhöht.
169,350	—	31,510		**Zu Kap. 6 § 2.** Der künftig wegfallende Bedarf ist für verschiedene größere Bauvornahmen bestimmt, die sich einerseits nicht zur Einstellung in den Neubauetat eignen, anderseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht aus dem ordentlichen Landbauunterhaltungsetat ihre Deckung finden können.
166,500	—	37,700	B S. 30/31	
370,850	16,000	69,210		
		53,210		
5,000	—	—		
650	—	—		
5,500	—	—		
41,070	—	60		**Zu Kap. 7 § 4.** Minderung wegen Ablösung einer Umgeldentschädigung.
38,660	—	—		
90,880	—	60		
9'400,000	1'200,000	—		**Zu Kap. 8 § 1.** Ansatz nach Maßgabe der Rückvergütung für das in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 ausgeführte Bier.
14,440	800	—		**Zu Kap. 8 §§ 2 und 3.** Mehrung wegen Erhöhung des Malzaufschlags.
3,200	2,300	—		
9'417,600	1'203,100	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
47,892	94	9			**Zoll- und Steuervergütungen**	50,000
65,080	65	10			**Besondere Aufsichts- und Betriebskosten auf die Zoll- und Hafengefälle** .	22,000
1'213,440	47	(11)			**Ausgaben auf die Erhebung und Verwaltung der Gebühren für das Halten von Hunden**	—
66,200	—	11			**Staatszuschüsse an Versuchsanstalten für Bierbrauereien sowie an die Brennereitechnische Anstalt**	83,000
300,000	—	12			**Für Anlehensverzinsung und -Tilgung**	240,000
3,805	88	13			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Artikel 89 Abs. 6 und Artikel 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben)	4,000
8'736,067	89				Hiezu Summe Kap. 8 . . .	10'620,700
92,537	27				„ „ 7 . . .	90,820
165,780	69				„ „ 6	317,640
70,000	—				„ „ 5	70,000
30,075	01				„ „ 4	30,000
7,696	28				„ „ 3	8,000
357,972	39				„ „ 2	384,000
7'919,738	81				„ „ 1	8'261,440
19'076,288	18				**Summe der Ausgaben**	20'181,600

Abgleichung zum Etat Nr. 4.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰		Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
61'259,367	28	**Einnahmen**	69'995,860
19 076,288	18	**Ausgaben**	20'181,600
42'183,079	10	**Reineinnahme**	49'814,260

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
50,000	—	—	
31,600	—	9,600	
1'202,400	—	1'202,400	
72,000	11,000	—	
300,000	—	60,000	
1,300	2,700	—	
9'417,600	1'203,100	—	
90,880	—	60	
370,850	—	53,210	
70,000	—	—	
27,000	3,000	—	
6,600	1,400	—	
316,700	67,300	—	
8'120,950	140,490	—	
20,077,880	1'428,900	1'325,270	
	103,720		
65'622,700	4'373,160	—	
20'077,880	103,720	—	
45'544,820	4'269,440	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 10.

Minderung wegen geringerer Kosten für Kennzeichnung der Gerste.

Zu Kap. (11) des Etats 1910/11.

Die Ausgaben auf die Erhebung und Verwaltung der Gebühren für das Halten von Hunden kommen infolge des Hundeabgabengesetzes vom 14. August 1910 vom 1. Januar 1912 ab für den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern in Wegfall.

Zu Kap. 11.

Mehrung wegen Erhöhung der Ausgaben der vom Staate unterstützten Versuchsanstalt für Bierbrauerei zu Nürnberg sowie zur Fortsetzung der Betriebskontrollen in kleineren Brauereien durch die Brauereiversuchsanstalten und zur Abhaltung von Buchführungskursen, ferner Zuwendung von 2700 ℳ an die Brauereiversuchsanstalt in Weihenstephan aus dem Anteil Bayerns an den Brausteuereinnahmen (s. Bemerkung zu Kap. 4 § 5 der Einnahmen).

Kap. 13.

Erhöhung wegen Gewährung von Gratifikationen an Beamte anderer Verwaltungen usw., die nunmehr hier verrechnet werden.

Außerdem sind im Etat Nr. 30

an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	950,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	550,000 ℳ
Summe	1'500,000 ℳ.
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit	20'181,600 ℳ.
Summe der Ausgaben auf den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern im ordentlichen Budget	21'681,600 ℳ.
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	— ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	21'681,600 ℳ.

München, den 8. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges.- u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges.- u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	a. **Etatsmäßige Beamte.**							Der ausgewiesene Mehrbedarf ist durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.
3	Präsident der K. Generaldirektion	1	—	14,000	—			
5	Regierungsdirektoren . . .	2	9600	19,200	—			
6	Oberregierungsrat . . . . Künftig wegfallend.	1[1]	—	9,200	—			[1]) Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Regierungsratstelle (Klasse 7 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
7	Regierungsräte	8	6500 bis 8000	59,700	—			
„	Vorstände der Hauptzollämter	28	6000 bis 8000	202,800	—			
„	Vorstand der Technischen Prüfungs- und Lehranstalt der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern .	1	—	6,500	—			
„	Oberzollinspektoren . . . Künftig wegfallend.	3[2]	7000 bis 8000	22,500	—			[2]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in niedrigere Stellen umgewandelt werden.
„	Zentralzollkassier	1[3]	—	7,500	—			[3]) Der derzeitige Zentralzollkassier ist für seine Person der Klasse 7 der Gehaltsordnung zugeteilt.
9	Regierungsassessoren . . .	5	4800 bis 5300	26,300	—			
„	Hauptzollamtsverwalter . .	28	5800 bis 6800	186,600	—			
	Seite	78	—	554,300	—			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	78	—	554,300	—			
9	Zoll- und Steuerinspektoren [1] Hievon 12 Stellen künftig wegfallend.	78[1]	5800 bis 6800	482,500	2,100[2]			[1] Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 91 Zoll- und Steuerinspektoren (einschließlich des Materialverwalters). Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 11 Zollinspektor- und 1 Steuerinspektorstelle in niedrigere Stellen umgewandelt und kam 1 Materialverwalterstelle, deren bisheriger Inhaber für seine Person der Klasse 9 der Gehaltsordnung zugeteilt war, in Erledigung und zur Besetzung mit einem Beamten der Klasse 14 der Gehaltsordnung, daher 78 Stellen wie neben. Bei eintretender Erledigung werden 12 weitere Zollinspektorstellen in niedrigere Stellen umgewandelt werden. [2] Die Nebenbezüge sind 7 örtliche Zulagen von je 300 M.
"	Zentralzollkassekontrolleur .	1[3]	—	6,800	—			[3] Der derzeitige Zentralzollkassekontrolleur ist für seine Person der Klasse 9 der Gehaltsordnung zugeteilt.
11	Hauptzollamtskontrolleure .	18[4]	4600 bis 5600	101,150	—			[4] Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 28 Hauptzollamtskontrolleure (einschließlich des Materialverwaltungskontrolleurs). Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 9 Hauptzollamtskontrolleurstellen in niedrigere Stellen umgewandelt und kam 1 Materialverwaltungs-Kontrolleurstelle, deren bisheriger Inhaber für seine Person der Klasse 11 der Gehaltsordnung zugeteilt war, in Erledigung und zur Umwandlung in eine Sekretärstelle (Klasse 17 der Gehaltsordnung), daher 18 Stellen wie neben.
	Seite	175	—	1'144,750	2,100			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	175	—	1'144,750	2,100			
12	Finanzassessoren	9	3000 bis 3500	30,900	—			
"	Zolloberkontrolleure und Rechnungskommissäre .	374[1]						
	Grenzoberkontrolleure . .	45[2]						
	Steueroberkontrolleure . .	46[3]						
		465	3000 bis 5500	1'871,400	10,500[4]			
	Seite	649	—	3'047,050	12,600			

[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
376 Zolloberkontrolleure und Rechnungskommissäre.
Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden
15 Zolloberkontrolleurstellen in niedrigere Stellen umgewandelt, sohin
361 Stellen, dagegen
13 Zolloberkontrolleur- und Rechnungskommissärstellen aus höheren Stellen errichtet und
3 Zolloberkontrolleur- und Rechnungskommissärstellen wegen Errichtung des Nebenzollamtes I Haidmühle und bezw. wegen Mehrung der Dienstgeschäfte errichtet, sohin
377 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911.
Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden
3 Stellen bei eintretender Erledigung eingezogen werden, daher
374 Stellen wie neben.

[2]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
46 Grenzoberkontrolleure.
Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurde
1 Stelle wegen Aufhebung einer Grenzoberkontrolle eingezogen, daher
45 Stellen wie neben.

[3]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
49 Steueroberkontrolleure.
Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden
4 Stellen infolge Aufhebung von Steueroberkontrollen eingezogen, sohin
45 Stellen, dagegen
1 Stelle aus einer höheren Stelle errichtet, daher
46 Stellen wie neben.

[4]) Die Nebenbezüge sind 35 örtliche Zulagen zu je 300 M.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	649	—	3'047,050	12,600			
14	Steuerverwalter	212[1]	3000 bis 4800	863,100	10,080[2]			[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 236 Steuerverwalter. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 2 Stellen infolge Aufhebung von Steuerämtern eingezogen und 10 Stellen in Steuerrevisor- bezw. in eine Oberaufseherstelle umgewandelt, sohin 224 Stellen, dagegen 2 Stellen infolge Neuerrichtung von Steuerämtern und 4 Stellen aus einer Zolloberkontrolleurstelle bezw. infolge Umwandlung von Steuerstellen in Steuerämter errichtet, sohin 230 Stellen; hievon kommen 14 Stellen infolge Belassung von zur Umwandlung in Steuerämter bestimmt gewesenen, mit Steuerrevisoren der Klasse 16 besetzten Steuerstellen in Abgang, sohin 216 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden 4 Stellen bei eintretender Erledigung eingezogen werden, daher 212 Stellen wie neben.
„	Präsidialsekretär der K. Generaldirektion	1	—	4,800	—			[2]) Die Nebenbezüge sind 84 Zuschüsse für das Halten eines Amtsraumes von je 120 ℳ.
„	Materialverwalter [3]) . . .	1	—	3,000	—			[3]) Diese Stelle der Klasse 14 der Gehaltsordnung ist während der Finanzperiode 1910 und 1911 infolge Abgangs des bisher für seine Person der Klasse 9 der Gehaltsordnung (Zoll- und Steuerinspektoren) zugeteilt gewesenen Materialverwalters in Zugang gekommen.
„	I. Registrator der K. Generaldirektion[4])	—	—	—	—			[4]) Diese Stelle, deren bisheriger Inhaber für seine Person der Klasse 14 der Gehaltsordnung zugeteilt war, hat sich während der Finanzperiode 1910 und 1911 erledigt und ist in eine Registratorstelle der Klasse 17 der Gehaltsordnung umgewandelt worden.
	Seite	863	—	3'917,950	22,680			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	863	—	3'917,950	22,680			
16	Steuerrevisoren . . . . . Künftig wegfallend.	184[1]	2700 bis 4200	655,000	—			[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 235 Steuerrevisoren der Klasse 16 der Gehaltsordnung. Hievon erledigten sich während der Finanzperiode 1910 und 1911 65 Stellen, welche mit Steuerrevisoren der Klasse 17 der Gehaltsordnung besetzt worden sind, sohin 170 Stellen; dagegen kommen 14 Stellen infolge Belassung von zur Umwandlung in Steuerämter bestimmt gewesenen, mit Steuerrevisoren der Klasse 16 besetzten Steuerstellen in Zugang, daher 184 Stellen wie neben. Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung mit Steuerrevisoren mit dem Gehalt der Klasse 17 der Gehaltsordnung besetzt werden.
17	Sekretäre und Registratoren bei der K. Generaldirektion und den Hauptzollämtern	29[2]	2100 bis 3600	82,500	—			[2]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 23 Sekretäre und Registratoren. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 2 Registratorstellen bei den Hauptzollämtern aus höheren Stellen errichtet und kamen infolge Erledigung der Stellen des Materialverwaltungs-Kontrolleurs und des I. Registrators bei der Generaldirektion, deren frühere Inhaber für ihre Person der Klasse 11 bezw. 14 der Gehaltsordnung zugeteilt waren, 1 Sekretär- und 1 Registratorstelle, beide bei der Generaldirektion, in Zugang, sohin 27 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden 2 Kanzleiassistentenstellen mit Rücksicht auf das dienstliche Bedürfnis in 1 Sekretär- und 1 Registratorstelle, beide bei der Generaldirektion, umgewandelt werden, daher 29 Stellen wie neben.
	Seite	1076	—	4'655,450	22,680			

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:							Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf		
			einzeln	zusammen					
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
	Übertrag	1076	—	4'655,450	22,680				
17	Kanzlist bei der K. Generaldirektion . . . . Künftig wegfallend.	1 [1]	—	3,600	—				[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 6 Kanzlisten. Hievon erledigten sich während der Finanzperiode 1910 und 1911 5 Stellen, welche in Kanzleiassistentenstellen (Klasse 23 der Gehaltsordnung) umgewandelt worden sind, daher 1 Stelle wie neben. Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung ebenfalls in eine Kanzleiassistentenstelle umgewandelt werden.
"	Zollrevisoren (Zollkontrolleure)	64 [2]	1800 bis 2400	128,800	3,600 [3]				[2]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 61 Zollrevisoren. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 3 Stellen in Steuerrevisorstellen umgewandelt und 2 Stellen aufgehoben, sohin 56 Stellen, dagegen 3 Stellen aus höheren Stellen und 1 Stelle infolge Errichtung des Nebenzollamtes I Haidmühle errichtet, sohin 60 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden 4 Stellen aus zur Erledigung kommenden entbehrlichen höheren Stellen wegen Errichtung der Nebenzollämter I. Klasse am Bahnhof Mittenwald und Griesen errichtet werden, daher 64 Stellen wie neben. [3]) Die Nebenbezüge sind 15 örtliche Zulagen zu je 240 ℳ.
"	Steuerrevisoren	315 [4]	1800 bis 3600	732,800	—				[4]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 248 Stellen. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 5 Stellen aufgehoben, 3 Stellen in Steuerverwalter- und 5 Stellen in Oberaufseherstellen umgewandelt, sohin 235 Stellen, dagegen 19 Stellen aus höheren bezw. Zollrevisorstellen errichtet und 1 Stelle neu errichtet, ferner sind 65 Stellen infolge Erledigung von mit Steuerrevisoren der Klasse 16 der Gehaltsordnung besetzt gewesenen Stellen in Zugang gekommen, sohin 320 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden 5 Stellen bei eintretender Erledigung eingezogen werden, daher 315 Stellen wie neben.
	Seite	1456	—	5'520,650	26,280				

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	1456	—	5'520,650	26,280			
19	Zolleinnehmer (einschließlich Übergangssteuereinnehmer)	62[1]	2100 bis 3000	157,050	360[2]			[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 58 Zolleinnehmer. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 3 Stellen infolge Umwandlung von Nebenzollämtern I. Klasse in solche II. Klasse aus höheren Stellen errichtet, sohin 61 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 wird 1 Stelle aus einer zur Erledigung kommenden entbehrlichen höheren Stelle infolge Errichtung eines Nebenzollamtes II. Klasse in Mittenwald errichtet, daher 62 Stellen wie neben. [2]) Die Nebenbezüge sind 2 örtliche Zulagen zu je 180 ℳ.
22	Hafenmeister	4	1900 bis 3300[3]	10,600				[3]) 2 Beamten ist für ihre Person der Gehalt der Klasse 17 der Gehaltsordnung zugewiesen.
23	Kanzlei- und Registraturassistenten der K. Generaldirektion und bei den Hauptzollämtern . . .	46[4]	1500 bis 2400	88,000	180[5]			[4]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 41 Kanzlei- und Registraturassistenten. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 2 Stellen aus höheren Stellen errichtet und kamen 5 Stellen infolge Erledigung von Kanzlistenstellen, deren bisherige Inhaber für ihre Person der Klasse 17 der Gehaltsordnung zugeteilt waren, in Zugang, sohin 48 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden 2 Stellen mit Rücksicht auf das dienstliche Bedürfnis in eine Sekretär- bezw. Registratorstelle (Klasse 17) der Gehaltsordnung umgewandelt werden, daher 46 Stellen wie neben. [5]) Der Nebenbezug ist eine örtliche Zulage.
	Seite	1568	—	5'776,300	26,820			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1568	—	5'776,300	26,820			
25	Boten und Diener der K. Generaldirektion . .	11[1)]	1700 bis 2100	22,400	—			[1)] Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 12 Boten und Diener. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 kam 1 Stelle wegen Umwandlung in eine Oberaufseherstelle in Wegfall, daher 11 Stellen wie neben.
"	Oberaufseher	483[2)]	1500 bis 2100	877,000	15,120[3)]			[2)] Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 470 Stellen. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden 2 Stellen infolge Aufhebung von berittenen Oberaufseherstellen eingezogen, sohin 468 Stellen, dagegen 11 Stellen aus höheren Stellen bezw. einer Botenstelle und 1 Stelle infolge Errichtung des Nebenzollamtes I Haidmühle errichtet, sohin 480 Stellen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Während der Finanzperiode 1912 und 1913 werden 3 Stellen aus zur Erledigung kommenden entbehrlichen anderen Stellen wegen Errichtung der Nebenzollämter I. Klasse am Bahnhof Mittenwald und Griesen errichtet werden, daher 483 Stellen wie neben.
28	Grenzaufseher .	685	1300 bis 1900	1'022,200	1,080[4)]			
	Summe a.	2747	—	7'697,900	43,020	26,120[5)]	7'767,040	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessisten	3	1800	5,400	—		5,400	[3)] Die Nebenbezüge sind 84 örtliche Zulagen zu je 180 M. [4)] Die Nebenbezüge sind 6 örtliche Zulagen zu je 180 M.
	Summe des Jahresvoranschlags für 1912 und 1913	[6)] 2750	—	7'703,300	43,020	26,120 künftig wegfallend	7'772,440	[5)] Hierunter 2120 M Zuschüsse an vier als Stationskontrolleure verwendete Zollinspektoren zum Ausgleich des Unterschiedes zwischen dem vom Reich bezahlten Gehalt und der für die Dauer dieses Bezuges einbehaltenen Besoldung nach Klasse 9 der Gehaltsordnung.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:	2762	—	7'553,545	42,300	36,105	7'631,950	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	149,755	720	—	140,490	[6)] Hievon stehen 786 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen und Dienstzimmern. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 108,960 M unter Kap. 4 § 1 der Einnahmen veranschlagt.
	weniger	12	—	—	—	9,985		

München, den 8. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche

der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Lfd. Nummer	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
1	Oberbayern	Griesen	Erweiterung des Nebenzollamtsgebäudes durch Aufbau eines Stockwerkes; Umbau der staatlichen Wasserleitung	73,000	36,500
2	Niederbayern	Neuhaus am Inn	Neubau eines Dienstwohngebäudes nebst Pferdestallung für den Grenzoberkontrolleur in Neuhaus am Inn	40,600	20,300
3	Oberfranken	Wildenau	Ankauf eines Bauplatzes für die Errichtung eines Zollamtsgebäudes in Wildenau	5,000	2,500
4	Schwaben und Neuburg	Lindau-Reutin	Neubau eines Dienstwohngebäudes für Revisionsoberaufseher des K. Nebenzollamtes I a. Bhf. Lindau-Reutin	72,000	36,000
5	"	Oberstaufen	Neubau eines Dienstwohngebäudes nebst Pferdestallung für den Grenzoberkontrolleur und den berittenen Grenzoberaufseher in Oberstaufen	57,000	28,500
6			Reserve . . .	10,000	5,000
			Summe . . .	257,600	128,800

Erläuterungen

Mit Inbetriebsetzung der im Bau begriffenen Bahn von Garmisch-Partenkirchen bis zur Landesgrenze bei Griesen zum Anschlusse an die Bahn von Griesen nach Reutte (siehe Staatsvertrag vom 22. November 1904, Ges.- u. V.Bl. Seite 31 ff.) ist die Errichtung eines Zollamtes am Grenzbahnhofe Griesen notwendig. Bei dem vollständigen Mangel geeigneter Mietgelegenheit in Griesen müssen vom Staate Wohnungen für sämtliche Beamte (zunächst 4) des künftigen Bahnzollamtes in Griesen beschafft werden. Dies kann verhältnismäßig am billigsten durch Aufbau eines Obergeschosses auf das Gebäude des Zollamtes an der Landstraße in Griesen geschehen. Dadurch werden 3 neue Wohnungen für verheiratete Beamte und ein weiteres Zimmer für einen ledigen Beamten gewonnen. Der Kostenaufwand hiefür beträgt 60,000 ℳ. Bei dieser Gelegenheit soll auch der dringend notwendige Umbau der zollärarialischen Wasserleitung in Griesen erfolgen, wofür ein Betrag von 13,000 ℳ erforderlich ist.

Die Bereitstellung von Wohnungen für das Zollpersonal in Neuhaus a. J. erscheint aus dienstlichen Gründen wünschenswert. Dem dienstlichen Interesse kann dadurch Rechnung getragen werden, daß die dermalige Wohnung des Grenzoberkontrolleurs im Zollamtsgebäude zu Neuhaus anderen Beamten dortselbst überwiesen und für den Grenzoberkontrolleur, dessen Dienstpferd in Neuhaus mangels geeigneter Stallräume nicht entsprechend untergebracht werden kann, ein eigenes Wohngebäude mit Stallung samt Zubehör errichtet wird. Ein Bauplatz in hochwasserfreier Lage außerhalb des Ortes Neuhaus ist zu diesem Zwecke unter Vorbehalt der verfassungsmäßigen Bewilligung der erforderlichen Mittel um den Kaufpreis von 5615 ℳ erworben worden. Der für den Neubau erforderliche Kostenaufwand beträgt 35,000 ℳ.

Das K. Nebenzollamt II Wildenau und die Grenzwachstation Wildenau sind zurzeit mietweise in einem Gasthause untergebracht, was bei dem ständig zunehmenden Zollverkehr des genannten Zollamtes und dem gleichfalls steigenden Verkehr in dem Gasthause sowohl im Interesse des Zollaufkommens als auch vom zolldienstlichen Standpunkte aus nicht unbedenklich erscheint und auch hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse der beteiligten Beamten schon zu Unzuträglichkeiten geführt hat. Mit Rücksicht hierauf erscheint eine Änderung geboten. Da eine anderweite Unterbringung des genannten Zollamtes mit Grenzwachstation in einem Privathause nicht möglich ist, erübrigt nur, den Neubau eines ärarialischen Zollamtsgebäudes und von Wohnungen für Grenzaufseher in Aussicht zu nehmen. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, den einzigen für die dienstlichen Interessen geeigneten Bauplatz in nächster Nähe der Grenze zu erwerben, um zu verhüten, daß dieser Platz von dem Besitzer anderweitig veräußert wird. Die Ausführung des Neubaues kann vorerst noch verschoben werden.

Infolge der Fertigstellung des neuen Bahnhofes Lindau—Reutin und der Verlegung der bahndienstlichen Behandlung des gesamten Frachtgüterverkehrs vom Bahnhofe Lindau-Stadt an den Bahnhof Lindau-Reutin sind dem K. Nebenzollamte I a. Bhf. Lindau-Reutin nunmehr im ganzen 12 Oberaufseher zugeteilt, von denen bis jetzt nur 5 Dienstwohnungen haben. Bei dem großen Mangel an geeigneten und preiswerten Mietwohnungen in der Nähe des Bahnhofes Lindau-Reutin und der bedeutenden Entfernung dieses Bahnhofes von der Stadt Lindau erscheint die Schaffung von weiteren Dienstwohnungen für Oberaufseher des genannten Zollamtes dringend notwendig. Als Bauplatz für ein neues Dienstwohngebäude steht eine Fläche des schon früher von der Eisenbahnverwaltung abgetretenen, zum Teil bereits bebauten Grundstücks in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Lindau-Reutin zur Verfügung. Die Kosten des Neubaues belaufen sich auf 72,000 ℳ; hiedurch werden 5 weitere Dienstwohnungen für Oberaufseher gewonnen.

Der Grenzoberkontrolleur und der berittene Grenzoberaufseher in Oberstaufen sind mietweise nur ungenügend und zu teueren Mietpreisen untergebracht; eine Verlegung der Oberkontrolle würde den dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, ohne eine bessere wohnliche Unterbringung der genannten Beamten zu ermöglichen. Aus dienstlichen Rücksichten erscheint die Schaffung eines staatlichen Wohngebäudes für diese Beamten sowie die Herstellung einer Stallung für ihre Dienstpferde dringend notwendig. Ein geeigneter Bauplatz befindet sich bereits im Besitze des Ärars. Die Kosten für den Neubau belaufen sich auf 57,000 ℳ.

Die Reserve — zu ungefähr 5 vom Hundert der eigentlichen Baukosten — ist zur Deckung unvermeidlicher Kostenüberschreitung infolge Steigerung der Arbeitslöhne und ähnlicher unvorhergesehener Verhältnisse bestimmt.

München, den 8. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 5.

Berg-, Hütten- und Salzwerke.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
					Einnahmen.				
		1			**Aus dem Produktenverschleiß.**				
8'370,642	79				A. Aus rohen Bergprodukten . . .	7'923,520	—	—	—
5'347,046	63				B. Aus Hüttenprodukten und Abfällen	—	9'297,600	—	—
2'577,845	22				C. Aus Salzberg- und Salinenprodukten	—	—	2'275,122	—
16'295,534	64				Summe Kap. 1	7'923,520	9'297,600	2'275,122	—
		2			**Verschiedene Einnahmen.**				
7,677	01		1		Forstgefälle	2,000	3,550	1,005	—
102,359	87		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	26,000	26,360	32,510	560
770,284	74		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	235,030	75,050	567,053	—
611,001	39		4		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	73,550	71,860	47,200	—
63,005	01		5		Übrige Einnahmen	24,300	21,150	9,110	600
1'554,328	02				Summe Kap. 2	360,880	197,970	656,878	1,160
17'849,862	66				**Summe der Einnahmen**	8'284,400	9'495,570	2'932,000	1,160

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
7'923,520	8'793,300	—	869,780		
9'297,600	6'089,300	3'208,300	—		
2'275,122	2'307,725	—	32,603		
19'496,242	17'190,325	3'208,300	902,383		
		2'305,917			
				A S. 14/15 B S. 26/27 C S. 42/43 D S. 58/59	
6,555	9,736	—	3,181		
85,430	94,870	—	9,440		
877,133	662,150	214,983	—		
192,610	247,829	—	55,219		
55,160	36,115	19,045	—		
1'216,888	1'050,700	234,028	67,840		
		166,188			
20'713,130	18,241,025	2'472,105	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
					Ausgaben.				
		1			**Persönliche Ausgaben.**				
776,289	19		1		Besoldungen der Beamten	242,280	260'290	166,200	171,130
35,351	90		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	7,600	38,940	4,970	22,000
49'476	30		3		Tagegelder und Reisekosten	6,500	17,000	7,480	25,000
861,117	39				Summe Kap. 1	256,380	316,230	178,650	218,130
78,187	82	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	12,200	40,130	9,510	21,000
22,807	—	3			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	2,000	10,800	2,810	10,500
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**				
6'744,181	94		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter, Betriebsbediensteter und Betriebslöhne	4'924'650	1'817,710	249,660	—
5'742,954	10		2		Betriebsmaterialien	1'066,100	5'381,980	859,450	—
610,725	68		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten	268,300	361,990	45,540	—
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen) . .				
392,782	—			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten	80,830	93,370	148,150	—
4,441	94			2	Erweiterungs- und Neubauten .	25,500	27,000	—	—
397,223	94				Summe § 4	106,330	120,370	148,150	—
1'446,802	32	5			**Übrige Betriebsausgaben**	97,900	259,500	766,480	200
14'941,887	98				Summe Kap. 4	6'463,280	7'941,550	2'069,280	200

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
				A S. 16/23 B S. 28/39 C S. 44/51 D S. 54/59	
839,900	841,445	—	1,545	E S. 61/67	
73,510	46,450	27,060	—		
55,980	51,750	4,230	—		
969,390	939,645	31,290	1,545		
		29,745			
82,840	70,165	12,675	—		
26,110	17,420	8,690	—		
6 992,020	6'919,476	72,544	—		
7'307,530	5'503,954	1'803,576	—		
675,830	571,720	104,110	—		
322,350	381,650	—	59,300		
52,500	10,200	42,300	—	F S. 70/71	
374,850	391,850	—	17,000		
1'124,080	962,620	161,460	—		
16'474,310	14'349,620	2'141,690	17,000		
		2'124,690			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
5,780	81	5			**Umzugskosten**	—	—	—	7,000
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal.**				
471,291	68		1		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	312,100	162,080	36,000	—
183,043	85		2		Unfallversicherung	148,500	34,970	8,320	—
49,735	54		3		Invalidenversicherung	31,500	18,070	3,400	—
23,674	36		4		Unterstützungen, Kur- und Begräbniskosten	500	1,640	4,053	21,000
111,695	67		5		Sonstige Ausgaben für das Arbeiterpersonal	46,990	27,270	8,010	81,000
839,441	10				Summe Kap. 6	539,590	244,030	59,783	102,000
142,550	10	7			**Lasten** (Steuern, Umlagen und Passivreichnisse)	97,500	30,930	37,576	7,030
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich §§ 2 und 3).				
40,834	76		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	7,100	18,000	15,800	1,300
22,339	43		2		Für Gebäudeunterhaltung	6,500	8,200	5,200	4,000
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten . . .	—	—	—	—
63,174	19				Summe Kap. 8	13,600	26,200	21,000	5,300

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
7,000	—	7,000	—		
510,180	483,500	26,680	—		
191,790	142,940	48,850	—		
52,970	50,020	2,950	—		
27,193	26,670	523	—		
163,270	145,645	17,625	—		**Zu Kap. 6 § 5.** Hierunter sind — ebenso wie im Etat des Staatsministeriums des K. Hauses und des Äußern — 3000 ℳ als Beitrag an die Bergschule Saarbrücken behufs Ausbildung bayerischer Bergschüler inbegriffen, welcher Betrag auf die einzelnen Werke verteilt wurde.
945,403	848,775	96,628	—		
173,036	137,739	35,297	—		
42,200	45,450	—	3,250		
23,900	28,400	—	4,500		
—	—	—	—		
66,100	73,850	—	7,750		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912: Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
		9			**Zinsen und Rückersätze.**				
258,022	62		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	141,890	66,590	—	50,660
339,801	43		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	135,090	286,680	58,900	123,340
—	—		3		Zur Bildung eines Fonds für die Erbauung eines neuen Hochofens in Amberg	—	32,300	—	—
597,824	05				Summe Kap. 9	276,980	385,570	58,900	174,000
124,927	37	10			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben)	32,770	11,530	9,491	11,000
					Wiederholung der Ausgaben.				
861,117	39				Summe Kap. 1 . . .	256,380	316,230	178,650	218,130
78,187	82				" " 2 . . .	12,200	40,130	9,510	21,000
22,807	—				" " 3 . . .	2,000	10,800	2,810	10,500
14'941,887	98				" " 4 . . .	6'463,280	7'941,550	2'069,280	200
5,780	81				" " 5 . . .	—	—	—	7,000
839,441	10				" " 6 . . .	539,590	244,030	59,783	102,000
142,550	10				" " 7 . . .	97,500	30,930	37,576	7,030
63,174	19				" " 8 . . .	13,600	26,200	21,000	5,300
597,824	05				" " 9 . . .	276,980	385,570	58,900	174,000
124,927	37				" " 10 . . .	32,770	11,530	9,491	11,000
17'677,697	81				**Summe der Ausgaben**	7'694,300	9'006,970	2'447,000	556,160

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
259,140	259,602	—	462		
604,010	417,376	186,634	—		
32,300	—	32,300	—		
895,450	676,978	218,934	462		
		218,472			
64,791	119,901	—	55,110		
969,390	939,645	29,745	—		
82,840	70,165	12,675	—		
26,110	17,420	8,690	—		
16'474,310	14'349,620	2'124,690	—		
7,000	—	7,000	—		
945,403	848,775	96,628	—		
173,036	137,739	35,297	—		
66,100	73,850	—	7,750		
895,450	676,978	218,472	—		
64,791	119,901	—	55,110		
19'704,430	17'234,093	2'533,197	62,860		
		2'470,337			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
					Abgleichung zum Etat Nr. 5.				
17'849,862	66				Einnahmen	8'284,400	9'495,570	2'932,000	1,160
17'677,697	81				Ausgaben	7'694,300	9'006,970	2'447,000	556,160
172,164	85				Reineinnahme . .	590,100	488,600	485,000	555,000 Mehrausgabe

und 1913:	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
Summe		mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
20'713,130	18'241,025	2'472,105	—		
19'704,430	17'234,093	2'470,337	—		
1'008,700	1'006,932	1,768	—		

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an **Pensionen und Unterhaltsbeiträgen** auf Rechnung des Etats der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	107,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . .	49,000 ℳ
Summe	156,000 ℳ
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit	19'704,430 ℳ
Summe der Ausgaben im **ordentlichen Budget**	19'860,430 ℳ
Voranschlag der Ausgaben im **außerordentlichen** Budget und zwar auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds (Ziff. II) 2'730,000 ℳ oder für ein Jahr	1'365,000 ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung .	21'225,430 ℳ.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Bergwerke.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
einschließlich Stockheim					**Einnahmen.**			
8'370,642	79	1			**Aus rohen Bergprodukten**	3'400,110	1'397,160	3'126,250
		2			**Verschiedene Einnahmen.**			
271	51		1		Forstgefälle	—	—	2,000
30,252	53		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken . . .	13,900	3,700	8,400
236,923	53		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	105,490	52,540	77,000
428,225	17		4		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	25,100	17,600	30,850
22,097	78		5		Übrige Einnahmen	1,400	22,000	900
717,770	52				Summe Kap. 2	145,890	95,840	119,150
9'088,413	31				**Summe der Einnahmen**	3'546,000	1'493,000	3'245,400

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
7'923,520	8'793,300	—	869,780		**Zu Kap. 1.** Mindereinnahme infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerks Stockheim. Außerdem sind bei den Bergwerken St. Ingbert und Mittelbexbach die Einnahmen bei annähernd gleichbleibender Förderung infolge niedrigerer Kohlenpreise geringer veranschlagt.
2,000	5,000	—	3,000		**Zu Kap. 2 § 1.** Mindereinnahme infolge geringerer Fällungen in den Waldungen des Bergwerks Peißenberg.
26,000	29,400	—	3,400		**Zu Kap. 2 §§ 2 und 4.** Mindereinnahme infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerks Stockheim.
235,030	227,000	8,030	—		
73,550	90,545	—	16,995		
24,300	3,067	21,233	—		**Zu Kap. 2 § 5.** Mehreinnahme infolge Verkaufs von elektrischer Energie aus dem Elektrizitätswerk des Bergwerks Mittelbexbach an die Stadt Homburg.
360,880	355,012	29,263	23,395		
		5,868			
8'284,400	9'148,312	5,868	869,780		
			863,912		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
einschließlich Stockheim					**Ausgaben.**			
		1			**Persönliche Ausgaben.**			
217,002	09		1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 80 M künftig wegfallend.	102,400	44,800	95,080
9,408	06		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,300	3,300	2,000
5,830	89		3		Tagegelder und Reisekosten	1,000	1,500	4,000
232,241	04				Summe Kap. 1	105,700	49,600	101,080
17,300	80	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl. . . . Hievon 400 M zur Anschaffung von Schreibmaschinen künftig wegfallend.	4,500	3,100	4,600
2,790	81	3			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren** .	500	600	900
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**			
5'302,680	31		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter, Betriebsbediensteter und Betriebslöhne	2'129,270	907,000	1'888,380
1'312,266	93		2		Betriebsmaterialien	409,100	193,000	464,000
353,282	72		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten . . . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	105,300	68,000	95,000
6'968,229	96				Seite	2'643,670	1'168'000	2'447,380

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M	M		
242,280	239,497	2,783	—	E S. 62/63	
7,600	11,400	—	3,800		**Zu Kap. 1 §§ 2 und 3.** Minderansatz infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerks Stockheim.
6,500	7,700	—	1,200		
256,380	258,597	2,783	5,000		
			2,217		
12,200	14,850	—	2,650		**Zu Kap. 2.** Wie vor. Einmaliger Bedarf zu 400 M für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen zu 800 M, zur Anschaffung von Schreibmaschinen für die Bergämter Mittelbexbach und Peißenberg.
2,000	2,600	—	600		
4'924,650	5'254,510	—	329,860		**Zu Kap. 4 § 1.** Minderausgabe infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerks Stockheim. Für die übrigen Werke zusammen Mehrbedarf infolge erhöhter Förderung bei Peißenberg und infolge Lohnerhöhung.
1'066,100	1'203,300	—	137,200		**Zu Kap. 4 § 2.** Minderansatz infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerkes Stockheim.
268,300	306,750	—	38,450		**Zu Kap. 4 § 3.** Wie vor. Von der für ein Jahr der Finanzperiode ausgewiesenen Summe sind bestimmt zur Anschaffung neuer Maschinen und Werkzeuge für die Gruben St. Ingbert . . . . 42,600 M, im ganzen . . . . . 85,200 M, Mittelbexbach . . . 27,000 M, „ „ . . . . . 54,000 M, Peißenberg . . . . 25,000 M, „ „ . . . . . 50,000 M.
6'259,050	6'764,560	—	505,510		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
6'968,229	96				Übertrag	2'643,670	1'168,000	2'447,380
		4	4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen):			
138,014	92			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hievon 4600 M künftig wegfallend.	26,330	16,500	38,000
4,441	94			2	Erweiterungs- und Neubauten . . . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	15,000	10,500	—
142,456	86				Summe § 4	41,330	27,000	38,000
484,614	91		5		Übrige Betriebsausgaben	16,000	28,000	53,900
7'595,301	73				Summe Kap. 4	2'701,000	1'223,000	2'539,280
422	56	5			**Umzugskosten**	—	—	—
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal** &c.			
327,397	06		1		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	136,100	63,000	113,000
151,960	79		2		Unfallversicherung	65,000	28,700	54,800
33,861	19		3		Invalidenversicherung	13,500	6,000	12,000
483	60		4		Unterstützungen, Kur- und Begräbniskosten . . .	500	—	—
42,069	10		5		Sonstige Ausgaben für das Arbeiterpersonal . . Hievon 2500 M künftig wegfallend.	22,000	10,490	14,500
555,771	74				Summe Kap. 6	237,100	108,190	194,300

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
6'259,050	6'764,560	—	505,510	
80,830	104,900	—	24,070	
25,500	10,200	15,300	—	F S. 70/71
106,330	115,100	—	8,770	
97,900	93,700	4,200	—	
6'463,280	6'973,360	4,200	514,280	
			510,080	
—	—	—	—	
312,100	322,330	—	10,230	
148,500	113,550	34,950	—	
31,500	31,420	80	—	
500	484	16	—	
46,990	43,325	3,665	—	
539,590	511,109	38,711	10,230	
		28,481		

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Minderansatz infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerks Stockheim.

Der einmalige Bedarf zu 4600 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen zu 9200 ℳ, ist bestimmt für die Gruben

Peißenberg mit 3000 ℳ für Umbau der Schmiedewerkstätte am Tiefstollen, im ganzen mit . . . . 6000 ℳ,
St. Ingbert mit 1600 ℳ für Anschaffung verschiedener Feuerlöschgeräte in Rischbach, im ganzen mit . 3200 ℳ,
Gesamtsumme 9200 ℳ.

Der fortbauernde Bedarf ist für die regelmäßigen Reparatur- und Unterhaltungskosten benötigt.

Zu Kap. 4 § 5.

Mehrausgabe infolge Etatierung von Förderprämien für Abteilungssteiger bei den 3 Bergwerken.

Zu Kap. 5.

Bei der Bergwerkshauptkasse in einer Gesamtsumme etatiert (siehe Anlage D).

Zu Kap. 6 § 1.

Minderansatz infolge Einstellung des Betriebs des Bergwerks Stockheim.

Zu Kap. 6 § 2.

Mehrausgabe mit Rücksicht auf die neue Reichsversicherungsgesetzgebung.

Zu Kap. 6 § 5.

Der einmalige Bedarf zu 2500 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen zu 5000 ℳ, ist bestimmt bei der Grube
St. Ingbert mit 1000 ℳ Zuschuß an die katholische Kultusgemeinde St. Ingbert zur Erbauung einer Kirche in Schnappach, im ganzen mit . . . . 2000 ℳ,
Peißenberg mit 700 ℳ Zuschuß zu den Schulausgaben der Gemeinde Unterpeißenberg, im ganzen mit . . . . . 1400 ℳ,
und mit 800 ℳ Zuschuß zur Kinderbewahranstalt in Unterpeißenberg, im ganzen mit . . . . 1600 ℳ,
Gesamtsumme 5000 ℳ.

An fortbauernden Ausgaben sind u. a. etatiert:

a. die Ausgaben für Vergütungen nach § 616 des Bürgerl. Gesetzbuchs, Urlaubsgelder und Entschädigungen bei Einberufungen zu militärischen Übungen mit zusammen 40,500 ℳ, wovon 20,000 ℳ auf St. Ingbert, 8500 ℳ auf Mittelbexbach und 12,000 ℳ auf Peißenberg treffen;
b. der Beitrag an die Bergschule Saarbrücken zur Ausbildung bayerischer Bergleute mit 1000 ℳ für St. Ingbert und je 500 ℳ für Mittelbexbach und Peißenberg;
c. Zuschuß mit 50 ℳ als Jahresbeitrag zur freiwilligen Sanitätskolonne Mittelbexbach;
d. 1440 ℳ Unterstützungen an Bergschüler.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 St. Ingbert ℳ	Mittelbexbach ℳ	Peißenberg ℳ
79,938	46	7			**Lasten** (Steuern, Umlagen und Passivreichnisse .	62,800	20,000	14,700
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich der §§ 2 und 3).			
8,863	35		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	4,000	1,000	2,100
7,806	25		2		Für Gebäude-Unterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	3,500	2,000	1,000
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten	—	—	—
16,669	60				Summe Kap. 8	7,500	3,000	3,100
		9			**Zinsen und Rückersätze.**			
164,812	—		1		Rückersätze an den Betriebs-Reservefonds . . .	28,000	3,740	110,150
196,254	14		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	37,900	9,900	87,290
361,066	14				Summe Kap. 9	65,900	13,640	197,440

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
97,500	82,736	14,764	—		Zu Kap. 7.
7,100	8,600	—	1,500		Zu Kap. 9 § 1.
6,500	9,500	—	3,000		
—	—	—	—		
13,600	18,100	—	4,500		
141,890	164,812	—	22,922		
135,090	221,336	—	86,246		Zu Kap. 9 § 2.
276,980	386,148	—	109,168		

Zu Kap. 7.

Mehrausgabe infolge der neuen Steuer- und Umlagengesetzgebung.

Zu Kap. 9 § 1.

Das Postulat entspricht zunächst dem im Etat der Jahre 1906 und 1907 (vgl. Anlage A zu dem Etat S. 29/31) für die Bergämter St. Ingbert, Mittelbexbach und Peißenberg vorgesehenen Tilgungsplan unter Einbeziehung der alten Schuld des Werkes Peißenberg.

Hienach sind an den Betriebsreservefonds zu ersetzen:

29,080 ℳ für Errichtung einer elektrischen Streckenförderung usw. in der Grube St. Ingbert,
7,480 ℳ für Beschaffung einer elektrischen Fördermaschine usw. in der Grube Mittelbexbach,
208,000 ℳ zur Tilgung der älteren Schuld des Werkes Peißenberg, dann für Erbauung einer Aufbereitungsanlage und Aufstellung elektrischer Förderhaspel bei diesem Werke,

244,560 ℳ (für ein Jahr 122,280 ℳ).

Hiezu kommen

4,020 ℳ Tilgungsrate für die im Jahre 1909 von St. Ingbert kontrahierte neue Schuld zu 16,050 ℳ für 150 Stück eiserne Grubenwagen,
22,900 ℳ zur Refundierung der im Jahre 1909 von St. Ingbert aufgenommenen Schuld zu 74,400 ℳ zwecks Anschaffung eines Abteufhaspels für Schacht I nebst Zubehör, eines kleinen Kompressors für die Rothellanlage nebst Leitung und Zubehör und eines großen Kompressors nebst Leitung und Zubehör sowie des im Jahre 1911 dem Betriebsreservefonds entnommenen Vorschusses zu 40,000 ℳ zwecks Ausdehnung des Luftleitungsnetzes und Beschaffung von Bohrhämmern,
4,000 ℳ Tilgungsrate für den Vorschuß des Bergwerks Peißenberg von 4000 ℳ im Jahre 1909 zur Trockenlegung von Dienstgebäuden,
8,300 ℳ Tilgungsrate für 2 Vorschüsse zu Lasten des Bergwerks Peißenberg in den Jahren 1908 und 1909 zu 12,749 ℳ 63 ₰ für 2 Feinkornsetzmaschinen und zu 20,047 ℳ 75 ₰ für den Ankauf von Immobilien (die Tilgung ist bei sämtlichen Vorschüssen auf 4 Finanzperioden verteilt),

39,220 ℳ (für 1 Jahr 19,610 ℳ).

Insgesamt sind sohin von den Bergwerken an den Betriebsreservefonds zu ersetzen (244,560 ℳ + 39,220 ℳ =) 283,780 ℳ : 2 = 141,890 ℳ).

Zu Kap. 9 § 2.

Für Werksverbesserungen und Neubauten sind durch das außerordentliche Budget für die Jahre 1908 und 1909 (II. Teil Ziff. 2 a) aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds bewilligt worden:

a. 194,800 ℳ für die Grube St. Ingbert,
b. 373,800 ℳ „ „ „ „ Peißenberg.

Nachdem diese Summen mit 4 % zu verzinsen und in 8 Jahren zu amortisieren sind, sind hier vorzusehen:

a. 3500 ℳ + 24,400 ℳ = 27,900 ℳ,
b. 6560 ℳ + 46,730 ℳ = 53,290 ℳ.

Das außerordentliche Budget der Jahre 1912 und 1913 sieht für die Errichtung einer elektrischen Kraftanlage bei dem Bergwerk St. Ingbert einen aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds zu deckenden Aufwand von 500,000 ℳ vor, dessen 4 %ige Verzinsung unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen einen Ansatz von 10,000 ℳ jährlich notwendig macht.

(Fortsetzung der Erläuterung zu Kap. 9 § 2 siehe nächste Seit)

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
78,570	15	10			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige, vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben) . . . . Hievon 8935 M künftig wegfallend.	18,000	5,770	9,000
					Wiederholung der Ausgaben.			
232,241	04				Summe Kap. 1	105,700	49,600	101,080
17,300	80				„ „ 2	4,500	3,100	4,600
2,790	81				„ „ 3	500	600	900
7'595,301	73				„ „ 4	2'701,000	1'223,000	2'539,280
422	56				„ „ 5	—	—	—
555,771	74				„ „ 6	237,100	108,190	194,300
79,938	46				„ „ 7	62,800	20,000	14,700
16,669	60				„ „ 8	7,500	3,000	3,100
361,066	14				„ „ 9	65,900	13,640	197,440
78,570	15				„ „ 10	18,000	5,770	9,000
8'940,073	03				**Summe der Ausgaben**	3'203,000	1'426,900	3'064,400
					Abgleichung.			
9'088,413	31				**Einnahmen**	3'546,000	1'493,000	3'245,400
8'940,073	03				**Ausgaben**	3'203,000	1'426,900	3'064,400
148,340	28				**Reineinnahme**	343,000	66,100	181,000

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
32,770	78,693	—	45,923	
256,380	258,597	—	2,217	
12,200	14,850	—	2,650	
2,000	2,600	—	600	
6'463,280	6'973,360	—	510,080	
—	—	—	—	
539,590	511,109	28,481	—	
97,500	82,736	14,764	—	
13,600	18,100	—	4,500	
276,980	386,148	—	109,168	
32,770	78,693	—	45,923	
7'694,300	8'326,193	43,245	675,138	
			631,893	
8'284,400	9'148,312	—	863,912	
7'694,300	8'326,193	—	631,893	
590,100	822,119	—	232,019	

Erläuterungen

Noch zu Kap. 9 § 2.

Weiter ist für die Grube Peißenberg im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 zwecks Anlage eines neuen Schachtes aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 1'250,000 ℳ genehmigt worden. Zur 4%igen Verzinsung dieses Kapitals sind unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Abhebungen erforderlich 56,000 ℳ : 2 = 28,000 ℳ jährlich.

Außerdem enthält das außerordentliche Budget der Jahre 1912 und 1913 für Neuanlagen bei dem Bergwerk St. Ingbert einen Kredit von 500,000 ℳ, der mit 4% zu verzinsen ist und unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Abhebungen einen Aufwand von 6000 ℳ jährlich erfordert.

Endlich ist im außerordentlichen Etat der Jahre 1912 und 1913 ein Aufwand zu 330,000 ℳ für den Bau einer Kohlenwäsche nebst elektrischer Zentrale bei dem Bergwerk Mittelbexbach etatiert, zu dessen 4%iger Verzinsung unter Berücksichtigung der Kapitalsabhebungen ein Betrag von 9900 ℳ vorgesehen ist.

Mit der Amortisation der neuen Schulden für St. Ingbert zu 500,000 ℳ zwecks Errichtung einer elektrischen Kraftanlage und für Peißenberg zu 1'250,000 ℳ und 500,000 ℳ zwecks Anlage eines neuen Schachtes und für Werksverbesserungen, endlich für Mittelbexbach zu 330,000 ℳ für den Bau einer Kohlenwäsche nebst elektrischer Zentrale soll erst nach Fertigstellung der Anlagen begonnen werden.

Insgesamt sind sohin zu etatieren:

a. 27,900 ℳ + 10,000 ℳ = 37,900 ℳ für die Grube St. Ingbert,
b. 53,290 ℳ + 28,000 ℳ + 6000 ℳ = 87,290 ℳ für die Grube Peißenberg,
c. 9900 ℳ für die Grube Mittelbexbach.

Zu Kap. 10.

Der einmalige Bedarf zu 8935 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen 17,870 ℳ, ist u. a. bestimmt für die Gruben

St. Ingbert mit 6250 ℳ ½ Anteil an der Grenzbachregulierung in Schnappach, im ganzen mit . . . . . 12,500 ℳ
mit 2300 ℳ zwecks Wasserversorgung für die Aufbereitung, im ganzen mit . . . . 4,600 ℳ
Mittelbexbach mit 350 ℳ Beitrag an die Gemeinde Mittelbexbach zur Unterhaltung der Grubenstraße, im ganzen mit 700 ℳ.

Unter den fortdauernden Ausgaben sind u. a. enthalten bei der Grube

St. Ingbert 5000 ℳ zwecks Ablösung von Immobilien wegen Bergschaden, im ganzen . . . . . 10,000 ℳ,
Mittelbexbach 385 ℳ Entschädigungen für Bergschäden, im ganzen . . . . 770 ℳ,
5000 ℳ zwecks Grundankauf, im ganzen . 10,000 ℳ,
Peißenberg 5000 ℳ zwecks Grundankauf für Haldenzwecke, im ganzen . . . . 10,000 ℳ,
2000 ℳ Entschädigungen für Bergschaden, im ganzen . . . . 4,000 ℳ.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Hüttenwerke.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
					Einnahmen.					
5'346,257	63	1			**Aus Hüttenprodukten und Abfällen** .	407,600	721,800	900,000	276,000	628,000
		2			**Verschiedene Einnahmen.**					
4,981	62		1		Forstgefälle	—	1,500	2,000	—	—
29,548	57		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	3,200	6,600	2,350	3,020	3,240
136,890	26		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	4,000	2,250	6,000	1,300	2,500
122,169	17		4		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	10,000	16,360	8,000	5,000	9,000
8,662	07		5		Übrige Einnahmen	1,100	1,300	200	50	100
302,251	69				Summe Kap. 2	18,300	28,010	18,550	9,370	14,840
5'648,509	32				**Summe der Einnahmen**	425,900	749,810	918,550	285,370	642,840

und 1913:			Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
404,200	5′960,000	9′297,600	6′089,300	3′208,300	—		**Zu Kap. 1.** Die in den letzten Jahren durchgeführten Werksverbesserungen ermöglichen bei den Werken Amberg, Bodenwöhr, Sonthofen und Bodenmais eine Mehrproduktion an Roheisen, Gußwaren, Montanzement, Maschinen und Polierrot, während für sämtliche Werksprodukte die Verkaufspreise annähernd gleich wie im letzten Etat angesetzt werden konnten.
50	—	3,550	3,700	—	150		
1,950	6,000	26,360	27,605	—	1,245		
10,000	49,000	75,050	62,150	12,900	—		**Zu Kap. 2 § 3.** Höhere Einnahmen von Sprengmaterialien infolge vermehrter Förderung durch den Betrieb von 2 Hochöfen in Amberg.
3,500	20,000	71,860	82,910	—	11,050		**Zu Kap. 2 § 4.** Geringerer Anfall bei Amberg und Bodenmais hängt mit der inzwischen erfolgten Vollendung der Neubauten bei diesen Werken zusammen.
3,000	15,400	21,150	1,450	19,700	—		**Zu Kap. 2 § 5.** Mehreinnahme infolge Abgabe elektrischer Energie aus den Werkszentralen an die Gemeinden Amberg und Bodenmais.
18,500	90,400	197,970	177,815	32,600	12,445		
422,700	6′050,400	9′495,570	6′267,115	3′240,900	12,445		
				3′228,455			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergen M	Bodenwöhr M	Sontthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
					Ausgaben.					
		1			**Persönliche Ausgaben.**					
215,755	90		1		Besoldungen der Beamten . . . . . Hievon 390 M künftig wegfallend.	19,900	38,950	44,850	18,350	27,900
10,786	26		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	1,200	1,200	7,200	840	1,000
11,620	79		3		Tagegelder und Reisekosten	3,500	1,200	5,000	1,000	2,500
238,162	95				Summe Kap. 1	24,600	41,350	57,050	20,190	31,400
28,646	54	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen) . . . . Hievon 5450 M für Anschaffung von Schreibmaschinen und Bureaueinrichtungen künftig wegfallend.	4,500	5,100	6,500	2,000	5,580
7,124	74	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	1,000	1,700	3,000	800	1,200
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**					
1'157,870	30		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter, Betriebsbediensteter und Betriebslöhne	116,200	248,000	241,400	87,600	180,500
3'477,556	71		2		Betriebsmaterialien . . . . Hierunter a. 26,750 M für Anschaffung neuer Maschinen und Werkzeuge für den Bergbau in Amberg und Bodenmais, b. 6,250 M für Neu- und Erweiterungsbauten beim Bergbau Bodenmais auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	208,500	284,490	345,700	123,200	292,000
4'635,427	01				Seite	324,700	532,490	587,100	210,800	472,500

und 1913:			Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
18,500	91,840	260,290	236,595	23,695	—	E S. 63/64
2,500	25,000	38,940	16,500	22,440	—	
1,800	2,000	17,000	14,800	2,200	—	
22,800	118,840	316,230	267,895	48,335	—	
2,450	14,000	40,130	26,565	13,565	—	
600	2,500	10,800	6,150	4,650	—	
42,000	902,010	1'817,710	1'374,900	442,810	—	
196,000	3'932,090	5'381,980	3'497,454	1'884,526	—	F S. 70/71
238,000	4'834,100	7'199,690	4'872,354	2'327,336	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 1 § 2.

Der Mehrbedarf ist durch Vermehrung des unständigen Bureaupersonals bei den Werken Sonthofen und Amberg veranlaßt.

Zu Kap. 1 § 3.

Die Vermehrung der Betriebsgeschäfte bedingt bei einzelnen Werken eine Erhöhung der Position.

Zu Kap. 2.

Von dem einmaligen Bedarf zu 5450 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen zu 10,900 ℳ, treffen auf die Werke

Bergen . . .	300 ℳ,	im ganzen	600 ℳ,
Bodenwöhr .	250 ℳ,	„ „	500 ℳ,
Sonthofen . .	450 ℳ,	„ „	900 ℳ,
Weiherhammer	250 ℳ,	„ „	500 ℳ,
Bodenmais .	200 ℳ,	„ „	400 ℳ,

zur Anschaffung von Schreibmaschinen,
auf das Werk Amberg 4000 ℳ, im ganzen 8,000 ℳ, für Einrichtung eines Kommissions- und eines Beratungszimmers, zur Anschaffung von Bureaumöbeln und Schreibmaschinen,

Gesamtsumme 10,900 ℳ.

Zu Kap. 3.

Vermehrter Aufwand infolge lebhafteren Betriebs.

Zu Kap. 4 § 1.

Die Erhöhung der Etatsposition hat zum Teil darin ihren Grund, daß infolge Vergrößerung der Amberger Anlagen ein erhöhter Bedarf für nichtetatsmäßiges Betriebspersonal vorgesehen werden mußte. Im übrigen ist die Mehrforderung in dem durch die Produktionssteigerung bedingten höheren Lohnaufwand und in Lohnerhöhungen begründet.

Zu Kap. 4 § 2.

Die gesamten, auf die Erzgewinnung in Amberg und Bodenmais erlaufenden Betriebsausgaben mit Ausnahme der Generalkosten werden hier als „Betriebsmaterialien" für den Hüttenbetrieb rechnerisch behandelt und gelangen deshalb auch unter vorstehender Position zur Veranschlagung.

Die Mehrung gegenüber der letzten Finanzperiode ist begründet durch die gesteigerte Produktion infolge der neuen Betriebe in Amberg, dann der Betriebserweiterung in Bodenwöhr und der weiteren Entwicklung der Maschinenfabrikation in Sonthofen und Weiherhammer.

Von den 26,750 ℳ, zusammen 53,500 ℳ, sind bestimmt zur Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen für
Bodenmais 11,000 ℳ, im ganzen 22,000 ℳ,
Amberg 15,750 ℳ, im ganzen 31,500 ℳ.

Der einmalige Bedarf von 6250 ℳ, im ganzen 12,500 ℳ, für Neu- und Erweiterungsbauten ist bestimmt zur Errichtung einer Gezähschmiede und Lampenkaue nebst Einrichtung in Bodenmais.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergen ℳ	Bodenwöhr ℳ	Sonthofen ℳ	Obereichstätt ℳ	Weiherhammer ℳ
4'635,427	01				Übertrag	324,700	532,490	587,100	210,800	472,500
221,683	54	4	3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	24,000	40,250	44,000	9,340	33,000
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen).					
68,250	82			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hierunter 49,500 ℳ für verschiedene größere Bauvornahmen künftig wegfallend.	8,600	15,470	10,200	2,000	11,600
-	—			2	Erweiterungs- und Neubauten .	3,500	—	—	—	—
68,250	82				Summe § 4	12,100	15,470	10,200	2,000	11,600
4'925,361	37				Seite	360,800	588,210	641,300	222,140	517,100

und 1913:			Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
238,000	4'834,100	7'199,690	4'872,354	2'327,336	—	
4,800	206,600	361,990	220,600	141,390	—	
8,500	37,000	93,370	75,250	18,120	—	
11,000	12,500	27,000	—	27,000	—	F S. 70/71
19,500	49,500	120,370	75,250	45,120	—	
262,300	5'090,200	7'682,050	5'168,204	2'513,846	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 3.

Von der für ein Jahr der Finanzperiode ausgewiesenen Summe sind bestimmt zur Anschaffung neuer Maschinen und Werkzeuge für die Werke

Bergen . . .	14,000 ℳ,	im ganzen 28,000 ℳ,
Bodenwöhr .	18,630 ℳ,	„ „ 37,260 ℳ,
Sonthofen . .	23,000 ℳ,	„ „ 46,000 ℳ,
Obereichstätt .	7,740 ℳ,	„ „ 15,480 ℳ,
Weiherhammer	19,000 ℳ,	„ „ 38,000 ℳ,
Bodenmais .	2,800 ℳ,	„ „ 5,600 ℳ,
Amberg . . .	136,100 ℳ,	„ „ 272,200 ℳ.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Von dem einmaligen Bedarf zu 19,500 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen zu 39,000 ℳ, für verschiedene Bauvornahmen, die sich nicht zur Einstellung unter die Position „Erweiterungs- und Neubauten" eignen, treffen auf die Werke

Bergen . . .	1,000 ℳ	(2000 ℳ) zur Herstellung eines Magazins für Brennstoffe und Wildbachverbauung;
Bodenwöhr .	7,200 ℳ	(14,400 ℳ) zur Errichtung eines dritten Kupolofens, Verschalung des Gießereidaches, Herstellung einer Saugzuganlage für die Lokomobile, für Wannenschmelzofenreparatur, Notmagazine oder Ausbau vorhandener Magazine, bauliche Änderungen am Sandaufbereitungsgebäude u. Werksausdehnung;
Weiherhammer	5,300 ℳ	(10,600 ℳ) zur Verlegung des Kupolofens und der Trockenkammer, dann Herstellung einer Zentral-Abortanlage;
Amberg . . .	6,000 ℳ	(12,000 ℳ) zur Einrichtung eines Werkstelephons, Anschaffung von Feuerlöschrequisiten und Herstellung von Erfrischungsbuden für Arbeiter.
Gesamtsumme	19,500 ℳ	(39,000 ℳ).

Der fortdauernde Bedarf ist für die regelmäßigen Reparatur- und Unterhaltungskosten benötigt.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
4'925,361	37				Übertrag	360,800	588,210	641,300	222,140	517,100
274,275	85	4	5		Übrige Betriebsausgaben	13,800	18,100	103,000	12,400	18,650
5'199,637	22				Summe Kap. 4	374,600	606,310	744,300	234,540	535,750
2,382	52	5			**Umzugskosten**	—	—	—	—	—
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal.**					
102,889	37		1		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	8,000	18,370	17,300	6,000	14,010
22,790	93		2		Unfallversicherung	2,110	3,420	3,900	1,320	3,200
12,146	—		3		Invalidenversicherung	960	2,160	2,000	600	1,600
1,603	50		4		Unterstützungen, Kur- und Begräbniskosten	350	110	900	30	—
30,931	76		5		Sonstige Ausgaben für das Arbeiterpersonal . . . . Hierunter 200 M Beitrag zur Restaurierung der Pfarrkirche in Bergen künftig wegfallend.	1,220	4,220	4,700	930	4,150
170,361	56				Summe Kap. 6	12,640	28,280	28,800	8,880	22,960
22,175	60	7			**Lasten** (Steuern, Umlagen u. Passivreichnisse)	1,750	4,260	3,800	1,410	4,100

und 1913: Bodenmais	Amberg	Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage
M	M	M	M	M	M	
262,300	5 090,200	7'682,050	5'168,204	2'513,846	—	
35,000	58,550	259,500	157,020	102,480	—	
297,300	5'148,750	7'941,550	5'325,224	2'616,326	—	
—	—	—	—	—	—	
8,400	90,000	162,080	117,110	44,970	—	
1,500	19,520	34,970	22,110	12,860	—	
750	10,000	18,070	14,600	3,470	—	
50	200	1,640	1,760	—	120	
2,850	9,200	27,270	29,040	—	1,770	
13,550	128,920	244,030	184,620	61,300	1,890	
				59,410		
1,500	14,110	30,930	16,570	14,360	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 5.

Hier sind u. a. etatiert:
1,000 M für den Ankauf der Zeichnungen von Rohölmotoren für Bergen,
4,500 M für Beteiligung an gewerblichen Ausstellungen (2500 M für Sonthofen und 2000 M für Amberg),
2,500 M Zuschuß an das Wasserversorgungsbureau,
14,500 M Prämien an Meister, Abteilungssteiger und Ingenieure.

Die Mehrausgaben gegenüber der letzten Finanzperiode sind insbesondere veranlaßt durch den gesteigerten Betrieb in Amberg, Sonthofen und Bodenmais.

Zu Kap. 5.

Bei der Bergwerkshauptkasse unter einer Gesamtsumme etatiert (siehe Anlage D).

Zu Kap. 6 § 1—3.

Der Mehrbedarf ist auf die Vermehrung der Belegschaft und den erhöhten Lohnaufwand, speziell bei Amberg, zurückzuführen.

Zu Kap. 6 § 4.

Minderbedarf wegen allmählichen Abganges der nach älteren Normen alimentierten Personen.

Zu Kap. 6 § 5.

Der einmalige Bedarf zu 200 M für ein Jahr der Finanzperiode, sohin zu 400 M, ist bestimmt als Beitrag zur Restaurierung der Pfarrkirche in Bergen.

Unter den fortdauernden Ausgaben befinden sich:
630 M Beiträge an gewerbliche Fortbildungsschulen (300 M für Bodenwöhr, 130 M für Obereichstätt, 200 M für Weiherhammer),
3000 M für Ausbildung von jungen Hüttenleuten zu Meistern (1500 M für Sonthofen, 800 M für Weiherhammer und 700 M für Bergen),
500 M für eine zu unterhaltende Werkschule in Sonthofen,
750 M Beitrag an die Bergschule Saarbrücken zur Ausbildung bayer. Bergschüler (250 M für Bodenmais und 500 M für Amberg),
100 M für Gründung einer Arbeiterbibliothek in Bodenmais und
1020 M zur Haltung einer Kindergärtnerin dortselbst.

6000 M in Summa.

Von dem übrigen Bedarf treffen auf Vergütungen nach § 616 des Bürgerl. Ges.-Buches, Urlaubsgelder und Entschädigungen bei Einberufung zu militärischen Übungen 19,830 M (2700 M für Bodenwöhr, 2700 M für Sonthofen, 1480 M für Bodenmais, 300 M für Bergen, 800 M für Obereichstätt, 3150 M für Weiherhammer, 8700 M für Amberg).

Zu Kap. 7.

Erhöhung infolge der neuen Steuer- und Umlagengesetzgebung.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude u. Werksanlagen hinsichtlich der §§ 2 u. 3).					
12,588	36		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung u. Reinigung der Straßen- und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung u. Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,200	1,950	3,000	1,200	2,000
4,767	36		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	800	1,050	1,500	850	1,000
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten . . .	—	—	—	—	—
17,355	72				Summe Kap. 8	2,000	3,000	4,500	2,050	3,000
		9			**Zinsen und Rückersätze.**					
93,210	62		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	3,880	1,910	—	—	14,000
93,210	62				Seite	3,880	1,910	—	—	14,000

und 1913: Bodenmais	Amberg	Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
							Zu Kap. 8 § 1. Mehrbedarf wegen Erhöhung der Brandversicherungsbeiträge durch die Neubauten.
1,200	7,450	18,000	15,950	2,050	—		
500	2,500	8,200	9,650	—	1,450		**Zu Kap. 8 § 2.** Infolge der Neubauten kommen nunmehr geringere Kosten für Gebäudeunterhaltung zum Anfall.
—	—	—	—	—	—		
1,700	9,950	26,200	25,600	600	—		
1,800	45,000	66,590	94,790	—	28,200		**Zu Kap. 9 § 1.** Zur Refundierung an den Betriebsreservefonds kommen nachstehende Vorschüsse in Betracht: 1. 31,000 ℳ für Anschaffung einer Lokomobile und von Werkzeugmaschinen beim Hüttenwerk Bergen, 2. 15,264 ℳ für das neue Industriegeleise beim Hüttenamte Bodenwöhr, 3. 112,000 ℳ für Werksverbesserungen beim Hüttenamte Weiherhammer, 4. 7,200 ℳ für Erweiterung der Potée-Schlämmanlage beim Berg- und Hüttenamte Bodenmais, 5. 450,000 ℳ Restbedarf für die Erbauung einer Gießerei und Zementfabrik beim Berg- und Hüttenamt Amberg. Unter Zugrundelegung einer achtjährigen Refundierungszeit für die Vorschüsse Nr. 1—3, einer vierjährigen Refundierungszeit für den Vorschuß Nr. 4 und einer zehnjährigen Refundierungszeit für den Vorschuß Nr. 5 ergeben sich folgende Refundierungsquoten: 7,760 ℳ für Bergen, 3,820 ℳ „ Bodenwöhr, 28,000 ℳ „ Weiherhammer, 3,600 ℳ „ Bodenmais, 90,000 ℳ „ Amberg, 133,180 ℳ (für ein Jahr 66,590 ℳ).
1,800	45,000	66,590	94,790	—	28,200		

Wirklicher Anfall für 1910		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Bergen	Bodenwöhr	Sonthofen	Obereichstätt	Weiherhammer
ℳ	₰					ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
93,210	62				Übertrag	3,880	1,910	—	—	14,000
129,648	88	9	2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	—	29,600	8,000	—	—
222,859	50				Seite	3,880	31,510	8,000	—	14,000

und 1913: Boden-mais	Amberg	Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage
M	M	M	M	M	M	
1,800	45,000	66,590	94,790	—	28,200	
20,300	228,780	286,680	170,850	115,830	—	
22,100	273,780	353,270	265,640	115,830	28,200	

Erläuterungen

Zu Kap. 9 § 2.

1. Wie zu Kap. 9 § 2 auf S. 39 des Etats Nr. 5 der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung für die Jahre 1910 und 1911 bemerkt ist, beziffert sich die Schuld des Amberger Werkes an den Gefällsablösungsfonds nach dem außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 auf 1'765,000 M.

Unter Berücksichtigung der 1%igen Amortisationsquote mit 17,650 M für die Jahre 1910 und 1911 ergibt sich eine Restschuld zu 1'729,700 M.

Da das Kapital von 1'729,700 M mit 4%, d. i. mit 69,200 M zu verzinsen und eine Amortisationsquote von 4,6 % mit 79,580 M vorzusehen ist, beziffert sich der Aufwand auf 148,780 M.

Außerdem ist bei dem Hüttenwerk Amberg zum Betriebe des Ersatzhochofens, zur besseren Ausnützung der Hochofengase und Schaffung von Kläranlagen für die Abwässer durch das außerordentliche Budget der Jahre 1910 und 1911 aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 1'400,000 M bewilligt worden.

Die 4%ige Verzinsung dieser Summe erfordert voraussichtlich einen jährlichen Zinsenaufwand von 56,000 M.

Im außerordentlichen Budget der Jahre 1912 und 1913 ist zum Zwecke der Erbauung eines weiteren Hochofens, für den Ausbau der Röhrengießerei und für einen Zuschuß an die Verkehrsverwaltung für den Bahnhof Luitpoldhütte aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 1'200,000 M vorgesehen.

Die 4%ige Verzinsung dieser Summe erfordert unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalserhebungen voraussichtlich einen jährlichen Zinsenaufwand von 24,000 M, der hier in Ansatz zu bringen ist.

Amortisation für die Kredite zu 1'400,000 M und 1'200,000 M erfolgt nach Fertigstellung der Anlagen.

Für das Werk Amberg sind sohin insgesamt (69,200 M + 79,580 M + 56,000 M + 24,000 M =) 228,780 M zu etatieren.

2. Für das Kapital zu 344,000 M, welches für das Werk Bodenwöhr im außerordentlichen Budget der Jahre 1908 und 1909 aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds bewilligt wurde, sind zwecks Amortisation und Verzinsung in 16 Jahren nach einer Quote von 8,6% (4% Zins und 4,6% Amortisation) 29,600 M vorzusehen.

3. Für Bodenmais beträgt die Verzinsung nebst 2%iger Amortisation des aus dem Gefällsablösungsfonds auf Grund des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909 entnommenen Betrages zu 350,000 M 13,300 M + 7000 M = 20,300 M.

4. Endlich ist durch das außerordentliche Budget für die Jahre 1910 und 1911 zum Zwecke des weiteren Ausbaues des Werkes Sonthofen aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 200,000 M bewilligt worden. Die 4%ige Verzinsung erfordert einen jährlichen Zinsenaufwand von 8000 M, der hier in Ansatz zu bringen ist. Amortisation wird nach Fertigstellung der Anlagen erfolgen.

Wirklicher Anfall für 1910		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912				
						Bergen	Boden-wöhr	Sont-hofen	Ober-eichstätt	Weiher-hammer
M	₰					M	M	M	M	M
222,859	50				Übertrag	3,880	31,510	8,000	—	14,000
		9	3		Zur Bildung eines Fonds für die Erbauung eines neuen Hochofens in Amberg	—	—	—	—	—
222,859	50				Summe Kap. 9	3,880	31,510	8,000	—	14,000
8,720	08	10			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige (vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben) . . . Hierunter 2400 M künftig wegfallend.	930	1,300	1,600	500	1,000
					Zusammentrag.					
238,162	95				Summe Kapitel 1 . .	24,600	41,350	57,050	20,190	31,400
28,646	54				" " 2 . .	4,500	5,100	6,500	2,000	5,580
7,124	74				" " 3 . .	1,000	1,700	3,000	800	1,200
5'199,637	22				" " 4 . .	374,600	606,310	744,300	234,540	535,750
2,382	52				" " 5 . .	—	—	—	—	—
170,361	56				" " 6 . .	12,640	28,280	28,800	8,880	22,960
22,175	60				" " 7 . .	1,750	4,260	3,800	1,410	4,100
17,355	72				" " 8 . .	2,000	3,000	4,500	2,050	3,000
222,859	50				" " 9 . .	3,880	31,510	8,000	—	14,000
8,720	08				" " 10 . .	930	1,300	1,600	500	1,000
5'917,426	43				**Summe der Ausgaben**	425,900	722,810	857,550	270,370	618,990
					Abgleichung.					
5'648,509	32				**Einnahmen**	425,900	749,810	918,550	285,370	642,840
5'917,426	43				**Ausgaben**	425,900	722,810	857,550	270.370	618,990
268,917 Fehlbetrag	11				**Reineinnahme** . . .	—	27,000	61,000	15,000	23,850

und 1913:			Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1918		Hinweis auf die Anlage
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
22,100	273,780	353,270	265,640	115,830	28,200	
—	32,300	32,300	—	32,300	—	
22,100	306,080	385,570	265,640	148,130	28,200	
				119,930		
700	5,500	11,530	9,074	2,456	—	
22,800	118,840	316,230	267,895	48,335	—	
2,450	14,000	40,130	26,565	13,565	—	
600	2,500	10,800	6,150	4,650	—	
297,300	5'148,750	7'941,550	5'325,224	2'616,326	—	
—	—	—	—	—	—	
13,550	128,920	244,030	184,620	59,410	—	
1,500	14,110	30,930	16,570	14,360	—	
1,700	9,950	26,200	25,600	600	—	
22,100	306,080	385,570	265,640	119,930	—	
700	5,500	11,530	9,074	2,456	—	
362,700	5'748,650	9'006,970	6'127,338	2'879,632	—	
422,700	6'050,400	9'495,570	6'267,115	3'228,455	—	
362,700	5'748,650	9'006,970	6'127,338	2'879,632	—	
60,000	301,750	488,600	139,777	348,823	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 9 § 3.

Im Jahre 1907 wurde der Bergwerksverwaltung für die sofortige Erbauung eines neuen Hochofens beim Staatswerk Amberg ein Kredit von 646,000 ℳ auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden gewährt, der mit 645,955 ℳ 47 ₰ in Anspruch genommen worden ist.

Um seinerzeit die Mittel für einen neuen Hochofen zur Verfügung zu haben, sollen unter Zugrundelegung einer zwanzigjährigen Lebensdauer des Ersatzhochofens 32,300 ℳ pro Jahr zur Bildung eines Fonds für die Erbauung eines neuen Hochofens verwendet werden.

Zu Kap. 10.

Der einmalige Bedarf zu 2400 ℳ ist bestimmt zu Stenographiekursen bei den Werken Sonthofen (100 ℳ), Weiherhammer (200 ℳ), Bodenmais (100 ℳ) sowie zum Ankauf von Grundstücken wegen Bergschäden in Amberg (2000 ℳ).

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Salzwerke.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Rosenheim M
einschließlich Traunstein					**Einnahmen.**				
		1			**Aus Salzberg- und Salinenprodukten.**				
			1		Salzbergprodukte.				
9,026	55			1	Steinsalz und Steinsalzmehl	8,486	—	—	—
14,116	77			2	Denaturiertes Steinsalzmehl	21,356	—	—	—
277,482	74			3	Sole	128,600	—	116,600	—
300,626	06				Summe § 1	158,442	—	116,600	—
			2		Salinenprodukte.				
1'375,429	52			1	Reines Salz	—	117,990	394,490	722,500
887,903	12			2	Denaturiertes Salz	—	77,580	276,380	398,360
13,886	52			3	Dungsalz und Abfälle	—	—	2,940	9,840
2'277,219	16				Summe § 2	—	195,570	673,810	1'130,700
2'577,845	22				Summe Kap. 1	158,442	195,570	790,410	1'130,700
		2			**Verschiedene Einnahmen.**				
2,423	88		1		Forstgefälle	1,000	—	5	—
41,998	57		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken . . .	7,175	1,800	9,935	13,600
396,470	95		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	17,333	38,330	121,990	389,400
60,607	05		4		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	5,500	3,200	8,000	30,500
31,183	64		5		Übrige Einnahmen	550	100	1,260	7,200
532,684	09				Summe Kap. 2	31,558	43,430	141,190	440,700
2'577,845	22				Hiezu " " 1	158,442	195,570	790,410	1'130,700
3'110,529	31				**Summe der Einnahmen . . .**	190,000	239,000	931,600	1'571,400

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
					Durch die Auflösung der Saline Traunstein stellen sich die Einnahmen der Saline Reichenhall entsprechend höher, der Gesamtanfall an Ausgaben bei den Salinen aber entsprechend niedriger.
8,486	8,282	204	—		
21,356	18,593	2,763	—		
245,200	265,100	—	19,900		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 3.** Minderansatz infolge Wegfalls der Einnahme für die bisher nach Traunstein zur Produktion des Salzes gelieferte Sole.
275,042	291,975	2,967	19,900		
			16,933		
1'234,980	1'251,300	—	16,320		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 1.** Auf Grund des Durchschnittsbetrags des Jahres 1910 veranschlagt.
752,320	752,100	220	—		
12,780	12,350	430	—		
2'000,080	2'015,750	650	16,320		
			15,670		
2'275,122	2'307,725	—	32,603		
1,005	1,036	—	31		
32,510	37,305	—	4,795		**Zu Kap. 2 § 2.** Ausfall infolge Auflösung der Saline Traunstein.
567,053	373,000	194,053	—		**Zu Kap. 2 § 3.** Mehreinnahme durch die Torfabgabe der Saline Rosenheim an die Saline Reichenhall und an Private.
47,200	74,374	—	27,174		**Zu Kap. 2 § 4.** Minderansatz infolge Wegfalls der Einnahme bei der Saline Traunstein.
9,110	31,398	—	22,288		**Zu Kap. 2 § 5.** Mindereinnahme infolge Wegfalls der Sondervergütung der Saline Rosenheim an die Saline Traunstein für Unterhaltung der Soleleitungsstrecke Hammer-Staudach.
656,878	517,113	194,053	54,288		
		139,765			
2'275,122	2'307,725	—	32,603		
2'932,000	2'824,838	107,162	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Rosenheim M
einschließlich Traunstein					**Ausgaben.**				
		1			**Persönliche Ausgaben.**				
184,905	19		1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1400 M künftig wegfallend.	29,580	15,930	54,750	65,940
2,433	81		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . . . Hievon 1500 M künftig wegfallend.	650	520	2,400	1,400
7,781	60		3		Tagegelder und Reisekosten	1,500	250	1,730	4,000
195,120	60				Summe Kap. 1	31,730	16,700	58,880	71,340
11,133	61	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dgl.) . . . . Hievon 250 M künftig wegfallend.	1,450	1,450	3,010	3,600
2,661	89	3			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren** .	390	350	740	1,330
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**				
283,631	33		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter und Betriebsbediensteter und Betriebslöhne . . .	58,420	25,500	60,820	104,920
953,130	46		2		Betriebsmaterialien . . . . Hievon 3000 M für Erschließung der Chiemseemöser bei der Saline Rosenheim künftig wegfallend.	23,000	75,600	262,000	498,850
85,759	42		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten . . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	11,510	3,500	12,200	18,330
1'272,521	21				Seite	92,930	104,600	335,020	622,100

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
166,200	201,548	—	35,348	E S. 64/65	
4,970	3,550	1,420	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Der einmalige Mehrbedarf von 1500 ℳ bei der Saline Reichenhall dient zur Bestreitung der Kosten für vorübergehende Geschäftsaushilfe, welche sich zur Abwickelung der Geschäfte bei der Auflösung der Saline Traunstein als notwendig erweist.
7,480	8,250	—	770		
178,650	213,348	1,420	36,118		
			34,698		
9,510	10,750	—	1,240		
2,810	2,670	140	—		
249,660	290,066	—	40,406		**Zu Kap. 4 § 1.** Minderausgabe infolge Aufhebung der Saline Traunstein und Einführung maschineller Anlagen bei der Saline Reichenhall, im übrigen Mehrbedarf bei den Salinen Reichenhall und Rosenheim infolge Zugangs von Arbeitern und Lohnerhöhungen.
859,450	803,200	56,250	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Die Mehrausgabe hängt zusammen mit der Gewinnung von Preßtorf zum Verkauf an Private. Siehe Einnahmen Kap. 2 § 3.
45,540	44,370	1,170	—		**Zu Kap. 4 § 3.** Von der für ein Jahr der Finanzperiode ausgewiesenen Summe sind bestimmt zur Anschaffung neuer Maschinen und Werkzeuge für Berchtesgaden, Bergbau 6500 ℳ, im ganzen . . 13,000 ℳ, Berchtesgaden, Saline 200 ℳ, im ganzen . . . . 400 ℳ, dann für die Salinen Reichenhall 3600 ℳ, im ganzen . . . . 7,200 ℳ, Rosenheim 8300 ℳ, „ „ . . . . 16,600 ℳ, Gesamtsumme 37,200 ℳ.
1'154,650	1'137,636	57,420	40,406		

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912: Berchtesgaden, Bergbau ℳ	Berchtesgaden, Saline ℳ	Reichenhall ℳ	Rosenheim ℳ
1'272,521	21	4			Übertrag	92,930	104,600	335,020	622,100
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen).				
186,516	26			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. 15,200 ℳ für verschiedene größere Bauvornahmen künftig wegfallend.	11,250	7,100	58,500	71,300
—	—			2	Erweiterungs- und Neubauten	—	—	—	—
186,516	26				Summe § 4	11,250	7,100	58,500	71,300
687,711	56		5		Übrige Betriebsausgaben	10,400	65,800	268,880	421,400
2'146,749	03				Summe Kap. 4	114,580	177,500	662,400	1'114,800
1,459	33	5			**Umzugskosten**	—	—	—	—
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal.**				
40,829	64		1		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	5,300	3,100	7,200	20,800
8,292	13		2		Unfallversicherung	1,050	600	2,220	4,450
3,644	32		3		Invalidenversicherung	550	300	750	1,800
4,583	96		4		Unterstützungen, Kur- und Begräbniskosten . .	2,673	400	230	750
8,103	81		5		Sonstige Ausgaben für das Arbeiterpersonal .	1,500	600	1,310	4,600
65,453	86				Summe Kap. 6	11,073	5,000	11,710	32,000
34,248	03	7			**Lasten** (Steuern, Umlagen und Passivreichnisse)	1,446	2,200	4,700	29,230

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	*M*	*M*	*M*		
1'154,650	1'137,636	57,420	40,406		
148,150	201,500	—	53,350		
—	—	—	—		
148,150	201,500	—	53,350		
766,480	711,700	54,780	—		
2'069,280	2'050,836	112,200	93,756		
		18,444			
—	—	—	—		
36,000	44,060	—	8,060		
8,320	7,280	1,040	—		
3,400	4,000	—	600		
4,053	6,426	—	2,373		
8,010	7,280	730	—		
59,783	69,046	1,770	11,033		
			9,263		
37,576	32,068	5,513	—		

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Dem durch den vergrößerten Betrieb und die bauliche Unterhaltung der Arbeiter-Wohnhäuser erhöhten Aufwand bei der Saline Reichenhall stehen Minderausgaben bei den Salinen Berchtesgaden und Rosenheim gegenüber. Außerdem ergibt sich ein Minderbedarf infolge Aufhebung der Saline Traunstein.

Der einmalige Bedarf zu 15,200 *M* für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen mit 30,400 *M*, ist bestimmt für verschiedene größere Bauvornahmen bei den Salinen Reichenhall mit

- 2000 *M* für eine Holzdecke im Hauptbrunnhaus, im ganzen mit . . . . 4,000 *M*,
- 5000 *M* für Instandhaltung des Gruttenschlosses, im ganzen mit . . . . 10,000 *M*,
- 3000 *M* für Asphaltierung vor den Sudhäusern, im ganzen mit . . . . 6000 *M*,
- 2700 *M* für Erneuerung der Soleleitung von Heiligkreuz zur Reserve III, im ganzen mit 5,400 *M*,

Rosenheim mit

- 2500 *M* für Hebung des Bodens in den Salzmagazinen I und XII, im ganzen mit . . 5,000 *M*,

Gesamtsumme 30,400 *M*.

Der fortdauernde Bedarf ist für die regelmäßigen Reparatur- und Unterhaltungskosten benötigt.

Zu Kap. 4 § 5.

Höhere Veranschlagung der Betriebs- und Verpackungsmaterialien unter Berücksichtigung des heutigen Standes der Preise.

Zu Kap. 6 § 5.

Hierunter sind u. a. etatiert:

a) die Ausgaben für Vergütungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Urlaubsgelder und Entschädigung bei Einberufungen zu militärischen Übungen (1700 *M* für Berchtesgaden, 1150 *M* für Reichenhall und 4500 *M* für Rosenheim),

b) der Betrag zu 250 *M* an die Bergschule Saarbrücken für Berchtesgaden, Bergbau,

c) 260 *M* für Gottesdienste in Reichenhall, Traunstein und Rosenheim.

Zu Kap. 7.

Mehrbedarf infolge der neuen Steuer- und Umlagengesetzgebung.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912: Berchtesgaden, Bergbau ℳ	Berchtesgaden, Saline ℳ	Reichenhall ℳ	Rosenheim ℳ
		8			**Ausgaben auf die Gebäude**				
					(mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich der §§ 2 und 3).				
18,256	18		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,500	1,500	5,600	7,200
5,765	82		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	1,000	500	2,000	1,700
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten	—	—	—	—
24,022	—				Summe Kap. 8	2,500	2,000	7,600	8,900
		9			**Zinsen und Rückersätze.**				
—	—		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds . . .	—	—	—	—
13,898	41		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	—	—	29,000	29,900
13,898	41				Summe Kap. 9	—	—	29,000	29,900

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
15,800	19,600	—	3,800		
5,200	6,250	—	1,050		
—	—	—	—		
21,000	25,850	—	4,850		
—	—	—	—		
58,900	25,190	33,710	—		
58,900	25,190	33,710	—		

Zu Kap. 9 § 2.

Zum Zwecke der Aufschließung der Hochrunstfilze sind durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 (II. Teil Ziff. II a) aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds 95,000 ℳ bewilligt worden.

Da diese Summe mit 4 % zu verzinsen und in 12 Jahren zu amortisieren ist, sind zunächst bei dem Salinenamt Rosenheim 10,400 ℳ (2400 ℳ Zinsen und 8000 ℳ Amortisation wie in den Jahren 1910 und 1911) zu etatieren.

Zu dem gleichen Zwecke — Verlängerung der Feldbahnen und Herstellung einer Lokomotivremise mit Heizerwohnung und Werkstätten — ist im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 ein aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds zu bestreitender Bedarf von 60,000 ℳ bewilligt worden, welche Schuld unter Berücksichtigung ihrer Minderung durch die jeweiligen Tilgungsquoten einen Zinsenaufwand von jährlich 2100 ℳ und für die Amortisation eine Ausgabe von 5000 ℳ erfordert.

Für die Saline Rosenheim ist außerdem im außerordentlichen Etat der Jahre 1912 und 1913 zwecks Erwerbung des bei dem Torfwerk Raubling befindlichen Anwesens Hs.-Nr. 14 in der Kollerfilze und der zum Torfgewinnungsbetrieb gehörigen Anlagen, Ein- und Vorrichtungen des Torfstichunternehmers Michael Nickl in Rosenheim aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 200,000 ℳ vorgesehen.

Zur 4%igen Verzinsung dieses Kapitals sind unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebung 4000 ℳ Zinsen und 8400 ℳ Amortisation hier vorgesehen.

Im ganzen sind sohin für die Saline Rosenheim (8500 ℳ + 21,400 ℳ =) 29,900 ℳ in Ansatz zu bringen.

Endlich ist für die Saline Reichenhall im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 zur Anlage von mechanischen Pfannen mit einem Vakuumapparat ein aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds zu deckender Bedarf von 450,000 ℳ bewilligt worden. Die Verzinsung mit 4 % unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen und Amortisation in 12 Jahren erfordert einen Betrag von 29,000 ℳ, der hier zu veranschlagen ist.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Rosenheim M
28,487	88	10			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinar-Verfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige, vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben) . . . . Hievon 1880 M künftig wegfallend.	2,831	600	5,060	1,000
13,898	41				Hiezu Summe Kap. 9	—	—	29,000	29,900
24,022	—				" " 8	2,500	2,000	7,600	8,900
34,248	03				" " 7	1,446	2,200	4,700	29,230
65,453	86				" " 6	11,073	5,000	11,710	32,000
1,459	33				" " 5	—	—	—	—
2'146,749	03				" " 4	114,580	177,500	662,400	1'114,800
2,661	89				" " 3	390	350	740	1,330
11,133	61				" " 2	1,450	1,450	3,010	3,600
195,120	60				" " 1	31,730	16,700	58,880	71,340
2'523,234	64				**Summe der Ausgaben**	166,000	205,800	783,100	1'292,100
					Abgleichung.				
3'110,529	31				**Einnahmen**	190,000	239,000	931,600	1'571,400
2'523,234	64				**Ausgaben**	166,000	205,800	783,100	1'292,100
587,294	67				**Reineinnahme** . . .	24,000	33,200	148,500	279,300

und 1913: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
9,491	21,134	—	11,643		**Zu Kap. 10.** Der Minderaufwand hat in der Aufhebung der Saline Traunstein sowie in dem Wegfall einmaliger Ausgaben seinen Grund.
58,900	25,190	33,710	—		Der einmalige Bedarf von 1880 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode, sohin im ganzen mit 3760 ℳ, ist bestimmt für:
21,000	25,850	—	4,850		1. die Saline Berchtesgaden-Bergbau mit 420 ℳ für Aufforstung im Ottenbichl- und Blasiwald, im ganzen mit . . . 840 ℳ,
37,576	32,063	5,513	—		2. die Saline Reichenhall mit 1460 ℳ Beitrag zur Wildbachverbauung im inneren Weißbach, im ganzen mit . . . 2920 ℳ,
59,783	69,046	—	9,263		in Summe 3760 ℳ.
—	—	—	—		Unter den fortdauernden Ausgaben sind unter anderem enthalten:
2'069,280	2'050,836	18,444	—		2640 ℳ Zuschuß der Saline Reichenhall an die Gemeinde Au bei Traunstein für Umlagenentgang infolge Aufhebung der Saline Traunstein, im ganzen . 5280 ℳ,
2,810	2,670	140	—		320 ℳ Wohnungsentschädigung an den Salinenkaplan in Traunstein, im ganzen . 640 ℳ,
9,510	10,750	—	1,240		Gesamtsumme 5920 ℳ.
178,650	213,348	—	34,698		
2'447,000	2'450,887	57,807	61,694		
			3,887		
2'932,000	2'824,838	107,162	—		
2'447,000	2'450,887	—	3,887		
485,000	373 951	111,049	—		

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Bergwerks-Hauptkasse.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
158,626	01		1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2030 M künftig wegfallend.	171,130
12,723	77		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	22,000
24,243	02		3		Tagegelder und Reisekosten	25,000
195,592	80				Summe Kap. 1	218,130
21,106	87	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Druchsachen, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	21,000
10,229	56	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	10,500
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben,** und zwar:	
200	—		5		Übrige Betriebsausgaben.	
				4	Auf Salzverkauf und -Verpackung, und zwar Frachten, Fuhrlöhne und Lagerzinse	200
200	—				Summe Kap. 4	200
1,516	40	5			**Umzugskosten**	7,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
163,805	7,325	—	E S. 66/67	
15,000	7,000	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Der Mehrbetrag ist dazu bestimmt, an Amtsvorstände und Assessoren für Leistungen, die in außergewöhnlicher Weise über das normale Maß hinausgehen, besondere Vergütungen nach Maßgabe des Art. 27 Abs. 3 des Beamtengesetzes gewähren zu können.
21,000	4,000	—		**Zu Kap. 1 § 3, Kap. 2 und 3.** Nach dem wirklichen Aufwande für das Jahr 1910 bemessen.
199,805	18,325	—		
18,000	3,000	—		
6,000	4,500	—		
200	—	—		
200	—	—		
—	7,000	—		**Zu Kap. 5.** Erstmals veranschlagt nach dem durchschnittlichen Aufwande der letzten 5 Jahre.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
47,853	94	6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal** 2c. und zwar:	
			4		Unterstützungen, Kur- und Begräbniskosten	21,000
			5		Sonstige Ausgaben . . . . 15,000 ℳ weiterer Zuschuß an den Fonds zur Beschaffung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen, 1,000 ℳ Zuschuß zur Abhaltung von Koch- und Nähkursen, 50,000 ℳ zur Ausgleichung unverschuldeter Lohnrückgänge, 15,000 ℳ Zuschuß an den Knappschaftsverband.	81,000
47,853	94				Summe Kap. 6	102,000
6,188	01	7			**Lasten** (Steuern, Umlagen und Passivreichnisse)	7,030
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen).	
1,126	87		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,300
4,000	—		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hievon 1000 ℳ künftig wegfallend.	4,000
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
5,126	87				Summe Kap. 8	5,300
—	—	9			**Zinsen und Rückersätze.**	
			1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	50,660
			2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds . . . . Zu Kap. 9. Die Erlöse aus dem Verkaufe der zum Bergwerke Stockheim gehörigen Immobilien, Maschinen, Betriebseinrichtungen usw. sind zur Wegfertigung der noch bestehenden Schulden des Bergwerks zu verwenden.	123,340
—	—				Summe Kap. 9	174,000
9,149	26	10			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige vorstehend nicht ausgeführte Ausgaben)	11,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
18,000	3,000	—		
66,000	15,000	—		**Zu Kap. 6 § 5.** Zur Deckung des Defizits des Knappschaftsvereins Stockheim, dessen Vermögen vom Bayrischen Knappschaftsverband verwaltet wird, sind hier 15,000 ℳ vorgesehen.
84,000	18,000	—		
6,370	660	—		**Zu Kap. 7.** Mehraufwand infolge der neuen Steuer- und Umlagengesetzgebung.
1,300	—			**Zu Kap. 8 § 2.** Der erhöhte Aufwand ist zur Wendung besonderer Baufälle im Generaldirektionsgebäude vorgesehen.
3,000	1,000			
—	—	—		
4,300	1,000	—		**Zu Kap. 9.** Infolge der Aufhebung des Bergwerks Stockheim sind die von demselben an den Betriebsreserve- und Gefällsablösungsfonds für die Jahre 1912 und 1913 geschuldeten Zinsen und Rückersätze hier zu veranschlagen. Die Schuld des Werkes Stockheim an den Betriebsreservefonds beziffert sich auf 405,279 ℳ 18 ₰ (70,541 ℳ 93 ₰ Restschuld für den Passivrest für 1908 und den Grundstücksankauf zur Kokerei, 11,061 ℳ 30 ₰ Grundstücksankauf von dem Gastwirt Schwalb in Stockheim und 323,675 ℳ 95 ₰ Passivrest für 1909), wofür unter Verteilung auf 4 Finanzperioden eine Refundierungsquote von 101,320 ℳ (50,660 ℳ für ein Jahr) in Frage kommt.
—	50,660	—		Zur Verzinsung und Tilgung der Schuld des Bergwerks Stockheim an den Gefällsablösungsfonds sind nachstehende Beträge anzusetzen: 94,340 ℳ Annuität zur Verzinsung und Tilgung des durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 bewilligten Betrages mit restlich 770,170 ℳ (ursprünglicher Betrag 890,000 ℳ) in 12 Jahren; 14,400 ℳ 4%iger Zins für den auf Grund des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909 bewilligten Betrag zu 510,000 ℳ zur Wegfertigung der von Swaineschen Passiva, welcher Betrag nunmehr endgültig der Staatskasse zur Last fällt, wobei die im Laufe der Jahre 1912 und 1913 voraussichtlich erfolgenden Kapitalstilgungen aus den Verkaufserlösen des Bergwerks Stockheim berücksichtigt sind; 11,250 ℳ Rückersatzquote aus den Kosten der Spülversatzanlage zu 89,045 ℳ 91 ₰, welcher Betrag auf Rechnung des außerordentlichen Budgets der Jahre 1910 und 1911 dem Gefällsablösungsfonds entnommen wurde und in 4 Finanzperioden getilgt werden soll; 3,350 ℳ 4%iger Zins aus letzterem Betrage zu 89,045 ℳ 91 ₰ unter Berücksichtigung der Tilgungen. Insgesamt ist daher zur Verzinsung und Tilgung der Stockheimer Schuld an den Gefällsablösungsfonds ein Betrag von 123,340 ℳ zu etatieren.
—	123,340			
—	174,000			
11,000	—			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Zusammenstellung.	
195,592	80				Summe Kap. 1	218,130
21,106	87				" " 2	21,000
10,229	56				" " 3	10,500
200	—				" " 4	200
1,516	40				" " 5	7,000
47,853	94				" " 6	102,000
6,188	01				" " 7	7,030
5,126	87				" " 8	5,300
—	—				" " 9	174,000
9,149	26				" " 10	11,000
296,963	71				**Summe der Ausgaben**	556,160
		vgl. Hauptetat:			Hievon ab die **eigenen Einnahmen,** nämlich:	
789	—	1 B			Ertrag von Anteilen gewerkschaftlicher Hüttenwerke	—
560	20	2	2		Mietertrag von Gebäuden	560
1,061	52		5		Übrige Einnahmen	600
2,410	72				**Summe der eigenen Einnahmen**	1,160
294,552	99				**Mehrausgabe**	555,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
199,805	18,325	—		
18,000	3,000	—		
6,000	4,500	—		
200	—	—		
—	7,000	—		
84,000	18,000	—		
6,870	660	—		
4,300	1,000	—		
—	174,000	—		
11,000	—	—		
329,675	226,485	—		
—	—	—		
560	—	—		Zu Kap. 2 § 5.
200	400	—		Nach dem Anfalle für 1910 höher bemessen.
760	400	—		
328,915	226,085	—		

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Art. 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden, als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	A. Bergwerke.							Die Schaffung der vorgesehenen 5 neuen Stellen erscheint durch die Steigerung der Geschäftslast im Betriebs- und Verwaltungsdienste veranlaßt. Der Wegfall von 19 Stellen ist hauptsächlich durch die Auflösung der Werke Stockheim und Traunstein herbeigeführt.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Bergmeister	3	5300 bis 6800	17,400				1 Stelle weniger.
12	Assessoren	3	3000	9,000				
14	Kassiere und Materialverwalter	6	3300 bis 3900	21,900				2 Stellen weniger.
16	Obersteiger	5	2400 bis 3600	15,300				1 Stelle weniger.
16	Oberwerkmeister	3	2400 bis 3000	8,100				
17	Sekretäre	10	2100 bis 3600	26,100				1 Stelle weniger.
17	Steiger	36	1800 bis 3300	80,400				1 neue Stelle in Peißenberg infolge Ausdehnung des Grubenbetriebes.
19	Werkmeister und Maschinisten	7	2100 bis 2850	17,400				1 Stelle weniger.
21	Bauzeichner	1	—	1,800				1 neue Stelle in Peißenberg zur Beaufsichtigung der Ausmauerungsarbeiten am neuen Schacht und infolge der Betriebsausdehnung.
22	Schlossereiaufseher	1	—	2,400				
23	Kanzleiassistenten	5	1500 bis 2100	8,700				1 neue Stelle in Peißenberg wegen Mehrung der Bureauarbeiten.
25	Aufseher	16	1500 bis 2100	28,400				
25	Materialabgeber	2		3,500				
28	Amtsdiener	—	—	—				1 Stelle weniger.
	Summe a	98		240,400	—	80	240,400	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Geprüfte Praktikanten . .	1	—	1,800	—	—	1,800	1 Stelle weniger.
	Hiezu Summe a	98	—	240,000	—	80	240,480	
	Summe A. Bergwerke	99	—	242,200	—	80 Künftig wegfallend	242,280	
	B. Hüttenwerke.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Bergmeister	7	4800 bis 6800	38,600				
9	Oberingenieur der Hochofenanlage in Amberg . . .	1	—	6,800				
12	Assessoren	8	3000 bis 3500	24,250				2 neue Stellen. Für Amberg sind mit Rücksicht auf die bedeutende Erweiterung des Betriebes und zur Beaufsichtigung der Schurf- und Aufschlußarbeiten 2 weitere Assessorenstellen benötigt, von denen die eine neu etatiert ist, während die andere von Bodenmais nach Amberg transferiert wird. Dafür ist in Bodenmais statt 1 etatsmäßiger Assessorenstelle eine nichtetatsmäßige Betriebsingenieurstelle unter den Bezügen für nichtetatsmäßige Betriebsbeamte und Betriebsbedienstete vorgesehen. Eine weitere neue Stelle ist für den Leiter des Werkstättenbetriebes in Weiherhammer etatiert. Für die neue Stelle in Amberg ist der Bedarf ab 1. Juli 1912 veranschlagt.
14	Kassiere und Materialverwalter	12	3000 bis 4800	46,200				
16	Hütteningenieure	2	2400 bis 2700	5,100				
16	Obersteiger	2	2700 bis 3300	6,000				
16	Oberwerkmeister	7	3000 bis 4200	22,200				1 Stelle weniger.
17	Sekretäre	18	1800 bis 3000	40,800				
17	Steiger	7	1800 bis 3300	15,450				
19	Werkmeister	10	2250 bis 2800	25,500				
	Seite	74		230,900				

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	74		230,900				
21	Bauzeichner	2	1800	3,600				
23	Kanzleiassistenten	5	1500 bis 2100	8,700				1 neue Stelle in Sonthofen wegen der durch Betriebserweiterung verursachten Mehrung der Bureaugeschäfte.
25	Aufseher	4	1500 bis 1800	6,300				
25	Materialabgeber	2	1500 bis 1800	3,300				
28	Amtsdiener	2	1600 bis 1900	3,500				
	Summe a	89		256,300	–	390	256,690	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Geprüfte Praktikanten	2	1800	3,600	–	—	3,600	1 Stelle weniger.
	Summe B. Hüttenwerke	91		259,900		390 Künftig wegfallend	260,290	
	C. Salzwerke.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Bergmeister	3	5300 bis 6800	18,900				1 Stelle weniger.
12	Assessoren	1	—	3,000				
14	Kassiere und Materialverwalter	6	3000 bis 4800	24,900				2 Stellen weniger.
16	Einfahrer	1	—	4,200				
16	Oberwerkmeister	2	3900	7,800				
	Seite	13		58,800				

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	13		58,800				
17	Sekretäre	5	1800 bis 2700	12,000				1 Stelle weniger.
17	Steiger	2	2100 bis 2400	4,500				
19	Werkmeister	8	2100 bis 2700	17,850				1 Stelle weniger.
21	Bauzeichner	1	—	2,100				
22	Wagmeister und Schlossereiaufseher	6	1900 bis 2300	11,900				
23	Kanzleiassistenten	1	—	1,950				
25	Aufseher	4	1600 bis 1700	6,500				2 Stellen weniger.
25	Brunnwärter	22	1500 bis 2100	39,900				1 Stelle weniger.
25	Materialabgeber	2	1500 bis 1600	3,100				
28	Amtsdiener	3	1400 bis 1600	4,400				1 Stelle weniger
	Summe a	67	—	163,000	—	1,400	164,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Geprüfte Praktikanten . .	1		1,800	—	—	1,800	
	Summe C. Salzwerke	68	—	164,800	—	1,400 Künftig wegfallend	166,200	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Bergwerkshauptkasse.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Generaldirektor	1	—	9,600				
7	Oberberg- und Salineuräte, Regierungsrat	7	6300 bis 8000	48,800				
9	Hauptkassier	1	—	5,300				
11	Hauptkassakontrolleur . .	1	—	4,600				
14	Rechnungskommissäre . . .	10	3300 bis 4500	41,400				
14	Direktorialsekretär	1	—	3,000				
17	Sekretäre und Registratoren	13	1800 bis 3600	33,300				
21	Bauzeichner	2	1800 bis 2250	4,050				
23	Kanzlei- und Registratur-Assistenten	5	1650 bis 1950	8,850				
25	Boten und Diener der Generaldirektion und der Hauptkasse	3	1600 bis 2100	5,400				
29	Kanzleiassistentin	1	—	1,200				
	Summe a	45	—	165,500	—	2,030	167,530	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Geprüfte Praktikanten . .	2	1800	3,600	—	—	3,600	
	Hiezu Summe a	45		165,500	—	2,030	167,530	
	Summe D. Bergwerkshauptkasse	47		169,100	—	2,030 Künftig wegfallend	171,130	
	Hiezu Summe C	68		164,800	—	1,400	166,200	
	„ B	91		259,900	—	390	260,290	
	„ A	99		242,200	—	80	242,280	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1912/1913	305[1]		836,000	—	3,900 Künftig wegfallend	839,900[2]	[1]) Hievon stehen 163 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 31,362 M unter Kap. 2 § 2 der Einnahmen veranschlagt. [2]) Hierunter sind inbegriffen 27,530 M für Gehaltsvorrückungen.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910/1911 .	318		833,600	—	7,845	841,445	
	Sohin für 1912 und 1913							
	mehr:	—		2,400	—	—	—	
	weniger:	13		—	—	3,945	1,545	

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.
Dr. von Pfaff.

Übersicht

über die

Neu- und Erweiterungsbauten

im Bereiche der

Berg-, Hütten- und Salzwerke.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 u. 1913
			ℳ	ℳ
		I. Etat der Bergwerke.		
		Auf Rechnung der Betriebsausgaben Kap. 4 § 4 Tit. 2 (Betriebsgebäude und Werksanlagen).		
1	St. Ingbert	Erweiterung des Mannschaftsbades	30,000	15,000
2	Mittelbexbach	Doppelwohnhaus für Aufsichtsbeamte	20,000	10,500
		Abortanlage beim Schlafhaus	1,000	
		Summe I	51,000	25,500
		II. Etat der Hüttenwerke.		
		a. Auf Rechnung der Betriebsausgaben Kap. 4 § 4 Tit. 2 (Betriebsgebäude und Werksanlagen).		
3	Amberg	Zwei Wohngebäude mit je zwei Wohnungen für Meister .	25,000	12,500
4	Bergen	Probierstation und Errichtung einer Lackierwerkstätte für Motorenbau	7,000	3,500
5	Bodenmais	Vergrößerung der Vitriolhütte und Erweiterung der Betriebseinrichtungen	22,000	11,000
		Summe a	54,000	27,000
		b. Auf Rechnung der Betriebsausgaben Kap. 4 § 2 (Betriebsmaterialien).		
6	Bodenmais	Errichtung einer Gezähschmiede und Lampenkaue nebst Einrichtung	12,500	6,250
		Summe b	12,500	6,250
		Summe II	66,500	33,250
		Gesamtsumme	117,500	58,750

Erläuterungen

Die jetzige Badeanstalt erweist sich infolge der Belegschaftsmehrung als zu klein, daher die Erweiterung derselben geboten erscheint.

Der bestehende Wohnungsmangel bedingt die Erbauung eines Wohngebäudes für Aufsichtsbeamte; die Herstellung einer Abortanlage beim Schlafhaus entspricht einem dringenden Bedürfnisse.

Durch den Wohnungsmangel bedingt.

Durch die Fabrikation von Motoren veranlaßt.

Hervorgerufen durch die erhöhte Produktion.

Wie vor.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 6.

Münzanstalt.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Ertrag der Ausprägung von Münzen und Medaillen.**	
			1		Aus der Prägung von Münzen.	
4,701	65			1	Von Goldmünzen	4,600
71,158	20			2	„ Silbermünzen	54,800
16,883	31			3	„ Nickelmünzen	10,500
16,882	20			4	„ Kupfermünzen	16,900
109,625	36				Summe § 1	86,800
			2		Aus der Prägung von Medaillen.	
7,565	04			1	Für goldene Medaillen	10,900
13,945	18			2	„ silberne „	13,000
6,753	65			3	„ kupferne und sonstige Medaillen	3,500
28,263	87				Summe § 2	27,400
137,889	23				Summe Kap. 1	114,200
		2			**Ertrag der Scheidungsanstalt.**	
1,875	01		1		Vergütung der Scheide- und Affinierungskosten	2,000
270	—		2		Erlös aus erzeugtem Kupfervitriol	280
84,293	55		3		Erlös aus dem Verkaufe des Scheidegoldes und des feinen Kornsilbers	91,700
86,438	56				Summe Kap. 2	93,980
293,623	14	3			**Ertrag der Druckereianstalt**	269,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4,640	—	40		Zu Kap. 1 § 1. Veranschlagt nach den mutmaßlichen Münzausprägungen.
60,260	—	5,460		
12,650	—	2,150		
14,760	2,140	—		
92,310	2,140	7,650		
		5,510		
9,240	1,660	—		Zu Kap. 1 § 2. Durchschnittliches Ergebnis der letzten 10 Jahre.
12,100	900	—		
2,800	700	—		
24,140	3,260	—		
116,450	—	2,250		
2,000	—	—		
280	—	—		
91,740	—	40		
94,020	—	40		
282,900	—	13,900		Minderansatz wegen neuerlicher Ermäßigung der von der Postverwaltung für Druck rc. rc. zu vergütenden Preissätze.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Nebeneinnahmen.**	
187	30		1		Schmelzkosten-Vergütungen	230
3,784	07		2		Vergütung für Anfertigung von Dienstsiegeln	2,900
20	—		3		Erlös aus verkauftem Münzstahl und Eisen	430
197	56		4		Erlös aus Münzkrätz	140
4,188	93				Summe Kap. 4	3,700
6,751	22	5			**Mietzinse und Rekognitionsgebühren**	6,900
1,731	50	6			**Übrige Einnahmen**	2,100
					Zusammenstellung der Einnahmen.	
137,889	23				Summe Kap. 1	114,200
86,438	56				" " 2	93,980
293,623	14				" " 3	269,000
4,188	93				" " 4	3,700
6,751	22				" " 5	6,900
1,731	50				" " 6	2,100
530,622	58				**Summe der Einnahmen**	489,880

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
230	—	—		
2,880	20	—		
430	—	—		
140	—	—		
3,680	20	—		
7,068	—	168		
2,100	—	—		
116,450	—	2,250		
94,020	—	40		
282,900	—	13,900		
3,680	20	—		
7,068	—	168		
2,100	—	—		
506,218	20	16,358		
		16,338		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
88,453	50		1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1930 M künftig wegfallend.	93,630
—	—		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	300
372	90		3		Tagegelder und Reisekosten	400
88,826	40				Summe Kap. 1	94,330
		2			**Sächliche Ausgaben.**	
3,357	46		1		Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher und Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	3,400
204	33		2		Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	300
3,561	79				Summe Kap. 2	3,700
		3			**Betriebsausgaben.**	
73,943	33		1		Löhne der nichtständigen Arbeiter	80,000
—	—		2		Graveurkosten	500
2,284	50		3		Für Neuanschaffung, Nachschaffung und Reparatur von Maschinen und Werkzeugen . . . . Hievon 15,450 M für Maschinen künftig wegfallend.	20,450
17,875	25		4		Für Feuerungsmaterialien	15,000
616	97		5		Für Fettwaren	1,500
1,011	13		6		Für Stahl und Eisen	1,700
16,695	08		7		Für sonstige Betriebsausgaben, wie z. B. für Beleuchtung, Schmelztigel, Geldsäcke, Frachten, Salpeter ꝛc.	20,000
112,426	26				Summe Kap. 3	139,150

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
89,856	3,774	—	A S. 13—14	
300	—	—		
400	—	—		
90,556	3,774	—		
3,400	—	—		
300	—	—		
3,700	—	—		
80,000	—	—		
500	—	—		
19,570	880	—		**Zu Kap. 3 § 3.** Dringend notwendig ist die Anschaffung a) einer neuen Einrichtung zur Gummierung sogen. endlosen Papieres zu Postmarken . . . 24,000 ℳ, b) eine neue Prägmaschine für 3 ℳ-Stücke . . . 6,900 ℳ, Summe 30,900 ℳ. jährlich 15,450 ℳ Für gewöhnliche Reparaturen und Nachschaffungen jährlich 5,000 ℳ. Summe 20,450 ℳ.
13,000	2,000	—		
1,500	—	—		
1,700	—	—		
22,000	—	2,000		**Zu Kap. 3 § 4.** Mehr wegen Unzureichendheit des bisherigen Etatsbetrages.
138,270	2,880	2,000		
	880			

Wirklicher Anfall für 1910					Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
		Kap.	§	Tit.		
ℳ	₰					ℳ
15,573	29	4			**Kosten für den Ankauf von Gold, Silber und Kupfer zur Ausprägung von Medaillen**	19,280
		5			**Besondere Ausgaben für die Scheidungsanstalt.**	
90,130	16		1		Für den Ankauf von Gold und Silber	88,990
1,367	17		2		Für Betriebsmaterialien, Requisiten und sonstige Erfordernisse	1,800
91,497	33				Summe Kap. 5	90,790
		6			**Besondere Ausgaben für die Druckereianstalt.**	
11,368	60		1		Für Beschaffung von Karton und Papiermaterial	11,000
27,090	36		2		Für Betriebsmaterialien und sonstige Erfordernisse	27,000
38,458	96				Summe Kap. 6	38,000
1,170	29	7			**Lasten** (Kreis- und Gemeindeumlagen 2c.)	1,270
		8			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
3,247	26		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	3,500
3,613	88		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	5,500
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
6,861	14				Summe Kap. 8	9,000
1,992	42	9			**Unterstützungen**	2,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
17,200	2,080	..		**Zu Kap. 4.** Berechnet aus den oben unter Kap. 1 § 2 eingestellten Einnahmen.
88,990	—	—		
2,350	—	550		
91,340	—	550		
11,000	—	—		
27,000	—	—		
38,000	—	—		
1,270	—	—		
3,500	—	—		
5,500	—	—		
—	—	—		
9,000	—	—		
2,500	—	—		**Zu Kap. 9.** In dieser Summe sind auch die Mittel zur Gewährung von Krankenunterstützungen für die unständigen Arbeiter und Arbeiterinnen, dann zur Gewährung von Unterstützungen an dienstunfähige ehemalige Arbeiterinnen mit langjähriger Dienstzeit inbegriffen.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
2,224	90	10			**Versicherungsbeiträge für das nichtständige Arbeiterpersonal**	2,300
32	54	11			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes, sowie sonstige vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben) . . .	8,100
					Zusammenstellung der Ausgaben.	
88,826	40				Summe Kap. 1	94,330
3,561	79				" " 2	3,700
112,426	26				" " 3 . . .	139,150
15,573	29				" " 4	19,280
91,497	33				" " 5 . .	90,790
38,458	96				" " 6	38,000
1,170	29				" " 7	1,270
6,861	14				" " 8	9,000
1,992	42				" " 9	2,500
2,224	90				" " 10	2,300
32	54				" " 11	8,100
362,625	32				**Summe der Ausgaben**	408,420
					Abgleichung zum Etat Nr. 6.	
530,622	58				**Einnahmen**	489,880
362,625	32				**Ausgaben**	408,420
167,997	26				**Reineinnahme**	81,460

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,300	—	—		
8,100	—			**Zu Kap. 11.** Der für Plananfertigung und für Vorarbeiten zum neuen Münzgebäude eingestellte Etatsbetrag zu jährlich 8000 ℳ blieb bis jetzt unverwendet. Es ist deshalb der gleiche Betrag für 1912 und 1913 eingestellt worden.
90,556	3,774	—		
3,700	—	—		
138,270	880	–		
17,200	2,080	—		
91,340	—	550		
38,000	—	—		
1,270	—	—		
9,000	—	—		
2,500	—	—		
2,300	—	—		
8,100	—	—		
402,236	6,734	550		
	6,184			
506,218	—	16,338		
402,236	6,184	—		
103,982	—	22,522		

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen auf Rechnung des Etats der Münzanstalt vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	2,500 ℳ,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . .	9,500 ℳ.
Summe	12,000 ℳ.
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben zu . .	408,420 ℳ.
Summe der Ausgaben auf den Etat der Münzanstalt im ordentlichen Budget	420,420 ℳ.
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	—
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Münzanstalt	420,420 ℳ.

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Anlage.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	9,200				Der ausgewiesene Mehrbedarf ist durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrükkungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.
9	Münzwardein	1	—	6,550				
12	Technischer Assessor	1		3,500				
13	Kassier	1	—	5,800				
14	Medailleur	1	—	4,800				
14	Kassekontrolleur	1	—	4,800				
17	Sekretäre	3	1800 bis 3600	8,360				
19	Druckereifaktor	1	—	2,550				
22	Vorarbeiter	10	1800 bis 2400	21,400				
25	Diener	1	—	1,610				
25	Ständige Arbeiter	13	1500 bis 2100	23,130				
	Summe a	34	—	91,700	—	1,930	93,630	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Zusammen: Jahresvoranschlag für 1912 u. 1913:	34*)	—	91,700	—	1,930 künftig wegfallend	93,630	*) Hievon stehen 10 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 4320 ℳ im Etat unter Kap. 5 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 u. 1911:	34	—	86,850	—	3,006	89,856	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	4,850	—	—	3,774	
	weniger:	—	—	—	—	1,076		

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 7.

K. Bank.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
2'586,076	28	1			Anteil des Staates am Reingewinne der K. Bank	2'600,000
900,000	—	2			Zinsvergütung aus hinterlegten Staatsgeldern	900,000
3'486,076	28				Summe der Einnahmen . . .	3'500,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
2'500,000	100,000	—	**Zu Kap. 1.** Der Anteil des Staates am Reingewinne der K. Bank betrug im Jahre 1908 . . . . 2'776,227 M, " " 1909 . . . . 2'429,053 M, " " 1910 . . . . 2'586,076 M, sohin durchschnittlich . . . . 2'597,118 M. Mit Rücksicht hierauf wurde die Summe von 2'600,000 M als voraussichtliche Einnahme für die kommende Finanzperiode eingestellt.
900,000	—	—	**Zu Kap. 2.** Die Einnahmen an Zinsvergütungen für hinterlegte Staatsgelder haben betragen im Jahre 1908 . . . . 900,000 M, " " 1909 . . . . 700,000 M, " " 1910 . . . . 900,000 M. Mit Rücksicht hierauf wurde der bisherige Voranschlag beibehalten.
3'400,000	100,000	—	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 8.

Staatseisenbahnen.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Aus dem Personen- und Gepäckverkehr.**	
80'871,097	99		1		Für Beförderung von Personen	87'950,000
1'266,330	11		2		Für Beförderung von Militär auf Militärfahrscheine und Militärfahrkarten	1'400,000
4'003,066	44		3		Für Beförderung von Reisegepäck	4'420,000
188,085	10		4		Für Beförderung von Hunden auf Hundekarten, Beförderungs- oder Gepäckscheine	204,000
108'202	74		5		Für bestellte Sonderzüge nach besonderem Tarif	100,000
348'448	76		6		Nebenerträge	390,000
86'785,231	14				Summe Kap. 1	94'464,000
		2			**Aus dem Güterverkehr.**	
7'915,795	84		1		Für Beförderung von Eilgut und Expreßgut einschließlich Fahrzeuge aller Art	8'822,000
153'711,118	94		2		Für Beförderung von Frachtgut einschließlich Fahrzeuge aller Art	171'678,000
—	—		3		Für Beförderung von Postgut	—
627,082	99		4		Für Beförderung von Militärgut auf Militärfahrscheine oder Frachtbriefe einschließlich Pferde und Fahrzeuge	630,000
4'329,356	39		5		Für Beförderung von Vieh einschließlich Pferde, auch Luxuspferde, ausgenommen Hunde auf Hundekarten, Beförderungs- oder Gepäckscheine	4'374,000
124,091	80		6		Für Beförderung von Leichen	140,000
239,133	50		7		Für Beförderung von frachtpflichtigem Dienstgut	280,000
4'110,993	96		8		Nebenerträge	4'656,000
171'057,573	42				Summe Kap. 2	190'580,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
77'000,000	10'950,000	—		
1'245,000	155,000			
4'100,000	320,000	—		
190,000	14,000	—		
85,000	15,000	—		
280,000	110,000	—		
82'900,000	11'564,000	—	B Ziff. 1 (S. 39)	
7'510,000	1'312,000	—		
156'130,000	15'548,000	—		
—	—	—		
370,000	260,000	—		
4'410,000	—	36,000		
120,000	20,000	—		
320,000	—	40,000		
3'840,000	816,000	—		
172'700,000	17'956,000	76,000	B Ziff. 2 (S. 39)	
	17'880,000			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		3			**Für Überlassung von Bahnanlagen und für Leistungen zugunsten Dritter.**	
1'421,380	33		1		Vergütung für verpachtete Bahnstrecken	1'380,000
3'406,881	55		2		Vergütung fremder Eisenbahnverwaltungen oder Besitzer von Anschlußgleisen usw. für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten sowie für Wahrnehmung des Dienstes in fremden oder gemeinschaftlichen Verkehren	3'120,000
173,313	24		3		Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	190,000
			4		Vergütung für die in den Staatsbahnwerkstätten ausgeführten Arbeiten:	
14,430	93			1	Von der Neubauverwaltung	30,000
49,792	51			2	Von den Nebenbetrieben der Staatseisenbahnverwaltung	50,000
2'343,919	74			3	Von fremden Eisenbahnverwaltungen, der Postverwaltung sowie von Privaten usw.	2'300,000
			5		Vergütung der Postverwaltung:	
3'700,479	98			1	Für Benützung von Wagenabteilungen zum Postdienst, Beförderung von Eisenbahnpostwagen und Gestellung von Beiwagen	3'800,000
882	39			2	Für das Unterstellen, Reinigen, Beleuchten, Schmieren, Rangieren usw. der Eisenbahnpostwagen	800
336,056	90			3	Für den von Bahnbeamten geleisteten Postdienst	350,000
1'901,421	20		6		Vergütung der Neubauverwaltung für Dienstleistung von Beamten, Gestellung von Diensträumen usw.	2'500,000
—	—		7		Sonstige Vergütungen	—
13'348,558	77				Summe Kap. 3	13'720,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'300,000	80,000	—		**Zu Kap. 3 §§ 1 und 2.** Mehr infolge Eröffnung des Bahnhofes Lindau—Reutin und Erweiterung des Gemeinschaftsdienstes in Passau und Würzburg—Zell. In den Einnahmen des Jahres 1910 sind einmalige Zahlungen enthalten.
2'935,000	185,000	—		
180,000	10,000	—		
16,000	14,000	—		**Zu Kap. 3 § 4 Tit. 1.** Mehr infolge der Einrichtungsarbeiten, die von den Staatsbahnwerkstätten aus Anlaß der Erbauung der neuen Hauptwerkstätten Ingolstadt, Kaiserslautern und Nürnberg auf Rechnung der Neubaukredite auszuführen sind. **Zu Kap. 3 § 4 Tit. 2.** Der Vortrag wurde den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend verallgemeinert.
62,000	—	12,000		Nach dem durchschnittlichen Ergebnis der Jahre 1908 mit 1910 veranschlagt.
550,000	1'750,000	—		**Zu Kap. 3 § 4 Tit. 3.** Nach den Bestimmungen des deutschen Staatsbahnwagenverbandes werden die Güterwagen der anderen Verbandsbahnen, wenn eine Beschädigung auf bayerischem Gebiete festgestellt wird, in bayerischen Werkstätten gegen Kostenersatz ausgebessert. Hiedurch erwachsen Mehreinnahmen, denen auch Mehrausgaben auf Kap. 7 §§ 1 mit 3 — Kosten für Unterhaltung der bayerischen Fahrzeuge durch andere Verbandsverwaltungen — gegenüberstehen. Der Ansatz ist, da längere Erfahrungen noch nicht zu Gebote stehen, nach den Einnahmen des Jahres 1910 veranschlagt worden.
3'700,000	100,000	—		**Zu Kap. 3 § 5 Tit. 1.** Die Vergütung für Beschaffung, Unterhaltung, Beförderung, Beleuchtung und Reinigung der bayerischen Eisenbahnpostwagen beträgt für den gefahrenen Postwagenachskilometer oder Postabteilwagenkilometer 5 ₰, die Vergütung für Beförderung der Reichspostwagen 4 ₰.
730	70	—		**Zu Kap. 3 § 5 Tit. 2.** Für das Rangieren der Reichspostwagen in der Station Ritschenhausen ist der Betrag von täglich 2 M zu vergüten.
325,000	25,000	—		**Zu Kap. 3 § 5 Tit. 3.** Für den von Bahnbeamten geleisteten Post-, Telegraphen- und Telephondienst werden 25% der Einnahme vergütet. Die Erhöhung der Einnahmen entspricht der von der Postverwaltung angenommenen Verkehrssteigerung.
3'000,000	—	500,000		**Zu Kap. 3 § 6.** Der Betrag ist nach dem voraussichtlichen Bauaufwande in den Jahren 1912 und 1913 berechnet worden.
—	—	—		
12'068,730	2'164,070	512,000		
	1'652,070			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Für Überlassung von Fahrzeugen.**	
56,890	20		1		Miete und Leihgeld für Lokomotiven	58,000
1'366,599	39		2		Miete und Leihgeld für Wagen	950,000
1'423,489	59				Summe Kap. 4	1'008,000
		5			**Erträge aus Veräußerungen.**	
3'003,789	63		1		Aus dem Verkaufe von Materialien und Materialienabfällen sowie von sonstigen Gegenständen	2'700,000
			2		Aus der Abgabe von Materialien an die Neubauverwaltung, Postverwaltung, fremde Eisenbahnverwaltungen, Privatpersonen:	
297,279	55			1	Von Betriebsmaterialien	300,000
985,944	15			2	Von Oberbaumaterialien	800,000
4,935	14			3	Von Werkstättematerialien	5,000
388,682	93		3		Aus der Abgabe von Wasser, Gas und elektrischem Strom usw. . . .	462,000
4'680,631	40				Summe Kap. 5	4'267,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
55,000	3,000	—		
1'200,000	—	250,000		**Zu Kap. 4 § 2 der Einnahmen und Kap. 9 § 2 der Ausgaben.** Die bisherige Entwicklung im Staatsbahnwagenverband hat für die bayerische Staatseisenbahnverwaltung eine Minderung der Mehrausgaben für Wagenmieten ergeben, die jedoch wegen der Verschiebung des Verhältnisses in dem Wagenbestand und in den Achskilometerleistungen der einzelnen Verbandsverwaltungen sich wieder etwas ungünstiger gestalten wird
1'255,000	3,000	250,000		
		247,000		
3'800,000	—	1'100,000		**Zu Kap. 5 § 1.** Infolge der Einschränkung des Gleisumbaues in den letzten Jahren sind nur geringe Mengen an alten Oberbaumaterialien zum Verkaufe vorhanden. Die Einnahmen sind deshalb geringer zu veranschlagen.
317,000	—	17,000		**Zu Kap. 5 § 2 Tit. 1.** Nach den Einnahmen des Jahres 1910 veranschlagt.
1'592,000	—	792,000		**Zu Kap. 5 § 2 Tit. 2.** Die Mindereinnahmen sind dadurch veranlaßt, daß für den Eisenbahnneubau in weit größerem Umfange wie früher eine eigene Materialrechnung geführt wird und infolgedessen die neuen Oberbaumaterialien, abgesehen von den Schwellen, unmittelbar auf Rechnung des Neubaues beschafft werden.
51,000	—	46,000		**Zu Kap. 5 § 2 Tit. 3.** Nach dem Anfall des Jahres 1910 veranschlagt. Der höhere Voranschlag für 1910 und 1911 rührt davon her, daß bis 1908 in der Regel größere Mengen von Radsätzen für neue Lokalbahnwagen abzugeben waren.
326,000	136,000	—		**Zu Kap. 5 § 3.** Mehr infolge der Abgabe von elektrischem Strom sowie von Heizdampf für die Geschäftsräume der Postverwaltung im neuen Verkehrsministerialgebäude und für die neuen Zollamtsgebäude an der Landsbergerstraße in München sowie wegen erhöhter Abgabe von elektrischem Strom an sonstige Abnehmer.
6'086,000	136,000	1'955,000		
		1'819,000		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		6			**Verschiedene Einnahmen.**	
—	—		1		Telegrammgebühren	—
			2		Pächte und Mietzinse sowie wirtschaftliche Nutzungen aus Gebäuden und Grundstücken:	
485,257	53			1	Bahnhofwirtschaften	540,000
1'700,858	97			2	Dienst- und Mietwohnungen	1'770,000
106,850	06			3	Sonstige wirtschaftliche Nutzungen aus Gebäuden	130,000
1 042,440	69			4	Wirtschaftliche Nutzungen aus Grundstücken	1'100,000
105,839	22		3		Einnahmen aus Brücken- und Fährgeld, sowie Werft- und Hafengebühren	69,000
1,385	58		4		Pensionsbeiträge	1,000
248,675	14		5		Zinsen und Kursgewinne	370,000
1,021	—		6		Gebühren aus der Verwaltung	1,000
57,588	76		7		Kaufschillinge von Liegenschaften und Zinsen hieraus	20,000
50,153	72		8		Gebühren für Aushang von Anzeigen und Geschäftsempfehlungen . . .	50,000
451,956	90		9		Ersatzleistungen	162,000
77,216	37		10		Übrige Einnahmen	80,000
4'329,243	94				Summe Kap. 6	4'293,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
—	—	—	
466,000	74,000	—	
1'520,000	250,000	—	
108,000	22,000	—	
1'005,000	95,000	—	
124,000	—	55,000	
1,380	—	380	
250,000	120,000	—	
400	600	—	
20,000	--	—	
28,000	22,000	—	
162,000	—	---	
73,000	7,000	—	
3'757,780	590,600	55,380	
	535,220		

Erläuterungen

Zu Kap. 6 § 2 Tit. 1.

In Rücksicht auf den stetig zunehmenden Personenverkehr konnten die Pachtzinse einiger größerer Bahnhofwirtschaften erhöht werden. Auch hat der Speisewagenbetrieb in D-Zügen eine Ausdehnung erfahren.

Zu Kap. 6 § 2 Tit. 2.

Die Einnahmen sind höher bemessen wegen fortwährender Vermehrung der Mietwohnungen infolge der Wohnungsneubauten.

Zu Kap. 6 § 2 Tit. 3 und 4.

Die bisherige kasuistische Fassung des Vortrages soll durch eine allgemeine, dem Inhalte der entsprechenden Rechnungstitel angepaßte Bezeichnung ersetzt werden.

Diese Einnahmen sind naturgemäß im Steigen begriffen.

Zu Kap. 6 § 3.

Weniger, weil das Brückengeld für den Fußgänger- und Radfahrerverkehr auf der Rheinbrücke Ludwigshafen-Mannheim aufgehoben wurde und das für den Fuhrwerk-, Tier- und Straßenbahnverkehr anfallende Brückengeld nach Abzug eines Teilbetrages, der zur Deckung des Aufwandes für die Einhebung der Gebühren und für die laufende Unterhaltung der Brücke erforderlich ist, einem Erneuerungsfonds zugeführt wird.

Zu Kap. 6 § 4.

Die Pensionsbeiträge der nicht in den Staatsdienst übergetretenen Pfalzbahnbeamten werden wegen des allmählichen Abganges der Beitragspflichtigen von Jahr zu Jahr geringer.

Zu Kap. 6 § 5.

Die Erhöhung entspricht den staatlichen Darlehen an Baugenossenschaften nach dem für 1912 und 1913 zu gewärtigenden Stande.

Zu Kap. 6 §§ 6 und 8.

Im Anschluß an die Ergebnisse des Jahres 1910 veranschlagt.

Zu Kap. 6 § 9.

Die Einnahmen sind nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre bemessen, wobei die mehr zufällig angefallenen Ersatzleistungen außer Berechnung gelassen wurden. So ist unter den Einnahmen des Jahres 1910 der einmalige Ersatz von 292,534 ℳ 92 ₰ enthalten, den das Reich nach Art. I § 6 Abs. 6 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1909 — Änderung im Finanzwesen betr. — aus Anlaß der Einführung von Betriebsfonds für die Zentralpostbehörden der bayer. Staatseisenbahnverwaltung als Träger der Unfallversicherung zurückvergütet hat.

Zu Kap. 6 § 10.

Nach dem Anfalle des Jahres 1910 bemessen.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Wiederholung der Einnahmen.	
86'785,231	14	1			Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	94'464,000
171'057,573	42	2			Aus dem Güterverkehr	190 580,000
13'348,558	77	3			Für Überlassung von Bahnanlagen und für Leistungen zugunsten Dritter	13'720,800
1'423,489	59	4			Für Überlassung von Fahrzeugen	1'008,000
4'680,631	40	5			Erträge aus Veräußerungen	4'267,000
4'329,243	94	6			Verschiedene Einnahmen	4'293,000
281'624,728	26				**Summe der Einnahmen**	308'332,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
82·900,000	11·564,000	—		
172·700,000	17·880,000	—		
12·068,730	1 652,070	—		
1·255,000	—	247,000		
6·086,000	—	1·819,000		
3·757,780	535,220	—		
278·767,510	31·631,290	2·066,000	B Ziff. 3 (S. 39).	
	29·565,290			

Wirklicher Anfall für 1910 M	Pf	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
67'440,791	—	1			**Besoldungen der Beamten**	70'299,900
					Hievon 134,980 M künftig wegfallend.	
		2			**Diätarische Besoldungen, Tag- und Stücklöhne ausschließlich jener im Bahnunterhaltungs- und Werkstättedienst.**	
77,064	56		1		Diätarische Besoldungen	95,000
16'607,963	13		2		Löhne der Gehilfen	18'010,900
4'545,898	81		3		Dienstaushilfen	5'857,000
21'230,926	50				Summe Kap. 2	23'962,900
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
770,138	89		1		Taggelder und Reisekosten	860,000
					Bemerkung zu Kap. 3 §§ 1, 3 und 4. Die für die Vornahme auswärtiger Dienstgeschäfte an bestimmte Klassen von Beamten gewährten Bauschvergütungen haben bei der Festsetzung der nach den Artikeln 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht zur Anrechnung zu kommen. Das gleiche gilt für die Stundengelder, Fahrgelder, Vergütungen an Lokomotivpersonal für Rangierleistungen und für Fahrdienstleistungen im Gemeindebezirk des Dienstortes, sowie für die Vergütungen an Fahrpersonal bei Teilnahme an Wagenhebekursen und bei Verwendung im Aufsichtsdienst. Wenn jedoch Beamte, für deren Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, ständig im Fahrdienste beschäftigt werden, so ist von den Fahrgeldern bei Festsetzung der Unfallfürsorgebezüge ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen. Der gleiche Betrag ist von den an das Lokomotivpersonal für Brennstoffersparnis gewährten Vergütungen auch dann in Anrechnung zu bringen, wenn für die betreffende Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist.	
267'227	59		2		Umzugskosten	320,000
6'005,005	11		3		Fahr-, Stunden- und Nachtgelder	6'500,000
7'042,371	59				Seite	7'680,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
68'592,000	1'707,900	—	A S. 35 B Ziff. 4 (S. 40/41).	
120,000	—	25,000		**Zu Kap. 2 § 1.** Weniger, weil eine dem durchschnittlichen Stande entsprechende geringere Anzahl von Staatsbaupraktikanten dem Voranschlage zu Grunde gelegt wurde.
18'200,000	—	189,100	B Ziff. 5 u. 6 (S. 41/42).	
4'951,000	906,000	—		
23'271,000	906,000	214,100		
	691,900			
850,000	10,000	—		**Zu Kap. 3 § 1.** Höher veranschlagt wegen der Ausbildung des Personals für den Gesamt- und Lokalbahndienst durch Wanderlehrer und wegen der durch die Verbesserung der Urlaubsverhältnisse bedingten Vermehrung der Stellvertretungen.
240,000	80,000	—		**Zu Kap. 3 § 2.** Die Mehrung an Umzugskosten, die sich infolge der durch die Gehaltsordnung herbeigeführten Erhöhung der Gehälter ergeben hat, wird durch die mit dem Jahre 1912 eintretende Aufhebung der Gehaltssperre eine weitere Steigerung erfahren.
6'617'000	—	117,000		**Zu Kap. 3 § 3.** Der Aufwand wurde berechnet nach der zu erwartenden Lokomotivleistung und dem auf 1000 Lokomotivkilometer treffenden Ausgabensatz des Jahres 1910.
7'707,000	90,000	117,000		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
7'042,371	59	3			Übertrag	7'680,000
674,676	14		4		Vergütungen für Materialersparnisse, für Entdeckung von Radreif-, Achs- und Schienenbrüchen	710,000
—	—		5		Verlustentschädigungen für Kassenführer	—
5,360	—		6		Außerordentliche Belohnungen	7,000
7'722,407	73				Summe Kap. 3	8'397,000
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
329,185	19		1		Kosten für den bahnärztlichen Dienst	435,000
22,981	62		2		Zuschüsse zu Badekuren für erkrankte Beamte	25,000
			3		Ruhegehalte:	
				1	Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	11'445,000
				2	Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	4'455,000
628,145	92		4		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	775,000
			5		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten:	
293,948	98			1	Abteilung A	421,000
1'117,804	98			2	Abteilung B	1'190,000
			6		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze:	
804,757	35			1	Unfallrenten und Krankengeldbeträge	912,000
41,930	88			2	Kosten des Heilverfahrens und der Beerdigung	59,000
19,774	98		7		Renten für Verwandte der aufsteigenden Linie und elternlose Enkel sowie Heilungskosten auf Grund der Unfallfürsorgeverordnungen	28,000
4,043	06		8		Besondere Verwaltungskosten auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes sowie des Invalidenversicherungsgesetzes	4,800
311,278	50		9		Unterstützungen	476,000
3'573,851	46				Summe Kap. 4	20'225,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
7'707,000	90,000	117,000		
678,000	32,000	—		**Zu Kap. 3 § 4.** Mehr wegen der erhöhten Fahrdienstleistungen infolge der Zunahme des Verkehrs.
—	—	—		
7,000	—	—		
8'392,000	122,000	117,000		
	5,000			
382,000	53,000	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Mehr wegen der Erhöhung der Vergütungen für den bahnärztlichen Dienst. Da im Bezirke der Eisenbahndirektion Ludwigshafen der bahnärztliche Dienst nicht eingerichtet werden kann, ist für Beihilfen an das pfälzische Personal für ärztliche Behandlung bei Kap. 4 § 9 der den rechtsrheinischen Kopfsätzen entsprechende Betrag von 52,000 ℳ vorgesehen worden.
23,000	2,000	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Mehr wegen Erhöhung der Verpflegungskosten.
—	11'445,000	—		**Zu Kap. 4 § 3.** Die Ausgaben sind nach dem auf das Jahr 1911 übergegangenen Stand des Gesamtaufwandes unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zu- und Abgänge so berechnet worden, wie sie am 1. Januar 1913 treffen würden. In dem Voranschlage sind auch die Pensionszulagen nach § 7 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 inbegriffen.
—	4'455,000	—		
775,000	—	—		
374,000	47,000	—		**Zu Kap. 4 § 5 Tit. 1 und 2 und § 6 Tit. 1.** Infolge der Einführung der Reichsversicherungsordnung sowie der Erhöhung des Arbeiterstandes und der Löhne sind erheblich höhere Zuschüsse an die Arbeiterpensionskasse zu leisten und auch größere Ausgaben für Unfallversicherung zu erwarten.
1'159,000	31,000	—		
900,000	12,000	—		
59,000	—	—		
46,000	—	18,000		**Zu Kap. 4 § 7.** Die infolge des Beamtengesetzes zu erwartende Steigerung dieser Ausgabe ist für die Finanzperiode 1910 und 1911 zu hoch bemessen worden. Der Etatsatz für 1912 und 1913 war daher entsprechend geringer zu veranschlagen.
8,000	—	3,200		**Zu Kap. 4 § 8.** Die Ausgaben sind nach den durchschnittlichen Ergebnissen der Jahre 1908 mit 1910 veranschlagt.
312,000	164,000	—		**Zu Kap. 4 § 9.** Der Zuschuß zum gemeinsamen Unterstützungsfonds sowie die Mittel zur Gewährung von Beihilfen an das pfälzische Personal für ärztliche Behandlung (vgl. allgemeine Erläuterungen Ziff. 9 und die Erläuterung zu Kap. 4 § 1) wurden entsprechend erhöht. Außerdem sind hier Beihilfen an die vor dem 1 Januar 1909 pensionierten Staatsbeamten und Staatsbediensteten, die an den Pensionszulagen nach § 7 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 nicht teilnehmen, neu vorgesehen (vgl. allgemeine Erläuterungen Ziff. 8).
4'038,000	16'209,000	21,200		
	16'187,800			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien.**	
1'247,707	39		1		Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände	1'430,000
			2		Beschaffung der Betriebsmaterialien:	
1'297,045	55			1	Drucksachen, Schreib- und Zeichnungsmaterialien	1'417,000
23'160,875	50			2	Kohlen, Koks und Briketts	26'200,000
4'345,147	30			3	Sonstige Betriebsmaterialien	4'750,000
1'959,976	65		3		Bezug von Wasser, Gas und elektrischem Strom aus fremden Werken .	2'091,000
32'010,752	39				Summe Kap. 5	35'888,000
		6			**Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen.**	
					a) Kosten der Unterhaltung, Erneuerung und kleinerer Ergänzungen.	
8'606,147	25		1		Löhne im Bahnunterhaltungsdienst	11'264,000
			2		Beschaffung der Oberbaumaterialien:	
1'712,434	10			1	Schienen	2'482,000
1'039,183	—			2	Kleineisen	1'630,000
1'250,978	92			3	Weichen	934,000
3'358,100	78			4	Schwellen	5'027,000
226,746	96			5	Elektrische Streckenausrüstung und sonstige Oberbaumaterialien .	300,000
5'768,566	36		3		Sonstige Ausgaben	6'278,000
684,734	03				b) Kosten erheblicherer Ergänzungen . . . . Zu Kap. 6b. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	2'750,000
22'646,891	40				Summe Kap 6	30'665,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
M	M	M	
1'280,000	150,000	—	
1'310,000	107,000	—	
26'050,000	150,000	—	
4'670,000	80,000	—	
2'170,000	—	79,000	
35'480,000	487,000	79,000	
	408,000		
8'800,000	2'464,000	—	B Ziff. 7 (S. 42/43)
1'604,000	878,000	—	B Ziff. 8 (S. 43)
1'223'000	407,000	—	
1'080,000	—	146,000	B Ziff. 8 (S. 43)
2'761,000	2'266,000	—	
310,000	—	10,000	
5'726,000	552,000	—	B Ziff. 7 (S. 42/43)
1'000,000	1'750,000	—	
22'504,000	8'317,000	156,000	
	8'161,000		

Erläuterungen

Zu Kap. 5 § 1.

Die Ausgaben sind höher veranschlagt, weil infolge der allgemeinen Preis- und Lohnsteigerung die Kosten für Instandhaltung und Erneuerung der Ausstattungsgegenstände, der Winterschutzkleider, für das Reinigen der Wäsche usw. von Jahr zu Jahr zunehmen. Außerdem hat die Verkehrszunahme, der erhöhte Gleisumbau, die Vergrößerung des Wagenparkes und die Vermehrung der Hauptwerkstätten erhöhte Anforderungen hinsichtlich der Anschaffung und Instandhaltung von Geräten, Werkzeugen, Maschinen, Apparaten und sonstigen Einrichtungsgegenständen zur Folge.

Zu Kap. 5 § 2 Tit. 1.

Mehr infolge der allgemeinen Preissteigerung und Lohnerhöhung, der Neuausgabe von Gütertarifen und des Neudruckes von Dienstvorschriften.

Zu Kap. 5 § 2 Tit. 2.

Die durchschnittliche Lokomotivleistung in den Jahren 1912 und 1913 ist auf rund 98 800 000 Lokomotivkilometer berechnet. Der Aufwand für Lokomotivfeuerung ist nach dem durchschnittlichen Verbrauch von 13.67 t auf 1000 Lokomotivkilometer — nach Ruhrkohlen umgerechnet — auf 23 800 000 M zu veranschlagen. Die übrigen Aufwendungen für Kohlen, Koks und Briketts (Stationsfeuerung usw.) sind mit 2 400 000 M angenommen.

Zu Kap. 5 § 2 Tit. 3.

Mehr infolge der erhöhten Fahrdienstleistungen.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		7			**Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und der maschinellen Anlagen.**	
10'129,650	18		1		Löhne im Werkstättedienst	11'340,000
6'007,895	96		2		Beschaffung der Werkstättematerialien	6'800,000
2'423,197	32		3		Sonstige Ausgaben	2'700,000
			4		Beschaffung ganzer Fahrzeuge:	
2'002,650	—			1	Lokomotiven	3'000,000
—	—			2	Triebwagen	—
2'156,020	—			3	Personenwagen	3'075,000
1'215,770	—			4	Gepäck- und Güterwagen	3'925,000
					Zu Kap. 7 § 4. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	
23'935,183	46				Summe Kap. 7	30'840,000
		8			**Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten.**	
2'049,021	74		1		Vergütung für gepachtete Bahnstrecken	489,700
559,662	56		2		Vergütung für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten anderer Verwaltungen oder der Besitzer von Anschlußgleisen sowie für Wahrnehmung des Betriebsdienstes auf der eigenen Strecke oder in gemeinsamen Verkehren durch andere Verwaltungen	610,000
186,059	27		3		Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	205,000
—	—		4		Sonstige Vergütungen	—
2'794,743	57				Summe Kap. 8	1'304,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
10'600,000	740,000	—	
6'800,000	—	—	
935,000	1'765,000	—	
2'125,000	875,000	—	B Ziff. 9 (S. 43/44)
—	—	—	B Ziff. 9 (S. 43/44)
2'190,000	885,000	—	B Ziff. 9 (S. 43/44)
1'050,000	2'875,000	—	B Ziff. 9 (S. 43/44)
23'700,000	7'140,000	—	
2'160,000	—	1'670,300	
559,000	51,000	—	
170,000	35,000	—	
—	—	—	
2'889,000	86,000	1'670,300	
		1'584,300	

Erläuterungen

Zu Kap. 7 §§ 1 und 3.

Die Etatsätze wurden höher bemessen wegen der in Aussicht genommenen Erhöhung der Löhne, ferner wegen Vermehrung des Arbeiterpersonals und der Verkehrssteigerung.

Nach den Vereinbarungen des deutschen Staatsbahnwagenverbandes sind die beschädigten Wagen der Verbandsbahnen da gegen Kostenersatz auszubessern, wo sie beschädigt angetroffen werden. Infolgedessen erwachsen Werkstättekosten für fremde Bahnen, für die die bayerische Staatseisenbahnverwaltung von diesen Ersatz erhält, und anderseits hat die bayerische Staatseisenbahnverwaltung Werkstättekosten, die durch die Wiederinstandsetzung ihrer eigenen Wagen entstanden sind, an andere Verbandsbahnen zu vergüten. Den hiedurch erlaufenden Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen auf Kap. 3 § 4 Tit. 3 — Vergütungen von fremden Eisenbahnverwaltungen — gegenüber.

Weitere Mehrausgaben auf Kap. 7 § 3 sind dadurch veranlaßt, daß die Einrichtung der Gasglühlichtbeleuchtung in Personenwagen beschleunigt werden soll.

Zu Kap. 8 § 1.

Die erhebliche Minderung hat ihren Grund darin, daß die Zins- und Tilgungsbeträge der Pachtbahnen mit Rücksicht auf das Gesetz vom 13. Aug. 1910 — die Bildung eines Ausgleichs- und Tilgungsfonds der Staatseisenbahnverwaltung betr. — nicht mehr unter den Betriebsausgaben vorzutragen sind (vgl. die allgemeinen Erläuterungen Ziff. 11 in Anlage B). Die Zinsen erscheinen nunmehr als Teil des Aufwandes für Verzinsung der Eisenbahnschuld (Kap. II der Verwendung des Überschusses), die Tilgungsbeträge sind aus dem Fonds zu bestreiten (vgl. Anlage C zum Etat der Staatsschuld Nr. 22).

Zu Kap. 8 § 2.

Mehrung wegen Eröffnung der Lokalbahnen Stadtprozelten—Wertheim und Aschaffenburg—Höchst i/O., wodurch die bisherigen Gemeinschaftsverhältnisse eine Ausdehnung erfahren.

Zu Kap. 8 § 3.

Die Ausgaben wurden nach den Ergebnissen des Jahres 1910 veranschlagt unter Hinzurechnung einer 4 %igen Erhöhung nach der für den Güterverkehr angenommenen Verkehrssteigerung.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913 M
		9			**Für Benützung fremder Fahrzeuge.**	
—	—		1		Miete und Leihgeld für Lokomotiven	—
1'914,874	15		2		Miete und Leihgeld für Wagen	2'250,000
1'914,874	15				Summe Kap. 9	2'250,000
		10			**Verschiedene Ausgaben.**	
			1		Entschädigungen auf Grund der Haftpflichtgesetze:	
282,848	59			1	Einmalige Abfindungen	335,000
383,312	21			2	Fortlaufende Zahlungen	407,000
29,921	95			3	Kosten des Heilverfahrens und der Beerdigung	38,000
			2		Ersatzleistungen, insbesondere:	
491,406	50			1	Für verlorene, verdorbene und beschädigte Transportgegenstände, Ergänzung beschädigter Verpackungen sowie für Lieferfristüberschreitungen	670,000
63,382	66			2	Sonstige Entschädigungen und Ersatzleistungen	100,000
140,443	44		3		Entschädigungen für Benützung fremder Grundstücke, Miete für Dienstgebäude und Dienstwohnungen	115,000
170,023	36		4		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	200,000
242,846	67		5		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	300,000
716,915	82		6		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	700,000
58,535	36		7		Gebührenbeträge und sonstige Frachtgebühren für dienstliche Sendungen, dann Gerichtskosten und Kosten für Bekanntmachungen	70,000
366,135	82		8		Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben	430,000
2'945,772	38				Summe Kap. 10	3'365,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
—	—	—		
3'200,000	—	950,000		**Zu Kap. 9 § 2.** Vgl. die Erläuterung zu Kap. 4 § 2 der Einnahme.
3'200,000	—	950,000		
475,000	—	140,000		**Zu Kap. 10 § 1 Tit. 1 mit 3.** Nach den durchschnittlichen Ergebnissen der Jahre 1908 mit 1910 veranschlagt.
445,000	—	38,000		
51,000	—	13,000		
670,000	—	—		
100,000	—	—		
123,000	—	8,000		**Zu Kap. 10 § 3.** Der Voranschlag ist nach dem dermaligen Stand der Ausgaben unter Berücksichtigung des Umstandes bemessen, daß in dem Ergebnis des Jahres 1910 eine größere einmalige Zahlung enthalten ist, die sich nicht wiederholt.
180,000	20,000	—		**Zu Kap. 10 § 4.** Mehr wegen Umlagenerhöhung infolge der neuen Steuergesetze.
227,000	73,000	—		**Zu Kap. 10 § 5.** Höher veranschlagt, weil sich die zu versichernden Gebäude und Ausstattungsgegenstände fortwährend vermehren.
810,000	—	110,000		**Zu Kap. 10 § 6.** Nach dem Durchschnitte der Jahre 1908 mit 1910.
112,000	-	42,000		**Zu Kap. 10 § 7.** Der Voranschlag für die Jahre 1910 und 1911 war infolge der unverhältnismäßig hohen Ausgaben der Pfälzischen Eisenbahnen vor ihrer Erwerbung durch den Staat zu reichlich bemessen.
265,000	165,000	—		**Zu Kap. 10 § 8.** Die Mehrung ist hauptsächlich verursacht durch einen an den Landesfremdenverkehrsrat zu gewährenden Zuschuß, sowie durch die Kosten für den Umzug in das neue Verkehrsministerialgebäude. Außerdem steigen die für den Fahrkartenverkauf durch Reiseagenturen und Auskunftsbureaus zu zahlenden Vergütungen.
3'458,000	258,000	351,000		
		93,000		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Wiederholung der Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
67'440,791	—	1			Besoldungen der Beamten	70'299,900
21'230,926	50	2			Diätarische Besoldungen, Tag- und Stücklöhne	23'962,900
7'722,407	73	3			Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge	8'397,000
3'573,851	46	4			Für Wohlfahrtszwecke	20'225,800
					Sächliche Ausgaben.	
32'010,752	39	5			Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände und Beschaffung der Betriebsmaterialien	35'888,000
22'646,891	40	6			Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen	30,665,000
23'935,183	46	7			Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und maschinellen Anlagen	30'840,000
2'794,743	57	8			Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten	1'304,700
1'914,874	15	9			Für Benützung fremder Fahrzeuge	2'250,000
2'945,772	38	10			Verschiedene Ausgaben	3'365,000
186'216,194	04				**Summe der Ausgaben**	227'198,300

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
68'592,000	1'707,900	—		
23'271,000	691'900	—		
8'392,000	5,000	—		
4'038,000	16'187,800	—		
35'480,000	408,000	—		
22'504,000	8'161,000	—		
23'700,000	7'140,000	—		
2'889,000	—	1'584,300		
3'200,000	—	950,000		
3'458,000	—	93,000		
195,524,000	34'301,600	2'627,300	B Ziff. 10 (S. 41)	
	31'674,300			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Abgleichung zum Etat Nr. 8.	
281'624,728	26				**Einnahmen**	308'332,800
186'216,194	04				**Ausgaben**	227'198,300
95'408,534	22				**Überschuß**	81'134,500
					Verwendung des Überschusses:	
		I			Zur Begleichung der durch das Rechnungsergebnis der Jahre 1908 und 1909 nicht gedeckten übertragenen Kredite des ordentlichen Budgets dieser Jahre	238,000
		II			Für Verzinsung und Verwaltung der Eisenbahnschuld	70'931,450
		III			Einlage in den Ausgleichs- und Tilgungsfonds gemäß Art. 2 Abs. 1 Ziff. 1 u. 2 bezw. Abs. 3 des Gesetzes vom 13. August 1910 . . .	3'990,700
		IV			Ablieferung an die Staatskasse	3'000,000
		V			Einlage in den Ausgleichs- und Tilgungsfonds gemäß Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes vom 13. August 1910	2'974,350
					Summe wie oben	81'134,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
278'767,510	29'565,290	—		
195'524,000	31'674,300	—		
83'243,510	—	2'109,010		
			B Ziff. 11 (S. 44/45)	

München, den 28. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vorbemerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden, ferner die dem übergetretenen vormaligen Pfalzbahnpersonal auf Grund des Artikel 7 der Übernahmsgrundsätze gewährten Ausgleichgelder; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Allerh. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	a. **Etatsmäßige Beamte.**						
4	Ministerialdirektoren . . .	2					
	Präsidenten der Eisenbahndirektionen	6					
		8	12000	96,000	2400[1]		
5	Ministerialräte	13	8400 bis 9600	118,200	—		
6	Oberregierungsräte . . .	28[2]	7200 bis 9200	231,100	—		
7	Regierungsräte . . } Oberarzt . . . } . .	126[3]	6000 bis 8000	908,100	—		
	Seite	175	—	1'353,400	2,400		

Erläuterungen

Der ausgewiesene Mehrbedarf ist soweit nicht Besonderes bemerkt ist durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klasse 5 mit 1[…] der Gehaltsordnung die Frist für di[e] Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klasse[n] 14 mit 30 die Frist für die Sperr[e] der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.

Für die neuen oder als Mehrung vorgesehenen Stellen wurde, sowei[t] Anstellungen in Frage kommen ode[r] mit der Besetzung dieser Stellen im Beförderungswege zugleich eine Erhöhung des Gehalts verbunden ist der erforderliche Bedarf vom 1. Juli 1912 an veranschlagt.

[1]) Zulage für den als Staatsrat i. o. D. mit der Vertretung des Staatsministers betrauten Ministerialdirektor.

Die weiter in der Spalte Nebenbezüge ausgewiesenen Beträge sind ausnahmslos örtliche Zulagen.

[2]) 2 Stellen weniger; sind in Stellen der Klasse 7 umzuwandeln.

[3]) 15 Stellen mehr, dagegen 2 Stellen der Klasse 6 und 13 Stellen der Klasse 9 weniger. Zur Besetzung von Referaten, die infolge der Geschäftsmehrung bei einzelnen Eisenbahndirektionen notwendig geworden sind, sowie zur Besetzung der Vorstandsposten der 2 neuzuerrichtenden Werkstätteinspektionen in Ingolstadt und Kaiserslautern, ferner zur planmäßigen Besetzung der Hilfreferentenposten im Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten sind 12 Stellen der Klasse 7 vorzusehen, wogegen ebenso viele Stellen der Klasse 9 in Wegfall kommen. (Vgl. die Denkschrift über die Neuordnung der Verkehrsverwaltung — Beil. 232 zu den Verhandlungen der Kammer d. Abg. 1906 — § 27 Abs. 7.) Eine weitere Stelle der Klasse 7 ist dann noch für den Oberarzt der Staatseisenbahnverwaltung entsprechend der ihm zugewiesenen Dienstaufgabe vorgesehen.

lasse der Ge- alts- ord- nung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben- bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt- bedarf	
			ein- zeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	175	—	1'353,400	2,400			
9	Direktionsräte, Oberinspektoren, Oberbauinspektoren, Obermaschineninspektoren	210[1]						[1]) 13 Stellen weniger infolge Umwandlung in Stellen der Klasse 7.
	Obergeometer	6						
		216	4800 bis 6800	1'387,800	1,800			
11	Direktionsassessoren, Inspektoren . . .	62[2]	4600 bis 6000	324,300	—			[2]) 52 Stellen weniger infolge Neuordnung der Verkehrsverwaltung. Im Laufe der Finanzperiode verfügbar werdende Stellen des höheren Dienstes werden nach Maßgabe des dienstlichen Bedürfnisses und des Stellenbesetzungsplanes in Stellen des mittleren Dienstes (Klasse 13 und 14) umgewandelt.
12	Eisenbahnassessoren . . .	32						
	Eisenbahngeometer	25						
	Chemiker	2[3]						[3]) 1 Stelle mehr für 1 Chemiker gegen Einziehung einer Stelle der Klasse 16 (siehe Ziff. 2 S. 30 der Erl.)
		59	3000 bis 5500	212,500	—			
13	Oberbahnverwalter							
	a) Betriebs- und Verwaltungsdienst	60[4]						[4]) 39 Stellen mehr, dagegen 39 Stellen weniger in Klasse 17 (siehe Ziff. 4 S. 30 der Erl.),
	b) bautechnischer Dienst .	20[5]						[5]) 15 Stellen mehr, die gleiche Anzahl von Stellen der Klasse 21 — Zeichner und Bauassistenten — wird verfügbar (siehe Ziff. 7 S. 31 der Erl.),
	c) maschinen- u. telegraphentechnischer Dienst . . .	6[6]						[6]) 5 Stellen mehr, dagegen 5 Stellen in Kl. 16 weniger (siehe Ziff. 2 S. 30 der Erl.),
		86	4200 bis 5800	415,900	240			59 Stellen mehr, sie sind bestimmt für Beamte, die auf den wichtigsten Posten des mittleren Dienstes verwendet sind, die bisher von Beamten des höheren Dienstes versehen wurden. (Vgl. auch Bem. bei Klasse 11.)
14	Bahnverwalter							
	a) Betriebs- und Verwaltungsdienst	1457[7]						[7]) 71 Stellen mehr; dagegen 71 Stellen weniger in Kl. 17 (siehe Ziff. 4 S. 30 der Erl.),
	b) bautechnischer Dienst .	219[8]						[8]) 10 Stellen mehr; dagegen wird die gleiche Anzahl an Stellen der Kl. 21 — Zeichner und Bauassistenten verfügbar — (siehe Ziff. 7 S. 31 der Erl.),
	c) maschinen- u. telegraphentechnischer Dienst . . .	122[9]						[9]) 30 Stellen mehr; dagegen 30 technische Eisenbahnsekretärstellen weniger (siehe Ziff. 2 S. 30 der Erl.),
		1798	3000 bis 5400	7'355,400	7,920			111 Stellen mehr zur planmäßigen Besetzung höherwertiger Posten des mittleren Dienstes. Vgl. auch Bem. bei Kl. 11.
	Seite	2396	—	11'049,300	12,360			

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	2396	—	11'049,300	12,360			
16	Technische Eisenbahnsekretäre							
	a) bau- und messungstechnischer Dienst	175[1]						
	b) maschinen- u. telegraphentechnischer Dienst . . .	46[2]						
	Oberbahnmeister	172[3]						
		393	2400 bis 4200	1'221,000	1,920			9 Stellen mehr.
17	Eisenbahnsekretäre	3919[4]	1800 bis 3600	11'809,500	16,560			
18	Oberwerkführer	299[5]						
	Oberstationsmeister . . .	210[6]						
	Bahnmeister	158[7]						
	Oberwagenmeister	40						
	Oberrangiermeister . . .	215[8]						
	Technische Oberassistenten .	214						
		1136	2250 bis 3150	2'866,300	3,240			
	Seite	7844		26'946,100	34,080			

[1]) 10 Stellen mehr, dagegen wird die gleiche Anzahl an Stellen der Kl. 21 — Zeichner und Bauassistenten — verfügbar (siehe Ziff. 7 S. 31 der Erl.),

[2]) 41 Stellen weniger u. zwar 1 Stelle wegen Umwandlung in eine Stelle der Kl. 12 (siehe Ziff. 3 S. 29 der Erl.), 35 Stellen wegen der Stellenmehrung in Kl. 13 und 14 (siehe Ziff. 6, 9 S. 29 der Erl.), 5 Stellen infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.

[3]) 40 Stellen mehr zur Besetzung von wichtigen Bahnmeistereien mit Oberbahnmeistern gegen Einziehung der hiedurch verfügbar werdenden Bahnmeisterstellen in Kl. 18 (siehe Ziff. 7 S. 30 der Erl.),

[4]) 429 Stellen weniger und zwar 110 Stellen wegen der Mehrung der Stellen in Kl. 13 und 14 (siehe Ziff. 4, 7 S. 29 der Erl.), 319 Stellen infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.

[5]) 23 Stellen mehr zur Durchführung plangemäßer Postenbesetzung im Betriebsdienst, dann im telegraphen- und im stellwerktechnischen Dienst und in den Druckereien (siehe Ziff. 1 S. 32 der Erl.).

[6]) 60 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung.

[7]) 37 Stellen weniger. 40 seitherige Bahnmeistereien II. Kl. sollen künftig mit Oberbahnmeistern besetzt werden (siehe Ziff. 3 S. 30 der Erl.). Da die Zahl der Bahnmeistereien in der Finanzperiode 1910 und 1911 um 3 vermehrt werden mußte, können nur 37 Stellen der Klasse 18 zur Verfügung gestellt werden.

[8]) 35 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung, dagegen können 35 Rangiermeisterstellen der Klasse 22 eingezogen werden (siehe Ziff. 3 S. 32 der Erl.).

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	7844		26'946,100	34,080			
19	Oberassistenten, Kanzlisten	52 [1]						1) 30 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung gegen Einziehung der gleichen Anzahl an Stellen der Klasse 26 (siehe Ziff. 9 S. 33 der Erl.).
	Oberpackmeister	110 [2]						2) 28 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung.
	Gasmeister	4						
	Paliere — künftig wegfallend	1 [3]						3) 4 Stellen weniger infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.
		167	2100 bis 3000	383,900	900			
20	Oberlokomotivführer	1600 [4]	1950 bis 2850	3'904,000	2,520			4) 84 Stellen mehr infolge erhöhter Zugleistungen.
21	Kanzleiassistenten des Staatsministeriums	10 [5]						5) 10 neue Stellen zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung erforderlich, dagegen kann die gleiche Anzahl an Stellen der Klasse 26 eingezogen werden (siehe Ziff. 9 S. 33 der Erl.).
	Boten des Staatsministeriums	20 [6]						6) 8 Stellen mehr, um Direktionsdiener, die im Ministerialdienst verwendet werden, in die Klasse 21 überführen zu können (siehe Ziff. 2, 1 S. 33, 35 der Erl.).
	Zeichner und Bauassistenten	165 [7]						7) 75 Stellen weniger. Verfügbar werden infolge der Stellenmehrungen in den Klassen 13, 14 und 16 . . . . . 35 Stellen (siehe Ziff. 5, 8, 1 S. 29, 29, 30 der Erl.), dann infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung 40 Stellen.
	Zugführer	850 [8]						8) 81 Stellen mehr. Erforderlich infolge erhöhter Zugleistungen u. zur Durchführung einer dem künftigen Programme entsprechenden Stellenbesetzung. Bei den Schaffnern (Kl. 25) ergibt sich eine entsprechende Stellenminderung (siehe Ziff. 5 S. 33 der Erl.).
	Wagenmeister	194						
		1239	1800 bis 2700	2'729,100	3,420			
	Seite	10850		33'963,100	40,920			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	10850		33·963,100	40,920			
22	Steindrucker des Staatsministeriums	9						
	Werkführer	218 [1]						
	Geldzähler	13						
	Stationsmeister	645 [2]						
	Rangiermeister	523 [3]						
	Turmwärter	565 [4]						
	Oberportiers — künftig wegfallend	7 [5]						
		1980	1800 bis 2400	3·876,400	6,480			
23	Bureau- und Magazinsassistenten	470 [6]						
	Amtsgehilfen	— [7]						
		470	1500 bis 2400	793,950	2,160			
	Seite	13300		38·633,450	49,560			

[1]) 8 Stellen weniger. Infolge Vermehrung der Stellen für Oberwerkführer in der Klasse 18 können entbehrt werden: 3 Stellen im telegraphentechnischen Dienst und 7 Stellen im stellwerktechnischen Dienst (siehe Ziff. 5 S. 30 der Erl.). Dagegen werden zur Durchführung einer plangemäßen Postenbesetzung in den Druckereien 2 Stellen mehr erforderlich.

[2]) 170 Stellen mehr. Zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung sind im Gesamtdienst 120 Stellen und im Lokalbahndienst 50 Stellen mehr benötigt. Dagegen erfährt der Bedarf an Stationsdienerstellen im Lokalbahndienst (Kl. 27) eine Minderung in der gleichen Anzahl (siehe Ziff. 5 S. 34 der Erl.).

[3]) 35 Stellen weniger infolge Umwandlung in Oberrangiermeisterstellen (Kl. 18 — siehe Ziffer 8 S. 30 der Erl.).

[4]) 95 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung. Die gleiche Zahl an Weichenwärterstellen der Klasse 25 kommt in Wegfall (siehe Ziff. 7 S. 33 der Erl.).

[5]) 1 Stelle weniger. Entfällt auf Grund der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.

[6]) 48 Stellen mehr. Bei Besetzung der in den Klassen 19 — Kanzlisten — und 21 — Kanzleiassistenten — als Mehrung vorgesehenen 40 Stellen werden in der Klasse 23 zwar ebenso viele Stellen frei, die jedoch nicht entbehrt werden können; vielmehr sind noch weitere 48 Stellen zur Besetzung der wichtigeren Posten mit Beamten der Klasse 23 benötigt. 48 Stellen in der Klasse 26 können eingezogen werden (siehe Ziff. 9 S. 33 der Erl.).

[7]) 7 Stellen weniger. Die seinerzeit vorhandenen Amtsgehilfen sind inzwischen zu Bureauassistenten berufen worden; die für sie seither vorgesehenen Stellen kommen in Wegfall.

41 Stellen mehr.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	13300		38'633,450	49,560			
24	Packmeister	605						
	Lokomotivführer	1300[1]						
	Wagenwärter	700						
		2605	1700 bis 2300	4'928,600	9,540			
25	Direktionsdiener	210[2]						
	Stationsaufseher	1220[3]						
	Zugspackmeister	122						
	Packer im Stationsdienst	183[4]						
	Schaffner	1110[5]						
	Lokomotivheizer	2780[6]						
	Fahrkartendrucker	8						
	Steindrucker	17						
	Weichensteller	1780[7]						
	Vorarbeiter	1401[8]						
		8831	1500 bis 2100	15'116,300	38,160			
26	Kanzlei- und Magazinsgehilfen	147[9]	1200 bis 2100	222,300	2,340			
	Seite	24,883	—	58'900,650	99,600			

[1]) 156 Stellen mehr infolge erhöhter Zugleistungen.

[2]) Durch die Überführung von Direktionsdienern als Ministerialboten in die Klasse 21 werden 8 Stellen in der Klasse 25 frei; diese können jedoch nicht entbehrt werden, weshalb die für die Finanzperiode 1910 und 1911 genehmigten Stellen auch für die Finanzperiode 1912 und 1913 wieder vorzusehen waren (siehe auch Ziff. 6, 1 S. 31, 35 der Erl.).

[3]) 320 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung.

[4]) 20 Stellen weniger mit Rücksicht auf den künftigen Stellenbesetzungsplan.

[5]) 24 Stellen weniger. Für 81 Posten im Fahrdienst, die bisher von Schaffnern wahrgenommen wurden, sind nunmehr Zugführerstellen in der Klasse 21 vorgesehen (siehe Ziff. 8 S. 31 der Erl.). Als Ersatz für diese 81 Posten in der Klasse 25 sind nur 59 erforderlich; es können daher 22 Stellen eingezogen werden. Im Brückendienst in Ludwigshafen sind 2 Stellen wegen Änderung in der Postenbesetzung entbehrlich.

[6]) 204 Stellen mehr infolge erhöhter Zugleistungen.

[7]) 266 Stellen weniger. 95 Stellen sind infolge Umwandlung in Stellen der Klasse 22 — Turmwärter — einzuziehen (siehe Ziff. 4 S. 32 der Erl.). Weitere 171 Stellen werden wegen Personalminderung durch Inbetriebnahme von großen Stellwerkanlagen und wegen Änderung der Stationsbesetzung entbehrlich.

[8]) 333 Stellen mehr. Im Bahnunterhaltungsdienst werden wegen Verminderung der Zahl der Arbeiterpartien verfügbar 67 Stellen; dagegen sind für den gemischten Dienst zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung als Mehrbedarf vorzusehen 400 Stellen gegen Einziehung der gleichen Anzahl an Stationsdienerstellen im gemischten Dienst in Klasse 27 (siehe Ziff. 5 S. 34 der Erl.).

[9]) 88 Stellen weniger. Die in den Klassen 19, 21 und 23 als Mehrbedarf vorgesehenen 88 Stellen können in der Kl. 26 eingezogen werden (siehe Ziff. 1, 5, 6 Seite 31, 31, 32 der Erl.).

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	24,883	—	58'900,650	99,600			
27	Heizer	65[1]						
	Packer im Fahrdienst	48[2]						
	Wagenwärtergehilfen	2939[3]						
	Portiers	80[4]						
	Stationsdiener	2221[5]						
	Bahnsteigschaffner	265[6]						
	Maschinenwärter	90[7]						
	Streckenwärter	600[8]						
	Blockwärter	216						
	Nachtwächter — künftig wegfallend	51[9]						
		6,575	1400 bis 2000	10'672,100	13,320			
	Seite	31458		69'572,750	112,920			

[1]) 5 Stellen mehr zur plangemäßen Besetzung von Posten bei der Gasanstalt in Ludwigshafen.

[2]) 22 Stellen weniger wegen Änderung der Dienstverhältnisse.

[3]) 200 Stellen mehr wegen erhöhter Zugleistungen.

[4]) 7 Stellen weniger mit Rücksicht auf den neuen Stellenbesetzungsplan.

[5]) 717 Stellen weniger und zwar:

400 Stellen weniger im gemischten Dienst wegen Vermehrung der Vorarbeiterstellen in Kl. 25 um die gleiche Anzahl (siehe Ziff. 8 S. 33 der Erl.) und

244 Stellen weniger infolge Änderung des seitherigen Stellenbesetzungsplanes.

50 Stellen weniger im Lokalbahndienst wegen Vermehrung der Stationsmeisterstellen (Kl. 22) — siehe Ziff. 2 S. 32 der Erl.

162 Stellen weniger im Fahrdienst, da der Gesamtbedarf im Zugbegleitdienste durch die in den Klassen 21 und 25 vorgesehenen Zugführer und Schaffnerstellen voll gedeckt ist.

1 Motorwagenführerstelle entbehrlich.

857 Stellenminderungen.

Dagegen sind als Mehrbedarf vorzusehen:

100 Stellen im gemischten Dienst zur Regelung der Stationsbesetzung in der Pfalz und

40 Stellen im Lokalbahndienst wegen Eröffnung neuer Lokalbahnen und zur Durchführung plangemäßer Besetzung bereits vorhandener Posten.

140 Mehrungen

857 Minderungen, daher

717 Minderungen im ganzen w. o.

[6]) 21 Stellen mehr zur Durchführung einer der Neuordnung der Verkehrsverwaltung entsprechenden Postenbesetzung.

[7]) 4 Stellen weniger wegen Auflassung von Pumpwerken.

[8]) 35 Stellen weniger wegen Änderung der Dienstverhältnisse.

[9]) 15 Stellen weniger mit Rücksicht auf die Neuordnung der Verkehrsverwaltung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	31458		69'572,750	112,920			
28	Bureaudiener	88[1]	1300 bis 1900	128,800	180			
29	Kanzlei- und Telegraphen-Assistentinnen	48	1200 bis 1500	65,800	–			
30	Bahn- und Schrankenwärter	1812	1200 bis 1700	2'581,150	720			
	Summe a	33406	—	72'348,500	113,820	134,980	72'597,300	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	37,000	—	—	37,000	
	c. Bezüge der nicht übergetretenen Beamten der vormaligen Pfalzbahnen .	—	—	25,600	—	—	25,600	
	Summe	33406	—	72'411,100	113,820	134,980	72'659,900	
	Bauschalabstrich	-	—	2'360,000	—	—	2'360,000[2]	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlages für 1912 und 1913 . . .	33406*	—	70'051'100	113,820	134,980 Künftig wegfallend	70'299,900	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	33161	—	68'247,965	121,704	222,331	68'592,000	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	245	—	1'803,135	—	—	1'707,900	
	weniger	—	—	—	7,884	87,351		

[1]) Durch die in der Klasse 21 vorgesehene Erhöhung des etatsmäßigen Standes an Ministerialboten um 8 werden in letzter Linie ebenso viele Stellen der Klasse 28 frei; von einer Verminderung der Bureaudienerstellen möchte jedoch abgesehen werden, um für den Bureaudienerdienst auf größeren Stationen, der z. Zt. von Gehilfen versehen wird, etatsmäßige Beamte aufstellen zu können — siehe auch Ziff. 6, 2 S. 31, 33 der Erl.

[2]) Bei der Berechnung der Gehaltsbezüge ist angenommen worden, daß die vorgesehenen Stellen — mit Ausnahme der neuen Stellen und der Stellenmehrungen — während des ganzen Jahres besetzt sind. Die erledigten Stellen können jedoch nicht immer sofort besetzt werden. Es darf daher angenommen werden, daß ungefähr 1210 Stellen fortwährend nicht mit etatsmäßigem Personal besetzt sind, weshalb hiefür der Betrag von 2'360,000 M abgesetzt worden ist.

*) Hievon stehen 6070 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 930 800 M unter Kap. 6 § 2 Tit. 2 der Einnahmen veranschlagt.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			ein-zeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Bemerkung. Bei Überführung eines Oberlokomotivführers in die Klasse 18 d. G.O. als Oberwerkführer tritt für die Dauer dieser Überführung eine Erhöhung des Gehaltes um jährlich 300 ℳ ein. Wird ein Oberlokomotivführer aushilfsweise oder probeweise im Aufsichtsdienst verwendet, so wird auf die Dauer dieser Verwendung eine nach dem jährlichen Betrage von 300 ℳ zu bemessende Vergütung gewährt. Bei Überführung eines Packers im Stationsdienst (Kl. 25) zum Packer im Fahrdienst (Kl. 27), dann eines Packmeisters (Kl. 24) zum Zugspackmeister (Kl. 25) oder umgekehrt wird der Gehalt so berechnet, wie wenn der zu Überführende schon von seinem Eintritt in eine etatsmäßige Stelle des Packerdienstes an ausschließlich im Fahrdienst bezw. im Stationsdienst verwendet gewesen wäre. Bei Verwendung von Wagenwärtern oder Wagenwärtergehilfen im Wagenaufsichtsdienst wird auf die Dauer dieser Verwendung eine nach dem jährlichen Betrage von 150 ℳ zu bemessende Vergütung gewährt. Bei Beförderung eines Wagenwärters zum Wagenmeister wird der um 150 ℳ erhöhte Wagenwärtergehalt der Gehaltsermittelung nach Art. 30 Abs. 1 bis 3 des Beamtengesetzes zu Grunde gelegt. Bei Bemessung des Personalbedarfs ist davon ausgegangen worden, daß die K. Staatsregierung wie seither ermächtigt ist, im Falle einer größeren als der bei der Budgetaufstellung angenommenen Verkehrssteigerung das etatsmäßige Fahrpersonal nach Maßgabe des eintretenden Bedürfnisses — vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages — über den budgetmäßigen Stand hinaus sowohl in Anfangsstellen wie auch in den Vorrückungsstellen zu vermehren.							

München, den 28. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Erläuterungen.

Allgemeines.

1. Der Etat der Einnahmen und Ausgaben der Staatseisenbahnen für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 ist im allgemeinen auf Grund der Rechnungsergebnisse des Jahres 1910 aufgestellt worden. Hiebei sind jedoch alle besonderen Umstände, die auf die Gestaltung der Etatsziffern einen Einfluß haben, soweit sie vorausgesehen werden konnten, berücksichtigt worden.

2. Die Verkehrseinnahmen konnten infolge der andauernd guten Wirtschaftslage erheblich höher als für die Finanzperiode 1910 und 1911 veranschlagt werden.

3. Auch die übrigen Einnahmen sind, abgesehen von einigen minder wichtigen Titeln, die zum Teil durchlaufende Posten betreffen, höher als in der vorigen Finanzperiode bemessen worden.

4. Die Beendigung der Gehaltsstufensperre (vgl. § 4 der A. V. vom 6. September 1908 — die Gehaltsverhältnisse der etatsmäßigen Staatsbeamten betr. — Ges.- u. V.Bl. S. 681 ff. —) hat eine ziemlich erhebliche Einwirkung auf die Bemessung der Personalausgaben geäußert. Der hierdurch veranlaßte Mehrbedarf berechnet sich auf 592,000 ℳ.

5. Zum Zwecke von Lohnaufbesserungen ist im Etat der Gesamtbetrag von 2'110,000 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode vorgesehen worden. Im Zusammenhange mit den Lohnaufbesserungen ist in Aussicht genommen eine neue Werkstättelohnordnung einzuführen.

Es ist beabsichtigt, die Lohnaufbesserungen für den nächstmöglichen Zeitpunkt nach Verabschiedung des Budgets, frühestens jedoch mit Wirkung ab 1. Juli 1912 durchzuführen, da die Durchführung mit rückwirkender Kraft erfahrungsgemäß mit großen Weitwendigkeiten verbunden wäre und im vorliegenden Falle wegen der gleichzeitigen Einführung der neuen Werkstättelohnordnung auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Im Beharrungszustande wird der Etat durch die geplanten Maßnahmen eine dauernde Belastung allein an Mehrlöhnen von über 3 Millionen Mark erfahren.

6. Mit dem Jahre 1912 tritt das Gesetz betreffend die Bildung eines Ausgleichs- und Tilgungsfonds der Staatseisenbahnverwaltung vom 13. August 1910 — Ges.- u. V.Bl. S. 623 — in Kraft.

Nach der Begründung zu diesem Gesetz (Beilage 1028 zu den Verh. d. K. d. Abg. Band X S. 900) sind in den dispositiven Teil des Eisenbahnetats nicht nur die bisherigen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben, sondern auch die übrigen in Art. 2 Abs. 1 Ziffer 3 aufgeführten Ausgaben einzustellen, also neben den Einlagen in den Ausgleichs- und Tilgungsfonds besonders der Aufwand für Pensionen, sowie für die Verzinsung und Verwaltung der Eisenbahnschuld.

Der vorliegende Etat, in dem übrigens nach den Bestimmungen des erwähnten Gesetzes eine Ablieferungsschuldigkeit an die allgemeine Staatskasse von 3 Millionen Mark vorzusehen war, erscheint daher in einer wesentlich veränderten und erweiterten Gestalt, die schon äußerlich die mit der Einführung der planmäßigen Schuldentilgung verknüpfte Änderung der Stellung des Eisenbahnetats innerhalb des allgemeinen Staatshaushalts zum Ausdruck bringt.

7. Was den Aufwand für Pensionen anlangt, der bisher im allgemeinen Pensionsetat — Etat Nr. 31 — mit vorgesehen und im Eisenbahnetat bei Kap. 4 § 3 nur intra lineas vorgetragen war, so ist der Voranschlag für Ruhegehalte einschließlich der nach § 7 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 (Ges.- u. V.Bl. S. 419 ff.) zu gewährenden Pensionszulagen nunmehr an der schon im bisherigen dem Normalbuchungsformular für die Eisenbahnen Deutschlands angeglichenen Etatschema vorgesehenen Stelle (Kap. 4 § 3 Titel 1 und 2) mit insgesamt 15'900,000 ℳ vorgetragen.

Hierdurch ist bei den Betriebsausgaben gegenüber den Etats früherer Finanzperioden eine wesentliche Erhöhung eingetreten.

8. Außer den Ruhegehalten sind sodann die Mittel für Pensionsbeihilfen an die vor dem 1. Januar 1909 pensionierten, jedoch an den Pensionszulagen nicht teilnehmenden Beamten und Bediensteten, die für 1910 und 1911 gleichfalls

noch im allgemeinen Pensionsetat vorgesehen waren, auf den Eisenbahnetat übernommen und mit 44,000 ℳ unter die Ausgaben auf Kap. 4 § 9 — Unterstützungen — eingestellt worden.

9. Von der im Etat für Pensionen und Unterstützungen (Nr. 31) unter Ziffer II vorgesehenen Summe wurde der Staatseisenbahnverwaltung bisher zur Ergänzung der ihr anderweitig zur Verfügung stehenden Unterstützungsmittel ein Anteil zugewiesen. Der diesem Anteil entsprechende Betrag ist nunmehr auf Kap. 4 § 9 des Eisenbahnetats übertragen worden, damit in diesem Etat nach der Absicht des Gesetzes über den Ausgleichs- und Tilgungsfonds alle ordentlichen Ausgaben der Staatseisenbahnverwaltung angefordert und ausgewiesen sind.

10. Da im Gleisumbau auf schweres Profil und in der Verstärkung des Oberbaues überhaupt in den letzten Jahren eine gewisse Zurückhaltung beobachtet wurde, mußten diesmal wieder höhere Aufwendungen für diese Zwecke vorgesehen werden.

Ferner sind für erheblichere Ergänzungen der baulichen Anlagen um 3'500,000 ℳ und für den Ersatz ganzer Fahrzeuge um 9'270,000 ℳ mehr als für die beiden Jahre der vorigen Finanzperiode in Ansatz gebracht worden.

11. Unter Kap. 8 § 1 — Vergütung für gepachtete Bahnstrecken — sind bisher veranschlagt worden:

a) die Pachtzinsen für die Benützung von Eisenbahnstrecken fremder Eisenbahnverwaltungen,

b) die Zins- und Tilgungsbeträge für die vom Sachsen-Meiningen'schen Staate, von Gemeinden und Privaten gebauten, vom bayerischen Staat jedoch sofort nach Bauvollendung gegen Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals übernommenen Eisenbahnstrecken (sog. Pachtbahnen).

Nach Art. 3 Abs. 1 Ziffer 1 des Gesetzes vom 13. August 1910 — die Bildung eines Ausgleichs- und Tilgungsfonds der Staatseisenbahnverwaltung betr. — sind vom Jahre 1912 an die Tilgungsbeträge für die Pachtbahnen nicht mehr für den Eisenbahnbetrieb zu verrechnen, sondern aus dem Ausgleichs- und Tilgungsfonds zu bestreiten.

Auch die Zinsen für die Pachtbahnen sind nicht mehr unter Kap. 8 § 1 der Ausgaben vorgetragen, sondern bei Kap. II der Verwendung des Überschusses in den Aufwand für Verzinsung der Eisenbahnschuld mit eingerechnet, da im Sinne des erwähnten Gesetzes die zu verzinsenden Baukapitalien der Pachtbahnen als Bestandteil der Eisenbahnschuld zu gelten haben (vgl. auch Anlage B zum Etat der Staatsschuld Nr. 22).

12. Die Betriebslänge der K. B. Staatseisenbahnen wird mit Hinzurechnung der im Laufe des Jahres 1911 eröffneten und noch zur Eröffnung gelangenden Lokalbahnstrecken, nämlich:

Strecke		Länge
Schliersee—Bayrischzell	mit	16,71 km
Kaltenbach—Bundenthal	„	15,20 „
Lampertsmühle—Otterberg (Güterbahn)	„	3,89 „
Gessertshausen—Fischach (Teilstrecke)	„	7,90 „
Ettringen—Wald (Teilstrecke)	„	7,30 „
Zweibrücken—Ixheim (Teilstrecke)	„	2,00 „

am 31. Dezember 1911 . . . . . . 7947,14 km betragen.

Im Laufe der Finanzperiode 1912 und 1913 werden voraussichtlich die nachbezeichneten Bahnstrecken mit den beigesetzten Längen eröffnet werden:

Zeit		Bahn	Strecke		Länge
im Sommer 1912	die	Hauptbahn	Garmisch-Partenkirchen—Landesgrenze (Mittenwald)	mit	22,99 km
„ „ „	„	Lokalbahn	Aying—Kreuzstraße	„	6,40 „
„ „ „	„	„	Dachau—Indersdorf (Teilstrecke)	„	16,28 „
„ Herbst „	„	„	Schongau—Peißenberg	„	15,35 „
„ „ „	„	„	Fischach—Wald (Teilstrecke)	„	18,85 „
„ „ „	„	„	Waldfischbach—Kaiserslautern	„	23,90 „
„ „ „	„	„	Ixheim—Hornbach (Teilstrecke)	„	7,30 „
„ „ „	„	„	Neuses b/Kronach—Weißenbrunn (Güterbahn)	„	5,53 „
„ „ „	„	„	Untersteinach—Stadtsteinach (Güterbahn)	„	4,10 „
„ „ „	„	„	Obernzell—Wegscheid (Teilstrecke)	„	21,05 „
„ „ „	„	„	Großostheim Grenze—Höchst i/O.	„	13,04 „
„ „ „	„	„	Stadtprozelten zur Landesgrenze bei Wertheim	„	8,57 „
„ „ „	„	„	Garmisch-Partenkirchen zur Landesgrenze bei Griesen	„	14,70 „
„ Frühjahr 1913	„	„	Lampertsmühle—Weilerbach (Teilstrecke)	„	8,00 „
„ „ „	„	„	Breitengüßbach—Dietersdorf	„	32,27 „
„ „ „	„	„	Stein—Unternbibert	„	33,00 „
„ „ „	„	„	Floß—Flossenbürg (Güterbahn)	„	6,28 „
„ „ „	„	„	Wunsiedel—Leupoldsdorf	„	6,66 „
„ Sommer „	„	„	Oberviechtach—Schönsee	„	16,29 „
„ Herbst „	„	„	Weilerbach—Reichenbach (Teilstrecke)	„	8,70 „
„ „ „	„	„	Hornbach—Landesgrenze (Teilstrecke)	„	4,78 „
„ „ „	„	„	Indersdorf—Altomünster (Teilstrecke)	„	19,72 „
„ „ „	„	„	Rosenheim—Frasdorf	„	15,70 „
„ „ „	„	„	Deggendorf—Hengersberg (Teilstrecke)	„	11,60 „
„ „ „	„	„	Kalteneck—Außernzell (Teilstrecke)	„	24,60 „
„ „ „	„	„	Ebermannstadt—Heiligenstadt	„	10,70 „
„ „ „	„	„	Holenbrunn—Selb	„	22,34 „
„ „ „	„	„	Neunburg v/W.—Rötz	„	17,28 „

Hierdurch werden die Staatseisenbahnen bis zum Schlusse der Finanzperiode 1912 und 1913 eine Betriebslänge von 8363,12 km erreichen.

Die durchschnittliche Betriebslänge berechnet sich auf 8116,86 km oder rund 8117 km und übersteigt die durchschnittliche Betriebslänge des Jahres 1910 mit 7779,07 km oder rund 7779 km um 338 km oder 4,35 %.

Von der durchschnittlichen Betriebslänge zu 8116,86 km treffen 7953,22 km gemeinschaftlich auf den Personen- und Güterverkehr, während 24,28 km nur dem Personenverkehr und 139,36 km nur dem Güterverkehr dienen.

Einnahmen.

Verkehrseinnahmen im allgemeinen.

Bei der Veranschlagung der Verkehrseinnahmen ist von den Ergebnissen des Jahres 1910 ausgegangen worden. Die auf dieser Grundlage für die Jahre 1911, 1912 und 1913 berechneten Ansätze beruhen auf einer Schätzung der voraussichtlichen Verkehrsbewegung, nur sind hiebei die bereits vorläufig ermittelten wirklichen Ergebnisse der ersten sechs Monate des Jahres 1911 mitberücksichtigt worden.

Der Verkehrszuwachs durch neu zu eröffnende Bahnen ist in den angenommenen Steigerungsprozenten mitenthalten.

1.

Kap. 1. Personen- und Gepäckverkehr.

Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr haben im Jahre 1910

im rechtsrheinischen Netz den Betrag von	75'743,928 ℳ 40 ₰
„ pfälzischen „ „ „ „	11'041,302 ℳ 74 ₰
zusammen	86'785,231 ℳ 14 ₰

erreicht.

An den Einnahmen des rechtsrheinischen Netzes war die auf die Oberammergauer Passionsspiele und die Ausstellung in München zurückzuführende Einnahme zu kürzen. Der hienach verbleibende Betrag bildete die Grundlage für die Berechnung der voraussichtlichen Einnahmen der Jahre 1911, 1912 und 1913.

Hiebei konnte für die Jahre 1912 und 1913 im rechtsrheinischen Netz nur eine Verkehrssteigerung von 4,5 %, im pfälzischen Netz nur eine solche von 3,5 % angenommen werden, weil die verkehrsfördernde Wirkung der bereits im Jahre 1907 durchgeführten Personentarifreform sich höchstens im Jahre 1911 noch etwas bemerkbar machen, in den folgenden Jahren aber gänzlich ausgeglichen sein wird.

Für 1912 ist die aus der in München stattfindenden Gewerbeschau zu erwartende Mehreinnahme sowie die Einnahme aus dem Schalttage besonders hinzugesetzt worden.

Hienach berechnet sich der Etatssatz für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913

für das rechtsrheinische Netz auf	82'489,500 ℳ
„ „ pfälzische „ „	11'974,500 ℳ
zusammen auf	94'464,000 ℳ.

2.

Kap. 2. Güterverkehr.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr haben im Jahre 1910 betragen:

im rechtsrheinischen Netz	141'689,672 ℳ 43 ₰
„ pfälzischen „	29'367,900 ℳ 99 ₰
zusammen	171'057,573 ℳ 42 ₰.

Die bei der Veranschlagung der Einnahmen für die Jahre 1910 und 1911 angenommene 4%ige Verkehrssteigerung ist im Hinblick auf den anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung auch für die Jahre 1912 und 1913 der Berechnung zu Grunde gelegt worden.

Unter Berücksichtigung der Einnahme für den Schalttag des Jahres 1912 berechnet sich hienach der Voranschlag für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913

für das rechtsrheinische Netz auf	157'721,000 ℳ
„ „ pfälzische „ „	32'859,000 ℳ
zusammen auf	190'580,000 ℳ.

3.

Die Gesamteinnahmen waren im Etat Nr. 8 der Finanzperiode 1910 und 1911 auf 278'767,510 ℳ veranschlagt, wonach auf 1 km der für die Jahre 1910 und 1911 berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 7917 km 35,211 ℳ treffen.

Im Jahre 1910 wurde eine Gesamteinnahme von 281'624,728 ℳ 26 ₰, das ist auf 1 km der durchschnittlichen Betriebslänge des Jahres 1910 zu 7779 km eine Einnahme von 36,203 ℳ erzielt. Die Gesamteinnahmen für die Finanzperiode 1912 und 1913 wurden mit dem Betrage von 308'332,800 ℳ veranschlagt, wonach auf 1 km der für ein Jahr dieser Finanzperiode berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 8117 km der Betrag von 37,986 ℳ entfällt.

Ausgaben.

4.

Persönliche Ausgaben.

Kap. 1. Besoldungen der Beamten.

Im allgemeinen.

In dem Ausweise Anlage A sind, soweit das bereits vorhandene Personal in Betracht kommt, die Gehalte und Nebenbezüge nach dem mutmaßlichen Stande am 1. Januar 1912 und zwar zur Gewinnung einer ausreichenden Reserve für die eintretenden Gehaltsvorrückungen mit Berechnung der Bezüge, wie sie am 1. Januar 1913 treffen würden, vorgetragen worden, während die persönlichen und besonderen Zulagen sowie die Ausgleichsgelder der von den vorm. Pfälzischen Eisenbahnen übernommenen Beamten mit dem Aufwande in Ansatz gebracht wurden, wie er sich unter Berücksichtigung der im Laufe der Jahre 1912 und 1913 eintretenden Gehaltsvorrückungen ergibt.

Der wahrscheinliche Abgang durch Beförderung, Ruhestandversetzung, Ableben usw. ist hiebei berücksichtigt worden.

Zur Bewältigung der auch für die Jahre 1912 und 1913 angenommenen Verkehrssteigerung, zum Betriebe der während der Finanzperiode zu eröffnenden Bahnlinien, sowie zur programmäßigen Besetzung der einzelnen Dienstposten sind Mehrungen in verschiedenen Dienstklassen notwendig geworden, denen andererseits beträchtliche Minderungen gegenüberstehen. Im Falle einer größeren als der bei der Budgetaufstellung angenommenen Verkehrssteigerung wird der K. Staatsregierung wie seither die Ermächtigung zu erteilen sein, das etatsmäßige Fahrpersonal nach Maßgabe des eintretenden Bedürfnisses vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages über den budgetmäßigen Stand hinaus sowohl in Anfangsstellen wie auch in den Vorrückungsstellen zu vermehren.

Nach dem Ausweise der Besoldungen — Anlage A — sind 245 Stellen für etatsmäßige Beamte als reine Mehrung vorgesehen worden.

Im besonderen.

Gegenüber den Willigungen für die Finanzperiode 1910 und 1911 ergeben sich für die Finanzperiode 1912 und 1913 als Mehrungen:

Anzahl	Stellen	Klasse
15	Regierungsräte	Klasse 7
1	Chemiker	" 12
59	Oberbahnverwalter	" 13
111	Bahnverwalter	" 14
40	Oberbahnmeister	" 16
23	Oberwerkführer	" 18
60	Oberstationsmeister	" 18
35	Oberrangiermeister	" 18
30	Oberassistenten und Kanzlisten	" 19
28	Oberpackmeister	" 19
84	Oberlokomotivführer	" 20
10	Kanzleiassistenten des Staatsministeriums	" 21
8	Boten des Staatsministeriums	" 21
81	Zugführer	" 21
170	Stationsmeister	" 22
95	Turmwärter	" 22
48	Bureau- und Magazinsassistenten	" 23
156	Lokomotivführer	" 24
320	Stationsaufseher	" 25
204	Lokomotivheizer	" 25
333	Vorarbeiter	" 25
5	Heizer	" 27
200	Wagenwärtergehilfen	" 27
21	Bahnsteigschaffner	" 27
Summe 2137	Stellen,	

dagegen als Minderungen:

Anzahl	Stellen	Klasse
2	Oberregierungsräte	Klasse 6
13	Direktionsräte, Oberinspektoren, Oberbauinspektoren, Obermaschineninspektoren	" 9
52	Direktionsassessoren und Inspektoren	" 11
31	Technische Eisenbahnsekretäre	" 16
429	Eisenbahnsekretäre	" 17
37	Bahnmeister	" 18

4	Paliere	Klasse 19
75	Zeichner und Bauassistenten	„ 21
8	Werkführer	„ 22
35	Rangiermeister	
1	Oberportier	
7	Amtsgehilfen	„ 23
20	Packer im Stationsdienst	„ 25
24	Schaffner	
266	Weichensteller	
88	Kanzlei- und Magazinsgehilfen	„ 26
22	Packer im Fahrdienst	„ 27
7	Portiers	
717	Stationsdiener	
4	Maschinenwärter	
35	Streckenwärter	
15	Nachtwächter	
Summe 1892	Stellen.	

Nach Abgleichung der Mehrungen mit den Minderungen verbleibt eine reine Mehrung von 245 Stellen.

Diese reine Mehrung von 245 Stellen ist ausschließlich dem unteren Dienst zuzurechnen, da hier im ganzen 546 Stellen mehr vorgesehen sind, denen beim mittleren Dienst eine Minderung von 250 und beim höheren Dienst eine solche von 51 Stellen gegenübersteht.

Die Mehrungen im unteren Dienst sind in erster Linie durch die Verkehrssteigerung, dann aber auch dadurch veranlaßt, daß in fortschreitender Durchführung der Neuordnung Dienstverrichtungen, die bisher von mittleren Beamten wahrgenommen wurden, auch weiterhin dem unteren Personal übertragen werden sollen. Die Übertragung von Dienstaufgaben, die bisher von Beamten des höheren Dienstes verrichtet wurden, an Beamte des mittleren Dienstes hat es auch notwendig gemacht, eine Reihe von gehobenen Stellen für den mittleren Dienst vorzusehen.

Durch die Mehrung der etatsmäßigen Stellen und sodann durch die hervorgehobene Änderung in der Besetzung der Dienstposten wird im mittleren und unteren Dienst eine beträchtliche Anzahl von Beförderungsmöglichkeiten eröffnet, die zum Teil wieder weitere Beförderungsmöglichkeiten in unteren Dienstklassen und in der untersten Klasse des betreffenden Dienstzweiges Anstellungsmöglichkeiten zur Folge haben.

Ungeachtet dieser Hebung und Mehrung des etatsmäßigen Personals ergibt sich bei der Abgleichung der Stellenmehrungen mit den Stellenminderungen eine jährliche Einsparung an Besoldungsaufwand im Betrage von rund 300,000 ℳ. Wird diese Einsparung von dem Mehraufwand abgerechnet, der sich für die regelmäßigen Gehaltsvorrückungen im Betrage von 1'400,000 ℳ und für die außerordentlichen durch die Aufhebung der Gehaltsstufensperre veranlaßten Vorrückungen im Betrage von 600,000 ℳ ergibt, so verbleibt ein Mehrbedarf an Besoldungen in der Finanzperiode 1912 und 1913 gegenüber der Finanzperiode 1910 und 1911 von rund 1'700,000 ℳ, dem bei den Gehilfenlöhnen (Kap. 2 § 2) infolge der oben berührten Anstellungsmöglichkeiten eine Minderung von rund 1'000,000 ℳ gegenübersteht.

Diese Minderung kommt allerdings in der absoluten Ziffer des Voranschlages zu Kap. 2 § 2 nicht voll zur Erscheinung, da sie durch den für die Lohnerhöhungen eingerechneten Mehrbedarf zum Teil wieder aufgewogen wird.

5.

Kap. 2 § 2 und 3. Löhne der Gehilfen und Dienstaushilfen.

Bei den Löhnen der Gehilfen zeigt sich aus dem am Schlusse der vorigen Ziffer angegebenen Grunde, ungeachtet des für die Lohnerhöhungen vorgesehenen Mehrbedarfs, eine Minderung von 190,000 ℳ.

Der Aufwand an Dienstaushilfen wird, abgesehen von der Lohnerhöhung, von der in Aussicht genommenen Verbesserung der Urlaubsverhältnisse des etatsmäßigen und nichtetatsmäßigen Personals und von der Einführung weiterer Diensterleichterungen beeinflußt und weist daher eine Mehrung von 900,000 ℳ auf.

6.

Verbesserung der Dienst- und Lohnverhältnisse des Personals.

Es möchte von einigem Interesse sein, wenn an dieser Stelle ein Überblick über die hauptsächlichsten Summen gegeben wird, die in dem vorliegenden Etat aus Anlaß der Verbesserung der Dienst- und Lohnverhältnisse des Personals bereitgestellt sind.

Dabei sollen die bereits bei den Ausführungen über die Besoldungen der Beamten hervorgehobenen zahlreichen Beförderungs- und Anstellungsmöglichkeiten mit dem entsprechenden Geldbedarf nicht mehr weiter berücksichtigt werden.

Wie in Ziff. 5 der allgemeinen Erläuterungen bemerkt ist, beträgt der für die Finanzperiode 1912 und 1913 veranschlagte Aufwand, der durch die in Aussicht genommene Erhöhung der Löhne an reinen Mehrlöhnen entstehen wird 2'110,000 ℳ.

Außerdem ist für Verbesserung der Urlaubsverhältnisse des etatsmäßigen und nichtetatsmäßigen Personals und für sonstige Diensterleichterungen vorgesehen ein Betrag von . . . . 465,000 ℳ

zusammen 2'575,000 ℳ.

Hiezu kommt die durch die Lohnerhöhungen verursachte Mehrung des Versicherungsaufwandes, die
bei der Krankenversicherung mit . . . . . 37,100 ℳ
bei der Arbeiterpensionskasse Abt. A mit . . . . . 20,600 ℳ
Abt. B mit . . . . . 70,000 ℳ
und bei der Unfallversicherung mit . . . . . 55,100 ℳ

in Summe mit 182,800 ℳ

veranschlagt ist.

Die Verbesserung der Urlaubsverhältnisse hat ferner durch die notwendigen Stellvertretungen bei den Taggeldern und Reisekosten (Kap. 3 § 1 der Ausgaben) einen Mehraufwand von . . . . 70,000 ℳ. zur Folge.

Die Einführung der Reichsversicherungsordnung wird sich namentlich bei dem für die Abt. A der Arbeiterpensionskasse von der Staatseisenbahnverwaltung zu leistenden Zuschusse geltend machen mit einem voraussichtlichen Mehrbedarf von rund . . . . 100,000 ℳ.

Endlich möchte auch der Zinsverlust, der der Staatseisenbahnverwaltung aus der Hingabe von Darlehen an Baugenossenschaften mit durchschnittlich 1 % erwächst, der gleichfalls dem Personal zugute kommt, hieher zu rechnen sein mit ungefähr . . . . 45,000 ℳ

Gesamtsumme 2'972,800 ℳ.

Werden schließlich noch einige kleinere Posten berücksichtigt, die noch hieher gehören würden, aber der Kürze halber nicht einzeln aufgeführt werden sollen, so stellt sich der Gesamtjahresaufwand, der im vorliegenden Etat für Verbesserung der Dienst- und Lohnverhältnisse des gesamten, namentlich aber des Arbeiterpersonals vorgesehen ist, auf rund 3'000,000 ℳ.

7.

Kap. 6a § 1 und 3. Kosten der Unterhaltung, Erneuerung und kleinerer Ergänzungen der baulichen Anlagen.

Die Ausgaben für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 sind veranschlagt worden auf

A. Unterhaltung des Unterbaues . . . . 2'760,000 ℳ
B. Unterhaltung des Oberbaues . . . . 8'656,000 ℳ
C. Unterhaltung der Telegraphen- und Signaleinrichtungen . . . . . 1'492,000 ℳ
D. Unterhaltung der Hochbauten und sonstigen Anlagen . . . . . . 3'908,000 ℳ
E. Beseitigung des Schnees . . . . 695,000 ℳ
F. Leistungen für Dritte . . . . 31,000 ℳ

Summe 17'542,000 ℳ.

Hievon entfallen auf
§ 1. Löhne im Bahnunterhaltungsdienst . . . . 11'264,000 ℳ
§ 3. Sonstige Ausgaben (für Leistungen und Lieferungen durch Unternehmer und Handwerksmeister) . . . 6'278,000 ℳ

Summe 17'542,000 ℳ.

Gegenüber dem Etat für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 zu . . . . 14'526,000 ℳ

sind die Ansätze um den Betrag von . . . . 3'016,000 ℳ
höher.

Die Mehrung hat ihren Grund hauptsächlich darin, daß der Gleisumbau mit Schienen der Form X in den Jahren 1912 und 1913 in bedeutend größerem Umfange durchgeführt werden soll, als in den beiden Vorjahren. Es sollen nämlich statt 150 km im rechtsrheinischen und 6 km im pfälzischen Netz im ganzen rund 360 km Gleis, darunter 35 km in der Pfalz auf Form X umgebaut werden.

Auf den Hauptbahnen I. Ordnung liegen im rechtsrheinischen Netz rund 1468 km Gleis der Form IX, darunter 770 km unverstärkt teils auf eisernen, teils auf hölzernen Querschwellen. Da durch die gesteigerte Fahrgeschwindigkeit und die schwereren Schnellzugsmaschinen die Abnützung dieser Schienenform rasch fortschreitet, ist in Aussicht genommen, den Umbau der mit Schienen der Form IX belegten Schnellzugsstrecken auf Form X tunlichst innerhalb der nächsten vier Finanzperioden und den besonders dringenden Umbau der noch unverstärkten Strecken schon im Laufe der Finanzperiode 1912 und 1913 und 1914 und 1915 wenigstens zum größten Teile durchzuführen.

Nach diesem Umbauprogramm war es notwendig, für die Jahre 1912 und 1913 für das rechtsrheinische Netz den Umbau von rund 325 km vorzusehen.

Auf den Hauptbahnstrecken II. Ordnung sollen 140 km — statt 81 km in den Jahren 1910 und 1911 — Gleis älterer Schienenformen mit Schienen der Form IX umgebaut werden. Auf diesen mit Oberbau der Form IX auszurüstenden Strecken sind gegenwärtig im rechtsrheinischen Netze noch rund 1000 km mit Schienen älterer Formen belegt, deren Abnützung zum Teil weit vorgeschritten ist, es muß deshalb auch der Umbau auf Form IX in den nächsten Jahren in etwas rascherer Folge als bisher betrieben werden. Um die bei den Gleisumbauten auf Form X in größerer Menge anfallenden Schienen der Form IX einer baldigen und wirtschaftlichen Wiederverwendung zuzuführen, wird der Umbau mit neuen Schienen der Form IX bis zur Vollendung des Umbaues auf den Hauptbahnen I. Ordnung möglichst eingeschränkt werden.

Aus diesem Grunde sollen in den Jahren 1912 und 1913 für die Gleisumbauten auf Form IX nur bei einigen Bahnlinien, auf denen in den Monaten des stärksten Verkehrs die Schnellzüge mit Lokomotiven der Gattung C und S befördert werden müssen, im ganzen für 32 km neue Schienen, im übrigen aber ausschließlich altgute Schienen mit neuen föhrenen Bahnschwellen und neuem Kleineisenzeug verwendet werden. Weiterhin sind die Kosten für 64 km Schwellenumbauten auf Hauptbahnlinien I. und II. Ordnung, für den Umbau von 122 km Langschwellengleis der Form IV und III auf Nebenbahnen und zwar von 22 km mit neuen Schienen der Form VIII und von 100 km mit altguten, beim Umbau der Hauptbahnen anfallenden Schienen älterer Hauptbahnformen vorgesehen. Sodann soll die in der Finanzperiode 1908 und 1909 begonnene Ausrüstung der Einfahrsignale mit 2. Flügeln und die Abrückung der Vorsignale von den Hauptsignalen auf den Hauptbahnen I. Ordnung vollendet werden. Endlich wurden noch Mittel eingestellt für die Fortsetzung dieser Arbeiten auf den Hauptbahnen II. Ordnung und für die Einführung des gelben Doppellichtes im pfälzischen Netze.

Für Beseitigung des Schnees wurde als voraussichtlicher Aufwand für 1912 und 1913 der Durchschnitt der wirklichen Ausgaben der letzten 5 Jahre unter Berücksichtigung der seit 1906 eingetretenen Mehrung der Betriebslängen veranschlagt.

8.

Kap. 6a § 2 Tit. 1—5. Beschaffung der Oberbaumaterialien.

Die Kosten für Beschaffung der Oberbaumaterialien sind für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 auf	10'373,000 M
sohin gegenüber dem Etat für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 zu	6'978,000 M
um den Betrag von	3'395,000 M

höher.

Diese Erhöhung des Aufwandes für Oberbaumaterialien ist in erster Linie durch die in den Erläuterungen zu Kap. 6a §§ 1 und 3 begründete Mehrung an Gleisumbauten veranlaßt, die allein schon 3'100,000 M Mehrkosten auf Titel 1, 2 und 4 erfordern.

Ferner hat sich bei der Veranschlagung der Kosten für die gewöhnliche Bahnunterhaltung bei Titel 4 „Schwellen" eine namhafte Mehrung dadurch ergeben, daß infolge der außerordentlichen Einschränkung des Gleisumbaues auf Form X und IX in den Jahren 1910 und 1911 der Anfall und der Bestand an altguten Schwellen bedeutend gemindert wurde und hierdurch der Bedarf an neuen Schwellen im gleichen Maße gestiegen ist. Da in den Jahren 1912 und 1913 zum größten Teil nur Strecken mit eiserner Unterschwellung umgebaut werden, mußte der für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 für die gewöhnliche Unterhaltung veranschlagte Betrag, der sich übrigens nach dem Rechnungsabschluß für 1910 und den bisherigen Ausgaben für 1911 bereits als unzulänglich erwiesen hat, für 1912 und 1913 beträchtlich erhöht werden.

Endlich wurde bei der Veranschlagung der Kosten für Titel 4 einer zu erwartenden 10 %igen Preissteigerung Rechnung getragen.

Die Minderung des für Titel 3 „Weichen" veranschlagten Betrages gegenüber dem Etat für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 ist nicht durch eine Einschränkung des Weichenumbaues, sondern durch eine Änderung der Verrechnungsweise der an die Weichenbauanstalten zur Montierung von Weichen abzugebenden neuen Oberbaumaterialien und außerdem dadurch begründet, daß für die auf besondere Kredite des außerordentlichen Budgets auszuführenden Neubauten die benötigten Oberbaumaterialien seit neuerer Zeit in der Regel unmittelbar auf Rechnung dieser Kredite beschafft werden (siehe Erläuterungen zu den Einnahmen auf Kap. 5 § 2 Tit. 2).

9.

Kap. 7. Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und der maschinellen Anlagen.

§ 4. Beschaffung ganzer Fahrzeuge.

Tit. 1. Lokomotiven.

Es ist in Aussicht genommen, in den Jahren 1912 und 1913

18	Schnellzuglokomotiven
1	Personenzuglokomotive
44	Lokomotiven für leichte Personenzüge
15	Güterzuglokomotiven
3	Rangierlokomotiven
Summe 81	Lokomotiven nachzuschaffen.

Der Aufwand hiefür ist auf 6'000,000 M veranschlagt, weshalb der Betrag von 3'000,000 M in den Etat eingestellt wurde.

Tit. 3. Personenwagen.

In den Jahren 1912 und 1913 sollen

	420	zwei- und dreiachsige Personenwagen	
	11	Lokalbahn-Personenwagen	
zusammen	431	Personenwagen mit einem Aufwand von	5'898,000 ℳ
	18	Eisenbahnpostwagen mit einem Aufwand von	252,000 ℳ
Summe	449	Personen- und Postwagen mit einem Gesamtaufwande von	6'150,000 ℳ

beschafft werden.

Für ein Jahr der Finanzperiode ist der Betrag von 3'075,000 ℳ in den Etat eingestellt worden.

Tit. 4. Gepäck- und Güterwagen.

In den Jahren 1912 und 1913 sollen

2000	Güterwagen
85	Gepäckwagen
6	Heizkesselwagen

Summe 2091 Güter- und Gepäckwagen im Kostenvoranschlage von 7'850,000 ℳ nachgeschafft werden. In den Etat sind deshalb 3'925,000 ℳ eingestellt worden.

Die Willigungen für Beschaffung ganzer Fahrzeuge haben ebenso wie die Forderungen für erheblichere Ergänzungen (Kap. 6b) die Natur von Krediten, die gleich denen des außerordentlichen Budgets noch für spätere Finanzperioden wirksam bleiben sollen. Es ist daher, wie dies für Kap. 6b schon seit der Finanzperiode 1908 und 1909 der Fall war, die Übertragbarkeit auf die nächste Finanzperiode, die dem gegebenen Bedürfnisse entsprechend erscheint, auch für Kap. 7 § 4 beantragt.

10.

Die **Gesamtausgaben** waren im Etat Nr. 8 der Finanzperiode 1910 und 1911 auf 195'524,000 ℳ, wonach für ein Kilometer der für die Jahre 1910 und 1911 berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 7917 km 24,607 ℳ treffen.

Die wirklichen Ausgaben im Jahre 1910 betragen 186'216,194 ℳ 04 ₰, so daß auf ein Kilometer der durchschnittlichen Betriebslänge für das Jahr 1910 zu 7779 km ein Betrag von 23,938 ℳ entfällt. Die Voranschläge für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913, in denen unter Kap. 4 § 3 Tit. 1 und 2 erstmals der Aufwand für Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen vorgesehen worden ist, weisen einen Gesamtbedarf von 227'198,300 ℳ aus, wonach für 1 km der für ein Jahr dieser Finanzperiode berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 8117 km ein Betrag von 27,990 ℳ sich ergibt.

Das **Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen** ist folgendes:

Im Etat für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 waren die Ausgaben mit $70,_{14}$% der Einnahmen veranschlagt, während sie sich im Jahre 1910 auf $66,_{12}$% beliefen und nach dem Voranschlag für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 mit Einschluß des Aufwandes für Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen $73,_{69}$% der Einnahmen in Anspruch nehmen werden. Nach Abzug dieses Aufwandes mit 15'900,000 ℳ an den Betriebsausgaben werden letztere $68,_{53}$% der Betriebseinnahmen beanspruchen.

11.

Der Abschluß des Etats, der durch das mehrfach erwähnte Gesetz über den Ausgleichs- und Tilgungsfonds veranlaßt und mit „Verwendung des Überschusses" überschrieben ist, entspricht in seiner formellen Anlage im allgemeinen dem Schema des Normalbuchungsformulares für die Eisenbahnen Deutschlands.

Zu Kap. I.

Gemäß § 23 Abs. 3 der Bekanntmachung des K. Staatsministeriums der Finanzen vom 23. Juni 1907, die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets betr. (Fin.Min.Bl. S. 221 ff.), müssen für den Fall, daß die Rechnungsnachweisungen einer Finanzperiode mit einem Fehlbetrag abgeschlossen haben, in dem dem Rechnungsabschlusse folgenden Budget für die aus dieser Finanzperiode übertragenen Kredite die erforderlichen Mittel neu vorgesehen werden.

Da diese Voraussetzung für die Finanzperiode 1908 und 1909 zutrifft, so ist für die aus den bezeichneten Etatsjahren stammenden übertragenen Kredite der Staatseisenbahnverwaltung im vorliegenden Etat Deckung zu schaffen.

Nach den Rechnungsnachweisungen für die Finanzperiode 1908 und 1909 ist auf die Jahre 1910 und 1911 von den im Etat der Staatseisenbahnen und im Etat der Pfälzischen Eisenbahnen zu Kap. 6b „Kosten erheblicherer Ergänzungen" bereitgestellten und als auf die nächste Finanzperiode übertragbar erklärten Mitteln insgesamt ein Kreditrest von 475,986 ℳ 37 ₰ übergegangen. Es ist daher für ein Jahr der Finanzperiode der aus budgettechnischen Gründen abgerundete Betrag von 238,000 ℳ in den Etat eingestellt worden, wobei jedoch zu bemerken ist, daß sich die Ausgabebefugnis nach wie vor nur auf den genauen Betrag des Kreditrestes von 475,986 ℳ 37 ₰ erstreckt.

Zu Kap. II.

Vergl. den allgemeinen Abschnitt dieser Erläuterungen Ziffer 6 und den Ausweis des Bedarfs für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld Anlage C des Etats der Staatsschuld Nr. 22.

Zu Kap. III.

Gemäß Artikel 2 Abs. 1 Ziffer 1 des Gesetzes über die Bildung eines Ausgleichs- und Tilgungsfonds der Staatseisenbahnverwaltung ist in den Fonds einzulegen ein Teil der Verkehrseinnahmen (Kap. 1 und 2 der Einnahmen), der

für das Jahr 1912 mit 20 vom Hundert
für das Jahr 1913 mit 30 vom Hundert } der Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahre

berechnet wird.

Dem Voranschlage der Verkehrseinnahmen mit zusammen 285'044,000 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 sind nachstehende Schätzungsbeträge zu Grunde gelegt:

	Gesamtanfall an Verkehrseinnahmen ℳ	mehr gegenüber dem Vorjahre ℳ
für das Jahr 1911:	267'660,000	—
für das Jahr 1912:	279'904,000	12'244,000
für das Jahr 1913:	290'185,000	10'281,000.

Als Einlage in den Fonds würde sich hienach für das Jahr 1912 nach 20 vom Hundert aus 12'244,000 ℳ ein Betrag von . . . . . 2'448,800 ℳ
und für das Jahr 1913 nach 30 vom Hundert aus 10'281,000 ℳ ein Betrag von . . . . . 3'084,300 ℳ
mithin zusammen für die beiden Jahre der Finanzperiode ein Einlagebetrag von . . . . . 5'533,100 ℳ
oder für ein Jahr der Finanzperiode ein solcher von . . . . . 2'766,550 ℳ
ergeben, der sich durch Hinzurechnung der ersparten Zinsen der im Jahre 1812 zur Tilgung gelangenden Beträge noch etwas erhöhen würde.

Nach Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes muß aber in den Fonds wenigstens die für die vertragsmäßige Schuldentilgung des Rechnungsjahres erforderliche Summe eingelegt werden. Diese für die Tilgung der Pachtbahnen und der Pfalzbahnprioritäten für ein Jahr der Finanzperiode aufzuwendende Summe beträgt 3'990,700 ℳ.

Es ist nun allerdings anzunehmen, daß die durch die Einlage nach Art. 2 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 für die Tilgung bereitgestellte Summe durch die vom Gesetz weiter vorgeschriebenen Einlagen nach Ziffer 3 bis 5, namentlich durch die Einlage des Reinüberschusses (Ziffer 3 und Kap. V des Etats) nach dem Ergebnisse der Rechnung mindestens auf den Betrag der vertragsmäßigen Tilgung ergänzt werden wird. Bei der Etataufstellung darf jedoch mit dieser Annahme nicht gerechnet werden. Es mußte vielmehr die für die vertragsmäßige Tilgung unter allen Umständen vorzuhaltende Summe sichergestellt und daher unter Kap. III der Verwendung des Überschusses an Stelle der für sich allein nicht ausreichenden Einlage nach Art. 2 Abs. 1 Ziffer 1 und 2 als Zwangseinlage vorgesehen werden.

Zu Kap. IV und V.

Nach Art. 2 Abs. 1 Ziffer 3 des Gesetzes über die Bildung eines Ausgleichs- und Tilgungsfonds der Staatseisenbahnverwaltung ist der Überschuß, der nach Bestreitung der Gesamtausgaben (Betriebskosten, Pensionen, Aufwand für Verzinsung und Verwaltung der Schuld, Einlagen in den Fonds nach Ziffer 1 und 2) sowie nach einer Ablieferung von 3 Millionen Mark für das Jahr der Finanzperiode an den allgemeinen Staatshaushalt noch verbleibt, in den Fonds einzulegen.

München, den 28. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 9.

Post- und Telegraphenverwaltung.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Aus dem Postverkehr.**	
			1		Beförderungsgebühren.	
43'806,130	62			1	Aus abgesetzten Postwertzeichen und vereinbarten Bauschbeträgen . .	48'900,000
2'296,878	10			2	Aus unfrankierten Postsendungen	2'026,400
1'700,092	65			3	An Zeitungsgebühren	1'918,200
3'092,358	78		2		Zustellgebühren	3'433,000
50'895,460	15				Seite	56'277,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
45'262,600	3'637 400	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 1.** Die Einnahmen aus Postwertzeichen sind in den Jahren 1906 mit 1909 um durchschnittlich jährlich 4,20 %, im Jahre 1910 um 4,72 % und in den ersten 5 Monaten des Jahres 1911 — nach Abzug der Mehreinnahmen im Monat März wegen Ausgabe von Jubiläums-Postkarten und neuen Postwertzeichen — um 4,76 % gestiegen. Der Voranschlag ist mit der bisherigen Jahresmehrung von 4,5 % berechnet, wozu noch die für den Schalttag 1912 berechnete Mehreinnahme tritt. Zu der hiernach veranschlagten Einnahme von . . . . 43'184,701 ℳ treten die von den Zivilstaatsverwaltungen zu zahlenden Bauschvergütungen und zwar vom K. Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern . . . . 127,626 ℳ der Justiz . . . . 1'901,592 ℳ des Innern . . . . 1'605,593 ℳ des Innern f. Kirchen- u. Schulangelegenheiten 411,928 ℳ der Finanzen . . . . 1'068,630 ℳ zusammen 5'115,369 ℳ ferner die Einnahmen aus Dienstmarken der K. Staatseisenbahnverwaltung im Anschlage von . . . 600,000 ℳ woraus sich ein Gesamtanfall ergibt von . . . . 48'900,070 ℳ oder rund 48'900,000 ℳ.
2'465,800	—	439,400		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 2.** Minderansatz wegen geänderter Verrechnungsweise der Beträge für sog. Zollfrankozettel, die bisher auf diesem Titel vereinnahmt und bei der Hinausvergütung auf Kap. 4 § 6 Tit. 1a verausgabt wurden, nunmehr aber in Einnahme und Ausgabe durch die Postanweisungs-Abrechnung durchgeführt werden. Der Ansatz bei Kap. 4 § 6 Tit. 1a der Ausgaben ist dagegen um einen entsprechenden Betrag gekürzt. Die hier in Rechnung bleibende Einnahme an Porto usw. ist mit einer durchschnittlichen Jahresmehrung um 4 % veranschlagt.
1'793,900	124,300	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 3.** Die durchschnittliche Mehrung der letzten Jahre beträgt 4,68 %. Der Voranschlag ist nach 5 % mit dem Betrage von . . . . . . 1'887,555 ℳ berechnet. Hiezu kommen die Bauschvergütungen der K. Staatsministerien des Innern und des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten mit zusammen . . . . 30,680 ℳ sohin Gesamtanfall 1'918,235 ℳ oder rund 1'918,200 ℳ.
3'222,600	210,400	-		**Zu Kap. 1 § 2.** Der Voranschlag ist mit 4,25 % Jahresmehrung (Durchschnitt der letzten Jahre 4,24 %) berechnet. Zu dem hiernach veranschlagten Betrag von 3'404,938 ℳ kommt die Bauschvergütung des K. Staatsministeriums des Innern mit 28,050 ℳ. Die Gesamteinnahme beträgt sonach 3'432,988 ℳ oder rund 3'433,000 ℳ.
52'744,900	3'972,100	439,400		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
50'895,460	15	1			Übertrag	56'277,600
1'008,998	53		3		Einnahmen aus dem Überweisungs- und Scheckverkehr	1'443,700
			4		Einnahmen aus der Beförderung auf Landstraßen:	
108'356	85			1	Einschreibgebühren für Postomnibusreisende	105,000
1'151,875	25			2	Einnahmen aus der Motorwagenbeförderung	1'556,000
			5		Vergütungen von fremden Verwaltungen.	
915,900	44				a) Hereinzahlungen aus der Abrechnung	978,200
86,162	84				b) Für Dienstleistungen und überlassene Betriebsmittel	91,400
54'166,754	06				Summe Kap. 1	60'451,900
		2			**Einnahmen aus dem Telegraphen- und Telephonverkehr.**	
2'788,640	40		1		Telegrammgebühren	3'000,300
11'485,934	65		2		Telephongebühren	14'598,400
3,387	58		3		Hereinzahlungen fremder Verwaltungen aus der Abrechnung	4,000
14'277,962	63				Summe Kap. 2	17'602,700
87,906	31	3			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken**	104,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
52'744,900	3'972,100	439,400		
828,000	615,700	—		**Zu Kap. 1 § 3.** Veranschlagt nach der Mehrung der letzten Jahre und zwar: an Gebühren mit 841,115 ℳ, an Ersatz für Druckkosten mit 93,686 ℳ und an Zinserträgnis mit 508,934 ℳ, zusammen mit 1'443,735 ℳ oder rund 1'443,700 ℳ.
105,000	—	—		**Zu Kap. 1 § 4 Tit. 1.** Durchschnittseinnahme in den letzten Jahren 108,134 ℳ.
800,000	756,000	—		**Zu Kap. 1 § 4 Tit. 2.** Veranschlagt nach dem Einnahmeanfall bei den einzelnen Linien. Mitte 1911 sind 42 ständige Linien im Betriebe. Bis Ende 1913 sollen 73 ständige Linien in Betrieb stehen. Außerdem werden 15 Sommerlinien betrieben.
928,000	50,200	—		**Zu Kap. 1 § 5.** a) Jährliche Einnahmesteigerung 25,000 ℳ. b) Nach dem gegenwärtigen Stand veranschlagt.
69,600	21,800	—		
55'475,500	5'415,800	439,400		
	4'976,400			
2'698,200	302,100	—		**Zu Kap. 2 § 1.** Durchschnittliche Mehrung in den letzten Jahren 3,10%. Voranschlag wie bisher nach 3% mit 2'830,650 ℳ. Hiezu die Bauschvergütungen für Verbreitung der Wettertelegramme mit 169,700 ℳ. Gesamtanfall sonach 3'000,350 ℳ oder rund 3'000,300 ℳ.
12'653,600	1'944,800	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Die Mehrung gegenüber dem Vorjahre betrug im Jahre 1908: 14,97%, im Jahre 1909: 10,56% und im Jahre 1910: 10,01%. Der Voranschlag ist nach 10% Jahresmehrung berechnet.
4,900	—	900		**Zu Kap. 2 § 3.** Nach dem durchschnittlichen Anfall der letzten Jahre veranschlagt.
15'356,700	2'246,900	900		
	2'246,000			
85,000	19,700	—		**Zu Kap. 3.** Veranschlagt nach dem Stande Mitte 1911.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Verschiedene Einnahmen.**	
2,204	60		1		Gebühren aus der Verwaltung	2,000
19,722	29		2		Aus dem Verkaufe von Materialien und Materialienabfällen sowie von sonstigen Gegenständen	20,000
323,723	81		3		Erlös aus Telegraphen- und Telephonbaumaterialien und Rückersätze für auf fremde Rechnung hergestellte Telegraphen- und Telephon-einrichtungen	364,400
			4		Entschädigung für den Verkauf:	
73,037	83			1	der Reichsstempelmarken	76,000
1,333	63			2	der Gebührenmarken	1,300
797,170	98		5		Übrige Einnahmen	810,000
1'217,193	14				Summe Kap. 4	1'273,700
87,906	31				Hiezu „ „ 3	104,700
14'277,962	63				„ „ 2	17'602,700
54'166,754	06				„ „ 1	60'451,900
69'749,816	14				**Gesamtbetrag der Einnahmen**	79'483,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,000	—	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Der bisherige Etatssatz wird noch beizubehalten sein.
14,000	6,000	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Mehransatz entsprechend den Ergebnissen der letzten Jahre.
336,810	27,950	—		**Zu Kap. 4 § 3.** Die Erhöhung des Etatssatzes entspricht der Einnahmemehrung der letzten Jahre. Die Vergütung der K. Staatseisenbahnverwaltung für die Unterhaltung der ausschließlich für den Eisenbahndienst bestimmten Telegraphen- und Telephonleitungen ist mit jährlich 205,900 ℳ angesetzt.
65,300	10,700	—		**Zu Kap. 4 § 4.** Ansätze nach der durchschnittlichen Steigerung der letzten Jahre.
1,000	300	—		
734,600	75,400	—		**Zu Kap. 4 § 5.** Erhöhung des Ansatzes nach dem Anfall der letzten Jahre. Die Zuschläge für allgemeine Unkosten bei Arbeiten für Rechnung von Neubaukrediten für Telegraphen- und Telephonzwecke und für Rechnung von Behörden und Privaten sind mit jährlich rund 500,000 ℳ veranschlagt.
1'153,710	119,990	—		
85,000	19,700	—		
15'356,700	2'246,000	—		
55'475,500	4'976,400	—		
72'070,910	7'362,090	—		

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
33'941,221	98			1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 32,383 ℳ künftig wegfallend.	36'187,182
2'557,691	13			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3'100,000
162,907	51			3	Tagegelder und Reisekosten . . . . Die Bauschvergütungen, die für die Vornahme auswärtiger Dienstgeschäfte an bestimmte Klassen von Beamten gewährt werden, haben bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des B.G. zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht zur Anrechnung zu kommen.	182,000
734,369	C6			4	Fahrgelder des Fahrdienstpersonals im Postdienste . . . . Werden Beamte, für deren Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, ständig im Fahrdienste beschäftigt, so ist von den Fahrgeldern bei Festsetzung der Unfallfürsorgebezüge in das Diensteinkommen ein Drittel des Betrages einzurechnen, der während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahre, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogen wurde Dagegen können Fahrgelder des nur gelegentlich im Fahrdienste verwendeten Personals bei Festsetzung der erwähnten Bezüge nicht berücksichtigt werden.	780,000
73'396,189	68				Summe § 1	40 249,182

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
34'737,211	1'449,971	—	A S. 27	
2'398,800	701,200	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 2.** Der Mehrbedarf wird sich hauptsächlich ergeben wegen Vermehrung des Aushilfspersonals infolge von Verkehrszunahme und wegen Verwendung von Aushilfsbediensteten als Ersatz für die im höherwertigen Dienste beschäftigten etatsmäßigen Beamten, dann wegen Zunahme des Telephonverkehrs und wegen Ausdehnung des Motorpostbetriebs.
182'000	—	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 3.** Der bisherige Etatssatz kann trotz der zu erwartenden Mehrausgaben infolge Vermehrung der Post-, Telegraphen- und Telephonanstalten, dann infolge Zunahme des telegraphentechnischen Dienstes und des Motorpostbetriebes beibehalten werden, weil durch die beabsichtigte Neuregelung der Taggelder usw. eine Minderung der Gesamtausgaben eintreten wird.
743,600	36,400	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 4.** Mehransatz entsprechend der durchschnittlichen Jahreszunahme sowie wegen des Zuganges neuer Motorpostlinien.
38'061,611	2'187,571	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		1	2		Sächliche Ausgaben.	
2'211,531	54			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	2'350,000
686,537	59			2	Mietzinse für Amtslokalitäten	750,000
3,762	52			3	Für elektrotechnische Versuche und das Postmuseum . . . . Hievon 16,800 M künftig wegfallend.	21,800
2'901,831	65				Summe § 2	3'121,800
37'396,189	68				Hiezu „ § 1	40'249,182
40'298,021	33				Summe Kap. 1	43'370,982
26,605	54	2			**Umzugskosten**	30,000
		3			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
100,000	—		1		Zuschuß zum Unterstützungsfonds der Post- und Telegraphenverwaltung	121,000
107,964	87		2		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	122,000
			3		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten	
38,476	68			1	Abteilung A	54,000
83,594	—			2	Abteilung B	91,000
			4		Entschädigungen und fortlaufende Renten:	
38,212	28				a) auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	40,700
17,031	64				b) auf Grund sonstiger Bestimmungen und Vereinbarungen . . .	17,400
14,608	98		5		Unterstützungen an Beamte der Gehaltsklassen 1—14 sowie deren Hinterbliebene	—
399,888	45				Summe Kap. 3	446,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
2'331,300	18,700	—		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 1.** Mehrbedarf wegen Verkehrszunahme, Preissteigerung bei den Materialien, Ausdehnung des Motorpostbetriebes und des Post-, Überweisungs- und Scheckverkehrs, dann wegen Neuauflagen mehrerer Abschnitte der Dienstanweisung, wegen Anschaffung von Postwertzeichen-Automaten, von weiteren Briefstempelmaschinen und von Barfrankierungsstempeln ꝛc., ferner wegen des Bezuges neuer Posthäuser und Erweiterung von Diensträumen.
690,000	60,000	—		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 2.** Mehransatz wegen Erhöhung der Mietzinse und Vergrößerung der Diensträume. Die an die K. Staatseisenbahnverwaltung zu leistenden Vergütungen für in Bahndienstgebäuden benützte Räume sind mit 90,000 ℳ veranschlagt.
4,000	17,800	—		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 3.** Die regelmäßigen Ausgaben sind nach dem Durchschnitt der letzten Jahre bemessen. Der als „künftig wegfallend" bezeichnete Betrag von 16,800 ℳ soll zur Beschaffung von Modellen, bildlichen Darstellungen usw. hauptsächlich von Postwagen und Postmotorwagen, dann der neuesten Umschaltsysteme usw. zum Zwecke der besseren Ausgestaltung des im Neubau begriffenen Postmuseums zu Nürnberg dienen.
3'025,300	96,500	—		
38'061,611	2'187,571	—		
41'086,911	2'284,071	—		
16,000	14,000	—		**Zu Kap. 2.** Der Etatsatz ist entsprechend dem Anfall der letzten Jahre bemessen.
				Zu Kap. 3. Änderung der Überschrift in Angleichung an andere Etats.
100,000	21,000	—		**Zu Kap. 3 § 1 (und bisher 5).** Vereinigung der bisher getrennten Etatstitel infolge Schaffung eines einheitlichen Beamtenrechtes. Erhöhung des Etatsatzes wegen Personalmehrung.
114,250	7,750	—		**Zu Kap. 3 § 2.** Mehransatz wegen Personalmehrung und Erhöhung der Beiträge zur Postkrankenkasse.
41,800	12,200	—		**Zu Kap. 3 § 3 Tit. 1 und 2.** Die Mehransätze sind entsprechend der Zunahme der letzten Jahre berechnet. Auch ist bei Abt. A infolge Einführung der Reichsversicherungsordnung ein Mehranfall zu erwarten.
81,000	10,000	—		
45,550	—	4,850		**Zu Kap. 3 § 4 a und b.** Veranschlagt nach dem Anfall der letzten Jahre.
18,500	—	1,100		
16,000	—	16,000		**Zu Kap. 3 § 5.** Ohne Ansatz, weil nun mit § 1 vereinigt.
417,100	50,950	21,950		
	29,000			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Betriebskosten.**	
1'737,632	24		1		Vergütung für Besorgung des Post- und Telegraphendienstes	1'816,000
344,225	54		2		Kosten der Anfertigung von Postwertzeichen	300,000
33,532	24		3		Kosten der Briefkästen	40,000
			4		Beförderungskosten.	
1'109,385	94			1	Vergütung für Beförderung und zugleich Zustellung der Postsendungen und Telegramme	1'300,000
3'595,259	05			2	Beförderungskosten auf Landstraßen	3'527,000
3'750,215	63			3	Beförderungskosten auf Eisenbahnen	3'788,500
10'570,250	64				Seite	10'771,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
1'758,500	57,500	—		Zu Kap. 4 § 1.
348,500	—	48'500		Zu Kap. 4 § 2.
35'000	5,000	—		Zu Kap. 4 § 3.
1'102,920	197,080	—		Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.
3'662,200	—	135,200		Zu Kap. 4 § 4 Tit. 2.
3'735,000	53,500	—		Zu Kap. 4 § 4 Tit. 3.
10'642,120	313,080	183,700		

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 1.

Mutmaßlicher Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1912 und 1913 . . . . 1'768,900 ℳ

Mehrbedarf wegen Erhöhung von Aversen und Vergütungen infolge Geschäftsmehrung und Einrichtung des Telegraphen- und Telephondienstes, Neuerrichtung von Postagenturen und Posthilfstellen usw. insgesamt . . . . 47,100 ℳ

Gesamtbedarf für ein Jahr der Finanzperiode 1'816,000 ℳ.

An dauernden Ausgaben werden in die Finanzperiode 1914 und 1915 voraussichtlich 1'827,000 ℳ übergehen.

Zu Kap. 4 § 2.

Minderansatz hauptsächlich infolge von Preisermäßigungen für Papier und Druck.

Zu Kap. 4 § 3.

Mehrbedarf hauptsächlich für Reparaturkosten.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Mutmaßlicher Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1912 und 1913 . . . . 1'239,915 ℳ

Mehrbedarf für Aufstellung von weiteren aversionierten Hilfspostboten, Erhöhung der Vergütungen an Hilfspostboten, Postagenturen und Posthilfstellen infolge Geschäftsmehrung, Verbesserung der Zustellverhältnisse auf dem Lande, Errichtung von neuen Postagenturen und Posthilfstellen usw. insgesamt . . . . 60,085 ℳ

Gesamtbedarf für ein Jahr der Finanzperiode 1'300,000 ℳ.

An dauernden Ausgaben werden in die Finanzperiode 1914 und 1915 voraussichtlich 1'319,000 ℳ übergehen.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 2.

Mutmaßlicher Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1912 und 1913 . . . . 3'491,262 ℳ

Der Minderübergang an dauernden Ausgaben gegenüber dem Voranschlage im Etat für die Finanzperiode 1910 und 1911 zu 3'626,200 ℳ ergibt sich wegen Einführung von Motorverbindungsfahrten in größeren Städten und von Motorpostlinien auf dem Lande.

Mehrbedarf wegen Neueinrichtung von Postfahrten, Umwandlung von Postbotenfahrten in Karriolpostfahrten, Erhöhung der Poststallvergütungen, wegen vermehrter Benützung von Straßenbahnen, dann wegen Erhöhung der Alterszulagen der Postillione usw. insgesamt . . . . . 35,738 ℳ

3'527,000 ℳ

An dauernden Ausgaben werden in die Finanzperiode 1914 und 1915 voraussichtlich 3'545,300 ℳ übergehen.

	Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1914 und 1915	Etats-voranschläge	An dauernden Ausgaben Mehrübergang	An dauernden Ausgaben Minderübergang
bei Kap. 4 § 1 . . .	1'827,000 ℳ	1'816,000 ℳ	11,000 ℳ	—
„ „ 4 § 4 Tit. 1	1'319,000 ℳ	1'300,000 ℳ	19,000 ℳ	—
„ „ 4 § 4 „ 2	3'545,300 ℳ	3'527,000 ℳ	18,300 ℳ	—
	6'691,300 ℳ	6'643,000 ℳ	48,300 ℳ	—.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 3.

Die Vergütung an die Staatseisenbahnverwaltung für Beschaffung, Unterhaltung, Beförderung, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Bahnpostwagen wird nach dem Satze von 5 Pf. für das Postwagen-Achskilometer und bei gemischten Wagen für das Wagenkilometer mit 3'800,000 ℳ veranschlagt. Hievon gehen ab die von der Reichspostverwaltung für die Beförderung von Reichsbahnpostwagen durch die Pfalz zu ersetzenden Beträge von rund 115,000 ℳ. Die weiteren Ausgaben entfallen auf fremde Bahnen und Gesellschaften.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
10 570,250	64	4	4		Übertrag	10·771,500
977,268	68			4	Unterhaltung und Neuanschaffung von Postfahrzeugen	1'270,000
63,318	16		5		Kosten der Dienstkleidungen der Postillione	62,000
			6		Vergütungen an fremde Verwaltungen.	
				1	Im Postverkehr:	
1'284,923	40				a) Hinauszahlungen aus der Abrechnung	1'191,100
102,713	61				b) Für Dienstleistungen und überlassene Betriebsmittel	110,400
281,496	16			2	Im Telegraphen- und Telephonverkehr	233,000
330	46		7		Pflaster- und Brückenzölle	360
49,904	35		8		Versicherungsprämien	31,300
			9		Entschädigungen und Ersatzleistungen.	
86,702	83			1	Im Postdienste	35,000
226	80			2	Im Telegraphendienste	350
30,884	87			3	Im Telephondienste	37,900
258,276	18		10		Sonstige Betriebsausgaben	340,000
13'706,296	14				Summe Kap. 4	14'082,910

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
10'642,120	313,080	183,700		
1'025,000	245,000	—		**Zu Kap. 4 § 4 Tit. 4.** Mehransatz wegen Ausdehnung des Motorpostbetriebs. Die Unterhaltungskosten [illegible] Reparaturen an den Postfahrzeugen [illegible] sind mit 507,500 ℳ, die Kosten für Neuanschaffungen mit [illegible] ℳ, hierunter [illegible] ℳ Rücklagen an den Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien veranschlagt.
72,000	—	10,000		**Zu Kap. 4 § 5.** Minderung der Zahl der Postillone wegen Zunahme des Motorbetriebes.
1'078,620	112,480	—		**Zu Kap. 4 § 6 Tit. 1.** a) Nach der durchschnittlichen Jahressteigerung berechnet sich auf diesem Teil eine Jahresausgabe von rund [illegible] ℳ. Infolge anderweitiger Berechnung der Beträge für sog. Zollkontrolldienst (vgl. bei Kap. 1 § 1 Tit. 2 der Einnahmen) ist die bisherige Hinauszahlung von jährlich [illegible] ℳ hier abgesetzt.
94,000	16,400	—		b) Veranschlagt nach dem gegenwärtigen Stande.
193,100	39,900	—		**Zu Kap. 4 § 6 Tit. 2.** Entsprechend der regelmäßigen Steigerung der letzten Jahre veranschlagt.
270	90	—		**Zu Kap. 4 § 7.** Zugang an Fähr- und Brückengeld für die Postwagen einer Motorpostlinie.
42,850	—	11,550		**Zu Kap. 4 § 8.** Minderansatz, weil von den auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossenen Versicherungsverträgen ein Teil mit größeren Versicherungssummen in der Finanzperiode 1912 und 1913 nicht zu erneuern ist.
35,000	—	—		**Zu Kap. 4 § 9 Tit. 1.** Nach dem regelmäßigen Anfall der letzten Jahre kann der bisherige Ansatz beibehalten werden.
350	—	—		
33,200	4,700	—		**Zu Kap. 4 § 9 Tit. 3.** Mehransatz entsprechend den Ergebnissen der letzten Jahre.
230,500	109,500	—		**Zu Kap. 4 § 10.** Die Mehrausgabe wird verursacht durch Beschaffung von Werkzeugen, Betriebsstoffen usw. für den Motorbetrieb.
13'447,010	841,150	205,250		
	635,900			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		5			**Unterhaltungskosten der Telegraphen- und Telephonanlagen.**	
			1		Telegraphenanlagen.	
				1	Leitungen:	
209,860	06				a) Arbeitslöhne	270,000
159,724	94				b) Materialien und Werkzeuge	210,000
				2	Einrichtungen der Telegraphenanstalten:	
52,560	32				a) Arbeitslöhne	70,000
52,337	90				b) Apparate, Batterien, Werkzeuge und Maschinen	70,000
474,483	22				Summe § 1	620,000
			2		Telephonanlagen.	
				1	Leitungen:	
451,252	46				a) Arbeitslöhne	550,000
285,551	44				b) Materialien und Werkzeuge	350,000
				2	Einrichtungen der Umschalt- und Sprechstellen:	
371,983	57				a) Arbeitslöhne	420,000
278,776	95				b) Apparate, Batterien, Werkzeuge und Maschinen	340,000
1'387,564	42				Summe § 2	1'660,000
1'862,047	64				Summe Kap. 5	2'280,000
		6			**Ergänzung bestehender Telegraphen- und Telephoneinrichtungen.**	
13,666	51		1		Telegraphenanlagen	67,000
74,246	39		2		Telephonanlagen	30,000
87,912	90				Summe Kap. 6	97,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
				Zu Kap. 5 § 1 und 2. Die Mehransätze bei den einzelnen Etatstiteln sind durch die Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonnetzes, Vermehrung der Sprechstellen und die Vermehrung und Erweiterung der Umschaltestellen veranlaßt.
212,000	58,000	—		
192,000	18,000	—		
58,000	12,000	—		
62,500	7,500	—		
524,500	95,500	—		
441,600	108,400	—		
320,000	30,000	—		
353,400	66,600	—		
332,000	8,000	—		
1'447,000	213,000	—		
1'971,500	308,500	—		
25,000	42,000	—		**Zu Kap. 6 § 1.** Neben den regelmäßigen Ergänzungskosten werden größere Ausgaben für Erweiterung und Verlegung des Telegraphenamtes München anfallen.
60,000	—	30,000		**Zu Kap. 6 § 2.** Die in Aussicht genommenen Ergänzungsarbeiten werden mit den vorgesehenen Etatsmitteln ausgeführt werden können.
85,000	42,000	30,000		
	12,000			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		7			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
88,016	86		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen- und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	98,400
291,409	72		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	320,000
62,246	88		3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	333,600
441,673	46				Summe Kap. 7	752,000
		8			**Lasten der Staatsrealitäten.**	
—	–		1		Steuern an auswärtige Staaten	—
9,875	65		2		Kreisumlagen	11,900
1,022	89		3		Distriktsumlagen	1,400
1,181	18		4		Gemeindeumlagen	1,800
—	—		5		Passivreichnisse	—
12,079	72				Summe Kap. 8	15,100
1'157,709	—	9			**Verzinsung und Tilgung der zur Herstellung von Telegraphen- und Telephonanlagen aufgewendeten Kapitalien**	1'735,838

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
97,400	1,000	—		**Zu Kap. 7 § 1.** Die Mehrung wird wegen des Zuganges neuer Posthäuser vorgesehen.
300,000	20,000	—		**Zu Kap. 7 § 2.** Höherer Bedarf wegen des Zuganges neuer Posthäuser, Motorwagenhallen usw.
256,500	77,100	—	B S. 34	
653,900	98,100	—		
—	—	—		
11,900		—		**Zu Kap. 8 § 3.** Mehrung wegen Zuganges neuer Posthäuser, Motorwagenhallen usw.
1,200	200	—		
1,800	—	—		
—	—	—		
14,900	200	—		
1'336,899	398,939	—		**Zu Kap. 9.** (siehe unten)

Zu Kap. 9.

Seit Beginn der Finanzperiode 1908 und 1909 sind an Beträgen, die für die Verzinsung und regelmäßige Tilgung in Betracht kommen, für Postzwecke im Anlehenswege beschafft oder auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds übernommen worden:

in der Finanzperiode 1908 und 1909: 22'216,500 M (hierunter 5'000,000 M Fondsbeträge, die nur zu verzinsen sind),
" " " 1910 " 1911: 10'459,500 M (hierunter 1'500,000 M Fondsbeträge),
" " " 1912 " 1913: 17'610,610 M (hierunter 1'500,000 M Fondsbeträge).

Die in der Finanzperiode 1912 und 1913 neuzugehenden Kapitalbeträge werden nach Maßgabe des Fortschreitens der einzelnen Neubauten usw. erst allmählich beansprucht werden. Anderseits sind die Willigungen aus der Finanzperiode 1910 und 1911 und zurück noch nicht voll aufgebraucht. Für ein Jahr der Finanzperiode werden daher vorgesehen:

an Zinsbeträgen insgesamt . . . . 1'276,070 M
an Tilgungsbeträgen . . . . 459,768 M
zusammen 1'735,838 M

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		10			**Verschiedene Ausgaben.**	
1,125	06		1		Prozeßkosten	1,600
17,470	99		2		Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben . . . . Hievon 5000 M künftig wegfallend.	20,500
18,596	05				Summe Kap. 10	22,100
		11			**Zur Begleichung der durch das Rechnungsergebnis der Jahre 1908 und 1909 nicht gedeckten übertragenen Kredite des ordentlichen Budgets dieser Jahre.**	
—	—				a) Für Gebäudeunterhaltung	8,171
—	—				b) Für Erweiterungs- und Neubauten	92,577
—	—				Summe Kap. 11	100,748
					Zusammenstellung.	
40'298,021	33				Summe Kap. 1	43'370,982
26,605	54				" " 2	30,000
399,888	45				" " 3	446,100
13'706,296	14				" " 4	14'082,910
1'862,047	64				" " 5	2'280,000
87,912	90				" " 6	97,000
441,673	46				" " 7	752,000
12,079	72				" " 8	15,100
1'157,709	—				" " 9	1'735,838
18,596	05				" " 10	22,100
—	—				" " 11	100,748
58'010,830	23				**Gesamtbetrag der Ausgaben** . . .	62'932,778
					Abgleichung zum Etat Nr. 9.	
69'749,816	14				**Einnahmen**	79'433,000
58'010,830	23				**Ausgaben**	62'932,778
11'738,985	91				**Reineinnahme**	16'500,222

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
700	900	—	
26,500	—	6,000	
27,200	900	6,000	
		5,100	
—	8,171	—	
—	92,577	—	
--	100,748	—	
41'086,911	2'284,071	—	
16,000	14,000	—	
417,100	29,000	—	
13'447,010	635,900	—	
1'971,500	308,500	—	
85,000	12,000	—	
653,900	98,100	—	
14,900	200	—	
1'336,899	398,939	—	
27,200	—	5,100	
—	100,748	—	
59'056,420	3'881'458	5,100	
	3'876,358		
72'070,910	7'362,090	—	
59'056,420	3'876,358	—	
13'014,490	3'485,732	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 10 § 1.

Durchschnittsausgabe der letzten 5 Jahre 1596 ℳ.

Zu Kap. 10 § 2.

Der Ansatz ist nach dem durchschnittlichen Anfall der letzten Jahre bemessen. Der als „künftig wegfallend" bezeichnete Betrag von 10,000 ℳ oder jährlich 5000 ℳ ist für die Kosten des Umzuges in das neue Verkehrsministerialgebäude vorgesehen.

Zu Kap. 11 (neu).

Nach den Rechnungsnachweisungen für die Finanzperiode 1908 und 1909 sind im ordentlichen Etat der Post- und Telegraphenverwaltung

bei Kap. 7 § 2 „Für Gebäudeunterhaltung" . . . 16,341 ℳ 12 ₰
bei Kap. 7 § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten" 185,153 ℳ 74 ₰
zusammen 201,494 ℳ 86 ₰

unverwendet geblieben. Für diese Kreditreste werden die Mittel, da sie durch das Rechnungsergebnis der Jahre 1908 und 1909 nicht gedeckt wurden, hier vorgesehen.

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 2'600,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten 1'400,000 ℳ

Summe 4'000,000 ℳ.

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben zu 62'932,778 ℳ.

Summe der Ausgaben auf den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung im ordentlichen Budget . . . . 66'932,778 ℳ.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

a) auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds (Ziff. II) 12'661,000 ℳ oder für ein Jahr . . . . 6'330,500 ℳ
b) auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziff. III)
3'449,610 ℳ oder für ein Jahr 1'724,805 ℳ
1'500,000 ℳ oder für ein Jahr 750,000 ℳ
4'949,610 ℳ oder für ein Jahr 2'474,805 ℳ 8'805,305 ℳ.

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung . . . 75'738,083 ℳ.

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. [illegible]) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 7 der K. Verordnung vom 6. September [illegible] (Ges. u. VOBl. S. [illegible]) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	—			
5	Ministerialräte	4						
	Oberpostdirektoren	8						
		12	8400 bis 10800	109,200	—			
6	Oberregierungsräte . . .	10	7200 bis 9200	69,700	—			Vgl. Seite 28/29 Buchstabe a.
7	Oberposträte	53	6000 bis 8000	357,375	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstabe b und p.
9	Posträte u. Oberpostinspektoren	69						
	Postamtsdirektoren	51						
	Telegraphenamtsdirektoren .	2						
		122	5800 bis 6800	791,091	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstabe c und p.
11	Oberpostassessoren u. Postinspektoren	61						48 Oberpostassessoren und Postinspektoren und 5 Postmeister im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 weniger gegen 8 Oberpostverwalter und 45 Postverwalter mehr.
	Postmeister	65						
		126	4600 bis 6000	743,967	—			Vgl. Seite 30 Buchstabe p.
12	Postassessoren u. Postoffiziale	25	3000 bis 5500	127,500	—			6 Postoffiziale weniger im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 gegen ebenso viele Postverwalter mehr.
13	Oberpostverwalter	8	4200 bis 5400	42,000	—			8 Oberpostverwalter im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 neu geschaffen gegen ebenso viele Oberpostassessoren und Postinspektoren weniger.
	Seite	357		2'252,833	—			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	357	—	2'252,833	—			
14	Postverwalter	681	3600 bis 5400	2'812,950	—			51 Postverwalter mehr im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 gegen 45 Oberpostassessoren und Postinspektoren sowie Postmeister, dann 6 Postoffiziale weniger. Vgl. Seite 29 Buchstabe d.
16	Technische Postsekretäre . .	49	2400 bis 4200	157,050	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstabe e und p.
17	Postsekretäre	3229						51 Postsekretäre im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 weniger gegen 31 Oberassistenten und 20 Expeditorinnen mehr; sodann 47 Postexpeditoren (vor 1909) weniger gegen ebenso viele Postexpeditoren (neue), in Klasse 18 der Gehaltsordnung mehr. *) Auslandszulage. Vgl. Seite 30 Buchstabe q.
	Postexpeditoren (vor 1909)	347						
		3576	1800 bis 3600	10'557,000	240*			
18	Oberwerkführer	142						47 Postexpeditoren (neue) im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 mehr gegen ebenso viele Postexpeditoren (vor 1909) in Klasse 17 der Gehaltsordnung weniger. Vgl. Seite 29 Buchstabe f und g.
	Postexpeditoren (neue) . .	68						
		210	2250 bis 3150	508,462	—			
19	Oberassistenten	58						31 Oberassistenten mehr im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 gegen ebenso viele Postsekretäre weniger.
	Kanzlisten	25						
	Werkstätteleiter	15						
	Obermaschinisten	6						
		104	2250 bis 3000	228,425	—			Vgl. Seite 29 Buchstabe h.
21	Boten und Diener des Staatsministeriums . .	13						
	Oberschaffner	347						
	Oberpackmeister	83						
	Oberbriefträger	245						
	Bauzeichner	27						
		715	1800 bis 2700	1'664,600	—			Vgl. Seite 29 Buchstabe i.
22	Werkführer	119						
	Geldzähler	9						
	Maschinisten	15						
	Werkstätteleiter	14						
		157	1800 bis 2400	294,017	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstabe k und p.
	Seite	5849		18'475,337	240			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	5849	—	18'475,337	240			
23	Kanzlei- u. Bureauassistenten	468						25 Assistenten weniger im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 gegen ebenso viele Packmeister mehr.
	Postadjunkten	544						*) Auslandszulage.
		1012	1500 bis 2400	1'842,975	180*			Vgl. Seite 30 Buchstabe r.
24	Packmeister	965						25 Packmeister im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 mehr gegen ebenso viele Assistenten weniger.
	Fahrpostschaffner	188						
	Briefträger	1837						
		2940	1700 bis 2300	5'459,749	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstabe l und t.
25	Direktionsdiener	44						20 Expeditorinnen mehr im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 gegen ebenso viele Postsekretäre weniger.
	Expeditorinnen	240						
		284	1500 bis 2100	494,084	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstaben m, n und s.
27	Schaffner	3048						
	Heizer	9						
		3057	1400 bis 2000	4'595,067	—			Vgl. Seite 29 und 30 Buchstaben n, r, s und t.
28	Bureaudiener	2	1500	3,000	—			
29	Kanzlei-, Bureau- und Rechnungsassistentinnen, Telegraphenassistentinnen, Telephonassistentinnen . .	1157						
	Postboten	3133						
		4290	1200 bis 1800	6'092,084	360*			*) Auslandszulage vgl. Seite 30 Buchstabe o.
	Summe	17434		36'962,296	780	33,213	36 996,289	
	Bauschalabstrich	—	—	924,057	20	830	924,907	
	Summe a	17434	—	36'038,239	760	32,383	36 071,382	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Bezahlte geprüfte Anwärter des höheren Dienstes [1]) .	—	—	10,800	—	—	10,800	[1]) Bedarf für 6 Rechtspraktikanten je jährlich 1800 M = 10,800 M.
	Bezahlte geprüfte Anwärter des mittleren Dienstes [2]) .	—	—	—	—	—	—	[2]) Aspiranten des mittleren Post- und Telegraphendienstes sind seit 1. Juni 1911 nicht mehr vorhanden.
	Bezahlte geprüfte Postgehilfen [3])	—	—	78,700	26,300	—	105,000	[3]) Der Bedarf für durchschnittlich 75 Stellen wird veranschlagt bei einem Taggeld von 3 M für Postgehilfen, die eine fünfjährige Dienstzeit zurückgelegt haben und von 2 M 80 ₰ für die übrigen Postgehilfen, zusammen auf rund 78,700 M; hiezu für Taggeldzulage für auswärtige Verwendung . . . . . . 26,300 M; im ganzen auf 105,000 M.
	Bezahlte auf festen, Stellen ständig verwendete Telephonistinnen [4])	—	—	—	—	—	—	[4]) Die für die Finanzperiode 1910 und 1911 festgesetzte Zahl von 218 Telephonistinnen wird vom Jahre 1912 an zum Teil etatsmäßig angestellt (Kl. 29 der Gehaltsordnung), zum Teil auf Kap. 1 § 1 Tit. 2 „Kosten für Stellvertretung rc." überführt werden.
	Summe b	—	—	89,500	26,300	—	115,800	
	hiezu „ a	17434	—	36 038,239	760	32,383	36'071,382	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1912 und 1913	*) 17434	—	36'127,739	27,060	32,383 künftig wegfallend	36'187,182	*) Hievon stehen 215 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen und Dienstzimmern. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 60,400 M in der unter Kap. 3 veranschlagten Summe von 104,700 M enthalten.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:	17293	—	34'630,767	40,757	65,687	34'737,211	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	141	—	1'496,972	—	—	1'449,971	
	weniger	—	—	—	13,697	33,304		

Begründung

der

ausgewiesenen Stellenmehrungen und Stellenminderungen.

(a. Etatsmäßige Beamte.)

	Mehr		Weniger
a.	2	Stellen der Klasse 6	—
b.	10	Stellen der Klasse 7	—
c.	8	Stellen der Klasse 9	—
d.	6	Stellen der Klasse 14	—
e.	4	Stellen der Klasse 16	—
f.	5	Stellen der Klasse 18 (Postexpeditoren)	—
g.	5	Stellen der Klasse 18 (Oberwerkführer)	—
h.	2	Stellen der Klasse 19 (Obermaschinisten)	—
i.	15	Stellen der Klasse 21	—
k.	6	Stellen der Klasse 22 (Werkführer im leitungs- und apparatentechnischen Dienst)	—
	4	Stellen der Klasse 22 (Werkführer im Motorpostdienst)	—
l.	115	Stellen der Klasse 24	—
m.	20	Stellen der Klasse 25 (Expeditorinnen)	—
n.	108	Stellen der Klasse 27	—
o.	272	Stellen der Klasse 29 (Assistentinnen, Postboten)	—
p.	—	Stellen der Klasse 7	2
	—	Stellen der Klasse 9	10
	—	Stellen der Klasse 11	8
	—	Stellen der Klasse 16	6
	—	Stellen der Klasse 22	2
q.	—	Stellen der Klasse 17	40
r.	—	Stellen der Klasse 23 (Postadjunkten)	30
s.	—	Stellen der Klasse 25 (Direktionsdiener)	50
t.	—	Stellen der Klasse 27	75
	582		223

Es ergibt sich daher eine Mehrung der Stellen um 359.

Zur Begründung des Personalbedarfes wird angeführt:

Zu a. Bei der Schaffung des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten wurde die Behandlung der Postbauangelegenheiten dem Referate zugeteilt, das die Eisenbahnhochbauten zu bearbeiten hatte. Die Geschäfte wuchsen in diesem Referate so an, daß es notwendig wurde, ein neues Referat zu schaffen. Diesem wurde die Behandlung der Postbauangelegenheiten, die eine Arbeitskraft voll beschäftigen, als Dienstaufgabe übertragen. Nach der Stellenorganisation würde für dieses Referat eine Stelle der Klasse 5 der Gehaltsordnung (Ministerialrat) vorzusehen sein. Der Ersparung der Kosten wegen wird eine Oberregierungsratstelle angefordert.

Für die sechs Ministerialreferate, die mit der Behandlung postdienstlicher Angelegenheiten betraut sind, stehen dann nach dem Etat 4 Stellen der Klasse 5 und 2 Stellen der Klasse 6 zur Verfügung.

Das Referat für Postbetriebsangelegenheiten war hauptsächlich durch die Ausdehnung des Motorpostbetriebes überlastet. Um nicht ein weiteres Referat schaffen zu müssen, wurde das Verlagsamt für Post- und Gebührenmarken zu einem Verkehrsamt ausgebaut. Dieses zentrale Amt hat nunmehr alle Betriebsgeschäfte, die zweck-

mäßig nur von einer Stelle aus erledigt werden können, zu besorgen. Außerdem hat es die betriebsdienstlichen Anweisungen auszuarbeiten. Ihm ist das Verordnungs-, das Kurs- und das statistische Bureau zugeteilt. Auch hat es die Arbeiten des früheren Verlagsamtes für Post- und Gebührenmarken übernommen.

Dieses Amt zählt nunmehr zu den größten und wichtigsten der zentralen Ämter der Postverwaltung. Wie die Vorstandsstellen der anderen wichtigeren zentralen Ämter (Personalamt, Verkehrskontrolle, Telegraphenkonstruktionsamt, Revisionsamt) der Postverwaltung mit Oberregierungsräten besetzt sind, soll auch der Posten des Vorstandes des Verkehrsamtes mit einem Oberregierungsrat besetzt sein.

Zu b. Die Hilfsreferenten des Staatsministeriums und die Referenten der Oberpostdirektionen sollen, wie bereits in den §§ 8 und 36 der Denkschrift über die Neuordnung der Verkehrsverwaltung (Beil. Bd. II z. d. Verhandl. d. K. d. Abg. 1906 Beilage 232) ausgeführt ist, mit Rücksicht auf ihre Verantwortlichkeit und ihre dienstliche Stellung in der Klasse der Oberposträte sich befinden. Von den 12 Hilfsreferenten der Postabteilung des Staatsministeriums befinden sich 8, und von den 43 Referenten der Oberpostdirektionen, die zum Teil schon jahrelang ihre Posten innehaben, noch 17 in der Gehaltsklasse 9.

Um allmählich die tatsächliche Stellenbesetzung mit der programmatischen in Einklang zu bringen, werden acht Oberpostratstellen angefordert.

Zwei Oberpostratstellen sind erforderlich, um die Vorstandsstellen bei den Postscheckämtern München und Nürnberg mit Oberposträten besetzen zu können. Der Scheckverkehr hat bei diesen Ämtern einen gewaltigen Aufschwung genommen. Ende Juni 1911 waren beim Postscheckamt München 3111, beim Postscheckamt Nürnberg 3116 Kontoinhaber vorhanden. Der Gesamtumsatz des ersteren Postscheckamtes betrug im Jahre 1910 die Summe von 831'345,000 *M*, jener des Postscheckamtes Nürnberg 654'070,000 *M*. Das Personal dieser Ämter bestand aus rund je 100 Beamten. Die Postscheckämter München und Nürnberg zählen schon jetzt zu jenen Ämtern, für deren Vorstände nach der Anm. 3 zu Klasse 7 der Gehaltsordnung (S. 695) durch die Etats Oberpostratstellen vorgesehen werden können.

Zu c. Bei den Oberpostdirektionen sind noch 26 Stellen vorhanden, die mit Beamten der Klasse 9 der Gehaltsordnung besetzt sein sollten. Aus Gründen der Sparsamkeit wird, wie auch in den Erläuterungen zu Buchstabe a der Anlage A des Etats Nr. 9 der Post- und Telegraphenverwaltung für die Jahre 1910 und 1911 ausgeführt wurde, auch hier nur die allmähliche regelmäßige Stellenbesetzung angestrebt.

Zu d. Das Fortschreiten der Schwachstromtechnik, das fortwährend Neuerungen auf dem Gebiete des Telephonwesens mit sich bringt, die Ausdehnung des Telephonnetzes und die Einführung neuer Systeme haben die Dienstaufgaben der Beamten des mittleren technischen Dienstes erschwert. Dazu ist beabsichtigt, wie im Verwaltungsdienst, so auch im technischen Dienst die Zahl der höheren Beamten einzuschränken und einen Teil der bisher von Beamten des höheren Dienstes vollzogenen Geschäfte an Personal des mittleren Dienstes zu übertragen. Die Wichtigkeit der Stellung der Beamten des mittleren technischen Dienstes bei den Oberpostdirektionen rechtfertigt die Besetzung einer Anzahl Posten mit Beamten der Klasse 14.

Zu e. Durch die Errichtung neuer Ortstelephonanlagen mehren sich die Neubau- und Unterhaltungsarbeiten bei den Oberpostdirektionen. Die automatische Umschaltestelle in München bedarf ständiger technischer Überwachung.

Zu f. Bei einigen Postagenturen nehmen die Geschäfte so zu, daß zu ihrer Besorgung dauernd mehr als eine Arbeitskraft erforderlich wird. Sie sind daher unter die Postämter III. Klasse einzureihen.

Zu g. Durch die Einrichtung von Vielfachumschaltestellen mit Stromlieferung nach neueren Systemen, den Ausbau der unterirdischen Leitungszuführung, die Neueinrichtung von Telephonanlagen und den Zugang von Teilnehmern mehren sich die Bau- und Unterhaltungsarbeiten. Es wird daher eine Mehrung des im apparaten- und leitungstechnischen Dienst verwendeten unteren technischen Personals um elf Arbeitskräfte erforderlich werden. Für die wichtigsten und verantwortungsvollsten Posten sind fünf Oberwerkführerstellen vorgesehen. Die sechs weiteren Stellen werden in Klasse 22 angefordert.

Zu h. Der Maschinist beim Telephonamt München hat außer einer großen Maschinenanlage die ganze Beleuchtungseinrichtung und die Akkumulatorenstation zu bedienen und instand zu halten. Dem Maschinisten des Telegraphenkonstruktionsamtes obliegt neben seiner Maschinistentätigkeit die Überwachung des Mechanikerpersonals. Beide Posten sind hochwertig und sollten mit Obermaschinisten besetzt sein.

Zu i. Die Stellen sind infolge der Verkehrszunahme für den Schalter-, Sortier-, Packer- und Bahnpostdienst erforderlich.

Zu k. (Siehe Buchstabe g.)

Vier Stellen von Werkführern im Motorpostdienst sind erforderlich infolge der Errichtung neuer Motorpostlinien.

Zu l. 40 Stellen sind erforderlich infolge der allgemeinen Verkehrszunahme. Sie dienen hauptsächlich für den Abfertigungs- und Zustelldienst. 75 Stellen werden angefordert zur Fortführung der schon in der Finanzperiode 1904 und 1905 begonnenen regelmäßigen Besetzung der höherbewerteten Dienstposten des Bureauabfertigungs- und Briefzustelldienstes.

Zu m. Die Stellen sind als Mehrung für höherbewertete Posten des Umschalte-, Telegraphen-, Scheck- und Rechnungsdienstes erforderlich.

Zu n. 28 Stellen sind erforderlich wegen der Verkehrszunahme für den Ladedienst und den Zustelldienst bei kleineren Postämtern II. Klasse.

80 Schaffnerstellen mehr gegen 50 Direktionsdiener- und 30 Postadjunktenstellen weniger: siehe Buchstaben r. und s.

Zu o. 149 Assistentinnenstellen sind als Mehrung wegen des Neuzugangs von Teilnehmern, der Zunahme der Gespräche im Orts- wie im Fernverkehr ferner für den Postscheckverkehr erforderlich. In letzterem steigt nicht nur die Zahl der Kontoinhaber, es werden auch die einzelnen Konten mehr ausgenützt. Die Zahl der Kontoinhaber betrug Ende Juni 1911: 7850, die Zahl der Buchungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1911 rund 4'630,000, der Gesamtgeldumsatz in der gleichen Zeit fast 1,104'000,000 ℳ.

123 Postbotenstellen mehr sind erforderlich infolge der Verkehrssteigerung und der Verbesserung der Zustellverhältnisse auf dem Lande. Etwa 70 Stellen von aversionierten Hilfspostboten, denen Vergütungen im Betrage von rund 70,000 ℳ zugewiesen sind, kommen bei Kap. 4 § 4 Tit. 1 in Abgang.

Zu p. u. t. Die Stellen sind wegen normaler Besetzung der Posten nicht mehr benötigt.

Zu q. Bei den Dienststellen mit großem Personalstand ist erfahrungsgemäß stets ein Teil des Personals dienstbehindert. Zur Vertretung sind seit langer Zeit etatsmäßige Beamte aufgestellt (sog. Reservesekretäre). Mit der Abminderung der Zahl der Beamten des mittleren Dienstes kann auch die Zahl der Reservesekretäre, die zurzeit 238 beträgt, herabgesetzt werden. Es fallen daher 40 Stellen der Klasse 17 der Gehaltsordnung weg.

Zu r. Es ist beabsichtigt, künftig Postgehilfen (Anwärter für den Dienst bei Postämtern III. Klasse) nicht mehr aufzunehmen, sondern das Hilfspersonal dieser Postämter den übrigen Beamten des unteren Dienstes zu entnehmen. Dieses im Gesamtdienst ausgebildete Personal soll sich in Klasse 27 der Gehaltsordnung befinden. Dadurch wird eine bessere Ausnützung des Personals ermöglicht und es werden die Schwierigkeiten vermieden, die sich hinsichtlich der Beförderung einer kleinen abgeschlossenen Beamtengruppe, deren Beförderungsstellen nicht beliebig vermehrt werden können, immer ergeben. 30 Stellen kommen bei Klasse 27 in Zugang.

Zu s. In der vergleichenden Übersicht über den Personalbedarf nach dem Entwurfe der neuen Gehaltsordnung einerseits und dem Budgetentwurfe für die Jahre 1908 und 1909 anderseits (Anlage 2 zu Beilage 532 der Verh. d. K. d. Abg.) waren 94 Stellen der Klasse 25 für Direktionsdiener vorgesehen. Von den Bureaudienern nun, die im Dienerdienst verwendet waren, trat ein größerer Teil noch vor dem 1. Januar 1909 in den Abfertigungsdienst über, um in die Klasse 24 der Gehaltsordnung überführt werden zu können. Für den Dienerdienst wird besonderes Personal nicht aufgenommen, es ergänzt sich aus dem Personal des Betriebsdienstes. Im Dienerdienst der Oberpostdirektion werden daher vielfach Schaffner verwendet, die später wieder in den Betriebsdienst zurücktreten. Es werden daher die Stellen der Klasse 25 (Direktionsdiener) auch künftig nicht benötigt. Sie können in Schaffnerstellen umgewandelt werden.

Zu t. (Siehe Buchstabe p.)

Frei werdende Stellen der Klasse 11 der Gehaltsordnung werden in Stellen der Klasse 13 oder 14, die sich ergebenden Postsekretärstellen — soweit sie nicht eingezogen werden (siehe Bemerkung zu q.) — in Stellen der Klassen 19, 21, 25, 27 oder 29 der Gehaltsordnung umgewandelt.

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche der Post- und Telegraphenverwaltung.

Fortl. Nr.	Oberpostdirektionsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M	M
1	Bamberg	Berneck	Neubau eines Posthauses	85,000	42,500
2	Regensburg	Cham Opf.	Erweiterung des Posthauses	26,000	13,000
3	Regensburg	Furth i. Wald	Erweiterung des Posthauses	18,000	9,000
4	München	Gauting	Neubau eines Posthauses	52,000	26,000
5	Augsburg	Immenstadt	Erweiterung des Posthauses	41,000	20,500
6	München	Mittenwald	Neubau eines Posthauses	79,000	39,500
7	Nürnberg	Nürnberg	Anteil der Postverwaltung an den Baukosten für das neue Verkehrsmuseum	37,000	18,500
			Seite	338,000	169,000

Erläuterungen

Die Diensträume des Postamtes Berneck, die in einem städtischen Gebäude gemietet sind, reichen für den Postverkehr nicht mehr aus und haben hygienische Mängel. Die jahrelangen Bemühungen der Postverwaltung, andere geeignete Postdiensträume mietweise zu bekommen, waren ohne Erfolg.

Für den Neubau soll ein 0,089 ha großes Privatgrundstück um den Preis von 8840 ℳ gekauft werden. Die Baukosten sind zu 76,160 ℳ berechnet. Die Gesamtkosten werden daher 85,000 ℳ betragen.

Das im Jahre 1898 gebaute Posthaus am Bahnhof Cham ist für den inzwischen gesteigerten Verkehr zu klein. Die Einnahmen an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren des Postamtes Cham betrugen im Jahre 1898 34,958 ℳ, im Jahre 1910 59,727 ℳ. Der Durchgangsverkehr mit Paketpostsendungen von der Hauptlinie Schwandorf—Furth auf die in Cham einmündenden Lokalbahnstrecken hat sich in den letzten zehn Jahren auf das Vierfache gehoben.

Bahneigener Grund kann für den Anbau an das Posthaus zur Verfügung gestellt werden. Die Baukosten sind zu 26,000 ℳ veranschlagt.

Das im Jahre 1901 gebaute Posthaus am Bahnhof Furth i. Wald bedarf der Erweiterung. Das Postamt Furth i. Wald hatte im Jahre 1901 eine Gesamtgebühreneinnahme von 23,266 ℳ, im Jahre 1910 von 41,964 ℳ. Infolge der seit 1910 durchgeführten Neuregelung der Behandlung der in Furth zu verzollenden Postsendungen nach Österreich ist der Raummangel im Posthaus noch fühlbarer geworden. Die Diensträume sollen durch einen erdgeschossigen Verbindungsbau zwischen dem Posthaus und dem benachbarten Nebengebäude sowie durch eine Verlängerung und den Umbau des Nebengebäudes vergrößert werden. Die Kosten sind zu 18,000 ℳ berechnet.

Das Postamt Gauting ist gegenwärtig im Erdgeschoß des Nebengebäudes eines Gasthofes untergebracht. Die Diensträume sind sehr beschränkt und durch den Betrieb der Gastwirtschaft, namentlich durch die Einstellung fremder Fuhrwerke beeinträchtigt. Das Personal des Postamtes leidet unter dem in Gauting herrschenden Mangel an passenden preiswerten Kleinwohnungen. Der Posthausneubau soll neben den Diensträumen im Erdgeschoß auch drei Wohnungen in einem Obergeschoß und einem ausgebauten Dachgeschoß enthalten. Der unmittelbar am Bahnhof Gauting gelegene Bauplatz besitzt ungefähr 840 qm Grundfläche und kostet 3700 ℳ. Die Baukosten betragen 48,300 ℳ, die Gesamtkosten daher 52,000 ℳ.

Das Postamt Immenstadt hatte an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren im Jahre 1897 45,200 ℳ, im Jahre 1910 98,988 ℳ vereinnahmt. Die starke Zunahme des Verkehrs hatte zur Folge, daß die Diensträume des im Jahre 1897 erbauten Posthauses am Bahnhof Immenstadt äußerst beschränkt sind und dringend der Erweiterung bedürfen. Das Haus soll deshalb durch einen 11 m langen Anbau vergrößert werden. Der nötige Baugrund ist nach Abbruch des Nebengebäudes verfügbar. Die Kosten sind auf 41,000 ℳ veranschlagt.

Das Postamt Mittenwald befindet sich gegenwärtig in gemieteten Diensträumen im Markte selbst.

Mit der Eröffnung der Bahnlinie Garmisch-Partenkirchen—Innsbruck ergibt sich die Notwendigkeit, das Postamt, das als Grenzpostanstalt einen starken Umschlagverkehr zu vermitteln hat, an den neuen Bahnhof Mittenwald zu verlegen.

Im Bahnbetriebsgebäude kann das Postamt nicht untergebracht werden, weshalb die Herstellung eines neuen Postgebäudes vorzusehen war. Das Erdgeschoß des Neubaues ist für die Diensträume, das Obergeschoß und das ausgebaute Dachgeschoß sind für Wohnungen des Postamtspersonals und für Übernachtungszimmer der Bahnpostbeamten und Postmotorwagenführer bestimmt. In einem Nebengebäude ist eine Halle für Postmotorwagen und ein Raum für Handwagen vorgesehen. Die Staatseisenbahnverwaltung stellt den nötigen Bauplatz zum Selbstkostenpreis zur Verfügung. Die ungefähr 1150 qm große Grundfläche wird 3400 ℳ kosten. Die Baukosten werden 75,600 ℳ, die Gesamtkosten also 79,000 ℳ betragen.

Durch den V. Nachtrag zur III. Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget 1910 und 1911 wurde bestimmt, daß der von der Stadtgemeinde Nürnberg zum Zwecke der Errichtung eines Neubaues für das Verkehrsmuseum vorzuschießende Betrag im vorläufigen Anschlag von 820,000 ℳ zu vier vom Hundert von dem auf den Baubeginn folgenden Jahre an aus laufenden Eisenbahn- und Postbetriebsmitteln zu verzinsen und in zehn jährlichen Teilbeträgen zurückzuzahlen ist.

Von dem für die Jahre 1912 und 1913 zu zahlenden Gesamtbetrag von 200,000 ℳ treffen auf die Postverwaltung 34,000 ℳ. Außerdem sind von den Kosten des Wettbewerbes zur Erlangung von Entwurfsskizzen für ein Verkehrsmuseum in Nürnberg nach dem gleichen Verteilungsverhältnis ungefähr 3000 ℳ auf die Postkasse zu übernehmen.

Fortl. Nr.	Oberpostdirektionsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	338,000	169,000
8	München	Tegernsee	Erwerbung eines Baugrundstücks	30,600	15,300
9	Würzburg	Würzburg	Erweiterung des Postgebäudes am Hauptbahnhof .	70,000	35,000
10	Augsburg Würzburg Augsburg	Augsburg Bad Kissingen Immenstadt	Herstellung von Telegraphenmagazinen	32,000	16,000
11			Reserve und Verwaltungskosten: a) Für die im ordentlichen Budget vorgesehenen Erweiterungs- und Neubauten (Reserve- und Verwaltungskosten) rund . . . 52,500 ℳ b) Für die im außerordentlichen Budget vorgesehenen Neubauten (Verwaltungskosten) . . . . . 144,100 ℳ zusammen	196,600	98,300
			Summe	667,200	333,600

Erläuterungen

Die Postmotorwagenhallen in Tegernsee wurden auf einem Teil eines Privatgrundstückes in der Nähe des Bahnhofes Tegernsee erbaut, der um einen Jahresbetrag von 1600 ℳ bis zum Jahre 1917 gepachtet ist. Um den dauernden Bestand der Hallen zu sichern, soll die Grundfläche von der Postverwaltung gekauft werden. Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß auf dem zu erwerbenden Baugrund auch ein Haus mit Mietwohnungen für das Personal des Postamtes und in späteren Jahren ein Postgebäude errichtet werden können, da in Tegernsee ein großer Mangel an geeigneten und preiswerten Kleinwohnungen herrscht und das in Mieträumen am Bahnhof befindliche Postamt in absehbarer Zeit in einem posteigenen Hause untergebracht werden muß.

Das gewählte Grundstück ist das einzige für die Zwecke der Postverwaltung passende, das z. Z. in Tegernsee käuflich zu haben ist. Es besitzt nahezu 3600 qm Fläche und kostet 30,600 ℳ.

Die Diensträume der Paketpostabteilung des Postamtes Würzburg 2 im Erdgeschoß des Posthauses am Hauptbahnhof sind für den gegenwärtigen Verkehr zu klein.

Die Gesamtgebühreneinnahme des Postamtes betrugen im Jahre 1900 329,126 ℳ, im Jahre 1910 aber 602,320 ℳ. Der Raummangel macht sich in den Zeiten stärkeren Verkehrs besonders fühlbar, da auch der Paketumschlagverkehr, der in den Gebühreneinnahmen nicht zum Ausdruck kommt, in Würzburg sehr bedeutend ist.

Das Posthaus muß deshalb durch einen erdgeschossigen, unterkellerten Anbau erweitert werden. Der erforderliche Bauplatz ist vorhanden, doch muß eine Unterstandshalle für Posthandwagen abgebrochen werden. Die zeitweise für den Dienst entbehrlichen Wagen sollen künftig im Kellergeschoß des Anbaues untergebracht werden. Die Baukosten sind auf 70,000 ℳ veranschlagt.

Das alte aus Holz erbaute baufällige und ungenügende Telegraphenmagazin am Bahnhof Augsburg soll abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden. Ferner ist die Herstellung eines Telegraphenmagazins am neuen Bahnhof in Bad Kissingen erforderlich.

Als Ersatz für das im abzubrechenden Nebengebäude des Posthauses in Immenstadt befindliche Magazin muß ein neues Telegraphenmagazin am Bahnhof Immenstadt hergestellt werden. Die für die neuen Magazine nötigen Grundflächen werden von der Staatseisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellt. Die Baukosten der drei neuen Telegraphenmagazine betragen 32,000 ℳ.

a. Die Gesamtbaukosten der nach Ziffer 1 mit 6, 9 und 10 herzustellenden Bauten betragen 387,060 ℳ. Zur Deckung der Mehrkosten bei jenen Bauten, für welche infolge unvorhergesehener baulicher Schwierigkeiten, Preissteigerungen u. dergl. die veranschlagten Beträge nicht ausreichen sollten, wird eine Reserve von (5 %) 19,353 ℳ eingesetzt. Außerdem sind für Bauleitung und Oberleitung 33,162 ℳ (7,5 oder 10 % der Baukosten) vorzusehen.

b. Die Bauausgaben der im außerordentlichen Budget 1912 und 1913 vorgesehenen, für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung herzustellenden Neubauten betragen einschl. eines Teiles der für die Erweiterung der Postgebäude am Hauptbahnhof Nürnberg bestimmten 1. Baurate zu 420,000 ℳ (54,000 ℳ werden der Eisenbahnverwaltung als Entschädigung für die nötigen Ersatzbauten bezahlt) und einschließlich der für die Beschaffung von Wohnungen vorgesehenen 600,000 ℳ zusammen 2'883,600 ℳ.
Hieraus sind die Verwaltungskosten (5 %) mit rund 144,100 ℳ an die Staatseisenbahnverwaltung zu vergüten.

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 10.

Bodensee-Dampfschiffahrt.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Schiffahrtsgebühren.**	
305,586	96		1		Aus der Personenbeförderung	320,000
14,590	09		2		Aus der Beförderung von Reisegepäck	15,000
143	60		3		Aus der Beförderung von Fahrzeugen	100
3,416	05		4		Aus der Beförderung von Tieren	3,500
368,710	36		5		Aus der Güterbeförderung	370,000
692,447	06				Summe Kap. 1	708,600
74,152	81	2			**Ersatzleistungen**	74,000
2,048	94	3			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken**	1,940
5,485	93	4			**Übrige Einnahmen**	1,700
774,134	74				**Summe der Einnahmen**	786,240

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
				Zu Kap. 1.
320,000	—	—		Wenn auch die Ergebnisse der Personenbeförderung im Jahre 1910 infolge des ungünstigen Reisewetters hinter den Einnahmen des Jahres 1909 zurückgeblieben sind, so ist nach der seitherigen Steigerung des Personenverkehrs anzunehmen, daß die Einnahmen aus der Personenbeförderung und aus der Beförderung von Reisegepäck den Voranschlag erreichen werden.
11,500	3,500	—		Im übrigen wurden die Schiffahrtsgebühren nach den Einnahmen des Jahres 1910 veranschlagt.
100	—	—		
2,400	1,100	—		
360,000	10,000	—		
694,000	14,600	—		
				Zu Kap. 2 und 3.
62,000	12,000	—		Nach den Einnahmen des Jahres 1910.
1,940	—	—		
				Zu Kap. 4.
1,700	—	—		Nach den fortdauernden Einnahmen des Jahres 1910.
759,640	26,600	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
144,256	12	1			**Besoldungen der Beamten** . . . . Hievon 540 M künftig wegfallend.	157,560
62,313	16	2			**Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen**	65,700
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
711	—		1		Taggelder und Reisekosten	900
					Bemerkung zu Kap. 3 §§ 1, 3 und 4. Die Stundengelder und Fahrgelder des Dienstpersonals sind bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht anzurechnen. Wenn jedoch Beamte, für deren Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, ständig im Fahrdienste beschäftigt werden, so ist von den Fahrgeldern bei Festsetzung der Unfallfürsorgebezüge ein Drittel des während der 3 letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen. Der gleiche Betrag ist von den an das Fahrpersonal für Brennstoffersparnis gewährten Vergütungen auch dann in Anrechnung zu bringen, wenn für die betreffende Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist.	
—	—		2		Umzugskosten	100
32,800	80		3		Fahrgelder	34,000
4,604	47		4		Vergütungen für Materialersparnisse	4,800
38,116	27				Summe Kap. 3	39,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
157,880	—	320	S. 14	
64,000	1,700	—		Zu Kap. 2. Mehr wegen Lohnerhöhung und Verbesserung der Urlaubsverhältnisse.
900	—	—		
100	—	—		
32,000	2,000	—		Zu Kap. 3 §§ 3 und 4. Mehr wegen gesteigerter Fahrdienstleistungen.
4,600	200	—		
37,600	2,200	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
746	56		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	910
			2		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten:	
331	50				Abteilung A	450
1,336	72				Abteilung B	1,400
1,053	60		3		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	1,200
228	—		4		Unterstützungen	1,030
3,696	38				Summe Kap. 4	4,990
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
2,759	99		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	2,800
249	26		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	400
3,009	25				Summe Kap. 5	3,200
		6			**Ausgaben auf die Gebäude, Werften, Hafenbecken und Ländeplätze.**	
36,997	06		1		Unterhaltungskosten	30,000
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
36,997	06				Summe Kap. 6	30,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
910	—	—		
400	50	—		**Zu Kap. 4 § 2 Abt. A und B.** Mehr infolge der durch die Reichsversicherungsordnung bedingten Erhöhung der Zuschüsse sowie wegen Lohnerhöhung.
1,380	20	—		
1,200	—	—		
380	700	—		**Zu Kap. 4 § 4.** Mehr, um dem vor dem 1. Januar 1909 pensionierten Personale Beihilfen leisten zu können, soweit es an den Pensionszulagen nach § 7 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 nicht teilnimmt.
4,220	770	—		
2,800	—	—		
400	—	—		
3,200	—	—		
30,000	—	—		
—	—	—		
30,000	—	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		7			**Betriebsausgaben.**	
156,586	50		1		Betriebsmaterialien	161,000
48,177	44		2		Schiffe nebst Zubehör	53,000
5,140	—		3		Besondere Ausgaben für den Schleppdienst	6,000
3,855	66		4		Sonstige Ausgaben	4,100
213,759	60				Summe Kap. 7	224,100
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
71	41		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	100
2,587	90		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	2,760
—	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	200
11	30		4		Sonstige Ausgaben	40
2,670	61				Summe Kap. 8	3,100
—	—	9			**Verzinsung und Tilgung**	12,380
207,126	32	10			**Rücklagen für den Erneuerungsfonds** Dem Erneuerungsfonds sind jährlich 3% der Anschaffungskosten des vorhandenen Schiffsparkes als Rücklage zuzuführen. Bis er jedoch die dem Alter der einzelnen Schiffe entsprechende Höhe, d. i. denjenigen Betrag erreicht hat, der sich ergeben würde, wenn die Rücklagen bereits vom Zeitpunkte der Indienststellung der vorhandenen Fahrzeuge an abgeführt worden wären, sind die gesamten Betriebsüberschüsse nach Abzug des Aufwandes für Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge einzulegen, soferne sich hiedurch eine höhere Einlage ergibt.	178,860

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
161,000	—	—		
80,000	—	27,000		**Zu Kap. 7 § 2.** Minder infolge Wegfalles der in den Erläuterungen zu Kap. 7 § 2 des Budgets für 1910 und 1911 vorgetragenen einmaligen Ausgaben zu 27,000 ℳ.
6,000	—	—		
4,100	—	—		
251,100	—	27,000		
70	30	—		**Zu Kap. 8 § 1.** Mehr wegen höherer Umlagen.
2,760	—	—		
200	—	—		
70	—	30		
3,100	30	30		
	—			
—	12,380	—		**Zu Kap. 9.** Das Kapital von 450,000 ℳ, das für einen neuen Helling in Lindau benötigt ist, wird vom Gefällsablösungsfonds entlehnt. Die Kosten sind vom Jahre 1913 an mit 4% zu verzinsen und mit 1 ½% jährlich zu tilgen. Es ist deshalb der Betrag von 12,380 ℳ in den Etat eingestellt worden.
158,810	20,050	—		**Zu Kap. 10.** Die Rücklage berechnet sich auf 178,860 ℳ. Der Erneuerungsfonds betrug am Schlusse des Jahres 1910 in Wertpapieren 912,600 ℳ und in barem 207,188 ℳ 44 ₰. Dieser Betrag wurde in Wertpapieren zum Nennwerte von 201,600 ℳ verzinslich angelegt, außerdem sind noch 62 ℳ 12 ₰ in barem vorhanden.

Wirklicher Anfall für 1910		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
M	₰					M
					Wiederholung der Ausgaben.	
144,256	12				Summe Kap. 1	157,560
62,313	16				„ „ 2	65,700
38,116	27				„ „ 3	39,800
3,696	38				„ „ 4	4,990
3,009	25				„ „ 5	3,200
36,997	06				„ „ 6	30,000
213,759	60				„ „ 7	224,100
2,670	61				„ „ 8	3,100
—	–				„ „ 9	12,380
207,126	32				„ „ 10	178,860
711,944	77				**Summe der Ausgaben** . . .	719,690
					Abgleichung zum Etat Nr. 10.	
774,134	74				**Einnahmen**	786,240
711,944	77				**Ausgaben**	719,690
62,189	97				**Reineinnahme**	66,550

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
157,880	—	320		
64,000	1,700	—		
37,600	2,200	—		
4,220	770	—		
3,200	—	—		
30,000	—	—		
251,100	—	27,000		
3,100	—	—		
—	12,380	—		
158,810	20,050	—		
709,910	37,100	27,320		
	9,780			
759,640	26,600	—		
709,910	9,780	—		
49,730	16,820	—		

Außerdem sind im Etat Nr. 30

an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 58,300 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 8,200 ℳ

Summe 66,500 ℳ

hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . . 719,690 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat der Bodensee-Dampfschiffahrt im ordentlichen Budget. 786,190 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget und zwar auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds (Ziffer II) 450,000 ℳ oder für ein Jahr . . . . 225,000 ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Bodenseedampfschiffahrt . . . . . . 1'011,190 ℳ

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Art. 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. V.Bl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. V.Bl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Anlage.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
14	Bahnverwalter	3	3600 bis 4800	12,460				
17	Kapitäne I. Klasse . . .	2[1)]	2700 bis 3600	6,540				[1)] Umwandlung einer erledigten Stelle in eine Stelle der Klasse 19.
19	Kapitäne	5[2)]						[2)] Vgl. Erläuterung zu Klasse 17.
	Oberpackmeister	1 6	2100 bis 2550	13,940				
22	Maschinisten	10						
	Ländemeister	2[3)] 12	1900 bis 2400	25,800				[3)] 1 Ländemeister mehr gegen Entfall einer Steuermannsstelle infolge geänderter Dienstverhältnisse.
24	Packmeister	1						
	Steuermänner	19[4)] 20	1700 bis 2300	39,780				[4)] Vgl. Erläuterung zu Klasse 22.
25	Schiffsheizer	13	1500 bis 2100	23,960				
27	Matrosen	21	1400 bis 2000	33,140				
28	Bureaudiener	1	1400	1,400				
	Summe a	78	—	157,020	—	540	157,560	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1912 u. 1913:	78*)	—	157,020	—	540 Künftig wegfallend	157,560	*) Beamte mit Dienstwohnungen sind nicht vorhanden.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:	78	—	156,400	—	1,480	157,880	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	620	—	—	—	
	minder:	—	—	—	—	940	320	

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 11.

Dampfschiffahrt auf dem Ammersee und Schiffahrt auf der Amper.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Schiffahrtsgebühren.**	
76,252	95		1		Aus der Personenbeförderung	82,000
1,314	15		2		Aus der Gepäck- und Güterbeförderung	1,400
322	—		3		Sonstige Einnahmen	320
77,889	10				Summe Kap. 1	83,720
		2			**Übrige Einnahmen.**	
2,750	—		1		Leistungen zur Instandhaltung der Stege	2,750
673	30		2		Sonstige Einnahmen	650
3,423	30				Summe Kap. 2	3,400
81,312	40				**Summe der Einnahmen**	87,120

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
82,000	—	—		**Zu Kap. 1 § 1.** Die Ergebnisse des Jahres 1910 sind zwar gegenüber dem Budgetbetrage infolge des ungünstigen Reisewetters zurückgeblieben, nach den Mehreinnahmen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1911 ist jedoch zu erwarten, daß der Voranschlag erreicht werden wird.
1,300	100	—		
322	—	2		
83,622	100	2		
	98			
2,750	—	—		
650	—	—		
3,400	—	—		
87,022	98	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
6,267	12	1			**Besoldungen der Beamten**	23,650
23,748	01	2			**Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen**	13,800
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
817	50		1		Taggelder und Reisekosten	150
					Bemerkung zu Kap. 3 §§ 1 und 3. Die Stundengelder und Fahrgelder des Dienstpersonals sind bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht anzurechnen. Wenn jedoch Beamte, für deren Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, ständig im Fahrdienst beschäftigt werden, so ist von den Fahrgeldern bei Festsetzung der Unfallfürsorgebezüge ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen.	
—	—		2		Umzugskosten	200
2,764	10		3		Fahrgelder	3,000
3,581	60				Summe Kap. 3	3,350
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
351	31		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	200
			2		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten:	
159	48				Abteilung A	90
655	64				Abteilung B	300
—	—		3		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	—
1,166	43				Summe Kap. 4	590

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
18,800	4850	—	S. 12	
15,660	—	1,860		**Zu Kap. 2.** Minder wegen Überführung von Taglohnpersonal in etatsmäßige Stellen. Für Lohnerhöhung und Verbesserung der Urlaubsverhältnisse sind 470 *M* vorgesehen.
1,350	—	1,200		**Zu Kap. 3 § 1.** Minder, weil Übernachtungsgebühren des etatsmäßigen Personals wegen anderweitiger Diensteinteilung nicht mehr anfallen werden. Die Übernachtungsgebühren des Taglohnpersonals sind unter Kap. 2 vorgesehen.
200	—	—		
3,400	—	400		**Zu Kap. 3 § 3.** Nach den Ausgaben des Jahres 1910 unter Hinzurechnung einer geringen Erhöhung wegen vermehrter Fahrdienstleistungen.
4,950	—	1,600		
200	—	—		**Zu Kap. 4 §§ 1 und 2.** Die höheren Ausgaben des Jahres 1910 sind darauf zurückzuführen, daß die mit dem Budget 1910 und 1911 genehmigten etatsmäßigen Stellen erst ab 1. September 1910 besetzt werden konnten und bis zu diesem Zeitpunkte von dem betr. Taglohnpersonale noch Beiträge und von der Verwaltung noch Zuschüsse zu den Versicherungskassen zu leisten waren.
90	—	—		
300	—	—		
—	—	—		
590	—	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
1,044	76		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl.	1,200
21	31		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	100
1,066	07				Summe Kap. 5	1,300
		6			**Ausgaben auf die Gebäude, Stege und Ländeplätze.**	
			1		Unterhaltungskosten:	
2,622	86			1	Stege	2,750
7,409	92			2	Sonstige Anlagen	3,900
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
10,032	78				Summe Kap. 6	6,650
		7			**Betriebsausgaben.**	
21,906	69		1		Betriebsmaterialien	22,200
6,277	25		2		Schiffe nebst Zubehör	5,500
186	—		3		Sonstige Ausgaben	190
28,369	94				Summe Kap. 7	27,890
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
—	70		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	10
31	42		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	70
71	50		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	400
—	—		4		Sonstige Ausgaben	20
103	62				Summe Kap. 8	500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1,200	—	—		
100	—	—		
1,300	—	—		
2,750	—	—		
9,650	—	5,750		**Zu Kap. 6 § 1 Tit. 2.** Minder, weil größere Instandsetzungsarbeiten an den Schiffsanlagen nicht auszuführen sind.
—	—	—		
12,400	—	5,750		
25,100	—	2,900		**Zu Kap. 7 § 1.** Nach den Ausgaben des Jahres 1910 unter Hinzurechnung eines geringen Zuschlages wegen vermehrter Fahrdienstleistungen.
4,750	750	—		**Zu Kap. 7 § 2.** Mehr wegen größerer Instandsetzungsarbeiten an den älteren Fahrzeugen.
190	—	—		
30,040	750	2,900		
		2,150		
10	—	—		
70	—	—		
400	—	—		
20	—	—		
500	—	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
15,764	—	9			**Rücklagen für den Erneuerungsfonds**	15,770
6,474	49	10			**Verzinsung und Tilgung**	8,760
103	62				Hiezu Summe Kap. 8	500
28,369	94				„ „ 7	27,890
10,032	78				„ „ 6	6,650
1,066	07				„ „ 5	1,300
1,166	43				„ „ 4	590
3,581	60				„ „ 3	3,350
23,748	01				„ „ 2	13,800
6,267	12				„ „ 1	23,650
96,574	06				**Summe der Ausgaben**	102,260
					Abgleichung zum Etat Nr. 11.	
81,312	40				**Einnahmen**	87,120
96,574	06				**Ausgaben**	102,260
15,261	66				**Fehlbetrag**	15,140

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
15,770	—	—	
8,750	10	—	
500	—	—	
30,040	—	2,150	
12,400	—	5,750	
1,300	—	—	
590	—	—	
4,950	—	1,600	
15,660	—	1,860	
18,800	4,850	—	
108,760	4,860	11,360	
		6,500	
87,022	98	—	
108,760	—	6,500	
21,738	—	6,598	

Erläuterungen

Zu Kap. 9.

Die Rücklagen für den Erneuerungsfonds berechnen sich wie folgt:

a. Für das Dampfschiff „Gisela"	4 % aus rund	200,000 M	=	8000 M
b. „ „ „ „Andechs"	3 % „ „	100,000 „	=	3000 „
c. „ „ „ „Diessen"	3 % „ „	129,000 „	=	3870 „
d. „ das Schraubenboot „Schondorf"	3 % „ „	29,800 „	=	894 „
			Summe	15,764 M
			rund	15,770 M

Stand des Erneuerungsfonds am Schlusse des Jahres 1910:
in Staatsobligationen . . . . 64,400 M — ₰
in barem . . . . 64 M 85 ₰

Zu Kap. 10.

Nach dem wirklichen Anschaffungswerte von 159,208 M 80 ₰ sind für Verzinsung und Tilgung für das Dampfschiff „Diessen" und das Schraubenboot „Schondorf" jährlich 8756 M 48 ₰ an den Gefällsablösungsfonds zu entrichten. Es ist deshalb der Betrag von rund 8760 M in den Etat eingestellt worden.

Ruhegehalte: Ohne Anfall.

Außerordentliches Budget: Ohne Ansatz.

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	Der ausgewiesene Mehrbedarf ist soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehalsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.
	a. **Etatsmäßige Beamte.**							
21	Kapitäne	3 [1]	1800 bis 2250	5,880	—			[1]) Die vorgesehenen Stellenmehrungen u. zw. 1 Kapitänstelle Klasse 21, 1 Maschinistenstelle „ 22, 1 Steuermannstelle „ 24 sind erforderlich, um einen Teil der Beamten, die mit Rücksicht auf ihr Dienstalter nicht in der ihrer Verwendung entsprechenden, sondern in einer niedrigeren Klasse der Gehaltsordnung anzustellen waren, im Laufe der Finanzperiode 1912 und 1913 in die ihnen zukommende Stellung vorrücken lassen zu können. Die hierdurch in den untern Stufen freiwerdenden Stellen sind benötigt zur etatsmäßigen Anstellung von im Taglohnverhältnisse befindlichen funtionierenden Schiffsheizern und Matrosen.
22	Maschinisten	1 [1]	1800	1,800	—			
24	Steuermänner	4 [1]	1700 bis 1800	6,820	—			
25	Schiffsheizer	4	1500	5,630	—			
27	Matrosen	3	1400 bis 1500	3,520	—			
	Summe a	15	—	23,650	—	—	23,650	
	b. **Nichtetatsmäßige Beamte**	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1912 und 1913	15 *)	—	23,650	—	—	23,650	*) Beamte mit Dienstwohnungen sind nicht vorhanden.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . . .	12	—	18,800	—	—	18,800	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	3	—	4,850	—	—	4,850	

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 12.

Ludwig-Donau-Main-Kanal.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Einnahmen aus dem Kanalbetriebe.**	
30,145	23		1		Schiffahrtsgebühren	25,000
24,124	91		2		Sonstige Einnahmen	27,000
54,270	14				Summe Kap. 1	52,000
68,814	14	2			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken**	70,000
1,729	27	3			**Übrige Einnahmen**	840
124,813	55				**Summe der Einnahmen**	122,840

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
36,000	—	11,000		**Zu Kap. 1 § 1.** Infolge der Ermäßigung der Schiffahrtsgebühren wird gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1910 ein Gebührenausfall von etwa 5000 ℳ zu erwarten sein.
27,000	—	—		
63,000	—	11,000		
58,000	12,000	—		**Zu Kap. 2.** Nach den Einnahmen des Jahres 1910.
470	370	—		**Zu Kap. 3.** Nach den wiederkehrenden Einnahmen des Jahres 1910.
121,470	12,370	11,000		
	1,370			

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
116,478	06	1			**Besoldungen der Beamten** . . . . Hievon 1800 ℳ künftig wegfallend.	120,700
18,536	95	2			**Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen**	19,400
		3			**Reise- und Umzugskosten.**	
1,064	—		1		Taggelder und Reisekosten	1,400
—	—		2		Umzugskosten	150
1,064	—				Summe Kap. 3	1,550
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
757	44		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	850
			2		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten:	
366	06				Abteilung A	450
1,144	02				Abteilung B	1,300
1,216	40		3		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	1,400
100	—		4		Unterstützungen	100
3,583	92				Summe Kap. 4	4,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
120,840	—	140	S. 12	
18,000	1,400	—		**Zu Kap. 2.** Mehr wegen Lohnerhöhung und Verbesserung der Urlaubsverhältnisse.
1,400	—	—		
150	—	—		
1,550	—	—		
800	50	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Mehr infolge Erhöhung der Kassenbeiträge von 4% auf 4½%, sowie wegen Lohnerhöhung.
400	50	—		**Zu Kap. 4 § 2 Abt. A.** Mehr infolge der durch die Reichsversicherungsordnung bedingten Erhöhung der Zuschüsse.
1,300	—	—		
1,500	—	100		
100	—	—		
4,100	100	100		
	—	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
1,954	01		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl.	2,050
774	46		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	800
2,728	47				Summe Kap. 5	2,850
		6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
6,000	—		1		Unterhaltungskosten	6,540
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
6,000	—				Summe Kap. 6	6,540
55,994	28	7			**Unterhaltung des Kanales und der Kanalanlagen**	63,450
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
864	56		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	1,000
599	28		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	740
23	50		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	500
637	66		4		Sonstige Ausgaben	650
2,125	—				Summe Kap. 8	2,890

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,300	—	250		**Zu Kap. 5 § 1.** Nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre veranschlagt.
800	—	—		
3,100	—	250		
5,540	1,000	—		**Zu Kap. 6 § 1.** Mehr wegen baulicher Veränderungen in verschiedenen Lagerhäusern zur Erzielung höherer Lagerhausmieten.
—	—	—		
5,540	1,000	—		
61,200	2,250	—		**Zu Kap. 7.** Mehr wegen Lohnerhöhung für das bei der Unterhaltung der Kanalanlagen verwendete Taglohnpersonal.
850	150	—		**Zu Kap. 8 § 1.** Mehr wegen höherer Umlagen.
740	—	—		
500	—	—		
620	80	—		**Zu Kap. 8 § 4.** Nach den Ausgaben des Jahres 1910.
2,710	180	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Wiederholung der Ausgaben.	
116,478	06				Summe Kap. 1	120,700
18,536	95				" " 2	19,400
1,064	—				" " 3	1,550
3,583	92				" " 4	4,100
2,728	47				" " 5	2,850
6,000	—				" " 6	6,540
55,994	28				" " 7	63,450
2,125	—				" " 8	2,890
206,510	68				**Summe der Ausgaben** . . .	221,480
					Abgleichung zum Etat Nr. 12.	
124,813	55				**Einnahmen**	122,840
206,510	68				**Ausgaben**	221,480
81,697	13				**Fehlbetrag**	98,640

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
120,840	—	140		
18,000	1,400	—		
1,550	—	—		
4,100	—	—		
3,100	—	250		
5,540	1,000	—		
61,200	2,250	—		
2,710	180	—		
217,040	4,830	390		
	4,440			
121,470	1,370	—		
217,040	4,440	—		
95,570	3,070	—		

Außerdem sind im Etat Nr. 30
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats des Ludwig-Donau-Main-Kanals vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 14,200 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 27,000 ℳ

Summe 41,200 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . 221,480 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat des Ludwig-Donau-Main-Kanales im ordentlichen Budget . 262,680 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Ludwig-Donau-Main-Kanales . . . . . . 262,680 ℳ

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Art. 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683 gewährten Aufbesserungszulagen.

Anlage.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. **Etatsmäßige Beamte.**							
9	Direktionsrat	1	6800	6,800				
14	Bahnverwalter	1	4500	4,500				
17	Eisenbahnsekretäre	2	2700 bis 3000	5,800				
22	Kanalmeister	9[1]	1800 bis 2400	19,700				[1]) 1 erledigte Kanalmeisterstelle ist nicht mehr benötigt.
28	Kanalaufseher	48[2]	1300 bis 1900	82,100				[2]) 1 Stelle mehr wegen Wiederbesetzung einer Schleuse mit einem etatsmäßigen Beamten gegen Einziehung eines auf diesem Posten verwendeten Taglohnbediensteten.
	Summe a	61		118,900	—	1,800	120,700	
	b. **Nichtetatsmäßige Beamte.**	—		—	—	—	—	
	Summe Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 . .	61*		118,900	—	1,800 Künftig wegfallend	120,700	*) Hievon stehen 57 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 8742 M unter Kap. 2 der Einnahmen veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . . .	61		118,300	—	2,540	120,840	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—		600	—	—	—	
	minder	—		—	—	740	140	

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 13.

Kettenschleppschiffahrt auf dem Main.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
263,668	—	1			**Schleppgebühren**	300,000
438	67	2			**Sonstige Einnahmen**	600
264,106	67				**Summe der Einnahmen** . . .	300,600
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
43,870	12	1			**Besoldungen der Beamten** . . . . Hievon 320 M künftig wegfallend.	59,920
10,547	10	2			**Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen**	16,900
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
—	—		1		Taggelder und Reisekosten	100
—	—		2		Umzugskosten	100
14,287	60		3		Fahrgelder . . . . Bemerkung: Die Stundengelder und Fahrgelder des Dienstpersonals sowie die für die Fahrten mit den Kohlenschiffen zwischen Gustavsburg und Aschaffenburg gewährte besondere Vergütung sind bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht anzurechnen. Wenn jedoch Beamte für deren Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, ständig im Fahrdienst beschäftigt werden, so ist von den Fahrgeldern ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Jahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen.	18,850
14,287	60				Summe Kap. 3	19,050

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Bei der Aufstellung des Etats ist angenommen worden, daß ab 1. Januar 1912 sieben und ab 1. Juli 1912 acht Kettendampfer vorhanden sind. Hievon werden fünf bezw. sechs Dampfer im Betrieb sich befinden und zwei als Reserveschiffe hinterstellt. Vom 1. Juli 1912 an wird voraussichtlich die ganze Kettenstrecke von Aschaffenburg bis Bamberg in Betrieb genommen sein.
220,000	80,000	—		Zu Kap. 1. Die Schleppgebühren wurden mit Rücksicht auf die günstige Entwickelung des Verkehrs in den ersten sechs Monaten des Jahres 1911 sowie wegen der Inbetriebnahme der Kettenstrecke Kitzingen—Bamberg mit 300,000 ℳ in den Etat eingestellt.
600	—	—		
220,600	80,000	—		
46,080	13,840	—	S. 10	
10,600	6,300	—		Zu Kap. 2. Mehr wegen Indienststellung von weiteren zwei Kettendampfern, deren Bemannung teilweise noch mit Taglohnpersonal erfolgt, dann wegen Errichtung neuer Wahrschau- und Nachrichtenstationen in Kitzingen, Volkach und Schweinfurt zur Sicherung des Schiffahrtverkehres. Für Lohnerhöhungen und Verbesserung der Urlaubsverhältnisse sind 900 ℳ vorgesehen.
100	—	—		
100	—	—		
13,000	5,850	—		Zu Kap. 3 § 3. Infolge Ausdehnung der Schiffahrt auf die ganze Mainstrecke von Aschaffenburg bis Bamberg werden sich die Ausgaben für Fahrgelder erhöhen.
13,200	5,850	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
225	04		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	300
			2		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten:	
105	18				Abteilung A	200
308	92				Abteilung B	450
878	40		3		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	900
1,517	54				Summe Kap. 4	1,850
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
409	82		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dergl.	900
576	95		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	800
986	77				Summe Kap. 5	1,700
		6			**Ausgaben auf die Gebäude und Werftanlagen.**	
—	—		1		Unterhaltungskosten	500
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
—	—				Summe Kap. 6	500
		7			**Betriebsausgaben.**	
43,084	49		1		Betriebsmaterialien	55,000
18,561	28		2		Schiffe nebst Zubehör	22,000
541	66		3		Kette	600
94	50		4		Sonstige Ausgaben	200
62,281	93				Summe Kap. 7	77,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
270	30	—		**Zu Kap. 4 §§ 1 und 2 Abt. A.** Mehr wegen Vermehrung des Taglohnpersonals und Erhöhung der Beiträge.
150	50	—		
450	—	—		
900	—	—		
1,770	80	—		
900	—	—		
600	200	—		**Zu Kap. 5 § 2, dann Kap. 7 §§ 1 und 3.** Mehr wegen Indienststellung von weiteren zwei Kettendampfern und Weiterführung der Mainkette bis Bamberg.
1,500	200	—		
500	—	—		
—	—	—		
500	—	—		
49,000	6,000	—		
15,500	6,500	—		**Zu Kap. 7 § 2.** Mehr wegen größerer Instandsetzungsarbeiten an den älteren Kettendampfern.
250	350	—		
200	—	—		
64,950	12,850	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
—	—		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	—
—	—		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	50
—	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	100
—	—		4		Sonstige Ausgaben	50
—	—				Summe Kap. 8	200
77,887	—	9			**Rücklagen für den Erneuerungsfonds**	110,980
62,281	93				Hiezu Summe Kap. 7	77,800
—	—				" " 6	500
986	77				" " 5	1,700
1,517	54				" " 4	1,850
14,287	60				" " 3	19,050
10,547	10				" " 2	16,900
43,870	12				" " 1	59,920
211,378	06				**Summe der Ausgaben**	288,900
					Abgleichung zum Etat Nr. 13.	
264,106	67				**Einnahmen**	300,600
211,378	06				**Ausgaben**	288,900
52,728	61				**Reineinnahme**	11,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
—	—	—		
50	—	—		
100	—	—		
50	—	—		
200	—	—		
77,900	33,080	—		
64,950	12,850	—		
500	—	—		
1,500	200	—		
1,770	80	—		
13,200	5,850	—		
10,600	6,300	—		
46,080	13,840	—		
216,700	72,200	—		
220,600	80,000	—		
216,700	72,200	—		
3,900	7,800	—		

Zu Kap. 9.

Die Rücklagen in den Erneuerungsfonds für die Kette Aschaffenburg — Bamberg, dann für 8 Kettendampfer und für 4 Kohlenschiffe berechnen sich wie folgt:

I. für die Kette nach 5 % der Anschaffungs- und Verlegungskosten

a. auf der Strecke Aschaffenburg — Kitzingen zu 866,540 ℳ =	43,327 ℳ
b. „ „ „ Kitzingen — Schweinfurt zu 229,915 ℳ =	11,496 ℳ
c. „ „ „ Schweinfurt — Bamberg zu 253,085 ℳ für ein Jahr =	6,327 ℳ
II. für die Dampfer nach 4 % aus den Anschaffungskosten:	
a. für 5 Dampfer zu 824,400 ℳ =	32,976 ℳ
b. „ 2 „ „ 305,400 ℳ =	12,216 ℳ
c. „ 1 „ „ 152,700 ℳ für ein Jahr =	3,054 ℳ
III. für die 4 Kohlenschiffe nach 4 % aus den Anschaffungskosten von zus. 39,600 ℳ =	1,584 ℳ
Summe	110,980 ℳ

Stand des Erneuerungsfonds am Schlusse des Jahres 1910:

in Staatsobligationen . . . . 1'266,600 ℳ — ₰

in barem . . . . 585 ℳ 67 ₰

Außerdem sind im Etat Nr. 30

an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	2,400 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . .	1,100 ℳ
Summe	3,500 ℳ
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . .	288,900 ℳ
Summe der Ausgaben auf den Etat der Kettenschleppschiffahrt auf dem Main im ordentlichen Budget	292,400 ℳ
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	— ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	292,400 ℳ

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Art. 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Anlage.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. **Etatsmäßige Beamte.**							Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehaltes abläuft.
21	Schiffsführer	6[1]	2100 bis 2400	12,090				
22	Maschinisten	6[1]	1800 bis 2200	10,800				
24	Steuermänner	7[1]	1700 bis 2000	11,950				
25	Schiffsheizer	10[1]	1500 bis 1700	14,910				
27	Matrosen	7[1]	1400 bis 1700	9,850				[1]) Mehrbedarf von 2 Schiffsführerstellen 2 Maschinistenstellen 2 Steuermannstellen 2 Schiffsheizerstellen 2 Matrosenstellen 10 Stellen wegen Inbetriebnahme von zwei weiteren Kettendampfern infolge Ausdehnung des Betriebes bis Bamberg.
	Summe a	36	—	59,600	—	320	59,920	
	b. **Nichtetatsmäßige Beamte**	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlages für 1912 und 1913	36*	—	59,600	—	320 künftig wegfallend	59,920	*) Beamte mit Dienstwohnungen sind nicht vorhanden.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . . .	26	—	45,400	—	680	46,080	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	10	—	14,200	—	—	13,840	
	minder	—	—	—	—	360	—	

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 14.

Frankenthaler Kanal.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
3,234	97	1			Aus dem Kanalbetriebe	3,300
4,399	62	2			Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	4,460
220	08	3			Übrige Einnahmen	200
7,854	67				Summe der Einnahmen	7,960
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
1,254	13	1			Besoldungen der Beamten	1,305
491	74	2			Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	550
		3			Reise- und Umzugskosten.	
86	60		1		Taggelder und Reisekosten	120
—	—		2		Umzugskosten	—
86	60				Summe Kap. 3	120
		4			Für Wohlfahrtszwecke.	
4	99		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	30
—	—		2		Leistungen auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes	20
—	—		3		Leistungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	20
4	99				Summe Kap. 4	70

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2,700	600	—		**Zu Kap. 1.** Nach dem Durchschnitte der letzten 3 Jahre veranschlagt.
3,970	490	—		
200	—	—		
6,870	1,090	—		
1,278	27	—		**Zu Kap. 1.** Gehalt für einen Schleusenwärter der Klasse 30 = 1300 M Für Gehaltsvorrückung . . . . 5 „ zusammen 1305 M. Der Schleusenwärter steht im Genusse einer Dienstwohnung. Die Mietentschädigung hiefür ist mit 156 M unter Kap. 2 der Einnahmen veranschlagt.
550	—	—		
140	—	20		
—	—	—		
140	—	20		
60	—	30		
90	—	70		
25	—	5		
175	—	105		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
26	51				Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	50
		6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
618	58		1		Unterhaltungskosten	700
—			2		Erweiterungs- und Neubauten	—
618	58				Summe Kap. 6	700
2,278	76	7			**Unterhaltung des Kanales und der Kanalanlagen**	3,500
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
204	88		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	220
22	05		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	25
—	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	—
24	32		4		Sonstige Ausgaben	50
251	25				Summe Kap. 8	295

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
50	—	—		
700	—	—		
—	—	—		
700	—	—		
4,875	—	1,375		
160	60	—		**Zu Kap. 8 § 1.** Mehr wegen Umlagenerhöhung.
25	—	—		
—	—	—		
50	—	—		
235	60	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Wiederholung der Ausgaben.	
1,254	13				Summe Kap. 1	1,305
491	74				" " 2	550
86	60				" " 3	120
4	99				" " 4	70
26	51				" " 5	50
618	58				" " 6	700
2,278	76				" " 7	3,500
251	25				" " 8	295
5,012	56				**Summe der Ausgaben** . . .	6,590
					Abgleichung zum Etat Nr. 14.	
7,854	67				**Einnahmen**	7,960
5,012	56				**Ausgaben**	6,590
2,842	11				**Reineinnahme**	1,370

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1,278	27	—		
550	—	—		
140	—	20		
175	—	105		
50	—	—		
700	—	—		
4,875	—	1,375		
235	60	—		
8,003	87	1,500		
		1,413		
6,870	1,090	—		
8,003	—	1,413		Ruhegehalte: Ohne Anfall.
1,133 Fehlbetrag	2,503	—		Außerordentliches Budget: Ohne Ansatz.

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.
von Frauendorfer.

Etat Nr. 15.

Gesetz- und Verordnungsblatt.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Erträgnisse aus dem Verkaufe**	
75,751	87		1		des Gesetz- und Verordnungsblattes	76,000
146	80		2		der Vakanzenliste für Militäranwärter	150
75,898	17				Summe Kap. 1	76,150
351	44	2			**Für Ausschreibung der Fideikommisse und Familienverträge**	150
—	—	3			**Sonstige Einnahmen**	—
76,249	61				**Summe der Einnahmen**	76,300
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
—	—		1		Besoldungen der Beamten	—
953	—		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	703
953	—				Summe Kap. 1	703
		2			**Sächliche und Betriebsausgaben.**	
39,915	97		1		Für Papier und Druck der Blätter	33,000
609	75		2		Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände u. dergl.	610
26	—		3		Erhebungskosten	—
40,551	72				Summe Kap. 2	33,610
41,504	72				**Summe der Ausgaben**	34,313
					Abgleichung zum Etat Nr. 15.	
76,249	61				**Einnahmen**	76,300
41,504	72				**Ausgaben**	34,313
34,744	89				**Reineinnahme**	41,987

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
74,000	2,000[1)]	—	[1)] Durch die zu erwartende Steigerung der Bestellungen auf das Gesetz- und Verordnungsblatt und die Vakanzenliste veranlaßt.
130	20[1)]	—	
74,130	2,020	—	
100	50[2)]	—	[2)] Mit Ausnahme des Jahres 1908 wurde der seitherige Budgetbetrag von 100 ℳ regelmäßig überschritten.
—	—	—	
74,230	2,070	—	
—	—	—	
633	70[3)]	—	[3)] Die Mehrung ist veranlaßt durch die gewährte Entschädigung an Stelle der in Wegfall gekommenen Erhebungskosten.
633	70	—	
30,000	3,000[4)]	—	[4)] Der Etatsatz für 1912 und 1913 wurde den seitherigen Rechnungsergebnissen näher gebracht. (1908: 40,936 ℳ 1906: 34,141 ℳ).
610	—	—	
1,000	—	1,000[5)]	[5)] Die Erhebungskosten sind infolge des Beamtengesetzes in Wegfall gekommen.
31,610	3,000	1,000	
	2,000		
32,243	2,070	—	Pensionen: Ohne Bedarf. Außerordentliches Budget: Ohne Ansatz.
74,230	2,070	—	
32,243	2,070	—	
41,987	—	—	

München, den 19. Mai 1911.

K. Staatsministerium des Innern.

Dr. von Brettreich.

Etat Nr. 16.

Forst-, Jagd- und Triftverwaltung.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Aus Forsten.**	
57'581,886	40		1		Aus der forstamtlichen Holzverwertung	57'745,500
57'581,886	40				Seite	57'745,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
56'430,000	1'315,500	—		Zu Kap. 1 § 1 und Kap. 3 § 1 (Einnahmen aus der Holzverwertung).
56'430,000	1'315,500	—		

Zu Kap. 1 § 1 und Kap. 3 § 1 (Einnahmen aus der Holzverwertung).

I. Produktive, d. i. zur Holzzucht geeignete und bestimmte Staatswaldfläche . . . . 821,371 ha.

II. Hauptnutzungs-Hiebssatz am 1. Juli 1911:
in den Hochwaldungen an Stammholz . . . . 2 915 090 fm
in den Mittel- und Niederwaldungen an Stammholz 47 600 fm
an etatsmäßigem Reisholz . . . . 40 045 fm
im ganzen 3 002 735 fm = 3,656 fm pro ha.
Anschlag des jährlichen Ergebnisses der Zwischennutzungen in den Betriebswerken . . . . 598 265 fm = 0,728 fm pro ha;
Summe 3 601 000 fm = 4,384 fm pro ha.

III. Jährliche Nutzung in den Jahren 1912 und 1913.
Behufs rascherer Aufnutzung der Vorräte an Stammholz in den überalten Beständen und, soweit veranlaßt, zum Zwecke einer angemessenen, alljährlich herbeizuführenden Regulierung der Umtriebe sollen eingeschlagen werden:
an Hauptnutzung . . . . . . 3 100 000 fm = 3,774 fm pro ha;
an Zwischennutzung . . . . 1 050 000 fm = 1,278 fm pro ha;
Summe 4 150 000 fm = 5,053 fm pro ha.
Bei dieser Stammholznutzung werden anfallen: Reisigholz 440 000 fm
Stockholz 100 000 fm.

IV. Verwertung.
Von dem jährlichen Nutzungsquantum sollen mit Einschluß der Berechtigungsabgaben (38 800 fm Nutzholz, 166 915 fm Brenn-, Scheit- und Prügelholz, zusammen 205 715 fm Stammholz, ferner 33 265 fm Reisigholz und 12 145 fm Stockholz und einem Erlösentgang von 1'984,000 ℳ) verwertet werden:
a) forstamtlich . . . . 4 110 000 fm
b) trift- und holzhofamtlich . . . . 40 000 fm.

Die Solleinnahme für die in jedem Jahr zur Nutzung zu bringenden Holzmasse (einschließlich der Berechtigungsabgaben und unter Berücksichtigung der Einnahme aus der Verwertung des angekauften Forstrechtholzes) wird veranschlagt:

a) bei der forstamtlichen Verwertung:
für 2 466 000 fm (60 %) Stammnutzholz auf . . . . 42'785,100 ℳ
d. i. durchschnittlich für 1 fm 17,35 ℳ,
für 1 644 000 fm (40 %) Stammbrennholz (Scheit- und Prügelholz) nebst dem Gesamtanfall an Reisig- und Stockholz auf . . . . 14'960,400 ℳ
d. i. durchschnittlich für 1 fm 9,10 ℳ,
Summe 57'745,500 ℳ;

b) bei der trift- und holzhofamtlichen Verwertung:
für 40 000 fm Stamm-, Brenn- und Schichtnutzholz auf . . . . . . 430,000 ℳ
d. i. durchschnittlich für 1 fm 10,75 ℳ;

c) bei der gesamten Holzverwertung:
für 4 150 000 fm Stammholz nebst dem anfallenden Reisig- und Stockholz auf . . . . 58'175,500 ℳ
d. i. durchschnittlich für 1 fm 14,02 ℳ.

V. Die wirklichen Einnahmen aus der forst- und triftamtlichen Holzverwertung haben betragen:
1885: 24'183,043 ℳ
1890: 29'394,968 „
1900: 38'289,704 „
1905: 40'394,401 „
1908: 49'386,878 „
1909: 56'726,064 „
1910: 58'176,948 „ .

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
57'581,886	40	1	1		Übertrag	57'745,500
1'293,358	62		2		Forstnebennutzungen	1'400,000
39,374	54		3		Gegenleistungen der Forstberechtigten	39,000
10,944	44		4		Ersätze wegen Forstfrevel	12,000
291,117	87		5		Besoldungsbeiträge von Stiftungen, Gemeinden und Privaten	293,000
36,738	47		6		Steuerbeiträge der Forstberechtigten nach dem Gesetze vom 28. März 1852	37,000
56,259	66		7		Sonstige Einnahmen aus Forsten	42,000
59'309,680	—				Summe Kap. 1	59,568,500
		2			**Aus Jagden.**	
140,808	51		1		Aus dem Staatsregiebetriebe	160,000
227,875	93		2		Aus der Jagdverpachtung und aus Entschädigungen nach Art. 3 und 8 des Jagdgesetzes vom 30. März 1850	235,000
2,401	33		3		Sonstige Einnahmen aus Jagden	6,000
371,085	77				Summe Kap. 2	401,000
		3			**Aus Holztriften und Holzhöfen.**	
595,062	41		1		Aus der trift- und holzhofamtlichen Holzverwertung	430,000
54,855	77		2		Sonstige Einnahmen aus Holztriften und Holzhöfen	55,000
649,918	18				Summe Kap. 3	485,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
56'430,000	1'315,500	—		
1'400,000	—	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Der Erlösentgang durch die Abgewährung von Forstnebennutzungen „auf Berechtigung" ist nach den Rechnungsergebnissen der letzten Jahre auf 940,000 ℳ zu veranschlagen.
38,000	1,000	—		
13,000	—	1,000		
320,000	—	27,000		**Zu Kap. 1 § 5.** Veranschlagt im Anhalt an das Rechnungsergebnis des Jahres 1910.
37,000	—	—		
42,000	—	—		
58'280,000	1'316,500	28,000		**Zu Kap. 1 § 1—7.** Soll-Einnahme . . . . 59'580,040 ℳ, Nachlässe . . . . 11,540 ℳ, verbleibt Brutto-Einnahme 59'568,500 ℳ.
	1'288,500			
160,000	—	—		
200,000	35,000	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Erhöhung infolge Neuverpachtung von Staatsjagden.
6,000	—	—		**Zu Kap. 2 § 1—3.** Soll-Einnahme . . . . 401,000 ℳ, Nachlässe . . . . — ℳ, verbleibt Brutto-Einnahme 401,000 ℳ.
366,000	35,000	—		
520,000	—	90,000		**Zu Kap. 3 § 1.** Mindereinnahme infolge Einschränkung des Trift- und Holzhofbetriebes.
100,000	—	45,000		**Zu Kap. 3 § 2.** Die Minderung des Jahresvoranschlags ist darin begründet, daß künftig von dem Holzankauf von Privaten abgesehen werden soll.
620,000	—	135,000		**Zu Kap. 3 § 1 und 2.** Soll-Einnahme . . . . 485,000 ℳ, Nachlässe . . . . — ℳ, verbleibt Brutto-Einnahme 485,000 ℳ.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken.**	
342,158	42		1		Mietzinse von Gebäuden und Pachtschillinge für Grundstücke	347,000
3,416	40		2		Sonstige Einnahmen aus Gebäuden und Grundstücken	3,000
345,574	82				Summe Kap. 4	350,000
1,856	95	5			**Übrige Einnahmen auf den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung**	2,000
649,918	18				Hiezu Summe Kap. 3	485,000
371,085	77				" " 2	401,000
59'309,680	–				" " 1	59'568,500
60'678,115	72				**Summe der Einnahmen** . . .	60'806,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
337,000	10,000	—		**Zu Kap. 4 § 1 und 2.** Soll-Einnahme . . . . 350,000 ℳ, Nachlässe . . . . — ℳ, verbleibt Brutto-Einnahme 350,000 ℳ.
3,000	—	—		
340,000	10,000	—		
2,000	—	—		
620,000	—	135,000		
366,000	35,000	—		
58'280,000	1'288,500	—		
59'608,000	1'333,500	135,000		Zur Summe der Einnahmen: Soll-Einnahme . . . . 60'818,040 ℳ, Nachlässe . . . . 11,540 ℳ, verbleibt Brutto-Einnahme 60'806,500 ℳ.
	1'198,500	—		

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
					Ausgaben.	
					Ziffer I. **Auf die Verwaltung und den Betrieb der Forsten, Jagden und Triften.**	
		1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
					A. Ministerial-Forstabteilung.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
123,334	—			1	Besoldungen der Beamten	126,845
1,038	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,100
11,961	22			3	Tagegelder und Reisekosten	11,100
136,333	22				Summe § 1	140,045
			2		Sächliche Ausgaben.	
10,000	—			1	Aversalleistung an die Ministerial-Regiekasse	10,000
2,226	78			2	Bedarf der Kartographischen Anstalt der Ministerial-Forstabteilung .	2,500
—	—			3	Sonstige Ausgaben	200
12,226	78				Summe § 2	12,700
148,560	—				Summe A	152,745
					B. Regierungs-Forstkammern.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
748,319	38			1	Besoldungen der Beamten	820,100
22,075	40			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	19,000
131,057	70			3	Tagegelder und Reisekosten	79,600
901,452	48				Summe § 1	918,700
			2		Sächliche Ausgaben.	
33,144	52			1	Aversalleistungen an die Regierungs-Regieverwaltungen sowie für Bücher, Einrichtungsgegenstände und Instrumente	36,000
605	30			2	Sonstige Ausgaben	500
33,749	82				Summe § 2	36,500
935,202	30				Summe B	955,200

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
126,100	745	—	A S. 28	
2,100	—	—		
12,000	—	900		
140,200	745	900		
		155		
10,000	—	—		
2,500	—	—		
200	—	—		
12,700	—	—		
152,900	—	155		
776,021	44,079	—	A S. 29	
51,100	—	82,100		
122,500	—	42,900		
949,621	44,079	75,000		
		30,921		
36,000	—	—		
400	100	—		
36,400	100	—		
986,021	100	30,921		
		30,821		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		1			**C. Forstämter.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
6'436,890	77			1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 13,165 M künftig wegfallend.	6'877,210
247,132	91			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	286,000
549,455	—			3	Tagegelder und Reisekosten	550,000
7'233,478	68				Summe § 1	7'713,210
			2		Sächliche Ausgaben.	
294,800	36			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Fuhr- und Botenlöhne und dergleichen	284,000
19,793	28			2	Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	40,000
17,817	82			3	Mietzinse für Geschäftsräume	18,000
2,233	49			4	Sonstige Ausgaben	3,100
334,644	95				Summe § 2	345,100
7'568,123	63				Summe C	8'058,310
935,202	30				Hiezu " B	955,200
148,560	—				" A	152,745
8'651,885	93				Summe Kap. 1	9'166,255

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
6'590,838	286,372	—	A S. 30/31	
259,000	27,000	—		
575,000	—	25,000		
7'424,838	313,372	25,000		
	288,372			
280,000	4,000	—		
20,000	20,000	—		
15,000	3,000	—		
6,000	—	2,900		
321,000	27,000	2,900		
	24,100			
7'745,838	312,472	—		
986,021	—	30,821		
152,900	—	155		
8'884,759	312,472	30,976		
	281,496			

Zu Kap. 1 C § 2 Tit. 1.

Die Erhöhung ist veranlaßt durch das Bedürfnis der besseren Ausstattung der Forstamtsbibliotheken mit Rücksicht auf die Fortbildung der Praktikanten sowie durch den Mehrbedarf an Vordruck- und Dienstpapieren infolge der neuen Forsteinrichtungsanweisung.

Zu Kap. 1 C § 2 Tit. 2.

Mehrbedarf wegen Einrichtung von Telephonanschlüssen in Forstdienstgebäuden.

Zu Kap. 1 C § 2 Tit. 4.

Festgesetzt im Anhalt an das Rechnungsergebnis 1910.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
19,420	14	2			**Umzugskosten**	30,000
		3			**Aufwand an Unterstützungen.**	
100,000	—		1		Staatsbeitrag zum Unterstützungsverein für das K. B. Forstpersonal . .	100,000
56,000	—		2		Für Unterstützung der Pensionisten und Relikten des Forst-, Jagd- und Triftpersonals	56,000
156,000	—				Summe Kap. 3	156,000
		4			**Ausgaben auf die Dienstgebäude der Beamten.**	
43,286	13		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten .	40,000
543,769	87		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	650,000
89,399	26		3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	324,000
675,455	26				Summe Kap. 4	1'014,000
		5			**Eigentliche Betriebskosten.**	
			1		Auf die Forstgefälle.	
8'365,295	03			1	Holzhauer-, Setz-, Rücker- und Ausfuhrlöhne	8'635,000
2'735,379	40			2	Auf die Herstellung und Unterhaltung von Waldwegen	2'510,000
66,507	58			3	Auf Forsteinrichtung	78,000
2'451,627	98			4	Auf Forstkulturen	2'600,000
117,939	75			5	Für Herstellung und Unterhaltung von Forstbetriebsgebäuden (Forstdiensthütten, Holzerhütten, Mähnhütten rc.) sowie für Beschaffung von Arbeiterbaracken und Schutzzelten	120,000
332,334	15			6	Auf Gewinnung von Forstnebennutzungen	315,000
229,741	95			7	Auf Vorbeugungs- und Vernichtungs-Maßnahmen gegen tierische und pflanzliche Forstschädlinge	200,000
208,957	10			8	Sonstige Forstbetriebskosten	130,000
14'507,782	94				Summe § 1	14'588,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
30,000	—	—		
100,000	—	—		
56,000	—	—		
156,000	—	—		
40,000	—	—		
650,000	—	—		
324,000	—	—	B S. 37/45	
1'014,000	—	—		
8'250,000	385,000	—		Zu Kap. 5 § 1 Tit. 1, 2 und 4. Mehrerforderniß, veranlaßt durch gesteigerte Fällung und für Lohnaufbesserungen.
2'400,000	110,000	—		
78,000	—	—		
2'500,000	100,000	—		
120,000	—	—		
360,000	—	45,000		
200,000	—	—		
130,000	—	—		
14'038,000	595,000	45,000		
	550,000			

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
		5	2		Auf die Jagdgefälle.	
19,223	38			1	Für Wildpflege	20,000
23,156	04			2	Für Jagddienste	25,000
5,064	23			3	Für Abschätzung und Ersatz von Wildschaden	5,000
15,867	69			4	Auf Jagdpachtzinse und Entschädigungen nach Art. 3 des Jagdgesetzes vom 30. März 1850	18,000
7,818	46			5	Sonstige Jagdbetriebskosten	8,000
71,129	80				Summe § 2	76,000
			3		Auf die Trift- und Holzhofgefälle.	
119,276	79			1	Auf Unterhaltung der Triftanstalten und Holzhöfe	90,000
341,430	79			2	Auf Gewinnung und Verbringung (Land-, Trift- und Eisenbahntransport) von Triftholz	248,000
51,438	85			3	Auf den Ankauf von Holz zu Triften und für Holzhöfe	—
10,243	87			4	Sonstige Trift- und Holzhof-Betriebskosten	4,500
522,390	30				Summe § 3	342,500
			4		Aufwand für Unterstützung von verunglückten Betriebsbeamten sowie von im Betrieb erkrankten oder verletzten Arbeitern, und zwar:	
2,607	09			1	Für Unterstützung von verunglückten Betriebsbeamten	5,000
366,475	59			2	Für Unterstützung von im Betriebe erkrankten oder verletzten Arbeitern	372,000
369,082	68				Summe § 4	377,000
14'507,782	94				Hiezu „ § 1	14'588,000
15'470,385	72				Summe Kap. 5	15'383,500
449,796	13	6			**Entschädigungen an Forstberechtigte für nichtbezogenes Rechtholz**	400,000
—	—	7			**Für Einlösung von Forstrechten**	—
143,374	62	8			**Für Grundankäufe**	200,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
18,000	2,000	—		
25,000	—	—		
5,000	—	—		
18,000	—	—		
8,000	—	—		
74,000	2,000	—		
90,000	—	—		
280,000	—	32,000		
40,000	—	40,000		
6,000	—	1,500		
416,000	—	73,500		
1,000	4,000	—		**Zu Kap. 5 § 4 Tit. 1.** Mehrbedarf im Hinblick auf Art. 89 und 101 des Beamtengesetzes.
350,000	22,000	—		
351,000	26,000	—		
14'038,000	550,000	—		
14'879,000	578,000	73,500		
	504,500			
400,000	—	—		
—	—	—		**Zu Kap. 7.** Zur Einlösung von Forstrechten werden für die Jahre 1912 und 1913 hinlängliche Mittel aus dem Staatsgüterfonds zur Verfügung stehen.
150,000	50,000	—		**Zu Kap. 8.** Die Erhöhung der Voranschlagssumme ist zu kleineren Grunderwerbungen, insbesondere für Betriebszwecke und zu gelegentlichen Grundankäufen, behufs der Arrondierung des Staatswaldes notwendig.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
		9			**Lasten der Forst-, Jagd- und Triftrealitäten.**	
1'233,539	70		1		Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen	1'240,000
29,802	78		2		Passivreichnisse	29,000
318,863	78		3		Für Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) .	373,000
1'582,206	26				Summe Kap. 9	1'642,000
200,782	07	10			**Kosten auf die Erhebung und Auszahlung der Waldarbeiterlöhne . . .**	210,000
1,992	61	11			**Übrige Ausgaben auf die Verwaltung und den Betrieb der Forsten, Jagden und Triften . . . .**	3,000
143,374	62				Hiezu Summe Kap. 8	200,000
—	—				" " 7	—
449,796	13				" " 6	400,000
15'470,385	72				" " 5	15'383,500
675,455	26				" " 4	1'014,000
156,000	—				" " 3	156,000
19,420	14				" " 2	30,000
8'651,885	93				" " 1	9'166,255
27'351,298	74				**Summe Ziffer I** (Ausgaben auf die Verwaltung und den Betrieb der Forsten, Jagden und Triften)	28'204,755

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'150,000	90,000	—		
31,000	—	2,000		
286,000	87,000	—		Zu Kap. 9 § 3. Mehrbedarf wegen Einführung der Reichsversicherungsordnung.
1'467,000	177,000	2,000		
	175,000			
190,000	20,000	—		
3,000	—	—		
150,000	50,000	—		
—	—	—		
400,000	—	—		
14'879,000	504,500	—		
1'014,000	—	—		
156,000	—	—		
30,000	—	—		
8'884,759	281,496	—		
27'173,759	1'030,996	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
a. Forstl. Versuchsanstalt. b. Forstl. Hochschule.		1			**Ziffer II. Auf den forstlichen Unterricht.**	
					Persönliche und sächliche Ausgaben.	
					A. Forstliche Versuchsanstalt.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
a. 19,015 b. 48,660 67,675	90 — 90			1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 96 M künftig wegfallend.	31,196
a. 8,980 b. 2,632 11,613	41 83 24			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,500
a. 27,996 b. 51,292 79,289	31 83 14				Summe § 1	39,696
			2		Sächliche Ausgaben.	
a. 12,860 b. 1,640 14,501	95 22 17			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	16,000
a. 15,782 b. 1,893 17,676	78 47 25			2	Unterrichtsmittel	22,000
a. 312 b. 690 1,002	10 64 74			3	Sonstige Ausgaben	400
a. 28,955 b. 4,224 33,180	83 33 16				Summe § 2	38,400
a. 360 b. — 360	75 — 75				Hievon ab die eigenen Einnahmen	800
a. 28,595 b. 4,224 32,819	08 33 41				Restsumme § 2	37,600
a. 56,591 b. 55,517 112,108	39 16 55				Summe A	77,296

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
a. Forstl. Versuchsanstalt. b. Forstl. Hochschule.				
a. 26,219 b. 51,660				
77,879	—	46,683	A S. 33	
a. 14,500 b. 2,825				
17,325	—	8,825		
a. 40,719 b. 54,485				
95,204	—	55,508		
a. 11,800 b. 3,730				
15,530	470	—		
a. 12,700 b. 4,500				**Zu Kap. 1 § 2 Tit 2.** Infolge Verlegung des gesamten forstlichen Unterrichts an die Universität München erweist sich eine Erweiterung und Ergänzung der Unterrichtsmittel als dringend notwendig, nachdem hiefür die Bestände der Unterrichtssammlungen der aufgelösten Forstl. Hochschule Aschaffenburg unzureichend sind.
17,200	4,800	—		
a. 300 b. 1,000				
1,300	—	900		
a. 24,800 b. 9,230				
34,030	5,270	900		
	4,370			
a. 800 b. 400				
1,200	—	400		
a. 24,000 b. 8,830				
32,830	4,770	—		
a. 64,719 b. 63,315	4,770	55,508		
128,034		50,738		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		1			**B. Waldbauschulen.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
37,122	50			1	Besoldungen der Beamten	40,900
7,394	54			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	9,100
44,517	04				Summe § 1	50,000
			2		Sächliche Ausgaben.	
3,942	43			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	4,400
1,258	61			2	Unterrichtsmittel . . . . Hievon 1200 M künftig wegfallend.	2,200
356	16			3	Sonstige Ausgaben	400
5,557	20				Summe § 2	7,000
3,186	—				Hievon ab die eigenen Einnahmen	3,000
2,371	20				Restsumme § 2	4,000
46,888	24				Summe B	54,000
a. 56,591 b. 55,517 112,108	39 16 55				Hiezu Summe A	77,296
158,996	79				Summe Kap. 1	131,296

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
37,400	3,500	—	A S. 34	
8,000	1,100	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 2.** Mehrbedarf wegen Einführung des Unterrichts in Stenographie, Maschinenschreiben und Gesang.
45,400	4,600	—		
4,400	—	—		
700	1,500	—		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 2.** Mehrbedarf, veranlaßt durch die Anschaffung von Schreibmaschinen zu Lehrzwecken.
400	—	—		
5,500	1,500	—		
3,000	—	—		
2,500	1,500	—		
47,900	6,100	—		
a. 64,719 b. 63,315 128,034	—	50,738		
175,934	6,100	50,738		
		44,638		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
13,533	30	2			**Für Reisen, Exkursionen und wissenschaftliche Arbeiten**	15,000
14,454	95	3			**Für Stipendien**	17,000
938	07	4			**Für Unterhaltung der Unterrichtsgärten**	1,600
		5			**Ausgaben auf die Unterrichtsgebäude.**	
1,787	68		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminfehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,400
4,082	69		2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Hievon 2400 M künftig wegfallend.	7,400
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
5,870	37				Summe Kap. 5	8,800
23,442	86	6			**Übrige Ausgaben auf den forstlichen Unterricht**	100
158,996	79				Hiezu Summe Kap. 1	131,296
217,236	34				**Summe Ziffer** II (Ausgaben auf den forstlichen Unterricht)	173,796
					Zusammenstellung der Ausgaben.	
27'351,298	74				Ziffer I. Auf die Verwaltung und den Betrieb der Forsten, Jagden und Triften	28'204,755
217,236	34				Ziffer II. Auf den forstlichen Unterricht	173,796
27'568,535	08				**Summe der Ausgaben** . . .	28'378,551

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
14,000	1,000	—		Zu Kap. 2. Erhöhung veranlaßt durch die vermehrte Abhaltung von Exkursionen.
15,000	2,000	—		Zu Kap. 3. Mehrbedarf für Reisestipendien an Forstverwaltungsbeamte.
1,600	—	—		
2,000	—	600		Zu Kap. 5 § 2. Hierunter 2400 M zur Schaffung und Belichtung weiterer Fensterplätze im botanischen Mikroskopiersaale infolge der Zusammenlegung des forstlichen Unterrichts an der Universität München.
4,000	3,400	—		
—	—	—		
6,000	3,400	600		
	2,800			
15,100	—	15,000		
175,934	—	44,638		
227,634	5,800	59,638		
		53,838		
27'173,759	1'030,996	—		
227,634	—	53,838		
27'401,393	1'030,996	53,838		
	977,158			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Abgleichung zum Etat Nr. 16.	
60'678,115	72				**Einnahmen**	60'806,500
27'568,535	08				**Ausgaben**	28'378,551
33'109,580	64				**Reineinnahme**	32'427,949

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
59'608,000	1'198,500	—		Brutto-Einnahmen
27'401,393	977,158	—		Ausgaben
32'206,607	221,342	--		

Schlußbemerkungen.

Im gegenwärtigen Etat sind für je 1 Jahr der Finanzperiode vorgesehen:
Brutto-Einnahmen (ausschließlich des Erlösentgangs durch die Holz- und Forstnebennutzungsabgaben auf Berechtigung) 60'806,500 ℳ,
Ausgaben: . . . . 28'378,551 ℳ.

Die veranschlagten jährlichen Brutto-Einnahmen zerfallen in:
1. Einnahmen aus Forsten . . . . 59'568,500 ℳ,
2. Einnahmen aus Jagden . . . . 401,000 ℳ,
3. Einnahmen aus Triften und Holzhöfen . . . . 485,000 ℳ,
4. Sonstige Einnahmen . . . . 352,000 ℳ.

Von den veranschlagten jährlichen Ausgaben sind:
1. Ausgaben auf die Verwaltung . . . . 10'366,255 ℳ,
2. Ausgaben auf den Betrieb . . . . 16'156,500 ℳ,
3. Sonstige Ausgaben . . . . 1'855,796 ℳ.

Die Ausgabe beträgt 47 %, somit die Reineinnahme 53 % der etatierten Brutto-Einnahme.

Aus dieser etatierten Brutto-Einnahme zuzüglich des Erlösentgangs durch die Holz- und Forstnebennutzungsabgaben auf Berechtigung im veranschlagten Betrage von 1'984,000 ℳ bezw. 940,000 ℳ berechnet sich ein Gesamt-Brutto-Ertrag (Rohertrag) von 77,59 ℳ pro ha der produktiven (zum Holzwuchs geeigneten und bestimmten) Staatswaldfläche zu 821 371 ha.

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 1'100,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 720,000 ℳ

Summe 1'820,000 ℳ

Hiezu die nebenveranschlagten Ausgaben mit 28'378,551 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung im ordentlichen Budget . . . . 30'198,551 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung . . . 30'198,551 ℳ

München, den 8. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Ziffer I.						
	Verwaltung der Forsten, Jagden und Triften.						
	A. Ministerial-Forstabteilung.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
4	Ministerialdirektor	1		12,000			
5	Ministerialräte	4	8400 und 10200	35,225			
7	Regierungs- und Forsträte .	5	6000 bis 7000	32,207			
12	Forstamtsassessoren . . .	4	3000 und 3500	13,917			
13	Geheime Sekretäre . . .	3	4200 und 4600	13,400			
14	Sekretäre	3	3000 und 3300	9,350			
16	Kartographen	2	2700 und 3300	6,000			
22	Steindrucker	2	2300 und 2400	4,746			
	Summe a	24	—	126,845	—	—	126,845
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	24	—	126,845	—	—	126,845
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	24	—	125,800	—	300	126,100
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,045	—	—	745
	weniger	—	—	—	—	300	

Erläuterungen

Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Regierungs-Forstkammern.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Regierungsdirektoren . . .	8	9000 bis 10200	73,800				
7	Regierungs- und Forsträte .	47	6000 bis 8000	339,000				
12	Forstamtsassessoren (Referats-Hilfsarbeiter) . .	31[1]	3000 und 3500	106,000				[1]) 1 Stelle mehr. Im Etat 1910 und 1911 waren 30 Stellen vorgesehen. Die Aufstellung eines weiteren Forstamtsassessors als ordentlicher Hilfsarbeiter im Forsteinrichtungsreferate ist nötig. Nachdem 11 Assessorstellen bei den Forstämtern eingezogen werden, tritt eine Mehrung an Assessorstellen im allgemeinen nicht ein. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 ab berücksichtigt (conf. Bemerkung unter C Ziff. 3).
14	Regierungsbuchhalter . . .	8	4200 bis 4800	37,500				
16	Rechnungskommissäre . . .	44	2700 bis 4200	165,900				
17	Regierungssekretäre . . .	22[2]	1800 bis 2700	43,500				[2]) 3 neue Stellen. Zur Bewältigung des Buchhaltungsdienstes, der durch die Mehrfällungen in den Staatswaldungen in fortgesetzter Zunahme begriffen ist, erweist sich die Aufstellung von 3 weiteren Sekretären als dringendes Bedürfnis. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1912 ab berücksichtigt.
25	Boten und Diener . . .	8	1800 bis 2100	16,200				
29	Kanzleiassistentinnen . . .	5[3]	1200	4,000				[3]) 5 neue Stellen. Für den Kanzleidienst sollen an einigen Regierungsforstkammern als Ersatz für Forstassistenten, die bisher aushilfsweise verwendet und dem äußeren Dienste entzogen werden mußten, 5 Assistentinnen eingestellt werden. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1912 ab berücksichtigt. Diesem Mehrbedarf steht ein entsprechender Minderbedarf bei Kap. 1 B § 1 Tit. 2 gegenüber.
	Summe a	173	—	785,900	—	—	785,900	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Geprüfte Forstpraktikanten .	19	1800	34,200	—	—	34,200	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	192	—	820,100	—	—	820,100	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	183	—	775,400	—	621	776,021	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	9	—	44,700	—	—	44,079	
	weniger	—	—	—	—	621		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	C. Forstämter.							
	a Etatsmäßige Beamte.							
9	Forstmeister	370[1]	4800 bis 6800	2'306,353	900[2]			[1]) 5 Stellen weniger. Im Etat 1910 und 1911 waren in der Voraussetzung, daß während dieser Jahre 6 Forstämter aufgelöst werden sollten, 375 Forstämter vorgesehen. Diese Zahl wurde durch Auflösung von 1 weiteren Forstamt auf 374 vermindert. Weitere 4 Forstämter sollen im Laufe der Jahre 1912 und 1913 eingezogen werden, so daß 370 Forstämter verbleiben. Für diese einzuziehenden Forstämter ist der Bedarf mit dem Hälftebetrag in Ansatz gebracht. [2]) Auslandszulagen.
12	Forstamtsassessoren . . .	265[3]	3000 bis 5500	965,420	—			[3]) 18 Stellen weniger. Im Etat 1910 und 1911 waren unter der Voraussetzung, daß während dieser Jahre 4 Stellen zur Auflösung kommen sollten, 283 Assessorstellen vorgesehen. Infolge organisatorischer Änderungen wurden 5 Stellen für aufgelöste Forstämter neu errichtet, dagegen weitere 12 Stellen (somit im ganzen 16 Stellen) dem Einzuge unterstellt. 11 weitere Stellen können zur Auflösung während der Jahre 1912 und 1913 in Aussicht genommen werden. Es verbleiben hienach 265 Stellen. Der Minderbedarf ist mit dem Hälftebetrag in Ansatz gebracht (vide Erläuterung zu B Ziff. 1).
17	Förster	763[4]	1800 bis 3600	2'337,670	960[5]			[4]) 6 Stellen weniger. Im Etat 1910 und 1911 waren unter Berücksichtigung der in Aussicht genommenen Auflösungen 769 Försterstellen vorgesehen. Diese Zahl wurde durch vermehrte Auflösung auf 767 Stellen vermindert. Im Laufe der Jahre 1912 und 1913 sollen noch weitere 4 Stellen zum Einzuge gelangen. Sohin Gesamtzahl der Försterstellen 763 Stellen. Der Minderbedarf ist mit dem Hälftebetrag in Ansatz gebracht.
	Seite	1398		5'609,443	1,860			[5]) Auslandszulagen.

Anlage A.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1398		5'609,443	1,860			
26	Forstassistenten	567	1200 bis 1800	790,710	900[1]			[1]) Auslandszulagen.
30	Vollbeschäftigte Waldwärter	300[2]	1200 bis 1700	428,732	—			[2]) 20 Stellen mehr. Im Etat 1910 und 1911 waren 280 Stellen vorgesehen. Infolge organisatorischer Änderungen und Einziehung von höher besoldeten Stellen wurde die Zahl auf 284 erhöht. Mit dem Fortschreiten der Änderungen in der Territorialorganisation und Dienstesstellenbesetzung, sowie behufs Umwandlung von bisher nichtetatsmäßigen in etatsmäßige Stellen sind 16 weitere etatsmäßige Waldwärterstellen notwendig. Der Bedarf hiefür ist für die umzuwandelnden Stellen vom 1. September 1912 ab, im übrigen mit dem Hälftebetrag berücksichtigt.
	Summe a	2265		6'828,885	2,760	13,165	6'844,810[3]	[3]) An dem gesamten Besoldungs- und Dienstaufwand der Beamten bei den Forstämtern ergibt sich vom 1. Oktober 1908 bis 1. Juli 1911 infolge der organisatorischen Änderungen durch den Einzug von Dienstesstellen (13 Forstmeister, 13 Forstamtsassessoren, 13 Förster und 24 nichtetatsmäßige Waldwärter) nach Abzug des Aufwandes für Stellenmehrung (15 Forstassistenten und 26 etatsmäßige Waldwärter) eine dauernde Einsparung von 127,999 M. Rechnet man hiezu die im Budget für 1912 und 1913 vorgesehenen Änderungen, d. i. Abgang von 4 Forstmeistern, 11 Assessoren, 4 Förstern und 6 nichtetatsmäßigen Waldwärtern und Zugang von 16 etatsmäßigen Waldwärtern, so ergibt sich eine weitere Einsparung von 52,844 M. Die gesamte dauernde Einsparung beträgt daher nach Vollzug des Budgets 1912 und 1913 bereits 180,843 M.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Geprüfte Forstpraktikanten .	21[4]	1800	32,400	—	–	32,400	[4]) 9 Stellen mehr. Im Etat 1910 und 1911 waren hier 12 geprüfte Forstpraktikanten vorgesehen, während die Bezüge von 25 weiteren ständig beschäftigten geprüften Forstpraktikanten bisher noch auf Kap. 1 C § 1 Tit. 2 verrechnet wurden. Der Bedarf für letztere ist ab 1. September 1912 berücksichtigt. Nebigem Mehrbedarf steht eine Einsparung bei Kap. 1 C § 1 Tit. 2 gegenüber.
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2286		6'861,285	2,760	13,165 Künftig wegfallend	6'877,210	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2286	—	6'559,600	2,760	28,478	6'590,838	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	301,685	—	—	286,372	
	weniger	—	—	—	—	15,313		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer I.							
	Summe A	24	–	126,845	—	—	126,845	
	Summe B	192	—	820,100	—	—	820,100	
	Summe C	2286	—	6 861,285	2,760	13,165	6'877,210	
	Summe Ziffer I. Jahresvoranschlag für die Verwaltung der Forsten, Jagden und Triften für 1912 und 1913 . .	2502	—	7'808,230	2,760	13,165 Künftig wegfallend	7'824,155	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2493	—	7'460,800	2,760	29,399	7'492,959	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	9	—	347,430	—	—	331,196	
	weniger	—	—	—	—	16,234		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer II.							
	Forstlicher Unterricht.							
	A. Forstliche Versuchsanstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Forstamtsassessoren . . .	5	3000 bis 3500	16,700				
—	Assistenten mit Beamteneigenschaft	1 1	2100 2400	4,500				
21	Präparator	1	1950	1,950				
25	Hausmeister und Diener .	3	1500 bis 1800	4,800	—	96		
	Summe a	11	—	27,950	—	96	28,046	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Geprüfte Forstpraktikanten .	2[1]	1800	3,150	—	—	3,150	[1]) Eine Stelle mehr. Die Professoren der forsttechnischen Abteilung sind infolge Aufhebung der Hochschule in Aschaffenburg durch Vorlesungen, Exkursionen und Übungen so stark in Anspruch genommen, daß ihnen die zur Instandhaltung 2c. 2c. der Sammlungen usw. erforderliche Zeit nicht mehr zur Verfügung steht. Es ist deshalb die Zuteilung eines weiteren ständigen Hilfsarbeiters — geprüften Forstpraktikanten — erforderlich.
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	13	—	31,100	—	96 Künftig wegfallend	31,196	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	12	—	26,100	—	119	26,219	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	5,000	—	—	4,977	
	weniger	—	—	—	—	23		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	B. Waldbauschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Forstamtsassessoren . . .	5	3000 bis 3500	17,200				
12	Realienlehrer	4	5000 bis 5500	21,300				
15		1	2400	2,400				
	Summe a	10	—	40,900	—	—	40,900	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	40,900	—	—	40,900	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	10	—	37,400	—	—	37,400	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	3,500	—	—	3,500	
	Zusammenstellung von Ziffer II.							
	Summe A	13	—	31,100	—	96	31,196	
	Summe B	10	—	40,900	—	—	40,900	
	Summe Ziffer II. Jahresvoranschlag für den forstlichen Unterricht für 1912 und 1913 . .	23	—	72,000	—	96 Künftig wegfallend	72,096	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	31	—	114,800	360	119	115,279	
	Sohin für 1912 und 1913 weniger	8[1]	—	42,800	360	23	43,183[1]	[1]) Infolge Aufhebung der Forstlichen Hochschule Aschaffenburg.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I	2502		7'808,230	2,760	13,165	7'824,155	
	„ „ II	23		72,000	—	96	72,096	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung für 1912 und 1913	2525*		7'880,230	2,760	13,261	7'896,251	* Hievon stehen 1232 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 258,000 ℳ unter Kap. 4 § 1 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2524		7'575,600	3,120	29,518	7'608,238	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1		304,630	—	—	288,013	
	weniger	—		—	360	16'257		

München, den 8. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche der

Forst-, Jagd- und Triftverwaltung.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
1	Oberbayern	Hohenschäftlarn	Erbauung eines Försterdienstgebäudes in Hohenschäftlarn im K. Forstamte Wolfratshausen . Der Gesamtbedarf — Bauplatzankauf und Baukosten — ist veranschlagt mit . . . . . 27,900 *M.* Hievon sollen gedeckt werden durch den Erlös aus dem Verkaufe des alten Forstamtsassessordienstanwesens in Zell . . . . . 10,000 *M.*; bleibt hier vorzusehen ein Betrag von . . . 17,900 *M.*	17,900	8,950
2	"	Kirchseeon	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Förster von Diana, K. Forstamts Ebersberg, in Kirchseeon	22,000	11,000
3	"	Rott a/J.	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Rott a/J., K. Forstamts Wasserburg	30,000	15,000
4	Niederbayern	Bodenmais	Erbauung eines Dienstgebäudes für den (zweiten) K. Förster in Bodenmais, K. Forstamts gleichen Namens	26,000	13,000
5	"	Landau a/J.	Erbauung eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Landau a/J.	46,500	23,250
6	"	Unterauerbach	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Förster von Schachten, K. Forstamts Deggendorf, in Unterauerbach	25,000	12,500
			Seite	167,400	83,700

Erläuterungen

Das vormalige (Forstamtsassessor-) Dienstanwesen in Zell bei Ebenhausen, Forstamts Wolfratshausen, mußte wegen Unzulänglichkeit im Jahre 1905 veräußert werden; der Erlös von 10,000 ℳ wurde für einen Neubau reserviert.
Da aus organisatorischen Gründen die Einziehung der Assessorstelle und die Schaffung eines Försterpostens mit dem Dienstsitze in Hohenschäftlarn in Aussicht genommen ist, soll unter Mitverwendung des seinerzeitigen Erlöses aus dem Verkaufe des alten Forstamtsassessordienstanwesens ein Förstergebäude in Hohenschäftlarn erstellt werden. Ein Bauplatz ist um ortsüblichen Preis erhältlich.

Das Wohngebäude des einödig im Ebersbergerforst gelegenen Försterdienstanwesens „Jagdhaus Diana" ist räumlich außerordentlich beschränkt; die Wohnräume sind feucht und ungesund, seit mehreren Jahren von Wohnungsaufsichtswegen beanstandet und auch ärztlicherseits in sanitärer Hinsicht als höchst bedenklich bezeichnet.
Es soll daher ein neues Dienstgebäude, und zwar auf forsteigenem Grunde nächst dem mit Kirche und Schule versehenen Orte Kirchseeon erbaut werden.

Der bauliche Zustand des Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Rott a/J. ist schlecht. Die Zimmer sind sehr niedrig, die Wohnung ist feucht und — laut ärztlicher Äußerung — äußerst ungesund. Das in den früheren Stall eingebaute Geschäftszimmer ist — ganz abgesehen von der aus den Mauern dringenden Feuchtigkeit — von dem Stallgeruche nicht zu befreien. Ein Neubau ist dringendes Bedürfnis; er kann auf dem zu dem Dienstanwesen gehörigen Gelände erstellt werden.

Die schon seit mehreren Finanzperioden als notwendig erachtete Erbauung eines Dienstgebäudes für den (zweiten) Förster in Bodenmais mußte seither wegen Vordringlichkeit anderer Forsthausneubauten immer wieder zurückgestellt werden. Inzwischen haben sich aber die Mietverhältnisse noch weiter verschlechtert; die einzelnen Stelleninhaber mußten wiederholt ihre Wohnung wechseln und hiebei teilweise Mietverhältnisse eingehen, die ihnen dienstliche Verlegenheiten bereiten. Im Interesse des Dienstes kann die Erbauung eines Dienstgebäudes nicht länger mehr verschoben werden. Ein forsteigener Bauplatz steht zur Verfügung.

Die Unterbringung des Forstamtes Landau a/J. stößt bei dem dortigen Mangel an geeigneten Wohnungen seit Bestehen dieses Amtes auf Schwierigkeiten. Nach öfterem Wechsel befindet sich zurzeit das Amt — und die Wohnung des Amtsvorstandes — in einem Gasthause, was verschiedene Mißstände im Gefolge hat. Diese äußerst ungünstigen allgemeinen und besonderen Wohnungsverhältnisse lassen die Beschaffung eines Dienstgebäudes als vordringlich erscheinen.

Das Försterdienstanwesen in Schachten, ein isoliert am Walde gelegenes, einstöckiges ehemaliges Söldnerhaus mit angebauten Ökonomieräumen, diente als Waldwärterwohnung bis zum Jahre 1900, in welchem Jahre der Posten in einen Försterposten umgewandelt wurde. Die Wohnräume — zwei kleine Zimmer im Erdgeschoß, von denen eines wegen der feuchten Wände nahezu unbenützbar ist, und ein kleines Giebelzimmer im Dachgeschoß — sind auch für die bescheidensten Anforderungen durchaus unzureichend. Da eine Erweiterung oder Verbesserung der Wohnung ausgeschlossen ist und das Haus auch baulich große Mängel aufweist, erübrigt nur ein Neubau. Dieser soll in dem günstig zu dem Staatswalde gelegenen Pfarr- und Schuldorfe Unterauerbach erstellt werden, woselbst ein Bauplatz um entsprechenden Preis erworben werden kann.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamt-kostenbedarf	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
			Übertrag	167,400	83,700
7	Pfalz	Bobenthal	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Bobenthal, Forstamts Schweigen	32,500	16,250
8	"	Bruchweiler	Erbauung eines Försterdienstgebäudes in Bruchweiler, K. Forstamts Dahn	21,500	10,750
9	"	Schaidt	Erweiterungsbau bei dem Forstamtgebäude in Schaidt	14,000	7,000
10	Oberpfalz	Burglengenfeld (Wölland)	Dachstuhlerneuerung und teilweiser Umbau mit gleichzeitiger Entfeuchtung und Instandsetzung des Erdgeschoßes zu Geschäftsräumen bei dem Dienstgebäude des K. Forstamtes Burglengenfeld (in Wölland)	54,000	27,000
11	"	Riedenburg	Ankauf des Anwesens Hs.-Nr. 306 (Wohnhaus samt Nebengebäude, Hof und Garten) in Riedenburg als Dienstanwesen für das K. Forstamt Riedenburg	47,000	23,500
			Seite	336,400	168,200

Erläuterungen

Das Dienstgebäude für den K. Forstamtsassessor in Bobenthal, ein altes, niedriges Bauernhaus, ist nicht nur nach Zahl, Größe und Verwendbarkeit der — teilweise feuchten — Räume unzureichend sondern auch stark baufällig und kann nicht weiter in Benützung belassen werden. Ein Neubau ist dringend erforderlich; dieser kann auf dem Areale des alten Anwesens erstellt werden.

Die Erbauung eines Försterdienstanwesens in Bruchweiler ist im Hinblick auf die äußerst ungünstigen Mietwohnungsverhältnisse in Bruchweiler dringend notwendig. Ein forsteigener Bauplatz ist vorhanden.

In dem als Oberförsterhaus erbauten nunmehrigen Forstamtsgebäude zu Schaidt steht für den Amtsvorstand und das Personal sowie für den dienstlichen Verkehr mit der Bevölkerung nur ein einziger Geschäftsraum — mit 19,8 qm Bodenfläche — zur Verfügung. Auch die Dienstwohnung ist räumlich unzulänglich. Die Verhältnisse erfordern dringend eine Verbesserung, die durch Herstellung eines Anbaues an das Hauptgebäude in einwandfreier Weise geschaffen werden kann.

Das staatsäralialische Anwesen in Wölland bei Burglengenfeld enthält die Diensträume des K. Forstamtes Burglengenfeld, ferner die Dienstwohnung des Forstamtsvorstandes und die Dienstwohnung des K. Försters von Burglengenfeld.

Der derzeitige bauliche Zustand des Hauses ist ein sehr ungünstiger: der in seinem Verbande gelockerte Dachstuhl mußte wegen Gefahr für die Bewohner durch Einbringen einer Notkonstruktion gestützt werden und bedarf dringend der Erneuerung; der nordwestliche Giebel droht einzustürzen und die Erdgeschoßräume sind feucht und derzeit unbenützbar, weshalb als forstamtliches einziges Dienstzimmer ein zur Wohnung des Forstmeisters gehöriges Gelaß des Obergeschoßes benützt werden muß.

Nach bautechnischem Gutachten kann das Gebäude, das an sich und seiner Lage nach eine Zierde der Gegend ist und auch schon aus diesem Grunde erhalten werden sollte, mit den in Aussicht genommenen durchgreifenden Bauvornahmen wieder vollständig in Stand gesetzt und dadurch sowohl hinsichtlich der Geschäftsräume wie hinsichtlich der beiden Dienstwohnungen ein allen Ansprüchen entsprechender Zustand geschaffen werden.

Das alte Dienstgebäude des K. Forstamts Riedenburg, das vor diesem gelegene Einzelanwesen „Aicholding", ist räumlich außerordentlich beschränkt und bietet nicht nur sehr ungeeignete und unzulängliche Amtslokalitäten, sondern auch in jeder Hinsicht unzureichende Wohnräume. Die Räume sind meist feucht und ungesund. Es mußte daher dem derzeitigen Amtsvorstande gestattet werden, das Gebäude zu verlassen, sein eigenes neuerbautes Haus zu beziehen und dahin auch die forstamtlichen Geschäftsräume zu verlegen. Dieser Neubau ist nunmehr dem Staatsärar zum Kauf angeboten.

Das Anwesen besteht aus Wohnhaus, Nebengebäude, Hof, Bleichrasen, Nutz- und Ziergarten mit einer Gesamtfläche von 0,166 ha. Das Wohngebäude ist im Anhalte an die für Forstamtsneubauten übliche Einteilung für Dienst- und Wohnräume hergestellt und entspricht allen zu stellenden Anforderungen. Der verlangte Kaufpreis von 45,000 ℳ erscheint angemessen. Der Ankauf liegt im dienstlichen Interesse.

Im Zusammenhalt mit einzelnen Nacharbeiten im Anschlage von 2000 ℳ wird im Ganzen ein Gesamtbedarf von 47,000 ℳ erforderlich.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			Übertrag	336,400	168,200
12	Oberpfalz	Weiherhammer	Erbauung eines Dienstgebäudes für den K. Förster in Weiherhammer, K. Forstamts Etzenricht .	18,000	9,000
13	Oberfranken	Kehlbach	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Förster in Kehlbach, K. Forstamts Tettau . . . . . Neubaukosten . . . . 21,800 M. Hievon zu decken durch den Erlös des veräußerten Dienstanwesens für den aufgehobenen Försterposten Röbersdorf mit . . . . 10,030 M; ist noch erforderlich ein Betrag von . . . . 11,770 M	11,770	5,885
14	"	Lichtenfels	Neubau eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Langheim in Lichtenfels	50,000	25,000
15	"	Weidenhüll	Erbauung eines Försterdienstgebäudes in Weidenhüll, K. Forstamts Betzenstein . . . . . . Der Gesamtbedarf — Bauplatzankauf und Neubaukosten — ist veranschlagt mit . . . . 28,000 M. Hievon sollen gedeckt werden durch die Erlöse für die entbehrlich gewordenen und veräußerten Forstdienstanwesen in Weibach und Stierberg mit 8650 M und 5610 M . = 14,260 M; bleiben hier vorzusehen . . . . 13,740 M	13,740	6,870
16	Unterfranken	Kleinrinderfeld	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Kleinrinderfeld, K. Forstamts Würzburg	32,900	16,450
17	"	Kleinwenkheim	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor von Bildhausen, K. Forstamts Münnerstadt, in Kleinwenkheim . . . . . . Der Gesamtbedarf — Bauplatz- und Quellenankauf, dann Baukosten — ist veranschlagt mit . . 35,000 M. Hievon sollen gedeckt werden durch den Erlös aus dem Verkauf des Dienstanwesens des aufgelösten Forstamts Großostheim . . . . . . 12,120 M; bleibt hier vorzusehen ein Betrag von . . . 22,880 M	22,880	11,440
			Seite	485,690	242,845

Erläuterungen

Für den K. Förster in Weiherhammer ist eine Dienstwohnung nicht vorhanden. Die Mietwohnungsverhältnisse in den für den Dienstbezirk in Betracht kommenden Ortschaften sind derart ungünstig, daß der Bau einer Dienstwohnung dringend geboten ist. Ein Bauplatz steht in dem Staatswalde nächst dem Bahnhof Weiherhammer zur Verfügung.

Das Försterdienstgebäude in Kehlbach ist baulich in einem sehr schlechten Zustande. Da eine wirksame Abhilfe durch Reparaturen oder durch einen Umbau nicht geschaffen werden kann, ist ein Neubau dringend geboten. Dieser kann auf dem zugehörigen Dienstlande erbaut werden.

Aus organisatorischen Rücksichten soll das K. Forstamt Buch a/F. mit dem K. Forstamte Langheim vereinigt werden. Als Sitz des so vergrößerten Forstamtes kann aus dienstlichen Erwägungen nur die Stadt Lichtenfels in Betracht kommen. Da hier eine mietweise Beschaffung der Amtsräume für das Forstamt samt geeigneter Wohnung für den Amtsvorstand nach den örtlichen Verhältnissen ausgeschlossen erscheint, ist die Erbauung eines Forstamtsgebäudes notwendig. Ein Bauplatz wurde bereits erworben; vgl. hiewegen die Kammerbeschlüsse vom 7. Juni 1910 und 1. August 1910 Stenogr. Ber. d. K. d. Abg. Nr. 329 Bd. XI S. 591, 592 und Stenogr. Ber. d. K. d. Abg. Nr. 42 Bd. II S. 481.

Mit der aus organisatorischen Rücksichten gebotenen Verlegung des Forstamts Waidach nach Betzenstein ist die Schaffung eines Försterpostens in Weidenhüll notwendig geworden. Da Mietwohnungen in diesem Orte nicht vorhanden sind, ist die Erbauung einer Försterdienstwohnung nicht zu umgehen. Ein geeigneter Bauplatz ist um entsprechenden Preis erhältlich. (Die höheren Baukosten für den Neubau sind durch die Abgelegenheit Weidenhülls und die dadurch bedingten Mehrausgaben für Baumaterialientransport usw. veranlaßt.)

Das Forstdienstanwesen in Kleinrinderfeld diente bis zum Jahre 1887 als Försterdienstanwesen, in welchem dann anläßlich der Neuformierung des Forstamtes Höchberg der diesem Amte unterstellte exponierte Forstamtsassessor mit dem Sitze in Kleinrinderfeld bis auf weiteres untergebracht wurde. Das Gebäude entspricht diesem Verwendungszwecke in keiner Weise, während es als Försterdienstgebäude — was es bis zum Jahre 1887 gewesen — wohl wieder verwendbar wäre.

Im Jahre 1907 mußte aus dienstlichen Gründen der Dienstsitz des in Kist stationierten Försters nach Kleinrinderfeld verlegt werden. Hier bietet aber die mietweise Unterbringung dieses Beamten infolge der bedeutend erweiterten Steinbruchbetriebe in der Umgebung des Ortes auf die Dauer wesentliche Schwierigkeiten, so daß die Beschaffung einer Dienstwohnung für den Förster schon aus dienstlichen Erwägungen notwendig wird.

Um beiden Bedürfnissen Rechnung zu tragen, soll für den Forstamtsassessor ein neues Dienstgebäude hergestellt und das vorhandene Dienstanwesen dem Förster überwiesen werden.

Das (früher Forstamts-, jetzt) Forstamtsassessordienstgebäude in Bildhausen ist ein Teil der umfangreichen ehemaligen Klostergebäude. Der übrige Teil des seinerzeitigen Klosterkomplexes ist Eigentum der St. Josefskongregation in Ursberg. Die Kongregation will nunmehr auch das in Mitte ihres Besitzes gelegene Forstdienstanwesen samt Zubehör erwerben. Im Falle des Verkaufes, bezüglich dessen bereits Verhandlungen im Gange sind, wird die Erbauung eines anderen Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor notwendig. Der Neubau soll in dem Dorfe Kleinwenkheim erstellt werden, woselbst ein passender Bauplatz um angemessenen Preis erworben werden kann.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamt-kostenbedarf	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
			Übertrag	485,690	242,845
18	Unterfranken	Reinfeldshof	Erbauung eines Dienstgebäudes für den K. Förster von Rödelmeier, K. Forstamts Münnerstadt, in Reinfeldshof	26,000	13,000
19	Schwaben	Grönenbach	Neubau eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Grönenbach	47,000	23,500
20	"	Obergünzburg	Erbauung eines Dienstgebäudes für den K. Förster in Obergünzburg, K. Forstamts Ottobeuren .	22,600	11,300
21	"	Oberkammlach	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Oberkammlach, K. Forstamts Mindelheim	30,300	15,150
22	—	—	Reserve . . . . Die Reserve soll wie in den Vorjahren zuzüglich der etwa bei einzelnen Bauten sich ergebenden Kreditübrigungen zunächst zur Ausgleichung allenfallsiger unvermeidlicher Kreditüberschreitungen bei den im Etat vorgesehenen Bauten dienen. Der hienach verbleibende Betrag der Reserve wäre zu verwenden zum gelegentlichen Ankaufe von Bauplätzen bei solchen Dienstesposten, an welchen in nächster Zeit der Neubau eines Dienstgebäudes erforderlich werden wird.	36,410	18,205
			Summe	648,000	324,000

Erläuterungen

Die Mietwohnung des K. Försters in Rödelmeier ist nicht nur sehr beschränkt sondern auch äußerst mangelhaft und in gesundheitlicher Beziehung nicht einwandfrei. Andere Mietwohnungen sind nicht erhältlich. Zudem ist Rödelmeier als Dienstsitz sehr ungünstig gelegen, da zu den Hauptbetriebsorten im Staatswalde ein Weg von 4—7 km über eine hochgelegene, dem Winde völlig preisgegebene Ebene zurückgelegt werden muß, was namentlich im Winter bei Schneewehen mit großer Schwierigkeit verbunden ist. Aus diesen Gründen soll für den genannten Beamten ein Dienstgebäude in dem nächst dem Staatswalde gelegenen Weiler Reinfeldshof erbaut werden.

Das Forstamtsgebäude in Grönenbach, ein altes, adaptiertes Söldnerhaus mit Ökonomiegebäude unter einem Dache, ist in den Wohnräumen äußerst beschränkt, die Geschäftsräume sind vollständig unzureichend. Die im Laufe der Jahre vorgenommenen An- und Einbauten konnten nur wenig Besserung bringen. Ein amtsärztliches Zeugnis neuester Zeit bezeichnet Wohn- und Geschäftsräume als ungenügend und gesundheitsschädlich. — Da bei dem gegebenen Bestande des Gebäudes die vorhandenen Schäden durch bauliche Maßnahmen nicht beseitigt werden können, ist ein Neubau erforderlich. Als Baustelle ist der bei dem Anwesen befindliche Obstgarten in Aussicht genommen.

Der K. Förster in Obergünzburg besitzt keine Dienstwohnung. Eine geeignete Mietwohnung für den Förster ist nicht erhältlich, weshalb die jeweiligen Stelleninhaber sich mit vollständig ungenügenden Wohnungen behelfen müssen. Die seit Jahren als notwendig befundene, mit Rücksicht auf andere noch vordringlichere Forsthausneubauten immer wieder zurückgestellte Erbauung eines Dienstgebäudes läßt sich nicht länger mehr verschieben. Ein forsteigener Bauplatz ist vorhanden.

Das Forstamtsassessordienstgebäude in Oberkammlach ist ein altes früheres Bauernhaus, das vor 80 Jahren für das Ärar angekauft wurde. Das Haus befindet sich jetzt in einem schlechten baulichen Zustande, insbesondere ist der Dachstuhl samt Belag äußerst schadhaft und müßte in der nächsten Zeit vollständig erneuert werden. Die Erdgeschoßräume — darunter das kleine, schlecht belichtete Geschäftszimmer — sowie einzelne Räume des Obergeschosses sind feucht und ungesund; die Wohnräume sind beschränkt und für eine größere Familie nicht ausreichend. — Diese Verhältnisse drängen zu einem Neubau; dieser kann auf dem zugehörigen Dienstgrunde neben dem alten Hause erstellt werden.

München, den 8. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 17.

Besondere Betriebe des Staates und sonstige Nutzungen aus dem Staatsgute.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
					Einnahmen.	
3'043,073	32	1			Hofbräuhaus München	3'048,100
153,397	43	2			Weingut in Unterfranken	105,000
12,945	33	3			Hoffischerei auf dem Chiemsee	13,620
160,366	04	4			Ertrag aus Mineralbädern	161,000
1'132,770	74	5			Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	1'180,000
223,780	76	6			Ertrag der Fischereien, sonstigen Nutzungen und Rechte	220,000
		7			**Entschädigung von der Militärverwaltung.**	
111,790	87		1		Für verpachtete Realitäten ꝛc. nach § 39 Ziff. 2 des Landtagsabschieds vom 28. April 1872	108,000
54,500	—		2		Für Benützung der zivilärarialischen Fohlenhofsobjekte nach § 29 des Landtagsabschieds vom 15. April 1875	54,500
166,290	87				Summe Kap. 7	162,500
4'892,624	49				**Summe der Einnahmen**	4'890,220

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Zu Kap. 1—7. Solleinnahme . . . 4'891,220 ℳ, Nachläſſe . . . 1,000 ℳ, Bruttoeinnahme 4'890,220 ℳ.
2'818,800	229,300	—	A S. 10/11	
91,000	14,000	—	B S. 18/19	
12,350	1,270	—	C S. 26/27	
161,000	—	—		**Zu Kap. 4.** Von dem veranſchlagten Ertrag aus Mineralbädern treffen: 115,000 ℳ auf die Bäder Kiſſingen und Bocklet (einſchließlich des Aktienbades), 30,000 ℳ auf das Bad Brückenau, 16,000 ℳ auf das Bad Steben. Wegen der Einzelheiten wird auf die Denkſchrift Bezug genommen, die ſeinerzeit dem Landtage mitgeteilt wurde (vgl. Verh. d. K. d. Abg. 1909/10 Beil. Bd. IX Beil. 800).
1'056,600	123,400	—		**Zu Kap. 5.** Die Mehreinnahme iſt hauptſächlich durch den Zugang von Mietentſchädigungen für neu geſchaffene Dienſtwohnungen veranlaßt.
180,000	40,000	—		**Zu Kap. 6.** Der Voranſchlag iſt im Anhalt an das Rechnungsergebnis des Jahres 1910 und unter Berückſichtigung der für die kommende Finanzperiode zu gewärtigenden Änderungen bemeſſen.
74,000	34,000	—		**Zu Kap. 7.** Der Voranſchlag entſpricht der ſeitens der Militärverwaltung in Ausſicht geſtellten Einnahme.
54,500	—	—		
128,500	34,000	—		
4,448,250	441,970	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
2'133,926	03	1			**Hofbräuhaus München**	2'202,500
91,854	49	2			**Weingut in Unterfranken**	88,480
9,611	64	3			**Hoffischerei auf dem Chiemsee**	9,620
		4			**Auf die verpachteten und vermieteten Staatsrealitäten.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
6,861	46			1	Besoldungen der Beamten	4,650
1,277	05			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,550
—	—			3	Tagegelder und Reisekosten	—
8,138	51				Summe § 1	6,200
40,357	82		2		Sächliche und Betriebsausgaben . . . . Hievon 21,500 M künftig wegfallend.	80,000
221,054	83		3		Lasten (Kreisumlagen, Distriktsumlagen, Gemeindeumlagen und Passivreichnisse)	235,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1'922,820	279,680	—	A S. 12/15	
83,070	5,410	—	B S. 20/23	
9,270	350	—	C S. 28/31	
7,280	—	2,630	D S. 36	
1,550	—	—		
—	—	—		
8,830	—	2,630		
50,000	30,000	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Der einmalige Bedarf ist bestimmt: mit 2,500 ℳ zur Gewährung eines Zuschußes zur Bildung eines Unterhaltungsfonds für die Würmkorrektion zwischen Pasing und der Karlsfelder-Schleuse und mit 19,000 ℳ zur Erhöhung und Verstärkung der Hochwasserdämme der Neuen Lauter in den Gemarkungen Berg und Neuburg a. Rh. Die Erhöhung des fortdauernden Bedarfs ist teils durch die erhöhten Leistungen, die dem Ärar durch das Wassergesetz auferlegt wurden, teils durch die erhöhten Arbeitslöhne veranlaßt.
210,000	25,000	—		**Zu Kap. 4 § 3.** Mehr infolge der Zunahme der Umlagen.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
		4	4		Ausgaben auf die Gebäude.	
63,032	59			1	Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	60,000
73,012	40			2	Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	145,000
—	—			3	Für Erweiterungs- und Neubauten	—
136,044	99				Summe § 4	205,000
1,248	05		5		Sonstige Ausgaben	1,500
221,054	83				Hiezu Summe § 3	235,000
40,357	82				„ § 2	80,000
8,138	51				„ § 1	6,200
406,844	20				Summe Kap. 4	527,700
9,611	64				Hiezu „ „ 3	9,620
91,854	49				„ „ 2	88,480
2'133,926	03				„ „ 1	2'202,500
2'642,236	36				**Summe der Ausgaben** . . .	2'828,300
					Abgleichung zum Etat Nr. 17.	
4'892,624	49				**Einnahmen**	4'890,220
2'642,236	36				**Ausgaben**	2'828,300
2'250,388	13				**Reineinnahme**	2'061,920

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
50,000	10,000	—		**Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.** Im Anhalt an den Aufwand der letzten fünf Jahre veranschlagt.
145,000	—	—		
—	—	—		
195,000	10,000	—		
1,500	—	—		
210,000	25,000	—		
50,000	30,000	—		
8,830	—	2,630		
465,330	65,000	2,630		
	62,370			
9,270	350	—		
83,070	5,410	—		
1'922,820	279,680	—		
2'480,490	347,810	—		
4'448,250	441,970	—		
2'480,490	347,810	—		
1'967,760	94,160	—		

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	19,290 ℳ,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten .	9,740 ℳ.
Summe	29,030 ℳ.
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . .	2'828,300 ℳ.
Summe der Ausgaben auf den Etat der besonderen Betriebe des Staates im ordentlichen Budget	2'857,330 ℳ.
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	—
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der besonderen Betriebe des Staates . .	2'857,330 ℳ

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.
Dr. von Pfaff.

Hofbräuhaus München.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
2'745,951	78	1			Bier	2'765,000
119,602	96	2			Nebenprodukte	114,200
117,235	—	3			Wirtschaftsbetrieb	116,100
2,450	—	4			Pacht und Mieten	2,930
6,043	13	5			Zinsen und sonstige Einnahmen	6 370
51,790	45	6			Flaschenfüllerei	43,500
3'043,073	32				Summe der Einnahmen	3'048,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2'550,000	215,000	—		
100,000	14,200	—		Im Anhalt an den Durchschnitt der letzten 3 Jahre veranschlagt.
119,800	—	770		
11,000	—	4,630		
38,000	5,500	—		
2'818,800	234,700	5,400		
	229,300			

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
50,282	25	1			Besoldungen . . . . Hievon 5300 M künftig wegfallend.	55,900
3,978	13	2			Tagegelder und Reisekosten	5,200
3,246	30	3			Regiekosten	3,000
163,849	70	4			Löhne	167,000
650	—	5			Unterstützungen	6,000
9,607	91	6			Arbeiterversicherung	10,000
27,006	32	7			Fuhrwerk	31,000
966,557	91	8			Malz, Gerste und Hopfen	966,000
88,189	96	9			Feuerungsmaterial	90,000
13,594	73	10			Pech	10,000
6,478	20	11			Wasserzinse	5,000
7,148	91	12			Eis	7,000
108,792	28	13			Bierverschleiß	108,000
64,013	53	14			Betriebsunkosten	64,000
22,104	65	15			Schäfflerei	23,000
17,477	49	16			Wirtschaftskosten	25,000
332,541	24	17			Malzaufschlag	362,000
49,878	81	18			Umlagen und sonstige Lasten	70,000
6,321	18	19			Ständige Bauausgaben	6,000
28,024	62	20			Bauunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	25,000
114,181	91	21			Abschreibungen	113,400
2'083,926	03				**Summe der Ausgaben** . . .	2'152,500
50,000	—	22			Zuweisung an den Reservefonds	50,000
2'133,926	03				**Gesamtsumme der Ausgaben** . . .	2'202,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
50,530	5,370	—	D S. 34	Bedarf nach dem Besoldungsausweis . . . . 53,900 M, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen 2,000 M, im ganzen 55,900 M.
5,200	—	—		*) Zu Kap. 7, 12, 14—16, 20 und 21 ist eine Abgleichung des Voranschlages für die Jahre 1912 und 1913 mit dem Budgetbetrage der Jahre 1910 und 1911 infolge der durch die Einführung der kaufmännischen Buchführung bedingten Änderungen nicht möglich.
2,000	1,000	—		
142,000	25,000	—		
1,000	5,000	—		Zu Kap. 5. Mehrbedarf zur Beschaffung der Mittel, um invaliden Bediensteten, welchen kein Pensionsanspruch zusteht, und den Hinterbliebenen von solchen Bediensteten fortlaufende Unterstützungen zu gewähren.
9,400	6,000	—		
*)	*)	*)		
910,000	56,000	—		
80,000	10,000	—		
11,000	—	1,000		
6,000	—	1,000		
*)	*)	*)		
96,000	12,000	—		Zu Kap. 13. Mehrausgaben an Rückfrachtspesen für leere Fässer infolge Vermehrung der auswärtigen Kundschaft.
*)	*)	*)		
*)	*)	*)		
*)	*)	*)		
240,000	122,000	—		Zu Kap. 17. Mehrbedarf infolge Erhöhung des Malzaufschlags.
44,790	25,210	—		
7,000	—	1,000		
*)	*)	*)		
*)	*)	*)		
1'772,820	379'680	—		
150,000	—	100,000		
1'922,820	279,680	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M.	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Abgleichung.	
3′043,073	32				**Einnahmen**	3′048,100
2′083,926	03				**Ausgaben**	2′152,500
959,147	29				**Rein-Einnahme**	895,600
50,000	—				Nach Abzug der Überweisung an den Reservefonds zu	50,000
909,147	29				verbleibt als **Überschuß** . . .	845,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2'818,800	229,300	—		
1'772,820	379,680	—		
1,045,980	—	150,380		
150,000	—	100,000		
895,980	—	50,380		

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Weingut in Unterfranken.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
146,304	68	1			**Erlös aus dem Verkaufe von Wein**	100,000
—	—	2			**Erlös aus dem Verkaufe von Möſten**	—
4,923	87	3			**Abfüllungs- und Verſandgebühren**	3,000
2,168	88	4			**Übrige Einnahmen**	2,000
153,397	43				**Summe der Einnahmen** . . .	105,000
					Ausgaben.	
		1			**Perſönliche Ausgaben.**	
13,358	65		1		Beſoldung der Beamten . . . . Hievon 510 M künftig wegfallend.	14,200
1,500	—		2		Koſten für Stellvertretung, Geſchäftsaushilfe und beſondere Leiſtungen	1,500
802	—		3		Tagegelder und Reiſekoſten	750
15,660	65				Summe Kap. 1	16,450
1,028	44	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfniſſe, Druckſachen, Bücher, Buchbinderkoſten, Einrichtungsgegenſtände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geſchäftsräume u. dgl.)	1,000
252	27	3			**Poſt-, Telegramm- und Telephongebühren**	250

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M.	M	M		
85,000	15,000	—		Die Einnahmen sind unter Berücksichtigung des Materialstandes und der Weinpreise veranschlagt.
1,000	—	1,000		Möste gelangen in den Jahren 1912 und 1913 nicht zum Verkaufe.
3,100	—	100		
1,900	100			
91,000	15,100	1,100		
	14,000			
13,570	630	—	D S. 35	
1,500	—	—		
750	—	—		
15,820	630	—		
1,000	—	—		
200	50	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
		4			**Betriebskosten.**	
137	14		1		Aufsichtsgebühren für die Weinberge	140
37,821	33		2		Taglöhne der Weinbergsleute	38,000
9,684	15		3		Auf den Ankauf von Weinbergsmaterialien	11,500
1,500	—		4		Auf Herstellung und Unterhaltung der Weinbergswege und -Mauern . .	3,000
2,335	77		5		Kosten auf das Einheimsen der Erträge (sog. Herbstkosten)	4,000
244	92		6		Auf die Einbringung und Verwertung von Möften	300
13,952	21		7		Auf Kellerwirtschaft (Löhne der Büttnergehilfen, Kosten für Versandmaterial ꝛc.) sowie Unterhaltung der Keller, Anschaffung von Kellermaterialien, Kellerwerkzeugen und Unterhaltung der letzteren . . .	7,000
340	30		8		Auf Beheizung, Beleuchtung und Reinigung	350
2,639	45		9		Fuhrlöhne	2,500
14	55		10		Auf die Abgabe von Wein- und Mostproben	50
308	60		11		Sonstige Ausgaben	230
68,978	42				Summe Kap. 4	67,070
1,066	24	5			**Versicherungsbeiträge**	1,100
760	38	6			**Lasten** (Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen)	760
		7			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
133	53		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne und Wasserzinse	150
3,208	49		2		Für Gebäudeunterhaltung	600
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten	—
3,342	02				Summe Kap. 7	750

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
140	—	—		
33,500	4,500	—		Zu Kap. 4 § 2. Mehrbedarf infolge erhöhter Löhne und infolge der Bekämpfung der Schädlinge des Weinstocks.
12,500	—	1,000		
1,500	1,500	—		Zu Kap. 4 § 4. Mehrbedarf wegen Neuanlegung eines brachliegenden Weinbergs.
4,000	—	—		
300	—	—		
6,170	830	—		Zu Kap. 4 § 7. Mehrbedarf infolge des gesteigerten Kleinabsatzes, für Anschaffung von Flaschen ꝛc. Dem Mehraufwand stehen erhöhte Einnahmen gegenüber.
180	170	—		
2,300	200	—		Zu Kap. 4 § 8. Mehrbedarf wegen Einführung der Warmwasserheizung im Gährkeller.
50	—	—		
230	—	—		
60,870	7,200	1,000		
	6,200			
1,100	—	—		
760	—	—		
120	30	—		
2,100	—	1,500		Zu Kap. 7 § 2. Minderung durch Wegfall des einmaligen Bedarfs der vorigen Finanzperiode.
—	—	—		
2,220	30	1,500		
		1,470		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
—	—	8			**Übrige Ausgaben**	100
766	07	9			**Reserve für unvorhergesehene Fälle**	1,000
					Zusammenstellung.	
15,660	65				Summe Kap. 1	16,450
1,028	44				" " 2	1,000
252	27				" " 3	250
68,978	42				" " 4	67,070
1,066	24				" " 5	1,100
760	38				" " 6	760
3,842	02				" " 7	750
—	—				" " 8	100
766	07				" " 9	1,000
91,854	49				**Summe der Ausgaben**	88,480
					Abgleichung.	
153,397	43				**Einnahmen**	105,000
91,854	49				**Ausgaben**	88,480
61,542	94				**Reineinnahme**	16,520

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
100	—	—		
1,000	—	—		
15,820	630	—		
1,000	—	—		
200	50	—		
60,870	6,200	—		
1,100	—	—		
760	—	—		
2,220	—	1,470		
100	—	—		
1,000	—	—		
83,070	6,880	1,470		
	5,410			
91,000	14,000	—		
83,070	5,410	—		
7,930	8,590	—		

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Hoffischerei auf dem Chiemsee.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Erlös aus dem Regiebetriebe.**	
6,662	41		1		Für verkaufte Fische	6,600
279	—		2		Für Fischbrut und embryonierte Fischeier	350
6,941	41				Summe Kap. 1	6,950
		2			**Pacht- und sonstige Nutzungen.**	
240	—		1		Mietzinse	240
3,421	—		2		Pachtschillinge für die Fischerei	3,500
1,194	90		3		Pachtschillinge für die Nutzung von Schilf und Geröhricht	1,200
1,008	08		4		Rekognitionen für Fischereirechte und sonstige Bewilligungen	1,600
139	94		5		Zufällige Einnahmen	130
6,000	92				Summe Kap. 2	6,670
12,945	33				**Summe der Einnahmen**	13,620

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
6,400	200	—		
300	50	—		
6,700	250	—		
—	240	—		
3,420	80	—		
1,000	200	—		
1,100	500	—		
130	—	—		
5,650	1,020	—		
12,350	1,270	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
3,500	—		1		Besoldungen der Beamten	3,700
1,130	—		2		Tagegelder und Reisekosten	1,130
4,630	—				Summe Kap. 1	4,830
279	89	2			**Sächliche Ausgaben**	340
124	55	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	130
		4			**Betriebskosten.**	
2,461	80		1		Fischfanggebühren	2,050
635	13		2		Für Anschaffung und Reparatur von Werkzeugen und Fischbehältern . .	700
329	80		3		Auf Fischzucht	350
145	30		4		Sonstige Betriebsausgaben	200
3,572	03				Summe Kap. 4	3,300
95	34	5			**Versicherungsbeiträge**	100
415	46	6			**Lasten**	420
		7			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
44	37		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne	50
450	—		2		Für Gebäudeunterhaltung	450
494	37				Summe Kap. 7	500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3,530	170	—	D S. 35	
1,130	—	—		
4,660	170	—		
340	—	—		
130	—	—		
2,000	50	—		
650	50	—		
400	—	50		
200	—	—		
3,250	100	50		
	50			
80	20	—		
310	110	—		
50	—	—		
450	—	—		
500	—	—		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
—	—	8			**Übrige Ausgaben**	—
494	37				Hiezu Summe Kap. 7	500
415	46				" " 6	420
95	34				" " 5	100
3,572	03				" " 4	3,800
124	55				" " 3	130
279	89				" " 2	340
4,630	—				" " 1	4,830
9,611	64				**Summe der Ausgaben**	9,620
					Abgleichung.	
12,945	33				**Einnahmen**	13,620
9,611	64				**Ausgaben**	9,620
3,333	69				**Reineinnahme**	4,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
—	—	—		
500	—	—		
310	110	—		
80	20	—		
3,250	50	—		
130	—	—		
340	—	—		
4,660	170	—		
9,270	350	—		
12,350	1,270	—		
9,270	350	—		
3,080	920	—		

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Etat der besonderen Betriebe des Staates.							
	A. Hofbräuhaus München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	7,000	9,000[1])			[1]) Tantiemenaversum.
13	Inspektor	1	—	4,200	—			
14	Flaschenfüllereiverwalter	1	—	3,000	—			
17	Sekretäre	6[2])	—	13,800	—			[2]) 1 Stelle mehr. Die Vermehrung der Geschäftslast, insbesondere infolge Zunahme des Exports, macht die Einstellung eines weiteren Sekretärs notwendig.
17	Ökonomieverwalter	1	—	2,100	—			
17	Materialverwalter	1	—	2,100	—			
19	Obermaschinist	1	—	2,100	—			
21	Baupalier	1	—	1,800	—			
25	Diener	1	—	2,000	—			
25	Buchhalterin	1[3])	—	1,500	—			[3]) Neue Stelle. Die in der Flaschenfüllerei beschäftigte Buchhalterin ist ihrem Dienstalter nach an der Reihe zur etatsmäßigen Anstellung.
	Summe a	15	—	39,600	9,000	5,300	53,900	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	15[4])	—	39,600	9,000	5,300 künftig wegfallend.	53,900	[4]) Hievon stehen 7 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 2910 M in der Anlage A zum Etat Nr. 17 unter Kap. 4 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	13	—	34,150	9,000	5,380	48,530	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	2	—	5,450	—	—	5,370	Hievon entfallen 3300 M auf Personalvermehrungen und 2070 M auf Gehaltsvorrückungen.
	weniger:	—	—	—	—	80		

Klasse der Gehalts-ordnung	Bamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Weingut in Unterfranken.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Weingutsinspektor	1	—	5,890				
22	Büttner	1	—	2,400				
25	Weinbergsgärtner . . .	3	1600 bis 1900	5,400				
	Summe a	5	—	13,690	—	510	14,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	5*)	—	13,690	—	510 künftig wegfallend.	14,200	*) Hievon stehen 2 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 300 M in der Anlage B zum Etat Nr. 17 unter Kap. 4 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	5	—	13,080	—	490	13,570	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	610	—	20	630	Mehr infolge Gehaltsvorrückung.
	C. Hoffischerei auf dem Chiemsee.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
25	Seewart	1	—	2,000				
30	Fischereigehilfe	1	—	1,700				
	Summe a	2	—	3,700	—	—	3,700	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2*)	—	3,700	—	—	3,700	*) Die beiden Beamten stehen im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 240 M in der Anlage C zum Etat Nr. 17 unter Kap. 2 § 1 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2	—	3,530	—	—	3,530	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	170	—	—	170	Mehr wegen Gehaltsvorrückung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	D. Auf die verpachteten und vermieteten Staatsrealitäten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
22	Flußmeister	1	—	1,900				
30	Brunnwärter	1[1])	—	1,260				[1]) 1 Stelle weniger, die als entbehrlich eingezogen wurde.
30	Wiesenwärter	1[2])	—	1,490				[2]) 1 Stelle weniger, die bei ihrer Erledigung durch einen nichtetatsmäßigen Bediensteten ersetzt wurde.
	Summe a	3	—	4,650	—	—	4,650	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	3[3])	—	4,650	—	—	4,650	[3]) Hievon stehen 2 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 240 M im Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	5	—	7,235	—	45	7,280	
	Sohin für 1912 und 1913 weniger:	2	—	2,585	—	45	2,630	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung.							
	Summe A . . .	15	—	39,600	9,000	5,300	53,900	
	" B . . .	5	—	13,690	—	510	14,200	
	" C . . .	2	—	3,700	—	—	3,700	
	" D . . .	3	—	4,650	—	—	4,650	
	Summe des Jahresvoranschlags für den Etat der besonderen Betriebe des Staates und der sonstigen Nutzungen aus dem Staatsgute für 1912 und 1913	25	—	61,640	9,000	5,810 Künftig wegfallend	76,450	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	25	—	57,995	9,000	5,915	72,910	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	—	—	3,645	—	—	3,540	
	weniger	—	—	—	—	105		

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 18.

Grundgefälle.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
		1			**Ältere Grundgefälle.**	
210,903	25		1		Ständige nach Artikel 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848	195,000
453	29		2		Handlohnsfixa	50
211,356	54				Summe Kap. 1	195,050
4'525,891	63	2			**Neuere Grundgefälle**	4'420,000
4'737,248	17				**Summe der Einnahmen** . . .	4'615,050

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
	mehr	weniger
M	M	M
200,000	—	5,000
100	—	50
200,100	—	5,050
4'600,000	—	180,000
4'800,100	—	185,050

Erläuterungen

	Kap. 1 § 1.	§ 2.	Kap. 2.
Solleinnahme	205,000 M	50 M	4'810,000 M
Nachlässe	10,000 M	— M	390,000 M
Bruttoeinnahme	195,000 M	50 M	4'420,000 M.

Wie sich die Solleinnahme auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt, läßt die Anlage entnehmen, in der zugleich der Stand der Grundgefälle zur Grundrentenablösungskasse nachgewiesen ist.

Zu Kap. 1 § 1 und Kap. 2.

Die Einnahmen an älteren ständigen Grundgefällen (Kap. 1 § 1) und an neueren Grundgefällen (Kap. 2) sind im Anhalt an den rechnungsmäßigen Stand am Schlusse des Jahres 1910 sowie unter Berücksichtigung der mutmaßlichen Abgänge veranschlagt, die sich im Laufe der Jahre 1911, 1912 und 1913 infolge der Gefällsablösungen ergeben werden.

Nach Artikel 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ (Ges. u. VOBl. 1898 S. 26 und 1899 S. 1004) ist indes das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, an den jährlichen Bodenzinsleistungen zur Staats- und zur Ablösungskasse bedürftigen Pflichtigen auf Ansuchen in unverschuldeten Unglücksfällen oder bei unverhältnismäßig hoher Belastung des Grundbesitzes mit Bodenzinsen einen angemessenen Nachlaß zu gewähren. Des weiteren ist daselbst die Ermächtigung erteilt, Pflichtigen in Fällen, in welchen die begründete Vermutung besteht, daß die Höhe der Grundgefälle mit Rücksicht auf besonders verliehene, inzwischen aber in Wegfall gekommene oder wesentlich entwertete Rechte bemessen war, auf Ansuchen einen angemessenen Nachlaß zu gewähren. Endlich ist das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, in allen Fällen mit den Grundgefällspflichtigen eine Ablösung auf einen geringeren Kapitalsbetrag zu vereinbaren. Die Summe der Nachlässe soll zur Staats- und zur Ablösungskasse zusammen den Betrag von 500,000 M per Jahr in der Regel nicht übersteigen, wobei der in einem Jahr unverwendet gebliebene Betrag zur Verwendung in späteren Jahren übertragen werden darf.

Diese Bestimmungen haben durch § 15 Abs. 3 des Finanzgesetzes vom 20. August 1906 eine Änderung insofern erfahren, als hiedurch das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt wurde, zur Fortsetzung der Grundentlastung durch Förderung der freiwilligen Ablösungen nach Art. 25 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 und Art. 2 Ziff. II des Gesetzes vom 12. Dezember 1899 dem Gefällsablösungsfonds eine Summe bis zu 6'000,000 M zu entnehmen und als Ersatz für die ausfallenden Zinsen sowie zur Wiederergänzung des Fonds von dem vorerwähnten Betrage von 500,000 M während 35 Jahren jährlich eine Summe zu verwenden, die 5% des entnommenen Kapitals entspricht.

Demgemäß ist von der ursprünglich für die Gewährung von Nachlässen bestimmten Summe von 500,000 M der Teilbetrag von jährlich 300,000 M zur Verzinsung und Tilgung des dem Gefällsablösungsfonds entnommenen Kapitals von 6'000,000 M zu verwenden, so daß für die Gewährung von Nachlässen im Sinne des Art. 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ nur mehr die Summe von 200,000 M per Jahr zur Verfügung steht.

Der Bedarf für die Verzinsung und Tilgung der Summe von 6'000,000 M ist im vollen Betrage von 300,000 M an der Einnahme zu Kap. 2 gekürzt, während der für die Gewährung von Nachlässen verfügbare Betrag von 200,000 M zur Hälfte an der Einnahme zu Kap. 1 § 1 und Kap. 2 dieses Etats gekürzt, mit der anderen Hälfte aber bei dem Etat der Grundrentenablösungsschuld berücksichtigt wurde. Infolgedessen erscheint zu Kap. 1 § 1 der Betrag von . . . . 10,000 M
und zu Kap. 2 der Betrag von . . . . 390,000 M
sohin insgesamt der Betrag von . . . . 400,000 M
in dem vorliegenden Etat an der Solleinnahme gekürzt und nur der Betrag von 195,000 M und bezw. 4'420,000 M als Bruttoeinnahme ausgewiesen.

Nach dem Stande am Schlusse des Jahres 1910 betrugen:

a) das Vermögen des durch Art. 11 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 gegründeten Bodenzinsamortisationsfonds . . . . 26'231,581 M,
b) die Bodenzinskapitalien zur Staatskasse . . . . 147'352,900 M,
c) die Summe der bei der Zentralstaatskasse angesammelten und verzinslich angelegten Ablösungsschillinge von Grundgefällen zur Staatskasse . . . . . . 18'540,915 M,

wozu noch anderweitige Guthaben im Gesamtbetrage von . . . . 22'032,328 M kommen.

Zu Kap. 1 § 2.

An Handlohnsfixen werden nach den Anzeigen der Regierungen am Schlusse des Jahres 1911 nur noch etwa . . . . 280 M
bestehen, wovon nach der Veranschlagung der Regierungsfinanzkammern in den Jahren 1912 und 1913 ungefähr . . . . 100 M
oder für ein Jahr der Finanzperiode — wie im Etat ausgewiesen — . . . . . . 50 M
zum Anfall kommen werden.

Der voraussichtlich am Schlusse des Jahres 1913 verbleibende Restbestand an Handlohnsfixen ist in der Anlage — ausgeschieden für die einzelnen Regierungsbezirke — nachgewiesen.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
4,816	50	1			**Sächliche Ausgaben**	6,400
		2			**Auflagen und Lasten auf die Grundgefälle.**	
12,404	12		1		Steuerbeiträge nach dem Gesetze vom 28. März 1852	12,000
48,000	—		2		Entschädigung der Standesherrn wegen eingezogener Renten	48,000
693	08		3		Ständige Reichnisse an vormalige Lehenschultheißen	700
61,097	20				Summe Kap. 2	60,700
1'403,210	—	3			**Zuschuß an den Fonds zur Tilgung der Bodenzinse** gemäß Artikel 11 Abs. 3 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 in der Fassung des Gesetzes vom 16. August 1908	1'403,210
1'469,123	70				**Summe der Ausgaben**	1'470,310
					Abgleichung zum Etat Nr. 18.	
4'737,248	17				**Einnahmen**	4'615,050
1'469,123	70				**Ausgaben**	1'470,310
3'268,124	47				**Reineinnahme**	3'144,740

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
6,400	—	—	
12,000	—	—	
48,000	—	—	
590	110	—	**Zu Kap. 2 § 3.** Nach dem durchschnittlichen Aufwande der letzten drei Jahre veranschlagt.
60,590	110	—	
1'403,210	—	—	**Zu Kap. 3.** Nach dem Gesetze vom 16. August 1908, die Fortsetzung der Grundentlastung betreffend, (Ges. u. VOBl. S. 521/22) ist der Amortisationsfonds, beginnend mit dem Jahre 1908, durch jährliche Zuschüsse von gleicher Höhe so zu verstärken, daß er bei Zugrundelegung eines 3 ½ prozentigen Zinsfußes mit Schluß des Jahres 1940 die Höhe der Bodenzinskapitalien erreicht. Zur Verwirklichung dieser Absicht bedarf es eines Zuschusses von jährlich 1'403,210 ℳ.
1'470,200	110	—	
4'800,100	—	185,050	
1'470,200	110	—	
3'329,900	—	185,160	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Nachweisung

des

Standes der Grundgefälle

unter Ausscheidung auf die einzelnen Regierungsbezirke.

Regierungsbezirk	A. Grundgefälle zur Staatskasse: Jährliche Solleinnahme für 1912 und 1913: Kap. 1. Ältere Grundgefälle § 1. Ständige nach Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848	A. Kap. 1. Ältere Grundgefälle § 2. Handlohnsfixa	A. Kap. 2. Neuere Grundgefälle	A. Voraussichtlicher Restbestand an Handlohnsfixen am Schlusse des Jahres 1913	B. Grundgefälle zur Grundrentenablösungskasse: Jährliche Solleinnahme an Bodenzinsen für 1912 und 1913	B. Voraussichtlicher Restbestand an Handlohnsäquivalenten am Schlusse des Jahres 1913
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Oberbayern	26,600	—	700,000	—	597,000	—
Niederbayern	53,400	—	670,000	—	803,000	—
Pfalz	—	—	—	—	—	—
Oberpfalz	32,700	—	560,000	—	533,000	—
Oberfranken	26,200	50	605,000	180	486,000	3,070
Mittelfranken	32,100	—	805,000	—	633,000	—
Unterfranken	7,000	—	850,000	—	550,000	—
Schwaben	27,000	—	620,000	—	662,000	—
Summe	205,000	50	4'810,000	180	4'264,000	3,070

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 19.

Überweisungen seitens des Reichs

und

Ausgaben für Reichszwecke.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
19'368,110	*) —				**Anteil an dem Ertrage der Branntweinsteuer** gemäß § 5 des Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, vom 15. Juli 1909 (Reichsgesetzblatt S. 743)	17'590,117
					Ausgaben.	
		1			Leistungen an das Reich.	
23'069,579	*) —		1		Matrikularbeiträge	21'011,037
25'855,294	*) —		2		Ausgleichungsbeträge	27'282,596
48'924,873	*) —				Summe Kap. 1	48'293,633
—	—	2			**Kosten der Reichstagswahlen**	6,000
		3			**Kosten der Vertretung im Bundesrate.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
16,683	33			1	Besoldungen der Beamten	21,000
—	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,500
19,198	15			3	Tagegelder und Reisekosten der Bundesratsbevollmächtigten	26,000
35,881	48				Summe § 1	48,500
700	—		2		Sächliche Ausgaben	700
36,581	48				Summe Kap. 3	49,200
48'961,454	48				**Summe der Ausgaben**	48'348,833

*) Die hier vorgetragenen Ziffern verstehen sich für die Zeit vom 1. April 1910 bis einschl. 31. März 1911.

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
19'368,110	—	1'777,993	**Zu den Einnahmen und zu Kap. 1 der Ausgaben.** Dem Voranschlage der Überweisungen des Reichs, dann der an das Reich zu leistenden Matrikularbeiträge und Ausgleichungsbeträge sind vorläufig die Ziffern für das Reichs-Etatsjahr 1911 zu Grunde gelegt.
23'069,579	—	2'058,542	
22'301,722	4'980,874		**Zu Kap. 1 § 2.** Die Ausgleichungsbeträge setzen sich zusammen aus: 16'787,887 ℳ für die Brausteuer, 9'011,301 ℳ für den Überschuß der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung, 1'483,408 ℳ für die eigenen Einnahmen der Verwaltung des Reichsheeres, 27'282,596 ℳ Gesamtsumme.
45'371,301	2'922,332	—	
1,600	4,400	-	**Zu Kap. 2.** Erhöhung des Ansatzes mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen.
21,000	—	—	**Zu Kap. 3 § 1 Tit. 1.** 12,000 ℳ Gehalt eines Ministerialdirektors, 9000 ℳ Dienstaufwandsentschädigung.
—	1,500	—	**Zu Kap. 3 § 1 Tit. 2.** Es hat sich als notwendig erwiesen, den Bundesratsbevollmächtigten eine Schreibkraft beizugeben.
26,000	—	—	
47,000	1,500	—	
700	—	—	
47,700	1,500	—	
45'420,601	2'928,232	—	

München, den 10. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.
Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 20.

Übrige Einnahmen

und

übrige Verwaltungsausgaben.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Einnahmen.	
1'550,207	50	1			**Zinsen aus Staatsgüter-Kaufschillingen und Aktivkapitalien des Staates**	1'780,000
		2			**Renten aus Staats- und anderen Verträgen.**	
148 389	25		1		Kontiguitätsentschädigung von der Krone Österreich	148,000
53,150	—		2		Leistung der Bayerischen Notenbank	53,150
201,539	25				Summe Kap. 2	201,150
—	—	3			**Erträgnis der Staatslotterie**	1'661,250
		4			**Besondere Abgaben.**	
71,664	30		1		Grubenfeldabgaben vom Bergbau	80,000
4,294	58		2		Baukostenbeiträge der Geistlichen, Kirchengefälle und dergleichen	4,600
1,737	52		3		Abgaben von geistlichen Pfründen	1,700
56,543	22		4		Sonstige Abgaben (Brückengelder, Schleusengelder, Gebühren für Abhaltung von Messen, Jahrmärkten ꝛc., Anerkennungsgebühren für besondere Bewilligungen und Zugeständnisse und dergleichen)	63,000
134,239	62				Summe Kap. 4	149,300
421,712	65	5			**Vergütungen für die Besorgung von Nebengeschäften durch die Rentämter**	420,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
	mehr	weniger
M	*M*	*M*
1'200,000	580,000	—
148,000	—	—
53,150	—	—
201,150		
—	1'661,250	—
63,000	17,000	—
4,600	—	—
1,700	—	—
63,000	—	—
132,300	17,000	—
440,000	—	20,000

Erläuterungen

Zu Kap. 1, 2, 3, 5—9.
Ohne Nachlässe.

Zu Kap. 4.

Solleinnahme	150,300 *M*,
Nachlässe	1,000 *M*,
Bruttoeinnahme	149,300 *M*.

Zu Kap. 1.

Die Zinsen aus Staatsgüterkaufschillingen und sonstigen Aktivkapitalien des Staates sind nach dem voraussichtlichen Kapitalienstande veranschlagt und daneben die Raten-, Fristen- und Verzugszinsen nach dem durchschnittlichen Anfalle der letzten drei Jahre berücksichtigt.

Zu Kap. 2 § 1.

Dem Voranschlage liegt der durchschnittliche Reinertrag der letzten drei Jahre zu Grunde.

Zu Kap. 2 § 2.

Nach Vertrag vom 9. Dezember 1899 hat die Bayerische Staatsregierung die ihr nach § 47 des Reichsbankgesetzes vom 14. März 1875 zustehende Befugnis zur Ausgabe von Banknoten auch fernerhin der Bayerischen Notenbank übertragen, wie dies schon seit dem Jahre 1876 der Fall war. Dagegen machte sich die Bank verbindlich, auf die Dauer des Fortbestandes dieses Rechtes aus dem den 4 ½ prozentigen Aktienzins aus einem einbezahlten Grundkapital von 7,500'000 *M* dann die gesetzliche Rücklage zum Reservefonds übersteigenden Reingewinn den festen Betrag von 53,150 *M* an die Staatskasse zu leisten.

Zu Kap. 3.

Nach dem Artikel 6 des zwischen Bayern, Württemberg und Baden einerseits und Preußen andererseits abgeschlossenen Staatsvertrages zur Regelung der Lotterieverhältnisse, der dem Landtage gesondert zugehen wird, beträgt der Anteil Bayerns an dem Ertrage der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie in den ersten fünf Jahren der Vertragsdauer jährlich 2'215,000 *M*. Da der Vertrag nach dem Artikel 8 erst vom 1. Juli 1912 an in Kraft treten soll, berechnet sich für das erste Jahr der Finanzperiode nur die Hälfte mit . . 1'107,500 *M*,
sohin für die ganze Finanzperiode die Summe von . . . . 3'322,500 *M*
oder für das Jahr — wie neben vorgesehen ist — von . . . . 1'661,250 *M*.

Die durch die Einführung der Lotterie bedingten Ausgaben sind in dem Etat der Staatsschuldenverwaltung (Etat Nr. 22) berücksichtigt.

Zu Kap. 4 und 5.

Die besonderen Abgaben und die Vergütung für die Besorgung von Nebengeschäften durch die Rentämter sind im allgemeinen nach dem derzeitigen Stande veranschlagt.

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
565,346	07	6			**Mahn- und Vollstreckungsgebühren der Rentämter**	575,000
1'053,622	92	7			**Messungsgebühren der Messungsämter**	1'025,000
415,032	93	8			**Eigene Einnahmen der Militärverwaltung aus dem Verkaufe von entbehrlichen und unbrauchbaren Gegenständen sowie ähnliche Einnahmen**	754,000
		9			**Gemischte Einnahmen.**	
20,948	68		1		Erlöse aus Einrichtungsgegenständen, Drucksachen, Akten und dergl. . .	20,000
22,829	23		2		Aus Vermächtnissen und herrenlosen Gegenständen	15,000
—	—		3		Aus der Perlenfischerei	—
70,212	41		4		Sonstige Einnahmen	40,000
113,990	32				Summe Kap. 9 . . .	75,000
421,712	65				Hiezu " " 5 . . .	420,000
134,239	62				" " 4 . . .	149,300
—	—				" " 3 . . .	1'661,250
201,539	25				" " 2 . . .	201,150
1'550,207	50				" " 1 . . .	1'780,000
4'455,691	26				**Summe der Einnahmen** . . .	6'640,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	*M*	*M*	
540,000	35,000	—	**Zu Kap. 6.** Mutmaßlicher Anfall nach den Voranschlägen der Regierungsfinanzkammern.
975,000	50,000	—	
342,150	411,850	—	**Zu Kap. 8.** Der Voranschlag entspricht der seitens der Militärverwaltung in Aussicht gestellten Einnahme.
15,000	5,000	—	**Zu Kap. 9.** Dem Voranschlage liegt im allgemeinen die durchschnittliche Einnahme der letzten drei Jahre zu Grunde, soweit nicht außergewöhnliche Anfälle in Frage kommen. Die Erlöse aus Kasseschränken, Schreibmaschinen, Büchern und ähnlichen Gegenständen gelangen hier nur insoweit zur Vereinnahmung, als diese Gegenstände nicht zur teilweisen Berichtigung des Kaufpreises für die Ersatzanschaffungen in Tausch gegeben werden.
15,000	—	—	
—	—	—	
35,000	5,000	—	
65,000	10,000	—	
440,000	—	20,000	
132,300	17,000	—	
—	1'661,250	—	
201,150	—	—	
1'200,000	580,000	—	
8'895,600	2'765,100	20,000	
	2'745,100		

Wirklicher Anfall für 1910 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 M
					Ausgaben.	
4,404	80	1			Persönliche Ausgaben	4,000
1,572	73	2			Sächliche Ausgaben	2,000
596	88	3			Sonstige Ausgaben	1,000
6,574	41				Summe der Ausgaben	7,000
					Abgleichung zum Etat Nr. 20.	
4'455,691	26				Einnahmen	6'640,700
6,574	41				Ausgaben	7,000
4'449,116	85				Reineinnahme	6'633,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
3,000	1,000	—	Mehr mit Rücksicht auf den Aufwand des Jahres 1910.
2,000	—	—	
1,000	—	—	
6,000	1,000	—	
3'895,600	2'745,100	—	
6,000	1,000	—	
3'889,600	2'744,100	—	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 21.

K. Haus und Hof.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
1			**Permanente Zivilliste Seiner Majestät des Königs**	4'231,044
2			**Aufwand für die Reichsverwesung nach Tit. II § 20 der Verfassungsurkunde.**	
	1		Aversalbeitrag zu den Kosten des Unterhalts Seiner Königlichen Hoheit des Reichsverwesers	100,000
	2		Zur eigenen Verfügung Allerhöchstdesselben	342,857
			Summe Kap. 2	442,857
3			**Apanagen.**	
	1		Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold	171,429
	2		Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen Ludwig Ferdinand und Alfons von Bayern .	171,429
	3		Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ludwig Wilhelm in Bayern	385,716
			Summe Kap. 3	728,574
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 21)	5'402,475

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
4'231,044	—	—	
100,000	—	—	
342,857	—	—	
442,857	—	—	
171,429	—	—	
171,429	—	—	
385,716	—	—	
728,574	—	—	
5'402,475	—	—	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 22.

Staatsschuld.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			A. Gemeinsamer Aufwand für die Verwaltung der Staatsschuld.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			a. Direktion.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 340 ℳ künftig wegfallend.	90,600
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,250
			Summe a	91,850
			b. Hauptkasse der Staatsschuldenverwaltung.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2440 ℳ künftig wegfallend.	183,910
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,200
			Summe b	187,110
			Summe § 1	278,960
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen).	
			a. Direktion	13,400
			b. Hauptkasse . . . . Hievon 12,500 ℳ künftig wegfallend für die erste Einrichtung des Schuldbuchbureaus, Beschaffung von Kassaschränken, Schuldbüchern und Formularien ꝛc.	28,370
			Summe § 2	41,770
	3		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	1,800
	4		Umzugskosten	—
	5		Unterstützungen	5,300
	6		Lasten (Kreis- und Gemeindeumlagen)	300

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
82,460	8,140	—	A S. 20	**Zu § 1a Tit. 1.** Mehrbedarf, teils infolge der Gehaltsvorrückungen, teils, und zwar 4700 M, infolge der Einführung der Lotterie.
450	—	450		
210	1,040	—		**Zu § 1a Tit. 3.** Mehr, weil hier auch die Taggelder und Reisekosten veranschlagt sind, die bisher unter den Kosten für die Herstellung von Schuldverschreibungen rc. enthalten waren.
83,120	9,180	450		
	8,730			
214,730	—	30,820	A S. 21	**Zu § 1b Tit. 1.** Das Schuldbuch verursacht einerseits einen Mehrbedarf von 22,000 M, andererseits ergibt sich durch die Organisation unter Berücksichtigung der Gehaltsvorrückungen eine Ersparung von 52,820 M.
—	3,200	—		**Zu § 1b Tit. 2.** Die Herstellung von Schuldverschreibungen für Anlehens- und Schuldbuchzwecke und von neuen Zinsscheinbogen zu einem großen Teile der Schuldverschreibungen verursacht in den Jahren 1912 und 1913 außerordentliche Arbeiten in solchem Maße, daß voraussichtlich eine Geschäftsaushilfe nötig werden wird.
214,730	—	27,620		
297,850	—	18,890		
13,400	—	—		
15,740	12,630	—		**Zu § 2b.** Durch die Einführung des Schuldbuchs ist einerseits eine Mehrung von 13,130 M veranlaßt, andererseits ergibt sich durch die Transferierung von 500 M auf B Ziff. I Kap. 1 § 2 und Ziff. II Kap. 1 § 1 Tit. 2 eine Minderung.
29,140	12,630	—		
400	1,400	—		**Zu § 3.** 1000 M mehr infolge der Einführung des Schuldbuches, um weitere 400 M war der seither zu geringe Ansatz zu erhöhen.
—	—	—		
5,300	—	—		
505	—	205		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
	7		Ausgaben auf die Gebäude.	
		1	Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung des Gebäudes bei festlichen Gelegenheiten	3,000
		2	Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hierunter 5500 ℳ künftig wegfallend für bauliche Änderungen und Sicherungen in den für die Ausgabe neuer Zinsscheine bestimmten Räumen.	14,500
		3	Für Erweiterungs- und Neubauten	—
			Summe § 7	17,500
	8		Übrige Ausgaben (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Artikel 89 Abs. 6 und Artikel 101 des Beamtengesetzes)	2'600
			Hiezu Summe § 6	300
			" " 5	5,300
			" " 4	—
			" " 3	1'800
			" " 2	41,770
			" " 1	278,960
			Summe A	348'230
			Hievon ab die eigenen Einnahmen, und zwar:	
			1. Mietentschädigungen und Mietzinse	1,980
			2. Sonstige Einnahmen	95,830*
			Summe der Einnahmen	97,810
			Rest des **gemeinsamen Aufwandes** für die Verwaltung der Staatsschuld .	250,420

Hievon treffen:	von den Schuldbuchkosten %	von den Schuldbuchkosten ℳ	vom Reste %	vom Reste ℳ	ℳ
a) auf den Etat der allgemeinen Staatsschuld	14,965	5,690	15,36	32,630	38,320
b) " " " " Eisenbahnschuld	85,035	32,310	78,97	167,750	200,060
c) " " " " Grundrentenschuld	—	—	3,95	8,390	8,390
d) " " " " Kulturrentenschuld	—	—	1,72	3,650	3,650
Summe wie oben	100	38,000	100	212,420	250,420

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
3,000	—	—	
9,000	5,500	—	
—	—	—	
12,000	5,500	—	
380	2,220	—	
505	—	205	
5,300	—	—	
—	—	—	
400	1,400	—	
29,140	12,630	—	
297,850	—	18,890	
345,575	21,750	19,095	
	2,655		
1,980	—	—	
450	95,380	—	
2,430	95,380	—	
343,145	—	92,725	
48,145	—	9,825	
275,375	—	75,315	
15,475	—	7,085	
4,150	—	500	
343,145	—	92,725	

Erläuterungen

Zu § 7 Tit. 2.

Zur Erweiterung der Lokale für die Unterbringung und Ausgabe der in den Jahren 1912 und 1913 herzustellenden Zinsscheinbogen und zur Sicherung derselben sind bauliche Änderungen und Sicherungsmaßnahmen zu treffen, wofür im ganzen 11,000 ℳ, sohin für ein Jahr 5500 ℳ erforderlich sind.

Zu § 8.

Mehrbedarf von 2500 ℳ infolge Einführung des Schuldbuchs und zwar für unvorhergesehene Ausgaben, wie Bekanntmachungen, Ankündigungen in der Presse ꝛc. Dem Mehrbedarf steht eine Abminderung des bisherigen Ansatzes von 380 ℳ auf 100 ℳ gegenüber.

*) Hierunter 95,000 ℳ Bruttobetrag der Kontokorrentzinsen, welche bisher im Nettobetrage, d. i. nach Abzug der Einlösungsprovisionen, an den Verwaltungsausgaben unter B Ziff. I—IV gekürzt wurden; ferner 630 ℳ Gebührenanfall infolge der Einführung des Schuldbuches.

Der Stand der verzinslichen Schuld war am 1. Juli 1911 folgender:

	Gesamtbetrag	Ins Schuldbuch eintragsfähiger Teil
Allgemeine Staatsschuld	372'665,473 ℳ	309'546,200 ℳ
Eisenbahnschuld	1,915'909,300 ℳ	1,758'853,800 ℳ
Grundrentenschuld	95'807,121 ℳ	— ℳ
Landeskulturrentenschuld	41'615,400 ℳ	— ℳ
zusammen	2,425'997,294 ℳ	2,068'400,000 ℳ

Hieraus berechnet sich das nebige Prozentverhältnis.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			B. Aufwand für die einzelnen Schuldgattungen.	
			Ziff. I. Etat der allgemeinen Staatsschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	38,320 [1]
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Kosten für die Anfertigung neuer Schuldverschreibungen und Zinsscheine, für die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen und für die Begebung von Schatzanweisungen, dann für die Herstellung und Instandhaltung von Schuldkatastern, Zinsscheinregistern ꝛc. Hierunter 6900 M künftig wegfallend für die Herstellung und Ausgabe neuer Zinsscheinbogen und für die Herstellung von Schuldverschreibungen für Schuldbuchzwecke. Hievon 1900 M auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	11,500
	2		Sonstige Ausgaben (Verlosungskosten, Kosten der Einlösung von Schuldverschreibungen und Zinsscheinen ꝛc.)	13,000
			Summe b	24,500
			Summe Kap. 1	62,820
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	180 [3]
			Rest zu Kap. 1	62,640
2			**Für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung	14'933,880
			Hievon ab:	
			a. die Zinsvergütungen:	
			1. der Post- und Telegraphenverwaltung	691,930
			2. des Staatsministeriums des Innern	916,460
			b. die eigenen Einnahmen:	
			1. die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien	900
			2. die übrigen Aktivzinsen	7,700
			zusammen ab	1'616,990
			Rest zu § 1	13'316,890

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
48,145	—	9,825	
7,000	4,500	—	
700 [2]	12,300	—	
7,700	16'800	—	
55,845	6,975	—	
1,070	—	890	
54,775	7,865	—	
13'295,768 [4]	1'638,112	—	B S. 24–28
645,418			
418,600			
900			
7,700			
1'072,618	544,372	—	
12'223,150	1'093,740	—	

E r l ä u t e r u n g e n

[1]) Hierunter 5690 M Kosten des Staatsschuldbuches.

Zu § 1.

Bedarf für die Herstellung neuer Zinsscheinbogen zu den Schuldverschreibungen des 3½% Allgem. Anlehens mit Mai-November-Termin und der 4% Stiftungsschuld . . . . 1900 M;
Anfertigung von Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen für Anlehenszwecke einschließlich der Kosten für Kataster ꝛc. . . . . 4600 M;
Anfertigung von Schuldverschreibungen für Schuldbuchzwecke einschließlich der Kosten für Kataster ꝛc. . . . . 5000 M;

[2]) Gesamtsumme der bisherigen §§ 1 und 3.

Zu § 2.

Hierunter
- 10,300 M Einlösungsprovisionen, welche bisher nicht eigens veranschlagt waren, sondern um welche der Ansatz der an den Verwaltungskosten gekürzten Einnahmen geringer war;
- 1,500 M Provisionen an die mit der Vermittlung der Schuldbucheintragungsanträge betrauten Banken und Bankiers, Kosten für den Ankauf von Schuldverschreibungen bei Bareinzahlungen ꝛc.;
- 500 M für den Mehrbedarf an Formularen ꝛc. und für Ausgaben, wofür die Mittel bisher unter A § 2b vorgesehen waren;
- 700 M bisheriger Ansatz.

[3]) Weniger um den Anteil an dem Nettobetrage der Kontokorrentzinsen, welche nunmehr im Gesamtbruttobetrag an der Ausgabe unter A gekürzt sind.

[4]) Bruttobetrag von Tit. 1 und 2 einschl. einer Aufrundungsdifferenz von 3 M.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer I.	
2	2		Für Tilgung.	
		1	Für Tilgung der alten Schuld	150,000
		2	Für Tilgung des Allgemeinen Anlehens	2'424,840
			Summe § 2	2'574,840
			Hievon werden gedeckt durch die Tilgungsbeträge:	
			a. der Post- und Telegraphenverwaltung	178,800
			b. des Staatsministeriums des Innern	246,040
			zusammen ab	424,840
			Rest zu § 2	2'150,000
			Hiezu Summe § 1	13'316,890
			Summe Kap. 2	15'466,890
			Hiezu " " 1	62,640
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Allgemeinen Staatsschuld (Ziffer I)	*) 15'529,530

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
150,000	—	—	B S. 29	
2'771,901	—	347,061		
2'921,901	—	347,061		
165,311				
106,590				
271,901	152,939	—		
2'650,000	—	500,000		
12'223,150	1'093,740	—		
14'873,150	593,740	—		
54,775	7,865	—		
14'927,925	601,605	—		*) Hierunter 12,190 ℳ Kosten des Staatsschuldbuchs, nämlich: 5690 ℳ bei Kap. 1a, 5000 ℳ bei Kap. 1b § 1, 1500 ℳ bei Kap. 1b § 2.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer II. Etat der Eisenbahnschuld.	
1			**Für Verwaltung und Verzinsung.**	
	1		Für Verwaltung.	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	305,090 *)
			b. **Besonderer Aufwand.**	
		1	Kosten für die Anfertigung neuer Schuldverschreibungen und Zinsscheine, für die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen und für die Begebung von Schatzanweisungen, dann für die Herstellung und Instandhaltung von Schuldkatastern, Zinsscheinregistern rc.	51,000
			Hierunter 43,000 M künftig wegfallend für Herstellung und Ausgabe neuer Zinsscheinbogen und für Papier hiezu, dann für die Herstellung von Schuldverschreibungen für Schuldbuchzwecke.	
			Hievon 28,000 M auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	
		2	Sonstige Ausgaben (Verlosungskosten, Kosten der Einlösung von Schuldverschreibungen und Zinsscheinen rc.)	82,500
			Summe b	133,500
			Summe § 1	438,590
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	800 [2]
			Rest zu § 1	437,790
	2		Für Verzinsung	70'498,860
			Hievon ab die Einnahmen, und zwar:	
			die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien	5,200
			Rest zu § 2	70'493,660
			Summe Kap. 1	70'931,450 [4]
			Ersatz des Aufwandes für Verwaltung und Verzinsung aus dem Etat der Staatseisenbahnverwaltung	70'931,450
			Verbleibt zu Lasten des Etats der Staatsschuldenverwaltung	—
2			**Für Tilgung.**	
			Vertragsmäßige Tilgung	3'990,700
			Ersatz des Aufwands für die Tilgung aus dem Ausgleichs- und Tilgungsfonds der Staatseisenbahnverwaltung	3'990,700
			Verbeibt zu Lasten des Etats der Staatsschuldenverwaltung	—
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Eisenbahnschuld (Ziffer II)	—

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	
275,375	29,715	—	
17,000	34,000	—	
4,600[1]	77,900	—	
21,600	111,900	—	
296,975	141,615	—	
5,500	—	4,700	
291,475	146,315[3]	—	C S. 32—35
65'633,950	4'864,910	—	
1,500	3,700	—	
65'632,450	4'861,210	—	
65'923,925	5'007,525	—	
—	—	—	
65'923,925	—	65'923,925	
2'545,050	1'445,650	—	C S. 36
—	3'990,700	—	
—	—	2'545,050	
68'468,975	—	68'468,975	

Erläuterungen

*) Anteil an den gemeinsamen Ausgaben für die Staatsschuldenverwaltung . . . . 200,060 ℳ;
worunter 32,130 ℳ Kosten des Staatsschuldbuchs;
Anteil an dem Aufwande für Pensionen zu im ganzen 133,000 ℳ (rund) . . . . 105,030 ℳ;
Summe wie neben 305,090 ℳ;

Zu Tit. 1.

Bedarf für die Herstellung neuer Zinsscheinbogen zu einem großen Teile der Schuldverschreibungen, dann für Papier zu Zinsscheinregistern und zu den $19^{14}/_{15}$ herzustellenden Zinsscheinbogen, ferner Kosten der Ausgabe eines Teiles der neuherzustellenden Zinsscheine . . . . 28,000 ℳ;
Kosten der Herstellung von Schuldverschreibungen für Anlehenszwecke 8,000 ℳ;
desgl. für Schuldbuchzwecke einschl. der Kosten für Kataster 2c. . 15,000 ℳ;

1) Gesamtsumme der bisherigen §§ 1 und 3.

Zu Tit. 2.

Hierunter
71,000 ℳ Einlösungsprovisionen, welche bisher nicht eigens veranschlagt waren, sondern um welche der Ansatz der an den Verwaltungskosten gekürzten Einnahmen geringer war;
6,000 ℳ Provisionen an die mit der Vermittlung der Schuldbucheintragungsanträge betrauten Banken und Bankiers 2c. (wie bei Ziff. I Kap. 1 § 2);
900 ℳ für den Mehrbedarf an Formularen 2c. und für Ausgaben, wofür die Mittel bisher unter A § 2b vorgesehen waren;
4,600 ℳ bisheriger Ansatz.

2) Weniger um den Anteil an dem Nettobetrage der Kontokorrentzinsen, welche nunmehr im Gesamtbruttobetrag an der Ausgabe unter A gekürzt sind.

3) Nämlich:
105,030 ℳ Anteil an den Pensionen,
53,310 ℳ Kosten des Schuldbuchs,
19,000 ℳ Mehrbedarf für neue Zinsscheinbogen,
rund 7,500 ℳ Anteil an dem Mehrbedarf für Geschäftsaushilfe, Gebäudeunterhaltung und Formulare,
184,840 ℳ.

Die zwischen dieser Summe und der effekt. Mehrung von 146,315 ℳ bestehende Differenz stellt den auf die Eisenbahnschuld entfallenden Teil der oben auf S. 1 angegebenen Ersparung mit rund 38,500 ℳ dar.

4) Hierunter: 53,310 ℳ Kosten des Staatsschuldbuchs, nämlich:
32,310 ℳ bei § 1a,
15,000 ℳ bei § 1 Tit. 1,
6,000 ℳ bei § 1 Tit. 2.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III. Etat der Grundrentenschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	8,390
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Kosten für die Anfertigung neuer Schuldverschreibungen und Zinsscheine, für die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen, dann für die Herstellung und Instandhaltung von Schuldkatastern, Zinsscheinregistern rc.	100
	2		Sonstige Ausgaben (Verlosungskosten, Kosten der Einlösung von Schuldverschreibungen und Zinsscheinen rc.)	8,800
			Summe b	8,900
			Summe Kap. 1	17,290
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	200
			Rest zu Kap. 1	17,090
2			**Staatszuschuß für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung.	
		1	Im allgemeinen	3'797,430
		2	Zur Deckung der auf Grund des Artikel 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ gewährten Nachlässe an den jährlichen Bodenzinsen	100,000
			Summe § 1	3'897,430
			Hievon ab die zur Verzinsung der Grundrentenschuld bestimmten Einnahmen	3'466,920
			Rest zu § 1	430,510
	2		Für Tilgung.	
		1	Nach Artikel 15 Abs. 1 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{16. August 1908}}$ zur Deckung der den Pflichtigen erlassenen Tilgungsraten	744,370
		2	Nach Artikel 16 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 zur Deckung der Nachlässe bei freiwilligen Ablösungen	82,480
			Summe § 2	826,850
			Summe Kap. 2	1'257,360
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Grundrentenschuld (Ziffer III)	1'274,450

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
15,475	—	7,085		Weniger teils infolge der durch die Organisation erzielten Ersparungen, teils dadurch, daß an dem gemeinsamen Aufwand die Kontokorrentzinsen gekürzt wurden, welche bisher im Nettobetrage unter den eigenen Einnahmen für die einzelnen Schuldgattungen enthalten waren.
9,000	—	8,900		[1]) Gesamtsumme der bisherigen §§ 1 und 3.
4,100	4,700[1])	—		**Zu § 2.** Hierunter 3200 ℳ Einlösungsprovisionen der K. Bank und der nichtbayrischen Einlösestellen, welche seither nicht eigens veranschlagt waren, sondern um welche die an den Verwaltungskosten gekürzten Einnahmen geringer angesetzt waren. Um weitere 1500 ℳ mußte der bisher zu geringe Ansatz für den Druck und die Veröffentlichung der Verlosungslisten erhöht werden.
13,100	—	4,200		
28,575	—	11,285		
645	—	445		
27,930	—	10,840		
3'944,970[2])	—	147,540	D S. 40—43	[2]) Gesamtsumme der bisherigen Titel 1 und 2.
100,000	—	—		
758,900[3])	—	758,900		[3]) Betrag der von der Zinskasse an die Tilgungskasse zu vergütenden Zinsen und Zinseszinsen — seither Tit. 4 — welche keine eigentliche Ausgabe, sondern nur Rechnungsdurchführungsposten bilden und deshalb hier künftig nicht mehr vorgetragen werden.
4'803,870	—	906,440		
4'378,090	—	911,170[4])		[4]) Hierunter die vorbezeichneten Durchführungsposten zu 758,900 ℳ.
425,780	4,730	—		
739,380	4,990	—	D S. 42—43	
93,520	—	11,040		
832,900	—	6,050		
1'258,680	—	1,320		
1'286,610	—	12,160		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer IV. Etat der Landeskulturrentenschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	3,650
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Kosten für die Anfertigung neuer Schuldverschreibungen und Zinsscheine, für die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen, dann für Herstellung und Instandhaltung von Schulkatastern, Zinsscheinregistern ꝛc.	7,550
			Hierunter 4000 ℳ künftig wegfallend für die Anfertigung neuer Zinsscheinbogen und für den über die Jahre 1912 und 1913 hinaus nötigen Vorrat an Landeskulturrentenscheinen.	
			Hievon 2100 ℳ auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	
	2		Sonstige Ausgaben (Verlosungskosten und Kosten der Einlösung von Schuldverschreibungen und Zinsscheinen ꝛc.)	1,750
			Summe b	9,300
			Summe Kap. 1	12,950
			Hievon ab die eigenen Einnahmen . . .	80
			Rest zu Kap. 1	12,870
2			**Staatszuschuß für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung	1'920,110
			Hievon ab die von den Darlehensnehmern zu entrichtenden Zinsen	1'788,420
			Rest zu § 1	131,690
	2		Für Tilgung	—
			Summe Kap. 2	131,690
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Kulturrentenschuld (Ziff. IV)	144,560

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
4,150	—	500		
2,000	5,550	—		Zu § 1. (siehe unten)
600[1]	1,150	—		Zu § 2. (siehe unten)
2,600	6,700	—		
6'750	6,200	—		
75	5	—		
6,675	6,195	—		
1'478,020	442,090	—	E S. 46–49	
1'371,540	416,880	—	E S. 46–49	
106,480	25,210	—		
—	—	—		
106,480	25,210	—		
113,155	31,405	—		

Zu § 1.

Mehrbedarf wegen der im Jahre 1913 notwendig werdenden Erneuerung von Zinsscheinbogen . . . . 2100 M.
Mit Rücksicht auf anderweitige dringende Druckarbeiten im Jahre 1914 und wegen der stärkeren Inanspruchnahme der Landeskulturrenten-anstalt ist ferner ein größerer Vorrat an Landeskulturrentenscheinen herzustellen, daher mehr rund . . . . 3400 M.

[1]) Gesamtsumme der bisherigen §§ 1 und 3.

Zu § 2.

Hierunter 500 M Einlösungsprovisionen (vgl. Erläuterung zu Ziff. III Kap. 1 § 2).
Der weitere Mehrbetrag entspricht dem infolge der stärkeren Inanspruchnahme der Landeskulturrentenanstalt sich ergebenden bedeutenden Mehrbedarf an Formularen für Grundbücher, Heberegister u. dgl.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Zusammenstellung der Ausgaben.	
			Ziffer I. **Allgemeine Staatsschuld**	15'529,530
			„ II. **Eisenbahnschuld**	—
			„ III. **Grundrentenschuld**	1'274,450
			„ IV. **Landeskulturrentenschuld**	144,560
			Summe der Ausgaben (Etat Nr. 22) . . .	16'948,540

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
14'927,925	601,605	—		
68'468,975	—	68'468,975		
1'286,610	—	12,160		
113,155	31,405	—		
84'796,665	633,010	68'481,135		
		67'848,125		

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an
Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats der Staatsschuld vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	20,610 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . .	7,360 ℳ
Summe	27,970 ℳ
Hiezu die nebenveranschlagten Ausgaben mit	16'948,540 ℳ
Summe der Ausgaben auf den Etat der Staatsschuld im ordentlichen Budget	16'976,510 ℳ
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	— ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Staatsschuld	16'976,510 ℳ

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	A. Direktion.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Vorstand	1	—	10,800				
7	Regierungsräte	2	6000 bis 7000	13,040				
14	Rechnungskommissäre ...	10	4200 bis 4800	44,210				
17	Sekretäre [1])	3 [2])	3300 bis 4200	11,100				
17	Registrator [1])	1	—	4,200				
23	Kanzleiassistent [3])	1	—	2,700				
25	Boten und Diener	2	1800 bis 1900	3,700				
29	Bureauassistentin	1 [4])	—	510				
	Summe a	21	—	90,260	—	340	90,600	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	21	—	90,260	—	340 künftig wegfallend	90,600	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	19	—	81,700	—	760	82,460	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	8,560	—	—	8,140	
	weniger	—	—	—	—	420		

Zu A und B.

Am 1. Januar 1913 soll das Staatsschuldbuch eingeführt werden, dessen Führung der ständigen Aufsicht eines Referenten der Direktion unterstellt werden wird.

Aus diesem Anlaß wird bei der Direktion keine Personalmehrung erforderlich, dagegen bei der Hauptkasse eine solche von 1 Oberbuchhalter, 1 Rechnungskommissär, 6 Sekretären und 2 Bureauassistentinnen.

Die Aufstellung der Sekretäre erfolgt selbstverständlich nur nach Maßgabe des Bedürfnisses, welches sich zurzeit nicht übersehen läßt. Sollte jedoch das Schuldbuch im größeren Umfange, als angenommen ist, benützt werden, so muß eine Mehrung der Sekretärstellen vorbehalten bleiben. Der Personalbedarf für das Schuldbuch ist für $1^{1}/_{4}$ Jahr berechnet, da das Personal für die Schuldbuchführung schon einige Zeit vor dem 1. Januar 1913 zu seiner eigenen Information und zur Vorbereitung der rechtzeitigen Eröffnung des Schuldbuchs einberufen werden muß.

Bei Einführung der Klassenlotterie wird bei der Direktion eine Personalvermehrung von 1 Sekretär und 1 Assistentin notwendig werden.

[1]) Die dermaligen Stelleninhaber sind für ihre Person in Klasse 16 der Gehaltsordnung eingereiht.

[2]) 1 Stelle mehr als Hilfsarbeiter des Referenten bei Einführung der Klassenlotterie.
Der Bedarf ist vom 1. Januar 1912 an veranschlagt.

[3]) Der dermalige Stelleninhaber ist für seine Person in Klasse 17 der Gehaltsordnung eingereiht.

[4]) Neue Stelle zur Besorgung der Schreibgeschäfte bei der Einführung der Klassenlotterie.
Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an veranschlagt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	B. Hauptkasse.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Hauptkassier	1	—	6,800				
11	Hauptkassekontrolleur . . .	1	—	5,600				
11	Oberbuchhalter	3[1]	5100 bis 5600	14,350				
14	Rechnungskommissär . . .	1[2]	—	2,625				
17	Sekretäre [3]	29[4]	3300 bis 5600	109,260				
25	Boten und Diener	5	1800 bis 2100	10,275				
29	Bureauassistentinnen . . .	38[5]	600 bis 1200	32,560				
	Summe a	78	—	181,470	—	2,440	183,910	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	78	—	181,470	—	2,440 künftig wegfallend	183,910	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	68	—	208,250	—	6,480	214,730	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	10	—	—	—	—	—	
	weniger	—	—	26,780	—	4,040	30,820	

[1]) 1 Stelle mehr infolge Einführung des Schuldbuches. Hiefür ist ein vorhandener, zunächst in Klasse 11 stehender Beamter in Aussicht genommen.

[2]) Neue Stelle für das Schuldbuch.

[3]) Von den dermaligen Stelleninhabern sind für ihre Person in die Gehaltsordnung eingereiht u. zwar
1 in Klasse 11 (fällt vom 1. Oktober 1912 an weg),
2 " " 14 und
22 " " 16 (1 fällt vom 1. Oktober 1912 an weg).

[4]) 6 Stellen mehr bei Einführung des Schuldbuchs.

[5]) 2 Stellen mehr bei Einführung des Schuldbuchs.

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
Zusammenstellung.							
Summe A . . .	21	—	90,260	—	340	90,600	
Summe B . . .	78	—	181,470	—	2,440	183,910	
Summe des Jahresvoranschlags für den Etat der Staatsschuld für 1912 und 1913 . . .	99*)	—	271,730	—	2,780	274,510	*) Hievon stehen 3 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 630 ℳ an der Summe des Gemeinsamen Aufwandes unter A (Seite 4 des Etats) gekürzt.
Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	87	—	289,950	—	7,240	297,190	
Sohin für 1912 und 1913 mehr	12	—	—	—	—	—	
weniger	—	—	18,220	—	4,460	22,680	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Allgemeinen Staatsschuld.

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	M	M
I. Berechnung des Bedarfs für Verzinsung.		
Kap. 2 § 1. Für Verzinsung.		
a. Für das Jahr 1912.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910 und zwar:		
Ältere, nicht mobilisierte Schuld . . . . zu 5 %	1'435,643	71,782
„ 4 %	51,429	2,057
„ 3½ %	8'133,549	284,674
„ 3 %	141,171	4,235
Zins aus 684,382 M Idealkapitalien . . . . „ 5 %	—	34,219
Schuld an Stiftungen und Gemeinden . . . „ 4 %	52'549,844	2'101,994
„ 3½ %	813,238	28,463
Allgemeines Anlehen . . . . „ 4 %	90'000,000	3'600,000
„ 3½ %	199'546,200*)	6'984,117
Summe	352'671,074	13'111,541
Zugang im Jahre 1911:		
Allgemeines Anlehen . . . . zu 4 %	20'000,000	800,000
zusammen	372'671,074	13'911,541
Abgang im Jahre 1911:		
Außerordentliche Heimzahlungen an Stiftungen . . zu 4 %	100,000	4,000
„ 3½ %	50,000	1,750
Abgangssumme	150,000	5,750
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1911	372'521,074	13'905,791

E r l ä u t e r u n g e n

*) Hierunter 7600 ℳ nunmehr mit 3 ½ % verzinslicher, noch nicht umgetauschter Rest des vor dem 17. Juni 1896 ausgegebenen 4 %igen Allgemeinen Anlehens.

Vortrag	Kapitals-betrag	Jahreszins hieraus
	ℳ	ℳ
Kap. 2 § 1. Übertrag	372'521,074	13'905,791
Noch a. Für das Jahr 1912.		
Zugang im Jahre 1912.		
Allgemeines Anlehen zu 4%	17'000,000	680,000
zusammen	389'521,074	14'585,791
Abgang im Jahre 1912.		
Außerordentliche Heimzahlung an Stiftungen zu 4%	100,000	4,000
„ 3½%	50,000	1,750
Abgangssumme	150,000	5,750
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1912	389'371,074	14'580,041
Zinsbedarf für 1912		
b. Für das Jahr 1913.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1912 wie vor	389'371,074	14'580,041
Zugang im Jahre 1913.		
Allgemeines Anlehen zu 4%	20'000,000	800,000
zusammen	409'371,074	15'380,041
Abgang im Jahre 1913.		
Außerordentliche Heimzahlung an Stiftungen zu 4%	100,000	4,000
„ 3½%	50,000	1,750
Abgangssumme	150,000	5,750
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1913	409'221,074	15'374,291
Zinsbedarf für 1913		
Hiezu „ „ 1912		
Summe für 1912 und 1913		
Durchschnitt für ein Jahr		
rund		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
13'905,791	
453,333	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 8 Monate.
14'359,124	
2,000 875	Von dem Jahreszins zu 5750 M wird infolge Tilgung der Stückzins für durchschnittlich 6 Monate zu 2875 M erspart werden.
2,875	
14'356,249	
14'580,041	
533,333	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 8 Monate.
15'113,374	
2,000 875	Von dem Jahreszins zu 5750 M wird infolge Tilgung der Stückzins für durchschnittlich 6 Monate zu 2875 M erspart werden.
2,875	
15'110,499 14'356,249	
29'466,748	
14'733,374	
14'733,380	

Vortrag	Bedarf für Verzinsung	Bemerkungen
	ℳ	
Übertrag	14'733,380	
Kap. 2 § 1.		
Hiezu der mutmaßliche jährliche Bedarf		
a. an Depositalzinsen aus den rückständigen Kapitalien	500	
b. an Zinsen für Schatzanweisungen zur Verstärkung des allgemeinen Betriebskapitals der Zentralstaatskasse (Art. 1 des Gesetzes vom 15. März 1904 Ges. u. VOBl. S. 59/60)	200,000	
Summe	14'933,880	
Hievon ab:		
a. die Zinsvergütungen:		
1. der Post- und Telegraphenverwaltung		
für die im außerordentl. Budget der Jahre 1908 und 1909 bewilligten Anlehen		
zu 3'362,000 ℳ für Postbauten und zur Beschaffung von Wohnungen mit	132,207	
zu 7'854,500 ℳ für die Vervollständigung des bayer. Telegraphen- und Telephonnetzes mit	299,722	
zu 5'000,000 ℳ für die Schaffung von Betriebs- und Reservefonds für die Motorpostlinien und für die ständige Haltung eines Vorrats an Telegraphen- und Telephonbaumaterialien mit	200,000	691,929 ℳ rund 691,930 ℳ
für das im außerordentl. Budget der Jahre 1910 und 1911 bewilligte Anlehen zu 1'500,000 ℳ für die Erhöhung der Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien mit	60,000	
2. des K. Staatsministeriums des Innern		
für das im außerordentlichen Budget der Jahre 1910 und 1911 bewilligte Anlehen zu 14'000,000 ℳ für die raschere Förderung der Flußkorrektion in Bayern mit	548,432	916,460 ℳ
für das zu dem gleichen Zwecke im außerordentlichen Budget der Jahre 1912 und 1913 bewilligte Anlehen zu 15'000,000 ℳ	368,028	
b. die eigenen Einnahmen:		
1. die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien mit	900	
2. die übrigen Aktivzinsen, nämlich		
$4^1/_5$ % Zins aus 94,400 fl. à 1 ℳ 70 ₰ = 160,480 ℳ in Papier zahlbare österr. Staatsobligationen mit Zinstermin 1. Februar und 1. August . . . . 6740 ℳ 16 ₰		
4% Zins aus 28,300 Kronen à 85 ₰ = 24,055 ℳ in Silber zahlbare österr. Staatsobligationen mit Zinstermin 1. Januar und 1. Juli . . . . 962 ℳ 20 ₰		
Summe 7702 ℳ 36 ₰		
rund	7,700	
zusammen ab	1'616,989	rund 1'616,990 ℳ
Rest des jährlichen Zinsenbedarfs für 1912 und 1913	13'316'891	
rund	13'316,890	

Vortrag	Zu tilgender Kapitalsbetrag	Jahresbedarf für Tilgung
	ℳ	ℳ
II. Berechnung des Bedarfs für Tilgung.		
Kap. 2 § 2. Für Tilgung.		
Tit. 1. Für Tilgung der alten Schuld.		
Außerordentliche Heimzahlungen an Stiftungen zu 4% und 3½%		
für das Jahr 1912	150,000	
„ „ „ 1913	150,000	
Summe Tit. 1	300,000	
Durchschnitt für ein Jahr		150,000
Tit. 2. Für Tilgung des Allgemeinen Anlehens		
für das Jahr 1912	2'424,840	
„ „ „ 1913	2'424,840	
Summe Tit. 2	4'849,680	
Durchschnitt für ein Jahr	2'424,840	
Hievon werden gedeckt:		
1. durch die Tilgungsquoten der Post- und Telegraphenverwaltung von den Anlehen		
a. zu 3'362,000 ℳ für Postbauten und für Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter . . . . . . 24,295 ℳ		
b. zu 7'854,500 ℳ für Vervollständigung des Telegraphen- und Telephonnetzes . . . . 154,505 ℳ — 178,800 ℳ		
2. durch die Tilgungsquoten des Staatsministeriums des Innern von dem Anlehen für die raschere Förderung der Flußkorrektion in Bayern		
a. zu 14'000,000 ℳ . . . . 151,568 ℳ		
b. zu 15'000,000 ℳ . . . . 94,472 ℳ — 246,040 ℳ		
zusammen	424,840	
Verbleiben zu Lasten des Etats der Staatsschuld		2'000,000
Rest des Jahresbedarfs für Tilgung		2'150,000

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.
Dr. von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Eisenbahnschuld.

Mit einer Berechnung der Zins- und Tilgungsbeträge für die Pachtbahnen.

Vortrag	Kapitals-betrag	Jahreszins hieraus
	M	M
I. Berechnung des Bedarfs für Verzinsung.		
Kap. 1 § 2. Für Verzinsung.		
a. Für das Jahr 1912.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910 und zwar:		
Eisenbahnanlehen . . . . zu 4 %	245'000,000	9'800,000
„ 3½%	1,427'853,800*)	49'974,883
„ 3 %	56'000,000	1'680,000
Pfalzbahnprioritätsanlehen . . . . „ 4 %	40'030,000	1'601,200
„ 3½%	117'025,500	4'095,893
Summe	1,885'909,300	67'151,976
Zugang im Jahre 1911:		
Eisenbahnanlehen zu 4%	30'000,000	1'200,000
zusammen	1,915'909,300	68'351,976
Abgang im Jahre 1911:		
Infolge Verlosung der Pfalzbahnprioritätsanlehen zu 4 %	238,000	9,520
„ 3½%	2'356,100	82,464
Abgangssumme	2'594,100	91,984
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1911	1,913'315,200	68'259,992
Zugang im Jahre 1912:		
Eisenbahnanlehen zu 4%	40'000,000	1'600,000
zusammen	1'953,315,200	69'859,992
Abgang im Jahre 1912:		
Infolge Verlosung der Pfalzbahnprioritätsanlehen zu 4 %	246,500	9,860
„ 3½%	2'502,800	87,598
Abgangssumme	2'749,300	97,458
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1912	1,950'565,900	69'762,534
Zinsbedarf für 1912		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
	*) Hierunter 164,800 ℳ nunmehr mit 3½ % verzinslicher, noch nicht umgetauschter Rest des vor dem 17. Juni 1896 ausgegebenen 4%igen Eisenbahnanlehens.
68'259,992	
1'066,667	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 8 Monate.
69'326,659	
9'326,659	

Vortrag	Kapitals-betrag	Jahreszins hieraus
	M	M
Kap. 1 § 2.		
b. Für das Jahr 1913.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1912 wie oben	1,950'565,900	69'762,534
Zugang im Jahre 1913:		
Eisenbahnanlehen zu 4 %	40'000,000	1'600,000
zusammen	1,990'565,900	71'362,534
Abgang im Jahre 1913:		
Infolge Verlosung der Pfalzbahnprioritätsanlehen zu 4 %	289,000	11,560
" $3^1/_2$ %	2'600,400	91,014
Abgangssumme	2'889,400	102,574
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1913	1,987'676,500	71'259,960
Zinsbedarf für 1913		
Hiezu " " 1912		
Summe für 1912 und 1913		
Durchschnitt für ein Jahr		
rund		
Hiezu der mutmaßliche jährliche Bedarf an Depositalzinsen aus den rückständigen Kapitalien und der jährliche Zinsbedarf für die Pachtbahnen laut der nachfolgenden Berechnung		
Hievon ab die Einnahmen und zwar:		
die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien . . . . 900 M		
die sonstigen Einnahmen . . . . 4,300 M		
Rest des jährlichen Zinsenbedarfs für 1912 und 1913		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
69'762,534	
1'066,667	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 8 Monate.
70'829,201	
70'829,201	
69'326,659	
140'155,860	
70'077,930	
70'078,000	
500	
420,360	
70'498,860	
5,200	
70'498,660	

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jährlicher Bedarf für Tilgung
	M	M
II. Berechnung des Bedarfs für Tilgung.		
Kap. 2. Für Tilgung.		
§ 1. Vertragsmäßige Tilgung.		
a. Pfalzbahnprioritätsanlehen zu 4%:		
Tilgungsbetrag für 1912	246,500	
„ „ 1913	289,000	
Summe a	535,500	
Durchschnitt für ein Jahr		267,750
b. Pfalzbahnprioritätsanlehen zu 3½%:		
Tilgungsbetrag für 1912	2'502,800	
„ „ 1913	2'600,400	
Summe b	5'103,200	
Durchschnitt für ein Jahr		2'551,600
c. Tilgungsbetrag für die Pachtbahnen laut der nachfolgenden Berechnung		
durchschnittlich jährlich		1'171,260
Summe des Jahresbedarfs für Tilgung für 1912 und 1913		3'990,610
rund		3'990,700

Berechnung
der
Zins- und Tilgungsbeträge für die Pachtbahnen.

Bezeichnung der Bahnen	Jahresbetrag		Hievon entfalle							
			für 1912 auf				für 1913 auf			
			Verzinsung		Tilgung		Verzinsung		Tilgung	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Gunzenhausen—Ansbach . .	60,068	58	3,565	71	56,502	87	—	—	—	—
Holzkirchen—Miesbach . . .	85,714	28	13,714	28	72,000	—	11,142	85	74,571	43
Hochstadt—Stockheim . . .	132,857	16	36,000	—	96,857	16	33,428	58	99,428	58
Neuulm—Kempten	300,000	—	60,000	—	240,000	—	48,857	14	251,142	86
Starnberg—Peissenberg . .	330,000	—	77,142	86	252,857	14	66,000	—	264,000	—
Oberkotzau—Eger	478,285	72	168,857	15	309,428	57	156,000	—	322,285	72
Landesgrenze—Meiningen .	34,719	82	84,794	37	149,925	45	81,215	16	153,504	66
Summe 1912	1'621,645	56	444,074	37	1'177,571	19	—	—	—	—
„ 1913	1'561,576	98	—	—	—	—	396,643	73	1'164,933	25
Hiezu für 1913			396,643	73	1'164,933	25				
zusammen			840,718	10	2'342,504	44				
Auf 1 Jahr trifft daher			420,359	05	1'171,252	22				
oder rund			420,360	—	1'171,260	—				

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Grundrentenschuld.

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	ℳ	ℳ
Kap. 2. Staatszuschuß für Verzinsung und Tilgung.		
§ 1. Für Verzinsung.		
Tit. 1. Im allgemeinen.		
a. Gesamtbedarf für 1912.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910	97'218,882	3'888,755
Abgang im Jahre 1911:		
Infolge Verlosung	2'302,000	92,080
Rest	94'916,882	3'796,675
Hiezu kommen noch:		
die Stückzinsen aus den im Jahre 1912 zu tilgenden 2'385,000 ℳ zu beiläufig 2%		
die Depositalzinsen aus den rückständigen Kapitalien		
Gesamtbedarf für 1912		
b. Gesamtbedarf für 1913.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1911 wie vor	94'916,882	3'796,675
Abgang im Jahre 1912:		
Infolge Verlosung	2'385,000	95,400
Rest	92'531,882	3'701,275
Hiezu kommen noch:		
die Stückzinsen aus den im Jahre 1913 zu tilgenden 2'410,000 ℳ zu beiläufig 2%		
die Depositalzinsen aus den rückständigen Kapitalien		
Gesamtbedarf für 1913		
Hiezu " " 1912		
Gesamtsumme für 1912 und 1913		
Durchschnitt für 1 Jahr		
rund		
zugleich Summe Tit. 1.		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
3'796,675	
47,700	
500	
3'844,875	
3'701,275	
48,200	
500	
3'749,975	
3'844,875	
7'594,850	
3'797,425	
3'797,430	

Vortrag

Kap. 2 § 1.

Tit. 2. Zur Deckung der auf Grund des Art. 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ gewährten Nachlässe an den jährlichen Bodenzinsen . . . .

Summe Tit. 2 für sich

Hiezu „ „ 1

Summe § 1

Hievon ab die zur Verzinsung der Grundrentenschuld bestimmten Einnahmen*) . . . . .

Rest zu § 1

§ 2. Für Tilgung.

Tit. 1. Nach Art. 15 Abs. 1 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{16. August 1908}}$ zur Deckung der den Pflichtigen erlassenen Tilgungsraten

Tit. 2. Nach Art. 16 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 zur Deckung der Nachlässe bei freiwilligen Ablösungen . . .

Summe § 2

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
100,000	
3'797,430	
3'897,430	
3'466,920	*)
430,510	

*) Für die Zinsenzahlung in den Jahren 1912 und 1913 kommen als eigene Einnahmen in Betracht:

a. die in den Bodenzinsen
für 15. November 1911 zu mutmaßlich 4'301,800 M und
„ 15. „ 1912 „ „ 4'263,541 M
enthaltenen Zinsfonds nämlich:
der 4 %ige Zins aus der Restergänzung

für 15. November 1911 zu . . . . 87'430,953 M mit		3'497,238 M
„ 15. „ 1912 „ . . . . 85'108,328 M „		3'404,333 M
b. die eingehenden Zinsraten für 1911 zu		13,682 M
„ 1912 „		13,437 M
c) die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien für 1912 zu		1,500 M
„ 1913 „		1,500 M
d. die sonstigen Einnahmen für 1912 und 1913		— M
e. die in den Bodenzinsen für 15. November 1913 enthaltenen Zinsfonds mit dem Betrage der Stückzinsen aus den in 1913 zu tilgenden Kapitalien zu		48,200 M
	Summe	6'979,890 M
Hievon sind zur Zahlung der Stückzinsen aus den in 1911 zu tilgenden Kapitalien zu verwenden		46,040 M
	Sohin eigene Einnahmen für 1912 und 1913	6'933,850 M
	Durchschnitt	3'466,925 M
	rund	3'466,920 M.

Bedarf für Tilgung	
M	
744,370	
82,480	
826,850	

Nach den von den K. Kreisregierungen erholten Mitteilungen sind die Tilgungsraten und die Nachlässe nach Art. 16, wie folgt, zu veranschlagen:

	Tilgungsraten	Nachlässe
für 1912	747,632 M	83,431 M
„ 1913	741,100 M	81,530 M
Summe	1'488,732 M	164,961 M
Durchschnitt	744,366 M	82,480 M
rund	744,370 M.	82,480 M.

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Landeskulturrentenschuld.

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
Kap. 2. Staatszuschuß für Verzinsung und Tilgung.		
§ 1. Für Verzinsung.		
a) Gesamtbedarf für 1912.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910		
zu 4 %	2'023,000	80,920
zu 3 1/2 %	35'772,000	1'252,024
Zugang im Jahre 1911		
zu 4 %	3'532,000	141,280
zu 3 1/2 %	5'146,400	180,124
Stand der Schuld Ende 1911	46'473,500	1'654,348
Zugang im Jahre 1912		
im 1. Halbjahre zu 4 %	1'449,500	57,980
zu 3 1/2 %	2'460,000	86,100
im 2. Halbjahre zu 4 %	1'435,400	57'416
zu 3 1/2 %	1'929,800	67,543
Stand der Schuld Ende 1912	53'748,200	1'923,387
Gesamtbedarf für 1912		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen

Nach dem Ergebnisse im 1. Halbjahr 1911 und nach den Mitteilungen der K. Landeskulturrentenkommission ist folgender Zugang* an Landeskulturrentendarlehen anzunehmen:

Für 1. Halbjahr 1911	1'049,805 ℳ	zu $3^3/_4$ %	223,950 ℳ	zu $3^1/_2$ %	2'527,152 ℳ	zu $3^1/_4$ %
„ 2. „ 1911	2'500,000 ℳ		500,000 ℳ		2'000,000 ℳ	
„ 1. „ 1912	1'500,000 ℳ		500,000 ℳ		2'500,000 ℳ	
„ 2. „ 1912	1'500,000 ℳ		1'000,000 ℳ		1'500,000 ℳ	
„ 1. „ 1913	1'500,000 ℳ		500,000 ℳ		2'000,000 ℳ	
„ 2. „ 1913	1'500,000 ℳ		1'000,000 ℳ		1'500,000 ℳ	

Wenn die in den Jahren 1911 mit 1913 anfallenden Tilgungfonds zur Darlehenshingabe verwendet werden, so werden sich die neben ausgewiesenen Zugänge an umlaufenden Landeskulturrentenscheinen ergeben. Hiedurch wird die Gesamtumlaufssumme bis Ende 1913 den Betrag von 60'361,000 ℳ erreichen gegenüber dem durch § 8 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 festgesetzten Höchstbetrag von 70'000,000 ℳ.

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
1'654,348	
43'485	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 9 Monate.
64'575	
14,354	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 3 Monate.
16,886	
1'793,648	

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	ℳ	ℳ
Kap. 2. § 1.		
b) Gesamtbedarf für 1913.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1912 wie vor	53,748,200	1'923,387
Zugang im Jahre 1913		
im 1. Halbjahre zu 4%	1'421,200	56,848
3½%	1'905,900	66,706
im 2. Halbjahre zu 4%	1'406,600	56,264
3½%	1'879,100	65,769
Stand der Schuld Ende 1913	60'361,000	2'168,974
Gesamtbedarf für 1913		
Hiezu „ „ 1912		
Summe für 1912 und 1913		
Durchschnitt für ein Jahr		
rund		
Hievon ab die von den Darlehensnehmern zu entrichtenden Zinsen*)		
Rest zu § 1		
§ 2. Für Tilgung	—	—

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
1'923,387	
42,636	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 9 Monate.
50,030	
14,066	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 3 Monate.
16,442	
2'046,561	
1,793,648	
8'840,209	
1'920,105	
1'920,110	
1'788,420	*) Die für die Zinsenzahlung in 1912 und 1913 in Betracht kommenden Einnahmen bestehen in a) den von den Darlehensnehmern zu entrichtenden Zinsen und Zinsraten für 1912 zu . . . . . 1'667,127 M „ 1913 „ . . . . . 1'909,372 M
131,690	b) den Verzugszinsen aus verspätet einbezahlten Kulturrenten nach dem Durchschnitte der letzten drei Jahre für 1912 zu . . . . . 170 M „ 1913 „ . . . . . 170 M
—	Summe 3'576,839 M Durchschnitt für 1 Jahr 1'788,420 M

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 23.

Landtag.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 3585 ℳ künftig wegfallend.	69,800
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	69,800
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten und Einrichtungsgegenstände für den Bureauvorstand der Kammer der Abgeordneten	300
		2	Für Ergänzung und Vermehrung der Landtagsbibliothek (einschließlich der Buchbinderkosten)	7,500
			Summe § 2	7,800
			Summe Kap. 1	77,600
2			**Kosten der Landtagsversammlung**	600,000
3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	12,000
4			**Umzugskosten**	—
5			**Unterstützungen für das Kanzlei- und Botenpersonal**	1,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
67,400	2,400	—	S. 7—8	
—	—	—		
1,000	—	1,000		
68,400	1,400	—		
300	—	—		
7,450	50	—		Einer Anregung des Landtagsarchivariats entsprechend wurden die bisherigen Etatstitel Kap. 1 A § 2 Tit. 2 und Kap. 1 B § 2 in einen gemeinsamen Etatstitel vereinigt und infolgedessen die seitherige Ausscheidung in die beiden Abteilungen A „Landtagsversammlung" und B „Landtagsarchiv" aufgegeben, da schon bisher die sächlichen Ausgaben des Landtagsarchivs und die Ausgaben für die vom Archive verwaltete Landtagsbibliothek unter der Abteilung A verrechnet wurden.
7,750	50	—		
76,150	1,450	—		
600,000	—	—		
12,000	—	—		
—	—	—		
1,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	4,500
	2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	10,000
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
			Summe Kap. 6	14,500
			Hiezu „ „ 5	1,000
			„ „ 4	—
			„ „ 3	12,000
			„ „ 2	600,000
			„ „ 1	77,600
			Summe der Ausgaben (Etat Nr. 23) . . .	705,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4,500	—	—		
7,500	2,500	—		Die bisherige Summe hat sich als unzulänglich erwiesen.
—	—	—		
12,000	2,500	—		
1,000	—	—		
—	—	—		
12,000	—	—		
600,000	—	—		
76,150	1,450	—		
701,150	3,950	—		

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	9,700 ℳ,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	3,800 ℳ.
Summe	13,500 ℳ.
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit .	705,100 ℳ.
Summe der Ausgaben auf den Etat des Landtags im ordentlichen Budget	718,600 ℳ.
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	— ℳ.
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Landtags	718,600 ℳ.

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerien des Innern und der Finanzen.

Dr. von Pfaff. Dr. von Brettreich.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Etat des Landtags.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Kanzleidirektor der Kammer der Reichsräte	1	—	7,285				
7	Bureauvorstand der Kammer der Abgeordneten . . .	1	—	7,190				
7	Landtagsarchivar	1	—	6,190				
7	Vorstand des Stenographischen Instituts	1	—	6,500				
10	Assessoren des Stenographischen Instituts	8	3000 bis 6500	37,200				
17	Sekretär des Stenographischen Instituts	1	—	1,850				
	Summe a	13	—	66,215	—	3,585	69,800	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1912 und 1913	13*)	—	66,215	—	3,585 künftig wegfallend	69,800	*) Hievon stehen 4 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 1365 ℳ im Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	13	—	63,970	—	3,430	67,400	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	2,245	—	155	2,400	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerien des Innern und der Finanzen.

Dr. von Pfaff. Dr. von Brettreich.

Etat Nr. 24.

Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer I. Allgemeiner Etat.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Staatsministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hierunter 1200 ℳ künftig wegfallend	247,280
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	4,000
			Summe § 1	253,280
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dgl.	24,500
			Summe A	277,780
			B. Geheimes Haus- und Staatsarchiv.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	32,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	32,000
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, für Erwerbung von Dokumenten und Archivalien u. dgl.)	4,000
			Summe B	36,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
258,400	—	11,120	A S. 20	
1,000	1,000[1]	—		[1]) Die seitherigen Beträge haben sich dem gesteigerten Bedarf gegenüber als unzulänglich erwiesen.
1,200	2,800[2]	—		[2]) 1800 ℳ vom Etat des Staatsministeriums des Innern (Schiffahrts- und Strompolizei) übertragen, 1000 ℳ Mehrung. Ein annähernd gleicher Betrag mußte seit Jahren aus sächlichen Ausgabentiteln bestritten werden, was fernerhin rechnerisch unzulässig erscheint. 2800 ℳ.
260,600	3,800	11,120		
		7,320		
24,500	—	—		
285,100	—	7,320		
30,350	1,650	—	A S. 21	
—	—	—		
—	—	—		
30,350	1,650	—		
4,000	—	—		
34,350	1,650	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**C. Gesandtschaften.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			Besoldungen der Beamten	358,900
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume sowie für sonstige, mit den Gesandtschaften zusammenhängende Aufwendungen) Hievon 10,000 ℳ künftig wegfallend.	74,000
			Summe C	432,900
			Hiezu „ B	36,000
			„ A	277,780
			Summe Kap. 1	746,680
2			**Konsulate**	600
3			**Orden**	7,000
4			**Kosten für Unterhaltung und Berichtigung der Grenzen**	8,000[3]
5			**Für Unterstützung hilfsbedürftiger Bayern im Auslande**	10,000
6			**Übrige Ausgaben des allgemeinen Etats**	—
			Summe Ziffer I (Allgemeiner Etat)	772,280

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
351,900	7,000	—	A S. 22	
64,000	10,000[1]	—		
415,900	17,000	—		
34,350	1,650	—		
285,100	—	7,320		
735,350	18,650	7,320		
	11,330			
350	250[2]	—		
7,000	—	—		
9,500	—	1,500		
10,000	—	—		
—	—	—		
762,200	11,580	1,500		
	10,080			

[1]) Die den Bundesratsbevollmächtigten zur Verfügung stehenden Räume im Gesandtschaftsgebäude zu Berlin genügen dem Bedürfnisse nicht mehr. Die Schaffung einer Registratur für die Bevollmächtigten ist unumgänglich notwendig geworden und ein weiterer Bureauraum ist ebenfalls dringendes Bedürfnis. Diese beiden Räume sollen durch entsprechenden Umbau des bisher als Stall und Kutscherwohnung verwendeten Gebäudeteils gewonnen werden.

[2]) Die Position hat sich als unzureichend erwiesen.

[3]) In dem Etat für 1910 und 1911 waren 4000 ℳ als künftig wegfallend bezeichnet; da jedoch die böhmische Grenzrevision noch nicht beendet ist, für die oberösterreichische Grenze noch Karten herzustellen sind, ferner die Revision der pfälzisch-preußischen Grenze beträchtlichere Mittel erfordert und weiterhin die Herstellung einer gemeinschaftlichen Karte für die Grenzen gegen Hessen in Aussicht genommen ist, kann vorerst die bisherige Etatsposition von 9500 ℳ nur auf 8000 ℳ ermäßigt werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer II. Industrie, Gewerbe und Handel.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	3,690
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	9,400
			Summe § 1	13,090
	2		Sächliche Ausgaben (für Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel im allgemeinen, insbesondere für Gutachten in gewerblichen und industriellen Fragen, für Untersuchungen und Versuche, für Fachliteratur, Druckkosten, Formulare u. dgl.)	18,000
			Summe A	31,090
			B. Gewerbeaufsicht.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	176,300
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	60,000
			Summe § 1	238,300
	2		Sächliche Ausgaben (für die Jahresberichte und die ausscheidbaren besonderen Regiebedürfnisse der Gewerberäte, wie für Fachliteratur, Druckkosten, Formulare u. dgl.)	10,000[3)]
			Summe B	248,300

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3,500	190	—	A S. 23	
—	—	—		
9,400	—	—		
12,900	190	—		
18,000	—	—		
30,900	190	—		
149,115	27,185	—	A S. 24 B S. 31	
1,000	1,000[1]	—		[1]) Der bisherige Betrag erwies sich als ungenügend und mußte überschritten werden.
52,000	8,000[2]	—		[2]) Mehrbedarf durch Personalvermehrung veranlaßt.
202,115	36,185	—		
10,000	—	—		[3]) Im Etat 1910 und 1911 waren 1200 ℳ als künftig wegfallend bezeichnet; mit Rücksicht auf die Personalvermehrung und die durch sie veranlaßte Anschaffung von Mobiliar und allgemeine Steigerung der sächlichen Ausgaben erscheint indes eine Abminderung dieser Position nicht als vertretbar.
212,115	36,185	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer II.	
1			**C. Arbeitermuseum.**	
	1		Persönliche Ausgaben	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 220 ℳ künftig wegfallend.	7,070
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	8,070
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung und für sonstige Betriebskosten)	12,000
			Hievon ab die eigenen Einnahmen (Druckschriftenverkauf)	50
			Restsumme § 2	11,950
	3		Für neue Erwerbungen . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	2,000
			Summe C	22,020
			Hiezu „ B	248,300
			„ A	31,090
			Summe Kap. 1	301,410
2			**Für Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel.**	
	1		Beitrag zu den Ausgaben des Polytechnischen Vereins in München	31,000
	2		Beitrag zu den Ausgaben der Landesgewerbeanstalt in Nürnberg	230,000
	3		Beitrag zu den Ausgaben des Gewerbemuseums in Kaiserslautern	21,000
	4		Beitrag zu den Ausgaben des Gewerbeförderungsinstituts der Handwerkskammer von Oberbayern	27,000
	5		Für sonstige industrielle und gewerbliche Zwecke, insbesondere für Unterstützung von Einrichtungen zur Förderung des Handwerks	120,000
			Summe Kap. 2	429,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
6,590	480	—	A S. 25	
—	—	—		
600	400[1]	—		[1]) Der bisherige Betrag hat sich infolge der Wandervorführungen ꝛc. als ungenügend erwiesen.
7,190	880	—		
10,600	1,350[2]	—		[2]) Mehrbedarf durch die sich fortgesetzt steigernde Tätigkeit des Museums veranlaßt.
1,300	700[3]	—		[3]) Erhöhung des bisherigen Betrags ist im Interesse der Entwicklung der Sammlungen veranlaßt.
19,090	2,930	—		
212,115	36,185	—		
30,900	190	—		
262,105	39,305	—		
26,000	5,000	—	B S. 31	
245,000	—	15,000[4]		[4]) Von dem Budgetbetrag für 1910 und 1911 waren 15,000 ℳ als künftig wegfallend erklärt.
21,000	—	—		
—	27,000	—	B S. 31	
120,000	—	—		
412,000	32,000	15,000		
	17,000			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer II.	
3			Aufwand für Gewerbegerichte (einschließlich der Berggewerbegerichte)	2,500
4			**Übrige Ausgaben für Industrie, Gewerbe und Handel.**	
			Für die bayerische Gewerbeschau im Jahre 1912 in München . . . . Künftig wegfallend.	125,000
			Hiezu Summe Kap. 2	429,000
			„ „ 1	301,410
			Summe Ziffer II (Industrie, Gewerbe und Handel)	857,910

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
—	2,500[1]	—		[1]) Hierunter 1500 ℳ, die von Ziff. III (Bergbehörden) Kap. 1 Tit. 4 in die neue, die staatlichen Leistungen für Gewerbegerichte überhaupt umfassende Position übertragen wurden.
—	125,000	—	B S. 31	
412,000	17,000	—		
262,105	39,305	—		
674,105	183,805	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer III. Bergbehörden.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Oberbergamt.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 540 M künftig wegfallend	40,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,500
			Summe § 1	46,700
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dgl.) Hievon 500 M künftig wegfallend	4,500
			Summe A	51,200
			B. Berginspektionen.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	47,470
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,900
		3	Tagegelder und Reisekosten	11,700
		4	Für die Berggewerbegerichte	— [4])
			Summe § 1	63,070
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dgl.)	4,550
			Summe B	67,620

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
38,050	2,150	—	A S. 26	
4,000	—	—		
2,500	—	—		
44,550	2,150	—		
3,700	800[1]	—		[1]) Mehrbedarf ist durch das Steigen der Materialpreise bedingt.
48,250	2,950	—		
43,110	4,360	—	A S. 27	
1,400	2,500[2]	—		[2]) Durch die Häufung der Mutungen und die Kosten des Vorbereitungsdienstes mehrerer Bergbaupraktikanten veranlaßt.
11,300	400[3]	—		[3]) Durch die Mehrung der Betriebe im Berginspektionsbezirk Bayreuth veranlaßt.
1,500	—	1,500		[4]) Ohne Ansatz, da diese Position bei Ziff. II Kap. 3 mitveranschlagt ist.
57,810	7,260	1,500		
	5,760			
4,200	350[5]	—		[5]) Durch das Steigen der Materialpreise bedingt.
61,510	6,110	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III.	
1			**C. Geognostische Untersuchung.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	42,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	8,500
			Summe § 1	53,500
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Kanzleikosten (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dgl.)	5,000
		2	Kosten für Kartierung und Publikationen Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	8,000
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	300
			Restsumme Tit. 2	7,700
			Summe § 2	12,700
			Summe C	66,200
			Hiezu „ B	67,620
			„ A	51,200
			Summe Kap. 1	185,020
2			**Übrige Ausgaben für die Bergbehörden.**	
			Beitrag zur Bergschule Saarbrücken für die Aufnahme bayr. Bergschüler	3,000
			Summe Ziffer III (Bergbehörden)	188,020

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
			B S. 32/33	
36,200	5,800	—	A S. 28	
1,000	2,000	—		
7,000	1,500	—		
44,200	9,300	—		
4,500	500*)	—		*) Durch die Anschaffung von Bücherregalen, Karten und Materialienschränke veranlaßt.
4,800				
300				
4,500	3,200	—		
9,000	3,700	—		
53,200	13,000	—		
61,510	6,110	—		
48,250	2,950	—		
162,960	22,060	—		
3,000	—	—		
165,960	22,060	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			Ziffer IV. Gemeinsame Ausgaben.	
1			**Für Post- Telegramm- und Telephongebühren**	153,200
2			**Umzugskosten**	2,500
3			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	2,500
	2		Für Gebäudeunterhaltung Auf die nächste Finanzperiode übertragbar	11,000
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten Künftig wegfallend	1,100
			Summe Kap. 3	14,600
4			**Übrige gemeinsame Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes sowie sonstige, vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben)	500
			Summe Ziffer IV (Gemeinsame Ausgaben)	170,800
			Zusammenstellung der Ausgaben.	
			Ziffer I. Allgemeiner Etat	772,280
			„ II. Industrie, Gewerbe und Handel	857,910
			„ III. Bergbehörden	188,020
			„ IV. Gemeinsame Ausgaben	170,800
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 24)	1'989,010

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
140,200	13,000[1]	—		[1]) Um diesen Betrag ist die Pauschalvergütung für die Postbeförderungen gestiegen.
2,500	—	—		
1,500	1,000[2]	—		[2]) Die Position mußte schon seit Jahren überschritten werden; der jetzt eingesetzte Betrag entspricht dem Jahresdurchschnitt der letzten 5 Jahre.
20,000	—	9,000[3]		[3]) Im Nachtrag zum Etat (Beil. Nr. 1016 der Verhandlungen d. K. d. Abg. II. Session 1909 und 1910) war der Betrag von 10,250 M als künftig wegfallend bezeichnet worden. Einige größere Bauaufwendungen an dem Gebäude, in welchem das Oberbergamt untergebracht ist, lassen jedoch nur eine Abminderung um 9000 M als tunlich erscheinen.
4,150[4]	—	3,050		[4]) Im Budgetvoranschlag 1910 und 1911 wurde der ganze Etatsansatz als künftig wegfallend bezeichnet. Mit den neugeforderten 1100 M soll im bisherigen Bau des Arbeitermuseums eine für den Betrieb der Kleinmotoren im Maschinensaal unerläßliche Benzin- und Auspuffgrube hergestellt werden.
25,650	1,000	12,050		
		11,050		
500[5]	—	—		[5]) Im Etat für 1910 und 1911 bei Kap. 9 § 5 vorgetragen.
168,850	13,000	11,050		
	1,950			
762,200	10,080	—		
674,105	183,805	—		
165,960	22,060	—		
168,850	1,950	—		
1'771,115	217,895	—		

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.

Dr. Graf von Podewils.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Ziffer I. Allgemeiner Etat.						
	A. Staatsministerium.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
1	Staatsminister	1	—	24,000	16,000[1]		
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]		
5	Ministerialräte	7	8400 bis 10800	63,000	1,000[3] 1,080[4]		
7	Legationsräte	3	6000 bis 6500	18,500	—		
9	Legationssekretäre I. Kl.	3	4800	14,400	—		
12	Legationssekretäre II. Kl.	2	3000 bis 3500	6,500	—		
13	Geheimer Rechnungskommissär	1					
	Geheime Sekretäre	4					
	Geheime Registratoren	2					
		7	4200 bis 4600	29,800	—		
14	Sekretäre und Registratoren	6[5]	3000 bis 3900	18,800	—		
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	8	1800 bis 2400	15,000	—		
21	Boten und Diener	10	1950 bis 2550	21,800	—		
29	Kanzleiassistentinnen	2[6]	1200	1,800	—		
	Summe a	50		225,600	20,480	1,200	247,280
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—		—	—	—	—
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	50		225,600	20,480	1,200 Künftig wegfallend	247,280
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	47		237,750	19,400	1,250	258,400
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	3		—	1,080	—	—
	weniger	—		12,150	—	50	11,120[7]

Erläuterungen

Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.

[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.

[2]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[3]) Nebenbezug des Vorstands des Geheimen Haus- und Staatsarchivs.

[4]) Funktionsbezug des Rheinschiffahrtsbevollmächtigten (übertragen vom Etat des Staatsministeriums des Innern „Schiffahrts- und Strompolizei").

[5]) 1 Stelle mehr.
Die ständig wachsenden Geschäfte der Abteilung II des Ministeriums können mit dem bisherigen Personal nicht mehr bewältigt werden. Zur Entlastung der Referenten, deren Zahl sonst vermehrt werden müßte, wird der neue Ministerialsekretär als Hilfsarbeiter im Referatsdienst postuliert.

[6]) 2 neue Stellen.
Zur Bedienung des Telephons und zur Beihilfe im Kanzleidienst ist je eine Assistentin dringend benötigt. Die Telephonistin mußte bereits vor längerer Zeit eingestellt und bisher aus der Aushilfsposition besoldet werden.

[7]) Die trotz der Personalmehrung und der Gehaltsvorrückungen sich ergebende beträchtliche Einsparung gegenüber der letzten Finanzperiode erklärt sich dadurch, daß mehrere ältere Beamte in den Ruhestand getreten sind und durch jüngere ersetzt wurden.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Geheimes Haus- und Geheimes Staatsarchiv.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Räte	3	7500 bis 8000	23,000				
12	Assessor	1	—	4,500				
25	Diener	1	—	2,700				
	Summe a	5	—	30,200	—	—	30,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Praktikant	1	—	1,800	—	—	1,800	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	6	—	32,000	—	—	32,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	6	—	30,350	—	—	30,350	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,650	—	—	1,650	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	C. Gesandtschaften.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Gesandte mit dem Gehalte der Regierungspräsidenten .	3	14000	42,000				
5	Geheime Legationsräte I. Kl.	4	9600 bis 10800	42,000				
6	Geheime Legationsräte II. Kl.	2	8700	17,400				
7	Legationsräte	3	7000 bis 8000	23,000				
9	Legationssekretäre I. Kl. .	1	—	6,300				
12	Legationssekretäre II. Kl. .	1	—	4,500				
13	Geheime Sekretäre . . .	2	5400 bis 5800	11,200				
14	Kanzleisekretäre	3	3300 bis 4200	11,900				
22	Boten und Diener . . .	2	2200	4,400				
	Summe a	21	—	162,700	196,200	—	358,900	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	21	—	162,700	196,200	—	358,900	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	21	—	155,700	196,200	—	351,900	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	7,000	—	—	7,000	
	Wiederholung.							
	Summe A . . .	50	—	225,600	20,480	1,200	247,280	
	„ B . . .	6	—	32,000	—	—	32,000	
	„ C . . .	21	—	162,700	196,200	—	358,900	
	Summe Ziff. I. Allgemeiner Etat	77	—	420,300	216,680	1,200	638,180	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer II. Industrie, Gewerbe und Handel.							
	A. Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel.							
	a Etatsmäßige Beamte.							
12	Gewerbeinspektor	1	—	3,690	—	—	—	
	Summe a	1	—	3,690	—	—	3,690	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1	—	3,690	—	—	3,690	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	1	—	3,500	—	—	3,500	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	190	—	—	190	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Gewerbeaufsicht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Zentralinspektor für Fabriken und Gewerbe	1		8,200				
7	Regierungs- u. Gewerberäte	4	6500 bis 8000	29,400				
9	Gewerberäte	8[1]	4800 bis 6300	44,200				[1] Darunter der Landesgewerbearzt.
12	Gewerbeassessoren	16[2]	3000 bis 5800	62,600				[2] 2 Stellen mehr (siehe Anlage B Seite 31.)
16	Gewerbeaufsichtsassistenten .	7[3]	2400 bis 2700	15,100				[3] 4 Stellen mehr (siehe Anlage B Seite 31.)
16	Gewerbeaufsichtsassistentinnen	6[4]	2400 bis 3900	16,800				[4] 1 Stelle mehr (siehe Anlage B Seite 31.)
	Summe a	42		176,300			176,300	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—		
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	42	—	176,300	—	—	176,300	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	35	—	149,115	—	—	149,115	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	7	—	27,185	—	—	27,185	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	C. Arbeitermuseum.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Gewerberat	1	—	4,890				
22	Maschinist	1	—	1,960				
	Summe a	2	—	6,850	—	220	7,070	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2	—	6,850	—	220	7,070	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	2	—	6,450	—	Künftig wegfallend 140	6,590	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	400	—	80	480	
	Wiederholung.							
	Summe A . . .	1	—	3,690	—	—	3,690	
	„ B . . .	42	—	176,300	—	—	176,300	
	„ C . . .	2	—	6,850	—	220	7,070	
	Summe Ziffer II. Industrie, Gewerbe und Handel .	45	—	186,840	—	220	187,060	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Ziffer III. Bergbehörden.							
	A. Oberbergamt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Oberbergdirektor	1	—	9,230				
7	Oberbergräte	2	6000 bis 7500	13,900				
9	Obergamtsassessor	1[1]	—	4,480				[1]) an Stelle eines Oberbergamtsmarkscheiders. Es erweist sich die Verstärkung des Oberbergamts-Kollegiums erforderlich.
16	Sekretär	1	—	3,750				
17	Registrator	1[2]	—	2,400				[2]) neue Stelle. Die Geschäfte der Registratur wurden bisher durch den Sekretär unter Beihilfe eines Assistenten versehen. Die Zunahme der Geschäfte macht die Aufstellung eines selbständigen Registrators erforderlich.
23	Kanzleiassistenten . . .	2	1800 bis 2400	4,200				
25	Boten und Diener	1	—	1,700				
	Summe a	9	—	39,660	—	540	40,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	9	—	39,660	—	540 Künftig wegfallend	40,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	9	—	36,900	—	1,150	38,050	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	2,760	—	—	2,150	
	weniger	—	—	—	—	610		

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	B. Berginspektionen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Berginspektoren	3	5800 bis 6800	19,220				
12	Bergamtsassessor	1	—	3,500				
16	Berginspektionsassistenten	4	3300 bis 3600	13,770				
16	Markscheider der Berginspektionen	2	3300 bis 3600	6,980				
26	Kanzleiassistenten	3	1200 bis 1500	4,000				
	Summe a	13	—	47,470	—	—	47,470	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	13	—	47,470	—	—	47,470	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	13	—	43,110	—	—	43,110	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	4,360	—	—	4,360	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	C. Geognostische Untersuchung des Königreichs.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Oberbergrat	1	—	8,000				
10	Geologen	5	3500 bis 6000	23,875				
12	Assessoren	2*)	—	5,750				*) Eine Stelle mehr. Für die geologisch-agronom. Aufnahmen ist ein weiterer Chemiker erforderlich (siehe Anl. B S. 33).
17	Kartograph	1	—	2,750				
25	Bote und Diener	1	—	1,625				
	Summe a	10	—	42,000	—	—	42,000	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	42,000	—	—	42,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	9	—	36,200	—	—	36,200	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	5,800	—	—	5,800	
	Wiederholung.							
	Summe A	9	—	39,660	—	540	40,200	
	„ B	13	—	47,470	—	—	47,470	
	„ C	10	—	42,000	—	—	42,000	
	Summe Ziff. III. Bergbehörden	32	—	129,130	—	540	129,670	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I	77		420,300	216,680	1,200	638,180	
	" " II	45		186,840	—	220	187,060	
	" " III	32		129,130	—	540	129,670	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des K. Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern** für 1912 und 1913	154 *)		736,270	216,680	1,960 künftig wegfallend	954,910	*) Hievon stehen 4 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 660 M — in dem Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	143		699,075	215,600	2,540	917,215	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	11		37,195	1,080	—	37,695	
	weniger	—		—	—	580		

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.
Dr. Graf von Podewils.

Notiz für den Buchbinder: An Stelle von Seite 29 und 30 in Sig. 64 des Etat 24 ist dieses Blatt einzukleben.

Erläuterungen.

I. Erläuterungen zu Ziffer II. Industrie, Gewerbe und Handel.

1. Zu Kap. 1 B. Gewerbeaufsicht.

§ 1. Persönliche Ausgaben.

Der Etat stellt dem Gewerbeaufsichtsdienst sieben neue Kräfte zur Verfügung:
1) zwei Gewerbeassessoren,
2) vier Gewerbeaufsichtsassistenten,
3) eine Gewerbeaufsichtsassistentin.

Für eine Vermehrung der Aufsichtsbezirke besteht zurzeit kein Bedürfnis; in den letzten zwei Finanzperioden wurden die Mittel für Teilung der bisher größten Aufsichtsbezirke, Pfalz und Mittelfranken, gefordert; diese Teilungen sind durchgeführt worden.

Ein Bedürfnis hat sich dagegen nach einer weiteren Vermehrung des Hilfspersonals der Gewerberäte ergeben. Dieses Personal ist zwar schon bisher (vgl. die Budgets für 1908 und 1909 und 1910 und 1911) stetig vermehrt worden; es blieb aber gleichwohl in einigen Bezirken unzureichend und erwies sich insbesondere an Zahl ungenügend gegenüber der erheblichen Vermehrung der einer intensiven Aufsicht zu unterwerfenden Betriebe durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908, die am 1. Januar 1910 in Kraft getreten ist und an die Stelle des Fabrikbegriffs die Betriebe mit wenigstens 10 Arbeitern gesetzt hat. Wenn Bayern gegenüber Preußen, Sachsen, Württemberg, Hessen in Bezug auf die Personalausstattung und die Intensität seiner Gewerbeaufsicht nicht erheblich in Rückstand kommen soll, ist es unerläßlich, das Hilfspersonal der Gewerberäte in dem angeforderten Umfang zu verstärken. Die neuen Beamten sollen in den Aufsichtsbezirken München, Oberbayern Land, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken und Schwaben verwendet werden.

2. Zu Kap. 2. Für Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel.

§ 1. Beitrag zu den Ausgaben des Polytechnischen Vereins in München.

Für die Finanzperiode 1908 und 1909 war der Beitrag von 22,000 ℳ auf 30,000 ℳ erhöht worden, um dem Verein die Beschaffung der französischen Patentschriften und die Erweiterung der Bibliothek zu ermöglichen. Für 1910 und 1911 fielen 4000 ℳ für Nachschaffung der französischen Patentschriften weg.

Nunmehr verlangt die ausgedehnte Tätigkeit die Anstellung weiterer Hilfskräfte; die Aufbesserung der Gehalte des Vereinspersonals läßt sich nicht weiter verschieben; die Ergänzung der Bibliothek nimmt große Mittel in Anspruch.

3. Zu Kap. 2. Für Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel.

§ 4. Beitrag zu den Ausgaben des Gewerbeförderungsinstituts der Handwerkskammer von Oberbayern.

Die Unterstützung des Gewerbeförderungsinstituts durch eine ständige Position im ordentlichen Budget dürfte sich dadurch rechtfertigen, daß die Wirksamkeit des Instituts zur Förderung des Handwerks nicht bloß den Regierungsbezirk Oberbayern umfaßt, sondern auch auf Gewerbetreibende anderer Bezirke sich ausdehnt.

Die Tätigkeit des im Jahre 1908 errichteten Instituts war bisher eine sehr ersprießliche und erfolgbegleitete durch Abhaltung von Meister- und Fachkursen für verschiedene Handwerkszweige und namentlich auch durch die Einrichtung einer gut geleiteten und viel beanspruchten elektrotechnischen Abteilung.

Die finanzielle Unterstützung des Instituts seitens des Staates erfolgte bisher in reichem Maße aus den dem Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern für Gewerbeförderung zur Verfügung stehenden Mitteln und belief sich für das Jahr 1910 auf über 29,000 ℳ. Der Etat für 1911 schließt mit einem Fehlbetrag von 27,000 ℳ ab, welcher bei der Bestimmung des ständigen Beitrags zunächst zugrunde gelegt wurde.

4. Zu Kap. 4. Übrige Ausgaben für Industrie, Gewerbe und Handel („Für die Bayerische Gewerbeschau im Jahre 1912 in München").

Die Bayerische Gewerbeschau, ursprünglich als Jubiläumsausstellung für 1911 geplant und wegen der erforderlichen großen Vorbereitungen auf 1912 hinausgerückt, bezweckt die Förderung von Handwerk und Industrie durch einmütiges, verständnisvolles Zusammenwirken der Gewerbetreibenden und Künstler, gerichtet auf Veredelung des Geschmacks und Verfeinerung der Ausführung der gewerblichen Erzeugnisse.

Die Ausstellung soll die Erfolge der gemeinsamen Arbeit vorführen und zugleich dem Publikum Gelegenheit bieten, das Geschaffene zu prüfen und hiedurch dem Gewerbe neuen regen Absatz gewinnen.

Die Ausstellung umfaßt ein reiches Gebiet nahezu aller Gebrauchsgegenstände: Textil-, Holz-, Stein-, Leder- und Metallarbeiten, keramische Erzeugnisse, Werke der Graphik rc

Dem großangelegten Unternehmen, welches auch in Werkstätten den gesamten Arbeitsvorgang in anregender Art vorführen und die Eigenart und Vorzüge des Kleinwohnungsbaues zeigen soll, muß ein passender Rahmen geschaffen werden, wodurch für Ausstattung und Einrichtung große Mittel in Anspruch genommen werden.

Bei der zweifellos hervorragenden Bedeutung der Gewerbeschau für das heimische Gewerbe, auf welche schon in der vorigen Landtagssession hingewiesen wurde, hielt sich die K. Staatsregierung für verpflichtet, das Unternehmen in jeder Richtung zu fördern und auch finanziell zu unterstützen und zu letzterem Zwecke die Summe von 250,000 *M* (d. i. 125,000 *M* pro Jahr der Finanzperiode) in das Budget einzusetzen, mit deren Hilfe die erwünschte günstige Durchführung und das glückliche Gelingen der Ausstellung gesichert sein dürfte.

II. Erläuterungen zu Ziffer III. Bergbehörden.

C. Geognostische Untersuchung des Königreichs.

1. Stand der geognostischen Untersuchung bis zum Schluß der Finanzperiode 1910 und 1911.

Die mannigfaltigen Arbeiten der geognostischen Landesuntersuchung wurden im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 entsprechend fortgeführt und weiter gefördert.

Aufnahmsarbeiten fanden nach zwei verschiedenen Richtungen statt. Im Bergland wurden die Aufnahmen im Anschluß an die bisherigen Bearbeitungen vollzogen. Die Neukartierung betraf hauptsächlich jenen Bezirk im nordwestlichen Bayern, der durch den Reichtum an Heilquellen besondere Bedeutung besitzt. Es war zudem geboten, die geologische Aufnahme für einige Grenzblätter, beispielsweise Motten, Wildflecken, Brückenau, zu besorgen, um die Darstellung des bayerischen Anteils vom Meßtischblatt Oberzell, das demnächst zur Publikation gelangen soll, zu ermöglichen. Im Flachland wurden mit Erfolg die geologisch-agronomischen Versuchsbearbeitungen fortgesetzt. Die agrogeologische Spezialaufnahme der Karte des Staatsgutes Weihenstephan (1 : 5000) wurde zum Abschluß gebracht und in der Folge wurde mit der Darstellung eines 25 000 teiligen Blattes der Hochebene (Blatt Gauting) begonnen, um zu sehen, wie ein solches Blatt bei seinem verhältnismäßig kleinen Maßstab im bodenkundlich-geologischen Kartenbilde zur Wirkung gelangt; die Revierarbeiten geschahen dabei gleichwohl mit Karten 1 : 5000, die zwar nicht, gleichwie das 25 000 teilige Blatt, veröffentlicht werden sollen, aber doch den Interessenten in der Kopie jederzeit zur Verfügung stehen. Diese geologisch-bodenkundlichen Versuchsarbeiten wurden im Juni 1911 einer Konferenz von Sachverständigen aus der Wissenschaft und aus der Land- und Forstwirtschaft unterbreitet und fanden deren Billigung; auf ihrer Grundlage soll systematisch weitergearbeitet werden, wobei die geologische Anstalt eine enge Fühlung mit den beteiligten wissenschaftlichen Instituten und den Organen der Landwirtschaft und der Forstverwaltung, insbesondere auch des kulturtechnischen Dienstes, unterhalten wird.

Die Bearbeitung des im Revier eingebrachten Materiales erfolgt in den Bureauräumen in verschiedenartiger Weise nach den bisher erprobten Methoden.

Was die gutachtlichen Äußerungen anlangt, mit denen das Bureau sich in letzter Zeit zu beschäftigen hatte, so betrafen diese in mehreren Fällen den geologischen Beirat bei beabsichtigten Bohrungen auf Kohle oder auf Salz. Auch wegen der Verbreitung der Neuburger Kieselkreide liefen Anfragen ein. Außerdem wurde auf sonstige, den Gesteinsablagerungen entstammende verwertbare Stoffe besondere Aufmerksamkeit verwandt. Wesentlichen Zeitaufwand beanspruchte die Bestimmung der Schutzbereichsgrenzen verschiedener Heilquellen. An einigen Plätzen sind wegen Erdrutschungen (Banz), Senkungen und möglicher Felsstürze genauere Untersuchungen notwendig gewesen.

Die Arbeiten in der Geognostischen Abteilung haben in letzter Zeit den früheren Verhältnissen gegenüber eine bedeutende Erweiterung erfahren. Eine der Hauptaufgaben der Landesuntersuchung bildet für die Zukunft die Herausgabe von Blättern der geologischen Spezialkarte 1 : 25 000, während zugleich die Karte 1 : 100 000 fortgesetzt wird. Die Erweiterung ist insbesondere auch durch die geologisch-agronomischen Bearbeitungen verursacht worden. Um diese bodenkundlichen Arbeiten in der Weise auszudehnen, daß sie dem wirtschaftlichen Leben nachhaltend fruchtbringend und nutzbar gemacht werden können, sind aber vor allem größere Raumverhältnisse notwendig, als sie jetzt am Bureau bestehen. Erforderlich sind für die weitere Ausgestaltung der Geognostischen Abteilung ausreichende Räume mit völlig dem Zweck entsprechenden Einrichtungen, mit genügendem Platz für Unterbringung von Bodenproben und geeignete Laboratorien. Es macht sich zurzeit ein Mangel an Arbeitszimmern fühlbar, auch fehlt es an gehörigem Raum zur Unterbringung der Zugänge für Bibliothek und Sammlung. Sobald die Finanzlage sich gebessert hat, wird für die Bereitstellung entsprechender Räume gesorgt werden müssen.

Die während der verflossenen Finanzperiode zur Ausgabe gelangten Publikationen umfassen folgende Druckschriften und kartistische Arbeiten:

Das Blatt Kusel (Nr. XX) der Geognostischen Karte des Königreichs (1 : 100 000) mit einem Bande Erläuterungen (186 S.) München 1910.

Das Geognostische Jahresheft 1908 (XXI. Jahrgang) mit Abhandlungen über fränkische Triasgesteine, über die Mineralien der Erzlagerstätte in Bodenmais, über fichtelgebirgische Mineralien und Gesteine, die agrogeologische Spezialaufnahme des Gutes Häusern mit einer geologischen Karte 1 : 5000 und einer Bohrkarte, über eine Tiefbohrung auf Kohle bei St. Ingbert, die Feststellung des Quellbereiches der Wasserversorgung für Lichtenfels und über die Beziehungen zwischen erdmagnetischen Messungen und geologischem Aufbau in der Rheinpfalz.

Das Geognostische Jahresheft 1909 (XXII. Jahrgang) mit Abhandlungen über Schichtenfolge und die Ausbildung des fränkischen Muschelkalkes und der Lettenkohle, über die oberbayerische Pechkohle, über neuere Aufschlüsse im Peissenberger Kohlenrevier und über ein geologisches Profil im Bayerischen Wald.

Das Geognostische Jahresheft 1910 (XXIII. Jahrgang) mit Abhandlungen über die Pfahlschiefer, über den alten Lauf der Donau und Altmühl, über rheinpfälzische Eruptivgesteine, dann mit der Geologischen Karte des Wettersteingebirges 1 : 25 000 in zwei Blättern (Garmisch und Partenkirchen) samt einer Beschreibung dieses Gebietes als Erläuterung zur Karte und mit Arbeiten über den Wellenkalk von Zweibrücken und über ein Pflanzenfossil aus dem Würzburger Muschelkalk.

Die geologisch-bodenkundliche Aufnahme des Akademiegutes Weihenstephan (vorerst als Auszug gedruckt) mit der geologisch-bodenkundlichen Karte dieses Gebietes (1 : 5000) und einer Bohrkarte (1 : 5000); eine weitere Beigabe dazu bildet die geologische Bodenkarte des Versuchsfeldes der K. Saatzuchtanstalt Weihenstephan 1 : 1000.

Erläuterungen der geologisch-bodenkundlichen Karte von Blatt Gauting (1 : 25 000) als Entwurf.

Bayerische Braunkohlen und ihre Verwertung. Bericht an das K. Staatsministerium, München 1911.

2. Etat der Geognostischen Untersuchung.

Der Etat für 1912 und 1913 zeigt Erhöhungen sowohl in den Personal- wie in den Sächlichen Ausgaben. Es soll dem Bureau eine weitere etatsmäßige wissenschaftliche Hilfskraft beigegeben werden, die bei der Fortführung der geologisch-bodenkundlichen Arbeiten verwendet werden wird, damit allmählich für diesen speziellen Zweig der Tätigkeit des Büros ein Stamm von Fachleuten gebildet wird.

Die unter 1 geschilderte erweiterte Tätigkeit des Büros begründet die Notwendigkeit einer allmählichen allgemeinen Erhöhung seines Etats, der bisher für ein Land von dem Flächeninhalt Bayerns ein sehr bescheidener war. Im einzelnen bedarf die Position „Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe ꝛc." einer erheblichen Erhöhung, weil die geologisch-bodenkundlichen Aufnahmen Arbeitslöhne (für Bohrpersonal) veranlassen und sich auch aus dem Zusammenarbeiten des Geognostischen Büros mit anderen wissenschaftlichen Instituten Kosten ergeben werden. Im Zusammenhang mit der Personalvermehrung und der in Aussicht stehenden Heranziehung von anderen wissenschaftlichen Instituten steht die Erhöhung der Position „Reisekosten und Tagegelder". Endlich ist eine Erhöhung der Position „Kosten für Kartierung und Publikation" unerläßlich, denn die Erweiterung der Tätigkeit des Geognostischen Büros wird gerade in einer Vermehrung seiner Publikationen (Karten nebst Erläuterungen) zum Ausdruck kommen; bei dieser Gelegenheit darf erwähnt werden, daß die in dem großen Maßstab 1 : 25 000 gehaltenen Karten an das Publikum zum Preis von 2 ℳ nebst Erläuterungen geliefert werden sollen.

Bezüglich der Erhöhung der Position „Kanzleikosten" wird auf die Bemerkungen im Etat unter den „Erläuterungen" Bezug genommen.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.

Dr. Graf von Podewils.

Notiz für den Buchbinder: An Stelle von Seite 33 und 34 in Sig. 65 des Etat 24 ist dieses Blatt einzukleben.

Etat Nr. 25.

Staatsministerium der Justiz.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I. Allgemeiner Etat der Justiz.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Justizministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2170 ℳ künftig wegfallend.	316,210
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,400[1)]
		3	Tagegelder und Reisekosten	4,000[2)]
			Summe § 1	325,610
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen, ferner für Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der übrigen Geschäftsräume des Justizpalastes und des Justizgebäudes an der Luitpoldstraße in München	162,000[3)]
		2	Für statistische Erhebungen und Publikationen	5,000[4)]
		3	Für Gesetzgebungsarbeiten	5,000
			Summe § 2	172,000
			Summe A	497,610
			B. Oberstes Landesgericht.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2480 ℳ künftig wegfallend.	246,655
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,200
		3	Tagegelder und Reisekosten	300[5)]
			Summe § 1	249,155
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände und dergleichen)	9,500[6)]
			Summe § 2	9,500
			Summe B	258,655

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
312,595	3,615	—	A S.26/27
2,400	3,000	—	
4,500	—	500	
319,495	6,615	500	
	6,115		
165,000	—	3,000	
3,600	1,400	—	
5,000	—	—	
173,600	—	1,600	
493,095	4,515	—	
243,250	3,405	—	A S. 28
2,200	—	—	
500	—	200	
245,950	3,205	—	
8,000	1,500	—	
8,000	1,500	—	
253,950	4,705	—	

Erläuterungen

[1]) Mit Rücksicht auf die Grundsätze über die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets ist es notwendig geworden, Ausgaben für Geschäftsaushilfe, die bisher aus Regiemitteln bestritten wurden, auf die Position für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen zu übertragen. Es ist deshalb erforderlich, den Ansatz um 3000 M zu erhöhen. Dagegen kann der Ansatz für Regiebedürfnisse um diesen Betrag gemindert werden (vgl. Erläuterung 3).

[2]) Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Neuregelung der Vorschriften über die Aufrechnung von Tagegeldern und Reisekosten der Beamten des Zivilstaatsdienstes kann der Ansatz um 500 M ermäßigt werden.

[3]) 3000 M sind auf die Position für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen — Ziffer I Kap. 1 A § 1 Tit. 2 — übertragen (vgl. Erläuterung 1).

[4]) Der bisherige Ansatz ist wegen der Erhöhung der Druckkosten unzureichend; da außerdem die Statistik eine Ausdehnung erfahren hat, ist die Erhöhung des Ansatzes um 1400 M geboten.

[5]) Es wird auf die Erläuterung 2 zu lit. A „Justizministerium" dieses Etatsentwurfs hingewiesen.

[6]) Die Ausgaben für die Büchersammlung des Gerichts und die stetige Steigerung aller Materialpreise machen die Erhöhung des Ansatzes um 1500 M erforderlich.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**C. Oberlandesgerichte.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 4000 ℳ künftig wegfallend.	948,620
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	9,500
			Summe § 1	963,520
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	89,500[1)]
			Summe § 2	89,500
			Summe C	1'053,020
			D. Landgerichte.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 25,000 ℳ künftig wegfallend.	4'117,075
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	27,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	9,000[2)]
			Summe § 1	4'153,075
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	289,000
			Summe § 2	289,000
			Summe D	4'442,075

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
926,920	21,700	—	A S. 29	
5,400	—	—		
9,500	—	—		
941,820	21,700	—		
87,000	2,500	—		[1]) Der Ansatz hat sich als unzureichend erwiesen. Die gesteigerten Materialpreise und Druckerlöhne, der stets wachsende Aufwand für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Amtsräume und für die Ergänzung der Büchersammlungen machen die geforderte Erhöhung der Position notwendig.
87,000	2,500	—		
1'028,820	24,200	—		
4,073,880	43,195	—	A S.30/31	
27,000	—	—		
10,000	—	1,000		[1]) Es wird auf die Erläuterung 2 zu lit. A „Justizministerium" dieses Etatsentwurfs (S. 3) hingewiesen.
4'110,880	42,195	—		
289,000	—	—		
289,000	—	—		
4'399,880	42,195	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**E. Amtsgerichte.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 174,830 ℳ künftig wegfallend.	10'595,885
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	128,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	11,000[1]
			Summe § 1	10'734,885
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	729,500[2]
		2	Mietzinse	12,000
			Summe § 2	741,500
			Summe E	11'476,385
			F. Staatsanwaltschaften.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 4 530 ℳ künftig wegfallend.	1'120,190
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	17,300
		3	Tagegelder und Reisekosten	9,000[3]
			Summe § 1	1'146,490
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	79,500[4]
		2	Entschädigung an die unmittelbaren Städte für die Besorgung der Amtsanwaltschaft	107,050[5]
			Summe § 2	186,550
			Summe F	1'333,040

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
10'047,819	548,066	—	A S. 32/33	
128,000	—	—		[1]) Es wird auf die Erläuterung 2 zu lit. A „Justizministerium" dieses Etatsentwurfs (S. 3) hingewiesen.
13,500	—	2,500		
10'189,319	545,566	—		
697,000	32,500	—		[2]) Der bisherige Ansatz ist schon mit Rücksicht auf die steigenden Preise für Papier und Brennmittel, auf den wachsenden Aufwand für Beleuchtung und Reinigung der Amtsräume und auf die Druckerlöhne unzulänglich. Dazu kommt aber noch, daß die Zunahme der Geschäftslast der Amtsgerichte dazu zwingt, zur Bewältigung der Schreibarbeiten noch mehr mechanische Hilfsmittel insbesondere Schreibmaschinen zu verwenden. Auch sonst sind die einzelnen Gerichten zugewiesenen Regiemittel unzureichend. Um allen Anforderungen zu genügen werden künftig 32,500 ℳ mehr erforderlich.
12,000	—	—		
709,000	32,500	—		
10'898,319	578,066	—		
1'051,040	69,150	—	A S. 34/35	
17,300	—	—		
11,500	—	2,500		[3]) Es wird auf die Erläuterung 2 zu lit. A „Justizministerium" dieses Etatsentwurfs (S. 3) hingewiesen.
1'079,840	66,650	—		
77,000	2,500	—		[4]) Aus den gleichen Gründen, wie bei den Gerichten ist auch hier eine Erhöhung der Regieposition, und zwar um 2500 ℳ nicht zu vermeiden.
105,250	1,800	—		[5]) Die bisher den Stadtgemeinden Kempten, Lindau, Nürnberg und Würzburg für die Besorgung der Amtsanwaltschaft gewährten Beträge, stehen mit dem tatsächlichen Aufwande nicht mehr in Einklang. Es ist deshalb die Erhöhung dieser Beträge, und zwar um 200 ℳ für Kempten, 100 ℳ für Lindau, 2000 ℳ für Nürnberg und 500 ℳ für Würzburg notwendig. Dagegen sind 1000 ℳ weggefallen (vgl. Erläuterung 5, 6 zu Ziff. I Kap. 1 F § 2 Tit. 2 des Justizetats für die Finanzperiode 1910 und 1911 S. 7).
182,250	4,300	—		
1'262,090	70,950	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer I.	
1			**G. Notariate.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	39,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,500
		3	Ergänzung des Einkommens von Notariaten	2,000
		4	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	45,500
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	4,750
		2	Für Mietzinse	750[1]
		3	Für erstmalige Einrichtung von Notariatsarchiven Künftig wegfallend.	5,000
			Summe § 2	10,500
			Summe G	56,000
2			**H. Gerichtsgefängnisse.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten Hievon 7 850 M künftig wegfallend.	523,052
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	200[2]
			Summe § 1	529,252
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten und dergleichen	8,000
		2	Für Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände	120,000
		3	Für Mietzinse	1,700
			Summe § 2	129,700
			Summe H	658,952

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
37,130	1,870	—	A S. 36	
3,500	—	—		
2,000	—	—		
1,000	—	—		
43,630	1,870	—		
4,750	—	—		
600	150	—		[1]) Das für Rechnung des Staats geführte Notariat Euerdorf, das bisher im Amtsgerichtsgebäude untergebracht war, wurde jetzt wegen Raummangels in Mieträume verlegt. Jährlicher Mietzins 150 ℳ.
5,000	—	—		
10,350	150	—		
53,980	2,020	—		
520,462	2,590	—	A S. 37/38	
6,000	—	—		
500	—	300		[1]) Es wird auf die Erläuterung 2 zu lit. A „Justizministerium" dieses Etatsentwurfs (S. 3) hingewiesen.
526,962	2,290	—		
8,000	—	—		
120,000	—	—		
1,700	—	—		
129,700	—	—		
656,662	2,290	—		

Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**Wiederholung.**	
			Summe A	497,610
			" B	258,655
			" C	1'053,020
			" D	4'442,075
			" E	11'476,385
			" F	1'333,040
			" G	56,000
			" H	658,952
			Summe Kap. 1	19'775,737
2			**Besondere Kosten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Dienststrafsachen und Justizverwaltungssachen.**	
	1		Kosten der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Nebengesetze Künftig wegfallend.	270,000[1]
	2		Kosten der Versammlungen der Waisenräte	25,000
	3		Sonstige Ausgaben	124,500[2]
			Summe Kap. 2	419,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
493,095	4'515	—		
253,950	4'705	—		
1'028,820	24,200	—		
4'399,880	42,195	—		
10'898,319	578,066	—		
1'262,090	70,950	—		
53,980	2,020	—		
656,662	2,290	—		
19'046,796	728,941	—		
370,000	—	100,000		[1]) Der Ansatz kann um 100,000 ℳ ermäßigt werden. Die Grundbuchanlegung ist vollendet. In Franken sind auch die Vereinigungsarbeiten in der Hauptsache abgeschlossen; in den altbayerischen Gebietsteilen dagegen muß die Grundbuchbereinigung, die hier in umfassender Weise erst in den letzten Jahren aufgenommen wurde, in der nächsten Zeit noch weiter durchgeführt werden.
25,000	—	—		
127,500	—	3,000		[2]) Nach den Rechnungsergebnissen der letzten Jahre kann der Ansatz um 3000 ℳ ermäßigt werden.
522,500	—	103,000		

Kap.	§	Tit.	Vortrag		Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			Ziffer I.		M
3			**Besondere Kosten in Strafsachen.**		
	1		**Untersuchungs- und Strafvollzugskosten**		2'070,000[1]
			Diese Position setzt sich zusammen aus folgenden Beträgen:		
			a) Tagegelder und Reisekosten des Gerichtspersonals und der Staatsanwälte	150,000 M	
			b) Gebühren der Zeugen und Sachverständigen	1'100,000 M	
			c) Gebühren der Verteidiger nach § 150 der Strafprozeßordnung	20,000 M	
			d) Kosten der Verpflegung der Gefangenen	1'200,000 M	
			e) Übrige Kosten (Einrückungskosten, Gewährung von Unterstützungen an mittellose Beschuldigte[2]), Kosten der Bekleidung der Gefangenen, Kosten der Vollstreckung von Todesurteilen usw.)	200,000 M	
			Summe	2'670,000 M	
			[2]) Aus dieser Position werden Beschuldigten, die sich vor Gericht zu verantworten haben und nicht die Mittel besitzen, um die Reise an den Ort des Gerichts und die Kosten des Aufenthalts zu bestreiten, mäßige Beträge für diesen Zweck zur Verfügung gestellt (vgl. Erläuterung 1 zu Ziff. I Kap. 3 § 1 „Untersuchungs- und Strafvollzugskosten" des Etats 1910 und 1911 S. 13).		
			Hievon gehen ab die Einnahmen und zwar:		
			I. an Rückersätzen mit	500,000 M	
			II. an Erübrigungen an dem Arbeitsverdienste der Gefangenen bei einer Einnahme von . . . . . 120,000 M bei einer Ausgabe von . . . . . . 20,000 M[3])	100,000 M	
			Summe der Einnahmen	600,000 M	
			Verbleibt Rest zu § 1	2'070,000 M	
	2		**Kosten der Schwur- und Schöffengerichte.**		
		1	Tagegelder und Reisekosten der Beamten der Schwurgerichte und Reisekosten der Geschworenen		25,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen des Kanzlei- und Botenpersonals im schwurgerichtlichen Dienst		5,300
		3	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume der Schwurgerichte und dergleichen		8,700
		4	Reisekosten der Vertrauensmänner und Schöffen		25,000
			Summe § 2		64,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2'050,000	20,000	—		[1]) Mit Rücksicht auf den tatsächlichen Aufwand ist die Erhöhung des Ansatzes angezeigt.
				[2]) Die dem Gefängnispersonal bisher gewährten Belohnungen sind weggefallen.
25,000	—	—		
5,800	—	—		
8,700	—	—		
25,000	—	—		
64,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
3	3		**Sonstige Ausgaben.**	
		1	Entschädigung für unschuldig erlittene Haft	8,000
		2	Vergütung der Auslagen freigesprochener Angeschuldigter nach § 499 Abs. 2 der Strafprozeßordnung	5,000
		3	Unfallfürsorge für die Gefangenen	5,000
			Summe § 3	18,000
			Hiezu „ § 2	64,000
			„ § 1	2'070,000
			Summe Kap. 3	2'152'000
4			**Umzugskosten**	50,000[1]
5			**Aufwand an Unterstützungen.**	
	1		Für Unterstützungen des Kanzleipersonals der Gerichte und Staatsanwaltschaften und der Hinterbliebenen desselben	70,000
	2		Staatszuschuß an den Pensions- und Unterstützungsverein der Kanzleibeamten bei den Justizbehörden Bayerns	12,000
	3		Aufwand für Notare, Notariatsgehilfen und Hinterbliebene von solchen.	
		1	Für Sustentationen von Notaren, welche gemäß Art. 88 des Notariatsgesetzes vom Amte enthoben wurden . . . . 25,000 ℳ Künftig wegfallend.	
		2	Für Unterstützungen an Notare und ihre Hinterbliebenen . . . . . . 20,000 ℳ	
		3	Für fortlaufende und vorübergehende Unterstützungen an Notariatsgehilfen und ihre Hinterbliebenen . . . . 75,000 ℳ[2]	
		4	Staatszuschuß an den Pensionsverein für die Witwen und Waisen der Notare . . . . 60,000 ℳ	
		5	Staatszuschuß an den Pensions- und Unterstützungsverein der Notariatsgehilfen . . . . 15,000 ℳ	
			Summe § 3 . . 195,000 ℳ	
			[2]) Von den auf Grund des Gesetzes vom 28. Januar 1908 von den Notaren für die Versorgung der Notariatsgehilfen aufgebrachten Mitteln ist ein Betrag von 22,969 ℳ 24 ₰ erübrigt worden, der mit Zinsen auf 23,543 ℳ 24 ₰ angewachsen ist. Es wird um die Ermächtigung gebeten, aus diesen Erübrigungen einen „Reservefonds für die Versorgung der Notariatsgehilfen" zu bilden und diesem Fonds auch die Erübrigungen auch dem Etatsansatz Kap. 5 § 3 Tit. 3 für die Finanzperioden 1910/11 und 1912/13 zuzuführen. Durch die Bildung eines Reservefonds soll für den Fall Vorsorge getroffen werden, daß die im Etat für Unterstützungen von Notariatsgehilfen und ihre Hinterbliebenen zur Verfügung gestellten Mittel zur Zahlung der fortlaufenden Unterhaltsbeiträge und Unterstützungen einmal nicht ausreichen.	
			Hievon ab infolge der von den Notaren nach dem Gesetz vom 4. Januar 1910, die Aufbringung der Mittel für die Versorgungseinrichtungen des Notariates betreffend, zu zahlenden Abgabe . . . 170,000 ℳ	
			Verbleibt Rest zu § 3	25,000
			Summe Kap. 5	107,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
8,000	—	—		
5,000	—	—		
5,000	—	—		
18,000	—	—		
64,000	—	—		
2'050,000	20,000	—		
2'132,000	20,000	—		
20,000	30,000	—		[1]) Mit Rücksicht auf den tatsächlichen Aufwand ist die Erhöhung des Ansatzes geboten.
70,000	—	—		
12,000	—	—		
25,000	—	—		
107,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
			Ziffer I.	ℳ
6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	120,000[1]
	2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	460,000
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	163,000
			Summe Kap. 6	743,000
7			**Übrige Ausgaben**	1,000
			Hiezu Summe Kap. 5 . . .	107,000
			" " 4 . . .	50,000
			" " 3 . . .	2'152,000
			" " 2 . . .	419,500
			" " 1 . . .	19'775,737
			Summe der Ausgaben Ziffer I (Allgemeiner Etat der Justiz)	23'248,237

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
90,000	30,000	—		[1]) Mit Rücksicht auf den tatsächlichen Aufwand ist es geboten, den Ansatz um den geforderten Betrag zu erhöhen.
460,000	—	—		
172,500	—	9,500	B. S. 43/47	
722,500	20,500	—		
1,000	—	—		
107,000	—	—		
20,000	30,000	—		
2'132,000	20,000	—		
522,500	—	103,000		
19'046,796	728,941	—		
22'551,796	799,441	103,000		
	696,441			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer II. Etat für die Strafanstalten.	
1			**Staatszuschuß an Zuchthäuser und Gefangenanstalten.**	
			A. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 17,647 ℳ künftig wegfallend.	1'549,987
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	20,000[1)]
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000[2)]
			Summe § 1	1'570,987
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Haushaltung	1'812,000[3)]
		2	Kanzleibedürfnisse	15,000
		3	Bewachung	26,500
		4	Sonstige Ausgaben	22,513
			Summe § 2	1'876,013
			Summe der Ausgaben	3'447,000
			B. Einnahmen.	
			1. Erträgnisse aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen	933,000[3)]
			2. Erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen	190,000
			3. Zuschuß des Staatsministeriums des Innern:	
			a. Für die in der Gefangenanstalt Niederschönenfeld verwahrten jugendlichen Gefangenen	5,000
			b. Für das mit dem Arbeitshause St. Georgen-Bayreuth gemeinsame Personal .	12,496
			Summe der Einnahmen	1'140'496
			Abgleichung zu Kap. 1.	
			Summe der Ausgaben	3'447,000
			Hievon ab Summe der Einnahmen	1'140,496
			wonach sich ein **Staatszuschuß** an Zuchthäuser und Gefangenanstalten ergibt von	2'306,504

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1'545,887	4,100	—	A S. 40/41	
13,800	6,200	—		[1]) Mit Rücksicht auf den tatsächlichen Aufwand ist es geboten, den Ansatz zu erhöhen.
—	1,000	—		[2]) Mit Rücksicht auf die Grundsätze über die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets waren die Tagegelder und Reisekosten gesondert anzusetzen.
1'559,687	11,300	—		
1'664,000	148,000	—	D S. 55	[3]) Die allgemeine Steigerung der Preise hat nach den tatsächlichen Rechnungsergebnissen den Haushalt der Strafanstalten stark beeinflußt. Es ist daher die Erhöhung des Ansatzes für die Haushaltung geboten. Andererseits haben sich die Erträgnisse aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen infolge der Steigerung der Löhne gehoben. Ihr Ansatz konnte daher erhöht werden.
15,000	—	—		
27,500	—	1,000		
22,613	—	100		
1'729,113	148,000	1,100		
	146,900			
3'288,800	158,200	—		
857,800	76,000	—	D S. 54	
190,000	—	—		
5,000	—	—		
13,215	—	719		
1'065,215	75,281	—		
3'288,800	158,200	—		
1'065,215	75,281	—		
2'223,585	82,919	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			Ziffer II.	ℳ
2			**Hauptstelle für Gefangenenobsorge**	35,000[1]
3			**Aufwand für Festungssträflinge.**	
	1		Vergütung für die Verpflegung der Gefangenen	1,000
	2		Kosten für die Seelsorge	—
			Summe Kap. 3	1,000
4			**Umzugskosten**	5,000[2]
5			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	50,000[3]
	2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	130,000
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	80,000
			Summe Kap. 5	260,000
6			**Übrige Ausgaben** (Auslagen in Dienststrafsachen, Prozeßkosten und dergleichen)	200
			Hiezu Summe Kap. 1	2'306,504
			Summe der Ausgaben Ziffer II (Etat für die Strafanstalten)	2'607,704

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
25,000	10,000	—		[1]) Die Erhöhung des Ansatzes ist zur Fortentwicklung der erfolgreichen Tätigkeit der Hauptstelle für Gefangenenobsorge notwendig.
1,000	—	—		
—	—	—		
1,000	—	—		
2,000	3,000	—		[2]) Die Erhöhung des Ansatzes ist mit Rücksicht auf den tatsächlichen Aufwand geboten.
28,000	22,000	—		[2]) Die Erhöhung des Ansatzes ist mit Rücksicht auf den tatsächlichen Aufwand geboten.
180,000	—	—		
64,350	15,650	—	C S. 50/51	
222,350	37,650	—		
200	—	—		
2'223,585	82,919	—		
2'474,135	133,569	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer III. Gemeinsame Ausgaben.	
1			Bibliothekfonds	65,000
2			Zur weiteren Förderung der Ausbildung der Justizbeamten und der Bewerber um Anstellung im höheren Justizstaatsdienst einschließlich der Einrichtung von Fortbildungskursen	21,000[1)]
3			Post-, Telegramm- und Telephongebühren	1'704,692[2)]
			Summe der Ausgaben Ziffer III (Etat der gemeinsamen Ausgaben)	1'790,692
			Wiederholung.	
			Ziffer I (Allgemeiner Etat der Justiz)	23'248,237
			„ II (Etat für die Strafanstalten)	2'607,704
			„ III (Etat der gemeinsamen Ausgaben)	1'790,692
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 25)	27'646,633

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913	
	mehr	weniger
M	*M*	*M*
65,000	—	—
6,000	15,000	—
1'831,590	—	126,898
1'902,590	—	111,898
22'551,796	696,441	—
2'474,135	133,569	—
1'902,590	—	111,898
26'928,521	830,010	111,898
	718,112	

Erläuterungen

[1]) Die Staatsministerien der Justiz und des Innern beabsichtigen, nach dem Muster der in anderen Bundesstaaten schon bestehenden, höchst ersprießlich wirkenden Einrichtungen Fortbildungskurse für bayerische Justiz- und Verwaltungsbeamte einzurichten. Zur Deckung der Kosten ist die Einsetzung eines Betrags von jährlich 20,000 *M* in den Justizetat notwendig. Da die Kurse Mitte 1912 ins Leben treten sollen, sind für die Finanzperiode 1912 und 1913 im ganzen 30,000 *M*, sohin für jedes Jahr 15,000 *M* erforderlich.

[2]) Jahresvoranschlag einschließlich des von der Postverwaltung für 1912 und 1913 verlangten Mehrbetrags von jährlich 193,102 *M* . . 2'024,692 *M*.
Hiervon ab die Rückersätze mit jährlich . . . . 320,000 *M*.
Verbleiben 1'704,692 *M*.

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats des Staatsministeriums der Justiz vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 2'840,000 *M*,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten 1'570,000 *M*.

Summe 4'410,000 *M*.

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit 27'646,633 *M*.

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Justiz im ordentlichen Budget 32'056,633 *M*.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget und zwar:
auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziff. III) 2'500,000 *M* oder für ein Jahr 1'250,000 *M*.

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Justiz . . . . 33'306,633 *M*.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer I. Allgemeiner Etat der Justiz.							
	A. Staatsministerium.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1	—	24,000	10,000[1]			[1]) Je 5000 M nichtpensionsfähige Wohnungsentschädigung und nichtpensionsfähiger Repräsentationsbezug.
4	Ministerialdirektor	1	—	15,000	—			
5	Ministerialräte	5	8400 bis 9600	43,850	1,200[2]			[2]) Nichtpensionsfähige Zulage des als Staatsrat mit der Vertretung des Staatsministers betrauten Ministerialrats.
6	Oberregierungsräte	4	7200 bis 7700	29,570	—			
7	Regierungsräte	4						
	I. Staatsanwälte	2						
		6	6000 bis 6500	36,890	—			
9	Landgerichtsrat	1						
	II. Staatsanwalt	1						
		2	5300 bis 5800	10,850	—			
13	Geheimer Rechnungskommissär	1						
	Geheime Sekretäre	2						
	Geheimer Registrator	1						
		4	5000 bis 5800	21,980	—			
14	Sekretäre und Registratoren [3]) Hievon 1 Stelle (Registrator außer dem Status) künftig wegfallend.	9[3])	3300 bis 4800	35,400	—			
19	Obermaschinisten	2						
	Druckereiwerkmeister	1						
		3	2550 bis 2850	8,140	—			
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	8	1800 bis 2400	16,460	—			
	Seite	48	—	242,140	11,200			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	43	—	242,140	11,200			
21	Boten und Diener . . .	6						
	Palier	1						
		7	1950 bis 2550	14,490	—			
22	Maschinisten	2						
	Steindrucker	13						
		15	1900 bis 2300	32,840	—			
27	Heizer	5	1500 bis 1800	7,970	—			
	Summe a	70	—	297,440	11,200	2,170	310,810	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundige Hilfsarbeiter	3	1800	5,400	—	—	5,400	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	73	—	302,840	11,200	2,170 Künftig wegfallend.	316,210	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:	73	—	297,495	12,400	2,700	312,595	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	5,345	—	—	3,615 [1]	[1]) Veranlaßt durch Gehaltsvorrückungen.
	weniger:	—	—	—	1,200	530	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	B. Oberstes Landesgericht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
2	Präsident	1	—	15,000	—			
4	Senatspräsidenten	2	12000	24,000	—			
6	Räte	19	8200 bis 9200	160,650	3,800[1]			[1] Je 200 M Entschädigung für den Entgang eines Geschäftszimmers.
13	Obersekretär	1	—	5,000	—			
14	Sekretäre	3	3300 bis 4800	11,475	—			
18	Kanzleiexpeditoren	3	2400 bis 2700	7,460	—			
21	Sekretariatsassistenten . .	2	1950	3,900	—			
22	Boten	6	1900 bis 2400	12,890	—			
	Summe a	37	—	240,375	3,800	2,480	246,655	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	37	—	240,375	3,800	2,480 Künftig wegfallend.	246,655	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	37	—	236,050	4,400	2,800	243,250	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	4,325	—	—	3,405[2]	[2] Veranlaßt durch Gehaltsvorrückungen.
	weniger:	—	—	—	600	320	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	C. Oberlandesgerichte.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsidenten	5	14000	70,000	—			
5	Senatspräsidenten	7	9000 bis 10800	68,625	—			
7	Räte	75[1]	7000 bis 8000	569,600	15,000[2]			[1]) Infolge der Änderungen der Zuständigkeit der Gerichte werden bei den Oberlandesgerichten zwei Räte entbehrlich. [2]) Je 200 M Entschädigung für den Entgang eines Geschäftszimmers.
13	Obersekretäre	5	4600 bis 5400	26,235	—			
14	Sekretäre	13	3300 bis 4800	54,100	—			
18	Kanzleiexpeditoren	21	2250 bis 2550	50,550	—			
22	Maschinisten	2	1800	3,600	—			
23	Sekretariatsassistenten	9	1650 bis 1800	14,680	—			
25	Steindrucker	8						
	Boten	26						
		34	1600 bis 2100	63,990	—			
27	Heizer	4	1500 bis 1700	6,440	—			
	Summe a	175	—	927,820	15,000	4,000	946,820	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundiger Hilfsarbeiter	1	—	1,800	—	—	1,800	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	176	—	929,620	15,000	4,000 Künftig wegfallend.	948,620	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	178	—	905,620	15,400	5,900	926,920	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	24,000	—	—	21,700[3]	[3]) Veranlaßt durch Gehaltsvorrückungen.
	weniger	2	—	—	400	1,900	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	D. Landgerichte.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Präsidenten	28	8400 bis 10200	250,950				
7	Direktoren	59						
	Stellvertretende Direktoren	87						
		146[1])	6500 bis 8000	1'080,915				[1]) Infolge der Änderungen der Zuständigkeit der Gerichte sind bei den Landgerichten 1 Direktor, 1 stellvertretender Direktor, 13 Räte und 2 Sekretäre entbehrlich geworden. Hievon wurden 8 Räte als Oberamtsrichter und 2 Sekretäre an die Amtsgerichte versetzt (vgl. Erläuterung 3 zu lit. E „Amtsgerichte" der Anlage A dieses Etatsentwurfs S. 32). Die übrigen Stellen werden eingezogen.
9	Räte	264[1])	4800 bis 6800	1'570,370				
14	Obersekretäre . . . . . . [2]) Hievon 1 Stelle künftig wegfallend.	40[2])	3600 bis 4800	170,360				[2]) 1 Obersekretärstelle wird bei eintretender Erledigung in eine Sekretärstelle (Klasse 17 der Gehaltsordnung) umgewandelt.
17	Sekretäre	108[1])	1800 bis 3600	300,000				
18	Kanzleiexpeditoren	75	2250 bis 2550	180,030				
22	Maschinist	1	—	2,000				
25	Steindrucker	1	—	1,700				
26	Sekretariatsassistenten . .	184	1200 bis 1800	263,190				
27	Heizer	6	1400 bis 1700	9,500				
28	Boten	106	1300 bis 1900	181,000				
	Summe a	959	—	4'010,015	—	25,000	4'035,015	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte: einzeln	Gehalte: zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
				M	M	M	M	
	Übertrag	959	—	4'010,015	—	25,000	4'035,015	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundige Hilfsarbeiter .	8	1800	14,400				
	Gerichtsschreibergehilfen . .	68	780 bis 1110	67,660				
	Summe b	76	—	82,060	—	—	82,060	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1035	—	4'092,075	—	25,000 künftig wegfallend	4'117,075	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:	1052	—	4'038,815	—	35,065	4'073,880	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	53,260	—	—	43,195[1]	[1]) Veranlaßt durch Gehaltsvorrückungen.
	weniger:	17	—	—	—	10,065	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	E. Amtsgerichte.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
5	Amtsgerichtspräsident . .	1	—	8,400			
6	Vorstände der Amtsgerichte mit Bezirken von mehr als 100 000 Einwohnern	4	7200 bis 9200	33,590			
7	Vorstände der Amtsgerichte mit Bezirken von 40 000 bis 100 000 Einwohnern	22[1]					
	Vorstände der Abteilungen des Amtsgerichts München	5[2]					
	Vorstände der Abteilungen der übrigen Amtsgerichte mit Bezirken von mehr als 100 000 Einwohnern	4					
		31	6000 bis 8000	220,750			
9	Vorstände der übrigen Amtsgerichte	289[1]					
	Vorstände der Abteilungen der Amtsgerichte mit Bezirken von 50 000 bis 100 000 Einwohnern .	12					
	Nichtdienstaufsichtsführende Oberamtsrichter	[2][3][4] 49					
	[4]) Künftig wegfallend.	300	5300 bis 6800	1'789,780			
12	Amtsrichter	524[5]	3000 bis 5500	2'219,080			
14	Obersekretäre	146	3300 bis 4800	564,430			
17	Sekretäre	[3][5][6] 340	1800 bis 3600	869,300			
	Seite	1346	—	5'705,330			

Erläuterungen

[1]) Nach der letzten Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl im Bezirke des Amtsgerichts Ansbach 40 123 Seelen. Es sind deshalb die Mittel vorzusehen, um den Vorstand des Amtsgerichts nach Maßgabe der Gehaltsordnung zum Amtsgerichtsdirektor mit dem Gehalte der Klasse 7 der Gehaltsordnung zu befördern.
Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

[2]) Nach der zu Beginn der Finanzperiode 1910 und 1911 erfolgten Vereinigung der Amtsgerichte München I und München II wurden bei dem Amtsgerichte München fünf Abteilungen, jede mit einem Vorstand, gebildet. Zur Beförderung der Abteilungsvorstände stehen einschließlich der Stelle des Vorstands des Amtsgerichts München II nur vier Stellen zur Verfügung. Es sind daher die Mittel vorzusehen, um den fünften Abteilungsvorstand nach Maßgabe der Gehaltsordnung zum Amtsgerichtsrat mit dem Gehalte der Klasse 7 der Gehaltsordnung zu befördern.
Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

[3]) Wegen der Versetzung von 8 Landgerichtsräten als Oberamtsrichter und von 2 Landgerichtssekretären an die Amtsgerichte (vgl. Erläuterung 1 zu lit. D „Landgerichte" der Anlage A dieses Etatsentwurfs S. 30.
Ferner war ein bisher bei der Anlegung des Grundbuchs verwendeter Richter (Oberamtsrichter) nach der Erledigung seiner Dienstesaufgabe in den ordentlichen Dienst zu übernehmen.

[4]) Die Stellen werden bei eintretender Erledigung in Amtsrichterstellen (Klasse 12 der Gehaltsordnung) umgewandelt.

[5]) Die Geschäftsverhältnisse des Amtsgerichts Nürnberg erfordern die Aufstellung von 4 Amtsrichtern und von 3 Sekretären. Außerdem ist bei dem Amtsgerichte Speyer die Aufstellung eines weiteren Sekretärs geboten.
Der Bedarf hiefür ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

[6]) Die Änderung in der Organisation des inneren Dienstes der Gerichtsvollzieherei des Amtsgerichts München macht die Aufstellung zweier Sekretäre an Stelle zweier Gerichtsvollzieher notwendig.
Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	*M*	*M*	*M*	*M*
	Übertrag	1346	—	5'705,330	—		
18	Kanzleiexpeditoren	368[1]	2250 bis 2550	847,310	—		
21	Gerichtsvollzieher	358[2]	1800 bis 2700	875,815	118,000[3]		
25	Gefängniswärter	195[4]	—	—	—		
	Gerichtsvollzieher in Strafsachen	20	—	—	—		
		215	1600 bis 2100	398,430	—		
26	Sekretariatsassistenten . .	1115[1]	1200 bis 2100	1'596,060	—		
27	Heizer	4	1500 bis 1700	6,280	—		
28	Amtsgerichtsdiener	299	1500 bis 1900	508,400	—		
	Summe a	3705	—	9'937,625	118,000	174,830	10'230,455
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Rechtskundige Hilfsarbeiter	7[5]	1800	12,150	—		
	Gerichtsschreibergehilfen . .	351	780 bis 1110	353,280	—		
	Summe b	358	—	365,430	—	—	365,430
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	4063	—	10'303,055	118,000	174,830 Künftig wegfallend.	10'595,885
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	4006	—	9'738,845	118,000	190,974	10'047,819
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	57	—	564,210	—	—	548,066[6]
	weniger	—	—	—	—	16,144	—

Erläuterungen

[1]) Die Zunahme der Geschäftslast der Amtsgerichte macht die Aufstellung von 40 Kanzleibeamten (12 Kanzleiexpeditoren und 28 Sekretariatsassistenten) erforderlich. Der Bedarf hierfür ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

[2]) Vgl. Erläuterung 6 S. 32.

[3]) Gebührenanteile der Gerichtsvollzieher.

[4]) Wegen der Übertragung der Stellen der Gefängniswärter bei den Amtsgerichten Lindau, Neustadt a./H. und Speyer auf lit. H „Gerichtgefängnisse" vgl. Erläuterung 2 zu lit. H „Gerichtsgefängnisse" der Anlage A dieses Etatsentwurfs S. 37.

[5]) Zum Zwecke der Entlastung des Jugendrichters soll dem Amtsgerichte Bamberg ein rechtskundiger Hilfsarbeiter beigegeben werden. Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

[6]) Von der Mehrforderung treffen
62,100 *M* auf Personalvermehrung,
300 *M* auf die Beförderung der beiden Richter (Erläuterung 1, 2 S. 32)
225 *M* auf die beiden Sekretäre der Gerichtsvollzieherei des Amtsgerichts München (Erläuterung 6 S. 32 und
485,441 *M* auf Gehaltsvorrückungen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	F. Staatsanwaltschaften.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Generalstaatsanwalt des Obersten Landesgerichts .	1	—	12,000				
5	Oberstaatsanwälte der Oberlandesgerichte	5	8400 bis 9600	46,220				
6	Staatsanwälte des Obersten Landesgerichts	2	7700 bis 8700	16,350				
7	Staatsanwälte der Oberlandesgerichte	6						
	I. Staatsanwälte der Landgerichte	29						
		35	6500 bis 7500	283,890				
9	II. Staatsanwälte der Landgerichte	65	4800 bis 5300	330,530				
12	III. Staatsanwälte der Landgerichte	35	3000 bis 3500	112,430				
14	Obersekretäre der Staatsanwaltschaften	1	—	3,900				
17	Sekretäre der Staatsanwaltschaften	5						
	Amtsanwälte der Amtsgerichte der Pfalz . . .	25						
		30	1800 bis 3300	79,800				
18	Kanzleiexpeditoren							
	der Generalstaatsanwaltschaft	2						
	der Oberstaatsanwaltschaften	6						
	der Staatsanwaltschaften .	51						
		59	2250 bis 2700	141,730				
21	Sekretariatsassistenten der Generalstaatsanwaltschaft	—	—	—				
23	Sekretariatsassistenten der Oberstaatsanwaltschaften	1	—	1,650				
26	Sekretariatsassistenten der Staatsanwaltschaften . .	78[1]	1200 bis 1800	121,770				
	Summe a	312	—	1'100,270	—	4,530	1'104,800	

[1]) Wegen der besonderen Art der Dienstleistung ist die Umwandlung der Stellen der Gerichtsschreibergehilfen bei den Amtsanwälten in der Pfalz in Sekretariatsassistentenstellen ein dienstliches Bedürfnis. Der Mehrbedarf ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	312		1'100,270	—	4,530	1'104,800	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundige Hilfsarbeiter .	8	1800	14,400	—	—	14,400	
	Gerichtsschreibergehilfen der Amtsanwälte in der Pfalz	(4)[1]	840 bis 990	990	—	—	990	[1]) Vgl. Erläuterung S. 34.
	Summe b	8	—	15,390	—	—	15,390	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	320	—	1'115,660	—	4,530 Künftig wegfallend	1'120,190	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	320	—	1'042,910	—	8,130	1'051,040	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	—	—	72,750	—	—	69,150[2])	[2]) Hievon treffen 620 M auf die Stellenumwandlung nach Erläuterung 1 S. 34, 68,530 M auf Gehaltsvorrückungen.
	weniger	—	—	—	—	3,600	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	G. Notariate.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
17	Sekretäre	10	2400 bis 3300	29,580				
26	Sekretariatsassistenten ..	8[1]	1200 bis 1350	7,650				[1]) Wegen der Art der Dienstleistung ist die Umwandlung der Stellen der bei den Staatsnotariaten verwendeten Gerichtsschreibergehilfen in Sekretariatsassistentenstellen ein dienstliches Bedürfnis. Der Mehrbedarf ist vom 1. Juli 1912 an berücksichtigt.
	Summe a	18	—	37,230	—	—	37,230	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Gerichtsschreibergehilfen ..	(7)[1]	780 bis 1110	1,770	—	—	1,770	
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	18	—	39,000	—	—	39,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	18	—	37,130	—	—	37,130	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,870	—	—	1,870[2]	[2]) Hievon treffen 990 M auf die Stellenumwandlungen nach Erläuterung 1, 880 M auf Gehaltsvorrückungen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	H. Gerichtsgefängnisse.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Gefängnisinspektoren . . .	3	5300 bis 5800	16,400				
12	Hausärzte	2[1]						[1]) Die Stelle des Hausarztes im Gefängnis an der Baaderstraße ist weggefallen.
	Hausgeistliche	2						
		4	3500 bis 5000	15,750				
19	Gefängnisverwalter . . .	48[2]	2100 bis 2850	110,990				[2]) Mit Rücksicht auf die anhaltende Steigerung des Gefangenenstandes bei den Amtsgerichtsgefängnissen Lindau, Neustadt a/H. und Speyer ist es angezeigt, an Stelle der Gefängniswärter bei diesen Gefängnissen Verwalter aufzustellen. Da zwei Amtsgerichtsgefängnisse ihrer Eigenschaft als landgerichtliche Aushilfsgefängnisse entkleidet und ein Landgerichtsgefängnis aufgelassen wurden, ist es möglich, die freigewordenen Verwalterstellen auf die vorgenannten drei Amtsgerichtsgefängnisse zu übertragen. Wegen Verminderung der Gefängniswärterstellen um 3 vgl. Erläuterung 4 zu lit. E „Amtsgerichte" der Anlage A S. 33 dieses Etatsentwurfs.
22	Nachrichter	1						
	Maschinist	1						
		2	1900 bis 2400	4,300				
24	Oberaufseher	25	1800 bis 2100	47,410				
27	Heizer	8	1500 bis 1800	12,760				
28	Gefängnisaufseher	177[3]	1300 bis 1900	258,110				[3]) Die Zahl der Gefängnisaufseher kann um 5, die der Gefängnisaufseherinnen um 4 vermindert werden.
29	Gefängnisaufseherinnen . .	25[3]	1200 bis 1700	37,240				
	Summe a	292	—	502,960	—	7,850	510,810	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	292	—	502,960	—	7,850	510,810	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Seelsorger	38	—	11,600	—			
	Gehilfe des Nachrichters .	1	—	642	—			
	Summe b	39	—	12,242	—	—	12,242	
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	331	—	515,202	—	7,850 Künftig wegfallend	523,052	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	341	—	512,062	—	8,400	520,462	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	3,140	—	—	2,590[1]	[1]) Veranlaßt durch Gehaltsvorrückungen.
	weniger	10	—	—	—	550	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Wiederholung von Ziffer I.							
	Summe A	73	—	302,840	11,200	2,170	316,210	
	„ B	37	—	240,375	3,800	2,480	246,655	
	„ C	176	—	929,620	15,000	4,000	948,620	
	„ D	1035	—	4'092,075	—	25,000	4'117,075	
	„ E	4063	—	10'303,055	118,000	174,830	10'595,885	
	„ F	320	—	1'115,660	—	4,530	1'120,190	
	„ G	18	—	39,000	—	—	39,000	
	„ H	321	—	515,202	—	7,850	523,052	
	Summe des Jahresvoranschlags des **allgemeinen Etats der Justiz** für 1912 und 1913 .	6053	—	17'537,827	148,000	220,860	17'906,687	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	6025	—	16'808,927	150,200	253,969	17'213,096	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	28	—	728,900	—	—	693,591	
	weniger:	—	—	—	2,200	33,109	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer II. Etat für die Strafanstalten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktoren	7	7000 bis 8000	52,500				
9	Inspektoren	5	5300 bis 6300	30,000				
12	Assessoren	13						
	Hausgeistliche	16						
	Hausärzte	12						
		41	3000 bis 5500	180,300				
12	Hauslehrer	6	4500 bis 5500	30,500				
15	Hauslehrer	6[1]	2700 bis 3300	18,600				[1] 1 Hauslehrer, 6 Kanzlei- und Rechnungsassistenten, 18 Aufseher und 2 Aufseherinnen sind entbehrlich geworden. Dagegen ist es mit Rücksicht auf die dienstlichen Verhältnisse geboten, den Gefangenenanstalten Amberg und Laufen je an Stelle eines Kanzlei- und Rechnungsassistenten einen Buchhalter beizugeben.
17	Hauslehrerin	1	—	2,400				
18	Buchhalter	17[1]	2250 bis 3000	43,500				
19	Hausverwalter	12						
	Obermaschinist	1						
		13	2100 bis 2700	30,150				
21	Baupaliere	9	1800 bis 2700	21,000				
22	Werkführer	60	1900 bis 2400	125,700				
24	Oberaufseher	21						
	Oberaufseherinnen	2						
		23	1800 bis 2300	46,500				
26	Kanzlei- und Rechnungsassistenten	31[1]	1200 bis 1950	52,800				
27	Werkaufseher	97						
	Werkaufseherinnen	6						
		103	1400 bis 2000	183,200				
28	Aufseher	412[1]	1300 bis 1900	668,400				
29	Aufseherinnen	30[1]	1200 bis 1700	40,600				
	Summe a	764	—	1'526,150	—	17,647	1'543,797	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	764	—	1'526,150	—	17'647	1'543,717	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundige Hilfsarbeiter .	2	1800	3,600				
	Protestantische Hausgeistliche	2	—	2,590				
	Summe b	4	—	6,190	—	—	6,190	
	Summe Ziffer II. Jahresvoranschlag für die Strafanstalten für 1912 und 1913	768	—	1'532,340	—	17,647 künftig wegfallend	1'549,987	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	795	—	1'518,240	—	27,647	1'545,887	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	—	—	14,100	—	—	4,100[1]	[1]) Hievon treffen 432 M auf die Stellenumwandlungen nach Erläuterung 1 S. 40, 3,668 M auf Gehaltsvorrückungen.
	weniger	27	—	—	—	10,000	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I	6053	—	17'537,827	148,000	220,860	17'906,687	
	" " II	768	—	1'532,340	—	17,647	1'549,987	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den Etat des **Staatsministeriums der Justiz** 1912 und 1913 . . .	6821*	—	19'070,167	148,000	238,507	19'456,674	*) Hievon stehen 1116 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hierfür sind mit 217,236 M in den Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	6820	—	18'327,167	150,200	281,616	18'758,983	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	1	—	743,000	—	—	697,691	
	weniger	—	—	—	2,200	43,109	—	

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

bei den

Gerichts- und Gefängnisgebäuden.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
1	Oberbayern	Traunstein	Umbau des Landgerichtgefängnisses	25,800	12,900
2	Unterfranken und Aschaffenburg	Hammelburg	Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes, zweite Rate	54,000	27,000
3	Schwaben und Neuburg	Augsburg	Neukanalisierung, Einrichtung der Wasserspülung, Vermehrung und Vergrößerung der Aborte im Gerichtsgebäude	25,800	12,900
4	"	Füssen	Instandsetzung der Dachung und Fassaden an dem der Justizverwaltung zugewiesenen Teile des hohen Schlosses	29,000	14,500
5	"	"	Instandsetzung des Amtsgerichtsgefängnisses und Einrichtung einer kleinen Zentralheizungsanlage	13,000	6,500
6	"	Lindau	Erweiterung der Diensträume des Amtsgerichts und Verlegung der Dienstwohnung des Oberamtsrichters	35,000	17,500
			Seite	182,600	91,800

Erläuterungen

Die innere Einteilung des Landgerichtsgefängnisses in Traunstein entspricht nicht den Bedürfnissen. Die Dienst- und Wirtschaftsräume im Erdgeschosse sind unzureichend, insbesondere ist die Gefängnisküche zu klein. Der Mangel eines Zimmers für den Gefängnisarzt wird seit langem als Mißstand empfunden. Namentlich fehlt es auch an einem Betraum. Bei Gelegenheit des Umbaues im Innern sollen zugleich die Fassaden des Gefängnisgebäudes instandgesetzt werden.

Durch das ordentliche Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 ist als erste Rate für den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Hammelburg der Betrag von 54,000 ℳ bewilligt worden. Zur Fortsetzung und Vollendung des Baues ist eine zweite Rate in gleicher Höhe erforderlich.

Die Kanalisation und die Abortanlage mit Tonnensystem im Gerichtsgebäude in Augsburg ist unzulänglich. Neukanalisierung und Einrichtung der Wasserspülung ist dringendes Bedürfnis. Die Aborte bei den Sitzungssälen sind viel zu klein; es werden hierüber vom Publikum und von den Beamten berechtigte Klagen geführt. Den vorhandenen Mißständen kann durch Anbauten im Hofe abgeholfen werden.

Die Dacheindeckung und der Dachstuhl an dem der Justizverwaltung zugewiesenen Teile des hohen Schlosses in Füssen sind sehr schadhaft und bedürfen einer gründlichen Instandsetzung. Auch an der Fassade sind schadhafte Stellen auszubessern.

Das Amtsgerichtsgefängnis in Füssen befindet sich in einem Turmgebäude des hohen Schlosses in drei Stockwerken. Infolge der Beschaffenheit der Kamine bestehen feuergefährliche Zustände. Von der Abänderung der Kamine ist Abhilfe nicht zu erwarten. Beste Gewähr für die Feuersicherheit bietet die Einrichtung der Zentralheizung. Außerdem sind die Fußböden und die Treppe zu erneuern.

Das Amtsgericht Lindau ist mit dem Bezirksamt und dem Rentamt in dem Schloßgebäude untergebracht. In diesem befinden sich auch die Dienstwohnungen der Vorstände der drei Behörden. Das Rentamt wird im nächsten Jahre in einen Neubau am Seehafen verlegt. Die im Erdgeschosse gelegenen amtsgerichtlichen Diensträume sind in jeder Beziehung unzureichend und bedürfen dringend einer Erweiterung. Durch Heranziehung der freiwerdenden rentamtlichen Diensträume können befriedigende Zustände geschaffen werden.

Die Dienstwohnung des Oberamtsrichters ist im zweiten Obergeschosse und zwar in dem westlichen Teile, der früher die Hafträume enthielt. Die Wohnung ist sehr beschränkt und soll deshalb in die bisherige viel geräumigere Dienstwohnung des Rentamtmanns verlegt werden. Die dadurch freiwerdenden Räume können für das Bezirksamt zu Bureauzwecken verwendet werden. Die Änderung der inneren Einteilung des Schloßgebäudes erfordert umfangreiche bauliche Maßnahmen, die sich auch auf eine Erneuerung von Kaminen zu erstrecken haben. Der auf die Justizverwaltung treffende Anteil an den Kosten berechnet sich auf 35,000 ℳ.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M	M
			Übertrag	182,600	91,300
7	Schwaben und Neuburg	Lindau	Erweiterung des Amtsgerichtsgefängnisses . . .	25,000	12,500
8	"	Sonthofen	Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes, erste Rate	80,000	40,000
9	—	—	Baureserve und innere Einrichtung	38,400	19,200
			Summe	326,000	163,000

Erläuterungen

Das in den Jahren 1888 und 1889 neben dem Schloßgebäude errichtete Gefängnis enthält im Erdgeschosse die Dienstwohnung des Gefängniswärters, im Obergeschosse die Hafträume, 4 für Einzelverwahrung und 5 für Gemeinschaftshaft. Diese sind völlig unzureichend, insbesondere sind zu wenig Einzelhafträume vorhanden. Die Erweiterung des Gefängnisses ist ein unabweisbares Bedürfnis. Sie kann durch den Aufbau eines Stockwerks erreicht werden. Auch ist der Verputz der Fassade in Aussicht genommen.

Für den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Sonthofen war im vorigen Budget ein Postulat eingestellt, das aber dann zurückgezogen wurde. Das Bedürfnis besteht unvermindert fort; es hat sich eher noch verstärkt. Der Neubau soll nun auf einem von der Gemeinde Sonthofen zum Kaufe angebotenen Grundstück errichtet werden. Der Bauplatz wird zwischen 9 und 10,000 ℳ kosten, die Baukosten werden sich auf etwa 130,000 bis 140,000 ℳ belaufen.

Der vorgeschlagene Betrag ist zur Deckung der Kosten der inneren Einrichtung der Erweiterungs- und Neubauten unter Nr. 1, 2, 6, 7, dann als Baureserve bestimmt.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

bei den

Strafanstalten.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
1	Mittelfranken	Nürnberg	Die Erbauung eines Wohnhauses für zwölf Beamte des Zellengefängnisses Nürnberg . .	68,000	34,000
2	Oberpfalz	Amberg	Die Erbauung eines Spitalgebäudes bei der Gefangenanstalt Amberg	72,000	36,000
3	Schwaben	Kaisheim	Die Herstellung einer Kläranlage bei dem Zuchthause Kaisheim	20,000	10,000
			Summe	160,000	80,000

Erläuterungen

In Nürnberg mußten vier kleine, bisher von Beamten des Zellengefängnisses bewohnte Häuser abgerissen werden, um für den Neubau des Zentraljustizgebäudes Platz zu machen. An deren Stelle neue Dienstwohnungen zu schaffen, ist dringend notwendig. Das Gebäude kann auf einem zur Anstalt gehörenden Grundstück errichtet werden.
Die Kosten sind auf 68,000 ℳ veranschlagt.

Die bisherige Krankenabteilung bei der Gefangenanstalt Amberg ist durchaus ungenügend. Sie hat nicht nur zu wenig Raum sondern auch zu wenig Licht und Luft. Ein Neubau ist dringend notwendig. Er kann auf einem zur Anstalt gehörenden Grundstück errichtet werden.
Die Kosten sind auf 72,000 ℳ veranschlagt.

Die Abwässer und Fäkalien aus den Gebäuden des Zuchthauses Kaisheim wurden von jeher in den Kaibach eingeleitet. Dadurch wurde der Kaibach allmählich in so hohem Grade verunreinigt, daß er nach den Vorschriften des Wassergesetzes zur Einleitung der Abwässer künftig nur noch benützt werden kann, wenn diese vorher mechanisch geklärt und zur biologischen Reinigung durch einen künstlichen Weiher geführt werden. Die Herstellung einer solchen Anlage ist deshalb ein unabweisbares Bedürfnis.
Die Kosten sind auf 20,000 ℳ veranschlagt.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Übersicht

der

Einnahmen und Ausgaben

der

Verwaltungen der Strafanstalten.

Bezeichnung der Strafanstalt	Etatsmäßige Kopfzahl der Gefangenen	Einnahmen a Arbeitsverdienst der Gefangenen	Einnahmen b Erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen	Summe der Einnahmen	Staatszuschuß	Gesamtsumme der Einnahmen
		M	M	M	M	M
Aichach	500	42,000	17,000	59,000	170,000	229,000
Amberg	650	110,000	20,000	130,000	224,000	354,000
Ebrach	570	82,000	17,000	99,000	209,000	308,000
Kaisheim	440	58,000	6,000	64,000	249,000	313,000
Landsberg	510	92,000	4,000	96,000	194,000	290,000
Laufen	520	83,000	18,000	101,000	172,000	273,000
Lichtenau	460	76,000	10,000	86,000	164,000	250,000
Niederschönenfeld	170	40,000	5,000	45,000	70,000	115,000
Nürnberg	330	94,000	13,000	107,000	134,000	241,000
St. Georgen-Bayreuth	480	58,000	24,000	82,000	199,000	281,000
Straubing	920	129,000	40,000	169,000	356,000	525,000
Zweibrücken	450	69,000	16,000	85,000	162,000	247,000
Summe	6,000	933,000	190,000	1'123,000	2'303,000	3'426,000
				hiezu 5,000	ab 5,000	Zuschüsse des
				„ 12,496	„ 12,496	
				1'140,496	2'285,504	
					hiezu 20,000	20,000
					1,000	1,000
					2'306,504	3'447,000

Persönliche Ausgaben	Sächliche Ausgaben für: die Haushaltung	Kanzlei-bedürfnisse	die Bewachung	sonstige Ausgaben	Summe der sächlichen Ausgaben	Summe der persönlichen und sächlichen Ausgaben
M	M	M	M	M	M	M
98,438	128,000	1,000	—	1,562	130,562	229,000
159,774	192,000	1,000	—	1,226	194,226	354,000
144,627	150,000	1,500	10,500	1,373	163,373	308,000
151,111	144,000	700	16,000	1,189	161,889	313,000
113,333	173,000	1,500	—	2,167	176,667	290,000
127,631	141,000	1,500	—	2,869	145,369	273,000
115,457	131,000	1,500	—	2,043	134,543	250,000
60,815	53,000	500	—	685	54,185	115,000
110,745	127,000	1,700	—	1,555	130,255	241,000
144,631	134,000	1,200	—	1,169	136,369	281,000
204,322	314,000	1,500	—	5,178	320,678	525,000
119,103	125,000	1,400	—	1,497	127,897	247,000
1'549,987	1'812,000	15,000	26,500	22,513	1'876,013	3'426,000
K. Staatsministeriums des Innern						
20,000 Kosten für Stellvertretung, Geschäfsaushilfe und besondere Leistungen						hiezu 20,000
1,000 Tagegelder und Reisegelder						1,000
1'570,987						3'447,000

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Etat Nr. 26.

Staatsministerium des Innern.

Inhaltsangabe.

I. Haupt-Etat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I. Etat der allgemeinen inneren Verwaltung.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Staatsministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1080 ℳ künftig wegfallend.	299,930
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	7,500
			Summe § 1	311,430
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Mietzinse für Diensträume und dergleichen)	37,500
			Summe A	348,930
			B. Statistisches Landesamt.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 360 ℳ künftig wegfallend.	98,900
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . . . . . Hievon 15,000 ℳ künftig wegfallend (8000 ℳ für Bearbeitung der Sondererhebung über die Stiftungen und 7000 ℳ der Viehzählung 1912)	65,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	900
			Summe § 1	164,800
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . . Hievon 3000 ℳ für die Formblätter zu den obengenannten Erhebungen künftig wegfallend.	17,300
		2	Kosten für statistische Veröffentlichungen	26,000
		3	Sonstige Ausgaben	14,000[2]
			Summe § 2	57,300
			Summe der Ausgaben	222,100
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	13,000[3]
			Restausgabe B	209,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Allgemeine Erläuterung: Bei den Tagegeldern ist durch den ganzen Etat Nr. 26 hindurch der infolge der bevorstehenden Neuregelung eintretende Minderbedarf berücksichtigt.
282,310	17,620	—	A S. 0	
4,800	—	800[1]		[1]) Minderung ist möglich infolge der vorgesehenen Erhöhung der etatsmäßigen Zahl der Kanzleiassistentinnen.
9,000	—	1,500		
296,110	17,620	2,300		
	15,320			
39,500	—	2,000		
335,610	15,320	2,000		
	13,320			
89,460	9,440	—	A S. 91	
97,200	—	32,200		
1,000	—	100		
187,660	9,440	32,300		
		22,860		
20,800	—	3,500		
26,500	—	500		
14,000	—	—		[2]) Hauptsächlich Abschreibegebühren der Standesbeamten.
61,300	—	4,000		
248,960	—	26,860		
11,000	2,000	—		[3]) Die Einnahmen setzen sich zusammen aus dem Verkauf: a) des Statistischen Jahrbuchs mit . . . . 700 ℳ b) der Zeitschrift des Statistischen Landesamts mit . . 500 ℳ c) der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern mit 1,000 ℳ d) des Hof- und Staatshandbuchs mit . . . . 10,000 ℳ e) aus einigen sonstigen Einnahmen zu . . . . . . 800 ℳ zusammen 13,000 ℳ.
237,960	—	28,860		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer I.	
1			**C. Verwaltungsgerichtshof.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . Hievon 900 ℳ künftig wegfallend.	216,830
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	500
			Summe § 1	217,330
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen) . . .	7,300
			Summe C	224,630
			D. Regierungen, Kammern des Innern.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . Hievon 14,580 ℳ künftig wegfallend.	1'921,430
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,000
		3	Tagegelder und Reisekosten[1]) . . .	52,000
			Summe § 1	1'979,430
			Ab die Vergütung der 8 Versicherungsanstalten . . .	95,600
			Restsumme § 1	1'883,830
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	136,000[2])
		2	Zur Ausstattung der Repräsentationsräume der Dienstwohnungen der Regierungspräsidenten . . .	3,000
			Summe § 2	139,000
			Summe D	2'022,830

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
204,380	12,450	—	A S. 92	
500	—	—		
204,880	12,450	—		
7,300	—	—		
212,180	12,450	—		
1'803,200	118,230	—	A S. 93/94	
6,000	—	—		
58,000	—	6,000		[1]) Siehe die Erläuterung Nr. 1 auf Seite 17 (Vollzug des Militärersatzgeschäftes).
1'867,200	118,230	6,000		
	112,230	—		
90,255	5,345	—		
1'776,945	106,885	—		
136,000	—	—		[2]) Der Bedarf für die sächlichen Ausgaben ist zur einen Hälfte auf den Etat des Staatsministeriums des Innern und zur anderen Hälfte auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen veranschlagt.
10,000	—	7,000		
146,000	—	7,000		
1'922,945	106,885	7,000		
	99,885			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**E. Polizeidirektion und Schutzmannschaft München.**	
			a. Polizeidirektion.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 15,480 ℳ künftig wegfallend.	869,620
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (darunter Wohnungsbeiträge für 3 Polizeiärzte)	26,260
		3	Tagegelder und Reisekosten	300
			Summe § 1	896,180
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	98,500
		2	Mietzinse für Dienstlokalitäten	114,000
		3	Für Herausgabe des Adreßbuchs	—
		4	Zuschuß zum Münchener Amtsblatt	1,800
		5	Zur Bestreitung der auf Grund des Art. 16 und 20 des Polizeistrafgesetzbuchs erwachsenen Kosten	700
		6	Außerordentliche Ausgaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit	16,000
			Summe § 2	231,000
			Summe der Ausgaben	1'127,180
			Hievon ab die Einnahmen aus dem Verkaufe des Adreßbuchs	25,000
			Restausgabe a	1'102,180

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
				Wegen eines neuen Polizeigebäudes vgl. außerordentliches Budget.
808,000	61,620	—	A S. 95/96	
{ 22,000 1,260	3,000[1]	—		[1]) Diese Mehrung hängt mit der Zunahme der Geschäftslast zusammen. Einer Erhöhung bedarf auch der Zuschuß an die Sanitätskolonne und Rettungsgesellschaft für die Besorgung polizeilicher Verrichtungen.
—	300[2]	—		[2]) Zu Informationsreisen.
831,260	64,920	—		
90,000	8,500[3]	—		[3]) Die Budgetposition mußte bisher zur Befriedigung unaufschieblicher Bedürfnisse erheblich überschritten werden. Eine weitere Mehrung tritt durch Ausgestaltung des Erkennungsdienstes, Angleichung der Schreibaversen an die der Bezirksämter, durch erhöhten Bedarf für Beheizung ꝛc. der Amtsräume ein.
107,000	7,000[4]	—		[4]) Mehr wegen Steigerung der Mietpreise.
50,000	—	50,000[5]		[5]) Der Verlag des Adreßbuchs geht an die Handelskammer für Oberbayern über. Die Polizeidirektion behält die redaktionelle Herstellung des Adreßbuchs im bisherigen Umfang. Die Handelskammer ersetzt die sämtlichen persönlichen und sächlichen Ausgaben und führt außerdem einen Teil des Reinertrages an den Staat ab. Deshalb sind sächliche Ausgaben auf das Adreßbuch nicht mehr vorgesehen.
1,800	—	—		
1,713	—	1,013[6]		[6]) Nach den letzten Jahren Minderbedarf.
14,000	2,000[7]	—		[7]) Mehr wegen Steigerung der Kosten für Benützung der Straßenbahn.
264,513	17,500	51,013		
	—	33,513		
1'095,773	64,920	33,513		
	31,407	—		
75,000	—	50,000[5]		
1'020,773	81,407	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**b. Schutzmannschaft.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 14,570 ℳ künftig wegfallend.	1'748,020
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (einschließlich der Kosten für die Schutzmannschaftsbewerber)	10,500
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
		4	Unterstützungen	22,000
			Summe § 1	1'781,020
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	55,000
		2	Mietzinse	440,000
		3	Pferdegelder	37,000
		4	Sonstige Ausgaben	16,000
			Summe § 2	548,000
			Summe b	2'329,020
			c. Kosten des Heilverfahrens bei Unfällen (Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes) .	500
			Hiezu Summe a	1'102,180
			Summe E	3'431,700
			Hievon ab Beitrag der Stadtgemeinde München auf Grund des Gesetzes vom 15. Juni 1898 (Ges. u. VOBl. S. 293)	743,900
			Restsumme E	2'687,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'614,000	184,020	—	A S. 96/97.	
4,500	6,000[1]	—		[1]) Mehr wegen Ausbildung der neuanzustellenden Schutzmänner.
500	—	—		
19,000	3,000	—		
1'638,000	148,020	—		
45,000	10,000[2]	—		[2]) Hauptsächlich hervorgerufen durch die Vermehrung des Sollstands.
160,000	280,000[3]	—		[3]) Die Staatsregierung ist zur Überschreitung des letzten Budgetansatzes für Mietzinse von dem Landtage ermächtigt worden. Außer der durch die bereits abgeschlossenen Mietverträge festgelegten Summe wurde noch ein Betrag für Beschaffung weiterer Wohnungen für Verheiratete sowie ein Betrag für Mietpreissteigerungen und für die Diensträume neuzuerrichtender Stationen vorgesehen. Die für Dienstwohnungen von den Beamten zu zahlenden Mietentschädigungen betragen zurzeit gegen 150,000 M.
34,000	3,000[4]	—		[4]) Mehrung für einen Offizier und 2 Schutzmänner.
13,500	2,500[5]	—		[5]) Bewaffnung und Ausrüstung neuer Mannschaften.
252,500	295,500	—		
1'890,500	438,520	—		
—	500	—		
1'020,773	81,407	—		
2'911,273	528,427	—		
570,424	173,476	—		
2'340,849	346,951	—		[6]) Von dem Aufwande zu 3'431,700 M, soweit er die Summe von 1'200,000 M übersteigt, hat die Stadtgemeinde München 1/8 beizutragen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**F. Bezirksämter.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 25,780 ℳ künftig wegfallend.	3'479,680
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	252,000[1]
		3	Tagegelder und Reisekosten	296,800[2]
			Summe § 1	4'028,480
	2		Sächliche Ausgaben.	
			Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	284,400[3]
			Summe F	4'312,880
			G. Maß- und Gewichtspolizei.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	10,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (Funktionsbezüge)	8,200[4]
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,500
			Summe § 1	19,900
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	1,400
		2	Revision der Normale und Apparate	2,000
		3	Sonstige Ausgaben	100
			Summe § 2	3,500
			Summe der Ausgaben	23,400
			Hievon ab die Einnahmen aus dem Verkaufe alter Jahreszeichen, Drucksachen und dergleichen	30[5]
			Restausgabe G	23,370

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3'387,030	92,650	—	A S. 98	
122,000	130,000	—		
314,900	—	18,100		
3'823,930	222,650	18,100		
	204,550			
282,400	2,000	—		
4'106,330	206,550	—		
9,700	500	—	A S. 99	
7,680	520	—		
1,510	—	10		
18,890	1,020	10		
	1,010			
1,400	—	—		
2,000	—	—		
100	—	—		
3,500	—	—		
22,390	1,010	—		
—	30	—		
22,390	980	—		

[1]) Die Bezüge der Inzipienten sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1912 in der Weise neu geregelt werden, daß sie je nach dem Dienstalter von 360 ℳ bis zu einem Jahresbetrag von 900 ℳ ansteigen. Hiefür ergibt sich ein Mehrbedarf von jährlich 130,000 ℳ.

[2]) Durch den Vollzug des Wassergesetzes (Ortsbesichtigungen und Tagfahrten bei der Bildung öffentlicher Wassergenossenschaften, Wasserschauen an Privatflüssen) und des Fischereigesetzes (Dienstreisen aus Anlaß der Bildung von Fischereigenossenschaften) erwächst ein Aufwand von 14,000 ℳ. Siehe ferner die Erläuterungen Nr. 1 und 3 auf Seite 17 (Militärersatzgeschäft und Gemeinde- und Kirchenverwaltungswahlen).

[3]) Im Etat für 1910 und 1911 war von der Position von 282,400 ℳ der Betrag von 4800 ℳ (für Anschaffung von Schreibmaschinen) als „künftig wegfallend" bezeichnet. Angesichts der stetigen und allgemeinen Steigerung aller Arbeitslöhne und Materialpreise ist es jedoch nicht möglich, diese Position abzumindern. Eine Erhöhung um 2000 ℳ ist erforderlich wegen der durch die Anlage der Fischereikataster entstehenden nicht unerheblichen Kosten.

[4]) Hierunter 3000 ℳ Anfangsbezug des zunächst funktionsweise zu beschäftigenden Technikers. Erst nach Erprobung soll dessen Anstellung in Beamteneigenschaft erfolgen. In Abzug ist gebracht der Akzessistenbezug, der in Tit. 1 enthalten ist. Im übrigen wurde die Ziffer den Rechnungsergebnissen der letzten Jahre angeglichen.

[5]) Die Einstellung der Einnahmen entspricht der Vorschrift des § 11 Abs. 3 der M.B. v. 23. Juni 1907 (M.A.Bl. 1909 S. 487).

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**H. Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	7,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	9,200
	2		Sächliche Ausgaben	— [1]
	3		Zur Förderung der Wohnungsfürsorge Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	75,000 [2]
			Summe H	84,200
			Hiezu „ G	23,370
			„ F	4'312,880
			„ E	2'687,800
			„ D	2'022,830
			„ C	224,630
			„ B	209,100
			„ A	348,930
			Summe Kap. 1	9'913,740
			Umzugskosten (nun unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
2			**Aufwand an Unterstützungen.**	
	1		Staatszuschuß an den Pensionsverein der bayerischen Eichmeister	10,000
	2		Staatszuschuß an den Unterstützungsverein der Bezirksamtsgehilfen	8,000 [3]
			Summe Kap. 2	18,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
7,200	—	—	A S. 99	
—	—	—		
2,500	—	500		
9,700	—	500		
—	—	—		
75,000	—	—		
84,700	—	500		
22,390	980	—		
4'106,330	206,550	—		
2'340,849	346,951	—		
1'922,945	99,885	—		
212,180	12,450	—		
237,960	—	28,860		
335,610	12,320	—		
9'262,964	680,136	29,360		
	650,776			
8,060	—	8,060		
10,000	—	—		
4,000	4,000	—		
14,000	4,000	—		

[1]) Die Regiebedürfnisse werden aus den Mitteln des Staatsministeriums des Innern bestritten.

[2]) Der bisher bewilligte Betrag ist auch fernerhin erforderlich, um die Weiterentwicklung der Wohnungsfürsorge entsprechend fördern zu können. Insbesondere werden voraussichtlich auch in den Jahren 1912 und 1913 Zuschüsse an die Gartenstadt Nürnberg zur Erleichterung des Grunderwerbs im gleichen Betrage wie bisher — etwa 25,000 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode — notwendig werden.

[3]) Der Verein hat seither außer dem budgetmäßigen Zuschuß von 4000 ℳ einen gleichen Zuschuß aus dem Ministerialamtsblattfonds erhalten. Da aus diesem Fonds ein Zuschuß nicht mehr geleistet werden kann, soll der budgetmäßige Zuschuß auf 8000 ℳ erhöht werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
3			**Übrige Ausgaben.**	
	1		Kosten auf den Vollzug des Militär-Ersatzgeschäftes	20,200[1)]
	2		Kosten der Wahlen der Landtagsabgeordneten	25,000[2)]
	3		Kosten der Landratswahlen	100
	4		Kosten der Wahlen der Gemeinde- und Kirchenverwaltungen	— [3)]
	5		Schiffahrts- und Strompolizei	3,100[4)]
	6		Kosten auf den Vollzug des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung	23,000
	7		Kosten auf den Vollzug des Art. 110 des Forstgesetzes vom 28. März 1852 bezw. 17. Juni 1896	400[5)]
	8		Zuschuß zur weiteren Ausgestaltung und Unterhaltung des Deutschen Museums	50,000[6)]
	9		Zur weiteren Förderung der Ausbildung der Verwaltungsbeamten und der Bewerber um Anstellung im höheren Verwaltungsdienst einschließlich der Einrichtung von Fortbildungskursen	20,000
	10		Für Zwecke des Heimatschutzes Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	5,000[7)]
	11		Sonstige Ausgaben	2,000[8)]
			Summe Kap. 3	148,800
			Hiezu „ „ 2	18,000
			Hiezu Summe des früheren „ 2	—
			Hiezu Summe „ 1	9'913,740
			Summe Ziffer I (Etat der allgemeinen innern Verwaltung)	10'080,540

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
28,000	—	7,800	
2,000	23,000	—	
100	—	—	
40,000	—	40,000	
6,000	—	2,900	
24,500	—	1,500	
700	—	300	
50,000	—	—	
6,000	14,000	—	
5,000	—	—	
3,000	—	1,000	
165,300	37,000	53,500	
	—	16,500	
14,000	4,000	—	
8,060	—	8,060	
9'262,694	650,776	—	
9'450,324	654,776	24,560	
	630,216		

Erläuterungen

[1]) Die seither verrechneten Tagegelder und Reisekosten werden künftig auf die Ansätze „Tagegelder und Reisekosten" bei den Regierungen und Bezirksämtern eingewiesen werden.

[2]) Im Jahre 1913 finden Landtagswahlen statt.

[3]) Die auf Wahlen der Gemeinde- und Kirchenverwaltungen erwachsenden Kosten sind gemäß der neueren Grundsätze über Aufstellung des Budgets bei den persönlichen Ausgaben der Bezirksämter vorzusehen. In den Jahren 1912 und 1913 finden ordentliche Gemeinde- und Kirchenverwaltungswahlen nicht statt.

[4]) Die auf die persönlichen Ausgaben erwachsenden Kosten im Anschlage von 2900 ℳ sind gemäß der neueren Grundsätze über Aufstellung des Budgets im Etat des Staatsministeriums des Königl. Hauses und des Äußern vorgesehen, da zurzeit die Funktion des Rheinschiffahrts-Bevollmächtigten einem Beamten dieses Ministeriums übertragen ist.

[5]) Die auf persönliche Ausgaben erwachsenden Kosten im Anschlage von 300 ℳ werden künftig aus dem Etat der Staatsforstverwaltung gemäß der neueren Grundsätze über Aufstellung des Budgets bestritten.

[6]) Vgl. außerordentliches Budget.

[7]) Die Staatsministerien der Justiz und des Innern beabsichtigen, nach dem Muster der in anderen Bundesstaaten schon bestehenden, höchst ersprießlich wirkenden Einrichtungen Fortbildungskurse für bayerische Justiz- und Verwaltungsbeamte einzurichten. Zur Deckung der Kosten ist die Einsetzung eines Betrages von jährlich 20,000 ℳ in den Etat des Staatsministeriums des Innern notwendig. Da die Kurse Mitte 1912 ins Leben treten sollen, sind für die nächste Finanzperiode im ganzen 30,000 ℳ, sohin für jedes Jahr 15,000 ℳ einzusetzen. Der seitherige Budgetsatz von 6000 ℳ „Zur Förderung der weiteren Ausbildung der Verwaltungsbeamten" wurde auf 5000 ℳ ermäßigt.

[8]) Die hier weniger geforderten 1000 ℳ sind nun vorgesehen in Ziff. X § 3 „Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte".

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer II. Etat der Landesarchive.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Allgemeines Reichsarchiv.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 580 ℳ künftig wegfallend.	113,080
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . . . . Hievon 600 ℳ für Schreibaushilfen künftig wegfallend.	1,100
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	115,180
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	9,000
		2	Für Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung	750
			Summe § 2	9,750
	3		Für Herausgabe der Regesta Boica . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	13,650 [1]
	4		Für Herausgabe der „Archivalischen Zeitschrift"	900 [2]
			Summe der Ausgaben	139,480
			Hievon ab die eigenen Einnahmen:	
			1. Aus dem Verkauf von archivalischer Makulatur	100
			2. Aus dem Verkauf von Siegelabgüssen	100
			3. Aus dem bisherigen Regestenfonds	13,650 [3]
			4. Aus dem Verlage der Archivalischen Zeitschrift	1,050 [4]
			Summe der Einnahmen	14,900
			Restausgabe A	124,580

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
106,930	6,150	—	A. S. 101	
500	600	—		
1,100	—	100		
108,530	6,750	100		
	6,650			
9,750	—	—		
9,750	—	—		
—	13,650	—		[1]) Die Herausgabe des Werkes wird sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken. Der Betrag findet Deckung durch den Regestenfonds (vergl. Einnahmen Ziff. 3). Der Regestenfonds ist aus dem Erlös von archivalischer Makulatur angesammelt und bisher nicht etatisiert gewesen. Er war von Anfang an zur Deckung der Kosten für Veröffentlichung der gefertigten Urkundenauszüge — Regesta Boica — bestimmt.
—	900			[2]) Die Ausgaben und Einnahmen für die vom Reichsarchiv herausgegebene Archivalische Zeitschrift sind bisher nicht etatisiert gewesen (vergl. auch Erläuterung 4).
118,280	21,200	—		
—	100	—		
—	100	—		
—	13,650	—		[3]) Siehe oben Erläuterung 1.
—	1,050	—		[4]) Darunter der angesammelte Fonds mit 600 ℳ (vergl. auch Erläuterung 2).
—	14,900	—		
118,280	6,300	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer II	
1				
			B. Kreisarchive.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 310 ℳ künftig wegfallend.	131,530
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . . . . Hievon 900 ℳ für Schreibaushilfen künftig wegfallend.	1,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	800
			Summe § 1	133,730
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen) . . . . Hievon 700 ℳ für Anschaffung von Aktenumschlägen und Aktengestellen künftig wegfallend.	17,600
			Summe B	151,330
			Hiezu „ A	124,580
			Summe Kap. 1	275,910
			Umzugskosten (nun unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
			Summe Ziffer II (Etat der Landesarchive)	275,910

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
126,880	4,650	—	A S. 102	
500	900	—		
1,200	—	400		
128,580	5,550	400		
	5,150			
16,200	1,400	—		Mehraufwand für Beheizung 700 M.
144,780	6,550	—		
118,280	6,300	—		
263,060	12,850	—		
480	—	480		
263,540	12,850	480		
	12,370			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III. Etat der Staatsbauverwaltung (einschließlich des staatlichen Kulturbaudienstes).	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Oberste Baubehörde nach Ausscheidung des Landesamtes für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung ab 1. Sept. 1912. (Künftig Ministerialabteilung für das Bauwesen.)	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 590 ℳ künftig wegfallend.	188,110
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	10,800
		3	Tagegelder und Reisekosten	20,000
			Summe § 1	218,910
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Karten, Literalien, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	17,950
		2	Förderung der Ausbildung der Staatsbaupraktikanten, Regierungsbaumeister und Staatsbaubeamten . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	4,500
		3	Kosten der Staatsprüfung für den höheren Baudienst und der Prüfungen für das mittlere technische Personal und für das Kanzlei- und Zeichnungspersonal . . .	2,500
		4	Mietzinse für die Diensträume des Wasserkraftbureaus im Hause Nr. 19 an der Salvatorstraße bis 1. September 1912, dann für die Bibliothekräume im Hause Nr. 20 an der Salvatorstraße ab 1. Januar 1912	2,434
		5	Sonstige Ausgaben	121
			Summe § 2	27,505
			Summe A	246,415

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
162,530	25,580	—	A S. 103/104	
31,500	—	20,700[1]		[1]) Minderung infolge Schaffung etatsmäßiger Stellen und Einstellung gesonderten Bedarfes im Etat des Landesamtes für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung.
22,600	—	2,600		
216,630	25,580	23,300		
	2,280			
15,350	2,600[2])	—		[2]) Nach der dem Landtage zugehenden Denkschrift über Verbesserungen im öffentlichen Bauwesen ist die Neubearbeitung aller Vorschriften über das Staatsbauwesen und die Herausgabe derselben in losen Heften zum Dienstgebrauche in Aussicht genommen. Der ohnedies gesteigerte Bedarf für Drucksachen usw. wird hiedurch noch vermehrt.
4,500	—	—		
1,500	1,000[3])	—		[3]) Die aus der Staatsprüfung für den höheren Baudienst anfallenden Prüfungsgebühren fließen in die Zentralstaatskasse. (Ministerialbekanntm. v. 28. Mai 1911 Ges. u. VOBl. Seite 760 ff. § 16 Ziff. 3.) Sie werden die Mehrforderung voraussichtlich decken.
5,000	—	2,566[4])		[4]) Mehrung um jährlich 703 M, ab 1. Oktober 1912 um jährlich 774 M wegen Miete von Bibliothekräumen und Minderung wegen Übertrages des bisherigen Mietzinses für die Räume der Wasserkraftabteilung in den Etat des Landesamtes für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung.
121	—	—		
26,471	3,600	2,566		
	1,034			
243,101	3,314	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III.	
1			**B 1. Landesamt für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung.** (Bisher Abteilung der Obersten Baubehörde für Wasserkraftausnützung.)[1]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	19,440
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,500
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,600
			Summe § 1	23,540
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Karten, Literalien, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen Hierunter 800 ℳ für Druckschriften künftig wegfallend.	3,050
		2	Mietzinse für die Diensträume im Hause Nr. 19 an der Salvatorstraße aus jährlich 5000 ℳ	3,335
		3	Sonstige Ausgaben	150
			Summe § 2	6,535
			Summe B 1	30,075
1			**B 2. Hydrotechnisches Bureau.** (Künftig: Landesamt für Gewässerkunde.) (Die Etats B 1 und B 2 sollen künftig zum Etat B „Landesämter“ vereinigt werden.)	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten Hievon 820 ℳ künftig wegfallend.	79,400
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	18,700
		3	Tagegelder und Reisekosten	16,000
			Summe § 1	114,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
—	19,440	—	A S. 105	[1]) Die bisherige Abteilung der Obersten Baubehörde für Wasserkraftausnützung soll ab 1. September 1912 zu einem Landesamt für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung umgestaltet werden. Vergl. Denkschrift über Verbesserungen im öffentlichen Bauwesen.
—	1,500	—		
—	2,600	—		
—	23,540	—		
—	3,050	—		
—	3,335	—		
—	150	—		
—	6,535	—		
—	30,075	—		
73,020	6,380	—	A S .106	
28,000	—	9,300[2])		[2]) Die unter der Position bisher enthalten gewesenen Entschädigungen der Regen-, Pegel- und sonstigen Beobachter wurden, weil persönliche und sächliche Ausgaben umfassend, in eigener Position unter § 3 vorgetragen.
17,000	—	1,000		
118,020	6,380	10,300		
		3,920		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III.	
1 B	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	13,300
		2	Kosten für Veröffentlichungen	15,000
		3	Kosten für Unterhaltung und Einrichtung der Beobachtungsstationen und für Instrumente	10,600
		4	Mietzinse für Diensträume	2,050
		5	Sonstige Ausgaben	150
			Summe § 2	41,100
	3		Entschädigung der Regen-, Pegel- und sonstigen Beobachter	9,300
			Summe B 2	164,500
			C. Kreisbauverwaltung.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	294,650
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	600
		3	Tagegelder und Reisekosten	50,000
			Summe § 1	345,250
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände und dergleichen	5,000
		2	Sonstige Ausgaben	200
			Summe § 2	5,200
			Summe C	350,450

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
13,300	—	—		
19,600	—	4,600		
10,600	—	—		
—	2,050[1]	—		[1] Infolge der notwendig gewordenen Vermehrung der Diensträume mußten solche gemietet werden.
—	150	—		
43,500	2,200	4,600		
		2,400		
—	9,300[2]	—		[2] Siehe Erläuterung unter Ziffer 2 S. 25.
161,520	9,300	6,320		
	2,980			
273,410	21,240	—	A S. 107	
600	—	—		
58,000	—	8,000		
332,010	21,240	8,000		
	13,240			
5,000	—	—		
400	—	200		
5,400	—	200		
337,410	13,240	200		
	13,040			

Kap.	§	Tit.	ortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer III.	
1			**D. Sektionen für Wildbachverbauungen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	60,240
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	15,000
			Summe § 1	80,240
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	2,400
		2	Mietzinse für Dienstlokalitäten	4,150
		3	Sonstige Ausgaben	200
			Summe § 2	6,750
			Summe D	86,990
			E. Landbauämter und Straßen- und Flußbauämter.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 490 M künftig wegfallend.	2'963,820
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	226,700
		3	Tagegelder und Reisekosten	350,000
		4	An die Kreisgemeinde Pfalz Ersatz des Gehaltshälfte-Aufwandes für die 6 Dammmeister des Regierungsbezirkes (Kreisbeamte in Klasse 22 der Gehaltsordnung [1,800 × 6 : 2])	5,400
			Summe § 1	3'545,920
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen Hievon künftig wegfallend: 3000 M für erstmalige Einrichtung eines neuen Straßen- und Flußbauamts in Kronach; 2500 M für Anschaffung von Schreibmaschinen mit Zubehör.	97,360
		2	Mietzinse für Dienstlokalitäten	25,900
		3	Sonstige Ausgaben	5,000
			Summe § 2	128,260
			Summe E	3'674,180

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
53,720	6,520	—	A S. 108	
8,000	—	3,000[1]		
20,000	—	5,000[2]		
81,720	6,520	8,000		
		1,480		
2,400	—	—		
3,150	1,000[3]	—		
—	200	—		
5,550	1,200	—		
87,270	1,200	1,480		
		280		
2'805,970	157,850[4]	—	A S. 109/110	
175,000	51,700[5]	—		
400,000	—	50,000[6]		
5,400	—	—		
3'386,370	209,550	50,000		
	159,550			
90,000	7,360[7]	—		
30,000	—	4,100[8]		
5,000	—	—		
125,000	7,360	4,100		
	3,260			
3'511,370	162,810	—		

[1]) Minderung infolge Schaffung zweier etatsmäßiger Stellen und wegen Übernahme des Restbetrages an Bezügen für das unständige Personal auf das Anlehen für Wasserbauten.

[2]) Wegen Neuregelung der Tagegelder und Übernahme des Aufwandes für die Dienstreisen der Beamten zu den Wasserbauten des außerordentlichen Budgets auf den Anlehenskredit. Siehe Erläuterungen zum außerordentlichen Budget.

[3]) Im Vollzuge des Beamtengesetzes war die Dienstwohnungsmiete des Vorstandes in Rosenheim mit jährlich 1000 ℳ auf den Etat zu übernehmen.

[4]) Die Errichtung eines neuen Straßen- und Flußbauamts in Kronach ist von ganz besonderer Dringlichkeit, da das Bauamt Bamberg außerordentlich überlastet ist und 101 km Flußstrecken ihm neu überwiesen werden mußten (vergl. die Denkschrift über Verbesserungen im öffentlichen Bauwesen). Die höheren Beamten für das neue Amt werden vorhandenen Ämtern entnommen. Das erforderliche mittlere Personal ist im Ausweis der Besoldungen vorgetragen.

[5]) Außer der nebigen Mehrung für Stellvertretungskosten sind im Besoldungsausweise für die Schaffung von 22 etatsmäßigen Stellen für das unständige Personal ab 1. September 1912 enthalten 22,330 ℳ. Die gepflogenen eingehendsten Feststellungen über den notwendigen Stand an Personal haben die Gesamtmehrforderung unabweislich gemacht.

[6]) Wegen Neuregelung der Tagegelder und Übernahme des Aufwandes für die Dienstreisen der Beamten zu den Bauten des außerordentlichen Budgets auf die hiefür bereitgestellten Kredite.

[7]) Hierunter 1200 ℳ Schreib- und Bureauaversum für die Straßenmeisterstellen und 660 ℳ dauernde Regie für das neue Straßen- und Flußbauamt Kronach.

[8]) Minderung infolge Bezugs der neuen Amtsgebäude in Kaiserslautern und Amberg sowie des Straßen- und Flußbauamtes Regensburg. Neu 900 ℳ für Miete der Räumlichkeiten eines Straßen- und Flußbauamtes in Kronach.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer III.	
1			**F. Staatlicher Kulturbaudienst bei den Regierungen.** [1]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	61,380
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	400
		3	Tagegelder und Reisekosten	12,700
			Summe § 1	74,480
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib-, Zeichenmaterialien, Formularien, Drucksachen, Steuerblätter, Karten, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente und dergleichen	1,600
		2	Sonstige Ausgaben	—
			Summe § 2	1,600
			Summe F	76,080
			Hievon ab die Zuschüsse der Kreise zu den Kosten des staatlichen Kulturbaudienstes mit 1/4 der Summe	19,020
			Restsumme F	57,060
2			**G. Kulturbauämter.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	257,510
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	78,500 [2]
		3	Tagegelder und Reisekosten Hievon 1500 ℳ künftig wegfallend.	129,500 [3]
			Summe § 1	465,510
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib- und Zeichenmaterialien, Formularien, Drucksachen, Steuerblätter, Karten, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Geräte, Werkzeuge und dergleichen Hievon 6650 ℳ künftig wegfallend.	42,650 [4]
		2	Mietzinse für Diensträume	13,000
		3	Sonstige Ausgaben	—
			Summe § 2	55,650
			Summe G	521,160
			Hievon ab die Zuschüsse der Kreise zu den Kosten des staatlichen Kulturbaudienstes mit 1/4 der Summe	130,290
			Restsumme G	390,870

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				[1])
62,976	—	1,596	A S. 111 D S. 179–187	
400	—	—		
14,200	—	1,500		
77,576	—	3,096		
1,600	—	—		
—	—	—		
1,600	—	—		
79,176	—	3,096		
19,794	—	774		
59,382	—	2,322		
197,203	60,307	—	A S. 112 D S. 179–187	[2])
39,485	39,015	—		[3])
105,000	24,500	—		
341,688	123,822	—		
32,000	10,650	—		[4])
10,800	2,200	—		
—	—	—		
42,800	12,850	—		
384,488	136,672	—		
96,122	34,168	—		
288,366	102,504	—		

[1]) Erläuterungen allgemeiner Natur siehe Anlage D.

[2]) Hierunter
20,900 ℳ für geprüfte Praktikanten und Regierungsbaumeister auf Dienstvertrag,
30,900 ℳ für Hilfstechniker im mittleren Dienst,
25,100 ℳ für Kanzlei- und Zeichengehilfen,
800 ℳ für Versicherungskosten,
800 ℳ für Stellvertretung und besondere Leistungen
78,500 ℳ. In dieser Summe sind auch die Besoldungen der zwei Hilfstechniker enthalten, welche bei den Projektierungsarbeiten zur Entwässerung des Rheintales verwendet werden.

[3]) Abgesehen von der Vermehrung der kulturtechnischen Beamten ist die Erhöhung dieser Position hauptsächlich auch bedingt durch die im Vollzuge des Wassergesetzes vorzunehmenden Wasserschauen und Wasserbucheinträge, der Hochwasseraufnahmen und Überschwemmungsgebietsfestsetzungen, der Festsetzungen des Beteiligtenkreises bei Instandhaltungsarbeiten nach Art. 88 des Wassergesetzes u. dergl. Die bei der Projektierung der Rheintalentwässerung anfallenden Tagegelder und Reisekosten sind in dieser Summe auch inbegriffen.

[4]) Hierunter einmalige Kosten für die Einrichtung dreier neuer Kulturbauämter mit . . . 4500 ℳ,
für die durch das Rheintalentwässerungsprojekt verursachten sächlichen Ausgaben mit . . . 1200 ℳ,
für zwei selbstschreibende Normalpegel mit . . . 400 ℳ,
für Anschaffung von Schreibmaschinen mit Zubehör mit . . . 550 ℳ
6650 ℳ.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer III.	
1			**H. Kulturbauschule.**	
	1		Persönliche Ausgaben	6,580[1]
	2		Sächliche Ausgaben	2,000
			Summe H	8,580
			Hiezu „ G	390,870
			„ F	57,060
			„ E	3'674,180
			„ D	86,990
			„ C	350,450
			„ B 2	164,500
			„ B 1	30,075
			„ A	246,415
			Summe Kap. 1	5'009,120
			Umzugskosten (nun unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
2			**Aufwand an Unterstützungen**	13,000
3			**Straßen-, Brücken- und Wasserbauten.**	
	1		Reparatur- und Unterhaltungskosten.	
		1	Straßenbauten	3'057,000
		2	Brückenbauten	138,000
		3	Wasserbauten	627,000
		4	Für Teerung und sonstige Versuche zur Staubbekämpfung auf den Staatsstraßen	50,000
		5	Hauptreserve	80,000
			Zu § 1 Tit. 1—5. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	
			Summe § 1	3'952,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
5,590	990	—	D S. 179–187	[1]) Die höhere Summe ist bedingt durch den nunmehr vollzogenen Ausbau der Schule.
2,060	—	60		
7,650	990	60		
	930			
288,366	102,504	—		
59,382	—	2,322		
3'511,370	162,810	—		
87,270	—	280		
337,410	13,040	—		
161,520	2,980	—		
—	30,075	—		
243,101	3,314	—		
4'696,069	315,653	2,602		
	313,051			
—	—	6 000		
13,000	—	—		
3'000,000	57,000	—		
140,000	—	2,000		
720,000	—	93,000[2])		[2]) Infolge fortschreitender Vollendung der Bauten für Rechnung der aus Anlehen bewilligten Kredite.
50,000	—	—		
80,000	—	—		
3'990,000	57,000	95,000		
		38,000		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer III.	
3	2		Erweiterungs- und Neubauten.	
		1	Straßenbauten	611,250
		2	Brückenbauten	309,500
		3	Wasserbauten	476,565
		4	Reserve	126,490
		5	Bedarf für Verzinsung und Tilgung des zum Zwecke der raschen Förderung der Korrektionsbauten aufzunehmenden allgemeinen Staatsanlehens	1'108,500[1]
			Zu § 2 Tit. 1 bis 5. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	
			Summe § 2	2'632,305
	3		Kosten für Schneeräumen auf den Staatsstraßen	80,000
	4		Freiwillige Zuschüsse zu Brückenbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	85,100
	5		Freiwillige Zuschüsse zu Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	123,905
			Summe § 5	123,905
			Hiezu " § 4	85,100
			" § 3	80,000
			" § 2	2'632,305
			" § 1	3'952,000
			Summe Kap. 3	6'873,310

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
750,750	—	139,500	B S. 140–145	
411,000	—	101,500	S. 146–151	
601,685	—	125,120	S. 152–155	Zu Tit. 3 und 5. Siehe auch die Anlagen zum außerordentlichen Budget.
129,034	—	2,544	S. 154/5	
525,190	583,310	—	S. 154/5	[1]) Zinsenbetrag . . . 916,460 M Tilgungsbetrag . . . 246,040 M Gesamtbedarf . . . 1'162,500 M Hievon werden gedeckt durch den für die Finanzperiode 1910 und 1911 nicht benötigten, auf 1912 und 1913 übertragenen Kredit für Verzinsung und Tilgung . . . 54,000 M Verbleibt Rest 1'108,500 M
2'417,659	583,310	368,664		
	214,646			
80,000	—	—		
136,000	—	50,900	B S. 156–164	
121,531	2,374	—	B S. 165–169	
121,531	2,374	—		
136,000	—	50,900		
80,000	—	—		
2'417,659	214,646	—		
3'990,000	—	38,000		
6'745,190	217,020	88,900		
	128,120			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III.	
4			**Übrige Ausgaben.**	
	1		Zuschuß an die Biologische Versuchsstation für Fischerei in München zur Ausgestaltung als gutachtliches Organ in Abwasserfragen	14,990
	2		Aufwand für die mit der Aufsicht über die Reinhaltung der Gewässer zu betrauenden Sachverständigen.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Funktionsbezüge	3,150
			b) Tagegelder und Reisekosten	5,050
		2	Sächliche Ausgaben.	
			a) Aufwand für Beschaffung von Chemikalien	350
			b) Aufwand für Beschaffung von literarischen Hilfsmitteln (Handbücher und laufende Zeitschriften	350
			Summe § 2	8,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
14,764	226	—		
3,150	—	—		
5,050	—	—		
350	—	—		
350	—	—		
8,900	—	—		

Die Reinigung der Abwässer zur Reinhaltung der Flußläufe gewinnt stetig größere Bedeutung. Die Biologische Versuchsstation für Fischerei an der Tierärztlichen Hochschule, welche seit 1908 zur Vornahme von Versuchen für Abwasserreinigung ausgebaut worden ist, ist sehr stark in Anspruch genommen. Das Laboratorium ist seit dem Sommer 1909 im Gebäude des Gewerbelehrerinstituts provisorisch untergebracht. Die räumliche Trennung des Laboratoriums von der Versuchsstation ist auf längere Zeit kaum haltbar. Die Frage der Zusammenlegung der beiden Abteilungen muß jedoch zurückgestellt werden, bis entschieden ist, in welcher Weise für die Tierärztliche Hochschule die dringend notwendige Vergrößerung geschaffen werden soll.

a. Persönliche Ausgaben.

1 Chemiker (Kl. 9 der Gehaltsordnung)	4,800 M
1 Assistent („ 12 „ „)	3,000 M
1 Assistent, wie bisher	1,800 M
1 Diener (Kl. 25 der Gehaltsordnung, 1600 M Gehalt, 4 M persönliche und 76 M besondere Zulage nach § 5 der Gehaltsordnung	1,680 M
Für Schreibhilfe	960 M
Tagegelder und Reisekosten	500 M
Summe	12,740 M

b. Sächliche Ausgaben.

Aufwand für Heizgas	300 M
„ „ elektr. Licht	200 M
„ „ Wasser	250 M
Anschaffung von Chemikalien	500 M
„ „ Glassachen	500 M
„ „ Zeitschriften	300 M
Für Schreibmaterialien	200 M
Summe	2,250 M
Summe a und b	14,990 M

Im vorigen Budget waren 500 M für innere Einrichtung des Laboratoriums vorgesehen, die wegfallen, dagegen mußte der Gehalt des 1. Assistenten mit 3000 M vorgesehen und der Gehalt des Dieners infolge Vorrückung um 126 M erhöht werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer III.	
4	3		Wasserschau (Art. 201 des Wassergesetzes).	
			Aufwand der Flußbaubehörden und der Kulturbauämter	5,000
	4		Wasserbücher (Art. 197 des Wassergesetzes).	
			Aufwand für die von Amts wegen vorzunehmenden Eintragungen in die Wasserbücher	7,000[1]
	5		Wasserwirtschaftsrat (V.O. vom 25. November 1908).	
			Tagegelder und Reisekosten für die Mitglieder des Wasserwirtschaftsrates	800
	6		Für die Festsetzung der Grenzen der Überschwemmungsgebiete und sonstige Hochwasseraufnahmen	8,000[2]
	7		Für Herstellung eines allgemeinen Planes über die Versorgung Bayerns r. d. Rh. mit Elektrizität . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	20,000[3]
			Hiezu Summe § 2	8,900
			„ § 1	14,990
			Summe Kap. 4	64,690
			Hiezu „ „ 3	6'873,310
			„ „ 2	13,000
			Hiezu Summe des früheren „ 2	—
			hiezu Summe „ 1	5'009,120
			Summe Ziffer III (Etat der Staatsbauverwaltung)	11'960,120

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
5,000	—	—		
—	7,000	—		
1,500	—	700		
—	8,000	—		
—	20,000	—		
8,900	—	—		
14,764	226	—		
30,164	35,226	700		
	34,526			
6'745,190	128,120	—		
13,000	—	—		
6,000	—	6,000		
4'696,069	313,051	—		
11'490,423	475,697	6,000		
	469,697			

[1]) Nach Art. 197 des Wassergesetzes sind bestimmte Wasserbenützungsanlagen in das Wasserbuch und in die Planmappe einzutragen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Die Eintragungen in das Wasserbuch erfolgen durch die Distriktsverwaltungsbehörden von Amts wegen. Die zeichnerischen Darstellungen für die Planmappe werden von dem amtlichen Sachverständigen hergestellt. Als solche kommen bei den öffentlichen und Staatsprivatflüssen die Straßen- und Flußbauämter oder Kulturbauämter in Betracht, bei Anlagen an Privatflüssen und Bächen können auch die Amtstechniker oder Privatingenieure beigezogen werden. (Art 197 des Wassergesetzes und § 294 der Vollzugsvorschriften vom 3. Dezember 1907.) Soweit Staatsbeamte in Frage kommen, werden die Zeichnungen von Amts wegen gefertigt. Bei Sachverständigen aus dem Kreise der Amtstechniker, der städtischen Baubeamten und der Privatingenieure sind die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Infolge der starken Geschäftsbelastung sind die Baubehörden zumeist genötigt, bei Anlagen an Privatflüssen oder Bächen die Übernahme der Geschäfte eines amtlichen Sachverständigen abzulehnen. Die Unterbringung der seither angefallenen Kosten für die Pläne zu den Wasserbüchern bot Schwierigkeiten. Im Jahre 1910 betrugen die Kosten hiefür 7653 ℳ.

[2]) Es liegen zahlreiche Anträge der Distriktsverwaltungsbehörden auf Festsetzung des Überschwemmungsgebietes an öffentlichen und Privatflüssen vor, denen gemäß Art. 76 des Wassergesetzes und § 207 der Vollzugsvorschriften zu entsprechen ist.

[3]) Während bis in die letzten Jahre die Elektrizitätswerke in überwiegendem Maße der Beleuchtung dienten, haben sie heutzutage noch andere wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, nämlich sowohl dem Handwerks- und Kleingewerbestand als auch der Bevölkerung auf dem flachen Lande eine möglichst billige Betriebskraft zu liefern, um diese Stände lebens- und wettbewerbsfähig zu erhalten. Diesen vielseitigen Bedürfnissen können wirklich wirtschaftlich nur Großkraftwerke genügen, wie sie in der Form von Überlandwerken bereits an zahlreichen Stellen Deutschlands und des Auslandes entstanden oder im Entstehen begriffen sind. Seit einigen Jahren werden auch in Bayern Überlandwerke gebaut und projektiert, so in Mittelfranken, wo ein Teil des Überlandwerkes schon im Betrieb ist, dann in der Pfalz, wo das Zustandekommen eines solchen Unternehmens der Verwirklichung nahe ist. Außerdem haben Privatunternehmungen bereits für die Errichtung von Überlandwerken im nördlichen und im östlichen Teile von Oberfranken mit den Vorarbeiten begonnen. Für die Versorgung von Schwaben liegt bereits ein Projekt für ein Überlandwerk vor. Die Überlandwerke vermögen nur dann ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen, wenn die Zersplitterung der Versorgungsgebiete in unwirtschaftliche Gebilde von kleinen Überlandwerken und von kleinen Ortswerken vermieden wird. Das Staatsministerium des Innern hat in dieser Richtung bisher mit allem Nachdruck einer ungesunden Entwicklung der Elektrizitätsversorgung entgegenzuarbeiten gesucht. Die Erfahrungen haben indessen gezeigt, daß eine möglichst gleichmäßige Berücksichtigung der sich vielfach entgegenstehenden Interessen der Städte, der Landgemeinden, des Mittelstandes und der Großindustrie nur dann vom Staate gewährleistet werden kann, wenn von Anfang an die Versorgung des rechtsrheinischen Bayern mit Elektrizität nach einem einheitlichen Plane durchgeführt wird. Die Aufstellung eines solchen Planes muß als eine überaus wichtige und vordringliche Aufgabe des Staates betrachtet werden. Um diese umfangreiche Arbeit auf dem raschesten Wege und mit dem geringsten Kostenaufwand durchzuführen, wird die Abteilung der Obersten Baubehörde für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung gemeinsam mit einem auf diesem Gebiete besonders erfahrenen privaten Ingenieurbureau unter Heranziehung der Großfirmen, die bereits mit den Vorarbeiten für Überlandwerke in den einzelnen Teilen Bayerns begonnen haben oder zu beginnen beabsichtigen, in spätestens zwei Jahren einen Gesamtplan für die Elektrizitätsversorgung des rechtsrheinischen Bayern, ähnlich wie er für das Überlandwerk in der Pfalz aufgestellt wurde, bearbeiten. Hiebei wird nicht nur auf die Ausnützung der Wasserkräfte, sondern auch auf die zweckmäßigste Verwertung der staatlichen Kohlen und der Torfmoore Rücksicht genommen werden. Zur Durchführung dieser Arbeiten werden für jedes der beiden Jahre 1912 und 1913 20,000 ℳ vorgesehen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer IV. Etat für Gesundheit.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Obermedizinalausschuß.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Vergütungen	6,280
		2	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	7,280
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse)	180
			Summe A	7,460
			B. Medizinalkomitees an den Universitäten.	
	1		Persönliche Ausgaben (Vergütungen)	5,540
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten und dergleichen)	670
			Summe B	6,210
			C. Kreismedizinalausschüsse	7,200
			D. Ärzte.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	902,590
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	49,400
			Summe § 1	956,990
	2		Sächliche Ausgaben für Amtsärzte (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen, dann für Amtssiegel und Instrumente)	16,610
	3		Förderung der fachlichen Fortbildung der Ärzte einschließlich Reisestipendien Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	19,000
	4		Unterstützungen.	
		1	An den Pensionsverein für Witwen und Waisen bayerischer Ärzte	8,430
		2	An den Unterstützungsverein für invalid gewordene Ärzte	3,430
			Summe § 4	11.860
			Summe D	1'004,460

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
M	M	M	
4,860	1,420 [1]	—	
—	1,000 [2]	—	
4,860	2,420	—	
180	—	—	
5,040	2,420	—	
5,544	—	4 [3]	
1,330	—	660	
6,874	—	664	
7,200	—	—	
861,430	41,160	—	A S. 114
10,000	—	5,000	
49,400	—	—	
920,830	41,160	5,000	
	36,160	—	
16,610	—	—	
19,000	—	—	
8,430	—	—	
3,430	—	—	
11,860	—	—	
968,300	31,160	—	

Erläuterungen

[1]) Die Bezüge der tierärztlichen Mitglieder wurden seither auf Ziff. IV Kap. 1 G § 1 Tit. 2 verrechnet (Seite 44).

[2]) Die Abgeordneten der Ärztekammern, der tierärztlichen Kreisvereine und der Apothekerkammern sollen künftig für die Teilnahme an den Verhandlungen des verstärkten Obermedizinalausschusses Tagegelder und Reisekostenersatz erhalten.

[3]) Zur Abrundung.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer IV.	
1			**E. Zentralimpfanstalt.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 30 ℳ künftig wegfallend.	13,030
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	450
		3	Tagegelder und Reisekosten	450
			Summe § 1	13,930
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Ankauf und Unterhalt von Tieren	10,500
		2	Für Instrumente und Präparate	1,000
		3	Sonstige sächliche Ausgaben	4,130
			Summe § 2	15,630
			Summe A	29,560
			Hievon ab die eigenen Einnahmen:	
			1. Aus dem Verkauf von Tieren	6,000
			2. Aus dem Verkauf von Impfstoff	4,700
			Summe B	10,700
			Restausgabe E	18,860
			F. Bader und Hebammen.	
	1		Bezüge der Hebammen	165
	2		Für den Unterricht der Bader	2,000
	3		Für den Unterricht der pfälzischen Hebammenschülerinnen	1,715
			Summe F	3,880

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
12,480	550	—	A S. 115	
450	—	—		
600	—	150		
13,530	550	150		
	400	—		
10,500	—	—		
1,000	—	—		
4,130	—	—		
15,630	—	—		
29,160	400	—		
6,000	—	—		
4,700	—	—		
10,700	—	—		
18,460	400	—		
162	3	—		
2,000	—	—		
1,715	—	—		
3,877	3	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer IV.	
1			**G. Tierärzte.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	711,500
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	16,400[1]
		3	Tagegelder und Reisekosten	102,000
			Summe § 1	829,900
	2		Sächliche Ausgaben für Amtstierärzte (Bauschvergütungen für Amtsunkosten)	21,190[2]
	3		Förderung der fachlichen Fortbildung der Tierärzte einschließlich Reisestipendien Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	10,000
	4		Staatszuschuß an den Unterstützungsverein für die Hinterbliebenen bayerischer Tierärzte	5,000
	5		Sonstige sächliche Ausgaben	320
			Summe der Ausgaben	866,410
			Hievon ab die Einnahmen aus dem Viehbesichtigungsgebührenfonds	—
			Restausgabe G	866,410
			H. Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel bei den Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg. *)	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten Hievon 220 ℳ künftig wegfallend.	118,240
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (Kassen- und Rechnungsführung)	9,500
		3	Tagegelder und Reisekosten	22,000
			Summe § 1	149,740
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Raumbenützung, Bauunterhaltung, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und dergleichen	21,860
		2	Sonstige sächliche Ausgaben	8,950
			Summe § 2	30,810
			Summe der Ausgaben	180,550
			Hievon ab die Einnahmen:	
			1. Gebühren	85,600
			2. Strafen	24,000
			Summe der Einnahmen	109,600
			Restausgabe H	70,950

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	
674,710	36,790	—	A S. 115
17,000	—	600	
102,000	—	—	
793,710	36,790	600	
	36,190	—	
3,280	17,910	—	
10,000	—	—	
5,000	—	—	
320	—	—	
812,310	54,100	—	
25,000	—	25,000 [3]	
787,310	54,100	25,000	
	79,100	—	
107,050	11,190	—	A S. 116
5,200	4,300	—	
23,900	—	1,900	
136,150	15,490	1,900	
	13,590	—	
16,500	5,360	—	
5,800	3,150	—	
22,300	8,510	—	
158,450	22,100	—	
65,000	20,600	—	
22,500	1,500	—	
87,500	22,100	—	
70,950	—	—	

Erläuterungen

[1]) Aus diesem Etatsansatz wurden bisher auch die Vergütungen für die tierärztlichen Mitglieder des Obermedizinalausschusses bestritten. Der einschlägige Aufwand ist jetzt bei den persönlichen Ausgaben für den Obermedizinalausschuß — Ziff. IV Kap. 1 A § 1 (Seite 40) — vorgetragen.

[2]) Die Mehrung ist hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß die Bezirkstierärzte im Vollzuge des neuen Reichsviehseuchengesetzes zahlreiche mikroskopische und einfachere bakteriologische Untersuchungen zur Feststellung von Tierseuchen vorzunehmen und hiefür einen besonderen Arbeitsraum und ein geeignetes Mikroskop sowie die sonst erforderlichen Instrumente und Apparate, dann Chemikalien usw. bereitzuhalten haben. Außerdem ist mit dem wachsenden Umfange des amtstierärztlichen Dienstes auch der Aufwand für Schreibbedürfnisse u. dgl. wesentlich höher geworden.

[3]) Die Einnahmen aus dem bisherigen Viehbesichtigungsgebührenfonds kommen in Wegfall, da der Fonds aufgelöst und sein Bestand der Staatskasse zugeführt worden ist.

*) Von den Ausgaben treffen auf die Anstalt in

§ 1	Titel	München ℳ	Erlangen ℳ	Würzburg ℳ
	1	55,905	34,688	27,647
	2	5,200	2,700	1,600
	3	9,400	7,400	5,200
Summe § 1		70,505	44,788	34,447
§ 2	Titel			
	1	10,000	7,300	4,560
	2	3,400	4,100	1,450
Summe § 2		13,400	11,400	6,010

Von den Einnahmen treffen auf die Anstalt in

		München	Erlangen	Würzburg
1		45,100	26,500	14,000
2		16,500	4,000	3,500
Summe		61,600	30,500	17,500

Von den Mehrausgaben treffen 5090 ℳ auf Gehaltsvorrückungen, darunter 400 ℳ auf die Vorrückungen der beiden Weinkontrolleure in München und Würzburg, die vom 1. Januar 1913 an etatsmäßig in der Klasse 13 der Gehaltsordnung zunächst jedoch mit einem Gehalt von 3400 ℳ angestellt werden sollen.

Im übrigen sind die Mehrausgaben durch die Schaffung einer zweiten Dienerstelle für die nunmehr in einem eigenen Gebäude untergebrachte Anstalt in Erlangen, durch die Einstellung von zwei nichtetatsmäßigen Assistenten bei der Anstalt in München (für die Untersuchung ausländischer Weine) und durch die Kosten von Schreibhilfen für die Anstalten in München und Würzburg, dann durch die Steigerung der sächlichen Ausgaben veranlaßt, die teils mit der Zunahme des Geschäftsumfanges zusammenhängen, teils auch die erhöhten Kosten des selbständigen Betriebs der Erlanger Anstalt in einem eigenen Gebäude zurückzuführen ist. Die Mehreinnahmen sind eine Folge der wachsenden Tätigkeit der Anstalten.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziff. IV.	
1			**J. Bakteriologische Untersuchungsanstalten bei den hygienischen Instituten der Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	32,400
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (Kassen- und Rechnungsführung)	4,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,800
			Summe § 1	38,200
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Kosten der Errichtung der Anstalten (der Raumbeschaffung und ersten Einrichtung)	—
		2	Für Raumbenützung, Kosten der Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Bauunterhaltung	5,000
		3	Sonstige sächliche Ausgaben	9,500
			Summe § 2	14,500
			Summe der Ausgaben	52,700
			Hievon ab die Einnahmen aus Gebühren	13,700
			Restausgabe J	39,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen		
	mehr	weniger		Von den Ausgaben treffen auf die Anstalt in		
				München	Erlangen	Würzburg
ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ
14,475	17,925	—	A S. 117	10,800	10,800	10,800
1,000	3,000	—		3,000	500	500
1,000	800	—		1,000	400	400
16,475	21,725	—		14,800	11,700	11,700
38,400	—	38,400		—	—	—
1,900	3,100	—		1,700	1,800	1,500
4,000	5,500	—		4,000	3,000	2,500
44,300	8,600	38,400		5,700	4,800	4,000
	—	29,800				
60,775	21,725	29,800		20,500	16,500	15,700
		8,075				
				Von den Einnahmen treffen auf die Anstalt in		
				München	Erlangen	Würzburg
				ℳ	ℳ	ℳ
5,500	8,200	—		8,000	3,000	2,700
55,275	—	16,275		12,500	13,500	13,000

Nach den Ansätzen der Finanzperiode 1910 und 1911, in der die Betriebsausgaben eines Jahres auf zwei Jahre verteilt und die Bezüge der 3 Assistenten nur für ein halbes Jahr vorgesehen waren, würde sich der Betriebsbedarf bei voller Besetzung der Anstalten für ein Jahr der Finanzperiode auf 48,500 ℳ berechnen. Vorgesehen sind 52,700 ℳ, also 4200 ℳ mehr infolge Steigerung der Ausgaben für Geschäftsaushilfe, für Bauunterhaltung, Beheizung und Beleuchtung und für sonstigen sächlichen Bedarf. Die Ausgabensteigerung findet ihre Begründung hauptsächlich in der Zunahme der Untersuchungen.

Entsprechend dieser Zunahme konnten die Einnahmen auf 13,700 ℳ, also um 2700 ℳ höher als in einem Jahre der Finanzperiode 1910 und 1911 angesetzt werden.

Es ist hiernach ein Staatszuschuß von 39,000 ℳ erforderlich, infolge des Wegfalls der einmaligen Ausgaben für die Einrichtung der Anstalten um 16,275 ℳ weniger als in der Finanzperiode 1910 und 1911.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer IV.	
1			**K. Veterinärpolizeiliche Anstalt**[1]).	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	4,575
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	250
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	5,325
	2		Sächliche Ausgaben (Kosten für Ankauf und Unterhalt von Tieren, für Apparate, Instrumente und sonstige Arbeitsmittel, für Schreibbedürfnisse, Bücher, Drucksachen, Buchbinderkosten, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und dergleichen)	5,725
			Summe K	11,050
			Umzugskosten (unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
			Zusammenstellung.	
			Summe A	7,460
			" B	6,210
			" C	7,200
			" D	1'004,460
			" E	18,860
			" F	3,880
			" G	866,410
			" H	70,950
			" J	89,000
			" K	11,050
			Summe Kap. 1	2'035,480

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
—	4,575	—	A S. 118
—	250	—	
—	500	—	
—	5,325	—	
—	5,725	—	
—	11,050	—	
—	—	—	
5,040	2,420	—	
6,874	—	664	
7,200	—	—	
968,300	36,160	—	
18,460	400	—	
3,877	3	—	
787,310	79,100	—	
70,950	—	—	
55,275	—	16,275	
—	11,050	—	
1'923,286	129,133	16,939	
	112,194		

Erläuterungen

[1]) Vergl. außerordentliches Budget Ziff. III d Nr. 3.

Die Zwecke, denen die Anstalt zu dienen hat, sind im außerordentlichen Budget dargelegt. Zur Begründung der im ordentlichen Budget vorgesehenen persönlichen und sächlichen Ausgaben wird unter Bezugnahme auf den Personalausweis in Anlage A Seite 118 folgendes bemerkt:

A. Persönliche Ausgaben: Jahresvoranschlag 19,900 ℳ.

Der Umfang der einzelnen Arbeitsgebiete läßt sich zunächst nur schätzungsweise bemessen. Im einzelnen werden jedoch nach dem gegenwärtigen Stande der Tierseuchen und der Kenntnis über die wirksamste Art ihrer Feststellung und Bekämpfung alljährlich etwa folgende Arbeiten zu erledigen sein:

3000 bakteriologische Untersuchungen zur Feststellung der Rindertuberkulose (400 Arbeitstage), 100 bakteriologisch-serologische Untersuchungen auf Rotz (15 Arbeitstage), 100 bakteriologische Untersuchungen auf Tollwut (13 Arbeitstage).

Herstellung von Impfstoffen zu Schutz- und Heilimpfungen bei
a. Rotlauf für 100 000 Schweine (80 Arbeitstage),
b. Rauschbrand für 25 000 Rinder (10 Arbeitstage),
c. Milzbrand für 10 000 Rinder (60 Arbeitstage).

Ferner sind zu veranschlagen für bakteriologische Untersuchungen in Verdachtsfällen von Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche, Schweineseuche, Schweinepest, Geflügelcholera und Hühnerpest sowie für Erprobung neuer Schutzimpfungs- und ähnlicher Heilverfahren 40 Arbeitstage, für Untersuchungen beim Auftreten von Massenerkrankungen nicht ansteckender Natur, für Beratung der Tierbesitzer bei der Durchführung der allgemeinen Tuberkulosetilgung in Zuchtgebieten und bei ähnlichen besonderen Veranlassungen 60 Arbeitstage, für Mitwirkung bei den Fortbildungskursen für Amtstierärzte u. dgl. 14 Arbeitstage, für die Herstellung von Impfstoff gegen die Tollwut bei Menschen 50 Arbeitstage und schließlich für die aufsichtliche und Verwaltungstätigkeit des Anstaltsvorstandes sowie für Dienstreisen 100 Arbeitstage.

Sonach werden bei insgesamt 837 Arbeitstagen auf jeden der tierärztlichen Beamten 279 vollbesetzte Arbeitstage treffen.

Nach der Art des Anstaltsbetriebes werden genaue Aufzeichnungen über die Untersuchungsergebnisse, über die Abgabe von Impfstoffen u. dgl. zu fertigen sowie zahlreiche Anfragen von Behörden, Tierärzten und Tierbesitzern zu erledigen sein. Mit den hiernach erforderlichen Schreibarbeiten, dann mit der Führung der Registratur, der Bibliothek und des Rechnungswesens wird ein Sekretär vollauf beschäftigt sein.

Die Beanspruchung des Hausmeisters, der zugleich als Heizer tätig sein soll, begründet sich aus dem Umfange des Gesamtbetriebes sowie daraus, daß der Zutritt zur Anstalt, in der mit übertragbaren Krankheitserregern gearbeitet wird, entsprechend beaufsichtigt werden muß.

Die bakteriologischen Untersuchungen und die Impfstoffbereitung erfordern umfangreiche Vorbereitungen und Handreichungen, mit deren Besorgung 2 Diener ständig vollauf beschäftigt sein werden. Weitere 2 Diener sind benötigt zur Wart und Pflege des Tierbestandes, der zur Gewinnung von Impfstoffen sowie zur Durchführung von Versuchsimpfungen bereitzuhalten ist und aus 10 bis 15 Pferden für Serumgewinnung, 4 bis 5 Rindern und etwa 15 Schafen zur Erprobung der Impfstoffe gegen Milzbrand und Rauschbrand, dann aus etwa 500 bis 600 kleineren Versuchstieren (Meerschweinchen, Kaninchen, Tauben, Hühner, Ferkel) zu bestehen haben wird. Der fünfte Diener soll zum Verpacken der zur Versendung bestimmten Impfstoffe, als Bote und zur Mithilfe in den Laboratorien, bei Obduktionen u. dgl. verwendet werden.

Bei Bemessung der Gehalte der tierärztlichen Beamten kommt in Betracht, daß es sich um schwierige und mehrfach auch nicht ungefährliche Arbeiten handelt, die ein gründliches wissenschaftliches Können und große Zuverlässigkeit voraussetzen. Insbesondere muß der Vorstand ein sehr tüchtiger, mit den neuzeitlichen Verfahren der Sero-Diagnostik und Serumtherapie vollständig vertrauter tierärztlicher Bakteriologe sein, der auch die pathologische Anatomie und die gesamte Tierseuchenkunde vollkommen beherrscht.

Der Betrag von 1000 ℳ für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen ist hauptsächlich für den Fall vorgesehen, daß eine zeit-

(Fortsetzung der Erläuterung auf Seite 51.)

Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer IV.	
2			**Auf Vorkehrungen gegen übertragbare Krankheiten von Menschen und Tieren.**	
	1		Leistungen auf Grund des Reichs-Viehseuchengesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ und des bayerischen Ausführungsgesetzes hiezu vom 21. März 1881, des Milzbrandentschädigungsgesetzes vom 26. Mai 1892 sowie des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 und des bayerischen Ausführungsgesetzes hiezu vom 13. August 1910[1]	200,000
	2		Außerordentliche Beihilfen für Viehverluste infolge der Maul- und Klauenseuche ꝛc. . . .	30,000
	3		Kosten der seuchenpolizeilichen Überwachung der Einfuhr von Tieren aus dem Auslande .	54,000
	4		Sonstige Kosten	50,000
			Summe Kap. 2	334,000
3			**Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit** . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	50,000
4			**Für Veröffentlichung von Arbeiten auf dem Gebiete des Medizinaldienstes**	3,000
5			**Übrige Ausgaben** (Kosten für den Vollzug des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, für die amtstierärztliche Überwachung der Beschauer, der Metzgereien und dergleichen) .	22,000
			Hiezu Summe Kap. 1 . . .	2'035,480
			Summe Ziffer IV (Etat für Gesundheit)	2'444,480

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
10,000 100,000	90,000[2]	—	
30,000	—	—	
54,000	—	—	
50,000	—	—	
244,000	90,000	—	
50,000	—	—	
3,000	—	—	
22,000	—	—	
1'923,286	112,194	—	
2'242,286	202,194	—	

Erläuterungen

(Fortsetzung der Erläuterung zu Kap. 1 K.)

weilige Häufung der vordringlichen seuchenpolizeilichen Untersuchungen die vorübergehende Beiziehung einer Hilfskraft notwendig macht.

Bei Veranschlagung des Betrages von 2000 ℳ für Tagegelder und Reisekosten ist davon ausgegangen worden, daß es des öfteren notwendig sein wird, den Vorstand oder einen anderen tierärztlichen Beamten der Anstalt zur Mitwirkung bei der Durchführung der allgemeinen Bekämpfung der Rindertuberkulose, zu Untersuchungen über die Ursache bei Massenerkrankungen nicht ansteckender Natur und aus ähnlichen Anlässen auf Dienstreisen zu entsenden.

B. Sächliche Ausgaben: Jahresvoranschlag 22,900 ℳ.

Der Bedarf an sächlichen Ausgaben läßt sich gleichfalls zunächst nur annähernd schätzen. Im einzelnen sind veranschlagt:

Für die Anschaffung von Tieren zur Gewinnung von Impfstoffen und zu Versuchsimpfungen bei bakteriologischen Untersuchungen 5000 ℳ, für den Unterhalt der Tiere 6000 ℳ, für Verbrauchsgegenstände (Chemikalien, Nährböden u. dgl.) und sonstige Arbeitsmittel zur Durchführung der bakteriologischen Untersuchungen und der Impfstoffgewinnung 7000 ℳ, für Beheizung, Beleuchtung und für die zur Serumbereitung erforderliche Kühlung, dann für Reinigung 4000 ℳ, für Schreibbedürfnisse, Bücher, Buchbinderkosten u. dgl. 900 ℳ. Von einer Ausscheidung der sächlichen Ausgaben in mehrere Titel mußte abgesehen werden, da sich zurzeit nicht mit Sicherheit beurteilen läßt, wie sich die sächlichen Ausgaben im einzelnen verteilen werden.

Für die Finanzperiode 1912 und 1913 bleiben die persönlichen und sächlichen Ausgaben im ordentlichen Budget hinter dem Jahresvoranschlag um 31,750 ℳ zurück, da die Anstalt jedenfalls nicht vor dem 1. August 1913 eröffnet und vor dem 1. September 1913 kaum voll in Betrieb genommen werden kann.

[1]) Die Änderung des Vortrags ist durch das zum 1. April 1912 bevorstehende Inkrafttreten des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 und des zugehörigen bayr. Ausführungsgesetzes vom 13. August 1910 bedingt.

[2]) Die Mehrung ist hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß künftig auch Entschädigung geleistet werden muß für Tiere, die wegen Tuberkulose oder zwecks Tilgung der Maul- und Klauenseuche auf polizeiliche Anordnung getötet werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer V. Etat für Wohltätigkeit.	
1			Beiträge an Armen- und Krankenanstalten	108,279[1]
2			Leistungen, die der Staatskasse auf Grund des Heimat- und Armengesetzes obliegen	350,000
3			Entschädigung der pfälzischen Kreisfonds für den Entgang eines Drittels der Polizeistrafgelder	8,571
			Summe Ziffer V (Etat für Wohltätigkeit)	466,850

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
108,285	—	6[2]		
350,000	—	—		
8,571	—	—		
466,856	—	6		

[1]) Aus der für 1910 und 1911 bewilligten Summe waren zunächst die als zivilrechtlich begründet anerkannten 32 Staatsreichnisse mit einem Gesamtaufwande von 57,842 M 63 ₰ zu entrichten. Hievon wurden im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 der Restbetrag eines Reichnisses und ein Teil eines weiteren Reichnisses im Jahresbetrage von 1181 M 94 ₰ zur Ablösung gebracht.

Beim Beginne der Finanzperiode 1912 und 1913 sind daher noch 31 Reichnisse vorhanden, deren Leistung einen jährlichen Aufwand von 56,660 M 69 ₰ erfordert.

Es ist beabsichtigt, aus dem Budgetsatz die nachstehenden widerruflichen Beiträge:

a)	an die orthopädische Anstalt des bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz in München (vormals Krieger'sche orthopädische Anstalt zu	3,428 M 57 ₰
b)	an das Mutterhaus der barmherzigen Schwestern in München zu	6,857 M 14 ₰
c)	an die Diakonissenanstalen in Bayern zu	2,000 M — ₰
d)	an die Universitäts-Augenklinik (vorm. Dr. Rothmund'sche Augenheilanstalt) in München zu	5,143 M — ₰
e)	an die Augenheilanstalt in Nürnberg	1,200 M — ₰
f)	an die Entbindungsanstalt in Bamberg (ständiger Zuschuß) zu	5,500 M — ₰
g)	an das Frauenstift für höhere Stände in Augsburg zu	200 M — ₰
h)	an einzelne Wohltätigkeitsanstalten	10,000 M — ₰
	zusammen	34,328 M 71 ₰

zu leisten, um diesen Anstalten und Unternehmungen die Fortführung ihrer verdienstlichen gemeinnützigen Tätigkeit in ungeschmälertem Umfange zu ermöglichen.

Der nach Abzug sämtlicher Passivreichnisse und freiwilligen Beiträge verbleibende Rest soll die Mittel gewähren, um mit der Ablösung rechtlich begründeter Staatsreichnisse fortfahren zu können.

[2]) Wegen Abrundung.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer VI. Etat der Polizeiverwaltung.	
1			**Gendarmerie.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen . . . . Hiervon 1950 M künftig wegfallend.	4'827,550
		2	Unterhalt der Gendarmeriebewerber	16,500
		3	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	7,750[1]
		4	Tagegelder und Reisekosten einschließlich Marschkostenentschädigungen, Überfahrts- und Übernachtungskosten	65,100
		5	Unterstützungen	80,000
			Summe § 1	4'996,900
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	81,360[3]
		2	Mietzinse	450,000[4]
		3	Sonstige Ausgaben einschließlich Bewaffnung und Ausrüstung	5,000
			Summe § 2	536,360
			Summe Kap. 1	5'533,260
2			**Ausgaben für Zwecke der öffentlichen Sicherheit.**	
	1		Persönliche Ausgaben, und zwar	
			Besoldungen der Beamten	4,730
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Fahndungsblätter	
			a) Bayerisches Zentralpolizeiblatt	7,400
			b) Deutsches Fahndungsblatt	11,500
		2	Belohnungen für Aufbringung gefährlicher Menschen, Hilfeleistung bei Unglücksfällen rc.	1,700
		3	Transport von Verhafteten und Verpflegung während des Transports	180,000
			Summe § 2	200,000
			Summe Kap. 2	205,380

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4'687,000	140,550	—	A S. 120	
16,500	—	—		
21,750	—	14,000		[1]) Die Minderung ist auf eine Verschiebung im Verrechnungsort zurückzuführen.
65,089	11[2])	—		[2]) Zur Abrundung.
85,000	—	5,000		
4'875,339	140,561	19,000		
	121,561			
69,000	12,360	—		[3]) Für Beschaffung und Unterhaltung der Bettfournituren und Stationseinrichtungsgegenstände, die einen Jahresaufwand von 10—12,000 ℳ erfordern, stand bisher der Bettfournitureufonds zur Verfügung. Dieser Fonds ist jetzt aufgelöst. Außerdem erweist sich die Erhöhung der Ausgaben für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Dienstzimmer auf den größeren Stationen als dringend notwendig.
400,000	50,000	—		[4]) Die Mehrung der Ausgaben für Mietzinse ist eine Folge der Mietpreissteigerungen, der im letzten Budget bewilligten Errichtung neuer Stationen sowie des Mehrbedarfs an Dienstwohnungen, der sich aus der größeren Zahl verheirateter Gendarmen ergibt.
4,000	1,000	—		
473,000	63,360	—		
5'348,339	184,921	—		
4,330	400	—	A S. 121	
7,400	—	—		
10,000	1,500	—		
2,400	—	700		
180,000	—	—		
199,800	1,500	700		
	800	—		
204,130	1,200	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VI.	
3			**Arbeitshäuser und Staatserziehungsanstalten.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 780 ℳ künftig wegfallend.	201,280
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	14,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	264
			Summe § 1	215,544
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Haushaltung	223,370
		2	Kanzleibedürfnisse	2,290
		3	Bewachung	—
		4	Sonstige Ausgaben	10,600
			Summe § 2	236,260
	3		Übrige Ausgaben	17,496[1]
			Summe der Ausgaben	469,300
			Hievon ab die Einnahmen:	
			1. Ertrag der Beschäftigung und der Landwirtschaft	79,700
			2. Erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen	60,920
			Summe der Einnahmen	140,620
			Restausgabe Kap. 3	328,680

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
190,000	11,280	—	A S. 122/23	
14,710	—	446		
204,710	11,280	446		
	10,834			
200,000	23,370	—		
2,400	—	110		
5,000	—	5,000		
12,000	—	1,400		
219,400	23,370	6,510		
	16,860	—		
18,215	—	719		[1]) Zuschuß an die Justizverwaltung, und zwar 12,496 ℳ für das der Gefangenanstalt und dem Arbeitshause St. Georgen—Bayreuth gemeinschaftliche Personal und 5000 ℳ für die Unterbringung jugendlicher Arbeitshausgefangener in der Gefangenenanstalt Niederschönenfeld.
442,825	27,694	719		
	26,975			
83,000	—	3,300		
36,000	24,920	—		
119,000	24,920	3,300		
	21,620	—		
323,825	5,355	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VI.	
4			**Fürsorge für Gefährdete und Verwahrloste.**	
	1		Staatsbeiträge an Erziehungsanstalten für verwahrloste jugendliche Personen	12,000
	2		Zwangserziehung:	
		1	Zur Deckung der gesetzlichen Leistungen	180,000
		2	Zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender Anstalten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	90,000
			Summe § 2	270,000
	3		Staatsbeiträge an Vereine, insbesondere für Arbeiterkolonien und Jugendfürsorge . . .	30,000
			Summe Kap. 4	312,000
			Umzugskosten (nun unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
5			**Übrige Ausgaben auf den Polizeidienst**	18,000
			Hiezu Summe Kap. 3	328,680
			" " 2	205,330
			" " 1	5'533,260
			Summe Ziffer VI (Etat der Polizeiverwaltung)	6'397,270

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
12,000	—	—		
180,000	—	—		
90,000	—	—		
270,000	—	—		
30,000	—	—		
312,000	—	—		
7,900	—	7,900		
18,000	—	—		
323,325	5,355	—		
204,130	1,200	—		
5'348,339	184,921	—		
6'213,694	191,476	7,900		
	183,576			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VII. Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung.	
1			**Kosten auf den Vollzug der Arbeiterversicherungsgesetze.**	
			A. Landesversicherungsamt.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 85 ℳ künftig wegfallend.	39,660
		2	Funktionsbezüge der ständigen, richterlichen und nichtständigen Mitglieder	19,000
		3	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,000
		4	Tagegelder und Reisekosten der Beamten und der nichtständigen Mitglieder	3,000
			Summe § 1	65,660
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Gebühren für Zeugen und ärztliche Gutachten, sowie sonstiges	9,000
			Summe der Ausgaben	74,660
			Hievon ab die Einnahmen aus den „Mitteilungen des Landesversicherungsamts"	1,240
			Restausgabe A	73,420
			B. Schiedsgerichte.	
			Funktionsbezüge der Vorsitzenden bezw. ihrer Stellvertreter	3,400
			C. Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.	
	1		Persönliche Ausgaben, und zwar Funktionsbezüge der Vorsitzenden	2,400
	2		Sächliche Ausgaben (Miete, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Diensträume) . .	3,980 [2)]
			Summe C	6,380
			Summe Kap. 1	83,200
2			**Zur Förderung der gemeindlichen Arbeitsvermittlung, gemeindlicher Rechtsauskunftsstellen und dergleichen**	25,000 [3)]
			Umzugskosten (nun unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
			Summe Ziffer VII (Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung)	108,200

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
35,210	4,450	—	A S. 125	
19,000	—	—		
3,600	400[1]	—		[1]) Diese 400 ℳ und 1600 ℳ werden bei den sächlichen Ausgaben gekürzt, wo die betreffenden Ausgaben seither verrechnet worden sind.
1,400	1,600[1]	—		
59,210	6,450	—		
11,000	—	2,000		
70,210	6,450	2,000		
	4,450			
1,240	—	—		
68,970	4,450	—		
8,400	—	—		
2,400	—	—		
3,300	680	—		[2]) Während der letzten Finanzperiode war für die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft von Oberbayern nur für 1½ Jahre Mietzins zu zahlen.
5,700	680	—		
78,070	5,130	—		
23,000	2,000	—		[3]) Die fortschreitende Entwicklung der bestehenden Einrichtungen erfordert höhere Zuschüsse.
—	—	—		
101,070	7,130	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VIII. Etat für Landwirtschaft.	
1			Auf Landeskultur.	
			A. Landeskultur-Rentenkommission.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Funktionsbezüge	5,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,200
			Summe § 1	6,400
	2		Sächliche Ausgaben	500
			Summe A	6,900
			B. Agrikulturbotanische Anstalt.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten Hievon 240 ℳ künftig wegfallend.	42,270
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,000[2]
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,500
			Summe § 1	52,770
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Sammlungen, Einrichtungsgegenstände, Geräte, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Gebäudeunterhaltung und dergleichen	12,000
		2	Versuchsfelder und Versuchsanstellungen	30,000
		3	Arbeitslöhne	9,000
		4	Gebäudemiete	3,600
		5	Barackenbau — 10,000 ℳ künftig wegfallend	10,000[3]
		6	Reserve	3,000
			Summe § 2	67,600
			Summe der Ausgaben	120,370
			Hievon ab die Einnahmen:[4]	
			1. Aus Gebühren	8,000
			2. Aus Versuchsfeldern	5,800
			3. Aus Materialien für Pflanzenschutz und dergleichen	15,200
			4. Für vermitteltes Saatgut	1,100
			5. Sonstige Einnahmen	900
			Summe der Einnahmen	31,000
			Restausgabe B	89,370

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4,900	300[1]	—		[1]) Die Aufstellung eines weiteren Hilfsarbeiters ist unabweisbares Bedürfnis.
1,200	—	—		
6,100	300	—		
500	—	—		
6,600	300	—		
32,240	10,030	—	A S. 126	
6,240	1,760	—		[2]) Trotz der Entlastung durch die Überführung eines Assistenten und von 2 Bureauassistentinnen in den Besoldungsetat muß dieser Ansatz erhöht werden, weil infolge der stets wachsenden Tätigkeit der Anstalt Personal zur Geschäftsaushilfe (Bureau- und Laboratoriumsgehilfen) benötigt ist.
2,700	—	200		
41,180	11,790	200		
	11,590			
10,000	2,000	—		
21,500	8,500	—		
7,000	2,000	—		
3,600	—	—		
—	10,000	—		[3]) Die Unterbringung der neuen Beamten in den bisherigen Diensträumen ist nicht mehr möglich.
3,000	—	—		
45,100	22,500	—		
86,280	34,090	—		
				[4]) Die Einnahmen wurden den Rechnungsergebnissen der letzten 3 Jahre angeglichen; dabei wurde bei §§ 1 und 2 entsprechend der wachsenden Tätigkeit der Anstalt eine Erhöhung der bisherigen Einnahmen berücksichtigt.
7,000	1,000	—		
2,500	3,300	—		
3,500	11,700	—		
1,000	100	—		
1,300	—	400		
15,300	16,100	400		
	15,700			
70,980	18,390	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VIII.	
1			**C. Saatzuchtanstalt Weihenstephan.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	12,075
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,000[1]
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,105
			Summe § 1	16,180
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	3,800
		2	Laboratorium und Versuchsfelder	8,800
		3	Saatbauüberwachung und auswärtige Anbauversuche	4,000
			Summe § 2	16,600
			Summe der Ausgaben	32,780
			Hievon ab die Einnahmen für Ernteerzeugnisse und Sonstiges	2,000
			Restausgabe C	30,780

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Die Mittel für die Saatzuchtanstalt Weihenstephan waren seither im Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten — Etat Nr. 28 für 1910 und 1911 Seite 52, 122 und 208 — vorgesehen.
—	12,075	—	A S. 127	
—	2,000	—		[1]) Zeitweise — Herbst und Frühjahr — ist starker Bedarf an Personal, das nur vorübergehend aufgenommen wird.
—	2,105	—		
—	16,180	—		
—	3,800	—		
—	8,800	—		
—	4,000	—		
—	16,600	—		
—	32,780	—		
—	2,000	—		[2]) Im Etat Nr. 28 für 1910 und 1911 waren auf Seite 208 für die Saatzuchtanstalt vorgesehen . . . . 23,947 ℳ; dazu kommt der im Etat der Akademie Weihenstephan enthaltene Betrag von . . . . 1,000 ℳ für den Betrieb feldmäßiger Prüfungen von gezüchtetem Saatgetreide ꝛc.
—	30,780[2])	—		Summe der seitherigen Willigung 24,947 ℳ. Für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 werden gefordert 30,780 ℳ, sohin Mehrbedarf 5,833 ℳ.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer VIII.	
1			**D. Moorkulturanstalt.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	53,880
			Hievon 630 M künftig wegfallend.	
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	10,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	17,000
			Summe § 1	80,880
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	9,000
		2	Voruntersuchungen, Projektausarbeitungen	10,000
		3	Vermittlung von Dünger und Samen	80,000
		4	Ausführung und Leitung von Privatmoorkulturen[2]):	
			a. Bewirtschaftungskosten	25,000[2])
			b. Beihilfe und Belehrung	17,000
		5	Ausführung von staatlichen Moorkulturen und Betrieb der staatlichen Versuchsfelder:	
			a. Verzinsung und Tilgung eines Landeskulturrentendarlehens zu 100,000 M . .	7,000
			b. Bewirtschaftungskosten	52,000[2])
			c. Bauten, Wasserleitung, Viehbeschaffung	25,000
		6	Wissenschaftliche Versuche	9,000
		7	Reserve	10,000
			Summe § 2	244,000
			Summe der Ausgaben	324,880
			Hievon ab die Einnahmen:	
			1. Beitrag des Donaumooskulturfonds	2,000
			2. Erlös für Dünger und Samenvermittlung	80,000
			3. Einnahmen aus Privatmoorkulturen	23,000
			4. Einnahmen aus staatlichen Moorkulturen und dem Betrieb der Versuchsfelder	54,000
			5. Zuschüsse von Kreisen und Distrikten	2,000
			Summe der Einnahmen	161,000
			Restausgabe D	163,880

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
47,760	6,120	—	A S. 128	
5,460	4,540 [1]	—		[1]) Die gesteigerte Tätigkeit der Anstalt macht vorübergehend die Aufstellung vermehrten Personals notwendig.
15,000	2,000	—		
68,220	12,660	—		
9,000	—	—		
10,000	—	—		
35,000	45,000*)	—		*) **Durchlaufend, siehe Ziff. 2 der Einnahmen.**
9,000	8,000	—		[2]) Um einen klaren Überblick über die Aufwendungen für die Ausführung privater Moorkulturen und für die Kultivierung von Moorflächen auf Kosten des Staates zu bieten, sind Ausgaben und Einnahmen nach diesem Gesichtspunkte getrennt vorgetragen. Die Ansätze sind deshalb mit jenen des Etats 1910 und 1911 nicht im einzelnen vergleichbar.
36,000 } 36,000 } [2]	5,000	—		
—	7,000 [3]	—		[3]) Die für die Kultivierung von Mooren auf Rechnung des Staates erwachsenden Anlagekosten werden — im Gegensatz zu den Betriebskosten — nicht mehr im Etat vorgesehen, sondern durch Aufnahme eines Landeskulturrentendarlehens gedeckt. Die Kulturrente, die zur Verzinsung und Tilgung des Darlehens in 21 Jahren erforderlich ist, muß in späteren Jahren samt den Betriebskosten durch die Einnahmen gedeckt werden.
25,000	—	—		
8,000	1,000	—		
8,000	2,000	—		
176,000	68,000	—		
244,220	80,660	—		
2,000	—	—		
35,000	45,000*)	—		*) Durchlaufend, siehe Tit. 3 der Ausgaben.
39,000 } 25,000 } [4]	13,000	—		[4]) Im Etat für 1910 und 1011 für „Ernteerzeugnisse" und „Kulturunternehmungen" vorgesehen.
2,000	—	—		
103,000	58,000	—		
141,220	22,660	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			Ziffer VIII.	ℳ
1			**E. Flurbereinigung.**	
			I. Flurbereinigungskommission.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2895 ℳ künftig wegfallend.	482,865
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	10,405
		3	Tagegelder und Reisekosten	30,000
			Summe § 1	523,270
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	33,000
		2	Kosten für Triangulierung und Polygonierung:	
			a. Steinmaterial	6,000
			b. Entlohnung des Hilfspersonals	11,000
			Summe § 2	50,000
			Summe der Ausgaben	573,270
			Hievon ab die Einnahmen:	
			1. Zuschuß vom Kreise Unterfranken und Aschaffenburg	30,000
			2. Sonstige Einnahmen	1,200
			Summe der Einnahmen	31,200
			Restausgabe I	542,070
			II. Zuschuß zum Flurbereinigungsfonds	50,000
			Summe E	592,070
			Hiezu „ D	163,880
			„ C	30,780
			„ B	89,370
			„ A	6,900
			Summe Kap. 1	883,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
392,800	90,065	—	A S. 129	
10,400	5	—		
35,000	—	5,000		
438,200	90,070	5,000		
	85,070			
24,000	9,000 [1]	—		[1]) Für die erhöhte Zahl von Beamten und für die neuen Diensträume der Abteilung für Unterfranken muß ein entsprechend erhöhter Bedarf vorgesehen werden.
6,000	—	—		
8,000	3,000	—		
38,000	12,000	—		
476,200	97,070	—		
—	30,000 [2]	—		[2]) Der Landrat von Unterfranken und Aschaffenburg hat in Aussicht gestellt, einen Beitrag zur Aufstellung neuer Beamter zu leisten, wenn hiedurch ein rascherer Fortgang der Flurbereinigung in Unterfranken sichergestellt wird. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Unterfranken soll eine eigene Abteilung der Flurbereinigungskommission in Würzburg errichtet und dieser eine größere Zahl von Beamten zugewiesen werden.
—	1,200 [3]	—		[3]) Vergütung für Benützung von Geräten und Regie.
—	31,200	—		
476,200	65,870	—		
30,000	20,000 [4]	—		[4]) Die Ansprüche an den Fonds sind infolge des rascheren Fortgangs der Unternehmungen gestiegen.
506,200	85,870	—		
141,220	22,660	—		
—	30,780	—		
70,980	18,390	—		
6,600	300	—		
725,000	158,000	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer VIII.	
2			**Auf Hebung der Tierzucht.**	
			I. Landesinspektor für Tierzucht und Tierzuchtinspektoren.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldung der Beamten	7,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäfts- und Schreibaushilfe und besondere Leistungen	600
		3	Tagegelder und Reisekosten	3,200
			Summe § 1	11,000
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Miete, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	1,400[1)]
			Summe I	12,400
			II. Auf Hebung der Tierzucht überhaupt.	
	1		Im allgemeinen	500,000
	2		Kosten für Körung der Bullen, Eber, Ziegenböcke und Schafböcke	110,000[2)]
			Summe II	610,000
			Summe Kap. 2	622,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
7,200	—	—	A S. 131	
600	—	—		
3,800	—	600		
11,600	—	600		
800	600	—		1) Mehrung infolge Zunahme des schriftlichen Verkehrs mit den Züchtervereinigungen, des Ausbaues der Leistungsprüfungen und des Aufwandes für Miete der Geschäftsräume.
12,400	—	—		
500,000	—	—		
85,000	25,000	—		2) Mehrung infolge Ausdehnung der Körung auf sämtliche Bullen, dann auf Eber, Ziegenböcke und Schafböcke.
585,000	25,000	—		
597,400	25,000	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VIII.	
3			**Zur Förderung des Wein- und Obstbaues sowie der Bienenzucht.**	
			A. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Neustadt a. H.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 190 ℳ künftig wegfallend.	25,090
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,210
		3	Tagegelder und Reisekosten	3,000
			Summe § 1	31,300
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	4,650
		2	Für Verzinsung und Tilgung des Vorschusses für das Anstaltsgebäude und die Einrichtung	12,000
		3	Für Pacht und Bewirtschaftung der Versuchsfelder	7,500
		4	Materialien, Geräte, Apparate &c.	1,650
		5	Taglöhne	4,500
		6	Übrige Ausgaben . . . . **Hierunter 6700 ℳ für Ergänzung der inneren Einrichtung künftig wegfallend.**	12,770
			Summe § 2	43,070
			Summe der Ausgaben	74,370

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
				Im Etat 1910 und 1911 war der Bedarf für die Anstalt vom 1. September 1910 an, sohin nur zu ²/₃ des wirklichen Jahresbedarfs berechnet. Die für 1912 und 1913 eingesetzten Beträge entsprechen dem ganzjährigen Bedarfe.
18,670	6,420	—	A S. 132.	
2,140	1,070	—		
2,500	500	—		
23,310	7,990	—		
3,100	1,550	—		
12,000	—			
4,000 } 1,000 }	2,500	—		
1,100	550	—		
3,000	1,500	—		
4,050	3,720	—		
28,250	14,820	—		
51,560	22,810	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziff. VIII.	
3 A			Übertrag: Summe der Ausgaben	74,370
			Hievon ab die Einnahmen:	
			1. Kreiszuschuß	2,400
			2. Einnahmen aus Schulgeldern	980
			3. „ „ Erträgnissen	2,500
			4. „ „ der Versuchsstation	50
			5. „ „ Kellermiete und Wohnungsmiete	1,820
			6. Sonstige Einnahmen	100
			Summe der Einnahmen	7,850
			Restausgabe A	66,520

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
51,560	22,810	—		
1,600	800	—		
670	310	—		
2,000	500	—		
200	—	150		
1,250	570	—		
—	100	—		
5,720	2,280	150		
	2,130			
45,840	20,680	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			Ziffer VIII.	ℳ
3			**B. Anstalt für Bienenzucht in Erlangen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	6,465
		2	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	6,465
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	1,200
		2	Versuche	1,400
		3	Pacht und Unterhaltung des Bienengartens und der Felder	900
		4	Sammlungs- und Einrichtungsgegenstände	1,150
		5	Taglöhne	750
			Summe § 2	5,400
			Summe der Ausgaben	11,865
			Hievon ab die Einnahmen für Obst aus dem Bienengarten, veräußerte Inventargegenstände und sonstiges	55
			Restausgabe B	11,810
			C. Auf Bekämpfung der Reblauskrankheit und zur Hebung der Weinkultur überhaupt	61,040
			Hiezu Summe A	66,520
			Summe Kap. 3	139,370
4			**Landwirtschaftliche Fachberater**[3]).	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 900 ℳ künftig wegfallend.	30,350
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,460
		3	Tagegelder und Reisekosten	11,000
			Summe § 1	43,810
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Mietzinse für Dienstlokalitäten)	4,600
			Summe Kap. 4	48,410

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
10,600	—	4,135[1]	A S. 133.	[1]) Die Minderungen beruhen auf der Übertragung der Bezüge des Landesinspektors für Bienenzucht in die Position „Landwirtschaftliche Fachberater" — vgl. Erläuterung Ziff. 3 unten —.
1 500	—	1,500[1]		
12,100	—	5,635		
2,100	—	900[2]		[2]) Davon wurden 600 ℳ für den Landesinspektor für Bienenzucht auf Kap. 4 § 2 übertragen, 300 ℳ bei Kap. 3 § 2 Tit. 3 in Zugang gebracht.
1,400	—	—		
600	300	—		
1,150	—	—		
750	—	—		
6,000	300	900		
	—	600		
18,100	—	6,235		
—	55	—		
18,100	—	6,290		
61,040	—	—		
45,840	20,680	—		
124,980	20,680	6,290		
	14,390	—		[3]) Die früher im Etat der Anstalt für Bienenzucht in Erlangen vorgesehenen Bezüge des Landesinspektors für Bienenzucht (Gehalt, Tagegelder und Reisekosten sowie Regie) wurden nunmehr hier berücksichtigt. Der Mehrbedarf bei dem Ansatze „Kosten für Stellvertretung" ist bedingt durch die ständigen Schreibaushilfen für die landwirtschaftlichen Fachberater.
22,930	7,420	—	A S. 134.	
900	1,560	—		
11,000	—	—		
34,830	8,980	—		
4,000	600	—		
38,830	9,580	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer VIII.	
5			**Für landwirtschaftliche Zwecke überhaupt.**	
	1		Für landwirtschaftliche Zwecke im allgemeinen (Bauschsumme)	360,000[1]
	2		Staatszuschüsse für landwirtschaftliche Zwecke.	
		1	An die Kreisgemeinden	20,600
		2	An den landwirtschaftlichen Verein.	
			a. An den Landwirtschaftsrat	16,000
			b. An die Kreisausschüsse	96,000
			Summe Tit. 2	112,000
		3	An die Hagelversicherungsanstalt	—
		4	An die Viehversicherungsanstalt.	
			a. Im allgemeinen	100,000
			b. Zu außerordentlichen Beihilfen an einzelne überlastete Ortsviehversicherungsvereine behufs Ermäßigung der Beiträge	25,000
			Summe Tit. 4	125,000
		5	An die Pferdeversicherungsanstalt.	
			a. Im allgemeinen	60,000
			b. Zu außerordentlichen Beihilfen an einzelne überlastete Pferdeversicherungsvereine behufs Ermäßigung der Beiträge	40,000
			Summe Tit. 5	100,000
		6	Zum Zentrallandwirtschaftsfeste	15,000
			Summe § 2	372,600
			Summe Kap. 5	732,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
350,000	10,000	—		[1]) Entsprechend den höheren Erträgnissen der Fischereikarten.
20,576	24[2])	—		[2]) Wegen Aufrundung.
16,000	—	—		
96,000	—	—		
112,000	—	—		
200,000	—	200,000[3])		[3]) Mit Rücksicht auf andere besonders dringliche Bedürfnisse soll die Leistung des Zuschusses für die Finanzperiode 1912 und 1913 unterbleiben. Eine Kürzung der Entschädigungen wird hiedurch keinesfalls eintreten. Denn voraussichtlich werden die Beiträge stets zur vollen Deckung der Entschädigungen ausreichen. Für den Fall aber, daß dies nicht eintreten sollte, ist im Finanzgesetzentwurf eine Bestimmung vorgeschlagen, durch die der Ersatz des Staatszuschusses aus dem Stammkapital der Anstalt vorgesehen wird.
100,000	—	—		
25,000	—	—		
125,000	—	—		
60,000	—	—		
40,000	—	—		
100,000	—	—		
15,000	—	—		
572,576	24	200,000		
		199,976		
922,576	10,000	199,976		
		189,976		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer VIII.	
6			**Gestütswesen.**	
			Königliche Gestütsanstalten.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1470 ℳ künftig wegfallend.	398,020
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	81,025
		3	Tagegelder und Reisekosten	68,420
			Summe § 1	547,465
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	10,500
		2	Kasernierungsbedürfnisse des Dienstpersonals	20,500
		3	Förderung der Pferdezucht	340,000
		4	Fourage und sonstiger Unterhalt der Tiere	434,200
		5	Ankauf und Transport von Pferden	203,000
		6	Wirtschaftskosten	158,500
		7	Zinsen und Tilgung für ein bei der Landeskulturrentenanstalt aufgenommenes Anlehen von 420,000 ℳ (infolge von Kursverlusten beim Verkauf von Kulturrentenscheinen 424,800 ℳ) zum Zwecke der Entwässerung und Bewässerung von Wiesen, dann für ein weiter aufzunehmendes Anlehen von 42,000 ℳ	19,125
		8	Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen	7,600
		9	Sonstige Ausgaben	18,500
			Summe § 2	1'211,925
			Summe der Ausgaben	1'759,390

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen			
	mehr	weniger		Diese Summen verteilen sich:			
				auf die Landgestütsverwaltung und 4 Landgestüte r/Rh.	auf das Stammgestüt Achselschwang	auf das Land- und Stammgestüt Zweibrücken	
ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ	
389,300	8,720	—	A S. 135	272,323	47,792	77,905	
93,800	—	12,775[1]		44,550	16,025	26,450	[1]) Minderung infolge Verschiebung des Verrechnungsortes auf § 2 Tit. 4 (Unterhalt der Tiere).
71,400	—	2,980		59,000	1,800	7,620	
554,500	8,720	15,755		375,873	65,617	105,975	
		7,035					
10,200	300[2]	—		9,100	400	1,000	[2]) Vermehrte Ausgaben für Reinigungsarbeiten und für Formblätter.
20,000	500[3]	—		10,500	3,900	6,100	[3]) Mehrbedarf nach den Aufwandsziffern 1910 und 1911.
340,000	—	—		301,000	—	39,000	
397,000	37,200[4]	—		273,060	70,000	91,140	[4]) Infolge der nachhaltigen, erheblichen Preissteigerung für die Futtermittel, besonders auf den Beschälstationen, ist die Erhöhung des Etatsansatzes unabweisbar. Wegen weiterer Erhöhung vergl. oben Erläuterung 1.
203,000	—	—		175,000	18,000	10,000	
151,000	7,500[5]	—		20,000	67,500	71,000	[5]) Mehr wegen Neuregelung der Löhne für die landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Stammgestüten, wegen der erhöhten Bewirtschaftungskosten für die durch Kulturarbeiten verbesserten Wiesen, sowie wegen der Geflügelhaltung im Eichelscheiderhof.
17,850	1,275[6]	—		—	—	19,125	[6]) Zur Durchführung der Ent- und Bewässerungsanlagen im Wiesengelände des oberen Glonntales (Eichelscheiderhof) mit einer Fläche von 55,480 ha ist noch die Aufnahme eines Anlehens bei der Landeskulturrentenanstalt zu 42,000 ℳ erforderlich. Der Kostenaufwand ist auf 62,000 ℳ veranschlagt, wovon 20,000 ℳ aus der durch das Budget für 1906 und 1907 — Etat Nr. 25 Seite 309 — genehmigten Anlehensmitteln von 60,000 ℳ verfügbar sind. Für 4¼ %ige Verzinsung und Tilgung der I. Rate zu 30,000 ℳ sind 1275 ℳ mehr erforderlich.
7,000	600[7]	—		700	1,900	5,000	
18,500	—	—		9,300	4,200	5,000	
1'164,550	47,375	—		798,660	165,900	247,365	
1'719,050	47,375	7,035		1'174,533	231,517	353,340	[7]) Infolge Erhöhung der Umlagen.
	40,340						

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer VIII.	
6			Einnahmen:	
			1. Deckgelder	132,000
			2. Erlös für verkaufte Pferde und Wirtschaftsvieh	170,700
			3. Erlös für Pferdedünger	4,620
			4. Ertrag der Ökonomie und der Waldungen	46,560
			5. Sonstige Einnahmen	11,020
			Summe der Einnahmen	364,900
			Summe der Ausgaben	1'759,390
			Restausgabe Kap. 6	1'394,490
			Umzugskosten (nun unter Ziff. X Kap. 3 vorgesehen)	—
7			**Übrige Ausgaben**	—
			Hiezu Summe Kap. 5	732,600
			" " 4	48,410
			" " 3	139,370
			" " 2	622,400
			" " 1	883,000
			Summe Ziffer VIII (Etat für Landwirtschaft)	3'820,270

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen: Diese Summen verteilen sich: auf die Landgestütsverwaltung und 4 Landgestüte r/Rh.	auf das Stammgestüt Achselschwang	auf das Land- und Stammgestüt Zweibrücken
ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ
110,000	22,000 [1]	—		121,000	700	10,300
150,000	20,700 [2]	—		30,400	86,000	54,300
5,000	—	380 [2]		4,320	100	200
43,800	2,760 [2]	—		—	13,000	33,560
5,600	5,420 [2]	—		4,150	3,370	3,500
314,400	50,880	380		159,870	103,170	101,860
	50,500					
1'719,050	40,340	—		1'174,533	231,517	353,340
1'404,650	—	10,160		1'014,663	128,347	251,480
—	—	—				
—	—	—				
922,576	—	189,976				
38,830	9,580	—				
124,980	14,390	—				
597,400	25,000	—				
725,000	158,000	—				
3'813,436	206,970	200,136				
	6,834					

[1]) Es ist beabsichtigt, von der Erhebung erhöhten Deckgeldes für die Hengste des Schlages 4 (Belgier) und die guten Oldenburger Hengste ausgedehnteren Gebrauch zu machen. Diese Tiere stehen hoch im Ankaufspreise, die Fütterungskosten sind infolge der nachhaltig hohen Futtermittelpreise gestiegen und die Hengste des Schlages 4 müssen Futterzulagen erhalten. Diese Verhältnisse nötigen zur Erzielung erhöhter Deckgeldeinnahmen.

[2]) Diesen Etatsansätzen sind die durchschnittlichen Rechnungsergebnisse der Jahre 1908/10 zu Grunde gelegt.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer IX. Etat für besondere Leistungen des Staates an Gemeinden und Distrikte etc.	
1			Staatszuschüsse an überlastete und leistungswillige Distrikte für den Neubau und die Unterhaltung von Distriktsstraßen . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	1'900,000
2			Staatsbeiträge zu den Kosten der Distriktspolizei in den kreisunmittelbaren Städten . .	345,500
3			Staatszuschuß an den Pensionsverein der berufsmäßigen bayerischen Gemeindebeamten .	25,000[1]
4			Staatszuschuß an den Pensionsverein der berufsmäßigen bayerischen Polizeisoldaten und Schutzmänner	7,500
5			Staatszuschuß an die Pfälzische Pensionsanstalt	5,000
6			Staatszuschuß an den Landesverband bayerischer Sparkassen zur Einführung der Verbandsrevision	10,000[2]
7			Sonstige Leistungen an Gemeinden (Beiträge zur Straßenbeleuchtung, für Turm- und Nachtwächter und sonstige Sicherheitsanstalten)	14,000
			Summe Ziffer IX (Etat für besondere Leistungen des Staates an Gemeinden und Distrikte	2'307,000
			Ziffer X. Gemeinsame Ausgaben.	
1			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	40,500
	2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	393,800
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	330,000
			Summe Kap. 1	764,300
2			Post-, Telegramm- und Telephongebühren . . . . 1'790,000 ℳ Hiervon ab Rückersätze . . . . 30,000 ℳ Restsumme Kap. 2	1'760,000
3			Umzugskosten	23,540
4			Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Art. 89 Abs. 6 und Art. 101 des Beamtengesetzes, sowie sonstige Ausgaben	5,000
			Summe Ziff. X (Etat der gemeinsamen Ausgaben)	2'552,840

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2'000,000	—	100,000		
345,500	—	—		
22,000	3,000	—		[1]) Der Pensionsverein hat schon bisher jährlich 25,000 ℳ aus Staatsmitteln erhalten. Im Budget wurden hievon jedoch nur 22,000 ℳ durchgeführt. Der Rest von 3,000 ℳ wurde aus Ministerialfonds gewährt. Dies fällt künftig weg.
7,500	—	—		
5,000	—	—		
—	10,000	—		[2]) Zum Vollzuge des § 7 Abs. III der Grundbestimmungen für die Sparkassen der Gemeinden und Distrikte vom 1. Juni 1911 (MABl. S. 321) hat der Landesverband bayerischer Sparkassen zunächst die Aufstellung zweier Verbandsrevisoren in Angriff genommen. Diese Einrichtung erfordert einen jährlichen Kostenaufwand von rund 20,000 ℳ. Zur Aufbringung dieser Summe ist der Landesverband aus eigenen Kräften nicht in der Lage. Die Durchführung fachmännischer Untersuchungen der Sparkassen liegt im dringenden öffentlichen Interesse; sie bringt zugleich eine Entlastung der bisher mit der Untersuchung der gemeindlichen und distriktiven Sparkassen beschäftigten staatlichen Rechnungsbeamten und späterhin eine Einsparung der Zahl dieser Beamten.
14,000	—	—		
2'394,000	13,000	100,000		
		87,000		
40,500	—	—		
393,800	—	—		
383,500	—	53,500		
817,800	—	53,500		
1'630,000	130,000[3])	—		[3]) Vereinbarungsgemäße Erhöhung der an die Postverwaltung zu zahlenden „Bauschsumme für Ablösung der Portofreiheit".
—	23,540[4])	—		[4]) Zu Kap. 3. Umzugskosten waren im Etat für 1910 und 1911 bewilligt: bei Ziff. I Kap. 2, „ II „ 2, „ III „ 2, „ VI „ 5, Im Interesse der Übersichtlichkeit werden die Umzugskosten nunmehr unter die gemeinsamen Ausgaben vorgesehen.
—	5,000[5])	—		[5]) Früher unter Ziff. I Kap. 3 § 11 — Seite 16 — und Ziff. III Kap. 1 E — Seite 42 enthalten.
2'447,800	158,540	53,500		
	105,040			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Wiederholung der Ausgaben.	
			Ziffer I	10'080,540
			„ II	275,910
			„ III	11'960,120
			„ IV	2'444,480
			„ V	466,850
			„ VI	6'397,270
			„ VII	108,200
			„ VIII	3'820,270
			„ IX	2'307,000
			„ X	2,552,840
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 26) . . .	40'413,480

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
9'450,324	680,216	—		
263,540	12,370	—		
11'490,423	469,697	—		
2'242,286	202,194	—		
466,856	—	6		
6'213,694	183,576	—		
101,070	7,130	—		
3'813,436	6,834	—		
2'394,000	—	87,000		
2'447,800	105,040	—		
38'883,429	1'617,057	87,006		
	1'530,051			

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats des Staatsministeriums des Innern vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 2'815,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . . . 1'220,000 ℳ

Summe 4'035,000 ℳ.

Hierzu die vorseitig veranschlagten Ausgaben mit 40'413,480 ℳ.

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern im ordentlichen Budget . . . . 44'448,480 ℳ.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziff. III) 21'395,500 ℳ oder für ein Jahr . 10'697'750 ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern . . 55'146,230 ℳ.

Die Beihilfen der Kriegsteilnehmer betragen 3'495,360 ℳ.

München, den 6. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern.

Dr. von Brettreich.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Allerh. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Ziffer I. Etat der allgemeinen inneren Verwaltung.						
	A. Staatsministerium.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
1	Staatsminister	1	—	24,000	5,000[1]		
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]		
5	Ministerialräte	8	8400 bis 9000	70,800			
6	Oberregierungsräte . . .	5	7200 bis 8200	38,500			
7	Regierungsräte	3	6000 bis 6500	19,000			
9	Regierungsassessoren . . .	5	4800	22,800[3]			
13	Geheime Rechnungskommissäre 2						
13	Geheime Sekretäre[4]) . . 3 Hievon 1 Stelle künftig wegfallend.	6	4200 bis 5800	29,600			
13	Geheimer Registrator . . 1						
14	Sekretäre und Registratoren	8	3000 bis 4200	26,700			
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	8	1800 bis 2100	15,300			
21	Boten und Diener . . .	9	1800 bis 2700	21,750			
29	Kanzleiassistentinnen . . .	5	1200	5,600[5]			
	Summe a	59	—	286,050	7,400	1,080	294,530
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Akzessisten	3	1800	5,400	—	—	5,400
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	62	—	291,450	7,400	1,080 Künftig wegfallend.	299,930
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	60	—	273,620	7,400	1,290	282,310
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	17,830	—	—	17,620
	weniger	—	—	—	—	210	—

Erläuterungen

Allgemeine Erläuterung:

Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.

[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.

[2]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[3]) Die an sich schon sehr umfangreichen Aufgaben des tierärztlichen Referates sind zumal auf dem Gebiete der Tierseuchenbekämpfung, des Viehverkehrs mit dem Auslande und der Gesundheitspflege der landwirtschaftlichen Nutztiere außerordentlich gewachsen. Sie werden mit dem Inkrafttreten des neuen Viehseuchengesetzes eine weitere sehr erhebliche Mehrung erfahren und machen die Aufstellung eines fachwissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiters dringendst erforderlich. Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an veranschlagt.

[4]) Die Stelle eines Geheimen Sekretärs wird bei eintretender Erledigung in eine Sekretärstelle (nach Klasse 14 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.

[5]) Die gesteigerte Arbeitslast macht die Schaffung einer neuen Stelle für den Kanzleidienst notwendig. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt. Um den erforderlichen Betrag konnte der Ansatz „Kosten für Stellvertretung ꝛc." gekürzt werden.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Statistisches Landesamt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,000				
9	Regierungsassessoren . . .	3	4800	14,400				
13	Geheimer Sekretär[1] . . . Künftig wegfallend.	1	—	5,800				[1]) Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Obersekretärstelle (nach Klasse 14 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
17	Sekretäre	16	2100 bis 3600	47,850				
23	Kanzlei- und Rechnungsassistenten	7	1650 bis 1950	12,390				
25	Bote und Diener	1	—	2,100				
29	Rechnungsassistentinnen . .	5	1200	1,000[2])				[2]) Neu beantragt ab 1. September 1913. Dagegen sind bei den Kosten für Stellvertretung zc. 5 Tagarbeiter weniger vorgesehen.
	Summe a	34	—	92,540	—	360	92,900	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Wissenschaftliche Hilfsarbeiter (geprüfte Rechtspraktikanten und dergleichen) . .	4	—	6,000	—	—	6,000	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	38	—	98,540	—	360 künftig wegfallend	98,900	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911:	33	—	88,210	—	1,250	89,460	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	5	—	10,330	—	—	9,440	
	weniger	—	—	—	—	890	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	C. Verwaltungsgerichtshof.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
2	Präsident	1	—	15,000				
4	Senatspräsidenten	2	12000	24,000				
4	Generalstaatsanwalt	1	—	12,000				
6	Räte	16[1]	7700 bis 9200	131,000	3,130[2]			[1] Der Vollzug der neuen Steuergesetze macht die Aufstellung eines weiteren Rates notwendig. Der Bedarf ist vom 1. Oktober 1912 an veranschlagt. [2] Bureauentschädigungen.
6	Staatsanwalt	1	—	7,700				
12	Sekretäre	2	5500	11,000				
16	Registrator	1	—	3,000				
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	2	2100 bis 2700	4,800				
22	Boten und Diener	2	2000 bis 2300	4,300				
	Summe a	28	—	212,800	3,130	900	216,830	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	28	—	212,800	3,130	900 künftig wegfallend	216,830	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	27	—	200,400	3,000	980	204,380	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	12,400	130	—	12,450	
	weniger	—	—	—	—	80	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	D. Regierungen, Kammern des Innern.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Präsidenten . . . . hier die Hälfte	8 4	14000	56,000[1]	14,400[2]			[1]) Die andere Hälfte der Gehalte der Regierungspräsidenten und der Repräsentationsbezüge ist im Etat des Staatsministeriums der Finanzen veranschlagt. [2]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.
5	Direktoren	10	8400 bis 10200	94,200				
6	Oberregierungsräte . . .	7[3]	7700 bis 9200	59,400				[3]) Eine Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Regierungsratsstelle umgewandelt werden.
7	Regierungsräte (einschließlich Medizinalräte und Veterinärräte)	84	6000 bis 8000	611,700				
9	Regierungsassessoren . . .	21[4]	4800 bis 5800	105,100				[4]) Die Staatsregierung hat sich in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. März 1910 (Sten. Ber. Bd. X S. 164) vorbehalten, bei den Schiedsgerichten, die besonders belastet sind, eventuell noch Regierungsassessoren außer dem Stande anzustellen, wenn die getroffene Aushilfsregelung sich als unzureichend erweist. Ein Widerspruch hiegegen wurde nicht erhoben. Dieser Fall ist beim Schiedsgerichte der Pfalz eingetreten und es wurde demgemäß bereits vorläufig ein Bezirksamtsassessor an die Regierung der Pfalz einberufen. Der Bedarf für die neue Regierungsassessorstelle ist vom 1. Juli 1912 an veranschlagt.
14	Präsidialsekretäre	4[7]	3000 bis 4500	14,700				
14	Rechnungskommissäre:							
	a) in den Rechnungskommissariaten	38	3000 bis 4800	158,400				
	b) der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften . . .	8	3300 bis 3900	28,800				
17	Revisoren:							
	a) in den Rechnungskommissariaten	35	1800 bis 3600	93,300				[5]) Die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft von Schwaben und Neuburg hat im Verhältnisse zu den übrigen Genossenschaften des Königreichs und deren Geschäftslast ein zu geringes Personal; die Anstellung eines neuen Revisors läßt sich nicht länger umgehen. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
	b) bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften . . .	21[5]	1800 bis 3300	53,700				
17	Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten	93[6][7]	1800 bis 3600	263,400				[6]) Die Schaffung einer neuen Sekretärstelle bei der Regierung der Pfalz erscheint mit Rücksicht auf die große Geschäftsbelastung dieser Kreisstelle erforderlich. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
17	Sekretäre und Registratoren der land- und forstwirtschaftlichen Berufgenossenschaften	8	2100 bis 2400	18,300				[7]) Die übrigen Präsidialsekretäre, Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten sind im Etat des Staatsministeriums der Finanzen veranschlagt.
	Seite	333	—	1'557,000	14,400			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	833		1'557,000	14,400			
23	Kanzlei- und Registraturassistenten	59[1)2)]	1500 bis 2400	104,350				
23	Kanzleiassistenten der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften .	25	1500 bis 2400	42,300				
25	Boten und Diener . . .	39[2)]	1500 bis 2100	70,200				
25	Steindrucker	9[2)]	1500 bis 2100	16,600				
	Summe a	465	—	1'790,450	14,400	14,580	1'819,430	
	b. **Nichtetatsmäßige Beamte.**							
	Akzessisten	60[3)]	1800	102,000	—	—	102,000	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	525	—	1'892,450	14,400	14,580 künftig wegfallend	1'921,430	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	510½	—	1'769,220	14,400	19,580	1'803,200	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	14½	—	123,230	—	—	118,230	
	weniger	—	—	—	—	5,000		

[1)] Die stets steigende Geschäftslast der Regierung von Oberbayern macht die Aufstellung eines weiteren Kanzleiassistenten notwendig. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[2)] Die übrigen Kanzlei- und Registratorassistenten, Boten, Diener und Steindrucker sind im Etat des Staatsministeriums der Finanzen veranschlagt.

[3)] Von den gegenwärtig vorhandenen rund 140 Akzessisten bei den Regierungen können mit den vorhandenen Mitteln nur 50 mit je 1800 ℳ entlohnt werden; mit Rücksicht auf die lange Wartezeit bis zur Anstellung und die günstigeren Verhältnisse in den Geschäftskreisen anderer Ministerien ist die Schaffung einer Anzahl von weiteren Bezügen dringend geboten. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	E. Polizeidirektion und Schutzmannschaft.							
	a) Polizeidirektion.							
	I. Etatsmäßige Beamte.[1])							
5	Polizeipräsident	1	—	9,000				
6	Polizeidirektor	1	—	9,200				
7	Regierungsräte	5[1])	6000 bis 8000	34,500				
9	Regierungsassessoren	8	5300 bis 6800	49,000				
12	Bezirksamtsassessoren	2[1])	4000 bis 4500	9,500				
14	Kassier	1	—	4,800				
16	Obersekretäre	5	2400 bis 4200	15,700				
16	Bezirkskommissäre und Sicherheitskommissäre	62	2400 bis 4200	207,200	11,040[2])			
17	Amtsanwälte	7	2400	16,800				
17	Polizeisekretäre	98	1800 bis 3600	225,000				
17	Pflegerin	1	—	2,100				
21	Arrestverwalter	1	—	2,700				
21	Rottmeister	1	—	2,700				
23	Polizeiassistenten	78	1500 bis 2400	132,300				
25	Boten und Diener	47	1600 bis 2100	92,400				
25	Steindrucker	2	1800 bis 1900	3,700				
25	Arrestwärter	13	1700 bis 2100	25,700				
29	Assistentin für die Pflegerin	1	—	800				
	Summe a	334	—	843,100	11,040	15,480	869,620	

[1]) Die Schaffung eines neuen selbständigen größeren Referats mit einem Regierungsrat ist dringendst nötig. Eine Bezirksamtsassessorstelle kann hiefür in Wegfall kommen. Die auf das geringste Maß beschränkte Mehrung des übrigen Personals ist mit Rücksicht auf das fortwährende Wachsen der Stadt und der Arbeiten nicht zu vermeiden. Neu vorgesehen sind 1 Obersekretär, 2 Sicherheitskommissäre, 5 Sekretäre, 3 Assistenten und 1 Assistentin für die Pflegerin. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[2]) 24 Bezirks- und 22 Sicherheitskommissäre haben freie Dienstwohnung. Die übrigen 16 erhalten Wohnungsentschädigungen von jährlich 720 ℳ.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	334	—	843,100	11,040	15,480	869,620	
	II. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	334	—	843,100	11,040	15,480 Künftig wegfallend.	869,620	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	322	—	771,450	12,960	23,590	808,000	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	12	—	71,650	—	—	61,620	
	weniger	—	—	—	1,920	8,110	—	
	b) Schutzmannschaft.							
	I. Etatsmäßige Beamte.							
7	Polizeimajor	1	—	7,500				
9	Polizeihauptmann	1	—	5,800				
12	Polizeioffiziere	2[1]	3000	5,000				[1]) Die Aufstellung eines weiteren Offiziers ist infolge der seit 1898 notwendig gewordenen Vermehrung der Schutzmannschaft unerläßlich. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
18	Rendant	1	—	2,700				
19	Oberwachtmeister	58[2]	2100 bis 3000	121,950				[2]) Die Verstärkung der Schutzmannschaft ist durch das Anwachsen der Bevölkerung, durch die Ausdehnung der Stadt und durch die hierdurch unvermeidliche Errichtung neuer Stationen für Zwecke der Verkehrs-, Sitten- und Kriminalpolizei bedingt. Vorgesehen ist eine Mehrung des Sollstands um 105 Mann. Veranschlagt ist der Bedarf für: 9 Oberwachtmeister vom 1. September 1913 an, 27 Wachtmeister vom 1. September 1912 an, 27 Wachtmeister vom 1. Januar 1913 an, 20 Schutzmänner vom 1. Mai 1913 an, 22 Schutzmänner vom 1. September 1913 an.
21	Wachtmeister	165	1800 bis 2700	311,400				
25	Schutzmänner	775[2]	1500 bis 2100	1'277,300				
25	Diener	1	—	1,800				
	Summe I	1004	—	1'733,450	—	14,570	1'748,020	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1004	—	1'733,450	—	14,570	1'748,020	
	II. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Eb. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1004	—	1'733,450	—	14,570	1'748,020	
						künftig wegfallend.		
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	898	—	1'603,350	—	10,650	1'614,000	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	106	—	130,100	—	3,920	134,020	
	Zusammenstellung.							
	Summe E a . . .	334	—	843,100	11,040	15,480	869,620	
	Summe E b . . .	1004	—	1'733,450	—	14,570	1'748,020	
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1338	—	2'576,550	11,040	30,050	2'617,640	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	1220	—	2'374,800	12,960	34,240	2'422,000	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	118	—	201,750	—	—	195,640	
	weniger	—	—	—	1,920	4,190	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	F. Bezirksämter.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Bezirksamtmänner	163	5400 bis 7400	1'042,200				
12	Bezirksamtsassessoren . . .	228	3000 bis 5000	861,000				
17	Bezirksamtssekretäre . . .	244	1800 bis 3600	692,400				
26	Bezirksamtsassistenten . .	413	1200 bis 2100	581,900				
28	Bezirksamtsdiener	166	1350 bis 1900	276,400				
	Summe a	1214	—	3'453,900	—	25,780	3'479,680	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1214	—	3'453,900	—	25,780 künftig wegfallend	3'479,680	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	1214	—	3'346,720	—	40,310	3'387,030	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	107,180	—	—	92,650	
	weniger	—	—	—	—	14,530	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	G. Maß- und Gewichtspolizei.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Vorstand (Ministerialrat) .	1	—	8,400	—	—	8,400	
	Summe a	1	—	8,400	—	—	8,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessist	1	—	1,800	—	—	1,800	Der Bezug des bei der Normal-Eichungskommission verwendeten Akzessisten wurde bisher aus dem Etatsansatze „Kosten für Stellvertretung ꝛc." geschöpft.
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2	—	10,200	—	—	10,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	1	—	9,700	—	—	9,700	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	500	—	—	500	
	H. Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Zentralwohnungsinspektor .	1	—	7,200	—	—	7,200	
	Summe a	1	—	7,200	—	—	7,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1	—	7,200	—	—	7,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	1	—	7,200	—	—	7,200	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	—	—	—	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer I.							
	Summe A . .	62		291,450	7,400	1,080	299,930	
	" B . .	38		98,540	—	360	98,900	
	" C . .	28		212,800	3,130	900	216,830	
	" D . .	525		1'892,450	14,400	14,580	1'921,430	
	" E . .	1338		2'576,550	11,040	30,050	2'617,640	
	" F . .	1214		3'453,900	—	25,780	3'479,680	
	" G . .	2		10,200	—	—	10,200	
	" H . .	1		7,200	—	—	7,200	
	Summe Ziffer I. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	3208		8'543,090	35,970	72,750	8'651,810	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	3066 1/2		8'069,870	37,760	97,650	8'205,280	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1411/2		473,220	—	—	446,530	
	weniger	—		—	1,790	24,900	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Ziffer II.							
	Etat der Landesarchive.							
	A. Allgemeines Reichsarchiv.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	10,200				
7	Reichsarchivräte	9	6500 bis 8000	64,000				
12	Reichsarchivassessoren . .	2	4000 bis 4500	8,500				
19	Techniker zur Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung	1	—	2,250				
21	Kanzleiassistenten	5	1800 bis 2700	11,250				
25	Boten und Diener . . .	3	1600 bis 2100	5,500				
	Summe a	21	—	101,700	—	580	102,280	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Geprüfte Praktikanten . .	6	1800	10,800	—	—	10,800	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	27	—	112,500	—	580 künftig wegfallend	113,080	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	27	—	106,510	—	420	106,930	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	5,990	—	160	6,150	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Kreisarchive.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Kreisarchivare	8	5300 bis 6800	49,900				
12	Kreisarchivassessoren . . .	12	3000 bis 5000	49,400				
23	Kanzleiassistenten	10	1500 bis 2400	17,920				
28	Diener	8	1500 bis 1900	14,000				
	Summe a	38	—	131,220	—	310	131,530	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	38	—	131,220	—	310	131,530	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	38	—	126,650	—	Künftig wegfallend 230	126,880	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	4,570	—	80	4,650	
	Zusammenstellung von Ziffer II.							
	Summe A	27	—	112,500	—	580	113,080	
	„ B	38	—	131,220	—	310	131,530	
	Summe Ziffer II. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	65	—	243,720	—	890	244,610	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	65	—	233,160	—	650	233,810	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	10,560	—	240	10,800	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer III.							
	Etat der Staatsbauverwaltung (einschl. des staatlichen Kulturbaudienstes).							
	A. Oberste Baubehörde.							
	Nach Ausscheidung des Landesamtes für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung.							
	(Künftig: Ministerialabteilung für das Bauwesen.)							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000				
5	Ministerialräte	5[1]	8400 bis 9600	45,650				[1]) 2 Ministerialratsstellen sind, wie im Budget für 1910 und 1911 vorbehalten war, jetzt in Oberregierungsratsstellen umgewandelt.
6	Oberregierungsräte . . .	3[1]	7200 bis 8200	23,100				
7	Regierungs- und Bauräte .	2[2]	6000 bis 7000	11,350				[2]) Der neue Referent ist für die selbständige Bearbeitung des Straßen- und Brückenbauwesens und von allgemeinen Fragen dringend nötig. Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an veranschlagt.
9	Regierungs- u. Bauassessoren	5[3]	4800 bis 5300	28,510				[3]) 2 Stellen ab 1. September 1912 auf den Etat des Landesamtes für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung übertragen. (Siehe Besoldungsausweis B 1 Seite 105.)
12	Bauamtsassessoren	5[4]	3000 bis 4500	19,670				[4]) Bisheriger Stand 2 Bauamtsassessoren und 1 Bezirkskultur-Ingenieur. Hiezu 4 bereits seit Jahren bei der Obersten Baubehörde verwendete Bauamtsassessoren vom Etat der äußeren Bauverwaltung übertragen. (Siehe Besoldungsausweis E Seite 109). Dagegen 2 Stellen ab 1. September 1912 auf den Etat des Landesamts für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung übertragen. (Siehe Besoldungsausweis B 1 Seite 105.)
13	Geheime Rechnungskommissäre	2	4200 bis 4600	9,030				
13	Geheime Sekretäre . . .	2	4200 bis 4600	8,530				
14	Sekretäre und Registratoren	7	3000 bis 3900	22,370				
17	Bauführer	1	2100	2,100				
	Seite	33	—	182,310				

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	38	—	182,310				
21	Kanzleiassistenten	3	1800 bis 1950	5,850				
21	Bauzeichner	—[1]	1800 bis 1950	610				[1]) Ab 1. September 1912 als Bauassistent auf den Etat des Landesamtes für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung übertragen. (Siehe Besoldungsausweis B 1 Seite 105.)
21	Boten und Diener . . .	2[2]	1800 bis 1950	4,200				[2]) 1 Stelle ab 1. September 1912 wie vor unter Ziffer 1 vermerkt übertragen.
29	Kanzleiassistentin	1	1200	1,200				
	Summe a	39	—	194,170	—	590	194,760	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A	39	—	194,170	—	590	194,760	
	Hievon ab der auf die gemeindliche Bau-Unfallversicherung treffende Betrag	—	—	6,650	—	—	6,650	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	39	—	187,520	—	590 künftig wegfallend.	188,110	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	40	—	162,130	—	400	162,530	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	—	—	25,390	—	190	25,580	
	weniger	1	—	—	—	—	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B 1. Landesamt für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung. (Bisher: Abteilung der Obersten Baubehörde für Wasserkraftausnützung.)							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Oberregierungsrat	—[1])	—	—				[1]) Die Stelle des Vorstandes wird vom bei der Obersten Baubehörde verrechneten Ministerialreferenten versehen.
9	Regierungs- u. Bauassessoren	2[2])	4800 bis 5300	6,480				[2]) 2 Stellen übertragen vom Etat der Obersten Baubehörde. (Siehe Besoldungsausweis A Seite 103.)
12	Bauamtsassessoren	3[3])	3000 bis 4500	7,340				[3]) 2 Stellen wie vor übertragen, 1 Stelle mehr für einen akademisch gebildeten Elektrotechniker.
17	Bauführer und Sekretär .	2[4])	1800	2,400				[4]) 1 neue Stelle für einen Elektrotechniker des mittleren Dienstes, 1 neue Stelle für den Kanzleidienst.
21	Bauassistent	1[5])	1800 bis 1950	1,210				[5]) Vom Etat der Obersten Baubehörde wie oben übertragene Bauzeichnerstelle.
21	Bote und Diener . . . . Die Stelle soll später in eine Stelle der Gehaltsklasse 25 umgewandelt werden.	1[6])	1800 bis 1950	1,210				[6]) Vom Etat der Obersten Baubehörde übertragen wie oben.
29	Kanzleiassistentin	1	1200	800				
	Summe a	10	—	19,440	—	—	19,440	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B 1. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	19,440	—	—	19,440	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	—	—	—	—	—	—	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	10	—	19,440	—	—	19,440	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	B 2. Hydrotechnisches Bureau. (Künftig: Landesamt für Gewässerkunde.) Die Etats B 1 und B 2 sollen künftig zum Etat B Landesämter vereinigt werden.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,000				
7	Regierungs- und Bauräte .	5	6000 bis 7500	32,470				
12	Bauamtsassessor	1	3000 bis 3500	3,080				
17	Bauführer und Sekretäre .	11	1800 bis 3300	28,820				
23	Kanzleiassistenten	2	1500 bis 1800	3,250				
25	Bote und Diener	1	1900 bis 2000	1,960				
	Summe a	21	—	78,580	—	820	79,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B 2. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	21	—	78,580	—	820 Künftig wegfallend	79,400	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	21	—	71,440	—	1,580	73,020	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	7,140	—	—	6,380	
	weniger	—	—	—	—	760	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	C. Kreisbauverwaltung.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
7	Regierungs- und Bauräte .	19	6500 bis 8000	145,000	—		
9	Regierungs- u. Bauassessoren	14 [1]	4800 bis 6800	74,800	—		
14	Rechnungskommissäre . . .	16	3000 bis 4500	60,420	1,200 [2]		
17	Bauführer und Sekretäre .	4 [3]	1800	4,800	—		
21	Bauassistenten u. Bauzeichner	6 [3]	1800 bis 1950	8,430	—		
	Summe a	59	—	293,450	1,200	—	294,650
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 u. 1913	59	—	293,450	1,200	—	294,650
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 u. 1911	50	—	271,750	1,200	460	273,410
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	9	—	21,700	—	—	21,240
	weniger	—	—	—	—	460	—

Erläuterungen

[1] 1 Stelle mehr. Zwei Regierungen entbehren noch eines zweiten Referenten im Straßen- und Flußbaufach. Bei einer derselben ist es dringend notwendig geworden, die Lücke durch einen Regierungs- und Bauassessor auszufüllen. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 ab veranschlagt.

[2] Bezug des Kassiers der Betriebskrankenkasse der Straßen- und Flußbauämter.

[3] Je 4 neue Stellen.
Zur Beihilfe im Referatsdienste, insbesondere zur Revision von Entwürfen und der Baurechnungen, bedürfen die Referenten dringend eines mittleren Personales.
Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Sektionen für Wildbachverbauungen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Vorstand (Regierungs- und Baurat) . . . . Künftig wegfallend.	1[1]	7500 bis 8000	7,770				[1]) Die Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Bauamtmannstelle (nach Klasse 9 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
9	Vorstand (Bauamtmann) .	1	—	6,800				
12	Bauamtsassessoren	3	3000 bis 4000	10,350				
17	Bauführer	5[2]	1800 bis 3600	12,050				[2]) 1 Stelle mehr. Der Aufwand hiefür ist vom 1. September 1912 an veranschlagt und bei den Stellvertretungskosten abgesetzt. (Siehe Etat Kap. 1 D § 1 Tit. 2 Seite 29.)
21	Bauassistenten, Offizianten und Bauzeichner . . .	5[3]	1800 bis 2700	10,150				[3]) 1 Stelle ist mit einem Flußmeister nach Klasse 21 besetzt.
22	Flußmeister	6	1800 bis 1900	11,100				
26	Kanzlei- und Zeichnungsassistenten	2[2]	1200 bis 1300	2,020				
	Summe a	23	—	60,240	—	—	60,240	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 u. 1913	23	—	60,240	—	—	60,240	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 u. 1911	21	—	53,700	—	20	53,720	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	6,540	—	—	6,520	
	weniger	—	—	—	—	20	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:					
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			einzeln	zusammen			
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	E. Landbauämter und Straßen- und Flußbauämter. (Bisher: Äußere Bauverwaltung.)						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
9	Bauamtmänner	59	5300 bis 6000	370,700	1200[1]		
12	Bauamtsassessoren	72[2]	3000 bis 5500	262,000			
17	Bauführer	81[3]	1800 bis 3600	206,400			
21	Bauassistenten, Offizianten und Bauzeichner	93[4]	1800 bis 2700	176,700			
21	Flußmeister Die Stellen werden bei Erledigung in Flußmeisterstellen der Gehaltsklasse 22 umgewandelt.	4[5]	2250 bis 2550	9,900			
22	Flußmeister	55[6]	1800 bis 1950	102,800			
22	Straßenmeister	18[7]	1800	21,600			
22	Maschinist	1	1800	1,800			
25	Flußaufseher	8[8]	1500	11,500			
25	Hausmeister des Glaspalastes	1	1800	1,800			
26	Kanzlei- und Zeichnungsassistenten	37[9]	1200 bis 1350	42,000			
28	Diener	7[10]	1300	6,930			
30	Straßenwärter	1093[11]	1200 bis 1700	1'636,550			
30	Donaumooswegmacher	8	1200 bis 1700	11,600			
30	Schleusenwärter	7	1200 bis 1700	10,350			
30	Brunnwärter, Ländeplatz- und Magazinsaufseher	10	1200 bis 1700	14,600			
	Summe a	1554		2'887,230	1200	490	2'888,920

Erläuterungen

[1]) Bezug des stellvertretenden Vorsitzenden der Betriebskrankenkasse der Straßen- und Flußbauämter.

[2]) 4 Stellen weniger, die auf den Etat der Obersten Baubehörde übertragen sind. (Siehe Besoldungsausweis A Seite 103.)

[3]) 2 Stellen mehr wegen Errichtung eines neuen Bauamtes in Oberfranken. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[4]) 27 Stellen mehr an Bauassistenten und Bauzeichnern. Der Aufwand für 16 Stellen ist gedeckt durch Absetzung von 16 Regierungsbaumeisterstellen, der Aufwand für die weiteren 11 Stellen durch Absetzung bei den Stellvertretungskosten, letzterer ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[5]) **Wie im Budget für 1910 und 1911 vorbehalten war, wurden 3 erledigte Stellen in Flußmeisterstellen der Gehaltsklasse 22 umgewandelt.**

[6]) 2 Stellen weniger und zwar:
3 Stellen mehr nach Erläuterung Ziffer 5.
2 Stellen mehr wegen Zuweisung von 100 km neuer Flußstrecken. Der Bedarf für diese 2 Stellen ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
7 Stellen weniger wegen Umwandlung in 8 Flußaufseherstellen nach Klasse 25 der Gehaltsordnung. (Siehe Ziffer 8.)

[7]) Neue Stellen, der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt; vgl. die Denkschrift über Verbesserungen im öffentlichen Bauwesen.

[8]) Neue Stellen, der Aufwand ist gedeckt durch Absetzung von 7 Flußmeisterstellen nach Klasse 22 der Gehaltsordnung. (Siehe Ziff. 6.) Der Bedarf für die 8. Stelle ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[9]) 7 Stellen mehr u. zwar 1 Stelle wegen Errichtung eines neuen Bauamtes, der Aufwand für die weiteren 6 Stellen ist durch Absetzung bei den Stellvertretungskosten gedeckt. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[10]) 5 Stellen mehr, der Aufwand ist durch Absetzung bei den Stellvertretungskosten gedeckt.
Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

[11]) 1 Stelle mehr wegen Ausdehnung des Staatsstraßennetzes. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1554	—	2'887,230	1,200	490	2'888,920	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Regierungsbaumeister . .	40[1]	1800	74,900[2]	—	—	74,900	[1]) 16 Stellen weniger. Die Mittel sind verwendet für 16 Stellen der Gehaltsklasse 21. (Siehe a Ziff. 4.) Die Regierungsbaumeister sind verwendet im Ministerium, bei den Zentralstellen, der Kreisbauverwaltung, den Sektionen für Wildbachverbauungen und den Land- und Straßen- und Flußbauämtern. [2]) 19 Regierungsbaumeistern stehen noch die Gehaltsansprüche aus der Verordnung vom 26. Juni 1894 (Ges. u. VOBl. S. 321) zu. Der nach dem Budget 1910 und 1911 vom Kreise Schwaben zu den Gehalten für 11 Flußmeister zu leistende Kreisfondszuschuß von jährlich 3170 M ist infolge der Änderung in der Behandlung der Korrektionsbauten in Wegfall gekommen.
	Die Anzahl der mit Anwartschaft versehenen Regierungsbaumeister soll nach und nach auf einen Normalstand von 32 gebracht werden. Bei eintretenden Erledigungen sind also noch 8 Regierungsbaumeisterstellen abzusetzen. Mit den freiwerdenden Mitteln soll der Aufwand für 8 Bauführerstellen gedeckt werden.							
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1594	—	2'962,130	1,200	490 künftig wegfallend	2'963,820	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	1551	—	2'803,900	1,200	870	2'805,970	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	43	—	158,230	—	—	157,850	
	weniger	—	—	—	—	380	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	F. Kulturbaudienst bei den Regierungen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Regierungs- und Bauräte .	8	5300 bis 7000	53,280				
12	Bezirkskulturingenieur[1]) .	—	—	—				[1]) 1 Stelle weniger wegen Übertrags auf den Besoldungsausweis G.
17	Kulturbauführer	3	2400 bis 3000	8,100				
	Summe a	11	—	61,380	—	—	61,380	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	11	—	61,380	—	—	61,380	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	12	—	62,976	—	—	62,976	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	—	—	—	—	—	—	
	weniger	1	—	1,596	—	—	1,596	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	G. Kulturbauämter.							Wegen der neuen Stellen bei G siehe die Anlage D Seite 187.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Bauamtmänner	3[1]	4500 bis 5300	14,800				[1]) 3 neue Stellen. Durch deren Errichtung entsteht kein Mehraufwand, da die in Betracht kommenden Assessoren zur Ernennungszeit schon mehr als den Anfangsgehalt eines Bauamtmannes beziehen werden.
12	Bauamtsassessoren (früher Bezirkskulturingenieure)	31[2]	2400 bis 5000	80,260				[2]) 9 Stellen mehr, davon 1 vom Besoldungsausweis F übertragen. 7 Stellen werden mit 2400 M Anfangsgehalt ausgestattet. Von den 31 Stellen treffen 21 auf Amtsvorstände, 3 auf ältere Assessoren, 7 auf jüngere Assessoren.
17	Kulturbauführer	27[3]	1800 bis 3600	74,560				[3]) 12 Stellen weniger wegen Übertrag auf Gehaltsklasse 21.
21	Kulturbauassistenten	30[4]	1800	23,320				[4]) 30 neue Stellen, hierunter 12 Stellen von Gehaltsklasse 17 übertragen (siehe vor Ziffer 3). Die weiteren 18 Stellen sind ab 1. September 1912 und 1. Oktober 1913 zu besetzen.
26	Kanzlei- und Zeichnungsassistenten	24[5]	1200	14,400				[5]) Neue Stellen ab 1. Januar 1913 zu besetzen unter Wegfall der bisherigen 19 Kulturaufseherstellen.
	Summe a	115	—	207,340	—	—	207,340	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Regierungsbaumeister	26[6]	1800	50,170[7]				[6]) 7 neue Stellen mit Rücksicht auf die neu zu errichtenden Kulturbauämter.
	Kulturaufseher[8])	—	—	—				[7]) Darunter die Bezüge der bisherigen Kulturaufseher bis 1. September 1912 (8500 M).
	Summe b	26	—	50,170	—	—	50,170	[8]) 19 Stellen weniger, siehe oben Ziffer 5.
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	141	—	257,510	—	—	257,510	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	99	—	197,203	—	—	197,203	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	42	—	60,307	—	—	60,307	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer III.							
	Summe A	39		187,520	—	590	188,110	
	„ B 1	10		19,440	—	—	19,440	
	„ B 2	21		78,580	—	820	79,400	
	„ C	59		293,450	1,200	—	294,650	
	„ D	23		60,240	—	—	60,240	
	„ E	1594		2'962,130	1,200	490	2'963,820	
	„ F	11		61,380	—	—	61,380	
	„ G	141		257,510	—	—	257,510	
	Summe Ziff. III. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	1898		3'920,250	2,400	1,900 Künftig wegfallend	3'924,550	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	1794		3'623,099	2,400	3,330	3'628,829	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	104		297,151	—	—	295,721	
	weniger	—		—	—	1,430	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer IV. **Etat für Gesundheit.**							
	D. Ärzte.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Landgerichtsärzte	30	4800 bis 6800	158,000				
12	Bezirksärzte	168[1]	3600 bis 5500	708,300				[1]) Eingezogen wurde die Bezirksarztstelle II. Klasse in Waldmohr.
	Summe a	198	—	866,300	—	—	866,300	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Physikatsassistenten, Polizeiärzte und bezirksärztliche Stellvertreter	36[2]	—	36,290[2]	—	—	36,290	[2]) Darunter neu ein dringend notwendiger Physikatsassistent für den Landgerichts- und Bezirksarzt in Frankenthal. Der Bedarf ist vom 1. Juli 1912 an veranschlagt.
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	234	—	902,590	—	—	902,590	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	234	—	861,430	—	—	861,430	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	41,160	—	—	41,160	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	E. Zentralimpfanstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Zentralimpfarzt	1		5,500				
28	Diener	2	1300 bis 1500	2,800				
29	Kanzleiassistentin	1		1,300				
	Summe a	4		9,600	—	30	9,630	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1200 bis 1800	3,000	400[1]	—	3,400	[1]) Für Kasse und Rechnungsführung.
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	6	—	12,600	400	30 künftig wegfallend	13,030	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	6	—	11,950	400	130	12,480	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	650	—	—	550	
	weniger	—	—	—	—	100	—	
	G. Tierärzte.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Bezirkstierärzte	164	3000 bis 5500	711,500	—	—	711,500	
	Summe a	164	—	711,500	—	—	711,500	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	164	—	711,500	—	—	711,500	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	164	—	674,710	—	—	674,710	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	36,790	—	—	36,790	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	H. Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel bei den Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	II. Direktoren	3	6000 bis 7000	20,300				
10	Inspektoren	19	3000 bis 5800	73,250				
13	Weinkontrolleure	2[1]	3400	3,400				[1]) Ab 1. Januar 1913 etatsmäßig mit einem Gehalte von zunächst 3,400 M. Gehalte für 1912 sind unter b (nichtetatsmäßige Beamte) vorgetragen.
26	Kanzleiassistent	1		1,350				
28	Diener	6[2]	1300 bis 1500	8,320				[2]) Eine zweite Dienerstelle für die nunmehr in einem eigenen Gebäude untergebrachte Anstalt in Erlangen. Der Bedarf ist vom 1. Januar 1912 an veranschlagt.
29	Kanzleiassistentin	1		1,200				
	Summe a	32	—	107,820	2,400[4]	220	110,440	[3]) Die 2 nichtetatsmäßigen Assistenten sind bei der Anstalt in München tätig (für die Untersuchung ausländischer Weine). Der Bedarf ist vom 1. Januar 1912 an veranschlagt.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							[4]) Bezüge der drei II. Direktoren.
	Weinkontrolleure	—	3000	3,000[1]	—	—	3,000	
	Assistenten	2[3]	2400	4,800	—	—	4,800	
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	34	—	115,620	2,400	220 künftig wegfallend	118,240	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	31	—	104,200	2,400	450	107,050	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	3	—	11,420	—	—	11,190	
	weniger	—	—	—	—	230	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	J. Bakteriologische Untersuchungsanstalten bei den hygienischen Instituten der K. Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
	Vorstände im Nebenamte .	—	—	—	1,500[1]			[1]) Bezüge der Hochschullehrer für Hygiene an den drei Landesuniversitäten als Vorstände im Nebenamte.
9	Bakteriologen als Leiter der Anstalten	3	4800	14,400				
21	Präparatoren	3	1800	5,400				
28	Diener	3	1300	3,900				
	Summe a	9	—	23,700	1,500	—	25,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	3	2400	7,200	—	—	7,200	
	Summe J. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	12	—	30,900	1,500	—	32,400	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	12	—	13,725	750	—	14,475	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	17,175	750	—	17,925	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	K. Veterinärpolizeiliche Anstalt.							Die Anstalt soll neu errichtet werden.
	a. Etatsmäßige Beamte.							Die Stellen sind vorgesehen vom:
7	Direktor	1	6000	1,500				1. Juli 1913,
12	Nebenbeamter	1	3000	750				1. Juli 1913,
17	Sekretär und Registrator .	1	1800	300				1. September 1913,
25	Hausmeister	1	1500	375				1. Juli 1913,
25	I. Diener	1	1500	375				1. Juli 1913,
28	II. Diener	{ 1 3	1300	325 } 650 }				1. Juli 1913, 1. September 1913,
	Summe a	9	—	4,275	—	—	4,275	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	II. Assistent	1	1800	300	—	—	300	1. September 1913 an.
	Summe K. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	4,575	—	—	4,575	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	—	—	—	—	—	—	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	10	—	4,575	—	—	4,575	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			ein-zeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer IV.							
	Summe A	—	—	—	—	—	—	
	„ B	—	—	—	—	—	—	
	„ C	—	—	—	—	—	—	
	„ D	234	—	902,590	—	—	902,590	
	„ E	6	—	12,600	400	30	13,080	
	„ F	—	—	—	—	—	—	
	„ G	164	—	711,500	—	—	711,500	
	„ H	34	—	115,620	2,400	220	118,240	
	„ J	12	—	30,900	1,500	—	32,400	
	„ K	10	—	4,575	—	—	4,575	
	Summe Ziffer IV. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 . . .	460	—	1'777,785	4,300	250	1'782,335	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	447	—	1'666,015	3,550	580	1'670,145	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	13	—	111,770	750	—	112,190	
	weniger	—	—	—	—	330	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Ziffer VI. Etat der Polizeiverwaltung.							
	Kap. 1. Gendarmerie.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Korpschef	1	—	8,400				
7	Abteilungskommandeure . . Hievon 1 Stelle künftig wegfallend.	9[1]	6000 bis 8000	67,000				[1]) 1 Stelle (Vorstand der Ge[ndar]merieschule) künftig in ei[ne] Hauptmannstelle umzuwandeln.
9	Gendarmeriehauptleute . . Hievon 2 Stellen künftig wegfallend.	3[2]	5300 bis 5800	16,900				[2]) 2 Stellen künftig in Offizier[s]stellen umzuwandeln.
12	Gendarmerieoffiziere . . .	7	3000 bis 4500	27,500				
16	Rendant	1	—	3,300				
20	Stabsoberwachtmeister . .	20	2250 bis 2850	54,750				
21	Oberwachtmeister	172	2100 bis 2700	435,150				
25	Diener beim Korpskommando	1	—	2,000				
25	Wachtmeister . . . . . . Hievon 41 Stellen künftig wegfallend.	907[3]	1600 bis 2100	1'815,800				[3]) 41 Stellen (überzählige Wac[ht]meister) künftig in Gendarmenstell[en] umzuwandeln.
28	Gendarmen	1557	1300 bis 1900	2'381,000				
28	Diener bei den Abteilungen	8[4]	1400 bis 1900	13,800				[4]) 1 Diener bezieht als vo[r]maliger Stationskommandant d[as] Gehalt der Klasse 25.
	Summe a	2686	—	4'825,600	—	1,950	4'827,550	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.[5])	—	—	—	—	—	—	[5]) Die Bezüge des Militärjust[iz]beamten beim Korpskommand[o,] des Elementarlehrers, des Tur[n]lehrers und des Arztes an d[er] Gendarmerieschule sind als Kost[en] für Stellvertretung 2c. veranschla[gt].
	Summe Kap. 1. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2686	—	4'825,600	—	1,950 künftig wegfallend	4'827,550	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2686	—	4'683,250	—	3,750	4'687,000	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	142,350	—	—	140,550	
	weniger	—	—	—	—	1,800	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Bamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			ein-zeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 2. Ausgaben für Zwecke der öffentlichen Sicherheit.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
	1. Zentralpolizeiblatt.							
17	Polizeisekretär	1	—	2,400				
	2. Schubgefängnis in Nürnberg.							
28	Arrestwärter	1	—	1,600				
	Summe a	2	—	4,000	730[1]	—	4,730	[1]) 660 M Nebenbezüge des Gendarmerie-Oberwachtmeisters für Leitung des Schubgefängnisses; 70 M Nebenbezug eines Gendarmen für Beihilfe.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 2. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2	—	4,000	730	—	4,730	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2	—	3,600	730	—	4,330	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	400	—	—	400	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Kap. 3. Arbeitshäuser und Staatserziehungsanstalten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
	1. Arbeitshäuser.							
7	Direktor	1	—	8,000				
12	Assessor	1	—	4,500				
12	Hausgeistliche	2	5500	11,000				
15	Hauslehrer	1	—	2,700				
17	Ökonomieverwalter . . .	1	—	3,600				
18	Buchhalter	1	—	2,250				
19	Hausverwalter	1	—	2,100				
21	Baupalier	1	—	2,550				
22	Maschinist	1	—	2,100				
22	Küchenmeister	1	—	2,200				
22	Oberkrankenwärter . . .	2	2000 bis 2100	4,100				
24	Oberaufseher	1[1]	—	2,000				
26	Kanzlei- und Rechnungsassistenten	3	1350 bis 2100	5,400				
27	Werkaufseher	20	1500 bis 2000	38,300				
28	Aufseher	22[1]	1300 bis 1900	35,300				[1]) 1 Aufseher mehr gegenüber der Budgetziffer 1910 und 1911 wegen des Abganges eines Oberaufsehers.
17	Hauslehrerin	1	—	1,800				
24	Oberaufseherinnen	1	—	2,100				
27	Werkaufseherinnen . . .	5	1400 bis 1500	7,300				
29	Aufseherinnen	11	1200 bis 1700	14,600				
	Seite	77	—	151,900				

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	77		151,900				
	2. Staatserziehungsanstalten.							
12	Vorstände	3	4000 bis 5500	14,500				
12/15	Hauslehrer	7	2400 bis 5000	19,200[1]				[1] Bei der Einrichtung der Staatserziehungsanstalt Würzburg (vergl. S. 51 des Etats Nr. 27 für 1910 und 1911 Erl. 1) hat sich die Notwendigkeit der Anstellung von 2 weiteren Hauslehrern ergeben. — Für die Staatserziehungsanstalt Speyer ist ein dritter Hauslehrer aus unterrichtlichen und erzieherischen Gründen notwendig. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
27	Werkaufseher	5	1500 bis 1900	7,900				
28	Aufseher	5	1300 bis 1500	7,000				
	Summe a	97	—	200,500	—	780	201,280	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.[2]	—	—	—	—	—	—	[2] Die Bezüge der nicht in Beamteneigenschaft Angestellten sind als Kosten für Stellvertretung 2c. veranschlagt.
	Summe Kap. 3. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	97	—	200,500	—	780 Künftig wegfallend	201,280	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	94	—	189,050	—	950	190,000	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	3	—	11,450	—	—	11,280	
	weniger	—	—	—	—	170	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer VI.							
	Summe Kap. 1	2686	—	4'825,600	—	1,950	4'827,550	
	„ „ 2	2	—	4,000	730	—	4,730	
	„ „ 3	97	—	200,500	—	780	201,280	
	Summe Ziff. VI. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2785	—	5'030,100	730	2,730	5,033,560	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	2782	—	4'875,900	730	4,700	4'881,330	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	3	—	154,200	—	—	152,230	
	weniger	—	—	—	—	1,970	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Ziffer VII.							
	Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung.							
	A. Landesversicherungsamt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Präsident	1	—	10,625				
7	Regierungsräte (Referenten)	2	7000	14,000				
17	Sekretäre und Registratoren	2	3000 bis 3600	6,600				
23	Kanzleiassistenten	2	1500 bis 1650	3,150				
25	Bureaudiener	1	—	1,600				
	Summe a	8	—	35,975	—	85	36,060	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessisten	2	1800	3,600	—	—	3,600	
	Summe Ziff. VII. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	39,575	—	85 Künftig wegfallend	39,660	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	10	—	35,100	—	110	35,210	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	4,475	—	—	4,450	
	weniger	—	—	—	—	25	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer VIII. Etat für Landwirtschaft. Kap. 1. B. Agrikulturbotanische Anstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	7,500				
12	Assessoren	5	3000 bis 3500	16,700				
17	Sekretär	1	—	2,400				
21	Obergärtner	1	—	1,800				
25	Diener	1	—	1,500				
29	Bureauassistentinnen [1])	4	1200 bis 1300	4,160				[1]) Die 2 neuen Assistentinnenstellen werden aus dem Etatsansatz „Kosten für Stellvertretung ꝛc." in den Personaletat überführt. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
	Summe a	13	—	34,060	—	240	34,300	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten [2])	5	1800 bis 2355	7,970	—	—	7,970	[2]) Der Bedarf für die dringend notwendigen 3 neuen Assistentenstellen ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	18	—	42,030	—	240 Künftig wegfallend	42,270	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	13	—	31,210	—	1,030	32,240	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	5	—	10,820	—	—	10,030	
	weniger	—	—	—	—	790	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	C. Saatzuchtanstalt Weihenstephan.							Der Bedarf für die Saatzuchtanstalt Weihenstephan war seither im Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten veranschlagt (vergl. Etat Nr. 28 für 1910 und 1911 Seite 122 und 208). Der Bedarf für die neuen Stellen (1 Assessor und 1 Kanzleiassistent) ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Assessor	1	3000	2,000				
23	Kanzleiassistent	1	1500	1,000				
28	Diener II. Ordnung	1	—	1,875				
	Summe a	3	—	4,875	—	—	4,875	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	4	1800	7,200	—	—	7,200	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	7	—	12,075	—	—	12,075	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	—	—	—	—	—	—	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	7	—	12,075	—	—	12,075	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Moorkulturanstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	7,500				
12	Assessoren	6	3000 bis 4000	20,670				
17	Sekretär	1	—	2,700				
17	Kulturbauführer	2	2100 bis 2400	4,500				
21	Obergärtner	1	—	2,060				
23	Kanzleiassistent	1	—	1,500				
25	Kulturaufseher	6	1500 bis 1600	9,100				
25	Diener	1	—	1,500				
	Summe a	19	—	49,530	—	—	49,530	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1860	3,720	—	630	4,350	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	21	—	53,250	—	630 Künftig wegfallend	53,880	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	21	—	46,860	—	900	47,760	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	—	—	6,390	—	—	6,120	
	weniger	—	—	—	—	270	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	E. Flurbereinigungskommission.							Der Bedarf für die neuen Stellen ist vom 1. September 1912 an veranschlagt. Vorgesehen sind an neuen Stellen: 1 Referent im Rang eines Regierungsrats zur Leitung der Abteilung für Unterfranken, 16 Flurbereinigungsgeometer, 5 Sekretäre, 16 Rechnungsassistenten und 4 Messungsgehilfen.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	8,400				
7	Regierungs- und Steuerräte	4	6000 bis 8000	25,000				
9	Regierungs- und Steuerassessoren	4	6300	25,200				
	Davon 2 Stellen künftig wegfallend[1]).							[1]) 2 Regierungs- und Steuerassessorenstellen werden bei eintretender Erledigung in Obergeometerstellen umgewandelt werden.
9	Obergeometer	20[2])	4800 bis 5800	109,000				
12	Flurbereinigungsgeometer	70	1800 bis 5500	213,100				[2]) Die auf Seite 117 des Etats für 1910 und 1911 kundgegebene Absicht, daß 5 Obergeometerstellen bei eintretender Erledigung in Flurbereinigungsgeometerstellen umgewandelt werden, kann nicht aufrechterhalten werden, weil die Geschäftslage der Kommission die Aufstellung weiterer, zur Übernahme der Funktion als Kommissär geeigneter Beamten unbedingt erfordert.
16	Kassier	1	—	3,600				
17	Sekretäre	15	1800 bis 3600	32,400				
17	Kulturbauführer	4	1800 bis 2700	8,700				
23	Rechnungsassistenten	26	1500 bis 1800	32,200				
25	Boten und Diener	2	1600 bis 2100	3,700	300[3])			[3]) Vergütung an einen Boten für Bedienung der Portierloge. Diese Vergütung wurde seither auf den Etatsansatz „Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen" verrechnet.
28	Messungsgehilfen	15	1300 bis 1500	18,370				
	Summe a	162		479,670	300	2,895	482,865	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	162		479,670	300	2,895 künftig wegfallend.	482,865	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	120		385,300	—	7,500	392,800	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	42		94,370	300	—	90,065	
	weniger	—		—	—	4,605	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Kap. 1.							
	Summe B	18	—	42,030	—	240	42,270	
	„ C	7	—	12,075	—	—	12,075	
	„ D	21	—	53,250	—	630	53,880	
	„ E	162	—	479,670	300	2,895	482,865	
	Summe Kap. 1. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	208	—	587,025	300	3,765	591,090	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	154	—	463,370	—	9,430	472,800	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr:	54	—	123,655	300	—	118,290	
	weniger:	—	—	—	—	5,665	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 2. Auf Hebung der Tierzucht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Landesinspektor für Tierzucht	1	—	7,200				
12	Bezirkstierärzte, als Tierzuchtinspektoren verwendet; auf die Dauer dieser Verwendung werden die Gehalte aus dem Etatsansatze Ziff. VIII Kap. 2 II § 1 „Auf Hebung der Tierzucht überhaupt“ (Seite 70/71 des Etats) bestritten .	12	—	—				
	Summe a	13	—	7,200	—	—	7,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 2. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	13	—	7,200	—	—	7,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	13	—	7,200	—	—	7,200	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	—	—	—	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 3. Zur Förderung des Wein- und Obstbaues sowie der Bienenzucht.							
	A. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Neustadt a. H.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1		8,000				
12	Zoologe	1		3,045				
12	Fachlehrer für Weinbau . .	1		3,045				
12	Leiter der chemischen Abteilung	1		3,000				
17	Assistent für Obstbau und Bienenzucht	1		1,800				
25	Gehilfe für Weinbau, Küferei, Kellerwirtschaft	1		1,510				
25	Hausmeister	1		1,500				
30	Laboratoriumsdiener . . .	1		1,200				
	Summe a	8	—	23,100	—	190	23,290	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Physiologischer Assistent .	1	—	1,800	—	—	1,800	Der Bezug des Assistenten wurde bisher aus dem Etatsansatze „Kosten für Stellvertretung ꝛc." bestritten.
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	9	—	24,900	—	190 Künftig wegfallend.	25,090	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	8	—	18,500	—	170	18,670	
	Sohin für 1912 und 1013 mehr	1	—	6,400	—	20	6,420	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Anstalt für Bienenzucht in Erlangen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
11	Leiter der Anstalt	1		3,665				
28	Bienenmeister	1		1,300				
28	Diener	1		1,500				
	Summe a	3		6,465	—	—	6,465	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	3	—	6,465	—	—	6,465	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	4	—	10,600	—	—	10,600	
	Sohin für 1912 und 1913 weniger	1[1]	—	4,135	—	—	4,135	[1] Der Landesinspektor für Bienenzucht ist nun bei den landwirtschaftlichen Fachberatern — S. 134 — vorgetragen.
	Zusammenstellung von Kap. 3.							
	Summe A . . .	9	—	24,900	—	190	25,090	
	„ B . . .	3	—	6,465	—	—	6,465	
	Summe Kap. 3. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	12	—	31,365	—	190	31,555	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	12	—	29,100	—	170	29,270	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	2,265	—	20	2,285	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 4. Landwirtschaftliche Fachberater.							
	a. Etatsmäßige Beamte[1]).							
	Landesinspektoren für:							
7	Weinbau	1		7,000		900[1])		[1]) Vertragsmäßiger Bezug.
9	Milchwirtschaft	1		5,800				
9	Obst- und Gartenbau . .	1		5,800				
9	Bienenzucht	1		5,300[2])				[2]) Seither im Etat der Bienenzuchtanstalt vorgesehen gewesen.
9	Fischzucht	1		4,800				
—	Hopfenbau	—		—	750[3])	—		[3]) Im Nebenamt.
	Summe a	5	—	28,700	750	900	30,350	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 4. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	5		28,700	750	900 Künftig wegfallend	30,350	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	4		21,530	500	900	22,930	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1		7,170	250	—	7,420	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 6 Gestütsanstalten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Oberlandstallmeister . . .	1	—	10,200				
7	Landstallmeister	4	6000 bis 8000	43,500				
7	Gestütsdirektoren	2						
7	Landgestütstierarzt	1	—	6,500				
12	Gestütstierärzte	2	3000	6,000				
13	Hauptkassier der Landgestütsverwaltung	1	—	5,000				
16	Gestütsrendant in Zweibrücken	1	—	4,200				
17	Sekretär der Landgestütsverwaltung	1	—	3,600				
21	Oberaufseher der Gestütsanstalten	6	2100 bis 2550	13,950				
23	Kanzleiassistenten der Landgestütsverwaltung . . .	2	1950 bis 2400	4,350				
25	Bote und Diener der Landgestütsverwaltung . . .	1	—	1,500				
25	Aufseher der Gestütsanstalten	12	1500 bis 2100	20,800				
25	Gestütsschmiede	7	1500 bis 1800	11,800				
30	Gestütswärter	177	1200 bis 1700	265,150[1]				[1]) 2 neue Stellen benötigt für die in den Bezirken Landsberg und Griesbach zu errichtenden Beschälstationen. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
	Summe a	218		396,550	—	1,470	398,020	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—		—	—	—	—	
	Summe Kap. 6 Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	218		396,550	—	1,470 Künftig wegfallend	398,020	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	216		386,300	—	3,000	389,300	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2		10,250	—	—	8,720	
	weniger	—		—	—	1,530	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Zusammenstellung von Ziffer VIII.							
	Summe Kap. 1	208		587,025	300	3,765	591,090	
	" " 2	13		7,200	—	—	7,200	
	" " 3	12		31,365	—	190	31,555	
	" " 4	5		28,700	750	900	30,350	
	" " 5	—		—	—	—	—	
	" " 6	218		396,550	—	1,470	398,020	
	Summe Ziffer VIII. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 . . .	456		1'050,840	1,050	6,325	1'058,215	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	399		907,500	500	13,500	921,500	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	57		143,340	550	—	136,715	
	weniger	—		—	—	7,175	—	

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
Hauptzusammenstellung.							
Summe Ziffer I. .	3208		8'543,090	35,970	72,750	8'651,810	
„ „ II. .	65		243,720	—	890	244,610	
„ „ III. .	1898		3'920,250	2,400	1,900	3'924,550	
„ „ IV. .	460		1'777,785	4,300	250	1'782,335	
„ „ V. .	—		—	—	—	—	
„ „ VI. .	2785		5'030,100	730	2,730	5'033,560	
„ „ VII. .	10		39,575	—	85	39,660	
„ „ VIII. .	456		1'050,840	1,050	6,325	1'058,215	
Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des Staatsministeriums des Innern** für 1912 und 1913 .	8882*)		20'605,860	44,450	84,930	20'734,740	*) Hievon stehen 3993 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hierfür sind mit 502,960 ℳ in dem Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	8563½		19'410,644	44,940	120,520	19'576,104	
Sohin für 1912 und 1913 mehr	318½		1'194,716	—	—	1'158,636	
weniger	—		—	490	35,590	—	

München, den 6. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern.

Dr. von Brettreich.

Ausweis

über

Straßen-, Brücken- und Wasserbauten.

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
Ziffer III Kap. 4 § 2.		
Titel 1. Straßenbauten.		
Oberbayern.		
a. Umbau der Staatsstraße Nr. 82 „München—Mittenwald“ zwischen km 72,200—78,867 am Walchensee.		
Gesamtkosten . . . 360,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1906 und 1907 wurden als I. Rate bewilligt . . 80,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als II. Rate bewilligt . . 100,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als III. Rate bewilligt . . 90,000 ℳ		
zusammen: 270,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als IV. und letzte Rate beantragt . .	45,000	90,000
b. Umbau der Staatsstraße Nr. 82 „München—Mittenwald“ am Gasteigberg (sog. Dorfener Steige) bei Wolfratshausen, km 28,0—28,5.		
Gesamtkosten . . . 320,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 90,000 ℳ		
Von dem Reste mit 210,000 ℳ werden für 1912 und 1913 als II. Rate vorgesehen .	20,000	40,000
c. Umbau der Staatsstraße Nr. 3 „Altenmarkt—Eggenfelden“ an der sogenannten Himmelsstiege bei Reischach, km 37—39.		
Gesamtkosten . . . 110,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 50,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate beantragt	20,000	40,000
d. Verlegung und Verbesserung der Staatsstraße Nr. 84 „München—Rain“ nächst Aichach am Pfaffenhofener-, Stoffel- und Gsickerberg, km 41,5—47,0.		
Gesamtkosten . . . 135,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 40,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate beantragt	10,000	20,000
Seite	95,000	190,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	95,000	190,000
e. Umbau der Staatsstraße Nr. 13 „Augsburg—Oberau" zwischen Ramsau und Rottenbuch, km 72,3—78,0; hier Teilstrecke am Ramsauerberg, km 72,3—74,060.		
Gesamtkosten . . . . . 103,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 50,000 ℳ Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate vorgesehen	20,000	40,000
f. Umbau der Staatsstraße Nr. 116 a „Reichenhall—Schneitzlreit" zwischen Reichenhall und Jettenberg, km 0—5,740.		
Gesamtkosten . . . . . 266,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 90,000 ℳ Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate beantragt	74,000	148,000
g. Instandsetzung der Staatsstraße Nr. 50 „Ingolstadt—Amberg" bei Stammham, km 13,1—14,5 mittels Herstellung von Grundbau und Basaltdecke.		
Die Straßenstrecke ist dem äußerst lebhaften Fuhrwerksverkehr insbesondere von schweren Holzfuhrwerken, nicht gewachsen, weshalb die Instandsetzung mittels Herstellung eines Grundbaus und Aufwalzung einer Basaltschotterdecke dringend erforderlich ist, um allgemeine und berechtigte Beschwerden über den mangelhaften Straßenzustand hintanzuhalten. Die Gesamtkosten der 1,4 km langen Neubaustrecke sind auf 46,000 ℳ veranschlagt; hievon werden für die Finanzperiode 1912 und 1913 als I. Rate in Ansatz gebracht	15,000	30,000
Die Kosten pro km betragen: $\frac{46,000}{1,4} = 32,800$ ℳ		
Niederbayern.		
a. Umlegung der Staatsstraße Nr. 108 „Passau—Zwiesel" zwischen Kirchdorf und Rinchnach, km 46,3—52,7.		
Gesamtkosten . . . . . 320,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 49,000 ℳ Von dem Reste mit 271,000 ℳ werden für 1912 und 1913 als II. Rate vorgesehen	30,000	60,000
Die Kosten pro km betragen: $\frac{320,000}{8,8} = 36,300$ ℳ		
b. Verlegung der Staatsstraße Nr. 65 „Landshut—Straubing—Böhmen" am Hohenstadeler Berg, km 82,0—84,5.		
Gesamtkosten . . . . . 195,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 50,000 ℳ Von dem Reste mit 145,000 ℳ werden für 1912 und 1913 als II. Rate vorgesehen	20,000	40,000
Die Kosten pro km betragen: $\frac{195,000}{5,6} = 34,800$ ℳ		
Seite	254,000	508,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 1. Übertrag	254,000	508,000
c. Pflasterung der Staatsstraße Nr. 1 „Aich—Eggenfelden—Schärding" bei Eggenfelden zwischen km 30,400—30,840.		
Auf der bezeichneten Straßenstrecke (Bahnhofstraße Eggenfelden) besteht ein so lebhafter Verkehr, daß die Fahrbahn mit einer Schotterdecke nicht mehr instand gehalten werden kann. Wirtschaftliche Verhältnisse erfordern eine Pflasterung, die mit Kleinpflaster durchgeführt werden soll. Die Pflasterstrecke wird alsdann an die Stadtgemeinde Eggenfelden zum Eigentum und zur Unterhaltung übergeben.		
Die Gesamtkosten der 440 m langen Neubaustrecke sind auf 14,000 M veranschlagt und kommen ganz in Ansatz	7,000	14,000
Die Kosten pro km betragen: $\frac{14{,}000}{0{,}44} = 32{,}000$ M.		
Pfalz.		
a. Pflasterung von Ortsdurchfahrten der Staatsstraßen: 1. Nr. 33, „Einöd—Bitsch", in Einöd Ernstweiler und Hornbach, 2. Nr. 93, „Neustadt—Frankenstein", in Lamprecht und 3. Nr. 151, „Zweibrücken—Kaiserslautern", in Godramstein zusammen auf 2584 m Länge.		
Gesamtkosten . . . . 144,000 M Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 72,000 M Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. und letzte Rate beantragt . .	36,000	72,000
b. Verbreiterung der Staatsstraße Nr. 94 „Neustadt—Monsheim" zwischen km 12,0 und 12,1 in Wachenheim.		
In der Ortsdurchfahrt Wachenheim befindet sich eine sehr schmale Strecke von 21 m Länge mit nur 4,2 m Breite. Die Verbreiterung ist im Interesse der Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs dringend geboten. Die Stadt Wachenheim hat bereits zwei für die Verbreiterung in Betracht kommende Anwesen mit einem Kostenaufwand von 11,000 M zum Abbruch erworben und ist bereit, die zur Straße erforderlichen Flächen gegen angemessene Entschädigung abzutreten. Die Straße kann hiedurch auf eine Breite von 7 m gebracht werden. Außerdem ist die Straße zu regulieren und auf 53 m Länge neu zu pflastern.		
Kosten für die Grunderwerbung 5500 M, für Bauvornahmen 2000 M, zusammen .	3,750	7,500
c. Pflasterung der Ortsdurchfahrt der Staatsstraße Nr. 36 „Friedensau—Ludwigshafen" zwischen km 3,0 und 3,9 in Rheingönnheim auf 850 m Länge.		
Bei dem sehr großen Verkehr ist die vorhandene Schotterdecke nicht mehr instand zu halten. Die Reinlichkeit und Verkehrssicherheit in der Ortschaft erfordern den Übergang zu einer Pflasterdecke. Eine solche ist auch nicht weniger wirtschaftlich als die Schotterdecke, da das Pflaster — von Linzer Basalt — eine Dauer von etwa 40 Jahren hat, während die Schotterdecke alle 3 bis 4 Jahre erneuert werden muß. Die Kosten betragen (1 km Straße kostet bei 5,7 m Breite des Pflasters 61,000 M)	26,000	52,000
Seite	326,750	653,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	326,750	653,500
Oberpfalz.		
a. Verlegung der Staatsstraße Nr. 115 „Regensburg—Waldmünchen" zwischen km 11,3 und 13 bei Thanhausen.		
Gesamtkosten . . . 110,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 30,000 ℳ Von dem Reste mit 80,000 ℳ werden für die Finanzperiode 1912 und 1913 als II. Rate vorgesehen . . .	20,000	40,000
Die Kosten pro km betragen: $\frac{110,000}{2,630} = 41,800$ ℳ		
Oberfranken.		
a. Verlegung der Staatsstraße Nr. 16 „Bamberg—Bayreuth" zwischen km 22,5 und 37,0, d. i. von der Würgauer Höhe bis Hollfeld.		
Gesamtkosten f. Etat 1908 und 1909 . . . 600,000 ℳ In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 150,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als II. Rate bewilligt . . 100,000 ℳ Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als III. Rate beantragt . . .	45,000	90,000
b. Verlegung der Staatsstraße Nr. 100 „Nürnberg—Plauen" zwischen km 128 und 135, d. i. zwischen Konradsreuth und Hof.		
Gesamtkosten f. Etat 1910 und 1911 . . . 373,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 50,000 ℳ Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate beantragt . . .	25,000	50,000
c. Verlegung der Staatsstraße Nr. 37 „Gebenbach—Schleiz" zwischen km 99,2 und 101,4 zur Umgehung des Alsenberges bei Hof.		
Die alte Straße überschreitet zwischen Moschendorf und Hof einen Bergrücken mit 10% Steigung, ebensoviel Gefälle und einer verlorenen Höhe von 41 m. Diese Verhältnisse sind für den Verkehr äußerst hinderlich und gefährlich. Die Stadt Hof bemüht sich seit 1907 um Herbeiführung einer Verlegung, die nicht nur für den öffentlichen Verkehr, sondern auch für die Entwicklung der Stadt durch Erschließung wertvollen Baugeländes von bedeutendem Nutzen wäre. Nach dem im Benehmen mit dem Stadtmagistrat Hof verfaßten Entwurfe zweigt die neue Straße bei km 99,2 zunächst Moschendorf von der alten ab, umgeht den Alsenberg auf		
Seite	416,750	833,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	416,750	833,500
der Ostseite, berührt das Baugelände der Staatseisenbahn für Arbeiterwohnungen und den Ort Alsenberg und mündet bei km 101,4 am Anspann wieder in die alte Straße ein. Die Baulänge beträgt 2,96 km, die größte Steigung 4,5 %, die Straßenbreite 7,0 m.		
Die Gesamtkosten sind veranschlagt auf . . . 147,340 ℳ		
Hiervon werden gedeckt:		
durch Barzuschüsse der Stadt Hof und des Kommerzienrats Jahreis 36,000 + 10,000 . . . 46,000 ℳ		
durch unentgeltliche Grundabtretungen der Stadt und von 12 beteiligten Angrenzern . . . 15,940 ℳ		
Vom K. Ärar sind aufzubringen . . .	42,700	85,400
Außerdem übernimmt die Stadt Hof freiwillig und ohne jede Entschädigung die Unterhaltung der von der Verlegung nicht berührten Strecken der Staatsstraßen Nr. 37 von km 101,400 bis 101,960 mit 0,560 km und Nr. 100 von km 134,991 bis 135,216 mit 0,225 km Länge.		
(1 km kostet durchschnittlich 50,000 ℳ.)		
Mittelfranken.		
a. **Verlegung und Korrektion von 6 Teilstrecken der Staatsstraße Nr. 145 „Würzburg—Ellingen" zwischen km 43,0 und 81,3, d. i. bei Pfaffenhofen, Schwebheim, Möckenau, Gräfenbuch, Ansbach und Deßmannsdorf.**		
Gesamtkosten s. Etat 1908 und 1909 . . . 444,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 148,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. Rate bewilligt . . 103,500 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als III. Rate beantragt . . .	50,000	100,000
b. **Pflasterung der Staatsstraße Nr. 53 „Ingolstadt—Weißenburg" zwischen km 25,1 und 25,5, dann 26,7 und 27,2 in Eichstätt.**		
Gesamtkosten s. Etat 1910 und 1911 . . . 40,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als 1. Rate bewilligt . . 20,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als zweite und letzte Rate beantragt	10,000	20,000
Unterfranken und Aschaffenburg.		
a. **Verlegung der Staatsstraße Nr. 147 „Würzburg—Fulda" zwischen km 54,5 und 55,5 bei Untererthal und zwischen km 73,1 und 75,8 bei Brückenau.**		
Gesamtkosten s. Etat 1910 und 1911 . . . 175,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 55,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. und letzte Rate beantragt	60,000	120,000
Seite	579,450	1'158,900

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 1. Übertrag	579,450	1'158,900
b. Umbau der Staatsstraße Nr. 125 „Stadtschwarzach—Enheim" durch Erhöhung über das gewöhnliche Hochwasser des Mains und Aufwalzung einer Basaltschotterdecke und zwar **1. zwischen km 9,4 und 10,8 bei Etwashausen auf 1350 m** **2. zwischen km 13,4 und 13,9 bei Marktsteft auf 500 m und** **3. zwischen km 16,9 und 17,4 bei Martbreit auf 367 m** **zusammen auf 2217 m Länge.**		
Zwischen Kitzingen und Marktbreit verkehrt außer den sonstigen zahlreichen Fuhrwerken ein Privatautomobilomnibus. Die bezeichneten Teilstrecken sind so stark abgenützt, daß sie eine neue Basaltschotterdecke erhalten müssen. Außerdem liegen sie so tief, daß sie häufig vom Main überflutet werden. Sie sollen daher bei dieser Gelegenheit im Durchschnitt um 0,8 m, d. i. so weit erhöht werden, daß sie vom gewöhnlichen Hochwasser nicht mehr erreicht werden. Eine vollständig hochwasserfreie Lage ist wegen der Hauseingänge und Wegabzweigungen in den Ortschaften nicht durchführbar. Die Straße war in den letzten 20 Jahren 26 mal derart überschwemmt, daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Hätte sie die im Entwurf vorgesehene Höhe gehabt, die einem Wasserstand von 4,45 m am Ochsenfurter Pegel entspricht und 1,70 m unter dem Hochwasser vom Jahre 1909 liegt, so wäre die Überschwemmung nur 3 mal und in bedeutend geringerem Maße eingetreten. Die Strecke von km 14,5 bis 16,9 vor Marktbreit ist in der Finanzperiode 1910 und 1911 aufgeholt worden.		
Gesamtkosten . . . . . 75,600 M		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als I. Rate beantragt . . . . (1 km kostet durchschnittlich 34,000 M.)	7,300	14,600
c. Beschaffung einer Dampfstraßenwalze von 15 t Dienstgewicht mit Straßenaufreißer, Wohnungs- und Gerätewagen.		
Für die drei Straßen- und Flußbauämter im Regierungsbezirke ist nur eine Straßenwalze vorhanden. Nachdem die Aufwalzungen von Basaltdecken namentlich mit Rücksicht auf die Postautomobile erheblich zugenommen haben, ist eine zweite Straßenwalze dringendes Bedürfnis. Die Kosten betragen	8,500	17,000
Schwaben und Neuburg.		
Umlegung und Verbesserung der Staatsstraße Nr. 11 „Augsburg—Lindau" zwischen km 97,2 und 98,5 bei Keck.		
Gesamtkosten . . . . . 60,000 M		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 28,000 M		
Für die Fianzperioden 1912 und 1913 werden als II. und letzte Rate eingesetzt . .	16,000	32,000
Summe Tit. 1. Straßenbauten	611,250	1'222'500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2.		
Titel 2. Brückenbauten.		
Oberbayern.		
a. Umbau der Heiliggeistbrücke c 52 über die Traun bei Traunstein auf der Staatsstraße Nr. 124 „Schwaig — Freilassing" nebst Hochwasserfreilegung der anschließenden Staatsstraßenstrecke und Regulierung der Traunstrecke oberhalb der Brücke.		
Gesamtkosten . . . . . 165,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 80,000 ℳ Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. und letzte Rate vorgesehen .	42,500	85,000
b. Umbau der Ludwigsbrücke b 6 über den Inn bei Rosenheim auf der Staatsstraße Nr. 124 „Schwaig — Freilassing" mit Umbau der anschließenden Staatsstraßenstrecke am Schloßberg.		
Gesamtkosten . . . . . 315,000 ℳ In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 70,000 ℳ Von dem Reste mit 245,000 ℳ werden für 1912 und 1913 als II. Rate beantragt	35,000	70,000
Niederbayern.		
Umbau der Brücke b 50 über die Aitrach auf der Staatsstraße Nr. 114 „Regensburg — Straubing — Passau".		
Die in den Jahren 1857 bis 1860 erbaute Brücke besitzt 2 Öffnungen von je 10,3 m Lichtweite, 2 Widerlager und 1 Pfeiler aus Granit bezw. Ziegelsteinen, sowie eine als Hängewerk aus Holz und Eisen ausgebildete Fahrbahnkonstruktion mit hölzerner Decklage. Da die Holzteile und das Ziegelmauerwerk schadhaft sind, und die Tragfähigkeit der Brücke für den schweren Lastenverkehr (Dampfpflug) zu gering ist, soll die Brücke unter Benützung der alten Fundamente in Eisenbeton umgebaut werden. Eine Verringerung der Lichtweite ist mit Rücksicht auf das Aitrach-Hochwasser nicht zulässig. Die Gesamtkosten, die sich auf 20,000 ℳ belaufen, werden ganz in Ansatz gebracht.	10,000	20,000
Pfalz.		
Kein Antrag.		
Seite	87,500	175,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	87,500	175,000
Oberpfalz.		
Umbau der Stadtmühlbrücke in Vilseck auf der Distriktsstraße „Vilseck—Auerbach".		
Gesamtkosten . . . . 60,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 30,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate vorgesehen	5,000	10,000
Oberfranken.		
a. Neubau der Trubachbrücke c 32 bei Forchheim auf der Staatsstraße Nr. 98 „Nürnberg—Bamberg".		
Gesamtkosten s. Etat 1910 und 1911 . . . . 105,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 55,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. und letzte Rate beantragt . .	25,000	50,000
b. Neubau der Geyerswörthbrücke über den linken Regnitzarm in Bamberg.		
Die im Jahre 1863 erbaute Brücke hat gemauerte Widerlager, einen gemauerten Pfeiler und eisernen Überbau (Pauli-Träger) mit hölzerner Fahrbahn ohne Schotterdecke. Die beiden Lichtöffnungen messen je 22,2 m. Die nutzbare Brückenbreite beträgt 6,85 m. Die Baupflicht obliegt dem Staate. Das Mauerwerk ist schadhaft, der Überbau hat nicht die Tragfähigkeit für die derzeitigen Verkehrslasten, die Fahrbahndielen erfordern sehr häufige Auswechselungen, für eine Kiesdecke fehlt die Tragkraft, die Brückenbreite entspricht nicht dem Verkehrsbedürfnisse mitten in der Stadt Bamberg. Es wird daher ein vollständiger Neubau beantragt.		
Die neue Brücke erhält Widerlager und Pfeiler aus Stampfbeton auf Pfahlbürsten mit Spundwänden. Der Überbau wird aus Eisenbetonplattenbalken hergestellt, die Fahrbahn wird mit Kleinpflaster befestigt. Die Fußbänke erhalten Asphaltbelag. Die Lichtweiten bleiben unverändert, die nutzbare Brückenbreite wird auf 9 m gebracht, wovon 6 m auf die Fahrbahn und je 1,5 m auf die beiden Fußbänke treffen.		
Die Tragkraft ist für eine Straßenwalze mit 20 t Gewicht und Menschengedränge mit 360 kg für das qm berechnet.		
Die Kosten betragen . . . . 60,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 wird eine I. Rate beantragt von	15,000	30,000
Seite	132,500	265,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	132,500	265,000
Mittelfranken.		
Kein Antrag.		
Unterfranken und Aschaffenburg.		
a. Erneuerung der Standbilder auf der alten Mainbrücke zu Würzburg.		
Gesamtkosten s. Etat 1910 und 1911 . . . . 63,000 ℳ		
Hiezu leistet die Stadt Würzburg einen Zuschuß von . . . . 31,500 ℳ		
bleibt für den Staat . . . . 31,500 ℳ		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurde als I. Rate bewilligt . . . 10,500 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als II. Rate beantragt	5,250	10,500
b. Verbreiterung der Brücken b 60, c 60 und d 60 bei Münnerstadt und der Brücke d 80 bei Mittelstreu auf der Staatsstraße Nr. 149 „Würzburg—Meiningen".		
Die aus dem 18. Jahrhundert stammenden gewölbten steinernen Brücken haben zwischen den Brüstungen eine nutzbare Breite von 3,6 bis 4,5 m.		
Die über das Lauertal führenden 3 Brücken bei Münnerstadt bilden mit den dazwischenliegenden Stützmauern einen langen Engpaß, der bei dem lebhaften Verkehr große Gefahren birgt. Die Lichtweiten, bei Brücke b 60 7,2 m, bei c 60 zwei Öffnungen mit 7,2 und 7,6 m und bei d 60 3,2 m, sind für den Wasserabfluß genügend. Die Verbreiterung erfolgt durch Verlängerung der Gewölbe, wobei Bedacht genommen wird, daß die neuen Stirnmauern die gleiche, in das Städtebild passende Ansicht erhalten wie die alten. Die nutzbare Breite zwischen den Brüstungen wird sowohl auf den Brücken wie zwischen den Stützmauern auf 8,6 m gebracht. Die Mühlbachbrücke d 80 bei Mittelstreu wird in der gleichen Weise verbreitert und kann unter den vorliegenden Verhältnissen auf eine Nutzbreite von 6,6 m gebracht werden.		
Die Gesamtkosten betragen	16,000	32,000
c. Neubau der Mainflutbrücke a 12 und der Mainbrücke b 12 bei Baunach auf der Staatsstraße Nr. 18 „Bamberg—Meiningen".		
Die beiden Brücken wurden in den Jahren 1838 bis 1841 erbaut. Die hölzernen Überbauten wurden zuletzt im Jahre 1852 erneuert.		
Die Brücke a 12 hat zwei Widerlager und zwei Pfeiler von Stein, die Lichtweite der drei Öffnungen beträgt je 16,5 m. Die Brücke b 12 hat zwei Widerlager und drei Pfeiler		
Seite	153,750	307,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 2. Übertrag	153,750	307,500
von Stein, die Lichtweite der vier Öffnungen beträgt je 14,9 m. Die Fahrbahn besteht aus Deckhölzern ohne Schotterdecke und wird von Bogenhängwerken aus Holz getragen. Die Deckhölzer müssen in kurzen Zwischenräumen ausgewechselt werden. Die Haupttragwände haben durch Fäulnis stark gelitten, so daß die Verkehrslast durch oberpolizeiliche Vorschrift auf Wagen von 75 Zentner beschränkt werden mußte.		
Der Überbau ist auf jeden Fall zu erneuern. Es wäre aber nicht zweckmäßig, wieder einen hölzernen Überbau herzustellen, weil damit die Tragkraft für Staatsstraßenlasten nicht erreicht würde. Außerdem ist die Richtung der bestehenden Brücken so ungünstig, daß die Straße am rechten Mainufer senkrecht gegen einen Bergabhang stößt und rechtwinkelig umbiegen muß. Ferner steht ein Pfeiler der Brücke b 12 so ungünstig im Flußbette des Maines, daß er die Floßfahrt sehr schwierig und gefährlich macht.		
Es wird daher ein vollständiger Neubau unter Verlegung der Baustelle beantragt. Die alte Brücke dient als Notfahrt bis zur Vollendung des Neubaues. Die neue Brücke überschreitet das Maintal unter einem Winkel von 60° gegen die Flußachse, wodurch am rechten Ufer die Entwickelung für eine Kurve mit 50 m Halbmesser gewonnen wird. Sie erhält zwei Widerlager und drei Pfeiler von Beton, auf Felsen gegründet. Die vier Öffnungen haben je 45 m Lichtweite, in das Flußbett trifft kein Pfeiler. Die Überbauten bestehen aus eisernen Fachwerken, deren Unterkante 1 m über dem Hochwasser liegt. Die Fahrbahn wird beschottert, die Fußbänke werden aus Betonplatten gebildet. Die nutzbare Breite beträgt 6,5 m, wovon 4,7 m auf die Fahrbahn und je 0,9 m auf die beiden Fußbänke treffen. Die Tragkraft ist für eine Dampfstraßenwalze mit 20 t Gewicht und Menschengedränge von 360 kg für das qm berechnet. Die an beiden Ufern anschließenden Straßenstrecken, die im Jahre 1909 überschwemmt waren, werden auf 2000 m Länge im Mittel um 0,9 m erhöht und damit hochwasserfrei gemacht. Am linken Mainufer ist ober- und unterhalb der Brücke eine (im ganzen) 1000 m lange und 125 m breite Abgrabung des Vorlandes vorgesehen, womit ein genügendes Hochwasserabflußprofil geschaffen und zugleich das Füllmaterial für die Straßenerhöhung gewonnen wird. Das Flußbett ist auf 300 m Länge zu regulieren.		
Die Gesamtkosten betragen . . . . . 410,000 M		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 wird eine I. Rate beantragt von	50,000	100,000
Schwaben und Neuburg.		
a. Umbau der beiden Lechbrücken a und b 46 bei Rain auf der Staatsstraße Nr. 51 „Ingolstadt—Günzburg".		
Gesamtkosten . . . . . 198,500 M		
In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als I. Rate bewilligt . . 51,500 M		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werder als II. und letzte Rate vorgesehen . .	73,500	147,000
Seite	277,250	554,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	277,250	554,500
b. Umbau der Donaubrücke c 32 bei Dillingen auf der Staatsstraße Nr. 68 „Langweid—Dillingen".		
Gesamtkosten . . . . 240,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 20,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden von dem Reste mit 220,000 ℳ als II. Rate beantragt	10,000	20,000
Bemerkung: Die Entwurfsaufstellung hat auch die Frage zu untersuchen, ob die Brücke, die letzte nach dem System Wiebeking, nach Unterfangen der Pfeiler und Widerlager und Erneuerung der schadhaften Holzteile nicht auf so lange Zeit wieder fortbestehen kann, daß der hiefür nötige Aufwand von etwa 60,000 ℳ wirtschaftlich ist.		
c. Umbau der Biberbachbrücke a 61 bei Unterfahlheim auf der Staatsstraße Nr. 15 „Augsburg—Günzburg—Ulm".		
Die in den Jahren 1819 und 1820 erbaute Brücke ist ein hölzernes Sprengwerk mit 11,6 m Lichtweite und besitzt zwei Backsteinwiderlager auf Pfahlrost. Außer der Baufälligkeit der letzteren war auch die Tragkonstruktion so schadhaft, daß sie durch zwei Notjoche bereits im Jahre 1896 gestützt werden mußte. Die Brücke ist nun im Laufe der Jahre in einem baulich derart wenig befriedigenden Zustand, daß ihr Umbau aus wirtschaftlichen wie auch aus Sicherheitsgründen geboten ist.		
Der Umbau soll als eiserne Balkenbrücke von 11,6 m Lichtweite erfolgen.		
Die Gesamtkosten, welche sich auf 12,000 ℳ belaufen, werden ganz in Ansatz gebracht.	6,000	12,000
d. Umbau der Geltnachbrücke a 21 bei Stötten auf der Staatsstraße Nr. 57 „Kaufbeuren—Füssen—Reutte".		
Die Brücke hat steinerne Widerlager, ein hölzernes Mitteljoch, eiserne I-Träger mit Holzbelag und bekiester Fahrbahn; die Lichtweite der beiden Öffnungen beträgt je 5 m. Nachdem nicht nur die Brücke in einem wenig befriedigenden baulichen Zustand sich befindet, sondern deren Bestand durch eine infolge der Geltnachkorrektion hervorgerufenen bedeutenden Sohlensenkung gefährdet ist, kann der Umbau nicht mehr länger verschoben werden. Derselbe soll aus Eisenbeton mit 10 m Lichtweite erfolgen.		
Die Gesamtkosten, welche auf 18,000 ℳ veranschlagt sind, werden ganz in Ansatz gebracht	9,000	18,000
Seite	302,250	604,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 2. Übertrag	302,250	604,500
e. Umbau der Singoldüberwasserbrücke g 1 und der Gennachbrücke b 5 auf der Staatsstraße Nr. 123 „Schwabmünchen—Türkheim".		
Die beiden um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erbauten Brücken sind Holzobjekte mit 11,5 bezw. 9,9 m Lichtweite, besitzen Holzbelag und bekieste Fahrbahn von 5,3 m Breite. Die Holzkonstruktionen wie auch die aus Backsteinmauerwerk hergestellten Widerlager sind sehr schadhaft. Dazu kommt noch, daß insbesondere die Brücke g 1 seit dem Umbau der Distriktsstraße Hiltenfingen—Mittelneufnach dem gesteigerten Lastenverkehr nicht mehr gewachsen ist. Die Brücken sollen als Eisenbetonbrücken unter Beibehaltung der bisherigen Lichtweiten und einer Fahrbahnbreite von je 6,0 m umgebaut werden.		
Die Gesamtkosten, welche sich auf 14,500 M beziffern, werden ganz in Ansatz gebracht	7,250	14,500
Summe Tit. 2. Brückenbauten	309,500	619,000

Vortrag		Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
		M	M
§ 2.			
	Titel 3. Wasserbauten.		
	A. Schiffbare Flüsse.		
1. Donau.	a) Oberbayern	—	—
	b) Niederbayern	20,000	40,000
	c) Oberpfalz und Regensburg	20,000	40,000
2. Rhein.	Pfalz.		
	a) Beitrag Bayerns zur Rheinregulierung zwischen Sondernheim und Straßburg nach der Übereinkunft zwischen Baden, Bayern und Elsaß-Lothringen vom 28. November 1901 (Ges. u. VOBl. 1907 Nr. 4). Im ganzen 800,000 M in 10 Jahresraten. In der Finanzperiode 1906 und 1907 wurden als I. Rate bewilligt . . . 80,000 M In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden „ II. und III. Rate bewilligt . . . 160,000 M In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurden „ IV. und V. Rate bewilligt . . . 160,000 M Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden „ VI. und VII. Rate beantragt	80,000	160,000
	b) Flußbauten in der bayerischen Strecke	33,000	66,000
3. Main, schiffbare Regnitz und Saale.	a) Oberfranken	3,000	6,000
	b) Unterfranken und Aschaffenburg	104,000	208,000
4. Inn.	———	—	—
	Summe A. Schiffbare Flüsse	260,000	520,000

Erläuterungen

Die an der Donau in Ober- und Niedernbayern sowie in Schwaben sowie an ihren südlichen Zuflüssen notwendigen Bauvornahmen sind der Hauptsache nach im außerordentlichen Budget vorgesehen:

1. Donau.

a) . . . .

b) Fortsetzung der Versuche über die Herstellung einer Niederwasserkorrektion behufs Erzielung einer möglichst großen Fahrwassertiefe zwischen km 156—164.

Ergänzung der Felssprengungen im Kachlet zwischen Hofkirchen und Passau.

c) Erhöhung der bestehenden Leitwerke zwischen km 216,89—235,4 in 4 Teilstrecken zur Verbesserung der Dampfschiffahrtsverhältnisse durch Abtreiben von Kiesansammlungen.

2b. Rhein. Flußbauten in der bayerischen Strecke.

α) Erhöhung niedriger Leitwerke nach dem Fortschritte der Verlandungen an 8 Baustellen zwischen km 1,5 und 1,8 bei Neuburg, 14,7 und 14,9 unterhalb Maximiliansau, 20,6 und 20,8 bei Leimersheim, 35,7 und 36,2 bei Mechtersheim, 42,7 und 42,9 gegenüber Rheinhausen, 44,1 und 45,5 oberhalb Speyer, 58,5 und 58,7 unterhalb Otterstadt, 60,0 und 60,3 oberhalb Altrip.

β) Schwellenbaggerungen zwischen Sondernheim und Rheinhausen gemeinschaftlich mit der Großherzoglich Badischen Strombauverwaltung.

3a. Main.

Oberfranken.

Ergänzung der Steinwürfe an den Leitwerken und Uferdeckungen.

3b. Main.

Unterfranken.

α) Baggerungen, Leitwerks- und Buhnenbauten zur Verbesserung des Fahrwassers an 5 Baustellen zwischen km 92,0 und 93,1 bei Obernau, 103,9 und 104,3 bei Obernburg, 116,1 und 116,7 bei Laudenbach, 212,5 und 225,5 oberhalb Gemünden, 230,5 und 240,5 oberhalb Himmelstadt.

β) Pflasterung des Leitwerkes zwischen km 249,1 und 249,7 bei Würzburg.

γ) Ausbau der Mittelwasserkorrektion zwischen km 281,8 und 283,5 unterhalb Kitzingen.

δ) Tieferlegung des Vorlandes am linken Mainufer zwischen km 286,4 und 287,3 bei Etwashausen zur Verbesserung des Hochwasserabflusses durch die Straßenbrücke.

Vortrag		Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
		ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 3.			
	B. Floß- und triftbare Flüsse.		
1. Lech.	Oberbayern	14,065	28,130
2. Isar.	Niederbayern	10,000	20,000
3. Floßbarer Main mit der Regnitz und den Floßbächen des Frankenwaldes.	Oberfranken	192,500	385,000
	Summe B. Floß- und triftbare Flüsse	216,565	433,130
	Hiezu „ A. Schiffbare Flüsse	260,000	520,000
	Summe Titel 3. Wasserbauten	477,565	953,130
	Hiezu „ „ 2. Brückenbauten	309,500	619,000
	„ „ 1. Straßenbauten	611,250	1'222,500
	„ „ 4. Reserve	126,490	252,980
	„ „ 5. Bedarf für Verzinsung und Tilgung des zum Zwecke der rascheren Förderung der Korrektionsbauten aufzunehmenden allgemeinen Staatsanlehens	1'162,500	2'325,000
	Summe Kap. 4 § 2	2'686,305	5'372,610

Erläuterungen

Floß- und triftbare Flüsse.

1. Lech.

Ausbau des untersten Wehrabsatzes am Landsberger Lechwehr. Profilerweiterung an der Schongauer Lechbrücke. Unterhaltungsfonds zum Pförringer Hochwasserdamm. (50 %) (22,000 + 4000 + 2130 = 28,130 ℳ.)

2. Isar.

Herstellung einer Ufermauer an Selle des vom Ärar zu unterhaltenden Böschungspflasters längs des Postplatzes in Landshut.

3. Floßbarer Main mit der Regnitz und den Floßbächen des Frankenwaldes.

a) Main.

α) Ergänzung der Steinwürfe an den Leitwerken und Uferdeckungen zwischen km 400 und 403 bei Baunach und Kämmern und zwischen km 409 und 413 bei Ebing und Zapfendorf.

β) Ausbau der Korrektion zwischen km 408,6 und 409,1 unterhalb Ebing, zwischen km 411,7 und 412,2 unterhalb Zapfendorf und zwischen km 434,2 und 434,5 oberhalb Reundorf.

b) Regnitz.

α) Ergänzung der Steinwürfe an den Leitwerken und Uferdeckungen zwischen km 8,6 und 10,7 oberhalb Bug.

β) Korrektion zwischen km 22,2 und 24,4 unterhalb Neuses (I. Rate).

c) Rodach.

Erbauung eines Hochwasserdammes mit Flutmulde am linken Ufer bei Oberlangenstadt zur Verbesserung der Hochwasser- und Eisverhältnisse.

d) Wilde Rodach.

Korrektion mit Wehr- und Schleusenanlagen und Hochwasserdämmen bei Wallenfels zur Verbesserung der Floßfahrt und Beseitigung der Überschwemmungsgefahr. (I. Rate.)

e) Obere Talgründe.

Bei den Floßbächen des Frankenwaldes wurden bisher unterschieden:

1. Die oberen Talgründe, bestehend aus 18 Bächen mit 103 km Gesamtlänge, der Staatsforstverwaltung unterstellt und
2. die unteren Talgründe, bestehend aus 8 Bächen mit 93 km Länge, der Staatsbauverwaltung unterstellt.

Nachdem die Staatsforstverwaltung die fernere Instandhaltung der Bäche in den oberen Talgründen abgelehnt hat, muß diese gemäß Art. 95 des Wassergesetzes von der Staatsbauverwaltung übernommen werden. Es erwächst somit für die Staatsbauverwaltung ein Zugang an öffentlichen Flüssen von 101 km Länge, deren Beaufsichtigung — bis zur Errichtung eines neuen Straßen- und Flußbauamtes in Kronach — dem Straßen- und Flußbauamt Bamberg übertragen wird.

In der Finanzperiode 1912 und 1913 sind Bauvornahmen (Flußbetträumungen und Regulierungen) vorgesehen im Oberlaufe der wilden Rodach, der Kremnitz, des Doberbaches der Teuschnitz und der Haslach.

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M

§ 4. Freiwillige Zuschüsse zu Brückenbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt.

Oberbayern.

1. Bau einer Lechbrücke bei Apfeldorf, Bezirksamts Schongau.

Die Gemeinde Apfeldorf hat 1906 und 1907 eine eiserne Brücke über den Lech mit einem Kostenaufwande von 95,357 M erbaut. Hiervon treffen rund 50,000 M auf die eigentlichen Brückenbaukosten, über 45,000 M auf den Bau der Zufahrtstraße.

Zurzeit besteht noch eine Brückenbauschuld von rund 58,000 M; für deren Verzinsung und Tilgung sind jährlich 3375 M erforderlich.

An Zuschüssen hat die Gemeinde bis jetzt bewilligt erhalten:

vom Distrikte:	10,000 M zahlbar in 20 Jahresraten ab 1906,
vom Kreise:	10,000 M in bisher 6 Jahresraten,
von 2 Gemeinden:	2,000 M,
von einer Fabrik:	3,421 M,
vom Staate:	20,000 M,
zusammen:	45,421 M.

Der Zuschuß des Distrikts wird zur Ansammlung eines Unterhaltungsfonds verwendet. Die Gemeinde Apfeldorf erhebt bei 750 Einwohnern und bei 1800 M Steuersoll 292 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Mit Rücksicht auf die ganz außergewöhnlich hohen Kosten der Zufahrtsstraße dürfte noch ein letzter Staatszuschuß zu gewähren sein von . . . . — 1 Jahr: 2,500 M; 2 Jahre: 5,000 M

2. Bau einer Lechbrücke in Landsberg a. L.

Die Stadtgemeinde Landsberg a. L. beabsichtigt, an Stelle der durch das Hochwasser 1910 stark beschädigten Holzbrücke (untere, sog. Sandauerbrücke) eine Eisenbetonbrücke über den Lech zu erbauen. Der Bau soll 1919 begonnen werden, da die Holzbrücke, die nochmals ausgebessert wurde, bis dahin voraussichtlich noch benützt werden kann.

Nach dem vorläufig in Aussicht genommenen Projekt (Eisenbeton mit pneumatischer Fundierung) glaubt die Gemeinde mit einem Kostenaufwand von 164,000 M rechnen zu müssen.

Die Stadtgemeinde Landsberg a. L. erhebt 1911 bei 7293 Einwohnern und bei 49,000 M Steuersoll 200 % Gemeindeumlagen.

Einem rentierenden Gemeindevermögen von rund 66,900 M stehen 1'530,655 M Schulden gegenüber.

Es dürfte zur Ansammlung eines Brückenbaufonds ein Zuschuß zu gewähren sein von — 1 Jahr: 6,000 M; 2 Jahre: 12,000 M

	1 Jahr	2 Jahre
Seite	8,500	17,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	8,500	17,000

3. Bau eines Fußgängerstegs über die Salzach bei Laufen, Bezirksamts Laufen.

Die Stadtgemeinde Laufen beabsichtigt, an der Stelle der früheren Salzachbrücke einen eisernen Fußgängersteg zu errichten.

Die Kosten sind auf 69,000 ℳ veranschlagt. An Zuschüssen hat die Gemeinde bewilligt erhalten:

vom Distrikte: 1,900 ℳ in 5 Jahresraten,
vom Kreise: 15,700 ℳ in 2 Jahresraten,
vom Staate: 10,000 ℳ in der Finanzperiode 1910 und 1911,

zusammen: 27,600 ℳ.

Die Gemeinde erhebt 1911 bei 2529 Einwohnern und bei 8800 ℳ Steuersoll 181% Gemeinde- und Distriktsumlagen. Einem rentierenden Gemeindevermögen von 119,000 ℳ stehen 208,600 ℳ Gemeindeschulden gegenüber.

Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von . . . . zur Ansammlung eines Baufonds; diesem Fonds wären auch die 1910 und 1911 bewilligten 10,000 ℳ zu überweisen.	5,000	10,000

4. Umbau der Salzachbrücke bei Tittmoning, Bezirksamts Laufen.

Die Stadtgemeinde Tittmoning beabsichtigt, an Stelle der schadhaften Holzbrücke über die Salzach eine Brücke aus Eisen und Beton mit einem Aufwande von 450,000 ℳ zu erbauen.

Nach den Landtagsverhandlungen von 1903 und 1904 soll hiefür zunächst ein Baufonds angesammelt werden.

Die Gemeinde hat die Haftung für die Aufbringung des Gesamtaufwandes übernommen und führt an den Baufonds jährlich 1000 ℳ ab (seit 1902).

Der Distrikt leistet einen Beitrag von . . . . 10,000 ℳ,
der Kreis einen solchen von . . . . 50,000 ℳ,
der Staat hat 1906 und 1907, 1908 und 1909 und 1910 und 1911 je 50,000 ℳ, insgesamt bis jetzt . . . . 150,000 ℳ
bewilligt.

Im ganzen stehen Ende 1911 bei Einrechnung der angewachsenen Zinsen 244,000 ℳ zur Verfügung.

Die Gemeinde erhebt 1911 bei 1690 Einwohnern und einem Steuersolle von 5700 ℳ 175% Gemeinde- und Distriktsumlagen. Die Gemeindeschuld beträgt nach der Rechnung 1909 146,960 ℳ.

Zur Ansammlung des Brückenbaufonds dürfte ein weiterer Staatszuschuß zu gewähren sein von	25,000	50,000
Seite	38,500	77,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	38,500	77,000
Niederbayern.		
1. Bau einer Isarbrücke bei Ettling, Bezirksamts Landau a. I.		
Die Gemeinde Ettling hat 1904 und 1905 an Stelle der schadhaften hölzernen Brücken über die Isar und ihre Altwässer 2 eiserne Brücken erbaut. An Kosten sind 102,415 ℳ erwachsen, wovon 93,114 ℳ auf den eigentlichen Brückenbau treffen. Zur Verzinsung und Tilgung der auf den Brückenbau und die Zufahrtstraßen erwachsenen Schuld sind jährlich 3656 ℳ erforderlich.		
Die Gemeinde hat an Zuschüssen bewilligt erhalten: vom Distrikte: 5000 ℳ (1906 bis 1910), vom Kreise: 10,000 ℳ (in 10 Jahresraten), vom Staate 27,000 ℳ (in 2 Finanzperioden), zusammen: 42,000 ℳ.		
Die Gemeinde Ettling erhebt 1911 bei 874 Einwohnern und bei 3340 ℳ Steuersoll 250 % Gemeinde- und Distriktsumlagen.		
Rentierendes Vermögen besitzt die Gemeinde nicht. Die Schulden (Brückenbauschuld) betragen zurzeit 71,500 ℳ.		
Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von	500	1,000
2. Bau von Brücken über die Isar und über das Isaraltwasser bei Gottfrieding, Bezirksamts Dingolfing.		
Die Gemeinde Gottfrieding hat 1909 mit einem Aufwande von 66,128 ℳ eine eiserne Brücke über die Isar gebaut. Im Anschlusse hieran hat sie den Bau einer weiteren eisernen Brücke über das linksseitige Isaraltwasser in Angriff genommen; die Kosten hiefür sind auf 23,500 ℳ veranschlagt. Die Gesamtkosten beider Brücken betragen hienach 89,628 ℳ. Davon treffen 5500 ℳ auf Zufahrtstraßen, so daß die eigentlichen Brückenbaukosten 84,124 ℳ betragen.		
Der Gemeinde sind an Zuschüssen bis jetzt bewilligt worden: vom Distrikte: 2,500 ℳ, vom Kreise: 11,000 ℳ in 10 Jahresraten, vom Staate: 10,000 ℳ in der Finanzperiode 1910 und 1911, zusammen: 23,500 ℳ.		
Die Gemeinde erhebt 1911 bei 707 Einwohnern und einem Steuersolle von 3705 ℳ 161,5 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 100 ℳ; die ausschließlich durch den Brückenbau entstandenen Gemeindeschulden betragen zurzeit 82,000 ℳ.		
Es dürfte ein Zuschuß zu gewähren sein von	7,500	15,000
Seite	46,500	93,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	46,500	93,000
3. Bau einer Isar- und einer Isaraltwasserbrücke bei Mamming, Bezirksamts Dingolfing.		
Die Gemeinde Mamming hat 1900 und 1905 je eine Brücke über die Isar und über das Isaraltwasser bei Mamming erbaut. Hierauf sind rund 87,500 ℳ Kosten erwachsen, wovon rund 84,700 ℳ auf den eigentlichen Brückenbau treffen.		
Zur Verzinsung und Tilgung der noch bestehenden Brückenbauschulden sind jährlich 2782 ℳ erforderlich.		
An Zuschüssen zu beiden Brückenbauten hat die Gemeinde bewilligt erhalten: vom Distrikte: 3,310 ℳ (1900, 1905 und 1906), vom Kreise: 12,000 ℳ (in 14 Jahresraten von 1899 an), vom Staate: 25,000 ℳ (in 3 Finanzperioden) zusammen: 40,310 ℳ.		
Die Gemeinde erhebt 1911 bei 1301 Einwohnern und bei 4452 ℳ Steuersoll 191,5 % Gemeinde- und Distriktsumlagen.		
Es dürfte ein Zuschuß zu gewähren sein von	500	1,000
4. Bau einer Isarbrücke bei Oberpöring, Bezirksamts Vilshofen.		
Die Gemeinde Oberpöring hat 1901 und 1902 an Stelle der baufälligen hölzernen Brücke über die Isar eine eiserne Brücke mit einem Kostenaufwande von 92,000 ℳ ausgeführt. Hievon treffen 87,407 ℳ auf den eigentlichen Brückenbau.		
Sie hat an Zuschüssen erhalten: vom Distrikte: 2,000 ℳ, vom Kreise: 10,000 ℳ in 10 Jahresraten, vom Staate: 30,000 ℳ in 3 Finanzperioden, zusammen: 42,000 ℳ.		
Oberpöring erhebt 1911 bei 513 Einwohnern und 1800 ℳ Steuersoll 342 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 3853 ℳ, die Gemeindeschulden betragen 58,750 ℳ; darunter sind 52,882 ℳ Brückenbauschuld.		
Zur Verzinsung und Tilgung der Brückenbauschuld sind jährlich 2268 ℳ erforderlich. Zur Aufbringung dieser Summe stehen rund 650 ℳ aus dem gemeindlichen Malz- und Bieraufschlag und aus der Besitzveränderungsabgabe zur Verfügung; der Rest muß von 1912 an durch Umlagen aufgebracht werden, da Kreiszuschüsse dann nicht mehr fließen.		
Ausnahmsweise dürfte nochmals ein Zuschuß zu bewilligen sein von	1,500	3,000
5. Bau einer Regenbrücke in Zwiesel, Bezirksamts Regen.		
An Stelle der 1876 errichteten Holzbrücke über den großen Regen erbaut die Stadt Zwiesel z. Z. (1911) eine neue Brücke aus Eisenbeton. Der Kostenaufwand beträgt 33,000 ℳ.		
Zur Verzinsung und Tilgung der Brückenbauschuld sind jährlich 1800 ℳ erforderlich.		
Die Stadtgemeinde Zwiesel hat an Zuschüssen bewilligt erhalten: vom Distrikte: 1300 ℳ in 10 Jahresraten, vom Kreise: 3000 ℳ im Jahre 1910, zusammen: 4300 ℳ.		
Die Gemeinde erhebt für 1911 bei 4077 Einwohnern und bei 13,500 ℳ Steuersoll 246 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Einem rentierenden Gemeindevermögen von 60,500 ℳ stehen Gemeindeschulden in Höhe von 375,000 ℳ (mit Einschluß der Brückenbauschuld) gegenüber.		
Es dürfte ein Staatszuschuß zu gewähren sein von	3,500	7,000
Seite	52,000	104,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	52,000	104,000
Pfalz.		
Kein Antrag.		
Oberpfalz und Regensburg.		
1. Umbau der Naabbrücke in Burglengenfeld, Bezirksamts Burglengenfeld.		
Die Stadtgemeinde Burglengenfeld beabsichtigt die 1870 und 1871 gebaute Naabbrücke in Burglengenfeld, die dem Verkehr nicht mehr genügt, umzubauen. Es ist die Verbreiterung der Fahrbahn und die Anlage von Gehwegen geplant.		
Hierauf wird ein Aufwand von 62,500 ℳ erwachsen.		
Der Bau soll begonnen werden, sobald der Brückenbaufonds zwei Drittel des erforderlichen Aufwandes erreicht hat.		
Dieser Brückenbaufonds ist 1908 mit 2000 ℳ aus Gemeindemitteln gegründet worden. Die Gemeinde will ihn alljährlich angemessen verstärken. Bis jetzt hat sie für diesen Fonds insgesamt 3000 ℳ geleistet.		
Aus Distriktsmitteln erhielt die Gemeinde 1910: 500, 1911: 500, zusammen 1000 ℳ.		
Die Gemeinde erhebt 1911 bei 3246 Einwohnern und bei 8800 ℳ Steuersoll 257,8% Gemeinde- und Distriktsumlagen.		
Einem rentierenden Vermögen von 36,000 ℳ stehen 148,000 ℳ Schulden gegenüber.		
Es dürfte zur Ansammlung eines Brückenbaufonds ein Zuschuß zu gewähren sein von	2,500	5,000
2. Bau einer Altmühlbrücke bei Deising, Bezirksamts Riedenburg.		
Die Gemeinde Deising hat 1902 an Stelle der baufälligen Holzbrücke eine Brücke aus Eisenbeton über die Altmühl erbaut. Der Kostenaufwand betrug 21,000 ℳ; hievon sind 14,000 ℳ eigentliche Brückenbaukosten. Zur Verzinsung und Tilgung der Brückenbauschuld sind jährlich 770 ℳ erforderlich.		
An Zuschüssen hat die Gemeinde erhalten: vom Distrikte: 250 ℳ, vom Kreise: 3450 ℳ, vom Staate: 3000 ℳ (Finanzperiode 1903 und 1904), zusammen: 6700 ℳ.		
Die Gemeinde erhebt bei 131 Einwohnern und bei einem Steuersoll von 640 ℳ 247% Gemeinde- und Distriktsumlagen.		
Es dürfte ein letzter Zuschuß zu gewähren sein von	500	1,000
Seite	55,000	110,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 4. Übertrag	55,000	110,000
3. Bau einer Naabbrücke bei Pielenhofen, Bezirksamts Stadtamhof.		
Die Gemeinde und Ortschaft Pielenhofen wird durch die Naab in zwei Teile geschieden. An Stelle eines einfachen Holzstegs hat die Gemeinde 1906 und 1907 eine eiserne Brücke mit einem Aufwande von 107,500 M erbaut. Hievon treffen 106,808 M auf den eigentlichen Brückenbau.		
Zurzeit besteht noch eine Brückenbauschuld von 67,770 M; für deren Verzinsung und Tilgung sind jährlich rund 2900 M erforderlich.		
An Zuschüssen hat die Gemeinde bis jetzt erhalten: vom Distrikte: 1,500 M, vom Kreise: 4,950 M, vom Staate: 32,000 M (1908 und 1909 und 1910 und 1911), zusammen: 38,450 M.		
Die Gemeinde erhebt 1911 bei 850 Einwohnern und bei 2 043 M Steuersoll 207 % Gemeinde- und Distriktsumlagen.		
Es dürfte ein letzter Staatszuschuß von . . . . zu gewähren sein.	500	1,000
4. Bau einer Pfreimdbrücke bei Trausnitz, Bezirksamts Nabburg.		
Die Gemeinde Trausnitz hat 1905 eine eiserne Brücke über die Pfreimd mit einem Kostenaufwand von 11,300 M erbaut.		
Zur Sicherung der Standfestigkeit der Brücke erwies sich noch der Einbau einer Flutbrücke als notwendig. Hierauf erwuchs ein weiterer Aufwand von 4 288 M, sodaß die Gesamtkosten des Brückenbaues rund 15,600 M betrugen. Die Brückenbauschulden belaufen sich zurzeit noch auf 4 720 M.		
An Zuschüssen hat die Gemeinde erhalten: vom Distrikte: — M, vom Kreise: 5,500 M, vom Staate: 4,500 M (1908 und 1909), zusammen: 10,000 M.		
Die Gemeinde erhebt 1911 bei 754 Einwohnern und bei einem Steuersoll von 1247 M 256,5 % Gemeinde- und Distriktsumlagen.		
Es dürfte ein letzter Staatszuschuß zu bewilligen sein von	500	1,000
5. Bau einer Vilsbrücke bei Rohrbach, Bezirksamts Burglengenfeld.		
Die Ortschaft Rohrbach hat 1905 eine eiserne Brücke über die Vils mit einem Kostenaufwand von 14,460 M erbaut.		
Zurzeit besteht noch eine Brückenbauschuld von 8 488 M, deren Verzinsung und Tilgung jährlich 552 M erfordert.		
Seite	56,000	112,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	56,000	112,000
An Zuschüssen hat die Ortschaft bis jetzt erhalten: vom Distrikte: 2100 ℳ (seit 1905 jährlich 300 ℳ), vom Kreise: 850 ℳ (1905 50 ℳ, 1907 und 1908 150 ℳ, 1906 100 ℳ, 1909 und 1910 200 ℳ), vom Staate: 4500 ℳ zusammen 7450 ℳ. In Rohrbach werden für 1911 bei 213 Einwohnern und 480 ℳ Steuersoll 187% Gemeinde- und Distriktsumlagen erhoben. Es dürfte ein letzter Zuschuß zu gewähren sein von	300	600
Oberfranken.		
1. Bau einer Mainbrücke bei Hallstadt, Bezirksamts Bamberg I.		
Die Gemeinde Hallstadt hat 1879 an Stelle einer staatlich betriebenen Fähre zwischen Hallstadt und Dörfleins eine Brücke aus Eisen und Beton über den Main erbaut. Der Kostenaufwand betrug 115,000 ℳ, wovon 111,000 ℳ auf den eigentlichen Brückenbau treffen. Zur Verzinsung und Tilgung der Brückenbauschuld, die zurzeit noch etwas über 66,000 ℳ beträgt, sind jährlich 5084 ℳ erforderlich. An Zuschüssen hat die Gemeinde lediglich im Jahre 1902 10,000 ℳ vom Distrikte Bamberg I erhalten. Die Gemeinde erhebt 1911 bei 2264 Einwohnern und bei 5058 ℳ Steuersoll rund 260% Gemeinde- und Distriktsumlagen. Die Gemeinde besitzt 208,215 ℳ rentierendes Vermögen und hat 119,370 ℳ Schulden (einschließlich der Brückenbauschuld). Es dürfte ausnahmsweise ein einmaliger Zuschuß zu gewähren sein von	2,500	5,000
Die Auszahlung des Zuschusses wird an die Bedingung zu knüpfen sein, daß eine entsprechende Herabsetzung des Brückenzolls, insbesondere für die Bewohner der Gemeinde Dörfleins, erfolgt.		
2. Bau einer Regnitzbrücke bei Neuses, Bezirksamts Forchheim.		
Die Gemeinde Neuses hat 1910 an Stelle der bisherigen Fähre über die Regnitz eine Brücke aus Eisen und Beton mit einem Kostenaufwande von rund 145,000 ℳ erbaut. Die Bauabrechnung liegt noch nicht vor. Nach dem Voranschlage treffen auf den eigentlichen Brückenbau etwas über 100,000 ℳ. An Zuschüssen hat die Gemeinde bewilligt erhalten: vom Distrikte: 40,000 ℳ (1904 und 1905), vom Kreise: 14,000 ℳ (1905 bis 1911), vom Staate: 30,000 ℳ (in 3 Finanzperioden), vom Forstärar: 3,000 ℳ (als Kostenbeitrag); ferner stehen vom Staatsärar noch 3,080 ℳ für die Ablösung der Unterhaltungspflicht an der Fähre in Aussicht, so daß die Zuschüsse zusammen 89,080 ℳ betragen.		
Seite	58,800	117,600

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	58,800	117,600
Zur Verzinsung und Tilgung der bestehenden Brückenbauschuld sind jährlich 3660 ℳ erforderlich. Dieser Betrag wird zum Teil durch den Brückenzoll aufgebracht, der 2700 ℳ jährlich trägt; den Rest hat der Distrikt übernommen. Die Gemeinde erhebt 1911 bei 223 Einwohnern und bei 900 ℳ Steuersoll 73 % Distriktsumlagen. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 11,440 ℳ. Sonstige Gemeindeschulden sind nicht vorhanden. Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von	2,500	5,000
3. Bau einer Mainbrücke bei Wiesen, Bezirksamts Staffelstein.		
Die Gemeinde Wiesen hat 1909 und 1910 an Stelle der baufälligen Holzbrücke eine Brücke aus Beton und Eisen über den Main erbaut. Der Kostenaufwand betrug 49,700 ℳ, wovon 44,380 ℳ auf den eigentlichen Brückenbau treffen. Zur Verzinsung und Tilgung der Brückenbauschuld sind jährlich 1530 ℳ erforderlich. An Zuschüssen hat die Gemeinde bewilligt erhalten: vom Distrikte: 1,200 ℳ (in 6 Jahresraten seit 1909), vom Kreise: 2,000 ℳ (1909 und 1910), vom Staate: 13,000 ℳ (1910 und 1911), zusammen: 16,200 ℳ. Die Gemeinde erhebt 1911 bei 207 Einwohnern und bei 866 ℳ Steuersoll 237 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Einem rentierenden Gemeindevermögen von 10,755 ℳ stehen 45,900 ℳ Gemeindeschulden gegenüber. Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von	800	1,600
4. Bau einer Main-Brücke bei Zapfendorf, Bezirksamts Staffelstein.		
Die Gemeinde Zapfendorf hat 1909 die vom Hochwasser zerstörte Holzbrücke über den Main durch eine Brücke aus Eisen und Beton ersetzt. Der Kostenaufwand betrug 41,020 ℳ. Hievon sind rund 38,000 ℳ eigentliche Brückenbaukosten. Zur Deckung des Gesamtaufwandes hat die Gemeinde ein 3¼ %iges Landeskultur-renten-Darlehen von 42,000 ℳ erhalten. Zur Verzinsung und Tilgung dieses Darlehens sind jährlich 2100 ℳ erforderlich, die in der Hauptsache durch Gemeindeumlagen aufgebracht werden. An Zuschüssen hat die Gemeinde erhalten: vom Distrikte: 250 ℳ, vom Kreise: 1100 ℳ, vom Staate: 1000 ℳ aus Hochwasserunterstützungsfonds 1909, zusammen: 2350 ℳ. Aus Hochwasserunterstützungsfonds hat die Gemeinde ferner ein unverzinsliches, innerhalb 10 Jahren rückzahlbares Darlehen von 2000 ℳ erhalten. Die Gemeinde erhebt 1911 bei 774 Einwohnern und 2170 ℳ Steuersoll 120 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Dem rentierenden Gemeindevermögen von 45,300 ℳ stehen (mit Einschluß der Brückenbauschuld) 51,900 ℳ Schulden gegenüber. Es dürfte ein Zuschuß zu gewähren sein von	3,000	6,000
Mittelfranken. Kein Antrag.		
Seite	65,100	130,200

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	65,100	130,200
Unterfranken und Aschaffenburg.		
Bau einer Mainbrücke bei Lengfurt, Bezirksamts Marktheidenfeld.		
Die Gemeinde Lengfurt hat 1903 und 1904 eine Brücke über den Main erbaut. Der Kostenaufwand betrug 292,300 ℳ. Hievon treffen auf den eigentlichen Brückenbau 267,181 ℳ. Zur Aufbringung der Baukosten hat die Gemeinde 60,000 ℳ Stammvermögen eingezehrt und 172,000 ℳ Schulden aufgenommen. An Zuschüssen hat die Gemeinde erhalten: vom Distrikte: 300 ℳ, vom Kreise: 7,000 ℳ, vom Staate: 55,000 ℳ (in 3 Finanzperioden), von Privaten: 11,300 ℳ, zusammen: 73,600 ℳ. Die Brückenbauschuld beträgt z. Z. noch 147,900 ℳ. Außerdem bestehen noch 20,000 ℳ ältere Gemeindeschulden. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 110,500 ℳ. Die Gemeinde erhebt 1911 bei 878 Einwohnern und 3210 ℳ Steuersoll 188 % Gemeinde- und Distriktsumlagen. Es dürfte ein nochmaliger Zuschuß zu gewähren sein von	5,000	10,000
Schwaben und Neuburg.		
Neubau der Landtorbrücke bei Lindau i. B.		
Die städtischen Vertretungskörper in Lindau i. B. haben beschlossen, an Stelle der bisherigen, nicht mehr ausreichend standfesten hölzernen Landtorbrücke zwischen Lindau und dem Festlande eine neue Brücke aus Beton mit einem Kostenaufwand von 300,000 ℳ zu erbauen. Im unmittelbaren Zusammenhange mit dem Brückenbau stehen weitere Ausgaben in Höhe von etwa 178,700 ℳ, so daß der Gesamtaufwand mit 478,700 ℳ berechnet werden kann. Zur Deckung dieses Aufwandes steht ein Brückenbaufonds in Höhe von 100,000 ℳ aus Mitteln der Stadt zur Verfügung. Der Rest muß, soweit er nicht durch Zuschüsse des Kreises und des Staates gedeckt wird, von der Stadt Lindau aufgebracht werden. Die Aufnahme eines Anlehens von 273,700 ℳ für diesen Zweck ist bereits beschlossen. Die Stadt Lindau erhebt für 1911 bei 6620 Einwohnern und 56,000 ℳ Steuersoll 145 % Gemeindeumlagen. Einem rentierenden Gemeindevermögen von 2'948,000 ℳ stehen rund 1'800,000 ℳ Schulden gegenüber. Es dürfte zur Verstärkung des Brückenbaufonds ein erster Staatszuschuß zu bewilligen sein von	15,000	30,000
Summe § 4. „Freiwillige Zuschüsse zu Brücken, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt"	85,100	170,200

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt.		
Oberbayern.		
1. Bildung eines Unterhaltungsfonds für die Verlegung der kleinen Donau bei Vohburg.		
Die Verlegung der kleinen Donau bei Vohburg, ein mit der Errichtung von Hochwasserdämmen zusammenhängendes Unternehmen der Gemeinde Vohburg, wurde in den Jahren 1903 bis 1905 mit einem Kostenaufwand von 93,000 M ausgeführt, wozu der Staat einen freiwilligen Zuschuß von 50% leistete. Zur Bildung eines Unterhaltungsfonds in der Höhe von 9000 M soll ebenfalls ein freiwilliger Staatsbeitrag von 50% geleistet werden	2,250	4,500
2. Desgleichen für die Kankerregulierung bei Partenkirchen.		
Für die Regulierung der Kanker mit einmündenden Wildbächen im Gesamtkostenbetrage von 177,200 M leistete der Staat einen freiwilligen Zuschuß von 4/9 der Gesamtkosten. Zur Bildung eines Unterhaltungsfonds für dieses Unternehmen in der Höhe von 21,600 M wird ein freiwilliger Staatszuschuß beantragt, der nach dem gleichen Beitragsverhältnisse bemessen ist auf	4,800	9,600
3. Desgleichen für die Leinbachverbauung bei Arzbach.		
50% zu dem Unterhaltungsfonds von 1000 M	250	500
Die Verbauung kostete 8000 M, wovon der Staat die Hälfte leistete.		
4. Desgleichen für die Verbauungen im Gebiete der Leizach bei Bayrischzell.		
Für diese Verbauungen — Leizachkorrektion mit einmündenden Wildbächen — wurden insgesamt 533,220 M aufgewendet, worunter 50% freiwilliger Staatszuschuß; der erforderliche Unterhaltungsfonds beträgt 53,220 M, wozu ebenfalls 50% als freiwilliger Staatszuschuß gegeben werden sollen	13,305	26,610
Seite	20,605	41,210

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Übertrag	20,605	41,210
5. Genossenschaftliche Regulierung der Maisach und Entwässerung des Maisachtales zwischen Mammendorf und Moorenweis.		
Aktiv beteiligte Gesamtfläche 1075 ha, wovon 382 ha im Staatseigentum und 743 ha im Eigentum von etwa 400 Anwesensbesitzern sich befinden. Durch das Unternehmen wird es möglich, die bisherigen Streuflächen in Futterwiesen umzuwandeln und die Ursachen der seither zu beklagenden Leberentzündung der Pferde zu beseitigen. Veranschlagte Kosten: 235,000 M, wovon rund 90,000 M auf die Instandsetzung des Flusses einschließlich der beiden Flutkanäle entfallen. Der Kreis bewilligte als erste Rate 20,000 M unter der Voraussetzung, daß der Staat den gleichen Zuschuß gewährt. Das Unternehmen ist nahezu vollendet.		
Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden vorgesehen	20,000	40,000
Niederbayern.		
Korrektion des Altbaches in Anzenkirchen.		
Die Ortschaft Anzenkirchen der Gemeinde Loderham (Bez.-A. Pfarrkirchen) hat unter dem Hochwasser des Altbaches zu leiden. Nachdem zur Beseitigung der Hochwassergefahr zunächst eine Eisenbahnbrücke erweitert worden war, wurde in den letzten Jahren die obere Strecke des Altbaches von der Gemeinde mit einem Kostenaufwande von 17,400 M korrigiert, wozu aus Hochwassergeldern und Distriktsmitteln Zuschüsse von 7400 M geleistet worden sind. Im Anschlusse daran ist die Korrektion einer weiteren Bachstrecke mit einem Aufwande von 10,000 M notwendig. Entsprechend dem in Aussicht genommenen Kreiszuschuß von 4000 M wird für die Finanzperiode 1912 und 1913 ein Staatszuschuß in gleicher Höhe vorgesehen mit	2,000	4,000
Pfalz.		
Genossenschaftliche Regulierung des Glan im Bezirksamte Homburg.		
Zur Beseitigung des hohen Grundwasserstandes und der häufigen Überschwemmungen in einer 482 ha großen und 12 km langen Wiesenfläche am oberen Glan ist die Abkürzung des Wasserlaufes durch Geradstiche und Anlage von Ent- und Bewässerungsgräben beabsichtigt. Es sind 3592 Grundstücke mit 1094 Eigentümern, durchweg Kleinbauern und Bergleute, zu dem genossenschaftlichen Unternehmen herangezogen worden. Die in Ausführung befindliche Regulierung erfordert nach Anschlag 120,000 M. Hiezu ist bereits ein Kreiszuschuß von 20,000 M bewilligt und wird für die Finanzperiode 1912 und 1913 ein Staatszuschuß in gleicher Höhe beantragt mit	10,000	20,000
Das Unternehmen ist in Ausführung.		
Seite	52,605	105,210

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	*M*
§ 5. Übertrag	52,605	105,210
Oberpfalz und Regensburg.		
Hochwasserdamm an der Donau in der Gemeinde Demling.		
Der von der Gemeinde im Jahre 1904 erbaute Sommerhochwasserdamm ist mit einem Kostenaufwande von 4500 *M* abzupflastern; hiezu ist ein freiwilliger Staatszuschuß beantragt von	750	1,500
Oberfranken.		
Kein Antrag.		
Mittelfranken.		
Uferschutzbauten und Flußbetträumungen an der Pegnitz.		
Die Pegnitz von ihrer Vereinigung mit der Rednitz bei Fürth bis zur Eisenbahnbrücke bei Eschenbach ist mit Ministerial-Entschließung vom 20. März 1910 Nr. 38290 als Privatfluß mit erheblicher Hochwassergefahr erklärt worden. Die Instandhaltung dieser Strecke ist daher gemäß Art. 98 des Wassergesetzes Kreislast. Die Kreisgemeinde von Mittelfranken hat in den Jahren 1910 und 1911 die vordringlichsten Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, die hauptsächlich durch die Hochwasserkatastrophe vom Jahre 1909 veranlaßt waren, und gedenkt diese Bauten in den Jahren 1912 und 1913 fortzusetzen.		
a) Für 1910 und 1911 sind ausgeführt: Uferschutzbauten und Flußbetträumungen an 28 Baustellen in den Gemeinden Fürth, Doos, Muggenhof, Nürnberg, Wöhrd, Erlenstegen, Laufamholz, Wetzendorf, Kleinweidenmühle und Lauf mit einem nachgewiesenen Kostenaufwande von 60,000 *M*.		
Hievon wird ein Rückersatz von 50% erbeten, das ist	15,000	30,000
b) In den Jahren 1912 und 1913 sind Uferschutzbauten und Flußbetträumungen geplant an 23 Baustellen in den Gemeinden Fürth, Nürnberg, Wöhrd, Schoppershof, Mögeldorf, Laufamholz, Kleinweidenmühle, Lauf und Hersbruck. Die Kosten sind veranschlagt auf 40,000 *M*.		
Hiezu wird ein Staatszuschuß erbeten von 50%, das ist	10,000	20,000
Seite	78,355	156,710

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Übertrag	78,355	156,710
Unterfranken und Aschaffenburg.		
Flußregulierungen und Uferschutzbauten an der fränkischen Saale.		
Die Saale von der Schondramündung bei Gräfendorf bis zur Brendmündung bei Neustadt ist mit Ministerial-Entschließung vom 2. Mai 1910 Nr. 32631 als Privatfluß mit erheblicher Hochwassergefahr erklärt worden. Die Instandhaltung dieser Strecke ist daher gemäß Artikel 98 des Wassergesetzes Kreislast.		
Die Kreisgemeinde von Unterfranken hat mit der Verbauung der zahlreichen Ufereinbrüche in den Jahren 1910 und 1911 begonnen und mit einem Kostenaufwand von 40,000 M an 9 Baustellen in den Gemeinden Weickersgrüben, Hammelburg, Westheim, Langendorf, Euerdorf, Kissingen, Aschach und Neustadt Schutzbauten ausgeführt. Hiezu wurde in der Finanzperiode 1910 und 1911 ein Staatszuschuß von 20,000 M bewilligt.		
In der Finanzperiode 1912 und 1913 sind Flußregulierungen und Uferschutzbauten geplant an 7 Baustellen in den Gemeinden Michelau, Weickersgrüben, Untereschenbach, Hammelburg, Westheim, Langendorf und Aschach.		
Die Kosten sind veranschlagt auf 40,000 M.		
Hiezu wird ein Staatszuschuß erbeten von 50%, d. i.	10,000	20,000
Schwaben und Neuburg.		
1. Hochwasserdämme am Lech in den Gemeinden Münster und Ellgau.		
Zur Wendung von Hochwasserbeschädigungen an den Dämmen mußten 2500 M seitens der Gemeinden aufgewendet werden; nachdem auch beim Neubau 50% der Gesamtkosten freiwillig vom Staate geleistet worden waren, sollen auch zu den Unterhaltungskosten 50% freiwilliger Staatszuschuß gewährt werden.	625	1,250
2. Hochwasserdämme zwischen Dillingen und Donauwörth.		
Nach Vollendung der mit einem Kostenaufwande von 900,000 M in den Jahren 1894 bis 1897 mit 50% Staatszuschuß hergestellten, 15 Gemeinden zwischen Dillingen und Donauwörth durchziehenden Hochwasserdämme entstanden Rechtsstreitigkeiten mit Fischereiberechtigten, die durch einen gerichtlichen Vergleich erledigt wurden. Hienach haben die Gemeinden an Entschädigungen, Gerichts-, Anwalts- und Parteikosten zusammen rund 15,000 M zu bezahlen. Die Gemeinden haben hierzu einen freiwilligen Staatszuschuß von 50% erbeten	3,750	7,500
Seite	92,730	185,460

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 5. Übertrag	92,730	185,460
3. Genossenschaftliche Korrektion der Geltnach im Bezirksamt Markt Oberdorf.		
Das Geltnachtal von Heggen oberhalb Stötten a. A. bis zur Mündung in die Wertach befindet sich auf 20 km Länge in einem Zustande fast vollständiger Versumpfung. Besserung wird von einer durchgreifenden Korrektion der Geltnach erwartet, die bereits durch die Besitzer von 70 % der ganzen Einzugsfläche (3000 Tgw.) beantragt ist. Die Kosten sind auf 300,000 ℳ veranschlagt; hierzu hat der Kreis einen in sechs gleichen Raten zu leistenden Zuschuß von 60,000 ℳ bewilligt unter der Bedingung, daß der Staat die doppelte Summe übernimmt. Als I. Rate werden vorgesehen	20,000	40,000
4. Dammbachkorrektion im Bezirksamt Sonthofen.		
Die Dammbachwiesen, ein von der Trettach, der Iller, dem Geisalpbache und den Hängen des Rubihornes eingeschlossenes Talgebiet von etwa 100 ha Fläche leiden durch den Einfluß mehrerer Wildbäche und den Rückstau der Iller und sind versumpft; Abhilfe soll durch eine Befestigung des gemeinsamen Schuttkegels der Wildbäche, Einfügung eines Kiesfängers und die ungefährliche Weiterführung des dem Schuttkegel entströmenden Wassers in die Iller, dann durch Einleitung des bisher in die Iller mündenden Dammbaches mittels Unterführung in den am linken Illerufer vorbeifließenden Gießbach geschaffen werden. Zu den auf 35,000 ℳ veranschlagten Kosten ist ein Kreiszuschuß von 7175 ℳ in Aussicht genommen; als Staatszuschuß werden 14,350 ℳ erbeten, welche ganz vorgesehen werden	7,175	14,350
Für in Aussicht stehende weitere Anträge werden vorsorglich eingesetzt	4,000	8,000
Summe § 5 „Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt“	123,905	247,810

München, den 6. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern.

Dr. von Brettreich.

Ausweis

über die

Erweiterungs- und Neubauten an Dienstgebäuden.

Laufende Nr.	Regierungsbezirk	Vortrag	Kostenbetrag im ganzen	Kostenbetrag für ein Jahr der Finanzperiode
			M	M
		I. Etat der allgemeinen inneren Verwaltung.		
1	Oberbayern	Gebäude des K. Staatsministeriums des Innern. Teilweiser Ausbau des Dachgeschosses zur Gewinnung von Geschäftsräumen .	20,000	10,000
2	Niederbayern	Bezirksamtsgebäude Bogen. Erwerbung eines benachbarten Grundstückes und bauliche Vornahmen zur Ingebrauchnahme desselben.	5,900	2,950
3	Unterfranken	Erweiterung des Regierungsgebäudes in Würzburg. Restbetrag, Hälfteanteil	56,500	28,250
		Summe I	82,400	41,200
		II. Etat der Landesarchive.		
4	Mittelfranken	Kreisarchivgebäude Nürnberg. Vermehrung der Benützungsräume (einschlüssig der Einrichtungskosten), Erbauung eines Dienerwohngebäudes und Herstellung von Spülaborten	19,700	9,850
5	Schwaben	Kreisarchivgebäude Neuburg a. D. Vornahmen zur Erhöhung der Feuersicherheit und zur Verbesserung der Amtsräume . . .	60,000	30,000
		Summe II	79,700	39,850

Erläuterungen

Gelegentlich der Vornahme größerer, auf Rechnung des Gebäudeunterhaltungsetates ausgeführter Ausbesserungsarbeiten am Dache und dem Dachgebälke in dem nördlichen Flügel des Ministerialgebäudes ergab sich die Möglichkeit, einige ausgebaute Dachräume speziell für den Bedarf der Obersten Baubehörde zu beschaffen. Nachdem im Ministerialgebäude immer noch Raummangel besteht, soll der Ausbau des Dachgeschosses auch im östlichen Flügelbau vorgenommen werden, bei welchem Anlasse auch hier die notwendige Instandsetzung des teilweise angefaulten Dachgebälkes vorgenommen werden muß.

Das bezirksamtliche Anwesen ist sehr beschränkt; es ergibt sich die Gelegenheit, die für eine etwaige spätere Erweiterung günstige Fläche des Nachbaranwesens um einen sehr billigen Preis erwerben zu können. Durch die geplante Beseitigung eines dort stehenden alten Gebäudes wird die Feuersicherheit des Bezirksamtsgebäudes wesentlich erhöht.

Der gleiche Betrag ist auch beim Etat des Staatsministeriums der Finanzen vorgesehen. Für die Erweiterung sind in den beiden vorausgegangenen Finanzperioden insgesamt bereits 290,000 ℳ — auf die Etats der beiden Staatsministerien des Innern und der Finanzen verteilt — zur Verfügung gestellt worden. Mit dem vorgesehenen Betrage sollen auch die zur entsprechenden Anpassung des Altbaues an die Erweiterungsbauten erforderlichen Arbeiten und die notwendige Ergänzung der Inneneinrichtung durchgeführt werden.

Die für die Archivbenützer zur Verfügung stehenden Räume sind sehr beschränkt, was wiederholt zu Beanstandungen und auch zu Erörterungen in der Presse geführt hat. Die Erweiterung erfolgt am einfachsten durch Heranziehung der Amtsdienerwohnung zu den Amtsräumen. Als Ersatz ist ein kleines Wohngebäude zu beschaffen. Die Aborte im Verwaltungsgebäude sollen aus Gründen der Gesundheit und Reinlichkeit mit Wasserspülung versehen werden.

Der große Archivsaal im Schloßgebäude ist gegen den hölzernen Dachstuhl ungeschützt, weshalb eine feuersichere Abtrennung durch eine Eisenbetondecke erfolgen soll. Gleichzeitig soll die notwendige Erweiterung der Amtsräume und die Umdeckung der Ziegeldachung sowie die Erneuerung der Blitzableiteranlage erfolgen.

Laufende Nr.	Regierungsbezirk	Vortrag	Kostenbetrag im ganzen	Kostenbetrag für ein Jahr der Finanzperiode
			ℳ	ℳ
		III. Etat der Staatsbauverwaltung.		
6	Oberbayern	Erbauung eines Wohngebäudes für einen Straßenwärter in Ilsank, Bezirksamts Berchtesgaden	9,000	4,500
7	Niederbayern	Straßenwärterhaus Hochbruck. Herstellung einer Wasserleitung und durchgreifende Instandsetzung des Gebäudes	6,000	3,000
8	Pfalz	Erbauung von Amtsgebäuden für die beiden Bauämter in Kaiserslautern. Restbetrag	48,000	24,000
9	Oberpfalz	Erbauung eines Wohngebäudes für den Straßenwärter in Sandersdorf, Bezirksamts Riedenburg	9,000	4,500
10	Oberpfalz	Erbauung eines Wohngebäudes für einen Straßenwärter in Pechbrunn, Bezirksamts Tirschenreuth	9,000	4,500
11	Mittelfranken	Verwendung des Erlöses aus dem Straßenwärterwohnhaus in Stein, Bezirksamts Nürnberg, zur Herstellung eines Neubaues auf einer anderen geeigneten Baustelle. Kostenbetrag ohne Ansatz.	—	—
12	Unterfranken	Straßenwärterwohngebäude in Rohrbrunn. Erweiterung und Instandsetzung	5,000	2,500
13	Schwaben	Erbauung eines Amtsgebäudes für das Straßen- und Flußbauamt und die Wildbachverbauungssektion in Kempten einschließlich der Kosten für Erwerbung eines Bauplatzes und für die innere Einrichtung des Neubaues	205,000	102,500
		Summe III	291,000	145,500

Erläuterungen

Der Straßenwärter der Station Berchtesgaden I (Ilsank) der Staatsstraße Nr. 120 Schellenburg—Hirschbichl kann keine einigermaßen entsprechende Wohnung finden, da selbst die unansehnlichsten Räume an Sommergäste vermietet werden.

Der vorhandene Pumpbrunnen versiegt bei Trockenheit und im Winter regelmäßig; eine Vertiefung desselben oder die Neuanlage eines Pumpbrunnens bietet bei der vorhandenen Untergrundformation keine Gewähr eines Erfolges, weshalb eine in der Nähe befindliche Quelle erworben und zum Anwesen geleitet werden soll. Im übrigen bedarf das seinerzeit von einem Privaten erworbene Anwesen einer gründlichen Instandsetzung.

Es sind bereits 80,000 ℳ als I. Rate genehmigt.

Der Straßenwärter der Station Sandersdorf der Staatsstraße Nr. 63 Landshut—Beilngries kann in Sandersdorf oder einem sonst geeigneten Ort seiner Dienststrecke kein geeignetes Unterkommen finden. Die derzeit von der Gutsherrschaft eingeräumte Wohnung wird von dieser anderweitig benötigt und ist bereits gekündigt.

Für den Straßenwärter der Station Pechbrunn der Staatsstraße Nr. 77 Mitterdeich—Marktredwitz ist in den innerhalb seiner Dienststrecke liegenden Ortschaften keine entsprechende Wohnung zu beschaffen, da hier überall Wohnungsmangel herrscht.

Das Straßenwärterwohnhaus in Stein liegt mitten in der Ortschaft. Infolge der zum Teil bereits durchgeführten Regulierung der Straße unter Herstellung eines gepflasterten Gehweges sowie infolge seiner räumlichen Beschränktheit und baulichen Beschaffenheit bedürfte es der Aufwendung erheblicher Mittel zur Herstellung einer Stützmauer und zur durchgreifenden Verbesserung. Der Verkauf des Anwesens kann zu einem Preise erfolgen, der die Erwerbung eines nach jeder Richtung hin geeigneten Bauplatzes und die Erbauung eines neuen Straßenwärterwohnhauses ermöglicht.

Das Gebäude ist räumlich sehr beschränkt und weder für die Familie noch für den unerläßlichen Ökonomiebetrieb ausreichend. Gleichzeitig mit der Erweiterung soll die nötige gründliche Instandsetzung des Gebäudes vorgenommen werden.

Das im Residenzgebäude untergebrachte Straßen- und Flußbauamt ist erweiterungsbedürftig, seine derzeitigen Amtsräume müssen außerdem zur unbedingt erforderlichen Erweiterung des Bezirksamtes in Verwendung genommen werden. Eine Verlegung innerhalb des Residenzgebäudes ist unmöglich. Die Wildbachverbauungssektion ist in gemieteten Räumen sehr notdürftig untergebracht, anderweitige geeignete Mieträume konnten bisher nicht beschafft werden. Die Errichtung eines Neubaues erweist sich für beide Ämter als unumgänglich notwendig; aus dienstlichen und wirtschaftlichen Gründen ist die Unterbringung der beiden Ämter in einem gemeinsamen Gebäude geplant.

Laufende Nr.	Regierungsbezirk	Vortrag	Kostenbetrag im ganzen	Kostenbetrag für ein Jahr der Finanzperiode
			ℳ	ℳ
		IV. Etat der Polizeiverwaltung.		
14	Oberbayern	Staatserziehungsanstalt Wasserburg; Instandsetzungs- und Verbesserungsarbeiten	15,000	7,500
15	Oberfranken	Verwendung und Umänderung des ehemaligen Rentamtsgebäudes in Pegnitz für Gendarmeriezwecke (Einnahmeentgang 10,000 ℳ, Umänderungskosten 8000 ℳ)	18,000	9,000
16	Mittelfranken	Verwendung und Umänderung des ehemaligen Militärspitals in Ansbach für Zwecke der Gendarmerieabteilung für Mittelfranken (Erwerbungskosten 25,000 ℳ, Umänderungskosten 14,500 ℳ)	39,500	19,750
17	Mittelfranken	Verwendung und Umänderung des ehemaligen Amtsgerichtsgebäudes in Kipfenberg für Gendarmeriezwecke. Umänderungskosten	7,000	3,500
18	Schwaben	Verwendung und Umänderung des ehemaligen Rentamtsgebäudes in Mindelheim für Gendarmeriezwecke (Einnahmeentgang 23,000 ℳ, Umänderungskosten 4200 ℳ)	27,200	13,600
		Summe IV	106,700	53,350
		V. Etat für Landwirtschaft.		
19	Oberbayern	Stammgestüt Achselschwang, Wasserversorgung der Nebenbesitzungen Eugenried und Hübschenried; Erbauung eines Wohngebäudes für vier Gestütswärterfamilien in Hübschenried und Neuanlage der Düngerstätte daselbst	72,500	36,250
		VI. Reserve.		
		Als Reserve für obige Bauten werden eingestellt	27,700	13,850
		Hiezu Summe III	291,000	145,500
		„ II	79,700	39,850
		„ I	82,400	41,200
		Gesamtsumme	660,000	330,000

Erläuterungen

Das im Jahre 1908 von der Justizverwaltung übernommene ehemalige Zuchthausgebäude bedarf zur Anpassung an seine neue Bestimmung verschiedener Verbesserungsarbeiten, wie Verlegung der Waschküche, Erneuerung der Kochanlage, Einrichtung eines Bades für neuaufgenommene Zöglinge, ferner bedürfen die Fußböden in größerem Umfange der Erneuerung.

Zu Ziffer 15—18.

Die Beschaffung weiterer Dienstwohnungen und Diensträume für die Gendarmerie in Staatsgebäuden erweist sich als dringend nötig. Hierfür eignen sich die für Zwecke anderer Ressorts freigewordenen Gebäude.

Die Stallungen in Engenried und Hübschenried werden aus Brunnen mittels Handbetriebes mit Wasser versorgt, was oftmals zu Schwierigkeiten führt, da bei anhaltender Trockenheit einzelne der Quellen versagen. Auch für einen Brandfall ist die zur Verfügung stehende Wassermenge unzureichend.

Für das Gestütspersonal sind die nötigen Wohnungen nicht vorhanden, so daß ein Teil desselben außerhalb des Gestütsanwesens bis zu 6 km Entfernung wohnen muß.

Die vorhandene große Düngerstätte ist ungünstig angelegt; sie wird bei jedem stärkeren Regen überschwemmt, wodurch die Jauche zu Verlust geht. Das Mauerwerk der Grube ist außerdem schadhaft und bedarf der Erneuerung.

München, den 6. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern.

Dr. von Brettreich.

Erläuterungen

zu den

Etatsansätzen für den staatlichen Kulturbaudienst (Ziff. III F, G u. H).

Mit den bei der Verstaatlichung des kulturtechnischen Dienstes von den Kreisen übernommenen verhältnismäßig wenigen Kulturbaubeamten des höheren und mittleren Dienstes konnten die neueinzurichtenden Kulturbauämter naturgemäß nur höchst notdürftig besetzt werden, worauf bereits in den erläuternden Bemerkungen zu den Etatsansätzen des kulturtechnischen Dienstes im Budget 1910 und 1911 (S. 175 des Etats des Staatsministeriums des Innern) aufmerksam gemacht worden ist. Dieses Besetzungsverhältnis konnte inzwischen teils wegen Mangel an geeignetem Personal, teils aus finanziellen Gründen trotz des sich immer mehr steigernden Bedürfnisses nicht viel günstiger gestaltet werden, wie nachstehende Übersicht ersehen läßt.

Übersicht über die derzeitige Besetzung der einzelnen Kulturbauämter.

Des Kulturbauamtes		Amtsvorstand	Nebenbeamte	Regierungsbaumeister	Praktikanten	Kulturbauführer	Kulturaufseher	Hilfstechniker, Kanzlei- und Zeichengehilfen
Lfd. Nr.	Name							
1	München	Tit.-Bauamtmann	1 Bezirkskulturingenieur	1	2	2	1	1
2	Ingolstadt	etatsm. Bezirkskulturingenieur	—	1	—	2	—	1
3	Weilheim	Tit.-Bauamtmann	—	1	1	2	1	1
4	Rosenheim	" "	—	1	—	2	1	1
5	Mühldorf	funkt. Bauamtsassessor	—	1	1	2	1	1
6	Deggendorf . . .	etatsm. Bauamtsassessor	—	1	—	3	1	2
7	Pfarrkirchen . . .	Tit.-Bauamtmann	—	2	—	2	—	2
8	Neustadt a/H. . .	etatsm. Bauamtsassessor	1 Bezirkskulturingenieur	—	1	—	2	3
9	Homburg	Tit.-Bauamtmann	—	1	—	2	—	2
10	Regensburg . . .	etatsm. Bauamtsassessor	—	1	1	1	2	2
11	Weiden	" "	—	1	1	2	2	1
12	Bayreuth	etatsm. Bauamtsassessor	—	1	1	3	—	—
13	Bamberg	etatsm. Bezirkskulturingenieur	—	—	1	2	1	1
14	Ansbach	etatsm. Bezirkskulturingenieur	—	1	2	1	1	1
15	Nürnberg	Tit.-Bauamtmann	—	1	1	1	1	2
16	Würzburg	etatsm. Bauamtsassessor	—	1	—	2	1	1
17	Schweinfurt . . .	" "	—	1	—	—	2	3
18	Donauwörth . . .	etatsm. Bezirkskulturingenieur	1 Assessor	—	—	2	—	1
19	Günzburg	" "	—	1	1	2	—	1
20	Kaufbeuren . . .	Tit.-Bauamtmann	—	—	1	1	1	2
21	Kempten	etatsm. Bauamtsassessor	—	—	1	1	1	—
	Summe	7 Tit.-Bauamtmänner 9 etatsm. Bauamtsassessoren 5 etatsm. Bezirkskulturingenieure 21	3	17	15	35	19	29

124 Personen ausschl. der Praktikanten.

Hienach konnte nur drei Kulturbauämtern ein Nebenbeamter und nicht einmal allen Ämtern ein Regierungsbaumeister zugeteilt werden. Ähnlich unzureichend ist die Besetzung mit mittleren Technikern und mit Kanzlei- und Zeichenhilfspersonal. Daneben erwachsen aber diesen Ämtern, abgesehen von ihrer eigentlichen Bestimmung, Bodenkulturunternehmungen anzuregen, zu projektieren, auszuführen und deren Instandhaltung zu überwachen, durch den Vollzug des neuen Wassergesetzes im inneren und äußeren Dienste immer neue umfangreiche und zeitraubende Arbeiten, was nachstehende Übersichten I und II sehr deutlich erkennen lassen.

Übersicht (I) über die nach Regierungsbezirken ausgeschiedene Art der

A. Im inneren

In den einzelnen Regierungsbezirken	Anzahl der Kulturbauämter	In den Jahren	Anzahl der wichtigeren Geschäfts-Nummern	Hievon entfallen I. auf den Vollzug des					
				bei der Ableitung von Grund- und Quellwasser (Art. 19)	bei der Behandlung von Stauanlagen, Eichpfahlsetzungen und ähnlichem	bei Ausgleichsverhandlungen	bei der Instandhaltung der Gewässer, bei Hochwasser und Überschwemmungsangelegenheiten u. dergl.	bei der Anlage und Fortführung der Wasserbücher	bei der Vorbereitung und Durchführung der Wasserschauen
1			2	3	4	5	6	7	8
				%	%	%	%	%	%
Oberbayern . . .	5	1909	7 012	3,8	4,9	0,3	5,9	0,8	1,7
		1910	10 470	3,6	4,3	0,1	5,1	1,0	5,1
Niederbayern . . .	2	1909	2 707	1,0	5,3	0,1	9,0	0,2	0,2
		1910	3 402	0,8	7,6	0,2	8,3	0,4	1,0
Pfalz	2	1909	2 147	5,6	7,0	1,9	11,3	9,3	2,7
		1910	1 385	2,2	10,6	0,3	17,0	0,6	6,3
Oberpfalz	2	1909	4 234	1,1	4,0	—	18,9	0,1	3,3
		1910	5 193	1,7	4,9	0,3	13,2	0,3	2,8
Oberfranken . . .	2	1909	5 531	11,6	5,1	0,1	4,2	0,4	0,6
		1910	7 140	18,0	4,4	0,1	2,7	1,4	2,7
Mittelfranken . . .	2	1909	2 385	5,4	3,5	1,0	7,5	0,5	3,7
		1910	5 029	13,7	4,1	0,9	1,9	7,1	3,7
Unterfranken . . .	2	1909	3 061	2,6	4,3	0,3	2,9	0,6	1,5
		1910	4 761	0,9	2,3	0,1	4,7	0,7	4,8
Schwaben	4	1909	6 961	3,2	1,7	1,3	5,5	0,2	3,4
		1910	7 763	8,6	3,5	0,2	8,5	1,5	2,6
Im Königreich . .	21	1909	34 038	4,5	4,1	0,6	7,6	1,0	2,1
		1910	45 143	7,1	4,5	0,2	6,4	1,7	3,6

Inanspruchnahme der Kulturbauämter in den beiden ersten Jahren ihres Bestehens.

Dienst.

in Prozenten								Bemerkungen
Wassergesetzes				II. auf die eigentlichen Kulturunternehmungen (Entwurf, Ausführung und Unterhaltung)			III. auf sonstige Anlässe	
bei der Umbildung resp. Bildung öffentlicher Wassergenossenschaften	bei Fischereiangelegenheiten	bei sonstigen, den Vollzug des Wassergesetzes betr. Anlässen (z. B. Art. 45, 78, 80)	Summe 3 bis 11 (Vollzug des Wassergesetzes)	bei Genossenschaften, Gemeinden und Stiftungen	bei Privaten	Summe 13 und 14		
9	10	11	12	13	14	15	16	17
%	%	%	%	%	%	%	%	
10,0	0,3	—	27,7	35,6	13,1	48,7	23,6	
3,7	0,6	5,0	28,5	28,9	16,2	45,1	26,4	
5,2	0,9	2,3	24,2	38,7	12,0	50,7	25,1	
12,5	0,8	2,2	33,8	33,1	12,7	45,8	20,4	
2,7	2,2	—	42,7	24,2	11,6	35,8	21,5	
2,9	0,8	8,8	49,5	18,3	6,1	24,4	26,1	
3,3	2,0	—	32,7	28,4	11,1	39,5	27,8	
3,0	1,0	4,4	31,6	33,1	13,0	46,1	22,3	
7,9	0,1	0,8	30,8	42,6	10,8	53,4	15,8	
2,4	0,5	4,9	37,1	40,1	10,7	50,8	12,1	
1,6	2,5	0,8	26,5	32,8	10,6	43,4	30,1	
1,0	1,7	1,2	35,3	29,6	14,3	43,9	20,8	
5,9	0,1	1,0	19,2	38,3	1,7	40,0	40,8	
5,0	0,2	5,1	23,8	38,9	1,2	40,1	36,1	
1,2	0,4	0,1	17,0	42,3	11,4	53,7	29,3	
4,5	1,0	2,2	32,6	27,9	17,4	45,3	22,1	
5,2	0,8	0,5	26,4	36,8	10,8	47,6	26,0	
4,0	0,8	3,9	32,2	32,1	12,8	44,9	22,9	

B. Im Reise-

In den einzelnen Regierungsbezirken	Anzahl der Kulturbauämter	In den Jahren	Anzahl der Reisetage	Hievon entfallen: I. auf den Vollzug des Wassergesetzes: Ortsbesichtigungen, Tagsfahrten und Besprechungen infolge Teilnahme am Vollzug des Wassergesetzes	bei Wasserbucheinträgen	bei Wasserschauen	bei Hochwasser- und Überschwemmungsaufnahmen	Summe 3 bis 6 (Vollzug des Wassergesetzes)	II. auf Orts-: bei Einleitung und Ausführung von eigentlichen Kulturunternehmungen
1			2	3	4	5	6	7	8
				%	%	%	%	%	%
Oberbayern . . .	5	1909	2 784,5	6,0	0,2	1,4	2,9	10,5	9,5
		1910	3 215	5,2	0,5	2,0	1,3	9,0	13,4
Niederbayern . . .	2	1909	1 076	5,2	0,5	0,3	3,2	9,2	9,4
		1910	1 636	4,2	1,0	1,9	0,8	7,9	9,2
Pfalz	2	1909	737,5	3,7	0,5	11,8	5,4	21,4	14,3
		1910	950,5	8,3	0,7	6,2	13,7	28,9	10,6
Oberpfalz	2	1909	1 172,5	8,7	—	2,7	20,3	31,7	8,1
		1910	1 477,5	7,6	—	6,4	13,0	27,0	7,1
Oberfranken . . .	2	1909	1 347	9,5	—	0,7	4,0	14,2	10,4
		1910	1 403	6,7	0,3	1,4	1,4	9,8	14,0
Mittelfranken . . .	2	1909	871,5	8,3	0,8	1,8	16,8	27,7	10,7
		1910	1 146,5	16,6	1,3	1,6	2,8	22,3	13,9
Unterfranken . . .	2	1909	1 297,5	4,1	—	0,5	1,8	6,4	20,7
		1910	1 194	5,4	—	1,8	1,5	8,7	7,5
Schwaben	4	1909	1 668,5	7,1	0,5	2,3	3,0	12,9	13,9
		1910	2 123	5,5	0,2	2,7	3,3	11,7	10,4
Im Königreich . .	21	1909	10 955	6,5	0,3	2,1	6,1	15,0	11,9
		1910	13 145,5	6,8	0,5	2,8	3,9	14,0	11,0

Dienst.

in Prozenten								Bemerkungen
besichtigungen, Tagesfahrten u. Besprechungen			III. auf Geländeaufnahmen, Wassermessungen, Absteckungsarbeiten und Erhebungen bei Messungs-, Rent- und anderen Ämtern	IV. auf Bauaufsicht und Nachschau	V. auf die Tätigkeit als gerichtlicher Sachverständiger in Wasserstreitigkeiten	VI. auf sonstige Anlässe (z. B. landw. Versammlungen, Lehrtätigkeit u. dergl.)	Summe 12 bis 15	
bei der Kontrolle älterer Kulturanlagen	bei sonstigen Anlässen	Summe 8 bis 10 (Ortsbesichtigungen)						
9	10	11	12	13	14	15	16	17
%	%	%	%	%	%	%	%	
1,8	1,8	13,1	42,8	31,2	—	2,4	76,04	
3,5	2,9	19,8	43,2	25,5	0,4	2,1	71,2	
1,2	5,2	15,8	42,7	26,7	0,6	5,0	75,0	
2,4	1,2	12,8	52,2	25,5	0,3	1,3	79,3	
3,5	—	17,8	39,8	19,4	—	1,6	60,8	
2,3	2,5	15,4	29,2	24,9	0,4	1,2	55,7	
1,3	—	9,4	39,2	18,7	—	1,0	58,9	
0,6	1,2	8,9	44,9	17,8	—	1,4	64,1	
6,1	—	16,5	53,6	13,3	—	2,4	69,3	
5,9	2,1	22,0	51,3	16,7	0,2	—	68,2	
2,9	—	13,6	44,2	12,3	—	2,2	58,7	
2,0	0,3	16,2	50,4	10,4	0,3	0,4	61,5	
2,1	—	22,8	33,7	35,6	—	1,5	70,8	
1,3	1,4	10,2	66,5	13,4	0,1	1,1	81,1	
2,7	0,1	16,7	41,3	24,0	0,2	4,9	70,4	
1,5	3,7	15,6	45,9	26,1	0,3	0,4	72,7	
2,6	1,0	15,5	42,3	24,4	0,1	2,7	69,5	
2,6	2,1	15,7	47,6	21,3	0,3	1,1	70,3	

Übersicht (II) über die bei den einzelnen Kulturbauämtern in den Jahren 1909 und 1910 auf den Vollzu des Wassergesetzes verwendete Gesamtarbeitszeit.

Beim Kulturbauamte	Im innern Dienst		Im Reisedienst	
	1909	1910	1909	1910
	%	%	%	%
München	15,3	34,6	11,9	11,1
Ingolstadt	37,0	18,8	11,0	9,0
Weilheim	23,0	9,3	8,5	5,9
Rosenheim	38,3	35,0	10,0	5,3
Mühldorf	33,3	35,0	9,8	15,4
Regierungsbezirk: Oberbayern	27,7	28,5	10,5	9,0
Deggendorf	22,6	40,1	6,3	6,2
Pfarrkirchen	26,0	27,1	14,4	10,0
Regierungsbezirk: Niederbayern	24,2	33,8	9,2	7,9
Neustadt a/H.	20,0	45,1	10,7	28,7
Homburg	58,5	59,4	32,0	29,1
Regierungsbezirk: Pfalz	42,7	49,5	21,4	28,9
Regensburg	33,7	32,6	24,4	21,4
Weiden	31,6	30,7	40,0	31,1
Regierungsbezirk: Oberpfalz	32,7	31,6	31,7	27,0
Bayreuth	31,3	34,2	13,8	8,4
Bamberg	30,2	41,3	14,7	11,7
Regierungsbezirk: Oberfranken	30,8	37,1	14,2	9,8
Ansbach	17,7	32,8	14,0	23,8
Nürnberg	33,7	36,6	36,1	21,1
Regierungsbezirk: Mittelfranken	26,5	35,3	27,7	22,3
Würzburg	16,8	21,4	7,1	10,4
Schweinfurt	22,0	26,5	4,8	7,8
Regierungsbezirk: Unterfranken	19,2	23,8	6,4	8,7
Donauwörth	31,4	51,4	18,9	18,8
Günzburg	21,2	25,9	9,7	14,8
Kaufbeuren	16,5	25,2	8,8	7,0
Kempten	7,7	35,3	12,8	6,9
Regierungsbezirk: Schwaben	17,0	32,6	12,9	11,7
Königreich	26,4	32,2	15,0	14,0

Hievon zeigt insbesondere Übersicht I, daß der Vollzug des Wassergesetzes die Kulturbauämter im inneren Dienst in steigendem Maße (Spalte 12 der Tabelle A) zuungunsten deren eigentlicher Kulturtätigkeit (Spalte 15 der Tabelle A) in Anspruch nimmt und Übersicht II gibt einen Einblick in die bei den einzelnen Kulturbauämtern in den Jahren 1909 und 1910 auf den Vollzug des Wassergesetzes allein verwendete Zeit. Hienach betrug diese z. B. bei den Kulturbauämtern der Pfalz im Jahre 1910 bis zu 59,4 % im inneren Dienst und 29,1 % im Reisedienst.

Über die Inanspruchnahme der Kulturbaubeamten bezw. der Kulturbauämter durch ihre eigentliche und wichtigste Dienstaufgabe, Bodenkulturprojekte auszuarbeiten, auszuführen und über die Instandhaltung der Kulturanlagen zu wachen, gibt nachstehende Zusammenstellung einen Überblick seit der erstmaligen Regelung des kulturtechnischen Dienstes im Jahre 1902:

Jahr	Anzahl der ausgeführten Kulturunternehmungen		Kultivierte Fläche	Kulturkosten	Wertserhöhung infolge der Kultur
	zusammen	darunter Genossenschaften			
			ha	M	M
1903	957	140	4350	1'058,423	2'431,000
1904	1025	137	4519	688,762	2'814,000
1905	1026	135	6611	1'000,295	3'291,000
1906	1190	163	6393	1'024,340	3'987,000
1907	1368	177	6149	1'207,789	3'442,000
1908	1245	122	5268	1'071,879	3'756,000
1909	1093	113	3818	977,123	2'854,000
1910	1696	153	5161	1'542,197	3'615,000

Auch diese Übersicht läßt deutlich erkennen, wie sehr seit dem Inkrafttreten des Wassergesetzes (1908) die eigentliche Kulturtätigkeit der Kulturbaubeamten durch die Inanspruchnahme beim Vollzuge des Wassergesetzes beeinträchtigt worden ist, wie aber trotzdem im Jahre 1910 die Anzahl der ausgeführten Kulturunternehmungen und die Größe der kultivierten Fläche wieder ganz bedeutend zugenommen haben, ja daß sogar die Anzahl der ausgeführten Unternehmungen im Jahre 1910 die höchste Ziffer erreicht hat, die bisher überhaupt zu verzeichnen war.

Hiemit stimmen auch die über die Zahl der im Jahre 1910 geleisteten Vorarbeiter- und Werkarbeiter-Tagschichten ermittelten Ziffern überein, wonach die Anzahl der unter der Leitung und Aufsicht der Kulturbauämter geleisteten Tagschichten der Kulturvorarbeiter im ganzen Königreiche von 23 064 im Jahre 1909 auf 37 248 im Jahre 1910 und die der überwachten Werkarbeitertagschichten von 256 113 im Jahre 1908 auf 378 132 im Jahre 1910 gestiegen ist.

Bemerkenswert ist hiebei noch, daß seit dem Inkrafttreten des neuen Wassergesetzes trotz der vielfachen Inanspruchnahme der Kulturbauämter doch schon wieder 388 neue Kulturgenossenschaften gegründet worden sind, zu denen noch 1457 alte, unter der Herrschaft der alten Wassergesetze gebildete Kulturgenossenschaften kommen, deren Anlagen aber von den Kulturbauämtern hinsichtlich ihres Unterhaltungszustandes nebenbei auch mit überwacht werden müssen.

Dabei waren aber am Ende des Jahres 1910 noch 280 Kulturunternehmungen mit 12 904 ha Fläche und 3'517,334 M veranschlagten Baukosten in Ausführung befindlich. 624 fertige Projekte mit 18 944 ha Fläche und 3'107,000 M veranschlagten Baukosten harrten der administrativen Behandlung und Ausführung. Außerdem lagen am Anfang des Jahres 1911 1394 Kulturanträge mit über 52 000 ha Fläche vor, die teilweise in technische Behandlung genommen worden sind, größtenteils aber noch in gar keiner Weise berücksichtigt werden konnten.

Dazwischen hinein wurden von den Kulturbauämtern im Jahre 1910 auch noch 2166 km (2177)*) Bach- und Flußläufe auf ihren Unterhaltungszustand kontrolliert und in 291 km (85) die Reinigung und Räumung eingeleitet und durchgeführt. Die Anzahl der von den Kulturbauämtern auf ihren Unterhaltungszustand kontrollierten Kulturanlagen betrug im Jahre 1910 872 (1031), worunter sich 497 (571) genossenschaftliche befanden.

*) Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die bezüglichen Werte des Jahres 1909.

Die im Jahre 1910 unter der Leitung der Kulturbauämter für Reinigung und Räumung der natürlichen Flußläufe und für Instandhaltung der Kulturanlagen verausgabten Kosten betragen 82,623 M (64,095).

Wasserschauen haben die Kulturbauämter im Jahre 1910 25 (15) geleitet.

Den infolge der so vielseitigen Inanspruchnahme der Kulturbauämter durch den Vollzug des Wassergesetzes herbeigeführten Rückgang in der eigentlichen Bodenkulturtätigkeit nicht nur möglichst bald wieder auszugleichen, sondern ihn trotzdem wieder, insbesondere im Interesse der heimischen Futter- und Vieherzeugung in einem möglichst lebhaften Fortschritt zu verwandeln, gibt es nur ein Mittel, den Kulturbaudienst tunlichst rasch in der Weise auszubauen, wie es in der dem Etat des Staatsministeriums des Innern für die Finanzperiode 1908 und 1909 beigegebenen Denkschrift (Anlage E des Etats Nr. 27) bereits angedeutet und in den darauffolgenden Verhandlungen des Landtags ausführlich besprochen worden ist.

Dieser Ausbau ist aber auch deshalb möglichst zu beschleunigen, weil den Kulturbauämtern künftig bei den kleineren Moorkulturprojekten auch die Durchführung des landwirtschaftlichen Teiles der Kultur übertragen werden soll, womit beim Kulturbauamt Weiden bereits am 1. April l. J. durch Angliederung einer Moorkulturstation der Anfang gemacht worden ist (s. a. Sten. Ber. u. d. Verh. der Kammer der Abgeordneten vom 15. Juni 1910 S. 789).

Auf Grund der seit Bestehen der Kulturbauämter gemachten Erfahrungen muß die baldige Errichtung weiterer solcher Ämter hauptsächlich für die Regierungsbezirke Niederbayern in Landshut, Oberpfalz in Amberg und Unterfranken in Aschaffenburg als besonders notwendig bezeichnet werden.

In Niederbayern konnten bei der Verstaatlichung des kulturtechnischen Dienstes wegen Mangels an geeignetem Personale vorerst nur zwei Kulturbauämter eingerichtet werden, deren Bezirke selbstverständlich übermäßig groß ausfallen mußten. Im Hinblick auf die derzeitige Ausdehnung dieser Amtsbezirke und die Lage der beiden Amtssitze kann für den Sitz des neuen Amtes nur die Stadt Landshut in Betracht kommen. Für die baldmöglichste Einrichtung eines dritten Kulturbauamtes in Niederbayern haben sich insbesondere Regierung, der landwirtschaftliche Kreisausschuß und der Zuchtverband für Fleckvieh ausgesprochen, vor allem auch wegen der dringend notwendigen Förderung der Bodenkultur im bayerischen Walde.

Aus dem gleichen Grunde, wie in Niederbayern, konnten auch in der Oberpfalz und in Unterfranken anfangs nur je zwei Kulturbauämter eingerichtet werden, die sich aber als völlig unzureichend erwiesen haben. In beiden Regierungsbezirken haben denn auch schon Landrat und Regierung um baldige Errichtung je eines dritten Kulturbauamtes eindringlichst nachgesucht. Als Sitz des neuen Amtes in der Oberpfalz kann mit Rücksicht auf die bestehenden Eisenbahnverbindungen und die Lage der beiden bereits bestehenden Ämter nur Amberg (Sitz eines Straßen- und Flußbauamtes) in Betracht kommen. In Unterfranken wird mit Rücksicht auf die Lage des Hauptarbeitsgebiets Aschaffenburg der Ort sein, wo das dritte Kulturbauamt zu errichten ist.

Außerdem ist aber auch den schon bestehenden Kulturbauämtern so viel Personal zuzuteilen, als es die anstandslose Erledigung der wichtigsten Dienstesaufgaben derselben erfordert. Hiebei kommen insbesondere jene Ämter in Betracht, denen die Lösung besonders großer kultureller Aufgaben übertragen werden muß, wie Neustadt a. H., das die Entwässerungsprojekte für die ganze bayerische Rheinniederung auf 85 km Länge aufzustellen hat, dann Schweinfurt, dem die Projektierung der zur landwirtschaftlichen Aufschließung der hohen Rhön nötigen Feldwege übertragen wurde, Donauwörth, mit Rücksicht auf die Instandhaltungsarbeiten an den Donaumooskulturanlagen usf.

Im Hinblick auf diesen Mehrbedarf an Personal sind im Etat an etatsmäßigen Stellen mehr vorgesehen:

3 Bauamtmannsstellen für 3 Titularbauamtmänner, die bis zu ihrer Überführung in Klasse 9 den Anfangsgehalt eines Bauamtmannes bereits in der Klasse 12 erdient haben werden;

8 Assessorenstellen teils für die Vorstände der neu zu errichtenden Kulturbauämter, teils für Nebenbeamte an stark belasteten Ämtern, welch' letztere aber mit 2400 M Anfangsgehalt zu beginnen hätten und erst im Laufe des Jahres 1913 zur Anstellung gelangen sollen.

Beim mittleren technischen Personale der Staatsbauverwaltung soll nach den neuen Bestimmungen die Stelle eines Bauführers künftig nicht mehr die etatsmäßige Anfangsstelle bilden, sondern eine Vorrückungsstelle werden. Somit können von den zurzeit vorhandenen 42 Kulturbauführerstellen zur Anbahnung eines richtigeren Verhältnisses zwischen Anfangs- und Vorrückungsstellen vorübergehend 12 Bauführerstellen in Bauassistentenstellen umgewandelt werden.

Diesen so gewonnenen Assistentenstellen sind zur etatsmäßigen Anstellung der von den Kreisen übernommenen und der sonstigen Anwärter für die mittleren technischen Stellen des staatlichen Kulturbaudienstes noch 18 neue Bauassistentenstellen anzufügen.

Endlich ist für jedes Kulturbauamt mindestens eine Kanzlei- und Zeichenassistentenstelle (Klasse 26) vorzusehen.

An nichtetatsmäßigen Beamten der Kulturbauämter sind 7 Regierungsbaumeisterstellen mehr vorgesehen, um wenigstens jedem Kulturbauamt einen Regierungsbaumeister beigeben zu können; die bisherigen 19 Kulturaufseherstellen dagegen sollen in Bauassistentenstellen (Klasse 21) umgewandelt werden und damit ganz verschwinden.

Für Geschäftsaushilfe durch geprüfte Praktikanten, Hilfstechniker, Schreib- und Zeichengehilfen sind in der Position für Stellvertretung usw. bei den Kulturbauämtern zusammen 78,500 M vorgesehen, worunter auch die Kosten der für die Projektierung der Rhönwege, der Entwässerung des Rheintales von der elsässischen bis zur hessischen Grenze und der für die Instandhaltung der Donaumooskulturanlagen nötigen Hilfskräfte inbegriffen sind.

Nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die beabsichtigte künftige Besetzung der Kulturbauämter während der Finanzperiode 1912 und 1913:

Übersicht über die künftige Besetzung der einzelnen Kulturbauämter während der Finanzperiode 1912 und 1913.

Des Kulturbauamtes		Amts- vorstände	Assessoren (Neben- beamte)	Regierungs- baumeister	Kultur- bauführer	Kulturbau- Assistenten	Kanzlei- und Zeichen- Assistenten	Kanzlei- u. Zeichen- gehilfen, Hilfs- techniker
Lfd. Nr.	Name							
1	München	1	1 + 1*	1	2	2*	1*	—
2	Ingolstadt	1	—	1	1	1*	1*	—
3	Weilheim	1	1*	1	1	1*	1*	—
4	Rosenheim	1	1*	1	1	1*	1*	—
5	Mühldorf	1*	—	1	1	1*	1*	1*
6	Landshut	1*	—	1*	1	1*	1*	—
7	Deggendorf	1	—	1	1	2*	1*	1*
8	Pfarrkirchen	1	1*	1	1	1*	1*	—
9	Neustadt a/H.	1	1	2*	1	1*	1*	1*
10	Homburg	1	1*	1	1	1*	1*	1*
11	Regensburg	1	—	1	1	2*	1*	—
12	Amberg	1*	—	1*	1	1*	1*	—
13	Weiden	1	—	1	1	1*	1*	—
14	Bayreuth	1	—	1	2	1*	1*	1*
15	Bamberg	1	—	1*	1	1*	1*	—
16	Ansbach	1	—	1 + 1*	1	1*	1*	1*
17	Nürnberg	1	1*	1	1	1*	1*	1*
18	Würzburg	1	—	1	1	1*	1*	—
19	Aschaffenburg	1*	—	1*	1	1*	1*	—
20	Schweinfurt	1	—	1	1	2*	1*	1*
21	Donauwörth	1	1	1	2	2*	1*	1*
22	Günzburg	1	—	1	1	2*	1*	—
23	Kaufbeuren	1	1*	1	1	1*	1*	—
24	Kempten	1	—	1	1	1*	1*	—
	Königreich	24 {20 alte, 4 neue*	10 {3 alte, 7 neue*	26 {19 alte, 7 neue*	27	30*	24*	9*

150 Personen ohne die Praktikanten.

NB. Die mit * versehenen Ziffern bezeichnen neu zu schaffende Stellen, die übrigen schon vorhanden.

Daß eine derartige Personalvermehrung auch einen erhöhten Bedarf an Tagegeldern und Reisekosten (129,500 ℳ gegenüber 105,000 ℳ im letzten Etat) zur Folge haben muß, ist selbstverständlich, zumal sich die Tätigkeit des Kulturbaubeamten im Verkehre mit dem Landwirt in der Hauptsache im Freien abspielen muß.

Aus demselben Grunde mußten auch die Positionen für sächliche Ausgaben und Mietzinse eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Der Bedarf der Kulturbauschule in Pfarrkirchen, die im heurigen Frühjahre zum ersten Male ihre Absolventen (8) in den staatlichen Kulturbaudienst abgegeben hat, hat sich infolge des nunmehr vollzogenen Ausbaues nur um ein Geringes erhöht.

Über die Art der Inanspruchnahme der Kulturbauämter in den beiden ersten Jahren ihres Bestehens gibt die Übersicht I ausführlich Aufschluß.

München, den 6. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern.

Dr. von Brettreich.

Etat Nr. 27.

Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Mit Anlagen A—C.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I. Allgemeiner Ministerialetat.	
			Staatsministerium.	
1			**Persönliche Ausgaben.**	
			A. Allgemeines.	
	1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1190 ℳ künftig wegfallend.	250,820
	2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,380
	3		Tagegelder und Reisekosten	6,000
			Summe A	258,200
			B. Ministerialabteilung für die humanistischen und realistischen Mittelschulen.	
	1		Besoldungen der Beamten	39,600
	2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
	3		Funktionsbezüge der Mitglieder des Obersten Schulrates	9,000
	4		Tagegelder und Reisekosten	7,500
			Summe B	56,100
			Summe Kap. 1	314,300
2			Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl.)	28,000
			Summe Ziffer I (Allgemeiner Ministerialetat)	342,300

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
240,529	10,291	—	A S. 84	
1,380	—	—		
6,000	—	—		
247,909	10,291	—		
39,600	—	—	A S. 85	
—	—	—		
8,750	250[1]	—		[1]) Mehr wegen Gleichstellung des Bezuges eines nach München berufenen auswärtigen Mitgliedes mit den Bezügen der in München wohnenden Mitglieder des Obersten Schulrates.
7,500	—	—		
55,850	250	—		
303,759	10,541	—		
27,500	500[2]	—		[2]) Der Mehrbedarf ist durch die eingetretene Personalvermehrung bedingt.
331,259	11,041	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung.	
			A. Allgemeine Bildungsanstalten.	
1			**Landes-Universitäten.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse.	
			a) An die Universität München	12,041
			b) An die Universität Würzburg	16,286
			c) An die Universität Erlangen	80,886
			Summe § 1	109,213
	2		Besondere Staatszuschüsse.	
		1	Im allgemeinen.	
			a) An die Universität München . . . . Hievon 4 515 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.	1'932,704[1]
			b) An die Universität Würzburg . . . . Hievon 876 ℳ persönliche und besondere Zulagen und 9 800 ℳ einmalige Ausgaben künftig wegfallend.	984,852
			c) An die Universität Erlangen . . . . Hievon 459 ℳ persönliche und besondere Zulagen und 5 700 ℳ einmalige Ausgaben künftig wegfallend.	1'033,212
		2	Für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen an den drei Landesuniversitäten	21,000
			Summe § 2	3'971,768
			Summe Kap. 1	4'080,981

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
12,041	—	—		
16,286	—	—		
80,886	—	—		
109,213	—	—		
1'799,654	133,050	—	A S. 86/88 C S. 159/165	[1]) Die seitherige Willigung zu jährlich 57,880 M zum Ersatz des durch den Erweiterungsbau der Universität eingetretenen Rentenentganges und zur Ergänzung des aufgewendeten Kapitals kommt erst nach Beendigung der Kapitalsergänzung in Wegfall.
889,025	95,827	—	A S. 86/88 C S. 165/169	
980,688	52,524[2])	—	A S. 86/88 C S. 170/173	[2]) Die einmalige Willigung in der vorigen Finanzperiode im Betrage von 14,000 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 7 000 M zur Einrichtung einer zahnärztlichen Poliklinik ist weggefallen.
21,000	—	—		
3'690,367	281,401	—		
3'799,580	281,401	—		

Voranschlägige Einnahmen der Universitäten für jedes der Jahre 1912 und 1913:

Universität	Aus Realitäten und Rechten	Zinsen aus Aktivkapitalien	Immatrikulations- und Promotionsgebühren, dann Zuschüsse aus dem Kollegiengeldfonds und sonstige Zuschüsse	Summe
	M	M	M	M
München	90,890	134,941	188,636	414,467
Würzburg . . .	153,196	186,485	68,850	408,531
Erlangen	8,539	43,873	43,085	95,497
Summe	252,625	365,299	300,571	918,495

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
2			**Technische Hochschule.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2925 M künftig wegfallend.	715,452
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	34,918
		3	Für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen	10,000
		4	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	761,370
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	184,790
		2	Für Unterrichtsmittel für Sammlungen, Werkstätten und Laboratorien, dann für die Bibliothek . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	117,970
		3	Für Exkursionen	5,750
		4	Stipendien	8,100
			Summe § 2	316,610
			Summe Kap. 2	1'077,980
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	145,000
			Restsumme Kap. 2	932,980
3			**Lyzeen.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	1,200
	2		Besondere Staatszuschüsse . . . . Hierunter 175 M für persönliche Zulagen und 1675 M für sächliche Bedürfnisse künftig wegfallend.	405,808[1)]
			Summe Kap. 3	407,008

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
658,694	56,758	—	A S. 89/90 C S. 174/177	
21,318	13,600	—	C S. 174/177	
10,000	—	—		
1,000	—	—		
691,012	70,358	—		
134,990*	49,800	—	C S. 177	* Diese Positionen waren im Budget für 1910 und 1911 unausgeschieden mit 244,940 ℳ vorgetragen.
109,950*	8,020	—	C S. 177	
5,750	—	—		
8,100	—	—		
258,790	57,820	—		
949,802	128,178	—		
112,000	33,000	—		
837,802	95,178	—		
1,200	—	—		
376,261	29,547	—	A S. 91	
377,461	29,547	—		

[1]) Mehr:
18,579 ℳ nach Besoldungsausweis Anlage A,
4,022 ℳ unabweisbarer Mehrbedarf für Unterrichtsmittel, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und sonstige sächliche Bedürfnisse; darunter 1675 ℳ künftig wegfallend,
787 ℳ Ausfall an eigenen Einnahmen,
2,000 ℳ Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen,
4,159 ℳ Dienstalterszulagen für die Professoren des bischöflichen Lyzeums Eichstätt.
29,547 ℳ zusammen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
4			**Humanistische Gymnasien.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	66,135
	2		Besondere Staatszuschüsse Hierunter 3613 M für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.	5'151,475
			Summe Kap. 4	5'217,610
5			**Realgymnasien.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten Hievon 237 M künftig wegfallend.	565,624
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	24,176
		3	Tagegelder und Reisekosten	200
			Summe § 1	590,000
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel und dergleichen	62,260
		2	Mietzinse	27,850
			Summe § 2	90,110
	3		Für die pädagogisch-didaktische Vorbildung der Lehramtskandidaten für Realien und Mathematik, dann für Zeichnen und Modellieren	32,000
			Summe Kap. 5	712,110
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	80,000
			Restsumme Kap. 5	632,110

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
66,135	—	—		
4'976,986	174,489	—	A S. 92/93 C S.178/179	
5'043,121	174,489	—		
518,140	47,484	—	A S. 94 C S.179/180	
22,011	2,165	—	C S.179/180	
—	200	—		
540,151	49,849	—		
50,373	11,887	—	C S. 180	
28,708	—	858		
79,081	11,887	858		
	11,029			
29,000	3,000	—	C S. 180	
648,232	63,878	—		
60,000	20,000	—		
588,232	43,878	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
6			**Technikum in Nürnberg.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 480 ℳ künftig wegfallend.	152,740
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,090
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	159,830
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Stipendien u. dergl.)	37,620
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	13,160
			Restsumme § 2	24,460
			Summe Kap. 6	184,290
7			**Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen.**	
	1		Bauschule mit Gewerbelehrer-Institut in München.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 816 ℳ künftig wegfallend.	134,060
			b) Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . .	12,000
			c) Tagegelder und Reisekosten	1,500
			Summe Tit. 1	147,560
		2	Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Stipendien u. dergl.)	63,556
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	26,156
			Restsumme Tit. 2	37,400
			Summe § 1	184,960

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
145,219	7,521	—	A S. 95	
5,370	720[1]	—		[1]) Der bisherige Budgetansatz hat sich, namentlich mit Rücksicht auf die notwendig gewordene Einstellung eines ständigen Aushilfsdieners als unzureichend erwiesen.
1,000	—	—		
151,589	8,241	—		
33,483	4,137[2]	—		[2]) Die Mehrung ist hauptsächlich hervorgerufen durch die erhöhten Bedürfnisse der Abteilung für Elektrotechnik und des neueingerichteten Lehrwerkstättenkurses an Unterrichtsmitteln; sie wird jedoch zum Teil wieder ausgeglichen durch die in diesen Abteilungen anfallenden erhöhten Unterrichtsgebühren.
11,558	1,602	—		
21,925	2,535	—		
173,514	10,776	—		
129,768	4,292	—	A S. 96	
12,000	—	—		
1,500	—	—		
143,268	4,292	—		
61,716	1,840[3]	—		[3]) Mehr für Stipendien nach § 7 Abs. 6 der Schulordnung vom 31. August 1910, dann für Prüfungskosten wegen der zweimaligen Abhaltung der Prüfung.
19,650	6,506[4]	—		[4]) Mehr infolge erhöhten Schulgeldanfalles.
42,066	—	4,666		
185,334	—	374		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
7	2		Zuschüsse an die übrigen Bauschulen und die Meisterschulen für Bauhandwerker	99,000[1]
	3		Zuschüsse an Fachschulen für Maschinenbau und Elektrotechnik	45,000
	4		Zuschüsse an Textilfachschulen	32,300
	5		Zuschuß an die Fachschule für Glasindustrie und Holzschnitzerei in Zwiesel	30,280
	6		Zuschuß an die Fachschule für Korbflechterei in Lichtenfels	30,390
	7		Zuschuß an die Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre in München	15,000
	8		Zur Unterstützung gewerblicher Fortbildungsschulen	186,313
			Hiezu Summe § 1	184,960
			Summe Kap. 7	623,243

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
99,000	—	—		[1]
39,540	5,460[2]	—		[2]
31,160	1,140[3]	—		[3]
28,920	1,360[4]	—		[4]
29,092	1,298[5]	—		[5]
--	15,000[6]	—		[6]
161,313	25,000[7]	—		[7]
185,334	—	874		
574,359	49,258	374		
	48,884			

[1]) Der durch die Auflösung der Baugewerkschule Passau freigewordene Zuschuß von 9000 M soll für Errichtung einer Meisterschule für Bauhandwerker in Landshut, eventuell für eine andere neu zu gründende Meisterschule verwendet werden.

[2]) Die Mehrung ergibt sich durch Gehaltsvorrückungen bei der Maschinenbauschule Würzburg, durch Reorganisation dieser Schule nach dem Lehrplan des Technikums Nürnberg und durch notwendig werdende Nachschaffungen von Maschinen.

[3]) Mehr infolge von Gehaltsvorrückungen von etatsmäßigen Beamten.

[4]) Wie vor.

[5]) Wie vor.

[6]) Die im Jahre 1900 errichtete Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie rc. ist ein Unternehmen des Süddeutschen Photographenvereins, der sie mit großen materiellen Opfern, allerdings unterstützt durch sehr erhebliche Zuschüsse des Staates, des Kreises und der Stadt München, bisher unterhalten und zu ihrer jetzigen Blüte gebracht hat. Mit dem Bezuge des neuen Gebäudes in der Klemensstraße (altes Schwabinger Krankenhaus), zu dessen Umbau durch das Budget 1910 und 1911 ein Zuschuß von 50,000 M, ein Zuschuß in gleicher Höhe aus Fonds des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten und weitere Summen vom Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern und vom Kreis Oberbayern bewilligt wurden, ist ein gewisser Abschluß in der Entwicklung erreicht worden. Der Verein strebt nunmehr die Verstaatlichung der Schule hauptsächlich im Interesse des beteiligten Lehrpersonals an, dem er eine genügende Sicherung für den Fall der Dienstunfähigkeit nicht gewähren kann. Auch fürchtet er, den gesteigerten Betriebskosten der Anstalt im neuen Gebäude auf die Länge der Zeit nicht mehr gewachsen zu sein.

Die Schule erhielt bisher aus dem Hausierpatentgebührenfonds einen laufenden Zuschuß von 17,000 M. Dieser Zuschuß wird mit dem Bezug des Neubaues und der Verstaatlichung der Schule nicht mehr ausreichen. Es möchte deshalb aus budgetmäßigen Mitteln ein Zuschuß zu gewähren sein.

[7]) Mit der fortschreitenden Ausgestaltung und Verbesserung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens werden die finanziellen Anforderungen an die Gemeinden immer größer. Um den letzteren in der Gewährung von Zuschüssen mehr als bisher entgegenkommen zu können, erscheint eine Erhöhung des seitherigen Budgetansatzes geboten.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
8			**Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten.**	
			A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminarien.	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	1,029
	2		Besondere Staatszuschüsse . . . . . Hievon 62 ℳ für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.	1'076,562
			Summe A	1'077,591
			B. Präparandenschulen.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	399,602
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	43,131
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	444,733
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel und dergleichen	79,547
		2	Mietzinse	50,237
			Summe § 2	129,784
	3		Sustentationen und Alimentationen	2,285
			Summe B	576,802

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1,029	—	—		
933,401	143,161	—	A S. 97 C S. 181/183	
934,430	143,161	—		
441,333	—	41,731	A S. 98 C S. 181/183	
44,191	—	1,060	C S. 181/183	
2,500	—	500		
488,024	—	43,291		
81,014	—	1,467	C S. 183/184	
37,254	12,983	—		
118,268	12,983	1,467		
	11,516			
2,912	—	627	C S. 184	
609,204	11,516	43,918		
		32,402		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
8			C. Für Lehrerinnenbildungsanstalten.	
			Zuschuß an das Ludwigs-Lehrerinnenseminar in Memmingen	8,600
			D. Stipendien und Unterstützungen.	
			a) Für dürftige Schulseminaristen	63,000
			b) Für dürftige Präparanden	30,000
			c) Für die in der einjährigen Schulpraxis befindlichen Kandidaten und Kandidatinnen des Volksschuldienstes	15,000
			d) Für dürftige Schulamtszöglinge an öffentlichen und privaten Lehrerinnenbildungsanstalten	25,000
			Summe D	133,000
			Hiezu „ B	576,802
			„ A	1'077,591
			Summe Kap. 8	1'795,993
9			Turnwesen.	
			A. Zentralturnlehrerbildungsanstalt mit öffentlicher Turnanstalt in München.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	24,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,690
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,200
			Summe § 1	28,090
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterhaltung der Turnplätze, Unterrichtsmittel, Stipendien u. dergl.)	10,160
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	2,100
			Restsumme § 2	8,060
			Summe A	36,150
			B. Zur Förderung des Turnwesens im allgemeinen	20,000
			Summe Kap. 9	56,150

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
8,600	—	—		
63,000	—	—		
30,000	—	—		
15,000	—	—		
25,000	—	—		
133,000	—	—		
609,204	—	32,402		
934,430	143,161	—		
1'685,234	143,161	32,402		
	110,759			
20,577	3,623	—	A S. 99	
2,100	590[1]	—		[1]) Der seitherige Betrag hat sich dem gesteigerten Bedarf gegenüber (Honorierung der Vorturner ꝛc.) als unzulänglich erwiesen.
1,200	—	—		
23,877	4,213	—		
8,647	1,513[2]	—		[2]) Mehr für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung, dann zur Anschaffung und Unterhaltung von Turn- und Spielgeräten.
2,100	—	—		
6,547	1,513	—		
30,424	5,726	—		[3]) Die postulierten Mittel sollen dazu dienen, dem wachsenden Bedürfnis entsprechend besondere Turnausbildungskurse abzuhalten, namentlich auch Kurse zur methodischen Ausbildung des Volksschullehrpersonals für den Turnunterricht an den Volksschulen. Ferner ist beabsichtigt, aus diesen Mitteln bei der in Aussicht genommenen Neuregelung der Turnlehrerausbildung für die Kandidaten besondere anatomisch-physiologische und hygienische Vorlesungen an der Universität einzurichten. Endlich sollen daraus namentlich an Schulen bei größeren Anschaffungen von Turn- und Spielgeräten u. dergl. sowie zur Beschaffung und Instandsetzung von Turn- und Spielplätzen Zuschüsse gewährt werden.
—	20,000[3]	—		
30,424	25,726	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
10			**Staatszuschüsse an die Kreisfonds für Schulzwecke.**	
	1		Progymnasien und Lateinschulen.	
		1	Fundationsmäßige Reichnisse	6,280
		2	Aus der Kreisschuldotation	10,979
		3	Stellvertretungskosten	12,000
			Summe § 1	29,259
	2		Oberrealschulen und Realschulen.	
		1	Bisherige Zuschüsse für Realschulen	3,300
		2	Zuschüsse für die Oberrealschulen	253,070
		3	Stellvertretungskosten	30,000
		4	Zur Unterstützung des Personals der Oberrealschulen und Realschulen und der Hinterbliebenen	10,000
			Summe § 2	296,370
	3		Volksschulen.	
		1	Auf speziellen Rechtstiteln und Bewilligungen beruhende Fundationsbeiträge	144,000
		2	Nach Anfall zahlbare Bauausgaben	1,000
		3	Kreisschuldotation, und zwar:	
			a) Seitherige budgetmäßige Kreisschuldotation	577,788
			b) Neue Kreisschuldotation behufs Unterstützung der mit Schullasten überbürdeten Gemeinden . . . . Hievon 300,000 M künftig wegfallend.	500,000
		4	Zuschüsse an die Kreisfonds gemäß Art. 16 Abs. 2 Ziff. 2 und Abs. 3 des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 für Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern	1'800,000
		5	Bauschbeträge an die Schulkassen der Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern an Stelle der dem Lehrpersonal an den Volksschulen dieser Gemeinden seither aus Staatsfonds zugeflossenen Dienstalters- und sonstigen Zulagen gemäß Art. 14 Abs. 1 des Schulbedarfgesetzes	2'174,500
		6	Zuschuß nach Art. 16 Abs. 2 Ziff. 4 des Schulbedarfgesetzes	2'060,000
			Seite	7'257,283

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
6,280	—	—		
10,979	—	—		
12,000	—	—		
29,259	—	—		
3,300	—	—		
268,070	—	15,000[1]		[1]) Wegfall der einmaligen Willigung für einzelne Oberrealschulen.
30,000	—	—		
10,000	—	—		
311,370	—	15,000		
139,000	5,000[2]	—		[2]) Wegen Steigerung der Naturalienpreise und Erhöhung der Leistungen, insbesondere für die katholische Volksschule in Waldsassen.
1,000	—	—		
577,783	—	—		
500,000	—	—		
1'800,000	—	—		
2'138,500	36,000[3]	—		[3]) Wegen Eingemeindung der Gemeinden Meringerau, Oberhausen und Pfersee nach Augsburg und wegen Neufestsetzung von Bauschbeträgen für die Städte Neu-Ulm und Selb, die nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mehr als 10 000 Einwohner zählen.
2 060,000	—	—		
7'216,283	41,000	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
10	8		Übertrag	7'257,283
		7	Dienstalterszulagen für das Lehrpersonal an den Volksschulen der Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern	7'550,000
		8	Zur Unterstützung dienstunfähiger älterer Schullehrer, die bereits vor dem Entstehen der gesetzlichen Kreisvereine quieszíert worden sind	270
		9	a) Zuschüsse an die Kreispensionsanstalten für dienstunfähige Lehrpersonen	1'230,000
			b) Pensionszulagen nach einem Drittel der zuletzt bezogenen Dienstalterszulagen . .	475,000
			c) Zur Unterstützung der älteren pensionierten Lehrpersonen und zur Gewährung von Zuschüssen an die Pensions- und Reliktenunterstützungs-Zuschußkasse für das an gemeindlichen Pensionseinrichtungen nicht teilnehmende Lehrpersonal	105,000
		10	Unterstützungsbeiträge für die Hinterbliebenen der Volksschullehrer:	
			a) Im allgemeinen	1'080,000
			b) Zur Unterstützung der älteren Lehrerrelikten und zur Gewährung von Zuschüssen an die Pensions- und Reliktenunterstützungs-Zuschußkasse für das an gemeindlichen Pensionseinrichtungen nicht teilnehmende Lehrpersonal	80,000
			c) Für dürftige, dem Unterstützungsalter entwachsene Lehrerwaisen	16,000
		11	Zuschüsse zu den Kosten der Schulvisitationen	25,000
		12	Zur Unterstützung dürftiger Kandidaten des Volksschuldienstes während der Ableistung ihrer gesetzlichen Militärdienstpflicht	7,000
		13	Reservefonds für die Volksschulen	13,000
			Summe § 8	17'838,553
			Hiezu „ § 2	296,370
			„ § 1	29,259
			Summe Kap. 10	18'164,182

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
7'216,283	41,000	—		
7'430,000	120,000[1]	—		[1]) Voraussichtlicher Mehrbedarf infolge Vorrückung des Lehrpersonals in den Dienstalterszulagen und wegen Vermehrung des Lehrpersonals.
810	—	540[2]		[2]) Wegen Ableben eines Beteiligten.
1'200,000	30,000[3]	—		[3]) Nach dem voraussichtlichen Bedarf.
380,000	95,000[4]	—		[4]) Infolge Erhöhung der Dienstalterszulagen vom Jahre 1909 an ist auch für diese Finanzperiode mit einer größeren Steigerung der Pensionszulagen zu rechnen.
95,000	10,000[5]	—		[5]) Durch das Anwachsen der ständig eingewiesenen Pensionszuschüsse aus der Pensions- und Reliktenunterstützungs-Zuschußkasse vermindern sich die für Unterstützungen verfügbaren Mittel. Um nicht eine Abminderung der Unterstützungen eintreten lassen zu müssen, erscheint eine Erhöhung der Position geboten.
1'020,000	60,000[6]	—		[6]) Mehrbedarf nach dem derzeitigen Stand und für Neuzugänge.
70,000	10,000[7]	—		[7]) Wie bei Erläuterung 5 oben.
16,000	—	—		
13,720	11,280[8]	—		[8]) Mit der Einführung neuer Vorschriften über das Prüfungswesen an den Volksschulen werden in einzelnen Visitationsbezirken — namentlich in solchen mit überwiegend ungeteilten Schulen — für die Prüfungen und Visitationen mehr Dienstreisen der Distriktsschulinspektoren anfallen als bisher und infolgedessen die von den Kreisen zur Verfügung gestellten Mittel zur entsprechenden Entschädigung der Distriktsschulinspektoren nicht hinreichen. Für solche Fälle sollen den Kreisen erhöhte Zuschüsse gewährt werden.
7,000	—	—		
13,000	—	—		
17'461,813	377,280	540		
	376,740			
311,370	—	15,000		
29,259	—	—		
17'802,442	376,740	15,000		
	361,740			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			B. Kunst- und besondere wissenschaftliche Bildungsanstalten.	
			a. Im allgemeinen.	
11			**Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 475 ℳ künftig wegfallend.	13,180
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	500
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	13,680
	2		Sächliche Ausgaben (für Unterhaltung der elektrischen Kontrollapparate, der Feuerlöschrequisiten und Ausrüstungsgegenstände und dergleichen)	2,700
			Summe Kap. 11	16,380
12			**Für Studienreisen der Beamten der Kunstsammlungen des Staates und des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns** . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	3,500
			b. Im besonderen.	
13			**I. Akademie der Wissenschaften.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 278 ℳ künftig wegfallend.	29,885
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,700
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	34,085
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	8,000
		2	Für wissenschaftliche Arbeiten	50,743
		3	Für die Kommission für internationale Erdmessung	5,708
			Summe § 2 Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	64,451
			Summe Kap. 13 I	98,536

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
12,100	1,080	—	A S. 100	
—	500[1]	—		[1] Zur Bezahlung von Hilfswächtern, die bei Erkrankungen oder bei sonstigen länger dauernden Dienstesverhinderungen von Feuerwächtern einzustellen sind.
—	—	—		
12,100	1,580	—		
2,700	—	—		
14,800	1,580	—		
3,000	500[2]	—		[2] Mehr, um auch die Beamten des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns an dem Studienreisenfonds teilnehmen zu lassen.
28,410	1,475	—	A S. 101	
2,700	1,000[3]	—		[3] Die Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen sowie die Tagegelder und Reisekosten sind seither auf Personalerübrigungen übernommen worden. Da diese Art der Verrechnung mit den Budgetgrundsätzen nicht im Einklange steht, sollen für die bezeichneten Zwecke besondere Mittel bereitgestellt werden.
—	500[3]	—		
31,110	2,975	—		
13,000	—	5,000[4]		[4] Einmalige Willigung in der Finanzperiode 1910 und 1911.
52,243	—	1,500[5]		[5] Minder: 3 000 M einmalige Willigung in der Finanzperiode 1910 und 1911; Mehr: 1 500 M fortlaufender Zuschuß zu den Kosten der von dem Kartelle der deutschen Akademien unternommenen Herausgabe der unter dem Namen der „Septuaginta" bekannten griechischen Übersetzung des alten Testamentes. Bei der großen Bedeutung des Unternehmens kann Bayern sich der von dem Reichsamte des Innern angeregten und von der Akademie der Wissenschaften angelegentlich befürworteten Mitwirkung an der finanziellen Sicherstellung des Unternehmens nicht entziehen. Der Staatszuschuß zu jährlich 1500 M ist auf etwa 30 Jahre berechnet.
5,708	—	—		
70,951	—	6,500		
102,061	2,975	6,500		
		3,525		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
13			**II. Meteorologische Zentralstation.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 339 ℳ künftig wegfallend.	33,685
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	7,340
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	42,025
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	4,000
		2	Für Miete und Unterhaltung der Diensträume	6,800
		3	Für wissenschaftliche Zwecke einschließlich der Aufwendungen für die Beobachtungsstation auf der Zugspitze	21,450
			Hievon ab die eigenen Einnahmen (für Wetterberichte 2c.)	3,400
			Restsumme Tit. 3	18,050
		4	Zuschuß für die meteorologische Drachenstation am Bodensee	5,000
			Summe § 2	33,850
			Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	
			Summe Kap. 13 II	75,875
			Hiezu „ „ 13 I	98,536
			Summe Kap. 13	174,411

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
33,881	—	196	A S. 102	
6,600	740[1]	—		[1]) Mehr für Entlohnung von Hilfskräften, die zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten für den Wetterdienst notwendig sind.
1,000	—	—		
41,481	544	—		
4,000	—	—		
6,500	300[2]	—		[2]) Mehr infolge Steigerung des Mietpreises.
17,680	3,770[3]	—		[3]) Mehr: 1 650 ℳ für erhöhte Kosten des Druckes der meteorologischen Jahrbücher und für Ergänzung der Bibliothek, 1 350 ℳ für Herausgabe der Wetterberichte — der Betrag wird durch Mehreinnahmen für Abonnements der Wetterberichte gedeckt —, 770 ℳ für Verpflegung des Beobachters und für Ergänzung der Apparate auf der Hochstation Zugspitze, 3 770 ℳ Summe.
2,050	1,350[4]	—		[4]) Mehr infolge erhöhter Einnahmen aus Abonnements der Wetterberichte.
15,630	2,420	—		
5,000	—	—		
31,130	2,720	—		
72,611	3,264	—		
102,061	—	3,525		
174,672	—	261		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
14			**Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1074 ℳ künftig wegfallend.	254,289
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	263,689
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	21,700
		2	Regie- und Unterhaltungskosten für die einzelnen Institute und Sammlungen:	
			1. für die anatomische Anstalt	5,743
			2. für die anatomisch-pathologische Sammlung	515
			3. für die anthropologisch-prähistorische Sammlung	2,600
			4. für das Antiquarium . . . . *) Von jeder der zur Vermehrung der staatlichen Kunstsammlungen — Sammlungen von Gemälden älterer Meister, von Gemälden und Skulpturen neuerer Meister, von antiken Skulpturen, Graphische Sammlung, Münzkabinett, Vasensammlung, Antiquarium und Bayer. Nationalmuseum — bestimmten budgetmäßigen Positionen kann ein Betrag bis zu 20 % auch zu Ankäufen für andere Kunstsammlungen herangezogen werden.	6,000*)
			5. für den botanischen Garten	63,150
			Seite	99,708

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
225,485	28,804	—	A S. 103/104	
2,400	6,000[1]	—		
—	1,000[1]	—		
227,885	35,804	—		
16,700	5,000[2]	—		
5,743	—	—		
515	—	—		
2,600	—	—		
6,000	—	—		
36,000	27,150[3]	—		
67,558	32,150			

[1]) Die Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen sowie die Tagegelder und Reisekosten sind seither auf Personalerübrigungen übernommen worden. Da diese Art der Verrechnung mit den Budgetgrundsätzen nicht im Einklange steht, sollen für die bezeichneten Zwecke besondere Mittel bereitgestellt werden.

[2]) Die wissenschaftlichen Sammlungen sollen in Zukunft noch mehr als bisher dem öffentlichen Besuche zugänglich gemacht werden. Hiedurch ergeben sich vermehrte Kosten für Aushilfen (Taglöhne) und für Reinigung der Sammlungsräume; infolgedessen und zur Beseitigung der budgetrechtlichen Bedenken, denen die seither übliche Bestreitung eines Teiles der Aufsichtskosten aus Personalerübrigungen begegnet, wird eine Erhöhung des Bedarfs um 5000 ℳ notwendig.

[3]) Die Inbetriebnahme der Gewächshäuser im neuen botanischen Garten ist vom 1. Juli 1912 an in Aussicht genommen. Die Gartendirektion hat den Jahresmehrbedarf für den Betrieb auf 41,000 ℳ veranschlagt. Davon entfallen 4800 ℳ auf den Personalaufwand und 36,200 ℳ auf den sächlichen Bedarf. Als weitere etatsmäßige Beamte sollen ein Gartenoberinspektor nach Klasse 13 und ein Maschinist nach Klasse 22 der Gehaltsordnung aufgestellt werden. Der Mehrbedarf für die etatsmäßigen Beamten ist oben bei § 1 Tit. 1 vorgesehen.

Der sächliche Mehrbedarf setzt sich zusammen aus den Löhnen der Heizer, der Gartengehilfen, der Gartenarbeiter und der Gartentaglöhnerinnen (zu 13,564 ℳ), dem Bedarf für Beheizung (zu 20,000 ℳ), den Kosten für Pflanzen, Samen, Töpfe und Kübeln (zu 1636 ℳ) und den Kosten für Etikettierung (zu 1000 ℳ). Von dem sächlichen Mehrbedarfe sind erforderlich

für 1912 ½ aus 36,200 ℳ = ...	18,100 ℳ
für 1913 der ganze Jahresbetrag zu	36,200 ℳ
zusammen	54,300 ℳ
oder für ein Jahr der Finanzperiode	27,150 ℳ

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
14				
	2	2	Übertrag	99,708
			6. für das botanische Museum	2,500
			7. für das pflanzenphysiologische Institut	3,500
			8. für das chemische Laboratorium	31,500
			9. für das ethnographische Museum Hievon 4500 M künftig wegfallend.	17,100
			10. für die geologische Sammlung Hievon 2600 M künftig wegfallend.	5,600
			11. für das Institut für theoretische Physik (früher mathematisch-physikalische Sammlung)	1,800
			12. für die mineralogische Sammlung Hievon 250 M künftig wegfallend.	3,750
			13. für das Münzkabinett *) Vgl. Bemerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2 Nr. 4 (Seite 28).	10,000*)
			14. für das Museum von Gipsabgüssen	2,000
			15. für die paläontologische Sammlung Hievon 2650 M künftig wegfallend.	6,011
			16. für das physikalisch-metronomische Institut	1,500
			17. für das physiologische Institut	12,772
			18. für die Sternwarte	6,400
			19. für das erdmagnetische Observatorium	2,500
			20. für Erdbebenforschung	1,100
			21. für das Observatorium auf dem Hohenpeißenberg	345
			22. für die zoologische Sammlung Hievon 12,000 M künftig wegfallend.	22,500
			23. für das zoologische Institut Hievon 2900 M künftig wegfallend.	9,900
			24. Zuschuß an die Sternwarte in Bamberg	3,200
			Summe § 2 Zu § 2. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	243,686
			Hiezu „ § 1	263,689
			Summe Kap. 14	507,375

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
M	M	M	
67,558	32,150		
2,500	—	—	
3,500	—	—	
31,500	—	—	
15,000	2,100 [1]	—	
10,500	—	4,900 [2]	
1,800	—	—	
5,500	—	1,750 [3]	
10,000	—	—	
2,000	—	—	
3,361	2,650 [4]	—	
1,500	—	—	
12,772	—	—	
6,400	—	—	
2,500	—	—	
2,050	—	950 [5]	
345	—	—	
23,560	—	1,060 [6]	
7,255	2,645 [7]	—	
2,700	500 [8]	—	
212,301	40,045	8,660	
	31,385	—	
227,885	35,804	—	
440,186	67,189	—	

Erläuterungen

[1]) Mehr: 600 M dauernd zur Erhöhung des Regieetats behufs Einstellung einer Schreibaushilfe, die zur Entlastung des wissenschaftlichen Personals von formalen Arbeiten dringend notwendig ist,

1500 M einmalig für je ein Jahr (zusammen 3000 M) zur Ergänzung der Lücken der Handbibliothek, insbesondere zur Nachschaffung verschiedener fehlender wichtiger Fachzeitschriften.

Die in der vorigen Finanzperiode für Anschaffung von Schränken bewilligten 3000 M für je ein Jahr (zusammen 6000 M) werden, um die sachgemäße Unterbringung der wertvolleren und am meisten gefährdeten Sammlungsgegenstände vollständig durchführen zu können, auch für die Finanzperiode 1912 und 1913 zur Bewilligung beantragt.

[2]) Für die Einrichtung einer allgemeinen geologischen Sammlung wurden in der Finanzperiode 1910 und 1911 einmalig im ganzen 15,000 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 7500 M bewilligt, die nun in Wegfall kommen. Für 1912 und 1913 sind für die weitere Ausgestaltung der Sammlung einmalig 5200 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 2600 M erforderlich.

[3]) Mehr 250 M einmalig für je ein Jahr der Finanzperiode (zusammen 500 M) Einrichtung der für Zwecke des petrographischen Unterrichts überlassenen Räume (Tisch, Schränke, Stühle). Die in der vorigen Finanzperiode für die Anschaffung von Sammlungsschränken bei der mineralogischen Sammlung bewilligten 4000 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 2000 M kommen in Wegfall.

[4]) Die paläontologische Sammlung hat zur Aufstellung des reichhaltigen und vorzüglichen Reptilien-Materials, das zum Teile schon seit zehn Jahren vorhanden ist, wegen Raummangels aber nicht aufgestellt werden konnte, neue Räume erhalten. Für diese Räume müssen Schränke, Pulte rc. beschafft werden; die Kosten betragen 5300 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 2650 M.

[5]) Die in der vorigen Finanzperiode für die Errichtung einer Nebenstation für Erdbebenforschung in Nördlingen bewilligten einmaligen Ausgaben zu 1900 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 950 M kommen in Wegfall.

[6]) Die weitere Ausgestaltung der Sammlung erfordert auch in der Finanzperiode 1912 und 1913 außerordentliche Mittel namentlich für die entomologische Sammlung und für die Einrichtung der im Neubauetat zur Instandsetzung vorgesehenen Speicherräume. Beantragt werden

10,000 M für die Anschaffung von Sammlungsschränken,
5,000 M für die Anschaffung von Sammlungsgläsern und Schachteln und
2,000 M zur Vervollständigung der Bibliothek insbesondere auf dem Gebiete der Säugetierliteratur,
17,000 M zusammen, oder für ein Jahr der Finanzperiode 8500 M.

Außerdem werden die in der vorigen Finanzperiode bewilligten Forderungen zu 4000 M zur Besoldung wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und
3000 M zur Besoldung technischer Hilfsarbeiter,
zusammen 7000 M, oder für ein Jahr der Finanzperiode 3500 M wegen Fortdauer des Bedürfnisses auch für die Finanzperiode 1912 und 1913 zur Bewilligung beantragt.

Die einmalige Forderung für sächliche Bedürfnisse in der vorigen Finanzperiode zu 19,120 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 9560 M kommt in Wegfall.

[7]) Mehr 1785 M dauernd zur Erhöhung des Regieetats von 5215 M auf 7000 M namentlich im Hinblick auf die beständige Zunahme der Zahl der Studierenden und der allgemeinen Steigerung der Materialienpreise.

Ferner sind weitere Nachschaffungen von Schränken, dann von Aquarien und Glasmaterialien notwendig. Auch hat sich das Bedürfnis nach einem Episkop und nach Vervollständigung der Bibliothek herausgestellt. Für diese einmaligen Anschaffungen ergibt sich ein Gesamtbedarf von 5800 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 2900 M.

Die in der vorigen Finanzperiode bewilligten einmaligen Mittel für Schränke und Mikroskope von im ganzen 4080 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 2040 M kommen in Wegfall.

[8]) Mehr 500 M für Gehaltsvorrückung des Direktors.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
15			**Hof- und Staatsbibliothek.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 594 ℳ künftig wegfallend.	192,456
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	14,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	207,456
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, für Anschaffung neuer Werke und deren Einband und dergleichen) . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	130,000
			Summe Kap. 15	337,456
16			**Beiträge an die Kreisbibliotheken.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	907
	2		Besondere Beiträge	40,098
			Summe Kap. 16	41,005
17			**Beiträge an gelehrte Gesellschaften und Vereine.**	
	1		Fundationsmäßiges Reichnis an die botanische Gesellschaft in Regensburg	172
	2		Zuschüsse an sonstige gelehrte Gesellschaften und Vereine	18,965
			Summe Kap. 17	19,137

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
182,930	9,526	—	A S. 105	
7,000	7,000[1]	—		[1]) Die bisherige Position reicht nicht aus für eine angemessene Entlohnung der geprüften Bibliothekpraktikanten sowie der zur Bewältigung des ständig wachsenden Signierdienstes und für leichtere Katalogisierungsarbeiten zu verwendenden wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, für welch letztere derzeit schon rund 6500 *M* im Jahr erforderlich sind. Die Erhöhung der Position um 7000 *M* erscheint deshalb notwendig.
1,000	—	—		
190,930	16,526	—		
124,850	5,150[2]	—		[2]) Mehr infolge gesteigerter Bedürfnisse.
315,780	21,676	—		
907	—	—		
38,226	1,872[3]	—	A S. 106	[3]) Mehr: 1612 *M* für Gehaltsvorrückungen (Besoldungsausweis Anlage A) 260 *M* für vermehrten Regiebedarf 1872 *M* Summe wie neben.
39,133	1,872	—		
172	—	—		
21,465	—	2,500[4]		[4]) Einmalige Willigung in der Finanzperiode 1910 und 1911.
21,637	—	2,500		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
18			**Akademie der bildenden Künste.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 161 M künftig wegfallend.	152,955
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,650
		3	Tagegelder und Reisekosten	200
			Summe § 1	161,805
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Sammlungen und dergleichen	82,400
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	36,000
			Restsumme Tit. 1	46,400
		2	Künstlerpensionen, Stipendien und Preise.	
			a) Künstlerpensionen	39,900
			b) Stipendien und Preise . . . . * Das in der Summe enthaltene Stipendium zu 2400 M für eine Studienreise nach Italien soll erforderlichen Falles in 2 Stipendien geteilt werden und das Reiseziel nicht auf Italien beschränkt sein.	7,809*
			Summe Tit. 2 Zu Tit. 1 und 2. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	47,709
		3	Zuschuß an den Künstlerinnenverein in München für die Unterrichtskurse desselben	5,000
			Summe § 2	99,109
			Summe Kap. 18	260,914

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
149,668	3,287	—	A S. 107	
8,650	—	—		
—	200	—		
158,318	3,487	—		
79,659	2,741 [1]	—		
28,000	8,000 [2]	—		
51,659	—	5,259		
39,900	—	—		
7,809	—	—		
47,709	—	—		
5,000	—	—		
104,368	—	5,259		
262,686	3,487	5,259		
		1,772		

[1]) Mehr: 3741 M für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung infolge Zugangs neuer Räume, dann für Ergänzungen des Mobiliars,
minder: 1000 M durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung für Mobiliarversicherung,
2741 M effektive Mehrung.

[2]) Mehr infolge Steigerung der Einnahmen an Studienhonoraren.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
19			**Gemäldegalerien.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 4002 ℳ künftig wegfallend.	88,910
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,650
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	93,560
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, für Regeneration und Restauration von Gemälden und dergleichen . . . . Hievon 4900 ℳ künftig wegfallend (1900 ℳ für Zwecke der Katalogisierung der Bestände der Vasensammlung und 3000 ℳ für Ergänzung und Vermehrung der Handbibliothek und der Photographiensammlung für die Gemäldegalerien, dann für Herstellung eines wissenschaftlichen Katalogs der Gemäldesammlungen).	36,080
		2	Für den Ankauf von Gemälden älterer Meister . . . . *) Vergl. Bemerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2 Nr. 4 Seite 28).	45,000*
			Summe Tit. 1 und 2	81,080
			Hievon ab die eigenen Einnahmen (Eintritts- und Garderobegelder)	30,000
			Restsumme für Tit. 1 u. 2	51,080
		3	Für den Ankauf von antiken Vasen für die Vasensammlung . . . . *) Vergl. Bemerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2 Nr. 4 (Seite 28).	2,000*
			Summe § 2 Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	53,080
			Summe Kap. 19	146,640

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
79,762	9,148	—	A S. 108	
1,850	800[1]	—		[1]) Mehr für Aushilfsdiener an Sonn- und Feiertagen in den Filialgemäldegalerien Schleißheim und Augsburg, ferner für den Aufsichtsdienst in der Filialgemäldegalerie in Burghausen.
2,000	—	—		
83,612	9,948	—		
34,900	1,180[2]	—		[2]) Mehr: 1000 M wegen Erhöhung der Beheizungskosten durch Anschluß des Vestibüls und Stiegenhauses an die Dampfheizung, dann für Instandsetzung der Gemälde, 180 M für vermehrte Reinigungsarbeiten in der Vasensammlung, 1180 M Summe.
44,000	1,000[3]	—		[3]) Mehrbedarf gedeckt aus dem erhöhten Erträgnisse der Eintrittsgelder.
78,900	2,180	—		
26,050	3,950[4]	—		[4]) Mehr infolge Erhöhung des Erträgnisses der Eintritts- und Garderobegelder.
52,850	—	1,770		
2,000	—	—		
54,850	—	1,770		
138,462	9,948	1,770		
	8,178			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
20			**Graphische Sammlung.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1366 ℳ künftig wegfallend.	31,480
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	480
		3	Tagegelder und Reisekosten	600
			Summe § 1	32,560
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	7,820
		2	Für den Ankauf von Kupferstichen und Handzeichnungen . . . . *) Vgl. Bemerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2 Nr. 4 (Seite 28).	20,000*
			Summe § 2 Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	27,820
			Summe Kap. 20	60,380
21			**Kunstgewerbeschulen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1552 ℳ künftig wegfallend.	229,554
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,100
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	236,154
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel und dergleichen)	70,581
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	24,100
			Restsumme § 2 Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	46,481
			Summe Kap. 21	282,635

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
30,092	1,388	—	A S. 109	
480	—	—		
600	—	—		
31,172	1,388	—		
7,820	—	—		
20,000	—	—		
27,820	—	—		
58,992	1,388	—		
227,297	2,257	—	A S. 110	
6,100	—	—		
500	—	—		
233,897	2,257	—		
70,181	400[1]	—		[1]) Mehr wegen erhöhter Bedürfnisse des Unterrichts in Glas- und Porzellanmalerei.
22,200	1,900[2]	—		[2]) Infolge Mehranfalles an Schulgeld.
47,981	—	1,500		
281,878	2,257	1,500		
	757			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
22			**Bayerisches Nationalmuseum.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2980 ℳ künftig wegfallend.	126,601
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,200
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	129,801
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterhaltung der Sammlungen und dergleichen	54,450
		2	Für neue Erwerbungen . . . . *) Vergl. Bemerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2 Nr. 4 (Seite 28).	30,000
			Summe Tit. 1 und 2	84,450
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	25,000
			Restsumme für Tit. 1 und 2	59,450
		3	Für den Unterhalt (Reinigung ꝛc.) des alten Nationalmuseumsgebäudes	3,500
			Summe § 2	62,950
			Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	
			Summe Kap. 22	192,751

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	*M*	*M*		
119,366	7,235	—	A S. 111	
150	1,050[1]			[1]) Mehr zur Entlohnung einer ständigen Schreibaushilfe.
2,000	—	—		
121,516	8,285	—		
50,450	4,000[2]			[2]) Mehr: 1000 *M* für Ergänzung und Vermehrung der Fachbibliothek, 3000 *M* für bessere Erhaltung der Museumsbestände und für größere Instandsetzungsarbeiten an Sammlungsgegenständen, insbesondere an den Gobelins und Möbeln, 4000 *M* Summe.
12,000	18,000[3]			[3]) Der Antiquitätenmarkt hat für gute Arbeiten aller Art und aller Zeiten in den letzten Jahrzehnten eine solche Preissteigerung erfahren, daß das Nationalmuseum dringend reichlicherer Ankaufsmittel bedarf. Von dem Mehrbedarf können 12,800 *M* durch Erhöhung der eigenen Einnahmen aus Eintritts- und Garderobegeldern gedeckt werden.
62,450	22,000	—		
12,200	12,800[4]	—		[4]) Mehr infolge Erhöhung der eigenen Einnahmen.
50,250	9,200	—		
3,500	—	—		
53,750	9,200	—		
175,266	17,485	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
23			**Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 672 *M* künftig wegfallend.	82,658
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	20,000
			Summe § 1	104,658
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	17,400
		2	a) Für Inventarisierung der Kunstdenkmale Bayerns	40,000
			b) Zuschuß zu den Kosten für den Druck des Inventarisationswerkes	6,000
			Summe Tit. 2	46,000
		3	Zur Erhaltung kirchlicher und anderer Kunst- und Geschichtsdenkmale des Landes .	35,000
		4	Für Aufnahme von gefährdeten Denkmälern	500
		5	Zur Erforschung der Urgeschichte Bayerns	8,000
		6	Zur Förderung der Zwecke von Lokal- und Provinzialmuseen	10,000
			Summe § 2	116,900
			Zu § 2: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	
			Summe Kap. 23	221,558

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
77,171	5,487	—	A S. 112	
—	2,000 [1]	—		[1] Bei der ständig wachsenden Geschäftslast des Generalkonservatoriums und bei der starken Inanspruchnahme der Beamten durch den auswärtigen Dienst ist die Einstellung von Hilfskräften von Zeit zu Zeit erforderlich.
20,000	—			
97,171	7,487	—		
17,400	—	—		
30,000	10,000 [2]	—		[2] Mehr zur Ergänzung der vom 2. Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 an bewilligten Erhöhung der beiden Positionen auf den vollen Jahresbedarf.
4,500	1,500 [2]	—		
34,500	11,500	—		
35,000	—	—		
500	—	—		
8,000	—	—		
10,000	—	—		
105,400	11,500	—		
202,571	18,987	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
24			**Beitrag an das Germanische Museum in Nürnberg**	42,594
25			**Ruhmeshalle und Walhalla.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1525 ℳ künftig wegfallend.	14,175
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	540
		3	Tagegelder und Reisekosten	180
			Summe § 1	14,895
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . .	1,094
		2	Für Unterhaltung der Kunstwerke, Parke und Anlagen	7,300
			Summe § 2	8,394
			Summe Kap. 25	23,289
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	10,000
			Restsumme Kap. 25	13,289
26			**Akademie der Tonkunst in München und Musikschule in Würzburg.**	
	1		Staatszuschuß an die Akademie der Tonkunst in München	67,370
	2		Staatszuschuß an die Musikschule in Würzburg	72,660
			Summe Kap. 26	140,030
27			**Übrige Ausgaben für Kunstzwecke.**	
	1		Auf Förderung und Pflege der Kunst	60,000
	2		Zur Erwerbung ausgezeichneter Kunstwerke, insbesondere für die Kunstsammlungen des Staates *) Vgl. Bemerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2 Nr. 4 (Seite 28).	100,000*)
	3		Staatsbeitrag zur Förderung regelmäßiger internationaler Kunstausstellungen in München Zu § 1 mit 3: Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	8,600
			Summe Kap. 27	168,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
42,594	—	—		
11,929	2,246	—	A S. 113	
540	—	—		
180	—	—		
12,649	2,246	—		
1,094	—	—		
6,698	602[1]	—		[1]) Mehrbedarf für entsprechende Unterhaltung der Kunstwerke und Parkanlagen.
7,792	602	—		
20,441	2,848	—		
7,000	3,000[2]	—		[2]) Mehr infolge erhöhter Einnahmen an Eintrittsgebühren für Besteigung der Bavaria.
13,441	—	152		
81,884	—	14,514[3]	A S. 114	[3]) Minderbedarf infolge Erhöhung der eigenen Einnahmen der beiden Anstalten.
73,249	—	589[3]	A S. 115	
155,133	—	15,103		
60,000	—	—		
100,000	—	—		
8,600	—	—		
168,600	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			C. Besondere medizinische und landwirtschaftliche Unterrichtsanstalten.	
28			**Hebammenschulen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	33,987
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,120
		3	Tagegelder und Reisekosten	100
			Summe § 1	38,207
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen Hievon 1400 ℳ für außerordentliche Anschaffungen zur Erneuerung und Ergänzung des Inventars bei der Hebammenschule Würzburg künftig wegfallend.	79,455
		2	Für Preismedaillen	444
			Summe § 2	79,899
			Hievon werden gedeckt:	
			1. durch die eigenen Einnahmen	29,433
			2. durch den Zuschuß des Staatsministeriums des Innern aus dem Etat für Wohltätigkeit	5,500
			zusammen	34,933
			Restsumme § 2	44,966
			Summe Kap. 28	83,173

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
31,906	2 081	—	A S. 116	
3,720	400[1]	—		[1]) Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.
—	100	—		
35,626	2,581	—		
43,694	1,272	—		
79,320	3,853	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
29			**I. Tierärztliche Hochschule in München.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten Hievon 2027 M künftig wegfallend.	164,506
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,980
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	168,486
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Sammlungen und dergleichen Hievon 3000 M für Demonstrations- und Lehrmittel künftig wegfallend.	127,350
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	44,880
			Restsumme Tit. 1	82,470
		2	Für Exkursionen	1,000
		8	Stipendien	4,400
			Summe § 2	87,870
			Summe Kap. 29 I	256,356

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
156,564	7,942	—	A S. 117	
1,480	500[1]	—		[1]) Mehr zur Entlohnung von Schreibaushilfen, die infolge der Zunahme der Verwaltungsgeschäfte erforderlich sind.
2,000	—	—		
160,044	8,442	—		
118,290	9,060[2]	—		[2]) Mehr: 10,560 M (davon 3000 M künftig wegfallend) für Regiebedürfnisse infolge gestiegener Preise, dann für Demonstrations- und Lehrmittel in den einzelnen Instituten — hievon wird der Betrag von 6760 M aus Gebührenanfällen und aus Mehreinnahmen der Klinikbetriebe gedeckt —, Minder: 1,500 M durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigungen, 9,060 M effektive Mehrung.
38,120	6,760[3]	—		[3]) Mehr an Kanzleigebühren und infolge erhöhter Einnahmen aus den Klinikbetrieben.
80,170	2,300	—		
1,000	—	—		
4,400	—	—		
85,570	2,300	—		
245,614	10,742	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
29			**II. Biologische Versuchsstation für Fischerei in München.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 121 ℳ künftig wegfallend.	18,446
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,800
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,090
			Summe § 1	23,336
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Laboratoriumsbedürfnisse und dergleichen)	4,010
			Summe Kap. 29 II	27,346
			Hievon werden gedeckt:	
			1. durch die eigenen Einnahmen	200
			2. durch den Zuschuß des Deutschen Reichs	5,000
			3. durch den Zuschuß des Staatsministeriums des Innern .	14,990[2)]
			zusammen	20,190
			Restsumme Kap. 29 II	7,156
			Hiezu Summe Kap. 29 I	256,356
			Summe Kap. 29	263,512

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
17,153	1,293	—	A S. 118	
3,800	—	—		
1,090	—	—		
22,043	1,293	—		
4,510	—	500[1]		[1]) Minder durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung.
26,553	793	—		
200	—	—		
5,000	—	—		
14,764	226[2]	—		[2]) Hinsichtlich des der Versuchsstation auf Rechnung des Etats des Staatsministeriums des Innern zukommenden Zuschusses und seiner Verwendung wird auf die einschlägigen Erläuterungen zu diesem Etat — Ziff. III Kap. 4 § 1 — Bezug genommen.
19,964	226	—		
6,589	567	—		
245,614	10,742	—		
252,203	11,309	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
30			**Hufbeschlagschulen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	15,984
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	15,984
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Betriebserfordernisse und dergleichen	21,115
		2	Stipendien	6,690
			Summe § 2	27,805
			Summe Kap. 30	43,789
31			**Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan.**	
			Staatszuschuß	163,825*)

*) Hievon 391 ℳ für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

Betriebserübrigungen bei der Akademie und ihren Nebenanstalten sollen, soweit sie nicht zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen und zur Verstärkung des Betriebs- und Reservefonds zu verwenden sind, auf spätere Finanzperioden übertragen werden.

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
15,246	738	—	A S. 119	
—	—	—		
—	—	—		
15,246	738	—		
20,715	400[1]	—		[1]) Für vermehrten Regiebedarf zum Betriebe der Lehrschmieden.
6,690	—	—		
27,405	400	—		
42,651	1,138	—		
181,013	—	17,188	A S. 120/122 und C S. 185/188	

Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
32			**Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 344 ℳ künftig wegfallend.	11,088
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,749
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	14,837
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Betriebserfordernisse, Aufwendungen für den Haushalt und dergleichen	35,845
		2	Miet- und Pachtzinse	5,400
			Summe § 2	41,245
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	18,860
			Restsumme § 2	22,385
			Summe Kap. 32	37,222

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
10,808	780	—	A S. 123	
2,782	—	33[1]		[1]) Minder an Vergütungen für Fachnebenlehrer.
1,000	—	—		
14,090	747	—		
36,337	—	492[2]		[2]) Weniger infolge Abminderung der Betriebsausgaben.
5,300	100[3]	—		[3]) Mehr wegen Zupachtung von Grundstücken zur Erweiterung der Baum- und Rebschulen.
41,637	—	392		
18,360	500[4]	—		[4]) Mehreinnahme aus dem Obstbaubetriebe.
23,277	—	892		
37,367	—	145		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
33			**Landwirtschaftlicher Wanderunterricht.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	188,959
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,500
		3	Tagegelder und Reisekosten	48,000
			Summe § 1	238,459
	2		Sächliche Ausgaben (Lehr- und Unterrichtsmittel und sonstige Betriebserfordernisse für die Winterschulen, dann Aufwand für das Probejahr der landwirtschaftlichen Lehramtskandidaten, soweit dieser nicht unter die Tagegelder und Reisekosten fällt) . . .	12,000
			Summe Kap. 33	250,459
34			**Zuschüsse an landwirtschaftliche Schulen und für Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts im allgemeinen** . . . . *) Hievon 8 000 ℳ Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung der von der Stadtgemeinde Pfarrkirchen aufgenommenen Schuld für den Neubau der dortigen Landwirtschaftsschule künftig wegfallend.	48,000*)

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
181,542	7,417	—	A S. 123	
1,500	—	—		
47,667	333[1]	—		[1]) Für einen in der Finanzperiode 1910 und 1911 neu bewilligten landwirtschaftlichen Wanderlehrer waren die Mittel erst vom 1. September 1910 an bereitgestellt.
230,709	7,750	—		
12,000	—	—		
242,709	7,750	—		
48,000	—	.		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			D. Beiträge an öffentliche Institute und Erziehungsanstalten.	
35			**Beiträge an Taubstummen-, Blinden- 2c. Institute.**	
	1		An das Zentraltaubstummeninstitut in München:	
			a) Fundationsmäßiges Reichnis	1,372
			b) Besonderer Staatszuschuß	57,078
	2		An das Zentralblindeninstitut in München	30,866
	3		An das Blindeninstitut in Nürnberg	4,000
	4		An die Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München	75,102*)
			*) Hievon 40,000 ℳ zur Verzinsung und Tilgung eines für den Anstaltsneubau von der Anstaltsstiftung aufzunehmenden Anlehens künftig wegfallend; insoweit diese Zuschußsumme für den vorbezeichneten Zweck nicht benötigt wird, soll der Betrag bis zu jährlich 15,000 ℳ für vorläufige Vorkehrungen zu einer verbesserten und vermehrten Fürsorge für die Heilung armer krüppelhafter Kinder verwendet werden[2]).	
	5		Für 8 Freiplätze in dieser Anstalt	2,880
	6		An die Gentner'sche Heilanstalt für Sprachkranke in München zur Abhaltung von Lehrkursen	2,000
	7		An die Taubstummenanstalt in Straubing	1,344
	8		Zur Förderung des Taubstummenunterrichts überhaupt	3,000
			Summe Kap. 35	177,642
36			**Zuschüsse an öffentliche Erziehungsanstalten.**	
	1		An das K. Erziehungsinstitut Albertinum in München	3,756
	2		An das K. Max-Joseph-Stift in München	51,520
	3		An das weibliche Erziehungsinstitut in Nymphenburg	5,838
			Fundationsmäßiges Reichnis an dasselbe	1,158
	4		An das weibliche Erziehungsinstitut in Dietramszell	1,715
	5		An das weibliche Erziehungsinstitut in Beuerberg	515
	6		An das Institut der Englischen Fräulein in Altötting	215
	7		An das Institut der Englischen Fräulein in Burghausen	858
	8		An das Institut der Englischen Fräulein in Aschaffenburg	1,155
	9		An das Institut der Englischen Fräulein in Günzburg	858
	10		An das Institut der Englischen Fräulein in Neuburg a/D.	1,492
	11		An das Institut der Servitinnen in München	420
	12		An das Aufseß'sche Knabenseminar in Bamberg	412
	13		An das Knabenseminar in Freising (6 Freiplätze)	2,400
	14		An das protestantische Alumneum in Regensburg	2,060
	15		An das Studienseminar in Amberg	1,500
	16		An das Alumneum in Ansbach	9,945
	17		An das Studienseminar in Neuburg a/D.	43
	18		Zur Errichtung von Freiplätzen in Mädchenerziehungsanstalten	16,000
			Summe Kap. 36	101,860

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
1,372	—	—		
56,550	528[1]	—		[1]) 1 169 M Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen des Lehrpersonals, 641 M Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung, 528 M effektive Mehrung.
30,866	—	—		
4,000	—	—		[2]) Vergl. Gesamtbeschlüsse des Landtags vom 14. August 1908 und vom 10. August 1910 zu den Etats des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten für 1908 und 1909 und für 1910 und 1911 — Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1908/1909 Beilagen-Band 4 Nr. 659 Seite 476 Ziff. 3 und 1910/1911 Beilagen-Band 11 Nr. 1207 Seite 357 C 1b.
67,926	7,176[3]	—		[3]) Davon: 1 176 M für Gehaltsvorrückungen des Lehrpersonals, dann 12,000 M Aversalbetrag zur Bestreitung der vermehrten Betriebserfordernisse im neuen Anstaltsgebäude vom zweiten Halbjahr 1913 an, sohin für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 = 6 000 M 7 176 M Summe.
2,880	—	—		
2,000	—	—		
1,344	—	—		
3,000	—	—		
169,938	7,704	—		
3,756	—	—		
51,520	—	—		
5,838	—	—		
1,158	—	—		
1,715	—	—		
515	—	—		
215	—	—		
858	—	—		
1,155	—	—		
858	—	—		
1,492	—	—		
420	—	—		
412	—	—		
2,400	—	—		
2,060	—	—		
1,500	—	—		
9,945	—	—		
43	—	—		
15,000	1,000[4]	—		[4]) Mehr infolge Erhöhung der Pensionssätze in einzelnen Instituten.
100,860	1,000	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			E. Übrige Ausgaben auf Erziehung und Bildung.	
37			**Stipendien und sonstige Zuschüsse.**	
	1		Fundierte Stipendien für Studierende an Universitäten und Gymnasien.	
		1	Domstipendien in Regensburg	245
		2	Domstipendien in Augsburg	504
		3	Heilsbronner Stipendien in Oberfranken	3,352
		4	Heilsbronner Stipendien in Mittelfranken	1,950
		5	Weitere fundierte Stipendien in Mittelfranken	2,295
		6	Reisestipendien für Lehrer der neueren Sprachen an den staatlichen Mittelschulen . .	9,800
			Summe § 1	18,146
	2		Zuschuß zum allgemeinen Stipendienfonds	—
	3		Zuschuß zum Pensionsverein der staatlich geprüften Lehrerinnen in Bayern	3,000
			Summe Kap. 37	21,146
38			**Kosten der staatlichen Aufsicht über die höheren Mädchenschulen**	10,000
39			**Kosten der Prüfungen an sämtlichen Unterrichtsanstalten**	50,000[2]
			Hievon ab die Einnahmen an Gebühren für die juristischen Universitätsprüfungen .	18,800
			Restsumme Kap. 39	31,200

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
245	—	—		
504	—	—		
3,352	—	—		
1,950	—	—		
2,295	—	—		
9,800	—	—		
18,146	—	—		
—	—	—		
2,000	1,000[1]	—		[1]) Die Erhöhung des Staatszuschusses um 1000 M erscheint mit Rücksicht auf die segensreiche Wirksamkeit des Vereins angemessen.
20,146	1,000	—		
10,000	—	—		
—	—	—		[2]) Erhöhung ergibt sich aus der Zurechnung der Kosten für die juristischen Universitätsprüfungen, welche bisher im Etat nicht berücksichtigt waren. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre wäre eine weitere Erhöhung der seitherigen Etatsposition um etwa 10,000 M veranlaßt. Im Hinblick auf die in Aussicht genommene Änderung der Vorschriften über die Tagegelder und Reisekosten bei auswärtigen Dienstgeschäften wurde jedoch von einer Erhöhung abgesehen.
—	—	—		
32,000	—	800		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer II. Wiederholung.	
1			Landesuniversitäten	4'080,981
2			Technische Hochschule	932,980
3			Lyzeen	407,008
4			Humanistische Gymnasien	5'217,610
5			Realgymnasien	632,110
6			Technikum in Nürnberg	184,290
7			Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen	623,243
8			Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten	1'795,993
9			Turnwesen	56,150
10			Zuschüsse an die Kreisfonds für Schulzwecke	18'164,182
11			Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates	16,380
12			Für Studienreisen der Beamten der Kunstsammlungen des Staates	3,500
13			Akademie der Wissenschaften und Meteorologische Zentralstation	174,411
14			Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates	507,375
15			Hof- und Staatsbibliothek	337,456
16			Beiträge an Kreisbibliotheken	41,005
17			Beiträge an gelehrte Gesellschaften	19,137
18			Akademie der bildenden Künste	260,914
19			Gemäldegalerien	146,640
20			Graphische Sammlung	60,380
21			Kunstgewerbeschulen	282,685
22			Bayerisches Nationalmuseum	192,751
23			Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns	221,558
24			Beitrag an das Germanische Museum in Nürnberg	42,594
25			Ruhmeshalle und Walhalla	13,289
26			Akademie der Tonkunst in München und Musikschule in Würzburg	140,030
27			Übrige Ausgaben für Kunstzwecke	168,600
28			Hebammenschulen	83,173
29			Tierärztliche Hochschule in München und Biologische Versuchsstation für Fischerei	263,512
30			Hufbeschlagschulen	43,789
31			Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan	163,825
32			Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim	37,222
33			Landwirtschaftlicher Wanderunterricht	250,459
34			Zuschüsse an landwirtschaftliche Schulen ꝛc.	48,000
35			Taubstummen-, Blinden- ꝛc. Institute	177,642
36			Zuschüsse an öffentliche Erziehungsanstalten	101,860
37			Stipendien und sonstige Zuschüsse	21,146
38			Kosten der staatlichen Aufsicht über die höheren Mädchenschulen	10,000
39			Kosten der Prüfungen an sämtlichen Unterrichtsanstalten	31,200
			Summe Ziffer II (Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung)	35'955,030

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3'799,580	281,401	—		
837,802	95,178	—		
377,461	29,547	—		
5'043,121	174,489	—		
588,232	43,878	—		
173,514	10,776	—		
574,359	48,884	—		
1'685,234	110,759	—		
30,424	25,726	—		
17'802,442	361,740	—		
14,800	1,580	—		
3,000	500	—		
174,672	—	261		
440,186	67,189	—		
315,780	21,676	—		
39,133	1,872	—		
21,637	—	2,500		
262,686	—	1,772		
138,462	8,178	—		
58,992	1,388	—		
281,878	757	—		
175,266	17,485	—		
202,571	18,987	—		
42,594	—	—		
18,441	—	152		
155,133	—	15,103		
168,600	—	—		
79,320	3,853	—		
252,203	11,309	—		
42,651	1,138	—		
181,013	—	17,188		
37,367	—	145		
242,709	7,750	—		
48,000	—	—		
169,938	7,704	—		
100,860	1,000	—		
20,146	1,000	—		
10,000	—	—		
32,000	—	800		
34'637,207	1'355,744	37,921		
	1'317,823			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer III. Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke.	
1			**Katholischer Kultus.**	
	1		Reichnisse des Staates an die Domkapitel.	
		1	Bezüge der Erzbischöfe, Bischöfe, Dignitäre, Domkapitulare und Vikare	
			a) Präbenden	490,371
			b) Widerrufliche Zulagen	333,820
		2	Funktionszulagen	
			a) für die Generalvikare und Sekretäre	10,890
			b) für Weihbischöfe	10,000
		3	Mietzinse für Wohnungen der Präbendierten und für Geschäftslokalitäten Hievon 200 M künftig wegfallend.	9,400[1]
		4	Beiträge zu den Regiekosten der Ordinariate und Generalvikariate	8,393
		5	Beiträge zu den Regiekosten der Domkirchen	68,802
		6	Beiträge zum Unterhalte der bischöflichen Klerikalseminare	51,022
			Summe § 1	982,698

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
490,371	—	—		
333,820	—	—		
10,890	—	—		
10,000	—	—		
10,000	—	600[1]		
8,393	—	—		
67,802	1000[2]	—		
51,022	—	—		
982,298	400	—		

[1]) Die seitherige Mietentschädigung für Bamberg zu jährlich 800 ℳ kommt vom 1. Juli 1912 an in Wegfall, da durch den Umbau des ehemals Dorsch'schen Anwesens in Bamberg nunmehr auch der fünfte der älteren Kanoniker eine freie Wohnung erhält. Für die Zeit vom 1. Januar mit 30. Juni 1912 sind hienach noch erforderlich 400 ℳ oder für 1 Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913: 200 ℳ, so daß sich ein Minderbedarf ergibt von 600 ℳ.

[2]) Mehr:
1500 ℳ zur Erhöhung des Regiekostenbeitrages für die Domkirche in Bamberg von 8500 ℳ auf 10,000 ℳ, da sich der seitherige Zuschuß als unzureichend erwiesen hat;
Minder:
500 ℳ durch Wegfall des einmaligen Zuschusses von im ganzen 1000 ℳ an das Domkapitel Bamberg zur Deckung der Kosten für Versetzung einer Glocke, für Änderung eines Schlagwerks und für Instandsetzung des Chorgestühls,
1000 ℳ effektive Mehrung.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
1	2		Leistungen des Staates an Kirchen, Pfarreien, Benefizien ꝛc.	
		1	Bezüge der Pfarrer	1'053,656
		2	Bezüge der Prediger	4,635
		3	Bezüge der Benefiziaten	28,739
		4	Bezüge der Kapläne	386,460
		5	Bezüge der Mesner und sonstigen Kirchendiener	58,613
		6	Beiträge zu den Kosten der Kirchenregie	115,973
			Summe § 2	1'648,076

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
1'029,655	24,001 [1)]	—	
4,685	—	—	
28,495	244 [2)]	—	
365,998	20,462 [3)]	—	
56,878	1,735 [4)]	—	
112,973	3,000 [5)]	—	
1'598,684	49,442	—	

Erläuterungen

Zu Tit. 1.

[1)] Mehr:
2,808 ℳ durch Übertragung von der Position „Bezüge der Kapläne" infolge der Umwandlung von Hilfspriesterstellen in Pfarreien,
14,373 ℳ infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise,
6,820 ℳ für Errichtung von Pfarreien, und zwar:
2200 ℳ für Errichtung einer Pfarrei in Hausham (Oberbayern),
2320 ℳ für Errichtung einer Pfarrei in Eisenberg (Pfalz),
2300 ℳ für Errichtung einer Pfarrei in Reckendorf (Unterfranken).

[2)] Mehr infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise.

Zu Tit. 4.

[3)] Mehr:
180 ℳ für höhere Naturalpreise,
23,090 ℳ für neue Hilfspriesterstellen, und zwar:
1,000 ℳ für Errichtung einer 4. Hilfsgeistlichenstelle bei der Pfarrei Mariä Himmelfahrt in München-Neuhausen,
900 ℳ für Errichtung einer Hilfspriesterstelle bei der Pfarrei Olching (Oberbayern),
1,600 ℳ für Errichtung einer 3. Hilfspriesterstelle bei der Pfarrei St. Nikolai in Landshut,
1,110 ℳ für Errichtung einer Expositur in Riggerding (Niederbayern),
1,500 ℳ für Errichtung einer 3. Hilfspriesterstelle in Zwiesel (Niederbayern),
1,260 ℳ für Errichtung einer 2. Kaplanei bei der Pfarrei St. Gallus in Ludwigshafen a. Rh.-Friesenheim,
1,260 ℳ für Errichtung einer 3 Kaplanei bei der Pfarrei St. Sebastian in Ludwigshafen a. Rh.-Mundenheim,
1,500 ℳ für Errichtung einer Hilfspriesterstelle bei der zu errichtenden Pfarrei Reinhausen (Oberpfalz),
300 ℳ für Errichtung einer Expositur in Pertolzhofen (Oberpfalz),
1,640 ℳ für Errichtung einer Expositur in Mehlmeisel (Oberpfalz),
1,720 ℳ für Errichtung einer Kuratie in Oberkotzau (Oberfranken),
670 ℳ für Verlegung der Kuratie von Steben nach Naila (Oberfranken),
1,260 ℳ für Errichtung einer 2. Kaplanei bei der Pfarrei Ansbach,
2,160 ℳ für Aufstellung eines 4. Hilfsgeistlichen mit eigenem Haushalt bei der Pfarrei Fürth i. B.,
1,610 ℳ für Errichtung einer Expositur in Eibach (Mittelfranken),
1.800 ℳ für Errichtung einer Kuratkaplanei in der Wohnungskolonie am Rangierbahnhof in Nürnberg,
420 ℳ für Errichtung einer 2. Kaplanei bei der Marienpfarrei in Aschaffenburg,
1,380 ℳ für Aufstellung eines exponierten Hilfsgeistlichen mit eigenem Haushalt in Reutin, Pfarrei Lindau.

23,270 ℳ Summe der Mehrungen, dagegen
Minder:
2,808 ℳ durch Übertragung zu der Position „Bezüge der Pfarrer" (s. Erläuterung zu Tit. 1),
20,462 ℳ effektive Mehrung.

[4)] Mehr infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise.

[5)] Der Mehrbedarf ist durch die Steigerung der Bedürfnisse bedingt.

Kap	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
1	3		Zur Aufbesserung des Einkommens der katholischen Geistlichen auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen	5'757,100
	4		Fundationsmäßige Reichnisse an Kultusstiftungen	18,488
	5		Unterstützung der Geistlichkeit, und zwar	
		1	Staatszuschüsse an die Emeritenanstalten	207,768
		2	Tischtitel	65,000
		3	Steuervorschüsse an die unzureichend dotierten Benefizien	250
			Summe § 5	273,018
	6		Reichnisse an Stifte und Klöster.	
		1	An Männerklöster und Stifte	25,885
		2	An Frauenklöster	1,170
		3	Für das Freireisen der Klostergeistlichen	1,715
			Summe § 6	28,770
	7		Dispositionsfonds zur Bestreitung besonderer Bedürfnisse vormaliger Stifts- und Klosterkirchen	60,000
	8		Zur Förderung der Gründung von Pfründebaufonds	30,000
			Hiezu Summe § 2	1'648,076
			„ § 1	982,698
			Summe Kap. 1	8'798,150

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
5'607,100	150,000[1]	—		[1]) Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarfe unter Berücksichtigung etwaiger Heimfälle an Alterszulagen älterer Pfarrer durch Tod oder Emeritierung.
18,488	—	—		
207,768	—	—		
62,000	3,000[2]	—		[2]) Die seitherige Position hat sich dem gesteigerten Bedarfe gegenüber als unzulänglich erwiesen.
250	—	—		
270,018	3,000	—		
25,236	649[3]	—		[3]) Mehr infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise.
1,170	—	—		
1,715	—	—		
28,121	649	—		
60,000	—	—		
30,000	—	—		
1'598,634	49,442	—		
982,298	400	—		
8'594,659	208,491	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
2			**Protestantischer Kultus.**	
	1		Persönliche und sächliche Ausgaben.	
			A. Oberkonsistorium.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 225 M künftig wegfallend.	69,242
			b) Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . .	120
			c) Tagegelder und Reisekosten	3,000
			Summe Tit. 1	72,362
		2	Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	5,800
			Summe Tit. 2	5,800
			Summe A	78,162
			B. Kreiskonsistorien.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 1114 M künftig wegfallend.	126,002
			b) Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . .	2,100
			c) Tagegelder und Reisekosten	6,300
			Summe Tit. 1	134,402
		2	Sächliche Ausgaben.	
			a) Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	8,800
			b) Kosten der Prüfungskommissionen	3,060
			Summe Tit. 2	11,860
			Summe B	146,262

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
66,427	2,815	—	A S. 126	
1,280	—	1,160[1]		[1]) Minderbedarf bei Errichtung der neubeantragten Sekretärstelle.
2,600	400[2]	—		[2]) Der seitherige Betrag hat sich dem gesteigerten Bedarfe gegenüber als unzulänglich erwiesen.
70,307	3,215	1,160		
	2,055			
5,400	400[3]	—		[3]) Mehr infolge der gesteigerten Bedürfnisse.
5,400	400	—		
75,707	2,455	—		
120,208	5,794	—	A S. 127	
2,870	—	270[4]		[4]) Minderbedarf bei Errichtung der beantragten Stelle eines Akzessisten.
6,100	200[5]	—		[5]) Mehr zur Erhöhung der bisher unzureichenden Position beim Konsistorium Ansbach.
128,678	5,994	270		
	5,724			
8,500	300[6]	—		[6]) Mehr infolge der gesteigerten Bedürfnisse.
3,060	—	—		
11,560	300	—		
140,238	6,024	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
2	1		**C. Dekanate.**	
			Gehalts- und Funktionsbezüge	70,571
			Hiezu Summe B . . .	146,262
			„ A . . .	78,162
			Summe § 1	294,995
	2		Leistungen des Staates an Kirchen und Pfarreien.	
		1	Bezüge der Pfarrer	440,463
		2	Bezüge der Prediger	6,259
		3	Bezüge der Vikare	89,773
		4	Bezüge der Kirchendiener	25,486
		5	Beiträge zu den Kosten der Kirchenregie	4,078
		6	Fundationsmäßige Reichnisse an Kirchenstiftungen	5,540
			Summe § 2	571,599

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
69,449	1,122[1]	—		
140,238	6,024	—		
75,707	2,455	—		
285,394	9,601	—		
436,053	4,410[2]	—		
6,259	—	—		
79,348	10,425[3]	—		
25,040	446[4]	—		
3,430	648[5]	—		
5,540	—	—		
555,670	15,929	—		

[1]) Mehr:
42 ℳ infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise,
1080 ℳ für Errichtung von zwei weiteren Dekanaten in der Pfalz (Rockenhausen und Ludwigshafen) vom 1. Januar 1913 an.
1142 ℳ in Summe.

[2]) Mehr:
400 ℳ Übertragung von der Position „Bezüge der Vikare“ — Tit. 3 — infolge der Erhebung des exponierten Vikariats Günzburg zur Pfarrei und
4010 ℳ für Errichtung neuer Pfarreien, nämlich:
- 2400 ℳ für Errichtung einer Pfarrei in Weilheim,
- 410 ℳ für Umwandlung der Hilfsgeistlichenstelle in Heidingsfeld in eine Pfarrstelle,
- 600 ℳ für desgl. in Fürth—St. Paul,
- 600 ℳ für desgl. in Nürnberg—Gostenhof

4410 ℳ Summe des Mehrbedarfs.

Die Verhältnisse der neubeantragten Stellen sind in der besonderen Zusammenstellung der Gesuche um Gewährung von Staatsbeiträgen zur Errichtung neuer oder Umwandlung bestehender protestantischer Seelsorgestellen für die Finanzperiode 1912 und 1913 dargestellt.

[3]) Mehr:
10,825 ℳ für Errichtung neuer Hilfsgeistlichenstellen, und zwar:
- 1500 ℳ für eine Hilfsgeistlichenstelle in Plattling,
- 1515 ℳ „ ein expon. Vikariat in Kelheim,
- 600 ℳ „ einen Hilfsgeistlichen in Bad Kissingen während der Kurzeit,
- 1800 ℳ „ eine Hilfsgeistlichenstelle in Altdorf,
- 1800 ℳ „ „ „ „ Ansbach—St. Johannis,
- 1800 ℳ „ „ „ der Pfarrei Ludwigshafen a. Rh. III (Friesenheim),
- 1800 ℳ „ „ „ in Lambrecht

10,825 ℳ Summe;
hievon ab
400 „ durch Übertragung zur Position „Bezüge der Pfarrer“ (s. Erläuterung zu Tit. 1)

10,425 ℳ effektiver Mehrbedarf.

Hinsichtlich der beantragten neuen Stellen wird auf die besondere Zusammenstellung der Gesuche Bezug genommen.

[4]) Mehr infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise.

[5]) Mehr wegen der gesteigerten Bedürfnisse.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
2	3		Zur Aufbesserung des Einkommens der protestantischen Geistlichen auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen	2'390,000
	4		Auf die Generalsynoden . . . . Hievon 24,500 M künftig wegfallend.	27,550
	5		Unterstützungen	
		1	Beitrag zu den Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen der Geistlichen . .	304,146
		2	Beitrag zur Bildung eines Pensionsfonds für die Geistlichen	135,500
		3	Zur Unterstützung hilfsbedürftiger großjähriger Pfarrwaisen	16,000
			Summe § 5	455,646
	6		Beitrag an das protestantische Predigerseminar in München	10,640
	7		Dispositionsfonds zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse, Orgeln, Glocken, Uhren 2c.	22,000
			Hiezu Summe § 2	571,599
			„ § 1	294,995
			Summe Kap. 2	3'772,430

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2'441,900	—	51,900[1]		[1]) Eine größere Zahl älterer Pfarrer ist teils durch Tod, teils infolge Emeritierung abgegangen. Sowohl hiedurch als namentlich auch durch vorübergehende Erledigung von Pfarrstellen haben sich Heimfälle ergeben, die eine Ermäßigung der seitherigen Etatsposition zulassen.
3,050	24,500[2]	—		[2]) Die im Jahre 1913 stattfindenden ordentlichen Generalsynoden erfordern nach den Aufstellungen der kirchlichen Oberbehörden einen Aufwand von 49,000 M oder für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913: 24,500 M. Dazu tritt noch der Budgetbetrag der letzten Finanzperiode mit 3050 M für die beiden Generalsynodalausschüsse und das Moderamen der reformierten Synode.
299,146	5,000[3]	—		[3]) Mehr zur Erhöhung des Zuschusses an die Pfarrwitwenkasse der Pfalz behufs Steigerung der Leistungen an die Hinterbliebenen der Geistlichen.
130,200	5,300[4]	—		[4]) Mehr zur Erhöhung der Rate der geistlichen Pensionskasse der Pfalz, deren Mittel zur Berücksichtigung der begründeten Pensionierungsgesuche nicht mehr zureichen. Zu Anfang des Jahres 1911 waren 2 aktive Pfarrer über 80, 4 über 75 und 18 über 70 Jahre vorhanden.
16,000	—	—		
445,346	10,300	—		
10,640	—	—		
22,000	—	—		
555,670	15,929	—		
285,394	9,601	—		
3'764,000	60,330	51,900		
	8,430			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
3			**Israelitischer Kultus.**	
	1		Zur Aufbesserung des Einkommens gering dotierter Rabbinatsstellen und zur Gewährung von Zuschüssen für Kultuszwecke an leistungsschwache israelitische Kultusgemeinden	16,000
	2		Zur Fürsorge für dienstunfähige Rabbiner und für die Hinterbliebenen von Rabbinern .	2,000
	3		Zuschuß zur Unterstützungsstiftung des israelitischen Lehrervereins für das Königreich Bayern	2,000
			Summe Kap. 3	20,000
			Hiezu „ „ 2	3'772,430
			„ „ 1	8'798,150
			Summe Ziffer III (Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke)	12'590,580

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
16,000	—	—		
2,000	—	—		
2,000	—	—		
20,000	—	—		
3'764,000	8,430	—		
8'594,659	203,491	—		
12'378,659	211,921	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 191[3]
				M
			Ziffer IV. Gemeinsame Ausgaben.	
1			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	457,46[0]
2			**Umzugskosten**	50,00[0]
3			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	222,00[0]
	2		Für Gebäudeunterhaltung (einschließlich der ständigen Baukanones) . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hievon 80,000 M künftig wegfallend[5]).	1'017,16[0]
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	1'615,48[0]
			Summe Kap. 3	2'854,64[0]
4			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Prozeßkosten und dergleichen)	1,00[0]
			Summe Kap. 4	1,00[0]
			Summe Ziffer IV (Gemeinsame Ausgaben)	3'363,10[0]

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
415,600	41,860 [1]	—		[1]) Mehr zur Erhöhung der Bauschvergütungen an die Postverwaltung von 387,378 ℳ auf 429,238 ℳ.
40,000	10,000 [2]	—		[2]) Mehr mit Rücksicht auf den wirklichen Aufwand des Jahres 1909.
169,000	53,000 [3]	—		[3]) Mehr: 33,300 ℳ nach dem voraussichtlichen Bedarf und 19,700 ℳ durch Übertragung von Ziffer IV Kap. 3 § 2, 53,000 ℳ in Summa.
1'036,856	—	19,696 [4]		[4]) Minder 19,700 ℳ durch Übertragung auf Ziffer IV Kap. 3 § 1, Mehr 4 ℳ durch Aufrundung, 19,696 ℳ wirkliche Minderung.
1'765,473	—	149,993 [6]		[5]) Diese Summe ist für verschiedene größere Bauvornahmen bestimmt, die sich einerseits nicht zur Einstellung in den Neubauetat eignen, andererseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht aus dem ordentlichen Gebäudeunterhaltungsetat ihre Deckung finden können. [6]) Minder 150,000 ℳ die in der letzten Finanzperiode bewilligten fakultativen Staatsbeiträge zu Kultusbauten, Mehr 7 ℳ durch Aufrundung, 149,993 ℳ wirkliche Minderung.
2'971,329	53,000	169,689		
		116,689		
1,000	—	—		
1,000	—	—		
3'427,929	51,860	116,689		
		64,829		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 191[3]
				ℳ
			Wiederholung der Ausgaben.	
			Ziffer I. Allgemeiner Ministerialetat	342,300
			„ II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung	35'955,030
			„ III. Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke . . .	12'590,580
			„ IV. Gemeinsame Ausgaben	3'363,100
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 27)	52'251,010

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
331,259	11,041	—		
34'637,207	1'317,823	—		
12'378,659	211,921	—		
3'427,929	—	64,829		
50'775,054	1'540,785	64,829		
	1'475,956			

Außerdem sind im Etat Nr. 30 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 1'715,000 M
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 745,000 M

Summe 2'460,000 M

Hiezu die nebenveranschlagten Ausgaben mit . . . 52'251,010 M

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten im ordentlichen Budget . 54'711,010 M

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget, und zwar auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziff. III) 9'993,000 M oder für ein Jahr . . . . 4'996,500 M

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . 59'707,510 M.

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Ziffer I.						
	Allgemeiner Ministerialetat.						
	A. Allgemeines.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
1	Staatsminister	1	—	24,000	10,000[1]		
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]		
5	Ministerialräte	5	8400 bis 9600	44,600	—		
6	Oberregierungsräte	3	7200 bis 8200	22,975	—		
7	Regierungsräte	2	6000	12,000	—		
8	Kreisschulinspektor	1[3]	—	5,900	—		
9	Regierungsassessoren	3	4800	14,400	—		
12	Bezirksamtsassessoren	2	3500	7,000	—		
13	Geheime Rechnungskommissäre	3					
	Geheime Sekretäre	3					
	Geheimer Registrator	1					
		7	4200 bis 5800	34,135	—		
14	Sekretäre und Registratoren	8	3000 bis 3600	25,850	—		
21	Kanzlei- und Registratur-Assistenten	8[4]	1800 bis 2250	15,670	—		
21	Boten und Diener	7	1950 bis 2700	16,900	—		
	Summe a	48	—	235,430	12,400	1,190	249,020
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Akzessist	1[5]	—	1,800	—	—	1,800
	Summe A	49	—	237,230	12,400	1,190	250,820

Erläuterungen

Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.

[1]) Repräsentationsbezug und Wohnungsentschädigung.

[2]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[3]) Neue Stelle.
In der Finanzperiode 1910 und 1911 werden die Mittel aus Personalerübrigungen gedeckt. — Gesamtbeschluß der beiden Kammern des Landtages vom 10. August 1910 (Beil. z. d. Verhandl. d. K. d. Abg. 1910 Bd. XI S. 353 ff.).

[4]) 1 Stelle neu beantragt, da sich das vorhandene Kanzleipersonal als unzureichend erweist.

[5]) Neue Stelle.
Der bisher aushilfsweise verwendete Akzessist ist dauernd notwendig.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Ministerialabteilung für die humanistischen und realistischen Mittelschulen.							
	a Etatsmäßige Beamte.							
5	Ministerialräte	3	8400	25,200	—			
6	Oberregierungsräte . . .	2	7200	14,400	—			
	Summe a	5	—	39,600	—	—	39,600	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B	5	—	39,600	—	—	39,600	
	Hiezu Summe A	49	—	237,230	12,400	1,190	250,820	
	Summe Ziffer I. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	54	—	276,830	12,400	1,190 Künftig wegfallend	290,420	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	51	—	266,430	12,400	1,299	280,129	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	3	—	10,400	—	—	10,291	
	weniger:	—	—	—	—	109	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Ziffer II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung. Kap. 1. Landesuniversitäten.						
7	Ordentliche Professoren . .	178[1]	6000 bis 13440	1'412,910	23,868[2]		
7	Oberbibliothekare	3	7000 bis 8000	21,854	350[3]		
8	Syndizi	3	5900 bis 6400	18,013	—		
9	Universitätsbauamtmänner .	3[4]	5300 bis 6800	14,708	1,800[5]		
9	Universitätsrentamtmänner .	3	5800 bis 6800	19,400	—		
9	Universitätsforstmeister . .	1	—	6,008	—		
9	Universitätsmusikdirektor . .	1	—	6,800	—		
9	Bibliothekare*)	5	4800 bis 6800	28,167	—		
11	Außerordentliche Professoren	57[6]	3600 bis 6300	271,030	5,280[7]		
11	Hauptkassekontrolleure . .	3	4600 bis 5100	14,425	—		
12	Oberärzte, dann Assistenten und Lektoren mit Beamteneigenschaft	31[8]	3000 bis 3500	101,522	500[9]		
	Seite	288		1'914,837	31,798		

*) Die Stellen der Bibliothekare und Kustoden der Universitätsbibliotheken, der Hof- und Staatsbibliothek, der Bibliothek der Technischen Hochschule und der Bibliothek in Bamberg sind gegenseitig übertragbar.

Erläuterungen

[1]) 2 Ersatzprofessuren neu zugegangen,
1 Professur gegen eine außerordentliche aus Universitätsmitteln,
1 Professur gegen eine außerordentliche neu beantragt,
1 Professur vom 1. April 1913 an neu beantragt,
5 Stellen im ganzen zu, dagegen
2 Ersatzprofessuren heimgefallen und
1 Professur aus Universitätsmitteln weniger, dafür 1 außerordentlicher Professor mehr,
3 Stellen zusammen ab, sohin
2 Stellen effektiv mehr.

[2]) Bezüge der Dekane, der Vorstände und Mitglieder des Verwaltungsausschusses, der Stipendienreferenten, der Archiv-, Bibliothek- und Klinikvorstände, dann für besondere Lehraufträge und für predigtamtliche Verrichtungen 2c.

[3]) Bezug als Konservator der Kupferstich- und Kunstsammlung in Erlangen.

[4]) 1 Stelle vom 1. Januar 1913 an mehr, dagegen
1 Bauassessorstelle weniger.

[5]) Nichtpensionsfähige Zulage aus Universitätsmitteln.

[6]) 1 Ersatzprofessur neu zugegangen,
1 Professur mehr, wogegen 1 ordentliche Professur weniger
2 Professuren vom 1. Sept. 1912 an neu beantragt,
4 Stellen im ganzen zu, dagegen
2 Stellen zur Umwandlung in ordentliche Professuren beantragt, darunter 1 Stelle aus Universitätsmitteln,
1 Ersatzprofessur heimgefallen,
3 Stellen in Summe ab,
1 Stelle effektiv mehr.

[7]) Vergütungen für besondere Lehraufträge und für Vorträge, dann für gottesdienstliche Verrichtungen.

[8]) 1 Stelle neu beantragt unter Wegfall der nichtetatsmäßigen Lehrerstelle für Zahnheilkunde.

[9]) Nichtpensionsfähige Zulage aus früherem Verhältnis.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	288		1'914,837	31,798			
12	Bibliothekkustoden*) . . . (*) Siehe Anmerkung bei den Bibliothekaren.	5	3500 bis 4000	17,854	—			
12	Universitätsbauassessor [1]) .	—	—	1,750	—			[1]) Die Stelle des Universitätsbauassessors kommt vom 1. Januar 1913 an in Wegfall, wogegen 1 Universitätsbauamtmannstelle mehr.
14	Inspektoren der Botanischen Gärten	2	4200 bis 4800	9,000	—			
14	Universitätsquästoren . .	3	3300 bis 4800	12,338	400 [2])			[2]) Vergütung für die Unterstützung des Hypothekenreferenten.
14	Klinikverwalter	4	3600 bis 4800	16,250	—			
17	Kanzleisekretäre und Registratoren	11 [3])	2100 bis 3600	26,651	—			[3]) 1 Stelle neu. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
17	Kassesekretäre	10	1800 bis 3600	23,101	—			
17	Bibliotheksekretäre	6 [4])	1800 bis 3600	14,050	—			[4]) 1 Stelle neu. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
17	Zahntechniker	4 [5])	1800 bis 2100	6,800	—			[5]) 1 Stelle aus dem Realetat zugeführt und 1 Stelle vom 1. September 1912 an neu beantragt.
17	Bauführer	3	1800 bis 2100	6,025	900 [6])			[6]) Nichtpensionsfähige Zulage aus Universitätsmitteln für die Führung der Hausinspektion und die Verwaltung der Rentehäuser.
17	Universitätsförster	2	1800 bis 3600	5,400	—			
19	Werkmeister	9	2100 bis 2700	20,611	—			
21	Mechaniker und Präparatoren	11 [7])	1800 bis 2700	23,843	—			[7]) 1 Mechanikerstelle aus Universitätsmitteln mehr.
21	Bauzeichner	2 [8])	1800 bis 1950	3,013	—			[8]) 1 Stelle neu. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
21	Fecht- und Reitlehrer . .	3 [9])	1800	5,400	—			[9]) Die Stellen sind zurzeit funktionsweise besetzt.
	Seite	363	—	2'106,923	33,098			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	363		2'106,923	33,098			
22	Maschinisten, Oberdiener, Oberpfleger, Hausmeister	41[1]	1800 bis 2400	78,505	—			[1]) 1 Oberpflegerstelle aus dem Realetat zugeführt und 1 Hausmeisterstelle vom 1. April 1913 an neu beantragt.
23	Kanzlei- und Registratur-Assistenten	10[2]	1500 bis 2400	17,983	—			[2]) 1 Kanzleiassistentenstelle aus Universitätsmitteln mehr.
25	Pedelle und Diener I. Ordnung, dann Bibliothekdiener	57[3]	1500 bis 2100	97,444	—			[3]) 1 Stelle für den Heizerdienst aus der Willigung in der vorigen Finanzperiode zu 40,000 M für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung des Universitätserweiterungsbaues in München, 2 Stellen für den Pedelldienst aus Universitätsmitteln, 2 Stellen neu beantragt, darunter 1 Bibliothekdienerstelle vom 1. September 1912 an.
25	Oberhebammen der Universitäts-Frauenkliniken . . .	2	1600 bis 2000	3,600	—			
26	Forstwart	1	—	2,100	—			
28	Diener II. Ordnung und Pfleger	77[4]	1300 bis 1900	106,616	600			[4]) 3 Stellen (1 für den Heizer- und 2 für den Pflegerdienst) aus dem Realetat zugeführt und 8 Stellen neu beantragt, davon 2 Stellen vom 1. September 1912 an.
	Summe a	551	—	2'413,171	33,698	5,850	2'452,719	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	15	2400	36,315				
		147	1800	264,189				
		20	mit verschiedenen geringeren Beträgen	8,064				
		182[5])		308,568	—			[5]) 10 Stellen neu beantragt, und zwar 2 Stellen vom 1. Januar 1912 an, 3 Stellen vom 1. April 1912 an und 5 Stellen vom 1. September 1912 an; für 1 Stelle soll der Bezug von 1000 M auf 1800 M jährlich erhöht werden.
	Lehrer für Zahnheilkunde[6])	—	—	—	—			[6]) Die Stelle kommt in Wegfall, dagegen 1 Assistentenstelle mit Beamteneigenschaft nach Klasse 12 der Gehaltsordnung mehr.
	Summe b	182	—	308,568	—	—	308,568	
	Summe Kap. 1. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	733	—	2'721,739	33,698	5,850 Künftig wegfallend.	2'761,287	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	695[7])	—	2'505,831[8])	35,198	10,778	2'551,807	[7]) Darunter die aus der allgemeinen Willigung für die Poliklinik in München zugegangenen Stellen, dann die Stellen, die auf die Zuschüsse zur Universitätsfrauenklinik und zur Universitätskinderklinik in München verrechnet werden.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	38	—	215,908	—	—	209,480	[8]) Hierunter auch die Mittel, die in der vorigen Finanzperiode für Aufbesserung der Assistentenbezüge bewilligt wurden.
	weniger	—	—	—	1,500	4,928	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 2.							
	Technische Hochschule.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Ordentliche Professoren . .	45[1]	6000 bis 10940	360,382	4,700[2]			[1]) 1 Stelle mehr durch Umwandlung einer außerordentlichen Professur vom 1. September 1912 an.
8	Syndizi	2	5900	11,800	—			[2]) Funktionsbezug des Rektors, des Vorstandes der landwirtschaftlichen Zentralversuchsstation und eines Professors als Sammlungskonservators sowie für Abhaltung einer besonderen Vorlesung.
9	Bibliothekar . . . . . . (Siehe hiezu Bemerkung in der Anlage A zu Kap. 1 S. 86.)	1	—	6,800	—			
9	Konservator (am mechanisch-technischen Laboratorium)	1	—	6,764	—			
11	Außerordentliche Professoren (einschl. des Leiters der Versuchsanstalt und Auskunftstelle für Maltechnik) . .	3[3]	3600 bis 5600	15,063	—			[3]) 1 Stelle weniger wegen Umwandlung in eine ordentliche Professur.
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	10[4]	3000 bis 4000	33,600	—			[4]) 1 Stelle mehr vom 1. September 1912 an.
12	Bibliothekkustos . . . . . (Siehe hiezu Bemerkung in der Anlage A zu Kap 1 S. 86)	1[5]	—	2,000	—			[5]) Neue Stelle vom 1. September 1912 an.
13	Kassier	1	—	5,450	—			
17	Kanzleisekretäre	3	1800 bis 3000	7,113	—			
17	Kassesekretär	1	—	1,800	—			
17	Registrator	1	—	3,600	—			
19	Werkmeister	9[6]	2100 bis 3000	21,469	—			[6]) 1 Stelle mehr vom 1. September 1912 an.
21	Mechaniker und Präparatoren	8[7]	1800 bis 2550	16,263	—			[7]) 1 Stelle mehr vom 1. Januar 1913 an.
	Seite	86	—	492,104	4,700			

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:							Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf		
			M	M	M	M	M		
	Übertrag	86	—	492,104	4,700				
21	Zeichner (an der Architektenabteilung)	1	—	1,813	—				
22	Maschinisten, Oberdiener und Hausmeister	9[1]	1800 bis 2400	16,467	—				[1]) 2 Stellen neu, 1 Stelle mehr durch Umwandlung einer Dienerstelle II. Ordnung vom 1. September 1912 an.
23	Kanzlei- und Kasseassistenten	4[2]	1500 bis 1950	6,088	—				[2]) 1 Kasseassistentenstelle neu beantragt vom 1. September 1912 an.
25	Diener I. Ordnung . . .	19[3]	1500 bis 2100	34,882	—				[3]) 1 Stelle mehr vom 1. September 1912 an.
28	Diener II. Ordnung . . .	14[4]	1300 bis 1700	20,997	—				[4]) 1 Stelle weniger wegen Umwandlung in eine Hausmeisterstelle.
	Summe a	133	—	572,351	4,700	2,925	579,976		
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.								
	Assistenten	64[5]	1800 und 2400	135,476	—	—	135,476		[5]) 5 Stellen mehr, davon 1 Stelle vom 1. Januar 1913 an.
	Summe Kap. 2. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	197	—	707,827	4,700	2,925 künftig wegfallend	715,452		
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	184	—	648,551[6]	4,700	5,443	658,694[6]		[6]) Hierunter 7963 M zur Aufbesserung der Assistentenbezüge.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	13	—	59,276	—	—	56,758		
	weniger:	—	—	—	—	2,518	—		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 3.							
	Lyzeen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Rektoren . . . . [1]) Künftig wegfallend.	3[1])	9200	27,600	1,540[2])			
7	Ordentliche Professoren . .	31[3])	6000 bis 8000	226,312	5,181[4])			
11	Außerordentliche Professoren[7])	19[5])	3600 bis 5100 (6800)	85,027	495[6])			
25	Pedelle und Diener . . .	5	1800 bis 2100	9,921	183[8])			
28	Diener II. Ordnung . . . [9]) Künftig wegfallend.	1[9])	—	1,900	—			
	Summe a	59	—	350,760	7,349	175	358,284	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 3. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	59	—	350,760	7,349	175 Künftig wegfallend	358,284	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	58	—	333,670	4,949	1,086	339,705	
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	1	—	17,090	2,400	—	18,579	
	weniger	—	—	—	—	911	—	

Erläuterungen:

[1]) 2 Stellen weniger, dafür 2 ordentliche Professorenstellen mehr. Die verbleibenden 3 Rektorenstellen werden bei eintretender Erledigung in ordentliche Professorenstellen nach Klasse 7 umgewandelt werden. Die Funktion von 2 Rektoren wurde ordentlichen Professoren gegen eine Zulage übertragen, ebenso soll die Funktion der noch vorhandenen Rektoren künftig ordentlichen Professoren gegen eine Zulage übertragen werden.

[2]) Vergütungen für Kasseführung und für Besorgung der Schreibgeschäfte 2c.

[3]) 2 Stellen mehr; dafür ebensoviel Rektorenstellen weniger.

[4]) Vergütungen für Führung der Rektorats- und Bibliothekgeschäfte, dann für gottesdienstliche Verrichtungen.

[5]) 1 Stelle neu beantragt vom 1. September 1912 ab nach Abgang eines mit einem Lehrauftrage betrauten Domkapitulars.

[6]) Vergütungen für Bibliothekführung 2c.

[7]) Darunter 2 Professoren für ihre Person nach Klasse 9 der Gehaltsordnung mit Rücksicht auf ihr früheres Dienstverhältnis.

[8]) Vergütung aus früherem Verhältnis.

Klasse der Gehaltsordnung	Bamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 4. Humanistische Gymnasien.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Rektoren	44	7200 bis 9200	359,005	21,530[1]			[1]) Für Kasse- und Rechnungsführung, dann für Bibliothekverwaltung.
7	Konrektoren	44	6500 bis 8000	321,831	690[2]			[2]) Für Bibliothekverwaltung.
9	Gymnasialprofessoren [3]) Hievon fallen künftig 5 Stellen weg und werden mit Zeichenlehrern nach Klasse 14 der Gehaltsordnung besetzt. Außerdem werden diejenigen Stellen, welche zurzeit mit Lehrkräften ohne volle Lehrbefähigung besetzt sind, im Falle der Erledigung in den 4 unteren Klassen mit Gymnasiallehrern nach Klasse 12 der Gehaltsordnung besetzt.	424[3]	4800 bis 6800	2'567,339	2,840[2]			[3]) 17 Stellen mehr, dagegen bei den Gymnasiallehrern 17 Stellen weniger wegen Beförderung von Religionslehrern zu Professoren; davon 7 in der Finanzperiode 1910 und 1911 und 10 in den Jahren 1912 und 1913.
12	Gymnasiallehrer	283[4]	3000 bis 5500	1'168,773	1,530[2]			[4]) 17 Stellen weniger (vgl. Erläuterung 3), 1 Stelle für prot. Religionslehrer mehr vom 1. September 1912 an.
12	Gymnasiallehrer für Zeichnen [5]) Künftig wegfallend; dafür Zeichenlehrer nach Klasse 14 der Gehaltsordnung.	14[5]	3500 bis 5500	61,478	—			[5]) 4 Stellen weniger, welche nach eingetretener Erledigung mit Zeichenlehrern nach Klasse 14 der Gehaltsordnung besetzt worden sind.
12	Gymnasialturnlehrer [6]) Künftig wegfallend; dafür Turnlehrer nach Klasse 14 der Gehaltsordnung.	24[6]	4000 bis 5500	113,999	540[7]			[7]) Für Schreibaushilfe und Besorgung der Bibliothekgeschäfte.
14	Zeichenlehrer	21[8]	3000 bis 4500	69,474	—			[8]) 4 Stellen mehr (vergl. Erläuterung 5.)
14	Turnlehrer	22[9]	3000 bis 3600	69,850	—			[9]) 2 Stellen neu beantragt vom 1. September 1912 an
14	Musiklehrer	26[10]	3000 bis 4800	93,346	360[11]			[10]) 1 Stelle mehr vom 1. September 1912 an. [11]) Für Schreibaushilfe.
16	Kassier der Gymnasien in Nürnberg	1	—	2,787	—			
21	Offizianten	10[12]	1800 bis 2700	22,469	480[13]			[12]) 1 Stelle neu beantragt vom 1. September 1912 an. [13]) Für Schulgelderhebung.
	Seite	913	—	4'845,351	27,970			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	913	—	4'845,351	27,970			
25	Pedelle	45	1500 bis 2100	84,062	—			
28	Schuldiener . . . . . . [1] Künftig wegfallend.	6[1]	1400 bis 1900	10,109	—			[1] 2 Stellen weniger.
	Summe a	964	—	4'939,522	27,970	3,613	4'971,105	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Gymnasialassistenten . . .	25	1800	45,000	—	—	45,000	
	Summe Kap. 4. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	989	—	4'984,522	27,970	3,613 Künftig wegfallend.	5'016,105	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	986	—	4'825,870[2]	27,700	6,078	4'859,648[2]	[2] Hierunter 2250 M zur Aufbesserung der Assistentenbezüge.
	Sohin							
	für 1912 und 1913 mehr	3	—	158,652	270	—	156,457	
	weniger	—	—	—	—	2,465	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 5. Realgymnasien.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Rektoren	4	7700 bis 9200	34,216	1,800 [1]			[1]) Vergütungen für Kasse- und Rechnungsführung.
7	Konrektoren	4	7000 bis 8000	29,125	—			
9	Gymnasialprofessoren . .	39 [2]	4800 bis 6800	237,576	370 [3]			[2]) 3 Stellen mehr vom 1. Januar 1912 an.
12	Gymnasiallehrer	60 [4]	3000 bis 5500	219,450	540 [3]			[3]) Vergütungen für Bibliothekverwaltung. [4]) 5 Stellen mehr, und zwar 3 vom 1. September 1912 an, 2 vom 1. September 1913 an.
12	Gymnasialturnlehrer . . . [5]) Künftig wegfallend; dafür 2 Turnlehrer nach Kl. 14 der Gehaltsordnung.	2 [5]	4500 bis 5000	9,333	—			
14	Turnlehrer	2	3000 bis 3300	6,100	—			
14	Musiklehrer	1	—	3,300	—			
21	Offizianten	2 [6]	1800 bis 2250	3,210	—			[6]) 1 Stelle mehr vom 1. September 1912 an.
25	Pedelle	4	2000 bis 2100	8,150	—			
28	Schuldiener . . . . . . [7]) Künftig wegfallend.	1 [7]	—	1,417	—			
	Summe a	119	—	551,877	2,710	237	554,824	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Gymnasialassistenten . . .	6	1800	10,800	—	—	10,800	
	Summe Kap. 5. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	125	—	562,677	2,710	237 Künftig wegfallend	565,624	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	116	—	515,130 [8]	2,590	420	518,140 [8]	[8]) Hierunter 540 M für Aufbesserung der Assistentenbezüge.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	9	—	47,547	120	—	47,484	
	weniger	—	—	—	—	183	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 6.							
	Technikum in Nürnberg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	9,200	—			
7	Konrektor	1	—	7,500	—			
9	Professoren	13	4800 bis 6800	79,656	720[1]			[1]) Je 360 M für Bibliothekverwaltung und für Leitung des Betriebes der elektrischen Zentrale und Heizanlage.
12	Reallehrer	7	3000 bis 5000	25,917	—			
16	Kassier und Sekretär . .	1	—	4,000	—			
19	Werkmeister	4	2100 bis 2700	9,263	—			
21	Mechaniker	2	1800 bis 1950	3,750	—			
23	Kanzleiassistent	1	—	1,963	—			
25	Pedelle und Diener . . .	3	1500 bis 1700	4,891	—			
	Summe a	33	—	146,140	720	480	147,340	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	3[2]	1800	5,400	—	—	5,400	[2]) 1 Stelle mehr für den Unterricht in der Mathematik und Physik.
	Summe Kap. 6. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	36	—	151,540	720	480 Künftig wegfallend.	152,740	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	35	—	143,680[3]	720	819	145,219[3]	[3]) Hierunter 180 M für Aufbesserung der Assistentenbezüge.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	7,860	—	—	7,521	
	weniger	—	—	—	—	339	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 7.							
	§ 1. Bauschule mit Gewerbelehrerinstitut in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,583	1,000[1]			[1]) Vertragsmäßige persönliche Zulage.
9	Professoren	17	4800 bis 6800	85,958	—			
12	Reallehrer	8[2]	3000 bis 4500	27,208	—			[2]) 2 Stellen mehr vom 1. September 1912 an infolge Einführung des Vorkurses an der Bauschule und der Übernahme der Respizienz über den Zeichenunterricht an den gewerblichen Fortbildungsschulen in einzelnen Kreisen.
16	Kassier und Sekretär . .	1	—	2,937	—			
19	Werkmeister[3])	—	—	—	—			[3]) 1 Werkmeisterstelle in Wegfall gekommen.
21	Mechaniker	2	1950	3,900	—			
25	Pedelle und Diener . . .	3	1600 bis 2100	5,658	—			
	Summe a	32	—	132,244	1,000	816	134,060	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 7 § 1. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	32	—	132,244	1,000	816 Künftig wegfallend	134,060	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	31	—	127,830	1,000	938	129,768	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	4,414	—	—	4,292	
	weniger	—	—	—	—	122	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 8.							
	A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminarien.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktoren	13	6000 bis 8000	93,103	4,320[1]			[1]) Für Kasse- und Rechnungsführung.
10	Präfekten	13	3500 bis 7000	60,999	90[2]			[2]) Für Bibliothekverwaltung.
10	Seminaroberlehrer . . . . . [3]) Künftig wegfallend.	11[3]	5500 bis 6500	64,687	—			[3]) 7 Stellen weniger, dafür 7 Seminarlehrerstellen mehr. — Die verbleibenden 11 Seminaroberlehrerstellen werden bei eintretender Erledigung in Seminarlehrerstellen (nach Klasse 12 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
12	Seminarlehrer und Seminarschullehrer . . . . . . [4]) Hievon 6 Stellen künftig wegfallend.	102[4]	3000 bis 5500	415,736	950[2]			[4]) 7 Stellen mehr, dafür ebensoviel Seminaroberlehrerstellen weniger. 6 Stellen vom Etat der Präparandenschulen hieher übertragen. 2 Stellen neu. Von den Seminarlehrerstellen werden 6 bei eintretender Erledigung in Präparandenlehrerstellen (nach Klasse 15 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
15	Präparandenlehrer . . .	41[5]	2400 bis 3600	107,707	—			[5]) 4 Stellen vom Etat der Präparandenschulen zugegangen. 10 Stellen neu.
25	Pedelle	12[6]	1600 bis 2100	22,466	—			[6]) 1 Stelle weniger.
28	Schuldiener . . . . [7]) Künftig wegfallend.	2[7]	1500 und 1900	8,400	—			[7]) Die Geschäfte der beiden Schuldiener sollen bei eintretender Erledigung ihrer Stellen Personen gegen Taglohn oder Dienstboten übertragen werden.
	Summe a	194	—	768,098	5,360	62	773,520	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Seminarassistenten	22[8]	1800	39,600	—	—	39,600	[8]) 5 Stellen neu.
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	216	—	807,698	5,360	62 Künftig wegfallend.	813,120	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	190	—	697,408[9]	4,640	327	702,375	[9]) Hierunter 4730 M für Aufbesserung der Assistentenbezüge.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	26	—	110,290	720	—	110,745	
	weniger	—	—	—	—	265	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	B. Präparandenschulen.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
10	Präparandenoberlehrer . . [1]) Künftig wegfallend.	8[1])	5500 bis 6500	48,625	3,240[2])		
12	Hauptlehrer	19[3])	3500 bis 5500	96,354			
12	Seminarlehrer . . . . . [4]) Künftig wegfallend.	12[4])	4000 bis 5500	55,249			
15	Präparandenlehrer . . .	70[5])	2400 bis 4800	189,146			
28	Pedelle . . . . [6]) Künftig wegfallend.	6[6])	1400 bis 1900	6,988			
	Summe a	114	—	396,362	3,240	—	399,602
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	114	—	396,362	3,240	—	399,602
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	125	—	437,853	3,480	—	441,333
	Sohin für 1912 und 1913 weniger	11	—	41,491	240	—	41,731
	Zusammenstellung von Kap. 8.						
	Summe A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminarien .	216	—	807,698	5,360	62	813,120
	Summe B. Präparandenschulen	114	—	396,362	3,240	—	399,602
	Summe Kap. 8. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	330	—	1'204,060	8,600	62 Künftig wegfallend.	1'212,722
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	315	—	1'135,261	8,120	327	1'143,708
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	15	—	68,799	480	—	69,014
	weniger	—	—	—	—	265	—

Erläuterungen

[1]) 4 Stellen weniger; davon 2 Stellen als Seminarlehrerstellen auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten übertragen und 2 Stellen in Präparandenhauptlehrerstellen (nach Klasse 12 der Gehaltsordnung) umgewandelt.
Die verbleibenden 8 Präparandenoberlehrerstellen werden bei eintretender Erledigung ebenfalls in Hauptlehrerstellen umgewandelt werden.

[2]) Für Kasse- und Rechnungsführung.

[3]) 2 Stellen mehr anstatt zweier Präparandenoberlehrerstellen.

[4]) 4 Stellen auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten übertragen.
6 Stellen in Präparandenlehrerstellen (nach Klasse 15 der Gehaltsordnung) umgewandelt.
Die verbleibenden 12 Seminarlehrerstellen werden bei eintretender Erledigung gleichfalls in Präparandenlehrerstellen umgewandelt werden.

[5]) 6 Stellen mehr, dafür ebensoviel Seminarlehrerstellen weniger.
4 Stellen auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten übertragen.

[6]) 1 Stelle weniger.
Die Geschäfte der Präparandenschul-Pedelle sollen bei eintretender Erledigung der Stellen Personen gegen Taglohn oder Dienstboten übertragen werden.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 9. Turnwesen.							
	A. Zentralturnlehrerbildungsanstalt mit öffentlicher Turnanstalt in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,500	200[1]			[1]) Für Kasse- und Rechnungsführung.
10	Lehrer . . . . [2]) Künftig wegfallend; dafür 1 Lehrer nach Klasse 12 der Gehaltsordnung.	1[2]	—	6,500	—			
12	Gymnasialturnlehrer . . . [3]) Künftig wegfallend; dafür 1 Turnlehrer nach Klasse 14 der Gehaltsordnung.	1[3]	—	4,000	—			
14	Gymnasialturnlehrer . . .	1	—	3,300	—			
25	Hausmeister	1	—	1,900	—			
	Summe a	5	—	22,200	200	—	22,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistent	1[4]	—	1,800	—	—	1,800	[4]) 1 Stelle neu beantragt mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuregelung der Turnlehrerausbildung und die Mehrung der besonderen Turnausbildungskurse.
	Summe Kap. 9. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	6	—	24,000	200	—	24,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	5	—	20,350	200	27	20,577	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	3,650	—	—	3,623	
	weniger	—	—	—	—	27	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 11. Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
25	Feuerwächter	8	1500 bis 1700	12,705	—	475	13,180	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 11. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	8	—	12,705	—	475 Künftig wegfallend	13,180	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	8	—	12,100	—	—	12,100	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	605	—	475	1,080	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Kap. 13. **I. Akademie der Wissenschaften.**							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Syndikus	1	—	6,109	—			
11	Kassier . . . . Künftig wegfallend.	1[1]	—	5,100	360[2]			[1]) Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung mit einem Kassier nach Klasse 14 besetzt werden. [2]) Für die Besorgung der Geschäfte der Hausinspektion.
17	Kanzleisekretär	1	—	3,338	—			
17	Kassasekretär	1	—	2,400	—			
22	Hausmeister	1	—	1,800	—			
25	Diener I. Ordnung . . .	2	1500 bis 2100	3,600	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,700	—			
	Kommission für die internationale Erdmessung.							
12	Kustos*) . . . . *) Die Stellen der Kustoden und Konservatoren bei der Kommission für internationale Erdmessung, bei der Meteorologischen Zentralstation und bei dem Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen sind gegenseitig übertragbar.	1	—	3,000	—			
21	Technischer Offiziant . . .	1	—	2,700	—			
	Summe a	10	—	29,247	360	278	29,885	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe I. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	29,247	360	278	29,885	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	10	—	27,800	360	Künftig wegfallend 250	28,410	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	1,447	—	28	1,475	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 13.							
	II. Meteorologische Zentralstation.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,021	—			
9	Konservatoren*	2	4800	9,600	—			
12	Kustoden*	2	3000 u. 3937	6,937	—			
	*) Die Stellen der Kustoden und Konservatoren bei der Kommission für internationale Erdmessung, bei der Meteorologischen Zentralstation und bei dem Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates sind gegenseitig übertragbar.							
17	Sekretäre	2	1800 u. 2400	4,200	—			
23	Kanzlei- und Registraturassistent	1	—	1,688	—			
25	Diener	1	—	1,900	—			
	Summe a	9	—	30,346	—	339	30,685	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Beobachter auf der Zugspitze	1	—	3,000	—	—	3,000	
	Summe II. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	33,346	—	339 Künftig wegfallend	33,685	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	10	—	33,788	—	93	33,881	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	—	—	246	—	
	weniger	—	—	442	—	—	196	
	Zusammentrag zu Kap. 13.							
	Summe I. Akademie der Wissenschaften . .	10	—	29,247	360	278	29,885	
	Summe II. Meteorologische Zentralstation .	10	—	33,346	—	339	33,685	
	Summe Kap. 13. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	20	—	62,593	360	617 Künftig wegfallend	63,570	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	20	—	61,588	360	343	62,291	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,005	—	274	1,279	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 14.							
	Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor der Ethnographischen Sammlung . . .	1	—	6,500	—			
7	Direktor des Münzkabinetts	1	—	6,500	—			
9	Konservatoren[1] . . . . . *) Die Stellen der Kustoden und Konservatoren bei der Kommission für die internationale Erdmessung, bei der Meteorologischen Zentralstation und beim Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates sind gegenseitig übertragbar.	11[1]	4800 bis 6800	64,503	—			[1] 1 Stelle mehr, dagegen 1 Kustosstelle weniger. Dem Leiter des Antiquariums, dem bereits der Titel und Rang eines Konservators verliehen ist, soll mit Rücksicht auf die Wichtigkeit seiner Dienstesstellung und da er auch Leiter der Vasensammlung ist, der Gehalt eines Konservators gewährt werden.
	14 Konservatoren (im Nebenamte)[2]	—	540 bis 3360	26,940	540			[2] Im Hauptamt ordentliche Universitätsprofessoren.
12	Kustoden *)	11[3]	3000 bis 3500	38,060	—			[3] 1 Stelle weniger, dagegen 1 Konservatorstelle mehr; 1 Stelle vom 1. September 1912 an für die Zoologische Sammlung neu beantragt behufs Reorganisation der Münchener Entomologischen Sammlung, der bisher ein wissenschaftlich vorgebildeter Fachmann fehlte.
13	Oberinspektor des Botanischen Gartens	1[4]	—	2,250	—			[4] Neue Stelle vom 1. Juli 1912 an. Für den neuen Botanischen Garten erweist sich die Aufstellung eines Oberinspektors als notwendig.
14	Inspektor des Botanischen Gartens	1	—	4,200	—			
17	Kanzleisekretäre	2[5]	1800 bis 3600	4,800	—			[5] 1 Stelle mehr. Für eine insbesondere zur Besorgung der Zeitrechnung zu verwendende, entsprechend vorgebildete Hilfskraft an der Sternwarte in München. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
19	Werkmeister	3	2100 bis 2850	7,269	500[6]			[6] Vertragsmäßige besondere Zulage.
	Seite	31	—	161,022	1,040			

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	31	—	161,022	1,040			
21	Präparatoren u. Mechaniker, Obergärtner	8	1950 bis 2550	17,618	—			
21	Offiziant	1	—	2,700	—			
22	Maschinisten und Hausmeister	5[1]	1800 bis 2200	9,270	—			[1]) Mehr 1 Maschinistenstelle beim neuen Botanischen Garten und 1 Hausmeisterstelle für das neue Pflanzen-physiologische Institut. Der Bedarf ist für die Maschinistenstelle vom 1. Juli 1912 und für die Hausmeisterstelle vom 1. Januar 1913 an veranschlagt.
25	Diener I. Ordnung . . .	17[2]	1500 bis 2100	27,816	—			[2]) Mehr 1 Stelle für die Geologische Sammlung und 1 Stelle für die Zoologische Sammlung infolge der Erweiterung der Sammlungen. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
28	Diener II. Ordnung . . .	5	1300 bis 1900	6,669	—			
	Summe a	67	—	225,095	1,040	1,074	227,209	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	1 10 9	— 1800 636 bis 804	2,400 18,353 6,327	—	—	—	
	Summe b	20	—	27,080	—	—	27,080	
	Summe Kap. 14. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	87	—	252,175	1,040	1,074 Künftig wegfallend.	254,289	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	80	—	221,170[3]	2,237	2,078	225,485	[3]) Hierunter die Mittel, die in der vorigen Finanzperiode für Aufbesserung der Assistentenbezüge bewilligt wurden.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	7	—	31,005	—	—	28,804	
	weniger	—	—	—	1,197	1,004	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 15.							
	Hof- und Staatsbibliothek.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,150	—			
7	Oberbibliothekare	4	6000 bis 8000	27,188	540[1]			[1]) Vergütung für die Kasse- und Rechnungsführung.
9	Bibliothekare *)	11	4800 bis 6800	59,508	—			
12	Kustoden *)	11	3000 bis 4000	36,729	—			
	*) Die Stellen der Bibliothekare und Kustoden der Universitätsbibliotheken, der Hof- und Staatsbibliothek, der Bibliothek der Technischen Hochschule und der Bibliothek in Bamberg sind gegenseitig übertragbar.							
17	Bibliothekſekretäre	5[2]	1800 bis 2100	9,038	—			[2]) Infolge der stetigen Zunahme der Geschäfte der Hof- und Staatsbibliothek erweist sich die Aufstellung eines weiteren Bibliotheksekretärs als dringend notwendig. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an vorgesehen.
22	Oberdiener und Hausmeister	2	2000 und 2113	4,113	—			
23	Kanzleiassistent	1	—	1,650	—			
25	Boten und Diener . . .	25[3]	1500 bis 2100	43,946	—			[3]) 1 Stelle mehr; im übrigen Begründung wie oben bei Ziff. 2. Der Bedarf ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
	Summe a	60	—	191,322	540	594	192,456	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 15. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	60	—	191,322	540	594 Künftig wegfallend.	192,456	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	58	—	180,950	540	1,440	182,930	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2		10,372	—	—	9,526	
	weniger	—	—	—	—	846	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 16.							
	Bibliothek in Bamberg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Oberbibliothekar	1	—	7,400	—			
12	Kustoden*)	2	3500 und 4437	7,937	—			
28	Bibliothekdiener	1	—	1,675	—			
	Summe a	4	—	17,012	—	—	17,012	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 16. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	4	—	17,012	—	—	17,012	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	4	—	15,400	—	—	15,400	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,612	—	—	1,612	

*) Die Stellen der Bibliothekare und Kustoden der Universitätsbibliotheken, der Hof- und Staatsbibliothek, der Bibliothek der Technischen Hochschule und der Bibliothek in Bamberg sind gegenseitig übertragbar.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 18.							
	Akademie der bildenden Künste.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	8,400	—			
7	Professoren	16	6000 bis 8000	120,494	900[1]			[1]) Vergütung für den Unterricht im anatomischen Zeichnen.
8	Syndikus	1	—	5,900	—			
17	Kanzlei- und Kassesekretär	1	—	3,600	—			
22	Hausmeister	1	—	2,100	—			
23	Kanzleiassistent	1[2]	—	2,100	—			[2]) Stelle neu beantragt gegen Einzug einer Dienerstelle I. Ordnung. Die Kanzleiassistentenstelle ist zur Erledigung der bei der Akademie anfallenden formalen Arbeiten erforderlich.
25	Diener I. Ordnung	4[2]	1600 bis 2100	7,717	—			
28	Diener II. Ordnung	1	—	1,583	—			
	Summe a	26	—	151,894	900	161	152,955	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 18. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	26	—	151,894	900	161 Künftig wegfallend	152,955	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	26	—	148,611	900	157	149,668	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	3,283	—	4	3,287	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:					
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 19.							
	Gemäldegalerien.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Galeriedirektor	1	—	11,250	—			
9	Konservatoren*)	3	6300 bis 7200	20,342	—			
12	Kustoden*) . . . . *) Die Stellen der Konservatoren und Kustoden an den Gemäldegalerien, der Graphischen Sammlung, des Nationalmuseums und des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns sind gegenseitig übertragbar.	4	3000 bis 5000	16,292	—			
22	Oberaufseher u. Hausmeister	2	1900 und 2300	4,200	—			
23	Kanzlei- und Registraturassistent	1	—	1,669				
25	Diener und Aufseher . . .	16[1]	1500 bis 2100	28,620	—			[1]) 2 Stellen mehr wegen Erhebung der Eintrittsgelder und Vermehrung der Sammlungsräume sowie zur besseren Durchführung des Aufsichts- und Sicherheitsdienstes. Für die eine Stelle ist der Bedarf vom 1. Januar, für die andere Stelle vom 1. September 1912 an vorgesehen.
	Summe a	27	—	82,373	—	4,002	86,375	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	1	—	2,535	—	—	2,535	
	Summe Kap. 19. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 . . .	28	—	84,908	—	4,002 künftig wegfallend	88,910	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	26	—	74,916[2]	—	4,846	79,762	[2]) Darunter 38 ℳ zur Aufbesserung eines Assistentenbezuges.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	9,992	—	—	9,148	
	weniger	—	—	—	—	844	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 20.							
	Graphische Sammlung.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	7,188	—			
9	Konservator*)	1	—	5,112	—			
12	Kustos*) . . . . *) Die Stellen der Konservatoren und Kustoden an den Gemäldegalerien, der Graphischen Sammlung, des Nationalmuseums und des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns sind gegenseitig übertragbar.	1	—	3,500	—			
21	Präparator	1	—	2,512	—			
25	Diener und Aufseher . . .	4	1800 bis 2100	7,730	—			
	Summe a	8	—	26,042	—	1,366	27,408	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1958 und 2115	4,072	—	—	4,072	
	Summe Kap. 20. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	10	—	30,114	—	1,366 künftig wegfallend	31,480	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	10	—	28,221[1]	—	1,871	30,092	[1]) Darunter 39 M für Aufbesserung eines Assistentenbezuges.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,893	—	—	1,388	
	weniger	—	—	—	—	505	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 21.							
	Kunstgewerbeschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktoren	2	8000	16,000				
9	Professoren	25	4800 bis 7700	146,713				
12	Lehrer . . . . [1]) Hievon 1 Stelle künftig wegfallend.	7[1])	3000 bis 5500	26,687				[1]) Die Stelle eines als Bibliothekar verwendeten Lehrers wird bei eintretender Erledigung in eine Bibliothekssekretärstelle (nach Kl. 17 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
14	Lehrerinnen	3	3300 bis 3900	10,500				
16	Kassiere und Sekretäre . .	2	2663 und 3825	6,488				
17	Bibliothekssekretär	1	—	3,300				
19	Techniker	3	2100 bis 2850	7,180				
25	Pedelle und Diener . . .	6	1600 bis 2100	11,134				
	Summe a	49	—	228,002	—	1,552	229,554	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 21. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	49	—	228,002	—	1,552 Künftig wegfallend	229,554	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	49	—	225,065	—	2,232	227,297	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	2,937	—	—	2,257	
	weniger	—	—	—	—	680	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Kap. 22. Bayerisches Nationalmuseum.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	7,950				
9	Konservatoren*)	2	5300 und 5800	11,100				
12	Kustoden*)	2	3500	7,000				
14	Kassier und Sekretär . . .	1	—	3,900				
22	Oberaufseher u. Hausmeister	4	1900 bis 2100	8,012				
25	Diener und Aufseher . . .	47	1500 bis 2100	85,659				
	Summe a	57	—	123,621	—	2,980	126,601	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 22. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	57	—	123,621	—	2,980 künftig wegfallend	126,601	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	57	—	112,775	—	6,591	119,366	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	10,846	—	—	7,235	
	weniger	—	—	—	—	3,611	—	

*) Die Stellen der Konservatoren und Kustoden an den Gemäldegalerien, der Graphischen Sammlung, des Nationalmuseums und des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns sind gegenseitig übertragbar.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 23. **Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns.**							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	8,012				
9	Konservatoren*)	8	4800 bis 6800	47,338				
12	Kustoden*)	2	3500	7,000				
	*) Die Stellen der Konservatoren und Kustoden an den Gemäldegalerien, der Graphischen Sammlung, des Nationalmuseums und des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns sind gegenseitig übertragbar.							
19	Werkmeister	1	—	2,250				
21	Präparatoren	4	1950 bis 2250	8,075				
22	Hausmeister	1	—	1,900				
23	Kanzleiassistenten	2	1788 und 2169	3,957				
25	Diener	2	1654 und 1800	3,454				
	Summe a	21	—	81,986	—	672	82,658	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 23. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	21	—	81,986	—	672 Künftig wegfallend.	82,658	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	21	—	76,463	—	708	77,171	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	5,523	—	—	5,487	
	weniger	—	—	—	—	36	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 25.							
	I. Ruhmeshalle.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
25	Oberaufseher	1	—	1,550				
28	Aufseher	1	—	1,900				
	Summe a	2	—	3,450	—	1,525	4,975	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe I	2	—	3,450	—	1,525	4,975	
	II. Walhalla.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
17	Verwalter	1	—	2,400				
25	Oberaufseher . . . . . . [1]) Stelle künftig wegfallend.	1[1])	—	2,100				[1]) Die Stelle des Oberaufsehers wird bei eintretender Erledigung in eine Aufseherstelle (nach Klasse 28 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
28	Aufseher	3	1400 bis 1800	4,700				
	Summe a	5	—	9,200	—	—	9,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe II	5	—	9,200	—	—	9,200	
	Hiezu „ I	2	—	3,450	—	1,525	4,975	
	Summe Kap. 25. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	7	—	12,650	—	1,525 Künftig wegfallend.	14,175	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	7	—	11,534	—	395	11,929	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,116	—	1,130	2,146	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 26. **Musikschulen.**							
	I. Akademie der Tonkunst in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	7,200	—			
8	Professoren	9	5400 bis 7400	55,182	600[1]			[1]) Vergütung für den Unterricht in der Musikgeschichte.
12	Lehrer	6	3000 bis 4500	21,146	—			
14	Kassier und Sekretär . .	1	—	3,788	720[2]			[2]) Vergütung für die Verwaltung des Odeonsgebäudes.
22	Hausmeister	1	—	2,300	—			
23	Kanzlei- und Kasseassistent	1	—	1,588	—			
25	Diener I. Ordnung . .	3	1600 bis 2000	5,616	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,700	—			
	Summe a	23	—	98,520	1,320	151	99,991	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe I. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	23	—	98,520	1,320	151 Künftig wegfallend	99,991	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	23	—	98,121	1,320	643	100,084	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	399	—	—	—	
	weniger	—	—	—	—	492	93	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	II. Musikschule in Würzburg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Direktor	1	—	6,900				
12	Lehrer	17	3000 bis 5500	76,688				
28	Diener	2	1458 und 1534	2,992				
	Summe a	20	—	86,580	—	—	86,580	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe II. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	20	—	86,580	—	—	86,580	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	20	—	82,405	—	—	82,405	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	4,175	—	—	4,175	
	Zusammenstellung von Kap. 26.							
	Summe I. Akademie der Tonkunst in München	23	—	98,520	1,320	151	99,991	
	Summe II. Musikschule in Würzburg	20	—	86,580	—	—	86,580	
	Summe Kap. 26. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	43	—	185,100	1,320	151 Künftig wegfallend	186,571	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	43	—	180,526	1,320	643	182,489	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	4,574	—	—	4,082[1]	[1]) Der Mehrbedarf wird vollständig aus den erhöhten eigenen Einnahmen der beiden Anstalten gedeckt.
	weniger	—	—	—	—	492	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 28.							
	Hebammenschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Vorstand der Hebammenschule in Bamberg . . .	1	—	5,300				
9	Professoren	2	4800 und 5300	10,100				
23	Kanzleiassistent	1	—	2,100				
28	Diener	3	1300 bis 1600	4,117				
	Summe a	7	—	21,617	—	—	21,617	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Hebammenlehrer	1	—	1,800	—			
	Assistenten	4[1]	1230 bis 1900	6,490	600[2]			[1] 1 Assistent neu beantragt für die Hebammenschule München infolge Frequenzsteigerung.
	Repetitoren	3	720 bis 900	2,340	—			[2] Kostentschädigung.
	Oberhebamme	1	—	1,140	—			
	Summe b	9	—	11,770	600	—	12,370	
	Summe Kap. 28. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	16	—	33,387	600	—	33,987	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	15	—	31,030	600	276	31,906	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	2,357	—	—	2,081	
	weniger	—	—	—	—	276	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 29.							
	I. Tierärztliche Hochschule in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Ordentliche Professoren . .	8	6500 bis 8700	58,950	1,200[1]			[1]) Vergütung für den funktionierenden Direktor.
11	Außerordentliche Professoren	3	3600 bis 5600	13,300	1,200[2]			[2]) Zulage für einen mit der Leitung der Lehrschmiede betrauten Professor.
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	3	3000	9,000	—			
14	Kassier und Sekretär . .	1	—	4,800	—			
17	Kanzleisekretär	1	—	2,450	—			
19	Werkmeister	2	2250 und 2400	4,650	—			
22	Hausmeister	1	—	1,962	—			
25	Diener I. Ordnung . . .	20[3]	1500 bis 2100	34,772	—			[3]) 1 Stelle mehr. Die Aufstellung eines weiteren Dieners für das Physiologische Institut ist dringend notwendig. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1912 an veranschlagt.
28	Diener II. Ordnung . . .	3	1300 bis 1500	4,162	—			
	Summe a	42	—	134,046	2,400	2,027	138,473	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	14[4]	1800 bis 2400	26,033	—	—	26,033	[4]) 1 Stelle mehr für das Anatomische Institut zur notwendigen Entlastung des Fachprofessors. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1912 an vorgesehen.
	Summe Kap. 29 I. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	56	—	160,079	2,400	2,027 Künftig wegfallend	164,506	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	54	—	151,043[5]	2,400	3,121	156,564	[5]) Darunter 3505 M für Aufbesserung der Assistentenbezüge.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	9,036	—	—	7,942	
	weniger	—	—	—	—	1,094	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 29.							
	II. Biologische Versuchsstation für Fischerei in München [1]).							[1]) Siehe Erläuterungen zum Etat des Staatsministeriums des Innern Ziff. III Kap. 4 § 1.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Chemiker	1	—	4,800				
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	2	3000 und 3500	6,500				
25	Diener	2	1600 und 1825	3,425				
	Summe a	5	—	14,725	—	121	14,846	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1800	3,600	—	—	3,600	
	Summe Kap. 29 II. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	7	—	18,325	—	121	18,446	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	7	—	17,075 [2])	—	Künftig wegfallend 78	17,153	[2]) Darunter 45 M für Aufbesserung eines Assistentenbezuges.
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	1,250	—	43	1,293	
	Zusammenstellung von Kap. 29.							
	Summe I — Tierärztliche Hochschule	56	—	160,079	2,400	2,027	164,506	
	Summe II — Biologische Versuchsstation für Fischerei	7	—	18,325	—	121	18,446	
	Summe Kap. 29. – Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	63	—	178,404	2,400	2,148	182,952	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	61	—	168,118	2,400	Künftig wegfallend 3,199	173,717	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	10,286	—	—	9,235	
	weniger	—	—	—	—	1,051	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 30.							
	Hufbeschlagschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Vorstände der Hufbeschlagschulen in Landshut und Regensburg	2[1]	4084 und 4500	8,584				[1]) Angeglichen für ihre Person an Klasse 12 der Gehaltsordnung.
	Summe a	2	—	8,584	—	—	8,584	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Vorstände der Hufbeschlagschulen in Zweibrücken, Nürnberg, Würzburg und Augsburg	4	—	7,400	—	—	7,400	
	Summe 30. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	6	—	15,984	—	—	15,984	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	6	—	15,246	—	—	15,246	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	738	—	—	738	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 31.							
	Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan.							
	I. Akademie.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	8,304	—			
8	Professoren	12[1]	5400 bis 7400	76,730	800[2]			[1]) 1 Professor neu beantragt, gegen Einzug einer Lehrerstelle; der Mehrbedarf ist vom 1. September 1912 an berücksichtigt. 1 Professor vom bisherigen Etat der Saatzuchtanstalt hieher übertragen. [2]) Zulage eines Professors für die Geschäftsführung bei der landwirtschaftlichen Abteilung der Maschinenprüfungsanstalt in Weihenstephan.
9	Landwirtschaftlicher Fachberater (Leiter der landwirtschaftlichen Buchstelle)	1[3]	—	4,800	—			[3]) Neue Stelle.
12	Lehrer	2[1]	1334 3500 u. 3958	8,792	—			
14	Kassier	1	—	4,100	—			
17	Kassesekretär	1	—	2,613	—			
23	Kanzlei-, Kasse- und Registraturassistenten	2	1800 u. 1994	3,794	150[4]			[4]) Vergütung für die Besorgung der Geschäfte der Meteorologischen Station.
25	Diener I. Ordnung	1	—	1,692	—			
28	Diener II. Ordnung	4	1400 bis 1700	5,954	—			
	Summe a	25	—	116,779	950	13	117,742	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	2010 u. 2070	4,080	—	—	4,080	
	Summe I	27	—	120,859	950	13	121,822	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	II. Gartenbauschule.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Schulvorstand (Inspektor) .	1[1]	—	5,500	—			[1]) Angeglichen für ihre Person an Klasse 12 bezw. 21 der Gehaltsordnung.
21	Obergärtner	3[1]	1800 bis 1950	5,582	—			
	Summe a	4	—	11,082	—	365	11,447	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe II	4	—	11,082	—	365	11,447	
	III. Molkereischule.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Lehrer	1	—	3,000	—			
21	Molkereitechniker	1	—	1,800	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,400	—			
	Summe a	3	—	6,200	—	—	6,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistent	1	—	1,800	—	—	1,800	
	Summe III	1	—	8,000	—	—	8,000	
	IV. Versuchs- und Lehrbrauerei.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Lehrer	1	—	3,438	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,400	—			
	Summe a	2	—	4,838	—	—	4,838	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte[2]).	—	—	—	—	—	—	[2]) Die bisherige Assistentenstelle ist in Wegfall gekommen.
	Summe IV	2	—	4,838	—	—	4,838	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	V. Versuchs- und Lehrbrennerei.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Lehrer	1	—	3,417	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,388	—			
	Summe a	2	—	4,805	—		4,805	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe V	2	—	4,805	—	—	4,805	
	VI. Staatsgut.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
17	Kassesekretär	1	—	1,800	—			
17	Kanzleisekretär (Brauereibuchhalter)	1	—	3,562	—			
23	Kanzleiassistent	1	—	2,382	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,442	—			
	Summe a	4	—	9,186	—	13	9,199	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe VI	4	—	9,186	—	13	9,199	
	Hiezu „ V	2	—	4,805	—	—	4,805	
	„ IV	2	—	4,838	—	—	4,838	
	„ III	4	—	8,000	—	—	8,000	
	„ II	4	—	11,082	—	365	11,447	
	„ I	27	—	120,859	950	13	121,822	
	Summe Kap. 31. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	43	—	158,770	950	391	160,111	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	42	—	141,251	950	Künftig wegfallend 518	142,719	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	17,519	—	—	17,392	
	weniger	—	—	—	—	127	—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Kap. 32.							
	Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Schulvorstand	1 [1 u. 2]	—	3,000				[1]) Es erscheint angemessen, dem Schulvorstand, der seither nichtetatsmäßig angestellt war, gleich dem Fachlehrpersonal der Anstalt etatsmäßige Dienstes-eigenschaft zu verleihen. Er soll wie die landwirtschaftlichen Wanderlehrer und Vorstände der landwirtschaftlichen Winterschulen in Klasse 12 der Gehaltsordnung eingereiht werden.
15	Fachlehrer	2 [2])	3012 u. 2825	5,837				[2]) Angeglichen für ihre Person an Klasse 12, 15 und 21 der Gehaltsordnung.
21	Obergärtner	1 [2])	—	1,907				
	Summe a	4	—	10,744	—	344	11,088	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte [1])	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 32. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	4	—	10,744	—	344	11,088	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	4	—	10,008	—	Künftig wegfallend 300	10,308	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	736	—	44	780	
	Kap. 33.							
	Landwirtschaftlicher Wanderunterricht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Landwirtschaftslehrer . . .	44	3000 bis 5500	188,959	—	—	188,959	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 33. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	44	—	188,959	—	—	188,959	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	44	—	181,542	—	—	181,542	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	7,417	—	—	7,417	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer II.							
	Wiederholung.							
1	Landesuniversitäten . . .	733	—	2'721,739	33,698	5,850	2'761,287	
2	Technische Hochschule . . .	197	—	707,827	4,700	2,925	715,452	
3	Lyzeen	59	—	350,760	7,349	175	358,284	
4	Humanistische Gymnasien .	989	—	4'984,522	27,970	3,613	5'016,105	
5	Realgymnasien	125	—	562,677	2,710	237	565,624	
6	Technikum in Nürnberg . .	36	—	151,540	720	480	152,740	
7	§ 1. Bauschule mit Gewerbelehrerinstitut in München	32	—	132,244	1,000	816	134,060	
8	Lehrerbildungsanstalten . .	330	—	1'204,060	8,600	62	1'212,722	
9	Turnwesen	6	—	24,000	200	—	24,200	
11	Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München	8	—	12,705	—	475	13,180	
13	Akademie der Wissenschaften und Meteorologische Zentralstation	20	—	62,593	360	617	63,570	
14	Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates . .	87	—	252,175	1,040	1,074	254,289	
15	Hof- und Staatsbibliothek .	60	—	191,322	540	594	192,456	
16	Bibliothek in Bamberg . .	4	—	17,012	—	—	17,012	
18	Akademie der bildenden Künste	26	—	151,894	900	161	152,955	
19	Gemäldegalerien	28	—	84,908	—	4,002	88,910	
20	Graphische Sammlung . .	10	—	30,114	—	1,366	31,480	
	Seite	2750	—	11'642,092	89,787	22,447	11'754,326	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	2750	—	11'642,092	89,787	22,447	11'754,326	
21	Kunstgewerbeschulen . . .	49	—	228,002	—	1,552	229,554	
22	Bayerisches Nationalmuseum	57	—	123,621	—	2,980	126,601	
23	Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns	21	—	81,986	—	672	82,658	
25	Ruhmeshalle und Walhalla	7	—	12,650	—	1,525	14,175	
26	Akademie der Tonkunst in München und Musikschule in Würzburg	43	—	185,100	1,320	151	186,571	
28	Hebammenschulen	16	—	33,387	600	—	33,987	
29	Tierärztliche Hochschule und Biologische Versuchsstation für Fischerei in München	63	—	178,404	2,400	2,148	182,952	
30	Hufbeschlagschulen	6	—	15,984	—	—	15,984	
31	Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan	43	—	158,770	950	391	160,111	
32	Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim	4	—	10,744	—	344	11,088	
33	Landwirtschaftslehrer . . .	44	—	188,959	—	—	188,959	
	Summe Ziffer II	3103	—	12'859,699	95,057	32,210	12'986,966	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:					
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer III. **Etat der Ausgaben auf kirchliche Zwecke.**							
	Kap. 2.							
	A. Oberkonsistorium.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsident	1	—	14,000	—			
6	Oberkonsistorialräte . . .	4	8200 bis 9200	33,363	—			
13	Oberkonsistorial-Rechnungskommissär	1	—	5,700	—			
16	Oberkonsistorial-Sekretär .	1[1]	—	2,400	—			[1]) Neue Stelle. Infolge der Geschäftsmehrung ist die Schaffung der schon in der Gehaltsordnung vorgesehenen Sekretärstelle nicht mehr verschieblich.
16	Oberkonsistorial-Registrator	1	—	4,200	—			
17	Oberkonsistorial-Kanzlist . [2]) Künftig wegfallend.	1[2]	—	3,600	—			[2]) Die Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Kanzlei-Assistentenstelle (Klasse 21 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
21	Oberkonsistorial-Kanzleiassistent	1	—	1,950	—			
22	Oberkonsistorialdiener . .	2	1900 bis 2000	3,804	—			
	Summe a	12	—	69,017	—	225	69,242	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	12	—	69,017	—	225 Künftig wegfallend	69,242	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 .	11	—	65,730	—	697	66,427	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	3,287	—	—	2,815	
	weniger	—	—	—	—	472	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Kreiskonsistorien.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Konsistorialdirektor . . .	1	—	10,800	—			
7	Konsistorialräte	9	6000 bis 8000	62,730	—			
14	Konsistorial-Rechnungskommissäre	3	3300 bis 4200	10,650	—			
17	Konsistorial-Sekretäre . .	3	2700 bis 3600	9,438	—			
17	Konsistorial-Registratoren .	3	2400 bis 3600	8,600	—			
17	Konsistorial-Kanzlisten . . [1]) Künftig wegfallend.	2[1])	3000 bis 3300	6,037	—			[1]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung teils in Konsistorialregistratorenstellen (Klasse 17), teils in Kanzleiassistentenstellen (Klasse 23) umgewandelt werden.
23	Konsistorial-Kanzleiassistenten	5	1650 bis 2250	9,013	—			
25	Konsistorialdiener	3	1900 bis 2000	5,820	—			
	Summe a	29	—	123,088	—	1,114	124,202	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessist	1[2])	—	1,800	—	—	1,800	[2]) Neue provisorische Stelle beim Konsistorium Ansbach. Zur Vermeidung eines Wechsels während des Provisoriums soll der Hilfsarbeiter gegebenenfalls unter Überschreitung der Position zum Bezirksamtsassessor vorrücken können, wenn er an die Reihe zur Anstellung kommt. Die an sich notwendige Schaffung einer neuen etatsmäßigen Kollegialstelle beim Konsistorium hat im Hinblick auf § 4 des Protestantenedikts die vorgängige Einvernahme der Generalsynode zur Voraussetzung.
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	30	—	124,888	—	1,114 Künftig wegfallend	126,002	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	29	—	118,530	—	1,678	120,208	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	1	—	6,358	—	—	5,794	
	weniger	—	—	—	—	564	—	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer III.							
	Summe A. Oberkonsistorium	12	—	69,017	—	225	69,242	
	Summe B. Kreiskonsistorien	30	—	124,888	—	1,114	126,002	
	Summe Ziffer III. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	42	—	193,905	—	1,339	195,244	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	40	—	184,260	—	2,375	186,635	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	2	—	9,645	—	—	8,609	
	weniger	—	—	—	—	1,036	—	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I . .	54	—	276,830	12,400	1,190	290,420	
	" " II . .	3103	—	12'859,699	95,057	32,210	12'986,966	
	" " III . .	42	—	193,905	—	1,339	195,244	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten** für 1912 und 1913 . .	3199*	—	13'330,434	107,457	34,739	13'472,630	*) Hievon stehen 285 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 72,252 M in dem Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	3097	—	12'603,377	106,884	55,187	12'765,448	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	102	—	727,057	573	—	707,182	
	weniger	—	—	—	—	20,448	—	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche

der Unterrichts- und Kultusverwaltung.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
				I. Ober-	
1	München	K. Hof- und Staatsbibliothek.	Staatseigenthum.		
		a) Instandsetzung der Dachungen.		11,100	5,550
		b) Herstellung eines neuen Bücheraufzuges.		13,600	6,800
		c) Einbau von zwei Bücherkammern im Dachgeschoß.		44,700	22,350
		d) Erweiterung der Benützer- und Verwaltungsräume.		59,400	29,700
2	München	K. Alte Pinakothek.	Staatseigentum.		
		a) Beheizung des Vestibüls und Stiegenhauses sowie Herstellung von Winterfenstern.		10,400	5,200
		b) Erweiterung der Sicherheits- und Alarmanlage.		4,000	2,000
		c) Instandsetzung von Bildersälen.		20,600	10,300
3	München	K. Odeon.	Staatseigentum.		
		Instandsetzung der Fassaden.		15,000	7,500
			Seite	178,800	89,400

Erläuterungen

Bayern.

Die ausgedehnten Dachungen müssen, da die Dachziegel und Latten morsch werden, teils neueingedeckt teils umgedeckt werden. Zunächst sollen die südlichen Dachungen mit einem Aufwand von 11,100 *M* instand gesetzt werden.

Die Hof- und Staatsbibliothek besitzt nur einen Bücheraufzug, der nicht ins Erdgeschoß reicht und von den nördlich gelegenen Büchersälen zu weit entfernt ist; er genügt dem gesteigerten Bedürfnisse nicht mehr.

Zur Entlastung der zu stark besetzten Büchersäle und zur Gewinnung von Raum für die neuen Zugänge, die jährlich rund 25,000 Bände umfassen, sollen in die von Osten nach Westen laufenden Speicherräume des nördlichen und südlichen Verbindungsbaues der Hof- und Staatsbibliothek zwei Bücherkammern von je 360 qm Bodenfläche eingebaut werden. Sie würden Raum für rund 160,000 Bände bieten. Die Räume würden dann noch für den Bücherzuwachs der nächsten 5 Jahre zureichen.

Die Benützer- und Verwaltungsräume der Hof- und Staatsbibliothek bedürfen dringend der Erweiterung. Vor allem ist die nur 26 Arbeitsplätze bietende Handschriftenabteilung in den Südwesttrakt des I. Obergeschosses zu verlegen, wo ein großes Arbeitszimmer mit 45 Plätzen und ein kleiner Arbeitsraum von 10 Plätzen gewonnen werden könnte. An die Abteilung wäre räumlich die Musiksammlung anzuschließen, deren gegenwärtiger Platz für den alphabetischen Katalog notwendig ist. Im bisherigen Handschriftenzimmer wäre das Sekretariat und die Kassenverwaltung unterzubringen und der hiedurch freiwerdende Raum als weiteres Lesezimmer mit etwa 40 Arbeitsplätzen zu adaptieren. Die weiter erforderlichen Arbeitsräume der Katalogabteilung wären durch Einrichtung eines gegen Süden gelegenen Büchersaales für den sogen. historischen Fachkatalog zu gewinnen. Der an den Saal mit dem historischen Fachkatalog anstoßende Kartensaal soll heizbar gemacht und beleuchtet werden. Diese Umbauten würden den Betrieb und die Benützung der Hof- und Staatsbibliothek beträchtlich verbessern; die neu einzurichtenden Räume werden ihren Zwecken auch dann erhalten bleiben, wenn einmal das Erdgeschoß für Bibliothekzwecke verfügbar sein wird. Die Kosten für den Umbau und die Einrichtung der Räume betragen insgesammt 100,400 *M*. Zunächst ist der Bedarf für den Umbau mit 59,400 *M* erforderlich.

Um Vestibül und Stiegenhaus der Alten Pinakothek an die Niederdruckdampfheizung anzuschließen, sollen ein weiterer Gliederkessel und 12 Stück Heizkörper aufgestellt werden. Zur Erleichterung der Beheizung sind im Vestibül und im Vorplatz des I. Stockes, ferner im altdeutschen Saale Nr. 2 und im italienischen Saale Nr. 10 Winterfenster anzubringen. Bedarf 10,400 *M*.

Die im Jahre 1909 ausgeführte Sicherheits- und Alarmanlage im Erdgeschoß der Alten Pinakothek soll auf die zehn Fenster des Osttraktes ausgedehnt werden.

Im Anschluß an die in den beiden letzten Jahren durchgeführte Instandsetzung der Säle der altdeutschen Abteilung sollen der Holländersaal Nr. 4, der kleine Rubenssaal Nr. 5, der van Dycksaal Nr. 7 und der Tiziansaal Nr. 9 neubespannt und in einen der Bedeutung der Sammlung entsprechenden Zustand gebracht werden.

Die Fassaden des Odeonsgebäudes haben insbesondere infolge Durchrostung der Blechabdeckungen der Fensterbänke und -Stürze sowie der Gesimse gelitten und befinden sich in schlechtem Zustande. Nach Erneuerung dieser Abdeckung mit Kupferblech müssen die Fassaden im Mauerwerk und Putz gründlich instandgesetzt werden.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M	M
			Übertrag	178,800	89,400
4	München	Altes Galeriegebäude (Ethnographisches Museum).	Staatseigentum.		
		Herstellung weiterer Aufbewahrungs- und Arbeitsräume im Dachgeschosse, Einbau einer Zugangstreppe zum Dachgeschosse und Erweiterung der Heizanlage.		15,000	7,500
5	Schleißheim	K. Schloß in Schleißheim (K. Gemäldegalerie).	Das Gebäude ist Eigentum der Zivilliste. Die Unterhaltungspflicht obliegt infolge seiner Überweisung für die Zwecke der K. Gemäldegalerie dem Staatsärar.		
		a) Entfeuchtung der Westseite des Gebäudes.		18,500	9,250
		b) Einbau feuersicherer Wände in die Dachräume.		4,500	2,250
6	München	Sternwarte.	Staatseigentum.	9,100	4,550
		Instandsetzungsarbeiten.			
7	München	Wilhelminisches Gebäude.	Staatseigentum.		
		1. Instandsetzung der Fassade an der Kapellenstraße.		7,600	3,800
		2. Erweiterung des Hörsaales für Zoologie und Geologie.		37,300	18,650
		3. Ausbau der Speicherräume nördlich des Posthofes.		45,000	22,500
			Seite	315,800	157,900

Erläuterungen

Mit der in der Finanzperiode 1909 und 1910 bewilligten Summe von 6,600 ℳ sind für das Ethnographische Museum drei Depot- und Arbeitsräume durch Ausbau des Dachgeschosses auf eine Länge von 26 m und eine Breite von 7,5 m hergestellt worden. Das Anwachsen der Sammlungen erheischt dringend den weiteren Ausbau des Dachgeschosses auf 30 m Länge, wodurch drei neue Aufbewahrungs- und Arbeitsräume gewonnen werden. Für den Transport der Gegenstände in die Dachgeschoßräume ist eine neue Zugangstreppe von den Sammlungsräumen aus herzustellen, da die vorhandene ruinose Treppe zu schmal ist. Die Beheizung der neuen Räume im Dachgeschoß macht eine Erweiterung der Heizanlage des Ethnographischen Museums durch Einsetzen eines dritten Gliederkessels, Vergrößerung des Kesselhauses und des Kohlenraumes nötig. Gesamtbedarf 15,000 ℳ.

Im Jahre 1906 war in mehreren Bildersälen des nicht unterkellerten Erdgeschosses des Schlosses in Schleißheim der Hausschwamm aufgetreten, zu dessen Beseitigung erhebliche Mittel aufgewendet werden mußten. Zur Abwendung der drohenden Gefahr des Wiederauftretens des Hausschwamms soll die Entfeuchtung der Umfassungsmauern der ganzen Westseite des Gebäudes durch Isolierung nach dem System Albert durchgeführt werden.

Zur Erhöhung der Feuersicherheit sollen anschließend an den erhöhten Mittelbau im nördlichen und südlichen Seitenflügel des Schlosses zwei Brandmauern eingebaut werden.

Am Hauptgebäude und den Nebengebäuden sind umfassende Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten, namentlich an den Dachungen, Dachrinnen und Blitzableitungen erforderlich, um die Baulichkeiten in gutem Stande zu erhalten. Gesamtbedarf für die unverschieblichen Bauvornahmen 9100 ℳ, wobei die weniger dringlichen Arbeiten vorerst zurückgestellt werden.

Nachdem in der letzten Finanzperiode die Fassade an der Neuhauserstraße instandgesetzt worden ist, soll nunmehr auch die gleichfalls verwitterte und schadhafte Fassade an der Kapellenstraße einer durchgreifenden Instandsetzung mit einem Aufwande von 7600 ℳ unterzogen werden.

Der Hörsaal für Zoologie und Geologie faßt nur 180 Sitzplätze, während die Zahl der Hörer bei den zoologischen Vorlesungen über 300 beträgt. Der Hörsaal soll durch einen Anbau erweitert und hiedurch die Zahl der Sitzplätze auf 306 gebracht werden. Zugleich erweist sich eine Erneuerung und Ergänzung der veralteten Einrichtung, namentlich des unzweckmäßigen Gestühles als erforderlich. Gesamtbedarf mit Einschluß der Einrichtungskosten 37,300 ℳ.

Die in erfreulicher Entwicklung befindliche zoologische Staatssammlung bedarf weiterer Sammlungs- und Arbeitsräume, die durch den feuer- und staubsicheren Ausbau der großen, in den Posthof des Wilhelminums hinausgehenden Speicherräume zu einem Geschosse mit senkrechten Wänden und hellen Fenstern gewonnen werden sollen. Die Bereitstellung weiterer Räume für die zoologische Staatssammlung ist auch mit Rücksicht darauf geboten, daß diese die bisher von ihr belegten, früher vom thesaurus linguae latinae benützten Räume im Dachgeschosse des Wilhelminums, die der anthropologisch-prähistorischen Sammlung zum Zwecke ihrer einem dringenden Bedürfnis entsprechenden räumlichen Erweiterung in Aussicht gestellt sind, erst nach Gewinnung eines ausreichenden Ersatzes verlassen kann. Die Kosten der Bauvornahme einschließlich des Bedarfes für Einrichtung der Zentralheizung und der elektrischen Beleuchtung betragen 45,000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	315,800	157,900
8	München	Chemisches Laboratorium. Herstellung physikalisch-chemischer Arbeitsräume.	Staatseigentum.	32,000	16,000
9	München	Physiologisches Institut. Anbau eines Flügels.	Staatseigentum.	109,000	54,500
10	München	Bauvornahmen bei der Universität München. a) Verbesserungen im pathologischen Institute. b) Bauliche Änderungen im hygienischen Institute.	—	49,500 (als Aversalzuschuß an die Universität München)	24,750
			Seite	506,300	253,150

Erläuterungen

Die Fortschritte auf dem Gebiete der physikalischen Chemie lassen es als ein dringendes Bedürfnis erscheinen, daß für dieses Fach, wie in den meisten größeren chemischen Instituten, so auch in dem chemischen Laboratorium in München besondere Arbeitsräume vorgesehen werden. Infolge des Freiwerdens einer Dienstwohnung im zweiten Stockwerke des Dienstwohngebäudes des chemischen Laboratoriums können für die physikalische Chemie drei Laboratoriumssäle, ein Dunkelzimmer und ein Spülraum eingerichtet werden. Die zu diesem Zwecke vorzunehmenden Instandsetzungsarbeiten mit Einschluß der Installierung der Gas-, Wasser- und elektrischen Leitungen, dann des Anschlusses an die Ventilations- und Heizungsanlage und der Anschaffung der erforderlichen Arbeits-, Konsol- und Wägetische sowie Digestorien und eines großen Dampftrockenschrankes beanspruchen einen Aufwand von 27,000 *M*, der sich infolge des Bedarfes für sonstige Einrichtungsgegenstände (Apparate, Instrumente, Gläser 2c.) auf 32,000 *M* erhöht.

Das physiologische Institut der Universität München, das in dem Anwesen Haus-Nr. 12 an der Pettenkoferstraße untergebracht ist, ist räumlich unzureichend und vermag in seiner jetzigen Gestalt den gesteigerten Ansprüchen des unterrichtlichen und wissenschaftlichen Betriebs auch nicht annähernd mehr zu genügen. Die medizinische Fakultät der Universität München hatte früher zur Behebung des Raummangels einen vollständigen Neubau auf einem anderen Platz angeregt. Dieser Gedanke wurde nicht weiter verfolgt, da der Institutsvorstand die Befriedigung der räumlichen Bedürfnisse des Institutes durch eine entsprechende Erweiterung des alten Institutsgebäudes als tunlich bezeichnete. Bisher sind dem physiologischen Institut im benachbarten alten Anatomiegebäude Räume aushilfsweise zugewiesen. Hiedurch konnte, da das wertvolle Gelände dieses Gebäudes später für andere bauliche Zwecke heranzuziehen sein wird, nur eine provisorische Abhilfe geschaffen werden. In dauernder Weise wird dem Bedürfnisse des physiologischen Institutes nach Bereitstellung ausreichender Unterrichts- und Arbeitsräume durch Erweiterungsbauten, vielleicht unter Heranziehung eines Teiles des anstoßenden, im Universitätseigentum stehenden Anwesens Haus-Nr. 26 an der Schillerstraße Rechnung zu tragen sein. Von den in Aussicht genommenen Erweiterungsbauten soll zunächst an der Ostseite des Institutsgebäudes in nördlicher Richtung ein aus einem Kellergeschoß, einem Erdgeschoß, einem Obergeschoß und einem Dachgeschoß bestehender Flügelbau aufgeführt werden, der ausschließlich auf dem Grunde des Institutsanwesens hergestellt werden kann. Dieser Flügelbau, der mit einer Niederdruckdampfheizungsanlage versehen, elektrische Beleuchtung erhalten und zu experimentellen Zwecken mit Gasleitung ausgestattet werden soll, erfordert unter Berücksichtigung des Aufwandes für die im Altbau vorzunehmenden Instandsetzungsarbeiten einen Aufwand von 84,000 *M*. Unter Hinzurechnung der auf 25,000 *M* veranschlagten Kosten der inneren Einrichtung ergibt sich ein Gesamtbedarf von 109,000 *M*.

a) Im Hörsaal des pathologischen Institutes, der bisher mit einigen Gasflammen ungenügend beleuchtet ist, soll die elektrische Beleuchtung eingerichtet werden, ebenso im mikroskopischen Kurssaal, in dem auch 80 elektrische Mikroskopierlampen angebracht werden sollen. Die große Zahl der im Institute vorzunehmenden Sektionen bedingt die Beschaffung eines weiteren Obduktionsraumes, der neben dem Zugange zum großen klinischen Sektionssaale hergestellt werden kann. Ferner bedarf das Institut dringend einer Kühlkammer und einer Einrichtung, um Leichenteile gefrieren zu lassen. Diese Instandsetzungsarbeiten erfordern mit Einschluß der Anschaffung von Apparaten zur Mazeration und Entfettung von Präparaten einen Gesamtbedarf von 18,500 *M*.

b) Der Hörsaal des Institutes reicht für die große Hörerzahl nicht aus. Durch Aufstellung eines neuen, weniger Raum beanspruchenden Gestühles können 30 Sitzplätze gewonnen werden. Außerdem soll das Podium des Hörsaales seitlich bis zu den Umfassungen verlängert und zur Verbesserung der Beleuchtungsverhältnisse ein Glasoberlicht eingebaut werden. Der den räumlichen Anforderungen nicht genügende bakteriologische Kurssaal soll aus dem Erdgeschoß in das zweite Stockwerk verlegt werden, wo günstigere Raumverhältnisse die Einrichtung einer größeren Zahl von Arbeitsplätzen gestatten und wo sich auch günstigere Beleuchtungsverhältnisse schaffen lassen. Der bisher im zweiten Stockwerk befindliche Sammlungsraum würde dann künftig seinen Platz in dem bis jetzt als bakteriologischer Kurssaal benützten Raume des Erdgeschosses finden. Im Interesse der baulichen Erhaltung des Institutsgebäudes, in dessen westlichem Flügel sich im Keller und Erdgeschosse der Hausschwamm zeigt, ist die Entfernung und der Ersatz der vom Schwamme befallenen Mauerteile geboten. Gesamtbedarf für diese verschiedenen Bauvornahmen: 20,800 *M*.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	506,300	253,150
noch 10		c) Einbau von Galerien in den Hörsaal der zweiten medizinischen Klinik.			
		d) Instandsetzung von Speicherräumen für die Universitätsbibliothek.			
11	München	Luitpoldgymnasium. Herstellung eines Anbaues.	Staatseigentum.	98,000	49,000
12	München	Wilhelmsgymnasium. Instandsetzung der Garteneinfriedung.	Staatseigentum.	10,600	5,300
13	München	Erzbischöfliche Kurie. Stockwerksaufbau.	Staatseigentum. Der Staat hat nach den Bestimmungen des Konkordats für geeignete Kuriengebäude zu sorgen.	80,000	40,000
14	München	St. Michaelshofkirche. Dachinstandsetzung.	Staatseigentum.	51,000	25,500
			Seite	745,900	372,950

Erläuterungen

c) Der im Gebäude des medizinisch-klinischen Institutes befindliche Hörsaal der zweiten medizinischen Klinik ist infolge des großen Zudranges von Hörern ständig überfüllt. Später sich meldende Studierende konnten infolgedessen nicht mehr zur Inskription zugelassen werden. Nach Lage der Verhältnisse ist Abhilfe nur durch den Einbau seitlicher Galerien tunlich, wodurch 26 Sitz- und 26 Stehplätze gewonnen werden können. Bedarf: 5200 ℳ.

d) Zwei Speicherräume im Verbindungsbau des Universitätsgebäudes sollen zur feuersicheren Unterbringung der Handschriften und Inkunabeln der Universitätsbibliothek instandgesetzt werden. Bedarf: 5000 ℳ.

Zur Durchführung der unter a—d bezeichneten Bauvornahmen, die von der Universität München aus eigenen Mitteln nicht bestritten werden können, soll der dem Gesamtbedarf entsprechende Betrag von 49,500 ℳ als Aversalzuschuß bewilligt werden.

Das Anstaltsgebäude entbehrt der Lehrzimmer für physikalischen und naturkundlichen Unterricht, der Räume für Schülerübungen und für Vorbereitung der Lehrer und der Räume zur Aufbewahrung der physikalischen, der naturkundlichen und der historisch-archiologischen Sammlung. Auch ein besonderes Lehrzimmer für den protestantischen Religionsunterricht sowie ein Sprechzimmer sind nicht vorhanden. Bei der steigenden Bedeutung des mathematisch-physikalischen und des naturkundlichen Unterrichts an den humanistischen Gymnasien ist die Herstellung eines Erweiterungsbaues, durch den die bisher vermißten Räume beschafft werden sollen, notwendig geworden. Im Gesamtbedarf sind auch die Kosten für Erweiterung des Musiklehrzimmers im bestehenden Gebäude, dann die Kosten für innere Einrichtung des Anbaues inbegriffen.

Die aus gemauertem Sockel mit Granitverblendung und aufgesetzter Sandsteinballustrade bestehende Einfriedung des Gymnasiumsgartens an der Maximilianstraße und Sternstraße hat im Laufe der Jahre durch Witterungseinflüße und infolge Senkung der Fundamente stark gelitten, so daß eine durchgreifende Instandsetzung notwendig geworden ist. Die Kosten belaufen sich nach Voranschlag auf 10,600 ℳ.

Die Räume der erzbischöflichen Kurie sind unzureichend. Es fehlt an Geschäfts- und Arbeitszimmern für die Mitglieder des Domkapitels. Die Prüfungsräume für die Pfarrkonkurse und andere Prüfungen sind zu klein. Die wertvollen Bücherbestände und Archivalien leiden unter der mangelhaften Unterbringung in den zu engen Bibliothek- und Archivräumen. Um den hauptsächlichsten Mängeln abzuhelfen und die vordringlichste Raumvermehrung zu bewirken, soll auf das an der Straße gelegene Vordergebäude ein Stockwerk aufgebaut werden. Die Kosten sind abzüglich eines noch zur Verfügung stehenden Betrages aus der für die Finanzperiode 1910 und 1011 zur Dachinstandsetzung bewilligten Summe von 5500 ℳ im ganzen veranschlagt auf 80,000 ℳ.

Das Dach der Michaelskirche weist wieder schadhafte Stellen auf. Die Ziegel sind zum Teil verwittert, die Blecheinbeckungen durchgerostet und die Dachstuhlbalken angefault. Um weiteren Schaden zu verhüten, muß das Dach über dem Langhaus und dem Presbyterium umgedeckt und ausgebessert werden. Die Kosten werden voranschlagsgemäß 51,000 ℳ betragen, wobei für das Langhaus Kupfer und verbleites Eisenblech, für das Presbyterium und seine Anbauten nur Kupfer verwendet werden soll.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	745,900	372,950
15	Baumburg, Bezirksamt Traunstein.	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primäre baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von den Parochianen zu leisten sind.	14,500	7,250
16	Dietramszell, Bezirksamt Wolfratshausen	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primäre baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat. Hand- und Spanndienste werden nicht beansprucht.	9,900	4,950
17	Maria Elend bei Dietramszell, Bezirksamt Wolfratshausen	Katholische Filialkirche. Instandsetzung.	Wie vorstehend.	7,400	3,700
18	Freising	Domkirche. Instandsetzungsarbeiten.	Der Staat trägt die primäre Baupflicht.	8,500	4,250
19	Schönau, Bezirksamt Aibling	Katholischer Pfarrhof. Neubau.	Die primäre Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	37,000	18,500
20	Weyarn, Bezirksamt Miesbach	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primäre baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast trägt der Staat. Hand- und Spanndienste werden nicht beansprucht.	8,500	4,250
			Summe I	831,700	415,850

Erläuterungen

Die kunsthistorisch bedeutsame Kirche bedarf einer durchgreifenden Instandsetzung. Dachungen, Verputz und Pflasterungen müssen ausgebessert, die Bemalungen im Innern und an den Außenwänden der Kirche ergänzt und erneuert werden usw. Die Gesamtkosten sind ohne die von der Pfarrgemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste auf 14,500 M veranschlagt.

Der schadhafte durch Frost zerstörte Putz der Kirchenmauern muß erneuert und das Mauerwerk ausgetrocknet werden. Verschiedene Architekturteile sind auszubessern und neu mit Blech abzudecken. Lose Stuckornamente am inneren Kirchengewölbe bedürfen der Befestigung usw. Gesamtkosten 9900 M.

Zur Erhaltung der aus dem Jahre 1690 stammenden Wallfahrtskapelle sind Ausbesserungen der Fundamente, der Mauern und des Wandverputzes unumgänglich notwendig. Zur Trockenlegung der Grundmauern muß ein Abwasserkanal und ein Traufpflaster angelegt werden. Die Blechabdeckungen der Fenster und die Eingangstüren sind zu erneuern und auch im Kircheninnern müssen verschiedene Ausbesserungen vorgenommen werden. Die Gesamtkosten sind veranschlagt auf 7400 M.

Die Sebastiankapelle beim Dom in Freising muß, um die wertvollen Stukkaturen vor Zerstörung zu bewahren, entfeuchtet werden. Einige schadhafte Fenster müssen ergänzt und die Seiteneingangstüren zur Verbesserung der Verkehrssicherheit abgeändert werden. Die Kosten werden im ganzen 8500 M betragen.

Das alte Pfarrhaus in Schönau ist ganz durchfeuchtet und samt den zugehörigen Ökonomiegebäuden in einem so schlechten und baufälligen Zustande, daß Ausbesserungen ausgeschlossen sind. Die Erbauung eines neuen Pfarrhauses mit den erforderlichen neuen Ökonomiegebäuden kann nicht länger verschoben werden. Der Neubau soll auf einem zum Pfründebesitz gehörigen, höher gelegenen Bauplatz mit günstigeren Grundwasserverhältnissen hergestellt werden. Die Baukosten sind auf 37,000 M veranschlagt.

Die schöne alte Kirche bedarf einer durchgreifenden Instandsetzung des Mauerwerks. Feuchte Mauerstellen müssen ausgetrocknet, schadhafte Gesimse und Konsolen ausgebessert, zerbrochene Platten des Fußbodenbelags erneuert werden usw. Auch bei der Kirchhofmauer sind Ausbesserungen notwendig. Gesamtkostenbetrag 8500 M.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M	M
				II. Nieder-	
1	Passau	Lyzeum, Gymnasium sowie Kreis- und Studienbibliothek. Erbauung eines Lyzealgebäudes und Erweiterung des Gymnasiums sowie der Kreis- und Studienbibliothek. Erste Rate.	Der Staat hat für die Baukosten aufzukommen, da der Studienfonds, dem die seitherigen Gebäude des Lyzeums, des Gymnasiums und der Kreis- und Studienbibliothek gehören, leistungsunfähig ist. Das zur Erweiterung der Anstaltsgebäude erworbene „Altstadtschulhaus" ist Staatseigentum.	200,000	100,000
2	Straubing	Schullehrerseminar. Verbesserungen in den Schlafsälen, im Studiersaale und in einigen Lehrsälen.	Staatseigentum.	18,100	9,050
3	Aunkirchen, Bezirksamt Vilshofen.	Katholischer Pfarrhof. Instandsetzung des Pfarrhauses und seiner Nebengebäude.	Der Staat trägt die primäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	9,000	4,500
4	Gangkofen, Bezirksamt Eggenfelden.	Katholischer Pfarrhof. Instandsetzung des Pfarrhauses und Neubau einer Holzlege.	Die primär baupflichtige Pfründestiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	12,700	6,350
			Seite	239,800	119,900

Erläuterungen

Bayern.

Die Räume des Studiengebäudes reichen für den jetzigen Bedarf des Lyzeums und Gymnasiums sowie der Kreis- und Studienbibliothek nicht mehr aus. Beim Lyzeum und Gymnasium fehlen verschiedene Lehrräume, mehrere Lehrzimmer des Gymnasiums haben ungenügende Beleuchtung, die Räume der Kreis- und Studienbibliothek sind überfüllt.

Durch das Staatsbudget für die Finanzperiode 1904 und 1905 sind 50,000 *M* zum Ankauf des sogenannten Altstadtschulhauses in Passau zur Erweiterung des Lyzeums, des Gymnasiums sowie der Kreis- und Studienbibliothek und durch das Staatsbudget für die Finanzperiode 1910 und 1911 sind 38,500 *M* für Erbauung einer Gymnasialturnhalle zur Verfügung gestellt worden.

Nach dem Bauprojekt soll zunächst an Stelle des Altstadtschulhauses ein Lyzealneubau aufgeführt werden. Nach Fertigstellung dieses Gebäudes werden die bisher vom Lyzeum eingenommenen Räume teils dem Gymnasium, teils der Kreis- und Studienbibliothek zugewiesen werden.

Als erste Rate wird der für Herstellung des Lyzeal-Neubaues erforderliche Betrag von 200,000 *M* angefordert. Durch den Neubau werden 1 Hörsaal für Philosophie, 1 Hörsaal für Physik mit Nebenräumen, 1 Hörsaal für Chemie mit Nebenräumen, 3 Hörsäle für Theologie, 1 Amtszimmer für den Rektor, 1 Konferenzzimmer, 1 Raum für eine Erdbebenstation, 1 Aufbau für meteorologische Beobachtungen und 1 Hausmeisterwohnung gewonnen; es soll elektrische Beleuchtung und Niederdruckdampfheizung eingerichtet werden. Die Kosten für Adaptierung der später an das Gymnasium sowie an die Kreis- und Studienbibliothek übergehenden Räume, dann für sonstige Instandsetzungen bei dem bestehenden Studiengebäude werden seinerzeit als zweite Rate postuliert werden.

Der Schlafsaal II, der nur eine Höhe von 2,90 m hat, soll, wie bereits früher bei Schlafsaal I geschehen, auf 4 m erhöht und mit neuem Fußboden versehen werden. Kosten 6000 *M*. Die ungenügende und unzweckmäßige Waschtischanlage in beiden Schlafsälen soll durch eine neue mit festen Waschbecken und fließendem Wasser ersetzt werden. Kosten 5400 *M*. Ferner soll in den Schlafsälen an Stelle der jetzigen feuergefährlichen Gasolinbeleuchtung elektrische Beleuchtung eingerichtet werden. Kosten 500 *M*. Die Schlafsäle und der Studiersaal sollen mit einer Ventilationsanlage versehen werden. Kosten 1200 *M*. Endlich soll in 4 Lehrsälen durch Vergrößerung der Fenster eine bessere Belichtung erzielt werden. Kosten 5000 *M*. Die Gesamtkosten betragen demnach 18,100 *M*.

Die verwitterten Dachungen des Pfarrhauses müssen umgelegt, schadhafte Fußböden erneuert, Kanalisierungen und Scharpflaster zur Trockenhaltung des Gebäudes neu angelegt werden. Eine Holzlege soll neu hergestellt und eine Stallung mit Knechtewohnung umgebaut, sowie der bei der Jauchengrube befindliche Brunnenschacht verlegt werden. Die Kosten sind im ganzen auf 9000 *M* veranschlagt.

Das schlechte Dach des Pfarrhofes muß erneuert und das Gebäude entfeuchtet werden. Der Anbau einer neuen Holzlege ist notwendig. Die Gesamtkosten der Bauarbeiten werden nach dem Voranschlage 12,700 *M* betragen.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	239,800	119,900
5	Kötzting, Bezirksamt Kötzting	Katholischer Pfarrhof. Instandsetzung von Stützmauern und Fassaden, dann Verbesserung der Kanalisation.	Dem Staate obliegt die unbedingte Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	12,500	6,250
6	Neukirchen bei Haggn, Bezirksamt Bogen	Katholischer Pfarrhof. Neubau des Pfarrhauses und der Ökonomiegebäude.	Die primäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	52,550	26,275
7	Niederviehbach, Bezirksamt Dingolfing	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trägt der Staat mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	14,000	7,000
			Summe II	318,850	159,425

III. Pfalz.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
1	Kaiserslautern	Humanistisches Gymnasium. Instandsetzungsarbeiten.	Staatseigentum.	7,100	3,550
2	Mittellose Gemeinden der Pfalz	Bauten für den katholischen und protestantischen Kultus.	Baupflichtig sind die Kirchengemeinden, die wegen geringer Leistungsfähigkeit zur Aufbringung des erforderlichen Baubedarfs nicht imstande sind.	120,000	60,000
			Summe III	127,100	63,550

Erläuterungen

Die Stützmauern des den Pfarrhof umgebenden Wallgrabens drohen einzustürzen und bedürfen sowie die Außenwände des Pfarrhofes dringend einer durchgreifenden Ausbesserung. Dächer und Dachrinnen sind in Stand zu setzen. Türen, Fenster und Fensterläden sollen neu angestrichen und zum Teil vollständig erneuert werden. Um das Haus soll ein Scharpflaster gelegt, die Kanalisation soll verbessert werden, wobei auch Spülklosets hergestellt werden sollen. Die Bauarbeiten werden im ganzen 12,500 ℳ kosten.

Der alte Pfarrhof ist baufällig, feucht und ungesund. Eine Ausbesserung der Pfarrwohnung und der Nebengebäude ist wegen ihres schlechten Bauzustandes ausgeschlossen. Auch der Platz des alten Pfarrhofes ist ungünstig. Die Kosten für den neuen, auf einer besseren Baustelle zu erbauenden Pfarrhof und die erforderlichen Ökonomiegebäude sind nach Abzug des auf 7000 ℳ geschätzten Erlöses aus dem zu verkaufenden alten Pfarranwesen auf 52,550 ℳ veranschlagt. Der Bauplatz für den Neubau wird von der Pfarrpfründe kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die auf einem Hügel gelegene, weithin sichtbare Kirche bedarf einer gründlichen Instandsetzung. Dabei soll der Turmhelm nach einem Gutachten des K. Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer in einer dem Stil der Kirche angepaßten Weise erneuert, die Holzkonstruktion des Dachreiters mit Kupfer verkleidet, eine massive Vorhalle erbaut, Tünchung und Pflaster im Innern der Kirche ausgebessert werden usw. Gesamtkosten: 14,000 ℳ.

Die Freitreppe an der Ostfront des Anstaltsgebäudes ist so verwittert und schadhaft, daß eine Erneuerung nicht länger verschoben werden kann. Der gegenwärtige Zeichensaal ist ungünstig beleuchtet; da die Fenster aus Gründen der Symmetrie der Fassade nicht geändert werden können, soll die Lehrerbibliothek in den Zeichensaal und dieser in den seitherigen Raum der Lehrerbibliothek verlegt werden, wo durch Vergrößerung der Fenster gute Lichtverhältnisse geschaffen werden können. Die Kosten der Bauvornahmen sind einschließlich der Verbesserung eines weiteren Lehrzimmers im ganzen veranschlagt auf 7100 ℳ.

Im Budget für die Finanzperiode 1910 und 1911 waren für mittellose katholische und protestantische Gemeinden der Pfalz zur Unterstützung bei notwendigen Kultusbauten je 60,000 ℳ für die beiden Jahre der Finanzperiode bewilligt worden. Da die in Betracht kommenden Verhältnisse unverändert fortbestehen, werden auch für die Finanzperiode 1912 und 1913 hier eingestellt:

a) für die katholischen Gemeinden . . . . 60,000 ℳ,
b) für die protestantischen Gemeinden . . . . 60,000 ℳ,
in Summe 120,000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			IV. Oberpfalz und		
1	Amberg	Humanistisches Gymnasium. Herstellung eines Lehrsaalgebäudes.	Das bestehende Gymnasialgebäude ist Staatseigentum.	236,000	118,000
2	Regensburg	K. Kreisbibliothek. Instandsetzung der Dachung und des Fassadenverputzes.	Staatseigentum.	9,400	4,700
3	Seligenporten, Bezirksamt Neumarkt	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trägt der Staat mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	12,700	6,350
			Summe IV	258,100	129,050
			V. Ober-		
1	Bamberg	K. Hebammenschule und Entbindungsanstalt. Umbau des Waschhauses, Anschaffung eines neuen Hochdruckdampfkessels u. neuer Wäschereimaschinen, dann Herstellung von Hauswirtschaftskellern.	Staatseigentum.	21,500	10,750
			Seite	21,500	10,750

Erläuterungen

Regensburg.

Das sogenannte Lyzealgebäude in Amberg, in dem ein Teil der Klassen des dortigen Gymnasiums untergebracht ist, wird seit längerer Zeit hinsichtlich der baulichen Einrichtung wie auch in hygienischer Beziehung und aus Gründen der Feuersicherheit beanstandet. Abhilfe soll durch Herstellung eines Lehrsaalgebäudes in nächster Nähe des Gymnasiums beschafft werden. Die Erbauung eines neuen vollständigen Gymnasialgebäudes, die mit weit größeren Kosten verbunden wäre, ist nicht erforderlich, da im vorhandenen Hauptgebäude eine Reihe einwandfreier Lehrzimmer und sonstiger Räume zur Verfügung steht.

Das neue Lehrsaalgebäude soll in einen bisher nur für Gemüsebau verwendeten Garten des Studienseminars Amberg zu stehen kommen, was für das Seminar den Vorteil mit sich bringen wird, daß die Zöglinge keinen längeren Schulweg zurückzulegen haben. Durch den Neubau werden 17 weitere Räume — darunter 7 Klaßzimmer, 1 Physiksaal und ein Zeichensaal — gewonnen. Die Gesamtkosten einschließlich Grunderwerbung, innerer Einrichtung, Beheizung, Beleuchtung, Kanalisation und Wasserleitung betragen 220,000 M. Gleichzeitig sollen beim bestehenden Gymnasialgebäude mit einem Aufwand von 16,000 M einige größere Instandsetzungen (Herstellung eines größeren Musiksaales, Herstellung neuer Aborte im Gebäude selbst statt der bisherigen in einem hölzernen, vom Hauptgebäude getrennten Nebengebäude befindlichen und Herstellung einer neuen Holzlege) vorgenommen werden, so daß die Gesamtkosten sich auf 236,000 M belaufen.

Das Dach des Kreisbibliothekgebäudes in Regensburg muß wegen umfangreicher Schäden umgedeckt werden. Der Verputz der Fassaden ist im schlechten Zustand und namentlich auf der Süd- und Westseite teilweise abgefallen. Bedarf 9400 M.

Die schöne altehrwürdige Kirche bedarf zu ihrer Erhaltung einer durchgreifenden Instandsetzung. Verputz und Tünchung im Innern und an den Außenwänden der Kirche sind auszubessern, Pfeilerabdeckungen und schadhafte Fenster zu erneuern, Stiegen und Decken zu ergänzen. Bei der die Kirche umgebenden alten Friedhofmauer müssen schadhafte Stellen neu aufgemauert werden. Die Kosten sind im ganzen veranschlagt auf 12,700 M.

Franken.

Infolge der großen Steigerung der Anstaltsfrequenz genügen die Wäschereimaschinen und der Niederdruckdampfkessel dem Bedürfnisse nicht mehr. Der Wasch- und der Bügelraum sind auch zu eng. Es ist die Anschaffung eines Hochdruckdampfkessels, einer Dampf-, Wasch-, Koch- und Spülmaschine, einer Dampfwalzenplättmangel und eines Wäscheaufzuges und im Zusammenhang damit ein Umbau des Waschhauses notwendig. Außerdem fehlen der Anstalt Kellerräume, die sich zur Aufbewahrung von Vorräten für die Hauswirtschaft, wie von Kartoffeln, Gemüse, Milch, Bier u. a. eignen.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	21,500	10,750
2	Münchberg	K. höhere Webschule. Erweiterung des Schedbaues.	Staatseigentum.	11,300	5,650
3	Bamberg	Domkirche. Instandsetzung des Domkreuzganges.	Der Staat unterhält den Dom nach den Bestimmungen des Konkordats.	18,800	9,400
4	Berneck, Bezirksamt Berneck	Protest. Dekanatsgebäude. Umbau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	11,300	5,650
5	Busbach, Bezirksamt Bayreuth	Protest. Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Ausnahme der von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	6,700	3,350
6	Kainlinbach, Bezirksamt Höchstadt a/A.	Protest. Pfarrkirche. Neubau des Kirchenschiffs.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Bauverpflichtung trifft zu zwei Dritteilen den Staat, zu einem Drittel die Kirchengemeinde.	24,400	12,200
7	Selb, Bezirksamt Rehau	Protest. Schul- und Kantoratsgebäude. Neubau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast hat der Staat zu tragen mit Ausnahme der von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste.	53,000	26,500
			Summe V	147,000	73,500

Erläuterungen

Die im Jahre 1855 mit staatlicher Beihilfe gegründete und in den Jahren 1897 und 1898 ganz aus Staatsmitteln neu eingerichtete K. höhere Webschule in Münchberg ist zwar formell ein Unternehmen des Distrikts, wird aber fast vollständig aus der Etatsposition für Textilfachschulen (Kap. 7 § 2 Tit. 4) unterhalten. Das Webschulgebäude steht im Staatseigentum. Die Fortentwickelung der Schule erfordert ständig die Anschaffung neuer, für die Textilindustrie wichtiger Maschinen und Apparate. Sämtliche Räume der Anstalt sind aber schon so stark belegt, daß weitere Maschinen oder Apparate, namentlich die im vergangenen Jahre angekauften Garnprüfungsapparate nicht mehr zweckmäßig aufgestellt werden können. Die Erweiterung des Schedbaues der Anstalt ist deshalb dringend notwendig. Die Kosten sind auf 11,300 ℳ veranschlagt.

Mauerwerk und Plattenbelag des Domkreuzganges haben durch eindringende Feuchtigkeit stark gelitten. Kanalisation, Auswechselung verwitterter Bauteile und Ausbesserung des Verputzes und die Tünchung der Wände ist zur Erhaltung des Bauwerks notwendig; das schadhafte Dach muß umgedeckt werden. Auch soll die über dem westlichen Kreuzgangflügel gelegene Andreaskapelle und der zu ihr führende Aufgangsturm aus Fachwerk instand gesetzt werden. Die Kosten sind einschließlich der Herstellung von Glasabschlüssen beim Kapitelhausaufgang und anderer kleinerer Arbeiten im ganzen veranschlagt auf 18,800 ℳ.

Das Gebäude hat im Erdgeschoße kaum bewohnbare gewölbte Räume, die alten Kamine sind schadhaft, die Treppen steil und gefährlich, die Aborte schlecht und unhygienisch. Die Mißstände sollen durch einen Umbau beseitigt werden, der ohne Hand- und Spanndienste 11,300 ℳ kosten wird.

Am Kirchenschiff und am Turm muß der Verputz und die Tünchung erneuert werden, das Kirchenschiffdach ist neu einzudecken und die Wasserableitung zu verbessern. Kosten ohne Hand- und Spanndienste 6,700 ℳ.

Das Kirchenschiff ist für die Zahl der Kirchenbesucher viel zu klein und in so schlechtem Bauzustande, daß es abgebrochen werden muß. Der alte Turm soll beim Neubau des Kirchenschiffs erhalten bleiben. Der auf den Staat treffende Teilbetrag der Baukosten beziffert voranschlagsgemäß 24,400 ℳ.

Das alte Schul- und Kantoratsgebäude ist unzureichend und infolge von Feuchtigkeit und Schwammbildung ungesund. Das zum Ersatz notwendige neue Gebäude soll auf einem anderen Bauplatze in der Nähe des alten Hauses und der Stadtkirche errichtet werden. Abzüglich der Hand- und Spanndienste und eines aus dem Verkaufe des alten Gebäudes sich ergebenden Betrags ist die auf den Staat treffende Baukostensumme auf 53,000 ℳ veranschlagt.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamt-kostenbedarf	Jahresvor-anschlag für 1912 und 1913
				M	M
				VI. Mittel-	
1	Erlangen	Chemisches-technisches Institut der Universität Erlangen. Neubau.	—	90,000 (erster Teilbetrag eines Aversalzuschusses an die Universität Erlangen)	45,000
2	Erlangen	Botanisches Institut. Erneuerung des Heizkessels.	—	3,400 (als Aversalzuschuß an die Universität Erlangen)	1,700
3	Nürnberg	K. Realgymnasium. Erweiterung der Turnhalle.	Staatseigentum	9,000	4,500
			Seite	102,400	51,200

Erläuterungen

franken.

In den Kreisen der chemischen Industrie wird darüber geklagt, daß die jungen von Universitäten in die Industrie kommenden Chemiker die für ihren Beruf erforderliche Unterweisung in der technischen Chemie vielfach vermissen lassen. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurde angeregt, an den Universitäten und zwar namentlich an solchen, die fernab von einer technischen Hochschule in einem industriereichen Gebiete liegen, Einrichtungen für die technische Ausbildung der Chemiestudierenden zu treffen, da gerade dort das Bedürfnis hiefür besonders stark hervortrete und zugleich die Einführung in die Praxis wesentlich erleichtert sei. Zu diesem Zwecke wird von der Universität Erlangen, auf die diese Verhältnisse ganz besonders zutreffen, und die auch über eine geeignete Lehrkraft zur Vertretung des Faches der technischen Chemie verfügt, schon seit längerem die Errichtung eines chemisch-technischen Institutes betrieben. Das Projekt ist in der Kammer der Abgeordneten schon wiederholt, zuletzt in der Sitzung vom 19. Mai 1910 (Stenogr. Ber. d. K. d. Abg. 1910 Bd. XI S. 101 f.) erörtert und unterstützt worden.

Nach den ausgearbeiteten Plänen und Kostenanschlägen würde die Herstellung eines chemischen Institutes in Erlangen mit den notwendigen Unterrichts- und Arbeitsräumen einen Bauaufwand von 187,000 ℳ erfordern, der infolge der von der Obersten Baubehörde angeregten Abänderungen der Dachkonstruktionen vielleicht noch eine mäßige Erhöhung erfahren wird. Die Universität stellt für das Institutsgebäude einen ihr gehörenden Bauplatz bei dem chemischen Institut unentgeltlich zur Verfügung. Verschiedene Großindustrielle haben in dankenswerter Weise durch freiwillige Spenden die Aufbringung des Bedarfes für die innere Einrichtung des neuen Institutes sichergestellt.

Zur Deckung der eigentlichen Baukosten soll der Universität Erlangen, die zu deren Bestreitung aus eigenen Mitteln nicht imstande ist, ein dem Bedarf entsprechender Betrag als Aversalzuschuß gewährt werden. Hievon wären in der Finanzperiode 1912 und 1913 als erster Teilbetrag 90,000 ℳ, d. i. ungefähr die Hälfte der Gesamtsumme, bereitzustellen.

Da Gefahr besteht, daß der seit 1892 im Betrieb stehende Heizkessel für die bisher nur in einem Teile des botanischen Institutes der Universität Erlangen eingerichtete Warmwasserheizung demnächst betriebsunbrauchbar wird, und da infolge seiner Konstruktion eine Instandsetzung nicht tunlich ist, soll er durch einen neuen größeren Heizkessel ersetzt werden. Hiedurch wird auch der Anschluß des noch mit Ofenheizung versehenen Hörsaales an die Zentralheizung möglich.

Zur Deckung des auf 3,400 ℳ veranschlagten Bedarfes, zu dessen Bestreitung aus eigenen Mitteln die Universität Erlangen nicht imstande ist, soll dieser ein Aversalzuschuß im gleichen Betrage gewährt werden.

Die im Gebäude des Realgymnasiums gelegene Turnhalle ist im Verhältnis zu den starken Klassen der Anstalt zu klein. Für die oft bis zu 50 Schüler zählenden Abteilungen steht nur ein Raum von etwa 110 qm Fläche zur Verfügung. Die Turnhalle soll deshalb durch Heranziehung anstoßender Räume — nämlich von Geräte- und Kohlenkammern im Erdgeschoß und einem Musikzimmer im Obergeschoß — vergrößert werden. Durch einen Anbau soll ein Zimmer für den Turnlehrer und ein Raum zur Aufbewahrung der Turngeräte gewonnen werden. Für die Holz- und Kohlenvorräte wird ein Schuppen im Hofe errichtet. Das Musikzimmer soll in das Gebäude des alten Gymnasiums verlegt werden. Die gesamten Kosten einschließlich von Arbeiten zur Verbesserung der Beleuchtung des Turnsaales sind veranschlagt auf 9000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			Übertrag	102,400	51,200
4	Solnhofen, Bezirkamt Weißenburg i/B.	Protestantische Schule. Neubau eines Schulsaalgebäudes.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	56,000	28,000
5	Seukendorf, Bezirksamt Fürth.	Protestantische Schule. Schulhausneubau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von den zum Schulsprengel vereinigten Gemeinden zu leisten sind.	42,500	21,250
6	Pollenfeld, Bezirksamt Eichstätt.	Katholische Pfarrkirche. Erweiterung.	Der Staat trägt die unbedingte Baupflicht mit Ausschluß der von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste.	44,000	22,000
7	Ellingen, Bezirksamt Weißenburg i/B.	Katholische Pfarrkirche und Mariahilfkapelle. Instandsetzung.	Die unbedingte und ausschließliche Baulast trifft denn Staat.	12,000	6,000
8	Spalt, Bezirksamt Schwabach.	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Der Staat ist zu einem Drittel unbedingt, zu zwei Drittel subsidiär baupflichtig mit Einschluß der Hand- und Spanndienste. Die zu zwei Drittel primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig.	10,200	5,100
9	Ammelbruch, Bezirksamt Dinkelsbühl.	Protestantisches Pfarrhaus. Instandsetzung und Herstellung eines Nebengebäudes.	Der Staat trägt die unbedingte Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	14,500	7,250
10	Auernheim, Bezirksamt Gunzenhausen	Protestantisches Pfarrhaus. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast mit Ausnahme der von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	7,440	3,720
			Seite	289,040	144,520

Erläuterungen

Die vorhandenen beiden Schulgebäude in Solnhofen sind vollständig unzureichend. Es mußte wegen ihrer Überfüllung bereits Raum in einem Privathause gemietet werden. Um den Übelständen abzuhelfen und für die stets zunehmende Schülerzahl genügenden Raum zu schaffen, soll ein Schulsaalgebäude mit vier Schulsälen, einem Lehrerzimmer und den erforderlichen Nebenräumen auf einem von der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellten Bauplatze erbaut werden. Die Kosten betragen voranschlagsgemäß 56,000 ℳ einschließlich der Hand- und Spanndienste, die auch dem Staate zur Last fallen.

Das alte Schul- und Lehrerwohnhaus in Seukendorf, das nur ein Schulzimmer hat, ist viel zu klein und in ganz schlechtem Bauzustand. Ein Neubau mit zwei Lehrzimmern und den erforderlichen Wohnräumen für den Lehrer und einen Hilfslehrer ist unabweisbar notwendig. Das neue Schulhaus soll auf einem von der Gemeinde angekauften, günstig gelegenen Bauplatze erbaut werden. Die Baukosten sind ohne die von der Schulgemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste auf 41,000 ℳ veranschlagt. Zum Ankauf des Bauplatzes soll der Gemeinde noch ein freiwilliger Zuschuß von 1500 ℳ gewährt werden, so daß der auf den Staat treffende Gesamtaufwand für den Schulhausbau 42,500 ℳ betragen wird.

Die Kirche zu Pollenfeld bietet, Sitz- und Stehplätze zusammengerechnet, nur für rund 460 Personen Platz, während die Zahl der Kirchenbesucher etwa 650 beträgt. Zur Verhütung von Sicherheitsgefährdungen infolge der Überfüllung ist eine Erweiterung der Kirche dringend geboten. Das Kirchenschiff soll deshalb gegen Westen um rund 10 m verlängert werden. Zugleich sollen zwei neue Emporeaufgänge angebaut und der Dachstuhl und der Triumphbogen zur Verbesserung der inneren Raumverhältnisse der Kirche etwas gehoben werden. Die Baukosten betragen ohne Hand- und Spanndienste und ohne die von der Kirchengemeinde übernommenen Grunderwerbungskosten im ganzen 44,000 ℳ.

Die schöne, zu Anfang des 18. Jahrhunderts von den Deutschherrn-Ordensrittern errichtete Kirche zu Ellingen bedarf wie die zugehörige Mariahilfkapelle und die Umfriedungsmauer einer durchgreifenden Instandsetzung. Das Mauerwerk, Skulpturen und Architekturteile aus Sandstein, stuckierte Decken usw. müssen ausgebessert, die Kirchhoftore erneuert werden usf. Gesamtkosten 12,000 ℳ.

Der schadhafte Verputz der Kirchenwände soll beseitigt und das schöne Mauerwerk aus Sandsteinquadern außen freigelegt werden. Die Kirchendachungen müssen ausgebessert und zum Teil erneuert werden. Die Kosten sind im ganzen auf 10,200 ℳ veranschlagt.

Die schadhaften Fundamente des Pfarrhauses müssen unterfangen, die Mauern und Decken ausgebessert, die Dachungen, Abfallrohre, Simse usw. erneuert werden. Stall, Holzlege und Waschküche sind baufällig und müssen abgebrochen werden. Dafür soll ein neues Nebengebäude errichtet werden. Die Kosten werden voranschlagsmäßig im ganzen 14,500 ℳ betragen.

Das Mauerwerk des Pfarrhofs muß zu seiner Erhaltung entfeuchtet und ein Sickergraben um das Gebäude angelegt werden. Schadhafte Fundamentteile und die Abortgrube müssen erneuert, Kamine, Fenster und Läden ausgewechselt, das Dach und ein Zaun ausgebessert werden. Kosten ohne die von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste 7440 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M	M
			Übertrag	289,040	144,520
11	Burk, Bezirksamt Dinkelsbühl	Protestantisches Pfarrhaus. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	17,000	8,500
12	Markt Erlbach, Bezirksamt Neustadt a/A.	Protestantisches Pfarrhaus. Instandsetzung und Umbau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast trägt der Staat mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	17,000	8,500
13	Westheim, Bezirksamt Uffenheim	Protestantisches Pfarrhaus. Instandsetzung.	Der Staat trägt die unbedingte Baulast mit Ausschluß der von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste.	9,830	4,915
14	Wassertrüdingen, Bezirksamt Dinkelsbühl.	Protestantische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trägt der Staat.	18,000	9,000
15	Feuchtwangen.	Protestantische Stiftskirche. Erneuerung des südlichen Turms, Instandsetzung der übrigen Teile, Verbesserung der Raumverhältnisse.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig; der Staat trägt die subsidiäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste. Die von der Kirchengemeinde beanspruchte Verpflichtung, bei Unzulänglichkeit der bisherigen Kirche dem Platzmangel durch Erweiterung oder Neubau abzuhelfen, wird vom Staate abgelehnt.	242,000	121,000
16	Dietersdorf, Bezirksamt Schwabach.	Protestantische Pfarrkirche. Neubau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baupflicht. Die Kirchengemeinde leistet die Hand- und Spanndienste.	131,760	65,880
17	Schornweisach, Bezirksamt Neustadt a. A.	Protestantisches Pfarrhaus. Wiederaufbau.	Die Baukosten treffen den Staat auf Grund bestehender Baupflichtverhältnisse.	40,000	20,000
			Summe VI	764,630	382,315

Erläuterungen

Die ungenügenden Fundamente des Pfarrhauses und der Scheune müssen ergänzt und die durch die mangelhafte Fundierung entstandenen Risse im Mauerwerk beseitigt werden. Dabei sollen die Mauern innen und außen vollständig in Stand gesetzt, sowie Decken, Wände und Fußböden ausgebessert werden. Die baufällige Holzlege soll durch eine neue ersetzt werden. Die Kosten sind im ganzen veranschlagt auf 17,000 ℳ.

Der schlechte Bauzustand des Pfarrhauses macht eine durchgreifende Instandsetzung notwendig. Dabei sollen die ungenügenden und teilweise feuchten Wohnräume durch einen Umbau im Innern verbessert, die feuergefährlichen deutschen Kamine beseitigt, die Dachungen ausgebessert, Stiegen, Fenster, Läden und Fußböden ausgewechselt werden usf. Die Kosten werden ohne die von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste 17,000 ℳ betragen.

Der schadhafte Verputz der Außenwände des Pfarrhauses muß beseitigt und das Fachmauerwerk ausgebessert werden. Die Dächer sind teilweise umzudecken, Fenster, Läden, Türen, Fußböden und Öfen auszubessern usw. Kosten ohne Hand- und Spanndienste 9830 ℳ.

Die Kirche bedarf notwendig einer durchgreifenden Instandsetzung. Die Mauern müssen entfeuchtet und mit Isolierschichten durchzogen, sowie innen und außen neu verputzt und getüncht werden. Wände, Decken, Türen, Fenster und Fußbodenbelage sind teils zu erneuern teils auszubessern. Am Turm müßen Verschlauderungen angebracht und die verwitterten Mauerteile und Gesimse ausgewechselt werden. Die Kosten sind im ganzen auf 18,000 ℳ veranschlagt.

Der Bauzustand der Kirche ist sicherheitsbedenklich für Besucher und Passanten. Der durch einen Vertikalriß gespaltene und aus dem Lot gewichene Südturm muß umgelegt und nach sorgfältiger Fundierung neu aufgeführt werden; der gleichfalls überhängende Nordturm bedarf der Unterfangung, Sicherung und grundfesten Instandsetzung. Der nach Westen verschobene, vielfach zusammengestückte und gestützte Dachstuhl muß erneuert, die stark ausgebauchte Südwand des Hauptschiffes neu aufgeführt, alle übrigen Bauteile müssen gründlich restauriert werden. Gleichzeitig soll die Zahl der Sitzpläze in der Kirche durch Einbau einer 2. Empore und veränderte Raumeinteilung ohne Änderung der Grundform und ohne erheblichen Mehraufwand von rund 1500 auf 2000 gebracht und hiedurch der seit Jahren vorhandene Platzmangel ohne Erweiterung oder Umbau der Kirche behoben werden.

Der schlechte Bauzustand der alten Kirche zu Dietersdorf wird seit Jahren beanstandet. Die Kirche mit nur 296 Sitzplätzen ist für die Kirchengemeinde mit 1500 Seelen zu klein; die obere Empore ist wegen Baufälligkeit polizeilich abgesperrt, die untere Empore muß abgestützt werden. Erweiterung der Kirche am alten Platze ist ausgeschlossen. Ein Neubau ist dringendes Bedürfnis. Die Kirchengemeinde hat einen geeigneten Bauplatz bereits erworben. Das Neubauprojekt sieht 660 Plätze vor.

Das protestantische Pfarrhaus in Schornweisach ist am 31. Mai 1911 vom Blitz getroffen worden und bis auf die Erdgeschoßmauern abgebrannt. Die auf den Staat treffenden Kosten der Herstellung eines Ersatzbaues werden auf den Betrag von 40,000 ℳ geschätzt, der vorsorglich hier eingesetzt wurde. Ein Projekt liegt noch nicht vor.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
			VII. Unterfranken		
1	Würzburg.	Mineralogisch-geologisches Institut der Universität Würzburg. Verlegung der Straße an der Südseite des Institutes.	--	9 400 (als Aversalzuschuß an die Universität Würzburg.)	4,700
2	Würzburg.	Katholische Pfarrkirche. Stift Haug. Instandsetzung.	Das Kirchengebäude steht im Eigentum des Staates, der die unbedingte Baulast trägt.	22,000	11,000
3	Schwanfeld, Bezirksamt Schweinfurt.	Katholischer Pfarrhof. Neubau des Wohngebäudes.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Ausschluß der von der Gemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	18,100	9,050
			Summe VII	49,500	24,750
			VIII. Schwaben		
1	Augsburg	Realgymnasium. Augsburg, Erwerb eines Anwesens zu Erweiterungszwecken.	Staatseigentum.	20,000	10,000
2	Irsee, Bezirksamt Kaufbeuren	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Der Staat hat die ausschließliche unbedingte Baulast.	21,500	10,750
3	Oberrelchingen Bezirksamt Neu-Ulm	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	21,000	10,500
			Summe VIII	62,500	31,250

Erläuterungen

und Aschaffenburg.

Das mineralogisch-geologische Institut der Universität Würzburg ist an der Südseite, seiner Hauptfront, von der vorbeiführenden Fahrstraße nur durch einen sehr schmalen Vorgarten getrennt. Die große Nähe der Straße hat das Eindringen von Staub in die Sammlungsräume und Störungen des Unterrichtsbetriebs im Hörsaale durch den Straßenlärm zur nachteiligen Folge. Da zurzeit auf dem von der Universität erworbenen, dem Institute an der anderen Straßenseite gegenüberliegenden Grundstücke der Neubau des zahnärztlichen Institutes aufgeführt wird, ist eine günstige Gelegenheit zur Verlegung der Straße unter Abrückung vom Institutsgebäude und unter entsprechender Verbreiterung des Vorgartens gegeben.

Der zu diesem Zwecke erforderliche Betrag von 9400 ℳ, den die Universität Würzburg aus eigenen Mitteln nicht bereitstellen kann, soll ihr als Aversalzuschuß zur Durchführung der Bauvornahme gewährt werden.

Die Fassaden der Kirche sind stark verwittert. Stücke von Hausteinquadern und vom Verputz sind schon abgestürzt. Weitere Abstürze drohen. Die aus Gründen der Verkehrssicherheit und zur Erhaltung des künstlerisch wertvollen Bauwerks zunächst gebotenen Auswechslungsarbeiten und sonstiger Maßnahmen erfordern einen Kostenaufwand von 22,000 ℳ.

Das alte Wohngebäude des Pfarrhofs ist zu klein, in schlechtem Bauzustand und unwohnlich. Eine Besserung kann nur durch einen Neubau bewirkt werden, der an der alten Baustelle des Pfarrhofs unter angemessener Vergrößerung der überbauten Fläche ausgeführt werden soll. Die Kosten sind nach Abrechnung der Hand- und Spannndienstleistungen die die Gemeinde übernommen hat, auf 18,100 ℳ veranschlagt.

und Neuburg.

Für das Realgymnasium Augsburg reichen die im Hauptgebäude vorhandenen Räumlichkeiten schon seit längerer Zeit nicht mehr aus. Es mußten deshalb von der katholischen Kirchenverwaltung St. Georg Räume im ehemaligen Augustinerkloster hinzugemietet werden. Wenn auch diese Räume als Notbehelf nicht zu beanstanden sind, so können sie doch auf die Dauer nicht genügen. Außerdem bringt die weite Entfernung der Filiale vom Hauptgebäude, dann der Mangel einer eigenen Turnhalle eine Reihe von Mißständen mit sich, so daß sich eine Erweiterung des gegenwärtigen Anstaltsgebäudes auf die Länge der Zeit nicht umgehen läßt. Zu diesem Zweck wurde aus den Mitteln der allgemeinen Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben im Jahre 1911 das Anwesen Haus Nr. 155—157 F am Katzenstadel erworben, da die Gefahr bestand, daß dieses Anwesen sonst in andere Hände übergehen und dann nicht oder nur mehr zu einem wesentlich höheren Preis, als um den es gekauft wurde, zu erwerben sein werde. Es erscheint dringend wünschenswert, zum Zwecke der Gewinnung eines gut arrondierten Bauplatzes auch das Nachbaranwesen Haus Nr. 153 F am Katzenstadel, das mit dem Anwesen Haus Nr. 156 zusammengebaut ist, für den Staat zu erwerben. Mit der ausgesetzten Summe wird das Anwesen voraussichtlich erworben werden können. Der Erweiterungsbau selbst, der auf rund 410,000 ℳ veranschlagt ist, wird wegen der ungünstigen Finanzlage für diese Budgetperiode noch zurückgestellt.

Der schadhafte, an vielen Stellen abgefallene Verputz der Außenwände der Kirche muß erneuert, die verwitterten Gesimse und Abdeckungen müssen ausgebessert werden. Der südliche Turm bedarf eines neuen Blechdaches. Weiter soll die Kirche zum besseren Schutze von der angebauten Pflegeanstalt durch eine neue Feuermauer getrennt werden. Die gesamten Kosten sind auf 21,500 ℳ veranschlagt.

Die schöne, architektonisch bedeutende Kirche bedarf nach dem Gutachten des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns zu ihrer ungeschädigten Erhaltung einer durchgreifenden Instandsetzung. Die Außenwände sind neu zu verputzen, die Kirchenfenster und das Chorpflaster zu erneuern, die Dachrinnen auszubessern und zu ergänzen usw. Gesamtkosten 21,000 ℳ.

Vortrag	Gesamtbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	ℳ	ℳ
IX. Ablösung der Baupflicht des Staates an Kultusgebäuden.		
Gemäß Abschnitt III § 7 Ziffer 3 des Allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 28. Mai 1852 wurden auch in den Jahren 1910 und 1911 Verhandlungen über die Ablösung von Bauverpflichtungen des Staates an Kultusgebäuden gepflogen. Diese haben für die nachstehenden Bauten zu Vereinbarungen geführt, denen zufolge die beigesetzten Ablösungssummen zu leisten sind. In jenen Fällen, in denen eine Verzinsung der Ablösungskapitalien bis zum Auszahlungstage ausbedungen worden ist, sind die treffenden Zinserfordernisse den Ablösungsbeträgen beigerechnet worden.		
Oberpfalz.		
Floß, katholisches Pfarrgebäude	27,000	13,500
Oberfranken.		
Thiersheim, protestantisches Schul- und Kantoratshaus und Mädchenschulhaus	54,000	27,250
Mittelfranken.		
Dollnstein, protestantische Kultusgebäude	69,500	34,750
Mögeldorf, protestantisches Schul- und Mesnerhaus	60,000	30,000
Roßstall, protestantische Schul- und Kirchendienergebäude	142,300	71,150
Zirndorf, protestantische Schul- und Kirchendienergebäude	125,000	62,500
Schwaben und Neuburg.		
Reutin, protestantisches Schulhaus	26,000	13,000
Summe IX	504,300	252,150

Vortrag	Gesamt-kostenbedarf	Jahresvor-anschlag für 1912 und 1913
	M	M
X. Reserve.		
Konkurrenz- und Reservefonds.		
Aus dem Konkurrenz- und Reservefonds sollen etwaige unvermeidbare Kostenüberschreitungen bei den voraufgeführten Neubauten bestritten, dann die Pflichtbeitragsleistungen des Staates bei Kultusbauten sowie die auf Grund richterlicher Entscheidungen und administrativer Bauprovisorien einzuzahlenden Beträge gedeckt werden.		
Hiefür werden nach Maßgabe des erfahrungsmäßigen Bedarfs in den letzten Jahren und der steigenden Anforderungen in Ansatz gebracht	167,280	83,640
Hiezu Summe IX	504,300	252,150
" VIII	62,500	31,250
" VII	49,500	24,750
" VI	764,630	382,315
" V	147,000	73,500
" IV	258,100	129,050
" III	127,100	63,550
" II	318,850	159,425
" I	831,700	415,850
Hauptsumme	3'230,960	1'615,480

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Erläuterungen.

Kap.	§	Tit.	

Ziffer II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung.

Kap. 1 — **Landes-Universitäten.**

§ 2 — **Besondere Staatszuschüsse.**

Tit. 1 — **a. Universität München.**

Für jedes Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 sind an fortdauernden Ausgaben bewilligt . . . . 1'799,654 ℳ.

Hiezu kommen:

a. Die Ergänzungen der neuen Willigungen in der vorigen Finanzperiode auf die vollen Jahresbeträge (darunter 36,666 ℳ für den Betrieb im neuen Poliklinikgebäude) zu . . . . 44,189 ℳ,

b. die Mehrungen an Dienstalterszulagen mit . . . . 32,610 ℳ,

c. die im Laufe der Jahre 1910 und 1911 auf die allgemeine Position „für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen" übernommenen Beträge und zwar:

für eine Professur in der theologischen Fakultät . . . . 1,200 ℳ,
für eine Ersatzprofessur in der juristischen Fakultät . . . 3,600 ℳ,
für einen Professor in der staatswirtschaftlichen Fakultät . 2,286 ℳ,
für drei Professoren in der medizinischen Fakultät (3000 ℳ + 636 ℳ + 1388 ℳ) . . . . 5,024 ℳ,
für drei Professoren in der philosophischen Fakultät (3428 ℳ + 3000 ℳ + 1815 ℳ) . . . . 8,243 ℳ.

Summe des Mehrbedarfs: 97,152 ℳ.

Davon gehen ab die heimgefallenen Ersatzprofessuren und zwar:

eine Ersatzprofessur in der theologischen Fakultät mit . . . . 6,000 ℳ,
eine Ersatzprofessur in der gleichen Fakultät mit . . . . . . 4,560 ℳ,
eine Ersatzprofessur in der medizinischen Fakultät mit . . . . 1,680 ℳ,
an Witwenpensionen . . . . 446 ℳ,
die Gilt für das auf dem Gebäude der alten Augenklinik lastende Ewiggeldkapital des Allgemeinen Deutschen Schulfonds von Oberbayern zu 17,000 fl. = 29,142 ℳ 86 ₰, da dieses Gebäude nunmehr der Finanzverwaltung zur Benützung überlassen ist und hienach die Gilt auf den Etat der Finanzverwaltung übernommen wird . . . . 1,166 ℳ.

Summe des Minderbedarfs: 13,852 ℳ.

sohin Mehrbedarf: 83,300 ℳ.

Es gehen somit als Staatszuschuß aus der Finanzperiode 1910 und 1911 auf die Finanzperiode 1912 und 1913 über . . . . 1'882,954 ℳ.

Kap.	§	Tit.			
1	2	1a	Der seit der Finanzperiode 1880 und 1881 zur Erhöhung des Bauunterhaltungsetats auf die Dauer der Annuitätenzahlungen für die Bauschulden der Universität bewilligte Staatszuschuß von jährlich 7,000 ℳ, der der Universität seit dem Jahre 1904 als Beihilfe zur Bauunterhaltung in widerruflicher Weise belassen ist, wird nunmehr wegen Fortdauer des Bedürfnisses in ständiger Weise zu bewilligen sein. Die seitherige Willigung zu jährlich 57,880 ℳ zum Ersatze des durch den Erweiterungsbau der Universität eingetretenen Rentenentganges und zur Ergänzung des aufgewendeten Kapitals kommt erst nach Beendigung der Kapitalsergänzung in Wegfall (wie auch im Budget bemerkt).		
			An Neu- und Mehrforderungen sind anzusetzen:	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
			I. Für persönliche Zwecke.	ℳ	ℳ
			1. Errichtung einer ordentlichen Professur für Pädagogik nach Klasse 7 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 6000 ℳ ab 1. April 1913; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	2,250	—
			Die Frage der Errichtung besonderer Pädagogikprofessuren an den Landesuniversitäten hat den Landtag schon wiederholt, zuletzt im Jahre 1910 beschäftigt (vgl. Stenogr. Ber. d. K. d. Abg. 1910 Bd. XI S. 106 f., u. Verh. d. K. d. Reichsräte 1910, Stenogr. Ber. II. Bd. S. 379 f.). Die bei beiden Kammern eingereichte Petition der Ortsgruppe München des deutschen Hochschullehrertages ist der Staatsregierung von der Kammer der Abgeordneten, soweit sie die Errichtung eigener Pädagogikprofessuren zum Gegenstande hatte, zur Würdigung, von der Kammer der Reichsräte zur Kenntnisnahme hinübergegeben worden. Auf neuerliche Einvernahme haben sich die Universitäten München und Erlangen vorbehaltlos für die Schaffung besonderer Pädagogikprofessuren, namentlich im Hinblick auf die Bedürfnisse der Lehrerbildner ausgesprochen; der Senat und die philosophische Fakultät der Universität Würzburg haben die Errichtung einer Pädagogikprofessur an dieser Hochschule zwar als wünschenswert bezeichnet, ein dringendes Bedürfnis für diese Maßnahme aber verneint. Zunächst dürfte die Errichtung einer ordentlichen Professur für Pädagogik an der Universität München in Aussicht zu nehmen sein. Da die Besetzung der Professur längere Verhandlungen beanspruchen wird, genügt es, den Bedarf für die neue Lehrstelle vom Beginne des Sommersemesters 1913 an vorzusehen.		
			2. Errichtung einer — dritten — ständigen ordentlichen Professur für Mathematik nach Klasse 7 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 6000 ℳ; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode nach Abrechnung des Jahresbezugs des seitherigen Inhabers der Lehrstelle zu 5100 ℳ:	900	—
			Im Jahre 1886 wurden anstatt eines von der Unterrichtsverwaltung unter Hinweis auf das Bedürfnis des mathematischen Unterrichts beantragten ständigen Extraordinariats für Mathematik vom Landtage nur die Mittel für eine außerordentliche Professur „extra statum“ bewilligt, wobei für den Fall der Erledigung der Stelle neuerliche Würdigung des Bedürfnisses vorbehalten blieb (Sten. Ber. d. d. K. d. Abg. 1886 Bd. V S. 346 f.). Die Bedeutung der Mathematik an sich und als Hilfswissenschaft für andere Fächer und damit auch die Zahl der Studierenden der Mathematik und der Hörer der mathematischen Vorlesungen ist seitdem in ganz Deutschland außerordentlich gewachsen. Im Wintersemester 1908/09 betrug die Zahl der Studierenden der Mathematik an der Universität München 287 gegen 110 im Wintersemester 1893/94. Da die Professur hienach zweifellos einem dauernden unterrichtlichen Bedürfnis entspricht, muß für ihre ständige Erhaltung Sorge getragen werden, damit nicht etwa beim Rücktritte des jetzigen Inhabers des Lehrstuhles, der ihn schon seit 25 Jahren einnimmt und seit mehreren Jahren mit dem Titel und Rang und den akademischen Rechten eines Ordinarius ausgestattet ist, die im Interesse		
			Seite	3,150	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben ℳ	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben ℳ
1	2	1a	Übertrag	3,150	—
			der Ausbildung der Studierenden der Mathematik unentbehrliche, nur extra statum dotierte Lehrstelle heimfällt und so die Beschaffung des unbedingt gebotenen Ersatzes möglicherweise auf längere Zeit untunlich ist. Infolge der vollständigen Umgestaltung der Verhältnisse bezüglich des mathematischen Studiums ist namentlich auch im Vergleiche mit den Einrichtungen bei anderen, sogar kleineren Universitäten, die, wie z. B. Leipzig und Göttingen je 4 ordentliche Professuren für Mathematik aufweisen, die Errichtung eines Ordinariates an Stelle des unständigen Extraordinariates angezeigt, um für den Erledigungsfall die Gewinnung einer den großen Anforderungen der Lehrstelle entsprechenden, hervorragenden Kraft zu sichern.		
			3. Errichtung einer außerordentlichen Professur für den Leiter der gynäkologischen Poliklinik mit einem jährlichen Gehalte von 3600 ℳ nach Klasse 11 der Gehaltsordnung ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	2,400	—
			Durch die angeregte Organisation würde die mit dem Neubau des Poliklinikgebäudes zusammenhängende Ausgestaltung des poliklinischen Unterrichtes an der Universität München abgeschlossen werden. Während nunmehr die Vorstände der sämtlichen übrigen im neuen Poliklinikgebäude untergebrachten Polikliniken etatsmäßige außerordentliche Professoren sind, wird allein die gynäkologische Poliklinik seit mehr als 10 Jahren von einem mit Titel und Rang eines a. o. Professors ausgestatteten Dozenten ohne jedes Entgelt versehen. Dieselben Gründe, die bei den übrigen Polikliniken zur Schaffung etatsmäßiger Lehrstellen geführt haben, dürften die Errichtung einer solchen auch bei der gynäkologischen Poliklinik als angemessen und angezeigt erscheinen lassen, zumal da diese hinsichtlich der Wichtigkeit und des Umfangs der Dienstesaufgabe und der Bedeutung für die Unterweisung der Studierenden und für die Krankenfürsorge auf gleicher Stufe mit den anderen Polikliniken steht.		
			4. Errichtung einer etatsmäßigen Stelle für den Leiter der technischen Abteilung des zahnärztlichen Instituts nach Klasse 12 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 3000 ℳ; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode nach Abrechnung des seitherigen Funktionsbezugs zu 2000 ℳ . .	1,000	—
			Von den Leitern der 3. Abteilung des zahnärzlichen Instituts sind zwei als etatsmäßige außerordentliche Professoren angestellt; die Leitung der technischen Abteilung wird von einem Fachmanne funktionsweise besorgt, der schon seit der Errichtung des Instituts im Jahre 1900 mit bestem Erfolg in dieser Stellung wirkt. Die Bedeutung der technischen Abteilung für Ausbildung der künftigen Zahnärzte und die mit der Leitung verbundene Verantwortlichkeit rechtfertigen die Schaffung einer etatsmäßigen Stelle für den Abteilungsleiter.		
			5. Errichtung der Stelle eines Kanzleisekretärs bei der Universitäts-Kinderklinik nach Klasse 17 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 1800 ℳ ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			In der Universitätskinderklinik, die nach ihrer Erweiterung über 150 Krankenbetten in 7 verschiedenen Abteilungen, eine Poliklinik und eine öffentliche Milchküche und Säuglingsfürsorgestelle umfaßt, obliegen die bei dem ausgedehnten Betriebe sehr umfassenden Verwaltungsgeschäfte bisher dem Klinik-Vorstande, der hiedurch seiner ärztlichen und wissenschaftlichen Aufgabe vielfach entzogen wird. Zur Entlastung des Vorstandes soll für die Besorgung der Korrespondenzen und Rechnungsangelegenheiten, dann für die Beitreibung der Verpflegskosten, die Wahrnehmung der hauswirtschaftlichen Bedürfnisse usf. in der Person eines Kanzleisekretärs eine eigene Kraft aufgestellt werden.		
			Seite	7,750	—

Kap	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1a	Übertrag	7,750	—
			6. Errichtung von zwei etatsmäßigen Dienerstellen mit einem jährlichen Gehalte von je 1500 M nach Klasse 25 der Gehaltsordnung und zwar je einer		
			a. bei dem neu errichteten Institute für gerichtliche Medizin; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode . . . . (s. unten II Ziff. 2)	1,500	—
			b. bei der Universitätsbibliothek ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,000	—
			Die bei der Universitätsbibliothek vorhandenen 6 Diener reichen zur Bewältigung der ständig wachsenden Arbeiten nicht aus.		
			7. Errichtung von 7 nicht etatsmäßigen Assistentenstellen mit einem Bezuge von jährlich je 18 000 M und zwar je einer:		
			a. beim pathologischen Institute ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Das pathologische Institut, in dem allein jährlich über 1200 Obduktionen auszuführen sind, verfügt bisher nur über 3 Assistenten. Ein weiterer Assistent ist namentlich für die neu eingerichtete chemische Abteilung notwendig.		
			b. bei der II. gynäkologischen Klinik ab 1. September 1912; Bedarf für für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Bisher ist nur ein klinischer Assistent vorhanden, der für den ganzen klinischen Betrieb und für die Erledigung der bakteriologischen und mikroskopischen Arbeiten nicht ausreicht.		
			c. bei dem neuerrichteten Institute für gerichtliche Medizin; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode . . . . (s. unten II Ziff. 2)	1,800	—
			d. für die Infektionsabteilungen der Universitäts-Kinderklinik ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Die Infektionsabteilungen der Kinderklinik sind bisher mangels eines eigenen Assistenzarztes auf freiwillige Hilfskräfte angewiesen. Der Nachtdienst muß bis jetzt von Assistenten anderer Abteilungen übernommen werden. Eine solche Gemeinschaft des ärztlichen Dienstes begegnet wegen der Ansteckungsgefahr Bedenken. Es ist deshalb die Errichtung einer eigenen Assistentenstelle für die Infektionsabteilungen geboten. Auch erfordern die namentlich bei Diphtherie- und Masernerkrankungen häufig auftretenden Fälle plötzlicher Erstickungsgefahr oft und zwar zu jeder Stunde des Tages und der Nacht ein sofortiges Eingreifen von erfahrener, sachkundiger Seite.		
			e. für die chirurgische Abteilung der Universitätskinderklinik an Stelle einer bisherigen Hilfsassistentenstelle; Bedarf nach Abzug des Funktionsbezugs des Hilfsassistenten zu 1000 M jährlich	800	—
			Die chirurgische Abteilung der Kinderklinik verfügt bisher nur über einen Hilfsassistenten. Da diese Hilfskraft bei der Abwesenheit oder Verhinderung des Vorstandes dessen Vertretung zu übernehmen hat, sich mit ihm in den Jourdienst teilen und in Fällen schwerer Verletzungen selbst zur Nachtzeit verfügbar sein muß, soll dem Umfang und der Bedeutung der Dienstesaufgabe entsprechend der Abteilung eine ständige Assistentenstelle beigegeben werden.		
			Seite	16,450	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	16,450	—
			f. für das altphilologische und althistorische Seminar ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Zur Instandhaltung der umfangreichen, in zwei großen Sälen untergebrachten Seminarbibliothek, dann zur Durchführung der Katalogisierung, zur Besorgung des Verkehrs mit den Buchhändlern und Buchbindern und namentlich auch zur Führung der Aufsicht in den beiden Seminarien und zur Unterstützung der Seminar-Vorstände in der Anleitung der zahlreichen in den Seminarien arbeitenden Studierenden ist die Aufstellung eines Assistenten dringend geboten.		
			g. für das Institut für theoretische Physik ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Dem Vorstande des Instituts für theoretische Physik soll zur Unterstützung bei der Abhaltung der von zahlreichen Studierenden besuchten Übungen und bei der Vorbereitung von Versuchen ein Unterrichtsassistent beigegeben werden.		
			8. Aufstellung eines nichtetatsmäßigen Hilfsdieners für Zwecke des petrographischen Unterrichts; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	600	—
			Dem Vertreter der Petrographie steht bisher ein eigener Diener nicht zur Verfügung. Das früher aushilfsweise herangezogene Personal der mineralogischen Staatssammlung kann zur Beihilfe für Zwecke des petrographischen Unterrichts infolge sonstiger Inanspruchnahme nicht mehr verwendet werden. Es wird daher die Aufstellung eines Hilfsdieners zur Unterstützung des Vertreters der Petrographie erforderlich.		
			II. Für sachliche Bedürfnisse ꝛc.		
			1. Erteilung besoldeter Lehraufträge für forstwirtschaftliche Fächer; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	6,800	—
			Infolge der Aufhebung der forstlichen Hochschule in Aschaffenburg ist der akademisch-forstliche Unterricht an der Universität München einer Neuordnung unterzogen worden (Allerhöchste Verordnung vom 14. September 1910 — Ges. u. Verordnungsblatt S. 891 f.). Um den Studierenden der Forstwissenschaft Gelegenheit zu geben, den hienach an sie zu stellenden Anforderungen zu genügen, hat es sich als notwendig erwiesen, für sie verschiedene bisher im Lehrprogramme der staatswirtschaftlichen Fakultät nicht vorgesehene Vorlesungen, Übungen und Exkursionen einzurichten, zu deren Sicherstellung besoldete Lehraufträge an mehrere Dozenten erteilt werden mußten. Die Vergütungen für diese Lehraufträge, die sich auf „Einführung in die Forstwissenschaft, Mineralogie und Gesteinskunde, Elemente der höheren Mathematik und Grundzüge der darstellenden Geometrie, spezielle Botanik I. und II. Teil sowie forstliche Chemie beziehen, sind zunächst für die Finanzperiode 1910 und 1911 noch aus Mitteln des Forstetats bestritten worden. Von der Finanzperiode 1912 und 1913 an soll der gesammte Bedarf mit 6800 ℳ auf den Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten übernommen werden.		
			Seite	26,250	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1a	Übertrag	26,250	—
			2. Bereitstellung des sachlichen Bedarfes für den Betrieb des neu errichteten Institutes für gerichtliche Medizin; jährlicher Bedarf	3,000	—
			An der Universität München waren bisher Einrichtungen für einen ersprießlichen Unterricht und für den Betrieb selbständiger wissenschaftlicher Forschungen auf dem wichtigen Gebiete der gerichtlichen Medizin nicht getroffen. Es fehlte an einem Institute für dieses Fach, es fehlte an einer gerichtlich-medizinischen Sammlung, die für den Unterricht wie auch zur Gewinnung von Vergleichsgegenständen zum Zwecke der Erstattung von Gutachten von großer Bedeutung ist. Die früheren Vertreter des Faches, die zunächst durch ihre hauptamtliche Tätigkeit als Landgerichtsärzte in Anspruch genommen waren, mußten sich mangels des erforderlichen Anschauungs- und Lehrmaterials auf theoretische Vorlesungen beschränken. Praktische Kurse konnten überhaupt nicht stattfinden.		
			Um diesen offenbaren Mängeln abzuhelfen, wurden bei der letzten Erledigung der mit der Stelle des Landgerichtsarztes bei dem K. Landgericht München I verbundenen Professur die unterrichtlichen Einrichtungen für gerichtliche Medizin gründlich umgestaltet. Ein hervorragender Fachgelehrter für die erledigte Stelle konnte nur gegen die Zusicherung gewonnen werden, daß sofort ein eigenes Institut für gerichtliche Medizin eingerichtet und daß entsprechende Entlastung im landgerichtsärztlichen Dienst eintreten werde. Das neue Institut für gerichtliche Medizin wurde in Räumen der alten Anatomie untergebracht. Der persönliche und sachliche Institutsbedarf konnte zunächst bis zur Bereitstellung budgetmäßiger Mittel aus Universitätsfonds gedeckt werden. An Hilfskräften wurde dem Institut ein Assistent und ein Diener beigegeben (s. oben I Ziff. 5a und Ziff. 6c); für sachliche Betriebserfordernisse ist ein Realetat von jährlich 3000 M erforderlich. Da die dauernde Aufbringung des Aufwandes für das Institut die Leistungsfähigkeit der Universitätsfonds übersteigen würde, dürfte der notwendige Bedarf nunmehr im Weg eines Staatszuschusses bereitgestellt werden.		
			3. Erhöhung des Staatszuschusses:		
			a. zum Betriebsetat der anatomischen Anstalt um jährlich . . . . . . zur Deckung des Mehrbedarfs, der sich namentlich für die große Aufwendungen erfordernde Reinigung des Anstaltsgebäudes und der Anstaltswäsche, dann für Instandhaltung und Ergänzung der Instrumente, Apparate und Bibliothekbestände und vor allem für die immer schwieriger und kostspieliger sich gestaltende Leichenbeschaffung sich ergibt;	7,000	—
			b. zum Betriebsetat des histologisch-embryologischen Institutes um jährlich zur Bestreitung der sich steigernden Aufwendungen für Taglöhne und Materialien zur Reinigung des Instituts, ferner für Nachschaffungen von Werkzeugen, Wäsche und Einrichtungsgegenständen und insbesondere für die infolge des erweiterten Arbeitsbetriebes sich mehrenden Laboratoriumsbedürfnisse;	1,500	—
			c. zum Betriebsetat des pathologischen Instituts um jährlich	4,000	—
			Die Erhöhung ist vor allem erforderlich, um den Anforderungen des erweiterten wissenschaftlichen Betriebs entsprechen und die Ausgaben für die neueingerichtete chemische Abteilung und die Weiterführung der für den Unterricht unentbehrlichen Sammlung decken zu können.		
			Seite	41,750	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	41,750	—
			d. zum Realetat der Frauenklinik um jährlich	8,000	—
			Bisher war im Hauptgebäude der Frauenklinik an der Sonnenstraße auch die Hebammenschule untergebracht. Zur Entlastung des überfüllten Gebäudes sind der Hebammenschule die seit Inbetriebnahme des neuen Poliklinikgebäudes freistehenden Räume des angrenzenden alten Reisingerianums zugewiesen. Da die Hebammenschule die ihr für Beheizungs- und Beleuchtungszwecke zur Verfügung stehenden Mittel, die sie bisher zur Beheizung und Beleuchtung des Klinikgebäudes beigesteuert hat, nunmehr selbst zur Bestreitung der treffenden Bedürfnisse im Baue des alten Reisingerianums benötigt, ist zum Ersatze des infolgedessen entstehenden Ausfalles eine entsprechende Erhöhung der Betriebsmittel der Frauenklinik unerläßlich.		
			Summe	49,750	—
			Diese Summe zu der aus den Jahren 1910 und 1911 auf 1912 und 1913 übergehenden Willigung von	1'882,954	—
			gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschußbedarf von	1'932,704	—
			wovon 4,515 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallen.		

b. Universität Würzburg.

Für jedes Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 sind an fortdauernden Ausgaben bewilligt . . . . 889,025 ℳ.

Hiezu kommen:

a. die Ergänzungen der neuen Willigungen in der vorigen Finanzperiode auf die Jahresbeträge mit . . . . 3,194 ℳ,

b. der Mehrbedarf an Dienstalterszulagen zu . . . . 23,056 ℳ,

c. der Mehrbedarf an Pensionen, an Pensionsraten aus staatlichen Dienstalterszulagen und an finanzgesetzlichen Pensionszulagen zu 9,670 ℳ,

d. die im Laufe der Jahre 1910 und 1911 auf die allgemeine Position „für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen" übernommenen Beträge, und zwar:

für eine Ersatzprofessur in der medizinischen Fakultät . . . 6,000 ℳ,
für einen Professor in der philosophischen Fakultät . . . . 3,800 ℳ,

Summe des Mehrbedarfes: 45,720 ℳ.

Es gehen somit als Staatszuschuß aus der Finanzperiode 1910 und 1911 auf die Finanzperiode 1912 und 1913 über . . . . 934,745 ℳ.

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1 b	An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:		
			I. Für persönliche Zwecke.		
			1. Aufstellung eines weiteren etatsmäßigen Sekretärs bei der Universitätsbibliothek mit einem Gehalte von jährlich 1800 M nach Klasse 17 der Gehaltsordnung ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Die Vermehrung der Anschaffungen der Bibliothek sowie die Steigerung der Bibliothekbenützung, vornehmlich des Ausleihverkehrs, erfordern die Aufstellung eines weiteren (zweiten) Sekretärs.		
			2. Errichtung einer etatsmäßigen Bauzeichnerstelle beim Universitätsbauamte mit einem Gehalte von jährlich 1800 M nach Klasse 21 der Gehaltsordnung ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode .	1,200	—
			Die große Arbeitslast des nur mit einem Bauamtmann und einem Bauführer besetzten Universitätsbauamtes macht die häufige Einstellung eines nicht eingearbeiteten und immer wieder wechselnden Aushilfspersonals erforderlich. Zur Beseitigung der hiemit verbundenen Anstände soll dem Bauamt eine ständige technische Hilfskraft in der Person eines etatsmäßigen Bauzeichners beigegeben werden.		
			3. Errichtung von 6 neuen etatsmäßigen Dienerstellen mit einem jährlichen Gehalte von je 1300 M nach Klasse 28 der Gehaltsordnung, und zwar je einer Stelle:		
			a. bei der medizinischen Klinik; Bedarf jährlich	1,300	—
			Bei dieser Klinik, der bisher zur Beihilfe bei den Krankenuntersuchungen, dann zur Ausführung der Reinigungsarbeiten sowie zur Bedienung der Apparate, der Laboratorien und des Röntgenkabinetts nur ein Diener zur Verfügung steht, hat sich die Beigabe eines zweiten klinischen Dieners als dringendes Bedürfnis erwiesen, weshalb vom Wintersemester 1911/12 an vorerst bis zur Bereitstellung budgetmäßiger Willigung des Bedarfs ein aus Universitätsmitteln besoldeter Hilfsdiener aufgestellt werden muß.		
			b. bei der Universitätsfrauenklinik; Bedarf jährlich	1,300	—
			Die Maschinen- und Kesselanlage der vor einigen Jahren in Betrieb genommenen Dampfkoch- und Waschküche bei der Frauenklinik wurde bisher durch eine aus dem Realetat besoldete Hilfskraft bedient und instand gehalten. Dem Umfang der Dienstleistung entsprechend soll die Heizerstelle in etatsmäßiger Weise besetzt werden, eine Maßnahme, die sich sowohl im Interesse des Dienstes als auch zur Entlastung des zur dauernden Aufbringung der Besoldung eines Hilfsheizers nicht ausreichenden Kliniketats empfiehlt.		
			c. bei der psychiatrischen Klinik; Bedarf jährlich	1,300	—
			Die psychiatrische Klinik hat außer einem Hausverwalter kein etatsmäßiges Personal. Mit Rücksicht auf die immer mehr steigende Frequenz der Klinik soll bei ihr eine etatsmäßige Dienerstelle errichtet werden.		
			d. für die in der neuen Universität untergebrachten Seminarien ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Die 11 in der neuen Universität untergebrachten Seminarien, die bisher für Botengänge und sonstige Dienstleistungen auf gelegentliche Aushilfen angewiesen waren, bedürfen eines gemeinsamen Dieners.		
			Seite	7,167	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1b	Übertrag	7,167	—
			e. für das psychologische und astronomische Institut; Bedarf jährlich . .	1,300	—
			Für das archäologisch-kunstgeschichtliche, das psychologische und das astronomische Institut, die sämtlich im alten Universitätsgebäude untergebracht sind, besteht bisher nur eine einzige etatsmäßige Stelle, deren Inhaber für die Zwecke des ersteren Institutes allein mit seinen ausgedehnten Sammlungen vollauf in Anspruch genommen wird. Infolgedessen mußte einstweilen für das psychologische und astronomische Institut zusammen ein Hilfsdiener aufgestellt werden. Da bei beiden Instituten ein dauerndes Bedürfnis für Aufstellung eines ständigen Dieners besteht, soll eine etatsmäßige Dienerstelle für sie errichtet werden.		
			f. beim chemischen Institute; Bedarf jährlich	600	—
			Für den anstrengenden Heizdienst in dem großen Institute soll eine eigene etatsmäßige Dienerstelle errichtet werden. Da zur Besoldung des bisher verwendeten Hilfsheizers 700 ℳ zur Verfügung stehen, sind für den Anfangsgehalt eines Dieners II. Ordnung nur noch 600 ℳ aufzubringen.		
			4. Errichtung von 4 nichtetatsmäßigen Assistentenstellen mit einem jährlichen Funktionsbezuge von je 1800 ℳ, und zwar:		
			a. von 3 Assistentenstellen für das zahnärztliche Institut ab 1. April 1912 (d. i. von Inbetriebnahme des Neubaues an); Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	4,725	—
			(je ein Assistent als Leiter für die 3 Abteilungen des Instituts: die operative, konservierende und technische; s. im übrigen II Ziff. 1).		
			b. einer Assistentenstelle beim chemischen Institute; Bedarf jährlich . . .	1,800	—
			Im Zusammenhange mit dem letzten Wechsel in der Person des Institutsvorstandes hat sich das Bedürfnis für Aufstellung eines weiteren — 4. — Assistenten ergeben, der zur Unterstützung des Vorstandes bei gärungschemischen Arbeiten bestimmt ist.		
			II. Für sachliche Bedürfnisse.		
			1. Ersatz der Aufwendungen aus Universitätsmitteln für den Neubau des zahnärztlichen Institutes; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	11,250	7,300
			Die unzulänglichen und mißlichen räumlichen Verhältnisse des zahnärztlichen Instituts, das jetzt in einem Miethaus untergebracht ist und dieses im Laufe des Jahres 1912 räumen soll, sind in der letzten Landtagssession in beiden Kammern mit dem Ergebnis erörtert worden, daß der Landtag grundsätzlich seine Geneigtheit zu erkennen gab, im Falle der Durchführung des dringend notwendigen Institutsneubaues aus Universitätsmitteln einer ins Budget 1912 und 1913 behufs Schadloshaltung der Universität Würzburg für ihre Aufwendungen aufzunehmenden Forderung zuzustimmen (vgl. Stenogr. Ber. d. K. d. Abgeordn. Bd. XI S. 100 f. und Verh. d. K. d. Reichsräte 1910 Stenogr. Ber. II. Bd. S. 387).		
			Die Universität Würzburg hat daraufhin ein gegenüber dem mineralogisch-geologischen Institute liegendes Privatanwesen am Pleicherwall zum Zwecke der Erbauung eines zahnärztlichen Instituts um den Preis von 120,000 ℳ erworben und den Bau des Instituts in Angriff genommen, der inzwischen so weit gefördert wurde, daß seine Inbetriebnahme für 1. April 1912 erhofft werden darf. Die Gesamtfläche des Anwesens mißt 2330 qm, von der ungefähr 1200 qm für den Neubau in Anspruch genommen werden. Das auf der Restfläche stehende Gebäude bleibt, bis sich etwa ein Bedürfnis für einen Bauplatz zu Hochschulzwecken ergibt, bis auf weiteres vermietet.		
			Seite	26,842	7,300

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1 b	Übertrag	26,842	7,300
			Bei dem der Universität zu gewährenden Ersatz ist zu unterscheiden zwischen der Vergütung des nach Maßgabe der allmählichen Aufwendungen wechselnden Zinsentganges bis zur Vollendung des Baues und der Schadloshaltung der Universität für den dauernden Verlust an Renten infolge der Aufwendungen für Bauplatz, Bau und innere Einrichtung.		
			Der Zinsentgang während der Bauzeit wird auf rund 14,600 M veranschlagt. Zu seinem Ersatz ist vorbehaltlich der erst nach Bauvollendung möglichen endgültigen ziffermäßigen Feststellung für jedes Jahr der Finanzperiode ein Betrag von 7300 M als einmalige, künftig wegfallende Leistung an die Universität Würzburg vorzusehen.		
			Der Gesamtbetrag der Aufwendungen aus Universitätsmitteln für die Erwerbung des Bauplatzes, dann die Kosten des Baues und der inneren Einrichtung wird, soweit er sich zurzeit vor dem gänzlichen Abschlusse der Bau- und Einrichtungsarbeiten bemessen läßt, auf 470,000 M berechnet. Die Universität Würzburg soll hiefür in der Weise schadlos gehalten werden, daß an sie zum Ersatze des Rentenentganges und zur Wiederergänzung der eingezehrten Kapitalien — unter Zugrundelegung einer Verzinsung von 4 % und einer Tilgung von 1 % und unter Abrechnung der Nettorente von 1000 M aus dem vermieteten Gebäude — auf die Dauer von rund 41 Jahren Annuitäten zu je 22,500 M verabfolgt werden.		
			Dabei wird ausbedungen werden, daß nach Ablauf der Annuitätenzahlungen und nach dem dadurch bewirkten vollständigen Ersatze der von der Universität gemachten Kapitalsaufwendungen der Neubau mit Einschluß des für den Institutsbau nicht erforderlichen Teiles des erworbenen Grundstücks von der Universität dem Staat auf Verlangen eigentümlich abzutreten ist. Die erste Annuitätenzahlung wird am 1. April 1913, d. i. ein Jahr nach dem voraussichtlichen Zeitpunkte der Vollendung des Baues fällig werden, so daß für jedes Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 der Betrag von 11,250 M anzusetzen ist. Auch bezüglich der Festsetzung der Höhe der Annuitäten ist der ziffermäßige Ausweis des genauen Betrages der Aufwendungen bis nach Abschluß der Abrechnungen vorzubehalten.		
			2. Erhöhung des Regieetats des Universitätsbauamtes von 500 auf 800 M, das ist um jährlich . . . . wegen Unzulänglichkeit der seitherigen Mittel.	300	—
			3. Erhöhung des Realetats:		
			a. für das anatomische Institut um jährlich . . . . Zur Deckung des Mehrbedarfes für die immer schwierigere Beschaffung der zum Zwecke des anatomischen Unterrichts notwendigen Zahl von Leichen;	1,500	—
			b. für die chirurgische Klinik um jährlich . . . . mit Rücksicht auf die notwendige Aufstellung einer weiteren Krankenschwester und die großen Erfordernisse für den poliklinischen Betrieb infolge der sich außerordentlich steigernden Frequenz der Poliklinik.	1,465	—
			c. für die medizinische Klinik um jährlich . . . . zur notwendigen Erhöhung der nichtausreichenden Betriebsmittel und zur Unterhaltung einer entsprechenden Fachbibliothek, dann zum Bezuge der wichtigeren Fachzeitschriften;	800	—
			d. für das archäologisch-kunstgeschichtliche Institut um jährlich . . . . zur fortdauernden Ergänzung der Lehrmittel und der in Bezug auf die ältere kunstwissenschaftliche Literatur besonders lückenhaften Institutsbibliothek.	500	—
			Seite	31,407	7,300

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1 b	Übertrag	31,407	7,300
			4. Erhöhung des Freibettenfonds:		
			a. für die chirurgische Klinik um jährlich	1,000	—
			b. für die medizinische Klinik um jährlich	1,000	—
			In der Finanzperiode 1910 und 1911 sind die Freibettenfonds der beiden Kliniken von je 1500 auf 3000 ℳ erhöht worden, um den allmählichen Ersatz des durch den Wegfall der juliusspitälischen Kranken im neuen Krankenhaus erwachsenden Ausfalls an klinischem Krankenmaterial schon jetzt in die Wege zu leiten. Zu gleichem Zwecke soll auch diesmal wieder jede der beiden Kliniken mit einer weiteren Stärkung ihres Freibettenfonds bedacht werden.		
			5. Erhöhung des Staatszuschusses zum Betriebe des zahnärztlichen Institutes um jährlich 5600 ℳ ab 1. April 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	4,900	—
			Die für 1. April 1912 in Aussicht genommene Eröffnung des Betriebs im Neubaue mit seinen vielen ausgedehnten Räumlichkeiten wird eine namhafte Steigerung des Bedarfs für Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, dann infolge der Erweiterung des Institutsbetriebs auch größere Aufwendungen für Instandhaltung und Ergänzung der Instrumente und Apparate, der Lehrmittel und der Wäsche bedingen. Weitere Mehrkosten werden durch die ständigen Bauausgaben für das Institutsgebäude, ferner durch die nicht zu umgehende Verwendung von Hilfsassistenten und durch die beabsichtigte Aufstellung von zwei Schwestern erwachsen, von denen die eine die Buchhaltung und Rechnung besorgen, die andere bei Kinderzahnuntersuchungen und Operationen Beihilfe leisten soll. Zur Deckung des Mehrbedarfs ist die Erhöhung des staatlichen Betriebszuschusses um jährlich 5600 ℳ erforderlich, der unter der Voraussetzung einer entsprechenden Mehrung der eigenen Einnahmen des Institutes, soweit sich die Verhältnisse zurzeit überblicken lassen, ausreichen dürfte.		
			6. Einmaliger Zuschuß von 5000 ℳ an das hygienische Institut zur Ergänzung der Bibliothek und zur Anschaffung von Apparaten; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	—	2,500
			Das hygienische Institut hat Mangel an Mikroskopen; auch fehlen ihm verschiedene wichtige Apparate und größere chemische und physiologische Nachschlagewerke. Zur Ergänzung dieser Lücken in der Ausstattung des Instituts hat der Institutsvorstand, da die vorhandenen Mittel bei der Knappheit des Institutsetats solche außerordentliche Anschaffungen nicht gestatten, einen jährlichen Zuschuß von 10,000 ℳ erbeten. Zum Zwecke der dringlichsten Anschaffungen wird vorerst ein außerordentlicher Zuschuß von 5000 ℳ vorgesehen.		
			7. Erhöhung des Staatszuschusses zum Etat für Hausbedürfnisse des pathologischen Institutes um jährlich	2,000	—
			zur Bestreitung der erheblichen Mehrausgaben infolge der weiteren Ausgestaltung des Institutes und der Ausdehnung des Institutsbetriebes.		
			Summe	40,307	9,800
			Diese Summe zu der aus 1910 und 1911 auf 1912 und 1913 übergehenden Willigung von	934,745	—
			gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschußbedarf von	975,052	9,800
				984,852	
			wovon 876 ℳ persönliche und besondere Zulagen und 9800 ℳ einmalige Ausgaben künftig wegfallen.		

Kap.	§	Tit.		
1	2	1	**o. Universität Erlangen.**	
			Für jedes Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 sind an fortdauernden Ausgaben bewilligt	973,688 ℳ.
			Hiezu kommen:	
			a. die Ergänzungen der neuen Willigungen in der vorigen Finanzperiode auf die vollen Jahresbeträge mit . . . . 5,116 ℳ,	
			b. die Mehrungen an Dienstalterszulagen zu . . . . 30,802 ℳ,	
			c. der im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 auf die allgemeine Position „für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen" übernommene Bedarf für eine Ersatzprofessur in der philosophischen Fakultät mit . . 6,000 ℳ,	
			Summe des Mehrbedarfes . . . 41,918 ℳ.	
			Davon gehen ab:	
			die einem Professor der medizinischen Fakultät infolge Ablehnung eines Rufes bewilligte Gehaltserhöhung, die nunmehr durch seinen Wegzug von Erlangen wieder in Wegfall gekommen ist, mit . 600 ℳ,	
			der Heimfall am Gehalt einer ordentlichen Professur, die nach Abgang des bisherigen, nur für seine Person mit dem Gehalt eines ordentlichen Professors ausgestatteten Inhabers wieder mit einem außerordentlichen Professor besetzt worden ist . . . 1,020 ℳ,	
			der Heimfall an Witwenpensionen mit . . . . 738 ℳ,	
			Summe des Minderbedarfes . . . 2,358 ℳ,	
			sohin Mehrbedarf . . .	39,560 ℳ.
			Es gehen somit als Staatszuschuß aus der Finanzperiode 1910 und 1911 auf die Finanzperiode 1912 und 1913 über	1'013,248 ℳ.
			Die in der vorigen Finanzperiode bewilligte einmalige Ausgabe für die Einrichtung einer zahnärztlichen Poliklinik von im ganzen 14,000 ℳ, oder für ein Jahr der Finanzperiode 7000 ℳ, kommt in Wegfall.	

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben ℳ	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben ℳ
	2	1c	An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:		
			I. Für persönliche Zwecke.		
			1. Errichtung einer ordentlichen Professur für romanische Philologie an Stelle der für dieses Fach bisher bestehenden außerordentlichen Professur; ohne Mehrbedarf an Staatszuschuß	—	—
			Die Universität Erlangen ist unter allen deutschen, österreichischen und schweizerischen Universitäten die einzige, an der das wichtige Fach der romanischen Philologie nur durch ein Extraordinariat vertreten ist. Die Bedeutung der Disziplin rechtfertigt die Schaffung eines Ordinariates. Da der gegenwärtige Vertreter der romanischen Philologie einen Jahresgehalt von 5100 ℳ bezieht, erfordert die Errichtung einer ordentlichen Professur nur einen Mehrbedarf von 900 ℳ, der aus Universitätsmitteln, die infolge einer Personalveränderung bei der Dotation einer anderen Professur frei geworden sind, ohne Inanspruchnahme eines Staatszuschusses bereitgestellt werden kann.		
			2. Errichtung einer außerordentlichen Professur für gerichtliche Medizin nach Klasse 11 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 3600 ℳ ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode . .	2,400	—
			Der Universität Erlangen fehlt bisher eine etatsmäßige Lehrstelle für gerichtliche Medizin, mit der die beiden anderen Landesuniversitäten längst ausgestattet sind. Entsprechend einem alten dringenden Wunsche der Universität Erlangen, für dessen Berücksichtigung auch die mittelfränkische Ärztekammer eingetreten ist, soll durch Errichtung einer außerordentlichen Professur die ständige Vertretung des wichtigen Faches der gerichtlichen Medizin, das bisher in Erlangen nur auf Grund eines besoldeten Lehrauftrags von einem Privatdozenten wahrgenommen worden ist, gesichert werden.		
			3. Errichtung der etatsmäßigen Stelle eines Universitätsbauamtmannes mit einem Gehalte von jährlich 4800 ℳ nach Klasse 9 der Gehaltsordnung ab 1. Januar 1913 für den Vorstand des Universitätsbauamtes; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	622	—
			Während die Vorstände der Universitätsbauämter München und Würzburg mit Titel, Rang und Gehalt von Universitätsbauamtmännern ausgestattet sind, wird das Universitätsbauwesen in Erlangen bisher von einem Universitätsbauassessor geleitet. Diese abweichende Organisation hängt mit dem zufälligen Umstande zusammen, daß beim Inkrafttreten der neuen Gehaltsordnung der Vorstand des Universitätsbauamtes Erlangen seine Stellung noch zu kurze Zeit bekleidete, als daß schon damals seine Ausstattung mit den Bezügen eines Universitätsbauamtmannes hätte in Betracht kommen können. Sachliche Gründe, nämlich die Rücksicht auf die Dienstesaufgabe und die mit ihr verbundene Verantwortung, dürften dafür sprechen, daß die Vorstandsstelle beim Universitätsbauamt Erlangen mit jenen bei den beiden anderen Universitätsbauämtern gleich behandelt werde. Es wäre sonst sehr erschwert, für den Universitätsbaudienst in Erlangen tüchtige Kräfte zu gewinnen und noch schwieriger, sie auf die Dauer zu erhalten. Auch bei dem gegenwärtigen Vorstande des Universitätsbauamts Erlangen, der sich in seiner Stellung bestens bewährt hat, müßte anderen Falles mit seinem Austritt aus dem Universitätsbaudienste zum Nachteile des Bauwesens der Universität Erlangen und insbesondere zum großen Schaden des im Werke befindlichen umfangreichen Neubaues für die Universitätsbibliothek gerechnet werden. Die Schaffung der Stelle eines Universitätsbauamtmannes ab 1. Januar 1913 erfordert einen Mehrbedarf von 1243 ℳ, von dem auf jedes Jahr der Finanzperiode 622 ℳ entfallen.		
			Seite	3,022	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1c	Übertrag	3,022	—
			4. Errichtung der etatsmäßigen Stelle eines Zahntechnikers bei der zahnärztlichen Poliklinik mit einem jährlichen Gehalte von 1800 ℳ nach Klasse 17 der Gehaltsordnung vom 1. September 1912 an; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Der neuerrichteten zahnärztlichen Poliklinik soll, wie auch bei anderen zahnärztlichen Instituten, zur Besorgung der rein technischen Arbeiten ein Zahntechniker beigegeben werden.		
			5. Errichtung einer etatsmäßigen Hausmeisterstelle bei der Universitätsbibliothek mit einem Gehalte von jährlich 1800 ℳ nach Klasse 22 der Gehaltsordnung vom 1. April 1913 an; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode .	675	—
			Für das neue Gebäude der Universitätsbibliothek in Erlangen, das voraussichtlich im Herbste 1913 bezogen werden kann, ist ein Hausmeister erforderlich. Ihm wird die Bewachung und Reinigung sowie die Besorgung der Beheizung und Beleuchtung des ausgedehnten Gebäudes, ferner die Erledigung der Botengänge obliegen. Seine Aufstellung soll schon ab 1. April 1913 erfolgen, damit er auch zu den Umzugs- und Einrichtungsarbeiten herangezogen werden kann.		
			6. Errichtung von 2 etatsmäßigen Dienerstellen nach Klasse 28 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von je 1300 ℳ, und zwar je einer Dienerstelle:		
			a. für das pharmakologisch-poliklinische Institut ab 1. September 1912; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Nach der erheblichen Erweiterung des pharmakologisch-poliklinischen Instituts durch einen Anbau kann der vorhandene einzige Diener den gestellten Anforderungen nicht mehr gerecht werden.		
			b. für die Klinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten; jährlicher Bedarf	1,300	—
			Bei dieser Klinik, der bisher ein Diener nicht beigegeben ist, erscheint die Errichtung einer Dienerstelle als dringendes Bedürfnis. Bis zur budgetmäßigen Bereitstellung des Bedarfs wird eine vorerst aus Universitätsmitteln besoldete Hilfskraft verwendet werden.		
			II. Für sächliche Bedürfnisse.		
			1. Erhöhung des Staatszuschusses zum Betriebsetat der medizinischen Klinik um jährlich	2,000	—
			Zur Aufbringung des Bedarfs für die infolge der ständigen Zunahme des Krankenstandes erforderliche Vermehrung der Krankenschwestern und für die Erhöhung der an das Diakonissenhaus für die Schwestern zu entrichtenden Vergütungen, zu deren Leistung aus ihren bisherigen Betriebsmitteln die Klinik bei der Teuerung der Lebensmittel und der sonstigen Verbrauchsgegenstände nicht imstande ist.		
			2. Erhöhung des Realetats des pharmakologisch-poliklinischen Instituts um jährlich	3,500	—
			Zur Bestreitung der Mehrausgaben, die für Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und Instandhaltung der infolge der jüngsten baulichen Erweiterung des Instituts erheblich vermehrten Institutsräume erwachsen.		
			Seite	**12,564**	—

Kap.	§	Tit.		Fort-dauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
2	1	1c	Übertrag	12,564	—
			3. Bereitstellung der Mittel für die innere Einrichtung des pharmakologischen Instituts im Betrage zu 4400 ℳ; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	—	2,200
			Infolge der Neuerrichtung eines Extraordinariates für Pharmakologie an der Universität Erlangen, die in der Finanzperiode 1910 und 1911 erfolgte, ist die bisherige pharmakologische Abteilung des pharmakologisch-poliklinischen Instituts zu einem selbständigen pharmakologischen Institut umgewandelt worden, dem in dem neu fertiggestellten Anbau des Institutsgebäudes eine Anzahl von Räumen angewiesen wurde. Die Beschaffung der notwendigen inneren Einrichtung für diese Räume, insbesondere von Sammlungsschränken, Mikroskopen, Apparaten für wissenschaftliche Arbeiten, dann einer Handbibliothek erfordert einen einmaligen Bedarf von 4400 ℳ.		
			4. Einmaliger Zuschuß von 2000 ℳ an die Klinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten zur Anschaffung von Instrumenten rc.; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	—	1,000
			Bei dem starken Besuche der mit der Klinik verbundenen Poliklinik reichen die vorhandenen Untersuchungsinstrumente und Einsatzschalen für die große Zahl der Patienten nicht aus. Auch ist die Anschaffung eines Thermoregulators erforderlich, um die Spülflüssigkeit auf gleichmäßiger Temperatur erhalten zu können. Ferner bedürfen die Untersuchungslampen, die jetzt nicht genügende Helligkeit geben, der Umänderung.		
			5. Bereitstellung der Mittel für die innere Einrichtung von Räumen für Zwecke der gerichtlichen Medizin; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	—	1,500
			Für die Zwecke der neuzuerrichtenden Professur für gerichtliche Medizin können im Gebäude des pathologischen Institutes Räume zur Verfügung gestellt werden, deren Einrichtung einen einmaligen Bedarf von 3000 ℳ beansprucht.		
			6. Erhöhung des Realetats des botanischen Gartens um jährlich	1,700	—
			Zur Bestreitung des Mehrbedarfs für Arbeiterlöhne, Beheizung und Straßenreinigungskosten.		
			7. Einmaliger Zuschuß von 2000 ℳ an das mineralogisch-geologische Institut zur Ergänzung des Lehrmaterials; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	—	1,000
			Die Bestände des Instituts an literarischen Hilfsmitteln, Polarisationsmikroskopen und Modellen weisen große Lücken auf, die im Interesse des Unterrichtes durch außerordentliche, aus laufenden Institutsmitteln nicht mögliche Anschaffungen zu ergänzen sind.		
			Summe	14,264	5,700
			Diese Summe zu der aus der Finanzperiode 1910 und 1911 auf die Finanzperiode 1912 und 1913 übergehenden Willigung zu	1'013,248	—
			gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschuß von	1'027,512	5,700
			wovon 459 ℳ persönliche und besondere Zulagen und 5700 ℳ einmalige Ausgaben künftig wegfallen.	1'033,212	

Kap.	§	Tit.	
2			

Technische Hochschule.

Der Mehrbedarf für die Finanzperiode 1912 und 1913 wird wie folgt ausgewiesen:

A. Ergänzungen, Gehaltsvorrückungen und dergleichen.

a. Ergänzungen für die in der Finanzperiode 1910 und 1911 mit Raten bewilligten neuen Stellen . . . . 6,631 M

b. Sonstige Gehaltsergänzungen, insbesondere für die in dieser Finanzperiode mit Raten bewilligten Gehaltsvorrückungen . . . . 4,901 M

c. Für Gehaltsvorrückungen in den Jahren 1912 und 1913 . . . . 24,326 M

d. Für die auf Rechnung der Position „Für Ersatzprofessuren und zur Abwendung von Berufungen" erfolgte Erhöhung des Grundgehaltes eines o. Professors 1,000 M

Summe A 36,858 M.

B. Neuforderungen.

Wie in der letzten Budgetperiode, so scheiden sich auch diesmal die Neuforderungen in zwei Gruppen:

a) Ausgaben für persönliche und sächliche Zwecke, welche bisher schon angefallen sind, aber nicht aus budgetmäßigen Mitteln, sondern aus Mehreinnahmen der Technischen Hochschule bestritten wurden.

b) Eigentliche Neuforderungen.

ad a. Bei einem so großen Haushalt, wie ihn die Technische Hochschule mit 184 Beamten und fast 3000 Studierenden und bei einem Ausgabenetat von rund 1 Million Mark zu führen hat, ist es unvermeidlich, daß im Lauf einer Finanzperiode eine Reihe persönlicher und sächlicher Bedürfnisse neu entstehen, für welche im Etat Deckungsmittel nicht vorgesehen sind, die aber, wenn nicht der Betrieb der Anstalt Not leiden soll, sofort befriedigt werden müssen. Außerdem ergeben sich bisweilen unvermeidliche Überschreitungen bereits vorhandener Etatspositionen. Diese Ausgaben wurden bisher aus Mehreinnahmen bestritten. Den budgetrechtlichen Grundsätzen dürfte es jedoch mehr entsprechen, wenn auch für diese Ausgaben eine Position in das Budget eingesetzt, dafür aber die eigenen Einnahmen der Technischen Hochschule auf einen Betrag erhöht werden, wie er sich aus den Einnahmen der letzten Rechnungsjahre unter angemessener Berücksichtigung eines möglichen Frequenzrückgangs berechnet. Eine Mehrbelastung der Staatskasse tritt durch diese Maßnahme nicht ein.

Demgemäß soll künftig im Etat eine neue Position bei den persönlichen Ausgaben

1. „für Stellvertretungen und Geschäftsaushilfen" mit . . . . 10,000 M
und bei den Sachausgaben eine neue Position

2. „Reserve für sächliche Bedürfnisse" mit . . . . 5,000 M
vorgesehen werden;

3. außerdem sollen an Stelle von 4 bereits vorhandenen, aus Mehreinnahmen bezahlten Aushilfsassistenten (für Tierzucht, für Botanik, für Elektrotechnik, für technische Chemie) 4 Assistentenstellen zu je . . . . . . 1800 M = 7,200 M
neu gefordert;

4. weiter 6 gleichfalls bereits erteilte, aus Mehreinnahmen bezahlte Lehraufträge (ausgewählte Kapitel der Rechtslehre, Rechtslehre des Grundeigentums, Finanzwissenschaft, Einführung in die Rechtslehre, Grundzüge der Physik, Obstbau) mit 3,600 M
ins Budget eingestellt werden.

Summe B a 25,800 M.

Kap.	§	Tit.		
2			Diesen in das Budget neu eingesetzten Ausgaben von . . . . stehen Mehreinnahmen in der Höhe von 33,000 ℳ gegenüber. Nach dem Rechnungsergebnis der letzten Jahre darf auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Zahl der Ausländer infolge der eine Einschränkung ihrer Frequenz bezielenden Maßnahmen in den nächsten Jahren zurückgehen wird, doch mit eigenen Einnahmen von etwa 145,000 ℳ (gegenüber 112,000 im letzten Budget) gerechnet werden. Für die eigentlichen Neuforderungen bleibt daher ein Betrag von 7200 ℳ aus den eigenen Einnahmen der Hochschule noch verfügbar.	25,800 ℳ
			ad b. Eigentliche Neuforderungen.	
			5. Umwandlung der a. o. Professur für technische Physik in eine ordentliche Professur 6000 ℳ — 5100 ℳ = 900 ℳ, Jahresbedarf vom 1. September 1912 ab = für ein Jahr der Finanzperiode	600 ℳ.
			Mit der Errichtung einer a. o. Professur für technische Physik im Jahre 1902 ging München seinerzeit den anderen Hochschulen voran. In der Zwischenzeit hat sich dieses Fach in einer Weise entwickelt, daß die Schaffung eines ordentlichen Lehrstuhls hiefür geboten erscheint, zumal dasselbe infolge der Bereitstellung neuer großer Räume für das physikalisch-technische Laboratorium im Erweiterungsbau der Technischen Hochschule in wissenschaftlicher wie in unterrichtlicher Hinsicht erhöhte Bedeutung gewinnen wird.	
			6. Errichtung einer neuen Assistentenstelle mit Beamteneigenschaft am physikalischen Institut 3000 ℳ, Jahresbedarf vom 1. September 1912 ab = für ein Jahr der Finanzperiode	2,000 ℳ.
			Die Verwaltungsaufgaben des physikalischen Instituts der Technischen Hochschule haben im Lauf der Jahre einen Umfang angenommen, daß der Vorstand des Instituts unumgänglich einer Entlastung hierin durch eine mit den Verhältnissen vertraute, für längere Zeit am Institut wirkende Kraft bedarf, wenn er für wissenschaftliche Arbeiten noch Zeit übrig behalten soll. Der geforderte Assistent soll diese Entlastung namentlich durch Übernahme der Materialverwaltung, der Aufsicht über die apparativen und instrumentellen Hilfsmittel, der Inventarisation, des Rechnungswesens, der Bibliothekverwaltung ꝛc. bringen.	
			7. Errichtung der Stelle eines Kustos an der Bibliothek der Technischen Hochschule nach Klasse 12 der Gehaltsordnung 3000 ℳ, Jahresbedarf vom 1. September 1912 an = für ein Jahr der Finanzperiode	2,000 ℳ.
			Die Bibliothek der Technischen Hochschule hat bei einem Bestand von 40 000 Bänden und bei 15,000 ℳ jährlichem Vermehrungsetat nur einen wissenschaftlich gebildeten Beamten und 2 Diener. Dieses Personal ist schon jetzt überlastet. Durch Einführung der Bibliothekgebühren wird der Vermehrungsetat ungefähr verdoppelt werden. Durch die Verlegung der Bibliothek in den Südflügel des Altbaus (s. das betreffende Postulat im a. o. Etat) werden neue große Räume für sie gewonnen werden. Alle diese Verhältnisse erfordern die Vermehrung des Personals zunächst um einen wissenschaftlich vorgebildeten Beamten.	
			8. Errichtung einer Werkmeisterstelle am Laboratorium für technische Physik 2100 ℳ, Jahresbedarf vom 1. September 1912 = für ein Jahr der Finanzperiode	1,400 ℳ.
			Von dem Erweiterungsbau der Technischen Hochschule werden der Flügelbau an der Luisen- und Gabelsbergerstraße und die Hallenbauten bis Herbst 1912 bezogen werden können. Die Verlegung des Laboratoriums für technische Physik aus den bisherigen Mietsräumen in den Neubau wird eine beträchtliche Vergrößerung des Betriebs bringen und erfordert die Aufstellung eines Werkmeisters.	
			Seite	31,800 ℳ.

Kap.	§	Tit.		
2			Übertrag	31,800 *M*.
			9. Errichtung einer Maschinistenstelle am Laboratorium für Wasserkraftmaschinen 1800 *M*, Jahresbedarf vom 1. September 1912 ab = für 1 Jahr der Finanzperiode	1,200 *M*.
			Mit dem Bezug des Neubaues wird das Laboratorium für Wasserkraftmaschinen neu eröffnet werden. Für den Betrieb ist an etatsmäßigem Personal zunächst nur ein Maschinist vorgesehen. Im übrigen wird für den Anfang mit Hilfskräften im Taglohn auszukommen sein.	
			10. Errichtung einer Mechanikerstelle am Laboratorium für Wärmekraftmaschinen 1800 *M*, Jahresbedarf vom 1. Januar 1913 ab = für 1 Jahr der Finanzperiode	900 *M*.
			Das Laboratorium für Wärmekraftmaschinen wird durch Verlegung in den Neubau sehr vergrößert werden. Dies macht die Aufstellung eines Mechanikers für die Werkstätte erforderlich. Es wird jedoch genügen, wenn die Aufstellung erst vom 1. Januar 1913 an erfolgt.	
			11. Errichtung der Stelle eines Hausmeisters an der landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule 1800 *M*, Jahresbedarf ab 1. September 1912 = für ein Jahr der Finanzperiode	1,200 *M*
			Für den Neubau der landwirtschaftlichen Abteilung an der Luisenstraße war ursprünglich eine Hausmeisterstelle nicht vorgesehen. Eine solche erweist sich aber im Interesse der Sicherheit des Gebäudes als unbedingt erforderlich. Zugleich soll der Hausmeister als Schuldiener der landwirtschaftlichen Abteilung Verwendung finden.	
			12. Umwandlung einer Dienerstelle II. Ordnung am landwirtschaftlichen Versuchsfeld in Obermenzing in eine Hausmeisterstelle 1800 *M* — 1500 *M* Gehalt des jetzigen Dieners = 300 *M*, Jahresbedarf ab 1. September 1912 = für 1 Jahr der Finanzperiode	200 *M*
			Die bei der isolierten Lage des Gebäudes und der Bestimmung des Areals des landwirtschaftlichen Versuchsfeldes in Obermenzing besonders wichtigen und verantwortungsvollen Geschäfte eines Hausmeisters werden, da bei dem Bezug des neuen Versuchsfeldes eine Hausmeisterstelle nicht vorhanden war, von einem Diener II. Ordnung versehen. Den Grundsätzen der Gehaltsordnung entspricht es, die Stelle in diejenige Klasse der Gehaltsordnung einzureihen, in die sie nach dem Inhalt der mit ihr verknüpften Funktionen gehört.	
			13. Errichtung einer Kassaassistentenstelle 1500 *M* Jahresbedarf ab 1. September 1912 = für 1 Jahr der Finanzperiode	1,000 *M*
			Die Geschäfte der Kassaverwaltung haben in den letzten Jahren so erheblich an Umfang zugenommen, daß sie von den beiden Kassabeamten allein nicht mehr bewältigt werden können.	
			14. Errichtung einer Schul- und Sammlungsdienerstelle I. Ordnung an der allgemeinen Abteilung 1500 *M*, Jahresbedarf vom 1. September 1912 ab = für 1 Jahr der Finanzperiode	1,000 *M*
			Infolge der Errichtung des technisch-wirtschaftlichen Instituts ist die Inanspruchnahme des einen zurzeit vorhandenen Schul- und Sammlungsdieners der allgemeinen Abteilung so gestiegen, daß eine weitere Stelle erforderlich erscheint.	
			Seite	37,300 *M*

Kap.	§	Tit.		
2			Übertrag	87,300 ℳ
			15. Errichtung einer nichtetatsmäßigen Assistentenstelle am Laboratorium für Wärmekraftmaschinen 2400 ℳ, Jahresbedarf vom 1. Januar 1913 an = für 1 Jahr der Finanzperiode	1,200 ℳ
			Die Notwendigkeit der Neuerrichtung ergibt sich durch den verstärkten Unterrichtsbetrieb im Laboratorium nach dem Bezug der größeren Räume im Neubau.	
			16. Sächliche Ausgaben.	
			Eine Erhöhung des Sachetats ist veranlaßt	
			a. bei den Etatsposten für Reinigung um 15,000 ℳ, Jahresbedarf vom 1. September 1912 = für ein Jahr der Finanzperiode	10,000 ℳ
			b. bei den Etatsposten für Beheizung, Beleuchtung und Beleuchtungsanlagen um 32,000 ℳ vom Beginn des Jahres 1912 ab, sohin für 1 Jahr der Finanzperiode	32,000 ℳ
			c. bei dem Etatsposten für Bewachung der Gebäude, Ein- und Aushängen der Winterfenster und ähnliche Ausgaben um 4200 ℳ vom 1. September 1912 ab, sohin Bedarf für 1 Jahr der Finanzperiode	2,800 ℳ
			d. bei dem Etat des Laboratoriums für technische Physik für 1 Jahr der Finanzperiode um	1,500 ℳ
			e. bei dem Laboratorium für Wärmekraftmaschinen für das Jahr 1912 um 2000 ℳ, für das Jahr 1913 um 4000 ℳ, sohin für 1 Jahr der Finanzperiode um	3,000 ℳ
			f. bei dem Laboratorium für Wasserkraftmaschinen für 1912 um 750 ℳ, für 1913 um 1500 ℳ, sohin für 1 Jahr der Finanzperiode um	1,125 ℳ
			Die Erhöhung dieser Positionen ist eine notwendige Folge des Bezugs der Erweiterungsbauten, der zum Teil schon zu Beginn des Jahres 1912, zum Teil im Herbst 1912 erfolgen wird.	
			Außerdem bedarf der Sachetat mehrerer Laboratorien, Sammlungen und Institute infolge der bisherigen Unzulänglichkeit oder des Steigens der Betriebskosten und Warenpreise einer Erhöhung. Es soll erhöht werden der Etat	
			g. des technisch-wirtschaftlichen Instituts von 800 ℳ auf 1500 ℳ, sohin um	700 ℳ
			h. des mathematischen Instituts für Zwecke der Photogrammetrie von 1000 ℳ auf 1500 ℳ, sohin um	500 ℳ
			i. der geographischen Sammlung von 255 auf 400 ℳ, sohin um	145 ℳ
			k. des mineralogischen Laboratoriums von 2700 ℳ auf 3000 ℳ, sohin um	300 ℳ
			l. des chemisch-technischen Laboratoriums von 4500 ℳ auf 5000 ℳ, sohin um	500 ℳ
			m. der Etatsposten für Untersuchungen auf dem Gebiet der Viehzucht von 450 ℳ auf 700 ℳ, sohin um	250 ℳ
			Summe B . . .	91,320 ℳ
			Hiezu „ A . . .	36,858 ℳ
			Gesamter Mehrbedarf .	128,178 ℳ
			Hievon werden, wie bereits erwähnt, durch Erhöhung der eigenen Einnahmen gedeckt	33,000 ℳ
			Bleibt Mehrbedarf . .	95,178 ℳ

Kap.	§	Tit.		
4			**Humanistische Gymnasien.**	
	2		Der Mehrbedarf an besonderen Staatszuschüssen mit . . . . wird in folgender Weise ausgewiesen:	174,489 ℳ
			1. Gehaltsergänzungen, und zwar für eine in der Finanzperiode 1910 und 1911 mit Raten bewilligte neue Religionslehrerstelle, dann zur Gewährung des Professorgehaltes an 7 Religionslehrer, welche in den Jahren 1910 und 1911 nach Vollendung von 12 Dienstjahren von Klasse 12 der Gehaltsordnung in Klasse 9 überzuführen waren, zusammen	2,740 ℳ.
			2. Gehaltsvorrückungen in den Jahren 1912 und 1913	146,123 ℳ.
			3. Neue Stellen, und zwar: a. Protestantische Religionslehrerstelle nach Klasse 12 der Gehaltsordnung für das Gymnasium Erlangen vom 1. September 1912 an (abzüglich des seitherigen Wochenstundenhonorars) . . . . 704 ℳ, b. 2 Turnlehrerstellen für die Gymnasien Hof und Lohr vom 1. September 1912 an (abzüglich des seitherigen Wochenstundenhonorars) 2 × 848 ℳ = ... 1,696 ℳ, c. Musiklehrerstelle für das Gymnasium Landau vom 1. September 1912 an (abzüglich des bisherigen Wochenstundenhonorars) 272 ℳ, d. Offiziantenstelle für das Neue Gymnasium in Würzburg vom 1. September 1912 an (abzüglich der bisherigen Vergütungen für Schreib- und Rechnungsbeihilfe) . . . . 840 ℳ. zusammen	3,512 ℳ.
			ad a. Da der protestantische Pfarrklerus von Erlangen nicht mehr imstande ist, den Religionsunterricht am dortigen Gymnasium zu erteilen, ist die Aufstellung eines hauptamtlichen Religionslehrers geboten. ad b. An den Gymnasien Hof und Lohr wurde der Turnunterricht bisher im Nebenamte von Volksschullehrern erteilt, die wegen vorgerückten Alters um Enthebung gebeten haben. Da in beiden Fällen die nebenamtliche Versehung des Turnunterrichtes nicht länger zweckmäßig erscheint, wird die Aufstellung eigener etatsmäßiger Turnlehrer beantragt. ad c. Der Musikunterricht am Gymnasium Landau umfaßt 24 Wochenstunden; die Schaffung einer etatsmäßigen Musiklehrerstelle erscheint daher gerechtfertigt. ad d. Die Errichtung einer Offiziantenstelle am Neuen Gymnasium in Würzburg entspricht bei der Größe der Anstalt und der dienstlichen Inanspruchnahme des Rektors einem Bedürfnis.	
			4. Zur Gewährung des Professorgehaltes an 10 etatsmäßige Religionslehrer, welche im Laufe der Finanzperiode 1912 und 1913 das 12. Dienstjahr vollenden, sind erforderlich für ein Jahr der Finanzperiode	1,663 ℳ.
			5. Mehrbedarf für sächliche Ausgaben, und zwar: a. Für Regiebedürfnisse (Beheizung, Beleuchtung, Buchdrucker- und Buchbinderlöhne), für Unterrichtsmittel, Spielplatzmiete u. dgl. . . . . . 9,665 ℳ, b. zur Neuregelung der Reinigungs- und Beheizungsaversen der Pedelle . . . . 12,000 ℳ. zusammen	21,665 ℳ.
			Der Mehrbedarf der Ziffer 5 ist in den allenthalben eingetretenen Lohn- und Preissteigerungen begründet. Die Reinigungs- und Beheizungsaversen wurden letztmals im Jahre 1901 geregelt.	
			Seite	175,703 ℳ

Kap.	§	Tit.		
4	2		Übertrag	175,703 M.
			6. Minderung der eigenen Einnahmen durch Verzicht auf die bisherigen etatsmäßigen Leistungen der Sebastiani-Bruderschaft und der Altöttinger Bruderschaft in Straubing zur Exigenz des dortigen Gymnasiums mit 700 M und 685 M 71 ₰, zusammen rund . .	1,386 M.
			Bei Wiederherstellung eines humanistischen Gymnasiums zu Straubing wurden den beiden Bruderschaften im Jahre 1817 mit Zustimmung der örtlichen und der Kuratelbehörden Beitragsleistungen zum Gymnasialetat auferlegt, die jetzt noch jährlich 700 M und 685 M 71 ₰ betragen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit denen die Bruderschaften bei Aufbringung der Beiträge zu kämpfen haben, ferner da die Bruderschaften in absehbarer Zeit keine Einnahmsüberschüsse mehr aufzuweisen haben werden und da die Leistungen den Zwecken der Bruderschaften fernliegen, dürfte auf ihrer Entrichtung weiterhin nicht zu bestehen sein.	
			Summe	177,089 M.
			Hievon ab:	
			Minderbedarf für 2 in Wegfall gekommene, bisher etatsmäßige Schuldienerstellen	2,600 M.
			Bleibt Mehrbedarf	174,489 M.
5			**Realgymnasien.**	
			Der Mehrbedarf gegenüber den Willigungen in der Finanzperiode 1910 und 1911 wird wie folgt ausgewiesen:	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			1. Ergänzung des Bedarfs für die in der Finanzperiode 1910 und 1911 mit Raten berechneten Gehaltsvorrückungen rc.	3,357 M
			2. Für Gehaltsvorrückungen in der Finanzperiode 1912 und 1913	23,063 M
			3. Neue Stellen:	
			a. 3 Gymnasialprofessorenstellen à 4800 M	14,400 M
			an Stelle von — aus Mehreinnahmen bezahlten — Aushilfsassistenten, deren Aufstellung infolge Frequenzmehrung nötig wurde. Die Einstellung von Professorstellen rechtfertigt sich dadurch, daß das Verhältnis der Professor- zu den Gymnasiallehrerstellen an den Realgymnasien im Lauf der Jahre infolge der Neuschaffung fast ausschließlich von Gymnasiallehrerstellen sich zuungunsten der Professorstellen verschoben hat und so zurzeit wesentlich ungünstiger ist als das gleiche Verhältnis an den humanistischen Gymnasien. Für die oberen Klassen der Realgymnasien, die in der Regel von Professoren geführt werden sollen, ist gegenwärtig an den Anstalten in München und Nürnberg die erforderliche Anzahl von Professorstellen nicht vorhanden.	
			b. 1 Gymnasiallehrerstelle für protestantische Religion am Realgymnasium München an Stelle der bisher gegen Wochenstundenhonorar bezahlten Nebenlehrer vom 1. September 1912 ab. 3000 M — 1944 M Wochenstundenhonorar = 1056 M, Jahresbedarf ab 1. September 1912 = für 1 Jahr der Finanzperiode . .	704 M
			Die Zahl der zu erteilenden protestantischen Religionsstunden, die mit der Anfügung der 3 unteren Klassen sich noch mehren wird, rechtfertigt die Aufstellung eines etatsmäßigen Lehrers.	
			Seite	41,524 M.

Kap.	§	Tit.		
			Übertrag	41,524 ℳ
5	1		c. 2 Gymnasiallehrerstellen vom Schuljahr 1912/13 an wegen Anfügung der ersten Klasse (zweifach) an das Realgymnasium München. 6000 ℳ Jahresbedarf vom 1. September 1912 ab = für 1 Jahr der Finanzperiode . . .	4,000 ℳ
			d. 2 Gymnasiallehrerstellen vom Schuljahr 1913/14 an wegen Anfügung der zweiten Klasse (zweifach) an das Realgymnasium München. 6000 ℳ Jahresbedarf vom 1. September 1913 ab = für 1 Jahr der Finanzperiode . . .	1,000 ℳ
			ad c. und d. Das Münchener Realgymnasium ist das einzige Realgymnasium, das bisher noch des Unterbaus der 3 ersten Klassen entbehrte. Mit dem Bezug des Neubaus werden diese Klassen anzugliedern sein.	
			e. 1 Offiziantenstelle für das Realgymnasium Nürnberg 1800 ℳ abzüglich der bisherigen Etatsposition für Schreibaushilfe zu 360 ℳ = 1440 ℳ. Jahresbedarf ab 1. September 1912 = für 1 Jahr der Finanzperiode	960 ℳ
			Das Realgymnasium Nürnberg hat, obwohl es die größte staatliche Mittelschule ist, bisher noch keinen Offizianten. Die vielen anfallenden Schreibgeschäfte machen die Aufstellung eines solchen nötig.	
			4. Mehrbedarf bei der Etatsposition für Stellvertretung ꝛc. . . . . insbesondere für einen nichtetatsmäßigen Schuldiener am Realgymnasium Nürnberg und zur Vermehrung der Mittel für Stellvertretung in Erkrankungsfällen.	2,165 ℳ
			5. Für Tagegelder und Reisekosten . . . . (Ein Betrag war bisher hiefür nicht ausgeworfen.)	200 ℳ
			Summe § 1	49,849 ℳ
	2		Sächliche Ausgaben.	
			1. Die Steigerung gegenüber der letzten Willigung beträgt abzüglich eines Minderbedarfs von 858 ℳ bei den Mietzinsen	9,029 ℳ
			Sie ist in der Hauptsache hervorgerufen durch erhöhte Ansätze für Beheizung und Beleuchtung in dem vom Schuljahr 1912/13 beziehbaren Neubau des Realgymnasiums München, dann durch die beabsichtigte Neuregelung der Reinigungs- und Beheizungsaversen der Pedelle.	
			2. Zur Bestreitung des Bedarfs für außerordentliche sächliche Ausgaben, die mangels einer Budgetposition bisher aus Schulgeldmehreinnahmen gedeckt werden mußten	3,000 ℳ
			Summe § 2	12,029 ℳ
			Hievon ab die Willigung für einmalige Anschaffungen aus Anlaß der Einführung der physikalisch-chemischen Schülerübungen in der Finanzperiode 1910 und 1911 zu . . .	1,000 ℳ
			Restsumme § 2	11,029 ℳ
	3		Für die pädagogisch-didaktische Vorbildung der Lehramtskandidaten.	
			Ergänzung des in der Finanzperiode 1910 und 1911 mit Raten bewilligten Bedarfs zur Einrichtung eines Seminars für die Zeichenlehramtskandidaten	3,000 ℳ
			Gesamter Mehrbedarf	63,878 ℳ
			Mit Rücksicht auf die Steigerung der Schülerzahl kann der Budgetansatz der eigenen Einnahmen aus Schulgeldern von 60,000 ℳ auf 80,000 ℳ, sohin um . . . . erhöht werden.	20,000 ℳ
			Eigentlicher Mehrbedarf	43,878 ℳ

Kap.	§	Tit.		
8	2		**Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten.**	
			A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminare.	
			Der vorliegende Etat weist gegenüber dem Budget der vorigen Finanzperiode einen Mehrbedarf von . . . . aus.	143,161 ℳ
			1. Davon treffen auf Gehaltsvorrückungen der etatsmäßigen Beamten in der Finanzperiode 1912 und 1913	19,827 ℳ
			2. Für Ergänzung des Bedarfs der Lehrerbildungsanstalt Pasing, der in der letzten Finanzperiode nur für $1^1/_3$ Jahr vorgesehen war, auf den ganzen Jahresbedarf sind erforderlich:	
			für Besoldung der Beamten . . . . 16,800 ℳ,	
			für sonstige persönliche Ausgaben . . . . 270 ℳ,	
			für sächliche Ausgaben . . . . 6,340 ℳ,	
			zusammen .	23,410 ℳ
			3. Infolge der Vereinigung des Schullehrerseminars und der Präparandenschule Schwabach seit 1. Januar 1910 und der Vereinigung des Schullehrerseminars und der Präparandenschule Freising zum 1. September 1911 zu vollen Lehrerbildungsanstalten ist der Gesamtaufwand der früher getrennt geführten Anstalten nunmehr bei den Vollanstalten vorzutragen. Dies ergibt eine Mehrung, und zwar:	
			bei der Lehrerbildungsanstalt Schwabach	
			für Besoldung der Beamten . . . . 14,400 ℳ,	
			für sonstige persönliche Ausgaben . . . . 360 ℳ,	
			für sächliche Ausgaben . . . . 1,657 ℳ,	
			zusammen .	16,417 ℳ
			bei der Lehrerbildungsanstalt Freising	
			für Besoldung der Beamten . . . . 22,671 ℳ,	
			für sonstige persönliche Ausgaben . . . . 1,620 ℳ,	
			für sächliche Ausgaben . . . . 3,340 ℳ,	
			zusammen .	27,631 ℳ.
			Seite	87,285 ℳ.

Kap.	§	Tit.		
8	2		Übertrag	87,285 ℳ.

4. Auf Grund der durch Gesamtbeschluß des Landtags zum Etat für 1908 und 1909 und für 1910 und 1911 erteilten Ermächtigung zur Aufstellung des für Parallelkurse notwendigen Lehrpersonals wurden aufgestellt:

a) zu Beginn des Schuljahrs 1909/10:

an der Lehrerbildungsanstalt Kaiserslautern

2 Präparandenlehrer mit je 2400 ℳ = ... 4800 ℳ,

an der Lehrerbildungsanstalt Lauingen

1 Seminarassistent mit . . . . 1800 ℳ,

b) zu Beginn des Schuljahres 1910/11:

am Schullehrerseminar Straubing

1 Seminarassistent als Fachlehrer für Zeichnen mit 1800 ℳ; Bedarf nach Abzug des seitherigen Stundenhonorars mit 432 ℳ = ... 1368 ℳ,

an der Lehrerbildungsanstalt Kaiserslautern

1 Präparandenlehrer mit . . . . 2400 ℳ,

an der Lehrerbildungsanstalt Speyer

1 Präparandenlehrer mit . . . . 2400 ℳ,

dann 1 Seminarassistent als Fachlehrer für Zeichnen mit 1800 ℳ; Bedarf abzüglich des seitherigen Stundenhonorars mit 432 ℳ = 1368 ℳ,

an der Lehrerbildungsanstalt Eichstätt

1 Präparandenlehrer mit . . . . 2,400 ℳ,

am Schullehrerseminar Würzburg

1 Präparandenlehrer mit . . . . 2400 ℳ,

an der Lehrerbildungsanstalt Lauingen

1 Präparandenlehrer mit . . . . 2400 ℳ,

an der Lehrerbildungsanstalt Pasing

2 Seminarschullehrer mit je 3000 ℳ = ... 6000 ℳ,
3 Präparandenlehrer mit je 2400 ℳ = ... 7200 ℳ,
und 2 Seminarassistenten mit je 1800 ℳ = ... 3600 ℳ,

Gesamtsumme . 38,136 ℳ.

Seite 125,421 ℳ.

Kap.	§	Tit.		
8	2		Übertrag	125,421 ℳ

Die in den letzten Jahren eingetretene außerordentliche Steigerung der Frequenz der Lehrerbildungsanstalten hat bereits zu einer — teilweise nicht unbeträchtlichen — Überzahl an männlichen Lehrkräften für den Volksschuldienst geführt und Maßnahmen zur Einschränkung des Zugangs zum Volksschullehramt in mehreren Regierungsbezirken notwendig gemacht. Infolge hievon wird eine Anzahl von Parallelabteilungen an Lehrerbildungsanstalten und Schulseminaren in den nächsten Jahren wieder aufgelöst und ein Teil der neuerrichteten Lehrstellen wieder eingezogen werden können.

5. Hauptsächlich infolge der namhaften Frequenzsteigerung ist an Honoraren für Fach- und Nebenunterricht bei den Lehrerbildungsanstalten Pasing, Kaiserslautern, Bamberg, Bayreuth, Schwabach, Lauingen und bei dem Schullehrerseminar Würzburg ein Mehrbedarf vorhanden von . . . . . 3,406 ℳ
sodann an Vergütungen für die Anstaltsärzte der Lehrerbildungsanstalten Kaiserslautern und Eichstätt und der Schullehrerseminare Straubing und Altdorf ein Mehrbedarf von . 640 ℳ.

6. Bei den sächlichen Ausgaben ergibt sich ein Mehrbedarf für Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Ergänzung der Unterrichtsmittel, Entlohnung und Verköstigung des Dienstpersonals, Miete von Spielplätzen, Schulgottesdienst, Krankenpflege und dergleichen im Gesamtbetrag von . . . . . 16,475 ℳ

Von dem hienach ausgewiesenen Gesamtmehrbedarf zu . . . . . 145,942 ℳ
geht ein Minderbedarf von . . . . . 2,781 ℳ
ab, hauptsächlich veranlaßt durch Aufstellung von Seminarlehrern an Stelle abgegangener Seminaroberlehrer, sodaß ein effektiver Mehrbedarf von . . . . . 143,161 ℳ
verbleibt.

B. Präparandenschulen.

Für die Präparandenschulen berechnet sich gegenüber dem Budget der letzten Finanzperiode ein Minderbedarf von . . . . . 32,402 ℳ

Derselbe wird wie folgt ausgewiesen:

Bei § 1 Persönliche Ausgaben ergibt sich ein Mehrbedarf von . . . . . 18,314 ℳ

Davon entfallen:

auf Ergänzung des Bedarfs der seit 1. September 1910 vollständigen Präparandenschule Münchberg . . . . . 950 ℳ,

auf Gehaltsvorrückungen der etatsmäßigen Beamten in der Finanzperiode 1912 und 1913 . . . . . 17,039 ℳ

und auf Erhöhung der Bezüge zweier nichtetatsmäßiger Schuldiener aus Anlaß der Übersiedelung in neue größere Schulgebäude . . 325 ℳ

Summe 18,314 ℳ.

Seite 18,314 ℳ

Kap.	§	Tit.		
			Übertrag	18,314 ℳ
8	2			

Diesem Mehrbedarf steht ein Minderbedarf gegenüber von . . . . 61,605 ℳ
nämlich

infolge der Vereinigung der Präparandenschulen Schwabach und Freising mit den seitherigen Schullehrerseminaren zu Vollanstalten (18,880 ℳ + 25,641 ℳ =) . . . . 44,521 ℳ

(davon wurden 14,760 ℳ + 24,291 ℳ auf den Etat der vollständigen Lehrerbildungsanstalten übertragen),

durch Aufstellung von Hauptlehrern und Präparandenlehrern an Stelle abgegangener Präparandenoberlehrer und Seminarlehrer . 15,459 ℳ,

infolge Ersetzung eines etatsmäßigen Pedells durch einen nichtetatsmäßigen Schuldiener . . . . 365 ℳ,

durch Wegfall von Stundenhonoraren . . . . 760 ℳ,

dann durch Abminderung der Position für Tagegelder und Reisekosten entsprechend dem Bedarf der letzten Jahre . . . . . . 500 ℳ

Summe wie oben 61,605 ℳ.

Nach Abgleichung ergibt sich sohin ein effektiver **Minderbedarf** an persönlichen Ausgaben von . . . . 43,291 ℳ.

Bei § 2 Sächliche Ausgaben berechnet sich ein Mehrbedarf von . . 19,813 ℳ,
hauptsächlich veranlaßt durch erhöhte Regieerfordernisse, erhöhte Mietpreise für neue Präparandenschulgebäude in Rosenheim, Deggendorf, Pfarrkirchen und Münchberg, dem ein Minderbedarf von . . . . 8,297 ℳ
— vorwiegend von dem Wegfall des Sachenbedarfs der früheren Präparandenschulen Schwabach und Freising herrührend —, gegenübersteht, so daß bei § 2 ein effektiver **Mehrbedarf** von . . . . 11,516 ℳ
verbleibt.

Bei § 3 Sustentationen und Alimentationen tritt infolge Ablebens Bezugsberechtigter ein **Minderbedarf** von . . . . 627 ℳ
hervor.

Der effektive Minderbedarf bei Abteilung B „Präparandenschulen“ ergibt demnach die Summe von . . . . 32,402 ℳ.

Für Abhaltung von Ferienkursen ist wie in der letzten Finanzperiode der Betrag von 5500 ℳ vorgesehen. Davon sind 3000 ℳ bei den vollen Lehrerbildungsanstalten und Seminarien und 2500 ℳ bei den Präparandenschulen eingestellt. Es dürfte, wie bisher, die Staatsregierung zu ermächtigen sein, von dieser Gesamtsumme den größeren Teil, etwa jährlich 4500 ℳ, zur Gewährung von Studienbeihilfen an Lehrkräfte von Lehrerbildungsanstalten, die zu Hochschulstudien behufs Ablegung der Lehramtsprüfung beurlaubt sind, den Rest zur Veranstaltung periodischer Ferienkurse für Lehrerbildner zu verwenden.

Kap. 31

Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan.

Der Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 stellt sich für die Akademie, Gartenbauschule, Molkereischule, Versuchs- und Lehrbrauerei, dann Versuchs- und Lehrbrennerei wie folgt:

Voranschlag	Akademie	Gartenbauschule	Molkereischule	Versuchs- und Lehrbrauerei	Versuchs- und Lehrbrennerei	Summe
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Besoldungen der Beamten (nach Anlage A) . . .	121,822	11,447	8,000	4,838	4,805	150,912
Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	9,493	1,900	1,024	—	1,950	14,367
Tagegelder und Reisekosten	2,000	80	500	50	300	2,930
Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Laboratoriumsbedürfnisse, Aufwendungen für den Haushalt und dergleichen)	41,650	16,413	20,057	3,960	9,481	91,522
Kosten auf den Molkereibetrieb	—	—	54,761	—	—	54,800
Kosten auf den Betrieb der Versuchs- und Lehrbrauerei	—	—	—	41,084	—	41,084
Kosten auf den Betrieb der Versuchs- und Lehrbrennerei	—	—	—	—	21,209	21,209
Summe	174,965	29,840	84,342	49,932	37,745	376,824
Hievon werden gedeckt:						
durch das Erträgnis des Staatsgutes	48,000	—	—	—	—	48,000
durch das Erträgnis der Baumschule	—	4,800	—	—	—	4,800
durch Unterrichtsgelder, Verpflegskostenbeiträge ꝛc. .	31,730	6,384	5,868	2,620	823	47,425
durch Einnahmen aus dem Betriebe:						
der Molkerei	—	—	55,368	—	—	55,368
der Versuchs- und Lehrbrauerei	—	—	—	39,924	—	39,924
der Versuchs- und Lehrbrennerei	—	—	—	—	17,482	17,482
zusammen	79,730	11,184	61,236	42,544	18,305	212,999
Bleiben durch Staatszuschuß zu decken	95,235	18,656	23,106	7,388	19,440	163,825
Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	96,694	18,029	13,146	10,073	19,124	157,066
Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	627	9,960	—	316	6,759
weniger	1,459	—	—	2,685	—	—

Kap.	§	Tit.	
31			Die im Budget für 1910 und 1911 bei der Akademie Weihenstephan vorgetragene Saatzuchtanstalt soll in finanzieller und organisatorischer Beziehung dem Staatsministerium des Innern unterstellt werden, da bei dem weiteren Ausbau der Anstalt das Schwergewicht auf die zum Geschäftskreis dieses Ministeriums gehörigen praktischen Aufgaben zur Förderung des heimischen Acker- und Pflanzenbaues gelegt werden soll. Der Aufwand für die Saatzuchtanstalt wird vom Jahre 1912 ab mit Ausnahme der Besoldung des die Anstalt leitenden Professors der Akademie Weihenstephan auf den Etat des Staatsministeriums des Innern übernommen. Demgemäß ist von der im Budget für 1910 und 1911 für die Saatzuchtanstalt vorgesehenen jährlichen Zuschußsumme von 23,947 ℳ die Besoldung des Anstaltsleiters als Akademieprofessor mit 4934 ℳ auf den Akademieetat übertragen worden, während der weitere Betrag von 19,013 ℳ wegen des Übergangs auf den Etat des Staatsministeriums des Innern hier abgesetzt wurde.

Der Mehraufwand für die Akademie verteilt sich in folgender Weise:

a. Für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen sind erforderlich . . . . 6,838 ℳ

b. Vom Etat der Saatzuchtanstalt sind für die Besoldung des die Anstalt leitenden Professors nach dem vorstehenden hieher zu übertragen . . . . 4,934 ℳ

Da im Budget für 1910 und 1911 Mittel für diese Professorstelle erst vom 1. September 1910 bereitgestellt waren, sind zur Ergänzung der Besoldung auf den vollen Jahresbedarf noch einzustellen . . . . 466 ℳ

c. An der landwirtschaftlichen Abteilung erscheint eine neue Professur für das Fach der Tierzucht notwendig, da die besondere Wichtigkeit dieses Faches und die vielfachen Beziehungen seines Vertreters zu den praktischen Landwirten eine ältere, erprobte Kraft erfordern, die nur durch eine Professur der Anstalt dauernd zu erhalten ist. Da eine Lehrerstelle dafür eingezogen werden kann, ergibt sich für die Professur ein Bedarf von . . . . 704 ℳ

d. Der Leiter der Buchstelle soll zum etatsmäßigen Beamten mit dem Gehalte eines landwirtschaftlichen Fachberaters — 4800 ℳ nach Klasse 9 der Gehaltsordnung — ernannt werden, wie dies nach den Erläuterungen zum Etat für 1910 und 1911 in Aussicht genommen war (Anlage C zum Etat Nr. 28 des Minist. d. J. f. K. u. Sch.A. für 1910 und 1911 S. 211 Abs. 3 von unten). Da dafür eine Vergütung für Vorlesungen über Buchführung mit 845 ℳ wegfällt, beträgt das Erfordernis zur Deckung des Gehalts bei der Akademie 3,955 ℳ

Durch die etatsmäßige Anstellung des Leiters der Buchstelle werden auch noch seine bisherigen Bezüge auf Rechnung der Etats der Molkereischule und der Versuchs- und Lehrbrauerei eingespart (s. unten).

e. Bei den sächlichen Ausgaben ergeben sich infolge von höheren Anforderungen, Preisen und Arbeitslöhnen Mehraufwendungen für Schreibmaterialien, Buchbinderkosten und sonstige Kanzleiauslagen, für Betriebsbedürfnisse der Laboratorien und Versuchsanlagen, dann für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Anstaltsräume sowie für Instandhaltung der Wege und des Parks. Außerdem erfordert der Unterhalt und Betrieb eines neuen Versuchsfelds und einer neuen Vogelschutzstation entsprechende Mittel. Im ganzen beträgt darnach der Mehrbedarf für sächliche Ausgaben . . . . 8,905 ℳ

Summe des Mehraufwands 25,802 ℳ.

Diesen Mehrerfordernissen stehen gegenüber:

a. eine Mehreinnahme aus Unterrichtsgeldern infolge Zunahme der Zahl der Studierenden zu . . . . 3,801 ℳ

b. eine Erhöhung der Betriebsergebnisse des Staatsgutes Weihenstephan zu . . 22,460 ℳ

c. eine Ausgabenminderung infolge Wegfalls der mit der Saatzuchtanstalt auf den Etat des Staatsministeriums des Innern übergehenden Aufwendungen für den Anbau und die Züchtung von Kartoffeln und für feldmäßige Prüfungen von gezüchtetem Saatgetreide zu . . . . 1,000 ℳ

in Summe 27,261 ℳ.

Kap.	§	Tit.	
31			

Nach Abzug der Mehraufwendungen von der Summe der Mehreinnahmen und der Ausgabenminderung ergibt sich für die Akademie hinsichtlich des aus Staatsmitteln zu deckenden Zuschusses, wie vor angegeben, ein Minderbedarf von
(27,261—25,802 ℳ =) . . . . 1,459 ℳ.

Das Staatsgutserträgnis ist im ganzen für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren erzielten Betriebsergebnisse auf 48,000 ℳ veranschlagt, sohin um 22,460 ℳ höher als in der Finanzperiode 1910 und 1911.

Als Einnahmeüberschuß des Staatsgutes ließe sich nach den durchschnittlichen Abschlüssen der letzten drei Jahre zwar eine noch etwas größere Summe einstellen. Hievon wurde jedoch wie in den vorausgegangenen Finanzperioden Abstand genommen. Eine vorsichtige Veranschlagung der immer unsicher bleibenden Betriebsanfälle erscheint geboten. Ein Teil der Einnahmen aus dem Staatsgute und den mit der Akademie Weihenstephan verbundenen sonstigen Betrieben muß, wie bisher, mit Rücksicht auf die wachsende Ausdehnung der Betriebe zu notwendigen Verbesserungen der Einrichtungen der Staatsbrauerei, der Staatsgutsökonomie und anderer Akademiebetriebe herangezogen werden und es soll auch weiterhin je nach den verfügbaren Mitteln ein Teil des Staatsgutsertrags zur Verstärkung des Betriebsfonds einbehalten werden. Letzterer Fonds beträgt gegenwärtig 243,800 ℳ und ist vorerst in 3½ %igen Wertpapieren bei der K. Bank hinterlegt (vgl. Gesamtbeschluß des Landtags vom 28. Juni 1900 zum Staatsbudget für die Finanzperiode 1900 und 1901 Ziffer VII, 2).

Bei der Gartenbauschule sind für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen 627 ℳ, für Regiebedürfnisse, Düngerankauf, Sämereien usw., dann für Haushaltsbedürfnisse und für die Abhaltung von Obstbaukursen 1730 ℳ, sohin im ganzen 2357 ℳ mehr erforderlich. Dagegen erhöhen sich die Erträgnisse des Baumschulgutes um 1310 ℳ, die Einnahmen aus Unterrichts- und Verpflegsgeldern der Schüler und Kursteilnehmer um 420 ℳ. Nach Abzug der Mehreinnahmen von den Mehrerfordernissen verbleibt ein Mehrbedarf von (2357 — 1730 ℳ =) . . . . 627 ℳ.

Bei der Molkereischule sind mehr erforderlich für Kanzlei- und Laboratoriumsbedürfnisse, für Lehrmittel und Verköstigung der Molkereischüler, dann für besondere Versuche (Prüfung der Milchleistung der Kühe) . . . . 2,841 ℳ
für den Molkereibetrieb infolge weiterer Ausdehnung des Betriebs, Verbesserung und Vermehrung des Viehbestands und gestiegener Preise und Löhne . . . . 6,216 ℳ
für den Betrieb einer neueingerichteten Kindermilchanstalt . . . . 10,100 ℳ
in Summe 19,157 ℳ.

Demgegenüber stehen Minderausgaben infolge Wegfalls von Dienstalterszulagen und der bisher an den Leiter der Buchstelle bezahlten Unterrichtsvergütung mit zusammen 442 ℳ sowie Mehreinnahmen aus Verpflegsgeldern der Molkereischüler, aus dem Molkereibetriebe, aus dem Verkauf von Vieh usw. mit zusammen 8755 ℳ. Der Mehrbedarf bei der Molkereischule beziffert nach Abzug der Minderausgaben und Mehreinnahmen (19,157 — 9,197 ℳ =) . . . . 9960 ℳ.

Die Versuchs- und Lehrbrauerei weist an Mehrausgaben auf für Gehaltsvorrückungen . . . . 500 ℳ
und für Laboratoriumsbedürfnisse, Apparate, Lehrmittel usw. . . . . 800 ℳ.
Dagegen vermindern sich die Brauereibetriebskosten um 1300 ℳ und es kommen weiter die bisher dem Leiter der Buchstelle für Versehung einer Assistentenstelle und für die Brauereibuchführung gewährten Bezüge mit im ganzen 2685 ℳ in Wegfall. Darnach ergibt sich bei der Versuchs- und Lehrbrauerei ein Minderbedarf von (3985 — 1300 ℳ =) . . . . 2685 ℳ.

Bei der Versuchs- und Lehrbrennerei werden mehr gefordert:
für Gehaltsvorrückungen . . . . 505 ℳ
für Tagegelder und Reisekosten zu einem verstärkten Außendienst (Besuch von Brennereien zur Beratung) . . . . 150 ℳ
und für Regiebedürfnisse (Schreibmaterialien, Buchdruckerlöhne, Inserationskosten usf.) . . . . 222 ℳ
Die Unterrichts- und Verpflegsgelder der Brennereischüler und sonstigen Kursbesucher ergeben nach den durchschnittlichen Anfällen der letzten Jahre eine Mindereinnahme von 489 ℳ
Summe der Mehrerfordernisse und der Mindereinnahmen 1366 ℳ.

Kap.	§	Tit.	
31			Da andererseits die Unkosten des Brennereibetriebs sich hauptsächlich infolge von Verbesserungen des Verfahrens um . . . . 1050 ℳ mindern, berechnet sich für die Versuchs- und Lehrbrennerei im ganzen nur ein Mehraufwand von (1366—1050 ℳ =) . . . . 316 ℳ.
			Die Abgleichung des vorstehend im einzelnen ausgewiesenen Mehr- und Minderbedarfs ergibt bei der Akademie Weihenstephan und ihren Instituten im gesamten einen Mehrbedarf von 6759 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913. Nach Abrechnung dieses Mehrbedarfs von der bisherigen, für 1912 und 1913 in Wegfall kommenden Etatssumme der Saatzuchtanstalt zu 23,947 ℳ mindert sich der durch Staatszuschuß zu deckende Bedarf für die Akademie Weihenstephan und ihre Institute für ein Jahr der Finanzperiode 1912 und 1913 noch um 17,188 ℳ.

München, den 16. August 1911.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Etat Nr. 28.

Staatsministerium der Finanzen.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer I. Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Staatsministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 400 M künftig wegfallend.	328,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	3,200
			Summe § 1	333,600
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen) . . . . Hievon 1000 M für innere Einrichtung künftig wegfallend.	32,000
			Summe A	365,600
			B. Oberster Rechnungshof.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 600 M künftig wegfallend.	109,500
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	14,000
			Summe § 1	123,500
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	4,000
			Summe B	127,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Die bei verschiedenen Etatstiteln eingetretene Abminderung des Bedarfs für Tagegelder und Reisekosten hat in der beabsichtigten Änderung der bezüglichen Vorschriften ihren Grund.
309,600	18,400	—	A S. 20	
2,400	—	—		
3,500	—	300		
315,500	18,100	—		
31,000	1,000	—		Der künftig wegfallende Bedarf ist für die Einrichtung des Geschäftszimmers eines weiteren Referenten bestimmt.
346,500	19,100	—		
106,500	3,000	—	A S. 21	
—	—	—		
15,230	—	1,230		
121,730	1,770	—		
4,000	—	—		
125,730	1,770	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer I.	
1			**C. Rechnungskammer.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . . Hievon 200 ℳ künftig wegfallend.	88,400
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	300
		3	Tagegelder und Reisekosten	400
			Summe § 1	89,100
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	5,200
			Summe C	94,300
			D. Zentralstaatskasse.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . . Hievon 1280 ℳ künftig wegfallend.	57,600
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	300
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	57,900
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	6,000
		2	Mietzinse für Amtsräume	20,000
			Summe § 2	26,000
			Summe D	83,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
			A S. 22	
84,570	3,830	—		
300	—	—		
500	—	100		
85,370	3,730	—		
5,200	—	—		
90,570	3,730	—		
55,630	1,970	—	A S. 23	
300	—	—		
—	—	—		
55,930	1,970	—		
7,200	—	1,200		Minderung durch Wegfall des einmaligen Bedarfs.
20,000	—	—		
27,200	—	1,200		
83,130	770	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913 ℳ
			Ziffer I.	
1			**E. Kreisregierungen, Kammern der Finanzen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 8300 ℳ künftig wegfallend.	1'908,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	12,700
		3	Tagegelder und Reisekosten	80,000[1]
			Summe § 1	2'000,700
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	136,000[2]
		2	Zur Ausstattung der Repräsentationsräume der Dienstwohnungen der Regierungspräsidenten	3,000[3]
			Summe § 2	139,000
			Summe E	2'139,700
			F. Kreiskassen.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2800 ℳ künftig wegfallend.	205,300
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	400
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	205,700
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	12,800
			Summe F	218,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
M	M	M	
1'784,530	123,470	—	A S. 24/25
12,700	—	—	
61,000	19,000	—	
1'858,230	142,470	—	
136,000	—	—	
10,000	—	7,000	
146,000	—	7,000	
2'004,230	135,470	—	
197,780	7,520	—	A S. 26
400	—	—	
—	—	—	
198,180	7,520	—	
12,800	—	—	
210,980	7,520	—	

Erläuterungen

[1]) Infolge der Änderung der Verordnung über die Tagegelder und Reisekosten für auswärtige Dienstgeschäfte wäre an sich eine Abminderung der bisherigen Willigung von 61,000 M auf . . . . 50,000 M möglich; andererseits ergibt sich jedoch infolge der künftigen Steuerinspektionen und Steuerrevisionen ein Mehrbedarf von . . . . . . 30,000 M (vgl. Verh. d. K. d. Abg. 1909/10 Beil.Bd XI Beil. 1166 S. 282),
so daß als künftiger Gesamtbedarf die Summe von . . . . 80,000 M und der letzten Finanzperiode gegenüber ein Mehrbedarf von . . . . 19,000 M sich ergibt.

[2]) Der Bedarf für die sächlichen Ausgaben der Kreisregierungen ist zur Hälfte hier und zur andern Hälfte bei dem Etat des Staatsministeriums des Innern (Ziff. I Kap. 1 D § 2 Tit. 1) veranschlagt.

[3]) Die Ausstattung der Repräsentationsräume der Dienstwohnungen der Regierungspräsidenten ist in der Hauptsache beendet. Zur Instandhaltung der angeschafften Einrichtungsgegenstände und für etwaige Nachschaffungen genügt die veranschlagte abgeminderte Summe. Der gleiche Betrag ist im Etat des Staatsministeriums des Innern — Ziff. I Kap. 1 D § 2 Tit. 2 — vorgesehen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag		Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
					ℳ
			Ziffer I.		
1			**G. Rentämter.**		
	1		Persönliche Ausgaben.		
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 111,400 ℳ künftig wegfallend.		5'793,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen		370,000[1]
		3	Tagegelder und Reisekosten		360,000[2]
			Summe § 1		6'523,000
	2		Sächliche Ausgaben.		
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dgl.	423,000 ℳ	
			Hievon werden . . . . (künftig wegfallender Bedarf)	23,000 ℳ[3])	
			aus dem Kredite für Bauten und innere Einrichtung aus Anlaß der Neuorganisation der Rentämter (§ 15 E Nr. 31 des Finanzgesetzes vom 10. August 1902) gedeckt, so daß hier verbleiben		400,000
		2	Mietzinse für Amtsräume		—
			Summe § 2		400,000
			Summe G		6'923,000
			H. Messungsämter.		
	1		Persönliche Ausgaben.		
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 2400 ℳ künftig wegfallend.		1'490,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen		284,000
		3	Tagegelder und Reisekosten		400,000
			Summe § 1		2'174,000
	2		Sächliche Ausgaben.		
		1	Für Schreib- und Zeichnungsbedürfnisse, Planmaterial, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . . . Hievon 5000 ℳ für Neuanschaffungen künftig wegfallend.		180,000
		2	Mietzinse für Amtsräume		67,000
		3	Sonstige sächliche Ausgaben (Kosten für Steinmaterial zur Polygonisierung u. dgl.)		2,000
			Summe § 2		249,000
			Summe H		2'423,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913 mehr	Sohin für 1912 und 1913 weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	
4'785,850	1'007,150	—	A S. 27
320,000	50,000	—	
270,000	90,000	—	
5'375,850	1'147,150	—	
340,000	60,000[3]	—	
20	—	20	
340,020	59,980	—	
5'715,870	1'207,130	—	
1'379,200	110,800	—	A S. 28
213,800	70,200[4]	—	
420,000	—	20,000	
2'013,000	161,000	—	
160,000	20,000[5]	—	
64,000	3,000[6]	—	
—	2,000[7]	—	
224,000	25,000	—	
2'237,000	186,000	—	

Erläuterungen

[1]) Von dem veranschlagten Bedarfe zu 370,000 ℳ sind
60,000 ℳ zur Deckung der Kosten für die Stellvertretung und Geschäftsaushilfe infolge von Erkrankungen, Beurlaubungen u. dgl. bestimmt; weitere
30,000 ℳ sind zur Deckung des Aufwandes für die Mitwirkung von Beamten der Regierungsfinanzkammern bei der Steuerveranlagung erforderlich (vgl. Verh. d. K. d. Abg. 1909/10 Beil.Bd. XI Beil. 1166 S. 282); der Rest von
280,000 ℳ entfällt auf die Bezüge der Kameralpraktikanten und Rentamtsinzipienten. Hiebei sind die Mittel vorgesehen, um mit Wirkung vom 1. Januar 1912 die Bezüge der Rentamtsinzipienten in der Weise neu regeln zu können, daß sie je nach dem Dienstalter von 360 ℳ bis zum Jahresbetrage von 900 ℳ ansteigen.

[2]) Infolge der Änderung der Verordnung über die Tagegelder und Reisekosten für auswärtige Dienstgeschäfte könnte an sich die bisherige budgetmäßige Willigung von 270,000 ℳ auf . . . . 265,000 ℳ abgemindert werden. Andererseits ergibt sich infolge der Abordnung des rentamtlichen Personals zur Entgegennahme von Steuererklärungen und zu sonstigen Erhebungen in Steuersachen ein Mehrbedarf von . 40,000 ℳ (vgl. Verh. d. K. d. Abg. 1909/10 Beil.Bd. XI Beil. 1116 S. 282); ein weiterer Mehrbedarf von . . . . 55,000 ℳ ist zur Erhöhung der Gebührenanteile und Fahrradentschädigungen von Rentamtsdienern erforderlich, um sie für die mit dem auswärtigen Dienste verbundenen Auslagen schadlos zu halten, so daß der Gesamtbedarf auf . . . . 360,000 ℳ sich berechnet.

[3]) Durch den § 15 E Nr. 31 des Finanzgesetzes vom 10. August 1902 war für Bauten bei den Kreisregierungen und Rentämtern einschließlich der inneren Einrichtung aus Anlaß der Neuorganisation der Rentämter die Summe von 6'176,300 ℳ bewilligt. Hieran hat sich infolge der Erzielung günstiger Angebote bei der Vergebung der Arbeiten und durch Beobachtung möglichster Sparsamkeit eine Erübrigung von . . . . 227,300 ℳ ergeben. Für Rechnung dieser Erübrigung wurde inzwischen die Summe von . . . . 181,000 ℳ für den Neubau eines Bureaugebäudes für das Rentamt Neustadt a. D., für den Neubau eines Rentamtsgebäudes in Pfarrkirchen und für den Umbau und die Erweiterung des Rentamtsgebäudes in Weilheim bereitgestellt, so daß zurzeit noch die Summe von rund . . . . 46,000 ℳ zur Verfügung steht. Diese Summe soll nebst etwaigen weiteren Erübrigungen, die sich an den vorbezeichneten Krediten ergeben, zur Anschaffung von Schreibmaschinen für die Rentämter und sonstige Behörden der Finanzverwaltung Verwendung finden.

Die Erhöhung des fortdauernden Bedarfs ist durch den Mehrbedarf an sächlichen Ausgaben infolge der Steuerreform bedingt, da dieser Mehrbedarf im Budget der Jahre 1910/11 nur mit dem für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911 sich berechnenden Betrage vorgesehen war.

[4]) Der Mehrbedarf ist veranlaßt durch die eingetretene Vermehrung der Hilfskräfte und die in Aussicht genommene Erhöhung ihrer Entlohnung.

[5]) Zur Förderung des Messungsdienstes ist die Neuanschaffung von Theodoliten und Rechenmaschinen notwendig. Im übrigen ist der Mehrbedarf teils durch die eingetretenen Personalvermehrungen, teils durch die gesteigerten Materialienpreise bedingt.

[6]) Die Erhöhung des Bedarfs ist eine Folge des Steigens der Mietpreise.

[7]) Mit Rücksicht auf den Aufwand im Jahre 1910 bemessen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziff. I.	
1			**J. Lithographische Anstalt.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 50 ℳ künftig wegfallend.	44,100
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	600
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	44,700
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, dann für Materialien, Druckgerätschaften und dergleichen)	5,500
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	1,000
			Restsumme § 2	4,500
			Summe J	49,200
			Zusammenstellung.	
			Summe A	365,600
			„ B	127,500
			„ C	94,300
			„ D	83,900
			„ E	2'139,700
			„ F	218,500
			„ G	6'923,000
			„ H	2'423,000
			„ J	49,200
			Zur Ergänzung des Budgetbetrags für die Jahre 1910 und 1911 (H. Besonderer Aufwand bei den Regierungen, Kammern der Finanzen, und den Rentämtern aus Anlaß der Durchführung der Steuerreform)	—
			Summe Kap. 1	12'424,700
2			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	1'121,500
			Hievon ab der auf die K. Bank treffende Anteil der Bauschsumme für abgelöste Postsendungen	149,500
			Restsumme Kap. 2	972,000
3			**Umzugskosten**	15,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
42,500	1,600	—	A S. 29	
600	—	—		
—	—	—		
43,100	1,600	—		
6,140	—	640		Minderung durch Wegfall des einmaligen Bedarfs.
1,000	—	—		
5,140	—	640		
48,240	960	—		
346,500	19,100	—		
125,730	1,770	—		
90,570	3,730	—		
83,130	770	—		
2'004,230	135,470	—		
210,980	7,520	—		
5'715,870	1'207,130	—		
2'237,000	186,000	—		
48,240	960	—		
407,000	—	407,000		Der Bedarf für die Durchführung der Steuerreform ist nunmehr bei den einschlägigen Etatspositionen der Regierungen und der Rentämter berücksichtigt.
11'269,250	1'562,450	407,000		
	1'155,450			
1'014,300				
134,300				
880,000	92,000	—		Mehr infolge der vereinbarten Erhöhung der Bauschsumme für die Ablösung der Portofreiheit sowie infolge des Anschlusses sämtlicher Rentämter an das Telephonnetz.
15,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer I.	
4			**Zur Förderung der weiteren Ausbildung der Beamten und Anwärter des höheren Finanzverwaltungsdienstes**	6,000
5			**Aufwand an Unterstützungen.**	
	1		Für Unterstützungen des Personals der Rentämter und der Hinterbliebenen desselben . .	130,000
	2		Staatszuschuß an den Pensionsverein der Rentamtsgehilfen	15,000
	3		Staatszuschuß an den Unterstützungsverein für Witwen und Waisen der Steuer-, Gemeinde- und Stiftungseinnehmer der Pfalz	4,000
			Summe Kap. 5	149,000
6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen- und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	60,000
	2		Für Gebäudeunterhaltung . . . . . Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.	214,000
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . . . . Auf spätere Finanzperioden übertragbar.	116,500
			Summe Kap. 6	390,500
7			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Kosten des Heilverfahrens nach Artikel 89 Abs. 6 und Artikel 101 des Beamtengesetzes und sonstige, vorstehend nicht aufgeführte Ausgaben)	12,000
			Hiezu Summe Kap. 3	15,000
			" " 2	972,000
			" " 1	12'424,700
			Summe Ziffer I (Etat der allgemeinen Finanzverwaltung)	13'969,200

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
6,000	—	—		
130,000	—	—		
15,000	—	—		
4,000	—	—		
149,000	—	—		
50,000	10,000	—		Im Anhalt an den Aufwand der letzten 5 Jahre veranschlagt.
214,000	—	—		
116,500	—	—	B S. 33/35	
380,500	10,000	—		
12,000	—	—		
15,000	—	—		
880,000	92,000	—		
11'269,250	1'155,450	—		
12'711,750	1'257,450	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				M
			Ziffer II. Etat des Katasterbureaus.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 6000 M künftig wegfallend.	696,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	124,900
		3	Tagegelder und Reisekosten	129,100
			Summe § 1	950,200
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib- und Zeichnungsbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	39,000
		2	Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	500
		3	Für Maschinen, Pressen und Druckmaterial	2,900
		4	Für Vermessungen	24,000
		5	Für Prüfungen und Fortbildungskurse	1,800
		6	Für sonstige sächliche Ausgaben	34,900
			Summe § 2	103,100
			Summe Kap. 1	1'053,300
2			**Umzugskosten**	—
3			**Unterstützungen**	22,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
660,800	35,400	—	A S. 31/32	
113,600	11,300[1]	—		[1]) Der Mehrbedarf ist bedingt durch die Vermehrung und höhere Entlohnung von Hilfskräften.
117,800	11,300[2]	—		[2]) Der bisherige Budgetansatz ist unzulänglich.
892,200	58,000	—		
38,300	700	—		
500	—	—		
2,400	500	—		
24,000	—	—		
1,800	—	—		
33,600	1,300	—		
100,600	2,500	—		
992,800	60,500	—		
—	—	—		
22,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Ziffer II.	
4			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen- und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	2,200
	2		Für Gebäudeunterhaltung	5,500
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
			Summe Kap. 4	7,700
5			**Zuschuß an den Abmarkungsfonds**	30,000
6			**Übrige Ausgaben**	1,000
			Hiezu Summe Kap. 3	22,000
			" " 2	—
			" " 1	1'053,300
			Summe Ziffer II	1'114,000
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	153,000
			Restausgabe Ziffer II (Etat des Katasterbureaus)	961,000
			Hiezu Ziffer I (Etat der allgemeinen Finanzverwaltung)	13'969,200
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 28)	14'930,200

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,200	—	—		
5,500	—	—		
—	—	—		
7,700	—	—		
30,000	—	—		
1,000	—	—		
22,000	—	—		
—	—	—		
992,800	60,500	—		
1'053,500	60,500	—		
138,500	14,500	—		
915,000	46,000	—		
12'711,750	1'257,450	—		
13'626,750	1'303,450	—		

Außerdem sind im Etat Nr. 30
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 1'010,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 610,000 ℳ

Summe 1'620,000 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . 14'930,200 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen im ordentlichen Budget . 16'550,200 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen . . . . . . 16'550,200 ℳ

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Art. 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 ...es. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als ...sondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Auf...fferungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Ziffer I. Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.						
	A. Staatsministerium.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
1	Staatsminister	1	—	24,000	5,000[1]		
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]		
5	Ministerialräte	10	8400 bis 10200	93,500	1,200[3]		
6	Oberregierungsräte . . .	5[4]	7200 bis 8200	35,700	—		
7	Regierungsräte	4	6000 bis 7500	26,000	—		
9	Regierungsassessoren . . .	3[5]	4800 bis 5300	14,900	—		
12	Finanzassessoren	2[5]	3000	6,000	—		
13	Geheimer Rechnungskommissär	1					
	Geheime Sekretäre	2					
	Geheime Registratoren . .	2[6]					
	[6]) Hievon 1 Stelle künftig wegfallend.	5	4600 bis 5800	27,500	—		
14	Sekretäre und Registratoren	10	3000 bis 4500	37,000	—		
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	7	1800 bis 2250	13,900	—		
21	Boten und Diener	9	1950 bis 2700	22,500	—		
29	Kanzleiassistentinnen . . .	2[7]	1200	2,400	—		
	Summe a	59		315,400	8,600	400	324,400
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Akzessisten	2	1800	3,600	—	—	3,600
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	61		319,000	8,600	400	328,000
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	57		299,680	8,600	künftig wegfallend 1,320	309,600
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	4		19,320	—	—	18,400
	weniger:	—		—	—	920	

Erläuterungen

Der ausgewiesene Mehrbedarf ist, soweit nichts Besonderes bemerkt ist, durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt. Für die kommende Finanzperiode ist hiebei zu berücksichtigen, daß mit dem 1. Januar 1912 für die Beamten der Klassen 5 mit 13 der Gehaltsordnung die Frist für die Sperre der vorletzten Dienstaltersstufe und für die Beamten der Klassen 14 mit 30 die Frist für die Sperre der letzten Dienstaltersstufe des Gehalts abläuft.

[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.

[2]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[3]) Zulage eines mit der Vertretung des Staatsministers als Staatsrat betrauten Ministerialrats.

[4]) 1 Stelle mehr ab 1. Juli 1912. Diese Stelle ist mit Rücksicht auf die Geschäftsmehrung erforderlich, die der Oberberufungskommission für Steuersachen infolge der neuen Steuergesetze erwachsen wird.

[5]) 1 Regierungsassessors-Stelle weniger, dafür
2 Finanzassessoren-Stellen mehr,
entsprechend der tatsächlichen Zahl der Referatshilfsarbeiter, die im Interesse der geordneten Geschäftsführung eine Abminderung nicht erleiden kann.

[6]) Die Stelle eines Geheimen Registrators wird bei eintretender Erledigung in eine Registratorstelle (nach Klasse 14 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.

[7]) 2 neue Stellen, die bereits im Laufe des Jahres 1911 zur Bedienung der im Ministerium errichteten Telephonzentrale und zur Bewältigung der gesteigerten Geschäftslast der Kanzlei geschaffen werden mußten.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	B. Oberster Rechnungshof.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsident	1	—	14,000				
6	Räte	8	8200 bis 9200	70,450				
9	Rechnungskommissäre . . .	2	4800 bis 6800	11,600				
16	Sekretäre und Registratoren	2	2700 bis 3600	6,200				
21	Kanzlei- und Registratur-assistent	1	—	2,100				
22	Boten und Diener	2	2200 bis 2300	4,550				
	Summe a	16	—	108,900	—	600	109,500	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte . .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	16	—	108,900	—	600 Künftig wegfallend	109,500	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	16	—	105,700	—	800	106,500	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	3,200	—	—	3,000	
	weniger:	—	—	—	—	200		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	C. Rechnungskammer.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,600				
7	Regierungsräte	2	6500 bis 8000	14,300				
12	Finanzassessoren und Rechnungskommissäre . . .	12	3000 bis 5000	46,800				
17	Sekretäre und Registratoren	3	2100 bis 3600	8,600				
17	Kanzlist	1*)	—	3,300				*) Die Kanzlistenstelle wird bei eintretender Erledigung in eine Kanzleiassistentenstelle (nach Klasse 23 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
23	Kanzlei- und Registraturassistent	1	—	2,000				
25	Boten und Diener . . .	2	1700 bis 1900	3,600				
	Summe a	22	—	88,200	—	200	88,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte . .	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	22	—	88,200	—	200 Künftig wegfallend	88,400	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	22	—	83,850	—	720	84,570	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	4,350	—	—	3,830	
	weniger:	—	—	—	—	520		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Zentralstaatskasse.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Vorstand	1	—	8,000				
9	Kontrolleur	1	—	6,780				
11	Zahlmeister	1[1]	—	5,100				[1]) Die Stellen des Zahlmeisters und der Buchhalter werden bei eintretender Erledigung in Sekretärstellen (nach Klasse 17 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
14	Buchhalter	2[1]	4500 bis 4800	9,250				
17	Sekretäre	7	2400 bis 3600	22,790				
22	Geldzähler	2[2]	2000 bis 2400	4,400				[2]) 1 Stelle weniger, die als entbehrlich eingezogen werden konnte.
	Summe a	14	—	56,320	—	1,280	57,600	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	14	—	56,320	—	1,280 Künftig wegfallend	57,600	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	15	—	54,500	—	1,130	55,630	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	1,820	—	150	1,970	
	weniger:	1	—	—	—	—		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	E. Regierungen, Kammern der Finanzen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsidenten	8	14,000	56,000	14,400[1])			[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung. Die andere Hälfte der Gehalte sowie des Repräsentationsbezugs der Regierungspräsidenten ist im Etat des Staatsministeriums des Innern veranschlagt.
	hier die Hälfte	4						
5	Direktoren	8	9000 bis 10200	77,400	—			
7	Regierungsräte	49	6000 bis 8000	344,700	—			
7	Regierungs- und Steuerräte	8	6000 bis 7500	51,400	—			
9	Regierungsassessoren . . .	24	4800 bis 5300	120,700	—			
9	Regierungs- und Steuerassessoren	8	4800 bis 5800	43,800	—			
9	Rechnungskommissäre mit dem Gehalte der Rechnungskommissäre des Obersten Rechnungshofs	3[2])	5800 bis 6800	18,940	—			[2]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in Rechnungskommissärstellen nach Klasse 12 oder 14 der Gehaltsordnung umgewandelt werden.
12	Finanzassessoren und Finanzrechnungskommissäre . .	187[3])	3000 bis 5000	615,200	—			[3]) 4 Stellen nach Klasse 12 weniger, dafür 5 Stellen nach Klasse 14 mehr, nämlich 2 Steuerrechnungskommissäre und 3 Gebührenrechnungskommissäre, daher 1 Gebührenrechnungskommissärstelle mehr, die durch die Zunahme des Prüfungsgeschäfts bedingt ist. Der Bedarf für diese Stelle ist vom 1. Juli 1912 an berechnet.
12	Kreisgeometer	30	3000 bis 3500	95,000	—			
14	Präsidialsekretäre	4[4])	3900 bis 4200	16,500	—			
14	Steuerrechnungskommissäre	4[3])	3000 bis 3500	12,460	—			
14	Gebührenrechnungskommissäre	3[3])	3,000	8,250	—			[4]) Die übrigen Stellen des Sekretariats-, Registratur-, Kanzlei-, Boten- und Druckereidienstes der Kreisregierungen sind bei dem Etat des Staatsministeriums des Innern veranschlagt.
17	Sekretäre, Registratoren und Kanzlisten	56[4])	1800 bis 3600	162,400	—			
	Seite	388	—	1'622,750	14,400			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	388	—	1'622,750	14,400			
23	Kanzlei- und Registraturassistenten	59[1]	1500 bis 2400	111,400	—			[1]) Vgl. Erläuterungf 4 auf S. 24. 1 Kanzleiassistentenstelle mußte mit Rücksicht auf die Zunahme der Geschäftslast mehr vorgesehen werden.
25	Boten und Diener	38[1]	1500 bis 2100	70,350	—			
25	Steindrucker	9[1]	1500 bis 2100	16,000	—			
	Summe a	494	—	1'820,500	14,400	8,300	1'843,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessisten	36	1800	64,800	—	—	64,800	
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	*) 530	—	1'885,300	14,400	8,300 Künftig wegfallend	1'908,000	*) 514 1/2 Beamte nach der Anlage A zum Etat Nr. 29 für 1910 und 1911, 14 Beamte, für die im Etat der Jahre 1910 und 1911 der Bedarf nur für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911 vorgesehen war, nach der Beilage 1178 zu den Verh. d. K. d. Abg. 1909 u. 1910 — Beilage Bd. XI S. 328 —, 528 1/2 Beamte wie neben.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	528½	—	1'754,790	14,400	15,340	1'784,530	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	1½	—	130,510	—	—	123,470	
	weniger:	—	—	—	—	7,040		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	F. Kreiskassen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Kreiskassiere	8	5300 bis 6800	51,900	—			
11	Kreiskassekontrolleure . . .	8	4100 bis 5600	42 400	—			
14	Zahlmeister	6[1]	3900 bis 4800	27,500	—			[1]) 2 Stellen wurden in Sekretärstellen (nach Klasse 17) umgewandelt. In der gleichen Weise werden im Erledigungsfalle die übrigen Zahlmeisterstellen umgewandelt werden.
17	Sekretäre	20[2]	1800 bis 3600	61,000	—			[2]) Nach dem Etat 1910 und 1911 . . . . 19 Stellen. Hiezu infolge der vorerwähnten Umwandlung 2 Stellen mehr, dagegen 1 Stelle weniger, die durch 2 Kasseassistentinnen ersetzt wurde, so daß 20 Stellen verbleiben.
25	Boten und Diener . . .	9	1700 bis 2100	17,900	—			
29	Kasseassistentinnen	2[2]	900	1,800	—			
	Summe a	53	—	202,500	—	2,800	205,300	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	53	—	202,500	—	2,800 Künftig wegfallend	205,300	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	52	—	193,600	—	4,180	197,780	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	1	—	8,900	—	—	7,520	
	weniger:	—	—	—	—	1,380		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	G. Rentämter.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Regierungsräte	16	7000 bis 8000	122,000				
9	Rentamtmänner	219	4800 bis 6800	1'342,000				
12	Rentamtsassessoren	110	3000 bis 4000	375,800				6 Stellen mehr
17	Rentamtssekretäre	680	1800 bis 3600	1'663,900				17 Stellen mehr
25	Rentamtsdiener	582	1500 bis 2100	1'023,500				
26	Rentamtsassistenten	761	1200 bis 1650	1'009,700				15 Stellen mehr
29	Rentamtsassistentinnen	220	660	145,200				40 Stellen mehr
	Summe a	2588	—	5'681,600	—	111,400	5'793,000	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	2588	—	5'681,600	—	111,400 künftig wegfallend	5'793,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	*) 2510	—	4'585,700	—	200,150	4'785,850	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	**) 78	—	1'095,900	—	—	1'007,150	
	weniger:	—	—	—	—	88,750		

*)
2028 Beamte nach der Anlage A zum Etat Nr. 29 für 1910 und 1911,
482 Beamte, für die im letzten Etat der Bedarf nur für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1911 vorgesehen war, nach den Beilagen 1166 und 1178 zu den Verh. d. K. d. Abg. 1909 und 1910 — Beil. Bd. XI S. 280 u. 328,
2510 Beamte wie neben.

**) Von den neu vorgesehenen 78 Stellen mußten 58 Stellen (nämlich 6 Assessoren, 17 Sekretäre, 15 Assistenten und 20 Assistentinnen) den Rentämtern aus Anlaß der Einführung des Zuwachssteuergesetzes zugeteilt werden. Der hierfür erforderliche Aufwand findet seine Ausgleichung durch den Anteil Bayerns an der Zuwachssteuer (vgl. Etat Nr. 3 Kap. 4 der Einnahmen). Weitere 20 Assistentinnen wurden vorgesehen, um zur Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Rentamtsinzipienten die Zahl der Inzipienten entsprechend abmindern zu können.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	H. Messungsämter.							
	a. Etatsmäßige Beamte.*)							*) Da einem Teil der Beamten mit Rücksicht auf ihr Dienstalter zunächst ein geringerer als der in der Gehaltsordnung vorgesehene Gehalt zugewiesen und ein Teil der Stellen vorläufig noch nicht besetzt ist, wurde der Bedarfsvoranschlag entsprechend geringer bemessen.
9	Obergeometer	139[1]	4800 bis 6800	694,600	—			[1]) 1 Stelle weniger.
12	Bezirksgeometer	123[2]	3000 bis 3500	363,000	—			[2]) 1 Stelle mehr.
21	Offizianten	60	1800 bis 1950	110,000	—			
26	Zeichnungsassistenten . . .	89	1200 bis 1350	100,000	—			
28	Messungsgehilfen	102	1300 bis 1400	130,000	—			
	Summe a	513	—	1'397,600	—	2,400	1'400,000	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Geprüfte Geometer . . .	50	1800	90,000	—	—	90,000	
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	563	—	1'487,600	—	2,400 Künftig wegfallend	1'490,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911 . .	563	—	1'374,800	—	4,400	1'379,200	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	112,800	—	—	110,800[3]	[3]) Von diesem Betrag entfallen 53,000 M auf Gehaltsvorrückungen u. 57,800 M auf den weiteren Vollzug der Neuorganisation des Messungsdienstes infolge der Besetzung etatsmäßiger Stellen durch Beamte mit den vollen regulativmäßigen Gehalten und der Besetzung seither offen gebliebener Stellen.
	weniger:	—	—	—	—	2,000		

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	J. Lithographische Anstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
14	Inspektor	1	—	3,775				
22	Steindrucker	18	1800 bis 2400	40,275				
	Summe a	19	—	44,050	—	50	44,100	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe J. Jahresvoranschlag für 1912 und 1913	19	—	44,050	—	50 Künftig wegfallend	44,100	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	19	—	42,320	—	180	42,500	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr:	—	—	1,730	—	—	1,600	
	weniger:	—	—	—	—	130		

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
		einzeln	zusammen				
		M	M	M	M	M	
Zusammenstellung von Ziffer I.							
Summe A	61		319,000	8,600	400	328,000	
" B	16		108,900	—	600	109,500	
" C	22		88,200	—	200	88,400	
" D	14		56,320	—	1,280	57,600	
" E	530		1'885,300	14,400	8,300	1'908,000	
" F	53		202,500	—	2,800	205,300	
" G	2588		5'681,600	—	111,400	5'793,000	
" H	563		1'487,600	—	2,400	1'490,000	
" J	19		44,050	—	50	44,100	
Summe des Jahresvoranschlags für den **Etat der allgemeinen Finanzverwaltung** für 1912 und 1913	3866		9'873,470	23,000	127,430 Künftig wegfallend	10 023,900	
Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	[1] 3782½		8'494,940	33,000	228,220	8'746,160	[1] 3286½ Beamte nach der Anlage A zum Etat Nr. 29 für 1910 und 1911, 496 Beamte nach den Beilagen 1166 u. 1178 zu den Verh. d. K. d. Abg. 1909 u. 1910, Beil. Bd. XI, S. 280 u. 329, 3782½ Beamte wie neben.
Sohin für 1912 und 1913 mehr:	83½		1'378,530	—	—	1'277,740	
weniger:	—		—	—	100,790		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer II.							
	Etat des Katasterbureaus.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	10,200				
7	Regierungs- und Steuerräte	4	6500 bis 8000	29,000				
9	Regierungs- und Steuerassessoren	2	6300 bis 6800	18,000				
9	Obergeometer	23[1]	4800 bis 6800	133,000				[1]) 6 Stellen werden bei eintretender Erledigung in Katastergeometerstellen umgewandelt werden.
12	Katastergeometer	30	3000 bis 5000	103,200				
14	Kassier	1	—	4,100				
14	Inspektor der Lithographischen Anstalt	1	—	4,100				
16	Sekretär des Katasterbureaus	1	—	4,200				
16	Kassekontrolleur	1	—	3,500				
16	Revisoren	13	2600 bis 4200	47,700				
17	Sekretäre und Registratoren	44[2]	2100 bis 3600	123,200				[2]) 4 Katastersekretärstellen weniger durch Umwandlung in Assistentenstellen (vgl. Erläuterung 4 unten). Bei eintretender Erledigung werden 8 weitere Sekretärstellen in Assistentenstellen umgewandelt werden.
17	Katastergraveure	20[3]	2100 bis 3600	52,000				
19	Druckereiwerkmeister	1	—	2,100				
22	Maschinisten	3	1900 bis 2100	5,900				[3]) 1 Stelle mehr. Die Förderung der Plangravierung bedingt die Beigabe eines weiteren Katastergraveurs und zwei weiterer Graveurassistenten (vgl. Erläuterung 4 unten).
23	Assistenten	41[4]	1500 bis 2400	67,700				
25	Boten und Diener	3	1600 bis 2000	5,300				[4]) 4 Katasterassistenten und 2 Graveurassistenten mehr (vgl. Erläuterung 2 und 3 oben).
25	Steindrucker	17	1500 bis 2100	29,400				
25	Buchbinder	2	1700 bis 1900	3,500				
28	Messungsgehilfen	24[5]	1300 bis 1900	38,300				[5]) 2 Stellen mehr wegen Zunahme der Geschäfte.
	Summe a	232		679,400	—	6,000	685,400	

Anlage A.

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
		einzeln	zusammen				
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
Übertrag	232		679,400	—	6,000	685,400	
b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
Geprüfte Geometer . . .	6	1800	10,800	—	—	10,800	
Summe des Jahresvoranschlags für den **Etat des Katasterbureaus** für 1912 und 1913	238		690,200	—	6,000 Künftig wegfallend	696,200	
Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	233		653,100	—	7,700	660,800	
Sohin für 1912 und 1913 mehr:	5		37,100	—	—	35,400	
weniger:	—		—	—	1,700	—	
Hauptzusammenstellung.							
Summe Ziffer I . .	3866		9'873,470	23,000	127,430	10'023,900	
„ „ II . .	238		690,200	—	6,000	696,200	
Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des Staatsministeriums der Finanzen** für 1912 und 1913 . .	4104[1]		10'563,670	23,000	133,430 Künftig wegfallend	10'720,100	[1]) Hievon stehen 338 Beamte im Genusse von Dienstwohnungen. Die Mietentschädigungen hiefür sind mit 112,140 ℳ in dem Etat Nr. 17 unter Kap. 5 veranschlagt.
Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	[2]) 4015½		9'148,040	23,000	235,920	9'406,960	
Sohin für 1912 und 1913 mehr:	88½		1'415,630	—	—	1'313,140	[2]) 3519½ Beamte nach der Anlage A zum Etat Nr. 29 für 1910 und 1911, 496 Beamte nach den Beilagen 1166 und 1178 zu den Verh. der K. d. Abg. 1909 und 1910 Beil. Bd XI S. 280 u. 328, 4015½ Beamte wie neben.
weniger:	—		—	—	102,490		

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche

der allgemeinen Finanzverwaltung.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ	ℳ
1	Oberbayern	Wolfratshausen	Neubau eines Rentamtsgebäudes	105,000	52,500
2	Oberpfalz und Regensburg	Beilngries	Neubau eines Rentamtsgebäudes im Anschlage von 120,000 ℳ, I. Rate	60,000	30,000
3	Unterfranken u. Aschaffenburg	Würzburg	Erweiterung des Regierungsgebäudes, III. Rate einschließlich der Möblierung der Neubauten 113,000 ℳ, hier die Hälfte	56,500	28,250
4	—	—	Reserve	11,500	5,750
			Summe	233,000	116,500

Erläuterungen

Die Mittel für die Erwerbung eines Bauplatzes für ein neues Rentamtsgebäude in Wolfratshausen wurden bereits genehmigt. Ein günstig gelegener Bauplatz ist angekauft. Die Amtsräume in dem derzeitigen Rentamtsgebäude sind so beschränkt, daß das Personal nur notdürftig untergebracht werden kann. Überdies mangelt ein geeignetes Sitzungszimmer. Es bleibt sohin nur die Errichtung eines neuen Rentamtsgebäudes übrig.

Die Mittel für den Ankauf eines Bauplatzes für ein neues Rentamtsgebäude in Beilngries sind gleichfalls in der vorigen Finanzperiode bereits bewilligt worden, nachdem die Amtsräume in dem derzeitigen Rentamtsgebäude so überfüllt sind, daß die Personalvermehrung fast nicht mehr untergebracht werden kann. Nachdem Sitzungszimmer und Geschäftszimmer für die gesonderte Einvernahme von Steuerpflichtigen nicht vorhanden sind, auch eine Erweiterung der Amtsräume unmöglich ist, werden für ein neues Rentamtsgebäude die erforderlichen Mittel und zwar zunächst im Hälftebetrag erbeten.

Zur Begründung dieses Postulats wird auf Ziff. 3 der Anlage C zu dem Etat des Staatsministeriums des Innern für die Jahre 1912 und 1913 Nr. 26 Bezug genommen.

Aus der Reserve sollen etwaige unvermeidliche Kostenüberschreitungen (infolge Steigerung der Arbeitslöhne, der Preise der Baumaterialien und ähnlicher unvorhergesehener Verhältnisse) ihre Deckung finden.

München, den 11. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 29.

Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Staatsministerium.	
1			**Persönliche Ausgaben.**	
	1		Besoldungen der Beamten . . . . Hievon 10 ℳ künftig wegfallend.	51,700
	2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
	3		Reise- und Umzugskosten:	
		1	Taggelder	7,000
		2	Umzugskosten	200
			Summe Kap. 1	58,900
2			**Sächliche Ausgaben.**	
	1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände und dergleichen	7,000
	2		Sonstige Ausgaben	2,000
			Summe Kap. 2	9,000
			Summe der Ausgaben (Etat Nr. 29) . . .	67,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
50,790	910	—	S. 6	
—	—	—		
7,000	—	—		
200	—	—		
57,990	910	—		Außerdem sind im Etat Nr. 30 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen vorgesehen: 1. Ruhegehalte und Unterhaltungsbeiträge der Beamten . . . . — M 2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 1,300 M Summe 1,300 M Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit 67,900 M
7,000	—	—		
2,000	—	—		
9,000	—	—		Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten im ordentlichen Budget . . . . 69,200 M Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — M
66,990	910	—		Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten . . . . 69,200 M

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Art. 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden.

Anlage.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
								Der ausgewiesene Mehrbedarf ist durch die nach der Gehaltsordnung eintretenden Gehaltsvorrückungen veranlaßt.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1	—	24,000	10,000[1]			[1] Hievon 5000 M Repräsentationsbezug, 5000 M Wohnungsentschädigung.
7	Regierungsrat	1	7500 bis 8000	7,880				
13	Geheimer Sekretär . . .	1	—					
	Geheimer Registrator . .	1						
		2	4600 bis 5400	9,810				
	Summe a	4	—	41,690	10,000	10	51,700	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlages für 1912 und 1913	4*)	—	41,690	10,000	10 künftig wegfallend	51,700	*) Beamte mit Dienstwohnungen sind nicht vorhanden.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	4	—	40,700	10,000	90	50,790	
	Sohin für 1912 und 1913 mehr	—	—	990	—	—	910	
	minder	—	—	—	—	80	—	

München, den 26. Juli 1911.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 30.

Pensionen und Unterstützungen.

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: A. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	B. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	Summe
			ℳ	ℳ	ℳ
		Ziff. I. Pensionen.			
1		Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	950,000	550,000	1'500,000
2		Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke	107,000	49,000	156,000
3		Münzanstalt	2,500	9,500	12,000
4		Post- und Telegraphenverwaltung	2'600,000	1'400,000	4'000,000
5		Bodenseedampfschiffahrt	58,300	8,200	66,500
6		Ammerseedampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	—	—	—
7		Ludwig-Donau-Main-Kanal	14,200	27,000	41,200
8		Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	2,400	1,100	3,500
9		Frankenthaler Kanal	—	—	—
10		Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	1'100,000	720,000	1'820,000
11		Besondere Betriebe des Staates	19,290	9,740	29,030
12		Staatsschuldenverwaltung	20,610	7,360	27,970
13		Staatsrat	12,000	3,000	15,000
14		Landtag	9,700	3,800	13,500
15		Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern.			
	1	Allgemeiner Etat	102,000	31,000	133,000
	2	Industrie, Gewerbe und Handel	10,000	3,400	13,400
	3	Bergbehörden	7,600	4,000	11,600
		Summe Kap. 15	119,600	38,400	158,000
		Seite	5'015,600	2'827,100	7'842,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	*M*	*M*	
1'250,000	250,000	—	**Zu Ziffer I.** Dem Voranschlage der Pensionen und Unterhaltsbeiträge liegt im allgemeinen der Stand zur Zeit der Etatsaufstellung zugrunde. Da indes die staatliche Pensionslast noch nicht den Beharrungszustand erreicht hat, wurde bei dem Ausmaße der Voranschläge für die größeren Verwaltungen zugleich auf die voraussichtliche weitere Steigerung des Aufwandes an Pensionen in den Jahren 1912 und 1913 entsprechende Rücksicht genommen.
148,000	8,000	—	
10,300	1,700	—	
3'095,600	904,400	—	
49,600	16,900	—	
—	—	—	
35,000	6,200	—	
1,900	1,600	—	
300	—	300	
1'520,000	300,000	—	
29,400	—	370	
144,000	—	116,030	Der Gesamtbetrag beträgt zu . . . . A: 98,000 *M*, zu B: 35,000 *M*. Hievon fallen als Anteil für die Verwaltung der Eisenbahnschuld dem Etat der Staatseisenbahnen zur Last 77,390 *M*, 27,640 *M*, (vgl. Etat Nr. 22 Ziff. II Kap. 1a), so daß hier verbleiben 20,610 *M*, 7,360 *M*.
15,300	—	300	
8,100	5,400	—	
106,500	26,500	—	
12,200	1,200	—	
10,730	870	—	
129,430	28,570	—	
6'436,930	1'522,770	117,000	

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: A. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	B. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	Summe
			ℳ	ℳ	ℳ
		Ziffer I. Übertrag	5'015,600	2'827,100	7'842,700
16		Staatsministerium der Justiz.			
	1	Allgemeiner Etat	2'555,000	1'480,000	4'035,000
	2	Strafanstalten	285,000	90,000	375,000
		Summe Kap. 16	2'840,000	1'570,000	4'410,000
17		Staatsministerium des Innern.			
	1	Allgemeiner Etat	1'140,000	585,000	1'725,000
	2	Landesarchive	38'000	20,000	58,000
	3	Staatsbauverwaltung	510,000	236,000	746,000
	4	Gesundheit	330,000	150,000	480,000
	5	Polizeiverwaltung	695,000	205,000	900,000
	6	Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung	—	—	—
	7	Landwirtschaft	102,000	24,000	126,000
		Summe Kap. 17	2'815,000	1'220,000	4'035,000
18		Landgerichte früherer Ordnung	—	12,000	12,000
19		Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten.			
	1	Allgemeiner Etat	56,000	46,400	102,400
	2	Erziehung und Bildung	1'622,000	660,000	2'282,000
	3	Protestantischer Kultus	37,000	38,600	75,600
		Summe Kap. 19	1'715,000	745,000	2'460,000
		Seite	12'385,600	6'374,100	18'759,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
6'436,930	1'522,770	117,000	
3'700,670	334,330	—	
300,000	75,000	—	
4'000,670	409,330	—	
1'500,000	225,000	—	
48,000	10,000	—	
590,000	156,000	—	
400,000	80,000	—	
750,000	150,000	—	
—	—	—	
82,800	43,200	—	
3'370,800	664,200	—	
11,000	1,000	—	
70,400	32,000	—	
1'850,000	432,000	—	
68,800	6,800	—	
1'989,200	470,800	—	
15'808,600	3'068,100	117,000	

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: A. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	B. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	Summe
			ℳ	ℳ	ℳ
		Ziffer I. Übertrag	12'385,600	6'374,100	18'759,700
20		Staatsministerium der Finanzen.			
	1	Allgemeiner Etat	943,000	576,000	1'519,000
	2	Etat des Katasterbureaus	67,000	34,000	101,000
		Summe Kap. 20	1'010,000	610,000	1,620,000
21		Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	—	1,300	1,300
22		Übrige Pensionen und Unterhaltsbeiträge	11,400	22,600	34,000
		Zur Ergänzung des Budgetsbetrages für die Jahre 1910/11:			
		a. Staatseisenbahnverwaltung	—	—	—
		b. Zur Gewährung von Pensionszulagen an die vor dem 1. Januar 1909 pensionierten Staatsbeamten und Staatsbediensteten sowie an die Hinterbliebenen der vor dem 1. Januar 1909 vorstorbenen oder in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten und Staatsbediensteten	—	—	—
		Summe Ziffer I	13'407,000	7'008,000	20'415,000[*)]

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
15'808,600	3'068,100	117,000	
1'355,300	163,700	—	
87,100	13,900	—	
1'442,400	177,600	—	
—	1,300	—	
30,000	4,000	—	
11'750,000[1]	—	11'750,000	[1]) Der Aufwand an Pensionen und Pensionszulagen für die Staatseisenbahnverwaltung wurde in den Eisenbahnetat übertragen (vgl. Etat Nr. 8 Kap. 4 § 3 Tit. 1 u. 2 der Ausgaben, dann Ziff. 7 der allgemeinen Erläuterungen in der Anlage B zu dem Etat Nr. 8).
1'600,000[2]	—	1'600,000	[2]) Die Pensionszulagen sind nunmehr bei den Ruhegehalten und den Witwen- und Waisengeldern mit veranschlagt. Der Gesamtbetrag der Pensionszulagen, der in dem Voranschlag enthalten ist, beläuft sich nach dem gegenwärtigen Etat auf . . . . 834,600 M, nach dem Etat der Staatseisenbahnverwaltung auf . . . . 704,580 M, sohin im ganzen auf . . . . 1'539,180 M.
30'631,000	3'251,000	13'467,000	
		10'216,000	

[3]) Außer dem in diesem Etat veranschlagten Bedarf an Pensionen zu . . . 20'415,000 M
gelangen zur Verrechnung:

a. im Bereiche des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten (Etat Nr. 27):

1. bei dem Etat der Universitäten:

Ruhegehalte, Pensionen 2c. der Professoren und Beamten . 58,061 M,
Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge für die Hinterbliebenen . . . . 123,967 M,
im ganzen 182,028 M,
wovon indes nur der Betrag von . . . . 63,924 M
unmittelbar der Staatskasse zur Last fällt, während der Rest von 118,104 M aus Universitätsmitteln aufgebracht wird;

2. bei dem Etat der Präparandenschulen:

Unterhaltsbeiträge für die Hinterbliebenen von Bediensteten . . . . 2,285 M;

b. bei dem Etat der Staatseisenbahnverwaltung (Etat Nr. 8):
unter Kap. 4 § 3 Tit. 1 und 2 der Ausgaben . . . . 15'900,000 M,
dann als Anteil an dem Aufwande für die Pensionen der Beamten der Staatsschuldenverwaltung (vgl. S. 3) . . . . 105,030 M.

Der gesamte Aufwand an staatlichen Pensionen beläuft sich sohin auf . . . 36'486,239 M.

Kap.	§	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
		Ziffer II. Unterstützungen und sonstige Beihilfen.	
		a) Unterstützungen	500,000
		b) Beihilfen für die vor dem 1. Januar 1909 pensionierten Staatsbeamten und Staatsbediensteten, soweit sie an den Pensionszulagen nicht teilnehmen	56,000
		Summe Ziff. II	556,000
		Ziffer III. Zuschuß an den Allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der K. B. Staatsdiener	350,000[2)]
		Hiezu Summe Ziffer I. Pensionen	20'415,000
		Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 30) . . .	21'321,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
560,000	—	60,000[1]	[1]) Der Minderbedarf erklärt sich dadurch, daß der Anteil der Staatseisenbahnverwaltung an den Unterstützungen und Beihilfen auf den Eisenbahnetat übertragen wurde (vgl. Etat Nr. 8 Kap. 4 § 9 der Ausgaben, dann Ziff. 8 und 9 der allgemeinen Erläuterungen in der Anlage B zu dem Etat Nr. 8).
100,000	—	44,000[1]	
660,000	—	104,000	
850,000	—	—	[2]) Als Staatszuschuß für die Jahre 1912 und 1913 ist der nach dem versicherungstechnischen Gutachten erforderliche Betrag eingestellt, der dem bereits für die Jahre 1910 und 1911 bewilligten Staatszuschuß entspricht.
30'631,000	—	10'216,000	
31'641,000	—	10'320,000	

München, den 12. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

Etat Nr. 31.

Allgemeine Reserve.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
				ℳ
			Allgemeine Reserve	737,906

Jährlicher Budgetbetrag für 1910 und 1911	Sohin für 1912 und 1913		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
430,440	307,466	—	In dem Voranschlage für die Jahre 1912 und 1913 ist die Summe von jährlich 150,000 ℳ zur Gewährung freiwilliger Staatsbeiträge für Schul- und Kirchenbauten inbegriffen, so daß als Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben die Summe von 587,906 ℳ verbleibt.

München, den 14. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff.

III.

Einzel-Übersicht

zum

außerordentlichen Budget.

Inhaltsangabe.

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1912 und 1913 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen
Einnahmen.			
I. Überschüsse früherer Finanzperioden.			
a. Verfügbar gewordene Kredite aus den Überschüssen der Jahre 1906/07 und zurück . . .	43,658	05	9
b. Rückzahlungen an den in den Jahren 1882, 1899 und 1904 aus Anlaß von Notständen bewilligten Darlehen . . .	112,930	56	
c. Nichtbenötigter Betrag der Willigung für die außerordentliche Staatsbeihilfe aus Anlaß der Überschwemmungen im Februar 1909 . . .	115,327	94	
d. Rückzahlungen an den aus diesem Anlaß bewilligten Darlehen . . .	86,502	98	
Summe I. Überschüsse früherer Finanzperioden	358,419	53	
Für ein Jahr der Finanzperiode	179,209	76	
II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds . . .	15'841,000	—	10
Für ein Jahr der Finanzperiode	7'920,500	—	
III. Allgemeines Staatsanlehen.			
a. Tilgungsbetrag des Allgemeinen Anlehens nach Ziff. I Kap. 2 § 2 Tit. 2 des Etats Nr. 22 des ordentlichen Budgets der Jahre 1912 und 1913 . . .	4'849,680	—	10
b. Neuaufzunehmendes Anlehen . . .	33'988,430	—	
Zur Abminderung des Anlehenskredits sollen seinerzeit auch die Erlöse aus den zur Veräußerung bestimmten Teilen des kleinen Botanischen Gartens sowie aus der Veräußerung der derzeitigen Universitätsfrauenklinik Haus-Nr. 16 und 16a an der Sonnenstraße in München verwendet werden.			
Summe III. Allgemeines Staatsanlehen	38'838,110	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	19'419,055	—	
IV. Staatseisenbahnanlehen . . .	69'769,000	—	10
Für ein Jahr der Finanzperiode	34'884,500	—	
Zusammenstellung der Einnahmen.			
Summe I. Überschüsse früherer Finanzperioden . . .	358,419	53	
„ II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds . . .	15'841,000	—	
„ III. Allgemeines Staatsanlehen . . .	38'838,110	—	
„ IV. Staatseisenbahnanlehen . . .	69'769,000	—	
Summe der Einnahmen des außerordentlichen Budgets	124'806,529	53	
Für ein Jahr der Finanzperiode	62'403,264	76	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1912 und 1913 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen
Ausgaben.			
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden.			
Zur teilweisen Deckung der in § 6 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 vorschußweise genehmigten Ausgaben	358,419	53	10
Für ein Jahr der Finanzperiode	179,209	76	
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds.			
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke.			
Für Verbesserungen bei den Berg-, Hütten- und Salzwerken	2'730,000	—	11
Für ein Jahr der Finanzperiode	1'365,000	—	
Zur teilweisen Deckung des auf die Erweiterung der Saline Reichenhall erwachsenden Aufwandes sollen unter entsprechender Kürzung des hiefür durch das außerordentliche Budget der Jahre 1910 und 1911 (Ziff. IIb) bewilligten Kredits zu 450,000 M die Reinerlöse aus der Veräußerung der zur Saline Traunstein gehörigen Immobilien, Maschinen, Einrichtungen und dergleichen verwendet werden.			
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.			
aa. Für Vervollständigung des bayerischen Telegraphennetzes.			
1. Herstellung neuer Leitungen	60,600	—	15
2. Neuanlage von Doppelgestängen an Telegraphenlinien mit einfachem Gestänge	6,600	—	
3. Kabelanlagen	41,800	—	
4. Erweiterung der Rohrpostanlage München	460,000	—	
5. Gemeinsame Reserve	19,000	—	
Summe 1—5	588,000	—	
Hiezu 10 Prozent für Oberleitung, Bauführung usw.	58,800	—	
Summe aa	646,800	—	
bb. Für Vervollständigung des bayerischen Telephonnetzes.			
1. Erweiterung der bestehenden Ortstelephonnetze	9'450,000	—	15
2. Herstellung telephonischer Verbindungsleitungen	1'051,520	—	
3. Gemeinsame Reserve	420,480	—	
Summe 1—3	10'922,000	—	
Hiezu 10 Prozent für Oberleitung, Bauführung usw.	1'092,200	—	
Summe bb	12'014,200	—	
Summe b	12'661,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	6'330,500	—	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1912 und 1913 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen
Ziffer II.			
c. Für Zwecke der Bodenseedampfschiffahrt.			
Für Herstellung eines neuen Hellings für die Bodenseedampfschiffahrt	450,000	—	16
Für ein Jahr der Finanzperiode	225,000	—	
Zusammenstellung zu II.			
Summe a	2'730,000	—	
„ b	12'661,000	—	
„ c	450,000	—	
Summe II. Ausgaben auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	15'841,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	7'920,500	—	
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens.			
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke.			16
Der Kreditrest zu 248,881 M 58 ₰, der an der Willigung für Bohrungen auf Kohle im bergfreien Felde von Stockheim (Ziff. III b des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909) verblieben ist, soll zum Aufschlusse des Erzfelderbesitzes des Staates und zur Untersuchung der Abbauwürdigkeit und Verhüttbarkeit der darin enthaltenen Erze verwendet werden.			
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.			
aa. Für Postbauten sowie für Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung.			
1. Neubau einer Werkstätte und einer Halle für Postmotorwagen in Aubing	600,000	—	17
2. Neubau eines Posthauses und einer Postmotorwagenhalle am neuen Bahnhofe Bad Kissingen	290,000	—	17
3. Umbau eines Posthauses in Germersheim	190,000	—	17
4. Umbau des Telegraphengebäudes in München	285,000	—	18
5. Errichtung eines Gebäudes für eine automatische Umschaltestelle in München-Neuhausen	215,000	—	18
6. Kosten der Untergrundbahn zwischen dem Hauptbahnhofe München und dem Verkehrsministerialgebäude	287,000	—	18
7. Erweiterung der Postgebäude am Hauptbahnhofe Nürnberg, 1. Rate	474,000	—	18
8. Umbau eines Posthauses in Oberkotzau	135,000	—	19
9. Neubau eines Posthauses in Rothenburg o/T.	150,000	—	19
10. Neubau eines Posthauses in Schwabmünchen	110,000	—	20
11. Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung	600,000	—	20
12. Kosten für die innere Einrichtung und Reserve	113,610	—	20
Summe aa	3'449,610	—	
bb. Für Erhöhung des Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien, 3. Rate	1'500,000	—	
Summe b	4'949,610	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	2'474,805	—	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1912 und 1913 ℳ	₰	Hinweis auf die Erläuterungen
Ziffer III.			
c. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz.			
Für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg, 3. Rate	2'500,000	—	21
Für ein Jahr der Finanzperiode	1'250,000	—	
d. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern.			
1. Zuschuß für den Neubau des Deutschen Museums, 6. Rate	350,000	—	21
2. Für den Neubau eines Polizeidirektionsgebäudes in München, Restbedarf für Bau und innere Einrichtung	2'000,000	—	21
3. Für die Errichtung einer Veterinärpolizeilichen Anstalt in Schleißheim	450,000	—	21
4. Für konstruktive Verbesserung und Instandsetzung des Glaspalastes in München, 1. Rate	200,000	—	22
5. Reserve für die unter Nr. 2 mit 4 aufgeführten Bauten	79,500	—	23
6. Für die Erweiterung der Hafen- und Umschlaganlagen am Rhein bei Ludwigshafen, Restbedarf	3'316,000	—	23
7. Für Wasserbauten	15'000,000	—	23
Summe d	21'395,500	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	10'697,750	—	
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.			
1. Für den Neubau einer Universitätsfrauenklinik und Hebammenschule in München, 1. Rate	2'220,000	—	37
2. Für Erbauung eines die Universitätskliniken und die Krankenhäuser für die städtischen und klinischen Kranken umfassenden Krankenhauses in Würzburg, 3. Rate	500,000	—	37
3. Für den Neubau der Universitätsbibliothek in Erlangen, Restbedarf	638,000	—	38
4. Für Verlegung des Botanischen Gartens in München, Restbedarf	900,000	—	38
5. Für innere Einrichtung des neuen Botanischen Gartens und der Institutsgebäude	500,000	—	38
6. Für Erweiterungsbauten bei der Technischen Hochschule in München, Restbedarf	3'500,000	—	38
7. Für einen Neubau für das Maximilians- und das Realgymnasium in München, Restbedarf	1'340,000	—	39
8. Für den Anbau eines Flügels an das Lehrerseminar Altdorf, Restbedarf	195,000	—	39
9. Reserve für die in Nr. 3 mit 8 bezeichneten Zwecke	200,000	—	39
Summe e	9'993,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	4'996,500	—	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1912 und 1913		Hinweis auf die Erläuterungen
	ℳ	₰	
Zusammenstellung zu III.			
Summe a	—	—	
„ b	4'949,610	—	
„ c	2'500,000	—	
„ d	21'395,500	—	
„ e	9'993'000	—	
Summe III. Ausgaben auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	38'838,110	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	19'419,055	—	
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens.			
1. Neu-, Erweiterungs- und Ergänzungsbauten.			
a. Beseitigung schienengleicher Überfahrten	967,000	—	39
b. Erweiterung, Umbau und Zentralisierung von Stationen	19'048,000	—	43
c. Erweiterung und Neueinrichtung von elektrischen Beleuchtungsanlagen (Gruppe X)	485,100	—	58
d. Neu- und Erweiterungsbauten zu maschinentechnischen Zwecken	1'789,100	—	59
e. Telegraphen-, Telephon- und Streckenblockanlagen	2'096,300	—	63
f. Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Staatseisenbahnen	4'500,000	—	66
Summe 1	28'885,500	—	
2. Zweigleisiger Ausbau von Bahnen	383,500	—	67
3. Einführung des elektrischen Betriebs auf den Staatseisenbahnen	—	—	67
4. Neue Bahnen	13'000,000	—	—*)
5. Ergänzung des Fahrparkes	19'500,000	—	68
6. Zur teilweisen Deckung des Fehlbetrags der Rechnung zum ordentlichen Budget der Finanzperiode 1908 und 1909	8'000,000	—	68
Summe IV. Ausgaben auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	69'769,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	34'884,500	—	

*) Die Begründung wird dem Landtage gesondert zugehen.

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1912 und 1913 ℳ	₰
Hauptzusammenstellung.		
Summe I. Ausgaben auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	358,419	53
„ II. „ „ „ des Gefällsablösungsfonds	15'841,000	—
„ III. „ „ „ des Allgemeinen Staatsanlehens . . .	38'838,110	—
„ IV. „ „ „ des Staatseisenbahnanlehens	69'769,000	—
Summe der Ausgaben des außerordentlichen Budgets	124'806,529	53
Für ein Jahr der Finanzperiode	62'403,264	76

München, den 20. August 1911.

K. Staatsministerium der Finanzen.

Dr. von Pfaff

Erläuterungen

zur

Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget.

Zu den Einnahmen.

I. Überschüsse früherer Finanzperioden.

a. Verfügbar gewordene Kredite aus den Überschüssen der Jahre 1906/07 und zurück . . . . 43,658 ℳ 05 ₰.

Nach der Nachweisung III zur Hauptfinanzrechnung für die Jahre 1908 und 1909 ist von den auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden bewilligten Krediten der Betrag von 43,658 ℳ 05 ℳ für die ursprünglich bestimmten Zwecke nicht mehr benötigt und dadurch für anderweitige Verwendung frei geworden. Dieser Betrag war daher — entsprechend den allgemeinen Grundsätzen für die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets — dem außerordentlichen Budget der Jahre 1912 und 1913 als Einnahme zuzuführen.

b. Rückzahlungen an den in den Jahren 1882, 1899 und 1904 aus Anlaß von Notständen bewilligten Darlehen 112,930 ℳ 56 ₰.

Von den Darlehen, die aus Anlaß der Überschwemmungen in den Jahren 1882 und 1899 sowie aus Anlaß der Futternot im Jahre 1904 bewilligt wurden, gelangte im Jahre 1910 die Summe von . . . 118,800 ℳ 09 ₰ zur Rückzahlung.

Hievon mußte der Betrag von . . 5,869 ℳ 53 ₰ zur Deckung der Nachlässe an Darlehen verwendet werden, die aus Anlaß der Futternot im Jahre 1893 gewährt und lediglich als Kassevorschuß behandelt wurden.

Als Reineinnahme bleibt sohin die Summe von 112,930 ℳ 56 ₰, die gleichfalls dem außerordentlichen Budget zugeführt werden konnte.

c. Nicht benötigter Betrag der Willigung für die außerordentliche Staatsbeihilfe aus Anlaß der Überschwemmungen im Februar 1909 . . . . 115,327 ℳ 94 ₰.

d. Rückzahlungen an den aus diesem Anlaß bewilligten Darlehen . . . . 86,502 ℳ 98 ₰.

Aus Anlaß der Überschwemmungen im Februar 1909 wurden Staatsbeihilfen im Gesamtbetrage von . . . . 1'248,227 ℳ 98 ₰ angewiesen, wovon der Betrag von . 375,357 ℳ 98 ₰ auf nicht rückzahlbare Zuschüsse und der Rest mit . . . . 872,870 ℳ — ₰ auf unverzinsliche oder gering verzinsliche Darlehen entfällt.

Von der Gesamtausgabe zu . . 1'248,227 ℳ 98 ₰ konnte der Betrag von . . . . . . 763,555 ℳ 92 ₰ aus der allgemeinen Reserve der Jahre 1908 und 1909 gedeckt werden. Der Rest zu . . . . 484,672 ℳ 06 ₰ wurde auf die Willigung in Ziff. I g Nr. 4 des außerordentlichen Budgets der Jahre 1910 und 1911 zu . . . 600,000 ℳ — ₰ übernommen, von der sohin der Betrag von . . . . 115,327 ℳ 94 ₰ unverwendet blieb.

Von den Darlehen sind ferner im Jahre 1910 . . . . 77,420 ℳ 85 ₰ zurückgezahlt worden und außerdem . 9,082 ℳ 13 ₰ an Zinsen eingegangen.

Diese drei Beträge kommen gleichfalls als Einnahme für das außerordentliche Budget der Jahre 1912 und 1913 in Betracht.

II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds . . . . . 15'841,000 ℳ.

Wie in den früheren Jahren sollen auch für die kommende Finanzperiode für einen Teil der außerordentlichen Staatsbedürfnisse die Mittel dem Gefällsablösungsfonds entnommen und diesem mit 4% verzinst und im Rahmen des ordentlichen Budgets zurückerstattet werden.

Die Bedürfnisse, die auf diesem Wege gedeckt werden sollen, erfordern nach dem Vortrag unter Ziff. II der Übersicht (S. 3 und 4) die Summe von 15'841,000 ℳ, so daß der gleiche Betrag als Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds in Einnahme zu stellen ist.

III. Allgemeines Staatsanlehen . . . . 38'838,110 ℳ.

Die im Wege der Anlehensaufnahme zu bestreitenden allgemeinen Staatsbedürfnisse erfordern nach dem Vortrag auf Seite 4—6 der Übersicht einen Gesamtaufwand von . . . . 38'838,110 ℳ.

Hievon kann der Teilbetrag von . . 4'849,680 ℳ dadurch beglichen werden, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1912 und 1913 (Etat Nr. 22 Ziff. I Kap. 2 § 2 Tit. 2) für Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld vorgesehene Summe von . . 4'849,680 ℳ in Anspruch genommen wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen die Summe von . . . . 33'988,430 ℳ verbleibt.

Außerdem ist die Bestimmung vorgesehen, daß zur Abminderung der Anlehenskredite für die Verlegung des Botanischen Gartens sowie für den Neubau der Universitätsfrauenklinik und Hebammenschule in München die Erlöse aus den zur Veräußerung bestimmten Teilen des sog. kleinen Botanischen Gartens sowie aus der Veräußerung der derzeitigen Universitätsfrauenklinik Haus Nr. 16 und 16a an der Sonnenstraße in München verwendet werden sollen. Die Umgangnahme von der Vereinnahmung dieser Erlöse für den Staatsgüterfonds rechtfertigt sich aus dem Grunde, weil es sich sowohl bei dem neuen Botanischen Garten wie bei der neuen Universitätsfrauenklinik lediglich um einen Ersatz für bereits bestehende Institute handelt und weil außerdem durch die Inanspruchnahme dieser Erlöse für die Ersatzbauten zugleich eine Abminderung der Staatsschuld eintritt.

IV. Staatseisenbahnanlehen . . . . 69'769,000 ℳ.

Die im Wege der Anlehensaufnahme zu bestreitenden Bedürfnisse der Staatseisenbahnverwaltung erfordern nach dem Vortrag auf Seite 6 der Übersicht einen Gesamtaufwand von 69'769,000 ℳ. Der gleiche Betrag war daher als Einnahme einzustellen.

Hierunter ist u. a. zur teilweisen Deckung des Fehlbetrags der Jahre 1908 und 1909 die Summe von 8'000,000 ℳ inbegriffen, die indes nur insoweit aufgenommen werden soll, als dieser Teil des Fehlbetrags nicht aus etwaigen Überschüssen der Jahre 1910 und 1911 gedeckt werden kann (vgl. Etat Nr. 1 des ordentlichen Budgets).

Zu den Ausgaben.

I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden.

Zur teilweisen Deckung der in § 6 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 vorschußweise genehmigten Ausgaben 358,419 ℳ 53 ₰.

1. Durch den § 6 Abs. 1 und 2 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 wurde die Staatsregierung ermächtigt, aus Anlaß der im Sommer des Jahres 1910 in den verschiedenen Kreisen des Königreichs durch Wolkenbrüche und Hochwasser verursachten Schäden an hilfsbedürftige Personen zur Wiedereinrichtung des gestörten Wirtschaftsbetriebs, vor allem zur Erhaltung in ihrer wirtschaftlichen Existenz, ferner an nicht genügend leistungsfähige Gemeinden und Distrikte zur Wiederinstandsetzung baulicher oder sonstiger öffentlicher Anlagen gering verzinsliche oder unverzinsliche Darlehen oder nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren und den hiefür erforderlichen Bedarf, soweit er nicht aus der allgemeinen Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben für die Jahre 1910 und 1911 bestritten werden kann, einstweilen vorschußweise der Staatskasse zu entnehmen und die erforderliche Deckung im nächsten Budget vorzusehen.

Auf Grund dieser Ermächtigung wurde im ganzen die Summe von . . . . 1'245,000 ℳ als Staatsbeihilfen angewiesen und zwar der Betrag von 491,000 ℳ als nicht rückzahlbare Zuschüsse und der Rest zu 754,000 ℳ als unverzinsliche oder gering verzinsliche Darlehen.

Zur teilweisen Deckung dieses Aufwandes ist durch das außerordentliche Budget der Jahre 1910 und 1911 auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden unter Ziff. I g Nr. 8 die Summe von . . . . . 431,000 ℳ bereits zur Verfügung gestellt, so daß noch für die Summe von . . . . 814,000 ℳ Deckung zu schaffen ist.

2. Weiter ist in dem § 6 Abs. 3 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 die Ermächtigung erteilt, zur Wiederinstandsetzung der durch das Hochwasser im Juni 1910 beschädigten staatlichen Straßen-, Brücken- und Wasserbauten die Summe von . . . . 1'000,000 ℳ zu verwenden und, soweit hiefür die allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben für die Jahre 1910 und 1911 nicht ausreicht, gleichfalls die erforderliche Deckung im nächsten Budget vorzusehen.

Diese Summe mußte im vollen Betrage in Anspruch genommen werden.

3. Endlich mußten aus Anlaß des Massenauftretens des Heu- und Sauerwurms im Weinbaugebiete der Pfalz bedürftigen Winzern für die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Schädlings staatliche Beihilfe gewährt werden. Hiefür war im ganzen ein Aufwand von 422,000 ℳ erforderlich, wovon 326,000 ℳ auf nicht rückzahlbare Zuschüsse und 96,000 ℳ auf unverzinsliche Darlehen entfallen.

Von dem hienach sich berechnenden Gesamtaufwande zu (814,000 ℳ + 1'000,000 ℳ + 422,000 ℳ =) 2'236,000 ℳ kann lediglich der Teilbetrag von . . . . . 840,630 ℳ aus der allgemeinen Reserve der Jahre 1910 und 1911 bestritten werden, so daß noch die Summe von 1'395,370 ℳ zu decken bleibt. Hiefür sollen die unter Ziff. I a bis d ausgewiesenen Einnahmen zu . . . . 358,419 ℳ 53 ₰ verwendet werden, nach deren Abzug noch ein ungedeckter Rest von . . . . 1'036,950 ℳ 47 ₰ verbleibt, der in der Hauptsache auf rückzahlbare Vorschüsse entfällt. Mit Rücksicht hierauf rechtfertigt es sich, diese Summe zunächst als Kassevorschuß zu behandeln und allmählich aus den Rückzahlungen an den aus Anlaß des Hochwassers und der Winzernot in den Jahren 1910 und 1911 gewährten Darlehen mit zusammen . . 850,000 ℳ, dann aus den Rückzahlungen an den noch aus den Jahren 1882, 1899, 1904 und 1909 bestehenden Darlehensresten von zusammen . . . . 1'153,815 ℳ 47 ₰ zu decken.

II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds.

a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke.

Für Verbesserungen bei den Berg-, Hütten- und Salzwerken . . . . 2'730,000 ℳ,

Hievon entfallen: 1'330,000 ℳ auf die Bergwerke,
1'200,000 ℳ auf die Hüttenwerke,
200,000 ℳ auf die Salzwerke.

A. Bergwerke.

Für Verbesserung und Ausrüstung der Kohlenbergwerke St. Ingbert, Peißenberg und Mittelbexbach mit maschinellen Hilfsmitteln einschließlich der zugehörigen Gebäude sind erforderlich . . . . 1'330,000 ℳ.

Hievon sind bestimmt:

aa. für das Bergwerk St. Ingbert . 500,000 ℳ.

1. Das Bergwerk St. Ingbert besitzt eine im Jahre 1894 auf der tiefsten Sohle, dem IV. Tiefbau, aufgestellte Dampfwasserhaltung von 3 cbm minutlicher Leistung und eine aus dem Jahre 1862 stammende, gleichfalls mit Dampf betriebene oberirdische Gestänge-Wasserhaltung, die jedoch nur bis zur III. Tiefbausohle reicht. Letztere Maschine arbeitet höchst unökonomisch und ist wegen verschiedener Defekte nicht mehr betriebssicher.

Infolge des fortschreitenden Abbaues in den höheren Sohlen und infolge der nunmehrigen stärkeren Inangriffnahme der IV. Tiefbausohle wird es von Jahr zu Jahr weniger möglich, die zusetzenden Wasser in erheblichen Mengen in der III. Tiefbausohle abzufangen, um sie der oberirdischen Wasserhaltung zuzuführen. Diese fließen vielmehr in stets zunehmendem Maße direkt der IV. Sohle zu und fallen der unterirdischen Wasserhaltung zur Last, so daß letztere im Jahre 1910 an 365 Tagen nahezu ohne jede Unterbrechung in Betrieb gehalten werden mußte. Würde an dieser Maschine eine Reparatur in nur geringem Umfange notwendig — ein Fall, der bei dem 17jährigen Alter der Maschine im Bereich der Möglichkeit liegt —, so würde die IV. Tiefbausohle ersaufen. Abgesehen davon dürften in absehbarer Zeit die Wasserzuflüsse im IV. Tiefbau die Leistung der dortigen Pumpenanlage übersteigen und es ist daher schon aus diesem Grunde die Aufstellung eines weiteren Pumpenaggregates nicht mehr hinauszuschieben. Es soll deshalb im IV. Tief-

bau eine elektrisch angetriebene Zwillingsplungerpumpe von 5 cbm Leistung pro Minute zur Aufstellung kommen. Die vorhandene Dampfwasserhaltung soll die Reserve bilden und bei Wasserzuflüssen von über 5 cbm pro Minute in Betrieb genommen werden. Die Kosten für die Pumpe samt elektrischem Teil, Fundamenten, Kabel, Saug und Druckleitung und Laufkran sind veranschlagt zu . . 70,000 ℳ.

2. Die bisherigen Erhebungen haben ergeben, daß die für die unterirdische Wasserhaltung benötigte elektrische Energie von einem fremden Elektrizitätswerk auch nicht annähernd zu dem Preis bezogen werden kann, zu welchem dieselbe vom Bergwerk in einer neu zu errichtenden modernen, jederzeit erweiterungsfähigen Zentrale mit den unverkäuflichen Abfällen aus der Kohlenwäsche hergestellt zu werden vermag. Sollte in der nächsten Zeit nicht die Möglichkeit eintreten, den Strom zu vertretbaren Preisen anderwärts zu beziehen und zugleich Abfälle aus der Kohlenwäsche anderweitig zu verwerten, ist beabsichtigt, in der Rischbach, südöstlich vom Stollenmundloch, ein elektrisches Kraftwerk zu errichten.

α. Für Grunderwerb, Erbauung eines Kessel- und Maschinenhauses, eines Kamins, eines Speisewasserreservoirs, Speisewasserbeschaffung, für Aufstellung und Einmauerung von 3 Kesseln zu je 300 qm Heizfläche samt Überhitzern, Wanderrosten, Ekonomisern, für Aufstellung eines Turbogenerators von 1240 KW Leistung samt Fundamenten, Schaltanlage, Kondensation und Rückkühlanlage, für Laufkran, Rohrleitungen, elektrische Beleuchtung und Kohlenzufuhr-Anlage werden notwendig . . 356,000 ℳ

β. Die projektierte, modernst ausgestattete elektrische Zentrale ist so dimensioniert, daß sie die elektrische Energie für den gesamten Werksbetrieb zu liefern vermag. Durch Außerbetriebsetzung der einzelnen kleinen, nicht mehr modernen Dampfanlagen und Zentralisierung des Kessel- und Maschinenbetriebs ergeben sich wesentliche Einsparungen in den Betriebskosten des Bergwerks.

Die Einrichtung des elektrischen Antriebes der Kohlenaufbereitungsanlage wird erfordern einen Aufwand von 25,000 ℳ.

Die bei der Kohlenaufbereitung befindliche Dampfkraftanlage wird in Reserve gestellt.

γ. Der Anschluß des Sägewerkes, der Werkstätten, der Pumpenanlage und der Beleuchtungsanlage in Rischbach an die neue elektrische Zentrale wird erfordern . . 16,500 ℳ.

Das Dampfkraftwerk bei der Sägeanlage in Rischbach, verbunden mit einer kleinen elektrischen Anlage, das den heutigen Bedürfnissen nicht mehr genügt und dessen Kessel erneuert werden müßten, wird ebenfalls in Reserve gestellt.

δ. Die auf Sechseichen vorhandene elektrische Zentrale von einer Maximalleistung von 360 PS, welche elektrische Energie für Lokomotivförderung unter Tage, die Ventilation des Bergwerkes und die Wasserhaltung im Rothellschacht liefert, ist bereits überlastet, so daß dem schon jetzt bestehenden Bedürfnis nach erhöhter Stromabgabe für Ventilation und Lokomotivförderung nicht genügt werden kann. Außerdem besitzt diese Zentrale nur ein einziges Maschinenaggregat, das Tag und Nacht ohne Unterbrechung in Betrieb gehalten werden muß. Bei einer notwendig werdenden Reparatur an demselben würde die ganze Förderung im Stollen stillstehen, was einer völligen Betriebsunterbrechung gleichkäme. Es soll deshalb die von der Zentrale auf Sechseichen bisher gelieferte bezw. geforderte elektrische Energie von der projektierten Zentrale in Rischbach, die den elektrischen Strom weit billiger zu erzeugen vermag, geliefert werden. Die Anschlußkosten sind veranschlagt zu 32,500 ℳ.

Die Zentrale auf Sechseichen wird in Zukunft den verminderten Kraftbedarf während der Nachtstunden liefern, so daß bei Nacht die projektierte Zentrale in Rischbach stillgesetzt werden kann.

Die Rentabilität der neuen Anlagen läßt sich nicht genau berechnen, sie findet in dem gesamten Ergebnis des Werkes ihren Ausdruck, jedenfalls aber wird sich nach Abzug der für Verzinsung und Amortisation aufzuwendenden Beträge eine Ersparnis an Löhnen und Heizmaterialien in der Höhe von 50,000 ℳ jährlich ergeben.

Unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen sind für die Verzinsung des Aufwandes zu 500,000 ℳ im ordentlichen Etat für je ein Jahr der Finanzperiode 10,000 ℳ vorgesehen. Mit der Amortisation soll nach Fertigstellung der Anlagen begonnen werden.

bb. Für das Bergwerk Peißenberg . . 500,000 ℳ.

1. Erweiterung der Kompressoranlage.

Das Bergwerk Peißenberg besitzt nur 1 modernen Luftkompressor von 3000 cbm Stundenleistung zur Erzeugung von Preßluft, die im Bergwerk als solche für Sonderbewetterung dient, hauptsächlich aber als Betriebskraft zum Antrieb der verschiedensten Maschinen unter Tage, wie Pumpen, Bohrmaschinen, Förderhaspel und Ventilatoren Verwendung findet. Der Bedarf an Preßluft ist in raschem Steigen begriffen, einmal deshalb, weil bei den bergmännischen Arbeiten mehr und mehr an Stelle der Handarbeit die mit Preßluft betriebene Bohr- und Schrämmaschine tritt, insbesondere aber aus dem Grunde, weil bei den im Interesse der Ersparung von Aus- und Vorrichtungsarbeiten zu wählenden großen Abständen der einzelnen Tiefbausohlen ein erheblicher Teil der Kohle zweckmäßig nicht nur zur jeweils tiefsten Sohle abgebremst, sondern mittelst Preßlufthaspel zur nächsthöheren Sohle gehoben wird. Um den bestehenden Bedürfnissen gerecht zu werden, soll ein Luftkompressor von der doppelten Leistung des vorhandenen zur Aufstellung kommen. Damit wird das Bergwerk auf absehbare Zeit hinreichend mit Preßluft versorgt sein und es wird gleichzeitig eine Reserve bestehen, während im Falle des Versagens des jetzt vorhandenen einzigen brauchbaren Luftkompressors ungefähr die Hälfte der Belegschaft feiern müßte. Für Beschaffung eines Luftkompressors von ca. 6000 cbm Saugleistung pro Stunde nebst Rohrleitungen, Fundamenten, Maschinenhauserweiterung und für die hiedurch bedingte Verlegung des Speisewasserreservoirs sind erforderlich . . . . 155,200 ℳ.

2. Durch die Vergrößerung der Preßluftanlage ist die Erweiterung des Kesselhauses, die Aufführung einer Stützmauer, die Aufstellung eines weiteren Kessels von 300 qm Heizfläche, die Beschaffung eines Ekonomisers, einer Speisepumpe, eines Wasserreinigers, einer Saugzuganlage und event. die Erbauung eines neuen Kamins bedingt, gleichzeitig soll die ganze Kesselanlage am Tiefstollen behufs Einsparung an Betriebslöhnen mit einer maschinellen Kohlenzufuhreinrichtung vom Wäschegebäude her, einer maschinellen Aschenabfuhranlage, einer selbsttätigen Bekohlungsanlage versehen und soweit noch von Hand beschickte Roste vorhanden sind, sollen maschinell angetriebene Kettenroste eingebaut werden.

Hiefür sind erforderlich . . . . 193,800 ℳ.

3. Erweiterung des Werksplatzes bei der Tiefstollenanlage.

Der Lagerplatz für Grubenholz der im Jahre 1869 gegründeten Tiefstollenanlage ist im Laufe der Jahre infolge Erweiterung der Betriebsgebäude immer beschränkter geworden. Dies hat zur Folge, daß der für eine ordnungsgemäße Holzversorgung des Grubenbetriebes und für eine geeignete Holzverwertung erforderliche Holzvorrat aus Platzmangel nicht gelagert werden kann, daß vielfach von günstigen Holzangeboten, bei denen die sofortige Abfuhr aus dem Wald meist ausbedungen ist, kein Gebrauch gemacht werden kann und daß an Mieten für Holzlagerplätze außerhalb des Werkes und für Holzbeifuhr per Achse — der Holzlagerplatz besitzt keinen Geleiseanschluß — nicht unbedeutende Ausgaben erwachsen. Es ist deshalb die Anlage eines neuen, für alle Zukunft ausreichenden Holzlagerplatzes östlich vom Stadelbach auf Grundstücken, die teils dem Bergärar gehören, teils vom Bahnärar gepachtet sind, mit einem Industriegeleiseanschluß in Aussicht genommen. Der neue Werksplatz ist vom vorhandenen durch den Bahnhof Peißenberg getrennt, weshalb die Herstellung einer eisernen Verbindebrücke nötig wird. Die Anlage eines Industriegeleises und einer Zufuhrstraße, die Errichtung einer eisernen Brücke, die Verlegung der Säge nach dem neuen Holzplatz und die Umzäunung desselben wird erfordern . . . . 85,000 *M.*

4. An sonstigen Werksverbesserungen werden nötig:

Zur Hebung der Qualität und somit der Verkäuflichkeit der Grieskohle ist der Einbau einer Staubabsaugevorrichtung nötig, mittelst welcher das feinste Korn herausgenommen und dem eigenen Dampfkessel zugeführt werden soll.

Bei der derzeit starken Konkurrenz auf dem Kohlenmarkte kann der Absatz in Waschprodukten nur durch Lieferung einer besonders guten Qualität behauptet werden. Bei Herstellung einer solchen enthalten die Waschberge noch durchwachsene, für den eigenen Kesselbetrieb brauchbare Kohlen; zur Gewinnung derselben soll ein Nachwaschsetzkasten aufgestellt werden. Behufs Einsparung an Betriebslöhnen sollen die bei der Tiefstollenanlage aus dem Bergwerk kommenden Kohlenwagen statt wie bisher an Hand mittelst einer Kettenbahn auf der zu verbreiternden Zufuhrbrücke zum Wippergebäude befördert werden. Infolge dieser maschinellen Förderung erweist sich eine geringfügige Erweiterung des Wippergebäudes bzw. der Wipperbühne als notwendig. Die Kosten für diese Werksverbesserung sind veranschlagt zu . . . . 66,000 *M.*

Auch der vorstehende Aufwand mit insgesamt 500,000 *M* läßt sich hinsichtlich der Rentabilität nicht besonders berechnen, sondern findet in dem gesamten Ergebnis des Werkes seinen Ausdruck. Für die Verzinsung sind im ordentlichen Etat unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen jährlich 6000 *M* vorgesehen, während die Amortisation des Aufwandes nach Fertigstellung der Neuanlagen erfolgen soll. Letztere wird dem Bergwerk Peißenberg nicht schwer fallen, nachdem Ende 1913 seine Schuld an den Betriebsreservefonds nur noch zirka 74,000 *M* betragen und Ende 1913 die durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 aus dem Gefällsablösungsfonds zur Verfügung gestellte Summe von 373,800 *M* bis auf einen Betrag von rund 90,000 *M* abbezahlt sein wird.

cc. Für das Bergwerk Mittelberbach . 330,000 *M.*

1. Das Bergwerk Mittelberbach besitzt nur eine kleine, den heutigen Bedürfnissen nicht mehr genügende Aufbereitungsanstalt. Infolge der ungenügenden Aufbereitung begegnet der Absatz der Mittelberbacher Kohle wachsenden Schwierigkeiten, weshalb schon seit mehreren Jahren die Errichtung einer neuen modernen Kohlenaufbereitungsanlage beabsichtigt ist.

Die mit der Betriebseinstellung des Bergwerks Stockheim im Sommer 1911 disponibel gewordene Kohlenaufbereitungsanlage eignet sich nun hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Disposition für das Bergwerk Mittelberbach. Für Verlegung der maschinellen Einrichtung von Stockheim nach Mittelberbach, Abänderung und Ergänzung derselben, Erbauung eines Kohlenwäschegebäudes in Mittelberbach inkl. Erdabtragung, Abänderung der Geleisanlage im Grubenbahnhof, Errichtung einer Schiebebühne und einer Kettenbahn sind notwendig . . . . 250,000 *M.*

2. Zum Antrieb der Kohlenwäsche reicht die in Mittelberbach vorhandene Kraftanlage nicht aus. Dem erhöhten Kraftbedarf vermag die auf Sophienschacht Stockheim befindliche Dampfmaschine von 500 P.S. vollauf zu genügen, weshalb dieselbe nach Mittelberbach verlegt und mit einem neuen Drehstromgenerator versehen werden soll; die Kesselanlage ist um einen Wasserrohrkessel von 200 qm Heizfläche, der im vorhandenen Kesselhaus Platz findet, zu erweitern; ebenso ist die Zentralkondensation zu ergänzen. Hiefür werden notwendig . . . . 80,000 *M.*

Außerdem hat Mittelberbach für die von Stockheim transferierten Anlagen einen entsprechenden Teil der Stockheimer Schuld an den Gefällsablösungsfonds zu übernehmen, aus dessen Mitteln seinerzeit diese Anlagen beschafft worden sind.

Ziffermäßig läßt sich die Rentabilität nicht angeben; sie wird jedoch in höheren Erträgnissen des Werkes zum Ausdruck kommen, da bei gleicher Konjunktur die Absatzmöglichkeit eine bessere und der Erlös aus den Produkten ein höherer wird.

Für Verzinsung des Aufwandes sind im ordentlichen Etat 1912 und 1913 für 1 Jahr der Finanzperiode unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen 9900 *M* vorgesehen. Mit der Amortisation der Anlage wird nach Fertigstellung begonnen werden.

B. Hüttenwerke.

Der außerordentliche Aufwand für die Verbesserungen bei den Hüttenwerken beziffert sich auf . . 1'200,000 *M* und entfällt in seiner vollen Höhe auf das Hüttenwerk Amberg.

Der Aufwand ist erforderlich zum Bau eines zweiten Hochofens, zum Ausbau der Röhrengießerei und für einen Zuschuß an die Staatsbahnverwaltung zur Errichtung einer Bahnstation beim Hüttenwerk.

aa. Der 1908 fertiggestellte Ersatzhochofen konnte am 12. März 1911 angeblasen werden. Da es bis jetzt noch gelungen ist, den alten, 1882 erbauten und 1907 durch eine Bodenstein-Explosion schwerbeschädigten Hochofen in Betrieb zu erhalten, konnte von obenbezeichnetem Tage ab der gesamte Hüttenbetrieb auf 2 Hochöfen eingerichtet werden. Dadurch wurde es möglich, die in den letzten Jahren errichteten Neuanlagen in vorteilhafterer Weise als beim Be-

rieb eines einzigen Hochofens auszunützen. Auch der ordentliche Etat für 1912 und 1913, welcher eine befriedigende Rentabilität des ganzen Unternehmens ausweist, ist auf dem gleichzeitigen Betrieb von 2 Hochöfen aufgebaut. Der alte Hochofen nebst seinen Winderhitzern ist aber in einem derartigen Zustand, daß er jederzeit versagen kann, woraus für die gesamten Hüttenanlagen und ihre Rentabilität unberechenbare Folgen sich ergeben werden. Es darf deshalb nicht mehr lange mit seinem Ausbringen gerechnet werden und ist es, um dem Hüttenwerke in seiner heutigen Gestalt die unerläßliche Betriebsgrundlage zu erhalten, unbedingt notwendig, einen zweiten Hochofen zu bauen. Dieser ist nebst den erforderlichen Winderhitzern, Leitungen, Begichtungsvorrichtungen und Gießhalle zu veranschlagen auf 700,000 ℳ.

Die Rentabilität dieser Ausgabe ist darin zu suchen, daß sie dem Hüttenwerke ermöglichen wird, den etatierten Gewinn auch auf die Dauer zu erzielen.

bb. Die 1910 in Betrieb genommene Röhrengießerei wurde für die Herstellung von Druckröhren bis zu 40 cm Durchmesser eingerichtet. Es sind nun alle übrigen deutschen Röhrenwerke immer mehr auch zu der Herstellung weiterer Röhren übergegangen, so daß Amberg gezwungen ist, nachzufolgen, wenn es durchaus konkurrenzfähig bleiben will. In Voraussicht dieser Entwicklung wurde seinerzeit das Gießereigebäude von vornherein so entworfen, daß auch die Fabrikation von Röhren mit großem Durchmesser darin aufgenommen werden kann, ohne daß die bisherige Fabrikation eine Beeinträchtigung erleidet. Es sind deshalb nur die erforderlichen Apparate, Maschinen und Werkzeuge zu beschaffen, deren Kosten zu veranschlagen sind auf 300,000 ℳ.

Durch die Aufnahme der Fabrikation großer und schwerer Rohre wird nicht nur die Konkurrenzfähigkeit, sondern auch die Rentabilität des Werkes gehoben, weil dadurch einerseits die Menge des im Eigenbetrieb weiter verarbeiteten Roheisens steigt und die Abhängigkeit vom Roheisenmarkt eine geringere wird, andererseits die Generalunkosten sich auf die größere Gießereiproduktion in günstigerer Weise verteilen. Die Ausgabe ist daher ebenso rentabel, als sie dringend und unverschieblich ist.

cc. Das Berg- und Hüttenwerk war bisher mit der Bahnstation Amberg durch ein 2½ km langes Industriegeleise verbunden, welches auf einer Länge von 1529 m seinerzeit auf Ruf und Widerruf auf bahneigenem Grund und Boden verlegt worden war. Infolge des in der Finanzperiode 1910 und 1911 aufgenommenen zweigeleisigen Ausbaues der Bahnstrecke Nürnberg—Amberg—Schwandorf wäre eine Verschiebung des Industriegeleises erforderlich geworden. Da aber eine solche wegen des teilweise sehr schmalen und von wertvollem Privatbesitz begrenzten Bahnkörpers sich sehr kostspielig gestaltet hätte, wurde in weiterer Beachtung des Umstandes, daß auch die in nur beschränktem Maße mögliche Erweiterung der Amberger Bahnstation den künftigen Umsatz des Hüttenwerkes nicht zu bewältigen vermocht hätte, ein Abkommen dahin getroffen, daß an der Bahnlinie Amberg—Nürnberg unmittelbar beim Hüttenwerk für dessen Güterumschlag eine neue Bahnstation errichtet werde, zu deren Bau das Bergärar einen Zuschuß zu leisten hat in der Höhe von . . . . 200,000 ℳ.

Der Güterverkehr des Werkes wird sich mit Hilfe der neuen Bahnstation billiger und bequemer abwickeln lassen als bisher. Bei einem Umschlage von jährlich mindestens 250 000 Tonnen werden allein an Zustreifgebühren bzw. Kosten für den Gütertransport zur Bahnstation Amberg jährlich Ersparnisse erzielt, welche die Annuitäten für den bezeichneten Zuschuß reichlich decken werden. Die künftige Verzinsung des Anlehens von 1'200,000 ℳ ist zu 4 %, die Amortisation zu 2,4 % gedacht, so daß sich 6,4 %ige Annuitäten entsprechend einer 25jährigen Tilgung ergeben. Im ordentlichen Etat 1912 und 1913 ist eine Zinsrate von jährlich 24,000 ℳ unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen eingestellt, die Amortisation soll erst nach Inbetriebsetzung der neuen Anlagen bzw. Einrichtungen begonnen werden.

C. Salzwerke.

aa. Der außerordentliche Aufwand für die Salzwerke beziffert sich auf . . . . 200,000 ℳ und trifft in voller Höhe auf die Saline Rosenheim.

Die Torfgewinnung in der Staatswaldabteilung Kollerfilze (im ganzen 320,9 ha groß) war bisher an den Akkordanten Michael Nickl verpachtet und läuft die Pachtdauer bis Ende 1918. Nickl hat der Saline Rosenheim seinen Besitz in Nicklheim sowie seine Torfsticheinrichtung zum Kauf um den Preis von 200,000 ℳ angeboten. Das Salinenärar hat ein lebhaftes Interesse daran, diese Einrichtungen zu erwerben, weil der Torfstich auf dem Kolbermoor mit 1912 zu Ende geht und als Ersatz dafür auf der Kollerfilze der gleiche wertvolle Torf der unteren Lagen sofort gewonnen werden kann, während auf der anstoßenden salinarischen Hochrunstfilze auf eine Reihe von Jahren noch oberer Torf gewonnen werden muß.

Die zu Beginn des Jahres 1911 in der Kollerfilze anstehende rohe Torfmasse wurde vom Salinenamt Rosenheim abgemessen und auf 4 740 048 cbm berechnet. Daraus lassen sich 2 594 012 cbm trockener fertiger Stichtorf gewinnen.

Durch die Erwerbung der Nicklschen Gebäude wird außerdem der Saline Rosenheim die sonst notwendige Errichtung von Unterkunftshäusern für Saisonarbeiter in Raubling und Umgebung erspart.

Die Verzinsung und Amortisation des Kaufpreises kann aus den durch die Torfverwertung sich ergebenden Einnahmen gedeckt werden.

Zur 4 %igen Verzinsung und Amortisation des Aufwandes zu 200,000 ℳ sind unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebung 4000 ℳ Zinsen und 8400 ℳ Amortisation im ordentlichen Etat vorgesehen.

bb. Die Reinerlöse aus den Verkäufen der zur Saline Traunstein gehörigen Immobilien würden an sich dem Staatsgüterfonds zufließen. Nachdem die Saline Traunstein in der Saline Reichenhall aufgeht, empfiehlt es sich, diesen Reinerlös ebenso wie die Reinerlöse aus der Veräußerung von Maschinen, Einrichtungen usw. zur teilweisen Deckung der auf die Erweiterung der Saline Reichenhall erwachsenden Kosten unter entsprechender Kürzung des durch das außerordentliche Budget 1910 und 1911 (Ziff. II b) bewilligten Kredites zu 450,000 ℳ zu verwenden. Hiezu soll durch die Bemerkung zu Ziff. II a die Ermächtigung erwirkt werden.

b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

aa. Für Vervollständigung des bayerischen Telegraphennetzes.

1. Herstellung neuer Leitungen . . . . 60,600 ℳ

Durch die Herstellung neuer Telegraphenleitungen, die Ausführung von Leitungsergänzungen usw. sollen einige, namentlich während der Sommermonate stark in Anspruch genommene Leitungen entlastet und Verzögerungen im Telegrammverkehr möglichst beseitigt werden.

2. Neuanlage von Doppelgestängen an Telegraphenlinien mit einfachem Gestänge . . . . 6,600 ℳ.

An einigen Telegraphenlinien erweist sich wegen Überlastung der Gestänge die Neuanlage von Doppelgestängen als nötig.

3. Kabelanlagen . . . . 41,800 ℳ.

Die Verkehrssicherheit erfordert, daß auf einigen Strecken die an überlasteten Gestängen oberirdisch geführten Staatstelegraphenleitungen in Kabel verlegt werden.

4. Erweiterung der Rohrpostanlage München . . . . 460,000 ℳ.

Die Erweiterung der Rohrpostanlage München ist notwendig zur Verbesserung des Telegramm- und Eilbriefzustelldienstes und zur gleichzeitigen Einrichtung des Rohrpostbriefdienstes.

. Gemeinsame Reserve für nichtvorhersehbare Bedürfnisse . . . . 19,000 ℳ.

Mit der bisher je zur Hälfte auf Telegraph und Telephon verrechneten Ausbreitung des Telephons auf das flache Land wird durch Errichtung von Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb und zugleich öffentlichen Telephonstellen, von gemeindlichen öffentlichen Telephonstellen, Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen sowie durch den Umbau bestehender Telegrapheneinfachleitungen mit Telephonbetrieb in Doppelleitungen auch in den Jahren 1912 und 1913 in dem seitherigen Umfange fortgefahren werden. Die mit 813,600 ℳ veranschlagten Ausgaben hiefür, von denen je 406,800 ℳ auf Telegraph und Telephon treffen, können noch aus den in den außerordentlichen Budgets 1908 und 1909 und 1910 und 1911 für die Ausdehnung des Telephons auf das flache Land vorgesehenen Krediten gedeckt werden. Diese wurden nicht aufgebraucht, da insbesondere das Bedürfnis nach Errichtung von gemeindlichen öffentlichen Telephonstellen nicht in dem Maße aufgetreten ist wie in den früheren Jahren. Auch hat sich infolge der zunehmenden Dichtigkeit des staatlichen Telephonnetzes der durchschnittliche Aufwand für eine Telegraphenanstalt mit Telephonbetrieb und eine gemeindliche öffentliche Telephonstelle erheblich niedriger gestellt als in den vorhergehenden Jahren.

bb. Für Vervollständigung des Telephonnetzes.

1. Erweiterung der bestehenden Ortstelephonnetze . . . . 9'450,000 ℳ.

Der Bedarf ist auf Grund einer Schätzung des voraussichtlichen Teilnehmerzuganges berechnet, die sich auf den wirklichen Zugang der letzten Jahre stützt.

Die Bedarfssumme enthält auch die Mittel zum weiteren Ausbau des Ortstelephonnetzes München für den vollautomatischen Betrieb.

2. Herstellung telephonischer Verbindungsleitungen . . . . 1'051,520 ℳ.

Der telephonische Verkehr auf den bestehenden Verbindungsleitungen ist im steten Aufschwung begriffen.

Er betrug im Jahre 1908: 14'455,386,
„ „ 1909: 16'699,398
und „ „ 1910: 18'490,836 Gespräche.

Um eine tunlichst rasche Abwickelung der Ferngespräche auch in Zukunft zu ermöglichen und um anderseits den Sprechbereich auf weitere Orte in anderen Verwaltungsgebieten ausdehnen zu können, wird auf eine Vermehrung der Verbindungsleitungen für bestehende Ortstelephonnetze Bedacht genommen werden müssen. Der Bedarf für diese Zwecke sowie für den

Anschluß neuer Ortstelephonnetze an das allgemeine Telephonnetz ist auf 1'118,000 ℳ zu veranschlagen.

Von dem im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 bewilligten Kredit zu 276,800 ℳ für voraussichtliche Überschreitung aus den Jahren 1906 und 1907 (vgl. Ziff. III b cc 3 β der Einzelübersicht III zum außerordentlichen Budget 1908 und 1909) besteht noch ein unverbrauchter Rest von 66,479 ℳ 16 ₰.

In der Voraussetzung, daß es der hiemit beantragten Zustimmung des Landtages begegnet, wenn dieser Kreditrest für die Herstellung neuer telephonischer Verbindungsleitungen in den Jahren 1912 und 1913 verwendet wird, ermäßigt sich die zu fordernde Summe um 66,479 ℳ 16 ₰, demnach auf rund 1'051,520 ℳ.

3. Gemeinsame Reserve für nichtvorhersehbare Bedürfnisse . . . . 420,480 ℳ.

Sollte die in Aussicht genommene Neuregelung des Telephongebührentarifs einen außergewöhnlichen Zugang an Teilnehmern bringen, so würde die Telegraphenverwaltung gezwungen sein, von der ihr nach langjähriger Übung erteilten Überschreitungsbefugnis in ausgiebigem Maße Gebrauch zu machen.

Mit der Errichtung neuer Ortstelephonnetze wird in der bisherigen Weise nach Maßgabe des hervortretenden Bedürfnisses fortgefahren werden. Der hiefür erforderliche Aufwand im Anschlage von 141,700 ℳ kann ebenso wie der auf Telephon zu verrechnende Hälftebetrag zu 406,800 ℳ, der für die Ausdehnung des Telephons auf das flache Land voraussichtlich aufzuwenden ist, noch aus den in den außerordentlichen Budgets 1908 und 1909 und 1910 und 1911 für diesen Zweck vorgesehenen Krediten gedeckt werden (vgl. Schlußbemerkung der Erläuterung zu aa).

c. Für Zwecke der Bodenseedampfschiffahrt.

Für Herstellung eines neuen Hellings für die Bodenseedampfschiffahrt . . . . 450,000 ℳ.

Der alte Helling ist sowohl für die vorhandene als auch für die demnächst zu erbauende neue Güterdampffähre zu schmal. Seine Fahrbahn hat zudem nur 300 t Tragfähigkeit, während das Gewicht einer Fähre 550 bis 600 t beträgt. Die Aufzugsvorrichtungen sind veraltet und unzweckmäßig, das Aufziehen und Ablassen eines Schiffes deshalb umständlich und zeitraubend. Infolgedessen ist für die Bodenseedampfschiffahrt ein leistungsfähigerer Helling mit neuzeitigen Aufzugsvorrichtungen notwendig.

Der neue Helling, der im Laufe des Jahres 1912 gebaut und spätestens anfangs 1913 in Betrieb genommen werden soll, wird auf . . . . 450,000 ℳ zu stehen kommen, wovon auf den eigentlichen Helling . . . . 362,000 ℳ, auf den Aufzug mit Wagen . . . . 86,000 ℳ und auf die Beleuchtungseinrichtung . . . . 2,000 ℳ treffen.

Die erforderlichen Mittel sollen dem Gefällsablösungsfonds entnommen, vom Tage der Abhebung an mit 4% verzinst und in Teilbeträgen von 1½% derart getilgt werden, daß die ersparten Zinsen dem Rückzahlungsbetrage zuwachsen.

III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens.

a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke.

Durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 (Ziff. III h) ist auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens für Bohrungen auf Kohle im bergfreien Felde von Stockheim die Summe von 300,000 ℳ bewilligt worden, von der nur der Betrag von 51,118 ℳ 42 ₰ für die Bohrung in Neuhaus in Anspruch genommen wurde.

Der Rest zu 248,881 ℳ 58 ₰ soll nunmehr zum Aufschlusse des Erzfelderbesitzes des Staates und zur Untersuchung der Abbauwürdigkeit und Verhüttbarkeit der darin enthaltenen Erze verwendet werden.

Die Untersuchungen hinsichtlich des gemuteten und gekauften großen Erzfelderbesitzes des Staates in Bayern und in Reuß sind in Angriff genommen, aber noch nicht so weit gediehen, daß sie ein endgültiges Urteil über den Wert der Erzlagerstätten ermöglichen. Die Fortsetzung dieser Tätigkeit erscheint unbedingt geboten, wenn nicht die bisherigen Aufwendungen mehr oder minder zwecklos sein sollen, oder auf die Aufschließung der Felder überhaupt Verzicht geleistet werden will. Die vorhandenen Mittel reichen nur mehr bis Ende des Jahres 1911. Zur Fortsetzung der Aufschlußarbeiten soll daher der erwähnte Kreditrest zu 248,881 ℳ 58 ₰ Verwendung finden.

b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

aa. Für Postbauten sowie für Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung.

1. Neubau einer Werkstätte und einer Halle für Postmotorwagen in Aubing . . . . 600,000 ℳ.

Die Postverwaltung besitzt zurzeit 153 Motorwagen für den Personenverkehr, 13 Motorwagen für den Lastenverkehr, 33 Personenanhängewagen und 24 Güteranhängewagen sowie 27 Motorwagen für den Verbindungsdienst in den größeren Städten. Hiezu kommen noch 35 einzelne Wagenkasten für den Sommerverkehr auf den Motorpostlinien.

Die zeitweise nötigen eingehenden Untersuchungen und die größeren Instandsetzungsarbeiten an den 250 Fahrzeugen mußten bisher in den Räumen der Werkstätteinspektion Aubing vorgenommen werden. Die Arbeiten haben durch die rasche Entwickelung des Motorpostbetriebes einen derartigen Umfang angenommen, daß sie künftig nicht mehr in den Werkstätten der Eisenbahnverwaltung vollzogen werden können. Die Eisenbahnverwaltung braucht infolge der Erhöhung ihres Wagenstandes die vorhandenen Werkstätten in Aubing für ihre eigenen Zwecke.

Für die Postmotorwagen muß deshalb eine neue Werkstätte erbaut werden. Als Bauplatz wurde eine Fläche innerhalb des eingefriedigten Geländes der Werkstätteinspektion Aubing gewählt, damit bei gewissen Instandsetzungsarbeiten an den Postmotorwagen die besonderen Einrichtungen der Eisenbahnwerkstätte mitbenützt werden können.

In dem 140 m langen und 32 m breiten Werkstättegebäude sind Abteilungen für die verschiedenen Arbeitsgattungen, Magazine und Bureaus vorzusehen sowie die erforderlichen Maschinen, Werkzeuge, Hebevorrichtungen und dergl. bereitzustellen.

Die Baukosten des Werkstättegebäudes sind auf 400,000 ℳ berechnet, für Beheizung und Beleuchtung, für Gleise- und Weganlagen, Wasserleitung und Kanalisation sind 89,000 ℳ aufzuwenden, die maschinellen und technischen Einrichtungen werden 78,500 ℳ kosten.

Zur Hinterstellung der bei der Werkstätte befindlichen Postfahrzeuge und Reservewagenkasten ist eine Wagenhalle von 120 m Länge und 12 m Breite zu errichten. Die Halle soll nördlich von der Werkstätte, anschließend an die Einfriedigungsmauer erbaut werden. Die Baukosten sind mit 32,500 ℳ veranschlagt.

Die Gesamtkosten der Werkstätte und der Halle werden sich also auf 600,000 ℳ belaufen.

2. Neubau eines Posthauses und einer Postmotorwagenhalle am neuen Bahnhof Bad Kissingen . . . . . 290,000 ℳ.

Das Postamt Bad Kissingen befindet sich seit 1900 in einem posteigenen Gebäude, das mitten in der Stadt — an der Ludwigstraße — liegt. Eine Zweigdienststelle des Postamtes ist im Bahnbetriebshauptgebäude untergebracht.

Die jährlichen Einnahmen an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren betrugen im Jahre 1900 190,976 ℳ, im Jahre 1910 380,076 ℳ. Infolge der Verkehrszunahme macht sich im Erdgeschoß des Posthauses Raummangel fühlbar, dem durch Verlegung des Paketzustelldienstes zur Bahnhofpostanstalt und der Paketauflieferung in ein Seitengebäude des Posthauses abgeholfen werden soll.

Die Zweigdienststelle am Bahnhof, deren gegenwärtige Räume sehr knapp bemessen sind, wird künftig einen viel stärkeren Geschäftsumfang bekommen, weshalb die Herstellung eines Posthauses am neuen Bahnhof in Bad Kissingen nötig werden wird.

Der Posthausneubau soll neben dem Bahnbetriebshauptgebäude auf der Seite gegen die Stadt errichtet und mit den Bahnsteigen durch einen Tunnel mit elektrischen Aufzügen verbunden werden.

Bei dem Posthausneubau ist auch eine Postmotorwagenhalle mit Werkstätte und Aufenthaltsräumen für das Fahrpersonal vorzusehen.

Die Gesamtkosten sind mit 290,000 ℳ berechnet.

3. Neubau eines Posthauses in Germersheim . . . . 190,000 ℳ.

Für das Postamt Germersheim ist seit 1893 ein Privathaus gemietet, das über dem Erdgeschoß ein Obergeschoß besitzt. Seit der Einrichtung des Ortstelephonnetzes im Jahre 1899 wird das ganze Haus für Dienstzwecke verwendet. Obwohl später das Erdgeschoß durch einen Anbau erweitert wurde, reichen die Diensträume infolge der Zunahme des Verkehrs nicht mehr aus. Der Schaltervorplatz hat ungenügendes Tageslicht.

Da diese Mängel sich nicht beheben lassen, können die Diensträume des Postamtes nach Ablauf des Mietvertrages — 30. Juni 1915 — nicht mehr beibehalten werden. Andere Mieträume, die sich für das Postamt besser eignen würden, sind nicht vorhanden. Die Erbauung eines posteigenen Hauses in Germersheim ist daher dringend nötig.

Als Bauplatz ist ein 970 qm großes Privatgrundstück an der Oberamtsstraße in Aussicht genommen, das 24,000 ℳ kostet.

Die Baukosten werden 166,000 ℳ, die Gesamtkosten also 190,000 ℳ betragen.

4. Umbau des Telegraphengebäudes in München . . . . 285,000 *M.*

Nach der Verlegung der Oberpostdirektion München in das gegenwärtige Eisenbahnverwaltungsgebäude an der Prielmayerstraße sollen in dem posteigenen Gebäude am Bahnhofplatz feuersichere Räume für eine automatische Umschaltestelle und für das Telegraphenamt, das erweitert und geändert werden muß, geschaffen werden.

Auf der Südseite des Hauses an der Bayerstraße werden einige vermietbare Geschäftsräume eingerichtet.

Im ganzen Gebäude werden die hölzernen Balken und Decken durch Eisenbetonkonstruktionen ersetzt. Der östliche Teil des Hauses wird in der Höhe des zweiten und dritten Obergeschosses in der Mitte des Hofes mit dem Vordergebäude durch einen Überbau verbunden, der die Einrichtungen für die Seilpostanlage aufzunehmen hat und die Apparatensäle des Telegraphenamts in unmittelbaren Zusammenhang bringt.

Die Akkumulatorenbatterien und Lademaschinen werden sämtlich im Keller untergebracht. Das Haus wird künftig in folgender Weise verwendet werden:

a) das Erdgeschoß für die Telephonleitungsverteilung, die öffentlichen Telephonstellen, die Telegrammannahme- und -zustellung, für die Hausmeisterwohnung, zu Geschäftszwecken sowie für die Rohrpostzentrale (Hofraum),

b) das erste Obergeschoß für die automatische Umschaltestelle mit den erforderlichen Nebenräumen und die Nachrichtenstelle,

c) das zweite Obergeschoß für die Bureaus, Werkstätten und Magazine des Telegraphenamts und

d) das dritte Obergeschoß für die Telegraphenapparatensäle nebst zugehörigen Nebenräumen.

Die Gesamtkosten für den Umbau des Gebäudes, der mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Betriebes abschnittweise ausgeführt werden muß, sind auf 285,000 *M* veranschlagt.

5. Errichtung eines Gebäudes für eine automatische Umschaltestelle in München-Neuhausen . . . . 215,000 *M.*

Die dritte Außenzentrale des Ortstelephonnetzes München ist im nordwestlichen Stadtteil einzurichten. Das Gebäude für die neue automatische Umschaltestelle soll auf dem rückwärtigen Teil eines Grundstückes an der Winthirstraße Pl.Nr. 108 hergestellt werden, das 58,097 *M* kostet.

Das Grundstück ist 1417 qm groß und hat bei 28 m Länge an der Straße eine mittlere Tiefe von 55 m. Der vordere Teil des Bauplatzes an der Straße kann für ein später zu erbauendes Posthaus verwendet werden, in dem das Postamt 1. Klasse München 19 (Nymphenburgerstraße) unterzubringen wäre.

Die Baukosten des Umschaltestellengebäudes werden 157,0C0 *M*, die Gesamtkosten also rund 215,000 *M* betragen.

6. Kosten der Untergrundbahn zwischen dem Hauptbahnhof München und dem Verkehrsministerialgebäude . 287,000 *M.*

Bei der Aufstellung des Vorentwurfes für das Verkehrsministerialgebäude im Jahre 1903 war angenommen worden, daß der Posttunnel unter den Gleisen des Hauptbahnhofes bis zur Arnulfstraße verlängert und am Nordende durch einen Laderaum erweitert wird. Die Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof und den Räumen des Briefpostamtes im Verkehrsministerialgebäude sollte auf der Arnulfstraße mit Motorwagen ausgeführt werden. In dem Kredit von 9'900,000 *M*, der mit Gesetz vom 14. Dezember 1903, die Herstellung eines Gebäudes für das Verkehrsministerium und ein zentrales Briefpostamt in München betreffend, bewilligt wurde, war der Betrag von 108,000 *M* für die Bauarbeiten an dem Posttunnel enthalten.

Später haben sich gegen die Beförderung der Postsendungen in dem lebhaften Verkehrsgetriebe der Arnulfstraße Bedenken bezüglich der Sicherheit, Raschheit und Zuverlässigkeit geltend gemacht, die es geboten erscheinen ließen, im Jahre 1910 eine elektrische Untergrundbahn vom Posttunnel unter dem Hauptbahnhof zu den Räumen des Briefpostamtes im Verkehrsministerialgebäude zu erbauen.

Die Untergrundbahn wurde am 19. März 1911, dem Tage der Verlegung des Briefpostamtes in das Verkehrsministerialgebäude, in Betrieb genommen. Sie entspricht den dienstlichen Bedürfnissen in jeder Beziehung und erfordert überdies einen um rund 18,000 *M* geringeren Betriebsaufwand als die ursprünglich beabsichtigte Beförderungsart.

Die Baukosten der Untergrundbahn im Gesamtbetrage von 395,000 *M* wurden aus dem Neubaukredit von 9'900,000 *M* bestritten. Da aber in dem ursprünglichen Kostenanschlag für das Ministerialgebäude nur ein Betrag von 108,000 *M* für die fraglichen Einrichtungen vorgesehen war, muß der Mehrkostenbetrag von 287,000 *M* an den Neubaukredit ersetzt werden.

7. Erweiterung der Postgebäude am Hauptbahnhof Nürnberg, 1. Rate . . . . 474,000 *M.*

Die Postverwaltung besitzt am Hauptbahnhof Nürnberg

1. das im Jahre 1861 erbaute Oberpostdirektionsgebäude, das im Erdgeschoß vom Briefpostamt, in den Obergeschossen von der Oberpostdirektion benutzt wird;
2. das im Jahre 1895 an Stelle eines älteren erdgeschossigen Baues errichtete Paketpostgebäude, dessen untere Räume vom Paketpostamt eingenommen werden, während das 1. Obergeschoß den großen Briefträgersaal enthält, sowie
3. das im Jahre 1905 bezogene Dienstgebäude, dessen Erdgeschoß von der Zeitungsabteilung des Briefpostamtes und für den Weihnachtsverkehr des Paketpostamtes benutzt wird. In den drei Obergeschossen sind Amtsräume der Oberpostdirektion, die Dienst-

wohnung des Oberpostdirektors, das Bahnpostamt und Übernachtungsräume des Bahnpostpersonals untergebracht.

Die drei Gebäude umschließen den Posthof, der auf der Ostseite von einem erdgeschossigen Fachwerkbau begrenzt wird.

Die Schaltervorplätze des Briefpostamtes und des Paketpostamtes sind für den heutigen Verkehr zu klein; seit Jahren wird ferner darüber geklagt, daß die Abfertigungsräume der beiden Postämter nicht mehr ausreichen.

Die jährlichen Einnahmen an Postgebühren sind beim Briefpostamt Nürnberg 2 von 382,590 *M* im Jahre 1900 auf 771,776 *M* im Jahre 1910 und beim Paketpostamt Nürnberg 3 von 313,118 *M* im Jahre 1900 auf 527,931 *M* im Jahre 1910 gestiegen. In ähnlichem Verhältnis wie der abgehende Postverkehr hat auch der ankommende und der Umschlagverkehr zugenommen. Für die im Jahre 1908 beim Briefpostamt Nürnberg 2 eingerichtete Drucksachenverteilungsstelle für das nördliche Bayern muß ein Raum benützt werden, der sich nach Größe und Belichtung und mangels einer Entlüftung für diesen Dienstzweig schlecht eignet.

Eine Erweiterung der Postgebäude am Hauptbahnhof Nürnberg erscheint daher als ein dringendes Bedürfnis. Den für den Erweiterungsbau nötigen Platz wird die Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen; indes muß eine alte Wagenhalle, in der Übernachtungs- und Lagerräume für das Zugbegleitungspersonal eingebaut sind, abgebrochen und dafür südlich der Unterführung der Allersbergerstraße ein Ersatzbau mit einem Kostenaufwand von 54,000 *M* hergestellt werden.

Im Erdgeschoß des Erweiterungsbaues sollen eine große Schalterhalle, die dem Annahmedienst des Briefpostamtes und des Paketpostamtes gemeinschaftlich zu dienen hat, ein neuer Abfertigungsraum für das Briefpostamt, die für den Paketpostdienst erforderlichen Übernahms- und Abfertigungsräume sowie die Zahlstelle des Postscheckamtes Nürnberg untergebracht werden. Die Obergeschosse sind für den Briefzustelldienst, das Postscheckamt, die Postbezirkskasse, als Amtsräume für die Oberpostdirektion und als Übernachtungsräume für Bahnpostpersonal bestimmt. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues, der mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Betriebes abschnittweise auszuführen ist, soll das alte Oberpostdirektionsgebäude ausschließlich für Zwecke der Oberpostdirektion verwendet werden. Ein Umbau des Gebäudes empfiehlt sich nicht wegen des großen Unterschiedes in der Stockwerkshöhe und des mangelhaften baulichen Zustandes des Gebäudes. Die Kosten des Umbaues würden überdies jenen eines Neubaues gleichkommen. Das alte Oberpostdirektionsgebäude ist deshalb abzubrechen. Für den Neubau genügt eine kleinere Grundfläche. Hiedurch würde die Einfahrt in den Posthof verbessert und der Bahnhofplatz an der Ankunftshalle in wünschenswerter Weise vergrößert werden.

Die Gesamtkosten für den Erweiterungsbau und die damit zusammenhängenden Neubauten in den bestehenden Gebäuden sind mit 1'374,000 *M* veranschlagt.

Als erste Baurate wird der Betrag von 474,000 *M* vorzusehen sein.

8. Neubau eines Posthauses in Oberkotzau . . . . 135,000 *M*.

Am Bahnhof Oberkotzau wurde im Jahre 1893 ein Posthaus auf bahneigenem Grund mit einem Kostenaufwand von 15,340 *M* erbaut.

Das Postamt Oberkotzau hat an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren im Jahre 1893 7316 *M*, im Jahre 1900 19,955 *M* und im Jahre 1910 40,993 *M* eingenommen. Infolge der ungewöhnlich starken Verkehrssteigerung sind die Diensträume im Erdgeschoß des Posthauses schon seit Jahren äußerst beschränkt. Das Haus kann aber nicht erweitert werden, weil der für einen Anbau nötige Platz mangelt. Die Eisenbahnverwaltung drängt auf den Abbruch des Postgebäudes, da sie den Platz für die unbedingt erforderliche künftige Vergrößerung des Freiladehofes braucht. Die Herstellung eines neuen Postgebäudes, das wegen des Umschlagverkehrs in der Nähe des Bahnhofes errichtet werden muß, läßt sich nicht länger verschieben.

Bahneigener Grund kann für den Posthausneubau nicht zur Verfügung gestellt werden. Da auch passend gelegene unbebaute Privat-Grundstücke nicht vorhanden sind, wurde die Erwerbung des Anwesens Hs. Nr. 38 Pl.-Nr. 249 a/b an der Bahnhofstraße in Aussicht genommen. Das Anwesen hat 810 qm Grundfläche und kostet 30,000 *M*.

Die auf dem Grundstück stehenden Gebäulichkeiten sind für die Postverwaltung nicht verwendbar und müssen abgebrochen werden.

Die Baukosten werden 105,000 *M*, die Gesamtkosten also 135,000 *M* betragen.

9. Neubau eines Posthauses in Rothenburg o/Tauber . . . . 150,000 *M*.

Im ordentlichen Budget 1908 und 1909 waren für den Kauf eines Grundstückes am Bahnhof Rothenburg o/T. 13,000 *M* bewilligt worden. Bei der Begründung des Budgetansatzes war die Herstellung eines Postgebäudes am Bahnhof schon in Betracht gezogen.

Die jährlichen Einnahmen des Postamtes Rothenburg o/T. an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren sind von 59,073 *M* im Jahre 1900 auf 112,957 *M* im Jahre 1910 gestiegen. Dem durch die Verkehrszunahme bedingten höheren Raumbedarf kann nur durch Erbauung eines posteigenen Hauses Rechnung getragen werden.

Die Baukosten sind mit 150,000 *M* veranschlagt.

10. Neubau eines Posthauses in Schwabmünchen . . . . 110,000 ℳ.

Das Postamt II. Kl. Schwabmünchen ist in einem Anbau an das Bahnbetriebsgebäude untergebracht. Die Diensträume der Zweigdienststelle im Markte sind gemietet. Die jährlichen Einnahmen an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren betrugen in Schwabmünchen 1900 30,998 ℳ und 1910 45,528 ℳ; hievon trafen auf das Postamt am Bahnhof im Jahre 1900 13,679 ℳ, im Jahre 1910 22,182 ℳ.

Die Diensträume des Postamtes haben insgesamt nur 72 qm Bodenfläche, nämlich 8 qm Schaltervorplatz, 5 qm Umschaltestelle, 13 qm Vorstandszimmer und 46 qm Abfertigungsraum. Die unbedingt erforderliche Vergrößerung der Räume ist im Bahngebäude nicht möglich.

Außerdem wird seit Jahren über den Mangel an passenden und preiswerten Wohnungen für das dem Postamte zugeteilte Personal geklagt. Die Erbauung eines Posthauses am Bahnhof Schwabmünchen ist deshalb dringend nötig.

Einen Bauplatz kann die Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen.

Der Neubau soll im Erdgeschoß die Postdiensträume, im ersten Obergeschoß zwei Dienstwohnungen und im ausgebauten Dachgeschoß zwei Mietwohnungen enthalten.

Die Baukosten sind auf 110,000 ℳ berechnet.

11. Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung . . . . 600,000 ℳ.

Die Verkehrsverwaltung betrachtet es als ihre Aufgabe, auch in den nächsten Jahren noch mitzuwirken, daß die Wohnungsverhältnisse ihres Personals an solchen Orten verbessert werden, an denen nachgewiesenermaßen ein fühlbarer Mangel an geeigneten Wohnungen herrscht und nicht zu erwarten ist, daß dieser Mangel in entsprechender Weise durch die allgemeine Bautätigkeit beseitigt wird.

Zu dem Zwecke sind für den Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung 600,000 ℳ vorzusehen.

Der Betrag wird nach den Grundsätzen verwendet werden, die im Anhang des I. Nachtrages zur Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget 1910 und 1911 auf Seite 21 und 22 sowie in der zugehörigen Denkschrift näher erläutert wurden.

Im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 — VI. Nachtrag — war ein Betrag von 485,100 ℳ für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse des Personals der Post- und Telegraphenverwaltung in Nürnberg bewilligt worden. Von diesem Betrag sind 100,000 ℳ zur Erwerbung eines 2 ha großen Geländeabschnittes aus der Staatswaldabteilung Hasenbücke benötigt, von dem der Baugenossenschaft für Angehörige der K. B. Verkehrsanstalten ein zur Herstellung von etwa 85 Wohnungen ausreichender Bauplatz im Erbbaurecht zur Verfügung gestellt werden wird. Der Baugenossenschaft wurde ferner ein Baudarlehen von 50% der belehnungsfähigen Herstellungskosten in Aussicht gestellt. Der von dem Gesamtkredit von 485,100 ℳ hienach verbleibende Restbetrag wird gegebenenfalls für die Beschaffung von Wohnungen an anderen Orten zu verwenden sein.

12. Kosten für die innere Einrichtung und Reserve . . . . 113,610 ℳ.

a. Die Baukosten der in Ziff. 2 mit 5 und 8 mit 10 aufgeführten Neubauten und Umbauten von Postdienstgebäuden betragen 1'263,000 ℳ. Nach der bisherigen Übung sind hieraus 2,8%, also 35,364 ℳ, für die innere Einrichtung zu rechnen.

b. Als Reserve sind aus den unter a berechneten Baukosten von 1'263,000 ℳ und den Kosten für die Werkstätteanlage in Aubing von 600,000 ℳ, demnach aus dem Gesamtbetrage von 1'863,000 ℳ in gleicher Weise wie bei dem außerordentlichen Budget 1910 und 1911 4,2%, d. s. 78,246 ℳ, anzusetzen.

Als Kosten für die innere Einrichtung und Reserve sind daher 113,610 ℳ vorzusehen.

bb. Für Erhöhung des Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien, 3. Rate . . . . 1'500,000 ℳ.

Aus dem Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien werden die Anschaffungskosten der für die Motorpostlinien erforderlichen Fahrzeuge und ihrer Ersatzteile, ferner der Motorwagenhallen und ihrer Einrichtungen (Maschinen und Werkzeuge) sowie die Kosten der Ausbildung des Fahr- und Werkstättepersonals bestritten.

Die dem Fonds entnommenen Beträge werden ihm nach Maßgabe eines Abschreibungsplanes, der nach der erfahrungsmäßigen Abnützung der beschafften Gegenstände bemessen ist, in jährlichen Raten aus dem ordentlichen Budget wieder zugeführt, so daß der Fonds im genauen Verhältnisse zum Betriebsverbrauche der Linien fortwährend erneuert, der ordentliche Etat aber nur mit den in Wirklichkeit auf das Etatsjahr entfallenden Ausgabebeträgen belastet wird.

Die im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 bewilligte 2. Rate des Fonds zu 1'500,000 ℳ wird gegen Ende des Jahres 1912 aufgebraucht sein.

Der nunmehr als 3. Rate vorgesehene Betrag wird nach den bisherigen Erfahrungen hinreichen, um von den angestrebten und zur Errichtung bereiften zahlreichen Motorpostlinien in den nächsten Jahren etwa 20 Linien einrichten zu können.

c. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz.

Für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg, 3. Rate . . . . 2'500,000 ℳ.

Für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg ist für Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 (Ziff. III c) die Summe von 1'800,000 ℳ und durch das außerordentliche Budget der Jahre 1910 und 1911 (Ziff. III d) die Summe von 1'600,000 ℳ bewilligt worden.

Die Bautätigkeit schreitet so rasch fort, daß die Einstellung einer weiteren Rate von 2'500,000 ℳ erforderlich ist.

d. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern.

1. Zuschuß für den Neubau des Deutschen Museums, 6. Rate . . . . 350,000 ℳ.

Für den Neubau des Deutschen Museums ist in der Finanzperiode 1906 und 1907 ein Zuschuß von 2'000,000 ℳ in Aussicht gestellt worden unter der Voraussetzung, daß seitens des Reichs der gleiche Zuschuß, seitens der Stadt München 1'000,000 ℳ und daß mindestens 2'000,000 ℳ seitens der Industriellen aufgebracht werden. Diese Voraussetzungen sind eingetreten und es wurden hienach für das Deutsche Museum folgende Bauraten finanzgesetzlich bewilligt:

1. Baurate	50,000 ℳ	Finanzperiode	1906 und 1907,
2. u. 3. „	800,000 ℳ	„	1908 und 1909,
4. u. 5. „	800,000 ℳ	„	1910 und 1911.

Es sind demnach nur noch 350,000 ℳ für die Finanzperiode 1912 und 1913 vorzusehen.

2. Für den Neubau eines Polizeidirektionsgebäudes in München, Restbedarf für Bau und innere Einrichtung 2'000,000 ℳ.

Durch das außerordentliche Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 sind bereits 2'000,000 ℳ genehmigt worden. Der vorgesehene Betrag ist zur Vollendung des Neubaues und zur Beschaffung der nötigen Einrichtungen für den Bau- und Dienstbetrieb erforderlich. Bei Aufstellung des Bedarfes für diese Einrichtungsgegenstände wurde die tunlichste Verwendung des vorhandenen Mobiliars, außerdem aber der Erlös aus diesem und etwa sonst sich ergebende Einnahmeanfälle berücksichtigt.

3. Für die Errichtung einer Veterinärpolizeilichen Anstalt in Schleißheim . . . . 450,000 ℳ.

Das Reichs-Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909, das voraussichtlich am 1. April 1912 in Kraft treten wird, erweitert den Kreis der anzeigepflichtigen, gesetzlich zu bekämpfenden Tierseuchen sehr erheblich und legt im Zusammenhalte mit dem bayerischen Ausführungsgesetze vom 13. August 1910 (GVBl. S. 615) der bayerischen Staatskasse hinsichtlich der Entschädigungen für Viehverluste infolge von Tierseuchen sehr weitgehende Verpflichtungen auf.

Anderseits geben die neuzeitlichen Errungenschaften auf den Gebieten der Bakteriologie, Serumdiagnostik und Serumtherapie (Schutz- und Heilimpfungen) wertvolle Hilfsmittel an die Hand, Tierseuchen sicher und rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu bekämpfen.

Die Bedeutung der hier in Betracht kommenden Feststellungs- und Bekämpfungsverfahren ist in beständigem Wachsen begriffen und heute schon zu einem unentbehrlichen Rüstzeug für die praktische Tierseuchentilgung geworden. So sind mikroskopische, bakteriologische oder serologische Untersuchungen unentbehrlich bei Tollwutverdacht, bei Rotz der Pferde, bei Milzbrand und bei Rauschbrand.

Ganz besonders wird aber künftig die Anwendung bakteriologischer Untersuchungen in sehr ausgedehntem Umfange dadurch erforderlich, daß die Tuberkulose der Rinder unter die anzeigepflichtigen Seuchen eingereiht worden ist. Nach den Ergebnissen der Fleischbeschau und nach den sonstigen Beobachtungen über die Verbreitung der Rindertuberkulose wird jedenfalls damit zu rechnen sein, daß in Bayern auf Jahre hinaus alljährlich *mehrere tausend bakteriologische Untersuchungen* auf Tuberkulose ausgeführt werden müssen.

Bei einzelnen Seuchen, so bei Milzbrand, Rauschbrand, Schweinerotlauf, Geflügelcholera und Tuberkulose können zwar die mikroskopischen Untersuchungen, solange sie in beschränkter Zahl anfallen, von den Bezirkstierärzten vorgenommen werden; die eigentlichen bakteriologischen Prüfungen, wie sie insbesondere bei zweifelhaften Fällen von Tuberkulose sehr häufig und außerdem auch bei Rotz und bei Tollwut notwendig werden, lassen sich dagegen nur in entsprechend eingerichteten Anstalten ordnungsmäßig erledigen.

Als solche Anstalt kommt in Bayern zurzeit lediglich das Pathologische Institut der Tierärztlichen Hochschule in Betracht. Dieses Institut ist aber in Bezug auf Arbeitsräume so beschränkt, daß es bisher nicht einmal in der Lage war, die verhältnismäßig selten anfallenden bakteriologischen Untersuchungen auf Rotz und Tollwut auszuführen. Außerdem liegen seine Aufgaben auf wesentlich anderen Gebieten als in der Erledigung zahlreicher gleichartiger bakteriologischer Untersuchungen für veterinärpolizeiliche Zwecke; ganz abgesehen davon, daß das vorhandene Personal zur Bewältigung der in Frage kommenden Untersuchungen auch nicht annähernd ausreichen würde und eine zulängliche Erweiterung des Instituts der teueren Grundstückspreise wegen nur mit sehr hohen Kosten möglich wäre.

Weiter kommt in Betracht, daß die Anwendung der Schutz- und Heilimpfung bei verschiedenen Tierseuchen seit längerem schon in umfangreichem Maße im Gebrauch ist und immer mehr an praktischer Bedeutung gewinnt. Es sei hier nur erinnert an die Schutzimpfung gegen den Rotlauf der Schweine, der in Bayern seit etwa 10 Jahren alljährlich bis zu 100,000 Schweine mit bestem Erfolg unterstellt werden. Die Kosten für die Beschaffung des Impfstoffes werden aus der Staatskasse bestritten und betragen im Durchschnitte der letzten 8 Jahre alljährlich allein rund 35,000 *M*. Außerdem gelangen Schutz- und Heilimpfungen gegen den Milzbrand und den Rauschbrand der Rinder sowie gegen Schweineseuche und Schweinepest auf Staatskosten in Anwendung. Alle hiefür erforderlichen Impfstoffe müssen mit Ausnahme des Rauschbrandimpfstoffes, der in beschränkter Menge in dem Pathologischen Institute der Tierärztlichen Hochschule hier hergestellt wird, zurzeit von außerbayerischen Anstalten und Betrieben bezogen werden, die Kosten des Jahresbezuges belaufen sich durchschnittlich auf rund 5000 *M*. Könnten die erforderlichen Impfstoffe in einer staatlichen Anstalt in Bayern selbst hergestellt werden, so würden die Kosten sich mindestens um die Hälfte verringern.

Bayern besitzt auch keine staatliche Anstalt, die in der Lage ist, in größerem Umfange Untersuchungen bei Massenerkrankungen nichtansteckender Art bei Tieren anzustellen und Heilverfahren gegen ansteckende und nichtansteckende Tierkrankheiten auszuproben.

Alle diese Aufgaben, deren Erfüllung für eine ordnungsmäßige Tierseuchenbekämpfung unerläßlich ist, lassen sich nur dann sachgemäß und zuverlässig erledigen, wenn hiefür eine eigene staatliche Anstalt geschaffen wird.

Die Anstalt könnte außerdem den in Bayern benötigten Impfstoff gegen die Tollwut bei Menschen herstellen und schließlich auch den Zwecken der Militärverwaltung, dann der veterinärpolizeilichen Ausbildung der Studierenden der Veterinärmedizin und von jüngeren, für den amtstierärztlichen Dienst bestimmten Tierärzten sowie von Veterinäroffizieren erfolgreich dienstbar gemacht werden.

Staatliche Anstalten ähnlicher Art bestehen bereits in Preußen, in Württemberg, in Baden und in Österreich.

Über den Umfang der Arbeiten, die die Anstalt zu erledigen hat, geben die Darlegungen unter Ziff. IV K des ordentlichen Etats des Ministeriums des Innern (Nr. 26) Aufschluß. Zur Ausführung dieser Arbeiten sowie für den Betrieb der Anstalt im allgemeinen sind in der Hauptsache folgende Räume nötig:

4 Räume für allgemeine bakteriologische Arbeiten, je 2 Räume für Arbeiten mit Krankheitserregern, die auf den Menschen übertragbar sind, dann für Impfstoffbereitung und Impfstoffaufbewahrung, je ein Raum für Serumdiagnose, für Impfstoffverpackung, für Chemikalien und sonstige Arbeitsmittel, für Obduktionen, für die Unterbringung einzelner kleiner Versuchstiere, für Desinfektion, für Reinigung der Arbeitsgeräte, für die Registratur, für die Bibliothek, für eine Lehrmittelsammlung, für die Abhaltung bakteriologischer Kurse und für Kleiderablage, je 1 Geschäftszimmer für den Vorstand, für die Assistenten und für den Sekretär, 1 Wasch- und Baderaum, 1 Waschküche, je 1 Dienstwohnung für den Hausmeister und für einen Assistenten; dann die entsprechenden Räume für die Heiz-, Kühl-, Beleuchtungs- und Tierkadaververnichtungsanlage.

Ferner sind erforderlich 2 Stallungen nebst Impfraum für die zur Serumgewinnung benötigten Pferde und die zum Ausproben von Impfstoffen und zu Versuchsimpfungen benötigten Rinder, Schafe und kleineren Tiere.

Schließlich ist auch ein Wohngebäude für den Vorstand und den 1. Assistenten der Anstalt vorgesehen, da in Schleißheim geeignete Privatwohnungen für die genannten Beamten nicht zur Verfügung stehen. Die eigentlichen Arbeits- und Geschäftsräume sowie die Dienstwohnungen für den 2. Assistenten und den Hausmeister sollen in einem Hauptgebäude mit Erdgeschoß, Obergeschoß und teilweise ausgebautem Dachgeschoß, die Wohnungen für den Vorstand und den 1. Nebenbeamten, dann die Stallungen mit den Futterräumen sollen in besonderen Gebäuden untergebracht werden. Außerdem sind entsprechende Hofräume und Laufplätze für die Tiere vorzusehen und ferner wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß genügend Platz zur Verfügung steht, um erforderlichenfalls für Untersuchungen bei besonders ansteckenden Tierkrankheiten (z. B. bei Maul- und Klauenseuche) eigene Stallbaracken in genügender Entfernung von den Anstaltsgebäuden aufstellen zu können.

Mit Rücksicht auf die Zwecke der Anstalt ist ein Bauplatz von $1^1/_2$ — 2 ha notwendig. Da ein geeigneter Platz in oder nahe bei München nur unter Aufwendung erheblicher Mittel zu bekommen wäre, soll die Anstalt in Schleißheim auf einem unweit des Bahnhofes gelegenen Grundstück errichtet werden, das Eigentum der Militärverwaltung ist und von ihr unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Die Kosten sind auf insgesamt 450,000 *M* veranschlagt. Hievon entfallen 365,000 *M* auf die Gebäude und 85,000 *M* auf die innere Einrichtung.

4. Für konstruktive Verbesserung und Instandsetzung des Glaspalastes in München, 1. Rate . . . . . . 200,000 *M*.

Der Glaspalast zu München wurde von der K. Staatsregierung als Ausstellungsgebäude für die im Jahre 1854 abgehaltene allgemeine deutsche Industrie-Ausstellung errichtet. Nachdem die ursprüngliche Absicht, das Gebäude nach Beendigung der Ausstellung als Gewächshaus für den botanischen Garten in Verwendung zu nehmen, nicht zur Durchführung gelangte, blieb es als ständiges Ausstellungsgebäude erhalten und hat als solches im Laufe von über 50 Jahren die vielseitigste und förderlichste Verwendung gefunden.

Die bauliche Unterhaltung erfolgte im Hinblick auf seine ursprüngliche Bestimmung auf den Etat des vormaligen Ministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten. Seit dem Jahre 1872 steht das Gebäude auf dem Etat des K. Staatsministeriums des Innern, aus dem fortgesetzt erhebliche Mittel für seine bauliche Unterhaltung aufgewendet wurden. Wiederholt ist während dieser Zeit die Frage aufgeworfen worden, ob die Eisenkonstruktion des Palastes sich immer noch in einem Zustande befindet, der die Fortbenützung des Gebäudes ohne Gefährdung für die öffentliche Sicherheit gestattet. Die Staatsregierung sah sich infolgedessen veranlaßt, eine Reihe von Untersuchungen vornehmen zu lassen, die sowohl auf die Feststellung etwaiger äußerer Schäden als auch auf die Ermittlung der in den Konstruktionsteilen auftretenden Beanspruchungen sich erstreckten. Die hiedurch

veranlaßten statischen Berechnungen wurden von Männern durchgeführt, die als Autoritäten auf dem Gebiete der Statik und der Eisenkonstruktion gelten, und sie haben zu dem Ergebnisse geführt, daß keinerlei Bedenken gegen die Standfestigkeit des Glaspalastes mehr bestehen, soferne an den Dachbindern einige Verbesserungen vorgenommen werden, welche die Widerstandsfähigkeit der Konstruktion gegen Winddruck, sowie gegen Schneedruck zu erhöhen bestimmt sind.

Nach dem Ergebnisse dieser Untersuchungen und nach Ausführung der geplanten Verbesserungsarbeiten muß die Frage einer etwaigen Beseitigung des Glaspalastes aus allgemeinen technischen Gründen unbedingt von der Hand gewiesen werden.

Es legen aber auch die Künstler-Korporationen, denen der Glaspalast in den letzten Dezenien fast ausschließlich für Ausstellungszwecke überlassen worden war, großen Wert darauf, daß der Glaspalast baulich instand gehalten werde, da das Gebäude nach Umfang und Anlage den Anforderungen, die jeweils an die Ausstellungsleitung herangetreten sind, durchaus entspricht, für die Abhaltung der Jahres- und Internationalen Kunstausstellungen unentbehrlich und seine Instandhaltung für das Kunstleben Münchens von größter Bedeutung ist.

Im übrigen besteht für die Staatsregierung die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit, den Glaspalast auch für andere als Kunstausstellungszwecke verwenden zu lassen.

Die Kosten für die vorgeschlagenen Verbesserungen, mit denen eine umfassende Instandsetzung des Innern und Äußern des Gebäudes verbunden werden muß, sind einschlüssig der Kosten für die angestellten statischen Berechnungen sowie der Bauführungskosten auf 360,000 *M.* veranschlagt. Bei der Eigenartigkeit der Arbeiten und den Dimensionen des Palastes, die eine genaue Berechnung mancher Arbeiten erst nach Herstellung der Gerüste möglich machen, erscheint es gerechtfertigt, daß die Veranschlagung in manchen Teilen etwas hoch gegriffen wurde, um möglichste Deckung für alle Fälle zu bieten. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß bei der Ausführung der Arbeiten sich in manchen Punkten Einsparungen ergeben werden, es ist aber auch das Auftreten unvorhergesehener Mehrarbeiten nicht ausgeschlossen.

5. Reserve für die unter Nr. 2 mit 4 vorgetragenen Bauten . . . . 79,500 *M.*

Aus der Reserve soll ein etwaiger unvermeidlicher Mehrbedarf für diese Bauten gedeckt werden.

6. Für die Erweiterung der Hafen- und Umschlaganlagen am Rhein bei Ludwigshafen, Restbedarf . . . 3'316,000 *M.*

Die ausführliche Beschreibung der Anlagen samt Kostenübersicht ist im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 enthalten.

Die Gesamtkosten sind ausschließlich der Bauaufsichtskosten veranschlagt auf . . . . 8'200,000 *M.*

Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wurden als 1. Rate bewilligt . . . . . . 4'100,000 *M.*

Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als 2. Rate beantragt . . . . . . 3'100,000 *M.*

Nachdem ferner im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 ein Ansatz für Bauaufsichtskosten nicht gemacht worden ist, sind diese hier mit 3 % von (4'100,000 + 3'100,000) = 7'200,000 *M.* d. i. mit 216,000 *M.* vorzusehen.

Ergibt zusammen 3'316,000 *M.*

7. Für Wasserbauten:

a. Korrektion der öffentlichen Flüsse	11'494,400 *M.*
b. Zuschüsse zur Korrektion oder Verbauung der Privatflüsse	2'618,096 *M.*
c. Reserve	887,504 *M.*
Summe	**15'000,000 *M.***

In der dem Landtage im Jahre 1909 zugegangenen Denkschrift „über den gegenwärtigen Stand der Wasserbauten in Bayern“ ist auf Seite 18 die Notwendigkeit der Aufnahme eines Anlehens von 35'000,000 *M.* zur beschleunigten Durchführung der Wasserbauten dargestellt. Hiebei ist ausgeführt, daß der Anlehensbedarf für jede einzelne Finanzperiode auf Grund von eingehenden Entwürfen und Betriebsplänen, die nach einem für das Ganze aufgestellten einheitlichen Entwurfe auszuarbeiten seien, festgestellt und in dem außerordendlichen Budget vorgetragen werden sollen; dies ist in dem angefügten Sonderausweise für die Finanzperiode 1912 und 1913 geschehen. Hienach beträgt der Bedarf für diese Finanzperiode 15 Millionen Mark gegenüber 14 Millionen in der Finanzperiode 1910 und 1911. Die Mehrung ist darin begründet, daß das außerordentliche Hochwasser vom Juni 1910 im Iller-, Lech-, Wertach- und Isargebiete den auf eine längere Reihe von Jahren verteilten Ausbau der ungeschützten Korrektionsstrecken der öffentlichen Flüsse höchst vordringlich machte, um ausgedehnten Zerstörungen und damit dem Verluste von Millionenwerten zuvorzukommen. Zwar wurden schon durch Verschiebungen innerhalb der für 1910 und 1911 bewilligten Etatspositionen hiefür Mittel frei gemacht, worüber die dem Landtage vorzulegende kurze „Denkschrift über die Verwendung des für 1910 und 1911 bewilligten Anlehens von 14 Millionen Mark zu Wasserbauten im Donaugebiete“ näheren Aufschluß erteilt; doch konnte hiemit allein der unumgänglich notwendige Bedarf nicht beschafft werden, ohne die in den übrigen Teilen des Donaugebietes bereits in Angriff genommenen Wasserbauten in ihrem wirtschaftlichen Fortbetriebe schwer zu schädigen und ihre Vollendung mit den vorgesehenen Mitteln zu gefährden oder unmöglich zu machen. Würde der Mehrbedarf von 1 Million Mark auf die Finanzperiode 1914 und 1915 verschoben, so hätte dies ohne Zweifel

eine Vermehrung der Bauausführungen, eine wesentliche Verteuerung der Bauten und eine Hinausschiebung der Beseitigung der wirtschaftlichen Nachteile zur Folge.

Aus dem bisherigen Betriebe der Wasserbauten mit Hilfe von Anlehensmitteln ergibt sich weiter die Notwendigkeit einer gewissen Übertragungsbefugnis der Staatsregierung innerhalb des Rahmens der erfolgten Bewilligungen; denn, wenn auch der Budgetaufstellung eine sorgfältige Bearbeitung und Prüfung der Bauentwürfe vorangegangen ist, so können doch die mehrfach eintretenden Schwierigkeiten, als Verhandlungen mit Beteiligten, mit Behörden und Nachbarstaaten, nicht immer so glatt behoben werden, als angenommen wurde. Teilweise sind sie gar nicht vorauszusehen, wie ungeeignete Wasserstände oder Witterungsverhältnisse, Elementarereignisse usf. In diesen Fällen würde eine Übertragungsbefugnis innerhalb der vorgesehenen Bauten darüber hinweghelfen, die bereits aufgenommenen Anlehensbeträge verzinsen zu müssen, ohne daß ihre nutzbringende Verwendung möglich wäre.

Von dem vorgesehenen Anlehen zu 35 Millionen Mark wurden aufgenommen:

1910 und 1911 . . . . 14'000,000 ℳ
für 1912 und 1913 sind in Ansatz zu bringen 15'000,000 ℳ

Hievon treffen:

1. Auf die öffentlichen Flüsse . . . . 11'494,400 ℳ
2. auf freiwillige Staatszuschüsse . 2,618,096 ℳ
3. auf die Reserve zu 1 und 2 . . 887,504 ℳ

Summe: 15'000,000 ℳ.

Ein Sonderausweis über die Verwendung dieser Summe ist angefügt.

Sonder-Ausweis

über die

Wasserbauten

im

außerordentlichen Budget der Finanzperiode 1912 und 1913.

Vortrag			Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
			M

I. Donau-Gebiet.

a. Staatsausgaben für die öffentlichen Flüsse.

1. Donau.	a. Oberbayern.	Bauamt Ingolstadt . . .	353,500
	b. Niederbayern.	Bauamt Deggendorf . . .	418,800
	c. Oberpfalz und Regensburg.	—	—
	d. Schwaben und Neuburg.	Bauamt Dillingen	60,000
2. Inn.	a. Oberbayern.	1. Bauamt Rosenheim . .	536,500
		2. Bauamt Traunstein . .	389,000
	b. Niederbayern.	Bauamt Simbach	624,000
3. Salzach.	Oberbayern.	Bauamt Traunstein . . .	431,100
4. Isar.	a. Oberbayern.	Bauamt München	2'212,000
	b. Niederbayern.	1. Bauamt Landshut . .	779,500
		2. Bauamt Deggendorf . .	1'042,000
5. Loisach.	Oberbayern.	Bauamt Weilheim	10,000
6. Lech.	a. Oberbayern.	Bauamt Weilheim	432,000
	b. Schwaben und Neuburg.	1. Bauamt Kempten . . .	100,000
		2. Bauamt Augsburg . .	3'015,000
7. Wertach.	Schwaben und Neuburg.	Bauamt Augsburg . . .	490,000
8. Iller.	Schwaben und Neuburg.	1. Bauamt Kempten . . .	100,000
		2. Bauamt Dillingen . .	501,000
		Summe a. Öffentliche Flüsse des Donaugebiets	11'494,400

Bemerkungen

a. Ausbau der Mittelwasserkorrektion in Oberbayern, Hochwasserdammanlagen in der Strecke Ingolstadt—Kelheim; neue Korrektion Kelheim—Bauamtsgrenze.

b. Ausbau der bestehenden Korrektionen, Neubau von Korrektionen; Herstellung von Hochwasserdämmen bei Aholfing zwischen Steinkirchen—Fischerdorf bei Winzer und Deggenau.

c. Im ordentlichen Budget vorgesehen.

d. Ausbau der Korrektion und des Durchstiches bei Münster.

a 1. Ausbau der Korrektion zwischen Windshausen—Rosenheim—Attel; Fortsetzung und Ausbau der Korrektion zwischen Attel—Wasserburg—Mühldorf—Mühlehring.

2. Ausbau und Fortsetzung der Korrektion in der Gemeinde Töging zwischen Holzhausen und Neuötting sowie zwischen Marktl und Salzachmündung.

b. Ausbau der bestehenden Korrektionen zwischen Deindorf—Simbach—Neuhaus; Herstellung neuer Leitwerke zwischen Deindorf—Neuhaus, insbesondere bei Hartkirchen.

Ausbau der Korrektion zwischen Saalachmündung und Nunreuth, Fortsetzung und Ausbau der Korrektionen bei Raithenhaslach, Piesing und Haiming; Herstellung von Hochwasserdämmen bei Pietling und Tittmoning mit Baggergut.

a. Fortsetzung und Ausbau der Korrektionen bei Tattenkofen und Puppling, sowie zwischen Bogenhausen—Unterföhring—Grüneck—Freising—Oberhummel—Moosburg—Kreisgrenze; Herstellung von Hochwasserdämmen zwischen Dietersheim und Oberhummel mit Baggergut.

b 1. Ausbau der Korrektion, Sohlenfixierung zwischen Landshut und Wörth; Verbesserung der Hochwasserverhältnisse oberhalb Landshut; Ausbau des rechtsseitigen Hochwasserdammes bei Landau.

2. Ausbau der Korrektion Niederpöring—Isarmündung; Ausbaggerung der Isar und Herstellung von Hochwasserdämmen zwischen Niederpöring und Mündung.

Korrektion oberhalb Eschenlohe.

a. Ausbau der Korrektionen bei Prem, Epfach, Lechmühlen, Scheuring und Prittriching; Herstellung von Hochwasserdämmen oberhalb Landsberg bei Kleinaitingen, Prittriching und Unterbergen.

b 1. Ausbau der Korrektion Füssen Schlögelmühle.

2. Fortsetzung der Korrektion von der Gemeindegrenze Unterbergen—Merching bis zum Hochablaß; Ausbau der Korrektion zwischen Hochablaß—Wolfszahnwehr—Gersthofenerwehr—Meitingerbrücke—Rainerbrücke; Herstellung von Sohlenschwellen unterhalb Augsburg; Baggerung und Herstellung von Hochwasserdämmen von der Meitingerbrücke abwärts.

Ausbau der bestehenden Korrektion; neue Korrektion von der Gemeindegrenze Stockheim—Schlingen bis zur Pforzener Wertachbrücke.

1. Ausbau der Korrektion.

2. Ausbau der Korrektion von Ferthofen bis Ulm; Herstellung von Sohlenschwellen zwischen Ferthofen und Kellmünz.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	M
b. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärar nicht obliegt.	
A. Privatflüsse mit erheblicher Hochwassergefahr.	
Oberbayern.	
1. Korrektion der Alz vom Beginne der Trostberger Korrektion bis zum Tachertinger Wehr, K. Bezirksamts Traunstein.	
Die Gesamtkosten betragen 710,000 M. In der Finanzperiode 1910 und 1911 wurde ein 50%iger Gesamtzuschuß genehmigt von 355,000 M. Hievon wurden 50,000 M wegen Vordringlichkeit anderwärts verwendet; es kommen daher wieder in Ansatz	50,000
2. Korrektion der Alz vom Tachertinger Wehr bis zur Mündung.	
Die Inangriffnahme dieser Korrektion wurde bisher durch Verhandlungen mit den Beteiligten wegen des Eigentums am Alzflusse und der Ausnützung der Wasserkräfte aufgehalten. Zwar wurden bereits einige Teilkorrektionen hergestellt, die sich in den Gesamtentwurf für die Alzkorrektion einfügen, was auch in der Finanzperiode 1912 und 1913 zur Rettung besonders wertvoller Grundstücke sowie zum Schutze von Distriktsstraßenbrücken und der Eisenbahnen notwendig ist. Hiezu sowie für den Beginn der Korrektion im allgemeinen, wozu bereits namhafte Leistungen des Kreises Oberbayern zur Verfügung stehen, werden angesetzt	200,000
3. Regulierung der Mangfall zwischen Gmund und dem Müller am Baum, K. Bezirksamts Miesbach.	
Die Gesamtkosten betragen einschließlich eines Unterhaltungsfonds mit 30,000 M insgesamt 331,200 M. Mit dem Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 wurde ein 50%iger Gesamtzuschuß von 165,600 M und in der Finanzperiode 1910 und 1911 eine I. Rate von 30,000 M genehmigt. Als II. Rate werden vorgesehen	30,000
4. Korrektion der Mangfall zwischen Thalham und Mühltal.	
In dieser durch Uferanbrüche und Geschiebeablagerungen stark verwilderten Flußstrecke sind streckenweise Sohlensicherungen zum Schutze des Ufergeländes und namentlich der Wasserleitung der Stadt München ausgeführt. Um diese Sohlenschwellen gegen Unterspülung zu sichern, weitere schädliche Flußeintiefungen zu verhindern und allseits befriedigende Zustände zu schaffen, sind die nichtverbauten Lücken der 4200 m langen Korrektionsstrecke mit Sohlenschwellen baldigst auszubauen. Die Kosten sind zu 119,640 M berechnet; die Kreisgemeinde Oberbayern erbittet hiezu einen 50%igen Staatszuschuß von 59,820 M. Hievon kommen als I. Rate in Ansatz	20,000
Seite	300,000

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	ℳ
Übertrag	300,000
5. Korrektion der Mangfall im Mühltale zwischen Mühlthal und Valley, K. Bezirksamts Miesbach.	
Einschließlich eines Unterhaltungsfonds mit 19,800 ℳ betragen die Gesamtkosten der Korrektion . . . 151,800 ℳ.	
Von dem 50%igen Staatszuschusse mit 75,900 ℳ wurden im ordentlichen Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 genehmigt . . . 5,250 ℳ,	
von dem noch aufzubringenden Betrage von . . . 70,650 ℳ	
wird die Hälfte als II. Rate in Ansatz gebracht mit . . .	35,325
6. Korrektion der Mangfall zwischen Westerham und Heufeld, K. Bezirksamts Aibling.	
Die Gesamtkosten betragen 693,000 ℳ.	
Von dem 50%igen Staatszuschusse im Betrage von 346,500 ℳ wurden in der Finanzperiode 1910 und 1911 als I. Rate genehmigt . . . 100,000 ℳ,	
als II. Rate kommen in Ansatz . . .	100,000
7. Korrektion der Mangfall von der Willinger Gemeindegrenze bei Heufeld bis zu den Uferschutzbauten bei Kolbermoor in den Gemeinden Aibling, Willing und Kolbermoor, K. Bezirksamts Aibling.	
Die Gesamtkosten betragen 360,000 ℳ.	
Mit dem Budget der Finanzperiode 1900 und 1901 wurde ein 50%iger Gesamtzuschuß genehmigt von . . . 180,000 ℳ,	
ferner in der Finanzperiode 1900 und 1901 für 1901 . . . 15,000 ℳ	
und in den Finanzperioden 1902 und 1903, 1904 und 1905, 1906 und 1907, 1908 und 1909, 1910 und 1911 je 30,000 ℳ = . . . 150,000 ℳ,	
zusammen 165,000 ℳ,	
so daß noch aufzubringen sind . . . 15,000 ℳ,	
welche als VII. und letzte Rate vorgesehen werden . . .	15,000
8. Herstellung von Hochwasserdämmen an der Mangfall zwischen Aibling und Kolbermoor.	
In der 3700 m langen Mangfallstrecke von der Staatsstraßenbrücke bei Aibling bis zum Wehr der Spinnerei Kolbermoor ist die Herstellung beiderseitiger Hochwasserdämme zum Schutze industrieller Anlagen, sowie des Jungwaldes und wertvoller Grundstücke der Gemeinde Kolbermoor dringend geboten. Die Dämme sind mit Vorschüssen der Kreisgemeinde Oberbayern und der Beteiligten zum Teile bereits ausgeführt.	
Von den Gesamtkosten zu rund 42,000 ℳ werden 50% als Staatszuschuß vorgesehen . . .	21,000
9. Korrektion der Prien von Markt Prien abwärts zwischen km 3,2—2,5, oberhalb Hohenaschau zwischen km 24,1—22,9 und zwischen Grattenbach und Sachrang km 26,3—21,6.	
In der Flußstrecke bei Prien ist der Einbau von Sohlenschwellen zur Sicherung der nach dem Hochwasser 1899 mit einem Kostenaufwand von 98,000 ℳ hergestellten Ufermauern und weiterhin die vollständige Hochwasserfreilegung des bebauten Geländes durchzuführen.	
Die beiden anderen Flußstrecken oberhalb Hohenaschau und zwischen Grattenbach und Sachrang sind zum Schutze gegen Überschwemmungen, Vermurungen und Uferabbrüche und zur Kultur versumpfter Gründe zu verbauen.	
Die Gesamtkosten betragen 360,000 ℳ; die Kreisgemeinde Oberbayern erbittet hiezu einen 50%igen Staatszuschuß von 180,000 ℳ. Hievon kommen als I. Rate in Ansatz . . .	126,000
Seite	597,325

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	ℳ
Übertrag	597,325
10. Korrektion der „Tiroler Ache“ zwischen dem Grenzmühlwehre und der Überseer Gemeindegrenze.	
Infolge abnormer Kiesablagerungen hat sich die Flußsohle so erhöht, daß schon bei kleineren Hochwässern ausgedehnte Überschwemmungen eintreten, beträchtliche Uferabrisse und Versumpfung des Talgeländes sind die weitere Folge der schädlichen Sohlenerhöhung. Abhilfe kann nur durch eine vollständige Korrektion mit gleichzeitiger Ausbaggerung der Sohle und Herstellung von Hochwasserdämmen (mit Baggergut) bewirkt werden. — Die Gesamtkosten betragen 402,000 ℳ; von den vom Kreise erbetenen 50%igen Staatszuschuß mit 201,000 ℳ wurden in Anbetracht des dringenden Bedürfnisses der Korrektion 56,000 ℳ bereits aus der Anlehensreserve der Finanzperiode 1910 und 1911 zur Verfügung gestellt; der Rest von	145,000
kommt ganz in Ansatz.	
11. Fortsetzung des linksseitigen Korrektionsbaues an der „Tiroler Ache“ bei Ettenhausen.	
Zur Sicherung des bestehenden Korrektionsbaues, Verhütung eines Ausbruches der Ache und weiterer Überschwemmung und Vermurung des Ortes und der Grundstücke ist die Verlängerung des Baues auf 800 m Länge aufwärts dringend notwendig. Zu den Kosten von 7800 ℳ wird ein 50%iger Staatszuschuß erbeten, der ganz vorgesehen wird	3,900
12. Herstellung verschiedener Schutzbauten an der Traun.	
Zu den Gesamtkosten von 20,000 ℳ für die Herstellung der zur Sicherung wertvoller Grundstücke notwendigen Schutzbauten wird ein 50%iger Staatszuschuß vorgesehen von	10,000
(Uferschutz- und Korrektionsbauten bei Empfing, Pertenstein, Hörpolding und Stein).	
Niederbayern.	
1. Korrektion der Rott vom Mühlwehre in Brombach bis zur Mündung des Altbaches.	
Die Rott ist in der 2,6 km langen, vielfach gewundenen Strecke vom Mühlbachwehr in Brombach bis zur Mündung des Altbaches stark verwildert. Verkiesungen des Flußbettes, zu denen die zahlreichen Uferabbrüche wesentlich beitragen, zwingen den Fluß, sich streckenweise unter Verheerung der wertvollen Grundstücke ein neues Bett zu suchen. Hiedurch wird insbesondere die Verbindung von Brombach mit dem Bahnhofe Anzenkirchen bei den geringsten Anschwellungen des Flusses unterbrochen und mit gänzlicher Zerstörung bedroht. — Diese schlimmen Verhältnisse, die schon zu wiederholten Klagen und Anträgen der Gemeinde Brombach und der Uferangrenzer Anlaß gegeben haben, drängen zur Ausführung einer Korrektion. Die Gründung einer Genossenschaft ist in Behandlung. Die Gesamtkosten betragen 90,000 ℳ; hiezu wird von der Kreisgemeinde Niederbayern ein 50%iger Staatszuschuß erbeten, wovon als I. Rate in Ansatz kommen	30,000
Seite	786,225

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1918
	ℳ
Übertrag	786,225
2. Herstellung verschiedener Schutzbauten an der Rott in den Gemeinden Reichenberg, Untergrafensee, Schalldorf, Brombach und Hirschbach, Bezirksamt Pfarrkirchen, sowie in den Gemeinden Poigham, Ruhstorf, Weihmörting und Asenham, Bezirksamt Griesbach.	
Um den zahlreichen und ausgedehnten Abbrüchen an den wertvollen Ufergrundstücken und den Entartungen des Flusses in den die Flußwindungen überschneidenden Hochwassermulden, in denen zum Teil schon große Verwüstungen und Versumpfungen eingetreten sind, Einhalt zu tun, ist die Herstellung einer Reihe von Schutzbauten, die Wiederherstellung von durch Hochwasser zerstörten Bauten sowie die Erhöhung und Sicherung bestehender Bauten eine dringendes Bedürfnis.	
Die Gesamtkosten betragen 34,300 ℳ; hiezu erbittet sich der Kreis einen 50%igen Staatszuschuß von 17,150 ℳ, der ganz vorgesehen wird	17,150
Oberpfalz.	
Im Vollzuge des Art. 97 des Wassergesetzes wurden nach der Katastrophe vom Februar 1909 Untersuchungen über örtliche Maßnahmen zum Hochwasserschutze in den heimgesuchten Gebieten selbst und über Aufspeicherungsanlagen zur Verminderung der Hochwassermengen vorgenommen, auf Grund deren ein Programm für den Hochwasserschutz aufgestellt werden wird. Dieses Programm soll dem Landrate der Oberpfalz gleichzeitig mit der Erklärung der Vils als hochwassergefährlicher Fluß zugehen. Für etwaige noch in der Finanzperiode 1912 und 1913 erfolgende Bewilligungen des Kreises können freiwillige Staatszuschüsse aus der Anlehensreserve gewährt werden.	—
Schwaben und Neuburg.	
1. Illerkorrektion vom Zusammenflusse der 3 Quellbäche bis zur Felsenenge bei Thanners, Abt. I—V, Au-, Fischen-, Immenstadt-Thanners, Bezirksamts Sonthofen.	
Die Erfahrungen des Hochwassers von 1910 haben bewiesen, daß der Zweck dieser 25 km langen Korrektion, die hochwertigen Kulturen des fruchtbaren oberen Illertales zu schützen und weitere Kulturen zu ermöglichen, nicht erfüllt werden kann, ohne daß die beiderseitigen Hochwasserdämme bedeutend erhöht, verbreitert und mit flachen Böschungen versehen werden. Diese Bauvornahmen mußten nach dem Hochwasser mit den Bewilligungen für 1910 und 1911 sogleich in Angriff genommen werden und sind in möglichst kurzer Zeit durchzuführen; gleichzeitig sind die zurückgestellten Arbeiten, als die Versteinung der Leitwerke und der Ausbau noch bestehender Baulücken, nachzuholen. Die Gesamtkosten für die Vollendung der Illerkorrektion betragen 762,100 ℳ, wozu vom Kreise ein Staatszuschuß zu 50% = 381,050 ℳ erbeten wird; hievon kommen für 1912 und 1913 in Ansatz	281,050
100,000 ℳ bleiben noch zu bewilligen.	
2. Herstellung von Uferschutzbauten an der oberen Iller in den Strecken Fischen—Ostadt—Rauns und Moos-Widdun, sowie bei Häusern.	
Das Hochwasser von 1910 hat die Befestigung mehrerer Uferstrecken nötig gemacht, die bisher eines Schutzes nicht bedurften; die Gesamtkosten betragen 26,800 ℳ, wozu vom Kreise ein Staatszuschuß von 50% erbeten wird, der ganz in Ansatz kommt mit	13,400
Seite	1'097,825

Vortrag	Jahres-voranschlag für 1912 und 1913
	ℳ
Übertrag	1'097,825
3. Korrektion der Vils von der Landesgrenze bei Altenried bis zur Landesgrenze bei Schönbichl.	
Zur Vornahme von Ergänzungsbauten und Wiederinstandsetzung der durch das Hochwasser 1910 beschädigten Bauten sind 3000 ℳ erforderlich; hiezu wird ein 50 %iger Staatszuschuß im Betrage von 1500 ℳ erbeten, welcher ganz in Ansatz kommt	1,500
4. Korrektion und Verbauung des Halblech zwischen der Staatsstraßenbrücke und der Felsenge bei Zwingen.	
Die Verbauung des Halblechs, bestehend aus einigen Buhnen (Spornen) und Uferschutzbauten längs der Distriktsstraße, wurde von dem Hochwasser 1910 vollständig vernichtet. Die gepflogenen Erhebungen haben gezeigt, daß die Korrektion dieser etwa 4,5 km langen Flußstrecke wegen der bedrohten Kulturen und der Distriktsstraße nicht entbehrt werden kann. Hiebei soll jedoch die bisherige Verbauungsart verlassen werden und ein System von Sohlenschwellen, die mit Querbauten an die beiderseitigen Hochwasserdämme anzuschließen sind, in Anwendung kommen. Die Gesamtkosten betragen 300,000 ℳ, wozu der Kreis einen Staatszuschuß von 50 % = 150,000 ℳ erbittet; hievon wurden wegen Dringlichkeit bereits angewiesen	
aus der Anlehensreserve für 1910 und 1911 . . . . 40,000 ℳ,	
für 1912 und 1913 werden vorgesehen . . . . 55,000 ℳ,	55,000
zusammen 95,000 ℳ,	
für spätere Bewilligungen verbleibt ein Rest von . . . . 55,000 ℳ.	
Summe A. Privatflüsse mit erheblicher Hochwassergefahr	1'154,325
B. Sonstige Privatflüsse.	
a. Ohne Wildbachcharakter.	
Oberbayern.	
Korrektion der Amper zwischen Allershausen und Wang, K. Bezirksamts Freising.	
Die veranschlagten Gesamtkosten betragen . . . . 2'400,000 ℳ.	
Mit dem Budget der Finanzperiode 1904 und 1905 wurde ein 60 %iger Gesamtzuschuß mit . . . . 1'440,000 ℳ	
und zugleich eine I. Rate genehmigt mit . . . . 86,000 ℳ,	
desgleichen für die Finanzperiode 1906 und 1907 eine II. Rate von . . . 60,000 ℳ	
und für die Finanzperiode 1908 und 1909 eine III. Rate von . . . . . 120,000 ℳ.	
Von der in der Finanzperiode 1910 und 1911 genehmigten IV. Rate von 500,000 ℳ kamen nur . . . . 350,000 ℳ zur Verwendung, während 150,000 ℳ Bauten, deren Ausführung dringlicher war, zugewiesen wurden.	
zusammen . . . . . 616,000 ℳ.	
Von der noch aufzubringenden Summe von . . . . 824,000 ℳ	
werden als VI. Rate bewilligt . . . . 450,000 ℳ,	450,000
wonach ein Rest verbliebe von . . . . 374,000 ℳ.	
Seite	450,000

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	M
Übertrag	450,000
Niederbayern.	
Kein Antrag.	
Mittelfranken.	
Regulierung der Altmühl von Wald bis Pappenheim.	
Die Gesamtkosten des Unternehmens betragen 1'000,000 *M*. Der hiezu beantragte Staatszuschuß von 400,000 *M* wurde in der Finanzperiode 1910 und 1911 ganz genehmigt. Hievon wurden wegen Vordringlichkeit 300,000 *M* anderweitig verwendet, die hier wieder in Ansatz kommen	300,000
Summe B. Sonstige Privatflüsse. a. Ohne Wildbachcharakter:	750,000
b. Wildbäche.	
Die Wildbachverbauung soll auch in der Finanzperiode 1912 und 1913 wie bisher durch Gewährung freiwilliger Staatszuschüsse soviel als möglich gefördert werden. Außerdem sollen nach Art. 90 Abs. 2 des Wassergesetzes Unterhaltungsfonds für die einzelnen Verbauungen geschaffen werden, zu denen der Staat die gleichen Zuschüsse leistet, wie zu der Ausführung der Bauten selbst.	
Oberbayern.	
1. Loisachgebiet.	
Verbauung des Lahnegrabens bei Grafenaschau.	
Die Gesamtkosten betragen . . . . 110,000 *M*	
Mit dem Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 wurde ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß genehmigt mit . . . . 55,000 *M*	
und zugleich als I. Rate der Betrag von . . . . 27,500 *M*;	
als II. und letzte Rate werden vorgesehen	27,500
2. Mangfallgebiet.	
Die Gesamtkosten der in Angriff genommenen und neu zu beginnenden Verbauungen einschließlich Unterhaltungsfonds belaufen sich auf . . . . 516,676 *M*.	
Der erbetene Staatszuschuß beträgt . . . . 257,018 *M*;	
hievon wurden in früheren Finanzperioden bereits genehmigt . . . . 58,836 *M*,	
in Ansatz kommen . . . . 115,844 *M*,	115,844
zusammen 174,680 *M*,	
wonach ein Rest verbliebe von . . . . 82,338 *M*.	
(Seitenbäche der Leizach in der Gemeinde Bayrischzell; Dürrnbach bei Neuhaus, Gemeinde Schliersee; Jenbach mit Seitenbächen in den Gemeinden Wiechs, Feilnbach, Litzldorf, Hundham und Brannenburg; Litzldorferbach mit Seitenbächen in der Gemeinde Litzldorf; Hainerbäche im Bezirksamt Aibling; Aubach bei Au.)	
Seite	148,344

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	ℳ
Übertrag	143,344
3. Inngebiet.	
Die Gesamtkosten der in Angriff genommenen und neu zu beginnenden Verbauungen betragen . . . . . 500,070 ℳ.	
Als Staatszuschuß sind erbeten . . . . . 246,850 ℳ.	
Hievon wurden in der Finanzperiode 1910 und 1911 genehmigt . . . . . . 23,010 ℳ,	
für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden vorgesehen . . . . 119,056 ℳ,	119,056
zusammen: 142,066 ℳ,	
sodaß noch aufzubringen sind . . . . . 104,784 ℳ.	
(Gießenbach bei Kiefersfelden; Auerbach in den Gemeinden Flintsbach, Ober- und Niederaudorf; Thannbach und Kirchbach bei Brannenburg; Förchenbach bei Degerndorf mit Seitenbächen; Haushammerbach bei der Valepper Alpe; Auersdorferbach im Bezirksamt Mühldorf.)	
4. Chiemseegebiet.	
Die Gesamtkosten der in Angriff genommenen und neu zu beginnenden Verbauungen betragen 769,200 ℳ.	
Hiezu ist ein 50%iger Staatszuschuß erbeten von . . . . . 384,600 ℳ.	
In früheren Finanzperioden wurden bereits genehmigt . . . . 110,200 ℳ;	
in Ansatz kommen . . . . . 125,400 ℳ,	125,400
zusammen: 235,600 ℳ,	
wonach ein Rest verbliebe von . . . . . 149,000 ℳ.	
(Wessenerbach mit Kaltenbach und Hammergraben in der Gemeinde Unterwessen, Weißachen bei Bergen; Hausbach bei Reit im Winkl; Tennbodenbach und Torgraben in der Gemeinde Grassau.)	
5. Traungebiet.	
Herstellung eines rechtseitigen Korrektionsbaues an der weißen Traun unterhalb Eisenärzt. Der Korrektionsbau ist zur Normalisierung des übermäßig breiten Bachbettes und zum Schutze von Anwesen und stark angebrochenen wertvollen Grundstücken dringend notwendig. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 8000 ℳ; hiezu wird ein 50%iger Staatszuschuß erbeten, der ganz vorgesehen wird	4,000
6. Salzachgebiet.	
Die Gesamtkosten der in Angriff genommenen und neu zu beginnenden Verbauungen betragen 609,486 ℳ.	
Hiezu ist ein Staatszuschuß erbeten von . . . . . 319,160 ℳ.	
In früheren Finanzperioden wurden bereits genehmigt . . . . 135,794 ℳ;	
für 1912 und 1913 werden vorgesehen . . . . . 71,420 ℳ;	71,420
zusammen: 207,214 ℳ,	
so daß noch aufzubringen sind . . . . . 111,946 ℳ.	
(Oberteisendorferache, Weißbach bei Gmain, Stoißerache, Aufhammerbach.)	
Niederbayern.	
Verbauung der Obernzeller Wildbäche.	
Zur Ergänzung des Unterhaltungsfonds sind 2000 ℳ benötigt, wozu ein 50%iger Staatszuschuß erbeten wird, der ganz vorgesehen wird	1,000
Seite	464,220

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	ℳ
Übertrag	464,220
Schwaben und Neuburg.	
1. Illergebiet.	
Die Gesamtkosten der in Angriff genommenen und neu zu beginnenden Verbauungen betragen . . . . . 460,000 ℳ. Hiezu ist ein 50%iger Staatszuschuß erbeten von . . . . . 230,000 ℳ, wovon wegen Vordringlichkeit aus der Anlehensreserve der Finanzperiode 1910 und 1911 bewilligt wurden . . . . . 30,099 ℳ, für 1912 und 1913 kommen in Ansatz . . . . . 178,651 ℳ,	178,651
zusammen: 208,750 ℳ, so daß noch aufzubringen wären . . . . . 21,250 ℳ. (Stillach zwischen Oberstdorf und Gschliefsperre; Trettach von der Mündung bis zur Sperre am Schwend; Breitach zwischen Distriktsstraßenbrücke und Tiefenbacher Steg; Zillenbach; Rothplattenbach; kleinere Ergänzungsbauten an 39 Wildbächen).	
2. Lechgebiet.	
Die Gesamtkosten der in Angriff genommenen und neu zu beginnenden Verbauungen betragen . . . . . 145,800 ℳ. Hiezu ist ein 50%iger Staatszuschuß erbeten von . . . . . 72,900 ℳ, wovon wegen Vordringlichkeit aus der Anlehensreserve der Finanzperiode 1910 und 1911 bewilligt wurden . . . . . 4,000 ℳ; für 1912 und 1913 wird der Rest vorgesehen von	68,900
(Schwangauerach; kleinere Ergänzungsbauten an 12 Wildbächen.)	
3. Rhein- (Bodensee-) Gebiet.	
Für Fortsetzung der Verbauungen des Hausbaches und des Röthenbacher Tobelbaches einschließlich Wendung von Schäden infolge des Hochwassers 1910 sind 14,000 ℳ erforderlich. Hiezu ist ein 50%iger Staatszuschuß von . . . . . 7,000 ℳ erbeten, wovon wegen Vordringlichkeit . . . . . 5,000 ℳ aus der Anlehensreserve der Finanzperiode 1910 und 1911 bewilligt wurden. Für die Finanzperiode 1912 und 1913 kommt der Rest in Ansatz von	2,000
Summe b. Wildbäche (Privatflüsse)	713,771
Hiezu „ a. Privatflüsse ohne Wildbachcharakter	750,000
Summe B. Sonstige Privatflüsse	1'463,771
Hiezu „ **A. Privatflüsse mit erheblicher Hochwassergefahr**	1'154,325
Summe b. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärar nicht obliegt	2'618,096

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	ℳ
II. Rheingebiet.	
Im ordentlichen Budget vorgesehen.	—
III. Reserve.	
1. Für sächliche und persönliche Ausgaben der Bauämter und Wildbachverbauungssektionen für die Ausführung der Wasserbauten, ferner Wohlfahrtseinrichtungen und dergleichen	540,000
2. Für Wasserbauten, die in der Budgetaufstellung wegen unvollständiger Sachinstruktion oder aus sonstigen Gründen nicht berücksichtigt werden konnten, die sich jedoch infolge besonderer Ereignisse im Laufe der Finanzperiode als vordringlich erweisen, und als allgemeine Reserve	347,504
Summe III. Reserve	887,504
Zusammenstellung.	
I. Donaugebiet.	
a. Staatsausgaben für die öffentlichen Flüsse	11'494,400
b. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärare nicht obliegt:	
A. Privatflüsse und Bäche mit erheblicher Hochwassergefahr . . . . 1'154,325 ℳ	
B. Sonstige Privatflüsse:	
a. ohne Wildbachcharakter . . . . 750,000 ℳ	
b. Wildbäche . . . . 713,771 ℳ	
Summe b. Freiwillige Zuschüsse	2'618,096
II. Rheingebiet (im ordentlichen Budget vorgesehen)	—
III. Reserve	887,504
Gesamtbedarf für Wasserbauten	15'000,000

e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

1. Für den Neubau einer Universitäts-Frauenklinik und Hebammenschule in München, 1. Rate . . . . 2'220,000 ℳ

Die mißlichen Verhältnisse in der Universitäts-Frauenklinik an der Sonnenstraße sind im Landtage schon wiederholt, insbesondere im Jahre 1906 im Finanzausschusse der Kammer der Abgeordneten erörtert worden. Wenn auch den ärgsten Übelständen durch Einrichtung einer von der geburtshilflichen Abteilung getrennten gynäkologischen Krankenabteilung in dem vom Straßenlärm abgelegenen früheren Hebammenschulgebäude sowie durch die jüngste Verlegung der Hebammenschule in das alte Reisingerianum abgeholfen ist, so leidet doch das Hauptgebäude an der Sonnenstraße, in dem die geburtshilfliche Abteilung untergebracht ist, an einer Reihe von großen Mängeln, die nur durch Verlegung der Klinik in einen Neubau beseitigt werden können. Die Lage des Gebäudes an der verkehrsreichen geräuschvollen, von der Straßenbahn dicht befahrenen Sonnenstraße ist für eine geburtshilfliche Klinik nicht geeignet. Dazu kommt die höchst unzweckmäßige Raumeinteilung und die Unzulänglichkeit der Unterrichtsräume, namentlich des Hörsaales und der wissenschaftlichen Arbeitsräume; vor allem aber sind die für die Wöchnerinnen und das Personal verfügbaren Räume äußerst beschränkt, so daß allenthalben ein möglichstes Zusammendrängen notwendig wird, worunter die hygienischen Verhältnisse des großen Betriebes schwer leiden. Da die vorhandenen Mißstände auf Mängel der ganzen baulichen Anlage des Klinikgebäudes zurückzuführen sind, ist eine durchgreifende Besserung nur durch einen Neubau auf einem anderen Platze zu erzielen. Denn abgesehen von den Nachteilen der Lage und von den Schwierigkeiten des Betriebes während der Bauzeit könnte an Ort und Stelle das Raumbedürfnis für eine zweckentsprechend eingerichtete Frauenklinik nebst Hebammenschule selbst unter Zuhilfenahme des Nachbargrundes des im Universitätseigentum stehenden alten Reisingerianums nicht in dem notwendigen Maße befriedigt werden.

Nachdem andere in Betracht gezogene Lösungen der Platzfrage sich nicht als zweckmäßig erwiesen hatten, wurde auf Grund eingehender Erhebungen namentlich wegen der Nähe der übrigen medizinischen Institute das Gelände der aufgelassenen städtischen Gasanstalt an der Maistraße für eine neue Frauenklinik ins Auge gefaßt.

Die Stadtgemeinde München hat sich nach längeren Verhandlungen bereit erklärt, aus diesem ihrem Grundbesitze zum Zwecke des Neubaues der Frauenklinik und der Hebammenschule eine zur Verwirklichung des Bauprogrammes vollkommen ausreichende Fläche von 13,300 qm um den Preis von 90 ℳ für den Quadratmeter, d. i. rund 1'197,000 ℳ, zu überlassen und in Anrechnung auf den Kaufschilling das Gelände und Gebäude der im Staatseigentume stehenden aufgelassenen Angerfronfeste zum Preise von 667,480 ℳ tauschweise zu übernehmen.

Nach dem Programme, das der Bebauung des von der Stadtgemeinde München abzutretenden Geländes zugrunde gelegt werden soll, umfaßt der geplante Neubau, der von dem südlichen Friedhofe durch einen breiten, im Besitz der Stadtgemeinde verbleibenden, für gemeindliche Bauten bestimmten Grundstreifen getrennt sein wird, eine etwa auf 2000 Geburten im Jahre berechnete geburtshilfliche Abteilung, die in Wohnräume für die Schwangeren, Räume für die Gebärenden und eine Wöchnerinnenabteilung zerfällt, dann eine gynäkologische Abteilung, bestehend aus einem Ambulatorium und einer stationären Abteilung für 100 Krankenbetten mit den erforderlichen Operations- und den dazugehörigen Nebenräumen sowie den Wohnräumen für etwa 30 Schwestern, ferner die Unterrichtsräume, insbesondere einen Hörsaal mit 400 Sitz- und 50 Stehplätzen und einen Kurssaal für ungefähr 90 Teilnehmer, außerdem die Laboratorien und Einrichtungen für wissenschaftliche Arbeiten sowie die nötigen Verwaltungsräume, eine Waschanstalt und Kochküche, eine Isolierstation, Dienstwohnungen für den Direktor, den Verwalter, einige Diener und die weiblichen Dienstboten.

Die mit der Frauenklinik zu verbindende Hebammenschule soll auf jährlich ungefähr 1000 Geburten und für 50 Schülerinnen bemessen werden.

Für die Bauanlage ist ein gemeinsames Kesselhaus vorgesehen, ferner sind eine Kühlanlage, eine Desinfektionsanlage und verschiedene weitere Nebenräume projektiert.

Die Baukosten werden auf Grund einer generellen Berechnung vorbehaltlich des Ergebnisses der Detailprojektierung unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Lohn- und Preisverhältnisse auf ungefähr 3'100,000 ℳ veranschlagt. Von den Grunderwerbungskosten zu 1'197,000 ℳ können 487,480 ℳ durch die im Tauschwege beabsichtigte Abtretung der Angerfronfeste aufgebracht werden. Von dem Wertansatze zu 667,480 ℳ für die Angerfronfeste ist nämlich ein Betrag von 180,000 ℳ abzusetzen, der auf Rechnung des Erlöses aus diesem nach § 19 des Finanzgesetzes vom 20. August 1906 (GVBl. S. 565) zur Veräußerung bestimmten Anwesen bei dem Strafvollstreckungsgefängnisse München vorgeschossen worden ist. Nach Abzug dieses Postens von 180,000 ℳ und unter Berücksichtigung der Nebenkosten des mit der Stadtgemeinde München abzuschließenden Kauf- und Tauschvertrags wird für die Grunderwerbungskosten ein Betrag von rund etwa 720,000 ℳ bereitzustellen sein.

Bei Hinzurechnung der mit 3'100,000 ℳ angenommenen Bausumme ergibt sich hienach für den Neubau der Frauenklinik samt Hebammenschule ein Gesamtbedarf von 3'820,000 ℳ, zu dem noch die Kosten der inneren Einrichtung treten werden.

Für die Finanzperiode 1912 und 1913 werden als erster Teilbetrag 2'220,000 ℳ vorgesehen.

2. Für Erbauung eines die Universitätskliniken und die Krankenhäuser für die städtischen und klinischen Kranken umfassenden Krankenhauses in Würzburg, 3. Rate . . . . 500,000 ℳ.

Im Nachgange zu den in den Finanzperioden 1908 und 1909 und 1910 und 1911 für das Unternehmen bewilligten Teilbeträgen von 500,000 ℳ und 2'500,000 ℳ ist für die Finanzperiode 1912 und 1913 ein weiterer Teilbetrag von 500,000 ℳ vorzusehen. In der Finanzperiode 1914 und 1915 wird voraussichtlich der Restbedarf der Baukosten anzufordern sein.

Das Bauprojekt für das neue Krankenhaus ist inzwischen unter Berücksichtigung weiterer Anregungen und im Hinblick auf die vom Standpunkte des Städtebaues zu

stellenden Anforderungen einer vollständigen Umarbeitung unterzogen worden. Sobald das Projekt endgültig feststeht und das erforderliche Abkommen mit der Stadtgemeinde Würzburg über die Kostenverteilung erzielt ist, kann der Bau in Angriff genommen werden.

Der auf den Staat entfallende Kostenanteil wird gegenüber der früheren Berechnung namentlich infolge verschiedener Änderungen des Bauprogrammes, vor allem infolge der nunmehr in Aussicht genommenen Erbauung eines eigenen Schwesternhauses sowie eines Säuglingsheimes eine Erhöhung erfahren, deren ziffernmäßiger Betrag noch von dem Abschlusse der Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Würzburg abhängt.

3. Für den Neubau der Universitätsbibliothek in Erlangen, Restbedarf . . . . 638,000 ℳ.

Durch das außerordentliche Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 ist für den Neubau der Universitätsbibliothek in Erlangen als 1. Teilbetrag die Summe von 323,350 ℳ bewilligt worden. In dieser Summe waren die Grunderwerbungskosten für den Bauplatz zu 223,350 ℳ und eine 1. Baurate zu 100,000 ℳ enthalten. Nach dem inzwischen aufgestellten Detailprojekte beträgt der Bauaufwand 720,000 ℳ und unter Hinzurechnung einer mit Rücksicht auf die derzeitigen Baupreise und Arbeitslöhne unvermeidlichen Reserve von 2½% zu diesem Bauaufwand 738,000 ℳ.

Zur Fortführung und Vollendung der Arbeiten am Neubau der Universitätsbibliothek in Erlangen ist sohin eine 2. und letzte Rate von 638,000 ℳ erforderlich.

4. Für Verlegung des botanischen Gartens in München, Restbedarf . . . . 900,000 ℳ.

In Ziffer VI der dem Landtag unterm 9. April 1910 vorgelegten Begründung der im außerordentlichen Budget für die Finanzperiode 1910 und 1911 vorgesehenen Forderung für den zweiten Teilbetrag zum Zwecke der Verlegung des botanischen Gartens in München (K. d. Abg. XXXV. Landtagsversammlung II. Session 1909/10 Beilage 916) ist der Gesamtbedarf für die Gartenverlegung im einzelnen ausgewiesen und der in der Finanzperiode 1912 und 1913 noch anzufordernde dritte und letzte Teilbetrag ohne die Kosten der Einrichtung auf mindestens 850—860,000 ℳ geschätzt worden. Wegen des weiteren Anziehens der Arbeitslöhne und Materialienpreise — mit Rücksicht hierauf wurde schon damals eine Erhöhung des Restbedarfes als nicht ausgeschlossen bezeichnet — muß für eine ausreichende Reserve Sorge getragen werden. Der in der kommenden Finanzperiode bereitzustellende letzte Teilbetrag ist demgemäß mit 900,000 ℳ vorzusehen.

5. Für innere Einrichtung des neuen Botanischen Gartens und der Institutsgebäude . . . . 500,000 ℳ.

Im neuen Botanischen Garten in München werden die Gewächshausbauten voraussichtlich im Juli 1912 in Betrieb genommen werden können. Das vom Hausritterorden vom hl. Georg erworbene Krankenhausanwesen wird schon vorher für die Unterbringung des Gartenpersonals instand gesetzt und eingerichtet werden. Der Bau des Institutsgebäudes, in dem die botanischen Institute mit den dazugehörigen Unterrichts-, Forschungs- und Sammlungsräumen untergebracht werden, soll im Laufe der Jahre 1912 und 1913 so weit gefördert werden, daß mit den Arbeiten für die innere Einrichtung begonnen werden kann.

Mit Rücksicht hierauf ist der auf 500,000 ℳ veranschlagte Bedarf für die innere Einrichtung der Gewächshausanlage, des Krankenhausanwesens, des Kesselhauses mit Zubehörungen und des Institutsgebäudes für die nächste Finanzperiode vorzusehen. In der Kostensumme von 500,000 ℳ ist auch ein Betrag von 41,800 ℳ inbegriffen, der zur Anschaffung unentbehrlicher Apparate für das pflanzenphysiologische Institut und das Herbarium notwendig ist.

6. Für Erweiterungsbauten bei der Technischen Hochschule in München, Restbedarf . . . . 3'500,000 ℳ.

Im außerordentlichen Budget für die Finanzperiode 1910 und 1911 ist für die Erweiterungsbauten bei der Technischen Hochschule ein erster Teilbetrag von 2 Millionen bewilligt und dabei der Staatsregierung die Ermächtigung erteilt worden, diesen Betrag bis zur Höhe des für das genehmigte Teilprojekt der Überbauung des Ostermaiergartens und der Herstellung des Nordflügels am Chemiegebäude erforderlichen Betrags von . . . . 4'888,000 ℳ überschreiten zu dürfen. Es ist daher für dieses Teilprojekt noch eine Summe von . . . . 2'888,000 ℳ bereitzustellen.

Für die im Gesamtplan der Erweiterungsbauten bereits vorgesehene

1. Erweiterung des elektrotechnischen Instituts,
2. Adaptur des Altbaues, umfassend die Verlegung der Bibliothek in den Südflügel des Altbaues und die Schaffung weiterer Räume für die Kanzlei

liegt nunmehr ein die Summe von . . . . 612,000 ℳ bezifferndes Detailprojekt vor. Die Durchführung der Erweiterung des elektrotechnischen Instituts soll im unmittelbaren Anschluß an die Überbauung des Ostermaiergartens, die spätestens im Sommer 1912 vollendet sein wird und gleichzeitig mit der Herstellung des Nordflügels des Chemieneubaues erfolgen; den Schluß soll die Adaptur des Altbaues bilden.

Der für die gesamte Erweiterung der Technischen Hochschule erforderliche Kostenaufwand wird hienach die in der Begründung zum Finanzgesetz 1910 und 1911 genannte Summe von 5½ Millionen nicht übersteigen.

7. Für einen Neubau für das Maximilians- und das Realgymnasium in München, Restbedarf . . . . 1'340,000 ℳ.

Im außerordentlichen Budget für die Finanzperiode 1910 und 1911 war für diesen Zweck ein erster Teilbetrag von 1'400,000 ℳ eingesetzt, wovon 650,000 ℳ auf Erstattung des Bodenwerts für den Neubau an die Staatskasse und 750,000 ℳ als hälftige Baurate des auf 1'500,000 ℳ veranschlagten Neubaues entfielen. Bei den Verhandlungen über dieses Postulat im Landtag wurde jedoch auf Antrag der Staatsregierung genehmigt, daß von der Summe von 650,000 ℳ ein Betrag bis zur Höhe von 590,000 ℳ für den Erwerb und den Umbau des Gebäudes der Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder an der Klenzestraße in München zu einer Filiale des Realgymnasiums und der Rest von 60,000 ℳ zur Erhöhung der für den Neubau selbst geforderten Rate verwendet und der Ersatz des Wertes für das Areal des alten Landgestüts erst in der nächsten Finanzperiode gefordert werde.

Demgemäß ist für die Finanzperiode 1912 und 1913 zu fordern:

1. der Betrag von 650,000 ℳ als Werterſatz für das Areal des alten Landgestüts,
2. ein Betrag von 750,000 ℳ — 60,000 ℳ = 690,000 ℳ als zweiter und letzter Teilbetrag für den Neubau der beiden Gymnasien selbst, mithin im ganzen 1'340,000 ℳ.

8. Für den Anbau eines Flügels an das Lehrerseminar Altdorf, Restbedarf . . . . 195,000 ℳ.

Für den Anbau eines Flügels an das Schullehrerseminar in Altdorf einschließlich der Grunderwerbungskosten sind im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 460,000 ℳ bewilligt worden. Der Erweiterungsbau ist zurzeit in der Ausführung begriffen.

Für bauliche Änderungen an dem Altbau und für Adaptierung des von dem K. Finanzärar überlassenen Flügels, in welchem seither das Rentamt untergebracht war, behufs Verwendung für Internatszwecke, dann für Ergänzungsarbeiten sind erforderlich . . . . 156,000 ℳ.

Die Ergänzung und teilweise Neubeschaffung der inneren Einrichtung der Anstalt erfordert . . . . 39,000 ℳ.

Demnach belaufen sich die Kosten, welche für den Ausbau und die Instandsetzung des Schullehrerseminars in Altdorf in der Finanzperiode 1912 und 1913 noch aufzuwenden sind, auf . . . . 195,000 ℳ.

In dieser Summe sind 19,335 ℳ 35 ₰ Bauführungskosten für die sämtlichen Erweiterungs- und Adaptierungsbauten inbegriffen.

Die gesamten Kosten, welche für Erweiterung und Instandsetzung des Schullehrerseminars Altdorf in den Finanzperioden 1910 und 1911 und 1912 und 1913 aufzuwenden sind, berechnen sich demnach auf 655,000 ℳ, d. i. 45,000 ℳ weniger, als in den Erläuterungen zu dem in der Finanzperiode 1910 und 1911 eingebrachten Postulate — s. Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget S. 21 — angenommen war.

Nach Durchführung der Erweiterungs- und Instandsetzungsarbeiten wird die Anstalt Unterrichtsräume für 250 Schüler und Internatsräume für 120—140 Zöglinge bieten.

9. Reserve für die in Ziffer 3 mit 8 bezeichneten Zwecke . . . . 200,000 ℳ.

Aus der Reserve sollen etwaige unvermeidliche Kostenüberschreitungen bei den angeführten Projekten gedeckt werden

IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens.

1. Neu-, Ergänzungs- und Erweiterungsbauten.

a. Beseitigung schienengleicher Überfahrten . . . . 967,000 ℳ.

Nr.	Bahnlinie Lage bei km	Bauwerk	Veranlassung	Kosten	Erläuterungen
				ℳ	
1	Kempten — Ulm km 51.536 in der Station **Kellmünz**.	Wegüberführung zur Beseitigung der über vier Stationsgleise führenden schienen-	Die alte baufällige Illerbrücke bei der Station Kellmünz, die den lebhaften Verkehr von Kellmünz nach den nächstgelegenen württembergischen Ortschaften	116,000	Nach Auflassung der Staatsstraßenüberfahrt soll aus laufenden Etatsmitteln die
			Seite	116,000	

Nr.	Bahnlinie Lage bei km	Bauwerk	Veranlassung	Kosten	Erläuterungen
				M	
			Übertrag	116,000	
		gleichen Staatsstraßenüberfahrt am Nordende der Station Kellmünz im Anschluß an die dort neu herzustellende Illerbrücke.	vermittelte, wurde im Juni 1910 durch Hochwasser zerstört. An ihrer Stelle wurde vorläufig eine Notbrücke errichtet. Mit der Erbauung einer neuen Brücke durch die Staatsbauverwaltung soll gleichzeitig von der Eisenbahnverwaltung die Beseitigung der schienengleichen Überfahrt in km 51.536 Kellmünz—Ulm vorgenommen und als Ersatz hiefür eine an den Brückendamm sich anschließende Straßenüberführung hergestellt werden. Die Weginteressenten, die seit Jahren die Beseitigung der durch den Zug- und Rangierverkehr oft auf längere Zeit gesperrten Überfahrt anstreben, haben dem Entwurfe zugestimmt und sich bereit erklärt, die wegpolizeilichen Verpflichtungen an den neuen Weganlagen zu übernehmen. Auch mit der Staatsbauverwaltung sind die erforderlichen Vereinbarungen getroffen, wonach von der Eisenbahnverwaltung zu den Baukosten der Illerbrücke, die sich infolge der Herstellung der Bahnüberbrückung erhöhen, ein Zuschuß von 21,000 M geleistet werden soll.		vom gleichen Wärter bediente Feldwegüberfahrt bei km 52.166 Kempten—Ulm durch eine Überführung ersetzt werden, worauf der $1^1/_2$fach besetzte Wärterposten eingezogen werden kann.
2	Ostseite des Bahnhofs Zweibrücken.	Straßenüberführung zur Beseitigung der beiden schienengleichen Überfahrten auf der Ostseite des Bahnhofs Zweibrücken, nämlich: der Ixheimer- und der Bubenhauserstraße.	Die schienengleiche Überfahrt über die Doppelgleise der Linie Landau—Zweibrücken für die Staatsstraße nach Ixheim ist wegen des unmittelbar anschließenden gekrümmten Bahneinschnittes unübersichtlich und daher betriebsgefährlich. In erhöhtem Maße ist dies bei dem nur 330 m entfernten schienengleichen Übergang der Distriktsstraße nach Bubenhausen der Fall, da diese stark begangene und befahrene Straße nach Erbauung der Ixheimer-Bahn über 6 Bahngleise führen wird, die sowohl durch Züge als durch Rangierfahrten sehr häufig benützt werden. Für jede der genannten Überfahrten mußte ein besonderer Wärterposten zur Bedienung der Schranke aufgestellt werden. Da auf beiden Überfahrten der sehr lebhafte Verkehr häufigen Störungen ausgesetzt ist, so besteht das dringende Bedürfnis, sie zu beseitigen. Die Herstellung von Unterführungen ist in Rücksicht auf die Grundwasserverhältnisse ausgeschlossen.	350,000	Die Herstellung der Überführung hängt davon ab, daß die Interessenten sich entsprechend an den Grunderwerbungskosten beteiligen und die künftige Unterhaltung und die wegpolizeilichen Verpflichtungen des neuen Straßenzuges endlich die etwaigen Entschädigungsansprüche der angrenzenden Hauseigentümer übernehmen. Durch die Beseitigung der beiden Überfahrten werden zwei doppelt besetzte Wärterposten (4 Mann) entbehrlich.
			Seite	466,000	

Nr.	Bahnlinie Lage bei km	Bauwerk	Veranlassung	Kosten	Erläuterungen
				ℳ	
			Übertrag	466,000	
			Die ersten Entwürfe, wonach die beiden Straßen getrennt über die Bahngleise geführt werden sollten, wurden vom Stadtmagistrat Zweibrücken wegen der hohen Kosten und mit der weiteren Begründung abgelehnt, daß hiedurch das landschaftliche Bild allzusehr beeinträchtigt würde. Dagegen stimmte der Stadtmagistrat einer gemeinsamen Überführung der beiden Straßen zu Die Gesamtkosten berechnen sich auf 428,000 ℳ, wovon die Eisenbahnverwaltung 350,000 ℳ, die Stadtgemeinde und der Distrikt den Restbetrag zu übernehmen hätten.		
3	Nürnberg–Fürth–Bamberg (Würzburg) km 6.007 zwischen den Stationen Doos und Fürth.	Ersetzung der schienengleichen Überfahrt der Höfenerstraße durch eine Unterführung von 9,0 m Lichtweite und 4,0 m Lichthöhe.	An der Stadtgrenze zwischen Nürnberg und Fürth zweigt von der Fürtherstraße in südlicher Richtung die noch im Stadtbezirke Nürnberg gelegene Höfenerstraße ab. Sie überkreuzt kurz nach der Abzweigung schienengleich zwei Gleise der Ludwigsbahn, ein Rangiergleis zwischen den Stationen Doos und Fürth, die zweigleisige Hauptbahnlinie Nürnberg—Fürth — Bamberg (Würzburg), alsdann die beiden Gleise der Güterverbindungsbahn von Nürnberg Rbf nach Fürth und endlich ein Industriemuttergleis. Durch den zum Teil äußerst dichten Zug- und den lebhaften Rangierverkehr, der sich auf den erwähnten 8 Gleisen abwickelt, wird der Fuhrwerk- und Personenverkehr auf der sehr verkehrsreichen Höfenerstraße außerordentlich behindert, und es muß die Überfahrt über die Gleise oft längere Zeit gesperrt bleiben. Zur Beseitigung dieser Nachteile für den Straßenverkehr und zur Erhöhung der Betriebssicherheit erscheint die Ersetzung der schienengleichen Überfahrt durch eine schienenfreie Wegverbindung dringend geboten. Ein weiterer Aufschub wäre umsoweniger zu vertreten, als das für die Anlage der Unterführung in Betracht kommende Gelände mehr und mehr der Bebauung zugeführt wird. Um die Unterführung mit der erforderlichen Lichthöhe herstellen und um sie entwässern zu können, müssen die Bahngleise in beträchtlichem Umfange gehoben	266,600	Durch die Auflassung der schienengleichen Überfahrt werden für die Eisenbahnverwaltung zwei doppelt besetzte Schrankenwärterposten (4 Mann) entbehrlich. Die Ausführung hängt davon ab, daß von der Ludwigseisenbahngesellschaft die Zahlung eines Zuschusses von 48,000 ℳ zugesichert wird. Die Stadtgemeinde Nürnberg hat die künftige Unterhaltung der neuen Straße sowie die wegpolizeilichen Verpflichtungen einschließlich der etwa nötigen Beleuchtung zu übernehmen.
			Seite	732,600	

Nr.	Bahnlinie Lage bei km	Bauwerk	Veranlassung	Kosten	Erläuterungen
				M	
			Übertrag	732,600	
			werden. Auch wird eine Verlegung der Gleise der Ludwigsbahn und der Güterverbindungsbahn, sowie des Industriegleises notwendig werden. Diese Gleis-Hebungen und -Verlegungen sind dem Zukunftsplane für den Umbau und die Erweiterung des Bahnhofs Doos angepaßt, wobei auch der Möglichkeit der künftigen Anlage eines weiteren Gleispaares (Vierspurbahn) zwischen den Stationen Nürnberg Hbf. und Fürth Rechnung getragen ist. Mit der Stadtgemeinde Nürnberg wurde die Herstellung der Unterführung schon früher vereinbart. Auch die Ludwigseisenbahngesellschaft, die gleichfalls ein erhebliches Interesse an der Beseitigung des schienengleichen Überganges über ihre Gleise hat, ist mit dem Unterführungsentwurf einverstanden. Sie hat die Kosten, welche auf die Änderung der Ludwigseisenbahngleise treffen, zu übernehmen.		
4	Würzburg—Aschaffenburg km 24.767 am Nordende der Station Karlstadt.	Wegüberführung zur Beseitigung der schienengleichen Überfahrt der Staatsstraße Nr. 147 Würzburg—Hammelburg—Fulda am Nordende des Bahnhofs Karlstadt.	Die Staatsstraße Würzburg—Hammelburg—Fulda überkreuzt bei km 24.595 der Bahnlinie Würzburg—Aschaffenburg auf der Nordseite der Station Karlstadt 7 Stationsgleise in Schienenhöhe. Da die Wagenverschiebungen zu den nördlich der Überfahrt befindlichen Lade- und Hinterstellgleisen, dann von und zu der Ladehalle, der Laderampe und den Freiladegleisen sich über die Überfahrt erstrecken, außerdem aber auch die Zugfolge auf der Strecke Würzburg—Aschaffenburg sehr dicht ist, so müssen die Überfahrtsschranken häufig und oft auf längere Zeit geschlossen werden, wodurch sich empfindliche Hemmungen für den Straßenverkehr ergeben. Zur Beseitigung dieser mißlichen Verhältnisse ist beabsichtigt, die Überfahrt durch eine Straßenüberführung zu ersetzen.	105,000	Zur Beseitigung dieser schienengleichen Überfahrt sollte früher eine Unterführung hergestellt werden, wofür bereits in der Finanzperiode 1904 und 1905 der Betrag von 90,000 M zur Verfügung gestellt worden war. Die Ausführung mußte unterbleiben, weil mit der Staatsbauverwaltung eine Einigung über den Unterführungsentwurf nicht erzielt werden konnte, da die verlangte hochwasserfreie Führung der Straße bei Anlage einer Unterführung nicht möglich war. Nunmehr haben sich die Verwaltungen auf die Herstellung einer Überführung geeinigt, so daß der Durchführung des Ent-
			Seite	837,600	

Nr.	Bahnlinie Lage bei km	Bauwerk	Veranlassung	Kosten	Erläuterungen
				M	
			Übertrag	837,600	wurfs nach Bereitstellung der Mittel Hindernisse nicht mehr entgegenstehen. Eine Personaleinsparung wird nicht erreicht, es tritt jedoch eine wünschenswerte Entlastung des Stellwerkwärters ein, der zurzeit die Schranke bedient.
			zusammen	837,600	
			Hiezu Reserve 5% rund	41,800	
			Summe	879,400	
			ferner 10% Verwaltungskosten rund	87,600	
			Gesamtsumme a	967,000	

Die Arbeiten für diese Über- und Unterführungen sollen erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Interessenten die ihnen zufallenden Verpflichtungen übernommen haben.

Sollte in einzelnen Fällen eine Vereinbarung nicht erreicht werden können und das betreffende Objekt daher ausscheiden müssen, so ist es wünschenswert, daß dafür andere der in größerer Zahl vorliegenden Entwürfe für Beseitigung schienengleicher Überfahrten zur Ausführung gelangen.

Der Kredit möchte daher, gleich den früheren gleichartigen Willigungen, ohne Einschränkung nach dieser Richtung zu bewilligen sein.

b. Erweiterung, Umbau und Zentralisierung von Stationen . . . . 19'048,000 M.

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
1	Memmingen	Verbesserung der Stationsanlagen für den Personenverkehr durch Verbreiterung der Bahnsteige, Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern unter Verlegung der maschinentechnischen Anlagen . . .	670,000
		Anschließend an die in den Vorjahren ausgeführte Erweiterung des Güter- und Rangierbahnhofs soll in Memmingen nunmehr auch der Personenbahnhof umgebaut werden. Die Seitenbahnsteige an den durchgehenden Gleisen der Station genügen in ihrer Breite dem starken Personen- und Gepäckverkehr schon längere Zeit nicht mehr; auch sind sie nur auf schienengleichen Übergängen zugänglich. Es ist daher in Aussicht genommen, den Hauptbahnsteig um 1,50 m zu verbreitern und zwischen dem II. und III. sowie zwischen dem IV. und	
		Seite	670,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	670,000
		V. Hauptgleis je einen Zwischenbahnsteig von 10,50 m Breite anzulegen. Die beiden Zwischenbahnsteige sollen durch eine Bahnsteigunterführung schienenfrei zugänglich gemacht werden, da es nur hiedurch möglich wird, den namentlich an Sonn- und Feiertagen sowie an Markttagen außergewöhnlich lebhaften Umsteigverkehr zwischen den einmündenden 3 Hauptbahnen und 2 Lokalbahnen ordnungsgemäß und ohne Gefahr für die Reisenden abzuwickeln und die vielen Erschwernisse und Unregelmäßigkeiten in der Personen- und Zugabfertigung zu vermeiden, die sich dermalen bei dem Mangel schienenfreier Zugänge und infolge der Beengtheit der Bahnsteiganlagen fühlbar machen. Die Bahnsteigunterführung erhält am Hauptbahnsteig eine einarmige 3,0 m breite Treppe; der erste Zwischenbahnsteig erhält zwei und der zweite Zwischenbahnsteig eine Treppe von je 2,6 m Breite. Sämtliche Bahnsteige einschließlich des unverändert bleibenden Kopfbahnsteiges an den Leutkirchener Gleisen erhalten auf die Länge der Pflasterungen Überdachungen. Die Verbreiterung der Bahnsteige bedingt den vollständigen Umbau der Gleisanlagen auf der nördlichen Stationsseite, wodurch wieder der Abbruch der bayer. Lokomotivremise mit Drehscheibe, sowie des Wasserhauses und der Bekohlungsanlage notwendig wird. Die Ersatzbauten sollen auf den für diese Zwecke bereits früher erworbenen Grundstücken zwischen den Bahnlinien nach Kempten und Legau errichtet werden. Als Ersatz des gleichfalls abzubrechenden, den Anforderungen der Hygiene ohnehin nicht mehr ganz entsprechenden Übernachtungsgebäudes soll östlich der Station auf Bahngrund ein Neubau hergestellt werden. An Stelle der seither im alten Wasserhause untergebrachten ungenügenden und veralteten Pumpenanlage ist die Herstellung eines Wasserturmes in Aussicht genommen, dem das Wasser einer neu zu fassenden hochgelegenen Quelle zugeleitet wird.	
2	Biebermühle	Umbau und Erweiterung der Gleisanlagen, Herstellung schienenfreier Zugänge zu den neuen Bahnsteigen, Erbauung eines neuen Betriebsgebäudes samt Nebengebäuden, Wohn- und Übernachtungsgebäude, Ladehalle und Lokomotivschuppen, dann Umbau der Stellwerkanlage	1'416,000
		Die Gleisanlagen des Bahnhofs Biebermühle, bestehend aus den beiden Doppelbahngleisen, einem Überholungsgleis und 4 Abstellgleisen sind für den dort abzuwickelnden Verkehr ungenügend. Die Bahnsteige sind für den ungewöhnlich starken Umsteigverkehr, besonders zwischen der Lokalbahn Pirmasens – Biebermühle und der Hauptbahn zu schmal. Dabei kann der für die Verkehrsrichtung Zweibrücken—Landau und für Zugsüberholungen dienende Zwischenbahnsteig nur durch Überschreiten der beiden Doppelbahngleise erreicht werden, wobei die Reisenden um den bereits eingefahrenen Zug herumgehen müssen. Das Betriebsgebäude, die Ladehalle und die Freiladeanlagen liegen zwischen den Hauptbahngleisen und den Gleisen der Lokalbahnen Pirmasens—Biebermühle und Biebermühle—Waldfischbach und sind nur auf schienengleichen Übergängen über die Lokalbahngleise zugänglich. Auch sind diese Stationsanlagen sehr beengt, was namentlich für das Betriebsgebäude gilt. Die Eröffnung der Bahnlinie Kaiserslautern—Waldfischbach wird eine weitere Hebung des Personenverkehrs zur Folge haben und damit würden die schon jetzt sehr ungünstigen Bahnsteigverhältnisse sich noch mißlicher gestalten.	
		Seite	2'086,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	2'086,000
		Es ist daher ein vollständiger Gleisumbau unter Vermehrung der Zuggleise nicht zu umgehen. Hiebei sind für die Bahnlinie Landau—Zweibrücken drei Personen- und drei Güterzugsgleise, für die Richtung Kaiserslautern—Pirmasens zwei dem Personen- und Güterverkehr dienende Gleise in Aussicht genommen. Außerdem ist im Spurplane darauf Bedacht genommen, daß auch eine später zur Ausführung kommende Bahnlinie Biebermühle — Pirmasens nach den Reichslanden in den Bahnhof eingeführt werden kann. Mit Rücksicht auf den erheblichen Umsteigeverkehr wurde für die beiden durch eine Bahnsteigunterführung schienenfrei zugänglichen überdeckten Zwischenbahnsteige eine Breite von 8,2 m vorgesehen. An neuen Gebäuden sollen errichtet werden: ein Betriebshauptgebäude mit den notwendigen Dienst- und Warteräumen nebst Wohnungen im Obergeschoß, ein Abort- und ein Nebengebäude, ein Übernachtungsgebäude und einige Wohnhäuser für die nötigen Dienst- und Mietwohnungen; ferner eine vierständige Lokomotivremise mit Drehscheibe, Kohlenlagerplätzen, Wasserkranen und Putzgrube. Weiter ist vorgesehen die Herstellung einer neuen Ladehalle mit Laderampe und Freiladeanlagen, eines Bahnmeistereigebäudes, eines Wasserpumphauses und zweier Stellwerkgebäude, endlich der Umbau der gesamten Stellwerkanlage nach Durchführung des Gleisumbaues.	
3	Landstuhl	Umbau der Gleisanlage zur Verbreiterung der Bahnsteige, Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern, dann Durchführung der Grunderwerbung für eine künftige Stationserweiterung	208,000
		Die Bahnsteiganlagen an den durchgehenden Gleisen der Station Landstuhl genügen für die geordnete Abwicklung des lebhaften Personen- und Gepäckverkehrs nicht mehr. Der Hauptbahnsteig ist vor dem Betriebsgebäude nur 3,60 m breit, der Zwischenbahnsteig hat nur ein größte Breite von 4,50 m. Zudem mangelt ein schienenfreier Zugang zum Zwischenbahnsteig, so daß die Reisenden der Züge von und nach Glanmünchweiler und nach Homburg zwei Hauptbahngleise überschreiten müssen. Dies führt zu Gefährdungen der Reisenden und zu Unregelmäßigkeiten in der Personen- und Zugabfertigung. Um diesen Zustand zu verbessern, ist der Umbau der Gleisanlagen im mittleren Bahnhofteile zur Gewinnung breiterer Bahnsteige, die Herstellung einer Bahnsteigunterführung zur Vermittlung eines schienenfreien Zugangs zum zweiten Bahnsteig, sowie die Herstellung von Bahnsteigdächern erforderlich. Eine Erweiterung der Ladeanlagen ist zunächst nicht in Aussicht genommen; doch soll das später hiefür in Betracht kommende Gelände schon jetzt miterworben werden, um dessen Bebauung zu verhindern.	
4	Lambrecht	Umbau der Gleisanlage zur Gewinnung breiterer, schienenfrei zugänglicher Bahnsteige, Erbauung eines neuen Betriebs- und Nebengebäudes und Errichtung eines von den Anlagen für den Personenverkehr getrennten neuen Güterbahnhofs	719,000
		In der Station Lambrecht sind sowohl die dem Personenverkehr dienenden Einrichtungen, wie auch die Freilade- und Gütergleisanlagen unzureichend und bedürfen dringend einer Erweiterung und Verbesserung.	
		Seite	3'013,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
		Übertrag	3'013,000
		Der Hauptbahnsteig ist bei rund 90 m Länge nur 3,34 m und der Zwischenbahnsteig bei rund 200 m Länge nur 2,00 m breit. Beide Bahnsteige sind ohne Überdachung. Bei der Unzulänglichkeit der Bahnhof-Warteräume kommt es nicht selten vor, daß ein großer Teil der Reisenden gezwungen ist, sich im Schaltervorplatz aufzuhalten, so daß dort der Verkehr gehemmt wird. Nicht geringer sind die Mißlichkeiten, die sich nach dem Öffnen der Bahnsteigsperre auf dem zu schmalen und zu kurzen Hauptbahnsteige fühlbar machen. Da besonders an Sonn- und Feiertagen die meisten Züge länger sind als der Bahnsteig, müssen viele Reisende, über Weichen und Gleisverbindungen schreitend, ein- und aussteigen, ohne sich hiebei eines erhöhten Bahnsteigs bedienen zu können. Hiedurch wird, abgesehen von den für die Reisenden entstehenden Unbequemlichkeiten und Gefährdungen, die Zugabfertigung erheblich verzögert. Noch schwieriger gestaltet sich die Abfertigung der auf dem Zwischenbahnsteig ankommenden und abgehenden Personenzüge, da hier noch die Post- und Gepäckkarren zu verkehren haben, die schon für sich allein fast die ganze Bahnsteigbreite beanspruchen. Eine durchgreifende Änderung und Verbesserung aller dem Personenverkehr dienenden Anlagen ist daher nicht länger zu umgehen. Da das Bahnhofgelände äußerst ungünstig gestaltet und das ringsum belegene Gelände bebaut ist, würden mit der Durchführung der für den Personenverkehr ins Auge zu fassenden Änderungen und Verbesserungen die ohnedies ungenügenden güterdienstlichen Anlagen noch mehr eingeschränkt werden. Es werden deshalb die gesamten Anlagen für den Güterverkehr zu verlegen und es wird ein eigener Güterbahnhof mit Güterdienstgebäude, Ladehalle, Rampe und Freiladehof neu zu errichten sein. Für die Anlage des Güterbahnhofs kommt entweder das Gelände östlich der Stadt auf den unteren Auwiesen am Fuße des Dammes der Bahnlinie nach Neustadt oder westlich der Stadt am südlichen Talgehänge des Schorlenberges zunächst der Kuhbruckmühle in Betracht. Von dem Ergebnisse weiterer Verhandlungen wird es abhängen, auf welchem dieser beiden Gelände der neue Güterbahnhof zu erbauen sein wird. Für die Verbesserungen der Personendienstanlagen im bestehenden Bahnhofe kommen in Betracht: der Umbau der Gleisanlage zur Vergrößerung der Nutzlängen und Verbreiterung des Haupt- und Zwischenbahnsteiges, die Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern, die Erbauung eines neuen Betriebsgebäudes mit Dienst- und Warteräumen, die Erbauung eines Nebengebäudes sowie nach vollendetem Umbau die Änderung der Stellwerkanlage.	
5	Ludwigshafen a/Rh.	Erweiterung des Lagerhauses Nr. II	289,000
		Die bahneigenen Lagerhäuser in Ludwigshafen a. Rh. reichen für den gesteigerten Umschlagsverkehr am Rhein nicht mehr aus. Würde dem Bedürfnis nach Erweiterung der Lagerhausanlagen nicht entsprochen werden, so wäre eine Abwanderung des Verkehrs zu befürchten. Es ist deshalb beabsichtigt, das Lagerhaus II, das für 165 000 Sack Getreide Raum bietet, rheinabwärts zu verlängern, um für weitere 40 000 Sack Raum zu gewinnen. Neben den maschinellen Einrichtungen, die im neuen Anbau vorzusehen sein werden, sollen auch die vorhandenen, für den erweiterten Betrieb aber unzulänglichen Gasmotoren durch leistungsfähigere Elektromotoren ersetzt werden.	
		Seite	3'302,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
		Übertrag	3'302,000
6	Maisach	Herstellung einer Unterführung zur Beseitigung der schienengleichen Überfahrt der Distriktsstraße unter Hebung der Bahngleise; dann Umbau der Stellwerkanlage	178,000
		Mit dem Gesetze vom 22. Dezember 1909, den vorläufigen Vollzug des Budgets für die Jahre 1910 und 1911 betreffend, wurde für die Erweiterung der Station Maisach der Betrag von 170,000 *M* zur Verfügung gestellt. In dem für die Kreditforderung aufgestellten Entwurfe war die Beseitigung der östlich des Betriebsgebäudes die Bahngleise schienengleich kreuzenden Distriktsstraßenüberfahrt nicht vorgesehen, weil die mit den Beteiligten hierüber gepflogenen Verhandlungen damals nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Nachdem es nunmehr gelungen ist, mit der Distriktsgemeinde Fürstenfeldbruck, der Gemeinde Maisach und den beteiligten Privaten ein Übereinkommen zu treffen, soll die Beseitigung dieser, für den Bahnbetrieb sehr lästigen und den Verkehr auf der Straße hemmenden Überfahrt nicht länger verschoben werden. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist eine Straßenunterführung von 6,00 m Weite und 3,60 m Höhe mit Betoneisendecke herzustellen. Zur Entwässerung der Unterführung wird ein 0,50 bis 0,60 m weiter Kanal dienen, der auf eine Länge von 1650 m bis zur Maisach geführt werden soll. Für diese Kanalführung, deren Kosten sich auf 53,300 *M* berechnen, hat die Gemeinde Maisach einen Zuschuß von 18,000 *M* und außerdem die Übernahme der Unterhaltung und Reinigung in Aussicht gestellt, soferne ihr die Mitbenützung für eine etwa später auszuführende gemeindliche Kanalisation zugestanden wird. Zur Ermöglichung der Wasserableitung nach der Maisach und zur Gewinnung einer Lichthöhe der Unterführung von 3,60 m muß die Bahnlinie an der Unterführungsstelle um 0,80 m gehoben werden. Nach Fertigstellung der Unterführung und des Gleisumbaues, für den die Mittel bereits zur Verfügung stehen, ist die derzeitige Signalstellwerkanlage mit örtlicher Bedienung der Weichen in eine Stellwerkanlage nach Klasse 1/3 mit zentraler Stellung der Weichen und Signale umzubauen.	
7	Moosach b. München	Umbau und Erweiterung der Gleisanlagen, Herstellung einer Stellwerkanlage für Weichen und Signale, dann Grunderwerbung für einen späteren ausgedehnteren Stationsumbau und für die Anlage von Wagenhinterstellgleisen	606,000
		Die güterdienstlichen Geschäfte, welche bei der Station Moosach bei München anfallen, haben sich derart vermehrt, daß eine Erweiterung der unzulänglich gewordenen Gleisanlage nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Besonders mangelt es an Rangier- und Hinterstellgleisen für die in der Station aus den Zügen ab- und in die Züge einzustellenden Wagen, die infolge der Erbauung neuer Industriegleisanschlüsse und der Vergrößerung des Wagenumschlages der bestehenden Industriegleise in fortwährend wachsender Zahl zu verarbeiten sind. Bei der Unzureichendheit der Zahl und der Nutzlängen der vorhandenen Aufstellgleise kann ein großer Teil der Wagenverschiebungen nicht mehr in Moosach vorgenommen werden,	
		Seite	4'086,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	4'086,000
		sondern es müssen zu diesem Zwecke häufig Wagen in größerer Anzahl nach dem ohnehin stark belasteten Rangierbahnhofe Laim verbracht werden. Hiedurch werden unwirtschaftliche Leerläufe verursacht, für die beträchtliche Unkosten einerseits auf die Zugförderung, andererseits wegen der Abgaben an den Staatsbahnwagenverband erwachsen. Es ist daher, in Anpassung an einen für den späteren Ausbau der Station aufgestellten Zukunftsentwurf, zunächst eine Gleiserweiterung derart in Aussicht genommen, daß die jetzigen Zuggleise südwestlich des Betriebshauptgebäudes zu einer ausreichend großen Gruppe von Rangier- und Abstellgleisen mit beiderseits anschließendem Ausziehgleis umgebaut und neue Zuggleise nordwestlich der Gütergleise hergestellt werden. Zur Gewinnung eines schienenfreien Zugangs zu den jenseits der Gütergleise anzulegenden neuen Bahnsteigen soll eine Bahnsteigunterführung ausgeführt werden. Es ist ferner in Aussicht genommen, die Bahnsteige teilweise mit Dächern zu versehen. Nach Vollendung des Gleisumbaues soll zur Sicherung der Zugfahrten und zur Vermeidung einer Personalmehrung für die erweiterten Anlagen die zentrale Bedienung der Weichen und Signale eingerichtet werden. Endlich ist schon jetzt die Erwerbung des für eine künftige ausgedehntere Stationserweiterung voraussichtlich notwendigen Geländes vorgesehen, um es von einer etwaigen Bebauung frei zu halten. Auf diesem Gelände sollen zunächst Güterwagen-Hinterstellgleise, wofür im Fall eines allgemeinen Verkehrsrückganges ein stärkeres Bedürfnis auftreten wird, hergestellt werden.	
8	München Ost	Umbau der Gleisanlage zur Gewinnung von zwei weiteren Bahnsteigen unter Verlegung der Güterzug- und Rangiergleise auf das bahneigene Gelände östlich des Bahnhofs, I. Rate	3'180,000
		Die dem Personenverkehr dienenden Anlagen im Ostbahnhofe München bedürfen dringend der Verbesserung. Im Sommerfahrplan 1911 fahren dort im regelmäßigen Verkehre täglich 266 Züge ein oder aus. Hievon sind 68 Schnell- und Eilzüge, 94 Personen- und Lokalbahnzüge, 34 Nahpersonenzüge und 70 Güterzüge. An Sonn- und Feiertagen kommen hiezu regelmäßig noch 45 weitere, dem Personenverkehr dienende Züge, wogegen 33 Güterzüge entfallen. Die Höchstzahl der an einem Tage abgefertigten Züge hat sich bisher auf 320 belaufen. Diese Züge verteilen sich auf 7 Richtungen, und zwar auf eine gemeinschaftliche Doppelbahn von und nach München Hbf. und München-Laim, eine Doppelbahn von und nach Rosenheim, eine Doppelbahn von und nach Mühldorf und je eine eingleisige Lokalbahn nach Deisenhofen, Aying und Ismaning. Für die auf den drei doppelgleisigen Hauptbahnlinien und den drei eingleisigen Lokalbahnen täglich verkehrenden 196 Personenzüge stehen zurzeit nur 5 Personenzuggleise an 3 Bahnsteigen zur Verfügung, weshalb die in der Richtung nach Giesing verkehrenden Lokalbahnzüge teilweise an dem nicht schienenfrei zugänglichen, dem Güterverkehr dienenden VI. Gleis abgefertigt werden müssen. Wenn schon im regelmäßigen Werktagverkehr die Personenzuggleise und die Bahnsteige stark besetzt sind, so bedarf es großer Aufmerksamkeit und Umsicht des Stations- und Zugpersonals, um auch noch die weiteren (bis zu 124) Züge des Sonn- und Feiertagverkehrs	
		Seite	7'266,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	7'266,000
		unter diesen beschränkten Verhältnissen ordnungsgemäß abfertigen zu können. Hiezu kommt die starke Zunahme des Personenverkehrs, die in den letzten 3 Jahren etwa 40% betrug und bei einer beförderten Personenzahl von rund 1 360 000 im Jahre 1910 für die nächste Zeit eine jährliche Steigerung von mindestens 150 000 Personenfahrten erwarten läßt. Bei der besonders in den Nachmittags- und Abendstunden sehr dichten Belegung der Gleise kommt es schon bei geringen Unregelmäßigkeiten im Zugverkehr vor, daß die Gleise für die einfahrenden Züge nicht rechtzeitig frei gemacht werden können und alsdann Züge vor der Station gestellt werden müssen. Zur Herbeiführung geordneter und befriedigender Zustände im Personenverkehr ist daher die Vermehrung der Personenzuggleise und der Bahnsteige dringend geboten. Der Bahnhof liegt zwischen zwei städtischen Straßen; auf der Ostseite sind Industrieanlagen vorgelagert. Eine Verbreiterung des Bahnhofs wäre daher nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten und nicht ohne erhebliche Schädigung der in Betracht kommenden Industrien möglich, da meist nicht nur Änderungen an den Anschlußgleisen, sondern auch Änderungen an Gebäuden notwendig wären. Es sollen daher, um Raum für neue Personengleise und Bahnsteige zu gewinnen, die derzeitigen Güterzuggleise, mit Ausnahme von zwei Durchfahrgleisen, für den Personendienst nutzbar gemacht und die der Zugaufstellung und dem Verschubdienst dienenden Gleise auf das bereits für die künftige Anlage eines Rangierbahnhofs östlich der Station erworbene Gelände verlegt werden. Hiedurch wird es möglich, zwei weitere schienenfrei zugängliche Bahnsteige zu schaffen, so daß künftig 5 Bahnsteige und 9 Personenzuggleise zur Verfügung stehen werden. Die Zugänge zu den Zügen und die Abgänge sollen getrennt angelegt werden. Für den Zugang wird der Hauptbahnsteig bei der Bahnsteigsperre durch Änderungen am Betriebshauptgebäude verbreitert und der bestehende Bahnsteigtunnel um 35 m verlängert, während für den Abgang ein etwa 80 m langer Bahnsteigtunnel neu vorgesehen wird, von dem aus die Reisenden unter Umgehung des Hauptgebäudes unmittelbar ins Freie gelangen können. Im Zusammenhange mit diesen Bauvornahmen sind die Bahnsteigdächer zu verlängern und die neuen Zwischenbahnsteige mit Schutzdächern zu versehen. Die Unterführung der Straße nach Berg am Laim muß für weitere 2 Gleise verlängert werden. Südlich des Postgebäudes ist ein geräumiger Milchladehof für Einzelsendungen, nördlich der Güterhalle, am Platze der jetzigen Bierladegleise, ein Milchhof für Wagenladungen vorgesehen. Die Biersendungen werden künftig im Freiladehof abgefertigt. Zu diesem Zwecke und um den übrigen, ständig zunehmenden Wagenladungsverkehr aufnehmen zu können, sind die Freiladeanlagen zu erweitern. Hiefür ist eine größere Grunderwerbung erforderlich. Die Güterhalle, sowie die Umladeanlagen genügen dem Bedürfnisse nicht mehr, weshalb eine entsprechende Vergrößerung vorzusehen war. Nach Vollendung des Umbaues der ganzen Gleisanlage ist die Signal- und Weichenzentralisierung der neuen Spuranlage anzupassen und zu erneuern. Die ursprünglich ins Auge gefaßte Herstellung eines größeren Ablauf-Rangierbahnhofs auf dem bahneigenen Gelände östlich des Personenbahnhofs kann zunächst nicht zur Ausführung kommen, da sich durch die Wirkungen des Staatsbahnwagenverbandes der Wagenumlauf geändert hat	
		Seite	7'266,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	7'266,000
		und abgewartet werden muß, wie sich die Verhältnisse endgültig gestalten werden. Vorerst soll dort ein Güterbahnhof angelegt werden, in dem alle Güterzüge ein- und ausfahren und die Zug-Auflösung und Neubildung mittelst zweier Ausziehgleise nach dem Abstoßverfahren stattfindet. Im Entwurf des neuen Güterbahnhofs ist jedoch auf die Möglichkeit des künftigen Ausbaues zu einer Ablaufanlage Bedacht genommen. Der Güterbahnhof wird unmittelbaren Gleisanschluß an die Durchfahrgleise im Personenbahnhofe, die Lokomotivremise, die südlichen Lagerhäuser und den nördlichen Ladehof, sowie an die Stationen Riem und Trudering und das Ismaninger Lokalbahngleis erhalten. Die Lokalbahn München Ost—Ismaning muß zu diesem Zwecke nächst der städtischen Gasanstalt am Kirchstein gemeinsam mit der Güterzugdoppelbahn, dem Lokomotiv- und dem südlichen Verbindungsgleis unter den Personenzugdoppelbahnen nach Riem und Trudering und unter dem nördlichen Verbindungsgleis hindurchgeführt werden. Die beiden Personenzuggleise nach Trudering werden auf die Länge des Güterbahnhofs neben die beiden Riemer Personenzuggleise gelegt und münden erst im Bahnhofe Trudering wieder in die bestehende Linie ein. In diesem Bahnhofe sollen unter Ausbildung des I. Hauptgleises zum Lokalgleis ein Personenzuggleis und zwei Güterzuggleise neu angelegt werden. Das Verbindungsgleis von hier zum Güterbahnhof muß über die Riemer Personenzugdoppelbahn hinweggeführt werden. An größeren Bauarbeiten kommen außer der Förderung und Verwendung von etwa 460 000 cbm Erdmassen zur Dammbildung noch in Betracht: die Verlängerung der Wasserburger Staatsstraßenunterführung für weitere 23 Gleise und die Ausführung von etwa 18 000 m Stationsgleisen mit den erforderlichen Weichen und von etwa 7800 m Gleisen der freien Strecke, endlich die Herstellung einer Stellwerkanlage für Weichen- und Signalsicherung nach Vollendung der neuen Spuranlagen. An Hochgebäuden für den neuen Güterbahnhof soll außer den Stellwerktürmen nur ein provisorisches Dienstgebäude ausgeführt werden. Die Gesamtkosten für diese Verbesserung der Verhältnisse in München Ost berechnen sich auf . . . . 6'617,000 ℳ Nach den Erläuterungen zum V. Nachtrag zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 (Beilage 462 zu den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1907/1908, Beil.Band III S. 737) war für die Abtretung des für den neuen Holzhof am Ostbahnhofe benötigten bahneigenen Grundstücks eine auf 319,815 ℳ sich bemessende Entschädigung von der Finanzverwaltung an die Staatseisenbahnverwaltung zu leisten und dieser Betrag zur Minderung eines Eisenbahnanlehenkredits zu verwenden. Im Vollzuge dieser Vereinbarung soll nun der an die Eisenbahnverwaltung bereits abgeführte Betrag für den Ausbau des Ostbahnhofs mitverwendet und daher von der gegenwärtigen Kreditforderung abgesetzt werden, so daß sich diese auf 6'617,000 — 319,815 = 6'297,185 ℳ berechnet. Hievon wird als I. Baurate der Betrag von 3'180,000 ℳ angesetzt, so daß für eine später noch anzufordernde II. Baurate ein Betrag von 3'117,185 ℳ verbleibt. Für die Durchführung der Grunderwerbung zur Herstellung einer neuen Rangieranlage in München Ost und die dadurch bedingte Verlegung der Bahnstrecke München Ost—Riem wurde mit Gesetz vom 30. Dezember 1905 der Betrag von 6'462,000 ℳ zur Verfügung gestellt. Die auf Rechnung	
		Seite	7'266,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	7'266,000
		dieses Kredits vorgesehenen Grunderwerbungen und die Bauarbeiten sind in der Hauptsache durchgeführt. Hiefür sind bisher rund 6'415,000 ℳ Ausgaben erwachsen, so daß noch ein Kreditrest von rund 47,000 ℳ vorhanden ist.	
9	München Hauptbahnhof	Umbau und Erweiterung des Hauptbahnhofs München	5'000,000
		Verbesserung der Verhältnisse des Starnberger Bahnhofs, Schaffung eines neuen Flügelbahnhofs für die Holzkirchner Züge. Verbesserung der Fernzugsgleisanlagen, Schaffung eines Abstellbahnhofs mit schienenfreien Zufahrten und Zentralisierung der Weichen und Signale, ferner Verbesserung der Umladeanlage in München-Laim. Die Gesamtkosten sind auf 19'000,000 ℳ veranschlagt. Hievon wird als I. Rate der Betrag von 5'000,000 ℳ angefordert. Die angefügte Denkschrift (Beilage 1) läßt die nähere Begründung für diese Bauvornahmen ersehen.	
10	München-Mittersendling	Rückersatz der Kosten für die auf Rechnung bereiter Staatsmittel (§ 19 des Finanzgesetzes vom 15. Juni 1898) zur Erweiterung der Freiladeanlagen durchgeführte Grunderwerbung	160,300
		Die Festsetzung von Baulinien auf der Westseite des Bahnhofs München-Mittersendling hat schon im Jahre 1892 Veranlassung gegeben, für den künftigen Ausbau dieses Bahnhofs einen vorläufigen Entwurf aufzustellen, der im Jahre 1896 einer nochmaligen Prüfung unterzogen wurde. Im Anschlusse an die in den Jahren 1898 und 1899 aus Eisenbahnbetriebsmitteln durchgeführte Erbauung einer neuen Ladehalle mit Ladegleisen wurde die Erwerbung der für eine künftige Erweiterung dieser Ladeanlagen erforderlichen Grundstücke im Ausmaße von rund 16 000 qm durchgeführt, um sie von der Bebauung freizuhalten. Die hiefür erwachsenen Kosten im Gesamtbetrage von 160,300 ℳ wurden einstweilen aus den im § 19 des Finanzgesetzes vom 15. Juni 1898 zur Durchführung von Grunderwerbungen bereit gestellten Staatsmitteln gedeckt. Nunmehr ist der Rückersatz dieses Kostenbetrages in Aussicht genommen.	
11	Haar	Umbau der Gleisanlage zur Verbreiterung der Bahnsteige, dann Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern	115,000
		In der Station Haar muß der erhebliche Vorort- und Ausflugverkehr, da die Züge teilweise umkehren, größtenteils auf dem Überholungsgleis (bisherigen III. Stationsgleis) abgefertigt werden. Hiebei müssen die Reisenden die beiden durchgehenden Zuggleise überschreiten, was bei dem lebhaften Zugverkehr höchst mißlich und besonders bei Nachtzeit und großem Andrang gefahrbringend ist. Es ergibt sich damit die Notwendigkeit, im Interesse der Sicherheit der die Nahzüge benützenden Reisenden und zur geregelten Zugabfertigung einen breiten Zwischenbahnsteig zwischen dem II. und III. Gleis mit einer Bahnsteigunterführung herzustellen. Für die Zugüberholung und die Abfertigung der Nahzüge wird sodann das II. Gleis benützt werden, während das III. Gleis dem Verkehr der Fernzüge für die Richtung Rosen-	
		Seite	12'541,300

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	12'541,300
		heim—München dienen wird. Zum Schutze der Reisenden gegen die Unbilden der Witterung sollen der Haupt- und der Zwischenbahnsteig mit Schutzdächern versehen werden. Im Anschluß an die zur Verbreiterung des Zwischenbahnsteigs auszuführenden Gleisumbauarbeiten ist auch die Herstellung eines Hinterstellungsgleises für die in Haar umkehrenden Vorortzüge in Aussicht genommen. Außerdem soll die unzureichend gewordene Güterhalle erweitert und die Stellwerkanlage der Klasse 1 nach Klasse 1/3 umgebaut werden.	
12	Mühldorf	Verbesserung der Bahnsteiganlagen für den Personenverkehr, Vermehrung der Güterzug- und Rangiergleise, Herstellung einer Stellwerkanlage und Grunderwerbung für die spätere Verlegung der maschinentechnischen Anlagen und die Herstellung neuer Ladehöfe.	673,000
		Die Station Mühldorf ist Knotenpunkt mehrerer Hauptbahnlinien und Ausgangspunkt der Lokalbahn nach Altötting und Burghausen. Seit Eröffnung der Linie Mühldorf—Freilassing kommen dort mehrmals täglich 6—7 Personenzüge aller Richtungen zusammen, für deren Aufstellung nur 5 Hauptbahngleise mit schienenfrei zugänglichen Bahnsteigen vorhanden sind. Es ist damit die Notwendigkeit hervorgetreten, durch Auseinanderziehen der schon jetzt dem Personenverkehr dienenden, aber nur durch schienengleiche Übergänge zugänglichen Gleise VI und VII und Verlängerung der Bahnsteigunterführung einen dritten schienenfrei zugänglichen Zwischenbahnsteig zu schaffen. Dieser soll auf 100 m Länge überdeckt werden. Die nur 60 m langen Dächer des ersten und zweiten Zwischenbahnsteigs sollen gleichzeitig auf 100 m verlängert werden. Die Bahnsteiganlagen für die Züge nach und von Altötting und Burghausen genügen für diesen ständig zunehmenden Verkehr nicht mehr und bedürfen einer gründlichen Verbesserung. Es ist daher in Aussicht genommen, das Lokalbahngleis seitlich zu verschieben und den Hauptbahnsteig nebst Überdachung um etwa 70 m in östlicher Richtung zu verlängern, so daß auch die Lokalbahnzüge künftig an einem genügend breiten und überdeckten Bahnsteig abgefertigt werden können. Infolge der Vermehrung der abzufertigenden Güterzüge sind auch die Güterzug-, sowie die Rangier- und Hinterstellgleise unzureichend geworden. Im Entwurfe wurde daher die Herstellung von weiteren 2 Güterzuggleisen sowie von 2 Gruppen neuer Rangier- und Hinterstellgleise mit je einem Ausziehgleis vorgesehen. Die Station ist noch nicht mit einer Stellwerkanlage ausgestattet. Es wollte abgewartet werden, wie sich nach der Eröffnung der Tauernbahn die Betriebs- und Verkehrsverhältnisse im Bahnhofe gestalten werden. Es kann angenommen werden, daß nach Durchführung des vorgesehenen Umbaues an den Betriebs- und Rangiergleisen des Bahnhofs Mühldorf auf längere Zeit Änderungen nicht mehr nötig werden und daß für die nächsten Jahre nur noch die Verbesserung der maschinen-technischen Anlagen (durch Zusammenlegen der beiden zurzeit getrennten Lokomotivschuppen auf das Gelände zwischen der Simbacher und der Neumarkter Bahnlinie) und die Errichtung neuer Ladehöfe auf der Nordseite der Station in Frage kommen wird, weshalb im Interesse der Betriebssicherheit mit der Herstellung der Stellwerkanlage für Weichen- und Signalbedienung nicht mehr länger zugewartet werden soll. Hiedurch wird auch eine Vermehrung des Weichenwärter-	
		Seite	13'214,300

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	13'214,300
		personals vermieden werden, die andernfalls infolge der Gleiserweiterung sich ergeben würde. Das für die spätere Verlegung der maschinen-technischen Anlagen und die Herstellung von Ladehöfen erforderliche Gelände soll schon jetzt erworben werden, um es von der Bebauung frei zu halten.	
13	Peissenberg	Verlängerung der Zuggleise und Vermehrung der Hinterstellgleise, Erbauung eines neuen Ladehofs und Herstellung einer Unterführung zur Beseitigung der schienengleichen Überfahrt am Nordende der Station	241,000
		Die Bergwerkverwaltung, die schon in den letzten Jahren größere Mengen Kohlen förderte und zum Versand brachte, beabsichtigt durch Erbauung eines neuen Förderschachtes die Leistungsfähigkeit des Werkes weiter zu erhöhen. Diese sowie die durch die Fortsetzung der Lokalbahn nach Schongau zu erwartende weitere Verkehrsmehrung machen es notwendig, die Zuggleise zu verlängern und dem künftigen Durchgangverkehr anzupassen sowie für weitere Rangier- und Hinterstellgleise Sorge zu tragen. Bei dem vorgesehenen Stationsumbau sind außer beträchtlichen Erdarbeiten nachstehende Arbeiten durchzuführen: 1. Die Verlängerung der beiden Zuggleise zur Aufnahme von mindestens 400 m langen Zügen; 2. die Ausführung von drei weiteren Hinterstellgleisen und eines Ausziehgleises; 3. die Herstellung eines geräumigen Freiladehofs mit 2 Ladegleisen und einer neuen Güterhalle; 4. die Beseitigung der stark befahrenen schienengleichen Überfahrt auf der Nordseite der Station durch Ausführung einer Straßenunterführung unter Hebung der Bahngleise.	
14	Starnberg	Rückersatz der Kosten für die auf Rechnung bereiter Staatsmittel (§ 19 des Finanzgesetzes vom 15. Juni 1898) und aus dem Fonds für vorschußweise Bestreitung von Grunderwerbskosten (§ 20 des Finanzgesetzes vom 26. Mai 1892) durchgeführten Grunderwerbungen für eine künftige Erweiterung der Stationsanlagen	176,200
		Die Schwierigkeit, in Orten mit starker Bautätigkeit das für künftige Stationserweiterungen erforderliche Gelände um angemessenen Preis zu erwerben, und die Vorsorge, eine Bebauung des Geländes hintanzuhalten, versetzen die Eisenbahnverwaltung häufig in die Notwendigkeit, bei Verkäuflichkeit von Grundstücken oder bei drohender Bebauung von Geländen in Bahnhofsnähe Grunderwerbungen auch dann vorzunehmen, wenn die fraglichen Grundflächen nicht sofort oder auch nicht in vollem Umfange für Bahnzwecke benötigt sind. Aus dieser Erwägung wurden zur zukünftigen Erweiterung des Bahnhofs Starnberg erworben: 1. Aus Anlaß eines Baugesuches der Besitzerin das auf der Westseite des Bahnhofs Starnberg an der Einfahrt von Mühlthal gelegene Grundstück Pl.-Nr. 481/35, ferner das Nachbargrundstück Pl.-Nr. 481/36 mit einem Flächeninhalt von zusammen 0,453 ha (1,33 Tagwerk) um die Gesamtsumme von 32,150 ℳ.	
		Seite	13'631,500

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	13'631,500
		Die erforderlichen Mittel wurden mangels eines zur Verfügung stehenden Kredits einstweilen aus dem Fonds für vorschußweise Bestreitung von Grunderwerbskosten (§ 20 des Finanzgesetzes vom 26. Mai 1892) geschöpft und sollen nunmehr zurückersetzt werden. 2. Aus Anlaß der Zwangsversteigerung des Dampfsägewerks Haus Nr. 20 und 21 in Starnberg das auf der Ostseite des Bahnhofs an der Ausfahrt nach Mühlthal gelegene, 1,874 ha (5,50 Tagwerk) messende Anwesen einschließlich der Gebäude und der sämtlichen Einrichtungsgegenstände. Hiefür wurden einschließlich der Nebenkosten und der Zinsvergütungen, jedoch abzüglich des Wertes der später wieder veräußerten Einrichtungsgegenstände der Betrag von 144,050 ℳ bereiten Staatsmitteln (§ 19 des Finanzgesetzes vom 15. Juni 1898) entnommen. Auch dieser Betrag soll nunmehr an die Staatskasse zurückersetzt werden.	
15	Regensburg	Herstellung eines Rangierbahnhofs, II. Baurate	800,000
		Die Notwendigkeit dieser Bauausführung ist in den Erläuterungen zur Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 unter IV, 1 b, Erweiterung, Umbau und Zentralisierung von Stationen, Ziffer 9 ausführlich begründet und hiefür auch mit Gesetz vom 23. Dezember 1907, betreffend den vorläufigen Vollzug des Budgets für die Jahre 1908 und 1909, von den auf 1'500,000 ℳ veranschlagten Gesamtkosten der Betrag von 700,000 ℳ als I. Baurate bewilligt worden. Inzwischen wurde die Grunderwerbung durchgeführt und die Überführung der Dechbettener Straße sowie ein großer Teil der Erdarbeiten hergestellt. Zur Weiterführung der Bauarbeiten und zur Herstellung der umfangreichen Gleisanlage und der Stationseinrichtungen wird nunmehr die zweite Baurate mit 800,000 ℳ angefordert.	
16	Straubing	Umbau der Gleisanlage zur Gewinnung breiterer Bahnsteige, dann Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern . . .	243,000
		Die Bahnsteiganlagen in der Station Straubing reichen für den abzuwickelnden starken Personenverkehr nicht mehr zu. Die vorhandenen Seitenbahnsteige sind zu schmal und nur auf schienengleichen Übergängen zugänglich. Bei der einseitigen Lage des Betriebsgebäudes und bei der Notwendigkeit, die Züge an den Bahnsteigen staffelförmig aufzustellen, müssen die Reisenden beim Zu- und Abgang weite Wege zurücklegen, auf denen sie beim Überschreiten der Gleise vom Stationspersonal nicht genügend beaufsichtigt werden können. Besonders bei starkem Personenandrang ergeben sich daher nicht nur Gefährdungen der Reisenden, sondern auch mannigfache Unregelmäßigkeiten in der Zugabfertigung. Zur Behebung dieser Mißstände ist in Aussicht genommen, den Hauptbahnsteig zu verbreitern und zwei Zwischenbahnsteige neu herzustellen. Diese sollen durch eine Bahnsteigunterführung schienenfrei zugänglich gemacht und teilweise mit Bahnsteigdächern überdeckt werden. Die Neuanlage der Bahnsteige bedingt einen gänzlichen Umbau der Gleisanlagen auf der westlichen Bahnhofseite (Richtung Regensburg) und eine Verlegung des Straßenzugs südlich des Bahnhofs, wobei Grunderwerbungen aus dem dortigen Privatanwesen nicht	
		Seite	14'674,500

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	14'674,500
		umgangen werden können. Auch muß die zurzeit im Freiladehof befindliche Wagenreinigungsanstalt weiter hinaus verlegt werden.	
17	Holenbrunn	Umbau und Erweiterung der Gleis- und Stellwerkanlagen	360,000
		Die Gleisanlage in der Station Holenbrunn ist für den dort abzuwickelnden Zug- und Rangierverkehr sehr beengt. Das Überholungsgleis ist zu kurz, so daß 510 m lange Güterzüge ohne Zugtrennung nicht überholt werden können. Auch ist für die Wagenausscheidung von der Lokalbahn zur Hauptbahn und umgekehrt, dann für die Ausscheidung der Industriegleiswagen nur ein einziges Hinterstellgleis vorhanden. Mit der Einführung der Lokalbahn von Selb ist eine erhebliche Verkehrszunahme zu erwarten, zu deren Bewältigung die vorhandenen Anlagen nicht mehr ausreichen. Auch müssen für den Übergang der Reisenden von der Hauptbahn auf die Lokalbahnen und umgekehrt schienenfreie Zugänge zu den Bahnsteigen und Bahnsteigdächern hergestellt werden. Das Überholungsgleis soll künftig dem Verkehr der Selber Züge dienen; als Ersatz soll ein zur Aufnahme voll ausgelasteter Güterzüge geeignetes Überholungsgleis neu hergestellt, ferner ein zweites Hinterstellgleis vorgesehen werden. In Rücksicht auf die künftig größere Ausdehnung der Gleis- und Weichenanlage muß die vorhandene Stellwerkanlage mit nur einem Stellwerk nach Klasse 3 mit zwei Stellwerken unter Verwendung der anfallenden Materialien umgebaut werden.	
18	Marktleuthen	Herstellung eines Überholungsgleises	103,500
		Die beiden mit Überholungsgleisen versehenen Stationen Holenbrunn und Kirchenlamitz der stark mit Zügen belegten Bahnstrecke Marktredwitz—Hof liegen 16,1 km auseinander. In den beiden zwischenliegenden Stationen Röslau und Marktleuthen können derzeit Zugsüberholungen nicht stattfinden. Es ist daher bei Unregelmäßigkeiten im Zuglaufe die Durchführung der langsam fahrenden Güterzüge auf der durchweg mit 6,67 ‰ geneigten Bahnstrecke sehr erschwert und es sind häufige und erhebliche Verspätungen dieser Züge nicht zu vermeiden. Um diesem Mißstande zu begegnen und die Durchführung des Fahrplans regelmäßiger zu gestalten, ist die Herstellung eines Überholungsgleises in der Station Marktleuthen beabsichtigt. Die Gleiserweiterung bedingt den Umbau der Stellwerkanlage von Klasse 0^w in Klasse 1/3.	
19	Neumarkt (Rott)	Verbesserung der Bahnsteiganlagen durch Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern, dann Herstellung einer Stellwerkanlage für Weichen und Signale	205,000
		Die Station Neumarkt (Rott) hat als Knotenpunkt der beiden Hauptbahnlinien Landshut—Mühldorf—Salzburg und Pilsting—Mühldorf—Rosenheim und als Ausgangsstation der Nebenbahnlinie nach Pfarrkirchen—Pocking—Passau einen erheblichen Bahnsteigverkehr, der besonders durch den Umsteigverkehr zu den Wallfahrerzügen nach Altötting noch verstärkt wird.	
		Seite	15'343,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
		Übertrag	15'343,000
		Bei solchen Zügen finden in Neumarkt (Rott) außerordentlich starke Menschenansammlungen statt, für welche die vorhandenen Bahnsteiganlagen unzureichend sind. Da schienenfreie Zugänge zu den Zwischenbahnsteigen nicht vorhanden sind, müssen die zahlreichen, oft ungewandten Reisenden auch die Gleise überschreiten. Dies führt, trotz der bisher geübten staffelförmigen Aufstellung der Züge, zu Gefährdungen der Reisenden, zu Behinderungen des Verschiebedienstes und zu Unregelmäßigkeiten in der Zugabfertigung. Da unter diesen Umständen die Verbesserung der Bahnsteiganlagen besonders vordringlich erscheint, wurden bereits Einleitungen getroffen, um aus Mitteln des Eisenbahnbetriebes den zur Verbreiterung des Hauptbahnsteigs und zur Schaffung von zwei je 7,20 m breiten Zwischenbahnsteigen erforderlichen Gleisumbau durchzuführen. Nach Abschluß dieser Arbeiten soll noch zur Vermittlung schienenfreier Zugänge zu den Zwischenbahnsteigen eine Bahnsteigunterführung hergestellt werden. Die neuen Bahnsteige sollen überdacht, ferner soll ein Ausziehgleis zur Erleichterung der Verschubbewegungen hergestellt werden. Auch ist beabsichtigt, zur Sicherung des Zugverkehrs und zur Einsparung von Wärterpersonal die bis jetzt noch fehlende Stellwerkanlage für Weichen und Signale einzurichten.	
20	Landshut	Einrichtung einer Stellwerkanlage für Weichen- und Signalbedienung	450,000
		In der Station Landshut ist die Ausführung einer vollständigen Sicherungsanlage mit zentral bedienten Weichen bisher deshalb unterblieben, weil es in Rücksicht auf die Herstellung der Bahnlinie Mühldorf—Freilassing ungewiß war, ob nicht vielleicht in nächster Zeit eine Erweiterung des Bahnhofs und damit eine weitgehende Änderung der Stellwerkeinrichtung sich als notwendig erweisen könnte. Im Hinblick auf den regen Schnellzugverkehr mußte jedoch schon im Jahre 1905 eine teilweise Sicherung durch Verriegelung der spitz befahrenen Weichen hergestellt werden. Da sich nun mittlerweile gezeigt hat, daß einerseits ein größerer Bahnhofumbau vorerst nicht zu erwarten ist, anderseits die Verriegelungsanlage nicht nur viel Bedienungspersonal erfordert, sondern auch bald nicht mehr die genügende Sicherheit für den zunehmenden Zugverkehr bietet, so soll nunmehr eine vollständige Weichen- und Signal-Stellwerkanlage mit elektrischem Stationsblock zur Ausführung kommen. Durch die zentrale Bedienung der Weichen und Signale werden die vorhandenen 33 Weichen- und Signalwärter auf 13 Mann gemindert, was einer Einsparung an jährlichen Personalkosten von ungefähr 30,000 *M* entspricht. Die Gesamtkosten der Anlage berechnen sich unter der Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil der bestehenden Einrichtung, wie der Signale, wieder Verwendung finden kann, auf 450,000 *M*.	
21	Gemünden	Herstellung eines weiteren Güterzuggleises unter Verlegung der Umladepodien, dann Erweiterung des bayerischen Lokomotivschuppens zur Aufnahme von weiteren 4 Lokomotivständen	186,800
		Bei Aufstellung des Entwurfs für den Ausbau der Lokalbahn Gemünden—Hammelburg zur Hauptbahn nach Bad Kissingen war angenommen, daß	
		Seite	15'929,800

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
		Übertrag	15'929,800
		aus diesem Anlaß eine Erweiterung des Bahnhofs Gemünden nicht erforderlich sein werde. Bei der Bearbeitung des neuen Betriebsprogramms, welches für die Linie Gemünden—Bad Kissingen die getrennte Führung von Personen- und Güterzügen allgemein vorsieht, hat sich jedoch ergeben, daß ohne Schaffung eines weiteren Güterzuggleises in der Station Gemünden nicht auszukommen sein wird. Es ist daher die Herstellung eines XIII. Zuggleises unter Verlegung der Umladeanlagen in Aussicht genommen. Außerdem bedingt die Zuteilung weiterer Maschinen für den Betrieb der umzubauenden Strecke und ihrer Fortsetzung nach Bad Kissingen die Erweiterung des Lokomotivschuppens durch den Anbau von vier neuen Lokomotivständen.	
22	Aschaffenburg	Herstellung einer Stellwerkanlage für den Güter- und Rangierbahnhof Aschaffenburg	250,000
		Die Mittel zur Ausführung einer Stellwerkanlage für den Personenbahnhof Aschaffenburg sind mit dem außerordentlichen Budget für die Finanzperiode 1908 und 1909 bewilligt worden. Im außerordentlichen Budget für die Finanzperiode 1910 und 1911 war die Verlegung des Ladehofs sowie eine Erweiterung des Güterbahnhofs vorgesehen, so daß nach Ausführung dieser Arbeiten der Güter- und Rangierbahnhof eine wesentliche Änderung in absehbarer Zeit nicht mehr erfahren wird und nunmehr auch hier die zentrale Bedienung der Weichen durchgeführt werden kann. Dementsprechend sind zur Ausführung in der Finanzperiode 1912 und 1913 für den Rangierbahnhof Aschaffenburg sieben neue Stellwerke und einige Ergänzungen einer vorhandenen Stellwerkgruppe mit einem Gesamtbetrage von 250,000 *M* vorgesehen. Durch diese Maßnahme soll der Betrieb in den Ablaufanlagen beschleunigt und gesichert werden. Außerdem wird eine Einsparung von 27 Weichenstellern erreicht werden.	
23		Grunderwerbung für ein neues Eisenbahndirektionsgebäude in Augsburg und Würzburg	306,420
		Nach § 22 der Denkschrift über die Neuordnung der Verkehrsverwaltung vom 20. März 1906 sind in Augsburg und Würzburg neue Eisenbahndirektionsgebäude zu erbauen.	
	Augsburg	Für ein Eisenbahndirektionsgebäude in Augsburg hat die Stadtgemeinde ein Grundstück mit einer Fläche von 3971 qm (46 550 □') am Prinzregentenplatz unentgeltlich zur Verfügung gestellt und dafür Sorge getragen, daß ein anstoßendes Grundstück von 1559 qm (18 305 □') hinzuerworben werden konnte. Da die Besitzerin dieses letzteren Grundstückes, die Diakonissenanstalt, sich auf eine längere Gebundenheit durch bedingten Kaufvertrag nicht einließ, mußte sofort in die endgültige Erwerbung eingetreten werden. Der Kaufpreis im Betrage von 70,080 *M* 68 *₰* wurde auf den durch § 20 des Finanzgesetzes vom 26. Mai 1892 geschaffenen Fonds für vorschußweise Bestreitung von Grunderwerbungskosten zu Eisenbahnbauzwecken verausgabt. Weiter ist im laufenden Jahr eine ungünstig in den Bauplatz einschneidende Grund-	
		Seite	16'486,220

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	16'486,220
		fläche von 491 qm (5760 □') Größe um 17,438 ℳ 50 ₰ angekauft worden. Der Ankauf erfolgte zunächst aus Eisenbahnbetriebsmitteln, weil der Rückersatz im Falle der Genehmigung dieser Anforderung noch in der Eisenbahnbetriebsrechnung des gleichen Jahres durchgeführt werden kann. Zum Rückersatz der Bauplatzkosten für das neue Direktionsgebäude in Augsburg ist demnach ein Betrag erforderlich von 70,080 ℳ 68 ₰ und 17,438 ℳ 50 ₰ = rund 87,520 ℳ.	
	Würzburg	Für ein neues Eisenbahndirektionsgebäude in Würzburg soll das Eckert'sche Anwesen an der Schweinfurterstraße erworben werden. Nach dem hierüber abgeschlossenen bedingten Kaufvertrag beträgt der Kaufpreis 365,000 ℳ, die Gebühren erfordern 3900 ℳ; die Erwerbungskosten belaufen sich sonach auf 368,900 ℳ. Hievon bezahlt die Stadtgemeinde Würzburg 150,000 ℳ, so daß von der Eisenbahnverwaltung noch 218,900 ℳ aufzubringen sind.	
		zusammen	16'486,220
		Hiezu Reserve 5 % und zur Aufrundung	830,780
		Summe	17'317,000
		Ferner 10 % Verwaltungskosten rund	1'731,000
		Gesamtsumme b	19'048,000

c. Erweiterung und Neueinrichtung von elektrischen Beleuchtungsanlagen (Gruppe X) . . . . 485,100 ℳ.

Am Ende des Jahres 1910 betrug der Stand der mit elektrischer Beleuchtung eingerichteten Stationen 146, von denen 27 durch bahneigene Werke mit elektrischer Arbeit versorgt werden, während für 119 Stationen die elektrische Kraft aus fremden Elektrizitätswerken bezogen wird.

Die bisher mit der elektrischen Beleuchtung gemachten Erfahrungen sind vom wirtschaftlichen und betriebstechnischen Standpunkte günstig. Da nun diese Beleuchtungsart besonders für große Stationen im Interesse einer raschen und sicheren Betriebsabwickelung kaum mehr entbehrt werden kann, ist beabsichtigt, weiter eine Gruppe X von Stationen mit dieser Einrichtung auszurüsten.

Hiefür sind die Stationen Landshut, Fürth, Nürnberg-Doos und Ingolstadt-Hbf. ausersehen, deren Umbau im allgemeinen durchgeführt ist und bei denen die Gasbeleuchtung trotz Unterstützung durch Petroleum- und Spiritusglühlicht nicht mehr den Betriebsverhältnissen entspricht. Diese sämtlichen Bahnhöfe können an fremde Werke angeschlossen werden; es besteht jedoch auch die Möglichkeit, die Stationen Fürth und Nürnberg-Doos vom bahneigenen Elektrizitätswerk Nürnberg-Rbf. aus zu versorgen.

Die Beleuchtungsanlagen sollen durchgeführt werden, sobald entsprechende Vereinbarungen über den Bezug elektrischer Arbeit mit den für die Stromlieferung in Betracht kommenden Werken getroffen sind.

Lfd. Nr.	Station	Bauvornahme	Kostenbetrag
			ℳ
1	Landshut	Einrichtung des Bahnhofs mit elektrischer Beleuchtung	100,000
2	Fürth u. Nürnberg-Doos	Einrichtung der Stationen mit elektrischer Beleuchtung	174,000
8	Ingolstadt-Hbf.	Einrichtung des Bahnhofs mit elektrischer Beleuchtung	146,000
		Summe	420,000
		Hiezu Reserve 5 %	21,000
		Summe	441,000
		Für Verwaltungskosten 10 %	44,100
		Gesamtsumme c	485,100

d. Neu- und Erweiterungsbauten zu maschinentechnischen Zwecken . . . . 1'789,100 ℳ.

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
1	Lindau—Reutin	Durchführung der Grunderwerbung für eine künftige Lokomotivremisen- und Werkstätteanlage	290,000
		Seit Inbetriebnahme des Rangierbahnhofs in Lindau-Reutin ist diese Station Ausgangs- und Endstation der sämtlichen Güterzüge geworden. Zur glatten Abwickelung des Güterbeförderungsdienstes, zur Verminderung der Maschinenleerfahrten zwischen Lindau-Stadt und Lindau-Reutin und zur Entlastung des Maschinenpersonals, sowie mit Rücksicht auf die beschränkten Platzverhältnisse in den Remisen von Lindau-Stadt wird es nötig, die Güterzugmaschinen im Bahnhofe Lindau-Reutin zu hinterstellen. Der im allgemeinen Entwurf für die österreichische Remise mit nur 3 Ständen in Aussicht genommene Platz westlich der Überführung der Lindau—Bregenzer Staatsstraße reicht hiezu nicht aus, da er auch zur Aufstellung des zur Einführung kommenden Österreicher und Schweizer Viehes in Anspruch genommen werden muß. Es wurde daher die Erbauung der Lokomotivremise auf einen Platz östlich der Überführung in Aussicht genommen, wo sich entsprechend große und bequem gelegene Kohlenlagerplätze anlegen lassen und auf denen später auch die derzeit noch im Stadtbahnhofe befindliche Werkstätte untergebracht werden könnte. Ebenso könnten auf den an die Straße anstoßenden Teilen dieser Grundstücke noch Wohngebäude errichtet werden, wenn sich dies nach Verlegung des gesamten Güterdienstes und der Werkstätte in die Station	
		Seite	290,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	290,000
		Lindau-Reutin als notwendig erweisen sollte. Die Mittel für die Herstellung der bayerischen Stände der gemeinschaftlich zu benützenden Lokomotivremise und für die Bekohlungsanlage können noch dem Kredit für den Umbau der Lindauer Bahnhöfe entnommen werden, während der für die Erwerbung von rund 8,7 ha (25½ Tagwerk) Grundflächen erforderliche Betrag von 290,000 ℳ hier neu angefordert wird.	
2	Zweibrücken	Neubau einer Lokomotivremise mit Nebenanlagen	396,000
		Die 7ständige Lokomotivremise im Bahnhof Zweibrücken ist unzureichend. Außerdem ist sie — ein Fachwerkbau aus dem Jahre 1876 — zu kurz und sehr baufällig. Ein Um- und Anbau wäre unwirtschaftlich, es ist daher ein Ersatzbau für 10 Lokomotivstände in Aussicht genommen. Als Zugehörungen sind außer den Anschlußgleisen noch eine Bekohlungsanlage, ein Ölkeller und ein Abort herzustellen.	
3	Homburg	Erweiterung der zweiten Lokomotivremise	138,000
		Viele Personen- und Güterzüge, die über Homburg laufen, werden durch Lokomotiven der Betriebswerkstätte Kaiserslautern befördert. Im dienstlichen wie im wirtschaftlichen Interesse ist die Zuteilung dieser Lokomotiven nach Homburg geboten. Hinderlich waren bisher die mißlichen Wohnungsverhältnisse in dieser Stadt. Wenn die erneut geforderten Mittel für Wohnungsbauten bereitgestellt werden, können für das Lokomotivpersonal, soweit erforderlich, Wohnungen in Homburg beschafft werden. Es sollen daher 10 Lokomotiven mit dem Personal nach Homburg zugeteilt werden, zu welchem Zweck die zweite Lokomotivremise um 10 Lokomotivstände zu erweitern ist. Diese Maßnahme ist wirtschaftlich, da dann eine bessere Ausnützung der Lokomotiven möglich ist und viele Außerdienstfahrten des Personals wegfallen. Sie ist auch für die dienstliche Inanspruchnahme der Lokomotivführer und Heizer günstig, da diese mehr Ruhepausen zu Hause verbringen können.	
4	München Hbf.	Nachforderung für die Erbauung einer Fernheizanlage	370,000
		In dem der gesetzlichen Willigung vom 14. Dezember 1903 für Herstellung eines Gebäudes für das Verkehrsministerium und für ein zentrales Briefpostamt zugrunde liegenden Projekt war eine eigene Dampferzeugungsanlage im Gebäude selbst mit rund 80,000 ℳ vorgesehen. Bei der Aufstellung des Programmes für eine Fernheizanlage in München Hbf. im Jahre 1907 wurde es jedoch für vorteilhaft erachtet, unter anderem auch das neue Verkehrsministerialgebäude an das Fernheizwerk anzuschließen. Durch diesen Anschluß entfiel die Herstellung einer eigenen Dampferzeugungsanlage für das Verkehrsministerialgebäude. Bei der veränderten Sachlage waren nun für die Kreditregelung zwei Wege gegeben. Entweder betrachtete man das Fernheizwerk als eine vom Verkehrsministerialgebäude vollständig getrennte und unabhängige Anlage. Dann wären die auf 1'827,000 ℳ veranschlagten Gesamtkosten für die	
		Seite	1'194,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
		Übertrag	1'194,000
		Fernheizanlage in ihrem vollen Betrage anzufordern, die für die entfallende Dampferzeugungsanlage vorgesehenen Kosten im Betrage von 80,000 M aber an dem Kredit für das Verkehrsministerialgebäude einzusparen gewesen. Oder es wurde das Fernheizwerk zu einem Teile als Ersatz angesehen, der an die Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen eigenen Dampferzeugungsanlage für das Verkehrsministerialgebäude zu treten hätte. In diesem Falle war von den Gesamtkosten der Fernheizanlage im veranschlagten Betrage von 1'827,000 M ein der künftigen Inanspruchnahme des Werkes für die Zwecke des Verkehrsministerialgebäudes entsprechender Anteil auf den Kredit für dieses Gebäude zu übernehmen. Der hienach zu übernehmende Kostenanteil berechnete sich auf den Betrag von 772,000 M. Von den beiden Möglichkeiten der Kreditregelung bot sich die erstere als die einfachere und folgerichtigere dar: das Fernheizwerk sollte hauptsächlich den Zwecken des Eisenbahnbetriebes dienen; es war somit gerechtfertigt, den gesamten Aufwand für die Herstellung dieser Anlage auf Eisenbahnanlehen zu nehmen; die Beteiligung anderer Staatsverwaltungszweige, wie der Post- und Zollverwaltung, konnte in der von den treffenden Verwaltungen an die Eisenbahnverwaltung zu entrichtenden Vergütung für die Wärmelieferung durch das Fernheizwerk ihren entsprechenden Ausdruck finden. Tatsächlich wurde jedoch der zweite Weg gewählt. Bestimmend hiefür war der günstige Stand, den der Baukredit für das Verkehrsministerialgebäude im Jahre 1907 aufwies. Es wurde daher von dem Gesamtkostenbetrage von 1'827,000 M nur die Summe von 1'055,000 M zur Bestreitung aus Eisenbahnanlehen für das Fernheizwerk angefordert, während der Restbetrag von 772,000 M auf den Kredit für das Verkehrsministerialgebäude und damit auf das allgemeine Staatsanlehen verwiesen wurde. Diese Regelung hat auch die Billigung und Genehmigung des Landtags gefunden (vgl. die Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget 1908 und 1909 S. 44; Verh. d. Kammer der Abg. 1907 Bd. I S. 547). Voraussetzung hiebei war, daß es sich ermöglichen lassen werde, den in dem Neubaukredit für das Verkehrsministerialgebäude nicht enthaltenen Betrag von 772,000 — 80,000 = 692,000 M durch anderweitige Einsparungen bei diesem Neubau hereinzubringen. Die im Jahre 1907 gehegte und damals nicht unbegründete Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. Die gegenüber dem ursprünglichen Bauprogramm nicht unerheblich verlängerte Bauzeit, die außerordentliche Steigerung der Löhne und Materialpreise in den letzten Jahren, die im verflossenen Jahre erfolgte Aussperrung im Baugewerbe, sowie andere mißliche Umstände haben eine derartige Anspannung des Kredits zur Folge gehabt, daß es ausgeschlossen erscheint, eine über den mehrerwähnten Betrag von 80,000 M hinausgehende Belastung auf den Kredit für das Verkehrsministerialgebäude endgültig zu übernehmen. Es erübrigt daher nur, nachträglich den Weg zu betreten, der an sich näher gelegen gewesen wäre, nämlich den Kredit für den Verkehrsministerialneubau grundsätzlich von einer Inanspruchnahme für die Fernheizanlage frei zu halten. Eine Ausnahme wäre nur hinsichtlich des Betrages von 80,000 M zu machen, der für Zwecke einer Heizanlage bewilligt ist und von dem Kredit auch bei seinem gegenwärtigen Stande noch getragen werden kann. Andererseits ist es jedoch nicht mehr notwendig, den ganzen Restbetrag von 692,000 M nachzufordern und auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens dem Kredit für das Verkehrsministerialgebäude gutzuschreiben.	
		Seite	1'194,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	1'194,000
		Das Maß der Beteiligung des Verkehrsministerialgebäudes an der Gesamtleistung des Fernheizwerkes, wonach die Anteilnahme des Kredites seinerzeit mit 772,000 ℳ bemessen wurde, hat sich nämlich inzwischen wesentlich geändert. Der Bedarf des Verkehrsministerialgebäudes, der mit über 7'000,000 Wärmeeinheiten angenommen war, ist nach einer auf Grund der Bauausführung angestellten Berechnung auf rund 5'000,000 Wärmeeinheiten zu bemessen. Infolge dieses Minderbedarfes wurde es ermöglicht, nicht nur weitere Gebäude der Eisenbahnverwaltung, sondern besonders auch die umfangreichen Bauanlagen des neuen Hauptzollamtes an der Landsbergerstraße an das Fernheizwerk anzuschließen. Da in den Gebäuden der Eisenbahnverwaltung durch den Anschluß an das Fernheizwerk eine Anzahl von Einzelheizanlagen, für deren Unterhaltung und Erneuerung der Eisenbahnbetriebsetat aufzukommen hatte, entbehrlich wurde und da ferner die Einnahmen für die Wärmelieferung an das Hauptzollamtsgebäude diesem Etat zufließen, war es möglich und gerechtfertigt, einen Betrag von 322,000 ℳ auf Eisenbahnbetriebsrechnung zu übernehmen und dem Kredit für den Verkehrsministerialneubau zu erstatten, so daß die Nachforderung zum Fernheizkredit auf den Betrag von 692,000 — 322,000 ℳ = 370,000 ℳ beschränkt werden kann. Hienach wäre, um den Kredit für das Verkehrsministerialgebäude um den Betrag von 370,000 ℳ entlasten zu können, der Kredit für die Erbauung einer Fernheizanlage in München Hbf. nachträglich um die gleiche Summe, somit von 1'055,000 ℳ, welcher Betrag vollständig aufgebraucht ist, auf 1'425,000 ℳ zu erhöhen.	
5	Bamberg	Ersatz der alten Lokomotivremise	250,000
		Die beiden etwa 800 m voneinander entfernt liegenden Lokomotivremisen sind völlig unzureichend. Der bauliche Zustand der alten Remise, deren Stände überdies auch viel zu kurz sind, ist derart, daß sich die notwendigen kostspieligen Ausbesserungsarbeiten nicht mehr lohnen. Auch der Verkehr mit der neuen Betriebswerkstätte ist durch die langen Wege sehr erschwert und zeitraubend. Es ist daher angezeigt, unmittelbar neben der neueren Remise eine zweite Remise mit Ständen von 24,5 m lichter Weite zu errichten. Durch die Zusammenlegung des gegenwärtig getrennten Aufsichts- und Maschinenhausdienstes wird eine Personalverminderung ermöglicht, so daß eine jährliche Einsparung von etwa 6000 ℳ erzielt würde.	
6	Aschaffenburg	Erweiterung der Wasserversorgungsanlage des Bahnhofs Aschaffenburg durch Legung eines zweiten Rohrstranges vom Sammelschacht der Quellen beim Schwarzkopftunnel bis zum Hochwasserbehälter bei Goldbach . . .	105,000
		Die Versorgung des Bahnhofs Aschaffenburg mit Lokomotivspeisewasser ist äußerst umständlich. Die Aufrechthaltung des Betriebes war schon wiederholt in Frage gestellt. Zurzeit liefern das nötige Wasser 1. die bahneigene Wasserleitung vom Schwarzkopftunnel, 2. das bahneigene Mainpumpwerk, 3. die städtische Büchelbergleitung. Außerdem muß zeitweise aus der neuen städtischen Wasserleitung ein Teil des Bedarfes gedeckt werden.	
		Seite	1'549,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
		Übertrag	1'549,000
		Der Betrieb des Mainpumpwerkes kostet jährlich 8,000 M; für Benützung der Büchelbergleitung müssen 5,800 M gezahlt werden und für Bezug von Wasser aus der neuen städtischen Leitung fallen jährlich etwa 1,200 M Kosten an. Infolge der zeitweise geringen Schüttung der Quellen der Schwarzkopfleitung wurden auf der Ostseite des Tunnels bei Heigenbrücken neue Quellen angekauft, welche voraussichtlich noch in diesem Jahre der alten Leitung zugeführt werden. Nach den vorgenommenen Messungen liefern diese Quellen fast um 1/3 mehr Wasser, als der derzeitige Höchstbedarf von Aschaffenburg mit täglich 1700 cbm ist. Die Wasserleitung nach Aschaffenburg liefert jedoch zurzeit nur etwas mehr als die Hälfte des Höchstbedarfs, so daß nicht einmal die Hälfte der Quellschüttung nach dem Bedarfsort gelangen kann. Bei Legung eines zweiten Rohrstranges kann auch das Mainpumpwerk außer Betrieb treten und als Reserve dienen, ferner der Bezug von Wasser aus den städtischen Leitungen aufhören. Es könnte somit eine jährliche Einsparung von 8000 + 5800 + 1200 = 15,000 M erzielt werden. Da außerdem die neuen Quellen ein vorzügliches Trinkwasser liefern, kann auch dieser Bedarf der städtischen Leitung entzogen werden, so daß sich eine Einsparung von insgesamt rund 17,000 M erwarten läßt. Die Legung des zweiten Rohrstranges ist somit, abgesehen von der betriebstechnischen Dringlichkeit, außerordentlich wirtschaftlich.	
7	Nürnberg Hbf.	Verlegung der Betriebswerkstätte . . . . (Siehe Beilage 2.)	—
		zusammen	1'549,000
		hiezu 5% Reserve rund	77,500
		Summe	1'626,500
		ferner 10% Verwaltungskosten rund	162,600
		Gesamtsumme d	1'789,100

e. Telegraphen-, Telephon- und Streckenblockanlagen . . . . 2'096,300 M.

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			M
1	Telegraphenanlagen	Die Mittel für die nur in geringem Umfang erforderlichen Neuanlagen sind im ordentlichen Etat vorgesehen.	—

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
2	Telephonanlagen	Bezirkstelephone	535,000
		Zurzeit sind nur einzelne Inspektionen mit den Direktionen unmittelbar telephonisch verbunden, so daß die Mehrzahl der Inspektionen zur Erledigung der dienstlichen Angelegenheiten entweder den schriftlichen Weg benützen oder der Telephonanlagen der staatlichen Telegraphenverwaltung sich bedienen muß. Da die Gespräche auf den Fernleitungen der Telegraphenverwaltung nicht selten erst nach längerem Zuwarten gepflogen werden können und überdies größere Ausgaben erfordern, so ist beabsichtigt, besondere Bahnbezirksleitungen auszuführen, die einen raschen und billigeren telephonischen Verkehr der Beamten der Direktionen mit den Inspektionen und den Vorständen der größeren Bahnhöfe ermöglichen. Die Leitungen sollen an dem vorhandenen Gestänge als Doppelleitung aus 3 mm-Bronzedraht hergestellt werden. Die Kosten berechnen sich für die Eisenbahndirektion Augsburg . . . . auf 95,000 ℳ, " " Ludwigshafen . . . . " 60,000 ℳ, " " München . . . . " 96,000 ℳ, " " Nürnberg . . . . " 74,000 ℳ, " " Regensburg . . . . " 110,000 ℳ, " " Würzburg . . . . " 100,000 ℳ, Gesamtkosten 535,000 ℳ.	
3	Streckenblockanlagen	Herstellung des elektrischen Streckenblocks zur Sicherung der Zugsfahrten auf freier Strecke	1'280,000
		I. Rechtsrheinisches Netz. Auszuführen sind nachstehende Strecken in den Eisenbahndirektionsbezirken: a) Eisenbahndirektion Augsburg: km ℳ 1. Gessertshausen—Neuulm . . . . . . 67,3 = 155,000 2. Fürstenfeldbruck—Buchloe—Biessenhofen . 70,7 = 162,000 3. Hegge—Hergatz . . . . 63,3 = 145,000 b) Eisenbahndirektion München: 4. Ingolstadt—Treuchtlingen—Ehlheim . . 70,0 = 161,000 5. München Ost—Schwaben . . . . 20,8 = 48,000 6. Schwaben—Mühldorf . . . . 53,7 = 150,000 c) Eisenbahndirektion Würzburg: 7. Windsfeld—Dittenheim—Ochsenfurt . . 104,8 = 241,000 8. Raitersaich—Heilsbronn—Ansbach . . . 23,6 = 49,500 9. Neustadt a. A.—Kitzingen . . . . . . 37,8 = 88,000 10. Schweinfurt—Ebenhausen . . . . 13,5 = 30,000 11. Weigolshausen—Rottendorf . . . . . 23,9 = 50,500 zusammen 549,4 = 1'280,000 Hievon: 495,7 km doppelgleisige Strecken und 53,7 km eingleisige Strecken.	
		Seite	1'815,000

Nr.	Station	Bauvornahme und ihre Begründung	Kosten
			ℳ
		Übertrag	1'815,000
		Nach den Erläuterungen zur Einzelübersicht des I. Nachtrages zum außerordentlichen Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 beträgt die Gesamtlänge der zweigleisigen Hauptbahnen des rechtsrheinischen Netzes einschließlich der Güter- und Vorortbahnen nach Fertigstellung der Doppelbahn Nürnberg-Mögeldorf—Amberg 2594,09 km.	
		Hievon werden bis Ende des Jahres 1911 mit Streckenblock ausgerüstet sein . . . . 1509 km.	
		In den nächsten Jahren wird der Streckenblock auf der doppelgleisigen Strecke Nürnberg-Mögeldorf—Amberg mit . . . 63 km ausgeführt werden.	
		Für die Finanzperiode 1912 und 1913 sind für die Blockausrüstung vorgesehen an doppelgleisigen Linien rund . . . 496 km	
		zusammen 2068 km	
		= 79,7% der Gesamtlänge der zweigleisigen Hauptbahnen, so daß für die spätere Ausrüstung an Doppelbahnen noch verbleiben rund . . . . 526 km.	
		Außerdem ist im Anschluß an die Blockstrecke München Ost—Schwaben die Ausführung des elektrischen Streckenblockes auf der rund 54 km langen eingleisigen Hauptbahnstrecke Schwaben—Mühldorf vorgesehen, da diese Bahn starken Zugverkehr hat. Der etwaige spätere zweigleisige Ausbau der Strecke wird nur eine geringe Änderung der Blockanlage bedingen.	
		Auf der 5 km langen Strecke der Nebenbahn Pasing—Freiham endlich soll der Streckenblock zugleich mit dem doppelgleisigen Ausbau eingerichtet werden. Die Ausführungskosten sind in der angeforderten Kreditsumme für diesen Ausbau enthalten.	
		II. Pfälzisches Netz.	
		Im pfälzischen Bahnnetz sind weitere Blockanlagen zunächst nur in geringem Umfange erforderlich; diese Einrichtungen sollen auf Eisenbahnbetriebsrechnung ausgeführt werden.	
		Im ganzen	1'815,000
		hiezu Reserve 5% rund	90,700
		Summe	1'905,700
		ferner 10% Verwaltungskosten rund	190,600
		Gesamtsumme e	2'096,300

f. **Für Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Staatseisenbahnen** . . . . 4'500,000 ℳ.

Lfd. Nr.	Station	Verwendung der Mittel	Veranlassung	Kosten
				ℳ
1	Gesamtnetz	Herstellung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Staatseisenbahnen und Gewährung von Baudarlehen an Baugenossenschaften des Staatsbahnpersonals.	Die ungünstigen Wohnungsverhältnisse in einigen größeren Städten Bayerns, die von dem zahlreichen, in der Regel an bestimmte Stadtteile gebundenen Verkehrspersonal besonders hart empfunden werden, haben in den letzten zwei Jahren im allgemeinen eine merkliche nachhaltige Besserung nicht erfahren. Es ist in manchen Städten sogar eine Verschlechterung des Wohnungsmarktes zuungunsten der Wohnungssuchenden eingetreten. Auch an kleineren und mittleren Stationsorten, wo entstehende oder in raschem Aufblühen begriffene Industriebetriebe den Bedarf an Wohnungen erheblich gesteigert haben, ohne daß die Privatbautätigkeit in gleichem Maße zugenommen hätte, ist es dem Verkehrspersonal nicht selten nahezu unmöglich, eine Familienwohnung zu finden. Es soll daher mit der Beschaffung von Wohnungen für das Verkehrspersonal, sei es auf dem Wege der Unterstützung von Baugenossenschaften des Verkehrspersonals mit Baudarlehen, sei es durch Erbauung bahneigener Wohnungen fortgefahren werden. Dabei soll an den Grundsätzen festgehalten werden, die bei der Beratung des außerordentlichen Budgets 1910 und 1911 die Zustimmung des Landtages gefunden haben. Diese Grundsätze sind zusammengefaßt in der Beilage 727 zu den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1909, Band VIII S. 911/912. An welchen Stationsorten und in welchem Umfange Wohnungsbauten hergestellt werden sollen, ferner ob die erforderlichen Wohnungen von der Verwaltung selbst herzustellen sind oder ob einer Baugenossenschaft die Mittel zur Beschaffung der Wohnungen zu geben sein werden, dürfte auch weiter dem Ermessen der Staatsregierung überlassen bleiben können. In der beantragten Summe sind die Beträge inbegriffen, die voraussichtlich für Grunderwerbungen sowie für die Herstellung von Straßen und Kanälen in bahneigenen Wohnungsanlagen aufgewendet werden müssen. Von der im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 für die Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Staatseisenbahnen bewilligten Summe von 10'000,000 ℳ ist der Betrag von 5'361,612 ℳ zur Verausgabung angewiesen. Über die noch nicht verausgabte Summe von 4'638,388 ℳ ist bereits verfügt.	3'900,000
			Summe	3'900,000
			hiezu 5% Reserve	195,000
			Summe	4'095,000
			hiezu 10% Verwaltungskosten rund	405,000
			Gesamtsumme f	4'500,000

2. Zweigleisiger Ausbau von Bahnen . . . . 383,500 ℳ.

I. Bestand und Bedarf.

Der zweigleisige Ausbau der durch die früheren Gesetze bis einschließlich 1908 zur doppelbahnmäßigen Ausrüstung bestimmten Bahnlinien ist vollendet, mit Ausnahme der Strecke Ebenhausen—Ritschenhausen. Auf dieser Strecke ist der Doppelbahnbetrieb von Ebenhausen bis Niederlauer bereits eröffnet; auf der Strecke Mellrichstadt—Ritschenhausen wird er mit Beginn der Winterfahrordnung 1911/12 aufgenommen werden. Die Reststrecke von Niederlauer—Mellrichstadt wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 1912 mit dem zweiten Gleis ausgerüstet sein.

Auf der mit Finanzgesetz vom 14. August 1910 zum zweigleisigen Ausbau bestimmten Strecke Nürnberg-Mögeldorf—Amberg ist die Strecke Neukirchen—Sulzbach seit 1. Mai 1911 in Betrieb genommen. Auf den Strecken Mögeldorf—Lauf l. P. und Pommelsbrunn—Hartmannshof wird der Doppelbahnbetrieb im Herbst 1911 oder Frühjahr 1912 aufgenommen werden können. Auf den übrigen Strecken sind die Bauarbeiten teils in Ausführung, teils in Vorbereitung begriffen. Da für die Jahre 1912 und 1913 eine Fortsetzung des zweigleisigen Ausbaues auf den Hauptbahnen nicht in Aussicht genommen ist, so werden mit der Vollendung der vorstehend genannten Strecken die zweigleisigen Bahnen des rechtsrheinischen Netzes einschließlich der Güter- und Vorortbahnen den in den Erläuterungen zur Einzelübersicht des I. Nachtrages zum außerordentlichen Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 berechneten Stand, nämlich die Gesamtlänge von 2594,09 km erreichen.

Für die Finanzperiode 1912 und 1913 ist zum ersten Male der zweigleisige Ausbau einer Nebenbahn, und zwar der Teilstrecke Pasing—Freiham der Nebenbahn Pasing—Herrsching mit 5,157 km Länge vorgesehen worden.

Die Baukosten hiefür sind veranschlagt auf	332,000 ℳ,
hiezu 5% Reserve	16,600 ℳ
Summe	348,600 ℳ,
hiezu 10% Verwaltungskosten rund	34,900 ℳ
Gesamtsumme	383,500 ℳ,
oder auf das Kilometer durchschnittlich rund . .	74,370 ℳ.

II. Doppelbahnbau Pasing—Freiham.

Der Verkehr auf der seinerzeit als Nebenbahn erbauten Bahnlinie von Pasing nach Herrsching hat sich in den letzten Jahren so verdichtet, daß er nur unter Schwierigkeiten bewältigt werden kann. In Neuaubing können die Züge nicht kreuzen, die Stationsentfernungen sind zum Teil verhältnismäßig groß, die Fahrzeiten im Zusammenhang mit den ungünstigen Steigungsverhältnissen (1 : 100) sehr gespannt. An Sonn- und Feiertagen verkehren bei gutem Wetter 56 Züge, die sich noch dazu auf die Zeit von 6⁰⁰ vormittags bis 11⁰⁰ nachts, also auf 17 Stunden zusammendrängen. Verspätungen, wie sie im Zusammenhange mit dem Schiffahrtsverkehr unvermeidlich sind, übertragen sich daher auf alle Gegenzüge, verursachen Kreuzungsverlegungen und dadurch schwere Störungen im Laufe der Züge, die auch auf die stark belegte Doppelbahnstrecke Pasing—München unter Umständen recht ungünstig einwirken.

Da die Zunahme der Bevölkerung der Stadt München und die fortschreitende Besiedelung des Ammerseegebietes eine weitere Steigerung des Ausflugsverkehrs mit sich bringen werden, wird sich der zweigleisige Ausbau der ganzen Bahnlinie bis Herrsching in nicht ferner Zeit, wahrscheinlich schon in einigen Jahren als notwendig erweisen.

Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse auf der Teilstrecke Pasing—Neuaubing, in der mit Rücksicht auf die zahlreichen Vermittlungsfahrten zur neuen Hauptwerkstätte das zweite Gleis schon jetzt ein unabweisbares Bedürfnis ist. Es soll deshalb der zweigleisige Ausbau der Teilstrecke von Pasing—Freiham schon in der Finanzperiode 1912 und 1913 durchgeführt werden.

In der Station Pasing wird die neue Doppelbahnstrecke an die zweigleisige Bahn München—Lindau und an die Vorortdoppelbahn München—Gauting zweispurig angeschlossen, damit bei Unregelmäßigkeiten im Sonn- und Feiertagsverkehre Zugstauungen an der Einfahrt dieser Station möglichst vermieden bleiben.

Die Station Freiham wird als Überholungsstation ausgebildet, da es die Bildung des Fahrplans und die Regelung des Fahrdienstes an Sonn- und Feiertagen wesentlich erleichtert, wenn bereits in dieser Station Zugüberholungen stattfinden können. Bei der Gleisanlage soll auf die Möglichkeit der späteren Ausführung einer Bahnsteigunterführung Rücksicht genommen werden.

Die bestehenden Kunstbauten sind bis auf eine gewölbte Wegunterführung bereits für 2 Gleise ausgebaut.

Zur Sicherung der Zugfahrten wäre die neue Doppelbahnstrecke mit elektrischer Streckenblockierung auszurüsten.

Der Oberbau des neuen Gleises wird mit Rücksicht auf den dichten Verkehr und die Geschwindigkeit der Züge vollständig aus neuen Schienen der für die Hauptbahnen II. Ordnung vorgeschriebenen Form IX (34,87 kg auf das laufende Meter) mit 15 m Länge auf neuen föhrenen Holzschwellen hergestellt werden.

3. Einführung des elektrischen Betriebes auf den Staatseisenbahnen.

Vgl. Beilage 3.

4. Neue Bahnen . . . . 13'000,000 ℳ.

Die Begründung hiezu wird dem Landtage gesondert zugehen.

5. Ergänzung des Fahrparkes . . . . 19'500,000 ℳ.

Die Zahl der vorhandenen Schnellzugwagen ist vollständig unzureichend. Es müssen deshalb die direkten nach und über Bayern führenden Kurse vielfach durch fremde Wagen bedient werden. Die Achskilometerschuld Bayerns im internationalen Schnellzugverkehr wächst dementsprechend rasch an. Da die vereinbarten Kurse ohne schwere Schädigung des bayerischen Durchgangsverkehrs nicht aufgelassen werden können, die Kilometerschuld aber, falls nicht Barleistungen erfolgen sollen, gemindert werden muß, so erübrigt nur, daß sich die bayerische Verwaltung in erhöhtem Maße an der Beistellung der Kurswagen beteiligt. Zu diesem Zwecke und zur Deckung des durch die Verkehrssteigerung sich ergebenden Bedarfes erscheint es geboten, 98 vierachsige Personenwagen verschiedener Gattungen im Gesamtkostenbetrage von 4'370,000 ℳ zu beschaffen.

Die steigende Entwicklung des Güterverkehrs in dem Gebiete des deutschen Staatsbahnwagenverbandes macht auch eine entsprechende Vermehrung des Verbands-Güterwagenparks notwendig.

Der Anteil der bayerischen Staatseisenbahnverwaltung an dieser Vermehrung wird für die Jahre 1912 und 1913 voraussichtlich etwa 4200 Güterwagen verschiedener Gattungen betragen, für deren Beschaffung die Summe von 14'700,000 ℳ erforderlich werden wird.

Durch eine der Verkehrsentwicklung entsprechende Vermehrung des Verbands-Güterwagenparks soll nicht nur den vom Verkehr schwer empfundenen Ausfällen in der Wagengestellung entgegengewirkt, sondern es sollen dadurch auch die sehr erheblichen Mehraufwendungen gemindert werden, die in Zeiten großen Wagenmangels durch eine unverhältnismäßig starke Anspannung des Betriebes, insbesondere durch Einschränkung der Sonntagsruhe, vermehrte Sonderleistungen im Zug- und Rangierdienst und Ablassung unausgelasteter Züge zum Zwecke rascherer Wagenzuführung entstehen.

Zur Beteiligung an der Wagenvermehrung im Staatsbahnwagenverband ist die bayerische Staatseisenbahnverwaltung nach dem Verbandsübereinkommen verpflichtet. Würde sie in der Ergänzung ihres Wagenparks auch nur zeitweise zurückbleiben, so würde die bisherige günstige Entwicklung des bayerischen Anteils an den Einnahmen des Staatsbahnwagenverbandes nachteilig beeinflußt werden.

Die Aufwendungen für Fahrmaterial betragen somit

4'370,000 ℳ	für Personenwagen
14'700,000 ℳ	für Güterwagen
430,000 ℳ	gemeinsame Reserve
19'500,000 ℳ	in Summa.

6. Zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages der Rechnung zum ordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 . . . . 8'000,000 ℳ.

Wegen Einstellung dieses Betrages wird auf die Begründung zum **Etat Nr. 1** des **ordentlichen Budgets** für die Jahre 1912 und 1913 Bezug genommen.

Denkschrift

über

den Münchener Hauptbahnhof.

Inhaltsangabe.

Verzeichnis der Tafeln.

Einleitung.

Anlaß und Zweck der Denkschrift.

Bei den Landtags-Verhandlungen über den Etat der Staatseisenbahn-Verwaltung für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 hat der K. Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten erklärt, daß er die Verhältnisse des Münchener Hauptbahnhofes eingehend untersuchen lassen werde, um sichere Grundlagen für die Entscheidung der Frage zu gewinnen, welche Änderungen in diesem Bahnhofe zunächst getroffen werden sollen. Er werde dann in der nächsten Finanzperiode über die Frage der Bahnhofverlegung bestimmte Vorschläge machen können.

Diese Untersuchungen sind in der Zwischenzeit von einer eigenen Kommission durchgeführt worden. Ihr Ergebnis ist in der vorliegenden Denkschrift niedergelegt.

Inhalt der Denkschrift.

Die Denkschrift wird zunächst die Entwicklung der Stadt München und ihres Personenverkehrs betrachten, sodann die jetzigen Verkehrs- und Betriebsverhältnisse des Münchener Hauptbahnhofes eingehend klarlegen, ferner die Mängel der jetzigen Bahnhofanlage bezeichnen, weiter die Vorschläge, die zur Behebung der Mängel gemacht werden können, besprechen, um endlich den von der Eisenbahnverwaltung in Vorschlag gebrachten Umbau-Entwurf zu erörtern und zum Schluß ein ungefähres Bild über die voraussichtliche spätere Entwicklung der Münchener Bahnanlagen zu geben.

A. Die Stadt München und ihr Personenverkehr.

1. Emporwachsen der Stadt München und Groß-Münchens.

Der Umfang des Eisenbahn-Personenverkehrs einer Großstadt ist in erster Linie von der Einwohnerzahl abhängig. Auch die Zunahme dieses Verkehrs steht im engen Zusammenhang mit der Zunahme der Einwohnerzahl. Es müssen daher der Untersuchung der Bahnhofsverhältnisse Betrachtungen über die Entwicklung der Stadt hinsichtlich der Einwohnerzahl vorausgehen.

Die Zunahme der Einwohner der Stadtgemeinde München von 1852 bis 1910 ist in der folgenden Übersicht dargestellt:

1	2	3	4	5	6	7
		Zuwachs an Einwohnern		In der Beobachtungszeit		
Zähljahr	Einwohnerzahl	durch Eingemeindungen (innerhalb der letzten Zählperiode)	durch Geburten-Überschuß und Zuwanderungen (gewöhnlicher Zuwachs) (innerhalb der letzten Zählperiode)	von	beträgt der gewöhnliche Zuwachs (Spalte 4) in Hundertsteln der Einwohnerzahl	Natürlicher Zuwachs auf gleichmäßige 5-jährige Beobachtungszeit umgerechnet
1852	94 380					
1858	121 234	21 000[1]	5 854	6 Jahren	6.2 %	5.1 %
1861	130 222		8 988	3 „	7.4 %	12.7 %
1867	151 429	600[2]	20 607	6 „	15.8 %	13.0 %
1871	169 693	.	18 264	4 „	12.1 %	15.3 %
1875	193 024	.	23 331	4 „	13.7 %	17.5 %
1880	230 023	5 800[3]	24 199	5 „	12.5 %	12.5 %
1885	261 981	.	31 958	5 „	13.9 %	13.9 %
1890	349 024	23 600[4]	63 443	5 „	24.2 %	24.2 %
1895	407 307	1 600[5]	56 683	5 „	16.2 %	16.2 %
1900	499 932	8 900[6]	83 725	5 „	20.6 %	20.6 %
1905	538 983	.	39 051	5 „	7.6 %	7.6 %
1910	596 476	.	57 493	5 „	10.7 %	10.7 %

[1]) Eingemeindung von Au, Haidhausen und Giesing i. J. 1854.
[2]) „ „ Ramersdorf i. J. 1864.
[3]) „ „ Sendling i. J. 1877.
[4]) „ „ Neuhausen und Schwabing i. J. 1890.
[5]) Eingemeindung von Bogenhausen i. J. 1892.
[6]) „ „ Nymphenburg i. J. 1899 und von Thalkirchen und Laim i. J. 1900.

Die in Spalte 7 der Übersicht angegebenen Durchschnittswerte für den natürlichen Zuwachs innerhalb der einzelnen Zählperioden lassen, wenn sie zeichnerisch, wie in der Tafel 1, weiterverfolgt werden, erkennen, welche Schwankungen die verhältnismäßige Bevölkerungszunahme seit dem Jahre 1852 ausweist. Während in den Zählperioden 1852—1858, 1875—1880, 1890—1895 und 1900—1905 die Durchschnittswerte mit 5,1, 12,5, 16,2 und 7,6% tiefste Lagen aufweisen, treten die Durchschnittswerte der Zeiträume 1871—1875, 1885—1890 und 1895—1900 mit den Höchstwerten 17,5, 24,2 und 20,6% deutlich hervor.

Wie die Schwankungen innerhalb der einzelnen Zählperioden mutmaßlich verlaufen sind, zeigt die kräftig ausgezogene Wellenlinie. Der Höchstwert der Zunahme wird etwa in die Zeit von 1887 bis 1888 mit ungefähr 27% Zunahme auf 5 Jahre oder 4,9% auf 1 Jahr fallen.

Abgesehen von den seit 1885 beobachteten wiederkehrenden Schwankungen, die auf die Einwirkungen der wirtschaftlichen Lage, auf Truppenmehrungen u. dgl. zurückzuführen sind, hat das Zuwachsverhältnis bis gegen das Jahr 1890 langsam und gleichmäßig zugenommen, wie die mit gestrichelter Linie dargestellte Hauptwelle zeigt, und dann bis jetzt ständig abgenommen.

Für die Zukunft wird im allgemeinen kaum mit einem höheren Zuwachsverhältnis als etwa 10% in fünf Jahren gerechnet werden können, so daß also, wenn von weiteren Eingemeindungen abgesehen würde, wohl erst die Volkszählung i. J. 1940 das Überschreiten der Einwohnerzahl 1 Million für das heutige Stadtgebiet wird feststellen können.

Die Mehrung des Eisenbahn-Personenverkehrs ist aber nicht blos durch die Bevölkerungszunahme innerhalb des eigentlichen Stadtgebietes, sondern auch durch die Bevölkerungszunahme der als Siedlungsgebiete in Betracht kommenden Nachbargemeinden und Vororte bedingt, also durch die Bevölkerungszunahme eines Gebietes, das als Groß-München bezeichnet werden kann.

Rechnet man zu Groß-München die Gemeinden, die von der Stadtmitte (Marienplatz) nicht weiter als 15 km (2 Meilen oder 4 alte Wegstunden) entfernt sind, so zieht die Grenzlinie dieses Gebietes über die Gemeinden Aubing-Planegg-Krailing-Baierbrunn-Oberhaching-Hohenbrunn-Putzbrunn-Heimstetten-Ismaning-Garching-Oberschleißheim-Augustenfeld-Langwied-Lochhausen-Aubing.

Die in dieses Gebiet Groß-München fallenden Gemeinden sind*):

Name der Gemeinde	Einwohnerzahl in den Jahren					Vielfaches i. J. 1910 gegen 1890
	1890	1895	1900	1905	1910	
*Krailling	505	512	793	912	1 214	2.40
*Planegg	808	859	1 339	1 395	1 809	2.24
**Gräfelfing	310	349	465	594	971	3.13
**Pasing	2 563	4 165	7 090	7 228	9 406	3.67
*Aubing	1 063	1 160	1 431	1 630	2 465	2.32
**Obermenzing	361	522	1 042	1 062	1 606	4.45
*Langwied	299	319	412	565	768	2.57
*Untermenzing	298	313	384	401	759	2.54
*Allach	536	695	863	885	1 361	2.54
Augustenfeld °	344	325	400	419	484	1.41
*Großhadern	244	307	414	366	643	2.64
Neuried °	196	201	203	233	260	1.33
Forstenried °	644	600	705	666	783	1.22
Seite 72:	8 171	10 327	15 541	16 356	22 529	

*) Die Einwohnerzahlen sind einem in Nr. 174 der Münchner Neuesten Nachrichten vom 13. April 1911 erschienenen Aufsatze des Schriftstellers M. C. Menghius entnommen, der sie für 1910 von dem K. Statistischen Landesamte mitgeteilt erhalten, für die früheren Jahre den Ortsverzeichnissen verschiedener Jahrgänge des „Münchener Jahrbuches" entnommen hat.

Name der Gemeinde	Einwohnerzahl in den Jahren					Vielfaches i. J. 1910 gegen 1890
	1890	1895	1900	1905	1910	
Übertrag	8 171	10 327	15 541	16 356	22 529	
*Solln	772	772	1 231	1 366	1 820	2.36
*Pullach	295	359	590	537	641	2.17
Grünwald	338	375	456	426	592	1.75
Baierbrunn ○	261	224	330	331	361	1.38
Oberhaching ○ . . .	1 083	1 121	1 294	1 428	1 616	1.49
Taufkirchen ○	582	607	623	671	717	1.23
Unterhaching	528	536	616	717	945	1.79
Unterbiberg ○	162	176	213	219	236	1.46
*Perlach	1 043	1 225	1 741	1 911	2 349	2.26
*Berg am Laim . . .	1 284	1 358	2 037	2 341	2 771	2.16
Daglfing ○	528	643	843	631	880	1.67
Hohenbrunn ○	300	239	333	379	408	1.36
Putzbrunn ○	268	289	336	352	367	1.37
*Trudering	441	490	748	788	1 144	2.59
**Salmdorf	392	409	472	1 711	2 571	6.55
Dornach-Riem	262	286	363	398	478	1.83
*Feldkirchen	443	498	666	876	1 080	2.54
Heimstetten ○	230	234	288	308	355	1.54
Aschheim ○	529	551	604	618	645	1.22
Oberföhring	552	634	905	818	1 056	1.91
Unterföhring	523	521	684	680	946	1.81
Ismaning ○	1 626	1 734	1 951	2 038	2 359	1.45
*Moosach	801	1 014	1 448	1 468	2 513	2.47
Ludwigsfeld ○	185	210	254	280	258	1.39
Seite 73:	21 599	24 832	34 567	37 648	49 637	

Name der Gemeinde	Einwohnerzahl in den Jahren					Vielfaches i. J. 1910 gegen 1890
	1890	1895	1900	1905	1910	
Übertrag	21 599	24 832	34 567	37 648	49 637	
**Milbertshofen	432	768	2 709	2 513	4 001	9.23
*Feldmoching	867	938	1 227	1 425	1 965	2.27
Oberschleißheim ○ . .	969	1 048	1 056	1 169	1 393	1.44
Freimann ○	431	443	433	423	576	1.34
Garching ○	589	613	612	655	721	1.22
Summe der Vororte .	24 887	28 642	40 604	43 833	58 293	2.342
Gemeinde München nach dem Gebietsstande von 1910	354 502[1])	413 255[1])	499 932	538 983	596 476	1.683
Groß-München	379 389	441 897	540 536	582 816	654 769	1.726

Unter den 42 Vorortgemeinden hat sich seit 1890 die Einwohnerzahl
in 5 Gemeinden (mit ** bezeichnet) mehr als verdreifacht,
„ 15 „ („ * „) „ „ verdoppelt,
„ 5 „ ungefähr in gleicher Weise wie in der Stadtgemeinde München selbst erhöht, während
in 17 Gemeinden (mit ○ bezeichnet) das Zuwachsverhältnis hinter demjenigen der Stadtgemeinde München zurückgeblieben ist.

Innerhalb der letzten Zählperioden hat sich die Einwohnerzahl

	1890/1895	1895/1900	1900/1905	1905/1910
der Vororte	um 15,1 %	um 41,8 %	um 8,0 %	um 33,0 %
„ Stadt München	„ 16,6 %[2])	„ 20,9 %[2])	„ 7,6 %	„ 10,7 %
von Groß-München	„ 16,5 %	„ 19,0 %	„ 7,8 %	„ 12,3 %

vermehrt. Es ist also gerade zu den Zeiten, wo für Groß-München ein stärkeres Anwachsen festzustellen ist, die Abwanderung in die Vororte ganz besonders auffallend.

Das weitere Emporwachsen der Vororte wird aber zur Folge haben, daß an Werktagen der Bahnverkehr bedeutend stärker zunehmen wird als an Sonn- und Feiertagen, so daß sich die Schwierigkeiten in der Verkehrsbewältigung, die gerade wegen des starken Unterschiedes zwischen dem Werktags- und dem Sonntags- (Ausflugs-) Verkehr heute besonders fühlbar sind, in gewissem Maße lediglich durch das weitere Anwachsen Groß-Münchens gegenüber der Geschäftsstadt München mildern werden.

2. Entwicklung des Straßenbahnverkehrs der Stadt München.

Wie das Verkehrsbedürfnis einer Großstadt anwächst, läßt sich in gewisser Beziehung auch aus der Zunahme des Verkehrs der städtischen Bahnen beurteilen, weshalb eine Übersicht über den Verkehr der Münchener Straßenbahn für die Zeit von 1885 bis 1910 angefügt wird.

Die Zahl der Fahrgäste betrug

im Jahre 1885	rund	10	Millionen,	das sind	35	Fahrten auf 1	Einwohner[3])
„ „ 1890	„	15,5	„	„ „	44	„ „ 1	„
„ „ 1895	„	24,3	„	„ „	59	„ „ 1	„
„ „ 1900	„	45,0	„	„ „	90	„ „ 1	„
„ „ 1905	„	45,6	„	„ „	85	„ „ 1	„
„ „ 1910	„	103,3	„	„ „	173	„ „ 1	„

[1]) Einschließlich der Einwohnerzahl der bis zum Jahre 1910 einverleibten Gemeinden Bogenhausen, Nymphenburg, Thalkirchen und Laim.
[2]) Die Unterschiede gegenüber den in der Tafel 1 angegebenen Zahlen sind darauf zurückzuführen, daß die oben angeführten Werte aus Einwohnerzahlen berechnet sind, die auch für die Zähljahre 1890 und 1895 schon die Einwohner der bis 1910 einverleibten Gemeinden enthalten; siehe auch Fußbemerkung [1]).
[3]) Der Berechnung sind die Einwohnerzahlen des jetzigen Stadtbezirkes, wie sie in der Übersicht auf Seite 78 angegeben sind, zu Grunde gelegt.

3. Die Münchener Personenbahnhöfe.

Die in München eingeführten Bahnlinien kamen in nachstehender Reihenfolge zur Eröffnung:

a)	Strecke von Augsburg	im Jahre 1840
b)	„ „ Starnberg	„ „ 1854
c)	„ „ Holzkirchen	„ „ 1857
d)	„ „ Landshut	„ „ 1858
e)	„ „ Ingolstadt	„ „ 1867
f)	„ „ Rosenheim—Simbach . . .	„ „ 1871
g)	„ „ Buchloe	„ „ 1873
h)	„ „ Wolfratshausen (Isartalbahn)	„ „ 1891
i)	„ „ Gauting—Pasing (für den Vorortverkehr)	„ „ 1894
k)	„ „ Deisenhofen zum Ostbahnhof	„ „ 1898
l)	„ Moosach—Schwabing (nur für Güterverkehr)	„ „ 1901
m)	„ Giesing—Aying	„ „ 1904
n)	„ Ostbahnhof—Ismaning . .	„ „ 1909
o)	„ Schwabing—Johanneskirchen (nur für den Güterverkehr) .	„ „ 1909

Die Bahnhöfe entstanden in folgender Reihenfolge:

provisorischer Bahnhof am Marsfeld	1840—1847
alter Staatsbahnhof (Bürklein'scher Entwurf)	1848—1884
Bahnhof der ehemaligen Ostbahn	1857—1884
Bahnhof Mittersendling	1857
Bahnhof Haidhausen (jetzt Ostbahnhof) . . .	1871
Südbahnhof	1871
neuer Zentral- (jetzt Haupt-) Bahnhof (Graff-scher Entwurf)	1884
Isartalbahnhof	1891
Bahnhof München-Laim	1896
Bahnhof München-Giesing	1898
Bahnhof München-Schwabing (nur für Güterverkehr)	1901

In den Hauptbahnhof münden die Bahnlinien von Holzkirchen, $\frac{\text{Rosenheim}}{\text{Simbach}}$, $\frac{\text{Augsburg}}{\text{Buchloe}}$ und Herrsching, Ingolstadt, Regensburg, Starnberg und Gauting (Nahzugverkehr) ein, in den Ostbahnhof außer den Linien vom Hauptbahnhof, von Rosenheim und von Simbach die Lokalbahnen von $\frac{\text{Deisenhofen}}{\text{Aying}}$ und von Ismaning; der Südbahnhof ist Durchgangsbahnhof für die Linien nach $\frac{\text{Rosenheim}}{\text{Simbach}}$, ebenso der Bahnhof Mittersendling für die Linie nach Holzkirchen, der Bahnhof München-Laim hinsichtlich des Personenverkehrs Durchgangsbahnhof für die Vorortbahn nach Pasing—Gauting. In den Giesinger Bahnhof der Strecke Ostbahnhof—Deisenhofen mündet noch die Lokalbahn von Aying ein. Der Isartalbahnhof ist Endbahnhof der der Lokalbahn-Aktien-Gesellschaft in München gehörenden Privatbahn über Wolfratshausen nach Bichl.

Die sämtlichen derzeit bestehenden Personenbahnhöfe mit Ausnahme des Hauptbahnhofes befinden sich heute noch auf dem Platze, wo sie errichtet wurden. Der Hauptbahnhof dagegen hat schon größere Wandlungen durchgemacht.

In der Zeit von 1840 bis 1848 bestand für den Verkehr der einzigen Linie nach Augsburg ein provisorischer Bahnhof (mit 3 Gleisen) am Marsfeld und zwar westlich der jetzigen Grasser-Straße (früher äußere Salzstraße) dort, wo sich jetzt die zwei südlichen Öffnungen der Hackerbrücke befinden. Schon im Frühjahr 1848 wurde dieser Bahnhof aufgelassen und es trat an seine Stelle als Ersatz der vom Architekten Friedrich Bürklein auf dem Gelände des früheren Schießplatzes errichtete neue Bahnhof, dessen Haupthalle und Empfangsgebäude heute noch bestehen und als Schalterhalle und Vorplatz dienen. Die Stirnseite des Gebäudes war rund 51 m lang, die Bahnhofshalle umspannte 5 Gleise. München und seine Vorstädte Au, Haidhausen und Giesing zählten damals zusammen etwa 113 000 Einwohner.

Die Einführung der Linie von Holzkirchen im Jahre 1857 und die Eröffnung der durch die Gesellschaft der Ostbahnen erbauten Linie nach Landshut im Jahre 1858 machten umfangreiche Erweiterungen nötig. Die Gesellschaft der Ostbahnen errichtete nördlich des Staatsbahnhofes an der Stelle des Nordbaues des jetzigen Hauptbahnhofes eine eigene Einsteighalle nebst Wartesaalbauten nach Entwürfen des Baurats Hügel. Gleichzeitig mit dem Bau des Bahnhofes der Ostbahn begann durch Bürklein die Erweiterung des Staatsbahnhofgebäudes nach Norden durch einen Flügelbau mit gedeckter Hofeinfahrt, Säulengängen, ebenerdigen Diensträumen und einem Wohnungsanbau, teilweise zum Gebrauche der Ostbahn; die gleichen symmetrisch angeordneten Flügelbauten wurden auch nach Süden an den Hauptbau angeschlossen. Im Jahre 1860 war die gesamte, 192 m lange Frontanlage am Bahnhofplatze in ihrer noch heute unveränderten Gestalt vollendet. Die Einsteighalle der Ostbahn umspannte 4 Gleise, so daß in den beiden Hallen zusammen 9 Gleise zur Verfügung standen.

Die Eröffnung der Linien nach Ingolstadt (1867), Rosenheim und Simbach (1871) und Buchloe (1873) machte es notwendig, weitere Bahnhoferweiterungen zu entwerfen, die nach Verstaatlichung der Ostbahn (1875) in der Zeit von 1876—1884 ausgeführt wurden.

Es wurde hinter dem älteren Bürklein'schen Betriebsgebäude nach den Plänen des damaligen K. Oberingenieurs, späteren Generaldirektionsrates Graff mit einem Kostenaufwand von 4'943,300 M ein neues Betriebshauptgebäude nebst einer vierschiffigen Einsteighalle für 16 Gleise erbaut, das heute noch besteht und mit dem Bürkleinschen Stirnbau durch Umänderung der alten Einsteighalle zur jetzigen Fahrkartenhalle in Zusammenhang gebracht ist. Gleichzeitig wurde der äußere Bahnhof, der damals eine Längenentwicklung von etwas über 500 m und eine größte Breite von nicht ganz 250 m aufwies, auf eine Länge von 3 km und eine größte Breite von 580 m nach den Plänen des damaligen Generaldirektionsrates, späteren Generaldirektors Schnorr von Carolsfeld umgebaut und mit einer neuen Eilguthalle, Frachtguthalle, zwei Lokomotivremisen und einer erweiterten Zentralwerkstätte ausgestattet*).

In die 16 Bahnsteiggleise mündeten damals (1884) ein:

die Doppelbahn vom Südbahnhof (Linien Rosenheim und Simbach),
„ „ von Mittersendling (Linie Holzkirchen),
„ „ „ Starnberg,
„ „ „ Pasing (Linien Buchloe und Augsburg),
„ eingleisige Bahn von Allach (Linie Ingolstadt),
„ „ „ „ Feldmoching (Linie Landshut).

*) Beschreibungen der früheren Bahnhofbauten mit Abbildungen finden sich im „Organ für die Fortschritte des Eisenbahnwesens in technischer Beziehung", Jahrgang 1887, S. 182 u. f. und 221 u. f. und in der „Süddeutschen Bauzeitung", Jahrgang 1908, S. 281 u. f

Die beiden eingleisigen Bahnen waren jedoch innerhalb des Bahnhofs schon zweigleisig ausgebaut. Die Frachtguthallen waren auf der Südseite des Bahnhofes, wo jetzt das Postgebäude steht, und die Eilguthalle auf der Nordseite dort, wo jetzt die Bahnsteige für den Nahzugverkehr nach Gauting, Fürstenfeldbruck und Maisach liegen, untergebracht.

Der um das Jahr 1885 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung hatte eine sehr bedeutende Hebung des Eisenbahnverkehrs mit sich gebracht. Die Verkehrszunahme war damals um so fühlbarer, als schon ungefähr neun Zehntel des jetzigen rechtsrheinischen Hauptnetzes ausgebaut waren. Es mußten deshalb schon im Jahre 1889 Pläne für die Erweiterung des Hauptbahnhofes nach folgenden Grundsätzen aufgestellt werden:

a) vollständige Trennung des Transitgüterverkehrs vom Lokalgüterverkehr und Anlage eines eigenen Rangierbahnhofes bei Laim;
b) damit zusammenhängend die Trennung des Güterzugverkehrs vom Personenzugverkehr auf den Anschlußstrecken und Anlage eigener Gütergleise vom Rangierbahnhofe nach den nächsten Stationen der einzelnen Linien;
c) Verlegung des gesamten Stückgutverkehrs, sowie des größten Teiles des Wagenladungsverkehrs auf die Nordseite des Hauptbahnhofes an die Arnulfstraße;
d) Vereinigung des Fernverkehrs in der Mitte der Einsteighalle und Verlegung des Lokalverkehrs nach beiden Seiten des Bahnhofes;
e) damit zusammenhängend die Überführung der Holzkirchner Doppelbahn über die Simbach-Rosenheimer, und die Überführung der Starnberger Doppelbahn über die Augsburg-Buchloer, Ingolstadter und Landshuter Doppelbahnen.

Im Jahre 1891 wurde mit den umfangreichen Umbauarbeiten begonnen, im September 1892 wurde schon die neue Landshuter Strecke über Moosach in Betrieb genommen und die direkte Linie über Militärschwimmschule aufgelassen, i. J. 1893 der provisorische Starnberger Bahnhof an der Arnulfstraße eröffnet und im gleichen Jahre auch der Rangierbahnhof Laim mit den neuen Güterbahnen in Betrieb genommen. Im Jahre 1894 wurde die neue Doppelbahn für den Vorortverkehr nach Pasing neben den Gleisen der Starnberger Bahn eingeführt. Damit waren die Umbauarbeiten in der Hauptsache abgeschlossen. Der Bahnhof hatte damals 22 Bahnsteiggleise. Die Gesamtanordnung der Gleise hat bis heute keine wesentliche Änderung erfahren, nur mußte der Flügelbahnhof an der Arnulfstraße wegen des gesteigerten Verkehrs nach Starnberg und wegen der starken Entwicklung des Vorortverkehrs noch um einige Bahnsteiggleise erweitert werden. Seit dem Sommer 1910 sind im Ganzen 25 Bahnsteiggleise in Benützung.

4. Entwicklung des Eisenbahn-Personenverkehrs.

a. im allgemeinen.

Die Zahl der in den sämtlichen Münchener Bahnhöfen (einschl. des Isartalbahnhofes) abgegebenen Fahrkarten hat seit 1860 in folgender Weise zugenommen:

1	2	3	4	5
Jahr	Zahl der abgegebenen Fahrkarten	Vervielfachung gegenüber dem Jahre 1860	Einwohnerzahl des jetzigen Stadtbezirkes	Zahl der auf 1 Einwohner treffenden Fahrkarten
1860	rund 475 000	1,00	142 000 (angenähert)	3,3
1870	„ 572 000	1,20 fach	184 000 („)	3,1
1880	„ 1 074 000	2,61 „	249 700	4,3
1890	„ 1 470 000	3,10 „	354 502	4,1
1900	„ 4 866 000	10,24 „	499 932	9,7
1910	„ 8 203 000	17,27 „	596 476	13,8

Deutlicher zeigt sich die Zunahme noch in der bildlichen Darstellung der Tafel 1, Bild 1.

Die oben in Spalte 2 angegebenen Zahlen umfassen lediglich die Zahl der ausgegebenen Hin- und Rückfahrkarten einschließlich der jeweils üblichen Rundreise-, Monats-, Buch-, Schüler-, Arbeiter- und Zuschlagkarten und können eigentlich nicht direkt miteinander verglichen werden, so ist z. B. die Mehrung des Jahres 1910 gegen 1900 zum guten Teil auf die Aufhebung der Buchfahrkarten und den bedeutenden Rückgang im Absatze der Rückfahrkarten anläßlich der Tarifreform zurückzuführen. Immerhin geben die Zahlen ein ungefähres Bild über die bedeutende Steigerung des Bahnverkehrs von München.

Die Verteilung des Verkehrs auf die einzelnen Bahnhöfe ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

1	2	3	4		6	7	8	9
Jahr	Zahl der in den einzelnen Bahnhöfen abgegebenen Fahrkarten							Gesamtzahl der abgegebenen Fahrkarten Summe der Spalten 1—8
	Hauptbahnhof*)	Ostbahnhof	Südbahnhof	Mittersendlinger Bahnhof*)	Laimer Bahnhof	Giesinger Bahnhof	Isartalbahnhof	
1890	1 331 608	111 333	13 596	13 555	—	—	—	1 470 092
1900	3 532 040	595 733	25 159	91 523	218 544	13 653	388 626	4 865 278
1910	5 839 906	1 351 203	47 435	145 897	156 517	95 347	566 703	8 203 048
	oder in Hundertsteln des Gesamtverkehrs ausgedrückt:							
1890	90,6 %	7,6 %	0,9 %	0,9 %	—	—	—	100 %
1900	72,6 %	12,2 %	0,5 %	1 9 %	4,5 %	0,3 %	8,0 %	100 %
1910	71,2 %	16,4 %	0,6 %	1,8 %	1,9 %	1,2 %	6,9 %	100 %

Eine bildliche Darstellung für das Jahr 1910 zeigt die Verteilung des Verkehrs auf die einzelnen Bahnhöfe noch besser.

Textbild 1.

30% 40% 20% 50% 10% 60% 0% 100% 70% 90% 80%

Hauptbahnhof. 71,2 %

Isartalbhf. 6,9 %

Ostbhf. 16,4 %

1,2 % 1,9 % 1,8 % 0,6 %

Giesinger Bhf. Laimer Bhf. Mittersendling Südbhf.

*) In den Zahlen für den Hauptbahnhof ist der Verkehr des Haltepunktes „Hauptwerkstätte" und in denen für Mittersendling der Verkehr des Haltepunktes „Forstenriederstraße" inbegriffen.

Das Hervortreten des Verkehrs des Ostbahnhofes seit 1900 ist auf die Einführung des Vorortverkehrs vom Ostbahnhof nach Grafing und Schwaben (1895) und die Eröffnung der Lokalbahnen nach Deisenhofen (1898), Aying (1904) und Ismaning (1909) zurückzuführen, das Hervortreten des Verkehrs des Giesinger Bahnhofes seit 1910 auf die Eröffnuug der Lokalbahn nach Aying (1904) und in den letzten Jahren insbesondere auf die Fortführung der Straßenbahn bis zum Giesinger Bahnhof.

b. Der Verkehr des Hauptbahnhofes.

Der größte Teil des Eisenbahn-Personen-Verkehrs der Stadt München trifft auf den Hauptbahnhof; er kann im gleichen Verhältnis wie die Zahl der in diesem Bahnhofe abgegebenen Fahrkarten, also mit 71,2 % des Gesamtverkehrs der Stadt angenommen werden.

Für die weiteren Betrachtungen empfiehlt es sich nicht, die Entwicklung des Verkehrs unter Zugrundelegung der abgegebenen Fahrkarten zu untersuchen, sondern es ist richtiger, der Untersuchung die Zahl der abbeförderten Reisenden zugrunde zu legen. Die Tarifänderung i. J. 1907 hat nämlich durch den fast gänzlichen Wegfall der Rückfahrkarten und der Buchfahrkarten das Verhältnis zwischen der Zahl der abgegebenen Fahrkarten und der Zahl der abbeförderten Reisenden wesentlich geändert*).

Die Zunahme der im Hauptbahnhofe abbeförderten Personen seit 1875 ist in der folgenden Übersicht dargestellt.

1	2	3	4	5
Jahr	Zahl der abbeförderten Reisenden **)	Vervielfachung gegenüber dem Jahre 1875	Einwohnerzahl des jetzigen Stadtbezirks	Zahl der auf 1 Einwohner treffenden Reisen (Verkehrsbedürfnis) vom Hauptbahnhof aus
1875	rund 1 253 000	1,00 fach	215 913	5,8
1880	„ 1 427 000	1,18 „	249 700	5,7
1885	„ 1 560 000	1,25 „	284 614	5,5
1890	„ 2 065 000	1,65 „	354 502	5,8
1895	„ 3 170 000	2,53 „	413 255	7,7
1900	„ 4 587 000	3,66 „	499 932	9,2
1905	„ 5 425 000	4,33 „	538 983	10,1
1910	„ 6 657 000	5,31 „	596 476	11,2

Im Jahre 1909 treffen von den 67'335,932 *M* Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr des rechtsrheinischen Bayern schon 16'085,449 *M*, d. h. rund 24 %, von den 86 042 606 beförderten Personen (zurückgelegte Fahrten) schätzungsweise 12 820 000 angekommene und abgehende Reisende, d. h. rund 15 % auf den Münchener Hauptbahnhof allein.

c. Gesteigerte Zunahme des Verkehrs nach Einführung des Vororttarifes.

Die Zahl der auf einen Einwohner treffenden Reisen vom Hauptbahnhofe aus hat sich in der Zeit von 1890 bis 1900 rasch vermehrt. (Vergl. auch Tafel 2, Bild 2.) Es lohnt sich daher, diese rasche Vermehrung, die auf die Einführung des Vororttarifes (2 ₰ für 1 km) am 1. Mai 1895 zurückzuführen ist, in bildlicher Darstellung (Tafel 2, Bild 3) genauer zu untersuchen.

Bis zum Jahre 1906 ist eine genaue Ausscheidung der Reisenden mit Vorortkarten möglich, vom Inkrafttreten der Personentarife vom 1. Mai 1907 jedoch nicht mehr, weil von diesem Zeitpunkte ab im Vorort- (jetzt Nah-) Verkehr keine besonderen Fahrkarten mehr ausgegeben werden.

		Vorort-Fahrkarten
Im Jahre	1896 ***) wurden im Hauptbahnhofe	926 011
„ „	1897	1 336 345
„ „	1898	1 623 931
„ „	1899	1 741 475
„ „	1900	1 762 388
„ „	1901	1 726 740
„ „	1902	1 566 224
„ „	1903	1 717 876
„ „	1904	1 860 512
„ „	1905	1 887 018
„ „	1906	1 945 416

ausgegeben.

*) Die Zahl der abbeförderten Personen kann nicht vollkommen genau ermittelt werden; immerhin ist es möglich, bei der Ermittlung einen solchen Genauigkeitsgrad zu erreichen, daß die gefundenen Zahlen für Vergleiche, wie sie hier angestellt werden, benützbar sind.

**) Durchgangsreisende, die, ohne in München neue Fahrkarten lösen zu müssen, wieder weiter gefahren sind, sind in den angegebenen Zahlen nicht inbegriffen.

***) Für das Jahr 1895 fehlen die Zahlen für den erst im Mai dieses Jahres eingeführten Vorortverkehr.

Das Bild 3 der Tafel 2 zeigt, daß sich der Nahverkehr in den ersten fünf Jahren seines Bestehens rasch entwickelt hat, seit 1899 aber bedeutend langsamer zunimmt. Dagegen hat der Fernverkehr im letzten Jahrzehnt etwas stärker zugenommen als der Nahverkehr.

Die auf einen Einwohner treffenden Fahrten $\left(\frac{\text{abbeförderte Personen}}{\text{Einwohnerzahl}}\right)$ stellen das Verkehrsbedürfnis dar.

Das Bild 3 läßt auch ersehen, daß das Verkehrsbedürfnis im Fernverkehr ständig steigt, während es im Nahverkehr so ziemlich auf gleicher Höhe bleibt. Eine ähnliche Erscheinung tritt auch im Münchener Fremdenverkehr zutage, indem auch hier die Zahl der in München vorübergehend anwesenden Fremden, soweit sie polizeilich gemeldet werden, verhältnismäßig stärker zunimmt als die Einwohnerzahl.

1	2	3	4
Jahr	Vorübergehend anwesende Fremde	auf 1 Einwohner treffen	Bemerkungen
1899	398 598[1]	-	Die Zahlen in Spalte 2 sind den „Münchener Jahresübersichten für 1909", II. Teil Seite 46 entnommen. Der Berechnung der Werte in Spalte 3 sind die Einwohnerzahlen der Übersicht auf Seite 78 zugrunde gelegt.
1900	382 792[2]	0,77 Fremde	
1905	404 300[3]	0,75 „	
1909	504 026		
1910	523 025[2]	0,88 „	

[1]) Sportausstellung. [2]) Oberammergauer Passionsspiele. [3]) XV. Deutsches Bundesschießen und Grundsteinlegung zum Deutschen Museum in Anwesenheit des Deutschen Kaisers.

d. Dezentralisierung des Nahverkehrs seit Einführung des Vororttarifs.

Mit der Einführung des Vororttarifs wurde der Nahverkehr in der Weise dezentralisiert, daß als Ausgangsstation für den Verkehr nach Haar (später Grafing) und Riem (später Schwaben) der Ostbahnhof bestimmt wurde. Diese Maßnahme hat sich für diesen rein lokalen Verkehr sehr gut bewährt, da ein Bedürfnis, die Vorortzugfahrten auch auf die Strecke zwischen dem Ostbahnhofe und dem Hauptbahnhofe auszudehnen, nicht gegeben ist. Die für den Verkehr zum städtischen Schlachtviehhofe eingeführten wenigen Vorortzüge vom Ostbahnhofe zum Südbahnhofe mußten mangels jeglichen Bedürfnisses schon am 30. April 1902 aufgelassen werden.

B. Die jetzigen Verkehrs- und Betriebsverhältnisse im Münchener Hauptbahnhofe.

1. Untersuchung über den jetzigen Personenverkehr.

a. Die Schwankungen des Verkehrs an einzelnen Tagen.

Im Jahre 1910 treffen im Hauptbahnhofe bei einer Gesamtzahl von rund 6 657 000 abbeförderten Reisenden auf einen Tag im Durchschnitt 18 240 abbeförderte Reisende. Auf den Fernverkehr treffen hievon ungefähr $^2/_3$, also 12 160, auf den Nahverkehr $^1/_3$, also 6080 Reisende.

Für die Sonn- und Feiertage wurden besondere Aufschreibungen gemacht, deren Ergebnis für das Jahr 1910 hier zusammengestellt ist.

1	2	3	4	5
	Zahl der Zähltage	Zahl der abbeförderten Reisenden		Beobachtete Höchstzahl
		im ganzen	im Durchschnitt	
Fernverkehr	65	910 100	rund 14 000	63 300 Reisende am Pfingstsonntag
Nahverkehr*)	65	1 096 200	„ 16 900	53 000 „ am Christi Himmelfahrtstage
Gesamtverkehr	65	2 006 300	rund 30 900	109 000 „ am Pfingstsonntag

*) Es werden die Fahrkarten der Klasse III b, die nach Stationen des Nahzuggebietes gelöst werden, gezählt.

Es treten folgende Schwankungen im Verkehre auf:

1	2	3	4	5	6
	Werktags-durchschnitt	Sonntags-durchschnitt	Jahres-durchschnitt	Beobachteter Höchstverkehr	
	Zahl der abbeförderten Reisenden				in Hundertsteln des Werktagsdurchschnitts
Fernverkehr	11 800	14 000	12 160	63 300	rund 540 %
Nahverkehr	3 700	16 900	6 080	53 000	„ 1430 %
Gesamtverkehr	15 500	30 900	18 240	109 000	„ 700 %

Die Schwankungen des Verkehrs kommen aber auch in der Zahl der abgehenden und ankommenden Züge zum Ausdruck. Während im Sommerdienst für den Werktagsverkehr rund 440 Züge vorgesehen sind, erfordert der Sonntagsverkehr je nach der Witterung 500—720 Züge; an den Tagen des Höchstverkehrs sind sogar 930 Züge zu fahren.

b. Die Schwankungen des Verkehrs in den verschiedenen Tagesstunden.

Die Schwankungen des Verkehrs in den verschiedenen Tagesstunden kommen in den stündlichen Schwankungen im Zugverkehr zum Ausdruck. Hinsichtlich des Werktagsverkehrs können sie ohne weiteres aus der Bahnhoffahrordnung*) entnommen werden und sind in den **Tafeln 3 bis 5** bildlich dargestellt. Für den Höchstverkehr können ungefähr dieselben Schwankungen angenommen werden, wie sie in den Tafeln für den Gesamtverkehr (Verkehr der sämtlichen in der Bahnhoffahrordnung vorgesehenen Züge) erscheinen, nur verschiebt sich an den Tagen des Höchstverkehrs die Spitze, die im Gesamtverkehr zwischen 7⁰⁰ und 8⁰⁰ erscheint, mehr gegen 10⁰⁰ und kommt dadurch, wie später**) noch besprochen werden wird, in eine Zeit zu liegen, die besonders schwierige Betriebsverhältnisse aufweist.

Die **Tafel 3** umfaßt den Verkehr auf den Gleisen 1—21, das sind die 16 Gleise in der Bahnhofhalle und die 5 Gleise für den Starnberger Verkehr im nördlichen Flügelbahnhof, also den Fernverkehr einschließlich des Nahverkehrs nach Großhesselohe, der noch auf derselben Doppelbahn wie der Fernverkehr nach Holzkirchen bedient wird. Der Verkehr schwankt an Werktagen zwischen 0 und 23, an Tagen mit Höchstverkehr zwischen 1 und rund 50 Zügen in der Stunde.

Die **Tafel 4** umfaßt den Verkehr der Gleise 22—25, also den Nahverkehr nach Gauting—Planegg, Fürstenfeldbruck—Grafrath und Maisach. Zum besseren Vergleich ist auf den beiden Tafeln noch der Gesamtverkehr der sämtlichen Bahnsteiggleise eingezeichnet. Der Nahverkehr schwankt an Werktagen zwischen 2 und 11 Zügen und an Tagen mit Höchstverkehr zwischen 2 und rund 20 Zügen in der Stunde.

Auf der **Tafel 5** ist im Bilde 1 der Verkehr auf den sämtlichen Gleisen behandelt und diesem im Bilde 2 der Verkehr des Stuttgarter Hauptbahnhofes gegenübergestellt. Der Vergleich mit Stuttgart ist deshalb sehr lehrreich, weil in dieser Stadt mit 286 000 Einwohnern im Jahre 1910 ein Verkehr von 6 800 000 abgehenden Reisenden in dem mit nur 6 Bahnsteiggleisen ausgestatteten Hauptbahnhofe bewältigt werden konnte. Die Bahnhoffahrordnung des Stuttgarter Hauptbahnhofes weist im Sommer 1910 im ganzen 392 ankommende und abgehende Züge auf, davon verkehren 380 täglich.

Der Verkehr des Münchener Hauptbahnhofes ist also nicht bloß sehr starken täglichen, sondern auch starken stündlichen Schwankungen unterworfen. Er schwankt im Werktags- (Alltags-) Verkehr zwischen 2 und 32, im Höchstverkehr zwischen 3 und rund 70 Zügen in der Stunde.

c. Vergleich mit dem Verkehr anderer großer Personenbahnhöfe.

Vergleiche zwischen großen Bahnhöfen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit zu ziehen, ist sehr schwierig, weil bei der Verschiedenheit der Verkehrs- und Betriebsverhältnisse, der Linieneinführung, der Verteilung des Verkehrs und seiner täglichen Schwankungen kein richtiger Vergleichsmaßstab gefunden werden kann. Immerhin lassen sich durch Gegenüberstellung von Zahlen vergleichende Betrachtungen anstellen. Es sind daher in der folgenden Übersicht mehrere Bahnhöfe, die sich zum Vergleiche eignen, zusammengestellt. Den Angaben über den Verkehr kann jedoch ein Anspruch auf absolute Genauigkeit nicht zukommen, weil in den meisten Fällen bei der Feststellung der Verkehrsziffern auch Schätzungswerte zugrunde gelegt werden müssen.

*) Den Untersuchungen über die Schwankungen des Verkehrs in den verschiedenen Tagesstunden, sowie den späteren Untersuchungen über die Belegung der Bahnsteiggleise usw. ist der Sommerfahrplan 1909 zugrunde gelegt.

**) Siehe Seite 85 unter b.

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Stadt, Bahnhof und Einwohnerzahl	Art des Bahnhofes	Zahl der Bahnsteiggleise	Zahl der im Sommer täglich verkehrenden ankommenden und abgehenden Züge	Zahl der im Sommer in der Bahnhoffahrordnung vorgesehenen ankommenden und abgehenden Züge	Bisher beobachtete Höchstzahl der ankommenden und abgehenden Züge	Zahl der abbeförderten Reisenden durchschnittlich im Tage	Zahl der abbeförderten Reisenden am verkehrsreichsten Tage	Bemerkungen
München Hauptbhf. 596 476	Kopfbahnhof	25	440	900	930	18 240	109 000	
Berlin, Stettiner Bhf. 2 064 200	Kopfbahnhof	13	320	490	?	?	166 000	An Sonntagen im Vorortverkehr allein 80 000 bis 120 000 Reisende.
Frankfurt a. M. Hptbhf. 414 400	Kopfbahnhof	18	625	660	750	18 000	110 000	Erweiterung auf 24 Bahnsteiggleise bevorstehend.
Stuttgart Hauptbhf. 285 600	Kopfbahnhof	6	380	392	?	18 500	75 000	Umbau auf 14 Bahnsteiggleise in der Ausführung begriffen.
Chemnitz Hauptbhf. 286 500	teils Kopfbahnhof, teils Durchgangsbahnhof	9 } 16 7	274	551	?	11 300	70 000	Umbau im Jahre 1910 vollendet.
Dresden Hauptbhf. 546 900	teils Kopfbahnhof, teils Durchgangsbahnhof	10 } 16 6	400	450	505	11 000	?	
Paris, Bhf. St. Lazare 2 800 000	Kopfbahnhof	jetzt 27 künftig 24	600	?	?	83 000	130 000 schätzungsweise	Umbau bevorstehend; jetzt: 12 Gleise für den Fernverkehr, 15 Gleise für den Vorortverkehr; künftig: 15 Gleise f. d. Fernverkehr, 9 Gleise für den Vorortverkehr unter gleichzeit. Elektrisierung des Vorortverkehrs.
Paris, Nordbahnhof 2 800 000	Kopfbahnhof	28	500	?	?	44,000	75 000	

2. Die Verkehrsräume des Hauptbahnhofes und des nördlichen Flügelbahnhofes einschl. der Hauptbahnsteige.

Die Verkehrsräume des Hauptbahnhofes können nach den Umbauten und Erweiterungen, die sie in den letzten Jahren erfahren haben, als noch für lange Zeit ausreichend bezeichnet werden.

In der 27 m breiten Schalterhalle können, wenn das Bedürfnis eintritt, noch besondere Schalter für den Ausflugverkehr, die nur an bestimmten Tagen benützt werden, eingebaut werden. Bei weiterem Anwachsen des Verkehrs wird es sich übrigens als notwendig erweisen, Fahrkarten besonders im Vorverkauf in noch stärkerem Umfange, als dies jetzt schon geschieht, in der Stadt abzugeben. Zur Entlastung der Schalter und zur Bequemlichkeit für die Reisenden selbst wird dahin gewirkt werden müssen, daß die Reisenden, namentlich zu den Zeiten des stärksten Verkehrs (Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Militärbeurlaubungen, Ferienbeginn) von dem Fahrkarten-Vorverkauf Gebrauch machen.

Für die Gepäckabfertigung werden die vorhandenen ebenerdigen und unterirdischen Räume noch lange ausreichen, besonders wenn mit steigendem Bedürfnis von den modernen Beförderungseinrichtungen ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

Der Kopfbahnsteig ist vor einigen Jahren auf 15 m verbreitert worden und ist somit für alle Zeiten hinreichend geräumig.

Änderungen im derzeitigen Bestand des Betriebshauptgebäudes und seiner Zugehörungen sind umsoweniger nötig, als das Hauptgebäude durch die Anlage eines eigenen Flügelbahnhofes für den Verkehr nach Großhesselohe—Holzkirchen sicher um 28% des Verkehrs entlastet wird.

Die Räume des i. J. 1893 in Betrieb genommenen nördlichen Flügelbahnhofes (sogenannten Starnberger Bahnhofes) sind nur als vorübergehende Bauten hergestellt worden und können jetzt nach den bisher gemachten Erfahrungen, den Bedürfnissen des Massenausflugverkehrs entsprechend, erneuert werden.

3. Die Bahnsteiggleise.

a. Verteilung der Bahnsteiggleise auf die einzelnen Bahnlinien.

Wenn auch die einzelnen Bahnsteiggleise für eine gewisse Bahnlinie vorzugsweise bestimmt sind, so läßt sich ihre Benützung durch Züge anderer Linien nicht bloß im internationalen Schnellzugverkehr, sondern auch im Ausflugverkehr nicht vollständig vermeiden. Es wird vielmehr bei neuen Bahnhofanlagen und besonders in Kopfbahnhöfen sogar sehr darauf gesehen, daß sich die einzelnen Gleisgruppen den Schwankungen des Verkehrs entsprechend gegenseitig aushelfen können. In Kopfbahnhöfen ist es auch vollständig ausgeschlossen, alle Gleise nur einseitig, also entweder nur für die Einfahrt oder nur für die Ausfahrt zu benützen. Es muß auch hier die Möglichkeit gegeben sein, die Gleise wahlweise zu benützen, wenn übermäßig große Anlagen und sehr störende und den Betrieb sehr ungünstig beeinflussende Rangierbewegungen vermieden werden sollen.

Diese Möglichkeiten sind im Hauptbahnhofe gegeben und es wird von ihnen auch ausgiebig Gebrauch gemacht.

Wie die Bahnsteiggleise auf die verschiedenen Linien verteilt und wie sie im allgemeinen mit Zügen belegt sind, zeigt folgende Übersicht.

1	2	3	4	5	6	7
		Vergleich mit				
		Bahnhofhalle				
						Strecke
Lfd. Nr.	Vortrag (Der Übersicht ist der Sommerfahrplan 1909 zugrunde gelegt.)	Großhesselohe Bad Tölz Schliersee	Simbach Salzburg Kufstein	Herrsching Buchloe Augsburg	Dachau Ingolstadt	Schleißheim Landshut
1	**Nummern der Gleise,** die für die einzelnen Bahnlinien bestimmt sind	1—3	4—6	7—10	11—13	14—16
2	**Zahl der Gleise** der einzelnen Gleisgruppen	3	3	4	3	3
3	**Zahl der Ein- und Ausfahrten,** die die Sommerfahrordnung 1909 **für die einzelnen Gleisgruppen** vorsieht	149	107	119	102	86
4	**Zahl der Züge,** die **auf den einzelnen** in den Hauptbahnhof einmündenden **Doppelbahnen** verkehren	158	104	124	97	80
5	Von den Zügen unter lfd. Nr. 4 treffen **auf** den **Fernverkehr** .	62	104	88	67	65
	" " **Nahverkehr** .	96	—	36 Herrsching	30	15
6	**Auf ein Gleis** der unter lfd. Nr. 1 bezeichneten **Gruppen treffen** an **Ein- und Ausfahrten** (lfd. Nr. 3) durchschnittlich innerhalb 24 Stunden	50	36[5])	30	34	29
7	Desgl. . . . . " " 1 Stunde	2,1	1,5	1,3	1,4	1,2
8	**Zahl der Ein- und Ausfahrten,** die auf dem **am stärksten belasteten** Gleis der Gruppe innerhalb 24 Stunden erfolgen	64	44[6])	39	45	40
9	Die einzelnen **Gleisgruppen (lfd. Nr. 1) sind am stärksten belastet** in den Stunden	7⁰⁰—8⁰⁰	8⁰⁰—9⁰⁰	7⁰⁰—8⁰⁰	3⁰⁰—4⁰⁰	8⁰⁰—9⁰⁰
10	Dabei treffen auf die Gleisgruppe an Ein- und Ausfahrten . .	14	11	8	8	8
11	Das sind also durchschnittlich auf ein Gleis der Gruppe . . .	5	2	2	3	3
12	Die stärkste Gleisbelegung innerhalb der Gleisgruppe erfolgt in der Stunde	3⁰⁰—4⁰⁰	8⁰⁰—9⁰⁰	7⁰⁰—8⁰⁰	3⁰⁰—4⁰⁰	1⁰⁰—2⁰⁰
13	Dabei beträgt die Zahl der Fahrten in der Stunde	8	5	3	5	4

[1]) Das 21. Gleis wird im Sommer 1909 zur Abfertigung von besetzten Zügen noch nicht benützt, weil die übrigen 4 Gleise der Starnbergergruppe noch leicht ausreichen.

[2]) Das 26. Gleis ist in die Stellwerkanlage noch nicht einbezogen und wird vorerst, weil zur Zugabfertigung noch nicht benötigt, zur Hinterstellung benützt.

[3]) Für 4 Züge sind je 2 Abfertigungsgleise vorgesehen; in Wirklichkeit verkehren bloß 899 Züge.

[4]) 4 Züge verkehren zeitweise über Ingolstadt und zeitweise über Augsburg; in Wirklichkeit verkehren bloß 899 Züge.

[5]) Wenn die nur bis zur Weiche 59/60 verkehrenden und die vom Stutzengleis 6a abgehenden 22 Übergabezüge auch auf den Bahnsteiggleisen abgefertigt werden müssen, ergibt sich die Durchschnittszahl 36.

[6]) Da 22 Übergabe- und Lokomotivzüge zum Teil gleich von Weiche 59/60 ab verstellt und zum Teil vom Stutzengleis 6a abgefertigt werden, ist die Höchstzahl mit $37 + \frac{22}{3} = 44$ anzusetzen.

8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Zahlen			Vergleich mit Hundertsteln (%)							
Flügelbahnhof			Bahnhofhalle					Flügelbahnhof		
nach			Strecke nach							
Starnberg Garmisch Kochel	Gauting Fürstenfeldbruck Maisach Aubing	zusammen	Großhesselohe Bad Tölz Schliersee	Simbach Salzburg Kufstein	Herrsching Buchloe Augsburg	Dachau Ingolstadt	Schleißheim Landshut	Starnberg Garmisch Kochel	Gauting Fürstenfeldbruck Maisach Aubing	zusammen
17—21[1]	22—25[2]									
5[1]	5[2]	26	11,5 %	11,5 %	15,4 %	11,5 %	11,5 %	19,3 %	19,3 %	100 %
101	239	903[3]	16,5 %	11,8 %	13,2 %	11,3 %	9,5 %	11,2 %	26,5 %	100 %
101	239	903[4]	17,5 %	11,5 %	13,7 %	10,7 %	8,9 %	11,2 %	26,5 %	100 %
101	—									
—	239									
20	48									
0,8	2,0									
29	85									
8^{00}—9^{00}	7^{00}—8^{00}									
10	19									
2	4									
8^{00}—9^{00}	7^{00}—8^{00}									
3	6									

Der Sommerfahrplan 1909 weist **auf den** sowohl dem Fern- als auch dem Nahverkehr dienenden **Gleisen** 1—21:

301 täglich verkehrende und
359 nicht täglich verkehrende Ein- und Ausfahrten,

zusammen also 660 Ein- und Ausfahrten,

auf den nur dem Nahverkehr dienenden **Gleisen** 22—25 *)

137 täglich verkehrende und
102 nicht täglich verkehrende Ein- und Ausfahrten,

zusammen also 239 Ein- und Ausfahrten auf.

Im ganzen sind demnach vorgesehen

438 täglich verkehrende und
461 nicht täglich verkehrende Ein- und Ausfahrten,

zusammen also 899 Ein- und Ausfahrten für sämtliche Gleise.

Von den 461 nicht täglich verkehrenden Fahrten treffen

ungefähr 9% auf Fahrten, die Sonntags bei jedem Wetter verkehren,
" 24% auf Fahrten, die Sonntags nur bei gutem Wetter verkehren,
" 27% auf Fahrten, die Sonntags bei gutem Wetter nach Bedarf verkehren,

also ungefähr 60% auf Sonntagsfahrten, sodann

ungefähr 34% auf sonstige Bedarfsfahrten,
" 2% auf reine Werktagsfahrten und
" 4% auf Fahrten, die nur innerhalb einer bestimmten Zeit verkehren,

also ungefähr 40% auf sonstige Bedarfsfahrten.

Für Tage mit besonders starkem Verkehr reichen die in der Bahnhoffahrordnung vorgesehenen Züge noch nicht aus, so daß z. B. für den Pfingstsonntag 1910 noch

29 bei jedem Wetter verkehrende Sonderzüge
30 bei gutem Wetter verkehrende Sonderzüge
73 nach Bedarf verkehrende Sonderzüge
} auf den Gleisen 1—21 und
20 nach Bedarf verkehrende Züge auf der Nahzuggleisen 22—25

zus. 152 Sonderzüge vorgesehen waren. Im ganzen kamen 930 Züge zur Abfertigung.

Dabei wirkt es einerseits erschwerend, daß an den verkehrsreichsten Tagen das Mehr des Verkehrs, das gegenüber dem Alltagsverkehr auftritt, sich in der Hauptsache auf

etwa 10 Stunden für den abgehenden und
" 8 " " " ankommenden Verkehr

zusammendrängt, andererseits aber erleichternd, daß die Abfertigung der Sonntags- und Sonderzüge die Bahnsteiggleise nicht so lange in Anspruch nimmt als die Abfertigung der täglich verkehrenden Schnell-, Eil- und Personenzüge.

Die Verteilung der in der Bahnhoffahrordnung vorgesehenen Züge auf die verschiedenen Tageszeiten ist im allgemeinen aus den Tafeln 3—5 zu ersehen, die auf Seite 80 erläutert sind.

Wie schon aus den Angaben unter lfd. Nr. 2—4 der Übersicht auf Seite 82/83 zu entnehmen ist, sind die Gleise des Flügel- (sogenannten Starnberger) Bahnhofes nicht so sehr ausgenützt wie die Gleise 1—16 der Bahnhofhalle.

Wenn auch die nur dem Nahverkehr dienenden Gleise 22—26 eine verhältnismäßig hohe Belegung aufweisen, so können sie doch für den Verkehr **einer** Doppelbahn als vollkommen ausreichend bezeichnet werden, weil die auf ihnen zur Abfertigung kommenden Züge keinerlei Umbildung erleiden und die Gleise wegen der einfachen Verhältnisse des Nahverkehrs weit kürzere Zeit belegen als die in der Bahnhofhalle verkehrenden Züge des Fernverkehrs. Auch die Gleisgruppe für die Starnberger Doppelbahn ist vollkommen ausreichend, da auch hier die Verkehrsverhältnisse einfachere sind.

Ungünstiger liegen dagegen die Verhältnisse bei den Gleisen 1—16 der Bahnhofhalle, wie das untenstehende Text-Bild 2 noch deutlicher zeigt als die Übersicht auf Seite 82/83.

Text-Bild 2.

Gleisgruppen:	I	II	III	IV	V
Zugehörige Bahnstrecken:	Großhesselohe Bad Tölz Schliersee	Simbach Salzburg Kufstein	Herrsching Buchloe Augsburg	Dachau Ingolstadt	Schleißheim Landshut
Zahl der Gleise in der Gruppe:	3	3	4	3	3
Zahl der auf die Gleisgruppe treffenden Ein- und Ausfahrten:	149	107	119	102	86
Zahl der Züge, die auf der zur Gleisgruppe gehörigen Doppelbahn verkehren:	158	104	124	97	80

* Siehe Fußbemerkung [1] auf Seite 28.

Im Textbilde entsprechen die verschiedenen Breiten der einzelnen Felder den eingeschriebenen Zahlen.

Welche Züge im Sommerfahrplan 1909 nicht auf einem Gleis, das ihrer Strecke entsprach, ein- oder ausfahren konnten, ist bildlich auf der Tafel 6 dargestellt. Es sind dies 83 Züge, die teils wegen der direkten Wagen, die sie führten, teils wegen Überlastung der Gleisgruppe, zu der sie eigentlich gehörten, auf andere Gleise geleitet werden mußten.

Das Textbild 2 und die Tafel 6 lassen im Zusammenhalt erkennen, daß die Gleisgruppen I (Großhesselohe, Bad Tölz, Schliersee) und III (Herrsching, Buchloe, Augsburg) überlastet sind. Infolge dieser Überlastung müssen die Züge in Nachbargruppen untergebracht und zwar muß der Ausgleich durch die verhältnismäßig schwach belastete Gruppe V (Schleißheim, Landshut) bewirkt werden.

b. Belegung der Bahnsteiggleise in den verkehrsreichsten Tagesstunden.

Die Zahl der Ein- und Ausfahrten, die in den Stunden des stärkeren Verkehrs, nämlich von 6⁰⁰—9⁰⁰ vormittags und von 1⁰⁰—11⁰⁰ nachmittags, auf die einzelnen Bahnsteiggleise treffen, ist unter Ausscheidung der Fahrten in

1. täglich verkehrende,
2. an Sonntagen bei jedem Wetter verkehrende,
3. „ „ bei gutem Wetter verkehrende,
4. „ „ „ „ „ nach Bedarf verkehrende,
5. sonstige Bedarfs- und
6. nur werktags verkehrende Fahrten

in der Tafel 7 bildlich dargestellt.

Bei der Vergleichung der einzelnen Gleise oder Stunden muß aber berücksichtigt werden, daß die Zahl der Ein- und Ausfahrten allein ein richtiges Bild über die wirkliche Inanspruchnahme der Gleise noch nicht gibt, weil die täglich verkehrenden Schnell-, Eil- und Personenzüge mit ihren mannigfaltigen Verkehrsaufgaben die Bahnsteiggleise weit länger belegen als die dem reinen Personenverkehr dienenden Nahzüge, Sonntags- und Bedarfszüge, die manchmal sogar nach einigen Minuten schon wieder den Bahnhof als besetzte Züge oder als Leerzüge verlassen. Da sich in den Darstellungen der Tafel 7 die täglich verkehrenden Züge von den übrigen abheben, ist es möglich, beim Vergleich auch die Eigenschaft der Züge zu berücksichtigen. Geschieht dies, dann ergibt sich auch aus der bildlichen Darstellung die durch die Erfahrung bestätigte Tatsache, daß hinsichtlich der Unterbringung der Züge auf den einzelnen Bahnsteiggleisen an Tagen mit höchstem Verkehr die größten Schwierigkeiten in der Zeit von 9³⁰—10³⁰ auftreten. In dieser Zeit sind nämlich die meisten Gleise durch Schnellzüge belegt, die übergehende Kurswagen führen; außerdem treffen gleichzeitig und in sehr rascher Aufeinanderfolge die Sonntags- und Sonderzüge ein, deren Beiseitestellung gewöhnlich nicht mit der wünschenswerten Raschheit erfolgen kann.

c. Inanspruchnahme der Bahnsteiggleise zur Postverladung.

Da eigene Postladegleise fehlen, muß die Paketpostverladung fast ausschließlich auf den Bahnsteigen vorgenommen werden. Hiedurch werden einzelne Gleise oft länger belegt, als es sonst nötig wäre, oder es kann das mit einem Postwagen besetzte Gleis nur zu Zugausfahrten, aber nicht auch zu Einfahrten benützt werden.

d. Länge der Bahnsteiggleise.

Im allgemeinen reichen die Bahnsteiggleise auch für die seit Einführung der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung vom Jahre 1905 erhöhte Länge der Schnellzüge aus. Die Schnellzüge noch länger zu gestalten, als es nach den heute geltenden Vorschriften zulässig ist, wird mit Rücksicht auf die ziemlich bedeutenden Steigungen der bayerischen Hauptbahnen kaum erforderlich werden. Bei den Personen- und Eilzügen wird in der Zukunft eher mit einer Minderung als mit einer Erhöhung der bisherigen Längen zu rechnen sein.

Das 1. Gleis dagegen muß mit Rücksicht auf lange Sonderzüge eine größere Nutzlänge erhalten.

Die an die große Halle anschließenden Bahnsteigüberdachungen sind für die ausgelasteten Schnellzüge zu kurz, können aber leicht nach Westen verlängert werden. Dadurch, daß vor der großen Bahnsteighalle Einzeldächer angefügt worden sind, wird der Rauch und Dampf der Lokomotiven besser von der Bahnsteighalle abgehalten.

4. Vergleich mit anderen deutschen Kopfbahnhöfen hinsichtlich der Zahl der Bahnsteiggleise.

Die Leistungsfähigkeit der Bahnsteiggleise soll der Leistungsfähigkeit der in den Bahnhof einmündenden Bahnen möglichst nahe kommen. Es bildet daher neben der Zahl der Züge auch die Zahl der einmündenden Bahnen einen Maßstab für die Zahl der nötigen Bahnsteiggleise, wenn auch bei der Festsetzung der Gleiszahl noch andere verkehrs- und betriebsdienstliche Verhältnisse mitberücksichtigt werden müssen.

Einen Vergleich mit anderen deutschen Kopfbahnhöfen gestattet nachstehende Zusammenstellung:

1	2	3	4	5
Bahnhof	Zahl der			Bemerkungen
	einmündenden Doppelbahnen	Bahnsteiggleise	auf eine einmündende Doppelbahn treffenden Bahnsteiggleise	
Frankfurt a. M., Hauptbahnhof				
jetziger Zustand	6	18	3	
künftiger Zustand	6[1]	24	4	[1]) Die Doppelbahn von Homburg, Cronberg, Cassel wird kurz vor der Einmündung in den Bahnhof für die Verkehre von Homburg u. Cronberg einerseits und Cassel andererseits geteilt, so daß in den Bahnhof selbst 7 Doppelgleise einlaufen.
Wiesbaden, Hauptbahnhof	5[2]	11	2,2	[2]) Davon sind 2 eingleisig.
Leipzig, Hauptbahnhof				
nach dem jetzigen Ausführungsplan	7	26	3,7	
nach der für die Zukunft vorbehaltenen Erweiterung der Bahnanlagen	10	26	2,6	
Altona, Hauptbahnhof	4[3]	8	2,0	[3]) Durch Herstellung von Gleisüberwerfungen ist reiner Richtungsbetrieb im Kopfbahnhof durchgeführt.
Stuttgart, Hauptbahnhof				
jetziger Zustand	3	6	2,0	
künftiger Zustand	5	14	2,8	
München, Hauptbahnhof				
jetziger Zustand	7	25[4]	3,6	[4]) Vergl. Fußbemerkung [2]) zu Seite 82.
im Umbauentwurf sind vorgesehen	7	32	4,6	
künftige Erweiterungsmöglichkeit	8	34	4,3	

Daß im Münchener Hauptbahnhofe trotz der zahlreichen Bahnsteiggleise Schwierigkeiten in der Zugabfertigung eingetreten sind, ist darauf zurückzuführen, daß ein Bahnhof mit stark schwankendem Verkehr, abgesehen von den anderen Verhältnissen, die die Gleiszahl beeinflussen, mehr Bahnsteiggleise benötigt wie ein Bahnhof mit gleichmäßigerem Verkehr.

5. Die Fahrstraßen der ein- und ausfahrenden Züge.

Die in den Münchener Hauptbahnhof einmündenden Doppelbahnen reihten sich ursprünglich rein nach der geographischen Lage nebeneinander. Diese Anordnung hatte den Nachteil, daß der Massenverkehr der Starnberger und Großhesseloher Linie gerade die Mitte des Hauptbahnhofes belastete und außerdem jeder Zug und jeder Wagen der großen Nord- und Westlinien, der auf die Kufsteiner oder Salzburger Linie übergehen sollte, die beiden Ausflugslinien überkreuzen mußte. Es wurde daher schon im Jahre 1893 auf der Südseite die Großhesseloher Doppelbahn und auf der Nordseite die Starnberger und die Vorortsdoppelbahn wegen des vorherrschenden Lokalverkehrs nach außen gerückt (vergl. S. 76 links oben Buchst. d). Damit war eine den An-

forderungen des Betriebs besser entsprechende Linieneinführung gewonnen. Von Süden her reihen sich also heute die Doppelbahnen wie folgt aufeinander:

1. Doppelbahn nach Mittersendling—Holzkirchen,
2. „ „ Südbahnhof—Simbach / Rosenheim,
3. „ „ Pasing—Herrsching / Buchloe / Augsburg,
4. „ „ Allach—Ingolstadt,
5. „ „ Moosach—Landshut,
6. „ „ Starnberg—Tutzing und
7. „ für den Nahverkehr nach Gauting, Fürstenfeldbruck und Maisach.

Immerhin ist es auch bei dieser Linieneinführung nicht zu vermeiden, daß beim Übergang ganzer Züge oder einzelner Wagen von einer Bahnlinie auf die andere Hauptfahrstraßen in größerer oder geringerer Anzahl überkreuzt werden, sei es bei der Einfahrt oder bei der Ausfahrt oder zum Teil bei der Einfahrt und zum anderen Teil bei der Ausfahrt oder im Rangierverkehr beim Überstellen der direkten Wagen.

Bei den mannigfaltigen Übergängen, die im direkten Durchgangsverkehr über München vorkommen, wie z. B.

1. Hof—Landshut—Rosenheim—Kufstein,
2. Hof—Landshut—Buchloe—Lindau,
3. Probstzella—Ingolstadt—Rosenheim—Kufstein,
4. Probstzella—Augsburg—Rosenheim—Kufstein,
5. Probstzella—Augsburg—Mühldorf / oder Rosenheim—Salzburg,
6. Probstzella—Ingolstadt— „ — „
7. Aschaffenburg—Ingolstadt— „ — „
8. Aschaffenburg—Augsburg— „ — „
9. Ulm—Augsburg—Rosenheim—Salzburg,
10. Lindau—Buchloe—Rosenheim—Salzburg

und umgekehrt, ließe sich selbst unter Anwendung mehrfacher Gleisüberwerfungen keine Linieneinführung finden, durch die das Überkreuzen der Fahrstraßen im Verkehr der direkten Züge und Wagen vollständig vermieden werden könnte; es würden aber andererseits bei einer Linieneinführung, die dem direkten Übergang möglichst Rechnung trägt, neue Schwierigkeiten in allen den Fällen auftreten, in denen Wagenzüge nicht weitergeführt werden, sondern innerhalb kurzer Zeit auf die Bahnlinie hinaus umkehren müssen, von der sie gekommen sind.

Die Züge, bei denen infolge des direkten Durchgangsverkehrs Fahrstraßenüberkreuzungen verursacht werden, sind unter den auf der Tafel 6 vorgetragenen 83 Zügen enthalten (vergl. auch Seite 85 links oben). Ihre Zahl betrug im Sommerfahrplan 1909 im ganzen 14. Bei den übrigen 69 Zügen, die auf der Tafel 6 vorgetragen sind, sind die Fahrstraßenüberkreuzungen hauptsächlich dadurch verursacht, daß diese Züge wegen Überlastung der Gleisgruppe, die sie ihrer Richtung nach benützen sollten, auf eine andere weniger belastete Gleisgruppe geleitet werden müssen. Von diesen 69 Zügen verkehren 24 täglich, die übrigen 45 sind Sonntags- oder Bedarfszüge.

6. Der Rangierverkehr.

Im Rangierverkehr ergeben sich Fahrstraßenüberkreuzungen selbstverständlich in jedem Bahnhof.

Die Eilgut-, Milchkurs- und Viehsammelwagen müssen zum Teil noch mit den Personenzügen befördert und deshalb von den Gleisen, auf denen die Personenzüge einlaufen, erst unter Überkreuzung von Ein- und Ausfahrstraßen zu den Ladehöfen gebracht werden.

Auch die sämtlichen Lokomotiven von der Lokomotivdoppelbahn, die zwischen der Rosenheimer und der Augsburger Linie liegt, können größtenteils nur unter Überkreuzung mehrerer Fahrstraßen zu den Bahnsteigen gelangen.*)

Da an besonders verkehrsstarken Tagen aber gerade auf den seitwärts gelegenen Strecken nach Mittersendling und Starnberg und auf der Nahverkehrsdoppelbahn die meisten Lokomotiven benötigt sind, wird die Zahl der durch die Lokomotivfahrten verursachten Fahrstraßenüberkreuzungen an solchen Tagen besonders groß. Erschwerend ist es auch, daß die zum Starnberger Bahnhof fahrenden Lokomotiven von der Lokomotivdoppelbahn nicht ohne Gegenbewegung zu den Bahnsteiggleisen überwechseln können. Wie groß dieser Rangierverkehr ist, zeigt ein schöner Juli-Sonntag (Sommerfahrplan 1910), an dem z. B. 153 täglich verkehrende Lokomotiven und 79 Lokomotiven für die Sonntagszüge in Dienst treten müssen, bei deren Überwechseln auf die Zuggleise zahlreiche Fahrstraßenüberkreuzungen verursacht werden.

Auch ein großer Teil der Zugbildungsarbeit muß sich zwischen der Bahnsteighalle und der Hackerbrücke abwickeln. Es treffen daher in den Stunden des stärksten Verkehrs auf diesem Bahnhofteile viele Zug- und Rangierfahrten zusammen, die sich gegenseitig behindern und dann zu Stockungen im Betrieb Anlaß geben.

7. Die Hinterstellung der Wagenzüge.

Die Wagenzüge müssen während ihres Stillagers, das in manchen Fällen sogar 20 Stunden und darüber dauert, in den Hinterstellgleisen, die seitwärts der einmündenden Doppelbahnen oder zwischen denselben liegen, aufgestellt werden. Dort stehen sie auf Gleisen bis zu 700 m Länge in größerer Zahl hintereinander und sind daher oft nur schwer zu erreichen. Ein geringer Teil der Wagenzüge für den Sonntagsverkehr kann in Hinterstellgleisen nächst der Station Pasing hinterstellt werden und muß dann im Bedarfsfalle erst von dort herbeigefahren werden.

Diese Art der Hinterstellung war so lange zweckmäßig, als der Verkehr noch gering war und die Umbildung und Instandsetzung der Züge unter Benützung der Bahnsteiggleise erfolgen konnte. Jetzt hingegen ist diese Art der Hinterstellung und Umbildung der Wagenzüge bei dem gesteigerten Verkehr, der starken Belegung der Bahnsteiggleise und dem Umstande, daß infolge des Verkehrs zahlreicher direkter Personenwagen die Zusammensetzung der Schnell- und Eilzüge sehr mannigfaltig wurde und deshalb viel Umbildungsarbeit erfordert, nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn sich der Verkehr geordnet und fahrplanmäßig abwickeln soll.

8. Instandsetzung der Wagenzüge.

Die Instandsetzung der Wagenzüge (Reinigen, Nachfüllen von Gas und Wasser, kleinere Ausbesserungen) muß teils in den Bahnsteiggleisen, teils in den verschiedenen zerstreuten Hinterstellgleisgruppen erfolgen. Dadurch ist die

*) Nur an den Sonntagen ist es möglich, die Lokomotiven für den Nahzugverkehr nach Gauting, Fürstenfeldbruck und Maisach zum Teil auf der nördlichen Güterverbindungsbahn an- und abfahren zu lassen.

Anwendung maschineller Einrichtungen zur großen Reinigung sehr beschränkt, die Anwendung von Druckluft zur Prüfung der Bremseinrichtungen und Füllung der Bremsleitungen, solange die Züge auf den Hinterstellgleisen stehen, unmöglich und die Beaufsichtigung des Reinigungspersonals sehr erschwert. Unregelmäßigkeiten an Wagen werden oft erst entdeckt, wenn der Wagenzug schon auf dem Bahnsteiggleis steht, so daß ihre Behebung dann gewöhnlich Verspätungen verursacht.

C. Die Mängel der jetzigen Bahnhofanlage und die Mittel zu ihrer Beseitigung.

1. Die Mängel der jetzigen Bahnhofanlage.

Da sich der Verkehr des Hauptbahnhofes in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdreifacht hat (vergl. Übersicht auf Seite 78), sind die auf Grund der Entwürfe vom Jahre 1889 vor nahezu 20 Jahren ausgeführten Erweiterungen und Verbesserungen der Bahnhofanlage (vergl. Seite 76 links oben) durch die Zunahme des Verkehrs in manchen Punkten schon wieder überholt und es tritt nun neuerdings das Bedürfnis nach Erweiterungen und Verbesserungen auf.

a. Die Mängel der Verkehrsräumlichkeiten und der Hauptbahnsteige.

Zu den Zeiten des stärksten Verkehrs sind die Zu- und Abgänge des alten Hauptgebäudes und der Hauptbahnsteig infolge des Massenverkehrs der Strecke nach Großhesselohe beengt. Die Räumlichkeiten des nördlichen (Starnberger) Flügelbahnhofes, deren Bauweise ursprünglich schon auf einen nur vorübergehenden Bestand berechnet war, haben sich überlebt und sollen nun auf Grund der im Massenverkehr gemachten Erfahrungen erneuert werden. Bei ihrer Erneuerung und ebenso beim Bau eines Flügelbahnhofes für den Holzkirchener Verkehr soll auf bequeme Zu- und Abgänge und große Hauptbahnsteige besonders gesehen werden. Der große Massenverkehr soll auch auf einem möglichst kurzen und freien Wege von der Straße zum Hauptbahnsteig und umgekehrt geleitet werden.

b. Die Mängel der Bahnsteiggleise und der Überkreuzungsfahrstraßen.

Für den Verkehr der 5 Doppelbahnen, die in die Bahnsteighalle einmünden, reichen die dort vorhandenen 16 Bahnsteiggleise infolge der starken Entwicklung des großen Fernverkehrs, insbesondere der Richtungen über Augsburg und Ingolstadt, des Ausflugverkehrs nach Holzkirchen und Herrsching und des Nahverkehrs nach Großhesselohe nicht mehr aus (s. auch Abschnitt B, 3 Seite 81 u. f.).

Um für den großen Fernverkehr in der Bahnsteighalle die nötigen Bahnsteiggleise frei zu bekommen, ist es erforderlich, den hauptsächlich zum Ausflugverkehr zählenden Verkehr über Holzkirchen und den Nahverkehr nach Großhesselohe in einen südlichen Flügelbahnhof zu verlegen, wo dann jetzt schon, bevor eine eigene Doppelbahn für den Nahverkehr gebaut wird, wenigstens in der Bahnsteighalle eine Ausscheidung zwischen Fernverkehr über Holzkirchen und Nahverkehr nach Großhesselohe getroffen werden kann und auch eine spätere Erweiterung um einige Bahnsteiggleise möglich sein wird. Die Bahnhofhalle kann dadurch sowohl hinsichtlich der Zahl der Züge als auch hinsichtlich der Zahl der Reisenden um sicher 28 % entlastet werden (s. auch Abschnitt B, 2, Seite 81).

Dem Verkehre der einzelnen in die Bahnhofhalle einmündenden Doppelbahnen stehen zurzeit nur Gleisgruppen von je 3—4 Bahnsteiggleisen zur Verfügung. Dabei ist die Gleisanlage den früheren einfacheren Verkehrsverhältnissen entsprechend derart, daß sich die Ein- und Ausfahrten der Züge sehr oft gegenseitig behindern. Diese Behinderung tritt auch auf, wenn Züge ein- und ausfahren, während Leerzüge in die Bahnsteiggleise gebracht oder von denselben entfernt werden sollen. Hier kann durch günstigere Gleisanlage, insbesondere durch doppelte Überkreuzungsstraßen vor den einzelnen Gleisgruppen wesentliche Besserung geschaffen werden.

Bei der oftmals eintretenden Behinderung der Zug-Aus- und Einfahrten ist der Mangel einer von der Stellung der Hauptsignale abhängigen Sicherung der Ein- und Ausfahrstraßen sehr fühlbar. Eine derartige Sicherung kann aber in einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Weise erst nach dem Umbau der nicht mehr vollständig zeitgemäßen Gleisanlage vor den Bahnsteiggleisen ausgeführt werden.

c. Die Mängel hinsichtlich der Rangierverhältnisse, besonders zwischen den Bahnsteighallen und der Hackerbrücke.

Der größte Teil des umfangreichen Rangiergeschäftes, das zur Fertigstellung der Züge erforderlich ist, muß, wie schon im Abschnitt B, Ziffer 6 dargelegt ist, auf dem Gebiete zwischen den Bahnsteighallen und der Hackerbrücke abgewickelt werden, wo für den Rangierverkehr wegen des beengten Platzes nur ganz spärliche Gleisanlagen zur Verfügung stehen und wo der Rangierverkehr durch den Zugverkehr häufig behindert wird. Da eine von den Hauptsignalen abhängige Sicherung der Fahrstraßen für den Zugverkehr noch fehlt, erfordert der Rangierdienst auf dem beengten Platze besondere Aufmerksamkeit des Personals.

d. Die Mängel infolge des Eilgut- und Milchverkehrs.

Da die Eilgut- und Milchladeanlagen auf der Südseite des Bahnhofs liegen, verursacht das Einstellen und Abziehen der Eilgut- und Milchkurswagen der Personenzüge umständliche und zeitraubende Rangierbewegungen, die dazu noch unter sehr ungünstigen Verhältnissen (s. Abschnitt B, Ziffer 6 Seite 87) vorgenommen werden müssen. Die Einstellung dieser Wagen kann in der Regel erst kurz, bevor der Zug in die Bahnsteighalle gebracht wird, unmittelbar vor der Bahnsteighalle erfolgen, wodurch die Abfertigung der Züge oft leidet.

e. Die Mängel hinsichtlich des Postladedienstes.

Da eigene Postladegleise fehlen, müssen auch diejenigen Postwagen, deren Be- oder Entladung wegen des starken Paketverkehrs nicht innerhalb 10—20 Minuten möglich ist, in der Regel auch während der übrigen Ladezeit auf den Bahnsteiggleisen aufgestellt bleiben, wodurch die Benützung der Gleise für die reine Zugabfertigung häufig behindert wird (s. a. Abschnitt B, 3, c Seite 85).

f. Die Mängel der Anlagen für die Hinterstellung und Instandsetzung der Wagenzüge.

Die vorhandenen Hinterstellgleise sind für den wachsenden Verkehr nicht mehr zureichend. Viele davon sind sehr lang, eignen sich deshalb wohl zur Aufstellung mehrerer Wagenzüge, sind aber zur Vornahme der Rangierarbeiten für die Zugumbildung nicht günstig angelegt. Die Wagenzüge können, bevor sie auf den Bahnsteiggleisen aufgestellt werden, nur schwer den heutigen Anforderungen entsprechend und in wirtschaftlicher Weise instand gesetzt werden (s. a. Abschnitt B, 7 und 8, Seite 87).

2. Die Mittel zur Behebung der Betriebsschwierigkeiten und zur Beseitigung der Mängel der Anlage.

Wenn es sich auch gezeigt hat, daß der glatten Abwicklung des Verkehrs im Hauptbahnhofe manche Schwierigkeiten entgegenstehen und daß die Anlagen selbst Mängel aufweisen, so darf man doch nicht annehmen, daß die Schwierigkeiten in gleichem Maße wachsen werden wie der Verkehr. Gar manche Schwierigkeit wird sich mit weiterer Steigerung des Verkehrs von selbst mildern, da die Zunahme des Verkehrs Maßnahmen verkehrs- und betriebstechnischer Art zulassen wird, die bei geringerem Verkehr mit Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit noch nicht getroffen werden können.

a. Mittel verkehrs- und betriebstechnischer Art.

So werden die Betriebsschwierigkeiten, die sich gegenwärtig aus den außerordentlich starken Schwankungen des Verkehrs an einzelnen Tagen ergeben, mit der Steigerung des Verkehrs künftig kaum mehr stärker fühlbar werden. Denn der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Tagesverkehr und dem Höchstverkehr besonders verkehrsstarker Tage wird sich mit weiterem Anwachsen der Stadt und ihres Verkehrs von selbst abmindern, da jedenfalls in kommender Zeit der Sonn- und Feiertagsverkehr nicht mehr stärker anwachsen wird als der Werktagsverkehr. Es wird deshalb künftig infolge des wachsenden täglichen Verkehrs für die Bewältigung des Höchstverkehrs verhältnismäßig mehr Personal und Material zur Verfügung stehen.

Die Zunahme des Verkehrs wird es ermöglichen, den Zugverkehr in der weiteren Umgebung von München stärker zu verdichten, so daß durch Einlegung von Zügen in den Stunden, die jetzt noch wenig Fahrgelegenheiten bieten, im Laufe der Zeit auch eine gleichmäßigere Verteilung des Verkehrs auf die verschiedenen Tagesstunden erzielt werden kann*). Gleichzeitig damit kann aber auch der Fernverkehr, der sich auf große Entfernung erstreckt, von dem Fernverkehr auf geringere Entfernung leichter getrennt werden. Hiedurch wird eine größere Gleichmäßigkeit der Wagenzüge und eine leichtere Abfertigung der Züge erreicht.

Die weiteren Vervollkommnungen im Bau der Personenwagen und der Zugförderungsmittel, die in der Zukunft sicher erwartet werden können, werden zur rascheren Abfertigung und größeren Pünktlichkeit in der Durchführung der Züge auf dem ganzen Bahnnetze wesentlich beitragen. Pünktlichkeit im Zugverkehre ist aber die erste Bedingung, wenn sich in einer verkehrsreichen Knotenstation, in der wegen der Anschlußverhältnisse oder aus Gründen des Wagenumlaufes die Abfertigung der abgehenden Züge von dem fahrplanmäßigen Eintreffen der ankommenden Züge abhängig ist, der Betrieb glatt abwickeln soll. Pünktlichkeit in der Durchführung des Fahrplans auf dem ganzen Bahnnetze wird daher die Betriebsführung im Münchener Hauptbahnhofe wesentlich erleichtern.

Bedeutende Vorteile für die Durchführung des Betriebs nicht bloß auf der freien Strecke sondern auch in den Bahnhöfen versprechen sich die Bahnverwaltungen auch von der Elektrisierung des Betriebs. Diese Vorteile können besonders in Kopfbahnhöfen mit starkem Nah- und Ausflugverkehr gut ausgenützt werden**).

Im Münchener Hauptbahnhofe eignet sich für die Einführung des elektrischen Betriebs besonders der Verkehr nach Starnberg—Tutzing und nach Holzkirchen sowie der Nahverkehr nach Gauting und nach Großhesselohe. Für den Verkehr in der Richtung nach Starnberg—Tutzing ist die Elektrisierung bereits in Aussicht genommen. Durch Einführung des elektrischen Betriebs auf den genannten Strecken können die Vorteile dieser Betriebsweise für etwa 3/5 des gesamten Personenverkehrs des Hauptbahnhofes ausgenützt werden.

Die Schwierigkeiten im Rangierdienste werden durch die fortschreitende Trennung des Eilgut-, Milch- und Paketpost-Verkehrs von den Personenzügen und durch die Bedienung dieses Verkehrs mit eigenen Eilgüterzügen, die in einem besonderen Eilgutbahnhofe abzufertigen wären, mehr und mehr gemindert werden.

b. Mittel baulicher Art.

Außer den obengenannten Mitteln verkehrs- und betriebstechnischer Art, denen, wenn es nicht zu weit führen würde, noch weitere angefügt werden könnten, kommen für die Beseitigung der Mängel und die Behebung der Betriebsschwierigkeiten noch Maßnahmen baulicher Art in Betracht:

1. Zur Entlastung der Bahnsteiggleise 1—16 in der Bahnsteighalle kann ein eigener Bahnhof für den Verkehr nach Großhesselohe und Holzkirchen angelegt werden. Bei dem Bau dieses südlichen Flügelbahnhofes und dem Ersatzbau für den bestehenden nördlichen Flügel- (Starnberger) Bahnhof wird auf gute Abwicklung des Massen- (Ausflugs-) Verkehrs besonders Rücksicht zu nehmen sein.
2. Nach der Verlegung des Verkehrs nach Großhesselohe und Holzkirchen in einen eigenen Bahnhof haben die 16 Gleise der Bahnhofhalle nur mehr dem Verkehre der 4 Doppelbahnen nach Simbach/Rosenheim, Buchloe/Augsburg, Ingolstadt und Regensburg zu dienen. Bei der Einführung dieser Doppelbahnen in die 16 Bahnsteiggleise kann durch Anlage von doppelten Überkreuzungsstraßen und günstigen Weichenverbindungen erreicht werden, daß sich die Ein- und Ausfahrten der Züge sowie die Zu- und Abfahrten der

*) Welch große Vorteile die möglichst gleichmäßige Verteilung des Verkehrs bietet, zeigen die Verhältnisse des alten Hauptbahnhofes in Stuttgart (siehe Abschnitt B, Ziffer 1 b Seite 80 und Tafel 5).

**) Die französische Staatsbahnverwaltung verspricht sich von der Elektrisierung des Betriebs so große Vorteile, daß sie in dem Kopfbahnhofe St. Lazare bei dem bevorstehenden Umbau die vorhandenen 15 Gleise für den Nahverkehr auf 9 vermindert und die dadurch gewonnene Fläche zur Anlage von 3 neuen Gleisen für den Fernverkehr und zur Verbreiterung der Bahnsteige benützt.

Leerwagenzüge gegenseitig nur mehr wenig behindern und daß bei zeitweiliger Überlastung der Gleisgruppe für die eine Doppelbahn die Nachbargruppe zum Ausgleich herangezogen werden kann, ohne den sonstigen Verkehr der Nachbardoppelbahn ungünstig zu beeinflussen.

3. Die Schwierigkeiten des Rangierdienstes können dadurch behoben werden, daß außer bequem zugänglichen Hinterstellgleisen in der Nähe des Abfertigungsbahnhofes für die Züge, die in München nur kurzes Stillager haben, für die Züge mit längerem Stillager und die Züge, die eine weitgehende Umbildung erfahren müssen, ein — auch erweiterungsfähiger — Abstellbahnhof errichtet wird, in dem die Umbildung und die gesamte Wiederinstandsetzung der Wagenzüge, unbehindert vom Zugverkehr unter Benützung neuzeitlicher Einrichtungen vorgenommen werden kann. Der Abstellbahnhof soll doppelgleisige Verbindungen mit den einzelnen Gleisgruppen des Abfertigungsbahnhofes erhalten, wobei schienengleiche Überkreuzungen möglichst zu vermeiden wären.

4. Wenn im Laufe der Zeit der elektrische Betrieb für den Verkehr, den die beiden Flügelbahnhöfe zu bedienen haben werden, eingeführt sein wird, ergibt sich von selbst eine Dreiteilung in der Zu- und Abfuhr der Zugförderungsmittel (Dampf- und elektrische Lokomotiven). In der Übergangszeit wird übrigens auch durch die Verbindungswege zwischen dem Abstellbahnhofe und dem Abfertigungsbahnhofe bezw. den Lokomotivschuppen eine Verteilung der zu- und abgehenden Lokomotiven auf mehrere Wege bewirkt werden.

5. Die Trennung des Eilgut-, Milch- und teilweise auch des Paketpostverkehrs von den Personenzügen kann erleichtert werden durch den Ausbau des bestehenden Eilgut- und Milchladehofes zu einem Eilgutbahnhof, dessen Erweiterungsfähigkeit gesichert ist.

6. Die Paketpostverladung kann durch die Anlage eines eigenen Postladebahnsteiges und durch den Einbau unterirdischer Posträume wie im Nürnberger Hauptbahnhofe erleichtert und es kann dadurch vermieden werden, daß einzelne Züge wegen des Postladegeschäftes allzulange auf den Bahnsteigen belassen werden müssen.

7. Zur Sicherung der Zugfahrstraßen kann eine von den Hauptsignalen abhängige Sicherungsanlage (Stellwerkanlage), die dem neuesten Stande der Stellwerktechnik entspricht, errichtet werden.

D. Vorschläge, die für die Behebung der baulichen Mängel der bestehenden Anlage in Frage kommen.

Zur Behebung der baulichen Mängel des bestehenden Hauptbahnhofes können in Betracht gezogen werden:

1. Die Errichtung eines neuen Personenbahnhofes westlich der Hackerbrücke oder
2. die Auflassung des Kopfbahnhofes und die Erbauung eines Durchgangsbahnhofes oder
3. die Herstellung einer Schleifenbahn für den Nahverkehr unter dem jetzigen Hauptbahnhof und ein Umbau der Anlagen für den Fernverkehr oder
4. ein durchgreifender Umbau des Bahnhofes unter Rücksichtnahme auf eine spätere Erweiterungsmöglichkeit.

1. Die Errichtung eines neuen Personenbahnhofes westlich der Hackerbrücke.

a. Erläuterung des Entwurfes für einen Bahnhof westlich der Hackerbrücke.

In der öffentlichen Besprechung über die Münchener Bahnhoffrage hat vor allem die Hinausverlegung des Bahnhofes vor die Hackerbrücke einen breiten Raum eingenommen, wobei betont wurde, daß es möglich sei, durch den Verkauf des frei werdenden Geländes einen großen Teil der Baukosten zu decken. Es wurde deshalb dieser Vorschlag eingehend untersucht und dazu ein allgemeiner Entwurf bearbeitet.

Dieser Entwurf sieht etwa 70 m westlich der Hackerbrücke das neue Hauptgebäude mit einer gesamten Breitenentwickelung von 400 m vor. Die Flügelbauten für den Starnberger- und den Nahverkehr nach Westen und Norden und für den Holzkirchner- und Großhesseloher-Verkehr sind um 80 m nach Westen zurückgesetzt, damit für die Reisenden des Fernverkehrs Zu- und Abgänge nach drei Seiten — Osten, Süden und Norden — geschaffen werden können.

Im Mittelbau sind 20, im südlichen Flügelbau 8 und im nördlichen Flügelbau 10, im ganzen also 38 Bahnsteiggleise vorgesehen. Eine derartig hohe Gleiszahl geht aber eigentlich schon über das wirkliche Bedürfnis im Verhältnis zur Zahl der einmündenden Doppelbahnen hinaus, so daß damit schon die Grenze erreicht wird, wo die allzu große Breite des Bahnhofes Schwierigkeiten für die Abwicklung des Verkehrs zu bereiten beginnt.

Um die Verhältnisse für den Verkehr der direkten Züge besser zu gestalten, ist eine hiefür günstigere Linieneinführung vorgesehen, die jedoch eine kostspielige Verlegung der Doppelbahn zum Ostbahnhof und der Güterbahnen vom Südbahnhof und von Mittersendling nach München-Laim in das Gelände westlich der Hansastraße bedingt, um von dem nach Westen hinaus geschobenen Bahnhofe weg die nötige Entwicklungslänge für die Überwerfung der Doppelbahn zum Ostbahnhof zu bekommen.

Gleichzeitig mit der Verschiebung der Anlagen für den Personenverkehr müßten aber auch die Anlagen für den Güterverkehr nach Westen abgerückt werden. Die Güterhallen könnten erst in der Höhe der Deroystraße gegenüber den Infanteriekasernen beginnen und müßten sich bis zur Donnersbergerstraße erstrecken. Der Freiladehof müßte zwischen die Donnersberger- und die Hubertusstraße hinausgeschoben, der Milchladehof und die Eilgutanlagen, sowie der Paketpostladehof sogar bis über die Hubertusstraße hinausverlegt werden. Auf das Gelände des jetzigen Rangierbahnhofes München-Laim käme der Abstellbahnhof zu liegen. Für den künftigen Rangierbahnhof müßte, da er vollständig neu anzulegen wäre, ein Platz gewählt werden,

wo künftigen Erweiterungsbedürfnissen in weitschauender Weise Rechnung getragen werden könnte. Zu diesem Platze, der wohl sehr weit von der Stadt abgerückt wäre, müßten von den verschiedenen Bahnlinien neue Verbindungsbahnen gebaut werden.

Das Elektrizitätswerk, die Mischgasanstalt und die Hauptwerkstätte müßten ebenfalls verlegt werden.

Das Gelände zwischen dem jetzigen Bahnhofplatz, der Bayer-, der Grasser- und der Arnulfstraße könnte gut verkauft werden mit Ausnahme einiger Teilflächen, die unmittelbar an bahneigene Gebäude anschließen und deshalb für künftige Baubedürfnisse des Staates freizuhalten wären. Dabei könnten außer einem schönen Straßenzuge vom neuen Bahnhofe zum Karlsplatz noch neue durchgehende Straßenzüge für den Verkehr von Norden nach Süden und zwar im Zuge

der Dachauer-, Pfeffer-, Goethe-Straße,
„ Sand-, Herbst-, Hermann Lingg-Straße und
„ Spaten-, Rennbahn-Straße

geschaffen werden.

Die Kosten für die Ausführung des Personen- und Güterbahnhofes sind auf 92 Millionen Mark anzuschlagen.

Von diesem Betrage der Baukosten mit	92'000,000 M
wäre die Rückeinnahme aus dem Verkaufe des freiwerdenden Baugeländes im Schätzungsbetrage von	51'000,000 M
abzuziehen, so daß sich zunächst ein Aufwand von	41'000,000 M
ergibt; dagegen ist, weil die Rückeinnahmen frühestens nach Vollendung des ganzen Baues fällig werden können, für eine mehrjährige Verzinsung des Bauaufwandes, soweit er durch die Rückeinnahme gedeckt werden soll, ein Zinsenaufwand von rund	12'000,000 M
zuzusetzen. Außerdem muß, bevor noch mit dem Bau des neuen Hauptbahnhofes begonnen werden kann, als Ersatz für den aufzulassenden Rangierbahnhof Laim an den Bau eines neuen großzügig angelegten Rangierbahnhofes, der einschließlich der Verbindungslinien im ersten Ausbau auf	35'000,000 M
zu veranschlagen ist, herangetreten werden, so daß sich ein Gesamtaufwand von . . .	88'000,000 M
ergibt.	

b. Die Vor- und Nachteile des Entwurfes.

In verkehrs- und betriebsdienstlicher Beziehung weist der Entwurf folgende **Vorteile** auf, die die Hinausverlegung des Bahnhofes mit sich bringen würde:

1. Der Entwurf sieht die Errichtung eines neuen Empfangsgebäudes vor, das wohl einen sehr hohen Kostenaufwand verursachen würde, in dem aber auch den Verkehrsbedürfnissen weitgehend Rechnung getragen werden könnte.

2. Da mit den Umbauarbeiten von der Süd- und von der Nordseite aus begonnen und während des Baues zunächst in der Mitte der Betrieb vom alten Bahnhofe her noch durchgeleitet werden müßte, müßte der Bahnhof schon zur Erleichterung des Umbaues eine verhältnismäßig große Ausdehnung in der Breite erhalten, so daß mehr Bahnsteiggleise und auch breitere Personen- und Gepäckbahnsteige angelegt werden könnten, als dies bei der Erweiterung des Bahnhofes an seiner jetzigen Stelle der Fall ist. Dieser Vorteil darf aber, wie schon unter a auf Seite 90 angeführt ist, nicht zu hoch angeschlagen werden. Für die Abwicklung des Betriebs ist eine stärkere Breitenausdehnung nämlich gar nicht erwünscht, weil sie sehr lange Überkreuzungsstraßen bedingt und den Zug- und Rangierverkehr erschwert. Auch den Reisenden würden Unbequemlichkeiten aus der Zurücklegung zu weiter Wege erwachsen.

Diesen Vorteilen stehen aber viele **Nachteile** gegenüber, nämlich:

1. Der neue Personenbahnhof würde um rund 950 m nach Westen hinausgerückt werden und demnach 2125 m von der Mitte des Marienplatzes entfernt sein*). Eine so große Entfernung von der Geschäftsstadt würde insbesondere im Nahverkehr (Wohn- und Ausflugsverkehr) schwer empfunden werden, so daß es sich voraussichtlich nicht vermeiden ließe, wenigstens den Nahverkehr bis zum jetzigen Bahnhof hereinzuleiten. Wenn aber auf dem jetzigen Bahnhofplatz wieder ein Bahnhof für den Nahverkehr errichtet werden müßte, dann wäre keine wesentliche Rückeinnahme zu erzielen, und der Hauptgrund, den die Freunde der Bahnhofverlegung für die Hinausverlegung anführen können, würde damit wegfallen.

2. Außer dem Personenbahnhofe würden aber auch die Anlagen für den Güterdienst weiter von der Stadt abgerückt werden und zwar

die Frachtguthallen um rund 700 m,
der Freiladehof um rund 1100 m,
der Milchladehof um rund 1200 m und
die Eilguthallen um rund 1200 m.

3. Die Strecke München Hauptbahnhof (neu)—München Ostbahnhof würde um 1,2 km länger werden, wodurch auch eine Erhöhung der Tarife und eine Verlängerung der Fahrzeiten verursacht würde. Auch im Durchgangsverkehr würde sich eine wenn auch nur geringe Wegverlängerung von 0,3 km ergeben.

4. Diese Wegverlängerung und die große Entfernung des künftigen Hauptbahnhofes würde aber zur Folge haben, daß viele von den Reisenden, die die Strecke nach Simbach und Rosenheim benützen, am Ostbahnhofe zu- und abgingen statt am neuen Hauptbahnhofe. Die Verlegung des Bahnhofes würde daher, weil auch die Tarife für die Fahrten nach Westen und Norden etwas sinken würden, einen bedeutenden jährlichen Einnahmeausfall bedingen, der immerhin auf einige Hunderttausend Mark geschätzt werden muß.

5. Die Güterverladestelle München-Laim müßte von der Nordseite der Bahn auf die Südseite verlegt werden. Ihre Erweiterungsfähigkeit wäre an der neuen Stelle sehr beschränkt.

6. Der Inangriffnahme des Baues des neuen Personenbahnhofes müßte der Bau eines neuen Rangierbahnhofes vorausgehen. Dies hätte zur Folge, daß für den Verkehr nach Großhesselohe und Holzkirchen ein auf etwa 8—10 Jahre bemessener Aushilfsbahnhof errichtet und auch im jetzigen Hauptbahnhof noch ein nicht billiger Zwischenumbau vorgenommen werden müßte.

7. Es würde eine kostspielige Verlegung der Personen-Doppelbahn zum Ostbahnhof und der Güterbahnen vom Süd-

*) In Frankfurt a. M. wurde wohl im Jahre 1880, als die Stadt erst 135 000 Einwohner zählte, der neue Zentralbahnhof etwa 550 m westlich der früheren alten Bahnhöfe angelegt, er ist aber trotzdem nur 1400 m von der Stadtmitte entfernt.

bahnhof und vom Mittersendlinger Bahnhof zum Rangierbahnhof München-Laim nötig werden, was eine umfangreiche und teuere Grunderwerbung bedingen würde. Im Westen der Stadt würde ein zweiter Bahngürtel die Entwicklung der Stadt behindern.

8. Die Verlegung des Bahnhofes vor die Hackerbrücke würde sehr schwierige Umbauarbeiten bedingen, die sich über eine Reihe von Jahren erstrecken und große Hemmnisse für den Bahnbetrieb und starke Belästigungen für die Reisenden mit sich bringen würden.

9. Der Abstellbahnhof wäre nicht in dem Maße erweiterungsfähig wie bei einem Umbau an der jetzigen Stelle, bei dem das Gelände der Hauptwerkstätte für eine künftige Erweiterung des Güter- und des Abstellbahnhofes verfügbar bleibt.

10. Wegen der Überwerfung der Doppelbahn zum Ostbahnhofe über die Pasinger Doppelbahn, die in der Nähe der Friedenheimer Brücke zu liegen käme, müßte diese Brücke um 2,5 m höher gelegt werden, wodurch der Fuhrwerkverkehr erschwert würde.

11. Die Stadtgemeinde München müßte umfangreiche Änderungen im Straßenbahnnetze vornehmen, um den neuen Bahnhof in dieses einzubeziehen.

12. Der Postverwaltung würden Kosten für ein neues Postgebäude[1]) für den Briefpostdienst unmittelbar neben den neuen Bahnsteighallen, für einen neuen Posttunnel[2]) unter den Bahnsteigen und für eine etwa 700 m lange Untergrundbahn[3]) vom Zentralbriefpostamt (an der Mars- und Hopfenstraße) zum neuen Personenbahnhof erwachsen. Außerdem würden sich die laufenden Kosten für den Paketpostdienst erhöhen, weil die Postpakete mit Fuhrwerk bis über die Friedenheimer Brücke (Hubertusstraße) hinausgefahren werden müßten.

13. Die Errichtung eines neuen Hauptbahnhofes westlich der Hackerbrücke würde später den Übergang auf einen künftigen Durchgangsbahn-Entwurf sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen, weil der bei einem Durchgangsbahn-Entwurf notwendige westliche Vorbahnhof stark in das Gelände des neuen Kopfbahnhofes einschneiden würde.

14. Die Veräußerung des Geländes zwischen dem jetzigen Bahnhofplatze und der Hackerbrücke dürfte zu einer späteren Zeit, wenn die werdende Millionenstadt eine weitgehende Umänderung der Bahnhofverhältnisse bedingen wird, kaum gutgeheißen werden, weil für einen möglichst zentralgelegenen Bahnhof mit sehr starkem Wohn- und Ausflugverkehr wohl kein anderer gleich günstiger Platz gefunden werden kann, als der, auf dem der Bahnhof jetzt steht.

Die Hinausverlegung des Hauptbahnhofes um fast 1 km würde nicht bloß mit Unbequemlichkeiten für die Reisenden, sondern auch mit empfindlichen Schäden für die Geschäfte und Hotels in der Nähe des jetzigen Bahnhofes verbunden sein. Die Anwesen an der inneren Arnulfstraße und an der Bayerstraße würden durch die an der neuen Bahnhofsstraße entstehenden Anwesen vollständig zurückgedrängt werden und ganz bedeutend an Wert verlieren. Die Geschäftsstadt in der Nähe des jetzigen Hauptbahnhofes hat sich im Laufe der letzten 30 Jahre so entwickelt und festgelegt, daß eine Abrückung des Bahnhofes, wie sie immer wieder mit dem Hinweise auf die Stadt Frankfurt a. M. und andere Städte von einzelnen als empfehlenswert bezeichnet wird, sehr ungünstige Folgen für diesen gut entwickelten Stadtteil zeitigen müßte[4]).

Bei der schon vor 30 Jahren durchgeführten Bahnhofverlegung in Frankfurt a. M. wurde der neue Bahnhof nur halb so weit hinausgerückt, als das jetzt in München geschehen müßte. Damals war aber auch das Verkehrsbedürfnis noch weit geringer als jetzt, es betrug i. J. 1880 in München nur 5,7, während es jetzt auf 11,2 gestiegen ist (vergl. Seite 78). Auch in Frankfurt a. M. würde man sich heute kaum mehr für eine weitere Hinausschiebung des Bahnhofs aussprechen.

Wenn zurzeit noch in anderen Städten Hinausverlegungen der Personen- und Güterbahnhöfe durchgeführt werden, wie z. B. in Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Heidelberg und Basel (Badischer Bahnhof), so handelt es sich hier um Städte, die bedeutend kleiner als München und größtenteils erst in der Entwicklung zur Großstadt begriffen sind; auch waren hier für die Verlegung ganz andere Gründe ausschlaggebend wie in München, so z. B. vollständig unzureichender Platz, die Unmöglichkeit, an der alten Stelle schienenfreie Wegübergänge herzustellen, ungünstige Krümmungen an den Enden des alten Bahnhofs, Lage des alten Bahnhofs auf einer Scheitelhorizontalen, die den Bedürfnissen des neuen Bahnhofes entsprechend nicht verlängert werden konnte, Behinderung der Entwicklung der Stadt u. dgl.[5])

Dagegen herrscht gerade in den Weltstädten das Bestreben vor, die Bahnlinien möglichst weit in das Innere der Stadt hineinzuziehen. So hat man z. B. in Paris die vom Bahnhof Champ de Mars nach Versailles führende Bahnlinie um 2 km bis zum jetzigen Invaliden-Bahnhof, die Bahnlinie nach Sceaux und Limours um 2 km bis zum jetzigen Luxembourg-Bahnhof und die Orleans-Bahn um 3,5 km bis zum jetzigen Bahnhof Quai d'Orsay weiter in die Stadt hineingeführt; der Verkehr auf diesen Bahnen ist infolge dieser Maßnahme bedeutend gestiegen[6]).

Nach diesen Ausführungen kann für München die Erbauung eines großen Kopfbahnhofes westlich der Hackerbrücke nicht empfohlen werden.

2. Die Anlage eines neuen Durchgangsbahnhofes.

Wenn es sich um die Errichtung eines Durchgangsbahnhofes als Ersatz des jetzigen Kopfbahnhofes — sei es auch nur für den Fernverkehr — handelt, so käme bei der Wahl des Platzes zunächst eine Lage längs der jetzigen Bahn

---

[1]) Im ungefähren Betrage von 125,000 M.
[2]) „ „ „ „ 600,000 M.
[3]) „ „ „ „ 800,000 M.
[4]) Gegen die Hinausschiebung des Hauptbahnhofes spricht sich auch die Vorstellung des Stadtmagistrates München an die Kammer der Abgeordneten, die Bahnhöfe Münchens betreffend, vom 24. Februar 1890 aus.
[5]) In Stuttgart (286,000 Einw.) wird der neue Bahnhof um 0,4 km hinausgerückt,
„ Karlsruhe (134,000 Einw.) „ „ „ „ „ 1 „ „
„ Darmstadt (87,000 Einw.) „ „ „ „ „ 3/4 „ „
„ Heidelberg (56,000 Einw.) „ „ „ „ „ nicht ganz 1 km hinausgerückt,
„ Basel (Bad. Bahnhof) „ „ „ „ „ 0,6 km hinausgerückt.
[6]) Auf der Sceaux-Linie soll der Personenverkehr im ersten Jahre nach der Fertigstellung der Hineinschiebung in die Stadt um 40% gestiegen sein (Deutsche Bauzeitung, Jahrgang 1901 Seite 351 „Leipziger Bahnhoffragen“).

zum Ostbahnhof und zwar zwischen der Westend- und der Thalkirchner-Straße in Betracht. Der Bahnhof würde je nach der genauen Lage immerhin 2 1/4 bis 2 3/4 km vom Marienplatz entfernt sein.

Die Anlage eines solchen Durchgangsbahnhofes als Hauptbahnhof kann aber schon der großen Entfernung von der Stadtmitte wegen nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Es müßte vielmehr, wenn der Entwurf einigermaßen großzügig sein sollte, in geringerer Entfernung von der Mitte der Stadt eine Verkehrsstelle nicht bloß für den Nah-, sondern auch für den Fernverkehr in Aussicht genommen werden.

Diesen Anforderungen könnte nur mittels einer Bahn vom Hauptbahnhof zum Ostbahnhof als Untergrundbahn durch die Stadt hindurch entsprochen werden.

Dieser schon wiederholt gemachte Vorschlag, den jetzigen Bahnhof dadurch in einen Durchgangsbahnhof umzubauen, daß man die Gleise gegen Osten zusammenzieht und dann mittels einer Untergrundbahn durch die Stadt hindurch zum Ostbahnhof führt, ließe sich wohl technisch verwirklichen, würde aber, in so einfacher Weise ausgeführt, für den Betrieb keine Vorteile bringen, weil, wie ja in den Abschnitten B und C nachgewiesen ist, die Hauptschwierigkeiten unter den jetzigen Verhältnissen im Rangierdienste liegen, der sich nur nach einer Seite (Westen) abwickeln kann. Diese Schwierigkeiten werden aber durch Verwirklichung des Vorschlags nicht beseitigt. Denn es wäre aus Sicherheitsgründen nicht zulässig, Rangierbewegungen nach Osten zu in den Untergrundtunnel hinein auszuführen. Außerdem müßten die Zug- und Rangierlokomotiven, um vom östlichen Teile des Bahnhofes zum westlichen zu gelangen, wo sich die Hinterstellgleise, die Lokomotivschuppen und güterdienstlichen Anlagen befinden, immer wieder durch den Bahnhof hindurchfahren, so daß keine Verminderung der Rangierbewegungen im Bahnhofe zu erwarten wäre*).

Wenn also mit einem Durchgangsbahnhof Abhilfe geschaffen werden sollte, müßte, vorausgesetzt, daß östlich des Bahnhofes die nötige Entwicklung in der Länge und Breite möglich wäre, der Betrieb so geregelt werden, daß die Züge von und nach Westen und Norden den Hauptbahnhof durchfahren und erst im Ostbahnhof ihre Umbildung erleiden, während umgekehrt die Züge von und nach Osten und Süden im Ostbahnhofe durchfahren und im Hauptbahnhofe umgebildet würden. Im Ostbahnhofe müßten die Rangierbewegungen auf der Ostseite und im Hauptbahnhofe auf der Westseite ausgeführt werden. Abstellbahnhof, Lokomotivschuppen u. dgl. müßten für den Verkehr nach Osten und Süden einerseits und für den Verkehr nach Westen und Norden anderseits aufgeteilt und für den stärkeren Teil des Verkehrs auf der Ostseite des Ostbahnhofes und für den geringeren Teil des Verkehrs auf der Westseite des Hauptbahnhofes angelegt werden.

Man ersieht daraus, daß außer der Herstellung einer für den gesamten Zugverkehr ausreichenden Untergrundbahn durch die Stadt hindurch noch ganz durchgreifende Umbauten des Hauptbahnhofes und des Ostbahnhofes nötig würden. Diese Umbauten müßten aber, wenn sie nicht bloß auf kurze Zeit, sondern nach späterer Erweiterung auch für die fernere Zukunft ausreichen sollen, sehr großzügig angelegt werden. Bei der Bearbeitung der Entwürfe zu solchen Anlagen wäre, selbst wenn die Anlage der hohen Kosten wegen zunächst nur für die Bedürfnisse der nächsten Zeit ausgebaut würde, der jetzigen Zeit weit vorzugreifen, damit die spätere Erweiterung und Ergänzung im Rahmen eines großzügigen und einheitlichen Entwurfes auch bei der inzwischen weiterschreitenden Entwicklung der Stadt nicht unmöglich würde.

Der Eisenbahnverkehr der Stadt München ist noch nicht so hoch entwickelt, daß jetzt schon an die Erbauung eines Durchgangsbahnhofes und einer unterirdischen Bahn durch die Stadt herangetreten werden könnte. Denn dies erfordert einen Aufwand, der bei dem heutigen Verkehr der Münchener Bahnhöfe schlechthin nicht vertreten werden könnte.

Im übrigen würde auch, wenn man sich heute schon für eine solche Lösung entscheiden könnte, zur sofortigen Beseitigung der bestehenden Mängel und zur Behebung der auftretenden Schwierigkeiten doch ein Zwischenumbau nicht vermieden werden können, der immerhin einen Kostenaufwand von 17—18 Millionen erfordern würde.

3. Eine Schleifenbahn für den Nahverkehr unter dem jetzigen Hauptbahnhofe.

Vor mehreren Jahren ist von der Eisenbahnverwaltung auch untersucht worden, ob die Nachteile des Kopfbahnhofes hinsichtlich des Umkehrens der Züge nicht wenigstens im Nahverkehr durch eine unterirdische Schleifenbahn unter dem Gelände des jetzigen Hauptbahnhofes beseitigt oder doch wesentlich gemildert werden könnten.

Ein Studienentwurf hierüber sieht westlich der Hasen- (Seidl-) Straßenunterführung eine Verbindung der von Pasing kommenden Nahverkehrsdoppelbahn mit einer neuen von Mittersendling kommenden Nahverkehrsdoppelbahn mittels einer unterirdischen Schleife vor. Diese Schleife würde, nachdem sie die Güterabgabehalle unterfahren hat, unter den gewölbten Öffnungen der Hackerbrücke hindurchgehen bis zum Eisenbahndirektionsgebäude, das ebenfalls unterfahren werden und infolgedessen das Unter- und das Kellergeschoß verlieren müßte. Von da würde sich die Schleife mit einem Bogen vom Halbmesser 180 m nach Süden wenden, unter den Gleisen der Fernbahnen hindurchgehen, sich sodann dem alten Hauptzollamtsgebäude zuwenden, dieses sowie auch die Anwesen der Pschorr- und der Hackerbrauerei und die bahneigenen Gebäude an der Grasserstraße unterfahren und, nachdem sie noch den Milchladehof unterirdisch gekreuzt hat, zur neuen Nahverkehrslinie nach Mittersendling heraufsteigen, von wo sie neben der bestehenden Doppelbahn nach Großhesselohe weiterverlaufen würde.

Im Scheitelpunkte der Schleife, etwa gegenüber dem neuen Verkehrsministerialgebäude, ist der unterirdische Bahnhof vorgesehen, von dem unterirdische Gänge zu den Ausgängen an den Ecken Arnulf-Hasenstraße und Bayer-Paul Heysestraße führen. Die Bahnsteige würden etwa 150 m westlich der Straßenunterführung zu liegen kommen.

Da die Anwesen der Pschorr- und der Hackerbrauerei ganz angekauft werden müßten, sind die Kosten des Schleifenbahnhofes auf 27 Millionen Mark anzuschlagen, dabei ist aber schon berücksichtigt, daß ein Teil der erworbenen Flächen, nämlich der an die Bayer- und Grasserstraße angrenzende Teil wieder veräußert und somit eine Rückeinnahme erzielt werden könnte.

*) Ähnliche Gründe waren u. a. ausschlaggebend dafür, daß man auch in Stuttgart von der Anlage eines Durchgangsbahnhofes abgesehen hat. (Organ für die Fortschritte des Eisenbahnwesens. Jahrgang 1909, Seite 63 und 81.)

Von den verhältnismäßig hohen Kosten abgesehen, erscheint dieser Entwurf aber auch sonst nicht empfehlenswert, weil

1. der Untergrundbahnhof für den Nahverkehr zu weit von der Stadt abgerückt wäre und günstige Übergänge zum Bahnhof für den Fernverkehr nicht hergestellt werden könnten;
2. nach Anlage der Schleifenbahn später die Einführung der Nahverkehrslinien in die Mitte der Stadt erschwert wäre;
3. die Leistungsfähigkeit des Bahnhofes wesentlich beeinträchtigt wäre durch die Zeitverluste infolge des Anfahrens der Züge in der starken Krümmung und durch den Umstand, daß der größere Teil der Züge wegen des Überwiegens des Verkehrs in der westlichen Richtung doch wieder in der gleichen Richtung zurückkehren müßte;
4. trotz der Anlage der Schleife ein Umbau der Anlagen für den Fernverkehr nicht vermieden und auch nicht auf spätere Jahre verschoben werden könnte und ferner noch besondere Abstellbahnhöfe für den Nahverkehr geschaffen werden müßten, wofür die Kosten in dem genannten Betrag von 27 Millionen Mark noch nicht einmal enthalten sind.

4. Der durchgreifende Umbau des Bahnhofes unter Rücksichtnahme auf eine spätere Erweiterungsmöglichkeit.

Es wurde schließlich noch eingehend untersucht, ob nicht auf dem jetzigen Bahnhofgelände ein durchgreifender Umbau durchgeführt werden könnte, der den Anforderungen noch auf eine Reihe von Jahren Rechnung trägt, eine spätere Erweiterung insbesondere hinsichtlich des Abstellbahnhofes und der Güterdienstanlagen gestattet und bei dem die Hauptwerkstätte, das Elektrizitäts- und Fernheizwerk und die Mischgasanstalt noch erhalten bleiben könnten.

Die Untersuchungen hierüber haben einen Umbau t-wurf gezeitigt, der den gestellten Bedingungen entspricht und deshalb als die zweckmäßigste Lösung der Münchener Bahnhoffrage zur Ausführung vorgeschlagen wird.

Im folgenden Abschnitt soll dieser Entwurf ausführlich erläutert und begründet werden.

Von der Erwerbung des Geländes der Pschorr- und Hackerbrauerei kann bei diesem Entwurf abgesehen werden, weil bei einer späteren Erweiterung des Bahnhofes unter Heranziehung des Geländes der Krauß'schen Lokomotivfabrik und des Geländes der jetzigen Hauptwerkstätte durch eine leichte Schwenkung der Bahnhofachse nach rechts die volle Breite für eine uneingeschränkte Gleisanlage gewonnen werden kann, wobei ganz flache Kurven mit 5000 bis 10000 m Krümmungshalbmesser als Vermittlungsbogen nötig werden.

E. Der von der Regierung zur Ausführung in Vorschlag gebrachte Umbauentwurf.

1. Allgemeine Beschreibung des Umbauentwurfes.

Der zur Ausführung geeignet erscheinende Umbauentwurf sieht Flügelbahnhöfe für den Verkehr nach Starnberg und den Nahverkehr über Pasing einerseits und für den Verkehr nach Großhesselohe und Holzkirchen anderseits vor. Die Hauptwerkstätte, das Elektrizitätswerk und die jetzigen Eilguthallen sind unverändert belassen worden, weshalb der Abstellbahnhof auf das Gelände westlich der Hauptwerkstätte abgerückt werden mußte.

a. Der Abfertigungsbahnhof.

Die Bahnsteighalle mit den Gleisen I—XVI ist nur mehr für den Verkehr der 4 Doppelbahnen nach Ostbahnhof, Pasing, Allach und Moosach vorgesehen. Für den Verkehr nach Starnberg und für den Nahverkehr nach Gauting, Fürstenfeldbruck und Maisach soll als Ersatz für den jetzigen Holzfachwerkbau ein neues massives Gebäude unmittelbar an den bestehenden nördlichen Flügelbau des Hauptgebäudes angeschlossen werden, so daß die Bahnsteige für den Starnberger und den Nahzugverkehr um rund 80 m näher an die Stadt herangerückt werden. Der Bahnhof für den Verkehr nach Großhesselohe und Holzkirchen muß westlich der Paul Heysestraße gelegt werden, weil die Fläche östlich dieser Straße, auf der jetzt das Postgebäude steht, nicht genügend breit ist und gegen Osten zu immer schmäler wird. Bei dieser Lage des Holzkirchner Bahnhofes wird auch der Bahnhofplatz etwas entlastet.

Im Starnberger Bahnhof werden die bestehenden 10 Bahnsteiggleise für den Starnberger- und für den Nahverkehr gegen die Stadt zu um etwa 80 m verlängert, der neue Holzkirchner Bahnhof erhält 6 Bahnsteiggleise, denen später noch 2 weitere hinzugefügt werden können. Der ganze Hauptbahnhof wird also zunächst 32, später 34 Bahnsteiggleise enthalten.

Im Holzkirchner Bahnhof ist auch ein Bahnsteig mit 2 Ladegleisen für Paketpostverladung vorgesehen. Im übrigen sind ähnlich wie im Nürnberger Hauptbahnhofe im Anschlusse an den Posttunnel unterirdische Posträume vorgesehen, damit der Postladedienst auf den Bahnsteigen erleichtert wird. Die Kosten hiefür werden s. Zt. im Postetat vorgesehen werden.

Die Aufteilung der 16 Bahnsteiggleise im alten Bahnhof ist in der Weise vorgesehen, daß je 4 Gleise zusammengefaßt und mittels doppelter Überkreuzungsstraßen zu Hauptgruppen für den Verkehr der vier Doppelbahnen nach Ostbahnhof, Pasing, Allach und Moosach zusammengezogen werden. Jede Doppelbahn erhält also eine Hauptgruppe mit 4 Bahnsteiggleisen. Damit aber den Verkehrsschwankungen, die zeitweise auf den einzelnen Doppelbahnen auftreten, ausreichend Rechnung getragen werden kann, sollen sich die einzelnen Hauptgruppen gegenseitig aushelfen können. Es sind deshalb die benachbarten Gruppen derart mit Weichenstraßen verbunden, daß diese Aushilfe möglich ist, ohne den Verkehr auf den übrigbleibenden Gleisen der aushelfenden Gruppe zu sehr zu behindern. Dabei mußte auch noch auf den Verkehr der direkten Züge, der Schnellzüge mit direkten Wagen und der Sonderzüge, die aus einem besonderen Grunde an dem ersten Bahnsteige abzufertigen sind, Rücksicht genommen werden.

Es ist demzufolge beabsichtigt, für den Verkehr der Doppelbahn

nach Ostbahnhof die Gleise	1 bis 5, 9 u. 13	d. s. im ganzen	7 Gleise
„ Pasing „ „	1, 3 „ 9, 13 „ 14	„ „ „ „	10 „
„ Allach „ „	1, 8 „ 14	„ „ „ „	8 „
„ Moosach „ „	1, 9, 12 „ 16	„ „ „ „	7 „
„ Starnberg und Herrsching „ „	16, 17 „ 21	„ „ „ „	6 „
„ { Gauting, Fürstenfeldbruck, Maisach }	22 „ 26	„ „ „ „	5 „
„ Mittersendling die Gleise	1, 27 „ 32	„ „ „ „	7 „

mit Fahrstraßen, die in die Sicherungsanlage einbezogen sind, zu versehen. Von diesen Fahrstraßen werden in der Regel jeweils die südlichen für die Einfahrten, die mittleren für Ein- und Ausfahrten und die nördlichen für Ausfahrten dienen.

Um einen bequemen Übergang von den Flügelbahnhöfen zum Bahnhof für den Fernverkehr zu ermöglichen, kann der alte Bahnsteigtunnel, der seit Einführung der Bahnsteigsperre geschlossen war, wieder für den Verkehr zwischen den einzelnen Bahnsteigen geöffnet werden.

Die jetzt hauptsächlich zum Einstellen von Eilgut- und Milchwagen benützte Schiebebühne muß entfallen, da sie weder in die künftigen Fahrstraßen paßt, noch in entsprechend zuverlässige Abhängigkeit von der Sicherungsanlage gebracht werden kann. Da eigene Eilgüterzüge eingeführt werden, ein großer Teil der Rangierarbeiten in den Abstellbahnhof verlegt wird und vor den Bahnsteiggleisgruppen doppelte Überkreuzungsstraßen eingeschaltet werden, kann die Schiebebühne auch entbehrt werden.

b. Der Abstellbahnhof.

Der Abstellbahnhof ist auf dem Gelände geplant, das, nördlich der Bahn gelegen, von der westlichen Hauptwerkstätte-Einfriedigung, der Reichel- und Winfriedstraße und der Laimer-Straßenunterführung begrenzt ist.

Wenn die Lage des Platzes es auch bedingt, daß ein großer Teil der Abstellgleise als Stumpfgleise ausgeführt werden müssen, so werden Stockungen im Zu- und Abgang der Wagenzüge doch nicht zu befürchten sein, weil dort, wo die zum Abfertigungsbahnhof führenden Verbindungsbahnen in den Abstellbahnhof einmünden, eine größere Anzahl doppelseitig angeschlossener Gleise vorgesehen ist, die bei starkem Verkehr als Wartegleise dienen. Die Anlage vieler Stumpfgleise gestattet dafür aber auch eine bessere Ausnützung des Platzes, so daß später noch etwa 30 Abstellgleise über den jetzigen Bedarf hinaus angefügt werden können. Bis das Bedürfnis hiezu eintritt, können die jetzt für Abstellzwecke noch nicht benötigten Flächen anderweitig, z. B. als Lagerplätze, ausgenützt werden.

Im Abstellbahnhofe werden auch die nötigen Schuppen für die Wagenreinigung, für die Hinterstellung von Salonwagen und für die Instandsetzung der elektrischen Betriebsmittel vorgesehen. Die einzelnen Gleisbündel werden die nötigen Zapfstellen für Gas, Druckluft, Wasser u. dgl. erhalten, damit die Instandsetzung der Wagenzüge größtenteils schon auf den Abstellgleisen erfolgen kann.

In den Abstellbahnhof sollen nur Züge verbracht werden, die längeres Stillager erleiden, umfangreiche Umbildung erfahren oder die große Reinigung bestehen müssen. Ein großer Teil der Züge, besonders die Wagenzüge für den Großhesseloher und Holzkirchner Verkehr, werden in Hinterstellgleisen, die näher an den Abfertigungsgleisen liegen, aufgestellt. Auch an diesen Hinterstellgleisen werden Zapfstellen für Gas und Wasser und soweit erforderlich für Druckluft errichtet werden.

c. Die Verbindungen vom Abfertigungsbahnhof zum Abstellbahnhof, zu den Lokomotivschuppen usw.

Als Verbindungen vom Abfertigungsbahnhof zum Abstellbahnhof sind 2 Doppelbahnen vorgesehen, die an der Hackerbrücke beginnend zwischen der Pasinger und der Allacher Doppelbahn bezw. zwischen der Moosacher und der Starnberger Doppelbahn sich hinziehen, westlich der Donnersberger Brücke die Hauptbahnlinie und die nördliche Güterverbindungsbahn (Hauptbahnhof—Rangierbahnhof Laim) mit Unterführungen von 180 bzw. 250 m Länge kreuzen und dann längs der Hauptwerkstätte zum Abstellbahnhofe führen. Zunächst soll nur e i n e Verbindungsdoppelbahn zur Ausführung kommen. Vor der Einmündung in den Abfertigungsbahnhof und in den Abstellbahnhof sind mehrere Wartegleise vorgesehen, damit im Verkehr der aus- und einrückenden Wagenzüge Stockungen möglichst hintangehalten werden können, wenn einmal ein Wagenzug aus einem besonderen Grunde die Verbindungsbahn nicht sofort verlassen kann.

Die Wagenzüge des Nahverkehrs nach Gauting, Fürstenfeldbruck und Maisach können auf der nördlichen Güterverbindungsbahn zum Abstellbahnhof gelangen. Die Wagenzüge des Großhesseloher und Holzkirchner Verkehrs müssen nur zur großen Reinigung in den Abstellbahnhof gebracht werden und benützen dann die südliche Güterverbindungsbahn, die schon mit Rücksicht auf den Verkehr der Eilgüterzüge zweigleisig ausgebaut wird.

Der Verkehr der Lokomotiven wickelt sich zum Teil wie bisher auf der eigenen Lokomotiv-Doppelbahn ab, die zwischen den beiden Doppelbahnen nach Ostbahnhof und Pasing zur Betriebswerkstätte führt, zum Teil kann er auch unter stellenweiser Benützung der südlichen Güterverbindungsbahn über den Abstellbahnhof und von da auf die gleichen Verbindungsbahnen wie die Wagenzüge geleitet werden. Übrigens werden sich, wenn der elektrische Betrieb in dem Umfange ausgeführt wird, wie dies im Abschnitt C. 2, a, Seite 89 angedeutet ist, die Lokomotivfahrten zwischen Betriebswerkstätte (Lokomotivschuppen) und Abfertigungsbahnhof um mehr als die Hälfte vermindern.

Auch eine Verbindung mit dem Rangierbahnhof München-Laim ist vorgesehen, damit Personenwagen, die mit Güterzügen einlaufen, auf kürzestem Wege zum Abstellbahnhof gebracht werden können. Ein unmittelbarer Anschluß an die Gleise der Hauptwerkstätte ermöglicht rascheſten Austausch der Reparatur-Personenwagen.

d. Der Eilgutbahnhof.

Der Eilgutbahnhof, auf dem die Eilgüterzüge gebildet werden, wird westlich der bestehenden Eilguthallen zunächst in einfacher Weise errichtet. Mit wachsendem Bedürfnis

kann er ebenso wie die Eilguthallen erweitert werden, da zwischen den Eilguthallen und dem neuen Hauptzollamt der Eisenbahnverwaltung noch ausreichendes Gelände zur Verfügung steht. Der Eilgut- und Milchverkehr soll mit der Zeit möglichst von den den Münchener Hauptbahnhof berührenden Personenzügen getrennt und auf eigene Eilgüterzüge verwiesen werden.

e. Die Sicherungsanlagen.

Zur Sicherung der Fahrstraßen der im Hauptbahnhof verkehrenden Züge ist eine moderne Sicherungsanlage vorgesehen. Soweit nötig, erhalten auch die Verbindungsbahnen Sicherungsanlagen. Die Fern- (Zentral-) Weichenbedienung wird mit Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit im weitesten Umfange eingeführt werden.

f. Die sonstigen größeren Bauten.

Von anderen größeren Bauten, die durch den Umbau des Hauptbahnhofes notwendig werden, sind zu nennen:

Die Verlängerung der Friedenheimerbrücke um rund 180 m, um die Straße über den Abstellbahnhof hinwegführen zu können;

die Verlängerung der Laimer-Straßenunterführung gegen Norden um rund 50 m.

Ferner muß von dem Gelände der Hauptwerkstätte auf der Südseite ein rund 20 m breiter Streifen abgetrennt werden, der die Verbindungsbahnen zum Abstellbahnhof aufzunehmen hat. Die südliche Werkstätte-Einfriedungsmauer wird dementsprechend zurückgesetzt und Ersatz für die an der Südseite wegfallenden Gleise auf der Nordseite geschaffen werden, wo noch freier Platz verfügbar ist.

Die von den südlichen Lagerplätzen (westlich der Eilgutanlagen) und vom neuen Hauptzollamt hinter den Lokomotivschuppen herum zum Rangierbahnhof München-Laim führende südliche Güterverbindungsbahn muß wegen der Belastung mit Eilgüterzügen zweigleisig ausgebaut werden.

2. Die Ergänzungs- und Erweiterungsbauten im Rangierbahnhof München-Laim.

Die Anlage des Abstellbahnhofes, der sich im Westen bis zur Laimer Straßenunterführung erstreckt, und die doppelbahnmäßige Einführung der südlichen Güterverbindungsbahn in den Rangierbahnhof München-Laim bedingen größere Aenderungen der Gleisanlagen in diesem Rangierbahnhof. Gleichzeitig muß auch dringenden Bedürfnissen des Rangier- und des Umladedienstes, die nicht länger mehr unberücksichtigt bleiben können, Rechnung getragen werden. Die dadurch erforderlichen Ergänzungsbauten werden zweckmäßig gleichzeitig mit den Umbauten, die die Anlage des Abstellbahnhofes bedingen, ausgeführt. Sie umfassen hauptsächlich:

den Umbau der bestehenden Umladeanlage zu einer Anlage, die sowohl das bedeutende Anwachsen des Stückgutverkehrs berücksichtigt, als auch eine wirtschaftlichere Ausnützung des Umladepersonals durch Erzielung kürzerer Karrwege gestattet;

ferner die Errichtung einer besonderen Ablaufanlage zur Bildung der Tutzinger und Holzkirchner Güterzüge;

weiter die Verlängerung der ersten 6 Gleise der Richtungsharfe und

endlich die Hereinführung des Allacher Güterzuggleises in den Rangierbahnhof, da dieses Gleis bei der Anlage des Bahnhofes dort, wo die Starnberger und die Nahverkehrsdoppelbahn die Ingolstädter und Regensburger Personenzuggleise kreuzt, mit dem Pasinger-Ausfahrgleis vereinigt worden ist.

3. Die Kosten für die Ausführung des Umbauentwurfes.

Die Kosten für den Umbau des Hauptbahnhofes einschließlich der Umbauarbeiten, die im Rangierbahnhofe vorgenommen werden, sind überschlägig auf 19'000,000 ℳ berechnet. Ein Betrag für Reserve und für Verwaltungskosten ist hierin nicht inbegriffen.

4. Die Leistungsfähigkeit des umgebauten Hauptbahnhofes.

Nach den Ausführungen im Abschnitt B, 4 (Seite 85) kann die Anzahl der im Umbau-Entwurf vorgesehenen Bahnsteiggleise als vollkommen zureichend angesehen werden, da selbst bei den neuesten Bahnhofneubauten in Leipzig und Stuttgart das Verhältnis der auf eine einmündende Doppelbahn treffenden Bahnsteiggleise noch bedeutend unter dem Verhältnis bleibt, das sich für den umgebauten Münchener Hauptbahnhof ergibt. Übrigens ist unter Zugrundelegung des Sommerfahrplans 1910 ein Entwurf zur Bahnhoffahrordnung für den neuen Bahnhof aufgestellt worden, aus dem sich ergibt, daß auch in den Zeiten des stärksten Verkehrs die erforderliche Aufnahmefähigkeit gesichert ist.

Die Rangierverhältnisse in dem Bahnhofteil zwischen der alten Bahnsteighalle und der Hackerbrücke werden gebessert durch den Wegfall der Rangierbewegungen der Eilgutwagen infolge Einführung eigener Eilgüterzüge, durch die Verminderung der Lokomotivfahrten infolge der Umleitung eines Teiles der Lokomotiven über den Abstellbahnhof, durch die Verlegung gewisser Rangierarbeiten in den Abstellbahnhof, durch entsprechende Maßnahmen in der Regelung des Wagenlaufes und durch Einschaltung von doppelten Überkreuzungsstraßen.

Der Bedarf an Hinterstell- und Abstellgleisen ist an der Hand bildlicher Darstellungen über das Stillager der Wagenzüge unter Zugrundelegung des Sommerfahrplanes 1910 festgestellt worden. Die stärkste Beanspruchung der Hinterstell- und Abstellgleise tritt nachts zwischen 2 und 4 Uhr auf. Innerhalb dieser Zeit sind abgesehen von den Wagenzügen, die auf Bahnsteiggleisen hinterstellt bleiben können, 55 täglich verkehrende und 55 Sonntagswagenzüge (der Oberammergauer Verkehr wurde hierbei berücksichtigt) zum Teil in den Hinterstellgleisen und zum Teil im Abstellbahnhof aufzustellen. Im Abstellbahnhof können außer den zunächst benötigten Gleisen später noch 30 weitere Gleise angelegt werden. Es ist mithin für Erweiterungsmöglichkeit schon auf dem jetzt zur Verfügung stehenden Gelände hinreichend gesorgt.

5. Die Gründe, die für die Ausführung des Umbauentwurfes sprechen.

Nachdem in den vorstehenden Abschnitten eine Erläuterung und Begründung der einzelnen Teile des Umbau-Entwurfs gegeben worden ist, sind noch die Hauptgründe anzugeben, die den vorgelegten Umbauentwurf als den zweckmäßigsten der in Betracht kommenden Vorschläge erscheinen lassen.

1. Der Umbauentwurf genügt in der vorliegenden Form den Anforderungen eines weiterwachsenden Verkehrs auf eine Reihe von Jahren;
2. durch ihn wird eine Anlage geschaffen, die sich zu gegebener Zeit durch Einbeziehung des Geländes der Hauptwerkstätte, des Elektrizitätswerkes und der Mischgasanstalt und durch Zuerwerbung von Privatgrundstücken noch bedeutend erweitern und auch den Bedürfnissen einer ferneren Zukunft anpassen läßt;
3. der Umbauentwurf erhält den jetzigen Besitzstand an wertvollem Bahngelände für künftige Zeiten;
4. er erfordert im Vergleich mit anderen Vorschlägen nur einen mäßigen Kostenaufwand, trägt somit auch den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit Rechnung.

6. Bauliche Änderungen im Bahnhofe Pasing.

Außer den Umbauarbeiten im Hauptbahnhof München wird es aber nötig, auch im Vorbahnhofe Pasing die bestehenden Schwierigkeiten für die glatte Durchführung der vom und zum Hauptbahnhof verkehrenden Züge durch einen entsprechenden Umbau der Gleise und der Sicherungsanlage zu beheben. Hierfür wird dem Landtag für die Finanzperiode 1914/15 eine Kreditvorlage zugehen.

F. Über die spätere Entwicklung der Münchener Bahnanlagen.

Die Übersicht im Abschnitt A, 4, a, Seite 77 zeigt die Wirkungen der Dezentralisation des Nahverkehrs (Wohn- und Ausflugsverkehrs), die infolge der Einführung des Vorortverkehrs (1895) und der Eröffnung der Isartalbahn (1891) eingetreten sind. Der Hauptbahnhof, der im Jahre 1890 noch 90,6% des ganzen Verkehrs zu bedienen hatte, ist im Jahre 1910 nur mehr mit 71,2% an der Bedienung des Verkehrs beteiligt, während in der gleichen Zeit die Beteiligungsziffer des Ostbahnhofes von 7,6% auf 16,4%, die des Isartalbahnhofes von 0% auf 6,9% gestiegen ist.

Würde man die Verkehrsverschiebung nur hinsichtlich des Nahverkehrs ermitteln können — wozu jedoch die nötigen Zahlen fehlen — so dürfte sich in noch stärkerem Maße zeigen, wie sich das Bedürfnis nach Dezentralisation im Wohn- und im Ausflugsverkehr mit dem Anwachsen der Stadt immer mehr steigert.

Wenn auch im Münchener Hauptbahnhof der große Fernverkehr in einer außerordentlich günstigen Weise zusammengefaßt ist, so daß München in dieser Beziehung von manchen Großstädten beneidet werden muß, so wird im Wohn- und Ausflugsverkehr die Zentralisation in Zukunft wohl nicht mehr so sehr wie bisher aufrecht erhalten werden können, wenn die Entwicklung der Stadt nicht darunter leiden und nicht vor dem Hauptbahnhof im Straßenverkehr sich unhaltbare Zustände ausbilden sollen. Dies weist dahin, daß bei der Schaffung weiterer Verkehrslinien, die wohl hauptsächlich nur für den Wohn- und Ausflugsverkehr in Betracht kommen können, nicht der Hauptbahnhof als Endpunkt zu wählen wäre, sondern daß hiefür, soweit irgend möglich, Endpunkte gesucht werden sollten, die den Verkehr von einer anderen Richtung her, und zwar möglichst weit zum Mittelpunkt der eigentlichen Geschäftsstadt hinführen.

Denn, abgesehen von den wirklichen Verkehrsbedürfnissen, die in erster Linie entscheidend sein müssen und die eine Lösung in dem gedachten Sinne erfordern, wird jeder Bahnhof, wenn er auch noch so großzügig angelegt ist, einmal eine Grenze erreichen, über die hinaus er sich nicht mehr weiter ausdehnen kann. Es wird deshalb von einem bestimmten Zeitpunkte ab, auch vom baulichen Standpunkte aus, auf eine Ablenkung des ferneren Verkehrszuwachses hingewirkt werden müssen.

Dies trifft auch für den Münchener Hauptbahnhof zu, dessen überaus günstige Lage an seinem jetzigen Platze früher schon erwähnt wurde. Wenn deshalb heute Betrachtungen über die voraussichtliche Entwicklung der Münchener Bahnanlagen angestellt werden wollen, so dürfte davon auszugehen sein, daß das am Hauptbahnhof vorhandene bahneigene Gelände auch in einer ferneren Zukunft noch den Kernpunkt bilden wird, an dem sich besonders der Güterverkehr der inneren Geschäftsstadt und ein großer Teil des Fern-Personenverkehrs abwickeln wird. Dieses Gelände wird daher in erster Linie bis zur Grenze seiner Aufnahmefähigkeit auszubauen sein, während der dann noch hinzutretende Verkehrszuwachs namentlich im Nahverkehr auf andere Plätze abzulenken wäre.

Hinsichtlich des Güterverkehrs werden in erster Linie die bestehenden Güterdienstanlagen im Umkreise der Stadt, namentlich an der Güter-Ringbahn, in Betracht kommen. Es wird daher für eine ausreichende Erweiterungsmöglichkeit der bestehenden Güterbahnhöfe frühzeitig Sorge zu tragen sein.

Die Güterbahnhöfe werden ferner, um ihren verkehrsdienstlichen Aufgaben voll gewachsen zu sein, vom Rangierdienst möglichst zu befreien sein, und es muß deshalb der Ortsrangierdienst auf eigene Ortsrangierbahnhöfe möglichst zusammengezogen werden. Für die Bildung der Güterzüge selbst und die Verarbeitung der in München nur durchlaufenden Gütersendungen wäre ein großer Rangier- und Umladebahnhof in Aussicht zu nehmen.

Der Personenverkehr, soweit er überhaupt durch die Eisenbahn bedient werden muß, wird in der fernen Zukunft mehr ausgeschieden werden müssen in den großen Fernverkehr, in den engeren Fernverkehr und in den Nahverkehr. Der Nahverkehr wird den Verkehr im näheren und weiteren Wohngebiet von Groß-München, der engere Fernverkehr besonders den Verkehr der Bahnlinien, die nicht für den großen Durchgangsverkehr in Betracht kommen können, also den Verkehr nach Garmisch-Partenkirchen, Kochel, Bad Tölz und Schliersee umfassen müssen, während unter dem großen Fernverkehr der Verkehr der großen Durchgangslinien zu verstehen wäre.

Bei einer solchen Ausscheidung wird jede Verkehrsart nach ihrer Eigentümlichkeit bedient werden können und es werden sich die Anlagen und die Betriebsmittel den Verkehrsarten gut anpassen lassen.

Der Personenverkehr wird, wenn die städtische Bevölkerung von München, wie vorauszusehen, weiter anwächst, einen solchen Umfang annehmen, daß die Ausführung einer Untergrundbahn für die Züge des großen Fernverkehrs nach dem Osten und Süden Bedürfnis werden wird. An der Untergrundbahn werden voraussichtlich einzelne Stationen für die Verkehrsbedienung der inneren Stadt nötig werden. Ebenso werden die meisten Nahzüge, für die schon von der Grenze der Nahverkehrszone ab eigene Nahverkehrs-Doppelbahnen neben den Fernbahnen zu bauen wären, mit einer Untergrundbahn durch die Stadt hindurchzuleiten sein, wodurch die von Osten kommenden Linien mit den von Westen kommenden auf kürzestem Wege verbunden werden.

Die Züge, die den engeren Fernverkehr bedienen, könnten in den jetzigen Hauptbahnhof einlaufen und dort, wie auch im westlichen Vorbahnhof, Umsteiggelegenheit auf die die Stadt durchfahrenden Nahzüge haben.

Die Fortführung der in den Hauptbahnhof einmündenden Linien als Untergrundbahn durch die Stadt hindurch, kann in nächster Zeit noch nicht in Betracht kommen. Sie stünde überdies in so inniger Beziehung zu einem künftigen städtischen Untergrundbahnnetz, daß die Entwürfe für beide Anlagen seinerzeit im Zusammenhang erstellt werden müßten. Daß im anderen Falle ein Stückwerk entstehen würde, das der Entwicklung der gegenseitigen Verkehrsbeziehungen hinderlich wäre, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Verlegung der Betriebswerkstätte in Nürnberg-Hauptbahnhof.

Für die Herstellung eines Zentralrangierbahnhofs in Nürnberg, den Umbau des bestehenden Hauptbahnhofs und den Neubau eines Betriebshauptgebäudes dortselbst ist unter Hinzurechnung des nach Gesetz vom 26. Mai 1892 für ein Verbindungsgleis Fürth—Dutzendteich, sowie für Grunderwerbungen bewilligten Kredites von 5'048,000 ℳ mit den Gesetzen vom 15. Juni 1898, 16. März 1904 und 30. Dezember 1905 ein Gesamtbetrag von . . . 35'880,000 ℳ bereit gestellt worden.

Werden hievon die Verwaltungskosten mit 3'261,818 ℳ in Abzug gebracht, so verbleibt eine reine Baukostensumme von . . . . 32'618,182 ℳ

Hievon wurden bereits verausgabt und sind zur Vollendung der Anlagen noch erforderlich . . . . 29'986,448 ℳ, so daß ein Rest von . . . . 2'631,734 ℳ verfügbar bleibt.

Von diesem Betrage soll die bereits nach der Begründung zum Entwurfe des Gesetzes vom 16. März 1904 (Beil. z. d. Verh. d. K. d. Abg. 1903, Band XIII, Seite 654) in Aussicht genommene Verlegung der Betriebswerkstätte auf die Ostseite des Hauptbahnhofs Nürnberg ausgeführt werden. Die Kosten für diese Verlegung waren in den angeforderten und bewilligten Kreditbeträgen nicht enthalten.

Mit der Verlegung, deren Kosten auf 2'500,000 ℳ veranschlagt sind, soll verbunden werden eine Vermehrung der Lokomotivstände, eine Verbesserung der Bekohlungsanlage und eine Erweiterung der Werkstätte. Die Verlegung wird auch eine möglichst schienenfreie Verbindung zwischen den Zuggleisen und den Remisen auf eigenen Maschinengleisen ermöglichen, wodurch der Vorteil eines sicheren und rascheren Verkehrs der abgehenden und ankommenden Lokomotiven erreicht wird.

Die derzeitige, übrigens schon veraltete Anlage ist unzureichend und an der gegenwärtigen Stelle nicht erweiterungsfähig, wie es das Bedürfnis erfordert.

Die für die Neuanlage benötigte Grundfläche steht in der Hauptsache auf bahneignem Besitz zur Verfügung. Es empfiehlt sich jedoch, für den Fall eines später hervortretenden Erweiterungsbedürfnisses weiteres Gelände zu erwerben, wenn dies zu angemessenem Preise sich erzielen läßt.

Tafel 1.

Die verhältnismäßig -1910.

Die sprung

nur die Z

Die eingeschriebene

Zunahme inn

30 %
25 %
20 %
15 %
10 %
5 %

Maßstab für den Zuwachs auf 5 Jahre.

5,1 %
12,7 %
13,0 %
20,6 %
7,6 %
10,7 %

5,0 %
4,5 %
4,0 %
3,5 %
3,0 %
2,5 %
2,0 %
1,5 %
1,0 %
0,5 %

Maßstab für den Zuwachs auf 1 Jahr.

1850 1855 1860 18 1900 1905 1910

Die verhältnismäßige Zunahme der Einwohnerzahl der Stadt München in der Zeit von 1852-1910.

Die sprungweise Zunahme infolge von Eingemeindungen ist nicht dargestellt, sondern nur die Zunahme infolge des Geburtenüberschusses und der Zuwanderungen.

-·-·-·-·- mittlere Zunahme in der Zählperiode.

———— mutmaßliche Schwankungen der Zunahme innerhalb der Zählperioden.

- - - - - - Hauptwelle in den Schwankungen der Zunahme.

Die eingeschriebenen Zahlen (%) geben die auf fünfjährige Zählperioden umgerechnete durchschnittliche Zunahme innerhalb der Zählperioden an.

30%
25%
20%
15%
10%
5%

5,1 %
12,7 %
13,0 %
15,3 %
17,5 %
12,5 %
13,9 %
24,2 %
16,2 %
20,6 %
7,6 %
10,7 %

1850 1855 1860 1865 1870 1875 1880 1885 1890 1895 1900 1905 1910

5,0 %
4,5 %
4,0 %
3,5 %
3,0 %
2,5 %
2,0 %
1,5 %
1,0 %
0,5 %

Maßstab für den Zuwachs auf 1 Jahr.

Tafel 2.

zt Nah-) Verkehr
ofes seit 1890.

rten Personen.

r" "

(abbeförderte Personen / Einwohnerzahl).

r(abbeförderte Personen / Einwohnerzahl).

3,3 3,1 4,3 4,1 9,7

0,475 0,572 1,074 1,470 4,866

1860 1870 1880 1890 1900

[4 457 000]

3 538 000

Bild 2.

Personenverkehr des Münchener Ha
von 1875-1910.

—— Zahl der abbeförderten Reisenden
—.— Zahl der auf 1 Einwohner des jetz
Stadtbezirks treffenden Fahrte

[2 200 000]

5,8 5,7 5,5

1 566 224 1 717 876 1860 512 1 887 018 1 945 416

[7,57]

6,56

[3,69]

3,51

1,253 1,427 1,560

1875 1880 1885 1905 1910

Bild 1.

Personenverkehr der sämtl. Münchener Bahnhöfe von 1860–1910.

——— Zahl der in sämtl. Bahnhöfen abgegebenen Fahrkarten in Millionen.

—·— Zahl der auf 1 Einwohner des jetzigen Stadtbezirks treffenden Fahrkarten.

	1860	1870	1880	1890	1900	1910
Fahrkarten in Millionen	0,475	0,572	1,074	1,470	4,866	8,203
Fahrkarten auf 1 Einwohner	3,3	3,1	4,3	4,1	9,7	13,8

Bild 2.

Personenverkehr des Münchener Hauptbahnhofes von 1875–1910.

——— Zahl der abbeförderten Reisenden in Millionen.

—·— Zahl der auf 1 Einwohner des jetzigen Stadtbezirks treffenden Fahrten.

	1875	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910
Reisende in Millionen	1,253	1,427	1,560	2,065	3,170	4,587	5,425	6,657
Fahrten auf 1 Einwohner	5,8	5,7	5,5	5,8	7,7	9,2	10,1	11,2

Bild 3.

Fernverkehr u. Vorort-(jetzt Nah-)Verkehr des Münchener Hauptbahnhofes seit 1890.

——— Zahl der im Fernverkehr abbeförderten Personen.

—·— " " " Vorort-(Nah-)Verkehr " "

– – – Verkehrsbedürfnis im Fernverkehr (abbeförderte Personen / Einwohnerzahl).

········ " " Vorort-(Nah-)Verkehr (abbeförderte Personen / Einwohnerzahl).

Fernverkehr: 1890: 2 065 000; 1895: 2 800 000; 1900: 2 824 600; 1905: 3 538 000; [4 457 000]

Vorort-(Nah-)Verkehr: 926 011; 1 336 345; 1 623 931; 1 741 475; 1 762 388; 1 726 740; 1 566 224; 1 717 876; 1 860 572; 1 887 018; 1 945 416; [2 200 000]

Verkehrsbedürfnis im Fernverkehr: 1890: 5,8; 1895: 5,87; 1900: 5,65; 1905: 6,56; [7,57]

Verkehrsbedürfnis im Vorort-(Nah-)Verkehr: 1900: 3,53; 1905: 3,57; [3,69]

1890 1895 1900 1905 1910

Sommer 1909.

Stündlich
der Hauptgleise

täglich verkehrende Aus-

nicht tägl. " "

—.— Mittelwert für den Alltag

—..— " " " gesamt

40

30

20

10

60

50

40

30

20

10

32

Fahrten in der Stunde.

n in der Stunde.

12⁰⁰ 1 2 3 6 7 8 9 10 11 12⁰⁰

Sommer 1909.

Stündlich aus- u. einfahrende Züge der Hauptgleise 1-21 im Münchener Hauptbahnhof.

Tafel 4

Sommer 1909.

der Lo

täglich verkehrende Aus-

nicht tägl. " "

Mittelwert für den Al

" " " gesa

hrten in der Stunde.

der Stunde.

70
60
50
40
30
20
10

12⁰⁰ 1 2 6 7 8 9 10 11 12⁰⁰

Sommer 1909.

Stündlich aus- und einfahrende Züge der Lokalgleise 22-25 im Münchener Hauptbahnhof.

täglich verkehrende Aus- u. Einfahrten.
nicht tägl. " " " .
—·— Mittelwert für den Alltagsverkehr.
—··— " " " gesamten Verkehr.

Gesamtverkehr der sämtl. Bahnhofgleise.

im Mittel 10,0 Fahrten in der Stunde.

im Mittel 5,7 Fahrten in der Stunde.

70 60 50 40 30 20 10

12⁰⁰ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12⁰⁰ 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12⁰⁰

Bild 1.

Übersicht
die Zahl der stündlich vorgesehenen Ein- u. Ausfahrten der 6 Bahnsteig-Gleise des Stuttgarter Hauptbahnhofes.

Sommerfahrplan 1910.

Bild 1.

Übersicht

über

die Zahl der stündlich aus- u. einfahrenden Züge der sämtlichen Gleise des Münchener Hauptbahnhofes.

Bild 2.

Übersicht

über

die Zahl der stündlich vorgesehenen Ein- u. Ausfahrten der 6 Bahnsteig-Gleise des **Stuttgarter Hauptbahnhofes.**

Sommer 1909.

Tafel 6.

ohe
Chiemsee
Salzburg,
ing, Augsburg
zolt
heim,
zeit

München-Hauptbahnhof

Überkreuzungen der Züge von einer Bahnlinie zu einer anderen.

von } Großhesselohe
nach } Bad Tölz, Schliersee

von } Simbach, Salzburg,
nach } Kufstein

von } Herrsching,
nach } Buchloe, Augsburg

von } Dachau
nach } Ingolstadt

von } Schleißheim,
nach } Landshut

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16

Gleise:

Tafel 7.

Bildliche Übersicht

über

die Belegung der Gleise des Münchener Hauptbahnhofes in den Stunden des stärksten Verkehrs (6^{00}-9^{00} u. 1^{00}-11^{00})

Großhesselohe, Bad Tölz, Schliersee	Simbach, Salzburg, Kufstein	Herrsching, Lindau, Ulm, Donauwörth	Dachau, Ingolstadt	Schleißheim, Regensburg	Starnberg, Kochel, Garmisch-Partenk.	Nahpersonenzüge Pasing - Gauting, Aubing-Fürstenfeldbruck, Maisach
1 2 3	4 Weiche 59/60 5 6 Ostbhf-Stutzen	7 8 9 10	11 12 13	14 15 16	17 18 19 20 21	22 23 24 25 26

6^{00}–7^{00}

7^{00}–8^{00}

8^{00}–9^{00}

1^{00}–2^{00}

2^{00}–3^{00}

3^{00}–4^{00}

4^{00}–5^{00}

5^{00}–6^{00}

6^{00}–7^{00}

7^{00}–8^{00}

8^{00}–9^{00}

9^{00}–10^{00}

10^{00}–11^{00}

Ordinaten in den schraffierten Flächen = täglich verkehrende Züge

" " " = Sonn- u. Feiertagszüge

" " " " = Züge, die an Sonn- u. Feiertagen bei gutem Wetter verkehren.

" " " " = " " " " " " " " " nach Bedarf verkehren

" " " " = sonstige Bedarfszüge

" " " " = Züge, die nur Werktags verkehren

Mit ◎ versehene Ordinaten geben die höchste Inanspruchnahme des Gleises in der Stunde an. (Die Zahl der Züge ist in einen Kreis ◯ eingeschrieben.)

Die mit kräftigen Strichen umrahmten Flächen zeigen, in welchen Stunden die zu einer Strecke gehörige Gleisgruppe am stärksten in Anspruch genommen ist. (Die Zahl der auf die Gleisgruppe treffenden Züge ist in einem Viereck ☐ eingeschrieben.)

Nachweis

über die

Verwendung der für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Staatseisenbahnen bewilligten I. Rate mit 7'000,000 ℳ und II. Rate mit 6'000,000 ℳ zusammen 13'000,000 ℳ.

Im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 wurde eine I. Rate mit 7'000,000 ℳ und im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 eine II. Rate mit 6'000,000 ℳ, im ganzen 13'000,000 ℳ für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Staatseisenbahnen bewilligt.

In der Beilage 2 der Erläuterungen zur Einzelübersicht des VI. Nachtrages zum außerordentlichen Budget 1910 und 1911 (Beilage zu den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1910, Band X, Beilage 1042) war die Verwendung der I. Rate von 7'000,000 ℳ in folgender Weise nachgewiesen:

a. Salzburg—Berchtesgaden:	
Leitungsanlage und Fahrbetriebsmittel	1'770,000 ℳ
Wasserkraftanlage an der Saalach .	3'050,000 ℳ
zusammen	4'820,000 ℳ
b. Garmisch—Mittenwald—Scharnitz . .	960,000 ℳ
c. Garmisch—Griesen	730,000 ℳ
Summe	6'510,000 ℳ
dazu Reserve	111,900 ℳ
Bau- und Oberleitung	278,000 ℳ
Projektierungskosten für das Walchenseewerk, für das Lechbrucker- und das Saalachwerk	100,100 ℳ
im ganzen	7'000,000 ℳ.

Beim Bau der Saalachsperre hat sich auf Grund umfassender Bodenuntersuchungen, die vertragsgemäß von der ausführenden Bauunternehmung durchzuführen waren, ergeben, daß sich die Untergrundverhältnisse namentlich auch hinsichtlich der Tiefenlage des Felsens wesentlich ungünstiger gestalteten, als nach den ursprünglichen Bohrergebnissen, welche die bei der K. Obersten Baubehörde eingerichtete Abteilung für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung veranlaßt hatte, angenommen werden durfte. Die — in diesem Falle allein anwendbare — Luftdruckgründung wird wegen der großen Gründungstiefe und des mit zahlreichen Geschiebeblöcken durchsetzten Untergrundes bedeutende Mehrkosten verursachen, so daß statt des für die wasserbaulichen Anlagen einschließlich Grunderwerbung vorgesehenen Kostenbetrags von 1'500,000 ℳ mit einem Aufwande von 2'500,000 ℳ gerechnet werden muß.

Wegen der Einzelheiten des Projektes und des Standes der Arbeiten wird auf den Bericht der Abteilung für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung Bezug genommen, der vom K. Staatsministerium des Innern dem Landtage vorgelegt wird.

Den für den wasserbaulichen Teil des Saalachkraftwerkes erwachsenden Mehrkosten stehen Minderausgaben gegenüber, welche bei den elektrotechnischen Anlagen der Strecken Garmisch-Partenkirchen—Scharnitz und Griesen sich werden erzielen lassen, und zwar:

Durch die mit Österreich über verschiedene Projektsänderungen für diese beiden Bahnstrecken getroffenen Vereinbarungen und durch Erhöhung der ursprünglich vorgesehenen Fahrdrahtspannung von 10 000 Volt auf 15 000 Volt wird es ermöglicht, eine Abminderung der Zahl der Transformatorenstationen zu erzielen und damit auch die Anlagekosten niedriger zu gestalten, da bei der anzuwendenden höheren Spannung von einer Transformatorenstation größere Bahnstrecken mit elektrischer Arbeit versorgt werden können als bei der niedrigeren Spannung von 10 000 Volt.

Da der gesamte Fahrdienst und die Stellung der Fahrbetriebsmittel für die ganze Strecke Garmisch—Scharnitz—Innsbruck von Österreich, für die Strecke Garmisch—Griesen—Reutte dagegen von Bayern übernommen wird, so ergibt sich insoferne eine Minderung bei den Kosten für die Beschaffung der Lokomotiven, als bei dieser Verteilung der Leistungen für die verkehrsärmere Strecke Garmisch—Reutte eine etwas geringere Zahl von Lokomotiven genügt, wie ursprünglich für die beiden bayerischen Teilstrecken vorgesehen war.

Während ferner nach der Vorlage zum außerordentlichen Budget 1908 und 1909 der Anschluß dieser beiden Strecken an ein Wasserkraftwerk bei Lechbruck in Aussicht genommen war, werden nunmehr diese Linien vorübergehend an das österreichische Werk der österreichischen Mittenwaldbahn-Gesellschaft und nach Inbetriebnahme des Walchenseewerkes an dieses angeschlossen werden. Hiedurch wird die Herstellung einer eigenen Speiseleitung von Lechbruck bis Garmisch erspart. Die Speiseleitung vom Walchenseewerk nach Murnau—Garmisch wird bei Elektrisierung dieser Strecke ohnehin gebaut werden.

Es ergeben sich hiernach bei diesen Strecken folgende Änderungen und Kostenminderungen:

	Mehr ℳ	Minder ℳ
a. Salzburg—Berchtesgaden		
Für Wasserkraftablösungen		
Summe a:	23,000.—	—
b. Garmisch-Scharnitz-Innsbruck		
Für Fahrdraht- und Speiseleitungen	70,000.—	—
Für Transformatoren .	—	50,000.—
Fahrbetriebsmittel . . .	—	500,000.—
Summe b:	—	480,000.—

c. Garmisch—Griesen—Reutte:	Mehr M	Minder M
Fahrdraht- und Speiseleitungen	—	120,000.—
Transformatorenstationen	—	140,000.—
Fahrbetriebsmittel	317,000.—	—
Summe c:	57,000.—	—
hiezu Summe a + b:	23,000.—	480,000.—
Summe a + b + c:	—	400,000.—

Die Ausführung der Arbeiten für diese drei Linien erfordert somit statt der

	vorgesehenen Beträge	folgenden Bedarf
a. Salzburg—Berchtesgaden:	M	M
Wasserbautechnischer Teil einschließlich Grunderwerbungen für das Saalachkraftwerk	1'500,000	2'500,000
Krafthaus mit sämtlichen maschinentechnischen und elektrotechnischen Anlagen	1'141,450	1'141,450
Für Ablösungen und Entschädigungen	408,550	431,550*)
Leitungsanlage und Fahrbetriebsmittel	1'770,000	1'770,000
Summe a.	4'820,000	5'843,000
b. Garmisch—Scharnitz—Innsbruck:		
Summe b.	960,000	480,000
c. Garmisch—Griesen—Reutte:	M	M
Fahrdraht- und Speiseleitungsanlage	380,000	260,000
Transformatoren	140,000	—
Fahrbetriebsmittel	210,000	527,000
Summe c.	730,000	787,000
Summe a + b + c	6'510,000	7'110,000
Reserve	111,900	111,900
Bau- und Oberleitung	278,000	278,000
Projektierungskosten für das Saalach- und Walchenseewerk	100,100	100,100
Im ganzen	7'000,000	7'600,000

Von der im außerordentlichen Budget 1910 und 1911 bewilligten II. Rate von 6'000,000 M für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Staatseisenbahnen wurden für den Ankauf von Plänen der bei der Aufstellung des Ausführungsentwurfes für das Walchenseekraftwerk mitbeteiligten Firmen, ferner für Vorarbeiten der Wasserkraftabteilung und für die Anschaffung von Kupfer für die Fahrdrahtleitungen bis jetzt rund 460,000 M verausgabt.

Die Verhandlungen mit den Beteiligten sind im Gange, mit den eigentlichen Bauarbeiten wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 1912 begonnen werden. Die Anforderung einer III. Rate ist daher zunächst nicht erforderlich.

Über den Stand der Arbeiten wird ebenfalls der Bericht der Abteilung für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung näheren Aufschluß geben.

Es wird beantragt, daß die für die I. Rate berechneten Mehrausgaben von 600,000 M aus der genehmigten II. Rate für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Staatseisenbahnen von 6'000,000 M bestritten werden.

*) Die Mehrausgaben von 23,000 M sind durch die Ablösung eines weiteren Triebwerkes an Stelle der Lieferung von elektrischer Arbeit erwachsen.

Beilage 465.

(Vergl. Beil. 348, 404, 405, 416, 422, 428, 458 und 462.)

Beschluß.

Die Kammer der Abgeordneten

an die

Kammer der Reichsräte.

Die Kammer der Abgeordneten hat über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräte zum

Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1912 und 1913 samt Nachträgen
(Beil. 348, 404, 405 und 416)

in ihrer heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen,

dem mit sehr geschätztem Schreiben vom Heutigen mitgeteilten Beschlusse der Kammer der Reichsräte beizutreten.

München, den 30. Oktober 1912.

Der Präsident:
(gez.) Dr. **Georg von Orterer**

Der I. Schriftführer:
(gez.) Wörle

Beilage 466.

(Vergl. Beil. 348, 404, 405, 416, 422, 428, 458, 462 und 465.)

Gesamt-Beschluß.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

Die alleruntertänigst treugehorsamsten Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten haben über den

Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1912 und 1913

in ihren öffentlichen Sitzungen vom 30. beziehungsweise 25. ds. Mts. Beratung gepflogen und beschlossen,

dem Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1912 und 1913 in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung die Zustimmung zu erteilen.

Zugleich haben die Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten beschlossen,

1. die Zustimmung auszusprechen, daß aus dem Vorschußfonds der Brandversicherungsanstalt zum Ankaufe des Anwesens Haus Nr. 26 an der Stettenstraße zu Augsburg als Dienstanwesen für den einen der dortigen Brandversicherungsinspektoren der Betrag von 75,000 ℳ entnommen werde,
2. dem Antrag der K. Staatsregierung,

   die Stelle des Direktors der Staatsschuldenverwaltung mit Rücksicht auf die geänderte Organisation dieser Anstalt in Klasse 4 der Gehaltsordnung einzureihen,

   zuzustimmen.

In allertiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät

München, den 30. Oktober 1912

alleruntertänigst treugehorsamste

Kammer der Reichsräte:	**Kammer der Abgeordneten:**
Der I. Präsident:	Der Präsident:
(gez.)	(gez.)
Graf Fugger von Glött.	Dr. Georg von Orterer.
Der I. Sekretär:	Der I. Schriftführer:
(gez.) Graf von Drechsel.	(gez.) Wörle.

Anlage.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Luitpold,

von Gottes Gnaden Königlicher Prinz von Bayern, Regent.

Wir haben nach Vernehmung des Staatsrats mit Beirat und, soweit die Erhebung der direkten Steuern und die Festsetzung der Maximalbeträge der Tarife für den Transport auf den Eisenbahnen und der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal sowie die Bestimmungen in § 1 Abs. 2 und in den §§ 4 bis 12 in Betracht kommen, mit Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt:

A. Zum Budget für die Jahre 1912 und 1913.

§ 1.

Das Budget der Jahre 1912 und 1913 wird nach Maßgabe der beigefügten Übersicht

im ordentlichen Bedarf

mit 691'930,633 ℳ Ausgaben,
691'930,633 ℳ Einnahmen;

im außerordentlichen Bedarf

mit 70'909,815 ℳ Ausgaben,
70'909,815 ℳ Einnahmen

für ein Jahr festgesetzt.

Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, den im außerordentlichen Budget vorgesehenen, nicht durch anderweitige Mittel gedeckten Bedarf von 118'059,792 ℳ mit dem Betrage von 54'811,352 ℳ durch Aufnahme eines Allgemeinen Anlehens und mit dem Betrage von 63'248,440 ℳ durch Aufnahme eines Eisenbahnanlehens flüssig zu machen. Der Betrag des Allgemeinen Anlehens darf so weit erhöht werden, als der zur teilweisen Deckung des außerordentlichen Bedarfs bestimmte Tilgungsbetrag zum Ankaufe von Schuldverschreibungen dieses Anlehens verwendet wird.

§ 2.

An direkten Steuern sind für jedes Jahr der Finanzperiode zu erheben:

a) die Normalsteuer nach dem Einkommensteuergesetze, dem Gewerbsteuergesetz und dem Kapitalrentensteuergesetze vom 14. August 1910, dann dem Grundsteuergesetz und dem Haussteuergesetz in der Fassung des Gesetzes vom 14. August 1910, betreffend die Änderung der Gesetze über die allgemeine Grund- und Haussteuer,

b) die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen nach dem Gesetze vom $\frac{\text{10. März 1879}}{\text{20. Dezember 1897}}$ mit einem um zweiundzwanzig vom Hundert erhöhten Betrage.

§ 3.

Bezüglich der Maximalsätze der Tarife für den Transport auf den Staatseisenbahnen sowie der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal verbleiben die in Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Februar 1874, die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1874 betreffend, getroffenen Bestimmungen auch für die Jahre 1912 und 1913 mit dem Abmaß in Geltung, daß in Ansehung der Staatseisenbahnen

a) der bei Benutzung von Schnellzügen zur Erhebung gelangende Zuschlag, für welchen unter dem 7. Februar 1874 der Betrag von 3 Kreuzer für die Meile als Maximalsatz festgesetzt wurde, 85 Pfennig für je auch nur angefangene 75 Kilometer in keiner Klasse übersteigen,

b) für den Transport von Reisegepäck an Stelle des ebenda bekanntgegebenen Satzes von 7,3 Kreuzer für den Zentner und die Meile ein solcher von 35 Pfennig für je angefangene 25 Kilogramm und 25 Kilometer als Maximalsatz gelten soll.

§ 4.

Die Bauschsumme, welche die Brandversicherungsanstalt nach Artikel 90 des Brandversicherungsgesetzes dem Staate zu zahlen hat, beträgt für jedes Jahr der Finanzperiode 1'060,000 ℳ.

Die Brandversicherungsanstalt wird ermächtigt, aus den Brandversicherungsbeiträgen, die in den Jahren 1912 und 1913 fällig werden, zur Förderung des Blitzschutzes einen Betrag bis zu je 50,000 ℳ zu verwenden.

§ 5.

Falls die in Artikel 13 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes bezeichneten Mittel nach Abzug der Verwaltungskosten nicht zur Leistung der vollen Entschädigungen hinreichen, ist das Fehlende bis zum Höchstbetrage von 200,000 ℳ jährlich dem Stammkapital (Artikel 12 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes) zu entnehmen.

§ 6.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die in § 4 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 7. April 1911, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1911 (Reichsgesetzblatt S. 113), und in § 4 Abs. 2, 3 des Reichsgesetzes vom 28. Mai 1912, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1912 (Reichsgesetzblatt S. 319), vorbehaltene Zustimmung zu erklären.

B. Sonstige Bestimmungen.

§ 7.

Art. 1 Satz 1 des Gesetzes vom 15. März 1904, die Ausgabe von Schatzanweisungen betreffend, wird wie folgt geändert:

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	M
A. Einnahmen.	
Einnahmen des ordentlichen Budgets	691'930,633
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	70'909,815
Gesamtbetrag der Einnahmen . . .	762'840,448
B. Ausgaben.	
Ausgaben des ordentlichen Budgets	691'930,633
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	70'909,815
Gesamtbetrag der Ausgaben . . .	762'840,448
Verbleibt . . .	—

Beilage 467.

(Vergl. Beil. 1, 61 mit 64, 66, 67, 80 mit 85, 96, 101, 104 mit 106, 110, 112, 115, 117, 118, 125 mit 128, 137, 139 mit 142, 148, 153, 158, 160 mit 163, 172 mit 177, 180 mit 182, 184, 185, 190, 194, 195, 199 mit 201, 204, 208, 211 mit 214, 219, 221 mit 223, 228, 230, 234, 237 mit 242, 244 mit 253, 255 mit 258, 261, 263 mit 265, 267, 268, 270, 271, 273 mit 281, 287, 292, 296 mit 300, 311 mit 316, 318 mit 320, 322, 323, 325 mit 331, 333, 334, 336, 344, 346, 351 mit 354, 357, 360, 364 mit 370, 372 mit 374, 376, 377, 379 mit 384, 386, 389, 390, 392, 393, 395 mit 398, 404, 407, 408, 411, 412, 418 mit 421, 426, 427, 432 mit 440, 443, 446 mit 448. 456 mit 458, 460 mit 466.)

Gesamt-Beschluß.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster

König!

Allergnädigster König und Herr!

Die alleruntertänigst treugehorsamsten Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten haben das ihnen von der K. Staatsregierung vorgelegte

Budget für die Jahre 1912 und 1913 samt Nachträgen hiezu

der verfassungsmäßigen Prüfung unterstellt und dasselbe nach Maßgabe der beigefügten Übersicht festzustellen beschlossen.

Zugleich haben die Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten nachstehenden besonderen Anträgen zum Budget die Zustimmung erteilen zu sollen geglaubt:

A. Zum ordentlichen Budget.

I. Zum Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 4).

1. Zu Kap. 1 § 1 „Besoldungen der Beamten" sei sich damit einverstanden zu erklären, daß zur Fernhaltung einer Verschlechterung der Beförderungsverhältnisse der Zollkontrolleure und Zolloberkontrolleure von dem Einzug der Stellen der Klassen 12 und 9, die nach den Vormerkungen im Besoldungsausweise nicht mehr besetzt werden sollen, tunlichst Umgang genommen wird.

2. Es sei die Zustimmung dazu zu erteilen, daß von der Erübrigung an dem im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 für Verbesserungen der Umschlageinrichtungen im Zollhof und am Zollhafen zu Ludwigshafen a. Rh. bewilligten Kredite zu 1'171,000 ℳ der Betrag von:

   1. 4,900 ℳ zur Schaffung eines heizbaren Aufenthaltsraums und von Waschvorrichtungen für Arbeiter,
   2. 6,500 ℳ zur Verbesserung der Abortanlagen im Zollhof zu Ludwigshafen a. Rh. und
   3. 26,000 ℳ für Beschaffung eines Hafenboots

   verwendet werde.

II. Zum Etat der Berg-, Hütten- und Salzwerke für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 5).

I.

Bei den Ausgaben seien

1. dem Antrag der K. Staatsregierung zum Etat der Bergwerke — Anlage A — Kap. 4 § 4 Tit. 2 „Erweiterungs- und Neubauten" (Übersicht über die Neu- und Erweiterungsbauten — Anlage F —:

   den für ein Doppelwohnhaus für Aufsichtsbeamte in Mittelbexbach vorgesehenen Betrag von 2 × 10,000 ℳ = 20,000 ℳ auf die gleiche Position des Etats des Bergwerks Peißenberg zu übertragen zum Zweck der Errichtung eines Doppelwohnhauses für zwei Aufsichtsbeamte bei der neuen Schachtanlage in Peißenberg

   stattzugeben.

2. im Etat der Bergwerkshauptkasse — Anlage D —

   a) bei Kap. 4 „Eigentliche Betriebsausgaben" unter dem zu eröffnenden Titel „§ 1. Betriebslöhne" die Summe von jährlich 192,330 ℳ zum Zwecke der Gewährung einer durchschnittlichen Lohnaufbesserung von täglich je 20 ₰ an die bei den staatlichen Berg-, Hütten- und Salzwerken verwendeten Arbeiter einzustellen und das Einverständnis damit zu erklären, daß die durch diese Aufbesserung veranlaßte Mehrausgabe bei den einzelnen Werken nachgewiesen wird;

   b) bei Kap. 6 § 5 „Sonstige Ausgaben" der K. Staatsregierung die Ermächtigung zu erteilen, die Etatsposition von je 15,000 ℳ für die Jahre 1912 und 1913 zur Durchführung der Invalidenpensionierungen der Stockheimer Bergleute, wenn nötig, zu überschreiten;

3. die Positionen im

   a) Etat der Bergwerke Kap. 4 § 5 „Übrige Betriebsausgaben" zu 97,900 ℳ,
   b) Etat der Hüttenwerke Kap. 4 § 5 „Übrige Betriebsausgaben" zu 259,500 ℳ,
   c) Etat der Bergwerkshauptkasse Kap. 1 § 2 „Kosten für Stellvertretung ꝛc." zu 22,000 ℳ

   mit dem Beifügen zu genehmigen, daß aus diesen Summen Prämien bezw. besondere Vergütungen nicht zu gewähren seien.

II.

Die K. Staatsregierung sei zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß dem Landtag in Zukunft für alle Staatsbetriebe neben den kameralistisch aufgestellten Etats Jahresberichte und nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellte Bilanzen vorgelegt werden, aus denen Stand und Rentabilität der Betriebe klar zu ersehen ist.

V. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1912 und 1913, hier Ausgaben auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens.

(Außerordentl. Budget, Ausgaben Ziffer IV S. 6 und 39 ff. sowie Beil. 238.)

1.

Zu Nr. 1 „Neu-, Erweiterungs- und Ergänzungsbauten":

In den Erläuterungen zu lit. b „Erweiterung, Umbau und Zentralisierung von Stationen" (Anhang S. 43 ff.) sei das Dispositiv in Nr. 1, 5, 8 und 11 zu ergänzen, wie folgt:

Nr. 1 Memmingen. Verbesserung der Stationsanlagen für den Personenverkehr durch Verbreiterung der Bahnsteige, Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern unter Verlegung der maschinentechnischen Anlagen, ferner Erbauung eines Übernachtungsgebäudes und eines Wasserturms.

Nr. 5 Ludwigshafen a. Rh. Erweiterung des Lagerhauses Nr. II und Verbesserung der maschinellen Einrichtungen.

Nr. 8 München-Ost. Umbau der Gleisanlage, Erweiterung der Ladeanlagen, Vergrößerung der Güterhalle und Herstellung eines neuen Güterbahnhofs.

Nr. 11 Haar. Umbau der Gleisanlage zur Verbreiterung der Bahnsteige, dann Herstellung einer Bahnsteigunterführung und von Bahnsteigdächern, Erweiterung der Güterhalle und Umbau der Stellwerkanlage.

2.

Zu Nr. 3 „Einführung des elektrischen Betriebs auf den Staatseisenbahnen":

Es sei

1. dem Antrag der K. Staatsregierung im Nachweis über die Verwendung der für die Einführung des elektrischen Betriebs auf den Staatseisenbahnen bewilligten I. Rate mit 7'000,000 ℳ und II. Rate mit 6'000,000 ℳ, zusammen 13'000,000 ℳ (Beilage 3 zum Anhang im außerordentlichen Budget A. 101/02), zu genehmigen,

   daß die für die I. Rate berechneten Mehrausgaben von 600,000 ℳ aus der genehmigten II. Rate für die Einführung des elektrischen Betriebs auf den Staatseisenbahnen von 6'000,000 ℳ bestritten werden,

   die Zustimmung zu erteilen;

2. zu genehmigen, daß der die Eisenbahnverwaltung treffende Anteil an den Kosten für den Beginn des Ausbaues des Peißenberger Überlandwerkes (hier Anteil an den Kosten der Aufstellung einer Dynamomaschine und Herstellung einer Transformotorenstation) aus der ebengenannten Position von 6'000,000 ℳ (II. Rate für Einführung des elektrischen Betriebs auf den Staatsbahnen) bestritten werde.

In allertiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät

München, den 30. Oktober 1912.

alleruntertänigst treugehorsamste

Kammer der Reichsräte:	Kammer der Abgeordneten:
Der I. Präsident:	Der Präsident:
(gez.)	(gez.)
Graf Fugger von Glött.	Dr. Georg von Orterer.
Der I. Sekretär:	Der I. Schriftführer:
(gez.) Graf von Drechsel.	(gez.) Wörle.

Übersicht

der

veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

für die Jahre 1912 und 1913.

I. Ordentliches

A. Einnahme-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	Reineinnahme
		ℳ	ℳ	ℳ
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	32,737	1'715,575	1'682,838 Fehlbetrag
2	Direkte Steuern	73'250,000	556,070	72'693,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	34'453,100	563,000	33'890,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	72'098,860	20'927,100	51'171,760
5	Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke	20'436,330	19'911,760	524,570
6	Münzanstalt	489,880	408,420	81,460
7	Einnahmen aus dem Betriebe der K. Bank in Nürnberg	3'600,000	—	3'600,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	308'722,800	305'722,800	3'000,000
9	Post- und Telegraphenverwaltung	79'816,600	63'316,314	16'500,286
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	786,240	719,690	66,550
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	87,120	102,260	15,140 Fehlbetrag
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	122,840	266,480	143,640 Fehlbetrag
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	276,600	288,900	12,300 Fehlbetrag
14	Frankenthaler Kanal	7,960	6,590	1,370
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	76,300	34,313	41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	60'981,500	29'749,851	31'231,649
17	Besondere Betriebe des Staates und sonstige Nutzungen aus dem Staatsgute	4'890,220	2'828,300	2'061,920
18	Grundgefälle	4'615,050	1'470,310	3'144,740
19	Überweisungen seitens des Reiches	20'692,546	—	20'692,546
20	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	6'493,950	7,000	6'486,950
	Abschluß der Einnahme-Etats	691'930,633	448'594,733	243'335,900

III. Zum Etat der Staatseisenbahnen für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 8).

a) Zu Ausgaben Kap. 1 „Besoldungen der Beamten“:

1. Es seien nachstehende Verfügungen zu genehmigen:

Bei Überführung eines Oberlokomotivführers in die Klasse 18 der Gehaltsordnung als Oberwerkführer tritt für die Dauer dieser Überführung eine Erhöhung des Gehalts um jährlich 300 ℳ ein. Wird ein Oberlokomotivführer aushilfsweise oder probeweise im Aufsichtsdienst verwendet, so wird auf die Dauer dieser Verwendung eine nach dem jährlichen Betrage von 300 ℳ zu bemessende Vergütung gewährt.

Bei Überführung eines Packers im Stationsdienst (Klasse 25) zum Packer im Fahrdienst (Klasse 27), dann eines Packmeisters (Klasse 24) zum Zugpackmeister (Klasse 25) oder umgekehrt wird der Gehalt so berechnet, wie wenn der zu überführende schon von seinem Eintritt in eine etatmäßige Stelle des Packerdienstes an ausschließlich im Fahrdienst bezw. im Stationsdienst verwendet gewesen wäre.

Bei Verwendung von Wagenwärtern oder Wagenwärtergehilfen im Wagenaufsichtsdienst wird auf die Dauer dieser Verwendung eine nach dem jährlichen Betrage von 150 ℳ zu bemessende Vergütung gewährt. Bei Beförderung eines Wagenwärters zum Wagenmeister wird der um 150 ℳ erhöhte Wagenwärtergehalt der Gehaltsermittlung nach Art. 30 Abs. 1—3 des Beamtengesetzes zugrunde gelegt.

2. Es sei der K. Staatsregierung für die Jahre 1912 und 1913 für den Fall einer unerwartet stärkeren Verkehrssteigerung die Ermächtigung zur Vermehrung des etatmäßigen Fahrpersonals unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher zu erteilen — vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtags.

b) Zu Ausgaben Kap. 2 § 2 „Löhne der Gehilfen“:

Die K. Staatsregierung sei zu ersuchen, bezüglich der im Etatsvoranschlag und Nachtrag hiezu schon vorgesehenen Erhöhung der Taglöhne die Aufbesserung des gesamten Taglohnpersonals für den ganzen Verwaltungsbereich einheitlich und mit gleichen Sätzen durchzuführen.

c) Zu Ausgaben Kap. 10 § 8 „Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben“:

Es sei die K. Staatsregierung zu ermächtigen, zum Zweck der eventuellen Beteiligung der Staatseisenbahnverwaltung an wirtschaftlichen Unternehmungen die Ausgaben auf Kap. 10 § 8 der Eisenbahnbetriebsrechnung für beide Jahre der Finanzperiode 1912 und 1913 zusammen um den Betrag von 200,000 ℳ zu überschreiten.

IV. Zum Etat der Post- und Telegraphenverwaltung für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 9).

Zu den Ausgaben:

1. zu Kap. 1 § 1 Tit. 1 „Besoldungen der Beamten“:

Es sei der K. Staatsregierung für die Finanzperiode 1912/13 die Ermächtigung zu erteilen, für den Fall einer unerwarteten Verkehrssteigerung eine Vermehrung des etatmäßigen Personals für den äußeren Dienst über die im Etat vorgesehene Stellenzahl hinaus vorzunehmen — vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtags;

2. zu Kap. 1 § 1 Tit. 4 „Fahrgelder 2c.“:

Die in den Erläuterungen zu Tit. 4 gegebenen Bestimmungen über die Unfallfürsorge seien zu genehmigen;

3. zu Kap. 4:

a) es seien die unter Kap. 4 § 1 und § 4 Tit. 1 und 2 neu bewilligten Mittel für sofort verfügbar zu erklären;

b) es sei die K. Staatsregierung zu ermächtigen, auf die Finanzperiode 1914/15 bei Kap. 4 § 1 und § 4 Tit. 1 und 2 an dauernden Ausgaben einen Gesamtbetrag bis zu 80,300 ℳ über die im Budget festgesetzte Summe übergehen zu lassen;

4. zu Kap. 7:

Die in § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten“ angeforderte Summe von 333,600 ℳ sei als sofort verfügbar zu erklären.

V. Zum Etat der Bodensee-Dampfschiffahrt für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 10).

Kap. 9 der Ausgaben „Verzinsung und Tilgung“ sei zu streichen und der Budgetbetrag von 12,380 ℳ in Kap. 10 der Ausgaben „Rücklagen für den Erneuerungsfonds“ zuzusetzen.

VI. Zum Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 16).

Zu Ziffer I der Ausgaben sei

1. in Kap. 4 in der zu § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten“ einschlägigen Übersicht (Anlage B S. 37 ff. des Etats)

a) bei Nr. 10 „Oberpfalz, Burglengenfeld (Wölland)“ der Vortrag in der Rubrik „Art der Bauvornahme“ abzuändern in:

„Erbauung eines Dienstgebäudes für das Forstamt Burglengenfeld“,

b) bei Nr. 17 „Unterfranken, Kleinwenkheim“ dem Vortrag beizufügen:

Für den Fall, daß die Verhandlungen der Staatsforstverwaltung mit der St. Josephs-Kongregation in Ursberg wegen Verkaufs des forsteigenen Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Bildhausen an die genannte Kongregation sich zerschlagen sollten, wird das K. Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, statt des vorgesehenen Neubaues in Kleinwenkheim mit den hiefür postulierten Mitteln ein Dienstanwesen für den Forstamtsassessor in Auerbach, Forstamts Neuhaus a. Pegn., zu erstellen. Soweit der Mehrpreis für den Bauplatz in Auerbach nicht durch ein allenfallsiges Abgebot bei der Verdingung der Bauarbeiten gedeckt werden kann, wäre der Mehraufwand aus der Reserve (Ziff. 22 der Anlage B) zu bestreiten,

und sich damit einverstanden zu erklären, daß

die genehmigten Bauten nach endgültiger Beratung des Etatsabschnitts in beiden Kammern noch vor Erlassung des Finanzgesetzes ausgeführt werden können;

2. Kap. 8 „Für Grundankäufe" beizufügen, daß der genehmigte Budgetbetrag von 250,000 ℳ überschreitbar sei.

VII. Zum Etat der besonderen Betriebe des Staates und sonstigen Nutzungen aus dem Staatsgute für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 17).

In Anlage A „Hofbräuhaus München" sei bei den Ausgaben Kap. 5 „Unterstützungen" in der Spalte „Vortrag" die Bemerkung beizufügen:

„Auf spätere Finanzperioden übertragbar."

VIII. Zum Etat der Überweisungen seitens des Reichs und Ausgaben für Reichszwecke für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 19).

Es sei an Stelle des § 6 des Entwurfs eines Finanzgesetzes für die Jahre 1912 und 1913 folgende Bestimmung zu setzen:

§ 6.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die in § 4 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 7. April 1911, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1911 (Reichsgesetzblatt S. 113), und in § 4 Abs. 2, 3 des Reichsgesetzes vom 28. Mai 1912, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1912 (Reichsgesetzblatt S. 319), vorbehaltene Zustimmung zu erklären.

IX. Zum Etat des Landtags für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 23).

Zu Kap. 5 „Unterstützungen für das Kanzlei- und Botenpersonal" sei

a) der Zusatz zu machen:

„Auf die nächste Finanzperiode übertragbar"

und

b) dem Vortrag selbst die Fassung zu geben: „Unterstützungen für das Landtagspersonal und seine Hinterbliebenen".

X. Zum Etat des K. Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 24).

1. Zu Ziffer II:

In Kap. 4 „Übrige Ausgaben für Industrie, Gewerbe und Handel" sei beizufügen, daß gegen die sofortige zweckentsprechende Verwendung der Mittel nach Durchberatung des Etats in beiden Kammern keine Erinnerung besteht;

2. zu den in Beil. 64 Seite 2 der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten bezeichneten Nebenbezügen der Beamten des K. Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern aus öffentlichen Kassen:

a) der Nebenbezug des Geheimen Ministerialrechnungskommissärs (Ziff. 7) habe beim Wechsel in der Person des Inhabers wegzufallen;

b) es sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, die Frage der Gewährung von Nebenbezügen an etatmäßige Beamte erneut zu prüfen und eine gleichheitliche Regelung derselben unter den verschiedenen Ressorts herbeizuführen;

c) es sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag ein Verzeichnis aller Beamten vorzulegen, welche in der Gehaltsordnung nicht vorgesehene Nebenbezüge erhalten.

XI. Zum Etat des K. Staatsministeriums der Justiz für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 25).

1. Zu Ziffer 1, und zwar zu den in Kap. 1 bei D „Landgerichte" genehmigten und aus Beil. 172 der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten ersichtlichen Stellenmehrungen sei gleichzeitig sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Personalvermehrung nach Erledigung des Justizetats in beiden Kammern schon ab 1. Juli 1912 eintrete,

2. ebenda zu Kap. 5 § 3 „Aufwand für Notare, Notariatsgehilfen und Hinterbliebene von solchen" sei von der auf 206,771 ℳ erhöhten Summe außer dem bereits in Abgang gebrachten Betrag von 170,000 ℳ der weitere Betrag von 11,771 ℳ mit der Bemerkung abzusetzen:

„Weiter ab die Erübrigung an den auf Grund des Gesetzes vom 28. Januar 1908 von den Notaren für die Versorgung der Notariatsgehilfen aufgebrachten Mitteln und die hieraus erzielten Zinsen mit 23,543 ℳ 24 ₰, sohin für je ein Jahr der Finanzperiode mit 11,771 ℳ"

sowie bei Tit. 3 „Für fortlaufende und vorübergehende Unterstützungen ꝛc." unter gleichzeitiger Streichung der Anmerkung 2 im Vortrag zu diesem Titel (Etat S. 14) der Zusatz zu machen:

„Auf spätere Finanzperioden übertragbar";

3. es sei an die K. Staatsregierung das Ersuchen zu richten, eine ausführliche Denkschrift vorzulegen

a) über die Verwendung von Zuchthaus- und Gefängnisinsassen zu land- und forstwirtschaftlichen Kulturarbeiten und über die dabei gewonnenen Erfahrungen ꝛc.,

b) über die Verwendung von Gefängnis- und Zuchthausinsassen zu gewerblichen und industriellen Arbeiten, über die Verwertung der dabei produzierten gewerblichen und industriellen Erzeugnisse, deren Absatzgebiet und Preisverhältnisse.

XII. Zum Etat des K. Staatsministeriums des Innern für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 26).

A.

Zu Ziffer III „Etat der Staatsbauverwaltung (einschließlich des staatlichen Kulturbaudienstes)" seien:

a) zu Kap. 1 A. „Oberste Baubehörde":

1. der Einzeletat „B 1. Landesamt für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung" zu

„Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Zentralstaatskasse nach Bedarf Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, bis zum Betrage von achtzig Millionen Mark auszugeben."

§ 8.

Das Brandversicherungsgesetz wird geändert wie folgt:

1. Dem Art. 6 werden als Absätze 3 und 4 beigefügt:

 „Auch sonstige Gegenstände, die mit dem Grund und Boden fest verbunden sind, können versichert werden. Die näheren Bestimmungen über die Aufnahmefähigkeit, die Beiträge und die sonstigen Versicherungsbedingungen erläßt das Staatsministerium des Innern.

 Werden nur einzelne Einrichtungen oder Gegenstände der in Abs. 1 und 3 bezeichneten Art oder Teile von solchen zur Versicherung beantragt, so kann die Aufnahme abgelehnt werden."

2. Art. 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

 „Beschädigungen durch Blitz mit oder ohne Entzündung sowie durch Explosion von Leuchtgas aller Art, auch wenn es nicht zu Beleuchtungszwecken dient, von Beleuchtungskörpern, von Haushaltungs-Heizeinrichtungen, von Dampfkesseln (Dampferzeugern, Dampfgefäßen) und Explosionsmotoren begründen ebenfalls den Entschädigungsanspruch an die Anstalt, Beschädigungen durch Explosionen anderer Art nur dann, wenn eine Explosionsversicherung abgeschlossen war. Die Bestimmungen hierüber erläßt das Staatsministerium des Innern."

3. Dem Art. 35 wird folgender dritte Absatz angefügt:

 „Ist ein Brand durch leichte Fahrlässigkeit verursacht worden, so kann die Anstaltsverwaltung die in diesem Gesetze für fahrlässige Brandstiftung angedrohten Folgen ganz oder teilweise erlassen."

4. An Stelle des zweiten Absatzes des Art. 60 treten folgende zwei neue Absätze:

 „Hingegen werden die im Art. 59 bestimmten Jahresbeiträge bei den im Art. 3 bezeichneten Gebäuden, solange diese zum vollen Schätzungswert im ganzen mit oder ohne Grundbau versichert und nicht Dritten vollständig zur Benützung überlassen sind, um $^{6}/_{10}$ ermäßigt.

 Soweit die in Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 angegebenen Voraussetzungen miteinander oder mit jenen des Abs. 2 zusammentreffen, sind die vorgesehenen Änderungen zu verbinden."

5. Art. 68 erhält folgende Fassung:

 „Die Jahresbeiträge werden, soweit sie zur Bestreitung des voraussichtlichen Jahresbedarfs nicht erforderlich sind, um so viele Zehntel ermäßigt, als der Vorschußfonds volle Tausendstel der Versicherungssumme beträgt. Bei Berechnung des Vorschußfonds bleiben die zugehörigen Gebäude und Grundstücke sowie die zum Betriebe notwendigen Barbestände, die zu Beginn des Rechnungsjahrs der Hälfte der Jahresbeiträge gleichkommen müssen, außer Ansatz.

 Ein am Jahresschlusse verbleibender Überschuß fällt dem Vorschußfonds zu; ein Fehlbetrag wird aus dem Vorschußfonds gedeckt. Zu diesem Zwecke kann die Anstalt gegen Verpfändung von Wertpapieren des Vorschußfonds eine Anleihe aufnehmen.

 Für die Rechnungsjahre 1912/13 und 1913/14 dürfen die Jahresbeiträge um $^{3}/_{10}$ ermäßigt werden."

§ 9.

Die Bauschsumme, welche die Hagelversicherungsanstalt nach Art. 19 Abs. 1 des Hagelversicherungsgesetzes der Brandversicherungsanstalt zu zahlen hat, beträgt vom Jahre 1912 an 4 Pfennig auf 100 ℳ der Versicherungssumme.

§ 10.

Am 1. November 1912 treten folgende Änderungen des Viehversicherungsgesetzes und des Pferdeversicherungsgesetzes in Kraft:

1. Den Artikeln 4 wird als dritter Absatz beigefügt:

 „Nötigenfalls kann die Mitgliederversammlung des Vereins mit Genehmigung der Anstaltsverwaltung Abweichungen vom Normalstatut beschließen. Auf diesem Wege können auch Vereine von größerer Ausdehnung die Aufnahme in den Landesverband erlangen."

2. Die Artikel 6 fallen weg.

3. Die Artikel 9 erhalten folgende Fassung:

 „Der Aufwand für die Entschädigungen, für die Verwaltung und für sonstige Zwecke der Anstalt wird, soweit die verfügbaren Anstaltsmittel nicht ausreichen, von der Anstaltsverwaltung nach den von ihr aufgestellten Verteilungsgrundsätzen auf sämtliche Vereine ausgeschlagen.

 Der für den einzelnen Verein festgesetzte Betrag wird nebst dem Aufwande für die Verwaltung und für sonstige Zwecke des Vereins, soweit die verfügbaren Vereinsmittel nicht ausreichen, von der Vereinsleitung nach dem Vereinsstatut auf die Mitglieder umgelegt."

4. Die Artikel 10 erhalten folgende Fassung:

 „Die Vereinsbeiträge werden nach den Bestimmungen über die Einhebung und zwangsweise Beitreibung von Staatssteuern eingehoben:

 a) in kreisunmittelbaren Städten durch den Magistrat,
 b) in sonstigen Gemeindebezirken, in denen sich der Sitz eines Rentamts befindet, durch das Rentamt,
 c) in den übrigen Gemeinden durch Vermittlung der Gemeindebehörde, die dem Rentamte die Beiträge abliefert und Rückstände zur Zwangsbeitreibung überweist.

 Auf Antrag kann die Anstaltsverwaltung die Einhebung der Beiträge dem Vereinsausschuß überlassen; dieser hat dann die eingehobenen Beiträge unmittelbar an die K. Bank einzusenden, die Rückstände aber dem Rentamt, in kreis-

unmittelbaren Städten dem Magistrat, zur Beitreibung zu überweisen.

Für die Einhebung und Ablieferung der Beiträge und die damit verbundenen Auslagen haben die Vereine den Gemeindebehörden 1 vom Hundert der abgelieferten Beiträge zu vergüten; die Vergütungen für die Mitwirkung der Rentämter werden vom Staatsministerium des Innern im Einverständnisse mit dem Staatsministerium der Finanzen geregelt.

Vollstreckungskosten, die nicht von den Pflichtigen erhoben werden können, haben die Vereine zu ersetzen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind auch auf die übrigen Leistungen, die den Versicherten nach dem Gesetz und dem Vereinsstatut obliegen, und auf die Geldstrafen anzuwenden."

5. Abs. 1 der Artikel 16 erhält folgende Fassung:

„Die Anstaltsverwaltung ist gehalten, die Zustimmung des Ausschusses zu Änderungen des Normalstatuts (Art. 4 Abs. 2), zu Aufwendungen für sonstige Zwecke sowie zur Aufstellung der Verteilungsgrundsätze (Art. 9 Abs. 1) und zur zeitweisen Ausschließung eines Vereins aus der Anstalt (Art. 13 Abs. 3) einzuholen. Die genehmigten Abweichungen vom Normalstatut (Art. 4 Abs. 3) hat sie dem Ausschusse bekanntzugeben."

§ 11.

In das Schulbedarfgesetz vom 28. Juli 1902 wird nach Artikel 23 folgende Vorschrift eingestellt:

Artikel 23 a.

Bei Vornahme der Ausgleichungen an den gemeindlichen Leistungen nach Art. 23 Abs. II Satz 4 sind Mehrungen des Kirchendiensteinkommens, die sich im Vollzuge der Art. 86 bis 89 der Kirchengemeindeordnung aus Anlaß der Umwandlung oder Ablösung von Reichnissen und der Ablösung von Stolgebühren ergeben, sowie sonstige Mehrungen des Stolgebührenanfalls — insbesondere auch solche durch Erhöhung der Stolgebührensätze — außer Ansatz zu lassen.

§ 12.

Sollen Buchschulden gegen Bareinzahlung ohne gleichzeitige Vermehrung der Staatsschuld begründet werden, so ist der Staatsminister der Finanzen ermächtigt, den eingezahlten Betrag auch zum Ankaufe von Staatsschuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen derselben Anlehensgattung mit anderen Zinsterminen und Unkündbarkeitsfristen und mit anderer Verzinsung zu verwenden, als für die einzutragende Buchschuld bestimmt werden.

Übersicht

der

veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

für die Jahre 1912 und 1913.

I. Ordentliches

A. Einnahme-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	Reineinnahme
		M	M	M
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	32,737	1'715,575	1'682,838 Fehlbetrag
2	Direkte Steuern	73'250,000	556,070	72'693,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	34'453,100	563,000	33'890,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	72'098,860	20'927,100	51'171,760
5	Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke	20'436,330	19'911,760	524,570
6	Münzanstalt	489,880	408,420	81,460
7	Einnahmen aus dem Betriebe der K. Bank in Nürnberg	3'600,000	—	3'600,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	308'722,800	305'722,800	3'000,000
9	Post- und Telegraphenverwaltung	79'816,600	63'316,314	16'500,286
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	786,240	719,690	66,550
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	87,120	102,260	15,140 Fehlbetrag
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	122,840	266,480	143,640 Fehlbetrag
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	276,600	288,900	12,300 Fehlbetrag
14	Frankenthaler Kanal	7,960	6,590	1,370
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	76,300	34,313	41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	60'981,500	29'749,851	31'231,649
17	Besondere Betriebe des Staates und sonstige Nutzungen aus dem Staatsgute	4'890,220	2'828,300	2'061,920
18	Grundgefälle	4'615,050	1'470,310	3'144,740
19	Überweisungen seitens des Reiches	20'692,546	—	20'692,546
20	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	6'493,950	7,000	6'486,950
	Abschluß der Einnahme-Etats	691'930,633	448'594,733	243'335,900

streichen, dagegen die Positionen des Einzeletats A. „Oberste Baubehörde" wie folgt zu erhöhen:

a) in § 1 Tit. 1 „Besoldungen der Beamten" von 188,110 ℳ auf 207,550 ℳ, Tit. 2 „Kosten für Stellvertretung ꝛc." von 10,800 ℳ auf 12,300 ℳ und Tit. 3 „Tagegelder und Reisekosten" von 20,000 ℳ auf 22,600 ℳ;

b) in § 2 Tit. 1 „Für Schreibbedürfnisse ꝛc." von 17,950 ℳ auf 21,000 ℳ, hierunter 800 ℳ für Druckschriften künftig wegfallend, Tit. 4 „Mietzinse ꝛc." von 2434 ℳ auf 5769 ℳ und Tit. 5 „Sonstige Ausgaben" von 121 ℳ auf 271 ℳ;

2. folgende Vorträge zu streichen:

Seite 22: „nach Ausscheidung des Landesamts für Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung ab 1. September 1912 (künftig: Ministerialabteilung für das Bauwesen).

Die unter Tit. 4 dem Worte „Mietzinse" nachgesetzten Ausführungen.

Seite 23: Die Erläuterung Ziff. 1.

Seite 24: Die Ziff. 2 nach Kap. 1 B. (Künftig: Landesamt für Gewässerkunde.) (Die Etats B 1 und B 2 sollen künftig zum Etat B „Landesämter" vereinigt werden.)

Seite 25: Die Erläuterung Ziff. 1.

Seite 26: Die Ziff. 2 nach Summe B.

Seite 32: In der Zusammenstellung die Ziff. 2 nach B sowie „B 1 30,075 ℳ".

Die ganze Seite 105.

Seite 106: Die Ziff. 2 nach B. (Künftig: Landesamt für Gewässerkunde.) (Die Etats B 1 und 2 sollen künftig zum Etat B „Landesämter" vereinigt werden);

3. an Stelle des Ausweises der Besoldungen der Beamten (Etat S. 103 und 104) der in der Beilage 219 S. 3 und 4 enthaltene Ausweis treten zu lassen:

b) ebenda zu G „Kulturbauämter":

Es sei an die K. Staatsregierung die Bitte zu richten, das technische Personal der Kulturbauämter zu vermehren, besonders mehr Kulturvorarbeiterstellen zu schaffen und für entsprechende Heranbildung der Kulturvorarbeiter Sorge zu tragen, ferner den Wechsel des kulturtechnischen Personals bei den Außenstellen tunlichst und mehr wie bisher zu vermeiden;

c) zu Kap. 3 „Straßen-, Brücken- und Wasserbauten" seien

1. in § 2 „Erweiterungs- und Neubauten" Tit. 3 „Wasserbauten" Anlage B (S. 152 und 153 des Etats) „A. Schiffbare Flüsse" der Vortrag über die Wasserbauten an der Donau abzuändern in:

1. Donau.	Voranschlag für	
	1 Jahr	2 Jahre
	der Finanzperiode	
	ℳ	ℳ
a) Oberbayern . .	—	—
b) Niederbayern . .	15,000	30,000
c) Oberpfalz und Regensburg . .	20,000	40,000
d) Schwaben und Neuburg . . .	5,000	10,000

und in den Erläuterungen hiezu bei b) „Niederbayern" (S. 153) der erste Satz zu streichen, dagegen unter einer lit. d einzusetzen:

„Fortsetzung der Versuche über die Herstellung einer Niederwasserkorrektion behufs Erzielung einer möglichst großen Fahrwassertiefe bei km 90—100";

2. in § 4 „Freiwillige Zuschüsse zu Brückenbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt" Anlage B

bei „Oberpfalz und Regensburg" Ziff. 5 „Bau einer Vilsbrücke bei Rohrbach, Bezirksamts Burglengenfeld" (S. 161 und 162 des Etats) in der letzten Zeile des Vortrags das Wort „letzter",

bei „Oberfranken" Ziff. 1 „Bau einer Mainbrücke bei Hallstadt, Bezirksamts Bamberg I" (S. 162) im vorletzten Absatz des Vortrags die Worte „ausnahmsweise" und „einmaliger"

zu streichen.

B.

Zu Ziffer IV „Etat für Gesundheit":

a) zu Kap. 1 bei J „Bakteriologische Untersuchungsanstalten ꝛc.":

Es sei nachträglich die Genehmigung zur Übertragung der im ordentlichen Budget 1910/11 — Etat des K. Staatsministeriums des Innern Ziffer IV Kap. 1 § 2 Tit. 1 „Kosten der Errichtung der Bakteriologischen Untersuchungsanstalten" — noch vorhandenen Kreditstreste auf das Jahr 1912 zu erteilen;

b) zu Kap. 2 „Auf Vorkehrungen gegen übertragbare Krankheiten ꝛc.":

Der Vortrag bei § 2 „Außerordentliche Beihilfen" sei wie folgt zu fassen:

a) Außerordentliche Beihilfen für Viehverluste infolge der Maul- und Klauenseuche ꝛc. 70,000 ℳ,

b) zur Verzinsung des Anlehens von 1'000,000 ℳ für die Gewährung gering verzinslicher Darlehen an bedürftige Landwirte zur Ergänzung des infolge der Maul- und Klauenseuche ꝛc. geschwächten Viehstandes . . . 20,000 ℳ.

C.

Zu Ziffer VIII „Etat für Landwirtschaft“:

Es seien
a) von der in Kap. 1 E „Flurbereinigung“ § 2 Tit. 1 „Für Schreibbedürfnisse ꝛc.“ auf 44,350 ℳ festgesetzten Summe 4500 ℳ und
b) von der in Kap. 5 „Für landwirtschaftliche Zwecke überhaupt“ § 2 Tit. 4 lit. b „Zu außerordentlichen Beihilfen ꝛc.“ auf 40,000 ℳ festgesetzten Summe 15,000 ℳ

als künftig wegfallend zu erklären.

D.

Zu Ziffer X „Gemeinsame Ausgaben“:

Bei Kap. 1 § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten“ sei in Anlage C „Ausweis über die Erweiterungs- und Neubauten an Dienstgebäuden“
a) in „III Etat der Staatsbauverwaltung Oberpfalz“ Ziff. 9 (S. 174 des Etats) der Wortlaut des Vortrags zu fassen wie folgt:
„Erbauung eines Wohngebäudes für den Straßenwärter in Sandersdorf selbst oder an einer sonst geeigneten Stelle innerhalb seiner Dienststrecke“;
b) in „V Etat für Landwirtschaft Nr. 19 Oberbayern, Stammgestüt Achselschwang ꝛc.“ (S. 176/77 des Etats) der Vortrag durch den Beisatz zu ergänzen:
„Wasserversorgung der Nebenbesitzungen Westerschondorf und Stillerhof“.

XIII. Zum Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten für die Jahre 1912 und 1913 (Nr. 27).

1.

Zu Ziffer II „Etat der Ausgaben für Erziehung und Bildung:
a) Kap. 4 „Humanistische Gymnasien“:
Es sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, der Überfüllung der Mittelschulen und dem Andrang zum Staatsdienst fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und diesem bedenklichen Mißstand tunlichst entgegenzutreten.
b) Kap. 7 „Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen“:
1. § 2 „Zuschüsse an die übrigen Bauschulen ꝛc.“:
Es sei das Einverständnis dazu zu erklären, daß ein durch die Auflösung der Baugewerkschule in Passau in der Finanzperiode 1910/11 eingesparter Betrag von 6000 ℳ auf die Finanzperiode 1912/13 für Zwecke der Bauschulen oder Meisterschulen für Bauhandwerker übertragen werde;
2. § 7 „Zuschuß an die Lehr- und Versuchsanstalt ꝛc.“:
Die Position:
Zuschuß an die Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre in München . . 15,000 ℳ,
sei zu streichen,
dagegen sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag in der nächsten Session eine Denkschrift über die rechtlichen und finanziellen Verhältnisse der unter Kap. 7 „Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen“ fallenden Fachschulen und ihrer Lehrkräfte vorzulegen;
c) Kap. 8 „Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten“:
Es sei die K. Staatsregierung wie bisher zu ermächtigen, von der für Abhaltung von Ferienkursen bei den Lehrerbildungsanstalten und Präparandenschulen eingestellten Gesamtsumme von 5500 ℳ den größeren Teil (etwa 4500 ℳ) für Gewährung von Studienbeihilfen an Lehrkräfte von Lehrerbildungsanstalten, welche zu Hochschulstudien behufs Ablegung der Lehramtsprüfung beurlaubt sind, zu verwenden.
d) Kap. 26 „Akademie der Tonkunst in München ꝛc.“:
Der Vortrag sei abzuändern in: „Unterrichtsanstalten für Musik“, und außerdem beizusetzen:
§ 3 Staatszuschuß für die Kirchenmusikschule in Regensburg . . . . . 5000 ℳ;
e) Kap. 29 „I. Tierärztliche Hochschule in München“:
Von der in § 2 Tit. 1 „Für Schreibbedürfnisse ꝛc.“ auf 132,350 ℳ festgesetzten Summe seien 8000 ℳ als künftig wegfallend zu erklären.

2.

Zu Ziffer III „Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke“ sei:
a) zu Kap. 2 § 1 B Kreiskonsistorien Tit. 1 „Persönliche Ausgaben“ „a) Besoldungen der Beamten“ die K. Staatsregierung zu ermächtigen, den beim Konsistorium in Ansbach neu aufgestellten Akzessisten gegebenenfalls unter Überschreitung der hiefür vorgesehenen Position zum Bezirksamtsassessor vorrücken zu lassen, wenn er an die Reihe zur Anstellung kommt,
b) nachstehender Resolution zuzustimmen:
Es sei an Seine Königliche Hoheit den Prinzregenten die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, Allerhöchstdieselben möchten im Falle des Zustandekommens der Kirchengemeindeordnung allergnädigst geruhen,
1. anzuordnen, daß unbeschadet der widerruflichen Eigenschaft der staatlichen Zuschüsse zur Aufbesserung des Einkommens katholischer und protestantischer Geistlicher auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen Mehrbeträge, die sich im Vollzuge der Art. 86 mit 89 der Kirchengemeindeordnung bei Umwandlung oder Ablösung von Reichnissen und bei Ablösung von Stolgebühren im Einkommen der Geistlichen berechnen, eine Abminderung der staatlichen Aufbesserungszulagen nicht zur Folge haben sollen, ferner daß auch sonstige Mehrungen des Stolgebührenanfalls — insbesondere auch solche durch Erhöhung der Stolgebührensätze — bei Bemessung der bezeichneten Zulagen außer Ansatz bleiben sollen,
2. zu bestimmen, daß im Vollzug des Art. 23 Abs. II des Schulbedarfgesetzes bei Revision

Budget.

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
		ℳ
21	K. Haus und Hof	5'402,475
22	Staatsschuld	18'750,760
23	Landtag	707,950
24	Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	2'015,110
25	Staatsministerium der Justiz	28'039,743
26	Staatsministerium des Innern	42'397,760
27	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	52'468,997
28	Staatsministerium der Finanzen	15'309,210
29	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	67,900
19	Ausgaben für Reichszwecke	55'528,692
30	Pensionen und Unterstützungen	21'621,000
31	Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben	1'026,303
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	243'335,900
	Abgleichung des ordentlichen Budgets.	
	Staatseinnahmen	691'930,633
	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	448'594,733
	Staatsaufwandsausgaben	243'335,900
	Gesamtbetrag der Ausgaben	691'930,633
	Verbleibt	—

II. Außerordentliches Budget.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:	
	Einnahmen	Ausgaben
	ℳ	ℳ
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	179,209	
Zur teilweisen Deckung der in § 6 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 vorschußweise genehmigten Ausgaben		179,209
Summe I	179,209	179,209
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	7'695,500	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke		1'365,000
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		6'330,500
Summe II	7'695,500	7'695,500
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	31'410,886	
a. Für allgemeine Staatszwecke		5'524,081
b. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke		—
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		2'474,805
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		1'250,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		16'910,500
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten .		4'996,500
g. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen		255,000
Summe III	31'410,886	81'410,886
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	81'624,220	31'624,220
Abschluß des außerordentlichen Budgets . . .	70'909,815	70'909,815

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
	M
A. Einnahmen.	
Einnahmen des ordentlichen Budgets	691'930,633
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	70'909,815
Gesamtbetrag der Einnahmen . . .	762'840,448
B. Ausgaben.	
Ausgaben des ordentlichen Budgets	691'930,633
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	70'909,815
Gesamtbetrag der Ausgaben . . .	762'840,448
Verbleibt . . .	—

der Gehaltsfassionen vereinigter Schul- und Kirchendienststellen in Bezug auf Mehrungen des Kirchendiensteinkommens der in Ziff. 1 bezeichneten Art entsprechend zu verfahren sei.

3.

Zu Ziffer IV „Gemeinsame Ausgaben" sei:

a) in Kap. 3 § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten" in der Übersicht über die Erweiterungs- und Neubauten (Anlage B S. 129 ff. des Etats) bei IV. Oberpfalz und Regensburg Nr. 1 Amberg der Vortrag, wie folgt, zu ändern:

Neubau eines humanistischen Gymnasiums, I. Rate . . . . 236,000 ℳ;

b) die Zustimmung zu erteilen, daß der noch verfügbare Rest der Einsparung an dem im Budget der Finanzperiode 1908/09 bereitgestellten Kredit für den Neubau einer protestantischen Kirche in Bad Steben der protestantischen Kirchengemeinde Steben als freiwilliger Zuschuß zu einem von ihr zu gründenden Unterhaltungsfonds für die alte protestantische Kirche in Bad Steben überwiesen wird.

XIV. Zum Etat des K. Staatsministeriums der Finanzen für die Jahre 1912 und 1913 samt Nachtrag hiezu (Nr. 28).

1. in Ziffer I Kap. 1 E „Kreisregierungen, Kammern der Finanzen" § 1 Tit. 1 „Besoldungen der Beamten" sei der Vortrag abzuändern in:

   Hievon 27,050 ℳ künftig wegfallend;

2. zu G „Rentämter" sei die Besetzung der im Etat Anlage A S. 27 in der Rubrik „Erläuterungen" erwähnten 58 Stellen nachträglich zu genehmigen;

3. in Ziffer I Kap. 6 § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten" sei der Voranschlag (statt um 295,000 ℳ) nur um 40,000 ℳ für Erweiterung des Rentamtsgebäudes in Wunsiedel durch einen Anbau sowie für die hiefür erforderliche Reserve zu erhöhen, mithin die Gesamtausgaben für Erweiterungs- und Neubauten mit 156,500 ℳ festzusetzen;

dagegen sei

4. in der Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget unter Ziffer III der Ausgaben „Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens" einzufügen:

   f) Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen.

   Für den Aufbau eines Stockwerkes auf das Gebäude der Generaldirektion der Zölle und indirekten Steuern zur Erweiterung der Geschäftsräume der Stadtrentämter München I, II und III sowie für die Erbauung eines neuen Amtsgebäudes für die Rentämter Regensburg I und II 510,000 ℳ,

   und infolgedessen bei Ziffer III b der Einnahmen der Betrag des neu aufzunehmenden Anlehens auf 46'923,930 ℳ zu erhöhen;

dementsprechend sei

5. im Etat Ziffer I neu vorzutragen:

   „Kap. 6a. Für Verzinsung und Tilgung der für Zwecke der Allgemeinen Finanzverwaltung aufgenommenen Anlehen . . . . 16,360 ℳ.
   Auf spätere Finanzperioden übertragbar."

und

6. im Etat Nr. 22 (Staatsschuld) bei B Ziffer I Kap. 2 „Für Verzinsung und Tilgung" neu einzusetzen:

   § 1. Für Verzinsung . 15'209,540 ℳ (statt 15'197,640 ℳ).

   Hievon ab:

   a) die Zinsvergütungen:

   3. des Staatsministeriums der Finanzen 11,900 ℳ,

   zusammen ab . . . . 1'854,520 ℳ (statt 1'842,620 ℳ).

   Rest zu § 1 . . . . . . 13'355,020 ℳ.

   § 2. Für Tilgung.

   Tit. 2. Für Tilgung des Allgemeinen Anlehens . . 2'513,210 ℳ (statt 2'508,750 ℳ).

   Summe § 2 . . . . 2'663,210 ℳ (statt 2'658,750 ℳ).

   Hievon werden gedeckt durch die Tilgungsbeträge:

   c) des Staatsministeriums der Finanzen 4,460 ℳ,

   zusammen ab . . . . 498,910 ℳ (statt 494,450 ℳ).

   Rest zu § 2 . . . . 2'164,300 ℳ.

XV. Zum Nachtrag zum Etat des K. Staatsministeriums des Innern für die Jahre 1912 und 1913 (Beil. 251).

Die K. Staatsregierung sei zu ermächtigen,

1. die in der Nachtragsforderung vorgesehenen neuen Stellen schon vor Erlassung des Finanzgesetzes zu besetzen, sobald die Forderung in beiden Kammern des Landtags bewilligt ist,

2. das für den 1. Januar 1913 geforderte Personal des Landesversicherungsamts schon am 1. Oktober 1912 aufzustellen, nachdem die Personalvermehrung äußerst dringlich ist und die ursprünglich für 1. Juli, dann für 1. September 1912 vorgesehene Vermehrung nun nochmals hinausgeschoben werden muß,

3. im Falle eintretenden, unabweisbaren Bedürfnisses bei den verschiedenen Versicherungsbehörden noch weitere Beamte aufzustellen, da sich die Rückwirkung der neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung auf den Personalbedarf noch nicht mit genügender Sicherheit überblicken läßt, und

4. auch das Personal der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu vermehren, sofern sich aus Anlaß der Durchführung der Reichsversicherungsordnung hiefür ein Bedürfnis ergibt.

XVI. Zum Nachtrag zum Etat des K. Staatsministeriums der Justiz für die Jahre 1912 und 1913 (Beil. 261).

Die K. Staatsregierung sei zu ermächtigen, über die in dem Nachtragspostulat für die Übernahme der Amtsanwaltschaft auf die Justiz geforderten Beträge zu verfügen, sobald die Zustimmung der beiden Kammern des Landtags zu dem Nachtragspostulat vorliegen wird.

XVII. Zum Nachtrag zum Budgetentwurf für 1912 und 1913 (Beil. 281).

In der Übersicht über die Neu-, Erweiterungs- und Umbauten sei der Bedarf für das Bezirksamtsgebäude in Kirchheimbolanden unter Änderung des Vortrags in
„Neubau eines Bezirksamtsgebäudes“
(statt: Erweiterung des Bezirksamtsgebäudes durch Anbau) auf 65,000 ℳ festzusetzen.

XVIII. Zum Nachtrag zum Budgetentwurf für 1912 und 1913 (Beil. 322).

Die K. Staatsregierung sei zu ersuchen, die Frage der Mainkanalisierung über Aschaffenburg hinaus auf das Energischste zu fördern.

B. Zum außerordentlichen Budget.

I. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1912 und 1913, hier Ausgaben Ziffer II und III lit. a.
„Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke.“

(Außerordentl. Budget, Ausgaben Ziffer II und III lit. a S. 3, 4, 11 mit 14 und 16.)

I.

Von dem für das Bergwerk Peißenberg bestimmten Betrag von 500,000 ℳ (Erläuterungen S. 11 ff.) seien zu verwenden

1. für die Aufstellung eines Luftkompressors . . . . 349,000 ℳ
(statt: Erweiterung der Kompressoranlage)
2. für Grundankauf, für Errichtung eines Industriegleises, für Kanalisierung des Werkplatzes und Herstellung einer Umzäunung . . . . 85,000 ℳ
(statt: auf die Erweiterung des Werkplatzes bei der Tiefstollanlage)
und
3. für sonstige Werksverbesserungen (Staubabsaugevorrichtung, Nachwaschsetzkasten, Kettenbahn und die Erweiterung des Wippergebäudes) . . 66,000 ℳ
(statt: Staubabsaugevorrichtung, Zufuhrbrücke zum Wippergebäude).

II.

Zu C „Salzwerke (Erläuterungen S. 14)

sei

1. dem Antrag der K. Staatsregierung vom 3. Oktober 1912:
Der Landtag wolle die Zustimmung erklären, daß die im außerordentlichen Budget der Jahre 1912 und 1913 unter Ziffer II a C der Erläuterungen zur Einzelübersicht für die Erwerbung des Nicklschen Torfwerkes bei Raubling vorgesehene Summe von 200,000 ℳ zur weiteren Erschließung der salinarischen Kendlmühlfilze (Herstellung eines Anschlusses der Filze an die Bahn, Errichtung von Arbeiterbaracken usw.) und zur eventuellen Anschaffung von zwei Torfbaggermaschinen nach dem neuesten System verwendet werde. Der Ankauf der Maschinen soll davon abhängig gemacht werden, daß sie sich im probeweisen Betriebe vollkommen bewähren,

die Zustimmung zu erteilen,

2. die K. Staatsregierung zu ermächtigen, die Reinerlöse aus den Verkäufen der zur Saline Traunstein gehörigen Immobilien wie die Reinerlöse aus der Veräußerung von Maschinen, Einrichtungen usw. der Saline Traunstein zur teilweisen Deckung der auf die Erweiterung der Saline Reichenhall erwachsenden Kosten unter entsprechender Kürzung des durch das außerordentliche Budget 1910 und 1911 (Ziffer II b) bewilligten Kredits zu 450,000 ℳ zu verwenden.

III.

Zu Ziffer III sei sich damit einverstanden zu erklären, daß der Kreditrest zu 248,881 ℳ 58 ₰, der an der Willigung für Bohrungen auf Kohle im bergfreien Felde von Stockheim (Ziffer III b des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909) verblieben ist, zum Aufschluß des Erzfelderbesitzes des Staates und zur Untersuchung der Abbauwürdigkeit und Verhüttbarkeit der darin enthaltenen Erze verwendet werde.

II. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1912 und 1913, hier Ausgaben für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

(Außerordentl. Budget, Ausgaben Ziffer II lit. b S. 3, 15 und 16 sowie Ziffer III lit. b S. 4, 17 mit 20.)

Es sei die K. Staatsregierung zu ermächtigen, für den Fall besonderer Bedürfnisse auf Errichtung von Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb oder auf Herstellung neuer oder Erweiterung bereits bestehender Ortstelephonnetze oder telephonischer Städteverbindungen über die bewilligten Kredite hinauszugehen, vorbehaltlich nachträglicher Genehmigung des Landtags.

III. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1912 und 1913, hier Ausgaben für Zwecke des K. Staatsministeriums des Innern.

(Außerordentl. Budget, Ausgaben Ziffer III lit. d S. 5 und 21 ff.)

Es sei folgende Bestimmung einzufügen:

9. Für Gewährung gering verzinslicher Darlehen an bedürftige Landwirte zur Ergänzung des infolge der Maul- und Klauenseuche ꝛc. geschwächten Viehstandes . . . . 1'000,000 ℳ.

IV. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1912 und 1913, hier Ausgaben für Zwecke des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

(Außerordentl. Budget, Ausgaben Ziffer III lit. e S. 5 und 37 ff.)

Zu den Ausgaben Ziff. 4 und 5 sei der Zusatz beizufügen:

„Ziffer 4 und 5 sind gegenseitig übertragbar.“

Budget.

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913
		M
21	K. Haus und Hof	5'402,475
22	Staatsschuld	18'750,760
23	Landtag	707,950
24	Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	2'015,110
25	Staatsministerium der Justiz	28'039,743
26	Staatsministerium des Innern	42'397,760
27	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	52'468,997
28	Staatsministerium der Finanzen	15'309,210
29	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	67,900
19	Ausgaben für Reichszwecke	55'528,692
30	Pensionen und Unterstützungen	21'621,000
31	Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben	1'026,303
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	243'335,900

Abgleichung des ordentlichen Budgets.

Staatseinnahmen	691'930,633
Verwaltungs- und Betriebsausgaben	448'594,733
Staatsaufwandsausgaben	243'335,900
Gesamtbetrag der Ausgaben	691'930,633
Verbleibt	—

II. Außerordentliches Budget.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1912 und 1913:	
	Einnahmen	Ausgaben
	M	*M*
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	179,209	
Zur teilweisen Deckung der in § 6 des Finanzgesetzes vom 14. August 1910 vorschußweise genehmigten Ausgaben		179,209
Summe I	179,209	179,209
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	7'695,500	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke		1'365,000
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		6'330,500
Summe II	7'695,500	7'695,500
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	31'410,886	
a. Für allgemeine Staatszwecke		5'524,081
b. Für Zwecke der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke		—
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		2'474,805
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		1'250,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		16'910,500
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten .		4'996,500
g. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen		255,000
Summe III	31'410,886	31'410,886
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	31'624,220	31'624,220
Abschluß des außerordentlichen Budgets . . .	70'909,815	70'909,815